

Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

Vor fünf Jahren wurde die Millenniums-Erklärung unterzeichnet. Sie beinhaltet eine kühne neue Vision zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Diese wird gestützt von einer Reihe von Zielvorgaben, den Millenniums-Entwicklungszielen, deren Erreichen die menschliche Entwicklung vorantreiben würde. Die Millenniums-Entwicklungsziele sollen bis zum Jahr 2015 erreicht werden – in genau zehn Jahren. Heute sind die meisten Länder in Bezug auf die meisten Ziele allerdings nicht auf Kurs. Die Welt steuert im Bereich der menschlichen Entwicklung auf ein sich deutlich abzeichnendes Desaster zu – ein Desaster, das verbesserte internationale Zusammenarbeit verhindern könnte.

Der diesjährige Bericht über die menschliche Entwicklung zieht eine Bilanz der menschlichen Entwicklung einschließlich der Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele. Er geht über bloße Statistiken hinaus und untersucht die Folgen nicht erreichter Zielvorgaben und gebrochener Versprechen für die Menschen. Extreme Ungleichheit zwischen Ländern und innerhalb von Ländern wird als eines der größten Hindernisse für die menschliche Entwicklung ermittelt – und als starke Bremse für schnellere Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Ziele.

Neue Ansätze zur internationalen Zusammenarbeit sind unerlässlich, wenn das Versprechen der Millenniums-Erklärung wahr gemacht werden soll. Geeignete Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die nächsten zehn Jahre zu einer „Dekade für Entwicklung“ zu machen. Anhand von drei der zentralen Pfeiler der internationalen Zusammenarbeit – Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit – liefert der Bericht über die menschliche Entwicklung 2005 eine schonungslose Analyse der Probleme und ermittelt Lösungen. Demnach dürfen die reichen Länder sich nicht auf ermutigende Appelle beschränken, sondern müssen ihre politischen Handlungskonzepte an die Verpflichtungen anpassen, die sie in der Millenniums-Erklärung eingegangen sind.

Die Analyse enthält:

- einen umfassenden Überblick über Trends der internationalen Entwicklungshilfe. Der Bericht untersucht die wichtige Rolle von Entwicklungshilfe für mehr menschliche Entwicklung, beurteilt die Bilanz einzelner Geber und legt eine Agenda zur Verbesserung der Qualität von Entwicklungshilfe vor;
- eine kritische Prüfung der Fortschritte in der Doha-„Entwicklungsrunde“ der WTO-Verhandlungen und eine Analyse weit reichender struktureller Kräfte, die viele der ärmsten Länder auf der Welt extrem benachteiligen. Der Bericht zeigt, wie unfaire Handelsregeln ein ungleiches Globalisierungsmuster verschärfen, und er betont die Probleme, die über die Regeln hinausgehen;
- neue Forschungserkenntnisse zu den Verknüpfungen zwischen gewaltsamem Konflikt und menschlicher Entwicklung. Über die thematische Beschränkung auf Sicherheitsfragen hinaus untersucht der Bericht die negativen Folgen gewaltsamer Konflikte für die menschliche Entwicklung, unterzieht Konfliktverhütungsstrategien einer Prüfung und präsentiert eine kritische Einschätzung institutioneller Probleme des Wiederaufbaus nach dem Ende von Konflikten.

Bericht über die menschliche Entwicklung 2005
Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt



Nationale, Subnationale und Regionale *Human Development Reports*

Human Development Reports werden auch auf nationaler, subnationaler und regionaler Ebene erstellt. Der erste nationale *Human Development Report* wurde 1992 veröffentlicht.

- Arbeitsgruppen in den einzelnen Ländern haben mit Unterstützung und unter Anleitung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) mehr als 500 nationale und subnationale *Human Development Reports* sowie 28 regionale Berichte erstellt. Für diese Berichte wurde der Ansatz des globalen *Human Development Report* auf die Länder- und regionale Ebene übertragen.
- Als Orientierungshilfen für politische Handlungskonzepte haben diese Berichte das Konzept der menschlichen Entwicklung in den nationalen politisch-konzeptionellen Dialog eingeführt – nicht nur in Form von Indikatoren für menschliche Entwicklung und Politikempfehlungen, sondern auch durch Konsultations-, Forschungs- und Berichterstellungsprozesse, die von den Ländern selbst gesteuert und selbst bestimmt werden.
- Daten in *Human Development Reports* wie geographisch, ethnisch oder nach ländlichen/städtischen Gebieten aufgeschlüsselte Statistiken, die oft nicht an anderer Stelle veröffentlicht werden, tragen dazu bei, Entwicklungslücken zu ermitteln, Fortschritte zu erfassen und früh vor möglichen Konflikten zu warnen.
- Weil die nationalen und regionalen *Human Development Reports* aus einem nationalen oder regionalen Blickwinkel verfasst werden, können sie beträchtlichen Einfluss auf politische Handlungskonzepte und deren Umsetzung in die Praxis haben, auch im Hinblick auf die Förderung von Fortschritten auf dem Weg zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele.

Das *Human Development Report Toolkit* (HDR Toolkit; siehe unten) bietet Anleitungen zur Erstellung qualitativ hochwertiger Berichte. Auf der Website des *Human Development Report Office* (HDRO) finden Sie eine Datenbank aller *Human Development Reports*, die nach Thema, Jahr, Land und Region durchsucht werden kann.

Schließen Sie sich den Netzwerken an! In zwei globalen Netzwerken – HDRNet und HDRStats Net – sind fast 1.500 Entwicklungspraktiker miteinander verbunden. Sie tauschen darüber in Online-Diskussionen ihre Erfahrungen und Vorstellungen in Bezug auf die menschliche Entwicklung aus.

Nähere Informationen zur Arbeit des *Human Development Report Office* sowie zu den nationalen, subnationalen und regionalen *Human Development Reports* finden Sie:

- auf der Website des *Human Development Report Office*: <http://hdr.undp.org>
- im Bereich für die nationalen *Human Development Reports*: <http://hdr.undp.org/nhdr/>
- im Bereich für das HDR Toolkit: <http://hdr.undp.org/nhdr/toolkit/>

Human Development Reports, englische Ausgaben

2004	Cultural Liberty in Today's Diverse World	
2003	Millennium Development Goals: A Compact Among Nations to End Human Poverty	
2002	Deepening Democracy in a Fragmented World	
2001	Making New Technologies Work for Human Development	
2000	Human Rights and Human Development	
1999	Globalization with a Human Face	
1998	Consumption for Human Development	
1997	Human Development to Eradicate Poverty	(vergriffen)
1996	Economic Growth and Human Development	(vergriffen)
1995	Gender and Human Development	(vergriffen)
1994	New Dimensions of Human Security	(vergriffen)
1993	People's Participation	(vergriffen)
1992	Global Dimensions of Human Development	(vergriffen)
1991	Financing Human Development	(vergriffen)
1990	Concept and Measurement of Human Development	(vergriffen)

Nähere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://hdr.undp.org>

Berichte über die menschliche Entwicklung, deutsche Ausgaben

2004	Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt	ISBN 3-923904-57-6
2003	Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut	ISBN 3-923904-54-1
2002	Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt	ISBN 3-923904-50-9
2001	Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung	ISBN 3-923904-48-7
2000	Menschenrechte und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-46-0
1999	Globalisierung mit menschlichem Antlitz	ISBN 3-923904-45-2
1998	Konsum und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-42-8
1997	Armut und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-37-1
1996	Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-34-7
1995	Gleichstellung der Geschlechter und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-30-4
1994	Neue Dimensionen menschlicher Sicherheit (vergriffen)	ISBN 3-923904-27-4

Alle für das UNDP veröffentlicht von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V., Berlin, und erhältlich beim UNO-Verlag, August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn, Tel.: (0228) 949 020-0, Fax: (0228) 949 02-22, E-Mail: info@uno-verlag.de, Internet: www.uno-verlag.de

Das Design der Vorderseite drückt die Vorstellung vom Jahr 2005 als einem Scheidepunkt für die menschliche Entwicklung und zu Beginn des zehnjährigen Countdowns zum Millenniums-Erklärung aus. Fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung, dem Jahr 2015, befinden sich die Regierungen der Länder auf der Welt an einem Scheidepunkt. Wenn sie die Dinge weiter ihren gewohnten Gang gehen lassen, wird 2005 zu dem Jahr werden, in dem das Versprechen der Millenniums-Erklärung gebrochen wird. Wenn sie dagegen jetzt handeln, um ihre Versprechen gegenüber den ärmsten Menschen auf der Welt zu erfüllen, können sie 2005 zu dem Jahr des Aufbruchs in eine Dekade für Entwicklung machen. Dies würde den Ländern helfen, wieder auf Kurs zu kommen, damit die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 erreicht werden können und die Voraussetzungen für ein neues, gerechteres Globalisierungsmuster schaffen.



Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt:
Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt



Veröffentlicht für das
Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen
(UNDP)



Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
(Deutsche Ausgabe)
Berlin 2005

Die diesjährige deutsche Ausgabe des Berichts über die menschliche Entwicklung war nur dank der finanziellen Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möglich.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT
FÜR DIE
VEREINTEN NATIONEN e. V.

Zimmerstraße 26/27
D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0
Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de
Internet: www.dgvn.de

ISBN: 3-923904-61-4

Originaltitel: *Human Development Report 2005*
Copyright © 2005 United Nations Development Programme (UNDP)

Umschlag und Design: Grundy & Northedge Information Designers, London
Informationsgrafik: Gerald Quinn, Quinn Information Design, Cabin John, Maryland

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ohne vorherige Genehmigung durch den Herausgeber dürfen keine Auszüge aus dieser Publikation angefertigt, reproduziert, archiviert oder übermittelt werden, auch nicht elektronisch, als Fotokopie, mechanisch oder mit anderen Mitteln.

DEUTSCHE AUSGABE

Übersetzung: Klaus Birker, Ahrweiler
Angela Großmann, Bonn
Christina Kamp, Bonn
Gabriele Lassen-Mock, Berlin
Bernd Neidlein, Istanbul
Redaktion: Hans-Christoph Neidlein, Ulrich Keller
Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Berlin © 2005
Satz und Druck: Moser Druck und Verlag GmbH, Rheinbach
Vertrieb und Verlag: UNO-Verlag
Vertriebs- und Verlags-GmbH
August-Bebel-Allee 6 · D-53175 Bonn
Telefon: (0228) 94902-0 · Telefax: (0228) 94902-22
E-Mail: info@uno-verlag.de
Internet: www.uno-verlag.de

Team für die Ausarbeitung des Berichts über die menschliche Entwicklung 2005

Direktor und leitender Autor:

Kevin Watkins

Recherche, Text und Statistiken:

Haishan Fu (Leitung Statistik),
Ricardo Fuentes, Arunabha Ghosh,
Chiara Giamberardini, Claes Johansson,
Christopher Kuonqui, Andrés Montes,
David Stewart, Cecilia Ugaz (leitende
Politikberaterin) und Shahin Yaqub.

Berater für Statistik: Tom Griffin

Redaktion: Charlotte Denny

Produktionsleitung: Marta Jaksona

Lektorat und Herstellung: Communications
Development Inc.

Umschlaggestaltung und Layout: Grundy &
Northedge Information Designers

Informationsgrafik: G. Quinn Information
Design

Das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung (HDRO)

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* ist ein Produkt gemeinsamer Anstrengungen. Mitglieder der Gruppe Nationale Berichte über die menschliche Entwicklung (NHDRU) lieferten ausführliche Kommentare zu den Entwürfen und inhaltliche Beratung. Sie sind auch das Bindeglied zwischen dem *Bericht über die menschliche Entwicklung* und einem globalen Forschungsnetzwerk in Entwicklungsländern. Das NHDRU-Team steht unter der Leitung von Sarah Burd-Sharps (Stellvertretende Direktorin) und umfasst Sharmila Kurukulasuriya, Juan Pablo Mejia, Mary Ann Mwangi und Timothy Scott. Die Verwaltungsaufgaben wurden vom HDRO-Verwaltungsteam übernommen, bestehend aus Oscar Bernal, Mamaye Gebretsadik und Melissa Hernandez. Der operative Bereich im HDR-Büro unterliegt Yves Sassenrath, zusammen mit Ana Maria Carvajal. Die Leitung der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit des HDR-Büros haben Marisol Sanjines und Nena Terrell.

Die deutsche Übersetzung des *Berichts über die menschliche Entwicklung 2005* übernahm die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Vorwort

Dies ist zu meinem Bedauern der letzte *Bericht über die menschliche Entwicklung*, für den ich das Vorwort schreibe, denn im August trete ich als Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zurück. Als ich 1999 bei UNDP anfang, habe ich den *Bericht über die menschliche Entwicklung* als das Juwel in der Krone der intellektuellen Leistungen und der weltweiten Lobby-Arbeit dieser Organisation bezeichnet. Sechs Jahre und sechs Berichte später kann ich mit einigem Stolz sagen, dass sein Glanz nur noch heller erstrahlt.

Im ersten Jahrzehnt, als aufeinander folgende *Berichte über die menschliche Entwicklung* das Konzept menschlicher Entwicklung einführten und ihm Substanz verliehen, wurde eine starke Grundlage gelegt. Darauf aufbauend haben die Berichte kontinuierlich an Stärke gewonnen. Von der Analyse, wie neue Technologien reichen und armen Menschen gleichermaßen dienen können, bis hin zur Betonung, wie entscheidend es ist, die Menschenrechte und die Demokratie zu stärken, um die Schwächsten dieser Welt zu schützen und zu stärken, hat der *Bericht über die menschliche Entwicklung* die intellektuellen Grenzen menschlicher Entwicklung im neuen Jahrtausend stetig erweitert. Und diese Verlagerung hat sich in all diesen entscheidenden Bereichen durch die Arbeit von UNDP und seinen vielen Partnern vor Ort in der entwicklungspolitischen Praxis zunehmend widergespiegelt.

Die *Berichte über die menschliche Entwicklung* haben sich im Laufe der Jahre weltweit einen exzellenten Ruf erworben – als deutliche Stimme, die sich ihre Unabhängigkeit bewahrt und zwar von UNDP finanziert wird, aber nicht notwendigerweise die Politik der Vereinten Nationen oder des Entwicklungsprogramms widerspiegelt. Die Berichte hatten und haben eine unverzichtbare Katalysatorfunktion, wenn es darum geht, konkrete Antworten auf die ent-

wicklungspolitischen Schlüsseldebatten unserer Zeit entwickeln und voranbringen zu helfen. Wie dieser Bericht deutlich macht, ist die größte einzelne Herausforderung, vor der die entwicklungspolitische Gemeinschaft – und man könnte mit Recht behaupten die ganze Welt – heute steht, das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015.

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2003 hat auf einen großen Teil der früheren Arbeit des von UNDP geförderten Millenniumsprojektes der Vereinten Nationen zurückgegriffen. In dem Bericht 2003 wurde ein ausführlicher Aktionsplan vorgestellt, wie jedes der Millenniumsziele erreicht werden könnte. Doch obwohl in vielen Ländern und in Bezug auf mehrere der Ziele signifikante Fortschritte gemacht wurden, fallen die Fortschritte insgesamt noch immer hinter dem Erforderlichen zurück. Anfang dieses Jahres stellte der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seiner eigenen Fünfjahresprüfung der Millenniumserklärung eine breit angelegte Agenda vor, wie das Nötige erreicht werden kann, indem man auf den Ergebnissen des Konsenses von Monterrey 2002 aufbaut. Er nahm dabei stark auf den Abschlußbericht des Millenniumsprojektes Bezug. Der Grundstein dieses historischen Paktes ist die Verpflichtung der Entwicklungsländer, die Hauptverantwortung für

ihre eigene Entwicklung zu übernehmen. Die entwickelten Länder sollen sicherstellen, dass transparente, glaubwürdige und sorgfältig kalkulierte nationale Entwicklungsstrategien die volle Unterstützung bekommen, die sie brauchen, damit die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden.

Doch wie der vorliegende Bericht überzeugend darlegt, wird diese Agenda einfach keinen Erfolg haben, wenn es nicht gelingt, mit den Engpässen entschlossen fertig zu werden. In drei großen Bereichen gibt es derzeit Engpässe, die verhindern, dass Fortschritte in dem Umfang und mit der Geschwindigkeit stattfinden, wie wir sie im Laufe der nächsten zehn Jahre brauchen: in der Entwicklungshilfe, im Handel und aufgrund von Konflikten. Für jeden dieser entscheidenden Bereiche betrachtet dieser Bericht aktuell die Fakten und liefert eine zwingende und umfassende Analyse, wie sich mit den Engpässen fertig werden ließe – und zwar umgehend. Das Jahr 2005 wird als das Jahr der Wahl in der Erinnerung bleiben, als das Jahr, in dem die Staats- und Regierungschefs der Welt die Gelegenheit hatten, auf dem UN-Gipfel im September ihre Zusagen und Versprechen

in konkrete Maßnahmen umzusetzen, um dazu beizutragen, die extreme Armut in unserer Welt zu überwinden. Wenn wir unseren Kindern und zukünftigen Generationen eine sicherere, ungefährlichere und gerechtere Welt hinterlassen wollen, können wir es uns nicht leisten, diese Gelegenheit zu verpassen.

Dies ist zwar mein letzter Bericht als UNDP-Administrator, aber es ist der erste, der unter der Leitung von Kevin Watkins als Direktor des Büros für den *Bericht über die menschliche Entwicklung* geschrieben wurde. Die Fundiertheit und Gründlichkeit der Analyse macht deutlich, dass der *Bericht über die menschliche Entwicklung* und das Erbe menschlicher Entwicklung, das er repräsentiert und symbolisiert, in sichereren Händen nicht sein könnten. Ich wünsche Kevin Watkins, seinem engagierten Team und meinem Nachfolger Kemal Dervis für die Zukunft alles Gute.



Mark Malloch Brown
UNDP-Administrator

Die Analysen und politischen Empfehlungen dieses Berichts geben nicht unbedingt die Ansichten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, seines Exekutivrates oder seiner Mitgliedsstaaten wieder. Der Bericht ist eine unabhängige Publikation im Auftrag der UNDP. Er ist das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen einem Team herausragender Berater und dem Team des Berichts über die menschliche Entwicklung. Sie wurde geleitet von Kevin Watkins, dem Direktor des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung.

Danksagungen

Dieser Bericht wäre ohne die großzügigen Beiträge vieler Personen und Organisationen nicht möglich gewesen. Die Autorinnen und Autoren stehen insbesondere bei Amartya Sen in der Schuld, dessen Arbeit die Entwicklung des *Berichts über die menschliche Entwicklung* über die Jahre geprägt hat. Mark Malloch Brown, ausscheidender Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), hat das Team konsequent unterstützt und bestärkt. Für sein persönliches Engagement spricht das Team ihm seine tiefe Anerkennung aus. Der Bericht hat sehr von den ausführlichen und fundierten Anmerkungen des neuen UNDP-Administrators Kemal Dervis profitiert. Für Irrtümer und Auslassungen tragen die Autorinnen und Autoren die alleinige Verantwortung.

Beiträge

Zu einem breiten Spektrum an Themen, die für den Bericht relevant sind, wurden Hintergrundstudien, -dokumente und -notizen angefertigt. Beiträge leisteten Charlie Arden-Clarke, Catherine Barber, Helen Barnes, Graham K. Brown, Oli Brown, Sarah Burd-Sharps, Simon Chesterman, Bernard Choulai, Giovanni Andrea Cornia, John Crabtree, Carolyn Deere, Nelson Giordano Delgado, Yuri Dikhanov, Kate Dyer, Xibo Fan, Juan Alberto Fuentes, Tony German, Jayati Ghosh, Peter Gibbon, Alissa Goodman, Adele Harmer, Ruth Hill, Catherine Hoffman, Michael Friis Jensen, Alison Johnson, Naila Kabeer, Roman Krznicar, Arnim Langer, Matthew Martin, Ruth Mayne, Kieren McGovern, Calum Miller, Tanni Mukhopadhyay, Ciru Mwaura, Simon Nangiro, Adriano Campolina de Oliveira Soares, Trudy Owens, Franzetska Papadopoulou-Zavalis, Cintia Quiliconi, Judith Randel, Andrew Rogerson, Jorge Oswaldo Romano, Diane Rowland, Emma Samman, Timothy Scott, Abby Stoddard, Diana Tussie und Patrick Watt.

Verschiedene Organisationen haben großzügiger Weise ihre Daten und anderes For-

schungsmaterial zur Verfügung gestellt: das Carbon Dioxide Information and Analysis Center, das Sekretariat der Karibischen Gemeinschaft, das Center for International Comparisons (Universität von Pennsylvania), Development Initiatives, die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik, die Wirtschafts- und Sozialkommission für Lateinamerika und die Karibik, die Europäische Kommission, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, das Global IDP Project, das Internationale Institut für strategische Studien, die Internationale Arbeitsorganisation, der Internationale Währungsfonds, die Internationale Organisation für Migration, die Internationale Fernmeldeunion, die Interparlamentarische Union, das Gemeinsame HIV/Aids-Programm der Vereinten Nationen, die Kaiser Family Foundation, die Luxembourg Income Study, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Internationale Friedensforschungsinstitut Stockholm, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, das Institut für Statistik der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissen-

schaft und Kultur, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, die Sektion Verträge des Bereichs Rechtsangelegenheiten der Vereinten Nationen, die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, die Statistikabteilung der Vereinten Nationen, das Millenniumsprojekt der Vereinten Nationen, die Weltbank, die Weltgesundheitsorganisation, die Welthandelsorganisation und die Weltorganisation für geistiges Eigentum.

Beratungsgremium

Eine wichtige Unterstützung bei der Erstellung des Berichts war die intellektuelle Hilfestellung und Beratung durch ein externes beratendes Expertengremium. Es bestand aus Ekrem Beqiri, Nancy Birdsall, Francesca Cook, Justin Forsyth, Frene Ginwala, Richard Jolly, Donald Kaberuka, Nanak Kakwani, Rashid S. Kaulkab, Tony Killick, A.K. Shiva Kumar, Jean-Pierre Landau, Callisto Madavo, Moisés Naím, Deepa Narayan, Benno Ndulu, Dani Rodrik, Mohammad Sahnoun, Ransford Smith, Rehman Sobhan, Frances Stewart, Paul Streeten, Ana Toni, Shriti Vadera, Ngaire Woods und Susan L. Woodward. Ein Beratungsgremium für Statistik leistete wertvolle Beiträge. Beteiligt waren Carla Abou-Zahr, Tony Atkinson, Hubert Escaith, Andrew J. Flatt, Rebeca Grynspan, Gareth Jones, Irena Križman, Ian D. Macredie, Anna N. Majelantle, John Male-Mukasa, Marion McEwin, Francesca Perucci, Tim Smeeding, Eric Swanson, Pervez Tahir und Michael Ward. Das Team dankt auch den statistischen Fachgutachtern Brian Hammond, Ian Macredie, Angela Me und David Pearce, die die Daten in dem Bericht überprüften und ihr statistisches Fachwissen einbrachten.

Konsultationen

Viele Personen, die während der Ausarbeitung des Berichts konsultiert wurden, lieferten wertvolle Hinweise, Informationen und Materialien. Das Team dankt Yuhanna Aboona, Carla Abou-Zahr, Yasmin Ahmad, Serge Allegrezza,

Anna Alvazzi del Frate, Jacob Assa, Christina Barrineau, Bob Baulch, Elena Bernaldo, Izzy Birch, Eva Busza, Shaamela Cassiem, Duangkamon Chotikapanich, Giovanni Andrea Cornia, Francesca Coullare, Angus Deaton, Yuri Dikhanov, Adama Diop-Faye, Sherman Dorn, Hubert Escaith, Jens Eschenbaecher, Gonzalo Fanjul Suárez, Sally Fegan-Wyles, Angela Ferriol Muruaga, Marzia Fontana, Marc-André Franche, Enrique Ganuza, Rosario Garcia Calderon, Leonardo Gasparini, Patrick Gerland, Peter Ghys, Erlinda Go, Luc Grégoire, Michèle Griffin, Brian Hammond, Daniel Hanspach, Lotta Harbom, Rubina Haroon, Nick René Hartmann, Rana Hasan, Sukehiro Hasegawa, Alan Heston, Catherine Hoffman, Valeria Izzi, Kareen Jabre, Lisa Jones, Alberic Kacou, Douglas Keh, Reetika Khera, Frederik Kok, Suraj Kumar, Muthuswamy Lakshminarayan, Andrea Lall, Jean Langers, Fiona Legg, Clare Lockhart, Charles Lufumpa, Frances Lund, Nyein Nyein Lwin, Esperanza C. Magpantay, Carlos Maldonado, Lamin Manneh, Kieren McGovern, Marcelo Medeiros, Alvaro Melendez, Jorge Mernies, Johan Mistiaen, Jaime Moll-de-Alba, Bruno Moro, Céline Moyroud, Christine Musisi, Ciru Mwaura, Suppiramaniam Nanthikesan, John Ohiorhenuan, Saeed Ordoubadi, Said Ould A. Voffal, Paola Pagliani, Amy Pate, Paul André de la Porte, Mohammad Pournik, Seeta Prabhu, William Prince, Agnès Puymoyen, Jan Van Ravens, Luca Renda, Yue Renfeng, Rodolfo Roque Fuentes, Diane Rowland, Anuja Singh, Elizabeth Sköns, Jelena Smoljan, Sophia Somogyi, Devi Sridhar, Peter Stalenheim, Mark Stoker, Michel Thieren, Mandy Turner, Fabio Veras, Lotta Viklund, Yan Wang, Michael Ward, Siemon Wezeman, Ian Whitman, Tony Williams und Eduardo Zepeda.

Das Team dankt auch für die anregenden Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops zur Szenario-Entwicklung: Larry Elliot, Alisher Ilkhamov, Bruce Jenks, William Kalema, Nawal Kamel, Melinda Kimble, Claudia Martinez, Pei Minxin, David Morrison, Erzbischof Njongonkulu W. H. Ndungane, Shoji Nishimoto, Precious Omuku, Surin

Pitsuwan, Jorge Quiroga, Jose Ramos Horta, Mattia Romani, Adnan Shihab Eldin, Roberto Soares, Angela Wilkinson, Seiner Hoheit Prinz Willem-Alexander der Niederlande und Ngaire Woods.

Textdurchsicht durch UNDP-Mitarbeiter

Eine Gruppe von UNDP-Kollegen lieferte während der Ausarbeitung des Berichts außerordentlich nützliche Anmerkungen, Vorschläge und Beiträge. Besonders bedanken möchte sich das Team des Berichts bei Hakan Bjorkman, Philip Dobie, Ghaith Fariz, Marc-André Franche, Cherie Hart, Gilbert Fossoun Hounbo, Bruce Jenks, Inge Kaul, Bruno Lemarquis, Kamal Malhotra, Lamin Manneh, Rosemary Nuamah, Eleanor O’Gorman, Hafiz Pasha, Stefano Pettinato, Richard Ponzio, Liliana de Riz, Turhan Saleh, Ben Slay, Ramaswamy Sudarshan, Mark Suzman, Mounir Tabet, Jan Vandemoortele, Antonio Vigilante und Louisa Vinton.

Redaktion, Herstellung und Übersetzung

Die Arbeit der leitenden Redakteurin Charlotte Denny kam dem Bericht sehr zugute. Das Lektorat, das Layout und die Druckvorbereitung übernahmen Meta de Coquereaumont, Thomas Roncoli, Bruce Ross-Larson, Christopher Trott, Timothy Walker und Elaine Wilson von Communications Development Incorporated. Der Bericht (einschließlich des Umschlags) wurde von Grundy & Northedge Information Designers gestaltet. Die statistischen Infor-

mationen, die im Bericht wiedergegeben sind, wurden von G. Quinn Information Design grafisch aufbereitet.

Eine große Hilfe für die Herstellung des Berichts war die Unterstützung aus dem Kommunikationsbüro des UNDP-Administrators in den Bereichen Übersetzung, Vertrieb und Werbung, insbesondere von Maureen Lynch, David Morrison, Bill Orme und Elizabeth Scott Andrews. Die Durchsicht der Übersetzungen übernahmen Jean Fabre, Vladimir Scherbov, Moustapha Soumare, Fayiz Suyyagh und Oscar Yujnovsky.

Auch die engagierte Arbeit von Noha Aboueldahab, Maria Kristina Dominguez, Laurel Gascho, Tugba Gokalp, Ramzi Mabsout, Aurélie Mazel, Agueda Perez, Gillan Richards, Frederic Rozeira de Mariz und Hanna Schmitt kam dem Bericht zugute. Özer Babakol und Matthew Bell lieferten dem Statistik-Team wertvolle Beiträge.

Daniela Costantino und Michele Jack vom Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste leisteten wichtige administrative Unterstützung und Managementdienste.



Kevin Watkins
Direktor

*Bericht über die menschliche
Entwicklung 2005*

Inhalt

Kapitel

Überblick	Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt	1
Kapitel 1	Zur Lage der menschlichen Entwicklung	21
Fortschritte und Rückschläge bei der menschlichen Entwicklung		25
Fortschritte in der menschlichen Entwicklung – eine globale Momentaufnahme		25
Fortschritte im Lichte des Index für menschliche Entwicklung		28
Die Grenzen menschlicher Entwicklung		31
Das Ende der Konvergenz?		33
Lebenserwartung – die große Wende		33
Frauen und Kinder zuletzt		35
Einkommensarmut – nachlassender Fortschritt in einer ungleichen Welt		43
Ungleichheit und der Anteil der armen Länder am zunehmenden globalen Wohlstand		46
Szenario 2015 – Aussichten für die Millenniums-Entwicklungsziele		50
Szenario 2015 – Projektionen statt Vorhersagen		51
Kurswechsel in Richtung Umsetzung der Millenniumsziele		58
Kapitel 2	Ungleichheit und menschliche Entwicklung	63
Warum Ungleichheit von Bedeutung ist		67
Soziale Gerechtigkeit und Moral		67
Die Armen zuerst		67
Wachstum und Effizienz		68
Politische Legitimität		68
Ziele staatlicher Politik		69
Gegenargumente widerlegt		69
Ineinergreifende Benachteiligungen: Ungleichheit innerhalb von Ländern		70
Schichten der Ungleichheit beschränken Lebensentscheidungen		74
Ungleiche Chancen – bei der Gesundheit und bei den Millenniums-Entwicklungszielen		78
Armutsorientiertes Wachstum und sein Potenzial für die menschliche Entwicklung		82
Die Verteilung des Wachstums verbessern		82
Armutsorientiertes Wachstum verwirklichen		87
Kapitel 3	Entwicklungshilfe für das 21. Jahrhundert	93
Die Gründe für Entwicklungshilfe überdenken		99
Entwicklungshilfe als moralischer Imperativ und aufgeklärtes Eigeninteresse		99
Entwicklungshilfe und menschliche Entwicklung		101
Finanzierung der Entwicklungshilfe – bisherige Leistungen, Probleme, Herausforderungen		107
Der Umfang der Hilfe		107
Entwicklungshilfe und die Millenniumsziele: Können die reichen Länder sie sich leisten?		119

Kann mehr Entwicklungshilfe absorbiert werden?	124
Schwächen bei der Qualität und Wirksamkeit von Entwicklungshilfe	126
Entwicklungshilfe ist unbeständig und unberechenbar	126
Konditionalität und Eigenverantwortung der Länder	128
Zu viele Geber – zu geringe Koordination	130
Ein ineffizienter Transfer von Ressourcen: gebundene Hilfe	132
Projektförderung statt nationaler Budgethilfe	134
Die Verwaltung der Hilfe überdenken	136
Bilaterale Hilfe – was wir von Afrika lernen können	137
Multilaterale Initiativen	138
Die Entwicklungshilfe verändern	140

Kapitel 4 Internationaler Handel – Potenziale für menschliche Entwicklung freisetzen **145**

Eine von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägte Welt	149
Handel und globale Lebensstandards	149
Die Grenzen der Annäherung	151
Handel und menschliche Entwicklung	154
Unfaire Regeln: Wie das Handelssystem die entwickelten Länder begünstigt	164
Marktzugang	164
Handel mit Agrarerzeugnissen	167
Abschaffung des entwicklungspolitischen Spielraums	173
Über die WTO-Regeln hinausgehend: Rohstoffe, neue Gatekeeper und die Entwicklung handelspolitischer Institutionen	181
Die Krise der Rohstoffmärkte	181
Die Rolle der Markt-Gatekeeper	184
Mangelnde Fähigkeiten	186
Doha zu einer Entwicklungsrunde machen	190
Die ordnungspolitische Funktion der WTO überdenken	190
Wie der Handel in Bezug auf die Millenniumsziele etwas leisten könnte	191

Kapitel 5 Gewaltsame Konflikte – die wahre Bedrohung erkennen **195**

Gewaltsame Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts	199
Die Sicherheitsrisiken haben sich auf die armen Länder verlagert	200
Die Kosten des Konflikts für die menschliche Entwicklung	201
Die Herausforderung konfliktträchtiger Staaten	211
Horizontale Ungleichheiten	213
Die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen	217
Über Grenzen hinweg	218
Die internationale Antwort	219
Die Entwicklungshilfe verbessern	220
Die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und der Umgang mit Kleinwaffen	224
Regionale Kapazität aufbauen	227
Die Herausforderungen des Wiederaufbaus	228

Der Übergang von Krieg über Frieden hin zu Sicherheit	231
Die Neudefinition des Sicherheitsbegriffs und die Schaffung kollektiver Sicherheit	234
Endnoten	237
Bibliografische Erläuterungen	240
Bibliografie	242

Kästen

1.1	HIV/AIDS ist für eine Vielzahl von Rückschlägen bei der menschlichen Entwicklung verantwortlich	29
1.2	Krise bei der Lebenserwartung in der Russischen Föderation: Sieben Millionen Männer „fehlen“	30
1.3	Indien – eine Erfolgsgeschichte der Globalisierung mit gemischter Bilanz bei der menschlichen Entwicklung	39
1.4	Sechs Millionen Leben retten – erreichbar und finanziell leistbar	42
1.5	Der Champagnerglas-Effekt – die globale Einkommensverteilung	48
1.6	Die Millenniums-Entwicklungsziele	50
1.7	Bangladesch – moderates Wachstum, rasche menschliche Entwicklung	59
1.8	Uganda – beeindruckende, aber ungleichgewichtige Fortschritte	60
2.1	Ungleichheit und Gesundheit in den Vereinigten Staaten	75
2.2	China – wachsende Ungleichheit bei der Gesundheit	81
2.3	Armutsorientiertes Wachstum und progressives Wachstum	83
2.4	Gezielte Anstrengung zur Verringerung der Kinderarmut in Großbritannien	88
2.5	Öffentliche Investitionen in den sozialen Wandel	90
3.1	Die „Great Society“	100
3.2	Kostenhürden abbauen	104
3.3	Entwicklungshilfe zugunsten der Sozialversicherung in Sambia	105
3.4	Vom G8-Gipfel zur Vollversammlung: Auf Worte müssen Taten folgen	113
3.5	Schuldenerleichterung kritisch hinterfragt	114
3.6	Die Zukunft der Internationalen Entwicklungsorganisation	118
3.7	Die Internationale Finanzfazilität	123
3.8	Untergrabung der Kapazität durch Projekthilfe – der Fall Afghanistan	135
4.1	Wie gut ist Offenheit für das Wachstum?	155
4.2	Vietnam und Mexiko – die Geschichte zweier Globalisierer	157
4.3	Guatemala – die Grenzen des exportbedingten Erfolgs	160
4.4	Stufenweise Abschaffung des Multifaserabkommens	162
4.5	Wohin fließen die Subventionen?	169
4.6	Wann ist eine Subvention keine Subvention?	172
4.7	Der indische Autoteile-Zuliefersektor	174
4.8	Über die Welthandelsorganisation hinausgehend	177
4.9	Die Kaffee-Krise	182
4.10	Die Grenzen der handelsbezogenen technischen Zusammenarbeit für die Entwicklung handelspolitischer Institutionen	188
4.11	Fischen um Kohärenz	189

5.1	Die Demokratische Republik Kongo – durch gewaltsamen Konflikt geht es den fragilen Staaten noch schlechter	202
5.2	Die Auswirkungen von Unsicherheit auf die Lebensgrundlagen – am Beispiel von Karamoja, Uganda	205
5.3	Die besetzten palästinensischen Gebiete – wie die menschliche Entwicklung umgekehrt wird	207
5.4	Côte d'Ivoire – horizontale Ungleichheiten entzaubern das „afrikanische Wunder“	215
5.5	Grenzen und Nutzen eines partizipatorischen Dialogs zur Verhütung von Konflikten	216

Tabellen

1.1	Länder mit sinkendem Index für menschliche Entwicklung	28
1.2	Rückgang der Einkommensarmut, 1981-2001	44
1.3	Bandbreiten des Einkommenszuwachses	45
3.1	In den reichen Ländern fallen die Militärausgaben deutlich höher aus als die öffentliche Entwicklungshilfe	121
4.1	Wohlfahrtsveränderungen in Nicaragua – die Kosten fallender Kaffeepreise 1998-2001	183
5.1	Konflikte kosten immer mehr Menschenleben	200
5.2	Natürliche Ressourcen haben in vielen Ländern Konflikte geschürt	217
5.3	Friedensschaffende Operationen mit Regierungsbefugnissen nach Konflikten	229

Grafiken

1.1	Verbesserte Lebenserwartung in den meisten Regionen	26
1.2	Kindersterblichkeitsraten – positive Trends	26
1.3	Die Demokratie breitet sich aus	27
1.4	Verbesserte menschliche Entwicklung in den meisten Regionen	28
1.5	Unterschiedliches Einkommen, ähnlicher HDI	31
1.6	Kinder, die nicht zur Schule gehen – vorwiegend in Afrika und Südasien	32
1.7	Schuljahre – weiterhin große Unterschiede	32
1.8	Überlebenschancen in Afrika südlich der Sahara kaum besser als in England 1840	34
1.9	Der demografische Schock durch AIDS ist schlimmer als der des Ersten Weltkriegs	35
1.10	Weniger Kinder sterben – aber der Fortschritt geht langsamer vonstatten	36
1.11	Kindersterblichkeit – die Kluft zwischen reich und arm wird größer	36
1.12	Neonatale Sterblichkeit hängt nicht vom Einkommen ab	37
1.13	Einkommenswachstum und Fortschritte bei der Kindersterblichkeit fallen in Indien und China auseinander	37
1.14	China und Indien fallen bei der Kindersterblichkeit zurück	38
1.15	Konvergenz des Wachstums – und Konvergenz des absoluten Einkommens	47
1.16	Wo das Geld ist	47
1.17	Die Ziele für die Kinder verfehlt	52
1.18	Kindersterblichkeit – die menschlichen Kosten	54
1.19	Kindersterblichkeit – die kumulierten Kosten verfehelter Ziele	53
1.20	Kein Zugang zu sauberem Wasser – die menschlichen Kosten	55
1.21	Einkommensarmut – die menschlichen Kosten	55

1.22	Kinder ohne Schulbildung – die menschlichen Kosten	56
1.23	Mädchen ohne Schulbildung – die menschlichen Kosten	56
1.24	Einkommen bedeutet noch nicht mehr Macht für Frauen	57
2.1	Ungleichverteilung des Einkommens – ausgewählte Länder und Regionen	71
2.2	Die Anteile am Einkommenskuchen	71
2.3	Die Situation der Armen – das Durchschnittseinkommen spielt eine Rolle, die Ungleichheit jedoch auch	72
2.4	Höchste Sterbewahrscheinlichkeit für die Kinder der Ärmsten	73
2.5	Der Kreislauf der Ungleichheit – armen Kindern und Jugendlichen ergeht es schlechter	73
2.6	Unterschiedliche menschliche Entwicklung in Provinzen Chinas	74
2.7	Bildung in Mexiko – zwei verschiedene Welten	76
2.8	Höheres Mortalitätsrisiko für Kinder im ländlichen Raum	77
2.9	Abgeschlossene Schulbildung in Pakistan	77
2.10	Armut in Guatemala – ethnische Zugehörigkeit und Wohnregion	77
2.11	Kindersterblichkeit – wachsende Kluft zwischen Reich und Arm	78
2.12	Tansania – Verringerung der Armut auf die Hauptstadt beschränkt	85
2.13	Extreme Armut – zwei Szenarien für 2015	86
3.1	Die langfristige Sichtweise – Entwicklungshilfe-Trends seit 1960	108
3.2	Die Liga der Entwicklungshilfe-Geber	109
3.3	Reicher, aber weniger großzügig – der Wohlstand wächst schneller als die Entwicklungshilfe ...	110
3.4	... doch die Leistungen sind unterschiedlich	110
3.5	Fortschritte nach Monterrey in Richtung der ODA-Zielvorgabe	112
3.6	Die MDG-Finanzierungslücke	112
3.7	Die Zusammensetzung der zusätzlichen Entwicklungshilfe	116
3.8	Die Geber leisten in unterschiedlichem Umfang Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder	117
3.9	Angespannte Haushaltslage in den G7-Ländern	120
3.10	Gegenüberstellung von Militärausgaben und Entwicklungshilfe	121
3.11	Vorgezogene Finanzierung von Entwicklungshilfe durch die Internationale Finanzfazilität	122
3.12	Große Schwankungen der Entwicklungshilfe	127
3.13	Lieferbindung von Entwicklungshilfe	133
3.14	Die Entwicklungshilfesteuern – Kosten der Lieferbindung von Entwicklungshilfe	133
4.1	Anteil der Exporte am Einkommen steigt	149
4.2	Wachstum der weltweiten Exporte von Industriegütern	150
4.3	Fallende Zolltarife	150
4.4	Exportserfolge stark konzentriert	152
4.5	Anteil Afrikas südlich der Sahara am Welthandel geht zurück	152
4.6	Weltexporte: weiterhin von reichen Ländern dominiert	153
4.7	Wertschöpfung bei der Produktion von Industriegütern: sich ändernde Anteile in der Entwicklungswelt	153
4.8	Zollsenkungen sind kein Patentrezept für Wachstum	156
4.9	Extrem ungerechte Abstufung der Handelssteuern	164
4.10	Extrem ungerechte Besteuerung in der Praxis	165
4.11	Hohe und anwachsende Unterstützung reicher Länder für ihre Landwirtschaft	168
4.12	EU-Zucker – im Übermaß produziert und auf die Weltmärkte geworfen	170

4.13	US-Baumwollproduktion – immun gegen Veränderungen der Weltmarktpreise	170
4.14	Kaffeepreise und Kaffeeproduktion in Äthiopien	183
5.1	Weniger Konflikte seit 1991	200
5.2	Die Sicherheitsrisiken verlagern sich auf Afrika	201
5.3	Ausgabenprioritäten von Ländern mit einem niedrigen Stand bei der menschlichen Entwicklung, in denen sich in letzter Zeit ein Konflikt abgespielt hat	209
5.4	Hilfe zum Wiederaufbau nach einem Konflikt – Bedürfnisse sind nachrangig	222

Sonderbeitrag

	Herausforderungen für den Wiederaufbau nach einem Konflikt: Was wir von Afghanistan lernen können <i>Ashraf Ghani</i>	223
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Karte

1.1	Die Geografie der Kindersterblichkeit – Fortschritte bei der Umsetzung der MDG-Zielvorgabe für 2015	52
------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Indikatoren für die menschliche Entwicklung

Anleitung für den Leser	265
Erläuterungen zu Tabelle 1: Über den diesjährigen Index für menschliche Entwicklung	268

Überwachung der menschlichen Entwicklung: Erweiterung der Möglichkeiten von Menschen . . .

1	Index für menschliche Entwicklung	273
2	Trends des Indexes für menschliche Entwicklung	277
3	Menschliche Armut und Einkommensarmut: Entwicklungsländer	281
4	Menschliche Armut und Einkommensarmut: OECD-Länder, Mittel- und Osteuropa sowie GUS	284

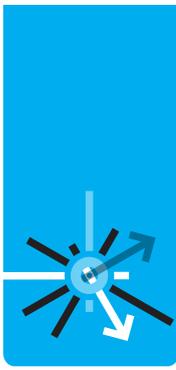
. . . ein langes und gesundes Leben zu führen . . .

5	Demografische Trends	286
6	Engagement für die Gesundheit: Ressourcen, Zugang und Dienste	290
7	Wasser- und Sanitärversorgung, Ernährungsstand	294
8	Ungleichheiten bei der Gesundheit von Müttern und Kindern	298
9	Umgang mit globalen Gesundheitskrisen und Gefahren	300
10	Lebenserwartung: Fortschritte und Rückschläge	304

. . . Wissen zu erwerben . . .

11	Engagement für die Bildung: öffentliche Ausgaben	308
12	Alphabetisierungsgrad und Schulbesuch	312
13	Technologie: Verbreitung und Schaffung	316

... Zugang zu den Ressourcen für einen angemessenen Lebensstandard zu erhalten ...	
14 Wirtschaftliche Leistung	320
15 Ungleichheit bei Einkommen oder Konsum	324
16 Handelsstruktur	328
17 Verantwortlichkeiten reicher Länder: Entwicklungshilfe	332
18 Verantwortlichkeiten reicher Länder: Schuldenerleichterung und Handel	333
19 Hilfsströme, Privatkapital und Verschuldung	334
20 Prioritäten der öffentlichen Ausgaben	338
21 Arbeitslosigkeit in OECD-Ländern	342
... sie jedoch gleichzeitig für künftige Generationen zu bewahren ...	
22 Energie und Umwelt	343
... die persönliche Sicherheit zu gewährleisten ...	
23 Flüchtlinge und Waffen	347
24 Kriminalitätsoffer	351
... und Gleichheit für alle Frauen und Männer zu verwirklichen	
25 Geschlechtsbezogener Entwicklungsindex	353
26 Maß für die Ermächtigung der Geschlechter	357
27 Ungleichheit zwischen Männern und Frauen bei der Bildung	361
28 Ungleichheit zwischen Männern und Frauen bei der Wirtschaftstätigkeit	365
29 Geschlechter, Arbeits- und Zeitverteilung	369
30 Politische Partizipation von Frauen	370
Übereinkommen auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Arbeitsrechts	
31 Stand der wichtigsten internationalen Menschenrechtsübereinkommen	374
32 Stand der grundlegenden Übereinkommen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts	378
33 Basis-Indikatoren für andere UN-Mitgliedstaaten	382
Erläuterungen zu den Statistiken im <i>Bericht über die menschliche Entwicklung</i>	383
Technische Erläuterungen	
<hr/>	
1 Berechnung der Indizes für menschliche Entwicklung	394
2 Armutsbekämpfung – eine Medaille mit zwei Seiten: Warum Wachstum und Verteilung wichtig sind	401
3 Einschätzung der Fortschritte in Richtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele	406
Definitionen statistischer Begriffe	408
Statistische Primärquellen	415
Klassifizierung der Länder	417
Index der Indikatoren	421
Index der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele in den Indikatorentabellen	425
Länderschlüssel	428



Überblick

Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt

Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt

Fernab von jeglicher
Beachtung durch die
Medien sterben jede
Stunde über 1.200 Kinder

Das Jahr 2004 ging mit einem Ereignis zu Ende, das sowohl die zerstörerische Kraft der Natur als auch die erneuernde Kraft menschlichen Mitgefühls vor Augen führte. Bei dem Tsunami im Indischen Ozean kamen über 300.000 Menschen ums Leben; Millionen wurden obdachlos. Doch nur Tage nach der Naturkatastrophe – einer der schlimmsten in der jüngeren Menschheitsgeschichte – lief bereits die größte internationale Hilfswelle an, die es je gegeben hat. Dies beweist, was mit weltweiter Solidarität erreicht werden kann, wenn die internationale Gemeinschaft entschlossen an eine große Aufgabe herangeht.

Der Tsunami war eine äußerst sichtbare, unvorhersehbare und weitgehend auch unvermeidbare Tragödie. Doch auf der Welt spielen sich noch andere Tragödien ab, die viel verborgener, routinemäßig vorhersehbar und ohne weiteres vermeidbar sind. Fernab von jeglicher Beachtung durch die Medien sterben jede Stunde über 1.200 Kinder. Dies ist, als würden Monat für Monat drei solcher Flutwellen über den schutzlosesten Bürgern der Welt – ihren Kindern – zusammenbrechen. Zwar variieren die Todesursachen, doch in ihrer überwältigenden Mehrheit können sie auf eine generelle Krankheit zurückgeführt werden: Armut. Anders als ein Tsunami lässt sich diese Krankheit verhindern. Die Welt verfügt heute über die technologischen Möglichkeiten, die finanziellen Mittel und das Wissen, um extreme Not überwinden zu können. Dennoch lassen wir als internationale Gemeinschaft ein Ausmaß von Armut zu, dessen Tribut an Menschenleben die Auswirkungen der Flutwelle bei weitem in den Schatten stellt.

Vor fünf Jahren, am Anbruch des neuen Jahrtausends, schlossen sich die Regierungen der Welt zusammen, um gegenüber den Opfern der Armut auf der ganzen Welt ein bemerkenswertes Versprechen abzugeben. Sie kamen bei den Vereinten Nationen zusammen und unterzeichneten die Millenniums-Erklärung – eine

feierliche Selbstverpflichtung, „keine Mühen zu scheuen, um unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenschlichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien.“ Die Erklärung vermittelt eine kühne Vision, die verwurzelt ist in einem gemeinsamen Bekenntnis zu den allgemeinen Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit, und durch klare, terminierte Zielvorgaben gestützt wird. Diese Ziele – die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) – beinhalten die Halbierung extremer Armut, die Senkung der Kindersterblichkeit, die Sicherstellung von Schulbildung für alle Kinder der Welt, die Eindämmung von Infektionskrankheiten und den Aufbau einer neuen, ergebnisorientierten globalen Partnerschaft. Dies soll bis spätestens 2015 geschehen.

Sicherlich erschöpft sich menschliche Entwicklung nicht mit den Millenniums-Entwicklungszielen. Doch die Ziele geben einen entscheidenden Anhaltspunkt zur Messung des Fortschritts in Bezug auf die Errichtung einer neuen, gerechteren, weniger verarmten und weniger unsicheren Weltordnung. Im September 2005 werden sich die Regierungen der Welt erneut bei den Vereinten Nationen versammeln, um sich einen Überblick über die Entwick-

Jetzt gilt es zu beweisen, dass die Millenniums-Erklärung nicht nur ein Versprechen auf Papier ist, sondern ein wirkliches Bekenntnis zum Wandel beinhaltet

lungen seit der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung zu verschaffen und um das weitere Vorgehen in den kommenden zehn Jahren – bis 2015 – festzulegen.

Bisher gibt es wenig Grund zu feiern. Seit der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung waren einige bedeutende Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung zu verzeichnen. Die Armut ist zurückgegangen und bei den sozialen Indikatoren ist eine Verbesserung eingetreten. Die MDGs haben das international vorhandene Interesse gebündelt; sie haben Entwicklung und Armutsbekämpfung auf die weltweite Tagesordnung gebracht, wie es noch vor einem Jahrzehnt undenkbar schien. Das Jahr 2005 war gekennzeichnet von einer beispiellosen globalen Kampagne, die zum Ziel hat, dass Armut bald der Vergangenheit angehört. Diese Kampagne hat bereits eine Wirkung gezeitigt in Gestalt von Fortschritten, die beim Gipfel der Gruppe der acht führenden Industriestaaten (G8) hinsichtlich Entwicklungshilfe und Schuldenerlassen gemacht wurden. Dies zeigt: Starke Argumente gestützt durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit können die Welt verändern.

Doch während sich die Regierungen auf den Gipfel der Vereinten Nationen 2005 vorbereiten, liest sich der allgemeine Fortschritt bei den Millenniums-Entwicklungszielen eher deprimierend. Die Mehrheit der Länder liegt hinter den meisten Zielvorgaben zurück. In einigen Schlüsselbereichen ist die menschliche Entwicklung ins Stocken gekommen, und ohnehin tiefe Ungleichheiten vergrößern sich noch weiter. Zwischen den hohen Ansprüchen der Millenniums-Erklärung und dem tatsächlichen Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung tut sich eine Kluft auf. Diplomatische Formulierungen und höfliche Umschreibungen werden benutzt, um die Lage darzustellen. Keinesfalls darf dies jedoch den Blick auf eine einfache Wahrheit verstellen: Das Versprechen gegenüber den Armen der Welt wird nicht eingelöst.

Dieses Jahr, 2005, sind wir an einem Scheidepunkt angelangt. Die Regierungen der Welt

stehen vor einer wichtigen Entscheidung. Entweder nutzen sie die Gunst der Stunde und machen 2005 zum Beginn einer „Dekade der Entwicklung“. Wenn heute die Mittel zur Verfügung gestellt und die politischen Maßnahmen eingeleitet werden, die zur Erreichung der MDGs erforderlich sind, ist immer noch Zeit, das Versprechen der Millenniums-Erklärung einzulösen. Doch die Frist läuft allmählich ab. Der UN-Gipfel bietet die entscheidende Gelegenheit zur Verabschiedung kühner Aktionspläne. Diese brauchen wir – nicht nur, um den Zielfahrplan für 2015 wieder einhalten zu können, sondern auch, um die tiefen Ungleichheiten zu überwinden, die die Menschheit spalten, und ein neues, gerechteres Modell der Globalisierung zu entwickeln.

Die Alternative ist, so weiterzumachen wie bisher. Dann würde 2005 zu dem Jahr, in dem das Versprechen der Millenniums-Erklärung gebrochen wurde. Damit würde die gegenwärtige Generation politischer Führer in die Geschichte eingehen als Verantwortliche für das Scheitern der Ziele. Der UN-Gipfel steht in Gefahr, anstatt zu handeln, nur eine weitere Runde wohlklingender Erklärungen abzugeben – also mehr Worte und keine Taten seitens der reichen Länder zu produzieren. Die Folgen, die ein derartiges Ergebnis für die Armen der Welt hätte, liegen auf der Hand. Doch in einer Welt, in der Risiken und Gefahren immer stärker miteinander verwoben sind, würden dadurch Sicherheit, Frieden und Wohlstand auch global in Gefahr geraten.

Der Gipfel 2005 gibt den Unterzeichnerstaaten der Millenniums-Erklärung die Chance, zu zeigen, dass sie ihre Verpflichtung ernst nehmen – und dass sie in der Lage sind, mit der Routine zu brechen. Jetzt gilt es zu beweisen, dass die Millenniums-Erklärung nicht nur ein Versprechen auf Papier ist, sondern ein wirkliches Bekenntnis zum Wandel beinhaltet. Der Gipfel ist der geeignete Zeitpunkt, um Investitionsressourcen zu mobilisieren und Pläne zu entwickeln für den Bau der Dämme, die dem Tsunami der weltweiten Armut Einhalt gebieten können. Dazu bedarf es jedoch des

politischen Willens, nach der vor fünf Jahren erstellten Vision zu handeln.

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

Dieser Bericht befasst sich mit dem Ausmaß der Herausforderung, der sich die Welt zu Beginn des zehnjährigen Countdown bis 2015 gegenüber sieht. Sein Schwerpunkt liegt darauf, was die Regierungen der reichen Länder tun können, um ihren Teil der Vereinbarung zur globalen Partnerschaft zu erfüllen. Dies bedeutet nicht, dass die Regierungen der Entwicklungsländer keine Verantwortung tragen. Im Gegenteil, ihnen fällt sogar die Hauptverantwortung zu. Nicht noch soviel internationale Zusammenarbeit kann die Handlungen von Regierungen aufwiegen, die es versäumen, der menschlichen Entwicklung Vorrang einzuräumen, die Menschenrechte zu wahren, Ungleichheiten in Angriff zu nehmen und die Korruption auszumerzen. Wenn aber das Bekenntnis zur Zusammenarbeit nicht bekräftigt und durch konkretes Handeln untermauert wird, lassen sich die MDGs nicht erreichen – und die Millenniums-Erklärung wird als ein weiteres leeres Versprechen in die Geschichte eingehen.

Wir konzentrieren uns auf die drei Pfeiler der Zusammenarbeit, die alle dringend der Erneuerung bedürfen. Der erste Pfeiler ist die Entwicklungshilfe. Internationale Hilfe ist eine Schlüsselinvestition in menschliche Entwicklung. Der Ertrag dieser Investition lässt sich in dem Humanpotenzial messen, das freigesetzt wird, wenn vermeidbare Krankheiten und Todesfälle abgewendet werden, die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern überwunden wird, alle Kinder eine Schulbildung erhalten und die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Die Entwicklungshilfe krankt an zwei Problemen: chronischer Unterfinanzierung und schlechter Qualität. Zwar hat es in beider Hinsicht Verbesserungen gegeben, es bleibt jedoch noch viel zu tun, um die Lücken zur Finanzierung der Millenniumsziele zu schließen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern.

Der zweite Pfeiler ist der internationale Handel. Unter den richtigen Voraussetzungen kann Handel als wirksamer Katalysator für menschliche Entwicklung dienen. Die 2001 in Doha ausgerufene „Entwicklungsrunde“ der Gespräche der Welthandelsorganisation (WTO) bot den Regierungen der reichen Länder die Möglichkeit, diese Voraussetzungen zu schaffen. Heute, vier Jahre danach, ist nichts Wesentliches erreicht worden. Die Handelspolitik der reichen Länder verweigert weiterhin den armen Ländern und armen Menschen einen fairen Anteil am globalen Wohlstand – und ist damit ein Schlag ins Gesicht der Millenniums-Erklärung. Denn mehr noch als Entwicklungshilfe hätte der Handel das Potenzial, die ärmsten Länder und Menschen der Welt mehr am globalen Wohlstand teilhaben zu lassen. Eine unfaire Handelspolitik, die dieses Potenzial verringert, lässt sich nicht mit dem Bekenntnis zu den MDGs vereinbaren. Darüber hinaus ist sie ungerecht und scheinheilig.

Der dritte Pfeiler ist Sicherheit. Gewaltsame Konflikte bedrohen das Leben von Hunderten Millionen Menschen. Sie sind eine Quelle systematischer Menschenrechtsverletzungen und ein Hemmnis für Fortschritte in Richtung auf die Millenniumsziele. Die Erscheinungsform der Konflikte hat sich gewandelt – neue Risiken für die kollektive Sicherheit sind entstanden. In einer immer stärker miteinander verwobenen Welt überschreiten die Bedrohungen, die durch die Unfähigkeit zur Verhinderung von Konflikten oder durch verpasste Chancen auf Frieden entstehen, unweigerlich nationale Grenzen. Eine wirksamere internationale Zusammenarbeit würde die Voraussetzungen für eine beschleunigte menschliche Entwicklung und wahre Sicherheit schaffen. Sie könnte damit zur Beseitigung der Hindernisse für Fortschritte bei den MDGs beitragen, die durch gewaltsame Konflikte verursacht sind.

Die Erneuerung muss zeitgleich an jedem der Pfeiler internationaler Zusammenarbeit erfolgen. Wenn sie an einer Stelle nicht geschieht, werden die Grundlagen zukünftigen Fortschritts untergraben. In Ländern, wo die Chan-

Unter den richtigen
Voraussetzungen kann
Handel als wirksamer
Katalysator für menschliche
Entwicklung dienen

Es besteht eine echte Gefahr, dass die nächsten zehn Jahre, wie schon die letzten 15, weit weniger zur menschlichen Entwicklung beitragen werden, als es der neue Konsens verspricht

zen zur Teilhabe am Handel durch gewaltsame Konflikte verbaut sind, sind wirksamere Regeln im internationalen Handel wenig wert. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, die nicht von faireren Handelsregeln begleitet ist, wird weniger als optimale Ergebnisse liefern. Und ein Frieden, der keine Aussicht auf eine Verbesserung des menschlichen Wohlergehens und eine Verringerung der Armut durch Entwicklungshilfe und Handel bietet, wird immer zerbrechlich bleiben.

Der Stand der menschlichen Entwicklung

Vor fünfzehn Jahren sah der erste *Bericht über die menschliche Entwicklung* einem Jahrzehnt des raschen Fortschritts entgegen. „Die 1990er Jahre,“ so lautete die optimistische Prognose, „entwickeln sich zum Jahrzehnt der menschlichen Entwicklung; selten zuvor hat es einen derartigen Konsens über die wahren Ziele von Entwicklungsstrategien gegeben.“ Auch heute gibt es wie 1990 einen Konsens über Entwicklung. Dieser kam eindrucksvoll in den Berichten des UN-Millennium-Projekts und der von Großbritannien eingesetzten Kommission für Afrika zum Ausdruck. Allerdings muss dieser Konsens sich erst noch in konkreten Taten niederschlagen – und da sind die Aussichten nicht gut für das kommende Jahrzehnt. Es besteht eine echte Gefahr, dass die nächsten zehn Jahre, wie schon die letzten 15, weit weniger zur menschlichen Entwicklung beitragen werden, als es der neue Konsens verspricht.

Seit der ersten Ausgabe des *Berichts über die menschliche Entwicklung* ist viel erreicht worden. Im Schnitt sind die Menschen in den Entwicklungsländern heute gesünder, besser gebildet und weniger verarmt – und die Wahrscheinlichkeit, dass sie in einer Mehrparteiendemokratie leben, hat sich auch erhöht. Seit 1990 ist die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern um zwei Jahre gestiegen. Es sterben drei Millionen weniger Kinder im Jahr, und 30 Millionen mehr Kinder besuchen die Schule. Über 130 Millionen Menschen sind extremer Armut entronnen. Diese Errungen-

schaften bei der menschlichen Entwicklung sollte man nicht unterschätzen.

Man darf sie aber auch nicht zu hoch einschätzen. Im Jahr 2003 erzielten 18 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von 460 Millionen Menschen geringere Punktzahlen beim Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index – HDI) als 1990 – ein beispielloser Rückschritt. Inmitten des Aufschwungs der Weltwirtschaft erleben 10,7 Millionen Kinder jährlich ihren fünften Geburtstag nicht, und mehr als eine Milliarde Menschen leben in tiefstem Elend mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar am Tag. Die HIV/AIDS-Epidemie hat die menschliche Entwicklung am stärksten zurückgeworfen. 2003 forderte die Epidemie drei Millionen Menschenleben; dazu gab es fünf Millionen Neuinfektionen. Millionen von Kindern sind dadurch zu Waisen geworden.

Durch das Zusammenwachsen der Welt entstehen tiefere Verbindungen zwischen den einzelnen Ländern. In Bezug auf die Wirtschaft verringert sich der Abstand zwischen Menschen und Ländern rasch, da Handel, Technologie und Investitionen alle Länder in einem Netz wechselseitiger Abhängigkeiten zusammenführen. In Bezug auf die menschliche Entwicklung ist der Abstand zwischen den einzelnen Ländern jedoch gekennzeichnet durch tiefe und manchmal immer tiefer werdende Ungleichheit beim Einkommen und den Lebenschancen. Ein Fünftel der Menschheit lebt in Ländern, wo sich viele nichts dabei denken, zwei US-Dollar am Tag für einen Cappuccino auszugeben. Ein weiteres Fünftel der Menschheit hingegen muss mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen und lebt in Ländern, wo Kinder sterben müssen, weil es ihnen an etwas so Einfachem wie einem Moskitonetz mangelt.

Zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts leben wir in einer geteilten Welt. Das Ausmaß dieser Trennung stellt eine grundlegende Herausforderung für die globale menschliche Gemeinschaft dar. Ein Teil dieser Herausforderung ist ethisch und moralisch. Nelson Mandela hat dies 2005 so ausgedrückt: „Massive

Die reichsten 500
Einzelpersonen der Welt
verfügen gemeinsam über
ein größeres Einkommen als
die ärmsten 416 Millionen

Armut und eklatante Ungleichheit sind derart furchtbare Geißeln unserer Zeit – einer Zeit, in der die Welt sich atemberaubender Fortschritte auf den Gebieten Wissenschaft, Technologie, Industrie und Ansammlung von Wohlstand rühmen kann –, dass sie als gleichgroße soziale Übel eingestuft werden müssen wie Sklaverei und Apartheid.“ Diese doppelte Geißel von Armut und Ungleichheit kann besiegt werden – doch in dieser Richtung hat es nur stockende und unregelmäßige Fortschritte gegeben.

Genauso wie die armen Länder haben auch die reichen ein Interesse daran, dass sich dieses Bild ändert. Die Verringerung des Abgrunds, der sich innerhalb der menschlichen Gemeinschaft bei Wohlstand und Chancen auftut, ist kein Nullsummenspiel, bei dem die einen verlieren müssen, damit die anderen gewinnen können. Das Wohlergehen der Menschen in den reichen Ländern wird nicht dadurch beeinträchtigt, dass die Menschen in den armen Ländern bessere Chancen erhalten, ein langes und gesundes Leben zu führen, ihren Kinder eine anständige Bildung zu ermöglichen und der Armut zu entkommen. Im Gegenteil, es wird dazu beitragen, einen gemeinsamen Wohlstand aufzubauen und unsere kollektive Sicherheit zu stärken. In unserer vernetzten Welt ist eine Zukunft, die inmitten des Überflusses auf dem Fundament der Massenarmut beruht, wirtschaftlich ineffizient, politisch nicht tragfähig und moralisch unhaltbar.

Die Kluft bei der Lebenserwartung zählt zu den grundlegendsten aller Ungleichheiten. Heutzutage hat jemand, der in Sambia lebt, eine geringere Chance, 30 Jahre alt zu werden, als jemand, der 1840 in England geboren wurde – und die Kluft wird immer größer. Der Kern des Problems ist HIV/AIDS. Der größte demographische Schlag in Europa seit der Pest im Mittelalter war der, den Frankreich während des Ersten Weltkriegs erlitten hat. Damals sank die Lebenserwartung um etwa 16 Jahre. Im Vergleich dazu sieht sich Botswana heute einem durch HIV/AIDS verursachten Rückgang der Lebenserwartung um 31 Jahre gegenüber. Über die unmittelbaren menschlichen Kosten hinaus zerstört

HIV/AIDS die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, die für eine Gesundung unverzichtbar ist. Die Krankheit lässt sich noch nicht heilen. Aber Millionen von Menschenleben hätten bereits gerettet werden können, wenn die internationale Gemeinschaft nicht so lange gewartet hätte, bis sich eine ernsthafte Bedrohung zu einer ausgewachsenen Krise entwickelt hat.

Kein Indikator veranschaulicht die ungleichen Chancen bei der menschlichen Entwicklung besser als die Kindersterblichkeit. Die weltweiten Sterberaten bei Kindern sinken zwar, aber der Trend ist rückläufig und es tut sich ein immer größerer Abgrund zwischen den reichen und den armen Ländern auf. Rückläufige Trends in diesem Bereich kosten Menschenleben. Hätte man es geschafft, das Tempo des Fortschritts der 1980er Jahre auch in den vergangenen 15 Jahren zu halten, würden dieses Jahr 1,2 Millionen weniger Kinder sterben. Für den Anstieg der anteiligen Kindersterblichkeit ist vor allem Afrika südlich der Sahara verantwortlich: Die Region kommt für 20 Prozent der Geburten weltweit auf, aber für 44 Prozent der Todesfälle unter Kindern. Eine Verlangsamung des Fortschritts lässt sich jedoch auch außerhalb Afrikas südlich der Sahara beobachten. Einige der Länder, die im Zuge der Globalisierung die frappierendsten „Erfolgsstorys“ geschrieben haben – darunter China und Indien – ist es nicht gelungen, den neu gewonnenen Wohlstand und steigende Einkommen im Sinne einer rascheren Senkung der Kindersterblichkeit umzusetzen. Eine tief verwurzelte Ungleichheit bei der menschlichen Entwicklung liegt diesem Problem zugrunde.

Derweil tobt die Debatte über Trends bei der globalen Einkommensverteilung weiter. Weniger debattieren lässt sich das bloße Ausmaß der Ungleichheit. Die reichsten 500 Einzelpersonen der Welt verfügen gemeinsam über ein größeres Einkommen als die ärmsten 416 Millionen. Einmal abgesehen von solchen Extremen haben die 2,5 Milliarden Menschen, die mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen müssen – 40 Prozent der Weltbevölkerung – nur einen Anteil von fünf Prozent

Die Millenniums-Zielvorgabe zur Senkung der Kindersterblichkeit wird um 4,4 Millionen vermeidbare Todesfälle von Kindern im Jahr 2015 verpasst

am weltweiten Einkommen. Der Anteil der reichsten zehn Prozent, von denen fast alle in Ländern mit hohem Einkommen leben, beträgt hingegen 54 Prozent.

Eine offensichtliche natürliche Folge der extremen globalen Ungleichheit ist, dass sogar geringfügige Veränderungen bei der vertikalen Verteilung dramatische Auswirkungen auf die Armut haben können. Ausgehend von den uns vorliegenden Daten über globale Einkommensverteilung schätzen wir, dass es 300 Milliarden US-Dollar kosten würde, das Einkommen von einer Milliarde Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben, über die Schwelle der extremen Armut anzuheben. Dieser Betrag entspricht 1,6 Prozent des Einkommens der reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung. Allerdings lässt sich mit dieser Zahl nur ein statischer Transfer zum Ausdruck bringen. Die nachhaltige Verringerung der Armut verlangt nach dynamischen Prozessen, durch die arme Länder und arme Menschen selbst einen Ausweg aus extremer Not finden können. In unserer zutiefst ungleichen Welt würde mehr Gleichheit aber als wirksamer Katalysator für die Verringerung der Armut und für Fortschritte bei den Millenniumszielen dienen.

Wie wirkt sich nun der derzeitige Verlauf der globalen menschlichen Entwicklung auf die Millenniums-Entwicklungsziele aus? Zur Beantwortung dieser Frage nutzen wir Länderdaten, um zu prognostizieren, wo die Welt 2015 bei einigen der wesentlichen Zielen stehen wird. Das Bild, das sich dabei ergibt, ist nicht gerade ermutigend. Wenn der gegenwärtige Trend anhält, tut sich eine enorme Kluft zwischen den Zielvorgaben der MDGs und den erreichten Ergebnissen auf. Diese kann man statistisch ausdrücken, doch hinter der Statistik verbergen sich das Leben und die Hoffnungen gewöhnlicher Menschen. Die menschlichen Kosten lassen sich nie allein durch Zahlen zum Ausdruck bringen. Doch unsere Prognose für 2015 gibt Hinweise auf das Ausmaß der Kosten. Wenn es so weiter geht wie derzeit, hätte dies für die Entwicklungsländer u.a. folgende Konsequenzen:

- Die Millenniums-Zielvorgabe zur Senkung der Kindersterblichkeit wird um 4,4 Millionen vermeidbare Todesfälle von Kindern im Jahr 2015 verpasst – dreimal so viel wie die Zahl der Kinder unter fünf Jahren in London, New York und Tokio zusammengekommen. In den nächsten zehn Jahren kommen durch die Abweichung des derzeitigen Trends von der Zielvorgabe weitere 41 Millionen Kinder hinzu, die vor ihrem fünften Geburtstag an der am leichtesten heilbaren aller Krankheiten – Armut – sterben werden. Dieses Ergebnis lässt sich nur schwer vereinbaren mit dem Versprechen der Millenniums-Erklärung, die Kinder der Welt zu schützen.
- Die Diskrepanz zwischen der Zielvorgabe zur Halbierung der Armut und den prognostizierten Resultaten bedeutet weitere 380 Millionen Menschen im Jahr 2015, deren Einkommen weniger als einen US-Dollar beträgt.
- Nach dem gegenwärtigen Trend wird das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung ebenfalls verfehlt werden; 2015 wird es immer noch 47 Millionen Kinder geben, die nicht zur Schule gehen.

So sieht also eine einfache Fortschreibung der gegenwärtigen Trends aus – doch Trends sind nicht unabwendbar. Im Finanzwesen gibt es ein geflügeltes Wort: Die Leistungen der Vergangenheit stellen keine Richtschnur für zukünftige Ergebnisse dar. Im Blick auf die Millenniums-Entwicklungsziele ist dies zweifellos eine erfreuliche Feststellung. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat es so ausgedrückt: „Die MDGs können bis 2015 erreicht werden – aber nur, wenn alle Beteiligten aus ihrer Routine ausbrechen und ihre Bemühungen sofort dramatisch beschleunigen und verstärken.“ Einige der ärmsten Länder der Welt – darunter Bangladesch, Uganda und Vietnam – haben bewiesen, dass rascher Fortschritt möglich ist. Doch die reichen Länder müssen zur Deckung der Anlaufkosten eines globalen Aufschwungs der menschlichen Entwicklung beitragen.

Während die Regierungen sich auf den UN-Gipfel 2005 vorbereiten, geht von der Prognose für 2015 eine deutliche Warnung aus. Um es ohne Umschweife auszudrücken: Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass die Welt bei der menschlichen Entwicklung auf ein Desaster zusteuert, dessen Kosten in vermeidbaren Todesfällen, Kindern, die keine Schule besuchen können, und verpassten Gelegenheiten zur Armutsreduzierung gemessen werden wird. Dieses Desaster ist sowohl vermeidbar als auch vorhersehbar. Wenn es den Regierungen ernst mit ihrem Bekenntnis zu den MDGs ist, können sie nicht einfach so weitermachen wie bisher. Der UN-Gipfel 2005 bietet die Chance, einen neuen Kurs für das nächste Jahrzehnt zu stecken.

Warum Ungleichheit etwas ausmacht

Innerhalb der einzelnen Länder tun sich genauso tiefe Abgründe bei der menschlichen Entwicklung auf wie zwischen verschiedenen Ländern. Darin spiegelt sich fehlende Chancengleichheit wider – Menschen werden wegen ihres Geschlechts, ihrer Gruppenzugehörigkeit, ihres Wohlstands oder ihres Aufenthaltsorts Steine in den Weg gelegt. Derartige Ungleichheiten sind ungerecht. Sie sind außerdem wirtschaftlich gesehen eine Verschwendung und wirken sozial destabilisierend. Eine der effizientesten Wege zur Überwindung extremer Armut ist es, die strukturellen Kräfte zu überwinden, die extreme Ungleichheit produzieren und aufrechterhalten. Damit wird das Gemeinwohl gefördert und ein schnellerer Fortschritt bei den MDGs erzielt.

Die Millenniums-Entwicklungsziele selber sind eine grundsätzliche Erklärung der internationalen Entschlossenheit, die in einem Bekenntnis zu den grundlegenden Menschenrechten verankert ist. Diese Rechte – das Recht auf Bildung, auf Gleichstellung der Geschlechter, auf Überleben der Kindheit und auf einen angemessenen Lebensstandard – sind von ihrer Natur her allgemeingültig. Deshalb sollte Fortschritt bei den MDGs allen Menschen dienen, unabhängig von ihrem Haushaltseinkommen, ihrem Geschlecht oder ihrem Aufenthaltsort.

Die Regierungen messen jedoch Fortschritt anhand nationaler Mittelwerte. Dies kann dazu führen, dass der Blick auf tiefgreifende Ungleichheiten beim Fortschritt verstellt wird, die auf Disparitäten aufgrund von Wohlstand, Geschlecht, Gruppenzugehörigkeit und anderen Faktoren beruhen.

In diesem Bericht wird aufgezeigt, wie Fortschritt bei der Erreichung der Millenniumsziele gebremst wird, wenn man extreme Ungleichheiten nicht in Angriff nimmt. Bei vielen der MDGs bleiben die Armen und Unterprivilegierten zurück. Eine länderübergreifende Analyse lässt erkennen, dass die Kindersterblichkeitsraten bei den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung nicht einmal halb so schnell sinken wie im Welt-durchschnitt. Da die ärmsten 20 Prozent somit für einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Kindersterblichkeit aufkommen, verringert sich das generelle Tempo des Fortschritts bei der Erreichung der Ziele. Die Schaffung von Bedingungen, unter denen die Armen zur allgemeinen menschlichen Entwicklung aufschließen können, würde den MDGs neue, dynamische Impulse verleihen. Es würde außerdem eine Ursache sozialer Ungerechtigkeit angehen.

Ein vielschichtiges Geflecht von Ungleichheiten schafft lebenslange Benachteiligung bestimmter Menschen. In Ländern, auf die über 80 Prozent der Weltbevölkerung entfällt, wächst die ungleiche Einkommensverteilung. Ungleichheit auf diesem Gebiet ist von besonderer Bedeutung, weil zwischen Verteilungsmustern und dem Niveau der Armut ein Zusammenhang besteht. So liegt etwa in Brasilien, einem Land mit großer ungleicher Verteilung und mittlerem Einkommen, das Durchschnittseinkommen dreimal so hoch wie in Vietnam, einem Land mit geringer Ungleichverteilung und niedrigem Einkommen. Dennoch verfügen die ärmsten zehn Prozent in Brasilien über ein geringeres Einkommen als die ärmsten zehn Prozent in Vietnam. Ein hohes Maß an ungleicher Einkommensverteilung beeinträchtigt das Wirtschaftswachstum und senkt das Tempo, mit dem Wachstum in Armutsreduzierung umgesetzt wird. Es verringert sowohl die Größe

In Ländern, auf die über 80 Prozent der Weltbevölkerung entfällt, wächst die ungleiche Einkommensverteilung

Jedes Jahr gehen
in Indien 130.000
Kinderleben aufgrund des
Nachteils verloren, mit
zwei X-Chromosomen
geboren zu sein

des Kuchens, den es zu verteilen gibt, als auch die Größe des Kuchenstückchens, das für die Armen abfällt.

Ungleiche Einkommensverteilung zeigt eine Wechselwirkung mit anderen Ungleichheiten bei den Lebenschancen. In einen armen Haushalt hineingeboren zu werden, verringert die Lebens-, manchmal sogar die Überlebenschancen. In Ghana oder im Senegal sterben Kinder, die in die 20 Prozent einkommenschwächsten Haushalte hineingeboren werden, im Schnitt zwei- bis dreimal häufiger vor Vollendung des fünften Lebensjahrs als Kinder, die in den reichsten 20 Prozent der Haushalte zur Welt kommen. Und die Benachteiligung verfolgt diese Menschen ihr ganzes Leben lang. Arme Frauen haben seltener eine Schulbildung und erhalten seltener vorgeburtliche Betreuung während einer Schwangerschaft. Ihre Kinder haben eine geringere Überlebenschance und machen seltener einen Schulabschluss. Damit setzt sich der Kreislauf des Elends über Generationen hinweg fort. Grundlegende Ungleichheiten bei den Lebenschancen beschränken sich nicht allein auf die armen Länder. Die gesundheitliche Situation in den Vereinigten Staaten, dem reichsten Land der Welt, spiegelt tiefgreifende Ungleichheiten aufgrund von Wohlstand und Rasse wider. Regionale Gefälle sind eine weitere Ursache von Ungleichheit. Die Bruchlinien der menschlichen Entwicklung trennen ländliche von städtischen und arme von reichen Regionen desselben Landes. So ist in einigen Staaten Mexikos der Alphabetisierungsgrad vergleichbar hoch wie in Ländern mit hohem Einkommen. In den überwiegend landwirtschaftlich geprägten Wohngebieten der indigenen Völker in südlichen Staaten wie Guerrero, die im sogenannten Armutsgürtel gelegen sind, nähert sich die Analphabetenquote bei Frauen der von Mali.

Geschlechtszugehörigkeit ist weltweit einer der deutlichsten Anzeiger für Benachteiligung. Dies gilt speziell für Südasien. Der hohe Anteil „fehlender Frauen“ in der Region legt Zeugnis vom Ausmaß des Problems ab. Die Benachteiligung beginnt hier schon bei der Geburt. In

Indien liegt die Sterberate im Alter von ein bis fünf Jahren bei Mädchen um 50 Prozent höher als bei Jungen. Anders ausgedrückt gehen jedes Jahr 130.000 Kinderleben aufgrund des Nachteils verloren, mit zwei X-Chromosomen geboren zu sein. In Pakistan würde eine Gleichstellung der Geschlechter beim Schulbesuch weiteren zwei Millionen Mädchen die Chance geben, eine Schulbildung zu erhalten.

Der Verringerung von Ungleichheit bei der Verteilung der Möglichkeiten zur menschlichen Entwicklung wird von sich aus Vorrang in der öffentlichen Politik eingeräumt: Sie hat schon aus inneren Gründen eine Bedeutung. Außerdem wäre sie auch bei der Beschleunigung des Fortschritts in Richtung auf die Millenniumsziele förderlich. Wenn man die Kluft schließen könnte, die sich bei der Kindersterblichkeit zwischen den reichsten und den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung auftut, würden Todesfälle bei Kindern um fast zwei Drittel zurückgehen. Auf diese Weise könnten jedes Jahr mehr als sechs Millionen Leben gerettet werden – und die Welt könnte den Fahrplan zur Erreichung der MDG-Zielvorgabe einer Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel wieder einhalten.

Eine gerechte Einkommensverteilung wäre ein wirksamer Katalysator für beschleunigte Armutsreduzierung. Wir verwenden Erhebungen von Haushaltseinkommen und -ausgaben, um die Auswirkungen eines Wachstumsmechanismus zu simulieren, bei dem arme Menschen einen doppelt so großen Anteil am zukünftigen Wachstum erhalten wie ihr gegenwärtiger Anteil am Nationaleinkommen. Im Fall von Brasilien verkürzt diese Version armutsreduzierenden Wachstums den Zeithorizont für die Halbierung der Armut um 19 Jahre, im Fall von Kenia um 17 Jahre. Daraus folgern wir: Wenn es um die Reduzierung der Einkommensarmut geht, ist Verteilung genauso wichtig wie Wachstum. Diese Schlussfolgerung gilt genauso für Länder mit geringem Einkommen wie für Länder mit mittlerem Einkommen. Ohne Verbesserungen bei der Einkommensverteilung würde es im Afrika südlich der Sahara unrealistisch hoher Wachstumsraten bedürfen,

um die Armut bis 2015 zu halbieren. Dieser Überlegung ist hinzuzufügen, dass ein nachgewiesenes Bekenntnis zur Verminderung der Ungleichheit – als Teil einer breiter angelegten Strategie der Armutsreduzierung – zu mehr allgemeiner Unterstützung der Entwicklungshilfe in den Geberländern beitragen würde.

Durch nationale Simulationen anhand eines globalen Modells der Einkommensverteilung lassen sich die potenziellen Vorteile verringerter Ungleichheit für die globale Armutsreduzierung herausstellen. Mithilfe eines solchen Modells wird die Frage aufgeworfen, was geschehen würde, wenn Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben, ihren Anteil am zukünftigen Wachstum verdoppeln würden. Die Antwort ist: Bis 2015 würde die Zahl der Menschen, die ein Tageseinkommen von unter einem US-Dollar haben, voraussichtlich um ein Drittel abnehmen – dies entspricht 258 Millionen Menschen.

Planspiele dieser Art beschreiben, welche Resultate möglich wären. Um darauf hinzuwirken zu können, bedarf es einer Neuorientierung der öffentlichen Politik. Der Verbesserung von Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit öffentlicher Dienstleistungen und der Erhöhung des Anteils armer Menschen am Wachstum sollte wesentlich mehr Gewicht beigemessen werden. Es gibt kein Patentrezept, wie sich Verbesserungen bei der Einkommensverteilung erzielen lassen. Viele Länder, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, benötigen Maßnahmen, um das produktive Potenzial der Kleinbauern und generell der ländlichen Gebiete zu erschließen. Auf einer übergeordneten Ebene ist Bildung einer der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit. Entscheidend ist auch eine Finanzpolitik, die auf sozialen Wandel gerichtet ist, Sicherheit bietet und die Armen mit den Aktivposten ausstattet, die nötig sind, um der Armut zu entgehen.

Das alles bedeutet nicht, dass es leicht wäre, größere Gerechtigkeit bei der menschlichen Entwicklung zu erreichen. Extreme Ungleichheiten haben ihre Wurzeln in Machtstrukturen, die arme Leute ihrer Marktchancen berauben, ihren Zugang zu Dienstleistungen beschrän-

ken und – was entscheidend ist – ihnen ein politisches Mitspracherecht verwehren. Diese Pathologie der Macht schadet der marktbezogenen Entwicklung und politischen Stabilität; sie stellt überdies ein Hemmnis für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele dar.

Internationale Entwicklungshilfe – mehr Quantität, höhere Qualität

Internationale Entwicklungshilfe ist eine der wirksamsten Waffen im Kampf gegen die Armut. Heute wird von dieser Waffe zu selten Gebrauch gemacht, sie wird nicht wirksam eingesetzt und bedarf der Instandsetzung. Die Reformierung des internationalen Entwicklungshilfesystems ist eine grundlegende Voraussetzung, damit der Zielfahrplan für die MDGs wieder eingehalten werden kann.

In den reichen Ländern stellt man sich Entwicklungshilfe manchmal als einseitigen Akt der Nächstenliebe vor. Diese Sichtweise ist unangebracht. In einer Welt miteinander verknüpfter Risiken und Chancen ist Entwicklungshilfe genauso eine Investition wie ein moralisches Erfordernis – eine Investition in gemeinschaftlichen Wohlstand, kollektive Sicherheit und eine gemeinsame Zukunft. Wenn versäumt wird, heute in ausreichendem Umfang Investitionen zu tätigen, werden morgen Kosten entstehen.

Entwicklungshilfe steht im Mittelpunkt der neuen Partnerschaft für Entwicklung, wie sie in der Millenniums-Erklärung vorgesehen ist. Wie in jeder Partnerschaft haben beide Beteiligten ihre eigenen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen. Die Entwicklungsländer sind dafür verantwortlich, ein Umfeld zu schaffen, in dem Entwicklungshilfe die optimalen Ergebnisse erbringen kann. Die reichen Länder haben ihrerseits die Verpflichtung, ihre Zusagen einzuhalten.

Für wirksame Entwicklungshilfe gelten drei Voraussetzungen. Erstens muss sie in ausreichender Quantität geleistet werden, um einen Sprung nach vorne bei der mensch-

Heute ist bei der
Entwicklungsfinanzierung
das Glas bald
wieder halb voll

lichen Entwicklung zu ermöglichen. Hilfe gibt den Regierungen eine Ressource in die Hand, mit der sie ihre diversen Investitionen in Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche Infrastruktur tätigen können, die zur Durchbrechung von Kreisläufen der Not und zur Unterstützung wirtschaftlicher Gesundung erforderlich sind. Diese Ressource muss der Größe der Finanzierungslücke angemessen sein. Zweitens muss Hilfe geleistet werden auf der Grundlage von Berechenbarkeit, niedrigen Transaktionskosten und einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Drittens verlangt wirksame Entwicklungshilfe nach Eigenverantwortung der Länder. Die Entwicklungsländer tragen selbst die Hauptverantwortung dafür, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Hilfe optimale Ergebnisse erbringen kann. Während es bei der Erhöhung der Quantität und der Verbesserung der Qualität von Entwicklungshilfe Fortschritte gegeben hat, wurde bislang keine der genannten Voraussetzungen erfüllt.

Zum Zeitpunkt, als die Millenniums-Erklärung unterzeichnet wurde, war bei der Entwicklungshilfe – um ein Bild zu gebrauchen – das Glas zu drei Vierteln leer und außerdem undicht. In den 1990er Jahren wurden starke Kürzungen an den Entwicklungshilfeetats vorgenommen, so dass beispielsweise die Hilfe für Afrika südlich der Sahara pro Kopf um ein Drittel zurückging. Heute ist bei der Entwicklungsfinanzierung das Glas bald wieder halb voll. Die Konferenz von Monterrey zur Entwicklungsfinanzierung 2002 markierte den Beginn der Erholung bei der Entwicklungshilfe. Seit Monterrey war bei der Hilfe ein realer Zuwachs von vier Prozent im Jahr zu verzeichnen, was zwölf Milliarden US-Dollar entspricht (bei gleichbleibenden Preisen von 2003 in US-Dollar). Die reichen Länder geben nun zusammengenommen 0,25 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aus – weniger als 1990, aber seit 1997 wieder mit einem Aufwärtstrend. Die Zusage der Europäischen Union, bis 2010 einen Wert von 0,51 Prozent erreichen zu wollen, ist besonders erfreulich.

Selbst wenn die geplanten Zuwächse in vollem Umfang eintreten sollten, verbleibt bei der Finanzierung der MDGs ein großer Fehlbedarf, der von 2006 bis 2010 von 46 auf 52 Milliarden US-Dollar ansteigen wird. Die Finanzierungslücke ist besonders groß bei Afrika südlich der Sahara – dort müssten die Hilfeleistungen innerhalb von fünf Jahren verdoppelt werden, um die Kosten zu decken, die schätzungsweise für die Erreichung der Ziele anfallen. Wenn die Finanzierungslücke nicht durch einen stufenweisen Anstieg der Entwicklungshilfe geschlossen wird, wird dies die Regierungen davon abhalten, die Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur zu tätigen, die für die Verbesserung der Wohlfahrt und zur Förderung der wirtschaftlichen Gesundung nötig sind, um die MDGs zu erreichen.

Die reichen Länder bekennen sich zwar öffentlich zur Bedeutung der Entwicklungshilfe, den Worten sind aber bislang keine Taten gefolgt. Drei Mitglieder der G8 – Italien, die Vereinigten Staaten und Japan – haben unter den 22 Ländern, die im Entwicklungshilfesausschuss der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vertreten sind, die geringsten Anteile von Hilfe im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen. Positiv ist zu vermerken, dass die Vereinigten Staaten, der größte Hilfegeber der Welt, ihre Entwicklungshilfe seit 2000 um acht Milliarden US-Dollar erhöht haben und zum wichtigsten Geberland für Afrika südlich der Sahara geworden sind. Eine weitere begrüßenswerte Entwicklung ist, dass immer ehrgeizigere Ziele gesetzt werden. Allerdings haben die Geber keinen guten Ruf, was die Einhaltung von Zielsetzungen betrifft – und einige der wichtigsten Geber haben den Schritt hin zu konkreten und verbindlichen Mittelzusagen nicht vollzogen. Wenn die MDGs erreicht werden sollen, muss in den nächsten zehn Jahren eine klare Zäsur gegenüber den vergangenen 15 Jahren erfolgen. Seit 1990 hat der zunehmende Wohlstand in den reichen Ländern wenig dafür getan, die Spendenwilligkeit zu erhöhen: Während das

Pro-Kopf-Einkommen um 6.070 US-Dollar gestiegen ist, hat die geleistete Entwicklungshilfe pro Kopf um einen US-Dollar abgenommen. Diese Zahlen lassen erkennen, dass für die Gewinner der Globalisierung nicht im Vordergrund steht, den Verlierern zu helfen, obwohl dies zu ihrem eigenen Vorteil wäre.

In der chronischen Unterfinanzierung von Entwicklungshilfe spiegelt sich eine Schieflage der Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben wider. Die kollektive Sicherheit hängt zunehmend davon ab, dass die eigentlichen Ursachen von Armut und Ungleichheit in Angriff genommen werden. Doch für je einen US-Dollar, den die reichen Länder für Entwicklungshilfe ausgeben, fließen zehn US-Dollar in die Militärausgaben. Allein der Anstieg bei den Militärausgaben seit 2000 hätte, wenn man diese Mittel für die Entwicklungshilfe bereitgestellt hätte, ausgereicht, das Ziel zu erreichen, das die Vereinten Nationen seit langem verfolgen: nämlich, dass 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungshilfe fließen. Da menschliche Sicherheit meist nur unter dem Aspekt militärischer Sicherheit gesehen wird, wird zu wenig investiert, um einige der größten Bedrohungen des menschlichen Lebens abzuwenden. Die gegenwärtigen Ausgaben zur Eindämmung von HIV/AIDS, einer Krankheit, die drei Millionen Menschenleben im Jahr fordert, entsprechen dem, was in drei Tagen für militärische Zwecke ausgegeben wird.

Manchmal wird in Frage gestellt, ob die Millenniums-Entwicklungsziele finanzierbar sind. Im Endeffekt hängt dies davon ab, welche politischen Prioritäten man setzt. Im Vergleich zu dem Wohlstand in den reichen Ländern nehmen sich die benötigten Investitionen allerdings bescheiden aus. Im nächsten Jahrzehnt werden jährlich sieben Milliarden US-Dollar benötigt, um 2,6 Milliarden Menschen einen Zugang zu sauberem Wasser zu verschaffen – weniger als die Summe, die Europäer für Parfüm oder US-Amerikaner für Schönheitsoperationen ausgeben. Hier geht es wohlgerne um eine Investition, die jeden Tag schätzungsweise 4.000 Menschenleben retten könnte.

Die Geber sind sich einig, wie wichtig es ist, Probleme hinsichtlich der Qualität der Hilfe anzugehen. Im März 2005 wurden in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe wichtige Prinzipien niedergelegt, wie Geber ihre Hilfe wirksamer gestalten können, sowie Zielvorgaben zur Überwachung des Fortschritts bei neuen Praktiken aufgestellt. Die Koordination hat sich verbessert, es wird weniger Hilfe in Form von gebundener Hilfe gewährt und auf die Eigenverantwortung der Länder wird mehr Wert gelegt. Doch die allgemeine Praxis hinkt den erklärten Prinzipien noch weit hinterher. Es wird immer noch sehr viel weniger Hilfe geleistet als zugesagt ist. Dies untergräbt auch die Finanzplanung zur Armutsreduzierung. Gleichzeitig schwächt die spezifische Form, die Konditionalität oft annimmt, die Eigenverantwortung der Länder und beeinträchtigt die Hilfeleistungen. Da die Geber nur widerwillig von nationalen Systemen Gebrauch machen, steigen die Transaktionskosten und die nationale Kapazität nimmt ab.

Gebundene Hilfe ist nach wie vor eine der gravierendsten Formen des Missbrauchs armutsorientierter Entwicklungshilfe. Die Bindung von Hilfe, bei der Entwicklungshilfe davon abhängig gemacht wird, dass Waren und Dienstleistungen aus dem Geberland bezogen werden, statt den Hilfeempfängern die Nutzung des offenen Markts zu ermöglichen, wirkt sich negativ auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis aus. Viele Geber haben den Anteil gebundener Hilfe bereits reduziert, doch sie wird weiterhin häufig praktiziert, wobei selten darüber berichtet wird. Nach unserer konservativen Schätzung entstehen den Ländern mit niedrigem Einkommen durch gebundene Hilfe Kosten von fünf bis sieben Milliarden US-Dollar. Afrika südlich der Sahara zahlt für gebundene Hilfe eine „Abgabe“ von 1,6 Mrd. US-Dollar.

In einigen Bereichen sieht die „neue Entwicklungspartnerschaft“, die bei der Konferenz von Monterrey ausgerufen wurde, immer noch verdächtig nach einer Fortsetzung der alten Partnerschaft unter anderem Etikett aus. Das Ungleichgewicht bei den Verantwortlich-

Gebundene Hilfe ist nach wie vor eine der gravierendsten Formen des Missbrauchs armutsorientierter Entwicklungshilfe

Im Gegensatz zu den Hilfeempfängern ist es den Gebern möglich, sich ungestraft ihrer Verpflichtungen zu entziehen

keiten und Verpflichtungen besteht weiter. Von den Hilfeempfängern wird verlangt, dass sie Zielvorgaben für die Erreichung der MDGs setzen, Haushaltsziele erfüllen, die vierteljährlich vom Internationalen Währungsfonds (IWF) überwacht werden, eine verwirrende Fülle von Bedingungen einhalten, die von den Gebern gestellt werden, und sich mit Praktiken der Geber auseinandersetzen, die die Transaktionskosten in die Höhe treiben und den Wert der Hilfeleistungen mindern. Die Geber wiederum setzen sich selbst keine Zielvorgaben. Stattdessen machen sie weit gefasste, unverbindliche Zusagen zur Menge der Hilfe (die später zumeist nicht eingehalten werden) und noch weiter gefasste, noch vagere Zusagen zur Verbesserung der Qualität von Hilfe. Im Gegensatz zu den Hilfeempfängern ist es den Gebern möglich, sich ungestraft ihrer Verpflichtungen zu entziehen. In der Praxis hat sich also die neue Partnerschaft als Einbahnstraße erwiesen. Wir brauchen eine wahrhaftig neue Partnerschaft, bei der die Geber wie auch die Empfänger ihre Zusagen einhalten, um das Versprechen der Millenniums-Erklärung einzulösen.

Dieses Jahr bietet sich die Gelegenheit, diese Partnerschaft zu besiegeln und der Entwicklungshilfeszusammenarbeit eine neue Richtung zu geben. Die Geberländer müssen zunächst die in Monterrey gemachten Versprechen einlösen und dann darauf aufbauen. Zu den Hauptforderungen gehören:

- *Einen Termin setzen (und ihn einzuhalten), um bis 2015 einen Anteil der Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erreichen.* Die Geber sollten für 2010 Mittelzusagen in Höhe von mindestens 0,5 Prozent abgeben, damit die Zielvorgabe für 2015 erreichbar bleibt.
- *Untragbare Schulden zu regulieren.* Beim G8-Gipfel 2005 wurde ein bedeutender Durchbruch in Bezug auf die Schuldenlast der hochverschuldeten armen Länder (HIPC) erzielt. Dennoch bestehen manche Probleme weiter. Viele Länder mit geringem Einkommen haben nach wie vor akute Schwierigkeiten, ihren Verpflichtungen

aus dem Schuldendienst nachzukommen. Zur endgültigen Überwindung der Schuldenkrise muss gehandelt werden, um den Kreis der Länder auszuweiten und sicherzustellen, dass die Schuldentrückzahlungen auf einem mit der Finanzierung der MDGs vereinbaren Niveau gehalten werden.

- *Mittels Regierungsprogrammen eine berechenbare, auf mehrere Jahre angelegte Finanzierung bereitzustellen.* Aufbauend auf den Prinzipien, die in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe niedergelegt wurden, sollten die Geber sich ehrgeizigere Ziele setzen, um einen stetigen Strom von Entwicklungshilfe sicherzustellen, die nationalen Systeme zu nutzen und die personellen und institutionellen Kapazitäten zu stärken. Bis 2010 sollten mindestens 90 Prozent der Entwicklungshilfe nach festgelegten, auf ein oder mehrere Jahre angelegten Zeitplänen ausgezahlt werden.
- *Die Konditionalität sinnvoller zu gestalten.* Bei der Konditionalität der Entwicklungshilfe sollte der Schwerpunkt auf treuhänderische Verantwortung und die Transparenz der Berichterstattung mittels nationaler Systeme gelegt werden; weitreichende makroökonomische Ziele sollten in den Hintergrund treten und die Bemühungen zum Aufbau von Institutionen und nationaler Kapazität verstärkt werden.
- *Die gebundene Hilfe zu beenden.* Es gibt eine einfache Methode, die Geldverschwendung anzugehen, die mit der gebundenen Hilfe einhergeht: sie 2006 abzuschaffen.

Handel und menschliche Entwicklung – die Verbindung stärken

Wie die Entwicklungshilfe, so besitzt auch der Handel das Potenzial, zu einem wirksamen Katalysator für die menschliche Entwicklung zu werden. Unter den richtigen Voraussetzungen könnte vom internationalen Handel ein kräftiger Impuls für beschleunigten Fortschritt bei den Millenniums-Entwicklungszielen ausgehen. Das Problem ist, dass das dem Handel inhärente menschliche Entwicklungspotenzial

durch unfaire Regeln in Verbindung mit strukturellen Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern vermindert wird.

Der internationale Handel war seit jeher eine der stärksten Triebkräfte der Globalisierung. Die Strukturen des Handels haben sich gewandelt. Der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Exporten von Industriegütern ist stetig gestiegen – und einige Länder sind dabei, auch technologisch den Anschluss zu finden. Die strukturellen Ungleichheiten bestehen jedoch weiter und haben sich einigen Fällen sogar verschärft. Afrika südlich der Sahara ist immer mehr an den Rand gedrängt worden. Heute verbucht diese Region, in der immerhin 689 Millionen Menschen leben, einen kleineren Anteil an den Weltexporten als Belgien, das nur zehn Millionen Einwohner hat. Hätte Afrika südlich der Sahara den gleichen Anteil an den Weltexporten wie 1980, dann würden die Wechselkursgewinne etwa acht Mal so viel betragen wie die Hilfsleistungen, die 2003 dorthin geflossen sind. Auch große Teile Lateinamerikas fallen immer weiter zurück. Wie in anderen Bereichen, so wäre es auch beim Handel übertrieben zu behaupten, dass die globale Integration eine Annäherung von reichen und armen Ländern bewirkt.

Vom Standpunkt der menschlichen Entwicklung ist Handel ein Mittel zur Entwicklung, aber kein Selbstzweck. Die Indikatoren Exportwachstum, Anteil des Handels am Bruttonationaleinkommens und Liberalisierung von Importen sind nicht gleichbedeutend mit menschlicher Entwicklung. Leider werden sie immer häufiger damit gleichgesetzt. Beteiligung am Handel bietet echte Chancen zur Anhebung des Lebensstandards. Doch einige der hervorragendsten Modelle für Offenheit und Exportwachstum – beispielsweise Mexiko und Guatemala – sind bei der Beschleunigung menschlicher Entwicklung nicht sehr erfolgreich gewesen. Exporterfolge haben nicht immer das menschliche Wohlergehen auf breiter Front gesteigert. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass den Bedingungen, unter denen sich Länder in den Weltmarkt einfügen, mehr Beachtung geschenkt werden muss.

Fairere Handelsregeln wären hilfreich, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zum Markt. Bei den meisten Formen der Besteuerung gibt es eine Staffelung, nach dem einfachen Prinzip: Wer besser verdient, der zahlt auch mehr. Die Handelspolitik der reichen Länder stellt dieses Prinzip auf den Kopf. Die höchsten Handelsbarrieren der Welt werden gegen einige der ärmsten Länder errichtet: Die Handelsbarrieren, denen sich Entwicklungsländer gegenübersehen, die in reiche Länder exportieren, sind durchschnittlich drei bis vier Mal höher als bei reichen Ländern, die untereinander Handel treiben. Die absurde Abstufung bei der Handelspolitik erstreckt sich auch auf andere Bereiche. So hält beispielsweise die Europäische Union große Stücke auf ihre Bemühungen, den ärmsten Ländern der Welt Märkte zu eröffnen. Doch ihre restriktiven Herkunftsbestimmungen, nach denen sich der Anspruch auf Handelspräferenzen richtet, machen die Chancen der meisten dieser Länder zunichte.

Die Landwirtschaft ist von höchster Bedeutung. Zwei Drittel aller Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen, leben und arbeiten in ländlichen Gebieten. Die Regeln, denen der Agrarhandel unterliegt, haben unmittelbare Auswirkungen auf die Märkte, in denen sie operieren, ihre Lebensgrundlagen und ihre Aussichten, der Armut zu entkommen. Das Grundproblem, das bei den Gesprächen der WTO über Landwirtschaft in Angriff genommen werden muss, lässt sich in drei Wörtern zusammenfassen: Subventionen reicher Länder. Bei der letzten Runde der Welthandelsgespräche sagten die reichen Länder zu, die Agrarsubventionen zu kürzen. Seitdem haben sie sie aber noch erhöht. Sie leisten jetzt etwas mehr als eine Milliarde US-Dollar im Jahr als Landwirtschaftshilfe an arme Länder, aber knapp eine Milliarde US-Dollar am Tag (!) zur Subventionierung landwirtschaftlicher Überproduktion im eigenen Land – eine unangemessenere Prioritätensetzung lässt sich kaum vorstellen. Zu allem Unglück zerstören die Subventionen der reichen Länder auch noch die Märkte, auf die die Kleinbauern in den armen Ländern angewiesen sind. Sie drücken die Preise, die erlost werden

Die höchsten Handelsbarrieren der Welt werden gegen einige der ärmsten Länder errichtet

Die unsinnige gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union richtet auf dem Weltmarkt schwere Schäden an

können, und verweigern ihnen damit einen fairen Anteil an den Erträgen des Welthandels. Baumwollpflanzer in Burkina Faso müssen mit US-amerikanischen Baumwollproduzenten konkurrieren, die jährliche Subventionen in Höhe von über vier Milliarden US-Dollar erhalten – mehr als das gesamte Nationaleinkommen von Burkina Faso. Unterdessen richtet die unsinnige gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union schwere Schäden auf dem Weltmarkt für Zucker an, verweigert aber den Entwicklungsländern den Zugang zu den europäischen Märkten. Die Verbraucher und Steuerzahler in den reichen Ländern sind in einer Finanzpolitik gefangen, die die Existenzgrundlagen in einigen der ärmsten Länder der Welt zerstört.

In einigen Bereichen drohen die WTO-Regeln, die Benachteiligung der Entwicklungsländer systematisch zu verstärken und die Erträge der globalen Integration weiter den Industrieländern zuzuschauen. Ein Beispiel hierfür ist das Regelwerk, das die Möglichkeiten der armen Länder zur Entwicklung einer – zur Produktivitätssteigerung und zum Erfolg auf dem Weltmarkt erforderlichen – aktiven Industrie- und Technologiepolitik einschränkt. Das bestehende WTO-Regime untersagt viele der politischen Maßnahmen, die den Ländern Ostasiens bei ihrem raschen Fortschritt geholfen haben. Die WTO-Regeln bezüglich geistigen Eigentumsrechten stellen in doppelter Hinsicht eine Bedrohung dar: Sie erhöhen die Kosten des Technologietransfers – und potenziell auch die Preise für Arzneimittel – und bergen deshalb Risiken für die öffentliche Gesundheit armer Menschen. In den WTO-Gesprächen über Dienstleistungen haben die reichen Länder sich darum bemüht, Investitionsgelegenheiten für im Banken- und Versicherungsgewerbe tätige Unternehmer zu schaffen, während sie die Möglichkeiten armer Länder zum Export einer gefragten Ware eingeschränkt haben: Zeitarbeitskräfte. Schätzungen zufolge ließen sich durch eine geringe Steigerung des Zustroms gelernter und ungelerner Arbeitskräfte jährlich mehr als 157 Milliarden US-Dollar erwirtschaften – ein viel größerer Zugewinn, als er von der Liberalisierung in anderen Bereichen zu erwarten ist.

Die Doha-Runde der WTO-Gespräche bietet eine Chance, die Regeln des multilateralen Handels erstmals an einem Bekenntnis zur menschlichen Entwicklung und den MDGs auszurichten. Die Chance wurde bisher verthan. Nach vier Jahren ist bei den Gesprächen immer noch nichts Konkretes herausgekommen. Das Kernproblem ist die von den reichen Ländern verfolgte unausgewogene Agenda in Verbindung mit einer nicht ernsthaft stattfindenden Auseinandersetzung mit dem Thema Agrarsubventionen.

Selbst die besten Handelsregeln werden jedoch nicht in der Lage sein, einige der Hauptursachen der Ungleichheit im Welthandel zu beseitigen. Dauerprobleme wie eine schwache Infrastruktur und eine eingeschränkte Lieferkapazität müssen angegangen werden. Die reichen Länder haben die Stärkung personeller und institutioneller Kapazitäten durch Entwicklungshilfe auf ihre Agenda gesetzt. Leider ist eine ungesunde Konzentration dieser Aktivitäten in Bereichen festzustellen, die von den reichen Ländern als strategisch nützlich betrachtet werden. Einige seit langem bestehende Probleme tauchen nicht einmal auf der Agenda internationaler Handelsfragen auf. Ein Beispiel hierfür ist die tiefe Krise auf dem Markt für Konsumgüter, insbesondere Kaffee. In Äthiopien hat sich durch sinkende Weltmarktpreise das durchschnittliche Jahreseinkommen der vom Kaffeeanbau lebenden Haushalte seit 1998 um etwa 200 US-Dollar verringert.

Das Entstehen neuer Handelsstrukturen bringt neue Bedrohungen für einen gerechteren Agrarhandel mit sich. Supermarktketten sind zu „Gatekeepern“ der Agrarmärkte in den reichen Ländern geworden, das heißt zu Bindegliedern zwischen den Erzeugern in den Entwicklungsländern und den Verbrauchern in den reichen Ländern. Durch die Einkaufspolitik einiger Supermärkte werden jedoch Kleinbauern ausgeschlossen, wodurch die Verbindung zwischen Handel und menschlicher Entwicklung aufgebrochen wird. Die Schaffung von Strukturen, die es den Kleinbauern ermöglichen, zu gerechteren Bedingungen in globale Vermarktungsketten

einzutreten, würde es dem privaten Sektor erlauben, eine entscheidende Rolle im weltweiten Kampf gegen die Armut einzunehmen.

Die Stärkung der Verbindung zwischen Handel und menschlicher Entwicklung ist ein langwieriges Unterfangen. Die Doha-Runde bietet nach wie vor die Gelegenheit, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen und dadurch die Glaubwürdigkeit und Legitimität des auf Regeln beruhenden Handelssystems zu stärken. In einem breiteren Zusammenhang betrachtet ist die Runde zu wichtig, als dass sie scheitern dürfte. Zur Schaffung gemeinsamen Wohlstands bedarf es multilateraler Institutionen, die nicht allein dem Gemeinwohl förderlich sind, sondern offenkundig in fairer und ausgewogener Weise agieren.

Die für Dezember 2005 geplante Ministerkonferenz der WTO stellt die Chance dar, einige der drängendsten Aufgaben anzugehen. Viele der dort behandelten Themen werden sehr fachspezifisch sein. Praktisch erforderlich ist ein Rahmen, in dem die WTO-Regeln der menschlichen Entwicklung mehr nützen und weniger schaden. Es wäre unrealistisch, zu erwarten, dass die Doha-Runde alle Unausgewogenheiten bei den Regeln aus dem Weg räumen kann. Sie könnte aber den Weg für zukünftige Runden bereiten, die darauf abzielen, die menschliche Entwicklung in den Mittelpunkt des multilateralen Systems zu stellen. Zu den Hauptbezugspunkten bei der Bewertung der Resultate der Doha-Runde gehören:

- *Einschneidende Kürzungen der staatlichen Agrarzuschüsse der reichen Länder und Verbot der Exportsubventionen.* Die Agrarzuschüsse, gemessen nach den Schätzungen der OECD über Erzeugerzuschüsse, sollten auf höchstens fünf bis zehn Prozent des Produktionswertes gekürzt werden, mit einem sofortigen Verbot direkter und indirekter Exportsubventionen.
- *Massiver Abbau der Barrieren für die Exporte von Entwicklungsländern.* Die reichen Länder sollten ihre Zolltarife für Importe aus Entwicklungsländern auf höchstens das Doppelte ihrer normalen Tarife festsetzen, die alle zwischen fünf und sechs Prozent liegen.

- *Entschädigung von Ländern, die ihren Präferenzstatus einbüßen.* Der präferenzielle Zugang, den die reichen Länder für bestimmte Importe aus Entwicklungsländern einräumen, bringt unter dem Strich nur wenige Vorteile. Der Entzug des Präferenzstatus hingegen hat das Potenzial, hohe Arbeitslosigkeit zu verursachen und führt in bestimmten Fällen sogar zu „Schocks“ bei der Zahlungsbilanz. Es sollte ein Fonds eingerichtet werden, um die Anpassungskosten zu verringern, die auf die gefährdeten Länder zukommen.
- *Wahrung eines politischen Spielraums für menschliche Entwicklung.* Multilaterale Regeln sollten keine Verpflichtungen auferlegen, die nicht mit nationalen Strategien der Armutsreduzierung vereinbar sind. Diese Strategien sollten die besten internationalen Praktiken miteinbeziehen, die den örtlichen Gegebenheiten angepasst und durch demokratische und partizipative politische Abläufe gestaltet werden. Insbesondere sollte bei den WTO-Regeln das Recht der Entwicklungsländer anerkannt werden, landwirtschaftliche Erzeuger gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen, der durch Exporte entsteht, die in reichen Ländern subventioniert werden.
- *Zusage, in regionalen Handelsvereinbarungen Regelungen zu vermeiden, die über die WTO-Regeln hinausgehen.* Einige regionale Handelsvereinbarungen erlegen Verpflichtungen auf, die – insbesondere in Bereichen wie Investitionen und geistigem Eigentum – über die WTO-Regeln hinausgehen. Es ist wichtig, dass diese Vereinbarungen sich nicht über die nationale Politik hinwegsetzen, die im Kontext der Strategien zur Armutsreduzierung entwickelt wurde.
- *Neuorientierung der Verhandlungen über Dienstleistungen auf einen vorübergehenden Zustrom von Arbeitnehmern.* Im Kontext einer Entwicklungsrunde sollte weniger Wert auf eine rasche Liberalisierung des Finanzsektors gelegt werden als auf die Schaffung von Regeln, die Arbeitnehmern aus Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu den Arbeitsmärkten in den reichen Ländern ermöglichen.

Die Agrarzuschüsse, der OECD-Länder sollten auf höchstens fünf bis zehn Prozent des Produktionswertes gekürzt werden

Das Zusammenwirken von Armut und gewaltsamen Konflikten in vielen Entwicklungsländern zerstört in enormem Ausmaß Menschenleben

Gewaltsame Konflikte als Fortschrittshemmnisse

1945 ermittelte der damalige US-Außenminister, Edward R. Stettinius, die beiden grundlegenden Bestandteile der menschlichen Sicherheit und ihre Zusammenhänge: „Die Schlacht um den Frieden muss an zwei Fronten geführt werden. Die erste Front ist die Front der Sicherheit, an der Freiheit von Angst den Sieg bedeutet. Die zweite ist die wirtschaftliche und soziale Front, an der Freiheit von Mangel den Sieg bedeutet. Nur ein Sieg an beiden Fronten kann die Welt eines dauerhaften Friedens versichern.“ Diese Argumentation hat die Vereinigten Staaten dazu geleitet, eine führende Rolle bei der Gründung der Vereinten Nationen zu spielen.

Heute, sechzig Jahre danach und über ein Jahrzehnt, nachdem das Ende des Kalten Krieges scheinbar den Beginn einer neuen Ära des Friedens einläutete, wird die internationale Tagesordnung erneut von Sicherheitsbedenken bestimmt. Wie der Bericht des UN-Generalsekretärs *In größerer Freiheit* ausführt, leben wir in einer Zeit, in der das tödliche Zusammenwirken von Armut und gewaltsamen Konflikten eine ernsthafte Bedrohung nicht nur für die unmittelbaren Opfer, sondern auch für die kollektive Sicherheit der internationalen Gemeinschaft darstellt.

Für viele Menschen in den reichen Ländern ist die Vorstellung von globaler Unsicherheit mit Bedrohungen verknüpft, die von Terrorismus und organisiertem Verbrechen ausgehen. Die Bedrohung besteht tatsächlich. Doch das Fehlen der Freiheit von Angst ist in den Entwicklungsländern besonders ausgeprägt. Das Zusammenwirken von Armut und gewaltsamen Konflikten in vielen Entwicklungsländern zerstört in enormem Ausmaß Menschenleben – und hemmt den Fortschritt in Richtung auf die Millenniumsziele. Wenn dieses Zusammenwirken nicht beendet und dadurch menschliche Sicherheit geschaffen wird, sind globale Konsequenzen die Folge. In einer wechselseitig abhängigen Welt macht die Bedrohung durch gewaltsame Konflikte nicht an Staatsgrenzen Halt, so

gut diese auch geschützt sind. Entwicklung in armen Ländern ist im Kampf für Weltfrieden und kollektive Sicherheit die Frontlinie. Das Problem bei dem derzeitigen Schlachtplan ist, dass die militärische Strategie überentwickelt und die Strategie für menschliche Sicherheit unterentwickelt ist.

Das Erscheinungsbild des Konflikts hat sich gewandelt. Das zwanzigste Jahrhundert, das bislang blutigste in der Menschheitsgeschichte, wurde zunächst durch Kriege zwischen Ländern und danach durch Kalte-Krieg-Ängste vor einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen zwei Supermächten bestimmt. Inzwischen sind diese Ängste der Angst vor lokalen und regionalen Kriegen gewichen, die überwiegend in armen Ländern innerhalb von schwachen oder gescheiterten Staaten mit Kleinwaffen ausgefochten werden. Heutzutage sind die meisten Kriegsoffer Zivilisten. Es gibt heute zwar weniger Konflikte auf der Welt als noch 1990, doch der Anteil der Konflikte, die sich in armen Ländern ereignen, hat zugenommen.

Die Kosten gewaltsamer Konflikte in Bezug auf die menschliche Entwicklung werden nicht ausreichend gewichtet. In der Demokratischen Republik Kongo übersteigt die Zahl der Todesfälle, die direkt oder indirekt auf Konflikt zurückzuführen sind, die Verluste, die Großbritannien im Ersten und Zweiten Weltkrieg zusammen erlitten hat. In der Region Darfur im Sudan sind über eine Million Menschen durch den Konflikt zu Flüchtlingen geworden. Die unmittelbaren Opfer dieser und anderer Konflikte gelangen zwar regelmäßig ins Rampenlicht der internationalen Medien. Doch die langfristigen Auswirkungen gewaltsamer Konflikte auf die menschliche Entwicklung bleiben eher im Verborgenen.

Konflikt untergräbt Ernährung und öffentliche Gesundheit, zerstört Bildungssysteme, verwüstet die Lebensgrundlagen und verzögert die Aussichten auf Wirtschaftswachstum. In 22 der 32 Länder in der Kategorie einer geringen menschlichen Entwicklung gemäß dem Index für menschliche Entwicklung (HDI) ist es nach 1990 zu irgendeinem Zeitpunkt zu Konflikten

gekommen. Länder, die gewaltsame Konflikte durchgemacht haben, sind bei der Gruppe von Ländern, die nach unseren Prognosen für 2015 bei den MDGs nicht im Zeitplan liegen, stark überrepräsentiert. 30 der 52 Länder, die bei ihren Bemühungen zur Senkung der Kindersterblichkeit nicht vorankommen oder gar Rückschläge erleben, haben seit 1990 einen Konflikt durchlaufen. Das enorme Ausmaß dieser Kosten allein spricht für Konfliktprävention, Konfliktlösung und Wiederaufbau nach einem Konflikt als den drei grundlegenden Voraussetzungen zur Schaffung menschlicher Sicherheit und zur Beschleunigung des Fortschritts in Richtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele.

Ein Teil der Herausforderung durch fehlende menschliche Sicherheit und gewaltsame Konflikte kann auf schwache, zerbrechliche und im Scheitern begriffene Staaten zurückgeführt werden. Die Unfähigkeit, die Bevölkerung vor Sicherheitsrisiken zu schützen, die Grundbedürfnisse zu befriedigen und politische Institutionen zu errichten, die als legitim betrachtet werden, ist ein festes Merkmal konfliktträchtiger Staaten. In einigen Fällen wirken tiefgreifende horizontale Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen oder Gruppierungen als Katalysator für Gewalt. Äußere Faktoren spielen dabei ebenso eine Rolle. Dem „Scheitern“ von Staaten wie Afghanistan und Somalia wurde dadurch Vorschub geleistet, dass äußere Mächte bereit waren, aus eigenen strategischen Überlegungen heraus in diesen Ländern zu intervenieren. Wenn Waffen importiert werden und kleine Interessengruppen die Finanzmittel, die aus dem Verkauf natürlicher Ressourcen fließen, an sich reißen, trägt dies dazu bei, Konflikte aufrechtzuerhalten und zu verschärfen. Politische Führerschaft in konfliktträchtigen Staaten ist zwar eine zwingende Voraussetzung für Veränderungen, aber keine hinlängliche. Auch reiche Regierungen müssen Führerschaft an den Tag legen.

Neue Ansätze bei der Entwicklungshilfe stehen noch am Anfang. Schwache und zerbrechliche Staaten erhalten nicht nur zu wenig Hilfe im Verhältnis zu ihrer Fähigkeit, Finanzen wirk-

sam zu nutzen, sie sind auch der hochgradigen Unberechenbarkeit von Hilfeleistungen ausgesetzt. Alles deutet darauf hin, dass die Hilfeleistungen 40 Prozent geringer ausfallen als durch die Institutionen und das politische Umfeld gerechtfertigt wäre. Ein weiteres Problem ist die Ablaufplanung der Entwicklungshilfe. Allzu oft machen Geber in Zeiten unmittelbar nach einem Konflikt großzügige Zusagen für humanitäre Hilfe, ohne konsequenterweise auch den Wiederaufbau der Wirtschaft in den Jahren danach zu unterstützen.

Exporte von Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen lassen keine gewaltsamen Konflikte entstehen. Auch Kleinwaffen nicht. Doch der Markt für natürliche Ressourcen und derjenige für Kleinwaffen können die Möglichkeit bieten, gewaltsame Konflikte weiterzuführen. Von Kambodscha über Afghanistan bis hin zu den Ländern Westafrikas haben Exporte von Edelsteinen und Holz dazu beigetragen, Konflikte zu finanzieren und die staatliche Kapazität zu schwächen. Zertifikationsverfahren können Exportchancen verbauen, wie am Kimberley-Zertifikationsverfahren für Diamanten zu erkennen war. Kleinwaffen fordern jedes Jahr mehr als 500.000 Leben, die meisten davon in den ärmsten Ländern der Welt. Internationale Bemühungen um die Kontrolle des tödlichen Handels mit Kleinwaffen haben nur geringe Auswirkungen gezeigt. Die Durchsetzung solcher Maßnahmen ist kaum möglich, die Einhaltung von Gesetzen geschieht auf freiwilliger Basis, und große rechtliche Lücken ermöglichen es, dass ein Großteil des Handels sich den Vorschriften entzieht.

Eine der wirksamsten Methoden, mit der die reichen Länder die Bedrohungen der menschlichen Entwicklung begegnen, die von gewaltsamen Konflikten ausgeht, ist die Förderung regionaler Kapazität. Die Krise in Darfur hätte sich durch die Präsenz einer ausreichend großen und gut ausgerüsteten Friedenstruppe der Afrikanischen Union eindämmen oder gar abwenden lassen – insbesondere wenn diese Truppe ein starkes Mandat zum Schutz von Zivilisten gehabt hätte. Während des Höhe-

Konfliktträchtigen Staaten
Entwicklungshilfe zu
verwehren ist schlecht für
die menschliche Sicherheit

punkts der Krise überwachten weniger als 300 ruandische und nigerianische Soldaten, was mit 1,5 Millionen Darfuris in einem Gebiet von der Größe Frankreichs passierte. Die Stärkung regionaler Kapazitäten, von der Einrichtung wirksamer Frühwarnsysteme bis hin zur Intervention, bleibt ein dringendes Erfordernis menschlicher Sicherheit.

Wenn Prävention der kostengünstigste Weg des Umgangs mit Bedrohungen ist, die von gewaltsamen Konflikten ausgehen, so kommt gleich danach das Ergreifen von Gelegenheiten zum Wiederaufbau. Friedensabkommen bilden häufig nur den Auftakt zu erneuter Gewalt: In der Hälfte aller Länder, die einen gewaltsamen Konflikt hinter sich haben, kommt es innerhalb von fünf Jahren wieder zu einem Krieg. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, bedarf es politischen und finanziellen Engagements zur Herstellung von Sicherheit, Überwachung des Wiederaufbaus und Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Märkte und langfristiger Investitionen des privaten Sektors. Dieses Engagement ist nicht immer zu erkennen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele haben zwar den Fortschritt in Richtung auf die „Freiheit von Mangel“ in den Blickpunkt gestellt, doch die Welt bedarf immer noch einer einheitlichen Agenda zur Ausweitung der „Freiheit von Angst“. Wie in dem Bericht des UN-Generalsekretärs *In größerer Freiheit* argumentiert wird, gibt es einen dringenden Bedarf danach, einen kollektiven Sicherheitsrahmen zu entwickeln, der über militärische Reaktionen auf die Bedrohung durch den Terrorismus hinausgeht. Wir müssen uns eingestehen, dass Armut, sozialer Zerfall und ziviler Konflikt Hauptbestandteile der Bedrohung globaler Sicherheit sind. Um diese Bedrohung zu verringern, müssen folgende Hauptvoraussetzungen erfüllt sein:

- *Neuordnung der Entwicklungshilfe.* Es ist nicht gerechtfertigt, konfliktträchtigen Staaten oder Staaten, die einen Konflikt hinter sich haben, Entwicklungshilfe zu verwehren. Dies wäre schlecht für die mensch-

liche Sicherheit in den betroffenen Ländern – und schlecht für die globale Sicherheit. Als Teil der weitergehenden Zusage, die Zielvorgabe eines Anteils der Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent am Bruttonationaleinkommen zu erreichen, sollten Geber sich einer größeren Hilfeanstrengung verschreiben, bei der die Hilfe durch langfristige finanzielle Zusagen berechenbarer wird. Die Geber sollten die Bedingungen für die Zuweisung von Entwicklungshilfemitteln wie auch ihre Gründe für die Verringerung von Investitionen in konfliktträchtigen Ländern stärker offenlegen.

- *Größere Transparenz beim Ressourcenmanagement.* Als Teilhaber der Märkte für natürliche Ressourcen, die bei der Finanzierung von Konflikten helfen und in manchen Fällen eine rechenschaftspflichtige Regierung unterminieren, sollten transnationale Unternehmen, die am Export von Bodenschätzen beteiligt sind, ihre Transparenz erhöhen. Der internationale gesetzliche Rahmen, den die von Großbritannien eingesetzte Kommission für Afrika vorgeschlagen hat, um eine Untersuchung korrupter Praktiken von transnationalen Unternehmen im Ausland zu ermöglichen – wie es bereits nach US-amerikanischem Recht praktiziert wird – sollte als Priorität weiterentwickelt werden.
- *Unterbrechung des Zustroms von Kleinwaffen.* Die UN-Kleinwaffen-Konferenz im Jahr 2006 bietet die Gelegenheit, ein umfassendes Abkommen zum Waffenhandel auszuhandeln, um die Märkte zu regulieren und den Nachschub in Gebiete zu drosseln, in denen gewaltsame Konflikte stattfinden.
- *Stärkung regionaler Kapazitäten.* Für Afrika südlich der Sahara ist sofortige Priorität die Entwicklung einer voll funktionsfähigen, einsatzbereiten Friedenstruppe der Afrikanischen Union, wofür finanzielle, technische und logistische Unterstützung zu leisten ist.

- *Internationale Abstimmung vorantreiben.* Der Bericht des UN-Generalsekretärs ruft auf zur Einrichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung, die den strategischen Rahmen für einen integrierten Ansatz bezüglich kollektiver Sicherheit schafft. Als Teil dieses Ansatzes sollte ein globaler Fonds eingerichtet werden, um die Hilfe sofort nach einem Konflikt sowie den Übergang zum langfristigen Wiederaufbau auf einer langfristigen und berechenbaren Grundlage zu finanzieren.

* * *

Wenn die Geschichtsschreiber der menschlichen Entwicklung auf das Jahr 2005 zurückblicken, werden sie es als Wendepunkt betrachten. Der internationalen Gemeinschaft bietet sich erstmals die Möglichkeit, die Politikmaßnahmen umzusetzen und mehr Ressourcen aufzubringen, die aus dem nächsten Jahrzehnt eine echte Dekade der Entwicklung machen. Nachdem sie in der Millenniums-Erklärung die Meßlatte angelegt haben, könnten die Regierungen der Welt einen Kurs zur Neugestaltung der Globalisierung einschlagen und damit Millionen der ärmsten und am stärksten gefährdeten Menschen der Welt neue Hoffnung geben und die Voraussetzungen für gemeinsamen Wohlstand und Sicherheit schaffen.

Die Alternative, so weiterzumachen wie bisher, würde zu einer Welt führen, die von Massenarmut geschwächt, durch tiefe Ungleichheiten gespalten und von gemeinsamer Unsicherheit bedroht ist. In den reichen und den armen Ländern würden künftige Generationen gleichermaßen einen hohen Preis bezahlen für das Versagen der politischen Führerschaft in diesem entscheidenden Moment zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Dieser Bericht liefert eine Grundlage zur Betrachtung des Ausmaßes der Herausforderung. Indem er sich auf die drei Pfeiler der internationalen Zusammenarbeit konzentriert, beleuchtet er einige der Probleme, die bearbeitet werden müssen, sowie die entscheidenden Bestandteile des Erfolgs. Was nicht in Zweifel steht ist die einfache Wahrheit, dass wir als globale Gemeinschaft über die Möglichkeiten verfügen, die Armut auszurotten und die tiefe Kluft der Ungleichheit zu überwinden, die sich mitten durch Länder und Völker zieht. Die grundlegende Frage, die fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung noch einer Antwort harret, ist: Bringen die Regierungen der Welt die Entschlossenheit auf, mit früheren Praktiken zu brechen und gemäß ihrem Versprechen an die Armen der Welt zu handeln? Wenn es jemals einen Zeitpunkt gegeben hat, durch entschlossene politische Führerschaft die gemeinsamen Interessen der Menschheit voranzubringen, dann ist es jetzt.



1

ZUR LAGE DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG

„Unser Fortschritt lässt sich nicht daran messen, ob wir zu dem Überfluss derjenigen, die bereits viel haben, noch mehr hinzufügen, sondern daran, ob wir diejenigen, die zu wenig haben, ausreichend versorgen.“

US-Präsident Franklin D. Roosevelt, zweite Antrittsrede, 1937 ¹

„Wir sind gemeinschaftlich dafür verantwortlich, weltweit die Grundsätze der Menschenwürde, der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit zu wahren. Als Führer haben wir daher eine Pflicht gegenüber allen Bürgern der Welt zu erfüllen, namentlich den schwächsten unter ihnen und insbesondere den Kindern der Welt, denen die Zukunft gehört.“

Millenniums-Erklärung, 2000²

Vor sechzig Jahren wurde in der Charta der Vereinten Nationen versprochen, künftige Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien, grundlegende Menschenrechte zu schützen und „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern“. Zu Beginn des neuen Jahrtausends erneuerten die Regierungen der Welt dieses Versprechen. Die Millenniums-Erklärung, die im Jahr 2000 angenommen wurde, präsentiert eine großartige Vision einer „größeren Freiheit“ im einundzwanzigsten Jahrhundert. Diese Vision legt das Versprechen eines neuen Musters globaler Integration dar, die auf den Grundlagen von mehr Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und des Respekts vor den Menschenrechten aufgebaut ist. Die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs), ein Paket von zeitgebundenen und quantifizierten Zielen zur Reduktion der extremen Armut und der Verwirklichung universeller Rechte bis 2015, bilden die Messlatten, um den Fortschritt dorthin zu messen. Um es grundsätzlicher zu sagen, spiegeln sie die gemeinsamen Hoffnungen und Erwartungen der menschlichen Gemeinschaft weltweit in einer Zeit rasanten Wandels wider.

Dieses Jahr bildet den Auftakt für den zehnjährigen Countdown zum erklärten Termin für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele, dem Jahr 2015. Heute verfügt die Welt über die finanziellen, technologischen und menschlichen Ressourcen für einen entscheidenden Durchbruch bei der menschlichen Entwicklung. Sollten sich aber die gegenwärtigen Trends fortsetzen, werden die Ziele weit verfehlt. Statt diesen Augenblick zu nutzen, stolpern die Regierungen der Welt auf ein klar erkennbares und leicht vermeidbares menschliches Entwicklungsdebakel zu – ein Debakel mit tiefgreifenden Auswirkungen nicht nur für die Armen der Welt, sondern auch für den Weltfrieden, die Weltwirtschaft und die globale Sicherheit.

Fünfzehn Jahre nach der Veröffentlichung des ersten Berichts über die menschliche Ent-

wicklung beginnt der diesjährige Bericht mit einer Bestandsaufnahme der Lage menschlicher Entwicklung. In diesem ersten Bericht sagte Mahbub ul Haq ein Jahrzehnt raschen Fortschritts voraus: „Die neunziger Jahre“, so schrieb er, „zeichnen sich als Jahrzehnt menschlicher Entwicklung ab, denn nur selten gab es einen derart breiten Konsens über die tatsächlichen Ziele von Entwicklungsstrategien“³. Seitdem diese Worte geschrieben wurden, wurde viel erreicht. Ein großer Teil der Entwicklungsländer hat raschen sozialen Fortschritt und steigende Lebensstandards erreicht. Millionen haben von der Globalisierung profitiert. Aber die Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung bleiben hinter denen zurück, die im Bericht über die menschliche Entwicklung 1990 vorausgesagt wurden – und zwar weit hinter dem, was möglich gewesen wäre.

Das Ziel der Senkung der Kindersterblichkeit wird verfehlt, was einer Zahl von 4,4 Millionen vermeidbaren Todesfällen im Jahr 2015 entspricht

Aus der Perspektive des Jahres 2015 gesehen, besteht eine wachsende Gefahr, dass die nächsten zehn Jahre – wie schon die vergangenen zehn – nicht als ein Jahrzehnt beschleunigter menschlicher Entwicklung in die Geschichte eingehen werden, sondern als ein Jahrzehnt verpasster Chancen, halbherziger Anstrengungen und fehlgeschlagener internationaler Zusammenarbeit. In diesem Jahr stehen wir an einem Scheidepunkt. Die internationale Gemeinschaft kann es entweder zulassen, dass die Welt auf ihrem gegenwärtig eingeschlagenen Weg der Entwicklung weitermacht, oder sie kann die Richtung ändern und diejenigen Politiken umsetzen, die erforderlich sind, um die Versprechen der Millenniums-Erklärung in die Praxis umzusetzen.

Die Konsequenzen, wenn wir auf dem gegenwärtigen Weg weitermachen, sollten nicht unterschätzt werden. Ausgehend von länder-spezifischen Daten schätzen wir die menschlichen Kosten, die sich ergeben, wenn wir auf dem gegenwärtigen Weg weitermachen und die Millenniums-Entwicklungsziele verfehlen. Hier einige Schlaglichter:

- Das Ziel der Senkung der Kindersterblichkeit wird verfehlt, was einer Zahl von 4,4 Millionen vermeidbaren Todesfällen im Jahr 2015 entspricht. Über die nächsten zehn Jahre summiert sich die Diskrepanz zwischen der Zielvorgabe und dem gegenwärtigen Trend auf mehr als 41 Millionen Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben werden, und zwar an der am einfachsten heilbaren Krankheit – Armut. Dieses Ergebnis passt kaum zu dem Versprechen der Millenniums-Erklärung, die Kinder der Welt zu schützen.
- Die Differenz zwischen dem Ziel der Halbierung der Armut und den erwarteten Ergebnissen entspricht zusätzlichen 380 Millionen Menschen in Entwicklungsländern, die mit weniger als einem Dollar am Tag im Jahr 2015 auskommen müssen.
- Das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung weltweit wird nach den gegenwärtigen Trends verfehlt, und zwar mit 47 Millionen Kindern, die in den Entwicklungsländern

im Jahr 2015 immer noch keine Schule besuchen können.

Statistiken wie diese sollten allerdings mit Vorsicht behandelt werden. Projektionen auf der Grundlage bisheriger Trends bieten einen Ausblick auf ein mögliches Ergebnis. Aber sie beschreiben keine unausweichlichen Ergebnisse. Von den Finanzmärkten kennen wir den Grundsatz, dass Leistungen der Vergangenheit keinen Rückschluss auf künftige Ergebnisse zulassen. Im Fall der Millenniums-Entwicklungsziele ist das eine uneingeschränkt gute Nachricht. Wir haben immer noch Zeit, auf den richtigen Kurs zu kommen – aber die Zeit läuft uns davon. Wie der UN-Generalsekretär gesagt hat: „Die MDGs können bis 2015 verwirklicht werden – aber nur wenn alle Beteiligten jetzt nicht nur weitermachen wie bisher, sondern wesentlich schneller und umfassender aktiv werden.“⁴

Der erste Teil dieses Kapitels ist ein kurzer Überblick über den Fortschritt und die Rückschläge bei der menschlichen Entwicklung in den letzten eineinhalb Jahrzehnten. Er betont den großen Rückschlag für die menschliche Entwicklung in vielen Ländern durch HIV/AIDS, und die Verlangsamung des Fortschritts bei der Kindersterblichkeit. Ungleicher Fortschritt zwischen Ländern und Regionen ging einher mit einer Diskrepanz bei der menschlichen Entwicklung in einigen Schlüsselgebieten, mit zunehmenden Ungleichheiten. Der zweite Teil des Kapitels wendet sich den Millenniumszielen zu. Die begrenzten – und langsamer werdenden – Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung, die im letzten Jahrzehnt erzielt wurden, haben direkte Auswirkungen auf die Aussichten, die MDGs zu verwirklichen. Die Durchschnittseinkommen in den Entwicklungsländern sind seit 1990 weitaus schneller gewachsen. Aber dieses Wachstum hat die Welt noch nicht auf Kurs Richtung Millenniumsziele gebracht – die meisten werden in den meisten Ländern verfehlt. Ein Teil des Problems ist es, dass das Wachstum zwischen Ländern und auch innerhalb von Ländern ungleich verteilt ist. Das tieferliegende Problem ist jedoch, dass

Die Diskrepanzen in menschlicher Entwicklung zwischen reichen und armen Ländern werden noch größer

zunehmende Wohlstandsbildung nicht mit der Geschwindigkeit in menschliche Entwicklung umgesetzt wird, die nötig wäre, um die Ziele zu erreichen. Unsere länderspezifischen Daten-

projektionen skizzieren, was passieren kann, wenn die Welt nur so weitermacht wie bisher, ein Weg, vor dem der UN-Generalsekretär gewarnt hat.

Fortschritte und Rückschläge bei der menschlichen Entwicklung

Bei menschlicher Entwicklung geht es um Freiheit. Es geht darum, menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln – die Bandbreite von Dingen, die Menschen tun können, und was sie sein können. Individuelle Freiheiten und Rechte sind sehr wichtig, aber Menschen stoßen auf enge Grenzen, was sie mit dieser Freiheit tun können, wenn sie arm oder krank oder Analphabeten sind, wenn sie diskriminiert werden, von gewalttätigen Konflikten bedroht sind oder vom politischen Prozess ausgeschlossen werden. Deshalb steht die „größere Freiheit“, die in der UN-Charta proklamiert wurde, im Zentrum menschlicher Entwicklung. Und deshalb ist der Fortschritt bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele ein Lackmustest für den Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung. Menschliche Entwicklung ist mehr als die MDGs allein – und viele der Zielvorgaben sind nur relativ bescheiden. Aber es wäre ein schwerer Rückschlag, wenn diese verfehlt würden.

Die wesentlichsten Grundvoraussetzungen für menschliche Entwicklung sind, ein langes und gesundes Leben zu führen, eine Ausbildung zu erhalten und ausreichende Mittel für einen angemessenen Lebensstandard zur Verfügung haben. Weitere Grundvoraussetzungen sind soziale und politische Partizipation in der Gesellschaft. In diesem Abschnitt wird eine Bilanz menschlicher Entwicklung im letzten Jahrzehnt gezogen – einer Periode vertiefter weltweiter Integration.

Die Ära der Globalisierung ist gekennzeichnet durch dramatische Fortschritte bei Techno-

logie, Handel und Investitionen – und durch ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum. Der Zuwachs an menschlicher Entwicklung ist allerdings weniger beeindruckend. Große Teile der Entwicklungsländer bleiben ausgeschlossen. Die ohnehin bereits großen Diskrepanzen in menschlicher Entwicklung zwischen reichen und armen Ländern werden noch größer. Inzwischen stellen einige der Länder, die üblicherweise als Erfolgsbeispiele der Globalisierung angeführt werden, fest, dass es schwieriger wird, Wirtschaftswachstum in menschliche Entwicklung zu verwandeln. Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit, einem der grundlegendsten Indikatoren menschlicher Entwicklung, verlangsamten sich, und die Diskrepanz zwischen armen und reichen Ländern bei der Kindersterblichkeit nimmt zu. Trotz aller deutlich sichtbaren Erfolge reichen Globalisierung und wissenschaftlicher Fortschritt bei weitem nicht aus, das unnötige Leiden, lähmende Krankheiten und Todesfälle durch behandelbare Krankheiten anzugehen, die den Armen der Welt das Leben so schwer machen.

Fortschritte in der menschlichen Entwicklung – eine globale Momentaufnahme

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der längerfristige Fortschritts-Trend bei der menschlichen Entwicklung fortgesetzt. Im Durchschnitt können Menschen, die heute in einem Entwicklungsland geboren werden, erwarten, wohlhabender, gesünder und besser ausgebildet zu sein als die Generation ihrer Eltern.

Auch die Wahrscheinlichkeit, in einer Mehrparteiendemokratie zu leben und nicht von Konflikten betroffen zu sein, ist höher.

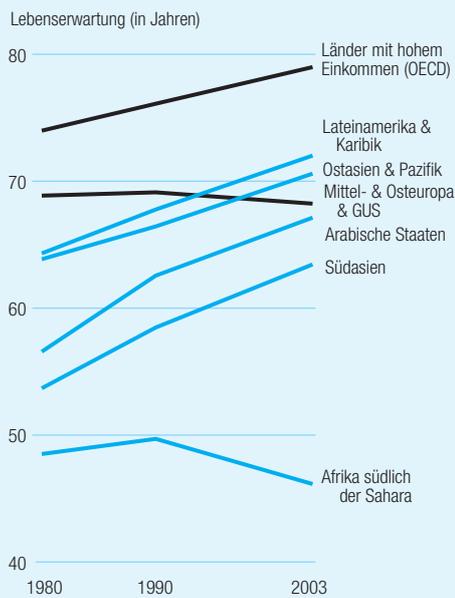
In wenig mehr als einem Jahrzehnt hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung in Entwicklungsländern um zwei Jahre erhöht. Bei diesem Indikator schrumpfen die Diskrepanzen: arme Länder holen gegenüber den reichen auf. (Grafik 1.1). Erhöhte Lebenserwartung ist teilweise auch ein Ergebnis sinkender Kindersterblichkeit (Grafik 1.2). Heute gibt es zwei Millionen weniger Todesfälle bei Kindern als 1990, und die Chance eines Kindes, fünf Jahre alt zu werden, ist um etwa 15 Prozent gestiegen. Verbesserungen beim Zugang zu Wasser und sanitärer Versorgung haben dazu beigetragen, die Gefahr von Infektionskrankheiten zu senken. Weitere 1,2 Milliarden Menschen haben im vergangenen Jahrzehnt Zugang zu sauberem Wasser bekommen. Seit 2001 hat auch die rasche Ausweitung der Impfungen weltweit durch das Globale Bündnis für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI) dazu beigetragen, die Lebenserwartung zu erhöhen und schätzungsweise einer halben Million Menschen das Leben gerettet.

Entwicklungsländern im vergangenen Jahrzehnt von 70 Prozent auf 76 Prozent gestiegen, und die Geschlechterdiskrepanz sinkt.⁵ Analphabetismus heute ist ein Spiegelbild von fehlendem Zugang zu Schulbildung in der Vergangenheit. Die Bedeutung dieser Defizite wird jedoch geringer. Verglichen mit 1990 gibt es heute 30 Millionen weniger Kinder im Grundschulalter, die nicht zur Schule gehen, und die durchschnittliche Schulzeit ist um ein halbes Jahr gestiegen. Die Geschlechterdiskrepanz beim Grundschulbesuch, zugegebenermaßen nur ein begrenzter Indikator für Geschlechtergleichheit, hat abgenommen, wenn auch Mädchen immer noch mehr als die Hälfte der Kinder stellen, die keine Schule besuchen.

Extreme Armut nimmt ab. Legitime Einwände sind gegen die Messgröße von einem Dollar als Armutsgrenze vorgebracht worden, um damit länderübergreifende Trends zu beschreiben – und extreme Vorsicht ist bei der Verwendung dieses Indikators durchaus angebracht.⁶ Abgesehen von Erfassungsproblemen ist Armut ein dynamischer Prozess, der nur teilweise mit statischen Indikatoren gemessen werden kann. Aber der Trend weist in eine positive Richtung. Extreme Armut ist von 28 Prozent im Jahr 1990 auf 21 Prozent heute zurückgegangen – ein Rückgang in absoluten Zahlen von etwa 130 Millionen Menschen.⁷ Wirtschaftswachstum ist eine der offensichtlichsten Voraussetzungen für beschleunigte Armutsreduzierung und anhaltende menschliche Entwicklung. Auch hier sind die neuesten Nachrichten ermutigend. Der durchschnittliche Einkommenszuwachs in Entwicklungsländern in den neunziger Jahren betrug 1,5 Prozent, fast die dreifache Rate der achtziger Jahre.⁸ Seit dem Jahr 2000 hat sich der durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommenszuwachs in Entwicklungsländern auf 3,4 Prozent erhöht – das entspricht dem doppelten der Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen. Nach zwei Jahrzehnten mit Einkommensrückgängen hat Afrika südlich der Sahara seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Anstieg von 1,2 Prozent verbucht. Es ist noch zu früh, diese Erholung als Wendepunkt zu bezeichnen, aber es gibt ermutigende Anzeichen in einer wachsenden Reihe von Ländern, dass das Wachstum Fuß fasst.

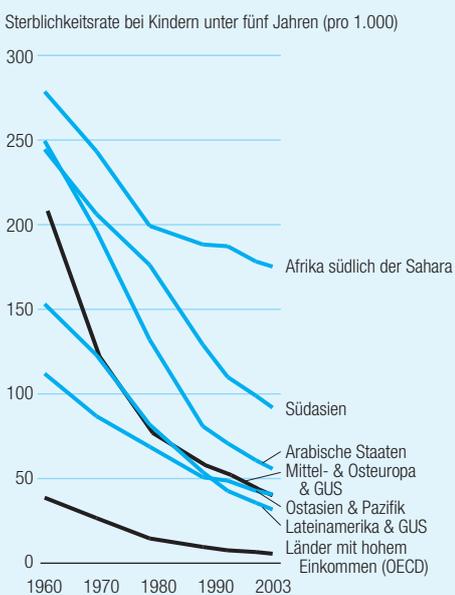
Auch die Fortschritte bei der Bildung waren beeindruckend. Es gibt immer noch 800 Millionen Menschen in der Welt ohne grundlegende Les- und Schreibfähigkeiten. Der Anteil der Frauen an der Gesamtsumme der Analphabeten ist mit zwei Dritteln überdurchschnittlich hoch. Dennoch ist die Alphabetisierungsrate in

Grafik 1.1 Verbesserte Lebenserwartung in den meisten Regionen



Quelle: UN 2005d.

Grafik 1.2 Kindersterblichkeitsraten – positive Trends



Quelle: UNICEF 2005c.

Eine weniger offensichtliche Erfolgsgeschichte sind die Konflikte. Seit 1990 wurde die Welt Zeugin des Völkermords in Ruanda, gewalttätiger Bürgerkriege mitten in Europa, von Kriegen in Afghanistan und im Irak und Rückschlägen im Nahen Osten. Der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo hat fast vier Millionen Tote gefordert – die meisten Todesopfer seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Sudan war die friedliche Lösung eines der ältesten Bürgerkriege Afrikas der Auftakt zu einer neuen humanitären Krise im Darfur, mit über einer Million Vertriebener. Neue Bedrohungen der gemeinsamen Sicherheit sind entstanden. Aber trotz dieser Herausforderungen für die menschliche Entwicklung durch gewalttätige Konflikte gibt es einige positive Nachrichten. Die Zahl der Konflikte ist seit 1990 zurückgegangen. In den letzten 15 Jahren sind viele Bürgerkriege durch Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen beendet worden. Von Timor-Leste bis Afghanistan, Sierra Leone und El Salvador hat der Frieden neue Möglichkeiten für menschliche Entwicklung und Demokratie eröffnet. Gewalttätige Konflikte sind eine der größten Barrieren für beschleunigte menschliche Entwicklung. Aber diese Barriere kann gesenkt werden.

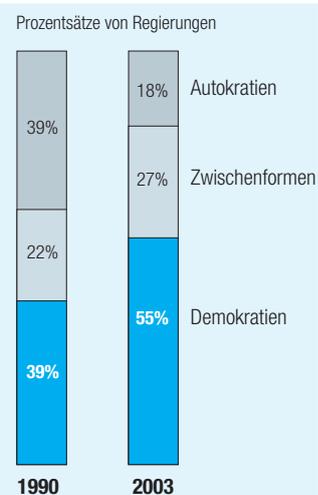
Auch der Fortschritt zu mehr Demokratie ist durchwachsen. Demokratie ist ein grundlegender Bestandteil menschlicher Entwicklung. Sie ist sowohl ein Wert an sich, und somit ein eigenständiger Indikator menschlicher Entwicklung, als auch ein Mittel für weitergehende menschliche Entwicklungsziele. Diesen Fortschritt zu messen, ist inhärent schwierig. Mehrparteienwahlen – heute das dominierende Regierungssystem – sind eine Bedingung. Eine unabhängige Justiz, Beschränkungen für die Exekutivgewalt, Pressefreiheit, und die Respektierung der Menschenrechte geben einer freien Wahlentscheidung erst Substanz. Nach dem Polity-Indikator für Demokratie, einer zusammengesetzten Messgröße, ist der Anteil der Weltbevölkerung, der in Ländern mit Mehrparteiensystemen lebt, die breitere Demokratiekriterien erfüllen, seit 1990 von 39 Prozent auf 55 Prozent gestiegen—das bedeutet einen

Zuwachs von 1,4 Milliarden Menschen, die nun in einer Mehrparteien Demokratie leben (Grafik 1.3).⁹ Mehr als zwei Drittel der Afrikaner leben heute in Ländern mit demokratischen Mehrparteien-Wahlssystemen – und afrikanische Regierungen selbst übernahmen die Initiative, einem antidemokratischen Putsch in Togo entgegenzutreten.

Allerdings sind Mehrparteienwahlen keine hinreichende Bedingung für Demokratie – und selbst daran gemessen ist das Glas fast halbleer. Mehrparteienwahlen sind im Nahen Osten größtenteils unbekannt, auch wenn Länder wie Ägypten und Jordanien den demokratischen Freiraum bei Wahlen erweitern. Von den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Welt ist Indien eine blühende Demokratie, während in China politische Reformen hinter den Wirtschaftsreformen zurückgeblieben sind. Viele Länder mit Mehrparteienwahlen, besonders in einigen Ländern der früheren Sowjetunion, sind formal Demokratien, in der Realität aber Wahl-Autokratien, deren politische Führer von ihren Völkern als korrupt, tyrannisch und ausbeuterisch angesehen werden und als nicht willens, sich um soziale Probleme zu kümmern. Mehrparteienwahlen können eine Kulisse darstellen, die die überwältigende Macht der Exekutive, begrenzte Pressefreiheit und Menschenrechtsverletzungen verdecken soll und so Demokratie ihres Inhalts beraubt. In manchen Ländern haben öffentliche Proteste solche Praktiken beseitigt. In den Jahren 2004 und 2005 wurden seit langem amtierende Präsidenten in Georgien, der Ukraine und Kirgisien von Volksbewegungen aus dem Amt gejagt, die aus dem Protest über einen solchen Missbrauch des demokratischen Prozesses entstanden.

Das Ausmaß von menschlichen Entwicklungsgewinnen im vergangenen Jahrzehnt sollte nicht unterschätzt werden – aber auch nicht übertrieben. Bei solchen globalen Momentaufnahmen ist immer problematisch, dass sie große Schwankungen zwischen und auch innerhalb von Regionen verwischen. Sie verbergen auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Dimensionen menschlicher Entwicklung.

Grafik 1.3 Die Demokratie breitet sich aus



Quelle: Berechnet auf der Basis von Bevölkerungsstatistiken aus UN 2005d und Polity-Ergebnissen aus CIDCM 2005.

Die Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung waren zwischen und auch innerhalb von Regionen unterschiedlich, ebenso zwischen den verschiedenen Dimensionen.

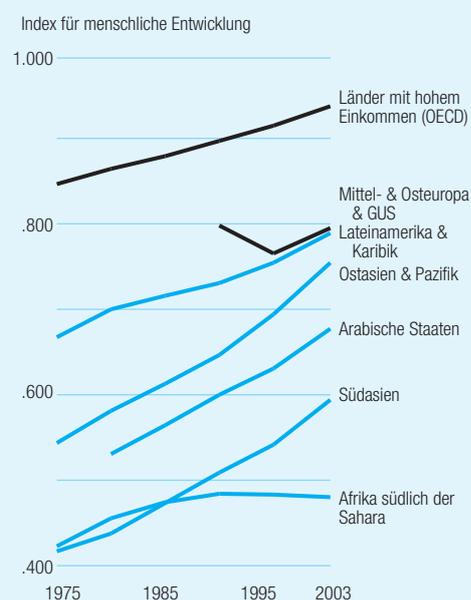
Fortschritte im Lichte des Index für menschliche Entwicklung

Der Index für menschliche Entwicklung (HDI) ist ein zusammengesetzter Indikator. Er umfasst drei Dimensionen menschlichen Wohlbefindens: Einkommen, Bildung und Gesundheit. Sein Zweck ist es nicht, ein umfassendes Bild menschlicher Entwicklung zu geben, sondern einen Maßstab zur Verfügung zu stellen, der über die bloße Betrachtung des Einkommens hinausreicht. Der HDI ist ein Barometer, um Veränderungen im Wohlergehen der Menschen und Fortschritte in verschiedenen Regionen messen zu können.

Im letzten Jahrzehnt ist der HDI in allen Regionen des Südens gestiegen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und mit der offensichtlichen Ausnahme von Afrika südlich der Sahara (Grafik 1.4). Innerhalb dieses allgemeinen Fortschritts erlitten allerdings viele Länder nie dagewesene Rückschläge. Achtzehn Länder mit zusammen 460 Millionen Einwohnern wiesen 2003 einen niedrigeren HDI auf als 1990 (Tabelle 1.1). (Solche Rückschritte mussten in den achtziger Jahren nur sechs Länder hinnehmen.) Sie konzentrierten sich sehr stark auf zwei Regionen. Zwölf der Länder mit solchen Rückschlägen liegen in Afrika südlich der Sahara. Etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara – 240 Millionen Menschen – leben in Ländern, die nun einen niedrigeren HDI aufweisen. Die frühere Sowjetunion stellt die anderen sechs Länder, in denen der HDI gesunken ist.

HDI-Rückschritte drücken sich auch in den relativen Positionen von Ländern aus. In Afrika südlich der Sahara hat das tödliche Zusammenwirken von wirtschaftlicher Stagnation, langsamem Fortschritt bei der Bildung und die Ausbreitung von HIV/AIDS zu einem freien Fall in den HDI-Ranglisten geführt (Ka-

Grafik 1.4 Verbesserte menschliche Entwicklung in den meisten Regionen



Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten, die der Indikatortabelle 2 zugrundeliegen.

sten 1.1). Das südliche Afrika verzeichnet einige der gravierendsten Abstiege – ein Minus von 35 Plätzen für Südafrika, 23 Plätze für Simbabwe und 21 Plätze für Botswana. Bei den Ländern der früheren Sowjetunion verzeichnete Tadschikistan den größten Abstieg, nämlich um 21 Plätze, die Ukraine um 17 Plätze und die

Tabelle 1.1 Länder mit sinkendem Index für menschliche Entwicklung

1980–90	1990–2003
Guyana	Botswana
Haiti	Côte d'Ivoire
Kongo, Demokratische Republik	Kamerun
Niger	Kasachstan ^a
Ruanda	Kenia
Sambia	Kongo
	Kongo, Demokratische Republik
	Lesotho
	Moldawien, Republik ^a
	Russische Föderation ^a
	Sambia
	Simbabwe
	Südafrika
	Swasiland
	Tadschikistan ^a
	Tansania, Vereinigte Republik ^a
	Ukraine ^a
	Zentralafrikanische Republik

a. Für dieses Land liegen keine HDI-Daten für 1980-90 vor, dementsprechend kann das Absinken bereits vor 1990 begonnen haben.

Quelle: Indikatortabelle 2.

Russische Föderation um 15 Plätze. Die wirtschaftlichen Umbrüche, die nach dem Zerfall der Sowjetunion eintraten, sind eine Ursache für diese Rückschritte in der HDI-Rangliste. Eine andere ist der katastrophale Rückgang der Lebenserwartung. Russland rutschte von 1990 bis 2003 um 48 Plätze in der Weltrangliste der Lebenserwartung ab (Kasten 1.2).

Der Zusammenhang zwischen der Einkommensbewertung und der HDI-Bewertung variiert zwischen den Ländern. Bangladesch und China sind zwei der raschesten Aufsteiger in der HDI-Rangliste. Seit 1990 ist Bangladesch 14 Plätze in der HDI-Rangliste gestiegen, aber nur zehn Plätze in der Einkommens-Rangliste weltweit. Dies legt nahe, dass der soziale Fortschritt in Bangladesch den wirtschaftlichen Fortschritt im Vergleich zu anderen Ländern überholt hat. Umgekehrt hat China seinen beeindruckenden Aufstieg in der HDI-Rangliste fortgesetzt, aber der wirtschaftliche Aufstieg verlief schneller als der soziale. Das Land stieg in der HDI-Rangliste 20 Plätze auf, in der Einkommens-Rangliste aber 32 Plätze.

Die einfache Analyse des HDI führt zu einigen Erkenntnissen über die Triebkräfte für Veränderungen. Aus ganz unterschiedlichen Ausgangspositionen haben seit 1990 Bangladesch, China und Uganda ihre HDI-Ergebnisse um etwa 20 Prozent verbessert. In China war das Wirtschaftswachstum die wichtigste Komponente dieser Veränderung. In Bangladesch war das steigende Einkommen wichtig, aber viel weniger wichtig als in China: Das Durchschnittseinkommen stieg etwa viermal langsamer als in China. Allerdings erzielte Bangladesch gleichmäßige Fortschritte bei allen drei Dimensionen des HDI, und wies einen größeren Zuwachs bei der Lebenserwartung und bei der Bildung auf als China. In Uganda wurden bei der Lebenserwartung nur sehr geringe Erfolge erzielt, und den größten Anteil des gestiegenen HDI machen Fortschritte beim Schulbesuch sowie zu einem geringeren Teil beim Einkommenszuwachs aus. Diese Zusammensetzung des HDI wird im Kasten 2 der Erläuterungen zu den Statistiken genauer erklärt.

Kasten 1.1

HIV/AIDS ist für eine Vielzahl von Rückschlägen bei der menschlichen Entwicklung verantwortlich

Sinkende Lebenserwartung ist einer der Indikatoren für die Auswirkungen von HIV/AIDS. Die Epidemie ist jedoch für eine Vielzahl von Rückschlägen bei der menschlichen Entwicklung verantwortlich, die sich weit über den Bereich Gesundheit hinaus bis hin zur Ernährungssicherheit, Bildung und auch in andere Bereiche erstrecken.

Von HIV betroffene Haushalte sind gefangen in einem Würgegriff steigender Gesundheitskosten und sinkender Einkommen. Die Kosten können sich auf mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens belaufen und damit zu Lasten der Ausgaben in anderen Bereichen gehen. Studien in Namibia und Uganda haben ergeben, dass Haushalte zu Verzweiflungsverkäufen von Nahrungsmitteln und Viehbeständen übergehen, um ihre Gesundheitsausgaben bestreiten zu können, was ihre Anfälligkeit noch erhöht. Gleichzeitig wird durch HIV/AIDS ihr wertvollstes Kapital untergraben: ihre Arbeitskraft. In Swasiland sinkt die Maisproduktion nach dem durch HIV/AIDS verursachten Tod eines Erwachsenen durchschnittlich um mehr als 50 Prozent.

Über den einzelnen Haushalt hinaus betrachtet untergräbt HIV/AIDS die soziale und ökonomische Infrastruktur. Die Gesundheitssysteme leiden unter dem tödlichen Zusammenspiel zweier Phänomene: der Zermürbung der Beschäftigten und der steigenden Nachfrage. Bereits überbeanspruchte Infrastrukturen im Gesundheitswesen geraten immer mehr an den Rand des Zusammenbruchs. In Côte d'Ivoire und Uganda beispielsweise sind mehr als die Hälfte aller Krankenhausbetten mit Patienten belegt, die an Krankheiten leiden, die im Zusammenhang mit einer HIV-Infektion stehen.

HIV/AIDS untergräbt die menschlichen Kapazitäten in einer ganzen Reihe von Bereichen. In Sambia ist derzeit der Verlust von zwei Dritteln der ausgebildeten Lehrkräfte auf HIV/AIDS zurückzuführen, und im Jahr 2000 gaben zwei von drei landwirtschaftlichen Beratern des Landes an, dass sie im vergangenen Jahr einen Kollegen verloren hätten.

Die Ausbreitung von AIDS ist eine Folge, aber auch eine Ursache von Anfälligkeit. HIV/AIDS unterdrückt das Immunsystem des Körpers und führt zu Unterernährung. Gleichzeitig beschleunigen Ernährungsdefizite den Ausbruch und die Weiterverbreitung von AIDS. Mit HIV/AIDS infizierte Frauen erleiden einen gesellschaftlichen Ansehensverlust. Gleichzeitig ist die Ungleichheit der Geschlechter und die untergeordnete Stellung der Frauen ein entscheidender Aspekt für die ungleiche Machtverteilung, durch die das Ansteckungsrisiko noch größer wird. Gewalt gegen Frauen, vor allem aufgezwungener Geschlechtsverkehr, ist eine der wesentlichsten Ursachen für die Anfälligkeit AIDS gegenüber. Eine weitere Ursache ist die schwache Verhandlungsposition der Frauen, wenn es um die Benutzung von Kondomen geht.

Quellen: Gillespie und Kadiyala 2005; Yamano und Jayne 2004; Carr-Hill 2004; Swasiland, Ministry of Agriculture and Co-operatives and Business 2002.

Diese Betrachtungen zeigen wichtige Fragen auf, die sich den Entscheidungsträgern stellen. Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung setzen Fortschritte auf einer breiten Front voraus: Rückschläge beim menschlichen Wohlbefinden, die beispielsweise bei der Lebenserwartung zu verzeichnen sind, können nicht durch

Kasten 1.2 Krise bei der Lebenserwartung in der Russischen Föderation: Sieben Millionen Männer „fehlen“

In der Russischen Föderation ist die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt mit auf dem niedrigsten Stand aller Industrieländer: sie beträgt nur 65 Jahre im Vergleich zu 79 Jahren in Westeuropa. Die Anzahl der zusätzlichen Todesfälle in den Jahren 1992-2001 wird auf 2,5-3 Millionen geschätzt. Da weder Kriege noch Hungersnöte oder Krankheitsepidemien aufgetreten sind, gibt es in jüngster Zeit keinen vergleichbaren historischen Präzedenzfall für einen so starken Anstieg der Sterberaten.

Die Sterblichkeitsrate ist bei Männern höher als bei Frauen, insbesondere bei alleinstehenden, nicht so gebildeten Männern. Im Jahr 2003 betrug die Lebenserwartung für russische Männer 59 Jahre und für Frauen 72 Jahre, einer der größten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Lebenserwartung weltweit. Wenn Russland normale Sterblichkeitsraten aufzuweisen hätte, wären sieben Millionen mehr Männer noch am Leben. Oder anders ausgedrückt: Durch die Ungleichheit der Geschlechter wird die Gesamtbevölkerung um etwa fünf Prozent reduziert.

Wenn man sich die unmittelbaren Todesursachen ansieht, lässt sich die Situation teilweise erklären. In Russland treten Herz-Kreislauf-Erkrankungen besonders häufig auf, in denen sich Ernährungs- und Lebensstilfaktoren widerspiegeln. Neben dieser „Wohlstandsepidemie“ treten in Russland immer stärker Probleme mit ansteckenden Krankheiten auf. Vor allem Tuberkulose und HIV/AIDS nehmen allmählich bedrohliche Ausmaße an. Gemessen am Standard der Industrieländer sind die Mord- und Selbstmordraten hoch und stiegen in den neunziger Jahren noch an. Beide Indikatoren stehen in engem Zusammenhang mit übermäßigem Alkoholkonsum.

Die Umstrukturierung des Arbeitsmarkts, die tiefe, anhaltende ökonomische Rezession der neunziger Jahre und der Zusammenbruch der sozialen Versorgung haben vermutlich dazu beigetragen, das Ausmaß des psychosozialen Stresses, dem sich die Bevölkerung

ausgesetzt sah, noch zu steigern. Dies drückte sich in einer Zunahme des Alkoholkonsums und alkoholbedingter Krankheiten aus. Gleichzeitig nahm die Gewaltkriminalität zu, was mit dem Zusammenbruch staatlicher Institutionen zusammenhängt, die für öffentliche Ordnung und Sicherheit verantwortlich sind. Die informelle Wirtschaft und die gewaltsame Durchsetzung von Vereinbarungen trugen zum Absinken der Lebenserwartung bei: Die Mordraten bei Männern haben sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre verdoppelt.

Über Gewaltkriminalität und psychosozialen Stress hinaus ist die Verbreitung von vermeidbaren Infektionskrankheiten – insbesondere Tuberkulose, akute Darminfektionen und Diphtherie – ein Hinweis auf Mängel im Gesundheitssystem. Die staatlichen Ausgaben im Gesundheitswesen gingen von 3,5 Prozent des BIP 1997/98 auf durchschnittlich 2,9 Prozent in den Jahren 1999-2001 zurück. Wohlhabendere Haushalte konnten zunehmend auf neue private Gesundheitsdienste zurückgreifen, aber viele ärmere Familien können sich den „kostenlosen“ öffentlichen Gesundheitsdienst wegen der weitverbreiteten Forderungen nach Bestechungsgeldern und anderen informellen Zahlungen kaum noch leisten.

Die Trends bei den Sterblichkeitsraten in Russland sind eine der größten Herausforderungen für die menschliche Entwicklung im frühen 21. Jahrhundert. Ein so starker Anstieg der Sterblichkeitsrate verdeutlicht die Notwendigkeit verstärkter Forschung über die Ursachen erhöhter männlicher Sterblichkeit sowie einer staatlichen Politik, die im Vorfeld anfällige Bevölkerungsgruppen identifiziert und diese in Zeiten raschen sozioökonomischen Wandels schützt. Besonders wichtig ist die Entwicklung von gesellschaftlich akzeptierten Institutionen, die einen komplexen wirtschaftlichen Reformprozess steuern können. Andere Gesellschaften im Übergang zur Marktwirtschaft, wie zum Beispiel Polen, haben es geschafft, negative Tendenzen bei Sterblichkeitsraten umzukehren und die Lebenserwartung zu erhöhen.

1. Auf den Begriff „fehlende Frauen“ trifft man in der Literatur häufiger. Er wurde z.B. benutzt, um die Sterblichkeitsunterschiede bei Frauen in einigen Teilen Afrikas südlich der Sahara und Südasiens zu verdeutlichen (Sen 1998). Die Anzahl fehlender Frauen oder Männer wird berechnet, indem man die aktuell vorhandene Rate von Frauen zu Männern mit der Rate vergleicht, die eigentlich normal wäre, wenn nicht bedeutende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen wären.

Quellen: Shkolnikov und Cornia 2000; World Bank 2005e; Men und andere 2003; Malyutina et al. 2002.

Erfolge in anderen Gebieten wie Einkommen oder Bildung kompensiert werden. Vielmehr können Erfolge auf einem Gebiet ohne allgemeine Fortschritte nur schwer aufrechterhalten werden. Beispielsweise kann die schlechte Gesundheitslage das Wirtschaftswachstum und Bildungsleistungen bremsen, und langsames Wirtschaftswachstum reduziert die Ressourcen die für soziale Investitionen zur Verfügung stehen. Betrachtet man den HDI genauer, wer-

den die Herausforderungen deutlich, vor denen unterschiedliche Ländergruppen stehen. Für China ist die Herausforderung, sicherzustellen, dass das rasche Einkommenswachstum sich auf anhaltenden Fortschritt in den nicht direkt einkommensbezogenen Dimensionen menschlicher Entwicklung überträgt. Letztendlich ist Einkommen ein Mittel für menschliche Entwicklung und kein Selbstzweck. In Uganda ist die Herausforderung, auf den Erfolgen bei der

Bildung aufzubauen und die Gründe zu identifizieren, warum Fortschritte auf diesem Gebiet und beim Einkommen sich nicht auf die Gesundheit auswirken. Bangladesch zeigt, dass es möglich ist, auch bei relativ bescheidenem Einkommenszuwachs große Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung über eine weite Bandbreite zu erzielen. Diesen Fortschritt aufrechtzuerhalten und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Armutsbekämpfung zu beschleunigen ist für die künftige Entwicklung von zentraler Bedeutung.

Einige Länder sind weitaus erfolgreicher als andere, Wohlstand in menschliche Entwicklung zu übertragen, wie sie durch den HDI gemessen wird. Saudi-Arabien hat ein weitaus höheres Durchschnittseinkommen als Thailand, liegt aber auf einer ähnlichen HDI-Stufe (Grafik 1.5). Guatemala hat ein fast doppelt so hohes Durchschnittseinkommen wie Vietnam, aber einen niedrigeren HDI. Große Unterschiede zwischen Wohlstand und HDI sind meist ein Indikator für tiefgreifende strukturelle Ungleichheiten, die die Übertragung der Erwirtschaftung von Reichtum in menschliche Entwicklung blockieren. Sie sind außerdem Hinweise auf Defizite der staatlichen Politik, das heißt, Regierungen haben keine Strategien, armen oder benachteiligten Bevölkerungsgruppen Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wie Kapitel 2 zeigt, haben strukturelle Ungleichheiten einen großen Einfluss darauf, ob Fortschritte zur Verwirklichung der MDGs erzielt werden.

Über den HDI hinaus verbleiben sehr große Defizite bei den Grundbedingungen für menschliche Entwicklung. Metaphern über das halbvolle oder halbleere Glas der menschlichen Entwicklung lenken die Aufmerksamkeit von einer überwältigenden Tatsache ab: das außerordentlich hohe Niveau vermeidbarer Entbehrungen inmitten einer zunehmend prosperierenden Welt.

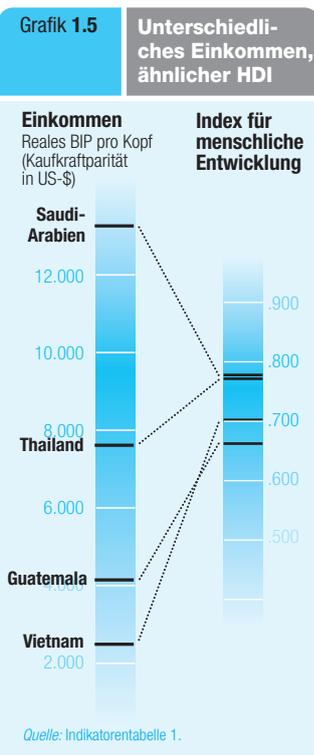
Die Grenzen menschlicher Entwicklung

Es gibt keinen wichtigeren – oder irritierenderen – Indikator für menschliche Fähigkeiten und

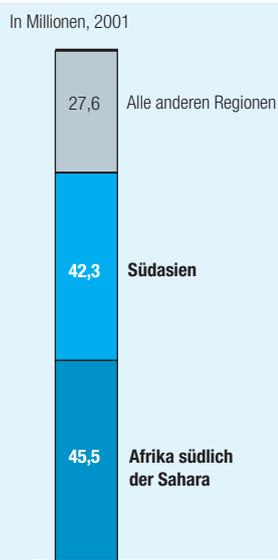
Fertigkeiten, die gar nicht erst entwickelt werden, als die Kindersterblichkeit. Mehr als zehn Millionen Kinder sterben jedes Jahr vor ihrem fünften Geburtstag.¹⁰ Der Anteil von Afrika südlich der Sahara an der Kindersterblichkeit nimmt zu. Die Region verzeichnet 20 Prozent der Geburten, aber 44 Prozent der Kindersterblichkeit. Fast alle Todesfälle von Kindern sind vermeidbar. Alle zwei Minuten sterben Menschen allein an Malaria, drei davon Kinder. Die meisten dieser Todesfälle könnten durch einfache, billige Medikamente verhindert werden. Krankheiten, die durch Impfungen verhindert werden könnten – wie Masern, Diphtherie und Tetanus – sind für weitere zwei bis drei Millionen Todesfälle bei Kindern verantwortlich.¹¹ Auf jedes gestorbene Kind kommen Millionen andere, die krank werden oder die Schule nicht besuchen können und so in einem Teufelskreis gefangen sind, der über schlechte Gesundheit in der Kindheit zu Armut im Erwachsenenalter führt. Wie die 500.000 Frauen, die jedes Jahr an schwangerschaftsbezogenen Ursachen sterben, leben auch mehr als 98 Prozent der Kinder, die jedes Jahr sterben, in armen Ländern. Sie sterben daran, dass sie dort geboren wurden.

Es gibt teilweise Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut. Einer von fünf Menschen – weltweit mehr als eine Milliarde – müssen weiterhin von weniger als einem US-Dollar am Tag überleben, ein derart krasses Armutsniveau, dass das Überleben in Frage gestellt wird. Weitere 1,5 Milliarden Menschen leben von ein bis zwei US-Dollar am Tag. Mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung bilden faktisch eine globale Unterklasse, die tagtäglich mit der Realität oder der Gefahr extremer Armut konfrontiert ist.

Einkommensarmut ist eng mit Hunger verbunden. In einer Welt des Überflusses hungern Millionen Menschen jeden Tag. Mehr als 850 Millionen Menschen, einschließlich jedes dritten Vorschulkindes, sind immer noch in einem Teufelskreis von Unterernährung und ihren Auswirkungen gefangen.¹² Unterernährung schwächt das Immunsystem, erhöht das Krankheitsrisiko und macht die Unterernährung damit noch schlimmer. Etwa die Hälfte



Grafik 1.6 Kinder, die nicht zur Schule gehen – vorwiegend in Afrika und Südasien



Quelle: UNICEF 2005d.

der Todesfälle von Vorschulkindern können direkt auf die Zusammenhänge zwischen Unterernährung und Infektionskrankheiten zurückgeführt werden.¹³ Kinder, die moderat untergewichtig sind, sterben mit vierfach höherer Wahrscheinlichkeit an Infektionskrankheiten als ausreichend ernährte Kinder.

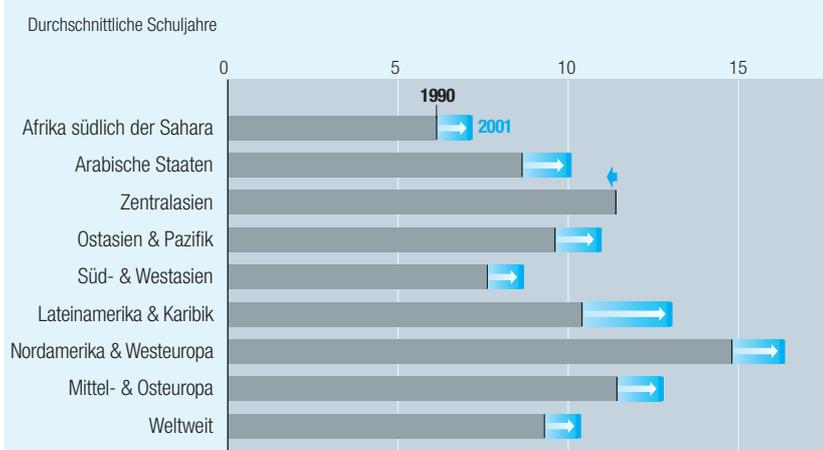
Die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten wird wiederum durch unzureichenden Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Versorgung verschärft. Mehr als eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Wasser und 2,6 Milliarden haben keinen Zugang zu verbesserter sanitärer Versorgung. Krankheiten, die durch Wasser oder menschliche Fäkalien übertragen werden, sind die weltweit zweitwichtigste Todesursache für Kinder, nach den Atemwegsinfektionen. Insgesamt wird geschätzt, dass daran täglich 3.900 Kinder sterben.¹⁴

Die Diskrepanzen bei den Bildungschancen sind nach wie vor groß. In einer zunehmend wissensbasierten Weltwirtschaft wird etwa 115 Millionen Kindern selbst elementarste Grundschulbildung verwehrt.¹⁵ Die meisten der Kinder, die nicht zur Schule gehen, leben in Afrika südlich der Sahara und Südasien (Grafik 1.6). Im Durchschnitt kann ein in Mosambik geborenes Kind heute vier Jahre formaler Bildung erwarten. Ein in Frankreich

geborenes Kind wird 15 Jahre auf weitaus höherem Niveau Bildung erhalten. Die durchschnittliche Schulzeit in Südasien beträgt mit acht Jahren etwa die Hälfte der in reichen Ländern üblichen Schulzeit. Hinzu kommt, dass zwar die Diskrepanzen im Grundschulbesuch zurückgehen, aber die Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern bei der durchschnittlichen Dauer des Schulbesuchs größer werden (Grafik 1.7). Zudem müssen noch die Qualitätsunterschiede in der Bildung berücksichtigt werden: Weniger als ein Viertel der Kinder in Sambia bestehen elementare Alphabetisierungstests, wenn sie die Grundschule verlassen haben.¹⁶ Der Zugang zu höherer Bildung ist auch weiterhin in erster Linie ein Privileg der Bürger reicher Länder. Diese Ungleichheiten in der Bildung sind die weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten von morgen.

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten stehen auch weiterhin der Bildung von Mädchen im Weg. Selbst mit abnehmenden geschlechtsbedingten Unterschieden können Mädchen durchschnittlich ein Jahr weniger formale Bildung in afrikanischen und arabischen Staaten als Jungen erwarten und zwei Jahre weniger in Südasien. In 14 afrikanischen Ländern stellen Mädchen weniger als 45 Prozent der Grundschüler. In Pakistan stellen sie nur 41 Prozent – bei Geschlechtergleichheit würden weitere zwei Millionen Mädchen in diesem Land zur Schule gehen. In allen Entwicklungsländern insgesamt schließen 75 Prozent der Mädchen die Grundschule ab, jedoch 85 Prozent der Jungen. Geschlechtsbedingte Unterschiede sind noch deutlicher sichtbar in der weiterführenden und höheren Bildung. Diese tief sitzenden geschlechtsbedingten Unterschiede stellen nicht nur eine Verletzung des universellen Rechts auf Schulbildung dar, sondern sind auch eine Gefahr für künftige menschliche Entwicklungschancen: die Bildung von Mädchen ist einer der wirksamsten Katalysatoren für sozialen Fortschritt in einer großen Bandbreite von Indikatoren.

Grafik 1.7 Schuljahre – weiterhin große Unterschiede



Anmerkung: Die Daten verweisen auf zu erwartende Schuljahre.
Quelle: UNESCO 2005, S. 107.

Das Ende der Konvergenz?

Die meiste Zeit in den vergangenen 40 Jahren näherten sich die Grundvoraussetzungen für menschliche Entwicklung allmählich an. Von einer niedrigen Ausgangsbasis kommend holten die Entwicklungsländer als Gruppe gegenüber den reichen Ländern in Gebieten wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Alphabetisierung auf. Ein besorgniserregender Aspekt menschlicher Entwicklung ist heute, dass diese Konvergenz insgesamt langsamer wird – und für eine große Gruppe von Ländern die Unterschiede wieder größer werden.

In einer Welt, in der bereits extreme Ungleichheiten bestehen, nimmt die Diskrepanz zwischen reichen und armen Ländern in einigen Fällen wieder zu und in anderen Fällen nur sehr langsam ab. Dieses Bild ist uneinheitlich, mit großen Variationen zwischen Regionen und Ländern. Wir mögen zwar in einer Welt leben, in der allgemeine Rechte verkünden, dass alle Menschen gleich viel wert sind – aber wo man in der Welt geboren wird, bestimmt die Chancen, die man im Leben haben wird. Der nachfolgende Abschnitt betrachtet drei Gebiete, in denen Ungleichheiten zwischen Ländern ungleiche menschliche Entwicklungschancen sowohl aufzeigen als auch verstärken: Diskrepanzen in der Lebenserwartung, der sich verlangsamen Fortschritt bei der Kindersterblichkeit und ein verlangsamter Rückgang bei der Einkommensarmut und Ungleichheit.

Lebenserwartung – die große Wende

Ein langes und gesundes Leben zu führen ist ein grundlegender Indikator für Grundvoraussetzungen menschlicher Entwicklung. Ungleichheiten auf diesem Gebiet haben grundlegende Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Chancen, die man im Leben haben wird. Seit den frühen neunziger Jahren wurde ein langanhaltender Trend zu einer Konvergenz bei der Lebenserwartung in reichen und armen Ländern durch gegenläufige Trends in einigen Regionen abgeschwächt, die mit HIV/AIDS und anderen Rückschlägen zusammenhängen.

Auf globalem Niveau betrachtet nimmt die Diskrepanz bei der Lebenserwartung ab. Zwischen 1960 und heute stieg die Lebenserwartung um 16 Jahre in den Entwicklungsländern und sechs Jahre in den Industrieländern.¹⁷ Seit 1980 ist die Diskrepanz um weitere zwei Jahre zurückgegangen. Allerdings muss diese Konvergenz im richtigen Zusammenhang gesehen werden. Abgesehen von drei Monaten fand die gesamte Konvergenz von zwei Jahren seit 1980 vor 1990 statt. Seitdem ist die Konvergenz zum Stillstand gekommen, und die Diskrepanzen sind weiterhin sehr groß. Durchschnittlich beträgt der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen einem armen und einem reichen Land immer noch 19 Jahre. Wer in Burkina Faso geboren wird, hat voraussichtlich 35 Jahre weniger zu leben als jemand, der in Japan geboren wird, und wer in Indien geboren wird, hat wahrscheinlich 16 Jahre weniger zu leben als jemand, der in den Vereinigten Staaten geboren wird.

Die Lebenserwartung ist auch ein Indikator dafür, wie gesund jemand sein wird. Eine Möglichkeit ist, das Niveau der vermeidbaren Mortalität zu messen – das zusätzliche Risiko, vor einem bestimmten Lebensalter zu sterben im Vergleich zu einer Bevölkerungsgruppe in einem anderen Land. Nimmt man den Durchschnitt der reichen Länder als Vergleichsgröße, dann ist mehr als die Hälfte der Mortalität in den Entwicklungsländern vermeidbar. Auf Erwachsene im Alter von 15-59 Jahren entfällt knapp ein Drittel aller Todesfälle in Entwicklungsländern, aber nur ein Fünftel in den Industrieländern.¹⁸ Die großen gesundheitlichen Ungleichheiten hinter diesen Zahlen verweisen auf das sogenannte „Gesetz der umgekehrten Versorgung“ – die Verfügbarkeit medizinischer Versorgung steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Notwendigkeit. Ungleichheiten bei der Finanzierung des Gesundheitswesens sind der Kern dieses Gesetzes. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit bewegen sich in einer Spanne von mehr als 3000 US-Dollar in reichen Ländern mit den niedrigsten Gesundheitsrisiken bis hin zu 78 US-Dollar in armen Ländern mit den höchsten Risiken, und weit weniger in vielen der ärmsten Länder.¹⁹

Wer in Burkina Faso geboren wird, hat voraussichtlich 35 Jahre weniger zu leben als jemand, der in Japan geboren wird

Verbesserungen bei der Lebenserwartung sind ungleichmäßig verteilt. Lateinamerika, der Nahe Osten und Asien haben sich den reichen Ländern angenähert. In Südasien hat sich die Lebenserwartung in den vergangenen 20 Jahren um ein ganzes Jahrzehnt erhöht. Im Gegensatz dazu sind die Länder der früheren Sowjetunion und in Afrika südlich der Sahara weiter zurückgefallen.

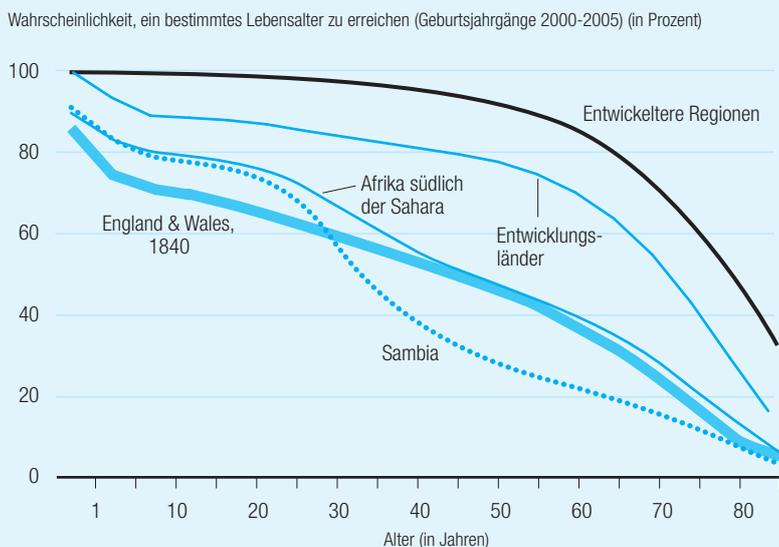
In den Ländern der früheren Sowjetunion ist die Lebenserwartung dramatisch zurückgegangen, insbesondere bei Männern. In der Russischen Föderation ist die Lebenserwartung von Männern von 70 Jahren Mitte der achtziger Jahre auf 59 Jahre heute zurückgegangen – und ist damit niedriger als in Indien. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, die Erosion des Sozialstaats und hohe Alkoholismus- und Krankheitsraten – all dies hat dazu beigetragen (siehe Kasten 1.2). Nichtansteckende gesundheitliche Beeinträchtigungen – wie Herz-Kreislauf-Krankheiten und Verletzungen – stellen den größten Anteil an den Todesfällen, obwohl auch Infektionskrankheiten sich wieder ausbreiten. Wenn es bei dieser Sterblichkeitsrate bleibt, werden etwa 40 Prozent der heute 15jährigen russischen jungen Männer vor dem 60. Lebensjahr sterben.²⁰

Die Ursache für den langsameren Fortschritt zu mehr globaler Gleichheit bei der Lebenserwartung liegt in Afrika südlich der Sahara. Vor zwanzig Jahren konnte jemand, der in Afrika südlich der Sahara geboren wurde, erwarten, 24 Jahre weniger zu leben als jemand, der in einem reichen Land geboren wurde, wobei diese Diskrepanz allerdings zurückging. Heute ist diese Diskrepanz auf 33 Jahre angewachsen und sie nimmt weiter zu. HIV/AIDS ist der Hauptgrund für diese Trendumkehr. 2004 starben schätzungsweise drei Millionen Menschen an diesem Virus, und weitere fünf Millionen wurden infiziert. Fast alle dieser Menschen starben in den Entwicklungsländern, 70 Prozent davon in Afrika. Etwa 38 Millionen Menschen sind jetzt mit HIV infiziert – 25 Millionen davon in Afrika südlich der Sahara (siehe Kasten 1.1).²¹

Statistiken allein können das ganze Ausmaß der Leiden durch HIV/AIDS nicht erfassen. Aber sie können einen Hinweis auf das Ausmaß des demografischen Schocks geben, den die am schlimmsten betroffenen Länder erleiden. Nach den gegenwärtigen Indikatoren hat ein in Sambia geborenes Kind heute eine geringere Aussicht, älter als 30 Jahre alt zu werden, als ein 1840 in England geborenes Kind (Grafik 1.8). Für Afrika südlich der Sahara insgesamt hat ein heute geborenes Kind eine geringere Chance, über 45 Jahre alt zu werden.

So deutlich diese Statistiken auch sein mögen, werden dadurch die menschlichen Auswirkungen von HIV/AIDS dennoch nicht ausreichend dargestellt. In Europa ereignete sich der größte demografische Schock seit der Pest in den Jahren 1913 bis 1918 in Frankreich, als der Erste Weltkrieg und die Grippewelle von 1918 die Lebenserwartung um etwa 16 Jahre reduzierten. So traumatisch diese Episode auch war, verblasst sie doch gegenüber Zahlen wie einem Rückgang der Lebenserwartung von 31 Jahren in Ländern wie Botswana. In Sambia ist die Lebenserwartung seit Mitte der achtziger Jahre um 14 Jahre zurückgegangen. Dabei geht die voraussichtliche Erholung weitaus langsamer als damals in Frankreich (Grafik 1.9).

Grafik 1.8 Überlebenschancen in Afrika südlich der Sahara kaum besser als in England 1840



Wenn man in die Zukunft schaut, drohen Afrika die schwersten HIV/AIDS-bezogenen Risiken für die menschliche Entwicklung. Aber neue Gefahren ziehen am Horizont heran. Schwere Epidemien sind in verschiedenen indischen Bundesstaaten aufgetaucht. In Tamil Nadu wurden HIV-Infektionsraten von über 50 Prozent bei weiblichen Sex-Arbeiterinnen festgestellt, während sowohl Andhra Pradesh als auch Maharashtra lediglich die Ein-Prozent-Marke überschritten haben.²²

Auch in den Ländern der früheren Sowjetunion breitet sich HIV/AIDS aus. Die Ukraine weist heute eine der weltweit am schnellsten steigenden HIV-Zuwachsraten auf, während es in der Russischen Föderation die größte Epidemie mit der am zweitschnellsten steigenden Wachstumsrate (und einer Million Infizierten) gibt.²³ Die große Mehrheit der mit dem HIV-Virus lebenden Menschen ist jung, wobei die Hauptansteckungsursache intravenöse Drogenanwendung ist. Wie in anderen Teilen Osteuropas befindet sich die Epidemie in der Anfangsphase – was heißt, dass rechtzeitiges Eingreifen sie stoppen und zurückdrängen kann. Falls dies aber vernachlässigt wird, hat die Epidemie ein beträchtliches Potenzial, sich auszubreiten und die allgemeine Bevölkerung zu erfassen.

Die internationale Antwort auf HIV/AIDS ist bisher völlig unzureichend gewesen. In einem Zeitalter der Wissenschaft, der Technologie und des wirtschaftlichen Wohlstands unterstreicht nichts das Versagen der reichen Länder deutlicher, etwas gegen die Krankheiten zu tun, die große Teile der Menschheit heimsuchen. Der AIDS-Virus erschien erstmals in den frühen achtziger Jahren auf der Bildfläche. Als der erste Bericht über die menschliche Entwicklung 1990 erschien, wurden bei der Weltgesundheitsorganisation WHO nur 133.000 Fälle gemeldet, zwei Drittel davon in Nordamerika. Der Bericht stellte fest: „AIDS wird vermutlich viele der Erfolge bei der Erhöhung der Lebenserwartung ... wieder rückgängig machen.“ Aber erst jetzt, nachdem 20 Millionen Menschen gestorben sind, zeichnet sich eine glaubwürdige internationale Antwort darauf ab. Nur ein klei-

ner Bruchteil der Bedürftigen hat Zugang zu Prävention und Behandlung. Weniger als acht Prozent der schwangeren Frauen haben Zugang zu Präventionsmaßnahmen gegen die Übertragung des Virus von der Mutter auf das Kind. In Afrika erhalten weniger als vier Prozent derjenigen, die antiretrovirale Behandlung brauchen, die entsprechenden Medikamente.²⁴ Es gibt einige Erfolgsinseln. Länder wie der Senegal und Uganda haben die Krise eingedämmt und beginnen nun, sie zurückzudrängen. Brasilien und Thailand haben mit entschlossener Gesundheitspolitik, mit der der Zugang zu Medikamenten verbessert wurde, Leben gerettet. Diese Erfolgsbeispiele zeigen, dass das Ziel erreichbar ist, drei Millionen Menschen bis zum Ende des Jahres 2005 zu behandeln, ein erster Schritt, um die Epidemie wieder zurückzudrängen.

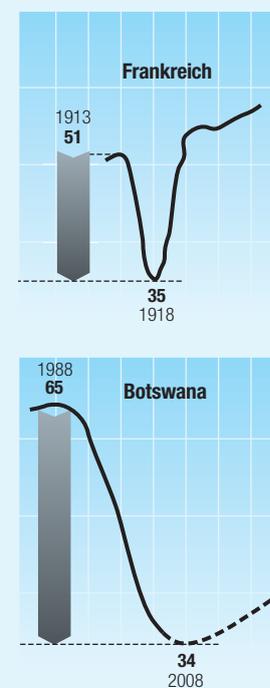
Die langsame und begrenzte internationale Antwort auf die HIV/AIDS-Krise hat direkt dazu beigetragen, die weltweiten Gesundheitsdiskrepanzen zu vertiefen. Sie zeigt auch, was verspätetes Handeln kostet. Im Jahr 2004 gab die Welt geschätzte sechs Milliarden Dollar dafür aus, den Virus durch den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zu bekämpfen.²⁵ Wären Ressourcen in diesem Ausmaß 20 Jahre früher mobilisiert worden, hätte die Epidemie zurückgedrängt werden können. Heute reicht der Betrag nicht einmal mehr aus, die Krise einzudämmen, geschweige denn das Millenniumsziel zu erreichen, „bis 2015 die Ausbreitung von AIDS zum Stillstand zu bringen und allmählich umzukehren.“ Die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf eine globale Gesundheitsgefahr war bisher schlicht unzureichend. Gleichzeitig haben viele Regierungen in den am schlimmsten betroffenen Ländern auf die nie dagewesene Herausforderung durch HIV/AIDS mit Verdrängung, Stereotypen und Nichtstun reagiert und so ihre Bürger großer Gefahr ausgesetzt.

Frauen und Kinder zuletzt

Kindersterblichkeit ist einer der empfindlichsten Indikatoren für menschliches Wohlergehen, für den Vergleich der Gesundheit von

Grafik 1.9 Der demografische Schock durch AIDS ist schlimmer als der des Ersten Weltkriegs

Lebenserwartung (in Jahren)



Quelle: UN 2005d und University of California, Berkeley und Max-Planck-Institut für Demografische Forschung 2005.

Nationen und die Wirksamkeit von Gesundheitspolitik. Die wieder steigende Kindersterblichkeit erreicht vor diesem Hintergrund rasch den Punkt, an dem man einen internationalen Gesundheits-Notstand ausrufen müsste. Von den 57 Millionen Todesfällen weltweit im Jahr 2002 war jeder fünfte ein Kind unter fünf Jahren – man kann sagen, alle drei Sekunden starb ein Kind. Geschätzte vier Millionen dieser Todesfälle traten im ersten Lebensmonat auf,

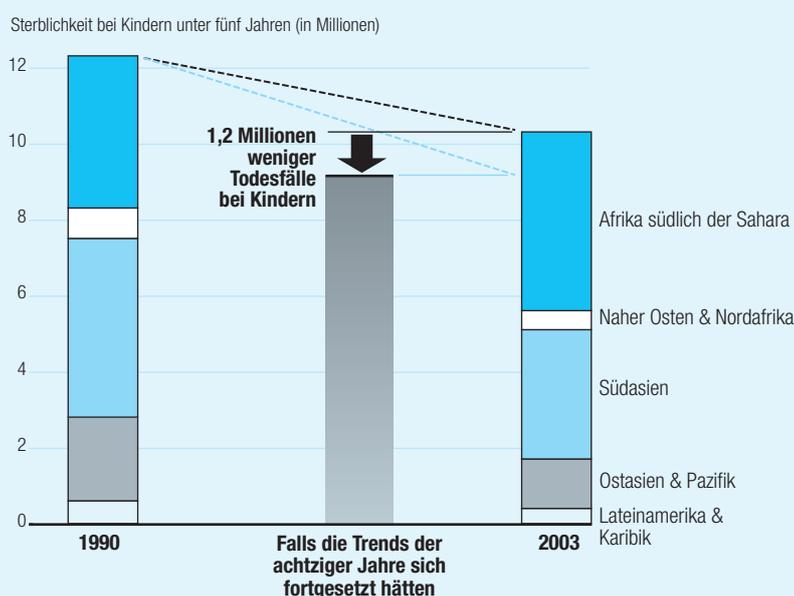
der neonatalen Periode.²⁶ Fast alle Todesfälle von Kindern sind in Entwicklungsländern zu verzeichnen, während die meisten Ausgaben zur Verhinderung von Todesfällen bei Kindern in den reichen Ländern getätigt werden.

Es ist wohlbekannt, was getan werden müsste, um die Umstände zu verhindern oder wirksam zu bekämpfen, die zum Tod von Kindern und Frauen im gebärfähigen Alter führen. Die meisten kosten nicht viel – und haben ein sehr hohes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Zwei von drei toten Kindern könnten schon durch die Bereitstellung der grundlegendsten Gesundheitsdienste gerettet werden. Aber man tut nichts gegen eine Gesundheitskatastrophe, die mehr Opfer fordert als die HIV/AIDS-Epidemie. Nichts verdeutlicht mehr die Diskrepanz zwischen dem, was wir tun könnten, um vermeidbares Leiden zu überwinden, und wofür wir all den Wohlstand und die Technologien tatsächlich verwenden, die uns zur Verfügung stehen.

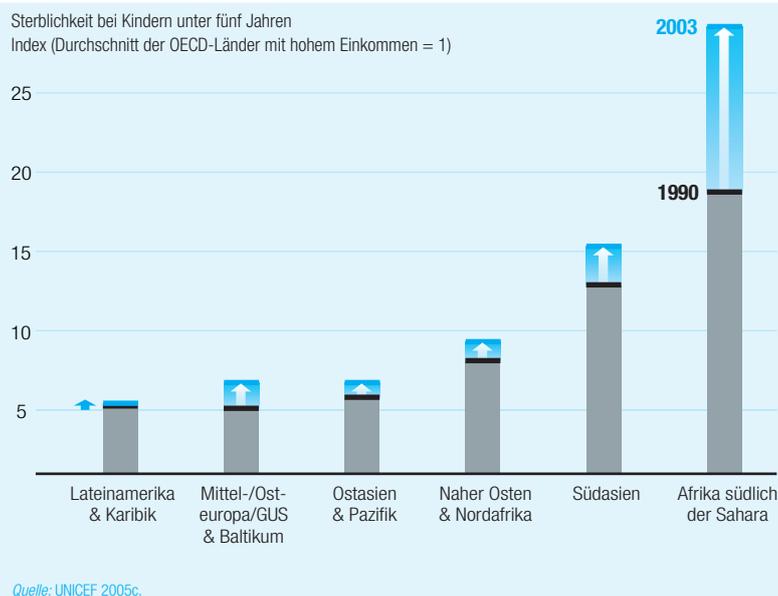
Während sich der Rückgang der Kindersterblichkeit im letzten Jahrzehnt fortsetzte, scheint sich dieser Rückgang immer mehr zu verlangsamen. Von 1990-2003 gingen die Kindersterblichkeitsraten in den Entwicklungsländern um ein Drittel langsamer zurück als in den achtziger Jahren (Grafik 1.10).²⁷ Diese Verlangsamung hat Leben gekostet. Wenn der Fortschritt der achtziger Jahre sich auch in den neunziger Jahren und im laufenden Jahrzehnt fortgesetzt hätte, hätten im Jahr 2003 mehr als eine Million Kinder weniger sterben müssen.²⁸ Die neonatale Sterblichkeit ist weitaus langsamer zurückgegangen als die Kindersterblichkeit insgesamt, mit dem Ergebnis, dass ein steigender Anteil der Kinder-Todesfälle im ersten Lebensmonat auftritt.²⁹ Etwa vier Millionen Kinder sterben in diesem Zeitraum, drei Viertel davon in der ersten Lebenswoche.

Auch beim Thema Kindersterblichkeit treten erhebliche Unterschiede zutage. Die Diskrepanzen zwischen den reichen und armen Ländern nehmen zu, am auffälligsten zwischen den reichen Ländern und den Ländern in Afrika, aber auch in anderen Regionen (Grafik 1.11).

Grafik 1.10 Weniger Kinder sterben – aber der Fortschritt geht langsamer vorstatten



Grafik 1.11 Kindersterblichkeit – die Kluft zwischen reich und arm wird größer

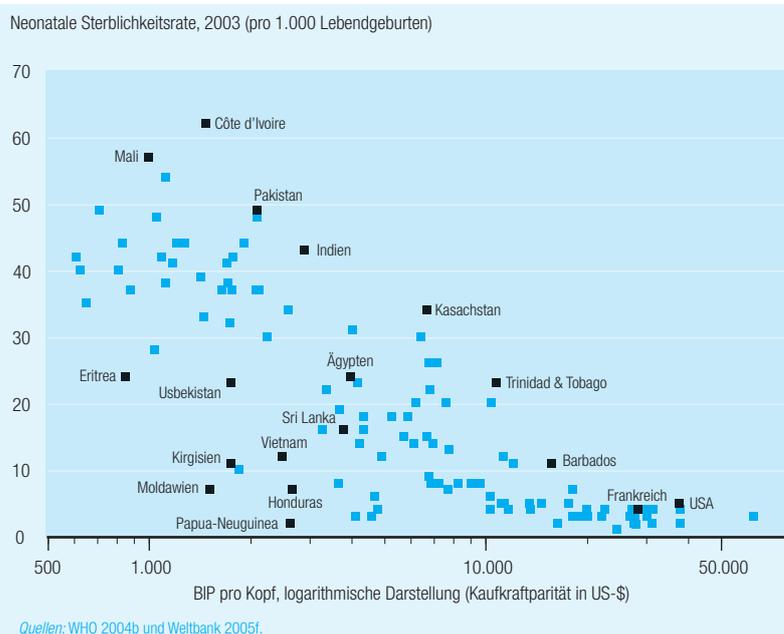


1980 war die Kindersterblichkeit in Afrika südlich der Sahara 13mal höher als in reichen Ländern. Sie ist jetzt 29mal höher. Die Herausforderung der Kindersterblichkeit beschränkt sich jedoch nicht nur auf Afrika südlich der Sahara. Sogar Länder, die höheres Wirtschaftswachstum verzeichnen, haben langsamere Fortschritte beim Abbau der Kindersterblichkeit. Es gibt jedoch nicht die eine Ursache für diese Verlangsamung. Ein großer Teil des Rückgangs der Kindersterblichkeit seit 1970 kann auf steigenden Lebensstandard und gesunkene Todesfälle durch Krankheiten, gegen die Impfprogramme durchgeführt wurden, sowie bei Durchfallerkrankungen zurückgeführt werden. Andere armutsbedingte Haupt-Todesursachen – wie etwa Unterernährung und akute Atemwegsinfektionen – sind langsamer zurückgegangen, während Todesfälle durch Malaria zugenommen haben.

Die Kindersterblichkeit unterstreicht eine der zentralen Lektionen menschlicher Entwicklung: Es gibt keinen automatischen Zusammenhang zwischen Einkommen und sozialem Fortschritt. Im Durchschnitt geht die Sterblichkeit zurück, wenn die Einkommen steigen. Allerdings gibt es zwischen Ländern auf ähnlichem Einkommensniveau große Unterschiede (Grafik 1.12). Zum Beispiel haben Honduras und Vietnam weitaus geringere neonatale Kindersterblichkeitsraten als Indien und Pakistan. Solche Tatsachen legen nahe, dass Wirtschaftswachstum keine Garantie für rascheren Fortschritt beim Abbau der Kindersterblichkeit ist.

Diese Schlussfolgerung wird auch durch die Bilanz des vergangenen Jahrzehnts untermauert. Einige der deutlichsten Erfolgsbeispiele beim Wirtschaftswachstum und der Globalisierung waren weniger erfolgreich beim Abbau der Kindersterblichkeit. China und, in bescheidenerem Ausmaß, Indien stehen an vorderster Front der sich globalisierenden Länder mit hohem Wirtschaftswachstum. Doch der jährliche Fortschritt beim Abbau der Kindersterblichkeit ist in beiden Ländern seit 1990 langsamer geworden, obwohl sich das Wirtschaftswachstum beschleunigte (Grafik 1.13). Das Beispiel China

Grafik 1.12 Neonatale Sterblichkeit hängt nicht vom Einkommen ab



zeigt, dass selbst spektakulärste Wirtschaftswachstumsraten und steigender Lebensstandard sich nicht automatisch in rascher sinkende Kindersterblichkeit übertragen. Das Pro-Kopf-Wachstum der Einkommen nahm von 8,1 Prozent in den achtziger Jahren auf 8,5 Prozent im Zeitraum 1990-2003 zu, womit ein spektakulärer Fortschritt bei der Armutbekämpfung erzielt wurde. In der Tat hat China bereits die MDG-Zielvorgabe erreicht, die Einkommensarmut gemessen am Ausgangsniveau 1990 zu halbieren. Allerdings zeigen Daten der Vereinten Nationen, dass der jährliche Rückgang der Kindersterblichkeit von 2,3 Prozent in den achtziger Jahren auf 1,9 Prozent von 1990-2003 abnahm.³⁰ Es gibt natürlich Schwankungen innerhalb dieses Trends – und andere Ausgangsjahre würden auch andere Ergebnisse bringen. Aber diese Verlangsamung hat zu Fragen geführt, ob China trotz seiner überzeugenden Leistungen bei einer großen Bandbreite von Indikatoren menschlicher Entwicklung das Millenniumsziel erreichen wird, die Kindersterblichkeit bis 2015 um zwei Drittel zu reduzieren.³¹

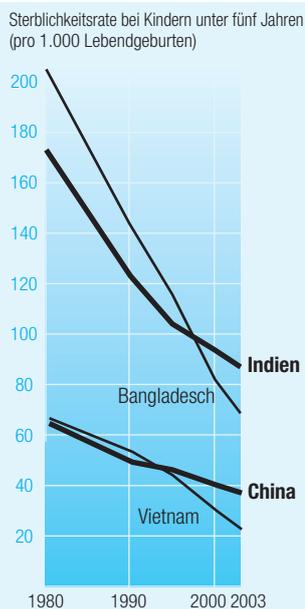
Auf einem weitaus höheren Niveau als China zeigen auch in Indien die Trends in eine ähnliche Richtung. Durch rascheres Wirtschaftswachstum mag das Land zwar das Ziel

Grafik 1.13 Einkommenswachstum und Fortschritte bei der Kindersterblichkeit fallen in Indien und China auseinander



Grafik 1.14

China und Indien fallen bei der Kindersterblichkeit zurück



erreichen, die Armut zu halbieren, aber Indien ist weit davon entfernt, die Kindersterblichkeits-Zielvorgabe zu erreichen. Der jährliche Rückgang der Kindersterblichkeit fiel von 2,9 Prozent in den achtziger Jahren auf 2,3 Prozent seit 1990 – ein Rückgang um fast ein Fünftel. Wie in China fiel dieser Rückgang in einen Zeitraum beschleunigten Wirtschaftswachstums.

Die Entwicklungen in Indien und China haben globale Auswirkungen. Auf Indien allein entfallen 2,5 Millionen Todesfälle bei Kindern jährlich, ein Fünftel der ganzen Welt. China verzeichnet weitere 730.000 – mehr als jedes andere Land außer Indien. Warum hat sich der Fortschritt verlangsamt? Eine Meinung ist, dass eine solche Verlangsamung beim Abbau der Kindersterblichkeit unausweichlich ist. Die Ausweitung der Gesundheitsversorgung durch Immunisierungsprogramme und andere Dienstleistungen können zu großen Fortschritten in der Volksgesundheit führen, insbesondere bei hohen Sterblichkeitsraten. Sobald diese „niedrig hängenden Früchte“ geerntet sind, so dieses Argument, konzentriert sich das Problem verstärkt in Bevölkerungsgruppen, die schwerer durch politische Maßnahmen zu erreichen und anfälliger sind, so dass die Grenzkosten zur Rettung von Leben steigen und sich so der Fortschritt verlangsamt.

Im gegenwärtigen Zusammenhang ist das Argument der „niedrig hängenden Früchte“ aber nicht sehr glaubwürdig. Einige Länder – Malaysia zum Beispiel – haben den Rückgang der Kindersterblichkeit sogar von einem bereits relativ niedrigen Ausgangsniveau noch beschleunigt. Andere haben den raschen Fortschritt über längere Zeit durchgehalten, selbst in Zeiträumen niedrigen Wachstums. 1980 hatte Ägypten eine höhere Kindersterblichkeit als Äthiopien heute. Mit seinem gegenwärtigen Fortschritt wird es das niedrige Niveau Schwedens bis 2010 erreichen. Ägypten hat die MDG-Zielvorgabe bereits erreicht.

Niedriges Einkommen ist kein Hindernis für Fortschritte. Vietnam und Bangladesch haben beide die Geschwindigkeit noch erhöht, mit der die Kindersterblichkeitsrate

fällt. Tatsächlich hat Vietnam mit niedrigerem Einkommensniveau und vergleichbaren Wirtschaftswachstumsraten jetzt China bei der Kindersterblichkeit überholt. Ähnlich hat Bangladesch bei niedrigerem Einkommensniveau und weitaus geringeren Wachstumsraten Indien überholt (Grafik 1.14). Diese Unterschiede sind wichtig. Hätte Indien im vergangenen Jahrzehnt die Geschwindigkeit von Bangladesch beim Rückgang der Kindersterblichkeit erreicht, würden dieses Jahr 732.000 weniger Kinder sterben. Hätte China die Geschwindigkeit Vietnams erreicht, hätten 276.000 Leben gerettet werden können. Es gibt offenbar noch ein hohes Potenzial für eine rasche Senkung der Todesfälle bei Kindern in Indien und China. Für beide Länder werfen die Trends bei der Kindersterblichkeit grundsätzlichere Fragen der Volksgesundheit und der Verteilung der positiven Ergebnisse der Globalisierung innerhalb von Entwicklungsländern auf. Die Integration in die Weltmärkte hat ganz klar mehr Reichtum geschaffen, wirtschaftliche Dynamik hervorgerufen, und den Lebensstandard von vielen Millionen Menschen in Indien und China erhöht. Gleichzeitig haben sich die wirtschaftlichen Erfolge nur langsam auf breite Schichten der Bevölkerung verteilt und die menschliche Entwicklung vorangetrieben – und dieser Prozess scheint sich in einigen Schlüsselgebieten der Volksgesundheit noch zu verlangsamen.

Dieses Bild wird sich nur ändern, wenn die tiefsitzenden Ungleichheiten zwischen reichen und armen Menschen, zwischen Männern und Frauen sowie zwischen prosperierenden und weniger prosperierenden Regionen politisch angegangen werden. Diese Ungleichheiten beruhen auf ungleicher Machtverteilung – und sie werden durch politische Entscheidungen verstärkt. Wenn Indien genausoviel Dynamik und Innovation bei der Beseitigung elementarer Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung an den Tag legen würde wie in den globalen Technologiemärkten, könnte es rasch Kurs auf die Erreichung der Millenniumsziele nehmen. Es gibt ermutigende Zeichen, dass die Politik sich jetzt in die richtige Richtung bewegen könnte. Im Laufe des Jahres 2005 zeichnete sich mit der

„Die langsame Besserung des Gesundheitszustands unserer Bevölkerung gibt Anlass zu großer Sorge. Wir haben dem Gesundheitssystem nicht genügend Beachtung geschenkt.“

Dr. Manmohan Singh, Premierminister von Indien, April, 2005¹

Die Entwicklung in Indien wird überall als Erfolgsgeschichte für die Globalisierung angepriesen. In den letzten zwei Jahrzehnten ist das Land in die erste Liga des Wirtschaftswachstums weltweit aufgestiegen; die Exporte von High-Tech-Erzeugnissen boomen und Indiens im Aufstieg begriffene Konsumenten aus der Mittelschicht sind zu einem Magneten für ausländische Investoren geworden. Wie der indische Premierminister ehrlich eingeräumt hat, fällt die Bilanz bei der menschlichen Entwicklung jedoch weniger beeindruckend aus als die Bilanz für die globale Integration.

Die Einkommensarmut ist von etwa 36 Prozent in den frühen neunziger Jahren auf einen aktuellen Wert zwischen 25 Prozent und 30 Prozent zurückgegangen. Genaue Zahlenangaben sind aufgrund von Problemen mit der Datenerhebung stark umstritten. Insgesamt jedoch lassen die vorliegenden Daten darauf schließen, dass das beschleunigte Wachstum nicht zu einem entsprechenden Rückgang der Armut geführt hat. Noch beunruhigender ist, dass die Verbesserungen bei der Kinder- und Säuglingssterblichkeit sich verlangsamt haben – und Indien diese Millenniumsziele nun wohl nicht erreichen wird. Einige Städte in Südindien sind zwar mitten in einem Technologie-Boom, aber eines von elf indischen Kindern stirbt in den ersten fünf Lebensjahren, weil es an einfacher Technologie und an Maßnahmen fehlt, die nicht viel kosten würden. Von Unterernährung, die sich im vergangenen Jahrzehnt kaum gebessert hat, ist die Hälfte der indischen Kinder betroffen. Etwa eines von vier Mädchen und mehr als einer von elf Jungen besuchen keine Grundschule.

Warum hat das beschleunigte Einkommenswachstum in Indien nicht zu einer schnelleren Verringerung der Armut geführt? Die extreme Armut konzentriert sich auf ländliche Gebiete des nördlichen Armutsgürtels, darunter Bihar, Madhya Pradesh und West-Bengalen, während sich der Einkommenszuwachs am dynamischsten in anderen Bundesstaaten, städtischen Gebieten und den Dienstleistungssektoren entwickelt hat. Während die ländliche Armut in einigen Bundesstaaten – wie z.B. Tamil Nadu und Gujarat – rasch gesunken ist, hat es in den Bundesstaaten im Norden weniger Fort-

schritte gegeben. Auf nationaler Ebene steigt die Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten, die landwirtschaftliche Produktion wächst um weniger als zwei Prozent im Jahr, die Löhne im Agrarbereich stagnieren und Wachstum findet praktisch ohne die Schaffung von Arbeitsplätzen statt. In den achtziger Jahren wurden dreimal so viele Arbeitsplätze wie in den neunziger Jahren geschaffen, wenn das nationale Einkommen um ein Prozent wuchs.

Ein viel größeres Problem, mit dem Indien konfrontiert ist, ist sein Erbe in Bezug auf die menschliche Entwicklung. Insbesondere untergraben tief verwurzelte Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, die mit ländlicher Armut und Ungleichheiten zwischen den Bundesstaaten einhergehen, das Potenzial, Wachstum in menschliche Entwicklung umzusetzen.

Die größte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wird durch eine simple Tatsache verdeutlicht: Bei Mädchen im Alter von ein bis fünf Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sterben, um 50 Prozent höher als bei Jungen. Diese Tatsache schlägt sich in 130.000 „fehlenden“ Mädchen nieder. Die Sterberaten bei Frauen bleiben bis zum dreißigsten Lebensjahr höher als bei Männern – eine Umkehrung des typischen demografischen Musters. In diesen geschlechtsspezifischen Unterschieden spiegelt sich eine weitverbreitete Bevorzugung von Jungen wider, insbesondere in den Bundesstaaten im Norden. Mädchen werden, da sie weniger geschätzt werden als ihre Brüder, oft erst in einem bereits fortgeschritteneren Krankheitsstadium zu medizinischen Einrichtungen gebracht, sie werden zu weniger qualifizierten Ärzten gebracht, und für ihre gesundheitliche Versorgung wird weniger Geld ausgegeben. Der niedrige Status von Frauen und die Nachteile im Bildungsbereich, denen sie ausgesetzt sind, wirken sich unmittelbar auf ihre Gesundheit und die Gesundheit ihrer Kinder aus. Etwa ein Drittel der indischen Kinder kommen mit Untergewicht zur Welt, worin sich der schlechte Gesundheitszustand ihrer Mütter widerspiegelt.

Eine unzureichende staatliche Gesundheitsversorgung verstärkt noch die Anfälligkeit. 15 Jahre nach Einführung der allgemeinen Impfung im Kindesalter kommen Untersuchungen auf nationaler Ebene zu dem Ergebnis, dass nur 42 Prozent der Kinder vollen Impfschutz aufweisen. Der Impfschutz ist in den Bundesstaaten mit den höchsten Kindersterblichkeitsraten am niedrigsten. In Bihar und Uttar Pradesh beträgt er weniger als 20 Prozent.

Unterschiede zwischen indischen Bundesstaaten

Indikator	Indien	Kerala	Bihar	Rajasthan	Uttar Pradesh
Frauenanteil an der Bevölkerung (%)	48	52	49	48	48
Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren (pro 1.000 Lebendgeburten)	95	19	105	115	123
Gesamt-Fruchtbarkeitsrate (Geburten pro Frau)	2,9	2,0	3,5	3,8	4,0
Entbindung in Anwesenheit ausgebildeten medizinischen Personals (%)	42	94	23	36	22
Kinder mit Vollimpfschutz (%)	42	80	11	17	21

Quellen: IIPS und ORC Macro 2000.

Kasten 1.3 Indien – eine Erfolgsgeschichte der Globalisierung mit gemischter Bilanz bei der menschlichen Entwicklung

Bildungsungleichheiten bremsen Fortschritte



Indien mag Weltspitze bei Computerdienstleistungen, aber bei grundlegenden Impfungen für Kinder in ländlichen Gebieten ist seine Bilanz weniger beeindruckend.

Geschlechterungleichheiten gehören zu den wirksamsten menschlichen Entwicklungsbremsen. Bildung für Frauen ist bereits ein Selbstzweck, hängt aber auch eng mit der Kindersterblichkeit zusammen. Bei Kindern von Müttern, die nicht lesen und schreiben können, ist die Sterblichkeitsrate von Unter-Fünfjährigen mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern, deren Mütter eine Mittelschule abge-

schlossen haben (siehe Grafik). Mütter mit einer besseren Ausbildung sind seltener unterernährt, und sie nutzen auch wesentlich eher das Angebot von Basis-Gesundheitsdiensten. Sie bekommen weniger Kinder und sind älter, wenn sie Kinder bekommen, und sie planen die Geburten mit größerem Zeitabstand. All diese Faktoren tragen positiv zum Überleben der Kinder bei. Durch die Ungleichheiten bei der Ausbildung in Indien wird Mädchen ein grundlegendes Recht verwehrt. Gleichzeitig führen diese Ungleichheiten auch zu einer höheren Todesrate bei Kindern.

Die Ungleichheiten zwischen den einzelnen Bundesstaaten stehen in Wechselwirkung mit geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Ungleichheiten aufgrund unterschiedlicher Einkommen (siehe Tabelle). Mehr als die Hälfte der Todesfälle bei Kindern treten in nur vier Bundesstaaten auf: in Bihar, Madhya Pradesh, Rajasthan und Uttar Pradesh. In diesen Bundesstaaten findet man auch einige der größten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in ganz Indien. Der Kontrast zu Kerala ist besonders auffällig. Mädchen, die in Kerala geboren werden, erreichen mit hoher Wahrscheinlichkeit fünfmal eher ihr fünftes Lebensjahr, lernen mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit lesen und schreiben und leben voraussichtlich 20 Jahre länger als Mädchen, die in Uttar Pradesh zur Welt kommen. Diese Unterschiede stehen in Zusammenhang mit der ständigen Unterversorgung im Bereich Gesundheitsdienstleistungen in den nördlichen Bundesstaaten mit ihrer hohen Sterberate. Diese Unterversorgung wiederum hängt mit dem geringen Einfluss der Bevölkerung auf die politischen Strukturen in diesen Bundesstaaten zusammen.

1. BBC News 2005a.

Quellen: BBC News 2005a; Cassen, Visaria und Dyson 2004; Kijima und Lanjouw 2003; Joshi 2004; Dev 2002; Dréze und Murthi 2001.

Wenn sich ökonomische Erfolge auch in Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung niederschlagen sollen, ist eine staatliche Politik erforderlich, die explizit darauf ausgerichtet ist, die aus dem Wirtschaftswachstum und der globalen Integration entstehenden Profite breiter zu verteilen, eine Erhöhung der staatlichen Investitionen in ländlichen Gebieten und Dienstleistungen auf dem Land, und – vor allem – eine politische Führung, die Schluss macht mit schlechter Regierungsführung und sich der Ursachen für die geschlechtsspezifische Ungleichheit annimmt.

Es gibt ermutigende Anzeichen, dass sich eine solche Führung allmählich entwickelt. Im Jahr 2005 rief die indische Regierung eine staatliche Gesundheitskampagne in ländlichen Gebieten mit einer finanziellen Ausstattung in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar ins Leben. Diese National Rural Health Mission zielt auf etwa 300.000 Dörfer ab und wird schwerpunktmäßig in den ärmsten Bundesstaaten im Norden und Nordosten begonnen. Es wurden Beschlüsse gefällt, die Ausgaben im staatlichen Gesundheitswesen von 0,9 Prozent des nationalen Einkommens auf 2,3 Prozent zu erhöhen. Auch die Ausgaben im Bildungsbereich sind erhöht worden. Im Bemühen, Bedingungen für ein beschleunigtes Wachstum auf dem Land und eine Bekämpfung der Armut zu schaffen, sind ambitionierte staatliche Investitionsprogramme ins Leben gerufen worden, mit denen die Infrastruktur auf dem Land ausgeweitet werden soll, insbesondere auch die Trinkwasserversorgung und der Bau von Straßen.

Wenn sich das erhöhte finanzielle Engagement in besseren Ergebnissen niederschlagen soll, muss der Schwerpunkt stärker auf Effektivität und auf Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der staatlichen Dienstleistungen gesetzt werden. Es gibt genügend innovative Modelle, auf die man sich stützen kann. Bundesstaaten wie Himachal Pradesh und Tamil Nadu haben rasche Erfolge im Bildungsbereich erzielt, indem sie nicht nur mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellten, sondern auch für eine verstärkte Rechenschaftspflicht derjenigen sorgten, die Dienstleistungen anboten, und indem sie Anreize schufen – so zum Beispiel kostenlose Schulmahlzeiten, Stipendien und kostenlose Lehrbücher –, die darauf abzielten, arme Haushalte stärker einzubeziehen.

Das Erbe von Jahrzehnten mangelhafter Investitionen in menschliche Entwicklung und tief verwurzelter geschlechtsspezifischer Ungleichheiten zu überwinden, stellt eine immense Herausforderung dar. Sich diesen Herausforderungen zu stellen, erfordert starke politische Führung. Wenn man eine solche nicht bieten kann und die Chancen für die gesamte Bevölkerung, egal ob arm oder reich oder welchen Geschlechts, im Gesundheits- und Bildungsbereich nicht erweitern kann, wird sich das letztlich als ein Hindernis für Indiens künftige Aussichten in der Weltwirtschaft erweisen.

Ankündigung ambitionierter neuer Programme zur Reform des Gesundheitssystems und zur Ausweitung der Gesundheitsdienste auf arme Regionen eine neue Politik ab. Wirtschaftlicher Erfolg hat mehr finanzielle Ressourcen für diese Programme verfügbar gemacht – und manche Bundesstaaten haben gezeigt, dass rascher Fortschritt möglich ist. Die Herausforderung ist jetzt sicherzustellen, dass wirksame Reformen in den Bundesstaaten und Gebieten Fuß fassen, in denen sich das menschliche Entwicklungsdefizit Indiens konzentriert (Kasten 1.3).

Kindersterblichkeit ist eng mit der Müttersterblichkeit verbunden. Mehr als 15 Jahre nachdem die Regierungen der Welt die Safe Motherhood Initiative gestartet haben, sterben schätzungsweise 530.000 Frauen jedes Jahr während einer Schwangerschaft oder während der Geburt ihres Kindes. Diese Todesfälle sind nur die Spitze eines Eisbergs. Mindestens acht Millionen Frauen erleiden jedes Jahr schwere Komplikationen mit gravierenden Gesundheitsrisiken während der Schwangerschaft oder bei der Geburt ihres Kindes. Wie auch bei der Kindersterblichkeit treten die weitaus meisten dieser Todesfälle in den Entwicklungsländern auf, wobei auf Südasien (wo die Müttersterblichkeitsrate 540 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten beträgt) und Afrika südlich der Sahara (wo die Müttersterblichkeitsrate 920 pro 100.000 Lebendgeburten beträgt) 75 Prozent davon entfallen. Das Risiko, an schwangerschaftsbezogenen Ursachen zu sterben, bewegt sich zwischen 1:18 in Nigeria und 1:8.700 in Kanada. Wie schon bei der Kindersterblichkeit sind die meisten Todesfälle vermeidbar und drei Viertel davon könnten durch Maßnahmen zu geringen Kosten vermieden werden. Dennoch scheint sich das allgemeine Niveau der Müttersterblichkeit im Laufe des letzten Jahrzehnts kaum verändert zu haben, vor allem in der großen Mehrzahl der Länder, die den größten Teil der Todesfälle verzeichnen. Unvollständige und irreführende Berichterstattung über Müttersterblichkeit machen Vergleiche zwischen Ländern und präzise Trendanalysen schwierig (siehe Kasten 5 der Anmerkungen

zur Statistik). Allerdings zeigen Ersatz-Indikatoren – wie etwa Fruchtbarkeitsraten und Präsenz ausgebildeten Gesundheitspersonals – dass sich der jährliche Rückgang der Sterblichkeit verlangsamt.³¹

Die Gesundheit von Kindern und Müttern sind Barometer für andere Gebiete menschlicher Entwicklung: so zum Beispiel den Zustand der Volksgesundheit, die Ernährungssituation und die Rechte der Frauen. Missstände im öffentlichen Gesundheitswesen drücken sich in der Tatsache aus, dass das Leben von etwa sechs Millionen Kindern jedes Jahr durch einfache Maßnahmen zu geringen Kosten gerettet werden könnte (Kasten 1.4). Masern verursachen mehr als eine halbe Million Tote jedes Jahr. Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus (DPT) fordern eine weitere halbe Million Tote. Fast alle dieser Todesfälle könnten durch Impfungen vermieden werden.³³ Aber 37 Millionen Kinder weltweit sind nicht mit dem DPT-Impfstoff geimpft, und Fortschritte bei der Ausweitung der Impfungen sind in weiten Teilen der Entwicklungsländer festgefahren, insbesondere bei armen Bevölkerungsgruppen. Für Kinder in Haushalten, deren Einkommen unterhalb der international anerkannten Armutsgrenze von einem Dollar am Tag liegt, liegt die Impfquote unter 50 Prozent.³⁴ Allein in Afrika sterben alle zwei Minuten drei Kinder infolge von Malaria.³⁵ Viele dieser Kinder sterben, weil es kein einfaches insektizidbehandeltes Netz über dem Bett gibt. Weniger als zwei Prozent der Kinder, die in Malaria-infizierten Zonen leben, schlafen unter Moskitonetzen.³⁶ Die durchschnittlichen drei Dollar, die ein Moskitonetz kostet, sollten eigentlich eine kleine Investition für die Prävention einer Krankheit sein, die jedes Jahr mehr als eine Million Todesopfer fordert und für ein Viertel aller Todesfälle bei Kindern in Afrika verantwortlich ist. Aber vor dieser Investition scheuen die internationale Gemeinschaft und die nationalen Regierungen zurück. Die Ausgaben für Malaria im Rahmen des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria betragen gerade einmal 450 Millionen US-Dollar im Jahr.³⁷

Das Risiko, an schwangerschaftsbezogenen Ursachen zu sterben, bewegt sich zwischen 1:18 in Nigeria und 1:8.700 in Kanada

Kasten 1.4 Sechs Millionen Leben retten – erreichbar und finanziell leistbar

Die meisten Todesfälle bei Kindern lassen sich vermeiden. Zwar würde ein schnelleres Wirtschaftswachstum die Sterblichkeit senken. Doch sie ist höher, als sie sein müsste. Denn in einer nicht zu rechtfertigenden Weise werden wirksame, kostengünstige und technologisch einfache Maßnahmen nur unzureichend eingesetzt, und die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit werden nicht angegangen.

Durch länderübergreifende Untersuchungen, die im Jahr 2003 in *The Lancet* veröffentlicht wurden, wurden 23 Maßnahmen identifiziert, die in Bezug auf die Kindersterblichkeit am wirksamsten sind. Diese Maßnahmen, von denen 15 präventiv und acht kurativ wirken, erstreckten sich von der Bereitstellung oraler Rehydrations-therapien über Medikamente und mit Insektiziden behandelte Moskitonetze zur Malaria-Prophylaxe bis hin zur vorgeburtlichen Versorgung und Geburtshilfe. Die meisten Maßnahmen können kostengünstig durch ausgebildete Gesundheitsshelfer und die lokale Bevölkerung angeboten werden. Unter Verwendung von Daten aus dem Jahr 2000 und unter der Annahme, dass die Zielgruppe mit diesen Maßnahmen vollständig erreicht wird, kamen die Autoren der Studie zu dem Schluss, dass rund zwei von drei Todesfällen bei Kindern – insgesamt sechs Millionen – hätten vermieden werden können.

Die Ergebnisse zeigen das riesige Potenzial auf, mit einem der schlimmsten Probleme menschlicher Entwicklung umzugehen, vor denen die internationale Gemeinschaft steht. Ansteckende Krankheiten und systemische Infektionen wie Lungenentzündung, Blutvergiftung, Durchfall und Wundstarrkrampf sind die Ursache für zwei von drei Todesfällen bei Kindern. Fast alle diese Todesfälle ließen sich verhindern. Die 2,5 Millionen Todesfälle aufgrund von Durchfall und Lungenentzündung könnten durch einfache Maßnahmen auf kommunaler Ebene, die von nationalen Regierungsbehörden unterstützt werden, drastisch reduziert werden. Die genauen Maßnahmenprioritäten variieren von Land zu Land, und es gibt keine allgemeingültige Lösung. Doch das allgemeine Problem ist die schlechte Abdeckung mit Dienstleistungen, ein hohes Niveau an Ungleichverteilung in Verbindung mit Armut und dass die Sterblichkeit von Neugeborenen in der öffentlichen Gesundheitspolitik vernachlässigt wird.

Verschiedene Mythen verstärken den Eindruck, dass die Millenniums-Zielvorgabe der Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel nicht erreichbar sein könnte. Die folgenden gehören zu den am stärksten verbreiteten:

- **Mythos 1.** Die Kindersterblichkeit rasch zu senken, ist finanziell nicht leistbar. Das stimmt nicht. Einige Länder haben mit großen finanziellen Einschränkungen fertig zu werden – deshalb besteht ein Bedarf an mehr Entwicklungshilfe. Doch die Kindersterblichkeit ist ein Bereich, in dem kleine Investitionen großen Nutzen bringen. In einer aktuellen länderübergreifenden Untersuchung zur Sterblichkeit von Neugeborenen wurde ein Maßnahmenpaket identifiziert, das bei einer Abdeckung von 90

Prozent in 75 Ländern mit hoher Sterblichkeit die Sterblichkeit um 59 Prozent senken und so 2,3 Millionen Leben retten könnte. Die Kosten in Höhe von vier Milliarden US-Dollar entsprechen den Militärausgaben in Entwicklungsländern von zwei Tagen.

- **Mythos 2.** Technologisch anspruchsvolle Maßnahmen wie Intensivstationen sind der Schlüssel zum Erfolg. Das stimmt nicht. In Schweden zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts und in Großbritannien nach 1945 kam es mit der Einführung kostenloser vorgeburtlicher Versorgung, medizinischer Betreuung von Geburten und der zunehmenden Verfügbarkeit von Antibiotika zu einem raschen Rückgang der Sterblichkeit von Neugeborenen. Entwicklungsländer wie Malaysia und Sri Lanka haben durch einfache häusliche Versorgung auf Distrikt-Ebene, durch die Ausbildung von Gesundheitsshelfern und Hebammen und mit Hilfe staatlicher Finanzierung einen ebenso jähen Rückgang der Sterblichkeit von Neugeborenen erzielt.
- **Mythos 3.** Arme Länder verfügen nicht über die institutionellen Kapazitäten, um das Angebot zu erhöhen. Das stimmt nicht. Institutionen spielen zwar eine Rolle, doch viele arme Länder haben rasche Fortschritte erzielt, indem sie die institutionellen Strukturen kreativ genutzt haben. Ägypten verzeichnet seit 1980 einen der schnellsten anhaltenden Rückgänge der Kindersterblichkeit weltweit. Auch Bangladesch, Honduras, Nicaragua und Vietnam haben rasche Fortschritte erzielt. In jedem dieser Fälle wurden durch dezentrale Programme auf Distrikt-Ebene Kinder- und Müttergesundheitsprogramme – einschließlich Immunisierung, Behandlung von Durchfallerkrankungen und vorgeburtliche Versorgung – in die Gesundheitsversorgung integriert. Auch wurde in die Ausbildung von Gesundheitsshelfern und Hebammen investiert, und in die zielgerichtete Versorgung schwächerer Bevölkerungsgruppen. Selbst in Ländern mit schwachen Leistungen gibt es Hinweise auf potenziell größere Fortschritte. Im indischen Bundesstaat Maharashtra wurde durch ein dreijähriges Pilotprogramm, das 39 Dörfer in Maharashtra abdeckte, die vorgeburtlichen Grundversorgungsprogramme durch häusliche Versorgung und durch einfache ambulante Maßnahmen ausgeweitet, die pro einbezogener Person fünf US-Dollar kosteten. Die Säuglingssterblichkeit sank von 75 Todesfällen pro 1000 Lebendgeburten im Ausgangszeitraum (1993-95) auf 39 Todesfälle drei Jahre später. In einem angrenzenden Distrikt sank die Sterblichkeit nur von 77 auf 75 Todesfälle pro 1000 Lebendgeburten.

Das Potenzial für rasche Fortschritte spiegelt die großen Defizite bei der derzeitigen Versorgung wider. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara werden weniger als 40 Prozent der Frauen bei einer Entbindung medizinisch betreut, in Südasien weniger als 30 Prozent. Jedes Jahr entbinden über 60 Millionen Frauen ohne medizinische Betreuung. Die ungleiche Nutzung von Versorgungsleistungen – ein Thema, das wir in Kapitel 2 behandeln – erhöht die Gefährdung. Die ärmsten Frauen sind mit größerer Wahrscheinlichkeit unterernährt und es ist weniger wahrscheinlich, dass sie Dienstleistungen in Anspruch nehmen, sei es, weil diese nicht

verfügbar sind, weil sie sie sich nicht leisten können oder weil die Dienstleistungen von unzureichender Qualität sind. Über die zur Verfügung stehenden Dienstleistungen hinaus verschärfen größere Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern das Problem noch weiter. Nach Schätzungen könnten größere Geburtenabstände die Sterblichkeit in Indien und Nigeria, den Ländern mit der höchsten Sterblichkeit bei Neugeborenen, um 20 bzw. 10 Prozent senken. Die mangelnde Kontrolle der Fruchtbarkeit, die mit Machtungleichgewichten innerhalb der Haushalte und darüber hinaus zusammenhängt, ist der Kern des Problems.

Die eigentlichen Hindernisse für Fortschritte bei der Verringerung der Todesfälle bei Kindern sind nicht institutioneller oder finanzieller Natur, wenngleich es in beiden Bereichen Beschränkungen gibt. Die schlechte Qualität der bereitgestellten Dienstleistungen und die chronischen finanziellen Defizite müssen angegangen werden. Gleichzeitig müssen sich Strategien zur Armutsbekämpfung stärker auf die strukturellen Ursachen der hohen Sterblichkeit konzentrieren. Diese hängen mit dem niedrigen Status der Frau, Ungleichheiten beim Zugang zu Gesundheitsversorgung und fehlender Prioritätensetzung auf der Kinder- und Müttergesundheit zusammen.

Quellen: Cousens, Lawn und Zupan 2005, Mills und Shilcutt 2004, Wagstaff und Claeson 2004.

Aber auch Faktoren außerhalb des Gesundheitssektors sind wichtig. Louis Pasteur schrieb „die Mikrobe ist nichts, das Terrain alles“.³⁸ Armut und ungleiche Machtverteilung, und die Weigerung, sie zu reduzieren, definieren das Terrain für Kinder- und Müttersterblichkeit. Unterernährung trägt neben anderen Faktoren maßgeblich zu neonatalen Todesfällen bei, und Unterernährung spielt bei der Hälfte aller Todesfälle unter fünf Jahren eine Rolle. Arme und unterernährte Kinder werden mit höherer Wahrscheinlichkeit krank und überleben mit geringerer Wahrscheinlichkeit Kinderkrankheiten. Etwa 3.900 Kinder sterben schätzungsweise jeden Tag an Krankheiten, die durch verschmutztes Wasser oder unzureichende Hygiene übertragen werden.³⁹ Diese Fortschritts-hindernisse haben ihre Ursachen in der Armut, und die Ungleichheit der Geschlechter und der niedrige Status von Frauen haben damit direkt zu tun. In weiten Teilen der Entwicklungsländer – vor allem Südasien – haben Frauen nicht die Macht, Ansprüche auf Lebensmittel und Gesundheitsversorgung durchzusetzen. Sie sind damit genauso wie ihre Kinder einem erhöhten Sterblichkeitsrisiko ausgesetzt.⁴⁰

Während die Kindersterblichkeit der extremste Indikator für ungleiche Lebenschancen ist, weisen die Diskrepanzen zwischen reich und arm noch auf ein grundlegendes Problem hin. Der größte Teil der Menschen, die in reichen Ländern leben, haben Zugang zu finanziellen Ressourcen, Technologien und Dienst-

leistungen, die Todesfälle verhindern oder, im Falle von Krankheiten wie AIDS, den Tod zumindest hinausschieben. In armen Ländern hat umgekehrt der größte Teil der Menschen diese Möglichkeiten nicht. Es ist diese anhaltende Ungleichheit bei der Gesundheitsversorgung, die grundlegende Fragen aufwirft über die Unfähigkeit von Regierungen in reichen Ländern, Globalisierungsmuster zu entwickeln, die Umverteilungsmechanismen enthalten, mit denen diese fundamental unausgewogenen Lebenschancen korrigiert werden könnten.⁴¹

Einkommensarmut – nachlassender Fortschritt in einer ungleichen Welt

„Die Flut der Armut und Ungleichheit, die bisher die Welt überschwemmte, beginnt nun, sich zurückzuziehen,“ verkündet ein einflussreicher Bericht über die Globalisierung.⁴² Dieses Gefühl drückt einen weitverbreiteten Glauben aus, wenn es um das Einkommen geht, habe die globale Integration eine neue Ära der Konvergenz eingeläutet. Bestenfalls wird dieses Gefühl allerdings durch die Faktenlage kaum untermauert. Die Armut geht zurück, aber seit Mitte der neunziger Jahre nur langsam. In der Zwischenzeit verbleibt das Niveau der globalen Ungleichheit auf ausgesprochen hohem Niveau.

Zusammengefasst haben wir in den beiden letzten Jahrzehnten einen der raschesten Rückgänge von Armut in der Weltgeschichte erlebt.

2001 gab es in Afrika südlich der Sahara fast 100 Millionen mehr Menschen als 1990

Allerdings muss jede Beurteilung von Trends bei der Einkommensarmut große Unterschiede zwischen den Regionen mitberücksichtigen. Die globale Armutsreduktion geht zu einem hohen Teil auf die außergewöhnlichen Entwicklungserfolge Ostasiens zurück, insbesondere auf China. Am anderen Ende des Spektrums gab es 2001 in Afrika südlich der Sahara fast 100 Millionen mehr Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen mussten als 1990. Südasien schaffte es, Armut zu reduzieren, aber nicht die absolute Zahl armer Menschen. Lateinamerika und der Nahe Osten wiesen keine Fortschritte auf, während Mittel- und Osteuropa und die GUS-Staaten einen dramatischen Anstieg von Armut verzeichneten. Die Zahl der Menschen, die in Mittel- und Osteuropa sowie der GUS mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen mussten, stieg von 23 Millionen im Jahr 1990 auf 93 Millionen im Jahr 2001, oder von fünf Prozent auf 20 Prozent.

In militärischen Kategorien gesprochen, hat der Krieg gegen die Armut an der Ostfront Geländegewinne erzielt, massive Einbrüche in Afrika südlich der Sahara hinnehmen müssen und an allen anderen Fronten ist er steckengeblieben. Besorgniserregend für die Zukunft ist der Trend, dass sich der allgemeine Fortschritt verlangsamt. Viele der Fortschritte beim Zurückdrängen der Armut in den letzten beiden Jahrzehnten wurden in den achtziger Jahren und der ersten Hälfte der neunziger Jahre erzielt (Tabelle 1.2). Seit Mitte der neunziger Jahre ging die Ein-Dollar-am-Tag-Armut nur noch ein Fünftel

so schnell zurück wie 1980–96. Dies muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass sich das durchschnittliche Wachstum der Entwicklungsländer in den neunziger Jahren beschleunigte, und zwar um mehr als das Doppelte des vorhergehenden Jahrzehnts. In China ist die Rate, mit der sich Wachstum in Armutsreduzierung überträgt, deutlich gefallen. Zwischen 1990 und 2001 ging die Ein-Dollar-am-Tag-Armut um 50 Prozent zurück, mit 130 Millionen weniger Menschen unter der internationalen Armutsgrenze. Allerdings fand mehr als 90 Prozent des Rückgangs zwischen 1990 und 1996 statt.

Der Fortschritt bei der Reduzierung der Einkommensarmut ergibt sich aus einem Zusammenspiel zweier Faktoren: dem Wirtschaftswachstum und dem Anteil, den die Armen an dem dadurch erzielten Nutzen haben. Kein Land mit einer stagnierenden Wirtschaft hat dauerhaft Erfolg bei der Reduzierung der Einkommensarmut gehabt. In Ostasien war hohes Wachstum der Schlüsselfaktor bei der Reduzierung der Einkommensarmut. Seit kurzem hat der Wirtschaftsaufschwung in Indien das Potenzial für beschleunigte Armutsreduzierung geschaffen. Bei der seit 1980 erreichten Wachstumsrate von 4 Prozent verdoppelt sich das Pro-Kopf-Einkommen alle 17 Jahre. Bei der einprozentigen Wachstumsrate, die Indien in den beiden Jahrzehnten vor 1980 aufwies, dauert es 66 Jahre, bis sich das Einkommen verdoppelt.

In anderen Regionen sieht es beim Wirtschaftswachstum nicht so ermutigend aus.

Tabelle 1.2 Rückgang der Einkommensarmut, 1981-2001

Anteil der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar (Kaufkraftparität in US-\$ am Tag leben müssen (%)

Region	1981	1984	1987	1990	1993	1996	1999	2001
Ostasien & Pazifik	56,7	38,8	28,0	29,5	24,9	15,9	15,3	14,3
Europa & Zentralasien	0,8	0,6	0,4	0,5	3,7	4,4	6,3	3,5
Lateinamerika & Karibik	10,1	12,2	11,3	11,6	11,8	9,4	10,5	9,9
Naher Osten & Nordafrika	5,1	3,8	3,2	2,3	1,6	2,0	2,7	2,4
Südasien	51,5	46,8	45,0	41,3	40,1	36,7	32,8	31,9
Afrika südlich der Sahara	41,6	46,3	46,9	44,5	44,1	46,1	45,7	46,4
Welt insgesamt	40,4	33,0	28,5	27,9	26,3	22,3	21,5	20,7

Quelle: Weltbank 2005d.

Die Durchschnittseinkommen in Afrika südlich der Sahara sind heute niedriger als 1990. In den letzten Jahren konnten wir Anzeichen einer Erholung in einigen Ländern beobachten, darunter Burkina Faso, Äthiopien, Ghana, Mosambik und Tansania. Allerdings muss man diese Erholung im Zusammenhang sehen. Afrika südlich der Sahara wird noch bis 2012 brauchen, um die durchschnittlichen Einkommen wieder auf das Niveau von 1980 zu bringen, wenn es bei dem 1,2-prozentigen Wachstum pro Kopf bleibt, das seit 2000 besteht. In den Ländern der früheren Sowjetunion verursachte der Übergang zur Marktwirtschaft eine der schlimmsten Rezessionen seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre – und in vielen Fällen liegen die Einkommen trotz positiven Wachstums in den letzten Jahren immer noch unter dem Stand von vor 15 Jahren. Seit 1990 sind die Realeinkommen pro Kopf in Kirgisien, Russland und der Ukraine um mehr als zehn Prozent und in Georgien,

Moldawien und Tadschikistan um 40 Prozent oder mehr gesunken. In Russland lebt zehn Prozent der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar am Tag, und 25 Prozent leben unter der nationalen Subsistenzarmutsgrenze. Der größte Teil des Nahen Ostens und Lateinamerikas konnte nur ein marginales Wachstum der Durchschnittseinkommen verzeichnen.

Diese Zahlen unterstreichen die unterschiedlichen Erfahrungen von Ländern im Globalisierungsprozess im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum. Während globale Integration für eine Reihe von Ländern mit beschleunigtem Wachstum gleichgesetzt wurde, bleiben die heutigen Wachstumsmuster unvereinbar mit der Verwirklichung der Millenniumsziele. Im Durchschnitt müssen Länder mit ein bis zwei Prozent pro Kopf und Jahr wachsen, um die Armut im Zeitrahmen von 25 Jahren zu halbieren, wie das von den MDGs vorgesehen ist. Im

Tabelle 1.3 Bandbreiten des Einkommenszuwachses

Jährliche Wachstumsrate des BIP pro Kopf der Bevölkerung, 1990-2003 (%)

Region	Negativ	0%–1%	1%–2%	Mehr als 2%
Arabische Staaten				
Länder	5	4	2	5
Bevölkerung (in Millionen)	34	70	19	139
Ostasien & Pazifik				
Länder	4	1	3	13
Bevölkerung (in Millionen)	3	6	81	1.814
Lateinamerika & Karibik				
Länder	4	8	9	12
Bevölkerung (in Millionen)	43	74	345	79
Südasien				
Länder	0	0	1	7
Bevölkerung (in Millionen)	0	0	152	1.324
Afrika südlich der Sahara				
Länder	18	8	8	11
Bevölkerung (in Millionen)	319	108	171	76
Mittel- und Osteuropa & GUS				
Länder	10	5	1	11
Bevölkerung (in Millionen)	253	58	10	85
OECD-Länder mit hohem Einkommen^a				
Länder	0	2	6	15
Bevölkerung (in Millionen)	0	135	224	510
Welt insgesamt				
Länder	41	28	32	76
Bevölkerung (in Millionen)	653	450	1.081	4.030

(a). Enthält nicht Südkorea (Korea, Rep.) die unter Ostasien & Pazifik aufgeführt ist.
Quelle: Indikatortabellen 5 und 14.

Von Krisen der Kapitalmärkte ausgelöste Instabilität ist ein wiederkehrendes Problem der Globalisierung

Zeitraum 1990-2003 lebten mehr als eine Milliarde Menschen in Ländern, die ein geringeres Wirtschaftswachstum aufwiesen, etwa die Hälfte davon in Afrika südlich der Sahara (Tabelle 1.3). Fünfzehn Länder in Mittel- und Osteuropa meldeten ebenfalls Pro-Kopf-Wachstumsraten von weniger als einem Prozent in diesem Zeitraum. Allerdings sind die Trends der letzten Jahre ermutigender und zeigen eine stabile wirtschaftliche Erholung, die die Armut zurückdrängt. Russland und die Ukraine haben seit 2000 durchschnittliche Wachstumsraten von sechs bis neun Prozent, und in Armenien, Aserbeidschan und Tadschikistan sind es sogar neun bis 13 Prozent. Im Falle von Russland wurden die Armutsniveaus von 1999-2002 halbiert; etwa 30 Millionen Menschen entkamen der Armut.

Wirtschaftliche Stagnation ist ein weitverbreitetes Kennzeichen des Globalisierungs-Zeitalters: in den neunziger Jahren mussten 25 Länder in Afrika südlich der Sahara und zehn in Lateinamerika eine anhaltende Periode wirtschaftlicher Stagnation durchleben.⁴³ Von Krisen der Kapitalmärkte ausgelöste Instabilität ist ein anderes, wiederkehrendes Problem der Globalisierung – und dieses hat erhebliche Auswirkungen auf die Armutssituation. In den zwei Jahren nach der Finanzkrise in Russland 1998 fanden sich 30 Millionen Menschen zwangsweise unter der Armutsgrenze wieder.⁴⁴ In Argentinien hat sich die Bevölkerung, die unter der extremen Armutsgrenze lebt, zwischen 2000 und 2003 mehr als verdreifacht, womit eine Lektion der Asienkrise 1997 noch einmal unterstrichen wurde: die Integration in globale Kapitalmärkte birgt enorme Risiken für die menschliche Entwicklung.⁴⁵

Ungleichheit und der Anteil der armen Länder am zunehmenden globalen Wohlstand

Die Globalisierung hat eine langanhaltende und manchmal heftige Debatte angestoßen über Trends bei der globalen Einkommensverteilung, ihren Zusammenhang mit Armut und ob Integration in Weltmärkte zu einer Konvergenz oder Divergenz des Einkommens von reichen und armen Ländern führt. Die Trends

sind wichtig, weil der Anteil am Zuwachs des globalen Wohlstands, der auf die armen Länder entfällt, Auswirkungen auf das Durchschnittseinkommen und so auf die Aussichten für Armutsreduktion hat.

Die Antwort auf die Frage, ob auf die armen Länder ein größerer oder kleinerer Anteil des globalen Einkommenszuwachses entfällt, hängt teilweise davon ab, wie sie gestellt wird.⁴⁶ Für die meisten der ärmsten Länder der Welt hat sich im vergangenen Jahrzehnt ein entmutigender Trend fortgesetzt: sie konnten nicht nur die Armut nicht reduzieren, sondern sie fallen hinter den reichen Ländern noch weiter zurück. An den Extremfällen gemessen, wird die Kluft zwischen den durchschnittlichen Bürgern in den reichsten und ärmsten Ländern immer größer. Im Jahr 1990 war der durchschnittliche Amerikaner 38mal reicher als der durchschnittliche Tansanier. Heute ist der durchschnittliche Amerikaner 61mal reicher. Gemessen in Kaufkraftparität, ist das Einkommen der armen Länder als Gruppe ein Dreizehtel dessen der reichen Länder.

Nach Bevölkerungsgröße gewichtet, ergibt sich ein anderes Bild. Weil die Einkommen in China und (weniger spektakulär) in Indien in den letzten zwei Jahrzehnten schneller gewachsen sind als in einigen reichen Ländern, ist die durchschnittliche Kluft relativ kleiner geworden. Damit kehrt sich ein Trend Richtung zunehmende globale Ungleichheit um, der in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann und bis 1992 anhielt.⁴⁷ Selbst hier muss jedoch die Vorstellung von der Konvergenz im Zusammenhang gesehen werden. Hohes Wachstum ist in Indien eine der stärksten Antriebskräfte für Konvergenz. Aber bei den Wachstumsraten von 2000 bis 2005 wird Indien immer noch bis 2106 brauchen, um die reichen Länder einzuholen. Für andere Länder und Regionen sind die Aussichten auf Konvergenz noch begrenzter. Würden die reichen Länder heute das Wirtschaftswachstum einstellen und Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara auf ihren gegenwärtigen Wachstumspfaden weitermachen, würde Lateinamerika bis 2177 und Afrika bis 2236 brauchen, um aufzuschließen.

Die meisten Entwicklungsländer fallen gegenüber den reichen Ländern weiter zurück, statt aufzuholen. Zudem ist Konvergenz ein relatives Konzept. Absolute Einkommensunterschiede zwischen reichen und armen Ländern nehmen selbst bei höheren Wachstumsraten der Entwicklungsländer genau deshalb zu, weil die ursprünglichen Einkommensdifferenzen so groß sind (Grafik 1.15). Wenn das Durchschnittseinkommen in Afrika südlich der Sahara und im reichen Europa um drei Prozent wächst, heißt das beispielsweise in absoluten Zahlen, dass der absolute Anstieg pro Person in Afrika 51 US-Dollar beträgt und 854 US-Dollar pro Person in Europa.

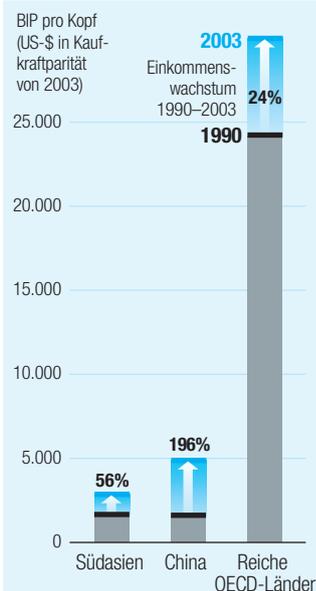
Ein Teil des Problems der Debatte über die globale Ungleichheit ist, dass sie einen wichtigen Punkt nicht berücksichtigt. Die Einkommensungleichheit ist außerordentlich hoch, egal wie sie gemessen wird und egal ob sie zunimmt oder abnimmt. Unter der (konservativen) Annahme, dass die vom Magazin Forbes aufgelisteten 500 reichsten Menschen der Welt ein Einkommen haben, das nicht mehr als fünf Prozent ihres Vermögens entspricht, übersteigt ihr Einkommen das der ärmsten 416 Millionen Menschen.⁴⁸

Das Ausmaß der weltweiten Ungleichheit wird am besten durch globale Einkommens-

verteilungs-Modelle erfasst. Diese Modelle verwenden nationale Volkszählungsdaten, um eine vereinheitlichte globale Einkommensverteilung abzubilden, mit der alle Menschen der Welt in eine einheitliche Rangliste eingruppiert werden, unabhängig davon, wo sie leben (Kasten 1.5). In grafischer Form präsentiert ähnelt die globale Einkommensverteilung einem Sektglas, mit einer großen Einkommenskonzentration oben und einem dünnen Stiel unten (Grafik 1.16).⁴⁹ Die Diskrepanz zwischen oben und unten ist sehr groß – weitaus größer als diejenige, die man selbst in den Ländern mit der größten Ungleichheit vorfindet. In Brasilien beträgt das Verhältnis des Einkommens der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung zu den reichsten zehn Prozent 1 zu 94. Für die Welt insgesamt beträgt es 1 zu 103. Etwas systematischer mit dem Gini-Koeffizienten gemessen, dem am häufigsten verwendeten Maßstab für Ungleichheit, ist weltweit das allgemeine Einkommensverteilungsmuster ungleicher als innerhalb jedes einzelnen Landes, abgesehen von Namibia. Auf einer Skala, auf der 0 perfekte Gleichheit und 100 totale Ungleichheit ist, liegt der Gini-Koeffizient für die Welt bei 67.

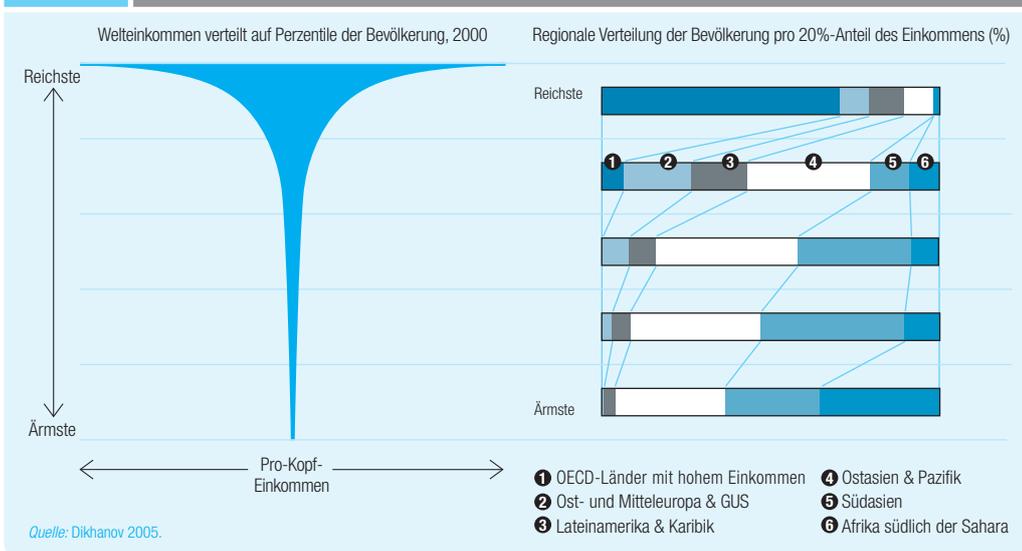
Einkommensungleichheiten zwischen Ländern sind für den größten Teil der globalen Einkommensungleichheit verantwortlich. Etwa zwei Drittel der allgemeinen Ungleichheit

Grafik 1.15 Konvergenz des Wachstums – und Konvergenz des absoluten Einkommens



Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten über das BIP pro Kopf aus Weltbank 2005f.

Grafik 1.16 Wo das Geld ist



Quelle: Dikhanov 2005.

Kasten 1.5 Der Champagnerglas-Effekt – die globale Einkommensverteilung

Konstruiert man ein Modell der globalen Einkommensverteilung aus nationalen Umfragen zu den Haushaltsausgaben, so offenbart dies, wie hoch die Ungleichverteilung in der Welt ist. Ein solches Modell hilft auch, die globale Unterschicht zu identifizieren, die von weniger als zwei US-Dollar am Tag lebt, und deren Position mit anderen Menschen am oberen Ende der globalen Einkommensverteilung zu vergleichen.

Wenn die Welt ein einziges Land wäre, hätte sie im Jahr 2000 ein Durchschnittseinkommen von 5.533 US-Dollar (Kaufkraftparität) und einen Einkommensmedian von 1.700 US-Dollar gehabt. Die Kluft zwischen dem Median und dem Durchschnittseinkommen weist auf eine Einkommenskonzentration am oberen Ende der Verteilungskurve hin. 80 Prozent der Weltbevölkerung hatten ein Einkommen, das unter dem Durchschnitt lag. Währenddessen war das durchschnittliche Einkommen der obersten 20 Prozent der Weltbevölkerung rund 50 Mal so hoch wie das Durchschnittseinkommen der untersten 20 Prozent.

Die globale Einkommensverteilung ähnelt einem Champagnerglas (siehe Grafik 1.16 im Text). Oben, wo das Glas am breitesten ist, verfügen die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung über drei Viertel des gesamten weltweiten Einkommens. Unten am Stiel, wo das Glas am schmalsten ist, verfügen die ärmsten 40 Prozent über fünf Prozent des weltweiten Einkommens und die ärmsten 20 Prozent über gerade einmal 1,5 Prozent. Die ärmsten 40 Prozent entsprechen ungefähr den zwei Milliarden Menschen, die von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben.

Wie hat sich die regionale Zusammensetzung der Gruppe der ärmsten 20 Prozent im Zeitablauf verändert? Der Anteil Südasiens ist stark gesunken, von 50 Prozent im Jahr 1980 auf heute ein Drit-

Quelle: Dikhanov 2005.

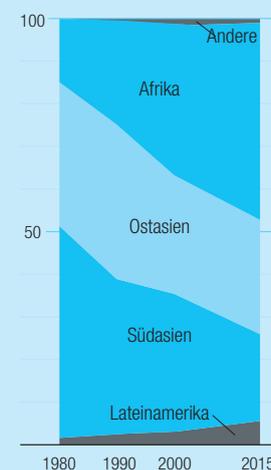
tel. Die Länder Afrikas südlich der Sahara machen einen steigenden Anteil an den ärmsten 20 Prozent aus, was zwei Jahrzehnte sinkender Durchschnittseinkommen widerspiegelt. Seit 1980 hat sich ihr Anteil von 15 auf 36 Prozent mehr als verdoppelt und steigt weiter. Jeder zweite Mensch in Afrika südlich der Sahara gehört heute zu den ärmsten 20 Prozent in der globalen Einkommensverteilung, im Vergleich zu jedem fünften in Ostasien und jedem vierten in Südasien.

Es überrascht nicht, dass die reichen Länder unter den obersten 20 Prozent vorherrschend sind. Neun von zehn ihrer Bürger gehören zu den reichsten 20 Prozent und auf die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entfallen 85 Prozent des Einkommens des reichsten Zehntels.

Die globale Einkommensverteilung macht auch den außergewöhnlich hohen Grad an Ungleichverteilung in Lateinamerika deutlich. Ein Viertel der Bevölkerung der Region genießt ein Einkommen, das sie zu den reichsten 20 Prozent zählen lässt, während mehr als acht Prozent in der globalen Verteilung zu den ärmsten 20 Prozent gehören.

Jeweils Veränderungen unter den Ärmsten dieser Welt

Regionale Verteilung der einkommensärmsten 20 Prozent (in Prozent)



Quelle: Dikhanov 2005.

kann auf diese Ursache zurückgeführt werden. Ungleichheit innerhalb von Ländern ist für den Rest verantwortlich. Auf nationaler Ebene reproduziert, würde die Diskrepanz zwischen reichen und armen Ländern als gesellschaftlich unakzeptabel, politisch nicht durchhaltbar und wirtschaftlich ineffizient betrachtet, selbst in Regionen hoher Ungleichheit wie Lateinamerika. Globale Ungleichheiten sind weniger sichtbar, aber nicht weniger schädlich als Ungleichheiten innerhalb von Ländern (nähere Ausführungen siehe Kapitel 2). Eine Weltwirtschaft, in der 40 Prozent der Bevölkerung mit Einkommensniveaus auskommen müssen, auf denen eine volle Beteiligung an der Wertschöpfung unmöglich ist, kann kaum als gut für allgemeine prosperi-

tät und für ein Wirtschaftswachstum, von dem alle etwas haben, angesehen werden.

Über die dysfunktionalen Ergebnisse hinaus hat die extreme Konzentration von Wohlstand an der Spitze der globalen Einkommensverteilung eine wichtige Konsequenz. Selbst kleine Transfers relativ zum Einkommen der Wohlhabenden könnten sehr große Einkommenszuwächse bei den Armen bewirken. Unter Anwendung des globalen Einkommensverteilungsmodells, haben wir den allgemeinen Finanzbedarf geschätzt, mit dem jeder Mensch, der unter der Ein-Dollar-Armutsgrenze lebt, über diese Grenze gehoben werden könnte. Die Berechnung berücksichtigt so die Tiefe der

Armut, beziehungsweise den Abstand zwischen Haushaltseinkommen und der Einkommensarmuts-Grenze. Gemessen an den Kaufkraftparität von 2000 wären die Kosten, extreme Armut zu beseitigen – der Betrag, der nötig wäre, um eine Milliarde Menschen über die Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag zu heben, 300 Milliarden Dollar. Absolut gesehen klingt das, als sei es eine große Summe. Aber es entspricht weniger als zwei Prozent des Einkommens der reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung.

Dies ist natürlich nur ein Beispiel zur Verdeutlichung. Es dient dazu, auf die bescheidenen finanziellen Ressourcen aufmerksam zu machen, gemessen am globalen Maßstab, die zur Beseitigung der extremen Armut notwendig wären. Die Umsetzung von bleibender Umverteilung ruft allerdings komplizierte Herausforderungen auf den Plan. Anteile am Welt-einkommen spiegeln historische und gegenwärtige Wachstumstrends wieder. Grundsätzlicher gesprochen, drücken sich wie auch in jeder nationalen Volkswirtschaft auf globaler Ebene Unterschiede in Technologie, Humankapital und Investitionen in Einkommensunterschieden aus, aber auch Faktoren wie Geografie, Geschichte und vor allem politischer und wirtschaftlicher Macht. Wenn man Ungleichheiten korrigieren will, muss man auch etwas gegen diese tieferliegenden strukturellen Ungleichheiten tun, die darin zum Ausdruck kommen.

Manche Menschen behaupten, dass Politiker keinen Grund haben, sich um Ungleichheiten jenseits ihrer nationalen Grenzen zu kümmern. Die Verteilung von Einkommen und Chancen zwischen den Ländern sei keine Frage, um die sich die Politik kümmern müsse, so ihre Behauptung. Einer der Vertreter dieser Thesen schreibt, „Vergleiche zwischen Ländern, egal auf welcher Basis, sind einfach nur irrelevante Datensammlung“, so formuliert es eine anerkannte Autoritätsperson.⁵⁰ In einer immer mehr vernetzten und gegenseitig voneinander abhängigen internationalen Gemeinschaft stimmen solche Ansichten weder mit der öffentlichen Wahrnehmung noch mit den politischen Realitäten überein. Wenn wir Teil einer globalen menschlichen Gemein-

schaft sind, können moralische Bedenken über unakzeptable Ungleichheiten – wie auch andere globale Probleme – nicht auf Staatsgrenzen beschränkt bleiben. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Politik eines Landes Auswirkungen auf ein anderes Land hat. Wie die stärker werdenden globalen Bündnisse für soziale Gerechtigkeit in Fragen wie Entwicklungshilfe, Handel und Verschuldung deutlich zeigen, hat internationale Verteilungsgerechtigkeit eine hohe Bedeutung für sehr viele Menschen in reichen und armen Ländern gleichermaßen. Gegenüber den Herausforderungen der Menschheit ist es ein zunehmend anachronistischer Ansatz, die Globalisierung voranzutreiben und dabei solche Fragen internationaler Gerechtigkeit einfach zu ignorieren. Manchmal wird auch behauptet, dass selbst wenn globale Ungerechtigkeit tatsächlich wichtig ist, Regierungen jedenfalls keine Möglichkeit für eine Politik der Umverteilung haben. Auch diese Ansicht ist unhaltbar.

In einer nationalen Wirtschaft können Regierungen, die größere Einkommensgleichheit anstreben, auf eine Reihe politischer Instrumente zurückgreifen. Transferzahlungen, öffentliche Ausgaben für die Armen, und Maßnahmen zur Ausweitung wirtschaftlicher Möglichkeiten gehören allesamt dazu. Öffentliche Investitionen würden eine zentrale Rolle dabei spielen, nicht nur unmittelbare Benachteiligungen zu überwinden, sondern auch dabei, Menschen mit den Voraussetzungen auszustatten, die sie brauchen, um aus eigener Kraft einen Ausweg aus der Armut zu finden. Auf der globalen Ebene sieht es ähnlich aus. Internationale Hilfe ist das Äquivalent eines steuerlichen Umverteilungsmechanismus, der darauf abzielt, dynamischen Wandel hervorzurufen, beispielsweise durch Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur. Genauso können die internationalen Handelspraktiken Marktchancen für arme Länder öffnen – oder auch verschließen – und deren Bürgern einen größeren Anteil am Wirtschaftskuchen ermöglichen. Das Problem ist jedoch, wie wir in Kapitel 3 und 4 zeigen werden, dass diese Umverteilungsmechanismen hochgradig unterentwickelt sind.

Es ist ein zunehmend
anachronistischer Ansatz,
die Globalisierung
voranzutreiben und dabei
Fragen internationaler
Gerechtigkeit einfach
zu ignorieren

Szenario 2015 – Aussichten für die Millenniums-Entwicklungsziele

Vor zweiundvierzig Jahren hielt Martin Luther King jr. auf den Stufen des Lincoln Memorial in Washington die Rede, die zum Kristallisationspunkt der Bürgerrechtsbewegung wurde. Er beschrieb die US-Verfassung als „Schuldschein“, die Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle garantiert, und warf der Regierung vor, über lange Zeit den schwarzen Amerikanern „einen schlechten Scheck, der mit dem Stempel ‘ungedeckt’ zurückkam“ gegeben zu haben. Er fuhr fort: „Aber wir weigern uns, zu glauben, dass die Bank der sozialen Gerechtigkeit bankrott ist. Wir weigern uns zu glauben, dass es bei all den großen Chancen dieser Nation dafür keine Deckung gibt.“⁵¹

Die Millenniums-Entwicklungsziele können ebenfalls als Schuldschein verstanden werden. Geschrieben von 189 Regierungen für die armen Menschen dieser Welt, muss diese Schuld in zehn Jahren eingelöst werden. Ohne Investitionen in politischen Willen und finanzielles Kapital heute wird auch dieser Schuldschein mit dem Stempel „ungedeckt“ zurückkommen. Jenseits der direkten menschlichen Kosten, wird ein derart großer geplatzter Scheck Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Regierungen haben, die diese Versprechen abgegeben haben, und auf die Zukunft internationaler Zusammenarbeit zur Lösung globaler Probleme.

Kasten 1.6 Die Millenniums-Entwicklungsziele

Im September 2005 wird die UN-Generalversammlung die seit der Millenniums-Erklärung im Jahr 2000 erzielten Erfolge überprüfen, einschließlich der Fortschritte bei der Umsetzung der acht Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs). Diese Ziele beinhalten greifbare Zielvorgaben zur Überprüfung der Fortschritte auf acht Gebieten. Das Zieldatum für die meisten von ihnen ist das Jahr 2015:

- Ziel 1 Beseitigung der extremen Armut und des Hungers. Den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 US-Dollar pro Tag beträgt und den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden.
- Ziel 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung. Sicherstellen, dass alle Jungen und Mädchen eine Grundschulbildung vollständig abschließen können.
- Ziel 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen. Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005, und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.
- Ziel 4 Senkung der Kindersterblichkeit. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken.
- Ziel 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern. Die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken.
- Ziel 6 Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten. Die Ausbreitung von HIV/AIDS und anderen Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren.
- Ziel 7 Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit. Den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen haben.
- Ziel 8 Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Die Entwicklungshilfe und die Handelsbeziehungen reformieren, unter besonderer Berücksichtigung der ärmsten Länder.

Bei der menschlichen Entwicklung geht es um mehr als die Millenniums-Entwicklungsziele. Aber Fortschritt in Richtung MDGs ist Fortschritt hin zu menschlicher Entwicklung. Die MDGs stellen das umfassendste und detaillierteste Paket von menschlichen Entwicklungszielen dar, das je beschlossen wurde (Kasten 1.6). Sie verkörpern grundlegende Indikatoren für menschliche Entwicklung in ihren vielfältigen Dimensionen, einschließlich Einkommensarmut, Bildung, Geschlechtergleichheit, Fortschritte bei der Bekämpfung ansteckender Krankheiten und beim Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Versorgung. Die Millenniumsziele sind außerdem grundlegende Menschenrechte. Während Maßstäbe wie das Bruttonationaleinkommen, der Wert der Handelsströme und das Ausmaß an ausländischen Investitionen etwas darüber sagen, wieviel Wertschöpfung in der Welt stattfindet, sind die MDGs ein Wegweiser für etwas Grundlegenderes: die moralischen und ethischen Grundlagen unseres Zusammenwirkens als globale Gemeinschaft. Das ist der Grund dafür, warum der Bericht des UN-Millenniums-Projekts feststellt: „Die MDGs sind zu wichtig, um zu scheitern.“⁵²

Aber sie werden scheitern, wenn wir bei menschlicher Entwicklung nicht einen Gang

Trends können verbessert werden, indem politische Entscheidungen getroffen werden

höher schalten. Die Fortsetzung der anfangs in diesem Kapitel beschriebenen Trends wird fatale Konsequenzen für die Millenniumsziele haben. Fast alle Ziele werden von den meisten Ländern verfehlt werden, einige davon mit riesengroßem Abstand. In diesem Abschnitt verwenden wir länderspezifische Projektionen, um das Ausmaß dieser Abstände einschätzen zu können. Diese Projektionen verdeutlichen die potenziellen Kosten, wenn wir nur so wie bisher bis 2015 weitermachen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die internationale Gemeinschaft ehrgeizige Ziele beschließt. Wenn feierliche Ankündigungen, ambitionierte Versprechen, ernste Zusagen und Gipfelkonferenzen Menschen aus der Armut reißen, Kindern eine Schulbildung geben oder die Kindersterblichkeit reduzieren könnten, hätten wir die Millenniumsziele schon vor langer Zeit erreicht. Aber die Währung „Versprechen der internationalen Gemeinschaft“ ist inzwischen so sehr abgewertet durch ihre Nichteinhaltung, dass sie allgemein für wertlos gehalten wird. Die Wiederherstellung dieser Währung ist ein wichtiger Baustein nicht nur für den Erfolg der MDGs, sondern auch für die Vertrauensbildung in den Multilateralismus und die internationale Zusammenarbeit – die beiden Hauptgrundlagen für gestärkten internationalen Frieden und Sicherheit.

Szenario 2015 – Projektionen statt Vorhersagen

„Die Aktienkurse haben offenbar ein dauerhaft hohes Niveau erreicht“, erklärte Irving Fisher, ein Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Yale-Universität, am Vorabend der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929. Wie die Ereignisse wenige Tage später zeigen sollten, sind Vorhersagen über die Zukunft eine gefährliche Sache. Was die Zukunft bringt, ist nur selten eine Fortsetzung der bisherigen Trends.

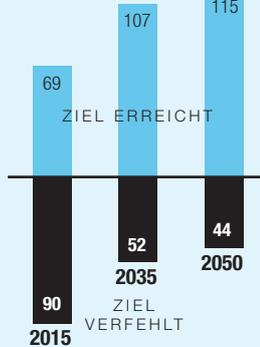
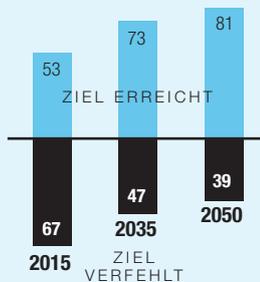
Unsere Projektionen für 2015 sind keine Vorhersagen. Wir verwenden Trendanalysen für 1990-2003 und schauen uns an, wo die Welt 2015 hinsichtlich zentraler Ziele stehen würde, wenn die gegenwärtigen Trends sich fortsetzen.

Die Trend-Projektionen beruhen auf nationalen Daten statt auf regionalen Durchschnittswerten, und ergeben so ein präziseres Bild über die Richtung der gegenwärtigen Trends.⁵³ Allerdings führen Trends nicht zu unausweichlichen Ergebnissen. Trends können verbessert werden – oder auch verschlechtert werden, indem politische Entscheidungen getroffen werden, ebenso wie durch externe Faktoren, auf die Regierungen nur begrenzten Einfluss haben. Aber solche Projektionen der Vergangenheit in die Zukunft können helfen, die öffentliche Aufmerksamkeit zu mobilisieren, wenn man eine mögliche Version der Zukunft beschreibt.

Verschiedene Einschränkungen müssen allerdings für unsere Trendanalysen gemacht werden. Für viele Länder und einige Ziele sind keine qualitativ hochwertigen Daten verfügbar. Für 46 Länder gibt es keine Zeitserien-Daten über Bildung, um nur ein Beispiel zu nennen. Es ist auch problematisch, Trends für jedes Ziel einzeln zu betrachten. Fortschritte in jedem Gebiet sind stark von Fortschritten in anderen Gebieten abhängig, wobei es starke Multiplikatoreffekte zwischen den verschiedenen Zielen gibt – beispielsweise von der Gesundheit auf die Bildung. Schließlich sind einige der treibenden Kräfte, die den MDG-Fortschritt beeinflussen könnten, schwierig vorherzusagen, einschließlich dessen, was man systemische Gefahren nennen könnte. Wie der Internationale Währungsfonds (IWF) gewarnt hat, können gegenwärtige Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft zu langsamerem Wirtschaftswachstum führen – ein Szenario, das Anstrengungen zur Armutsreduzierung in Entwicklungsländern beeinträchtigen würde. Jenseits der Weltwirtschaft gibt es potenziell schwere Gefahren für die Volksgesundheit. Wenn beispielsweise ein oft vorhergesagter Ausbruch der Vogelgrippe stattfinden würde, hätte dies verheerende Auswirkungen auf die Millenniumsziele, ebenso wie auf die Volksgesundheit über viele Ländergrenzen hinweg. Ebenso würden die vollen Konsequenzen des Klimawandels und anderer ökologischer Beeinträchtigungen auf die Nahrungsmittelproduktion das Szenario für die Reduzierung der Unterernährung dramatisch verändern.

Grafik 1.17 Die Ziele für die Kinder verfehlt
ZIEL: Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel

Zahl der Länder


ZIEL: Allgemeine Grundschulbildung


Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten über Kindersterblichkeit und Grundschulbildung aus UN 2005b; Details siehe Technische Anmerkung 3.

Wir versuchen nicht, solche systemischen Risiken mitzuberechnen, und so könnten unsere Ergebnisse zu optimistisch ausfallen. Selbst wenn das so wäre, verweisen die Resultate doch unzweideutig auf eine große Lücke zwischen MDG-Zielvorgaben und den Ergebnissen, die bei den gegenwärtigen Trends herauskommen werden. Die länderspezifischen Fortschrittsberichte für Kindersterblichkeit und Schulbildung werden zusammengefasst (Grafik 1.17). Dies zeigt, wieviele Länder jede der MDG-Zielvorgaben bis 2015 erreichen werden, wenn es bei den gegenwärtigen Trends bleibt. Es zeigt auch, wieviele Länder die Zielvorgabe erst 2035 oder noch später erreichen werden. Wie in Karte 1.1 gezeigt wird, ist Afrika südlich der Sahara nicht die einzige Region, die es nicht schaffen wird, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu reduzieren. Schaut man sich etwas allgemeiner die Fortschritte bei fünf der Millenniumsziele an – Kindersterblichkeit, Schulbildung, Geschlechtergleichheit in der Bildung sowie Zugang zu Wasser und sanitärer Versorgung, ergibt sich eine ähnlich düstere Prognose. Hier einige der zusammengefassten Ergebnisse unserer Trendanalyse:

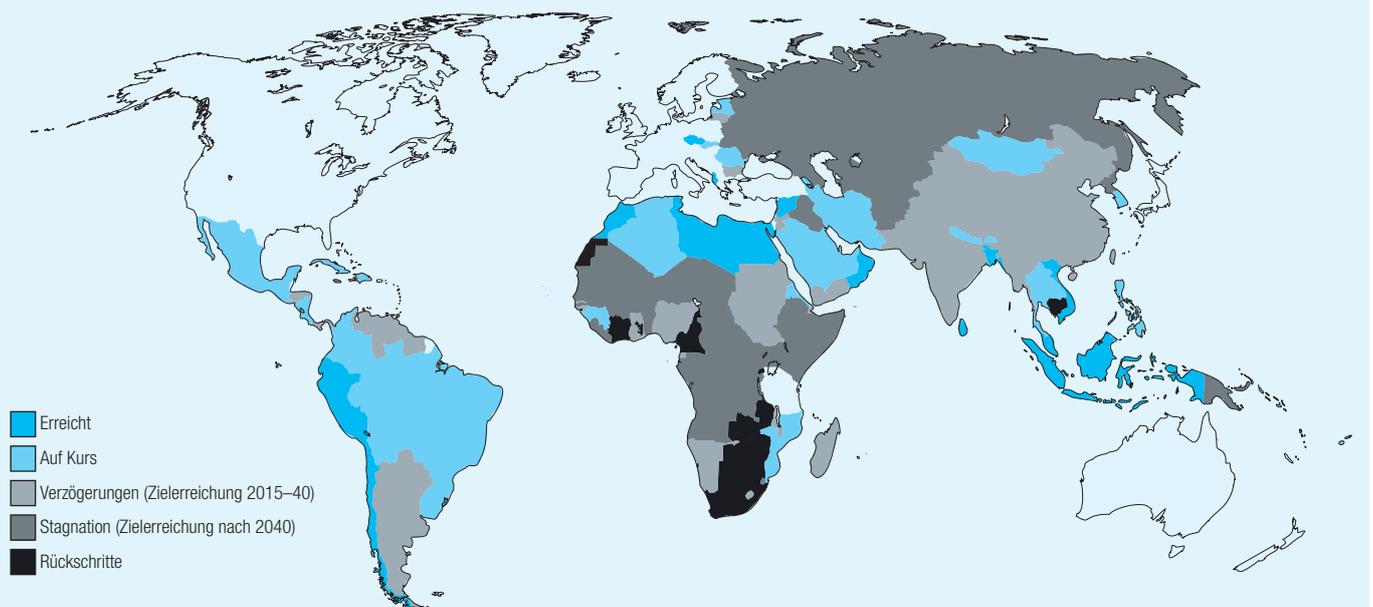
- Fünfzig Länder mit zusammen fast 900 Millionen Einwohnern bewegen sich bei mindestens einem MDG rückwärts. Vierundzwanzig dieser Länder liegen in Afrika südlich der Sahara.
- Weitere 65 Länder mit zusammen 1,2 Milliarden Einwohnern werden mindestens ein MDG erst nach 2040 erreichen. Mit anderen Worten, sie werden das Ziel mit einer ganzen Generation Verspätung erreichen.

Im Folgenden werden wir auf der Basis dieser Trends kurz die Projektionen für 2015 darlegen.

Die Gesundheit von Kindern und Müttern – Millionen weitere Kinder werden sterben

Kein Indikator zeigt deutlicher das Ausmaß der Herausforderung, vor der die internationale Gemeinschaft steht als die Kindersterblichkeit. Durch den verlangsamten Fortschritt seit 1990 steuert die Welt auf einen umfassenden Fehlschlag zu, dieses Ziel zu erreichen.

Bei diesen Trends wird die Welt die von den Millenniumszielen angestrebte Zweidrittel-Reduktion der Kindersterblichkeit erst im Jahr 2045 erreichen – mit 31 Jahren Verspätung. Die

Karte 1.1 Die Geografie der Kindersterblichkeit – Fortschritte bei der Umsetzung der MDG-Zielvorgabe für 2015


Anmerkung: Diese Karte ist stilisiert und nicht maßstabsgerecht. Sie gibt nicht den Rechtsstatus eines Landes oder den Verlauf von Grenzen wieder. Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten über Kindersterblichkeit und Grundschulbildung aus UN 2005b; Details siehe Technische Anmerkung 3.

MDG-Zielvorgabe zu erreichen, impliziert eine jährliche Reduzierung der Kindersterblichkeit um etwa 2,7 Prozent. Das entspricht der doppelten Rate, die 1990-2002 verzeichnet wurde. Weniger als ein Fünftel der Bevölkerung der Entwicklungsländer lebt in Ländern, die das Ziel wahrscheinlich erreichen werden. Nicht ein Land in Afrika südlich der Sahara mit einer nennenswerten Bevölkerung liegt auf Kurs, das Ziel zu erreichen. Dies gilt auch für China oder Indien.

Die Diskrepanz zwischen dem Ziel für 2015 und dem bei den heutigen Trends absehbaren Ergebnis bedeutet einen großen Verlust an Menschenleben. Konkret heißt das, zusätzliche 4,4 Millionen gestorbene Kinder im Jahr 2015, über diejenigen hinaus, die auch bei Erreichen der MDG-Zielvorgabe zu verzeichnen wären (Grafik 1.18). Wenn man aus den kumulierten Kosten zusätzlicher Todesfälle bei Kindern im Zeitraum 2003-2015 einen linearen Trend extrapoliert, bekommt man einen Indikator für die jährliche Diskrepanz zwischen Ziel und Ergebnis. Die kumulierten Kosten dieser Diskrepanz entsprechen mehr als 41 Millionen zusätzlicher Todesfälle bei Kindern von heute bis 2015 – fast alle in Entwicklungsländern (Grafik 1.19). Ihr Leben könnte gerettet werden, wenn die Zielvorgaben erreicht würden.

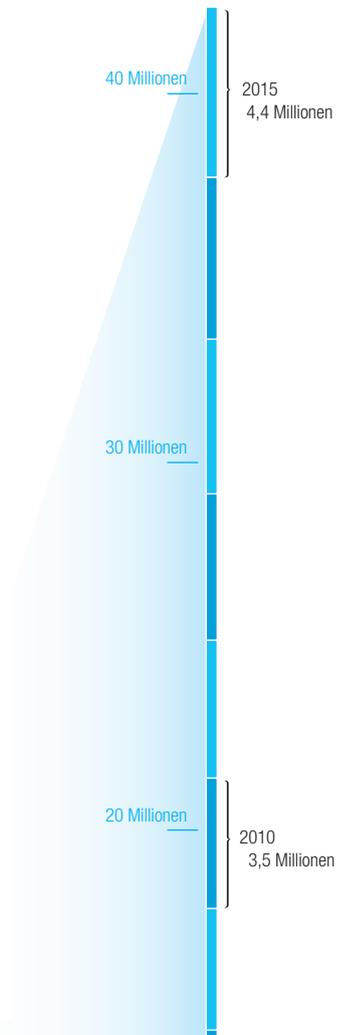
Hier die wichtigsten Schlussfolgerungen aus der Trend-Projektion:

- Mehr als 45 Prozent der Todesfälle bei Kindern – 4,9 Millionen insgesamt – treten in 52 Ländern auf, die Rückschritte oder nur geringe Fortschritte bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit aufweisen. Kinder, die heute in diesen Ländern geboren werden und bis zum Erwachsenenalter überleben, haben kaum verbesserte Überlebenschancen für ihre eigenen Kinder zu erwarten.
- Bei den gegenwärtigen Trends wird Afrika südlich der Sahara bis 2115 brauchen, um die MDG-Zielvorgabe zu erreichen, also ein volles Jahrhundert später. Die beiden größten Zentren der Kindersterblichkeit in Afrika südlich der Sahara sind die De-

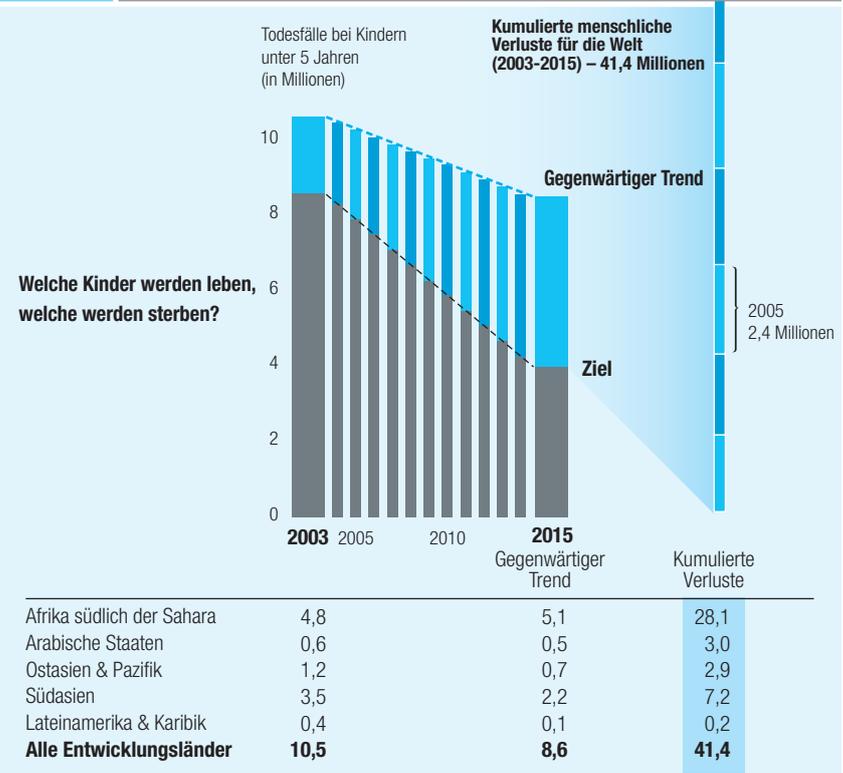
mokratische Republik Kongo, wo sich die Bedingungen noch verschlechtern, und Nigeria, wo sie stagnieren. Die Kindersterblichkeitsrate in Nigeria ist von 235 pro 1000 Lebendgeburten auf 198 seit 1990 gefallen. Bei dieser Fortschrittsrate wird Nigeria weitere 40 Jahre brauchen, um das Millenniumsziel zu erreichen.

- Zwei Drittel aller Todesfälle bei Kindern treten in 13 Ländern auf. Von diesen sind nur zwei – Bangladesch und Indonesien – auf Kurs, die Zielvorgabe zu erreichen. Weitere vier – China, Indien, Niger und Pakistan – werden das Ziel zwischen 2015 und 2040 erreichen. Die restlichen – darunter Afghanistan, Angola, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Nigeria, Tansania und Uganda – werden entweder mehr als eine Generation Verspätung haben oder verzeichnen gar Rückschritte.

Begrenzte Datenverfügbarkeit macht es unmöglich, Trends bei der Müttersterblichkeit



Grafik 1.19 Kindersterblichkeit – die kumulierten Kosten verfehlter Ziele



Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten der Kindersterblichkeit unter fünf Jahren aus UN 2005b und über Geburten aus UN 2005d; Details siehe Technische Anmerkung 3.

Grafik 1.18 Kindersterblichkeit – die menschlichen Kosten

Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren (in Millionen)

Gegenwärtiger Trend

	Verluste
Afrika südlich der Sahara	3,0
Arabische Staaten	0,3
Ostasien & Pazifik	0,3
Südasien	0,8
Lateinamerika & Karibik	0,0
Alle Entwicklungsländer	4,4

Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten der Kindersterblichkeit unter fünf Jahren aus UN 2005b und über Geburten aus UN 2005d; Details siehe Technischer Anhang 3.

halbwegs genau nachzuvollziehen. Die besten Trend-Schätzungen sind von Modellen abgeleitet, die Ersatz-Indikatoren verwenden, wie etwa Fruchtbarkeitsrate und die Anwesenheit ausgebildeten medizinischen Personals bei der Geburt. Die am meisten verwendeten Modelle legen nahe, dass die Welt das Ziel verfehlen wird und der Fortschritt langsamer wird. Für die Entwicklungsländer insgesamt liegt die nach Bevölkerung gewichtete Reduktionsrate, um das Millenniumsziel zu erreichen, knapp über drei Prozent. In Afrika südlich der Sahara wird die Müttersterblichkeit mit weniger als der Hälfte dieser Rate reduziert.⁵⁴

Wasser und sanitäre Versorgung – mehr als eine Milliarde ohne Zugang

Fortschritte beim Zugang zu Wasser und sanitärer Versorgung werden erhebliche Auswirkungen auf Kindersterblichkeitsraten haben. Unsere Trendanalyse legt nahe, dass die Zielvorgabe, die Zahl der Menschen zu halbieren, die keinen dauerhaften Zugang zu besseren Wasserquellen haben,

um etwa 210 Millionen Menschen verfehlt wird (Grafik 1.20), und mehr als zwei Milliarden Menschen werden weiterhin keinen Zugang zu besserer sanitärer Versorgung im Jahr 2015 haben. Der größte Teil dieses Defizits geht auf das Konto von Afrika südlich der Sahara.

Die Halbierung der extremen Armut und Unterernährung hängt vom Wachstum und von seiner Verteilung ab

Die Aussichten für die Halbierung der extremen Armut werden von zwei Faktoren bestimmt: vom Wachstum und von seiner Verteilung. Die Armut wird umso schneller zurückgehen, je höher die Wachstumsraten von armen Ländern und je höher die Anteile der von den armen Menschen erzielten Zuwächse sein werden. Projektionen bis 2015 weisen darauf hin, dass das aggregierte globale Ziel erreicht werden wird, falls die gegenwärtigen Wachstums- und Verteilungsmuster beibehalten werden. Dies liegt größtenteils am hohen Wachstum in China und Indien. Allerdings werden die meisten Länder die Zielvorgabe verfehlen.

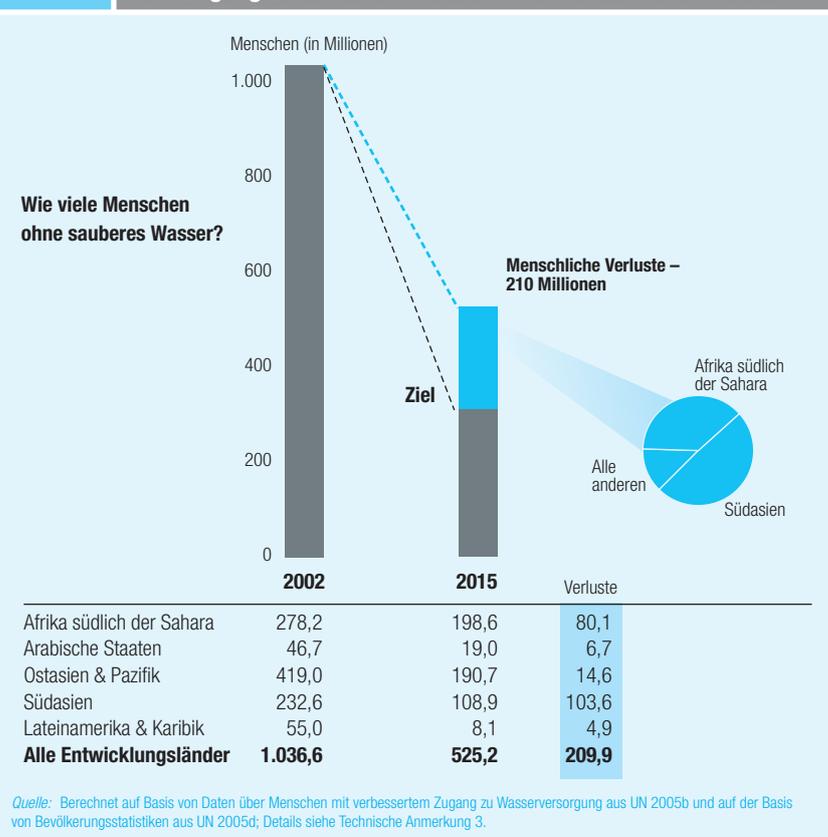
Unsere Schätzungen zeigen, dass es 2015 etwa 800 Millionen Menschen geben wird, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben müssen und weitere 1,7 Milliarden, die von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben müssen. Die Verbreitung der Ein-Dollar-am-Tag-Armut wird von den heutigen 21 Prozent auf 14 Prozent im Jahr 2015 zurückgehen. Die regionale Verteilung der Armut wird sich ebenfalls ändern. Der Anteil Afrikas südlich der Sahara an der Ein-Dollar-am-Tag-Armut wird sich stark erhöhen, von 24 Prozent heute auf 41 Prozent im Jahr 2015. Wie würde zum Vergleich ein Szenario aussehen, bei dem jedes Land die Zielvorgabe erreicht, die Armut zu halbieren? Nach unseren Schätzungen würden etwa 380 Millionen Menschen weniger von einem Dollar am Tag leben müssen, falls alle Länder die Zielvorgabe erreichen (Grafik 1.21). Mehr als die Hälfte dieser Menschen würden in Afrika südlich der Sahara leben.

Der wachsende Anteil Afrikas südlich der Sahara an der globalen Armut bis 2015 spiegelt sein schwaches Wirtschaftswachstum seit 1990 wider, was durch hochgradig ungleiche Einkommensverteilung noch verschärft wird. Die Region müsste im Laufe des nächsten Jahrzehnts eine unrealistisch hohe jährliche Pro-Kopf-Wachstumsrate von etwa fünf Prozent erreichen, um das 2015-Ziel zu erreichen. Eine Mischung aus beschleunigtem Wirtschaftswachstum und verbesserter Verteilungsgerechtigkeit bietet mehr Hoffnung, auf Kurs zu kommen und das Ziel tatsächlich zu erreichen.

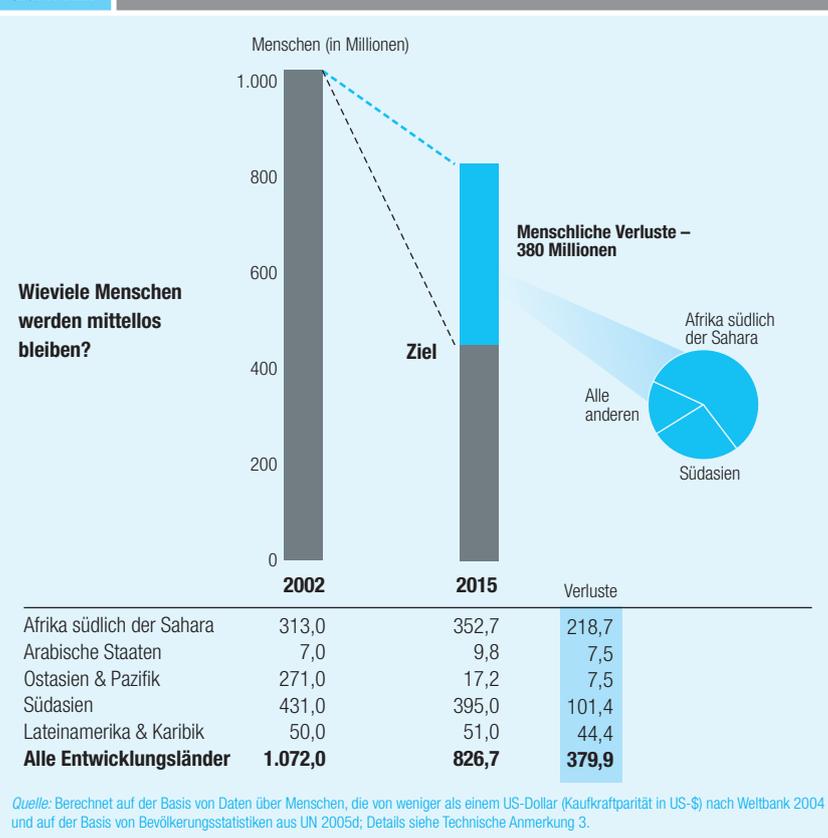
Die Aussichten, das Millenniumsziel hinsichtlich der Unterernährung zu erreichen, sind noch weniger ermutigend. Unterernährung ist zwar seit 1990 von 20 Prozent auf 17 Prozent zurückgegangen. Das Bevölkerungswachstum hat jedoch dafür gesorgt, dass die Zahl der unterernährten Menschen gleichgeblieben ist. Die Geschwindigkeit des Fortschritts wird sich verdoppeln müssen, um die Zielvorgabe für 2015 zu erreichen. Bei der gegenwärtigen Trendkurve wird es im Jahr 2015 immer noch etwa 670 Millionen hungernde Menschen geben, 230 Millionen Menschen mehr als wenn das Ziel erreicht würde. Auf das Konto von Afrika südlich der Sahara gehen fast 60 Prozent dieses Defizits.

Regionale Projektionen zeigen ein anderes Muster für die Unterernährung als bei der Ein-Dollar-am-Tag-Armut. Während Südasiens erhebliche Fortschritte bei der Einkommensarmut machen dürfte, werden sich immer noch 40 Prozent der Unterernährung im Jahr 2015 dort konzentrieren. Das entspricht dem heutigen Muster, wonach die Länder Südasiens Unterernährungsniveaus verzeichnen, die mit Afrika südlich der Sahara vergleichbar sind, trotz höherer Durchschnittseinkommen – ein Ergebnis, das darauf verweist, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten eine zentrale Rolle dabei spielen, Fortschritte in der Ernährung zu blockieren.

Grafik 1.20 Kein Zugang zu sauberem Wasser – die menschlichen Kosten

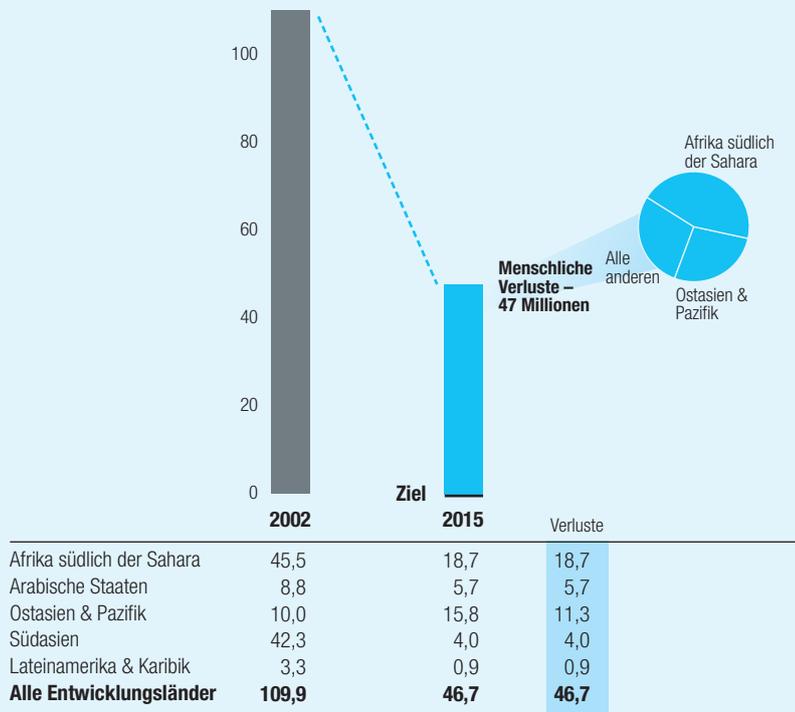


Grafik 1.21 Einkommensarmut – die menschlichen Kosten



Grafik 1.22 Kinder ohne Schulbildung – die menschlichen Kosten

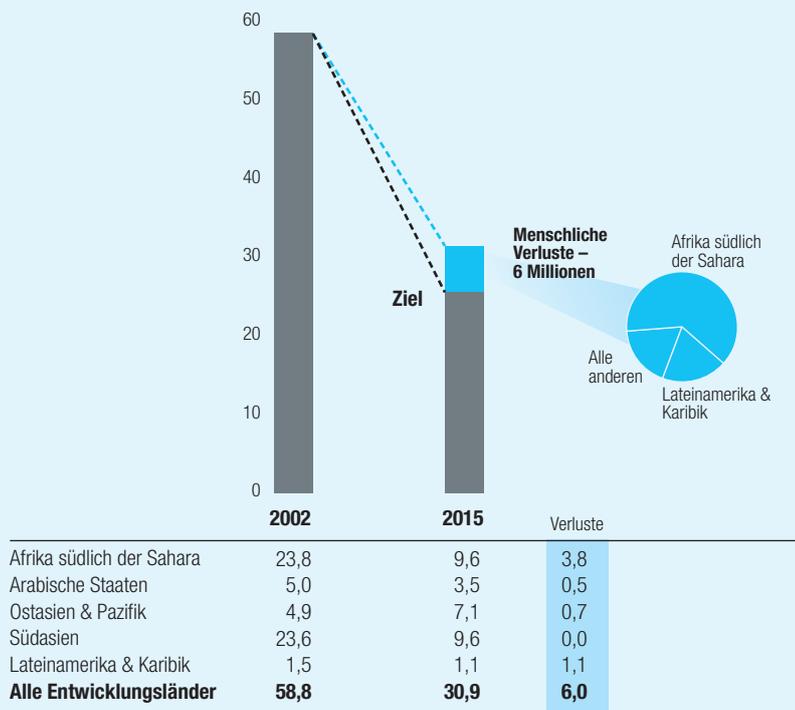
Kinder im Grundschulalter, die nicht zur Schule gehen (in Millionen)



Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten über eingeschulte Kinder aus UNESCO 2005, von Daten über nicht eingeschulte Kinder aus UNICEF 2005d und von Bevölkerungsstatistiken aus UN 2005d; Details siehe Technische Anmerkung 3.

Grafik 1.23 Mädchen ohne Schulbildung – die menschlichen Kosten

Mädchen im Grundschulalter, die nicht zur Schule gehen (in Millionen)



Quelle: Berechnet auf der Basis von Daten über eingeschulte Mädchen aus UNESCO 2005 und von Bevölkerungswachstumsraten aus UN 2005d. Details siehe Technische Anmerkung 3.

Bildung – das Ziel allgemeiner Schulbildung weltweit wird verfehlt

Schulbildung ist ein unverzichtbares Ziel menschlicher Entwicklung per se, aber auch ein Schlüssel für Fortschritte in anderen Gebieten. Das Versprechen, jedem Kind eine Schulausbildung zu ermöglichen, und die Geschlechterunterschiede in der Schulbildung zu beseitigen, ist ein kraftvolles Symbol für die Hoffnung, dass die Weitergabe von Armut von einer Generation auf die andere überwunden werden kann.

Diese Hoffnung wird unerfüllt bleiben, wenn die gegenwärtigen Trends anhalten. Obwohl sich die Welt in die richtige Richtung bewegt, ist der Fortschritt doch zu langsam, um das Ziel für 2015 zu erreichen (Grafik 1.22). Falls die gegenwärtigen Trends anhalten:

- wird die Zielvorgabe, bis 2015 die allgemeine Grundschulbildung weltweit zu erreichen, um mindestens ein Jahrzehnt verfehlt. Es wird im Jahr 2015 47 Millionen Kinder ohne Grundschulbildung geben, 19 Millionen davon in Afrika südlich der Sahara;
- verzeichnen 46 Länder Rückschritte oder werden das Ziel nicht vor 2040 erreichen. In diesen Ländern leben 23 Millionen von den 110 Millionen Kindern, die derzeit in den Entwicklungsländern nicht zur Schule gehen.

Geschlechtergleichheit und mehr Macht für Frauen – eine Zielvorgabe ist bereits jetzt nicht erreicht worden

Ein Paket von Zielvorgaben ist bereits heute nicht erreicht worden. Die MDG-Zielvorgaben für Geschlechtergleichheit in der Grundschul- und weiterführenden Bildung sollten bis 2005 erreicht werden. Wenn dieses Ziel erreicht worden wäre, würden heute 14 Millionen mehr Mädchen eine Grundschule besuchen, Sechs Millionen davon in Indien und Pakistan und weitere vier Millionen in Afrika südlich der Sahara. Die Trendprojektionen sind nicht ermutigend. Bis 2015 wird das Nichterreichen

der Zielvorgabe für Geschlechtergleichheit ein Ausmaß angenommen haben, das sechs Millionen Mädchen entspricht, die keine Schule besuchen, die Mehrheit dieser Mädchen wird in Afrika südlich der Sahara leben (Grafik 1.23). In 41 Ländern, in denen 20 Millionen der Mädchen leben, die heute keine Grundschule besuchen, vergrößern sich die Geschlechterdifferenzen entweder oder nehmen so langsam ab, dass sie nicht vor 2040 verschwinden. Natürlich gehört zur Geschlechtergleichheit mehr als der Grundschulbesuch. Forschungsergebnisse aus vielen Ländern deuten auf breitere Aspekte von geschlechtsspezifischer Benachteiligung hin, die auf tiefsitzende Haltungen und kulturelle Praktiken zurückgehen, die den Wert einer Schulbildung für Mädchen gering schätzen. Fortschritt auf diesen Gebieten ist inhärent schwieriger auf komparativer Basis nachzuvollziehen, ist aber gleichermaßen fundamental wichtig.

Über die Gleichstellung im Bildungsbereich hinaus beinhalten die Millenniums-Entwicklungsziele die Repräsentanz der Frauen in den Parlamenten als Fortschritts-Indikator für ihre gesellschaftliche Macht. Das Maß für geschlechtsspezifische Ermächtigung (GEM), den der *Bericht über die menschliche Entwicklung* entwickelt hat, bezieht diesen Indikator in einem breiteren zusammengesetzten Indikator mit ein, der die Repräsentanz von Frauen in gesetzgebenden Körperschaften, Regierungen und dem Privatsektor untersucht, zusammen mit einer Reihe von einkommensbezogenen Indikatoren.

Wenn man den GEM auseinandernimmt, um eine Bestandsaufnahme der heutigen Position von Frauen zu erhalten, sieht man den begrenzten Fortschritt in Richtung auf eine Erweiterung der Macht von Frauen. Weltweit nehmen Frauen nur etwa 15 Prozent der Sitze in gesetzgebenden Körperschaften ein. In lediglich 43 Ländern beträgt das Verhältnis von weiblichen zu männlichen Parlamentariern mehr als 1:5, und nur in zwei Ländern – Ruanda und Schweden – ist das Verhältnis auch nur annähernd gleich. In den meisten Ländern ist Politik nach wie vor überwältigend männlich dominiert.

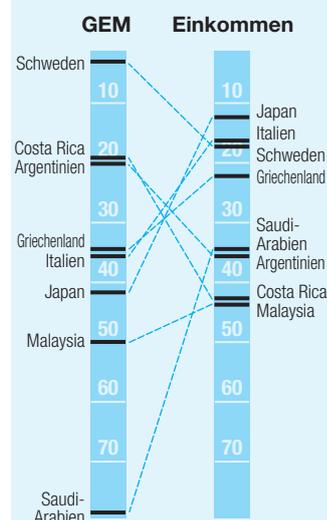
Nigeria ist eines von 57 Ländern, in denen auf Frauen weniger als 10 Prozent der Parlamentssitze entfallen. Frauen stellen in Nigeria sechs Prozent der Mitglieder des Repräsentantenhauses, weniger als vier Prozent des Senats und keinen einzigen Gouverneur eines Bundesstaats. In Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten gibt es überhaupt keine Vertretung von Frauen, in einigen Fällen als Konsequenz von Gesetzen, die Frauen vom Wahlrecht oder von öffentlichen Positionen ausschließen.

In Ländern, in denen Geschlechterungleichheit ein Haupthindernis für Fortschritte bei Gesundheit, Bildung und Einkommensarmut ist, verweist solch eine Unterrepräsentanz von Frauen auf eine besorgniserregende Fortsetzung solcher Geschlechterungleichheit und auf das Weiterbestehen von Hindernissen für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Der GEM macht Schluss mit zwei weitverbreiteten Mythen über die Ausweitung der Macht von Frauen. Erstens gibt es keine Hinweise darauf, dass der Islam notwendigerweise ein Hindernis für die Übertragung von mehr Macht auf Frauen darstellt, wenn man etwa politische Repräsentanz misst. Malaysia, ein islamisches Land, hat einen weitaus höheren GEM als Saudi-Arabien, vergleichbar mit demjenigen von Griechenland. Zweitens gibt es keine klaren Belege dafür, dass sich Geschlechterungleichheiten automatisch bei höherem Einkommensniveau abschwächen (Grafik 1.24). Zwei Mitglieder der G7-Industrieländergruppe haben eine schlechte GEM-Bilanz. Sowohl Italien (Platz 36) als auch Japan (Platz 42) nehmen eine niedrigere Position ein als Costa Rica und Argentinien. Und ebenso sind sowohl Japan als auch Schweden Demokratien mit einem vergleichbaren HDI-Niveau menschlicher Entwicklung, aber der schwedische GEM ist nahezu doppelt so hoch wie der japanische. Die Schlussfolgerung daraus: soziale Normen, politische Kultur und gesellschaftliche Haltungen sind für die Chancen von Frauen genauso wichtig wie wirtschaftlicher Wohlstand und allgemeine menschliche Entwicklung.

Grafik 1.24 Einkommen bedeutet noch nicht mehr Macht für Frauen

Platzierung unter den 78 Ländern mit einem Maß für geschlechtsspezifische Ermächtigung (GEM)



Quelle: Indikatortabellen 14 und 26.

Einige Länder können außergewöhnliche Fortschritte vorweisen

Kurswechsel in Richtung Umsetzung der Millenniumsziele

Trendprojektionen identifizieren einige mögliche Ergebnisse im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele. Die tatsächlichen Ergebnisse werden politische Entscheidungen von Regierungen und der internationalen Gemeinschaft im Laufe des kommenden Jahrzehnts widerspiegeln. Was aus unseren Projektionen jedoch folgt, ist eine klare Warnung. Die Kluft zwischen Trendprojektionen und MDG-Zielvorgaben bedeutet einen schweren Verlust an menschlichem Leben und menschlichem Potenzial. Die gute Nachricht ist, dass diese Lücke geschlossen werden kann.

Einige Länder können außergewöhnliche Fortschritte in Richtung auf die Ziele vorweisen, oft ausgehend von sehr niedrigem Einkommensniveau. Vietnam ist eines davon. Die Einkommensarmut ist bereits halbiert worden, von 60 Prozent im Jahr 1990 auf 32 Prozent im Jahr 2000. Die Kindersterblichkeit ist von 58 pro 1000 Lebendgeburten (eine weitaus niedrigere Rate als das Einkommensniveau vermuten lassen würde) auf 42 im selben Zeitraum zurückgegangen. Schnelles Wirtschaftswachstum auf breiter Basis hat zum Erfolg Vietnams beigetragen, ferner Investitionen in menschliche Entwicklung während der achtziger Jahre. Die Herausforderung für Vietnam ist, diese Fortschrittsraten beizubehalten, indem auch einige der marginalisierten Regionen und Gruppen des Landes erreicht werden.⁵⁶

Vietnam ist ein Beispiel – Chile ein anderes – eines Landes, das hohes Wirtschaftswachstum in rasche Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung umsetzen konnte. Andere Länder haben gezeigt, dass rasche Fortschritte Richtung Millenniumsziele selbst mit niedrigerem Wirtschaftswachstum möglich sind. In Bangladesch haben Politik und Aktivitäten der Zivilgesellschaft den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Entwicklungsmöglichkeiten erweitert, und Bangladesch konnte dadurch auf eine stärker ansteigende Kurve menschlicher Entwicklung einschwenken (Kasten 1.7).

Als Region ist Afrika südlich der Sahara in den Ranglisten menschlicher Entwicklung abgerutscht. Allerdings verzeichnen einige Länder bedeutsame Fortschritte. Ghana reduzierte die Einkommensarmut von 51 Prozent im Jahr 1991 auf 40 Prozent am Ende der neunziger Jahre.⁵⁷ Uganda hat Wirtschaftsreformen mit einer besseren Bilanz bei Einkommensarmut und Bildung verbunden, obwohl die erreichten Fortschritte ungleichmäßig sind (Kasten 1.8).

Konflikte sind nach wie vor ein wichtiges Hindernis für menschliche Entwicklung. Der Frieden schafft neue Möglichkeiten, dieses Hindernis zu überwinden. In Afghanistan gibt es ermutigende erste Anzeichen, dass verbesserte Sicherheit Möglichkeiten für eine rasche Erholung von dem freien Fall menschlicher Entwicklung in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg eröffnet. Mit dem 2001 angenommenen Plan „Zurück zur Bildung“ zielte die Regierung darauf ab, 1,5 Millionen Kindern Schulbildung zu ermöglichen. Mehr als doppelt so viele Kinder besuchten die Grundschulen, 2003 stieg die Zahl auf vier Millionen. Ein ambitioniertes Gesundheitsprogramm ist beschlossen worden, mit dem Dienstleistungen auf das ganze Land ausgeweitet werden sollen. In der Zwischenzeit greift der Wirtschaftsaufschwung. Diese Möglichkeiten zu nutzen, hängt entscheidend davon ab, ob Entwicklungshilfeger sich zu längerfristiger Hilfe verpflichten. Die Gefahr ist, dass die internationale Gemeinschaft das Interesse verliert und strategische Schwerpunkte sich anderswohin verlagern.

Es wurden Versuche unternommen, Kosten und Nutzen der Investitionen in verschiedene Millenniums-Entwicklungsziele isoliert zu betrachten. Solche Übungen sind wenig hilfreich. Fortschritte auf einem einzelnen Gebiet sind stark von Fortschritten im gesamten Spektrum der MDGs abhängig – und noch darüber hinaus. Kinder in gut ausgestattete Schulen mit motivierten Lehrern zu bekommen, ist eine vitale Voraussetzung dafür, die MDG-Zielvorgabe der Bildung für alle zu erreichen. Aber der volle Wert von Investitionen in Bil-

Zu Beginn der 1990er Jahre war der Pessimismus bezüglich der Entwicklungsaussichten Bangladeschs genauso tief verwurzelt wie heute der Pessimismus in Bezug auf die afrikanischen Länder südlich der Sahara. Langsames Wirtschaftswachstum, schnelles Bevölkerungswachstum, begrenzte Fortschritte bei den gesellschaftlichen Indikatoren und die akute Anfälligkeit für Naturkatastrophen führten dazu, dass Bangladesch als „Katastrophenlandschaft“ beschrieben wurde. Diese Landschaft hat sich mittlerweile enorm verändert.

Seit 1990 war Bangladesch eines der Entwicklungsländer, die die schnellsten Fortschritte bei einigen der Basisindikatoren zur menschlichen Entwicklung verzeichnet haben. Die Kinder- und Säuglingssterblichkeit ist um jährlich mehr als fünf Prozent gesunken, die Fruchtbarkeit hat stark abgenommen und die Unterernährung bei Müttern ist von 52 Prozent im Jahr 1996 auf 42 Prozent im Jahr 2002 gesunken. Die Einschulungsquoten in Primarschulen sind von 72 Prozent im Jahr 1990 auf nun mehr als 90 Prozent gestiegen, bei fast gleichem Geschlechterverhältnis. Auch die Einschulungsquoten in Sekundarschulen sind gestiegen.

Wie hat Bangladesch diese Veränderungen in der Landschaft menschlicher Entwicklung geschafft? Nicht allein durch wirtschaftliches Wachstum. Es stimmt, dass es in den 1990er Jahren schnelleres Wachstum gab, mit Durchschnittseinkommen, die um knapp drei Prozent pro Jahr stiegen. Bangladesch ist jedoch noch immer ein äußerst armes Land mit einem Durchschnittseinkommen von 1.770 US-Dollar. Die Einkommensarmut ist relativ langsam zurückgegangen, um zehn Prozent zwischen 1990 und 2002.

Vier Strategien haben die menschliche Entwicklung Bangladeschs auf den Weg gebracht:

- **Aktive Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft.** Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben bei der Verbesserung des Zugangs zur Basisdienstleistungen durch innovative Programme eine entscheidende Rolle gespielt. So hat zum Beispiel das Bangladesh Rural Advancement Committee (BRAC) als erste Organisation Programme zur Ausbildung und Einstellung weiblicher Lehrkräfte eingeführt, hat relevantes Unterrichtsmaterial erstellt und hat die Einbeziehung von Eltern in das Management der Schulen unterstützt. Über zwei Millionen Kinder gehen in Schulen, die nicht Teil des formalen staatlichen Systems sind. Doch die NRO-Schulen tragen dazu bei, die staatlichen Sekundarschulen zu füllen.

Rascher Fortschritt in einem Land mit niedrigem Einkommen

Indikator	1990	2000
Einkommensarmut (%)	59	50
Gini-Koeffizient	25	30
Untergewichtige Kinder unter 5 Jahren (%)	72	51
Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren (pro 1000 Lebendgeburten)	144	69 ^a
Verhältnis Mädchen zu Jungen in Grundschulen (Anzahl der Mädchen pro 100 Jungen)	87	104 ^b

a. Daten beziehen sich auf 2003.

b. Daten beziehen sich auf 2002.

- **Zielgerichtete Transferleistungen.** Umfassende Sozialprogramme zielen darauf ab, die Ernährungssituation zu verbessern und gleichzeitig umfassendere Anreize für menschliche Entwicklung zu schaffen. Das Schulspeisungsprogramm bietet armen Haushalten kostenlose Mahlzeiten, vorausgesetzt ihre Kinder gehen in die Primarschule. Rund sieben Prozent der staatlichen Bildungsausgaben werden durch dieses Programm zugewiesen, das 2,1 Millionen Kinder erreicht und ein Stipendium von drei US-Dollar im Monat vergibt. Die teilnehmenden Schulen haben erreicht, dass mehr Mädchen teilnehmen und die Abbrecherquoten niedriger sind. Sie zeigen damit, wie Anreize dem wirtschaftlichen Druck und den kulturellen Vorurteilen entgegenwirken können, durch die Mädchen aus den Schulen ferngehalten werden.
- **Ausweitung der Gesundheitsprogramme.** Der durch Immunisierungsprogramme gegen sechs Hauptkinderkrankheiten erfasste Personenkreis stieg von zwei Prozent Mitte der 1980er Jahre auf 52 Prozent im Jahr 2001. Die Immunisierungsprogramme wurden in Partnerschaft mit internationalen Organisationen und nationalen Nichtregierungsorganisationen umgesetzt.
- **Positive Rückkopplungen und Frauen-Power.** Der verbesserte Zugang zu Gesundheit und Bildung für Frauen, verbunden mit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und Zugang zu Kleinstkrediten, hat die Wahlmöglichkeiten der Frauen erweitert und sie gestärkt. Zwar existieren die Geschlechterdisparitäten weiter, doch die Frauen haben eine immer stärkere Katalysatorfunktion, um Entwicklung voranzubringen. Sie verlangen mehr Kontrolle über Fruchtbarkeit und Geburtenabstände, Bildung für ihre Töchter und Zugang zu Dienstleistungen.

Bangladesch gelangen diese bemerkenswerten Fortschritte bei einem geringen Einkommensniveau und ausgehend von einem niedrigen Alphabetisierungsgrad, verbreiteter Unternährung und schwacher Institutionen. Die Erfolge dieses Landes zeigen, was durch drastischere staatliche Maßnahmen und bürgerschaftliches Engagement erreicht werden kann.

Quelle: Ahluwalia und Hussain 2004, Dreze 2004, Yunus 2004, Ahmed und del Ninno, 2001, Sen, Mujeri und Quazi 2005.

Kasten 1.8 Uganda – beeindruckende, aber ungleichgewichtige Fortschritte

Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts hat Uganda ein anhaltendes Wirtschaftswachstum verzeichnet und wichtige Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung gemacht. Die Minderung der Armut ist eine nationale Priorität, die sich in der Planung und Budgetierung widerspiegelt. Die Fortschritte waren jedoch ungleichgewichtig und die Gewinne bleiben fragil:

- **Einkommensarmut.** In der ersten Hälfte der 1990er Jahre konzentrierte sich die Regierungspolitik auf Stabilisierung und Wachstum. Das Durchschnittseinkommen stieg zwischen 1990 bis 2000 um fünf Prozent pro Jahr. Die Einkommensarmut ist in den 1990er Jahren schnell gesunken, von 56 Prozent auf 34 Prozent, und hat das Land damit auf den richtigen Kurs gebracht, um die Millenniums-Zielvorgabe für 2015 zu erreichen. Seit 2000 hat sich das Einkommenswachstum jedoch verlangsamt und die Armut hat zugenommen. Die Armut ist in den ländlichen Gegenden besonders ausgeprägt, insbesondere im Norden und Osten, und sie ist unter den Bauern, die nur Nahrungsmittel anbauen, weitaus größer.
- **Bildung.** In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre haben sich die Prioritäten bei der Armutsminderung auf den Bildungsbereich verlagert. Die kostenlose Primarschulbildung wurde eingeführt und die staatlichen Ausgaben wurden erhöht. Die Zahl der Einschulungen in Primarschulen stieg zwischen 1997 und 2003 von 5,3 auf 7,6 Millionen. Die Einschulungsquoten sind unter den ärmsten 20 Prozent genauso hoch, wie unter den reichsten 20 Prozent, und die Kluft im Geschlechterverhältnis wurde auf Primarschulebene geschlossen. Der allgemeine Schulbesuch ist nun in greifbarer Nähe, doch aufgrund der Abbrecherquoten ist es unwahrscheinlich, dass bis 2015 erreicht werden kann, dass Jungen wie Mädchen ihre Schulbildung allgemein abschließen können.
- **Gesundheit.** Die Ergebnisse bei den Kennziffern für Gesundheit, einschließlich Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit, stagnierten entweder, oder haben sich verschlechtert. Die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren ist seit 1995 gestiegen. Uganda ist eines der Länder, die in Bezug auf die Millenniumsziele am besten abschneiden. Doch bei allen wichtigen Gesundheitszielen ist es vom Kurs abgekommen. Die Regierung hat erkannt, dass der gesellschaftliche und wirtschaftliche Fortschritt bedroht ist, wenn es nicht gelingt, die Kinder- und Müttersterblichkeit zu senken. Sie hat deshalb eine interministerielle Arbeitsgruppe unter der Schirmherrschaft des Finanzministeriums eingerichtet, um Lösungen zu finden.

Diese unterschiedlichen Trends lenken die Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen, vor denen Uganda steht. Einige Herausforderungen werden durch externe Kräfte bestimmt, insbesondere

durch den Kaffeepreis. Für Kleinbauern ist Kaffee das wichtigste Einkommen erwirtschaftende Anbauprodukt. Bis 1997 profitierten die Kaffeeproduzenten von steigenden inländischen Preisen und günstigen Terms of Trade. Seitdem hat der Einbruch der Kaffeepreise diese Gewinne wieder zunichte gemacht und ist damit zum Teil für die negative Trendwende bei der Einkommensarmut verantwortlich.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass das abnehmende Wachstum mit zunehmender Ungleichverteilung zusammenfällt. Der Gini-Koeffizient ist seit 1997 von 34 auf 42 gestiegen, was darauf hindeutet, dass Uganda dabei sein könnte, sich von einem Land mit geringer Ungleichverteilung zu einem Land mit starker Ungleichverteilung zu entwickeln. Diesen Trend zu korrigieren wird Maßnahmen erfordern, um neben kapitalintensiverer exportorientierter Landwirtschaft die Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums um die Kleinbauern in ländlichen Gebieten zu erweitern.

Unterschiedliche Ergebnisse bei menschlicher Entwicklung

Indikator	1992	2002
Einkommensarmut (%)	56	38
Gini-Koeffizient	36	42
Untergewichtige Kinder unter 5 Jahren (%)	62	86
Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren (pro 1000 Lebendgeburten)	167 ^a	152
Müttersterblichkeitsrate (pro 100.000 Lebendgeburten)	523	505

a. Daten beziehen sich auf 1990.

Tiefe strukturelle Probleme behindern die Fortschritte im Gesundheitswesen. Zwei Drittel der Todesfälle bei Kindern hängen mit Unterernährung zusammen. Weniger als ein Drittel aller Frauen werden bei Entbindungen von Fachpersonal betreut und die größten Killer unter den Kinderkrankheiten, wie Malaria und Masern, sind nicht zurückgegangen. Hohe Fruchtbarkeitsraten und nicht ausreichende Abstände zwischen einzelnen Geburten sind ein weiteres Problem. Uganda hat die dritthöchste Fruchtbarkeitsrate weltweit.

Der Gegensatz zwischen den Fortschritten im Bildungswesen und der Stagnation im Gesundheitswesen spiegelt zum Teil die Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben wider. Erst Ende der 1990er wurde Gesundheit als wichtige staatliche Ausgabenpriorität identifiziert, aber in den vergangenen vier Jahren hat sich der Gesundheitsetat verdreifacht. Ein weiteres Hemmnis ist die schlechte Qualität der bereitgestellten Dienstleistungen.

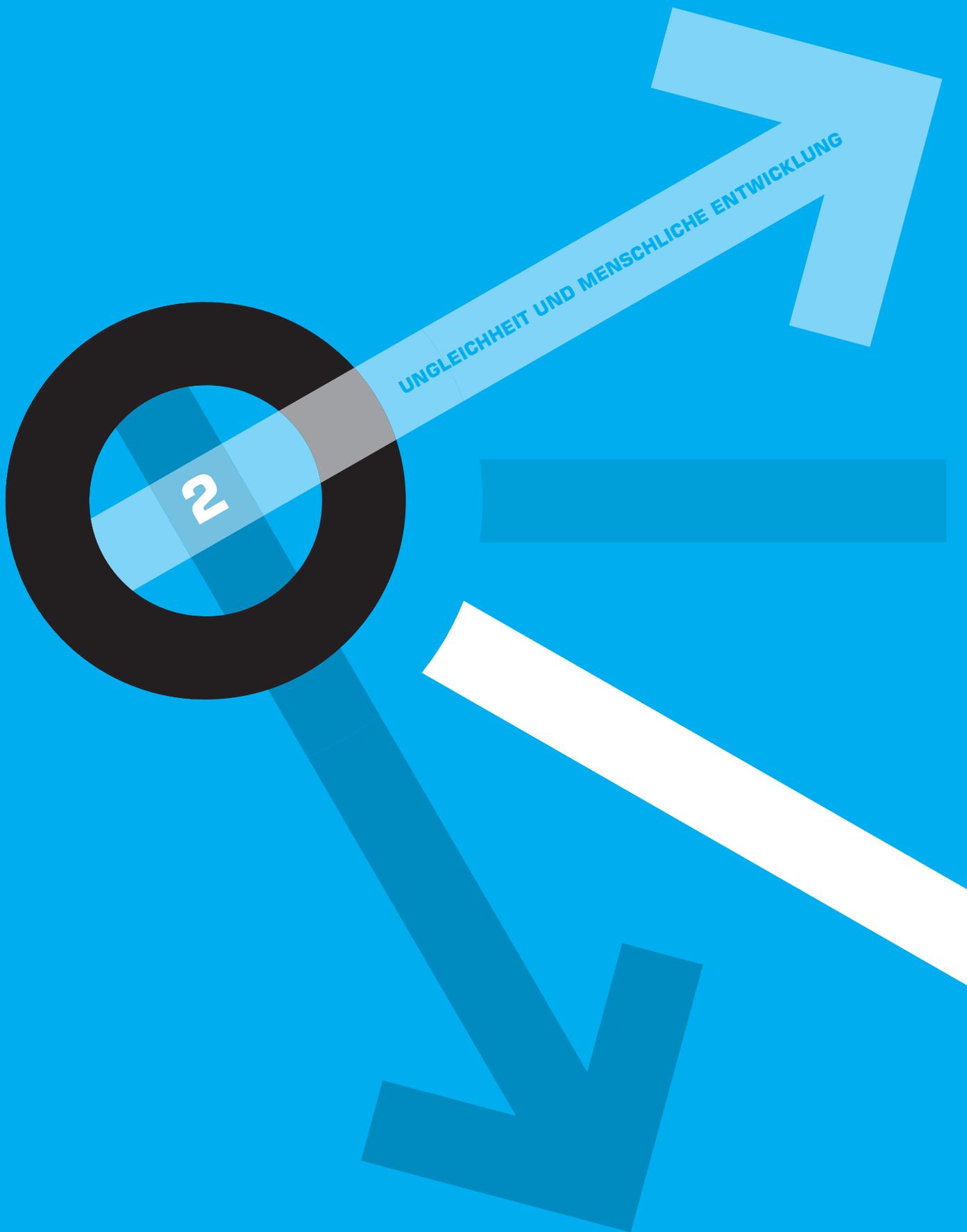
Quelle: Uganda Ministry of Finance, Planning, and Economic Development 2003, Ssewanyana et al. 2004.

derung wird nicht erzielt werden können, wenn die Kinder krank sind, weil ihre Familien keinen Zugang zu sauberem Wasser und bezahlbarer Medizin haben. Die Multiplikatoreffekte zwischen den einzelnen Zielen sind besonders ausgeprägt bei der Bildung für Frauen. Bildung und mehr Macht für Frauen sind ein menschliches Entwicklungsziel von eigenem Wert: Sie sind ein Selbstzweck. Den Frauen mehr Macht zu geben, beschleunigt Fortschritte bei der Umsetzung der MDGs und breiter angelegten menschlichen Entwicklungszielen. Gebildete Frauen können ihre Fruchtbarkeit besser kontrollieren und grundlegende Gesundheitsdienste fordern, werden mit geringerer Wahrscheinlichkeit HIV/AIDS bekommen und können ihren Töchtern bessere Bildung vermitteln (siehe Kasten 1.3).

Ein Kurswechsel Richtung Millenniumsziele, hin zu ihrer weltweiten Umsetzung, erfordert neue Entwicklungspartnerschaften. Viele der Länder, die die Ziele weit verfehlen, insbesondere in Afrika, aber auch in anderen Regionen mit niedrigen Einkommen, haben nicht die finanziellen Ressourcen für die öffentlichen Investitionen, die erforderlich sind, um positive Rückkoppelungen von erhöhten Investitionen in menschliche Entwicklung

und schnellerem Wachstum zu ermöglichen. Der Bericht des UN-Millenniumsprojekt 2005 schlägt einen ambitionierten aber praktikablen Rahmen für eine neue Partnerschaft auf der Basis von zwei Bausteinen vor. Erstens muss jedes Entwicklungsland klare nationale Strategien zur Erreichung der MDGs festlegen, einschließlich der finanziellen Lücken, die geschlossen werden müssen. Zweitens müssen die reichen Länder als Teil ihrer MDG-Zusagen die Entwicklungshilfemittel mobilisieren, um diese Lücken zu schließen – ein Thema, das wir in Kapitel 3 genauer betrachten werden.

Über die Finanzierungsfrage hinaus gibt es eine weitere grundlegende Voraussetzung dafür, dass die Welt wieder auf Kurs kommt: eine erneute Schwerpunktsetzung auf Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit. Wie wir im nächsten Kapitel zeigen werden, haben tiefsitzende strukturelle Ungleichheiten bei menschlichen Grundvoraussetzungen, Chancen und beim Einkommen eine enorme Bremsfunktion für die Millenniums-Entwicklungsziele. Wenn diese Bremse dadurch gelöst würde, dass Strategien für mehr Gleichheit ins Zentrum der nationalen Strategien zum Erreichen der MDGs gerückt werden, würden die Erfolgchancen dramatisch erhöht.



**„Es gibt nur zwei Familien
auf der Welt, wie meine
Großmutter zu sagen pflegte:
die, die etwas haben, und die,
die nichts haben.“**

Sancho Pansa in „*Don Quijote von la Mancha*“ (Miguel de Cervantes)

Die Millenniums-
Entwicklungsziele wurzeln
in Vorstellungen von
globaler Gerechtigkeit
und Menschenrechten

„Was treibt eine mächtige und stimmungsgewaltige Lobby dazu, nach mehr Gleichheit zu drängen?“ Diese Frage stellte die britische Premierministerin Margaret Thatcher im Jahr 1975 und gab auch gleich ihre eigene Antwort darauf: „Oft reduziert sich ihre Motivation auf ein gewöhnliches Gemisch aus Neid und bourgeoisen Schuldgefühlen.“¹ Platon sah dies anders. Er warnte im 5. Jahrhundert v. Chr. die Gesetzgeber Athens vor der Bedrohung durch extreme Ungleichheit und schrieb: „Es sollte unter den Bürgern weder drückende Armut noch übermäßigen Reichtum geben, denn beide verursachen große Übel.“²

Dies sind zwei kontrastierende Ansichten zu einer Frage, die auch heute höchst aktuell ist: Spielt Ungleichheit eine Rolle? Und wenn ja, warum? In diesem Kapitel vertreten wir das Argument, dass Ungleichheit deshalb von Bedeutung ist, weil sie grundlegende Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung hat. Extreme Ungleichheiten bei den Möglichkeiten und Lebenschancen der Menschen haben einen unmittelbaren Einfluss darauf, was sie sein und was sie tun können, also auf die menschlichen Fähigkeiten. Kinder, deren Überlebenschancen geringer sind, weil sie in einem Haushalt mit geringem Einkommen oder einem indigenen Haushalt zur Welt kommen oder weil sie weiblich sind, haben eindeutig schlechtere Voraussetzungen für die Entwicklung ihres Potenzials. Eine ererbte Benachteiligung in Bezug auf die Möglichkeiten und Chancen ist ein Unrecht in sich: Sie verstößt gegen Grundprinzipien der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt jedoch auch triftige pragmatische Gründe dafür, sich mit Ungleichheit auseinanderzusetzen. Tiefe Disparitäten auf Grund von Wohlstand, Wohnregion, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit sind schlecht für das Wachstum, schlecht für die Demokratie und schlecht für den sozialen Zusammenhalt.

Sie sind auch schlecht für die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs). Diese haben nicht unmittel-

bar die Ungleichheit im Visier und sind insofern verteilungsneutral. Die Fortschritte werden anhand aggregierter, als Durchschnitt ermittelter Veränderungen auf nationaler Ebene gemessen. Theoretisch könnten die Millenniumsziele sogar dann erreicht werden, wenn etwa Haushalte mit niedrigem Einkommen bei den Zielvorgaben für die Einkommensarmut oder die Gesundheit zurückfallen würden oder wenn die Kindersterblichkeitsrate bei Jungen so stark sinken würde, dass dies den langsameren Rückgang der Sterblichkeitsrate von Mädchen ausgleichen würde.

Dieser gegen die Verteilung blinde Fleck der Ziele ist eine ihrer Schwächen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens wurzeln die Millenniums-Entwicklungsziele selbst in Vorstellungen von globaler Gerechtigkeit und Menschenrechten, und zwar als universelle Ansprüche, nicht als wahlweise oder willkürlich gewährte Leistungen. Daraus folgt, dass Fortschritte allen zugute kommen sollten, ungeachtet des sozioökonomischen Status, des Geschlechts, des Wohlstands der Eltern oder der Wohnregion in dem jeweiligen Land. Dennoch enthalten die Ziele keine Mahnung an die Regierungen, die Fortschritte auf dem Weg zu den Zielen für alle Bereiche der Gesellschaft zu messen und nicht nur als Gesamtwert. Die den Menschen offen stehenden Möglichkeiten, die

Bei vielen MDGs bleiben die Armen derzeit zurück

über die Verteilung von Einkommen, Bildung, Gesundheit und weiterer Lebenschancen in einer Gesellschaft entscheiden, sind nicht zufällig verteilt. Wir zeigen in diesem Kapitel, dass die Disparitäten, die die Fortschritte in Richtung auf die Millenniumsziele behindern, systemischer Natur sind. Sie sind ein Spiegelbild komplexer Hierarchien von über Generationen hinweg vererbten Bevorzugungen und Benachteiligungen – aber auch von Entscheidungen auf staatlicher Ebene.

Der zweite Grund für eine gezielte Auseinandersetzung mit der Ungleichheit hängt mit den Fortschritten im Rahmen der Millenniumsziele zusammen. Bei vielen MDGs bleiben die Armen derzeit zurück. Wie wir in diesem Kapitel zeigen, führen Daten aus einer großen Ländergruppe immer wieder zu der Feststellung, dass die Fortschritte der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung weit unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Dies ist nicht nur ungerecht, es ist auch nicht optimal für die Erreichung der MDGs insgesamt. Der auf die Armen entfallende Anteil der Entbehrungen ist proportional sehr viel höher als der Anteil, der auf die entfällt, die nicht arm sind. Daraus folgt, dass die Beschleunigung der Fortschritte der Armen einer der wirksamsten Wege zu schnelleren Fortschritten für das ganze Land ist. Anders ausgedrückt: Die gegenwärtigen Fortschrittmuster verlangsamen das generelle Voranschreiten, weil die kleinsten Zugewinne von den Haushalten verzeichnet werden, die den größten Teil des Problems ausmachen.

Diese Überlegungen haben wichtige Auswirkungen auf die Konzeption der MDG-Strategien. Bei zahlreichen Zielen ist nach Ansicht der Fachleute jetzt erwiesen, dass ein

auf den „Trickle-down“-Effekt gestützter Ansatz zur Verringerung der Disparitäten und zur Aufrechterhaltung des Gesamtfortschritts nicht funktionieren wird. Die MDGs legen quantifizierbare Vorgaben fest, die sich für die Ausarbeitung politischer Strategien unter Berücksichtigung technischer und finanzieller Aspekte eignen. Letztlich sind die wirklichen Hindernisse für größere Fortschritte jedoch sozialer und politischer Natur. Sie wurzeln im ungleichen Zugang zu Ressourcen und in der ungleichen Machtverteilung innerhalb der Länder und zwischen ihnen. Werden diese Ungleichheiten nicht korrigiert, dann werden die obersten Grundsätze der Millenniums-Erklärung – das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Menschenrechte –, von denen sich die Millenniums-Entwicklungsziele ableiten, nicht schnell genug in Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung umgesetzt werden. Als angemessene Antwort hierauf muss sichergestellt werden, dass Ungleichheit und die Maßnahmen zur Überwindung der Disparität in den Lebenschancen bei der Konzeption der Armutsbekämpfungsstrategien einen höheren Stellenwert erhalten.

Dieses Kapitel legt zunächst dar, warum die Ungleichheit von Bedeutung ist. Dann untersucht es ihre verschiedenen Dimensionen und zeigt, wie die ineinander greifenden Ungleichheiten beim Einkommen, bei der Gesundheit und bei der Bildung die Armen benachteiligen. Schließlich zeigt es, wie selbst bescheidene Vorstöße in Richtung auf eine größere Verteilungsgerechtigkeit die menschliche Entwicklung voranbringen und die Fortschritte in Richtung auf die Millenniumsziele beschleunigen können.

Warum Ungleichheit von Bedeutung ist

Allen großen Religionen ist Gerechtigkeit ein Anliegen

Die Idee der Ungleichheit wurzelt ebenso wie die Idee der Fairness und sozialen Gerechtigkeit in bestimmten Wertvorstellungen. Amartya Sen vertritt die Auffassung, dass heute fast jeder an die Gleichheit von irgendetwas glaubt: gleiche Rechte vor dem Gesetz, gleiche bürgerliche Freiheiten, Chancengleichheit usw.³ Ebenso würden es die meisten Menschen wohl akzeptieren, dass nicht alle Ungleichheiten ungerecht sind. Die Ungleichverteilung der Einkommen ist ein unvermeidliches Produkt jeder funktionierenden Marktwirtschaft, obwohl man durchaus nach dem vertretbaren Maß dieser Ungleichverteilung fragen kann. Gleichzeitig würden nur wenige Menschen es grundsätzlich akzeptieren, dass ungleiche Chancen hinnehmbar sind, wenn sie auf Geschlecht, erbtem Wohlstand, ethnischer Zugehörigkeit oder anderen geburtsbedingten Zufälligkeiten beruhen, auf die der Einzelne keinen Einfluss hat. Der Gedanke, dass Menschen zu einem frühen Tod, zu Analphabetentum oder einem Dasein als Bürger zweiter Klasse verurteilt sind, weil ihnen bestimmte Eigenschaften vererbt wurden, die ihrer Kontrolle entzogen sind, ist für die meisten Menschen nicht mit dem vereinbar, was sie als fair empfinden.⁴

Unter dem Blickwinkel der menschlichen Entwicklung gibt es eine Reihe sich gegenseitig verstärkender, wesentlicher und pragmatischer Gründe, warum Ungleichheit von Bedeutung ist. Diese lassen sich zu fünf größeren Gruppen zusammenfassen:

Soziale Gerechtigkeit und Moral

Dass Entbehrungen nicht uneingeschränkt hinzunehmen sind, ist ein grundlegender Gedanke, der in den meisten Gesellschaften und Wertesystemen anzutreffen ist. Adam Smith formulierte dieses Grundkonzept mit großem Nachdruck, als er schrieb: „Keine Gesellschaft kann gedeihen und glücklich sein, wenn der weitaus größere Teil ihrer Mitglieder arm und elendig

ist.“⁵ Er war es auch, der den Gedanken der relativen Armut entwickelte, mit dem Argument, dass alle Mitglieder der Gesellschaft über ein ausreichendes Einkommen verfügen sollten, das sie dazu befähigt, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, „ohne sich schämen zu müssen“. Allen großen Religionen ist Gerechtigkeit ein Anliegen, und sie erlegen ihren Anhängern die moralische Verpflichtung auf, etwas gegen extreme Benachteiligung zu tun. In der öffentlichen Meinung kommen breitere normative Forderungen zum Ausdruck. Meinungsumfragen zeigen, dass über 80 Prozent der Öffentlichkeit in den (höchst unterschiedlichen) lateinamerikanischen Ländern den Abstand zwischen Reichen und Armen für zu groß halten, und dass ein nur unwesentlich kleinerer Prozentsatz im (viel weniger ungleichen) Großbritannien ebenfalls über diesen Abstand besorgt ist.⁶ Während wohl nur wenige der Befragten in der Lage wären, Auskunft über ein annehmbares Ausmaß der Ungleichheit zu geben, geht aus den Umfrageergebnissen klar hervor, dass es eine Grundvorstellung von sozialer Gerechtigkeit gibt.

Die Armen zuerst

Die Pareto-Effizienz oder Optimalität – eine der Kernideen der modernen Wirtschaftslehre – besagt, dass nur eine Veränderung, die niemandem zum Nachteil gereicht, als „wohlfahrtsfördernd“ bezeichnet werden kann. Eine Umverteilung von Reich zu Arm ist keine „Pareto-Verbesserung“, weil der Definition entsprechend einige dadurch schlechter gestellt werden. Aber wie schon Amartya Sen sagte: „Eine Gesellschaft kann im Sinne Paretos optimal und dennoch absolut widerwärtig sein.“⁷ Dieser Ausspruch gibt höchst eindrücklich den Gedanken wieder, dass es für das hinnehmbare Maß der Ungleichheit Grenzen gibt.

Tatsächlich liefert die Wirtschaftslehre selbst starke Argumente zu Gunsten der Um-

Extreme Ungleichheit ist nicht nur schlecht für die Armutsbekämpfung, sie ist auch schlecht für das Wachstum

verteilung. Die meisten Menschen und die meisten demokratisch gewählten Regierungen akzeptieren es im Prinzip, dass die Verbesserung des Wohlergehens der Armen und Benachteiligten größeres Gewicht erhalten sollte als Verbesserungen zu Gunsten der Reichen und Privilegierten.⁸ Das Einkommen einer Volkswirtschaft ist keine ausreichende statistische Größe zur Bewertung der Wohlfahrt, und zwar genau deshalb, weil dabei die Verteilung des durch Wachstum erzeugten Einkommens ignoriert wird. Vor dem Hintergrund sinkender Erträge eines steigenden Wohlstands wird ein simples Konzept besser verständlich: Ein zusätzlicher US-Dollar in der Hand eines landlosen landwirtschaftlichen Tagelöhners in Südasien oder eines Slumbewohners in einer lateinamerikanischen Stadt schafft mehr Wohlfahrt als der äquivalente Betrag in der Hand eines Millionärs. So kann eine Politik, die das Einkommen der Armen um einen US-Dollar erhöht, durchaus lohnend sein, auch wenn sie den Rest der Gesellschaft mehr als einen US-Dollar kostet. Aus dieser Perspektive ist es für Regierungen, die zwischen verschiedenen Wegen zum Wachstum entscheiden müssen, sinnvoll, die Option mit dem höchsten Nutzen für die Armen zu wählen, selbst wenn die generellen Wachstumseffekte ungewiss sind.

Viele dieser Argumente gelten auch für andere Bereiche. So würden es beispielsweise die meisten Menschen im Prinzip akzeptieren, dass eine zusätzliche Ausgabe im Staatshaushalt zur Senkung der Kindersterblichkeit oder zur Verbesserung des Zugangs zur Grundschulbildung aus sozialen Gründen einem entsprechenden Betrag zur Subventionierung von Dienstleistungen für Hocheinkommensgruppen vorzuziehen ist.

Wachstum und Effizienz

Käme es zwischen Wachstum und Verteilung zu einem Zielkonflikt, dann würde dies die Regierungen vor harte Entscheidungen stellen: Die durch größere Gerechtigkeit erzielten wohlfahrtsfördernden Zugewinne könnten durch die mit geringerem Wachstum zusam-

menhängenden Verluste zunichte gemacht werden. Es gibt jedoch Belege dafür, dass die Zielkonflikte genau in die andere Richtung wirken. Extreme Ungleichheit ist nicht nur schlecht für die Armutsbekämpfung, sie ist auch schlecht für das Wachstum. Langfristige Effizienz und größere Gerechtigkeit können einander ergänzen. Arme Menschen bleiben zum Teil deshalb arm, weil sie keine Kredite auf ihren künftigen Verdienst aufnehmen können, um damit in die Produktion, in die Bildung ihrer Kinder oder in Vermögenswerte zur Verbesserung ihrer prekären Situation zu investieren. Weitere Investitionshürden sind ungesicherte Landrechte und ein eingeschränkter Zugang zum Justizsystem.

Arme Menschen, die öffentliche Güter wie Informationen und gesetzlich verbriefte Rechte entbehren müssen, haben auch keine Möglichkeit, zum Wachstum beizutragen. Sie treten zu ungleichen Bedingungen in den Markt ein und verlassen ihn mit ungleichen Ergebnissen. Wenn extreme Ungleichheiten auf Grund von Reichtum, Geschlecht oder Wohnregion dazu führen, dass ein großer Teil der Gesellschaft unzureichend mit materiellen Mitteln und sonstigen Voraussetzungen ausgestattet ist, dann leidet die Gesellschaft als Ganzes unter der daraus resultierenden Ineffizienz. Die Vorenthaltung von Bildungschancen für die Hälfte der Bevölkerung ist nicht nur eine Verletzung der Menschenrechte, sondern auch schlecht für das Wachstum. In Pakistan zum Beispiel behinderten die geschlechtsspezifischen Bildungsdisparitäten die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn zugelassen wird, dass die Ungleichverteilung der Wirtschaftsgüter die Massenarmut verfestigt, dann ist das eindeutig schlecht für die Armen, aber es beschränkt auch die Weiterentwicklung der Investitionschancen und Märkte für den Rest der Gesellschaft.

Politische Legitimität

Extreme Ungleichheiten schwächen auch die politische Legitimität und höhlen die Institutionen aus. Die Ungleichverteilung der Einkommen und der menschlichen Befähigungen spiegelt häufig die Ungleichverteilung der poli-

tischen Machtverhältnisse wider. Bestimmte Gruppen – Arme, Frauen, Bewohner ländlicher Gebiete, indigene Gemeinschaften – sind zum Teil deshalb benachteiligt, weil ihre politische Stimme schwach ist, und ihre politische Stimme ist schwach, weil sie benachteiligt sind.

Wo politische Institutionen als Instrument zur Verfestigung ungerechter Ungleichheiten oder zur Förderung der Interessen von Eliten betrachtet werden, untergräbt dies den Aufbau der Demokratie, und es entstehen Bedingungen, die zum Zusammenbruch von Staaten führen können. In Ländern wie Bolivien und Ecuador haben sich Konflikte über die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen auf einer grundlegenden Ebene zum Brennpunkt für benachteiligte indigene Gruppen entwickelt, denen Institutionen, die als uneinsichtig empfunden wurden, eine politische Mitsprache verweigerten.

Ziele staatlicher Politik

Die meisten Gesellschaften betrachten die Verringerung der Armut und die Beseitigung ungerechter Ungleichheiten als wichtige Ziele staatlicher Politik. Extreme Disparitäten erschweren die Verfolgung dieser Ziele. Wie wir in diesem Kapitel zeigen, begrenzt eine extreme Ungleichverteilung der Einkommen das Tempo, mit dem Wachstum in geringere Armut umgesetzt wird. Entsprechend reduzieren extreme Disparitäten bei Gesundheit und Bildung die Möglichkeiten der benachteiligten Gruppen, Chancen zur Verbesserung ihres Wohlergehens wahrzunehmen.

Gegenargumente widerlegt

Es gibt Gegenargumente gegen die Behauptung, dass Ungleichheit eine wichtige Rolle spiele. Manche Libertäre bestreiten die Existenz einer „sozialen Gerechtigkeit“. F.A. Hayek, der Theoretiker des freien Marktes, vertrat das berühmt gewordene Argument, es sei unsinnig, von der fairen oder unfairen Verteilung von Ressourcen zu sprechen. Seiner Meinung nach sind es die freien Märkte und nicht das menschliche Handeln, die die angemessene Allokation von

Wohlstand und Ressourcen bestimmen. Diese Sichtweise ignoriert die Rolle des menschlichen Handelns und der ungleichen Machtverhältnisse bei der Schaffung von Marktstrukturen.

Eine andere weit verbreitete Ansicht lautet, dass bestimmte Ungleichheiten von größerer Bedeutung seien als andere und dass die Ungleichheit vor dem Gesetz dabei an erster Stelle stehe.⁹ Rechte und Freiheiten können jedoch nicht für sich allein existieren. Wahrscheinlich werden Menschen, die arm oder krank sind, keinen Zugang zu Bildung haben und nicht in der Lage sind, auf ihre Lebensumstände Einfluss zu nehmen, ihre Freiheit und ihre Rechte nur eingeschränkt nutzen können. Formale Gleichheit hat nur dann einen Sinn, wenn sie durch das untermauert wird, was Amartya Sen die „wesentlichen Freiheiten“ nennt: die Fähigkeit der Menschen, einen bestimmten Lebensstil zu wählen und die Dinge zu tun, auf die sie Wert legen. Tiefgehende Ungleichheiten bei den Lebenschancen begrenzen diese wesentlichen Freiheiten und höhlen damit den Gedanken der Gleichheit vor dem Gesetz aus.

Andere vertreten die Meinung, der eigentliche Brennpunkt der sozialen Gerechtigkeit seien die absoluten Entbehrungen, nicht die Verteilung. Nach dieser Argumentation ist die Position armer Menschen in Relation zu anderen weniger wichtig als das Ausmaß, in dem sie über Einkommen verfügen oder Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildungsmöglichkeiten haben. „Wir sind gegen Armut“, lautet der gängige Refrain, „aber Ungleichheit ist etwas anderes und hat nichts zu tun mit sozialer Gerechtigkeit und den MDGs.“ Auch dieses Argument ist nicht ganz richtig. Absolute Armut und Ungleichheit mögen zwei verschiedene Konzepte sein, aber sie hängen eng miteinander zusammen. Die Disparitäten bei den Lebenschancen sind für die Aussichten, der Armut zu entkommen, entscheidend. So kann der ungleiche Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung oder politischen Rechten die Aussichten eines Individuums auf Überwindung der Armut einschränken. In diesem Kapitel untersuchen wir einige grundlegende Disparitäten, die mit

Absolute Armut und Ungleichheit mögen verschieden sein, aber sie hängen eng miteinander zusammen

In den letzten beiden Jahrzehnten zeichnet sich eine klare Tendenz zu wachsender Ungleichverteilung innerhalb von Ländern ab

Armut interagieren. Die Verbindung zwischen den verschiedenen Disparitäten besteht darin, dass sie in der ungleichen Machtverteilung wurzeln, die Benachteiligung und Armut verfestigt. Die „Pathologien der Macht“, wie ein Autor sie nannte, bilden den Kern der Prozesse, die die Länder vom Kurs auf die Millenniums-Entwicklungsziele abbringen.¹⁰

Wie wir später zeigen werden, hängen die Fortschritte bei der Verringerung der absoluten Armut in hohem Maß von Ungleichheit ab. Das gilt nicht nur für das Einkommen, sondern auch für weiter reichende Ungleichheiten in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Politik. Ferner steht der Gedanke, dass Armut und menschliches Wohlergehen nur absolut, unter Ausschluss jeder relativierenden Überlegung definiert werden können,

nicht nur im Widerspruch zu Erkenntnissen aus Verhaltensstudien, sondern auch zu den grundlegenden Ideen, die Adam Smith 1776 entwickelte. Er vertrat mit Nachdruck das Argument, die relative Verteilung sei ein integraler Bestandteil jeder Beurteilung des menschlichen Wohlergehens. „Unter Notwendigkeiten verstehe ich nicht nur die Güter, die für den Lebensunterhalt unverzichtbar sind, sondern all die Dinge, deren Abwesenheit nach der Sitte des Landes für Menschen, selbst des niedrigsten Standes, die etwas auf sich halten, als unwürdig gilt. Ein Leinenhemd beispielsweise ist streng genommen nicht lebensnotwendig ... Aber in der heutigen Zeit würde sich im größeren Teil Europas ein Tagelöhner, der etwas auf sich hält, schämen, sich ohne ein Leinenhemd in der Öffentlichkeit zu zeigen.“¹¹

Ineinandergreifende Benachteiligungen: Ungleichheit innerhalb von Ländern

Kapitel 1 befasste sich mit den Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern. Solche Ungleichheiten finden sich auch innerhalb von Ländern wieder. Zwischen reichen und armen Menschen, Männern und Frauen, ländlichen und städtischen Gebieten, verschiedenen Regionen und Gruppen bestehen nach wie vor tiefgehende Disparitäten hinsichtlich der menschlichen Entwicklung. Diese Ungleichheiten treten selten isoliert auf. Sie schaffen sich gegenseitig verstärkende Strukturen der Benachteiligung, von denen die Menschen ihr Leben lang nicht loskommen und die über Generationen weitergegeben werden.

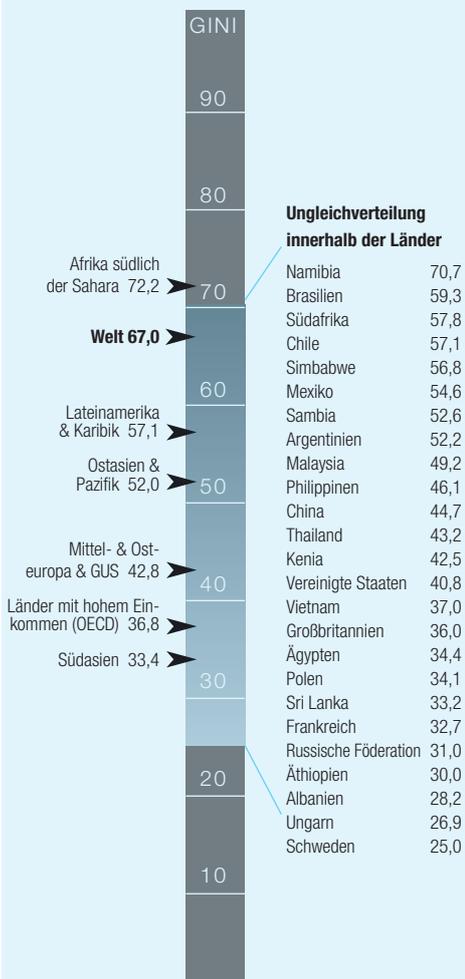
Bei der Ungleichverteilung der Einkommen gibt es erhebliche Abweichungen zwischen den Regionen. Allgemein gesagt bewegt sich die Ungleichverteilung in Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara auf einem hohen Niveau, während sie in Südasien und in den Mitglied-

staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sehr viel niedriger ist. Obwohl es keine eindeutigen Schwellenpunkte gibt, können Länder mit einem Gini-Koeffizienten über 50 der Kategorie hohe Ungleichverteilung zugeordnet werden (Grafik 2.1).

Häufig werden länderübergreifende Belege zur Unterstützung der Ansicht zitiert, die Ungleichverteilung würde sich über einen längeren Zeitraum wenig ändern. Diese Behauptung ist in wichtigen Punkten irreführend. Wenn auch der Vergleich von Erhebungen, die in verschiedenen Ländern und zu unterschiedlichen Zeitpunkten vorgenommen wurden, schwierig ist, zeichnet sich doch in den letzten beiden Jahrzehnten eine klare Tendenz zu wachsender Ungleichverteilung innerhalb von Ländern ab. Von den 73 Ländern, für die Daten vorliegen, verzeichneten 53 (mit mehr als 80 Prozent

Grafik 2.1 Ungleichverteilung des Einkommens – ausgewählte Länder und Regionen

Gini-Koeffizient, Einkommensverteilung (Pro-Kopf-BIP, PPP US-\$)



Quelle: Regionale Daten, Dikhanov 2005; Länderdaten, Indikatortabelle 15.

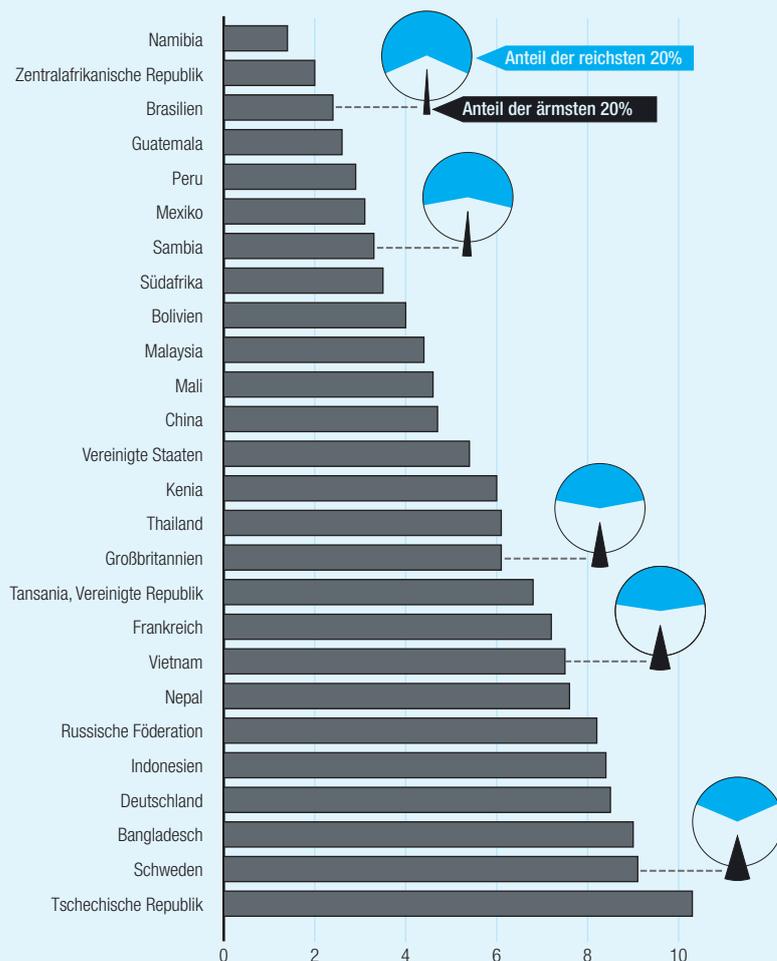
der Weltbevölkerung) eine Zunahme der Ungleichverteilung, während nur neun (mit vier Prozent der Weltbevölkerung) einen Rückgang erlebt haben.¹² Dies gilt sowohl für Situationen mit hohem als auch für solche mit geringem Wachstum (wie im ersten Fall für China und im zweiten Fall für Bolivien), und es gilt quer über alle Regionen hinweg.

Die Unterschiede beim Gini-Koeffizienten hängen mit den Unterschieden beim Anteil der ärmsten Gruppen am Nationaleinkommen zusammen. Allgemein gesprochen, ist der Gini-Koeffizient umso höher, je geringer der von den ärmsten Gesellschaftsschichten erreichte An-

teil am Nationaleinkommen ist. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung in Ländern mit geringer Ungleichverteilung wie Indonesien und Vietnam erreichen einen drei- bis viermal höheren Anteil am Nationaleinkommen als die entsprechende Gruppe in Ländern mit hoher Ungleichheit wie Guatemala und Peru (Grafik 2.2). Während Einkommensunterschiede zwischen den Ländern für den größten Teil der weltweiten Ungleichverteilung verantwortlich sind, stehen die Einkommensdisparitäten innerhalb vieler Länder dem Ausmaß der globalen Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung nicht nach. In Brasilien entfallen auf die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung 0,7 Prozent des Nationaleinkommens, auf die reichsten zehn Prozent dagegen 47 Prozent.

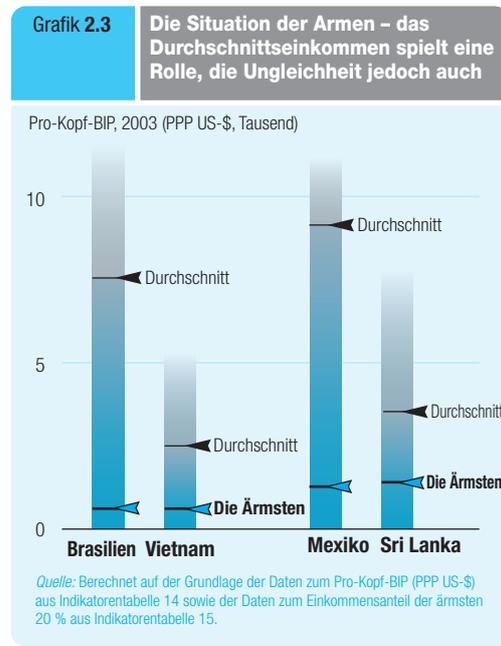
Grafik 2.2 Die Anteile am Einkommenskuchen

Anteil der ärmsten 20%, 2003 (%)



Quelle: Indikatortabelle 15.

Auch innerhalb Afrikas südlich der Sahara ist die Ungleichverteilung sehr hoch. In Sambia zum Beispiel beträgt das Verhältnis zwischen dem Einkommen der reichsten und dem Einkommen der ärmsten zehn Prozent 42:1.



Die Verteilungsmuster haben erheblichen Einfluss auf den Zusammenhang zwischen Durchschnittseinkommen und Armutsniveau. Eine gleichmäßigere Verteilung kann bedeuten, dass arme Menschen in Ländern mit geringer Ungleichverteilung über ein höheres Einkommen verfügen als arme Menschen in Ländern mit höheren Durchschnittseinkommen. Dies ist ein klares Beispiel dafür, wie sich die Verteilung auf die absolute Armut auswirkt. So ist etwa das Durchschnittseinkommen in Brasilien dreimal so hoch wie das Durchschnittseinkommen in Vietnam. Aber das Einkommen der ärmsten 20 Prozent der Brasilianer liegt weit unter dem Durchschnittseinkommen in Vietnam und ist mit dem der ärmsten 20 Prozent dieses Landes vergleichbar (Grafik 2.3). Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung Großbritanniens verfügen über ein Einkommen, das mit dem der ärmsten 20 Prozent in der Tschechischen Republik, einem weit weniger wohlhabenden Land, vergleichbar ist.

Aus diesem Vergleich lässt sich schließen, dass das Durchschnittseinkommen die Auswirkungen der Verteilungsmuster auf die tatsächliche Wohlfahrt verschleiert. Der Index für menschliche Entwicklung (HDI) ist ebenfalls ein Durchschnittsindikator. Insofern bietet auch er ein Bild der Lage einer hypothetischen Durchschnittsperson eines Landes, nicht einer durchschnittlichen armen Person. Dies lässt sich mit einem einfachen Rechenexempel nachweisen. Zieht man für die Einkommenskomponente des HDI an Stelle des allgemeinen Durchschnittseinkommens das Durchschnittseinkommen der ärmsten 20 Prozent heran, während alle anderen Größen konstant bleiben – einschließlich der Ergebnisse im Gesundheits- und Bildungsbereich – so fällt Brasilien in der HDI-Einstufung um 52 Ränge (auf Platz 115) und Mexiko um 55 Ränge (auf Platz 108) zurück.

Vergleiche zwischen Ländern mit niedrigem Einkommen und Ländern mit hoher Ungleichverteilung sind auch in anderer Hinsicht aufschlussreich. Sie machen deutlich, dass bei einem beliebigen Durchschnittseinkommen eine ausgewogenere Verteilung mit geringerer Armut assoziiert werden kann. Zur Veranschaulichung lässt sich die Überlegung anstellen, wie sich die Einkommen in den verschiedenen Teilbereichen der Gesamtverteilung in einem Land verändern würden, wenn diesem die Verteilungsmuster eines Landes mit höherer Gleichheit auferlegt würden. Derzeit verfügen die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung in Guatemala über ein Durchschnittseinkommen von 550 US-Dollar pro Jahr. Sie liegen damit um 46 Prozentpunkte unter der internationalen Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag. Würde diese Gruppe denselben Anteil am Nationaleinkommen erreichen wie die ärmsten 20 Prozent in Vietnam, dann würde ihr Durchschnittseinkommen auf 1.560 US-Dollar steigen und damit um 66 Prozentpunkte über der Grenze von zwei US-Dollar pro Tag liegen.¹³ Natürlich könnte man argumentieren, dass dieses Beispiel ignoriert, welche potenziell negativen Effekte der Übergang zu größerer Verteilungsgerechtigkeit in Guatemala auf das Wachstum und damit auf die Ge-

samtgröße der Volkswirtschaft ausüben könnte. Aber das Beispiel Vietnams, einer dynamischen, rasch wachsenden Volkswirtschaft mit geringer Ungleichheit, ist ein Hinweis darauf, dass auch in Guatemala, das zwei Jahrzehnte eines langsamen Wachstums erlebt hat, positive Auswirkungen möglich wären.

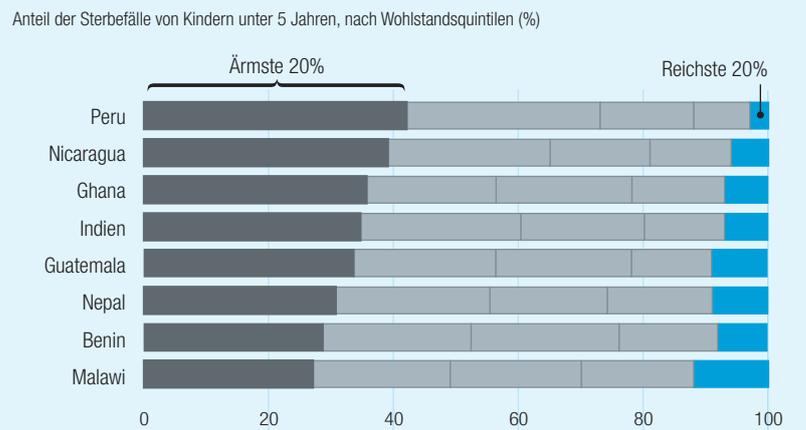
Einkommensungleichheiten reflektieren und beeinflussen die breiteren Ungleichheiten bei den Lebenschancen, beginnend mit der Chance des Überlebens.¹⁴ In Bolivien und Peru sind die Säuglingssterblichkeitsraten bei den Kindern der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung vier- bis fünfmal höher als bei den Kindern der reichsten 20 Prozent. Auf Grund ihrer höheren Geburtenzahlen sind die Armen bei der Verteilung der Sterbefälle von Kindern stark überrepräsentiert (Grafik 2.4). Dies zeigt recht krass, wie Ungleichheit die Menschen wesentlicher Freiheiten und Wahlmöglichkeiten beraubt, ungeachtet ihrer formalen Rechte und Freiheiten.

Wohlstandsbedingte Unterschiede sind das erste Glied eines Kreislaufs der Ungleichheit, aus dem die Menschen ihr Leben lang nicht herauskommen. Für Frauen in armen Haushalten besteht eine geringere Wahrscheinlichkeit, dass sie eine Schwangerschaftsbetreuung erhalten und dass ihre Geburten von einer medizinischen Fachkraft begleitet werden (Grafik 2.5). Die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Kinder überleben oder dass sie eine Schulbildung abschlie-

ßen, ist geringer. Kinder ohne abgeschlossene Schulbildung werden wahrscheinlich niedrigere Einkommen haben. So setzt sich der Kreislauf der Benachteiligung über Generationen fort.

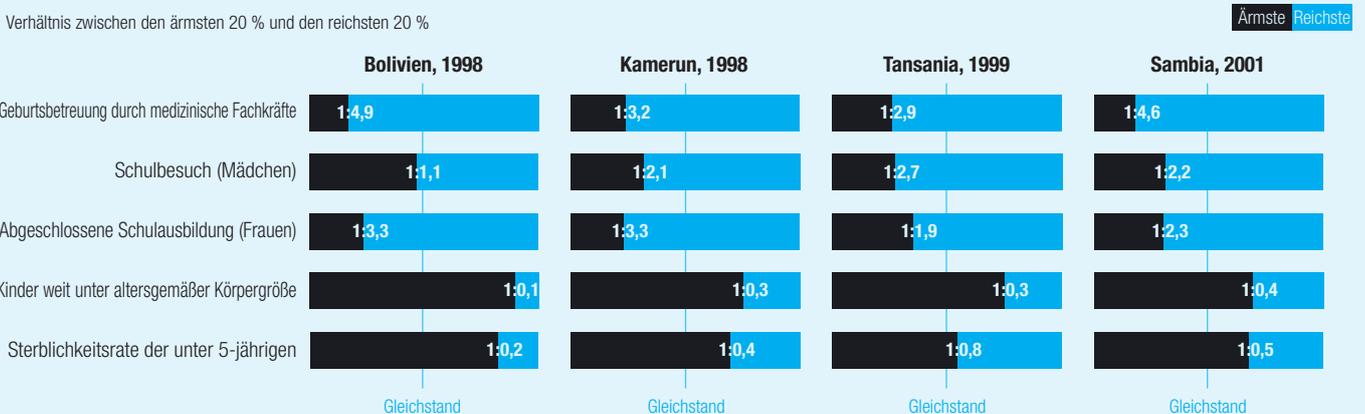
Auch in den reichen Ländern sind die grundlegenden Lebenschancen ungleich verteilt. Kapitel 1 warf ein Schlaglicht auf die tiefe Kluft, die hier den Durchschnittsbürger eines reichen Landes vom Durchschnittsbürger eines armen Landes trennt. Von dieser Kluft abgesehen, sind auch die Lebenschancen bestimmter benachteiligter Gruppen in der ‚Ersten Welt‘ mit dem Durchschnitt in Ländern vergleichbar, in denen das Einkommensniveau sehr viel niedriger ist. Ärmere Menschen sterben früher und sind häufiger krank. In den Vereinigten Staaten

Grafik 2.4 Höchste Sterbewahrscheinlichkeit für die Kinder der Ärmsten



Quelle: Berechnet auf der Grundlage der Daten zur Sterblichkeit der unter 5-jährigen und zu Geburten aus Gwatkin et al. (demnächst erscheinend).

Grafik 2.5 Der Kreislauf der Ungleichheit – armen Kindern und Jugendlichen ergeht es schlechter



Quelle: Gwatkin et al. (demnächst erscheinend).

leben Männer in der Gruppe der obersten fünf Prozent der Einkommenspyramide rund 25 Prozent länger als Männer in der Gruppe der untersten fünf Prozent.¹⁵ Zugleich ist es trotz hoher Gesundheitsausgaben nicht gelungen, die großen Disparitäten bei den Säuglingssterblichkeitsraten zu beseitigen, die durch die Rasse der Menschen, ihren Wohlstand und ihren Wohnsitz in bestimmten Bundesstaaten bedingt sind. Diese Disparitäten behinderten die Fortschritte bei der Senkung der Säuglingssterblichkeit. Die Säuglingssterblichkeitsrate in den Vereinigten Staaten ist mit der in Malaysia vergleichbar, einem Land, dessen Einkommen nur ein Viertel des amerikanischen beträgt. Bei afroamerikanischen Kindern in Washington D.C. ist die Säuglingssterblichkeitsrate höher als bei Kindern im indischen Staat Kerala. Zwar spielen dabei auch andere sozioökonomische Faktoren eine Rolle, aber finanzielle Barrieren für eine angemessene Gesundheitsversorgung tragen erheblich zu dieser Situation bei (Kasten 2.1).

Schichten der Ungleichheit beschränken Lebensentscheidungen

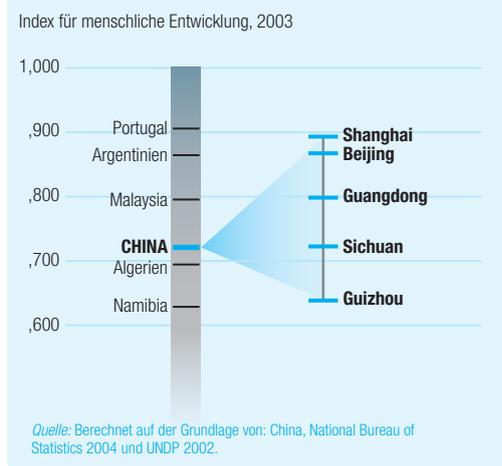
In jedem Land werden die Lebenschancen durch komplexe Schichtungen von Ungleichheit eingengt. Disparitäten bei den Bildungs-, Gesundheits- und Einkommenschancen sowie bei den Möglichkeiten politischer Einflussnahme finden sich in unterschiedlicher Größenordnung in allen Ländern. Ungleichheiten, die mit Wohlstand, Geschlecht, Wohnort, Rasse und ethnischer Zugehörigkeit zusammenhängen, üben ebenso wie andere Kriterien für Benachteiligung ihre Wirkung nicht isoliert aus. Durch ihre Interaktion entstehen dynamische und sich gegenseitig verstärkende Kreisläufe der Benachteiligung, die über Generationen weitergegeben werden. Im Aufbrechen dieser Kreisläufe liegt einer der Schlüssel für schnelleren Fortschritt bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Regionale Ungleichheiten

In vielen Ländern sind regionale Disparitäten eine wichtige Quelle der Ungleichheit. Im Nordosten Brasiliens beträgt die Säuglings-

sterblichkeitsrate 52 Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeburten, während es im Südosten des Landes nur 20 pro 1.000 sind. Die zehn Kommunen mit den niedrigsten Säuglingssterblichkeitsraten verzeichnen im Durchschnitt acht Sterbefälle auf jeweils 1.000 Lebendgeburten, das ist mit den Raten in einigen Hocheinkommensländern vergleichbar. Die zehn Kommunen mit den höchsten Raten verzeichnen 117 pro 1.000, das sind mehr als im indischen Staat Bihar. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit sind umgekehrt proportional zur Säuglingssterblichkeitsrate: Im Südosten Brasiliens sind sie doppelt so hoch wie im Nordosten.¹⁶

Grafik 2.6 Unterschiedliche menschliche Entwicklung in Provinzen Chinas



Eine grafische Aufschlüsselung der nationalen HDIs legt das Ausmaß der regionalen Ungleichheit innerhalb der Länder offen (Grafik 2.6). In China reicht der HDI von 0,64 in Guizhou bis zu 0,80 in Guangdong und 0,89 in Shanghai. Wenn diese Provinzen Staaten wären, dann würde Guizhou knapp über Namibia liegen und Shanghai gleichauf mit Portugal. Der HDI in Mexiko reicht von 0,71 in Chiapas und 0,72 in Oaxaca bis 0,89 in Mexiko Stadt, eine Spanne, die den Länderrangstufen von El Salvador bis Republik Korea entspricht. Eine Erklärung hierfür sind Bildungsunterschiede. Die Analphabetenraten bewegen sich zwischen drei Prozent in Mexiko Stadt und mehr als 20 Prozent in Chiapas und Guerrero. Grafik 2.7 verwendet ein Baumdiagramm zur

Kasten 2.1 **Ungleichheit und Gesundheit in den Vereinigten Staaten**

Bei den Ausgaben für die Gesundheitsversorgung liegen die Vereinigten Staaten an der Weltspitze. Pro Kopf erreichen ihre Ausgaben mit 13 Prozent des Nationaleinkommens das Doppelte des Durchschnitts der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Dennoch haben manche Länder, die erheblich weniger aufwenden als die Vereinigten Staaten, eine gesündere Bevölkerung. Die US-Indikatoren für die öffentliche Gesundheit sind gezeichnet von tief reichenden Ungleichheiten, die mit Einkommen, Versicherungsschutz, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Geografie und – vor allem – Versorgungszugang zusammenhängen.

Die Schlüsselindikatoren für die Gesundheit in den Vereinigten Staaten liegen weit unter dem, was man angesichts des Wohlstands

des Landes erwarten würde. Besonders bedenklich sind die Trends der Säuglingssterblichkeit. Nach einem 50 Jahre anhaltenden Rückgang der Säuglingssterblichkeit verlangsamte sich dieser Trend ab dem Jahr 2000 und kehrte sich dann um. Die Säuglingssterblichkeitsrate ist in den Vereinigten Staaten gegenwärtig höher als in vielen anderen Industrieländern. Malaysia – ein Land mit einem Viertel des Durchschnittseinkommens der USA – liegt bei der Säuglingssterblichkeit

gleichauf (siehe Grafik 1) Der indische Staat Kerala weist eine städtische Säuglingssterblichkeitsrate auf, die ähnlich hoch ist wie die der Afroamerikaner in Washington D.C.

Die gegenüber anderen Industrieländern schlechteren Gesundheitsdaten der USA erklären sich durch die großen Unterschiede bei der Gesundheit zwischen den einzelnen sozioökonomischen Gruppen. Von der Wiege bis zur Bahre ist die Gesundheit der US-Bürger durch extreme Unterschiede geprägt. So bleiben die rassischen und ethnischen Gesundheitsdisparitäten, die neben anderen Faktoren auf Unterschiede beim Versicherungsschutz, beim Einkommen, bei der Sprache und bei der Bildung zurückzuführen sind, hartnäckig bestehen (Grafik 2). Die Wahrscheinlichkeit, untergewichtige Kinder zu gebären, ist für afroamerikanische Mütter doppelt so hoch wie für weiße Mütter, ebenso die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Kinder vor dem ersten Geburtstag sterben. Zwischen Einkommensunterschieden und Unterschieden bei der Gesundheit besteht eine enge Korrelation. Ein männlicher Säugling, der in einer Familie der obersten fünf Prozent der Einkommenspyramide der

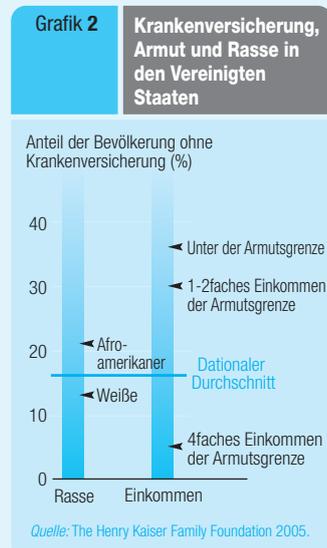
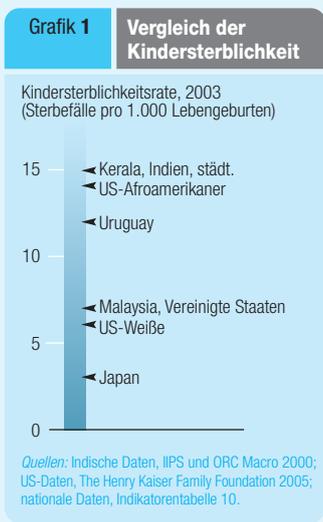
USA geboren wird, wird um 25 Prozent länger leben als ein Säugling in einer Familie der untersten fünf Prozent.

Zu den Ungleichheiten bei der Gesundheit tragen viele Faktoren bei. Eine wichtige Rolle spielt die Deckung durch Krankenversicherung. Die USA sind das einzige reiche Land ohne allgemeines Krankenversicherungssystem. Die Mischung aus beschäftigungsabhängiger privater Versicherung und staatlichen Versorgungsleistungen hat zu keinem Zeitpunkt alle Amerikaner erfasst. Während mehr als die Hälfte der Bevölkerung durch ihren Arbeitgeber versichert ist und fast alle Älteren durch das staatliche Medicare-Programm erfasst sind, waren mehr als ein Sechstel (45 Millionen) der nicht zu den Älteren zählenden Amerikaner im Jahre 2003 ohne Versicherungsschutz. Über ein Drittel (36 Prozent) der Familien unter der Armutsgrenze sind unversichert. Hispanoamerikaner (34 Prozent) sind tendenziell doppelt so oft unversichert wie weiße Amerikaner (13 Prozent), und 21 Prozent der Afroamerikaner haben keine Krankenversicherung. Ebenso variiert die Deckung durch Krankenversicherungen zwischen den 50 Bundesstaaten, je nach Anzahl der Familien mit geringem Einkommen, der Art der Beschäftigung und der Reichweite des Medicaid-Programms des jeweiligen Staates zu Gunsten von Menschen mit niedrigem Einkommen.

Mehr als in jedem anderen großen Industrieland sind in den USA die Kosten einer medizinischen Behandlung eine hohe Zugangshürde. Über 40 Prozent der Unversicherten haben keinen Ort, an dem sie sich regelmäßig medizinisch behandeln lassen können, wenn sie krank sind, und über ein Drittel geben an, dass sie selbst oder ein Familienangehöriger im vergangenen Jahr aus Kostengründen die benötigte medizinische Versorgung, einschließlich empfohlener Behandlungen oder verschreibungspflichtiger Medikamente, nicht in Anspruch nehmen konnten.

Der ungleiche Zugang zur Gesundheitsversorgung hat eindeutige Folgen für die Gesundheitssituation. Wer nicht versichert ist, wird seltener ambulant behandelt und kommt deshalb öfter wegen vermeidbarer Gesundheitsprobleme ins Krankenhaus. Unversicherte werden im Krankenhaus weniger intensiv behandelt und sterben eher als Versicherte. Sie erhalten auch weniger vorbe-

Fortsetzung auf der nächsten Seite



2
Ungleichheit und menschliche Entwicklung

Kasten 2.1 Ungleichheit und Gesundheit in den Vereinigten Staaten (Fortsetzung)

gende Behandlungen. Das Institute of Medicine schätzt, dass jedes Jahr mindestens 18.000 Amerikaner vorzeitig sterben, allein weil sie nicht krankenversichert sind. Wer in einem unversicherten Haushalt geboren wird, wird mit 50 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit im ersten Lebensjahr sterben.

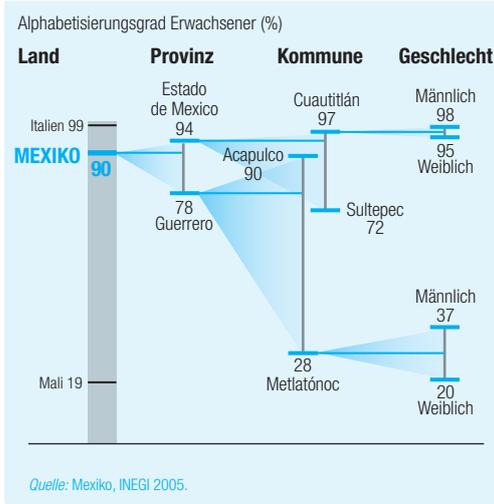
Der ungleiche Zugang zur Gesundheitsversorgung hat entscheidenden Einfluss auf mit der Rasse zusammenhängende Unterschiede bei der Gesundheit, die nur zum Teil mit Versicherungs- und Einkommensungleichheiten zu erklären sind. Eine Untersuchung zeigt, dass fast 85.000 Menschenleben pro Jahr gerettet werden könnten, wenn die Kluft zwischen Afroamerikanern und

weißen Amerikanern bei der Gesundheitsversorgung geschlossen würde. Zum Vergleich: Der technische Fortschritt in der Medizin rettet etwa 20.000 Menschenleben pro Jahr.

Dieser Vergleich unterstreicht einen Widerspruch im Kern des Gesundheitssystems der USA. Ein hoher individueller Kostenaufwand für die Gesundheit reflektiert die medizinische Spitzentechnologie und die modernen Therapiemöglichkeiten, über die das Land verfügt, aber die sozialen Ungleichheiten, verbunden mit Ungleichheiten bei der Gesundheitsfinanzierung, begrenzen die Reichweite des medizinischen Fortschritts.

Quellen: Rowland und Hoffman 2005; Proctor und Dalaker 2003; Munnell, Hatch und Lee 2004; The Henry Kaiser Family Foundation 2005; Deaton 2002.

Grafik 2.7 Bildung in Mexiko – zwei verschiedene Welten



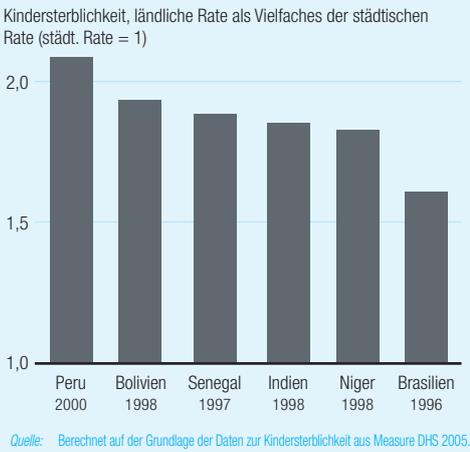
Untersuchung der Ungleichheiten unterhalb der gesamtstaatlichen Ebene in Mexiko. Die reichsten Kommunen in Guerrero, wie etwa der Badeort Acapulco, weisen ein mit Hocheinkommensländern vergleichbares Alphabetisierungsniveau auf, bei geringen geschlechtsspezifischen Disparitäten. Dagegen sinkt in den vorwiegend ländlichen, indigenen und in den Bergen liegenden Kommunen das generelle Alphabetisierungsniveau auf 28 Prozent – die Hälfte des Niveaus von Sudan –, das der Frauen sogar auf 20 Prozent. Die Darstellung der Ungleichheiten als Baumdiagramm bietet die Möglichkeit, die innerhalb des nationalen Durchschnitts bestehenden komplexen Ungleichheitsmuster nachzuvollziehen.

Disparitäten zwischen Stadt und Land

In einem ländlichen Gebiet zu leben, ist in vielen Ländern ein Kriterium für Benachteiligung. Die Armutsraten sind höher und der Zugang zu Dienstleistungen ist geringer. In Ghana beträgt die Armutsrate in der Hauptstadt Accra zwei Prozent, in der ländlichen Savannenregion dagegen 70 Prozent. Auf letztere entfällt ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Ghanas, aber zwei Fünftel der in Armut lebenden Bevölkerungsgruppen. Während in Accra die Armut zurückging, ist sie in der Savanne unverändert geblieben.¹⁷

Auch beim Zugang zu Grundversorgungsdiensten ist die Kluft zwischen Stadt und Land in Ghana sehr ausgeprägt. Nur ein Fünftel der ländlichen Bewohner verfügen über Leitungswasser, während es in der Stadt vier Fünftel sind. Die Sterblichkeitsraten von Kindern unter fünf Jahren sind in den ländlichen Gebieten sehr viel höher und spiegeln eine stärkere Verbreitung der Armut und eine geringere Versorgung mit Basisdiensten wider. In Bolivien sind die Sterblichkeitsraten bei Kindern im ländlichen Raum fast 1,9-mal höher als bei Kindern in Städten (Grafik 2.8). Die Kluft zwischen Stadt und Land verstärkt die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, in vielen Ländern sogar sehr drastisch. In Pakistan beträgt die Disparität zwischen Stadt und Land beim Schulbesuch 27 Prozentpunkte, der

Grafik 2.8 Höheres Mortalitätsrisiko für Kinder im ländlichen Raum



entsprechende Abstand zwischen Mädchen und Jungen im ländlichen Raum erreicht jedoch 47 Prozentpunkte (Grafik 2.9). In vielen Ländern verschärft das Stadt-Land-Gefälle auch die Ungleichheiten innerhalb und zwischen einzelnen Gruppen. Für die indigene Bevölkerung Guatemalas ist die Wahrscheinlichkeit eines Lebens in Armut ohnehin sehr viel höher, jedoch liegt bei der ländlichen indigenen Bevölkerung die Armutsrate um fast das Fünffache über dem Durchschnitt der nicht-indigenen städtischen Bevölkerung (Grafik 2.10).

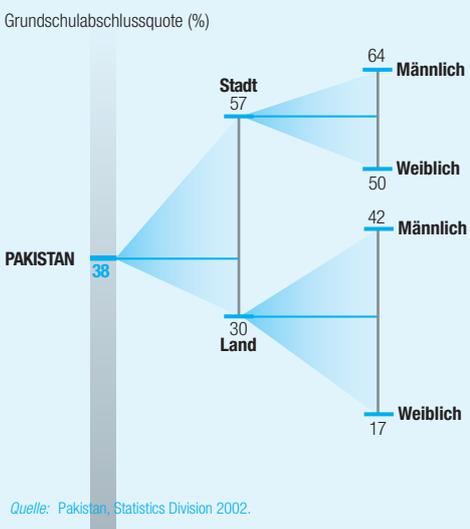
Geschlechtsspezifische Ungleichheit

Die Disparitäten zwischen den Geschlechtern gehören zu den am stärksten verwurzelten und

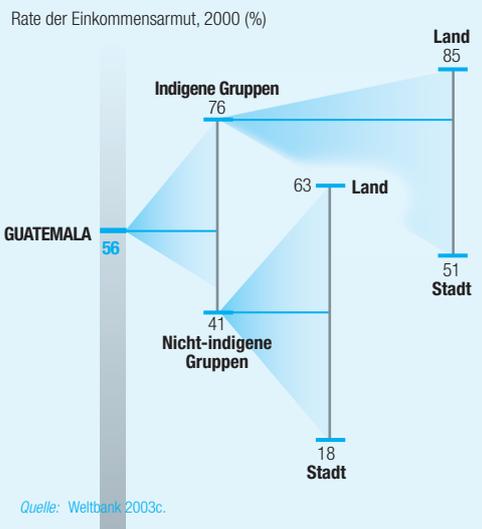
verbreiteten Ungleichheiten. Am schlimmsten tritt dies in Teilen Südasiens zu Tage. In Indien ist die Sterblichkeitsrate bei ein- bis fünfjährigen Mädchen um 50 Prozent höher als bei Jungen. Diese Mädchen, die nicht überleben, weil sie mit zwei X-Chromosomen geboren werden, sind Teil jener 100 Millionen „fehlender Frauen“ in Südasien. Die höheren Sterblichkeitsraten von Mädchen und Frauen von der Geburt bis zum Alter von etwa 30 Jahren kehren das normale demografische Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern um. Sie sind ein Hinweis auf strukturelle Ungleichheiten in Bezug auf die Ernährung, die Gesundheitsversorgung und den gesellschaftlichen Status.

Die Einkommensungleichheit verstärkt die ungleiche Gesundheitssituation von Frauen. In Indonesien sind die Müttersterblichkeitsraten unter den Frauen der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung viermal höher als unter den Frauen der reichsten 20 Prozent. Bei Frauen, die während der Schwangerschaft sterben, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie keine Schulbildung und keinen Zugang zu sauberem Wasser hatten, doppelt so hoch.¹⁸ In der ganzen Entwicklungswelt ist es für arme Frauen weniger wahrscheinlich als für jene aus höheren Einkommensgruppen, dass ihre Geburten von einer medizinischen Fachkraft begleitet werden – ein Schlüsselindikator für die Müttersterblichkeit. In Peru und

Grafik 2.9 Abgeschlossene Schulbildung in Pakistan



Grafik 2.10 Armut in Guatemala – ethnische Zugehörigkeit und Wohnregion



Jemen ist für Frauen der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung die Wahrscheinlichkeit einer Geburtsbetreuung durch medizinische Fachkräfte sechs bis sieben Mal höher als für Frauen der ärmsten 20 Prozent. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten, einschließlich Säuglingssterblichkeit, sind auf allgemeinere Ungleichheiten bei den Lebenschancen zurückzuführen. In Burkina Faso sind die Säuglingssterblichkeitsraten bei Kindern, deren Mütter keine Schulbildung haben, drei Mal höher als bei Kindern von Müttern mit Schulbildung.

Die deutlich sichtbaren Disparitäten bei der menschlichen Entwicklung, die hier beschrieben werden, sind das Ergebnis tieferer struktureller Ungleichheiten. Dazu gehören auch weniger sichtbare Ungleichheiten in den Machtverhältnissen. Die Ausstattung der Armen mit mehr Macht ist einerseits ein Instrument zur Verringerung der Armut und andererseits, da die gesellschaftliche Partizipation eine Dimension der menschlichen Entwicklung darstellt, ein Bestandteil der Armutsbekämpfung selbst. Arme Menschen und benachteiligte Gruppen sind häufig nicht in der Lage, Institutionen zu beeinflussen, die von einer Elite kontrolliert werden. Allgemeiner gesagt wird die Benachteiligung durch Ungleichheiten bei jenen Faktoren verfestigt, die die politischen Befähigungen der Armen bestimmen: Selbstvertrauen, Fähigkeit

zur Beeinflussung politischer Prozesse und Anerkennung durch die übrige Gesellschaft.

Nirgends zeigen sich das Machtungleichgewicht und seine Folgen so deutlich wie bei den Frauen. Sie erfahren die ungleiche Machtverteilung gegenüber Männern überall, vom Haushalt bis zur nationalen Ebene, auf der sie generell unterrepräsentiert sind, sei es in den gesetzgebenden Gremien, in den Regierungsorganen oder in den lokalen politischen Strukturen. Frauen, insbesondere solche mit niedrigem Einkommen, haben tendenziell eine geringere Kontrolle über die Haushaltsressourcen, geringeren Zugang zu Informationen und zu Gesundheitsdiensten und eine geringere Kontrolle über ihre Zeit. Diese Faktoren hängen eng mit ihrem Ernährungsstand, der Qualität ihrer Gesundheitsversorgung und dem Ernährungsstand ihrer Kinder zusammen (siehe Kasten 1.3).

Ungleiche Chancen – bei der Gesundheit und bei den Millenniums-Entwicklungszielen

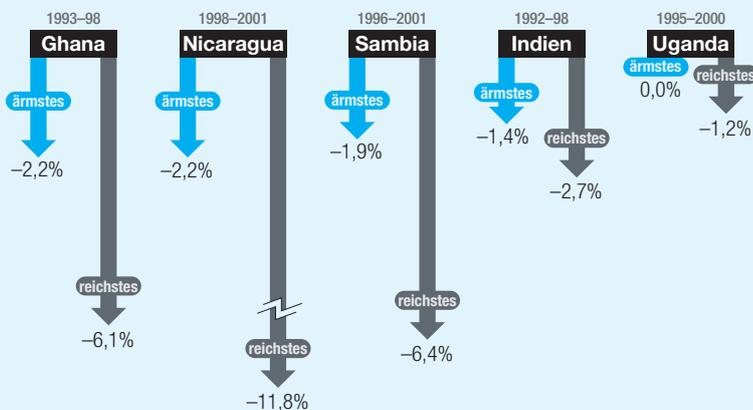
Ungleiche Lebenschancen in dem oben beschriebenen Ausmaß sind nicht nur in sich ungerecht, sie sind auch nachteilig für die Millenniumsziele. Tiefgehende Ungleichheiten behindern die Fortschritte in vielen Bereichen. Am Beispiel der Kindersterblichkeit veranschaulicht dieser Abschnitt, wie Strategien zur Verringerung der Ungleichheit die Fortschritte beschleunigen können.

Einkommen

Wie Kapitel 1 gezeigt hat, wird die Zielvorgabe der Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel deutlich verfehlt werden, wenn die gegenwärtigen Trends anhalten. Dieser Rückstand erklärt sich weitgehend durch zwei miteinander verknüpfte Faktoren. Erstens trifft in den meisten Ländern die Kindersterblichkeit die Armen in sehr viel höherem Ausmaß als ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde. Anders gesagt sind die Kinder der Armen bei den Opfern der Kindersterblichkeit überrepräsentiert, in manchen Ländern ganz erheblich. In

Grafik 2.11 Kindersterblichkeit – wachsende Kluft zwischen Reich und Arm

Veränderungen der Sterblichkeitsrate der unter 5-jährigen, jährlicher Durchschnitt, nach Wohlstandsquintilen (%)



Quelle: Berechnet auf der Grundlage der Daten zur Sterblichkeit von unter 5-jährigen aus Gwatkin et al. (demnächst erscheinend).

Ghana entfallen 36 Prozent der Sterbefälle von Kindern auf die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung, auf die reichsten 20 Prozent dagegen nur sieben Prozent (siehe Grafik 2.4). Zweitens ist der Rückgang der Kindersterblichkeitsrate in den armen Bevölkerungsgruppen sehr viel langsamer als der in den meisten Ländern zu beobachtende durchschnittliche Rückgang. Länderübergreifende Daten deuten darauf hin, dass die Kindersterblichkeitsrate bei den ärmsten 20 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt halb so schnell zurückgeht, sodass der Abstand zwischen reichen und armen Kindern bei der Sterblichkeit zunimmt. In Sambia ging in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Kindersterblichkeitsrate bei den reichsten 20 Prozent um sechs Prozent pro Jahr zurück – dreimal so schnell wie bei den ärmsten 20 Prozent (Grafik 2.11).

Kein vermeidbarer Tod eines Kindes darf hingenommen werden. Aber das gegenwärtige Fortschrittmuster ist auch im Hinblick auf die Zielvorgabe, eine Senkung der Kindersterblichkeit zum zwei Drittel zu erreichen, nicht optimal. Der langsamste Rückgang erfolgt genau in der Bevölkerungsgruppe, in der ein schnellerer Fortschritt die größte Senkung der Kindersterblichkeit bewirken könnte. Einer Schätzung zufolge würde die Schließung der Kluft zwischen den ärmsten 20 Prozent und dem nationalen Durchschnitt die Sterbefälle um 60 Prozent reduzieren und damit 6,3 Millionen Leben im Jahr retten. Dies würde die Welt auch auf Kurs bringen, um die MDG-Vorgabe zu erreichen.¹⁹ Daraus lässt sich schließen, dass die Unfähigkeit der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft, die wohlstandsbedingten Ungleichheiten zu überwinden, pro Jahr sechs Millionen Kindern das Leben kostet.

Man könnte sogar behaupten, dass dieser Vergleich zu einer unangemessen vorsichtigen Beurteilung führt. Unter Heranziehung von Daten des Demographic and Health Survey haben wir geschätzt, was geschehen würde, wenn die durchschnittliche Kindersterblichkeitsrate auf die Rate der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung sinken würde. In vielen Län-

dern würde die Gesamtzahl der Sterbefälle enorm zurückgehen, in Indien und Nicaragua beispielsweise um mehr als die Hälfte. In Indien allein würde sich diese Gesamtzahl um 1,4 Millionen verringern. In nur drei Ländern – Bangladesch, Indien und Nepal – wären unter den Kindern, deren Leben auf diese Weise gerettet würde, eine halbe Million Kleinkinder in den ersten Lebensmonaten.

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten

Wenn es gelänge, diese Ungleichheiten zu reduzieren, hätte dies einen Katalysatoreffekt für die Senkung der Kindersterblichkeit. Dieser wäre in Südasien, wo die geschlechtsspezifische Ungleichheit am tiefsten verwurzelt ist, besonders deutlich spürbar. Wenn Indien den Mortalitätsabstand zwischen ein- bis fünfjährigen Mädchen und Jungen beseitigen würde, könnten schätzungsweise 130.000 Leben gerettet werden, sodass die Kindersterblichkeitsrate insgesamt um fünf Prozent zurückgehen würde.²⁰

Die Überwindung der breiteren geschlechtsspezifischen Ungleichheiten würde sich angesichts der negativen Korrelation zwischen Mangelernährung der Mütter und Kindersterblichkeit noch wesentlich stärker auswirken. Der Prozentsatz untergewichtiger Frauen ist in Südasien viermal höher als in Afrika südlich der Sahara, und der zur Kindersterblichkeit beitragende Nährstoff- und Vitaminmangel ist wesentlich größer. Im Vergleich mit Afrika südlich der Sahara hat Südasien ein niedrigeres Armutsniveau und ein höheres Durchschnittseinkommen, aber eine um 20 Prozent höhere Mangelernährungsrate bei Kindern. Die Hälfte der untergewichtigen Kinder der Welt lebt in Südasien. Diese Defizite menschlicher Entwicklung stehen in einem engen Zusammenhang mit geschlechtsspezifischen Ungleichheiten.

Eine stärkere Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern wäre eine starke Triebfeder für die Senkung der Kindersterblichkeit. An Hand länderübergreifender Daten schätzte das International Food Policy Research Institute, dass eine stärkere Angleichung des Zugangs von

Eine stärkere Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern wäre eine starke Triebfeder für die Senkung der Kindersterblichkeit

Die Reduzierung
der tief verwurzelten
Ungleichheiten erfordert
weit reichende Reformen

Männern und Frauen zu Bildung, Ernährung, Einkommen und Eigentumsrechten die Verbreitung von Untergewicht bei Kindern unter drei Jahren in Südasien um 13 Prozentpunkte verringern könnte, sodass es 13,4 Millionen weniger mangelernährte und damit für eine frühe Sterblichkeit anfällige Kinder gäbe. In Afrika südlich der Sahara würde die Mangelernährung von Kindern um drei Prozentpunkte zurückgehen, es gäbe also 1,7 Millionen weniger mangelernährte Kinder.²¹ Die Befähigung der Frauen zu selbstbestimmtem Handeln beeinflusst das Wohlergehen der Kinder auf verschiedene Weise, etwa durch größere Geburtenabstände mittels einer besseren Fertilitätskontrolle, durch eine stärkere Nutzung von Gesundheitseinrichtungen und durch bessere Kenntnisse über Gesundheitsmaßnahmen.

Staatliche Politik

Die Reduzierung der tief verwurzelten Ungleichheiten auf Grund von Geschlecht, Einkommen und Wohnregion, die zu ungleichen Kindersterblichkeitsraten führen, erfordert weit reichende Reformen. Der staatlichen Politik kommt eine entscheidende Rolle bei der Auseinandersetzung mit den folgenden drei Faktoren zu, die für die Verringerung der Ungleichheit wichtig sind

- *Zugang.* Häufig leben die Armen in Gebieten, in denen Basisgesundheitsdienste nur spärlich vorhanden sind oder die Einrichtungen über zu wenig Medikamente und Fachpersonal verfügen. Ein Teil des Problems ist die chronische Unterfinanzierung. Die Bereitstellung einer gesundheitlichen Grundversorgung in einem Niedrigeinkommensland kostet schätzungsweise 30-40 US-Dollar pro Kopf. In den meisten afrikanischen Ländern erreichen die entsprechenden Pro-Kopf-Ausgaben weniger als sechs US-Dollar. Unter diesen Bedingungen ist zu erwarten, dass Gesundheitseinrichtungen, falls es sie überhaupt gibt, bestimmte unentbehrliche Arzneimittel nicht zur Verfügung haben.
- *Erschwinglichkeit.* Die Erhebung von Gebühren für die Basisgesundheitsversorgung erhöht die Ungleichheit. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung können einen großen Teil des Einkommens armer Menschen ausmachen, mit dem Ergebnis geringerer Nachfrage, abgebrochener Behandlungen oder höherer Verschuldung. In Vietnam kostet ein einmaliger Krankenhausbesuch 40 Prozent des Monatseinkommens der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung. Die den Haushalten entstehenden hohen Gesundheitsausgaben halten nicht nur von der Inanspruchnahme dieser Dienstleistungen ab, sondern haben nach einer Schätzung drei Millionen Menschen in Vietnam in die Armut getrieben.²² In China hat der Zerfall des öffentlichen Gesundheitssystems nach den Wirtschaftsreformen Ende der 1970er Jahre die Ungleichheiten im Gesundheitsbereich verschärft (Kasten 2.2). Der Verzicht auf Gebühren kann mehr Ausgewogenheit bewirken. Als sich Uganda 2001 dazu entschloss, stiegen die Besuche öffentlicher Gesundheitseinrichtungen um 80 Prozent. Die Hälfte dieser Steigerung entfiel auf die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil der Haushalte, die angaben, wegen hoher Kosten keine Gesundheitsdienste in Anspruch genommen zu haben, fiel zwischen 1999 und 2002 von rund 50 Prozent auf 35 Prozent. Besonders deutlich war dieser Rückgang in der ärmsten Region des Landes.²³
- *Rechenschaftspflicht.* Selbst dort, wo öffentliche Gesundheitsdienste vorhanden sind, werden sie von den Armen oftmals nicht in Anspruch genommen. So wird in Indien ein großer Teil der Nachfrage durch wenig qualifizierte private Anbieter gedeckt. Eine Erhebung in einem der ärmsten Distrikte Rajasthans ergab, dass arme Haushalte private Anbieter von Gesundheitsdiensten nutzten, selbst wenn nominell kostenlose staatliche Dienstleistungen zur Verfügung standen. Einer der Gründe war, dass über die Hälfte der Gesundheitszentren auch während der offiziellen Öffnungszeiten geschlossen waren. Sind diese Einrichtungen tatsächlich geöffnet, ist häufig keine ausgebildete Fachkraft anwesend. Für Indien

Im Verlauf der letzten 40 Jahre verzeichnete China Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung, die zu den schnellsten in der Geschichte gehörten. Während der 1990er Jahre stieg das Land um 14 Ränge im HDI (auf Platz 85). In den letzten 20 Jahren hatte China die am schnellsten wachsende Wirtschaft der Welt, das Pro-Kopf-Einkommen, gemessen an konstanter Kaufkraft, stieg um das Dreifache. Allerdings gibt es beunruhigende Hinweise darauf, dass der soziale Fortschritt beginnt, hinter dem Wirtschaftswachstum zurückzufallen, wobei die Verlangsamung beim Rückgang der Kindersterblichkeit besondere Sorge bereitet.

Anscheinend tragen Ungleichheiten bei der Gesundheit zu diesem Problem bei. Kinder, die in den ärmsten Provinzen und dem ländlichen China leben, sind von den höchsten Sterblichkeitsrisiken bedroht. In städtischen Gebieten sind die Kindersterblichkeitsraten nur ein Drittel so hoch wie im ländlichen Raum. Bei Kindern unter fünf Jahren reichten die Sterblichkeitsraten von 8 pro 1.000 Lebendgeburten in Shanghai und Beijing (das ist vergleichbar mit den Vereinigten Staaten) bis zu 60 pro 1.000 in der ärmsten Provinz Guizhou (vergleichbar mit Namibia). Die Kluft zwischen reichen und armen Provinzen scheint sich auszuweiten. Dasselbe gilt für die Kluft bei den Überlebenschancen zwischen Mädchen und Jungen. Neuere Forschungen zeigen, dass die Sterblichkeitsrate bei Mädchen um 0,5 Prozent pro Jahr gestiegen und bei Jungen um 2,3 Prozent pro Jahr gesunken ist.

Zu diesen Ungleichheiten hat die staatliche Politik beigetragen. Bis 1980 waren die meisten armen Chinesen, die auf dem Land lebten, von einem genossenschaftlichen Gesundheitssystem erfasst. Dieses System wurde im Zuge der marktwirtschaftlichen Reformen abgewickelt. Eine der Folgen war, dass eine Verlagerung der von staatlichen Stellen getragenen Kosten für die Gesundheitsversorgung zu Transferleistungen an individuelle Haushalte stattfand. Inzwischen müssen die meisten Menschen entweder eine Krankenversicherung abschließen oder entstehende Kosten selbst tragen beziehungsweise auf eine medizinische Versorgung verzichten. Heute werden in China fünf Prozent des BIP für die Gesundheit ausgegeben, das ist relativ viel im Vergleich zu anderen Ländern mit entsprechendem Einkommensniveau. Die staatlichen Gesundheitsausgaben belaufen sich jedoch auf weniger als zwei Prozent des BIP. Tatsächlich wurde also die Gesundheitsfinanzierung privatisiert.

Die Dezentralisierung des Steuerwesens hat den Übergang zu einem marktorientierten System verstärkt. Ärmere

Quelle: Liu und andere 2004, Liu, Liu und Meng 1994, Sen 2004.

Landkreise und Distrikte konnten durch Steuern nicht genug Einnahmen erzielen, damit wurde der Druck auf die Anbieter von Gesundheitsdiensten verstärkt, eine Bezahlung ihrer Leistungen zu fordern. Davon sind auch Basisimpfungen und andere vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen betroffen. Für Dienste, die ein öffentliches Gut sind, Geld zu verlangen, ist jedoch wirtschaftlich ineffizient und ungerecht.

Die Abschmelzung der staatlichen Versorgung bewirkte ein Ungleichgewicht zwischen Bedarf und Angebot: Die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit sind in städtischen Gebieten jetzt 3,5 mal so hoch wie in ländlichen Gebieten. Zwischen 70 und 80 Prozent der ländlichen Bevölkerung haben keine Krankenversicherung. Das heißt, dass jede Behandlung einer Krankheit aus der eigenen Tasche bezahlt werden muss. Die hohen Gesundheitskosten führen zur Verarmung der Haushalte und schrecken davon ab, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen. Eine vom chinesischen Gesundheitsministerium in Auftrag gegebene Studie, die drei Provinzen (Guangdong, Shanxi und Sichuan) umfasste, ergab, dass die Hälfte der Befragten im vergangenen Jahr trotz Notwendigkeit keine Behandlung in Anspruch genommen hat. Als Hauptgrund dafür wurden die Kosten genannt.

Preisbarrieren können zum Teil für den Rückgang bei der Immunisierung verantwortlich sein. In den 1980er Jahren stieg die Immunisierungsrate gegen Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus (DPT3) von 58 auf 97 Prozent; eine der höchsten Erfassungsraten in der Entwicklungswelt. Wie aus Daten der Weltgesundheitsorganisation und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen hervorgeht, ist sie seitdem auf 90 Prozent zurückgefallen.

Jetzt besteht die Gefahr, dass China die Vorgaben der Millenniums-Entwicklungsziele für die Kindersterblichkeit verfehlen wird und dass die verschärften Ungleichheiten auch den Fortschritt in Richtung auf weitere Gesundheitsziele behindern werden. Diese Ungleichheiten wurzeln in einem privatisierten System der Gesundheitsfinanzierung, das für Länder mit hohem Armutsniveau ungeeignet erscheint. Zwar haben Wirtschaftsreformen deutlich sichtbare Gewinne gebracht, aber die Ausdehnung von Marktprinzipien auf das Gesundheitssystem wurde zu weit getrieben. Die chinesische Regierung ist nun dabei, die Gesundheitsfinanzierung zu überprüfen, um die Bereitstellung von Diensten für arme Haushalte zu verstärken.

Selbst kleine Veränderungen bei der Verteilung des Wachstums können die Armut erheblich verringern

insgesamt ergaben Erhebungen, die auf unerwarteten Besuchen in Gesundheitsstationen basieren, dass in 40 Prozent dieser Einrichtungen keine Fachkraft anwesend ist.²⁴ Der Aufbau stärker rechenschaftspflichtiger Gesundheitssysteme kann den Zugang zu Gesundheitsdiensten und damit die Gesundheitsindikatoren drastisch verbessern. Ein Beispiel ist der brasilianische Bundesstaat Cereá, der zu den ärmsten des Landes gehört. Hier

wurde 1987 ein dezentralisiertes, gemeinwesengestütztes Gesundheitsversorgungssystem eingerichtet, das inzwischen über 170.000 Gesundheitsarbeiter beschäftigt. Das Programm wurde ergänzt durch Strategien, die die Überwachung der Anbieter von Gesundheitsdiensten durch die Gemeinwesen unterstützen sollen. In weniger als 15 Jahren fiel die Säuglingssterblichkeitsrate auf ein Drittel des Niveaus von 1987.

Armutsorientiertes Wachstum und sein Potenzial für die menschliche Entwicklung

Die Trends der Einkommensungleichheit haben wichtige Auswirkungen auf die breiteren Dimensionen der menschlichen Entwicklung und auf die Einkommensarmut. Bestrebungen zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit könnten die Einkommensarmut einschneidend verringern, mit positiven Nutzeffekten für die Millenniumsziele und die breiteren Ziele der menschlichen Entwicklung.

Eine bessere Verteilung kann die Entwicklung auf zweierlei Wegen voranbringen, einem statischen und einem dynamischen. Bei einer gegebenen Wachstumsrate gilt: Je größer der von den Armen erreichte Anteil an jedem Zuwachs des wirtschaftlichen Wohlstands ist, desto besser ist das Verhältnis zwischen Armutsbekämpfung und Wachstum – die sogenannte Armutselastizität des Wachstums. Das ist der statische Effekt. Dynamische Effekte werden erzielt, wenn Veränderungen bei der Verteilung die Wachstumsrate beeinflussen. Extreme Ungleichheit kann das Wachstum bremsen. Diese Wirkung wird bei der Ungleichheit der Vermögenswerte besonders spürbar. Ein eingeschränkter Zugang zu Produktivvermögen oder die Einschränkung der Fähigkeit zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen kann es armen Menschen erschweren, Kredite aufzunehmen

und zu investieren, mit negativen Folgen für das Wachstum.²⁵ Länderübergreifende Belege lassen erkennen, dass eine größere Verteilungsgerechtigkeit das Wachstum beschleunigen kann und dass zwischen Wachstum und Gerechtigkeit keine inhärenten Zielkonflikte bestehen. So kann eine bessere Verteilungsgerechtigkeit von doppeltem Nutzen sein: Sie steigert Wachstum und Größe des Wirtschaftskuchens, und sie versetzt die Armen in die Lage, ein größeres Stück dieses Kuchens zu erhalten.²⁶

Die Verteilung des Wachstums verbessern

In Ländern, in denen hohe Ungleichheit und Armut herrschen, können selbst kleine Veränderungen bei der Verteilung des Wachstums die Armut erheblich verringern.

Armutsbekämpfung in einzelnen Ländern beschleunigen

Unter Heranziehung nationaler Daten für Haushaltseinkommen und -ausgaben in verschiedenen Ländern schätzten wir, welche Auswirkungen es auf die Einkommensarmut hätte, wenn der Anteil der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung am Nationaleinkommen durch einen Transfer zu Lasten der reichsten

20 Prozent verdoppelt würde (siehe Technical Notes 2). In Ländern mit hoher Ungleichheit und großen Bevölkerungsgruppen, die in Armut leben, könnte die Übertragung selbst eines kleinen Einkommensanteils der obersten 20 Prozent eine hohe Zahl von Menschen über die Armutsgrenze heben. Für Brasilien und Mexiko hätte der Transfer von fünf Prozent des Einkommens der reichsten 20 Prozent die folgenden Wirkungen:

- In Brasilien würden rund 26 Millionen Menschen über die Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag gehoben, sodass die Armutsrate von 22 auf sieben Prozent sinken würde.

- In Mexiko würden rund 12 Millionen Menschen über die auf nationaler Basis definierte Armutsgrenze gehoben, sodass die Armutsrate von 16 auf vier Prozent sinken würde.

Dies ist natürlich nur eine statistische Übung. Sie veranschaulicht aber, wie sich ein hypothetischer Transfer von den Reichen zu den Armen auf die Armut auswirken würde. In einer Gesellschaft, die größeren Wert auf Wohlfahrtsgewinne für die Armen als für die Reichen legt, könnte ein solcher Transfer als wohlfahrtssteigernd für die gesamte Gesellschaft betrachtet werden, selbst wenn einige dabei Einbußen erleiden.

Kasten 2.3 Armutsorientiertes Wachstum und progressives Wachstum

So wie jeder für Frieden und Freundschaft ist, ist auch jeder für ein armutsorientiertes Wachstum („pro-poor growth“). Das Konzept, ebenso wie seine zunehmend populäre und neuere Variante, das verantwortungsvolle Wachstum („shared growth“), verkörpert die Idee, dass die Qualität des Wachstums für die Verringerung der Armut ebenso wichtig ist wie die Quantität. Aber verschiedene Menschen verbinden damit ganz unterschiedliche Bedeutungen. Die Weltbank und die internationalen Entwicklungsorganisationen treten für eine absolute Definition des armutsorientierten Wachstums ein. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Einkommen der Armen im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen steigen, sondern darauf, wie schnell dieser Anstieg erfolgt. Nach dieser Definition kann ein armutsorientiertes Wachstum mit steigender Ungleichheit einhergehen, selbst in Ländern, in denen bereits extreme Ungleichheiten bestehen.

Die in diesem Bericht verwendete progressive Definition des armutsorientierten Wachstums legt das Schwergewicht auf die relative Position der Armen. Sie hebt die Möglichkeit hervor, durch kleine Veränderungen der Verteilungsmuster große Wirkungen bei der Armutsbekämpfung zu erzielen.

Sind diese Unterschiede nur semantischer Art? Oder sind sie von unmittelbarer Bedeutung für die menschliche Entwicklung? Die Unterschiede können auch überbewertet werden: alle Teilnehmer an der Debatte befürworten schließlich eine rasche Verringerung der Armut. Ebenso behauptet niemand, ein geringes Maß an Ungleichheit sei grundsätzlich ein Vorteil für die Armutsbekämpfung. Wenn dies zuträfe, dann würde Benin mit seinem geringen Wachstum und seiner geringen Ungleichheit (Gini-Koeffizient von rund 36 im Verlauf der 1990er Jahre) besser dastehen als China. Es geht jedoch um zwei wichtige Probleme, die beide mit dem Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und Verteilung zusammenhängen.

Quelle: Kakwani, Khandker und Son 2004; Ravallion 2005; DFID 2004b.

Das erste Problem betrifft die soziale Gerechtigkeit. Nach der absoluten Definition kommt ein verteilungsneutrales Wachstum den Armen zugute: jedes Wachstum, das das Einkommen der Armen erhöht, gilt als armutsorientiertes Wachstum. Dies ist jedoch mit den Grundideen der sozialen Gerechtigkeit nur schwer in Einklang zu bringen. Wenn in Brasilien bei dem gegenwärtigen Verteilungsmuster jeder einen Anteil an den Wachstumssteigerungen erhielte, würden auf die reichsten 20 Prozent 85 Cents pro US-Dollar, auf die ärmsten 20 Prozent drei Cents pro US-Dollar entfallen. Da auf diese Weise alle – auch die Armen – besser gestellt werden, könnte dies als armutsorientiertes Wachstum gelten. Wird jedoch mehr Gewicht auf das Wohlergehen der Armen gelegt, ist dieses Verteilungsmuster mit den Grundprinzipien der Fairness und der sozialen Gerechtigkeit nicht vereinbar.

Das zweite, damit zusammenhängende Problem betrifft die Umsetzung von Wachstum in weniger Armut. Wenn als zentrales Ziel angestrebt wird, die Auswirkungen von Wachstum auf die Verringerung der Armut zu maximieren, dann ist die Verteilung ein wichtiger Aspekt. Bei ansonsten gleichen Ausgangsbedingungen ist das Tempo der Armutsverringerung um so schneller, je höher der von den Armen erreichte Anteil an der jeweiligen Wachstumssteigerung ist. Die Erhöhung ihres Anteils am zusätzlichen Wachstum kann das Tempo der Armutsverringerung durch zunehmenden Wohlstand beschleunigen, während gleichzeitig auch die Gesamtwachstumsrate steigt.

Der Ansatz des progressiven Wachstums konzentriert die Aufmerksamkeit auf die strukturellen Ungleichheiten, die den Armen und den marginalisierten Gruppen die Chance verwehren, unter ausgewogeneren Bedingungen zum Wachstum beizutragen und daran teilzuhaben. Er stellt die Umverteilung, zusammen mit dem Wachstum, in den Mittelpunkt der politischen Agenda zur Bekämpfung der extremen Armut.

Ein anderer Weg zur
Verbesserung der
Verteilung ist ein
progressives Wachstum

Ein anderer Weg zur Verbesserung der Verteilung ist ein progressives Wachstum – ein Wachstumsmuster, bei dem die Durchschnittseinkommen wachsen, die Einkommen der Armen jedoch schneller. Dies ist ein Positivsummenspiel, bei dem niemand verliert und die Armen im Verhältnis mehr gewinnen. Man kann sich progressives Wachstum als einen dynamischen Prozess vorstellen, in dem arme Menschen sich durch Produktion aus der Armut herausarbeiten, während sie gleichzeitig einen höheren Beitrag zum nationalen Wohlstand leisten (Kasten 2.3).

Selbst ein geringfügig progressives Wachstum kann starke Auswirkungen auf die Armut haben. Auch hier haben wir Wachstums-Simulationsmodelle auf der Basis nationaler Erhebungen über Haushaltseinkommen verwendet, um die Auswirkungen für Brasilien und Mexiko zu demonstrieren. Wir haben zwei Szenarien entwickelt. Das erste, verteilungsneutrale Szenario geht von einer Fortsetzung der gegenwärtigen Wachstumstrends ohne Veränderungen bei der Verteilung aus. Einkommenszuwächse werden entsprechend der bestehenden Einkommensanteile verteilt: Wenn auf die ärmsten 20 Prozent ein Prozent der gegenwärtigen Einkommen entfällt, dann würden sie von jedem durch Wachstum erzeugten US-Dollar einen Cent erhalten. Das zweite Szenario geht von einem progressiven Wachstum aus, bei dem die unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen ihren Anteil am künftigen Wachstum verdoppeln. Wenn in dem oben erwähnten Fall die ärmsten 20 Prozent die in Armut lebende Bevölkerung repräsentieren würden, dann würde ihr Anteil am künftigen Wachstum von einem auf zwei Cents je US-Dollar steigen. Angesichts der hochgradigen Ungleichheit sowohl in Mexiko als auch in Brasilien ist dies ein bescheidenes Szenario eines Wachstums zu Gunsten der Armen. Dennoch sind die Ergebnisse bemerkenswert. In Brasilien verkürzt sich die Zeit, die ein Durchschnittshaushalt zur Überwindung der Armutsgrenze braucht, um 19 Jahre. Für Mexiko verkürzt sich die Zeit um 15 Jahre (siehe *Technische Erläuterung 2*).

Gelegentlich wird das Argument vertreten, die Verteilung sei für Länder mit mittlerem Einkommen und hoher Ungleichheit von größerer Relevanz als für Niedrigeinkommensländer mit geringem Wachstum, die von der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele am weitesten entfernt sind. Dies ist, wie die Simulation für Brasilien und Mexiko zeigt, insofern richtig, als selbst eine bescheidene Umverteilung zu einer starken Verringerung der Armut in der erstgenannten Länderkategorie führen kann. Aber die Verteilung des Wachstums spielt auch für Länder mit niedrigem Einkommen eine wichtige Rolle.

Afrika südlich der Sahara ist ein anschauliches Beispiel. Als Folge der wirtschaftlichen Stagnation in der Region erhöhte sich die für das MDG-Ziel der Armutshalbierung erforderliche Wachstumsrate. Einige Länder, darunter Äthiopien, Senegal, Südafrika und Tansania, benötigen für die Erreichung dieses Ziels ein Pro-Kopf-Wachstum von etwa drei Prozent. Analysen auf Grund von Haushaltserhebungen (in Ländern, in denen 78 Prozent der Bevölkerung der Region leben), lassen den Schluss zu, dass die Erreichung des betreffenden Ziels für die Region eine gewichtete durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstumsrate von fünf Prozent pro Jahr über zehn Jahre hinweg erfordert.²⁷ Dabei liegt in dieser Region das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Wachstum für den Zeitraum 2000 - 2006 bei 1,6 Prozent. Selbst wenn der gegenwärtige Aufschwung in einigen Ländern anhält, ist es für eine große Ländergruppe unwahrscheinlich, dass sie das für dieses Millenniumsziel erforderliche Wachstum erreichen.

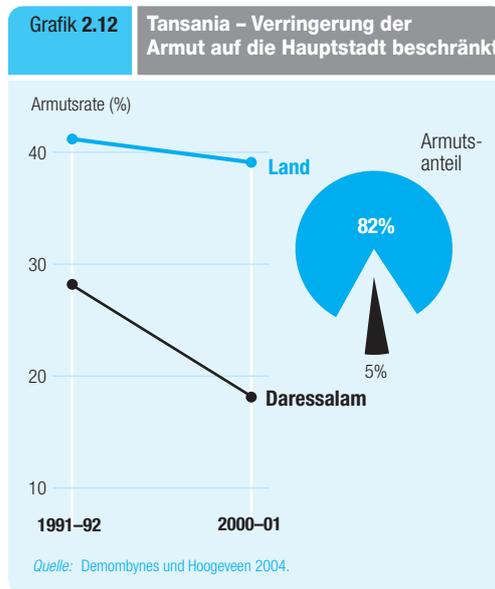
Bedeutet dies, dass Afrika südlich der Sahara hinsichtlich der MDGs zum Scheitern verurteilt ist? Dies muss nicht sein, wenn die Region eine bescheidenere Wachstumsrate mit einem verbesserten Einkommensverteilungsmuster verbindet.

Dies lässt sich am Beispiel Kenias demonstrieren, einem Land, das eindeutig nicht auf Kurs ist, was die Halbierung der extremen Armut bis 2015 betrifft. Bei den gegenwärtigen

tigen Verteilungsmustern und einer Pro-Kopf-Wachstumsrate von einem Prozent würde Kenia die Halbierung der Armut nicht vor 2030 erreichen. Die Verdoppelung des Anteils der Armen am künftigen Wachstum würde Kenia selbst bei der einprozentigen Wachstumsrate in die Lage versetzen, die Armut bis 2013 zu halbieren und damit die entsprechende Zielvorgabe zu erfüllen. Mit anderen Worten, ein armutsorientiertes Wachstum würde die für die Halbierung der Armut benötigte Zeit um 17 Jahre verringern. Allgemeiner gesagt gilt, dass extreme Ungleichheit sowohl in Ländern mit niedrigem als auch in solchen mit mittlerem Einkommen die Armutsbekämpfung hemmen kann, und zwar aus dem gleichen Grund: Je kleiner der Anteil der Armen an den Einkommenszuwächsen ist, desto geringer ist die Wirksamkeit von Wachstum als Mechanismus zur Verringerung der Armut. In Vietnam beträgt das Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Einkommenswachstum und der Verringerung der Armut in etwa 1:1. In Ländern mit hoher Ungleichheit wie Bolivien und Sambia liegt das Verhältnis bei etwa 1:0,5.²⁸ Das heißt, dass ein doppelt so hohes Wachstum erforderlich ist, um die Armut im selben Ausmaß zu verringern.

Diese Beispiele zeigen, dass Qualität und Zusammensetzung des Wachstums ebenso wichtig sind wie Quantität. Für die Regierungen in Afrika südlich der Sahara, die sich um die Festigung ihres Wirtschaftsaufschwungs bemühen, wird es immer dringlicher, der Qualität des Wachstums hohe Priorität einzuräumen. Es besteht die Gefahr, dass bei den gegenwärtigen Wachstumsmustern die Armen nicht am Wirtschaftsaufschwung teilhaben. So hatte beispielsweise die erfolgreiche Steigerung der Gesamtwachstumsrate in Tansania nur geringfügige Auswirkungen auf die Armutsraten. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen stiegen seit 1995 um 1,8 Prozent im Jahr, aber für die Erreichung des Millenniumsziels ging die Armut viel zu langsam zurück. Zwischen 1991 und 2001 fiel die Armutsrate von 39 auf 36 Prozent, allerdings mit starken Abweichungen. In Daressalam ging das Armutsniveau außeror-

dentlich stark zurück, in den ländlichen Gebieten dagegen nur marginal (Grafik 2.12). Das Problem ist, dass 82 Prozent der Armut auf die ländlichen Gebiete entfallen.



In weiten Teilen Afrikas liegt die Herausforderung also nicht nur in der Beschleunigung des Wachstums. Es muss vielmehr auch sichergestellt werden, dass die Armen durch Mehrproduktion und höhere Produktivität zum Wachstumsprozess beitragen und einen größeren Anteil an den Wachstumssteigerungen erreichen als bisher. Für die staatliche Politik bedeutet dies, dass sie ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf Kleinlandwirte, auf marginalisierte, regenabhängige landwirtschaftliche Gebiete sowie auf staatliche Investitionen richten muss, die die materielle Situation der Armen und die ihnen zugute kommende Infrastruktur verbessern.

Die Rolle des Privatsektors ist für ein armutsorientiertes Wachstum ebenfalls von großer Bedeutung. Insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe spielen eine ausschlaggebende Rolle – als Arbeitgeber, als Lieferanten von Input-Faktoren und als Bindeglieder zu den Märkten. Privatwirtschaftliche Unternehmen können zur Verringerung der Armut beitragen, indem sie die Handlungsfähigkeit der Menschen verbessern, ihre Wahlmöglichkeiten erweitern und einen breiten Fächer an Gütern

Je kleiner der Anteil der Armen an den Einkommenszuwächsen ist, desto geringer ist die Wirksamkeit von Wachstum als Mechanismus zur Verringerung der Armut

Hohe Kosten staatlicher Regulierung und eingeschränkter Kreditzugang gehören zu den wichtigsten Hindernissen für die Fähigkeit privater Kleinunternehmer, bei der Armutsbekämpfung eine dynamischere Rolle zu spielen

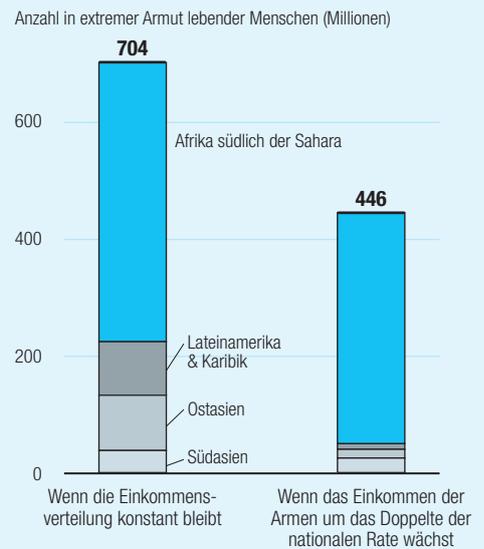
und Dienstleistungen bereitstellen. In Bangladesch betreibt GrameenPhone, der größte Anbieter von Mobiltelefondiensten des Landes, ein Programm im ländlichen Raum, das mehr als 50 Millionen Menschen bedient. Es ermöglicht Kleinunternehmen ein effizienteres Arbeiten durch die Verbesserung des Zugangs zu Marktinformationen. Anderswo kann das Fehlen von Kleinunternehmen einen geringeren Wettbewerb zur Folge haben, sodass die Kosten der Inputfaktoren steigen und die Preise für Güter, die von Gemeinschaften in armen oder entlegenen Gebieten verkauft werden, zurückgehen. Die hohen Kosten staatlicher Regulierung und eingeschränkter Kreditzugang gehören zu den wichtigsten Hindernissen für die Fähigkeit privater Kleinunternehmen, bei der Armutsbekämpfung eine dynamischere Rolle zu spielen. Im Durchschnitt entsprechen die Kosten für eine Unternehmensgründung in Afrika südlich der Sahara 224 Prozent des durchschnittlichen Nationaleinkommens, während dieser Anteil in Südasien 45 Prozent und in Hocheinkommensländern sieben Prozent beträgt.

Die Armutsbekämpfung weltweit beschleunigen

Bisher haben wir uns nur mit den potenziellen Vorteilen eines armutsorientierten Wachstums für die schnellere Armutsbekämpfung in einzelnen Ländern befasst. Unter Heranziehung des in Kapitel 1 beschriebenen globalen Modells der Einkommensverteilung erweitern wir diesen Ansatz. Das Modell liefert eine Schätzung der globalen Einkommensverteilung, bereinigt nach Kaufkraftparität, um die Preisunterschiede zwischen den Ländern zu berücksichtigen. Mit diesem Modell simulieren wir, wie es sich auf die in unserer Prognose bis 2015 angenommenen globalen Armutstrends auswirken würde, wenn die unter der Armutsgrenze lebenden Menschen ihren Anteil am künftigen Wachstum gegenüber ihrem derzeitigen Anteil verdoppeln würden. Es wird also das für die nationale Ebene entworfene Modell eines armutsorientierten Wachstums auf die globale Ebene übertragen. Wie bei den nationalen Berechnungen gehen wir für Länder mit positiven Wachstumstrends von einem Anhalten dieser Trends aus.

Für Länder mit negativen Wachstumstrends verwenden wir eine positive Wachstumsprognose auf der Grundlage regionaler Durchschnitte für den Zeitraum 2000 - 2006.

Grafik 2.13 Extreme Armut – zwei Szenarien für 2015



Hinweis: Extreme Armut bezieht sich auf eine Armutsgrenze von 700 \$ pro Jahr (Ausgabe für den persönlichen Konsum); zu Einzelheiten siehe Technische Erläuterung 2. Quelle: Dilkanov 2005.

Die Ergebnisse dieser Simulation sind bemerkenswert (Grafik 2.13). Die Umverteilung zu Gunsten der Armen hat nur geringfügige Auswirkungen auf die weltweite Einkommensverteilung insgesamt, aber sie hat deutliche Auswirkungen auf die Armut. Bei dem Szenario eines armutsorientierten Wachstums wird bis zum Jahr 2015 Folgendes erreicht:

- Die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen sinkt von 704 auf 446 Millionen – ein Rückgang um ein Drittel.
- Die weltweite Verbreitung von Armut fällt von zehn auf sechs Prozent.
- Das armutsorientierte Wachstumsmodell senkt die Armut in allen Regionen drastisch, wobei sich allerdings der Armutanteil Afrikas südlich der Sahara erhöht. Dieses Ergebnis macht deutlich, wie wichtig es ist, nicht nur das Wirtschaftswachstum zu steigern, sondern auch die Verteilung zu verbessern.

Kinderarmut ist ein besonders sensibler Indikator für Einkommensarmut in reichen Ländern

Relative Armut in reichen Ländern

Diese Simulationen richten sich auf die absolute Armut. Welche Wirkung das Wachstum auf die Verteilung hat, hängt von der verwendeten Armutsdefinition ab. Bei einer relativen Definition der Armut sind die Verteilungseffekte stärker, aus dem offensichtlichen Grund, dass der Armutsindikator zu einer Funktion der Verteilung wird. Letztlich stellt die Entscheidung für den geeigneten Maßstab ein Werturteil dar.

Die meisten reichen Länder definieren Armut als relative Größe. Kinderarmut ist ein besonders sensibler Indikator für Einkommensarmut in reichen Ländern. Sie lässt das Ausmaß von Entbehrungen erkennen und ist auch ein Indikator für ererbte Benachteiligung und die Weitergabe von Armut über Generationen. Forschungsarbeiten, die das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen in den 1990er Jahren durchführte, zeigten für 17 von 24 OECD-Staaten einen Anstieg der Kinderarmut. Der Definition entsprechend handelt es sich dabei um Kinder, die in Familien leben, deren Einkommen das nationale Durchschnittseinkommen um 50 Prozent unterschreitet.²⁹ Dies bedeutet, dass in den reichsten Ländern der Welt 40-50 Millionen Kinder in Armut aufwachsen. Zwei OECD-Mitglieder – Mexiko und die Vereinigten Staaten – zeichnen sich in unrühmlicher Weise durch Kinderarmutsraten von über 20 Prozent aus. Großbritannien konnte in jüngster Zeit gewisse Erfolge bei der Umkehrung des raschen Anstiegs der Kinderarmut verbuchen. Die Umverteilung durch Transferleistungen spielte dabei eine zentrale Rolle, was darauf hindeutet, dass Ausgaben zu Gunsten der Armen ein schlagkräftiges Instrument zur Senkung der Kinderarmut sind. Gleichzeitig wird damit jedoch auch demonstriert, dass die breiteren Kräfte, die auf die Einkommensverteilung einwirken, namentlich die Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, schwer zu überwindende Hindernisse sind (Kasten 2.4).

Armutsorientiertes Wachstum verwirklichen

Aus den Simulationen, die im vorangehenden Abschnitt vorgestellt wurden, geht hervor, dass politische Handlungskonzepte und

Wachstumsmuster, die die Verteilung verbessern, wirksame Waffen im Kampf gegen die Armut sein können. Natürlich sind nicht alle politischen Strategien, die die Verbesserung der Verteilung anstreben, auch automatisch vorteilhaft für das Wachstum – ebenso wie ein geringes Maß an Ungleichheit kein Ersatz für beschleunigtes Wachstum ist. Aber die politischen Entscheidungsträger sind nicht immer gezwungen, sich für die eine Variante zu Lasten einer anderen zu entscheiden, denn zahlreiche Strategien, die eine Verringerung der Ungleichheit anstreben, werden auch positive Wachstumseffekte haben. Dies deutet darauf hin, dass die Erhöhung des Wachstumsanteils der Armen ein zentraler Aspekt der Strategien zur Erreichung der MDGs und der umfassendere Ziele der menschlichen Entwicklung sein sollte (siehe Kasten 2.3).

Viele Wege führen zu diesem Ziel. Ein entscheidend wichtiger Ausgangspunkt ist die Schließung der Kluft bei den Bildungschancen. In fast allen Ländern gehören Bildungsdisparitäten zu den stärksten Triebfedern für Ungleichheiten hinsichtlich des Einkommens, der Gesundheit und der den Menschen offen stehenden Möglichkeiten, namentlich Partizipation an der Gesellschaft und Beeinflussung politischer Prozesse. Bildung birgt das Potenzial, mehr Chancengleichheit zu bewirken und gleichzeitig Antriebsmotor für Wirtschaftswachstum und Effizienz zu sein. Aber dieses Potenzial lässt sich nur dann erschließen, wenn die staatliche Politik systematisch alle sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Barrieren abbaut, mit denen die benachteiligten Gruppen konfrontiert sind. Entsprechend gilt, dass eine tiefe Ungleichheit bei der Gesundheit und eine stärkere Krankheitsanfälligkeit auf Grund des ungleichen Zugangs zur Gesundheitsversorgung eng mit einer tiefen Ungleichheit der Chancen zusammenhängt. Ebenso wie im Bildungssektor erfordert die Überwindung dieser Ungleichheit bei der Gesundheit öffentliche Investitionen, um die Versorgung mit hochwertiger Bildung zu verbessern, sowie Maßnahmen zum Abbau von Nachfragehindernissen.

Kasten 2.4 Gezielte Anstrengung zur Verringerung der Kinderarmut in Großbritannien

In den meisten entwickelten Ländern wird Armut eher als relative denn als absolute Größe gemessen. Das bedeutet, dass der Richtwert für die Messung – und Bekämpfung – der Armut in der Regel im Verhältnis zum Durchschnitts- oder Medianeinkommen definiert wird. Daraus folgt, dass Regierungen, die Zielwerte für die Armutsbekämpfung festlegen, Veränderungen bei der Verteilung anstreben, die unter anderem den Abstand zwischen den ärmsten Einkommensgruppen und dem Richtwert verringern sollen.

Die in Großbritannien gemachten Erfahrungen werfen ein Schlaglicht auf einige der Probleme, die eine Verringerung der relativen Armut mit sich bringt. Ende der 1990er Jahre legte die britische Regierung ehrgeizige Ziele für die Verringerung der Kinderarmut fest und stellte damit die Frage der Verteilung in den Mittelpunkt staatlicher Politik. Die Definition der Kinderarmut in diesem Kontext lautet, dass die Kinder in einem Haushalt leben, dessen Einkommen nach Abzug der Wohnungskosten um 60 Prozent unter dem Medianeinkommen liegt. Fiskalpolitische Maßnahmen und gezielte Transferleistungen an die Armen waren die wichtigsten Instrumente zur Verwirklichung des angestrebten Ziels. Jedoch führten Entwicklungen am Arbeitsmarkt, namentlich steigende Einkommen am oberen Ende der Verteilungspyramide, in die entgegengesetzte Richtung.

Ende der 1990er Jahre gehörte Großbritannien zu den Ländern mit der höchsten Kinderarmut in Europa. 1998 lebten rund 4,6 Millionen Kinder – etwa ein Drittel – unterhalb der Armutsgrenze. Dieses hohe Armutsniveau, das sich seit dem Ende der 1970er Jahre verdoppelt hatte, war ein Erbe des Zeitraums von 1980 bis 1989, in dem ein Wachstum stattfand, das eindeutig den Reichen zugute kam und an dem die Armen keinen Anteil hatten. Ende der 1970er Jahre entfielen auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 21 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens. Zwanzig Jahre später betrug dieser Anteil 28 Prozent, fast ebenso viel wie für die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung. Das jährliche Durchschnittseinkommen der reichsten 20 Prozent stieg rund zehnmal so schnell wie das der ärmsten 20 Prozent (3,8 Prozent gegenüber 0,4 Prozent). Der Gini-Koeffizient Großbritanniens erhöhte sich um die Mitte der 1990er Jahre von 25 auf 25 – weltweit eine der höchsten Steigerungen von Ungleichheit.

Vor allem zwei Impulse bewirkten diese Zunahme der Ungleichheit: Veränderungen bei der zu Grunde liegenden Verteilung der Löhne und die Auswirkungen einer staatlichen Politik, die die Steuern für Besserverdienende senkte und die Sozialleistungen für die Armen kürzte.

Während sich die Ungleichheit zu Beginn der 1990er Jahre auf einem hohen Niveau stabilisierte, blieb die Kinderarmut auf einem historisch gesehen außerordentlich hohen Stand. Selbst während des Wirtschaftsbooms Ende der 1990er Jahre lebte immer noch

mehr als ein Viertel der Kinder unterhalb der Armutsgrenze, was sich in einem weiteren Anstieg des Gini-Koeffizienten widerspiegelte.

1999 wurde das ehrgeizige Ziel angekündigt, die Kinderarmut innerhalb einer Generation zu beseitigen. In einer ersten Phase sollte sie bis 2004-2005 gegenüber 1998 um ein Viertel reduziert und bis 2010 dann halbiert werden.

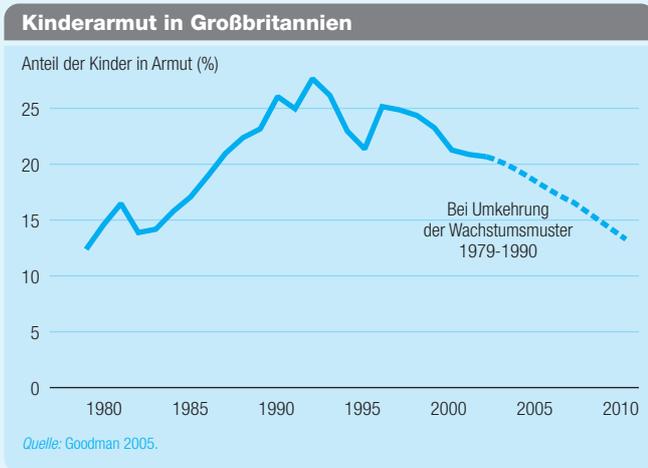
Die fiskalische Umverteilung spielte bei den Strategien zur Erreichung des angestrebten Ziels eine zentrale Rolle. Die finanzielle Unterstützung für Familien mit Kindern wurde beträchtlich erhöht. Die zusätzlichen Ausgaben flossen zum größten Teil in arbeitsplatzbezogene Leistungen und Steuervergünstigungen, die die Einkommen von Niedriglohnfamilien mit Kindern verbesserten. Auch wurde das Arbeitslosengeld für Familien mit Kindern erhöht.

Die finanziellen Verbesserungen zu Gunsten der ärmsten Familien waren beträchtlich. Das Institute for Fiscal Studies schätzt, dass die Einkommen des ärmsten Fünftels in Folge der zwischen 1997 und 2004 unternommenen Reformen um über 20 Prozent stiegen. Zwar spielte die Regierung den Umverteilungseffekt herunter, aber er war eindeutig. Arbeitsmarkteffekte trugen ebenfalls zu den Fortschritten in Richtung auf das gesteckte Ziel bei. Vom Ende der 1990er Jahre an ging die Arbeitslosenquote in Großbritannien auf einen historischen Tiefstand zurück, während Lohnzuwächse am unteren Ende des Spektrums zu einem substanziellen Rückgang der relativen Kinderarmut beitrugen. Im Zeitraum 2003-2004 lebten 600.000 Kinder weniger in Armut als im Jahr 1998.

Trotz dieses eindrucksvollen Rückgangs bleiben die Aussichten auf Erreichung des Ziels ungewiss. Wenn die Zielvorgabe für 2004-2005 erreicht werden soll, müssen im Verlauf des nächsten Jahres rund 400.000 Kinder aus der Armut herausgeholt werden. Das nächste Ziel, die Halbierung der Kinderarmut bis 2010, stellt eine noch größere Herausforderung dar. Warum ist es trotz einer erheblichen fiskalischen Umverteilung so schwierig, das Ziel zu erreichen?

Die Antwort auf diese Frage lautet, dass jede Fiskalpolitik an Grenzen stößt. Während Transferleistungen die Ungleichheit seit 1997 verringert haben, scheinen Arbeitsmarktentwicklungen und sonstige Veränderungen in die andere Richtung zu wirken. Grob geschätzt sind es die ärmsten 15 Prozent, deren Einkommensniveau bis knapp unterhalb der Medianlinie angestiegen ist. Gleichzeitig ist jedoch heute das Ausmaß der Ungleichheit insgesamt gegenüber 1997 unverändert.

Vom Arbeitsmarkt abgesehen, zeigt die Analyse des Institute for Fiscal Studies, dass der Anstieg der Kinderarmut in Großbritannien zum großen Teil auf die veränderte relative Position der Familien bei der Einkommensverteilung zurückgeht. So ist der Anteil der Familien mit nur einem Elternteil und der Familien, in denen beide



Eltern arbeitslos sind, stark gestiegen. Beide Faktoren weisen einen starken Zusammenhang mit Armut auf. Dies lässt darauf schließen, dass die Erreichung des für 2010 gesteckten Ziels noch mehr Umverteilung, Veränderungen der Arbeits- und Beschäftigungsmuster der Eltern und einschneidendere Veränderungen bei der zu Grunde liegenden Verteilung von Löhnen und Einkommen erfordern wird.

Wie wichtig der letztgenannte Aspekt ist, lässt sich anhand einer Variante des armutsorientierten Wachstumsmodells demonstrieren, das an anderer Stelle in diesem Kapitel verwendet wurde. Wie bereits erwähnt, waren die 1980er Jahre eine Dekade zu Gunsten der Reichen, in der die Einkommen am oberen Ende des Spektrums sehr viel schneller wuchsen als diejenigen am unteren Ende. In einer für den Bericht über die menschliche Entwicklung durchgeführten Berechnung simulierte das Institute for Fiscal Studies, wie sich die Kinderarmut während der nächsten zehn Jahre entwickeln würde, wenn die Verteilungsmuster der 1980er Jahre umgedreht würden. In diesem Fall würde beispielsweise das Einkommen der ärmsten zehn Prozent mit schätzungsweise 3,7 Prozent pro Jahr

wachsen, was dem Durchschnittswachstum der reichsten zehn Prozent zwischen 1979 und 1990 entspricht, während das Wachstum der reichsten zehn Prozent von schätzungsweise 0,4 Prozent dem Durchschnittswachstum der ärmsten zehn Prozent zwischen 1979 und 1990 entsprechen würde.

Die veränderte Verteilung würde die Verbreitung der Kinderarmut bis 2010 von 23 auf 17 Prozent senken (siehe Grafik). Dies liegt zwar immer noch über dem gesteckten Ziel, aber in der Simulation wird die Möglichkeit, die Lücke auf dem Weg der Fiskalpolitik zu schließen, nicht berücksichtigt. Anders gesagt: Wenn die nächsten zehn Jahre für die Armen so viel bewirken würden wie die 1980er Jahre für die Reichen, dann käme Großbritannien den Zielen der Verringerung der Kinderarmut zum Greifen nahe.

Die Entwicklungen in Großbritannien werfen Fragen im Zusammenhang mit der Armut auf, die anders geartet sind als die Fragen, die sich auf die Millenniums-Entwicklungsziele beziehen, wenn auch einige auffällige Berührungspunkte bestehen. Der eindeutigste ist wohl, dass die Festlegung von Zielwerten ein ganz entscheidendes Problem der menschlichen Entwicklung in den Mittelpunkt der Debatte über die staatliche Politik gerückt hat. Ein Zielwert ist an sich schon eine wichtige Aussage über die Prioritäten der Regierung. Mit fiskalpolitischen Maßnahmen wurde versucht, dieser Priorität Rechnung zu tragen. Gleichzeitig werden jedoch die Fortschritte bei der Erreichung des Zielwerts verlangsamt durch die breiteren sozialen und wirtschaftlichen Kräfte, die während einer Periode hohen Wachstums und niedriger Arbeitslosigkeit die Verteilungsmuster beeinflussen. Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass wirtschaftlicher Erfolg, zusammen mit den Grenzen, die der fiskalischen Umverteilung gesetzt sind, das absolute Einkommen der Armen erhöhen kann, ohne zu schnelleren Fortschritten bei der Verringerung der Kinderarmut zu führen.

Quellen: Goodman 2005, Hills 2004.

Die Ungleichverteilung der Einkommen reflektiert die Verteilung von Vermögenswerten und Chancen und das Marktgeschehen. In vielen Ländern werden extreme Ungleichheiten bereits durch Transferleistungen abgebaut. In Chile beispielsweise verringern sie den Einkommensabstand zwischen den reichsten und den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung von 20:1 auf 10:1. Die Transfers mit den höchsten Renditen sind unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Entwicklung Investitionen, die Kompetenzen aufbauen und in Zeiten akuter Gefährdung für Schutz sorgen (Kasten 2.5).

Ein offensichtliches Erfordernis für wirksame Transferleistungen zur Milderung der Armut ist die Bereitschaft – und Fähigkeit – des Staates, Einnahmen zu erzielen. In weiten Teilen Lateinamerikas schränkt die Abneigung gegen Steuern diese Möglichkeit ein. In Mexiko machen die Steuereinnahmen nur 13 Prozent des BIP aus, also weniger als in Senegal. In Indien wird die Kapazität zur Umverteilung der Nutzeffekte eines höheren Wachstums durch das Steuersystem ebenfalls dadurch beschränkt, dass der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen nur zehn Prozent beträgt. Nach zwei Jahrzehnten des Wachstums ist dieses Verhältnis immer noch unverändert.

Transferleistungen sind ein Mechanismus, der es erlaubt, die Einkommen der Armen über die durch die gegenwärtigen Wachstums- und Verteilungsmuster diktierte Schwelle zu heben. Allgemeiner gesagt erfordert ein armutsorientiertes Wachstum die gezielte Ausrichtung staatlicher Investitionen auf die von den Armen genutzten Märkte. In vielen Ländern liegt die

Herausforderung in einer Verlagerung des politischen Schwerpunkts auf Kleinerzeuger und marginalisierte Gebiete, deren Armutsanteil am höchsten ist. Das Problem ist, dass die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln und für den Markt bestimmten Anbauprodukten in armen Gebieten durch beschränkten Marktzugang, hohe Transportkosten und geringere Kredit-

Kasten 2.5 Öffentliche Investitionen in den sozialen Wandel

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts traten die großen Denker der europäischen Aufklärung für ehrgeizige Sozialprogramme ein, die weniger Ungleichheit bewirken und die Verwundbarkeit und Fürsorgeabhängigkeit der Armen verringern sollten. Dabei kam aus ihrer Sicht der staatlichen Politik eine zentrale Rolle bei der Finanzierung von Investitionen in den sozialen Wandel zu. Diese Ideen haben ihren grundlegenden Wert behalten.

In Frankreich entwickelte Antoine Nicolas de Condorcet einen kühnen Plan zur Beseitigung aller Ungleichheiten, „die zu Armut, Erniedrigung oder Abhängigkeit führen“. Der Plan betrachtete staatlich finanzierte Bildung, Schutz vor Krankheit sowie Altersrenten als Schlüssel zum sozialen Fortschritt. Die praktische Umsetzung dieses Ansatzes wurde in England mit Thomas Paines *Rights of Man* entworfen, worin ein allgemeines Versicherungssystem gefordert wurde, das durch Steuern finanziert werden sollte. Diesen Ansätzen lag die Idee zugrunde, dass es Aufgabe der staatlichen Politik sei, einen dauerhaften Ausweg aus der Armut zu schaffen, indem die Menschen mit den Mitteln, der Sicherheit und den Chancen versehen würden, die zum Aufbrechen des Armutskreislaufs erforderlich sind.

Gut geplante Transferleistungen können mehr bewirken als eine vorübergehende Erleichterung. Sie bieten einen Umverteilungsmechanismus, durch den Investitionen in die Armutsbekämpfung sowohl im Bereich der menschlichen Entwicklung als auch in der Wirtschaft viel höhere Renditen bringen als die ursprüngliche Investition ausmacht. Entsprechende Strategien sind:

- *Transfereinkommen für benachteiligte Gruppen:* Einkommenstransfers setzen politische Entscheidungsträger in die Lage, das Einkommen benachteiligter Gruppen zu verbessern. Ein Beispiel bietet das Altersrentensystem in Südafrika. Es war ursprünglich nur für die weiße Bevölkerung ausgelegt, wurde jetzt aber auf ältere Schwarze und benachteiligte Familien mit Kindern ausgedehnt. Im Jahr 2001 wurden 80 Prozent des Sozialhaushalts für solche Zahlungen aufgewendet. Transferleistungen waren ausschlaggebend für die Verringerung der Einkommensungleichheit. (Der südafrikanische Gini-Koeffizient fiel von 67 im Jahr 1991 auf 59 im Jahr 2000.) Die Zahlungen versetzten Haushalte in die Lage, Kredite zu erhalten und in produktive Tätigkeiten zu investieren (Ausrüstungen zu mieten, bessere landwirt-

schaftliche Produktionsmittel zu kaufen) und so die Vorstellung zu widerlegen, soziale Transferleistungen würden private Initiativen behindern. Die Transferzahlungen bewirkten auch spürbare Verbesserungen bei der Gesundheit. Bei schwarzen Kindern unter fünf Jahren führten sie zu einer Zunahme der Körpergröße um schätzungsweise acht Zentimeter – das entspricht einem Wachstumsprozess über sechs Monate.

- *Beschäftigungsbezogene Transferleistungen:* Transferleistungen, die an eine Beschäftigung gebunden sind, können benachteiligten Haushalten in Zeiten extremer Belastungen, zum Beispiel nach einer Dürre, Sicherheit gewähren. Zu den bekanntesten Beispielen gehört das Maharashtra Employment Guarantee Scheme. Es bietet seit Mitte der 1970er Jahre Landarbeitern und Kleinbauern bis zu 100 Tagen bezahlte Beschäftigung in ländlichen Arbeitsprogrammen. Fast die Hälfte der Begünstigten sind Frauen. Um dieses Programm auf ganz Indien auszudehnen, müssten etwa 0,5-1 Prozent des Nationaleinkommens für Transferzahlungen an 40 Millionen Landarbeiter und Kleinbauern ausgegeben werden. Gezielt eingesetzt, würden diese Mittel die meisten Empfänger über die Armutsgrenze heben.
- *Anreizbezogene Transferleistungen:* Regierungen können solche Transfers nutzen, um breiter angelegte Ziele der menschlichen Entwicklung zu erreichen. Das Oportunitades-Programm in Mexiko setzt gezielt Einkommenstransfers für Haushalte in benachteiligten Kommunen ein, wobei die Berechtigung davon abhängig gemacht wird, ob die Kinder die Schule besuchen und sich in Gesundheitsstationen behandeln lassen. Über fünf Millionen Familien werden von dem Programm erreicht, und es gibt deutliche Beweise für eine Verbesserung des Schulbesuchs, einen besseren Ernährungsstand und höhere Einkommen: neuere Evaluierungen lassen vermuten, dass über 60 Prozent der Transferleistungen an Haushalte gehen, die zu den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung gehören. Die Kosten des Programms betragen gegenwärtig 0,2 Prozent des BIP. Geringes Einkommen ist kein Hindernis für anreizbezogene Transferleistungen. Mehrere sehr arme Länder wenden solche Systeme an, beispielsweise um den Schulbesuch von Mädchen zu erhöhen (siehe Kasten 1.7 über Bangladesch).

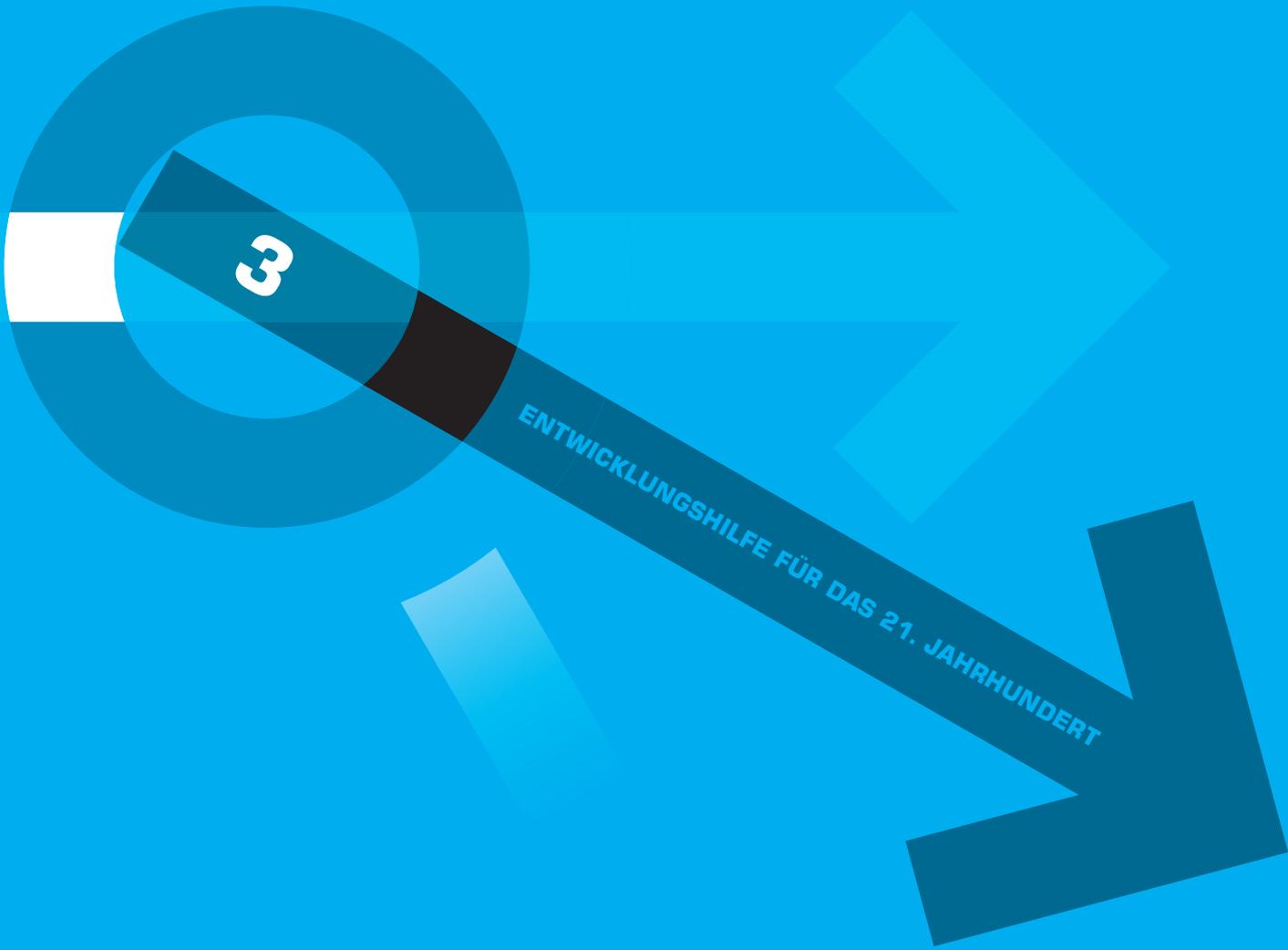
Quellen: Jones 2004; Lund 2002, 2004; ODI 2004; Case und Deaton 1998; Indiatgether.org 2004; Coady, Grosh und Hoddinott 2004; Coady und Parker 2005; Mexico, Secretaria de Desarrollo Social 2005.

möglichkeiten eingeengt wird. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass arme Menschen – insbesondere arme Frauen – nicht über die erforderlichen Vermögenswerte, Rechtstitel und politischen Einflussmöglichkeiten verfügen, um ihre Produktivität und ihr Einkommen zu steigern.

Die Verfügungsgewalt über Vermögenswerte ist entscheidend wichtig. Es wird manchmal behauptet, in der Landwirtschaft gäbe es einen potenziellen Zielkonflikt zwischen größerer Gerechtigkeit durch Landreform und stärkerem Wachstum. Auch hier handelt es sich eher um scheinbare als um echte Zielkonflikte. Mit einer Umverteilung verbundene landwirtschaftliche Reformen haben die Armut nachweislich verringert und so in Ländern wie China, Südkorea (Korea, Rep.) und Vietnam sprunghafte Fortschritte ermöglicht. In Westbengalen (Indien) bewirkten die Reform des Pachtrechts und die Anerkennung der Landrechte der Armen eine Steigerung der Produktionsergebnisse und der Einkommen in der Landwirtschaft. Hier besteht ein augenfälliger Kontrast zu Pakistan. Der *Bericht über die menschliche Entwicklung Pakistans* stellte fest, dass die ärmsten landwirtschaftlichen Pächter 28 Prozent des Wertes ihrer Produktion an die Landbesitzer bezahlten, während es bei anderen Pächtern acht Prozent waren.³⁰ Barzahlungen und Sachleistungen in Form von Anbauprodukten, die die armen Pächter an die Landbesitzer entrichten müssen, sind eine wichtige Quelle der Einkommensarmut. Viele dieser Zahlungen sind umstritten. Dennoch verzichten die Armen darauf, ihre Ansprüche mit Hilfe des Justizsystems durchzusetzen. Der Hauptgrund dafür ist, dass die mittleren Kosten eines Rechtsstreits um 20 Prozent höher sind als das durchschnittliche jährliche Haushaltseinkommen der ärmsten landwirtschaftlichen Pächter.

Die zentrale Botschaft dieses Kapitels lautet, dass die auf die menschliche Entwicklung gerichteten Strategien die Verteilung in den Mittelpunkt stellen sollten. Auf nationaler Ebene erfordert dies, Maßnahmen zur Überwindung extremer Ungleichheiten in die Pläne zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele aufzunehmen, auch in die Strategiepapiere für die Armutsbekämpfung, die einen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Gebern von Entwicklungshilfe bieten. Die MDG-Agenda muss über nationale Durchschnitte hinausblicken und sich mit den strukturellen Ungleichheiten befassen, die mit Reichtum, Geschlecht, Wohnort und Vermögenswerten zusammenhängen und die Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung behindern. Die Regierungen sollten sich ausdrücklich auf konkrete Einzelziele für geringere Ungleichheit und ausgewogenere Chancen verpflichten, zusätzlich zu den aggregierten Zielen der MDGs.

Auf globaler Ebene muss die internationale Gemeinschaft die in der Millenniums-Erklärung eingegangene Verpflichtung erfüllen, die extremen internationalen Ungleichheiten zu überwinden. Internationales Handeln kann kein Ausgleich für schlechte Regierungsführung und schlechte nationale Politik sein. Aber es kann ein günstiges Umfeld schaffen, in dem für die menschliche Entwicklung engagierte Regierungen Erfolge erzielen können. In den weiteren Kapiteln rückt dieser Bericht die drei Säulen der internationalen Zusammenarbeit in den Blickpunkt, deren Neuaufbau für die menschliche Entwicklung unerlässlich ist: internationale Hilfe, Handel und die Verhütung gewaltsamer Konflikte.



„Hunger ist eigentlich die schlimmste aller Massenvernichtungswaffen. Jedes Jahr fordert er Millionen Opfer. Der Kampf gegen Hunger und Armut und die Förderung von Entwicklung sind der wirklich nachhaltige Weg, um Frieden in der Welt zu schaffen.... Ohne Entwicklung wird es keinen Frieden geben, und ohne soziale Gerechtigkeit weder Entwicklung noch Frieden.“

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva¹

„Diese wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut, zwischen Chancen und Not ist sowohl eine Herausforderung an unser Mitgefühl als auch eine Quelle für Instabilität.“

Die internationale Entwicklungshilfe ist eine der mächtigsten Waffen im Kampf gegen die Armut. Heute wird diese Waffe jedoch nicht ihren Möglichkeiten entsprechend genutzt und verfehlt oft ihr Ziel. Die Entwicklungshilfe ist zu gering und zu viel von dem, was geleistet wird, steht mit der menschlichen Entwicklung in nur schwachem Zusammenhang. Das System der internationalen Entwicklungshilfe wieder in Ordnung zu bringen, ist zu Beginn des zehnjährigen Countdowns bis 2015 für die Regierungen eine der dringendsten Prioritäten.

US-Präsident George W. Bush²

In diesem Kapitel wird eine Agenda vorgelegt, um die internationale Entwicklungshilfe zu überdenken, eine Agenda, die für reiche wie für arme Länder gleichermaßen relevant ist. Viele Menschen setzen Entwicklungshilfe mit Wohltätigkeit gleich – einem einseitigen Akt der Großzügigkeit der Länder mit hohem Einkommen gegenüber jenen mit niedrigem Einkommen. Diese Sichtweise ist falsch. Entwicklungshilfe sollte nicht als Almosen sondern als Unterstützung betrachtet werden, und als eine Investition in gemeinsame Sicherheit und gemeinsamen Wohlstand. Indem die Entwicklungshilfe arme Menschen und arme Länder in die Lage versetzt, Hindernisse in den Bereichen Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche Ressourcen zu überwinden, die sie in der Armut gefangen halten, kann sie die Vorteile der globalen Integration verbreiten und dabei den gemeinsamen Wohlstand auf mehr Menschen ausweiten. Sie kann auch die Massenarmut und Ungleichverteilung verringern, die die gemeinsame Sicherheit der internationalen Gemeinschaft zunehmend bedrohen.

Die Entwicklungshilfe hat die menschliche Entwicklung nicht immer auf positive Weise unterstützt, zum Teil aufgrund von Fehlern und Versäumnissen auf Empfängerseite und zum Teil, weil die Geberländer zuge-

lassen haben, dass strategische Überlegungen die Oberhand über Entwicklungsanliegen gewinnen. Doch was auch immer die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit gewesen sein mögen, heute gibt es neue Chancen, die Entwicklungszusammenarbeit anders zu gestalten. Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es einen internationalen Konsens, dass menschliche Entwicklung das Hauptziel der Entwicklungshilfe sein sollte. Dieser Konsens wurde im März 2002 noch einmal gestärkt, als die Staats- und Regierungschefs der Welt, die zur Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey, Mexiko, zusammengekommen waren, sich darauf einigten, die Entwicklungshilfe zu einem der Bausteine einer neuen „globalen Partnerschaft“ zur Armutsbekämpfung zu machen.

Drei Jahre danach ist die Bilanz dessen, was tatsächlich geleistet wurde, bestenfalls gemischt. Es wäre falsch, das, was erreicht worden ist, nicht ausreichend zu würdigen. Als im Jahr 2000 die Millenniumserklärung unterzeichnet wurde, befanden sich die internationalen Entwicklungshilfe-Budgets, gemessen als Anteil am Nationaleinkommen, auf einem Tiefststand. Die Entwicklungshilfe für die ärmsten Region der Welt, die Länder Afrikas südlich der Sahara, war zum Ende der 1990er Jahre geringer

Heute wird ein intensiver Dialog geführt, um die Entwicklungshilfe auch qualitativ zu verbessern

als zu Beginn. Zudem wurden neben quantitativen Problemen ernstzunehmende qualitative Probleme der Entwicklungshilfe nicht angegangen, was ihre Wirksamkeit untergrub und den Empfängerländern Transaktionskosten in enormer Höhe aufbürdete. Heute steigen die Entwicklungshilfehaushalte wieder, trotz der finanzpolitischen Schwierigkeiten und der Staatsverschuldung einiger Geberländer, und es wird ein intensiver Dialog geführt, um die Entwicklungshilfe auch qualitativ zu verbessern.

Der Anstieg der Entwicklungshilfe war besonders deutlich. Die öffentliche Entwicklungshilfe stieg zwischen 2002 und 2004 um zwölf Milliarden US-Dollar. Der weltgrößte Geber, die USA, hat die größte Aufstockung seiner nationalen Entwicklungshilfeprogramme seit den 1960er Jahren angekündigt. Diese Aufstockung macht acht der zusätzlichen zwölf Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe aus, wenngleich zugegebenermaßen die Steigerung, gemessen am Anteil der Entwicklungshilfe am National-einkommen, von einer niedrigen Ausgangsbasis aus erfolgt und darin hohe Entwicklungshilfeleistungen an Afghanistan und den Irak enthalten sind. Inzwischen haben auch EU-Länder Ziele für eine stufenweise Erhöhung der Entwicklungshilfe festgelegt.

Was die festgelegten Zielvorgaben angeht, so wurden auch in der Debatte über die Qualität der Entwicklungshilfe beeindruckende Ergebnisse erzielt. Im März 2005 einigten sich die Geber auf einen weitreichenden Rahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe durch größere Betonung von Harmonisierung, Koordination und Selbstbestimmung durch die einzelnen Länder. Die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe umfasst rund 50 Verpflichtungen zur qualitativen Verbesserung der Entwicklungshilfe. Die Fortschritte sollen anhand von zwölf Indikatoren gemessen werden.

Dies sind ermutigende Entwicklungen. Zum Zeitpunkt der Millenniumserklärung war das Entwicklungshilfeglas zu drei Viertel leer. Jetzt ist es halb voll – mit steigender Tendenz.

Der G8-Gipfel der Gruppe der acht führenden Industrienationen 2005 hat der Entwicklungshilfe durch zusätzliche Schuldenerleichterungen und neue Entwicklungshilfezusagen weiteren Auftrieb gegeben. Eine Priorität wird sein, die tatsächlichen Leistungen anhand dieser Zusagen zu überwachen. Doch selbst wenn das Glas zu drei Vierteln voll ist, wird dies die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) noch nicht in greifbare Nähe rücken, insbesondere, so lange die Mittel noch mehrere Jahre nicht zu Verfügung stehen. Nach Unterzeichnung der Millenniumserklärung, aus der die MDGs entstanden sind, haben die Geber-Regierungen es versäumt, ihre Entwicklungshilfeprogramme an die Erfordernisse zur Erreichung der Ziele anzupassen. Der unmittelbarste Hinweis auf die fehlende Anpassung ist die große – und wachsende – Finanzierungslücke. Ohne eine Aufstockung der Entwicklungshilfe wird bis zum Jahr 2010 die Diskrepanz zwischen der Entwicklungshilfe, die gebraucht wird, um die Ziele zu erreichen, und der tatsächlichen Höhe der Leistungen auf mehr als 30 Milliarden US-Dollar steigen. Gelingt es nicht, diese Lücke zu schließen, stehen die Fortschritte zum Erreichen der Millenniumsziele auf dem Spiel. Dennoch haben mehrere Hauptgeber bislang nicht die erforderlichen Ausgabenpläne vorgelegt – womit ihr Engagement für die Millenniumsziele in Frage gestellt ist.

Die Bilanz bezüglich der Qualität der Hilfe ist ebenfalls gemischt. Arme Länder brauchen Entwicklungshilfe, die auf vorhersehbare Weise geleistet wird, ohne dass damit zu viele Bedingungen verbunden sind, und auf eine Art und Weise, die die Transaktionskosten minimiert und den gegenüberstehenden Wert maximiert. All zu oft bekommen sie aber Entwicklungshilfe, die unvorhersehbar, mit Auflagen versehen, unkoordiniert und an Käufe in den Geberländern geknüpft ist. Nach unserer Schätzung liegen die Kosten der an Auflagen gebundenen Entwicklungshilfe für Länder mit niedrigem Einkommen bei 2,6 Milliarden US-Dollar im Jahr. Dies stellt eine „Steuer“ auf die gebundene Entwicklungshilfe von rund acht Prozent dar. Diese Steuer kostet alleine die afrikanischen

Länder 1,6 Milliarden US-Dollar im Jahr – eine riesige Umleitung von Investitionsmitteln, die zur Armutsbekämpfung gedacht sind.

Nicht alle Probleme im Bereich Entwicklungshilfe sind auf die Geberseite zurückzuführen. Viele Entwicklungsländer haben Pläne zur Armutsbekämpfung und für die Millenniumsziele ins Zentrum der Politik gerückt. Zu oft jedoch wird die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe dadurch untergraben, dass die MDG-Verpflichtungen nicht in wirksame Maßnahmen umgesetzt werden. Eine schwache Staats- und Regierungsführung, Korruption und fehlende politische Handlungskonzepte für anhaltendes Wirtschaftswachstum mindern die Rendite von Entwicklungshilfe-Investitionen in Bezug auf die menschliche Entwicklung. In diesem Kapitel liegt der Schwerpunkt hauptsächlich auf der Geberseite, doch wir erkennen an, dass wirksame Entwicklungshilfe partnerschaftliche Beziehungen mit gemeinsamen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen erfordert.

Aus der Analyse in diesem Kapitel ergeben sich zwei einfache Botschaften, eine bezüglich der Finanzierung der Entwicklungshilfe und eine bezüglich ihrer Zusammensetzung. Erstens werden die Millenniumsziele verfehlt, wenn die Entwicklungshilfe nicht dauerhaft erhöht wird. Die Zeit kleiner schrittweiser Veränderungen ist vorbei. Wenn die Geberländer es ernst meinen mit dem Kampf gegen die Armut in der Welt, mit der Reduzierung der Ungleichverteilung und mit der Schaffung einer sichereren Zukunft mit mehr Wohlstand für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger, dann müssen sie ihren Blick fest auf das Ziel richten, bis 2010 die 0,5 Prozent und bis 2015 die 0,7 Prozent ihres Nationaleinkommens an Entwicklungshilfe zu leisten. Mehr Entwicklungshilfe ist keine Garantie für Entwicklung und die Sorge bezüglich der Fähigkeiten armer Länder, die Entwicklungshilfe auf wirksame Weise zu absorbieren und zu nutzen, muss ernst genommen werden. Dennoch ist mehr Entwicklungshilfe eine notwendige Bedingung für schnellere Fortschritte in Hinblick auf die Millenniumsziele und es gibt klare Hinweise darauf, dass viele Länder

sehr viel mehr Entwicklungshilfe absorbieren können, als sie derzeit bekommen.

Die zweite Botschaft ist, dass mehr Entwicklungshilfe, wenn sie innerhalb der derzeitigen Strukturen geleistet wird, zu suboptimalen Ergebnissen führen wird. Genauso wie die reichen Länder die Entwicklungshilfe hochfahren, müssen sie die Transaktionskosten herunterfahren, die die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe mindern. Das heißt nicht, in Bezug auf die treuhänderische Verantwortung gegenüber ihren Steuerzahlern Kompromisse einzugehen. Aber es heißt, der an Auflagen gebundenen Entwicklungshilfe ein Ende zu setzen, die Schwankungsanfälligkeit und mangelnde Vorhersehbarkeit der Entwicklungshilfe zu reduzieren und den Umfang der Konditionalität zu überdenken. Mehr Entwicklungshilfe wird nur dann zu besseren Ergebnissen führen, wenn sie durch vereinfachte Managementstrukturen geleistet wird, die gegenüber den Regierungen und Bürgerinnen und Bürgern in Entwicklungsländern mehr Rechenschaftspflicht beinhalten.

Die Gründe für mehr und bessere Entwicklungshilfe werden durch den riesigen – und wachsenden – potenziellen Nutzen noch verstärkt. In der Vergangenheit haben eine Reihe von Faktoren die Wirkungen der Entwicklungshilfe auf die menschliche Entwicklung geschwächt. Die Politik des kalten Krieges, die Nutzung der Entwicklungshilfe zur Verfolgung wirtschaftlicher Ziele in den Geberländern, fehlende wirksame nationale Strategien zur Armutsbekämpfung, Korruption und Misswirtschaft trugen allesamt dazu bei. Es wäre naiv zu behaupten, dass alle diese Probleme nicht mehr bestünden. Doch das politische Umfeld hat sich enorm verbessert, ebenso wie die Entwicklungshilfe-Rendite für die menschliche Entwicklung. Dies ist ein Zeitpunkt, zu dem eine stufenweise Erhöhung der Entwicklungshilfe die Aussichten für die Millenniumsziele verändern könnten.

Aufmerksamkeit muss auch dem Gleichgewicht zwischen Gebern und Empfängern von Entwicklungshilfe bezüglich der jeweiligen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen ge-

Genauso wie die reichen
Länder die Entwicklungshilfe
hochfahren, müssen sie
die Transaktionskosten
herunterfahren

Nachdem die reichen Länder in der Millenniumserklärung die Ziele spezifiziert haben, müssen sie nun die Mittel dafür bereitstellen

widmet werden. Die Entwicklungsländer, die Entwicklungshilfe haben wollen, müssen Ziele festlegen, die mit den Millenniums-Entwicklungszielen in Zusammenhang stehen, müssen ihre Haushalte durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) überwachen lassen und müssen umfangreiche Bedingungen erfüllen. Doch die Geber, die andere Partei dieser „neuen Partnerschaft“, können ungestraft darauf verzichten, irgendwelche Ziele zur Erhöhung der Entwicklungshilfe zu erfüllen (einschließlich der Ziele, die sie selbst festgelegt haben), und können die vagen Prinzipien ignorieren, die sie festgelegt haben, um die Entwicklungshilfe qualitativ zu verbessern.

Neue Entwicklungshilfeansätze sind finanzierbar und machbar. Der Ausgangspunkt ist, dass die Geber und Empfänger von Entwicklungshilfe sich auf eine Abschätzung des Finanzierungsbedarfs einigen müssen, durch die der Bedarf an Entwicklungshilfe zur Erreichung der Millenniumsziele ermittelt wird. Dann müssen die Geber eine vorhersehbare, über mehrere Jahre laufende Finanzierung bieten, um diesen Bedarf zu decken. Die Entwicklungsländer müssen die Reformen durchführen, durch die die Entwicklungshilfe-Rendite optimiert wird. Von entscheidender Bedeutung ist es, die Kapazitätsbeschränkungen in den Empfängerländern zu überwinden.

Auf einer Ebene ist die Entwicklungshilfe ein einfacher Transfer finanzieller Mittel aus reichen in arme Länder. Auf einer anderen Ebene ist sie ein Indikator für etwas Grundlegenderes. Die Entwicklungspolitik der reichen Länder spiegelt wider, wie sie über die Globalisierung denken, über ihre eigene Sicherheit und ihren Wohlstand, und über ihre Verantwortung und ihre Verpflichtungen gegenüber den Schwächsten dieser Welt. Letztendlich ist die Entwicklungspolitik ein Barometer, das misst,

zu welchem Grad die reiche Welt Massenarmut inmitten von Reichtum toleriert.

Mahatma Gandhi wurde einst gefragt, wie Leute, die politische Entscheidungen zu treffen haben, die politischen Vorzüge einer Maßnahme beurteilen sollen. Er antwortete: „Rufen Sie sich das Gesicht des ärmsten Menschen vor Augen, den Sie je gesehen haben, und fragen Sie sich, ob der Schritt, den Sie vorhaben, ihm in irgendeiner Weise nutzen wird.“³ Zehn Jahre vor dem erklärten Termin zum Erreichen der Millenniumsziele sollte dieser Rat in der derzeitigen Diskussion über Entwicklungshilfe Resonanz finden. Verpflichtungserklärungen auf die Ziele sind für die Armen dieser Welt wenig nützlich, wenn sie nicht durch reale finanzielle Verpflichtungen und ebenso reale qualitative Verbesserungen der Entwicklungshilfe untermauert werden. Nachdem die reichen Länder in der Millenniumserklärung die Ziele spezifiziert haben, müssen sie nun ihren Teil dazu beitragen, die Mittel dafür bereitzustellen.

Der erste Teil dieses Kapitels legt kurz die Gründe für Entwicklungshilfe in einer zunehmend von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägten Welt dar. Er betont die zentrale Rolle, die die Entwicklungshilfe als Investition in die menschliche Entwicklung spielen kann. Im nächsten Teil wird die quantitative Entwicklung der Hilfe betrachtet und die Trends seit der Konferenz von Monterrey werden überprüft. Der dritte Teil wendet sich der Frage nach der Qualität der Entwicklungshilfe zu, gemessen anhand von Indikatoren für die Vorhersehbarkeit, die Transaktionskosten und die an Auflagen gebundene Entwicklungshilfe. Abschließend untersuchen wir wichtige Fragen der Staats- und Regierungsführung, die durch eine Reform der internationalen Entwicklungshilfe aufgeworfen werden.

Die Gründe für Entwicklungshilfe überdenken

Der Rahmen für die gegenwärtige Struktur der Entwicklungshilfe wurde vor über einem halben Jahrhundert geschaffen, genauso wie das globale Sicherheitssystem, das wir in Kapitel 5 untersucht haben. Wie das Sicherheitssystem, so litt auch die Entwicklungshilfe unter Verzerrungen durch den Kalten Krieg. Fünfzig Jahre später ist es nun Zeit, grundsätzliche Fragen bezüglich der Rolle der Entwicklungshilfe bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Entwicklungshilfe als moralischer Imperativ und aufgeklärtes Eigeninteresse

Einen Teil der Antwort können wir in einem Bericht finden, der vor 175 Jahren geschrieben wurde. In den 1830er Jahren wurden die dicht besiedelten britischen Industriezentren von einer Welle verschiedener Epidemien überschwemmt, die die Regierung veranlassten, eine Untersuchung in Auftrag zu geben, die unter der Leitung des größten Sozialreformers Edwin Chadwick stand. In seinem Bericht legte Chadwick die menschlichen Kosten der Vernachlässigung dar: „Die jährlichen Verluste an Menschenleben aufgrund von Schmutz und schlechter Belüftung sind größer als die Zahl der Toten oder Verwundeten in irgendeinem der Kriege, die dieses Land in der heutigen Zeit geführt hat.“⁴ Neben diesen menschlichen Kosten lenkte der Bericht die Aufmerksamkeit auch auf den Effizienz-Gewinn durch präventive Maßnahmen. Die Ausgaben für die Behandlung von Krankheiten und die Einbußen, die mit der geringeren Arbeitsproduktivität verbunden waren, stellten die Kosten der Bereitstellung eines öffentlichen Abwassersystems weit in den Schatten. In einer Zeit, in der sich die Regierung gegen Steuererhöhungen zur Bereitstellung öffentlicher Güter sträubte, dauerte es noch weitere zwanzig Jahre, in denen eine Reihe von Epidemien die Reichen wie die Armen bedrohten, bis dann schlagartig Maßnahmen ergriffen wurden. Doch Chad-

wicks Bericht führte das Prinzip ein, dass soziale Investitionen in ein öffentliches Gut aus moralischen Gründen unbedingt geboten sind und wirtschaftlich dem gesunden Menschenverstand folgten.

Der gleichen Logik unterliegt heute die internationale Entwicklungshilfe. In der heutigen Welt werden die Grenzen, die die reichen von den armen Ländern trennen, durch ansteckende Krankheiten, Bedrohungen der Sicherheit, schwarz gehandelte Waffen, Drogen und Umweltprobleme genauso einfach überschritten wie in den großen britischen Industriezentren der 1830er Jahre die Grenzen zwischen den reichen und armen Gegenden durch Krankheiten überschritten wurden. In diesem Zusammenhang ist die internationale Entwicklungshilfe eine Investition in öffentliche Güter, wie zum Beispiel verringerte Gesundheits- und Sicherheitsrisiken.

Gemeinsamer Wohlstand und verringerte Anfälligkeit sind weitere gewichtige Gründe für Entwicklungshilfe. In den Industrieländern wirkten zeitweilige Krisen als starke Katalysatoren für die Entwicklung sozialer Sicherungssysteme. US-Präsident Franklin D. Roosevelt reagierte auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre mit der Einführung staatlicher Beschäftigungsprogramme und Einkommenstransfers, einem „New Deal“, der Millionen gefährdeter Menschen mit Beschäftigung versah und eine Quelle an Sicherheit bot. Der New Deal schuf die Bedingungen für wirtschaftliche Erholung, stellte den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder her und führte ein Prinzip ein, dass für die menschliche Entwicklung weiterhin von zentraler Bedeutung bleibt: dass die Märkte und die Freiheiten des Einzelnen durch wirtschaftliche Sicherheit untermauert werden müssen.⁵ Dreißig Jahre später, Mitte der 1960er Jahre, erklärte Präsident Lyndon B. Johnson mit seinem „Great Society“-Programm den „bedingungslosen Krieg“ gegen die Armut und

Entwicklungshilfe ist eine Investition in öffentliche Güter, wie zum Beispiel verringerte Gesundheits- und Sicherheitsrisiken

brachte eine Flut an Gesetzen auf den Weg, die darauf abzielten, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich durch Arbeit selbst aus extremen Mangelsituationen zu befreien (Kasten 3.1). In beiden Fällen gingen die soziale Sicherung und Programme, die die Menschen wieder in Lohn und Brot bringen sollten, Hand in Hand.

Heute geben die reichen Länder ca. ein Viertel ihres Reichtums für soziale Transferleistungen aus.⁶ Diese Transferleistungen sind eine Investition zur Vermeidung oder Reduzierung der Verschwendung und der gesellschaftlichen

Erschütterungen, die mit extremer Not einhergehen. Auch auf globaler Ebene stellt die Armut eine massive Vergeudung menschlichen Potenzials dar, und ein Hindernis für gemeinsamen Wohlstand. In einer Welt, die durch Handels- und Investitionsströme eng verflochten ist, mindert die Armut in einem Land woanders das Potenzial für Wohlstand. Doch der internationalen Gemeinschaft fehlt ein glaubwürdiges globales Sozialversicherungssystem – eine Lücke, die die Entwicklungshilfe füllen könnte.

Die internationale Entwicklungshilfe ist der Punkt, an dem moralische Werte und aufgeklärtes Eigeninteresse sich kreuzen. Der moralische Imperativ der Entwicklungshilfe spiegelt sich in vielen auf Werten basierenden Denksystemen wider. Die meisten wichtigen Religionen rufen ihre Anhänger dazu auf, den Armen zu helfen. Im Islam zum Beispiel ist *zakat*, die Verpflichtung, denen zu geben, die in Not sind, eine der fünf Säulen dieser Religion. Die christliche Tradition des Erlassjahres ruft die Gläubiger dazu auf, Schulden abzuschreiben. Auch andere Wertesysteme betonen den Schutz der Schwachen und die Begrenzung der Ungleichverteilung innerhalb von Gemeinschaften. Für die globale Gemeinschaft stellt die Entwicklungshilfe einen Mechanismus dar, durch den sie menschliche Solidarität ausdrücken und Möglichkeiten erweitern kann. Ob die Motivation nun auf Menschenrechten, religiösen Werten oder breiter angelegten Ethiksystemen beruht, die Rolle der Entwicklungshilfe bei der Abschaffung von Massenarmut, Hunger und vermeidbaren Todesfällen bei Kindern ist ein moralischer Imperativ.

Die Sicherheitsbegründung für Entwicklungshilfe basiert auf einem aufgeklärten Eigeninteresse. Armut fördert nicht automatisch den Terrorismus. Auch Ungleichverteilung nicht. Doch wie die führenden Politiker der reichen Länder zunehmend anerkennen, stellt das Versäumnis, mit den wahrgenommenen Ungerechtigkeiten umzugehen, die die Massenarmut in einer immer wohlhabenderen Weltwirtschaft fortschreiben, eine Bedrohung für die Sicherheit dar. In der Antrittsrede zu seiner letzten Amts-

Kasten 3.1 Die „Great Society“

Die Rede vor dem amerikanischen Kongress, in der Präsident Lyndon B. Johnson 1964 sein Programm der „Great Society“ verkündete, markierte den Beginn einer neuen Ära in der Sozialgesetzgebung. Es umfasste auch Grundsätze, die bis heute in Debatten zur Entwicklungshilfe ihren Nachhall finden.

Die damaligen Reformen basierten auf einem einfachen Kerngedanken: Der Staat muss aktiv werden, um die Menschen mit den Qualifikationen und anderen Aktiva auszustatten, die es ihnen ermöglichen, sich aus Armutszyklen zu befreien. Wachstum allein reicht nicht aus. Transfers an die Armen sind keine Wohlfahrtszahlungen, sondern eine Investition in Qualifikationen und eine Versicherung gegen Risiken. Staatliche Programme verbessern den Zugang der Menschen zu sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ressourcen und bieten ihnen statt bloßer Almosen wirkliche Hilfestellung. Johnson formulierte es so: „Es reicht nicht aus, die Tore zu den Chancen aufzustoßen. Alle unsere Bürger müssen befähigt werden, durch diese Tore zu schreiten.“

Der Ankündigung folgte eine ganze Reihe grundlegender Gesetze zu Themen wie Krankenversicherung, Gesundheitsversorgung für arme Menschen, Bildungsprogrammen für einkommensschwache Gruppen oder Berufsausbildung mit dem Ziel, den Aufstieg aus der Armut zu unterstützen und den Absturz in die Armut zu verhindern. Zwischen 1963 und 1967 wurde das Volumen der den Gesetzen folgenden staatlichen Zuschussprogramme auf 15 Milliarden Dollar verdoppelt.

Anstrengungen zeitigten ihre Ergebnisse in Form einer Periode abnehmender Ungleichheit und zunehmender Mobilität für zuvor ausgeschlossene Gruppen. Guter internationaler Entwicklungshilfe liegen ähnliche Überlegungen zugrunde. Sie kann arme Länder mit der Bildung, den Qualifikationen und den Gesundheitsaktiva ausstatten, die erforderlich sind, um Wachstum anzuregen und den Weg aus Armut und Abhängigkeit zu ebnen. Die Unterstützung, die Volkswirtschaften wie Botswana, Südkorea (Korea, Rep.) und Taiwan, Provinz von China, zu Beginn ihrer Entwicklung erhielten, half ihnen, sich aus der Abhängigkeit von Entwicklungshilfe zu lösen und den Wandel zu mehr wirtschaftlichen Wachstum sowie weniger Armut herbeizuführen.

Quellen: Burnham 1989; Brown-Collier 1998; Johnson 1964; Advisory Commission on Intergovernmental Relations 1984 (Tabelle 75).

zeit im Jahr 1945 fasste US-Präsident Roosevelt das zusammen, was er als zentrale Lehre aus dem zweiten Weltkrieg ansah: „Wir haben gelernt, dass wir nicht alleine in Frieden leben können, dass unser Wohlergehen vom Wohlergehen anderer, weit entfernt gelegener Nationen abhängig ist.“ Diese Feststellung hat weiterhin eine mächtige Resonanz. Die Bedrohungen, die von zerbrechlichen und konflikthanfälligen Staaten ausgehen, haben ihre Wurzeln zum Teil in der Armut, aber auch in der Wahrnehmung von Ungerechtigkeit in einer Weltordnung, die eine große Kluft zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen zulässt. In der derzeitigen US-amerikanischen Sicherheitsstrategie wird das so ausgedrückt: „Eine Welt, in der einige bequem und im Überfluss leben, während die Hälfte der Menschheit von weniger als zwei US-Dollar am Tag lebt, ist weder gerecht noch stabil.“⁷

Entwicklungshilfe und menschliche Entwicklung

Die Kontroversen um die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe erstrecken sich bereits über mehrere Jahrzehnte. Kritiker argumentieren, dass die Begründung für mehr Entwicklungshilfe durch den nur begrenzten Nutzen der großen Summen an Entwicklungshilfe, die im Laufe der vergangenen vier oder mehr Jahrzehnte geleistet wurden, untergraben würde. Diese Behauptung zeigt, wie ein einseitiges Verständnis der Beweise zu falschen Schlussfolgerungen führen kann.

Behauptungen über die Ineffektivität der Hilfe aufgrund von Erfahrungen aus der Vergangenheit stehen auf einer wackligen Grundlage. Bis zum Ende des Kalten Krieges stand ein großer Teil dessen, was als Entwicklungshilfe durchging, mit den Zielen menschlicher Entwicklung in bestenfalls dürtigem Zusammenhang. Brutale, korrupte und ineffiziente Regime wurden von den Gebern wohlwollend toleriert, die weniger an Entwicklung interessiert waren, als an der Verfolgung geo-politischer Ziele. Der zairische Präsident Mobutu Sésé Seko und der philippinische Präsident Ferdinand Marcos wurden reich, während ihre Bürgerinnen und

Bürger mit großen Schulden zurückblieben. Von Afghanistan über das Horn von Afrika bis nach Mittelamerika war die Entwicklungshilfe Teil der Rivalitäten zwischen Ost und West.

Mit dem Fall der Berliner Mauer entfiel auch die Motivation für Verzerrungen im Bereich der Entwicklungshilfe. Das heißt jedoch nicht, dass die gesamte Entwicklungshilfe jetzt plötzlich auf gut definierte Ziele menschlicher Entwicklung ausgerichtet wurde. Es werden noch immer große Summen Entwicklungshilfegelder für nicht entwicklungsbezogene Ziele ausgeben, so zum Beispiel, um Überschüsse aus der Landwirtschaft loszuwerden oder um Absatzmärkte für Unternehmen aus reichen Ländern zu erschließen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der „Krieg gegen den Terrorismus“ eine neue Reihe von Verzerrungen in die Allokationsentscheidungen bringt. So erhalten einige Länder mit bestenfalls zweifelhafter Entwicklungsbilanz einen warmen Regen an Entwicklungshilfe. Nichtsdestoweniger haben die Geber-Länder zum ersten Mal in der Geschichte die Gelegenheit, ihre Entwicklungshilfe auf das zentrale Ziel der Verbesserung der Lage der Menschheit zu richten.

Verringerung finanzieller Einschränkungen

Die Millenniumsziele bieten eine Meßlatte zur Messung der Fortschritte. Wie jedoch Kapitel 1 zeigt, werden bei den derzeitigen Trends die meisten der ärmsten Länder der Welt den größten Teil der Ziele verfehlen. Beschränkte finanzielle Mittel aufgrund niedriger Durchschnittseinkommen und anhaltender Armut schränken die Fähigkeiten dieser Länder ein, diese Trends zu verändern. Die Entwicklungshilfe kann helfen, diese Beschränkungen zu verringern, indem sie die Regierungen mit neuen Mitteln für Investitionen versorgt.

Wie ernstzunehmend das Finanzierungsproblem ist, wird anhand des Gesundheitswesens deutlich. In Ländern mit niedrigem Einkommen betragen die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben circa elf US-Dollar pro Kopf. In einem großen Teil der afrikanischen Länder südlich der

Es besteht die Gefahr, dass der „Krieg gegen den Terrorismus“ eine neue Reihe von Verzerrungen bringt

Studien über die Kosten
der Millenniums-
Entwicklungsziele zeigen
durchgängig große
Finanzierungslücken auf

Sahara liegt der Durchschnitt zwischen drei und zehn US-Dollar. Die Kosten für die medizinische Grundversorgung werden jedoch auf 30 US-Dollar pro Person geschätzt. In einem Land wie Mali, wo über die Hälfte der Bevölkerung von weniger als einem US-Dollar pro Tag lebt, würde es pro Person zusätzlich 26 US-Dollar – oder circa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – kosten, um dieses eine Ziel zu finanzieren.

Studien über die Kosten der Millenniums-Entwicklungsziele zeigen durchgängig große Finanzierungslücken auf, selbst wenn die Regierungen ihre Ausgaben deutlich erhöhen und deren Wirksamkeit verbessern. In einer Studie über den Finanzierungsbedarf im Bereich allgemeine Primarschulbildung wurden zum Beispiel die finanziellen Implikationen untersucht, die sich ergäben, wenn die Entwicklungsländer vier Prozent ihres BIP ins Bildungswesen stecken würden und davon die Hälfte in den Primarschulbereich. Für die Entwicklungsländer als Gruppe lag die Finanzierungslücke bei einer Größenordnung von fünf bis sieben Milliarden US-Dollar, wobei die Länder mit niedrigem Einkommen daran einen Anteil von vier Milliarden hatten.⁸

Wirtschaftliches Wachstum in den Entwicklungsländern kann helfen, die einheimischen Mittel, die zur Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung stehen, zu erhöhen. Für viele Länder besteht das Problem jedoch in den Kapazitätsbeschränkungen, die das Wirtschaftswachstum begrenzen. Der unzureichende Zugang zu Basisinfrastruktur wie Wasserversorgung, Straßen, Stromversorgung und Kommunikation beschränkt die Möglichkeiten der Haushalte, das Investitionsvolumen des privaten Sektors und die Staatseinnahmen. In den ärmsten Ländern ist die Finanzierungslücke am größten. Nach Schätzungen der Weltbank müssen die afrikanischen Länder südlich der Sahara ihre Infrastrukturausgaben gemessen als Anteil am BIP von unter fünf Prozent auf über neun Prozent erhöhen. Die von der britischen Regierung finanzierte Afrika-Kommission setzt die zusätzlich benötigte Entwicklungshilfe bei zehn Milliarden US-Dollar pro Jahr über einen Zeit-

raum von zehn Jahren an.⁹ Gelingt es nicht, diese Investitionen zu tätigen, wird ein Teufelskreis in Gang gehalten. Zu wenige Investitionen in Straßen und Häfen, Stromversorgung und Kommunikationssysteme mindern das Wachstum, verringern die Möglichkeiten zur Beteiligung am Handel und reduzieren die Einnahmen, die den Regierungen für zukünftige Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung stehen.

Betrachtet man den Finanzierungsbedarf für die Millenniums-Entwicklungsziele als Gesamtpaket, so macht dies die entscheidende Bedeutung externer Finanzierung noch deutlicher. Schätzungen des Millenniumsprojektes der Vereinten Nationen auf der Grundlage von Untersuchungen in fünf Ländern mit niedrigem Einkommen setzen den Finanzierungsbedarf zur Erreichung der Ziele für das Jahr 2006 bei 40 bis 50 Milliarden US-Dollar an. Bis zum Jahr 2015 wird der Bedarf auf 70 bis 100 Milliarden steigen.¹⁰ Selbst mit angemessenem Wachstum und steigenden Staatseinnahmen hat Tansania heute einen ungedeckten Finanzierungsbedarf von 35 US-Dollar pro Kopf – ein Betrag, der mehr als 14 Prozent des Durchschnittseinkommens entspricht. Bis 2015 wird dieser ungedeckte Bedarf 85 US-Dollar pro Kopf betragen. Für ein Land mit einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 100 US-Dollar ist das eine sehr große Lücke. Steigende Staatseinnahmen aus einheimischen Mitteln könnten – und sollten – einen Teil dieser Lücke schließen. Doch in Ländern mit niedrigem Durchschnittseinkommen und hoher Armut gibt es Grenzen des Erreichbaren. Wenn Äthiopien den Anteil der Staatseinnahmen am BIP verdoppeln würde, würde es zusätzliche 15 US-Dollar pro Kopf hinzugewinnen – weniger als ein Viertel des geschätzten Finanzierungsbedarfs zur Erreichung der Millenniumsziele.¹¹ Äthiopien hat bereits eine Abgabenquote von 15 Prozent – sehr viel mehr als der Durchschnitt bei Ländern auf diesem Einkommensniveau.

Nichts davon mindert die Bedeutung nationaler Finanzierung. Selbst unter Berücksichtigung der stark eingeschränkten Mittel variieren die Leistungen der einzelnen Ent-

wicklungsländer sehr. So hat Mosambik zum Beispiel vier Prozent des BIPs für staatliche Investitionen im Gesundheitswesen mobilisiert. Das ist mehr als doppelt so viel wie in Ländern wie Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali und (bei sehr viel höherem Durchschnittseinkommen) Pakistan. Der Tschad gibt für das Bildungswesen weniger als die Hälfte (gemessen als Anteil am BIP) aus, als Äthiopien. In den meisten Regionen, und am bemerkenswertesten in den Ländern Afrikas südlich der Sahara, gibt es jedoch einen klaren Aufwärtstrend bei den Ausgaben für Gesundheit und Bildung, teilweise unterstützt durch Entwicklungshilfe und Schuldenerleichterungen.

Die offensichtliche Frage ist, ob in Ländern, die nicht in der Lage sind, die Kosten der Finanzierung der Millenniumsziele zu decken, die Entwicklungshilfe eine wirksame Ergänzung zu den inländischen Einnahmen darstellt. Die Antwort lautet ja. Mehr Entwicklungshilfe ist kein Allheilmittel gegen geringes Wachstum oder Armut. Nicht jede Entwicklungshilfe funktioniert und ein Teil der Hilfe wird verschwendet. Doch unter den richtigen Bedingungen (ein wichtiger Vorbehalt) kann Entwicklungshilfe die menschliche Entwicklung auf verschiedenen Wegen voranbringen. Diese reichen von makroökonomischen Wirkungen – einschließlich höherem Wachstum und höherer Produktivität – bis hin zur Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, die für die Entwicklung der Fähigkeiten der Armen von entscheidender Bedeutung sind.

Steigerung des Wirtschaftswachstums

Die Entwicklungshilfe ermöglicht es den Empfängern, ihren Konsum und ihre Investitionen zu erhöhen. Sie schafft Möglichkeiten, durch mehr Wachstum im Zeitablauf den Lebensstandard nach und nach anzuheben. In länderübergreifenden Untersuchungen hat man in der Vergangenheit tendenziell einen positiven Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Wachstum festgestellt.¹² Zieht man die Ausgaben im Bereich der Nothilfe ab, die sich definitionsgemäß auf Länder in Krisensituationen bezieht, und auch die Ausgaben für lang-

fristige Hilfe, die mit dem Wachstum nicht in Zusammenhang stehen, so werden diese Ergebnisse bestätigt. Das Centre for Global Development schätzt, dass bei ungefähr der Hälfte der Entwicklungshilfeströme, von denen erwartet werden kann, dass sie kurzfristige Wachstumswirkungen haben, jeder US-Dollar Entwicklungshilfe ein um 1,64 US-Dollar höheres Einkommen schafft.¹³

Erfahrungen aus verschiedenen Ländern bestätigen die potenziell starken Wachstumseffekte. Afrikanische Volkswirtschaften mit hohem Wachstum, wie zum Beispiel Mosambik, Uganda und Tansania, sind stark von der Entwicklungshilfe abhängig, um weiter in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur investieren zu können. Mosambik verzeichnet seit Mitte der 1990er Jahre ein Wachstum von acht Prozent pro Jahr – eine der höchsten Wachstumsraten in der sich entwickelnden Welt. Ohne Nettoentwicklungshilfe in Höhe von 54 US-Dollar pro Kopf hätte dieses Wachstum nicht aufrechterhalten werden können. Damit wurden die Infrastruktur und die Zahlungsbilanz entscheidend gestützt.¹⁴

Die Grundversorgung mit Dienstleistungen verbessern

Stehen für die Grundversorgung in Bereichen wie Gesundheit und Bildung zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung, so führt dies zu einer geringen Abdeckung und einer schlechten Qualität der Dienstleistungen. Die Entwicklungshilfe spielt bei der Finanzierung von Investitionen in Gesundheit und Bildung, die nötig sind, um Humankapital zu bilden, eine entscheidende Rolle.

Die Finanzierung durch Entwicklungshilfe ist in vielen Ländern ein Rettungsanker für die Grundversorgung mit Dienstleistungen. In Tansania macht die Entwicklungshilfe aus dem Ausland über ein Drittel des Haushaltes für den Sozialbereich aus. In Sambia würden ohne Entwicklungshilfe die Gesundheitsausgaben von acht auf drei US-Dollar pro Person sinken, mit verheerenden Folgen für den Kampf gegen HIV/AIDS und andere Probleme der öf-

Unter den richtigen Bedingungen kann Entwicklungshilfe die menschliche Entwicklung voranbringen

fentlichen Gesundheit. In Uganda ist der Anteil der ausländischen Hilfe am BIP zwischen 1997 und 2001 um fünf Prozent gestiegen. Die Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitswesen haben sich seit dem Jahr 2000 verdreifacht, wobei etwa die Hälfte des Gesundheitshaushalts durch Geber finanziert wird. Eine Reihe von Entwicklungsprogrammen hat die Kindersterblichkeit nachweislich gesenkt. In Ägypten half ein nationales Programm zur Kontrolle von Durchfallerkrankungen, das von USAID und der Weltgesundheitsorganisation unterstützt wurde, die Säuglingssterblichkeit innerhalb von fünf Jahren um 82 Prozent zu senken und 300.000 Todesfälle bei Kindern zu verhindern.¹⁵ Der Entwicklungshilfe kommt bei der Schließung von Versorgungslücken eine zentrale Rolle zu. Um die Millenniumsziele in den Bereichen Gesundheit und Bildung bis 2015 zu erreichen, werden allein die afrikanischen Länder südlich der Sahara eine Million zusätzliche

Arbeitskräfte im Gesundheitswesen brauchen und acht Länder in der Region werden die Anzahl der Lehrkräfte an Schulen um mindestens ein Drittel erhöhen müssen.¹⁶ Ohne zusätzliche Entwicklungshilfe ist eine Ausweitung in diesem Umfang nicht machbar.

Selbst wenn eine Grundversorgung zur Verfügung steht, stellen die Kosten oft eine Hürde dar, die die Menschen davon abhält, Versorgungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Entwicklungshilfe kann diese Hürde senken. Nachdem in Tansania 2003 die Schulgebühren abgeschafft wurden, wurden 1,6 Millionen Kinder zusätzlich eingeschult (Kasten 3.2). Die Abschaffung der Eigenbeteiligung an den Kosten für Gesundheitsdienste führte 2002 in Uganda zu einer Zunahme der Nutzung von Gesundheitseinrichtungen um 80 Prozent. Die Armen waren dabei die Hauptnutznießer. Keine dieser politischen Maßnahmen wäre möglich gewesen, wenn es keine Entwicklungshilfe-Finanzierung gegeben hätte. In Bangladesch hat die Entwicklungshilfe bei der Finanzierung von Schulspeisungsprogrammen eine zentrale Rolle gespielt. Diese Programme sollen für Eltern Anreize bieten, ihre Kinder, insbesondere Mädchen, in die Schule zu schicken. Sie erreichen inzwischen über zwei Millionen Kinder und haben dazu geführt, dass die Einschulungsquoten enorm gestiegen sind und dass es Fortschritte in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter gegeben hat.¹⁷ Indem die Entwicklungshilfe die Qualität der Bildung verbessert, kann sie auch Nachfrage schaffen. In einer aktuellen Untersuchung der Bildungsförderung der Weltbank im Zeitraum 1988-2003 wurde herausgefunden, dass die Einschulungsquote im Primar- und Sekundarschulbereich um zehn Prozent gestiegen war und dass sich die Prüfungsergebnisse um mehr als 60 Prozent verbessert haben.¹⁸ Die besseren Ergebnisse hingen mit der verbesserten Qualität der Klassenräume, dem Zugang zu Lehrbüchern und der Ausbildung von Lehrkräften zusammen.

Ausweitung der Sozialversicherung

Die ärmsten Länder der Welt haben den größten Bedarf an sozialer Absicherung und die

Kasten 3.2 **Kostenhürden abbauen**

Der Umstand, dass sich arme Menschen grundlegende Dienste nicht leisten können, ist eine Hauptursache von Ungleichheit und Armut. Entwicklungshilfe kann die Nachfrage nach Basisdiensten steigern, indem sie deren Kosten senkt.

Weil mit Entwicklungshilfemitteln das Bildungswesen aus dem Staatshaushalt unterstützt wurde, konnten in Tansania zwischen 1999 und 2003 1,6 Millionen Kinder zusätzlich die Schule besuchen. Die Regierung verdoppelte die Bildungsausgaben pro Kopf und finanzierte den Übergang zu einem System mit kostenlosem Grundschulunterricht.

Die neue kenianische Regierung nahm sich daran ein Beispiel. Eine ihrer ersten Amtshandlungen war 2003 die Einführung der kostenlosen Grundschulbildung. Innerhalb eines Jahres stieg daraufhin die Schülerzahl um 1,5 Millionen. Kenia entwickelte auch Programme wie den Schulbuchfonds und das Schulspeiseprogramm, um armen Haushalten zu helfen, Kostenbeschränkungen zu überwinden. Keine dieser Investitionen wäre ohne mehr Entwicklungshilfe möglich gewesen.

Im Gesundheits- wie im Bildungswesen kann Entwicklungshilfe Hürden abbauen, indem sie Regierungen die Ressourcen zur Senkung der Zugangskosten bereitstellt. Im Rahmen der nationalen Armutsbekämpfungsstrategie schaffte Uganda 2001 die Nutzergebühren für die meisten Gesundheitseinrichtungen der unteren Ebene ab. 2002/2003 wurden daraufhin die Einrichtungen von mehr als sechs Millionen ambulanten Patienten zusätzlich in Anspruch genommen. Dies entsprach einem Anstieg der Inanspruchnahme um mehr als 80 Prozent gegenüber dem Jahr 2000, wobei dieser bei armen Menschen stärker ausfiel als bei Wohlhabenderen.

Quellen: Inyega und Mbugua 2005; Tanzania, Government of, 2004; World Bank und Republic of Kenya 2004; World Bank 2001.

geringsten Kapazitäten, diese zu finanzieren. Die meisten Länder mit niedrigem Einkommen haben außergewöhnlich schwach ausgeprägte Wohlfahrtssysteme. Eine Folge ist, dass die ärmsten Haushalte in einem Teufelskreis der Armut gefangen sind. Probleme wie ein niedriges Einkommen, eine schlechte Ernährungslage und Krisenanfälligkeit hindern sie daran, der Armut zu entkommen.

Entwicklungshilfe kann helfen, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Doch in der Entwicklungshilfe sind die Sozialversicherungssysteme ein Bereich, der chronisch unterfinanziert ist. Programme in diesem Bereich haben das Potenzial, finanzielle Mittel direkt den ärmsten und schwächsten Haushalten zur Verfügung zu stellen. Solche Programme stellen eine internationale Ausweitung des Prinzips der sozialen Wohlfahrt dar, das in den reichen Ländern zur Anwendung kommt, einschließlich des Prinzips von mehr Gerechtigkeit. Mit Unterstützung durch die Geber zielt ein Pilotprogramm für Bartransfer in Sambia auf die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung ab, die noch nicht einmal ihren Mindestbedarf an Nahrungsmitteln decken. Die Transferleistungen – sechs US-Dollar im Monat – ermöglichen es den Nutznießern, statt einer zwei Mahlzeiten am Tag zu sich zu nehmen, mit großen positiven Multiplikatorwirkungen auf die Ernährungslage der Kinder und die Lebensgrundlage der Haushalte (Kasten 3.3).¹⁹ In Vietnam vergrößern sich die Ungleichheiten im Gesundheitsbereich, trotz der guten Leistungen der Regierung in Bezug auf die menschliche Entwicklung. Die Regierung hat darauf reagiert, indem sie Health Care Funds for the Poor (HCFP) eingeführt hat, um Haushalten, die nicht in der Lage sind, ihre Gesundheitsausgaben zu decken, eine soziale Absicherung zu bieten. In enger Zusammenarbeit mit Gebern hat die Regierung Strategien entwickelt, die auf die ärmsten Regionen, wie das zentrale Hochland, und die ärmsten gesellschaftlichen Gruppen abzielen. Die Entwicklungshilfe macht in Vietnam weniger als vier Prozent des Bruttonationaleinkommens aus, aber über ein Viertel des HCFP-Etats.²⁰ Ohne Unterstützung durch die

Geber wären die Investitionen in eine gerechte Gesundheitsversorgung stark unterfinanziert.

Unterstützung des Wiederaufbaus

In armen Ländern, die zivile Konflikte hinter sich haben, kann die Entwicklungshilfefinanzierung dazu beitragen, die Bedingungen für Frieden und menschliche Entwicklung zu schaffen. Das Beispiel Mosambik zeigt, was möglich ist. In einem aktuelleren Fall war in Ost-Timor die Entwicklungshilfe für die schnell erzielten sozialen Fortschritte von zentraler Bedeutung. Dort macht die Entwicklungshilfe derzeit mehr als die Hälfte des Bruttonationaleinkommens aus. In Afghanistan wurden als ein Ergebnis der staatlichen Kampagne „Zurück in die Schule“

Kasten 3.3 Entwicklungshilfe zugunsten der Sozialversicherung in Sambia

Etwa die Hälfte der sambischen Bevölkerung von mehr als zehn Millionen Menschen erreicht nicht die Mindestenergieaufnahme, die durch die ernährungsbezogene Armutsgrenze festgelegt ist. Unterernährung ist lebensbedrohend, verringert die Möglichkeiten, ein Einkommen zu erzielen, untergräbt die Schulbildung von Kindern und erhöht die Anfälligkeit für Krankheiten.

In Zusammenarbeit mit dem sambischen Ministerium für Gemeinschaftsentwicklung und soziale Dienste entwickelte die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ein Pilotprogramm für Bartransfers im Bezirk Kalomo im Süden des Landes. Intendierte Nutznießer des Programms sind die zehn Prozent der Haushalte in 143 Dörfern und fünf Städten, die auf der Grundlage vereinbarter Kriterien von gemeinschaftsbasierten Wohlfahrtsausschüssen als am bedürftigsten eingestuft werden. Bei zwei Dritteln der teilnehmenden Haushalte sind die Haushaltsvorstände Frauen, und zwar zumeist ältere Frauen. Zwei Drittel der Haushaltsmitglieder sind Kinder, von denen 71 Prozent durch HIV/AIDS zu Waisen wurden.

Die Transfers im Rahmen des Programms belaufen sich auf sechs US-Dollar monatlich. Das Pilotprogramm kommt 1.000 Haushalten zugute. Erste Evaluierungen des 2004 begonnenen Programms signalisieren eine Reihe von Erfolgen. Der Schulbesuch hat zugenommen, und die als Zielgruppe ausgewählten Haushalte verzeichnen seither ein regelmäßiges Monatseinkommen.

Die räumliche Ausweitung des Transferprogramms auf 200.000 bedürftige Haushalte wäre mit jährlichen Kosten in Höhe von 16 Millionen US-Dollar verbunden, was etwa vier Prozent der gesamten nach Sambia fließenden Entwicklungshilfe ausmachen würde. Es zeigt, dass Programme dieser Art Möglichkeiten zur Umverteilung zugunsten der Armen eröffnen können. In Ländern wie Sambia lassen sich durch sehr geringe Transfers aus den reichen Ländern beträchtliche Einkommenssteigerungen für arme Haushalte bewirken. Der Erfolg solcher Sozialversicherungsprogramme hängt jedoch entscheidend von einer langfristigen Zusammenarbeit zwischen den Gebern und den Regierungen der Empfängerländer ab.

Quellen: Goldberg 2005; Development Initiatives 2005a.

Malaria-Vorbeugung durch Entwicklungshilfe ist sowohl eine gute Investition als auch aus humanitären Gründen geboten

über vier Millionen Kinder eingeschult. Die Regierung hat ehrgeizige Pläne, das öffentliche Gesundheitssystem wieder instand zu setzen. Die Finanzierung durch die Geber war ein entscheidender Beitrag zum Erfolg. Dadurch wurden in Afghanistan über 90 Prozent des Haushaltes des sozialen Sektors finanziert.²¹ Nach Beilegung zweier der brutalsten Bürgerkriege der Welt liegt der Schlüssel zu Fortschritten in Liberia und Sierra Leone in langfristigen Entwicklungshilfe-Investitionen.

Sich den globalen Gesundheitsherausforderungen stellen

Einige der großen Erfolge in Bezug auf die globale öffentliche Gesundheit wurden durch multilaterale Entwicklungshilfe-Initiativen ermöglicht. In den 1970er Jahren führte gezielte Entwicklungshilfe in Höhe von rund 100 Millionen US-Dollar, die hauptsächlich aus den USA kam, zur Ausrottung der Pocken. Die anhaltenden Einsparungen bei Impfungen und Behandlungen sind sehr viel höher als die ursprünglichen Investitionen. In der westlichen Hemisphäre ist die Bedrohung durch die Kinderlähmung ausgeschaltet worden. In Westafrika hat ein von 14 Gebern unterstütztes Programm mit Behandlungskosten von rund einem US-Dollar pro Person die Ausbreitung der Flussblindheit gestoppt. Bislang wurden 60.000 Fälle von Flussblindheit verhindert und 18 Millionen gefährdete Kinder davor geschützt.²² Seit 2000 haben die Geber eine Milliarde US-Dollar durch das Globale Bündnis für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI) zugesagt und dadurch mehr als 600.000 Todesfälle aufgrund von Krankheiten verhindert, die durch Impfungen vermeidbar sind.²³

Anders betrachtet machen diese multilateralen Erfolgsgeschichten das Ausmaß des Versagens in anderen Bereichen deutlich. Mehr als 27 Millionen Kinder werden in ihrem ersten Lebensjahr nicht geimpft und noch immer sterben jährlich 1,4 Millionen Kinder an Krankheiten, die durch Impfungen verhindert werden könnten. Eine weitere Million Menschen jährlich sterben an Malaria. Doch die globale Initiative zur Reduzierung der Zahl dieser Todesfälle,

die Roll Back Malaria Campaign, leidet unter chronischer Unterfinanzierung und hat bislang entsprechend wenig erreicht. Wie das Millenniumsprojekt der Vereinten Nationen darlegt, ist dies ein Bereich, in dem die Entwicklungshilfe rasche Erfolge erzielen kann. Zum Beispiel wäre eine globale Initiative, durch die sichergestellt würde, dass bis 2007 jedes Kind in einer Malaria-Region in Afrika kostenlos ein Moskitonetz bekommt, ein kostengünstiger Weg, um bis zu 60 Prozent der Leben zu retten, die die Malaria heute fordert. USAID war an der Entwicklung von Kooperationen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor beteiligt, um sich dieser Herausforderung zu stellen. In Ghana, Nigeria, dem Senegal und Sambia verkaufte ein staatlich-privates Kooperationsprojekt, das durch das NetMark-Programm von USAID unterstützt wurde, über 600.000 mit Insektiziden behandelte Mosquito-Netze. Jedoch müssen diese Initiativen noch auf ein Niveau ausgeweitet werden, das dem Umfang der Herausforderung entspricht.

Vorbeugung durch Entwicklungshilfe ist sowohl eine gute Investition als auch aus humanitären Gründen geboten. Abgesehen von den menschlichen Opfern durch Krankheits- und Todesfälle mindert die Malaria in den betroffenen Ländern das Wirtschaftswachstum pro Kopf um schätzungsweise 1,3 Prozentpunkte pro Jahr. Dies erschwert wesentlich das Erreichen der Millenniums-Zielvorgabe, die Armut zu halbieren. Doch die Durchschnittszahlen machen das Ausmaß dieser Erschwernis nicht ausreichend deutlich. Die Malariafälle konzentrieren sich besonders stark auf die Armen. Nach einer Untersuchung wird geschätzt, dass zwei Drittel aller Malariafälle auf die ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung entfallen.²⁴ In ländlichen Dorfgemeinschaften fällt die Jahreszeit, in der Malaria übertragen wird, oft mit der Pflanz- und Erntezeit zusammen, was zu Produktions- und Einkommenseinbußen führt. Bauern, die von der Subsistenzwirtschaft leben, tragen die größte Last, denn ihr Überlebensspielraum ist so eng und ihre Abhängigkeit von der Arbeitskraft so gefährlich. Selbst kurze Krankheitszeiten können für einzelne

Haushalte katastrophale Folgen haben. Würde man die Haushalte von den Belastungen durch Malaria befreien, wäre dies für die Minderung der Armut ebenso wie für das wirtschaftliche Wachstum ein großer Gewinn. Es würde rund drei Milliarden US-Dollar im Jahr kosten, das Auftreten von Malaria in Afrika um die Hälfte

zu reduzieren, und es würde einen wirtschaftlichen Nutzen von 47 Milliarden US-Dollar im Jahr bringen.²⁵ Dieser Nutzen beträgt mehr als das Doppelte der gesamten Entwicklungshilfe für die Länder Afrikas südlich der Sahara – und ein großer Teil davon würde sich direkt auf die ärmsten Haushalte konzentrieren.

Ohne einen Zeitplan
laufen Zielvorgaben
Gefahr, lediglich
Ambitionen zu bleiben

Finanzierung der Entwicklungshilfe – bisherige Leistungen, Probleme, Herausforderungen

Die Menschen in diesem Land sind fern von den Notgebieten der Erde, und es ist für sie nicht leicht, sich eine Vorstellung von der Notlage und den sich daraus ergebenden Reaktionen der leidenden Völker oder von der Auswirkung dieser Reaktionen auf die Regierungen im Zusammenhang mit unseren Friedensbemühungen zu machen. In Wahrheit liegt die Sache so, dass Europas Bedarf um so viel höher liegt als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit, dass beträchtliche zusätzliche Hilfsleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll.²⁶

- George C. Marshall

Mit diesen Worten skizzierte der US-amerikanische Außenminister George C. Marshall anlässlich der Verleihung seines Ehrendoktors in Harvard im Jahr 1947 seinen Plan für den europäischen Wiederaufbau. Im Laufe der darauf folgenden drei Jahre leisteten die USA 13 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe an Europa – ein Betrag, der mehr als ein Prozent des US-amerikanischen BIP ausmachte.²⁷ Die Transferleistungen waren zum Teil durch moralische Überzeugung motiviert, aber auch durch die Erkenntnis, dass der Wohlstand und die Sicherheit der USA letzten Endes von Investitionen in die Erholung Europas abhängig waren. Der Marshall-Plan lieferte eine Vision, die durch eine praktische Handlungsstrategie untermauert wurde.

Ende der 1960er Jahre kam es zu einer Wiederbelebung des Gedankens des Marshall-Plans durch die Kommission für Internationale Entwicklung, einberufen durch die Weltbank, unter der Schirmherrschaft des früheren kanadischen Premierministers Lester Pearson.²⁸ Die Kommission sprach sich dafür aus, dass die Entwicklungshilfe-Geber es bis 1975 geschafft haben sollten, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens an Entwicklungshilfe zu leisten. Sie erklärte: „Die größtmögliche Nutzung der menschlichen wie physischen Ressourcen dieser Welt, die nur durch internationale Kooperation zustande gebracht werden kann, hilft nicht nur den heute wirtschaftlich schwachen Ländern, sondern auch den reichen und starken.“²⁹ Somit war die Begründung für diese Zielvorgabe zum Teil moralischer Natur, zum Teil aufgeklärtes Eigeninteresse.

Der Umfang der Hilfe

In der gegenwärtigen Entwicklungshilfe-Debatte bleibt dieses Argument relevant, und ebenso das zentrale Prinzip, eine Zielvorgabe festzulegen, für die ein Zeitpunkt festgemacht wird, zu dem das Ziel erreicht sein soll. Ohne einen Zeitplan laufen Zielvorgaben Gefahr, lediglich Ambitionen zu bleiben. In den 26 Jahren, die seit dem Pearson-Bericht vergangen sind, gab es nicht wenige Verpflichtungen auf die 0,7-Prozent-Zielvorgabe, doch die reichen Länder haben ihre Versprechungen für

gewöhnlich nicht durch konkrete Maßnahmen untermauert.

Entwicklungshilfe – Zielvorgaben und Trends

Gemessen am 0,7-Prozent-Ziel, für das sich der Pearson-Bericht ausspricht, und noch viel mehr gemessen an den Standards, die der Marshall-Plan gesetzt hat, blickt die internationale Entwicklungshilfe im Jahr 2005 auf eine Geschichte anhaltend zu geringer Leistungen zurück. Die Entwicklungshilfe nimmt zwar zu, aber ausgehend von einem niedrigen Ausgangsniveau, und die Finanzierung bleibt noch immer weit hinter dem zurück, was nötig ist, um die Millenniumsziele und weitergehende Ziele menschlicher Entwicklung zu erreichen.

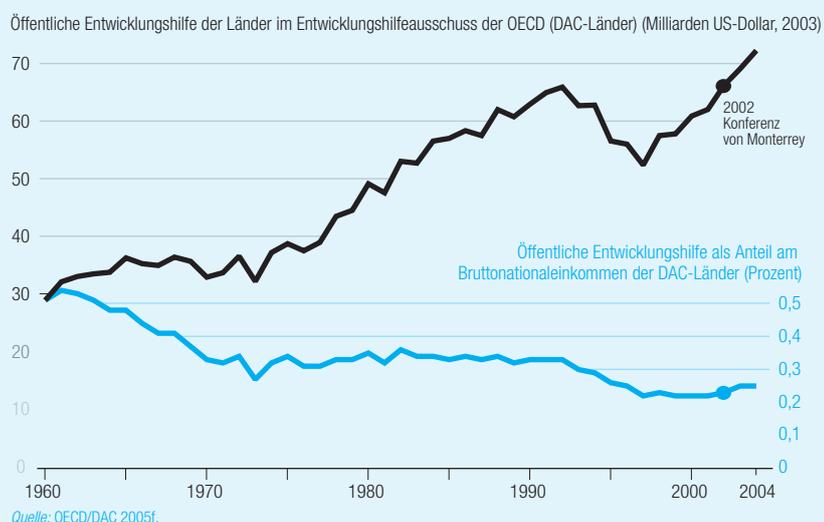
Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (Erdgipfel) im Jahr 1992 in Rio de Janeiro erneuerten die meisten Geber ihre Zusage, die Zielvorgabe von 0,7 Prozent erreichen zu wollen. Dann verbrachten sie die darauf folgenden fünf Jahre damit, den Anteil der Entwicklungshilfe-Haushalte am Nationaleinkommen bis auf einen Tiefststand von 0,22 Prozent im Jahr 1997 herunterzufahren. Die Entwicklungshilfe stagnierte bis 2001. Dann setzte eine allmähliche Erholung ein. Ein motivierendes Schlüsselereignis war die UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im

Jahr 2002, auf der sich die Geber verpflichteten, mehr und bessere Entwicklungshilfe zu leisten.

Seitdem waren die Leistungen in Bezug auf den Umfang der Entwicklungshilfe ermutigend, aber nur zum Teil. Im Jahr 2002 stieg die Entwicklungshilfe schließlich wieder über das Niveau von 1990. Vorläufige Schätzungen für 2004 setzen die Entwicklungshilfe bei 78 Milliarden US-Dollar an, und damit real um etwa 12 Milliarden höher als im Jahr 2000. Gemessen an anderen Großzügigkeitsmaßstäben sieht die Erholung beim Umfang der Entwicklungshilfe weniger ermutigend aus. Im Jahr 1990 leisteten die Geber 0,33 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens an Entwicklungshilfe. Seit dem Jahr 2000 ist dieser Anteil von 0,22 auf 0,25 Prozent gestiegen, was die Grenzen des Aufschwungs bei der Entwicklungshilfe deutlich macht. Längerfristig sind diese Grenzen noch starrer definiert. Gemessen als Anteil am Bruttonationaleinkommen ist der gewichtete Entwicklungshilfe-Durchschnitt der OECD-Länder um ein Drittel niedriger als zu Beginn der 1980er Jahre und halb so hoch wie in den 1960er Jahren (Grafik 3.1). Umgerechnet in die pro Kopf empfangene Entwicklungshilfe kann ein großer Teil der Erholung nach 2000 als Ausgleich vorangegangener Einschnitte angesehen werden. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara sank die Entwicklungshilfe von 24 US-Dollar pro Kopf im Jahr 1990 auf zwölf US-Dollar im Jahr 1999. Im Jahr 2003 lag sie noch immer knapp unter dem Niveau von 1990.

Die Entwicklungshilfe wird auf unterschiedlichen Wegen geleistet. Heute teilt sich die Entwicklungshilfe grob im Verhältnis zwei zu eins zwischen der bilateralen Entwicklungshilfe der einzelnen Länder und der multilateralen Entwicklungshilfe auf. Letztere umfasst Zuweisungen an nicht an Auflagen gebundene Finanzfazilitäten wie die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und globale Mechanismen wie den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen Krankheiten.

Grafik 3.1 Die langfristige Sichtweise – Entwicklungshilfe-Trends seit 1960

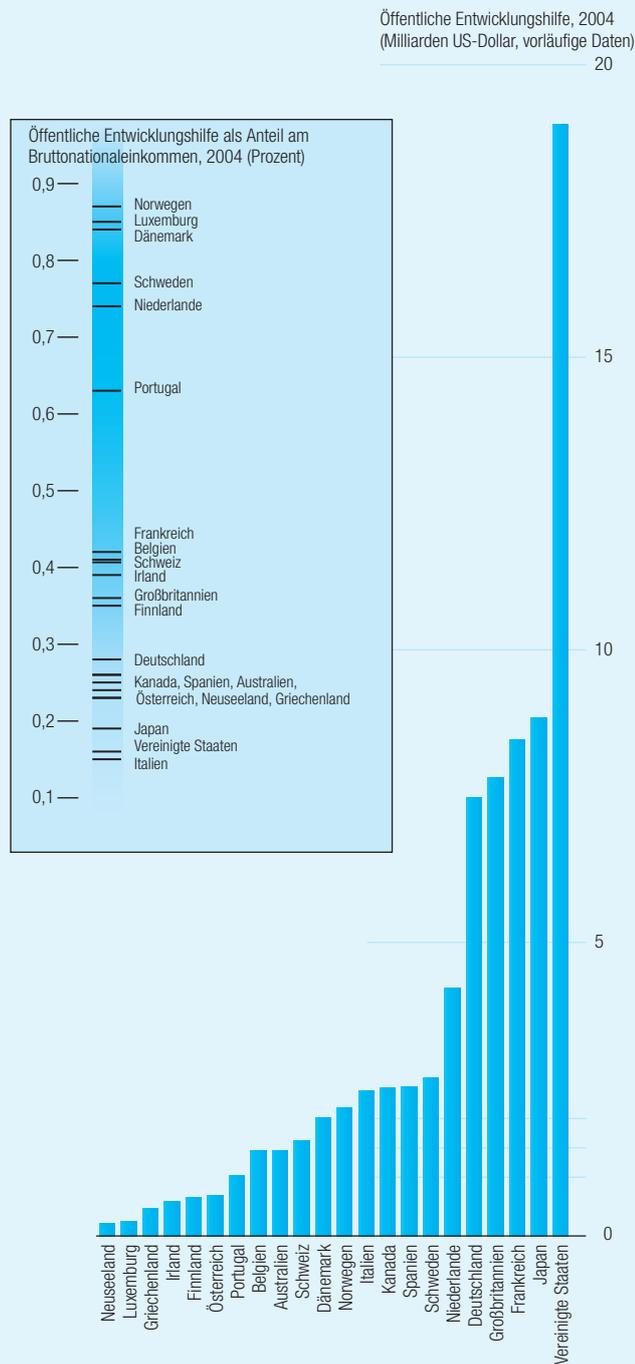


Die Gruppe der sieben führenden Industrieländer (G7) ist bei der internationalen Entwicklungshilfe vorherrschend. Auf sie entfallen drei Viertel der gesamten Entwicklungshilfe. Dadurch haben sie enormen Einfluss darauf, welche Aussichten bestehen, die Finanzierungslücke bei den Millenniumszielen zu schließen. Gemessen an ihrem Reichtum gehören einige der größten Volkswirtschaften der Welt zu den geizigsten Gebern. Nur ein G7-Mitglied zählt zu den zehn Top-Gebern von Entwicklungshilfe, gemessen als Anteil am Bruttonationaleinkommen. Mit diesem Indikator gemessen werden die drei hintersten Plätze in der Größzügigkeits-Rangliste der Geber von G7 Ländern belegt (Grafik 3.2).

In finanzieller Hinsicht sind die USA der größte Geber der Welt. Seit 2000 ist ihr Entwicklungshilfe-Anteil am Bruttonationaleinkommen von einem außergewöhnlich niedrigen Niveau von 0,10 auf 0,16 Prozent im Jahr 2004 gestiegen. Die USA haben Italien überholt, bleiben beim Anteil am Bruttonationaleinkommen jedoch zweitletzter. Der stetige Rückgang der japanischen Entwicklungshilfe, die im Jahr 2004 um weitere vier Prozent zurückgegangen ist, hat Japan auf den drittletzten Platz verwiesen. Am oberen Ende der Liste haben fünf kleine Länder – Norwegen, Luxemburg, Dänemark, Schweden und die Niederlande – die UN-Zielvorgabe durchweg erfüllt oder übertroffen.

Es entsteht eine neue Kategorie von Gebern: die osteuropäischen Übergangsvolkswirtschaften, die sich von Entwicklungshilfe-Empfängern zu Entwicklungshilfe-Gebern entwickelt haben. Ihre Beiträge sind noch relativ klein. Die Tschechische Republik, die 0,1 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens leistet, ist am großzügigsten. Seit dem Beitritt zur G7 hat sich die russische Regierung ebenfalls zu einem Geber entwickelt und trägt zu den Schuldenerleichterungen in Ländern mit niedrigem Einkommen bei. Die russische Regierung arbeitet zusammen mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) daran, eine Entwicklungshilfeorganisation einzurichten, die vorläufig RUSAID heißt. Auch Russland

Grafik 3.2 Die Liga der Entwicklungshilfe-Geber

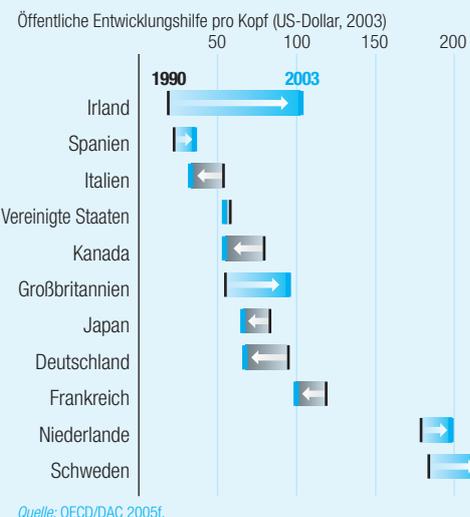


Quelle: OECD/DAC 2005f.

macht sich daran, ein wichtigerer Akteur in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu werden. Mit steigenden Öl-Einnahmen tragen auch die arabischen Staaten mehr zur Entwicklungshilfe bei, mit Transferleistungen, die sich im Jahr 2003 auf 2,6 Milliarden US-Dollar beliefen. Die G7 Länder machen jedoch noch

immer 70 Prozent der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit aus. Eine offensichtliche logische Folge davon ist der Einfluss, den sie auf die Höhe der Entwicklungshilfe in der Zukunft und auf die Aussichten zur Finanzierung der Millenniumsziele haben.

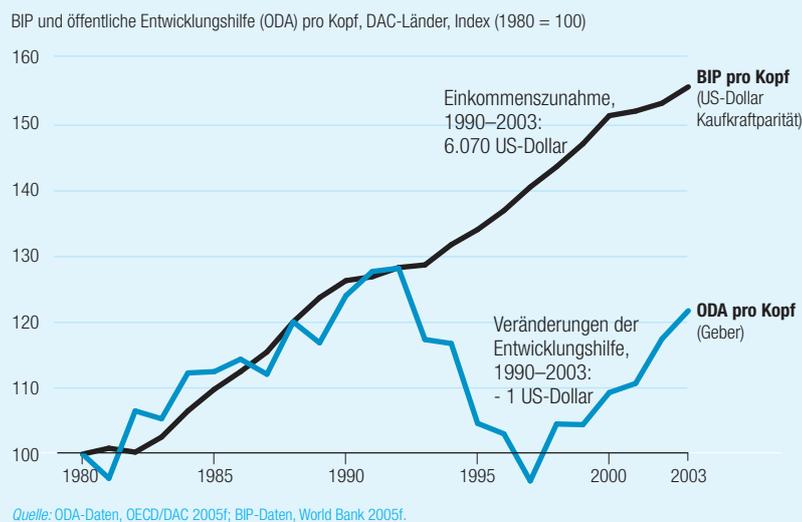
Grafik 3.4 ... doch die Leistungen sind unterschiedlich



Auf der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2002 in Monterrey einigten sich die Geber darauf, gemeinsam „Versuche“ zu unternehmen, die Zielvorgabe von 0,7 Prozent zu erreichen – eine Formulierung, die an Verpflichtungen nicht heranreicht, und die für verschiedene Geber unterschiedliche Dinge bedeutet. Wie im Pearson-Bericht jedoch treffend festgestellt wurde, sind vage Zusagen ohne zeitliche Zielvorgaben nur von beschränktem Nutzen. Eine wirksame Planung zur Minderung der Armut erfordert, dass Ressourcen in vorhersehbarer Weise bereitgestellt werden. Deshalb müssen die Geber die allgemeinen Zielvorgaben für mehr Entwicklungshilfe in konkrete Haushaltsverpflichtungen umsetzen. Einige Geber haben die Zielvorgabe von 0,7 Prozent in ihre Haushaltsplanung integriert. Abgesehen von den fünf Gebern, die die Zielvorgabe erreicht haben, haben sich weitere sechs jetzt unterschiedlich ambitionierte Zeitpläne gesetzt, um zu dieser Gruppe zu stoßen: darunter Belgien bis 2010, Großbritannien und Frankreich bis 2012-13.³⁰ Andere – insbesondere Japan und die Vereinigten Staaten – haben keinen Zeitplan festgelegt. Insbesondere die Vereinigten Staaten haben klargestellt, dass sie die 0,7-Prozent-Zielvorgabe nicht als eine operationale Haushaltsverpflichtung ansehen.

Die wachrüttelnde Wirkung der Konferenz von Monterrey spiegelt sich in der Tatsache

Grafik 3.3 Reicher, aber weniger großzügig – der Wohlstand wächst schneller als die Entwicklungshilfe...



Auf längere Sicht betrachtet stand der Wohlstand der reichen Welt im umgekehrten Verhältnis zur ihrer Großzügigkeit bei der Entwicklungshilfe. Seit 1990 ist das Pro-Kopf-Einkommen in den reichen Ländern um 6.070 US-Dollar (zu konstanten Preisen) gestiegen, während die Entwicklungshilfe pro Kopf um einen US-Dollar gesunken ist (Grafik 3.3). Die Gewinner der Globalisierung haben der Entschädigung der Verlierer oder der Verbreitung des Wohlstands keine Priorität beigemessen. In den Geber-Ländern variieren die pro Kopf-Investitionen in die Entwicklungshilfe stark, von mehr als 200 US-Dollar in Schweden und den Niederlanden über 51 US-Dollar in den Vereinigten Staaten bis hin zu 37 US-Dollar (mit fallender Tendenz) in Italien (Grafik 3.4). Zu konstanten Preisen geben vier der G7-Länder – Deutschland, Frankreich, Italien und Kanada – heute immer noch weniger als 1992. Die italienischen Entwicklungshilfeausgaben beliefen sich 2004 rund auf die Hälfte des Niveaus von 1992.

wider, dass alle Geber zugesagt haben, ihre Entwicklungshilfebudgets zu erhöhen, wenngleich es bis 2005 gedauert hat, bis auch Neuseeland diese Zusage gemacht hat. Ein Sonderfonds für die Herausforderungen des Jahrtausends, der Millennium Challenge Account (MCA), war das Kernstück einer Selbstverpflichtung der USA, die Entwicklungshilfenausgaben bis 2006 um jährlich 50 Prozent oder vier bis fünf Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Aufbauend auf einer Verpflichtung, die vor Monterrey gemacht wurde, und nach der bis 2006 ein Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen von 0,33 Prozent erreicht werden sollte, einigten sich die 15 reichsten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Jahr 2005 auf eine zusätzliche Mindestzielvorgabe von 0,51 Prozent Entwicklungshilfe-Anteil bis 2010 – als Zwischenstufe, um bis 2015 die 0,7 Prozent zu erreichen. Die zehn ärmsten Mitglieder stimmten einer Zielvorgabe von 0,17 Prozent bis 2010 und 0,34 Prozent bis 2015 zu. Die Entscheidung der EU ist ein mutiger Schritt in die richtige Richtung. Wenn die Verpflichtungen eingehalten werden, können dadurch bis 2010 zusätzliche 30 bis 40 Milliarden US-Dollar mobilisiert werden. Andere Verpflichtungen sind zeitlich weniger begrenzt. So hat sich Kanada zum Beispiel die Zielvorgabe gesetzt, sein Entwicklungshilfe-Niveau von 2001 bis 2010 zu verdoppeln, und die Entwicklungshilfe für Afrika bis 2008. Selbst mit diesen Verpflichtungen wird die kanadische Entwicklungshilfe bis 2010 nur 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens erreichen. Japan hat zwar zugesagt, die Entwicklungshilfe für Afrika zu verdoppeln, hat aber keine Verpflichtung bezüglich der gesamten Entwicklungshilfe als Anteil am Bruttonationaleinkommen abgegeben, die von Bedeutung wäre.

Die Auswirkungen dieser Zusagen sind in der jährlichen realen Zunahme der Entwicklungshilfe seit 2002 bereits sichtbar – einer Zunahme von sechs Milliarden US-Dollar (zu Preisen und Wechselkursen von 2003). Die Entwicklungshilfe hat sich deutlich zu einer wichtigeren öffentlichen Ausgabenpriorität entwickelt. Doch auch wenn der Trend steigender

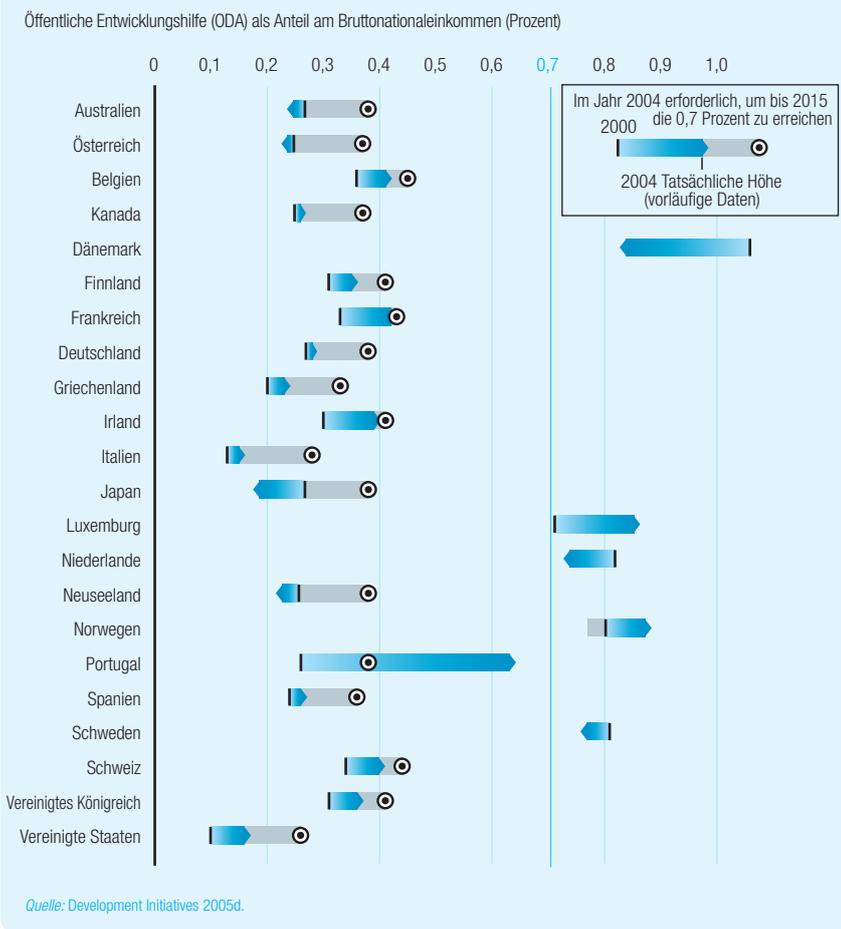
Entwicklungshilfe-Budgets jetzt fest etabliert zu sein scheint, kann es nicht als selbstverständlich angenommen werden, dass die Geber ihre Verpflichtungen von Monterrey vollständig einhalten werden. Italiens Entwicklungshilfe ist auf das Niveau von 2001 zurückgefallen, ein Rückgang von 30 Prozent seit Monterrey. Italien wird seine derzeitigen Ausgaben im nächsten Jahr mehr als verdoppeln müssen, um die EU-Verpflichtungen für das Jahr 2006 zu erfüllen. Deutschland hat seine realen Ausgaben 2004 eingefroren und steht vor einer erheblichen Herausforderung, bis zum nächsten Jahr die Entwicklungshilfe von ihrem derzeitigen Niveau von 0,28 Prozent des Bruttonationaleinkommens auf 0,33 Prozent anzuheben. Auch Japan hat die Entwicklungshilfenausgaben gekürzt und wird bis 2006 eine weitere Milliarde US-Dollar aufreiben müssen, wenn sein bescheidenes Ziel, die Entwicklungshilfe auf dem Durchschnittsniveau von 2001-2003 zu halten, erreicht werden soll.

Die Vereinigten Staaten haben zwar ihren Entwicklungshilfahaushalt stark erhöht, die Zuweisungen im Rahmen des Millennium Challenge Account sind aber etwas hinter den Vorschlägen der Regierung zurück geblieben. Im Jahr 2005 bewilligte der Kongress eine Zuweisung von 1,5 Milliarden US-Dollar, statt der vorgeschlagenen 2,5 Milliarden US-Dollar. Zwar kommen alle Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.435 US-Dollar dafür in Frage, doch bis Mitte 2005 waren nur zwei Auszahlungen zugewiesen worden: ein Programm in Höhe von 110 Millionen US-Dollar für Madagaskar, bei dem die Auszahlung über einen Zeitraum von vier Jahren erfolgen soll, und ein Programm in Höhe von 215 Millionen für Honduras mit Auszahlungen über einen Zeitraum von fünf Jahren.³¹

Angesichts der kurzen Zeit, die seit der Konferenz von Monterrey vergangen ist, wäre es voreilig, aus der Trendanalyse feste Schlüsse zu ziehen. Viel wird davon abhängen, ob die Regierungen die derzeitigen Aspirationen auch in harte Haushaltsentscheidungen umsetzen. Würde man das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 als

Die Entwicklungshilfe hat sich deutlich zu einer wichtigeren öffentlichen Ausgabenpriorität entwickelt

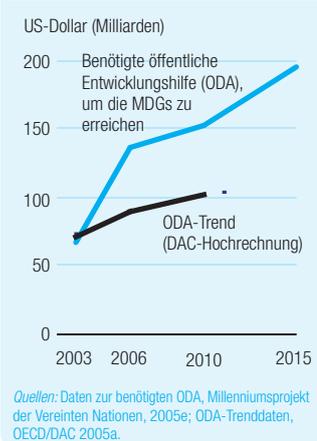
Grafik 3.5 Fortschritte nach Monterrey in Richtung der ODA-Zielvorgabe



groß. Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G8, das kürzlich in Gleneagles in Perthshire, Schottland, stattfand, hat bewiesen, dass Fortschritte zur Schließung dieser Lücken möglich sind (Kasten 3.4).

Die Entwicklungshilfe kann nicht isoliert betrachtet werden. Dies gilt insbesondere für Länder mit niedrigem Einkommen, die Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst haben. Im Jahr 2003 zahlten die 27 Länder, die unter der Initiative für hoch verschuldete arme Länder (HIPC) Schuldenerleichterungen bekamen, 2,6 Milliarden US-Dollar – oder 13 Prozent der Staatseinnahmen – an die Gläubiger.³² Diese Transferleistungen ziehen finanzielle Mittel ab, die nicht mehr für Investitionen in die menschliche Entwicklung und die wirtschaftliche Erholung zur Verfügung stehen. Im Jahr 2005, fast ein Jahrzehnt nachdem die HIPC-Initiative auf den Weg gebracht wurde, einigten sich die Gläubiger schließlich auf einen Plan, 100 Prozent der multilateralen Schulden abzuschreiben. Dies ist ein riesiger Schritt in die richtige Richtung. Doch der neue Schuldendeal deckt eine Reihe von Ländern (darunter Nigeria), für die die nicht tragfähige Schuldenlast ein Hindernis bei der Erreichung der Millenniumsziele darstellt, nicht ausreichend ab (Kasten 3.5).

Grafik 3.6 Die MDG-Finanzierungslücke



Messlatte nehmen, würden die derzeitigen Leistungen in einem weniger positiven Licht erscheinen. Grafik 3.5 stellt dar, auf welchem Niveau die Entwicklungshilfe heute wäre, wenn man eine hypothetische Welt annimmt, in der alle Geber sich bis 2015 das Ziel eines Entwicklungshilfeanteils von 0,7 Prozent am Bruttonationaleinkommen gesetzt hätten und in der ab dem Jahr 2000 die Entwicklungshilfehaushalte Jahr für Jahr gleiche Zuwächse verzeichnen würden. Die Größe der Differenz zwischen dem derzeitigen Niveau und der stilisierten Zielvorgabe sprechen für sich. Diese Übung ist zugegebenermaßen etwas Künstliches, denn nicht alle Geber akzeptieren die Zielvorgabe von 0,7 Prozent. Dennoch stellt sie eine nützliche Bezugsgröße dar. Selbst bei Gebern, die sich auf die Zielvorgabe von 0,7 Prozent verpflichtet haben, sind die Lücken zwischen den erforderlichen Fortschritten und den tatsächlichen Leistungen

Die Angemessenheit der jetzigen Entwicklungshilfe und der Anstrengungen für Schuldenerleichterungen muss im richtigen Kontext betrachtet werden. Aus Sicht der Millenniumsziele zählt, inwieweit die derzeitigen Entwicklungshilfe-Verpflichtungen mit dem Finanzierungsbedarf zur Erreichung der Ziele im Einklang stehen. Die Schätzung der MDG-Finanzierungslücken ist eine ungenaue Wissenschaft. Die Kostenstrukturen unterscheiden sich stark von Land zu Land und die Millenniumsziele stehen miteinander in einer dynamischen Wechselwirkung. Fortschritte bezüglich der Schulbildung von Mädchen können zum Beispiel den Kostenaufwand reduzieren, um Fortschritte bezüglich der Kindersterblichkeit zu erzielen. Das Millenniumsprojekt der Vereinten Nationen schätzt, dass die Entwicklungshilfe sich insgesamt bis 2006 ungefähr verdoppeln und dann bis 2015 um

weitere 50 Prozent steigen müsste (auf 195 Milliarden US-Dollar), wenn die Millenniums-Zielvorgaben erreicht werden sollen. Die Vorschläge, die in einem Bericht der von der britischen Regierung finanzierten Afrika-Kommission erläutert werden, stimmen mit dieser Analyse weitgehend überein.³³ Die Afrika-Kommission schlägt vor, dass die 25 Milliarden US-Dollar, die gegenwärtig an Entwicklungshilfe in Afrika geleistet werden, im Laufe der nächsten drei bis fünf Jahre verdoppelt werden sollten, mit einer weiteren Erhöhung um 25 Milliarden US-Dollar bis 2015. Die derzeitigen Entwicklungshilfe-Hochrechnungen liegen weit darunter.

Finanzierungslücken. Eines der Probleme bei der Schätzung der MDG-Finanzierungslücke besteht darin, dass die Haushaltsziele, die die Geber sich gesetzt haben, eventuell nicht erreicht werden. Wenn tatsächlich Maßnahmen folgen – und dies bleibt ein großes „wenn“ – würden die Zusagen, die während und nach der Konferenz von Monterrey gemacht wurden, dazu führen, dass die Entwicklungshilfehaushalte der Geberländer bis 2006 auf 0,30 Prozent des Nationaleinkommens steigen – eine Zunahme von 88 Milliarden US-Dollar (zu Preisen und Wechselkursen von 2003). Dieser Betrag ist um 47 Milliarden US-Dollar niedriger als die 135 Milliarden US-Dollar, die die reichen Länder nach Schätzungen des Millenniumsprojektes der Vereinten Nationen im nächsten Jahr ausgeben sollten, um die Welt in Bezug auf die Millenniumsziele auf Kurs zu halten (Grafik 3.6). Die Finanzierungslücke wächst bis 2010 auf 52 Milliarden US-Dollar. Wenn die reichen Länder ihren Verpflichtungen nicht Folge leisten, werden an diesem Punkt die Entwicklungsländer nicht in der Lage sein, die Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur zu tätigen, die nötig sind, um die Wohlfahrt zu verbessern und die wirtschaftliche Erholung in dem Umfang zu unterstützen, der nötig ist, um die Millenniumsziele zu erreichen.

Diese Zahlen beziehen zugegebenermaßen das Ziel der Europäischen Union, bis 2010 auf 0,51 Prozent zu kommen, nicht ein. Doch diese Zielvorgabe ist auch noch nicht in konkreten Verpflichtungen im Haushalt verankert. Auch ist es

wichtig, nicht zu vergessen, dass nicht die ganze seit Monterrey zusätzlich mobilisierte Entwicklungshilfe speziell in die Schließung von MDG-Finanzierungslücken gelenkt werden wird.

Kasten 3.4

Vom G8-Gipfel zur Vollversammlung: Auf Worte müssen Taten folgen

Gipfel der Gruppe der Acht (G8) sind dafür bekannt, dass auf ihnen scheinbar großzügige Versprechen abgegeben werden, die rasch wieder gebrochen werden, vor allem, wenn sie an die Adresse der ärmsten Länder auf der Welt gerichtet waren. Wird es nach dem Gipfel im Juli 2005 im schottischen Gleneagles anders sein?

Das G8-Kommuniqué enthält einige wichtige Zusagen. Die Zusage, die Entwicklungshilfe um 50 Milliarden US-Dollar über das Volumen des Jahres 2004 hinaus aufzustocken, wobei die Hälfte des Zuwachses Afrika südlich der Sahara zugute kommen soll, könnte einen beträchtlichen Teil der MDG-Finanzierungslücke schließen. Außerdem haben die Staats- und Regierungschefs der G8-Länder zum ersten Mal ein Kommuniqué mit konkreten Zielvorgaben unterzeichnet, was die Gefahr verringern könnte, in alte Verhaltensmuster zurückzufallen.

Im Bereich der Entwicklungshilfe wird es in der nächsten Zeit drei kritische Punkte geben. Erstens müssen die Staats- und Regierungschefs der G8-Länder beim Wort genommen werden. Es besteht die reale Gefahr, dass mindestens zwei EU-Mitgliedsländer, nämlich Deutschland und Italien, ihre Zusagen auf dem G8-Gipfel nicht in ihre öffentlichen Ausgabenpläne umsetzen. Zweitens müssen einige Länder wesentlich weiter gehen. Selbst wenn Japan und die Vereinigten Staaten wie versprochen mehr Entwicklungshilfe leisten, werden sie 2010 nur 0,18 Prozent des Bruttonationaleinkommens dafür aufwenden (was der niedrigste Prozentsatz in der OECD wäre), und Kanada tut ebenfalls nicht genug. Drittens ist es wichtig, dass ein beträchtlicher Teil der zugesagten zusätzlichen Entwicklungshilfe im Voraus ausgezahlt wird und nicht erst in fünf Jahren.

Bezüglich der anderen Themen muss das G8-Kommuniqué zwiespältig beurteilt werden. Die Verpflichtung zu kostenloser und obligatorischer Grundschulbildung, kostenloser Basisgesundheitsversorgung und „möglichst allgemeinem Zugang“ zur Behandlung bei HIV/AIDS könnte die Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Millenniumsziele beschleunigen. Gleiches gilt für die Zusage, bis 2010 für Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union Truppen in einer Stärke von etwa 75.000 Mann auszubilden und auszurüsten (siehe Kapitel 5). Zu den anstehenden Handelsfragen enthält das G8-Kommuniqué dagegen kaum Bemerkenswertes. Die allgemeine Ankündigung, eine beschränkte Reihe von Agrarexportsubventionen innerhalb eines nicht näher spezifizierten Zeitrahmens auslaufen zu lassen, kann für die afrikanischen Bauern nur ein schwacher Trost sein.

Das Zusammenspiel zweier wichtiger Elemente sorgte dafür, dass sich der G8-Gipfel in Gleneagles von anderen Veranstaltungen dieser Art abhob: politische Führungsstärke und die politische Dynamik, die durch globale Mobilisierung und die öffentliche Meinung erzeugt wurden. Genau diese werden auch gebraucht, wenn der UN-Gipfel im September 2005 die bisherigen Errungenschaften konsolidieren und darauf aufbauen soll.

Quelle: G8 2005.

Kasten 3.5 Schuldenerleichterung kritisch hinterfragt

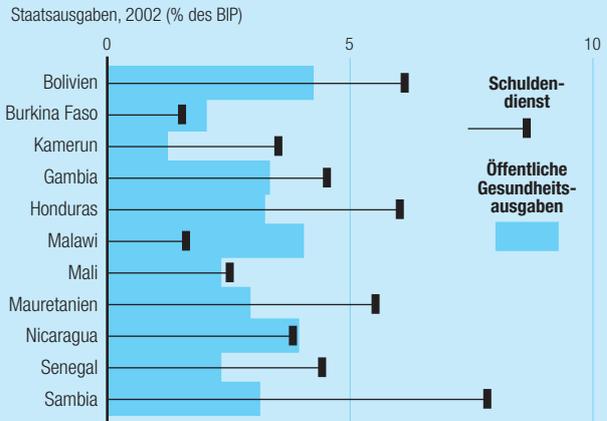
Vor 20 Jahren stellte der damalige tansanische Staatspräsident Julius Nyerere den Regierungen der reichen Länder eine zugespitzte Frage: „Sollen wir wirklich unsere Kinder hungern lassen, um unsere Schulden zu bezahlen?“ Fast ein Jahrzehnt, nachdem die Initiative für die hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) Afrikas Schuldenkrise in die Geschichtsbücher verbannen sollte, haben die Gläubiger endlich begonnen einzusehen, dass es zu Nyereres Frage keine andere Antwort als ein Nein geben kann. Wengleich die Details der Vereinbarung über den Schuldenerlass, auf die sich die G8-Finanzminister im Juni 2005 geeinigt haben, noch unklar sind, wurden wirkliche Fortschritte erzielt. Einige wichtige Fragen bleiben allerdings noch offen.

Die Zahlen über die Schuldenerleichterung im Rahmen der HIPC-Initiative, die man vor dem G8-Treffen 2005 in den Schlagzeilen lesen konnte, waren beeindruckend. Insgesamt 27 Ländern – bis auf vier alle in Afrika – mit der Berechtigung zur Kreditaufnahme bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Kredite zu Vorzugsbedingungen vergebenden Fazilität der Weltbank, wurden Schulden im Umfang von 32 Milliarden US-Dollar (zum aktuellen Nettowert) erlassen. Die durch die Schuldenerleichterung frei werdenden Mittel haben die Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der MDG beschleunigt. Nach Angaben der Weltbank sind in den Ländern, denen Schulden erlassen wurden, die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Bildung und andere Investitionen zur Armutsbekämpfung um zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen. Durch die HIPC-Initiative herbeigeführte Einsparungen haben

zur Finanzierung von kostenloser Grundschulbildung in Uganda und Tansania, HIV/AIDS-Programmen im Senegal, Gesundheitsprogrammen in Mosambik und der Entwicklung des ländlichen Raums in Äthiopien beigetragen.

Schlecht an der ganzen Sache ist, dass die Zahlen zur Verringerung der Schuldenlast in den Schlagzeilen andere Teile der Vereinbarung verschleierte, und zwar insbesondere diejenigen, in denen es um den Schuldendienst und die Staatseinnahmen ging. 2003 wendeten die 27 Länder, denen Schulden erlassen wurden, immer noch 2,8 Milliarden US-Dollar für Rückzahlungen an Gläubiger auf. Dies

Grafik 2 Schuldendienst und öffentliche Gesundheitsausgaben



Quelle: Berechnet auf der Grundlage von Daten zu Schuldendienst und öffentlichen Gesundheitsausgaben in Indikatortabelle 20, Bevölkerungsdaten in Indikatortabelle 5 und Daten zum BIP in Indikatortabelle 14.

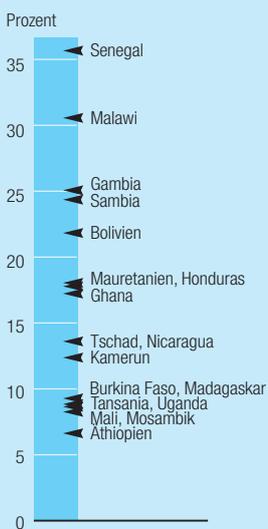
machte im Durchschnitt 15 Prozent der Staatseinnahmen aus und bei Ländern wie Bolivien, Sambia und dem Senegal sogar mehr als 20 Prozent (Grafik 1). Für Länder, die zu den ärmsten auf der Welt zählen, waren dies sehr große Transfers, die sich im Durchschnitt auf etwa drei Prozent des Volkseinkommens beliefen.

Letztlich hat der Schuldendienst Ressourcen von wichtigen sozialen Bereichen, die für Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Millenniumsziele von Bedeutung sind, abgezogen. Sambia beispielsweise weist eine der weltweit höchsten HIV/AIDS-Infektionsraten auf. Dennoch hat das Land für jeden Dollar Ausgaben im Gesundheitssektor mehr als zwei US-Dollar für Schuldendienstleistungen ausgegeben (Grafik 2). Wengleich die Entwicklungshilfemittelflüsse weiterhin höher ausfallen als die Schuldenzahlungen (ein wichtiger Unterschied zur Schuldenkrise in Lateinamerika in den 1980er Jahren), haben hohe Schuldendienstleistungen den Regierungen der HIPC-Länder Mittel entzogen, ihre Abhängigkeit von Entwicklungshilfe vergrößert und ihre Haushalte anfälliger für die Unwägbarkeiten der Geberprioritäten gemacht.

Die erhofften Erfolge, die sich mit der HIPC-Initiative verbanden, blieben aus mehreren Gründen hinter den Erwartungen zurück: Ein Schwellenwert für den Schuldenstand von 150 Prozent der Exporte zum aktuellen Nettowert war das vorrangige Kriterium für die Schuldentragfähigkeit. Dies räumt Exportindikatoren ein zu großes Gewicht ein. Gleichzeitig werden damit die Auswirkungen von Schulden auf die nationalen Haushalte unterschätzt. Auch auf die nationale Kapazität, notwendige Fortschritte auf dem Weg zu den Millenniumszielen zu finanzieren, haben Schulden einen erheblich höheren Einfluss. Darüber hinaus gewährten die meisten multilateralen Gläubiger wie Weltbank, IWF und die regionalen Entwicklungsbanken im Gegensatz zu den meisten bedeutenden bila-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Grafik 1 Schulden im Verhältnis zu den Einnahmen



Quelle: World Bank und IMF 2005b.

Kasten 3.5 Schuldenerleichterung kritisch hinterfragt (Fortsetzung)

teralen Gebern keinen 100-prozentigen Schuldenerlass – mit dem Ergebnis, dass sich ihr Anteil an den Schuldendienstleistungen vergrößerte. Drittens wurde die Qualifikation zum Schuldenerlass an die Befolgung von IWF-Programmen und die Einhaltung von Kreditbedingungen geknüpft. Unterbrechungen dieser Programme haben den Schuldenerlass für eine große Gruppe von HIPC-Ländern wie Honduras, Ruanda und Sambia verzögert.

Wird die Vereinbarung von Juni 2005 diese Probleme lösen? Die Vereinbarung sieht einen 100-prozentigen Schuldenerlass für 18 Länder vor, die den vollständigen HIPC-Prozess bis zum „Vollzugszeitpunkt“ durchlaufen haben. Sie legt jedoch auch fest, dass die Kosten für die Verringerung der multilateralen Schulden gegenüber der IDA und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds durch zusätzliche Finanzierung seitens der Gläubiger gedeckt werden sollen, wodurch der Missbrauch von Entwicklungshilfe zur Schuldenerleichterung vermieden werden soll. Bei den Schulden gegenüber dem IWF wird die Finanzierung der Schuldenerleichterung mit internen Mitteln bestritten werden, möglicherweise durch den Verkauf oder die Neubewertung eines Teils der Goldvorräte des IWF. Weitere acht Länder werden sich in den nächsten zwei Jahren für einen 100-prozentigen Schuldenerlass qualifizieren, wenn sie den HIPC-Vollzugszeitpunkt erreichen. Diese Gruppe umfasst Länder wie die Demokratische Republik Kongo und Sierra Leone, die den Wiederaufbau beginnen, und Länder wie Kamerun und den Tschad, die IWF-Programme unterbrochen haben. Die neue Schuldenerlass-Vereinbarung kann in allen diesen Ländern neue Entwicklungsressourcen freisetzen – und es ist wichtig für die MDG-Finanzierung, dass die Ressourcen effizient zur Unterstützung von Diensten im sozialen Sektor und Wachstum auf breiter Basis eingesetzt werden.

Die Umsetzung der neuen Vereinbarung muss genau überwacht werden, um sicherzustellen, dass zur Finanzierung des Schuldenerlasses wirklich zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. In besonderem Maße bezweifelt wurde, ob die Finanzierungsarrangements die Kosten für die Schuldenverringerung bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank decken können, die einen Teil der Kosten für den Schuldenerlass für Bolivien, Honduras und Nicaragua tragen muss. Unabhängig davon ist die Vereinbarung für die 27 hoch verschuldeten armen Länder, denen jetzt die Schulden erlassen werden, fraglos eine positive Entwicklung.

Quelle: World Bank und IMF 2004c; Martin et al. 2004.

Problematischer ist die Frage, wie mit den Ländern außerhalb dieser Gruppe verfahren werden soll. Die Mitgliedschaft im Kreis der hochverschuldeten armen Länder wurde jetzt auf die Länder begrenzt, die 2004 dazu zählten. Paradoxiertweise bedeutet das, dass die Schuldenindikatoren mancher Länder, die Kredite bei der IDA aufnehmen können, schlechter als die der hochverschuldeten Länder nach dem HIPC-Schuldenerlass sein werden. Dennoch kommen diese Länder für einen Schuldenerlass nicht in Frage, weil sie 2004 nicht dazugehörten. Beispielsweise weisen sowohl Haiti als auch Kenia und Kirgisistan ein Verhältnis von Schuldenstand zu Exportwert von mehr als 150 Prozent auf und sind dennoch nicht für einen Schuldenerlass qualifiziert. Bislang haben einzelne Gläubiger einseitig auf die Anomalien im HIPC-Rahmen reagiert. Beispielsweise hat Großbritannien Vorschläge zur Annullierung seines Anteils an Schuldendienstverpflichtungen von Ländern wie Armenien, Mongolei, Nepal, Sri Lanka und Vietnam ausgearbeitet. Mit Blick auf die nähere Zukunft wird eine schlüssigere Strategie für die Verringerung der Schuldenlasten auf ein Niveau benötigt, das mit dem MDG-Finanzierungsbedarf in Einklang steht.

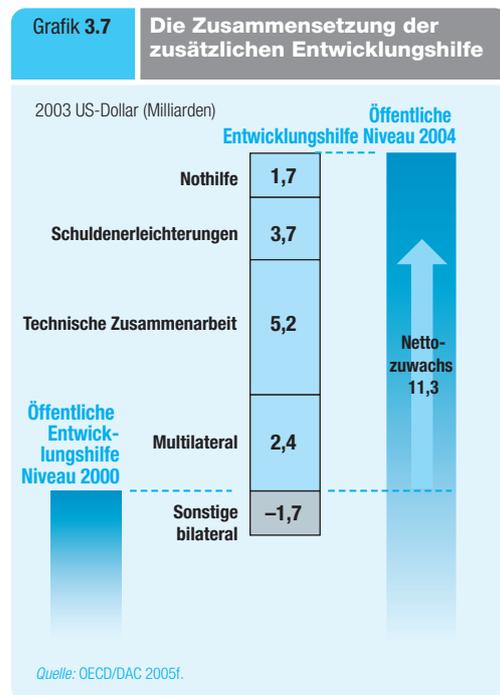
Der Fall Nigeria macht andere Beschränkungen der derzeitigen Rahmenbedingungen für die Schuldenerleichterung deutlich. Im Gegensatz zu den hochverschuldeten armen Ländern schuldet Nigeria den größten Teil seiner Schuldenlast – etwa 80 Prozent der Gesamtschulden – bilateralen Gläubigern und nicht der Weltbank oder dem IWF. Gläubiger haben dem Land mit dem Verweis auf seinen Erdölreichtum eine Schuldenerleichterung verweigert. Obwohl Nigeria jedoch der achtgrößte Erdölexporteur auf der Welt ist, nimmt es in der HDI-Rangliste Platz 158 ein, hat eine der ärmsten Bevölkerungen in Afrika südlich der Sahara und erhält weniger als zwei US-Dollar Entwicklungshilfe pro Kopf, was einer der niedrigsten Werte in der Region ist. Nigerias jährliche Schuldendienstleistungen übersteigen drei Milliarden US-Dollar und liegen damit höher als die öffentlichen Gesundheitsausgaben. Weil zudem weniger als die Hälfte der Auslandsschulden bedient werden, werden die Rückstände immer größer. Es ist zweifellos richtig, dass Nigerias Schuldenprobleme hätten vermieden werden können, wenn frühere Regierungen nicht schlecht gewirtschaftet und die Erdöleinnahmen nicht auf Bankkonten in der Schweiz transferiert hätten. Dies kann jedoch kaum als Rechtfertigung dafür dienen, arme Nigerianer heute zu bestrafen oder eine Regierung nicht zu unterstützen, die sich zu Reformen verpflichtet hat.

Reale Entwicklungshilfe und wichtige Eckzahlen

Die Zahlen bezüglich der Finanzierungslücke könnten sogar noch eine Untertreibung des Problems darstellen. Die Finanzierungslücken zu schließen erfordert reales Geld, doch nicht das gesamte Geld, das als Entwicklungshilfe

zählt, wird auch in Transferleistungen umgesetzt. Dies gilt insbesondere für die drei Kategorien der Entwicklungshilfe, die zwischen 2000 und 2004 mehr als 90 Prozent der zusätzlichen 11,3 Milliarden US-Dollar bilateraler Hilfe ausmachten: Schuldenerleichterungen (3,7 Milliarden US-Dollar), technische Zusammenar-

beit (5,2 Milliarden US-Dollar), und Nothilfe (1,7 Milliarden US-Dollar; Grafik 3.7). Mittel-erhöhungen in diesen Bereichen produzieren Eckzahlen, die größer sind, als die tatsächlichen Entwicklungshilfetransfers.



Betrachten wir die Schuldenerleichterungen. Sie sind eine sehr wirksame Form von Entwicklungshilfe. Sie geben den Regierungen mehr Kontrolle über die inländischen Staatseinnahmen und verringern ihre Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe. Die Erlassung von Schulden, die tatsächlich bedient werden, setzt Haushaltsmittel für andere Zwecke frei. Das Berichtssystem der OECD erlaubt es jedoch den Regierungen, den gesamten Umfang der Schuldenerleichterungen in dem Jahr, in dem sie gewährt wurden, als Entwicklungshilfe auszuweisen. Dies treibt den eigentlichen Wert der Schuldenerleichterungen übermäßig in die Höhe, denn die Empfängerländer sparen real nur durch den geringeren Schuldendienst.

In Fällen, in denen die Schulden nicht vollständig bedient wurden, sind Schuldenerleichterungen zum Teil nur ein Rechenexempel. Ein großer Teil der zusätzlichen vier Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe für die Demokratische Republik Kongo im Jahr 2003 gehört in

diese Kategorie. Äthiopiens Schuldenlast wurde 2003 im Rahmen der HIPC-Initiative um 1,3 Milliarden Dollar reduziert, um den jährlichen Schuldendienst um 20–40 Millionen US-Dollar pro Jahr zu senken. Dies ist kein Argument gegen Schuldenerleichterungen, wohl aber gegen die derzeitige buchhalterische Praxis, die einen falschen Eindruck darüber entstehen lässt, wie viel Entwicklungshilfe die Geber eigentlich leisten. Im Laufe der nächsten paar Jahre gibt es Aussichten auf große Schuldenerleichterungen für den Irak und für hoch verschuldete Länder im Rahmen der HIPC-Initiative. Es ist wichtig, dass der hohe Nennwert dieser Maßnahmen nicht von den daraus resultierenden relativ bescheidenen Haushaltseinsparungen ablenkt, oder von der Notwendigkeit, Schuldenerleichterungen als Teil eines umfassenderen Finanzierungspakets zum Erreichen der Millenniumsziele zu sehen.

Viele dieser Argumente gelten auch für die technische Zusammenarbeit und die Nothilfe. Die technische Zusammenarbeit machte im Jahr 2003 ein Viertel der Entwicklungshilfe aus. Oft spielt diese Zusammenarbeit bei der Unterstützung von Entwicklung und dem Aufbau von Kapazitäten eine wichtige Rolle. Doch ein großer Teil davon besteht aus Ausgaben in den Geberländern – ein Problem, das durch die an Auflagen gebundene Entwicklungshilfe verschärft wird, mit der wir uns später in diesem Kapitel beschäftigen werden. Die Entwicklungshilfe für den Bildungsbereich macht das Problem deutlich. Die größten Finanzierungslücken bestehen in der Ausbildung, der Bezahlung und dem Verhindern der Abwanderung von Lehrkräften, im Bau von Klassenräumen und in der Bereitstellung von Schulbüchern. Doch drei Viertel der Unterstützung der Geber im Bildungsbereich wird in Form von technischer Hilfe geleistet. Ein großer Teil davon wird durch Zahlungen für Stipendien, externe technische Beratung und Beraterhonorare geschluckt. Die Qualität der technischen Zusammenarbeit variiert stark, doch wie auch bei den Schuldenerleichterungen ist der wichtige Punkt in Hinblick auf die Finanzierung der Millenniumsziele der, dass die Mittel nicht automatisch in die prio-

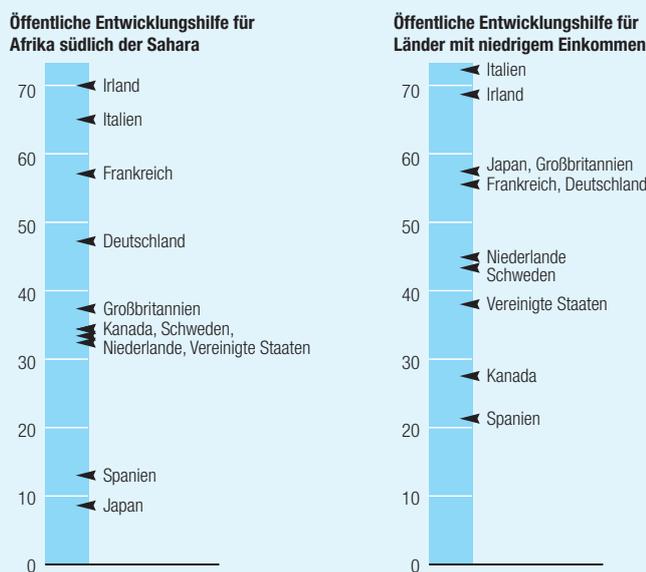
ritären Bereiche fließen. Die Nothilfe und die Entwicklungshilfe für schwache Staaten sind Prioritäten, doch sie sind auch eine Reaktion auf einen Finanzierungsbedarf, der über den für die Millenniumsziele geschätzten Bedarf hinausgeht. Afghanistan und der Irak machten an der zusätzlichen öffentlichen Entwicklungshilfe zwischen 2001 und 2003 zusammen 3,2 Milliarden US-Dollar aus, und einen großen Teil der zusätzlichen Entwicklungshilfe aus den USA. Mehr als 40 Prozent der zusätzlichen 3,8 Milliarden US-Dollar US-amerikanischer Entwicklungshilfe im Jahr 2003 waren für den Irak vorgesehen. Bislang stammte der größte Teil der erhöhten Entwicklungshilfe im Fall von Krisensituationen aus zusätzlich mobilisierten Mitteln, wenngleich in der Praxis schwierig nachzuweisen ist, dass es sich tatsächlich um zusätzliche Mittel handelt. So hat Japan zum Beispiel mehr Entwicklungshilfe für Afghanistan und den Irak mit insgesamt tiefen Einschnitten bei der Entwicklungshilfe verknüpft. Wie auch immer die gegenwärtige Situation aussieht, die reale Gefahr bleibt bestehen, dass Entwicklungshilfegelder aus der MDG-Finanzierung in den Wiederaufbau nach Konflikten oder zugunsten weitergehender strategischer Ziele umgelenkt werden könnten.³⁴

Selektivität der Hilfe

Ein weiterer Grund, warum einzelne wichtige Eckzahlen das Ausmaß des MDG-Finanzierungsproblems nicht ausreichend abbilden, besteht darin, dass die Geber bei der Zuweisung von Entwicklungshilfe unterschiedlichen Mustern folgen. Länder mit niedrigem Einkommen und afrikanische Länder südlich der Sahara, die die größten Finanzierungslücken aufweisen, spielen in einigen Entwicklungshilfeprogrammen eine herausragendere Rolle als in anderen (Grafik 3.8). Die MDG-Finanzierungslücken bei der multilateralen Entwicklungshilfe, die durch Mechanismen wie die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose geleistet wird, sind diejenigen, auf die man sich wohl am stärksten konzentriert – im Fall der IDA, weil für sie im wesentlichen

Grafik 3.8 Die Geber leisten in unterschiedlichem Umfang Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder

Anteil an der öffentlichen Entwicklungshilfe insgesamt, 2003 (%)



Quelle: Berechnet auf der Grundlage von Daten zur öffentlichen Entwicklungshilfe aus OECD/DAC 2005f.

nur Länder mit niedrigem Einkommen in Frage kommen (Kasten 3.6). Das heißt nicht, dass die Entwicklungshilfe für Länder mit mittlerem Einkommen aus Gründen menschlicher Entwicklung nicht gerechtfertigt wäre. Doch es ist weiterhin so, dass die Geber bei den ärmsten Ländern, die in Bezug auf die Millenniums-Entwicklungsziele den größten finanziellen Beschränkungen unterliegen, Unterschiede bei der anteiligen Zuweisung der Entwicklungshilfe machen.

Die Auswahl bevorzugter Entwicklungshilfe-Empfänger durch die Geber beeinflusst die Verteilung der Entwicklungshilfe. In einer sehr einflussreichen Studie aus dem Jahr 1997 wurde auf der Basis länderübergreifender Ergebnisse argumentiert, dass die Entwicklungshilfe nur in einem „guten“ politischen Umfeld (fiskalische Stabilität, niedrige Inflation, offene Märkte und andere Kriterien) wirksam sei.³⁵ Diese Studie führte zu der neuen Orthodoxie, dass die Entwicklungshilfe selektiv eingesetzt werden sollte, um reformfreundige Länder zu belohnen. In darauf folgenden Studien wurde jedoch herausgefunden, dass die Entwicklungshilfe auch in Ländern wirksam sein kann, in denen

Kasten 3.6 Die Zukunft der Internationalen Entwicklungsorganisation

Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist der wirksamste internationale Mechanismus zugunsten der ärmsten Länder, weshalb ihr eine zentrale Bedeutung bei der Finanzierung der Millenniumsziele zukommt: Bei durch die IDA bereitgestellten Mitteln ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zur Reduzierung der MDG-Finanzierungslücke beitragen, größer als bei der Bereitstellung durch jeden anderen Kanal. Weil die IDA außerdem mit einem dreijährigen Budgetzyklus arbeitet, ist sie weniger anfällig für die Unwägbarkeiten, wie sie bei bilateraler Entwicklungshilfe auf der Grundlage von Jahresbudgets auftreten.

Im Rahmen der regelmäßigen Wiederauffüllung wiesen die Geber der IDA 2005 für den Zeitraum bis 2008 Mittel im Umfang von 34 Milliarden Dollar zu – ein realer Anstieg um 25 Prozent. Dies stellt die größte Zunahme in zwei Jahrzehnten dar, bleibt aber immer noch weit hinter den 40 bis 50 Prozent zurück, die die meisten europäischen Regierungen gerne gesehen hätten. Wenn die europäischen Vorschläge angenommen worden wären, hätten sich der multilaterale Anteil an der Entwicklungshilfe und der für die ärmsten Länder vorgesehene Anteil der Entwicklungshilfe erhöht. Die IDA ist die drittgrößte Bezugsquelle von Entwicklungshilfe für Afrika südlich der Sahara (nach Frankreich und den Vereinigten Staaten) und die Hauptquelle für Entwicklungshilfe zugunsten von Bildung und Gesundheit.

Wichtige Aspekte der zukünftigen Rolle der IDA bei der Entwicklungsfinanzierung bleiben jedoch unklar. Etwa ein Fünftel der IDA-Kredite fließt zu subventionierten Bedingungen an Länder, die für Schuldenprobleme anfällig sind. Der Rest wird in Form von Krediten zu Vorzugsbedingungen vergeben: Rückzahlung über eine Laufzeit von 40 Jahren mit zehn Freijahren ohne Rückzahlung. Manche Geber möchten dieses Verhältnis beibehalten. Andere favorisieren eine Umwandlung der IDA in eine Organisation, die primär nicht rückzahlbare Zuschüsse vergibt.

Damit sind die folgenden Gefahren verbunden: Die Geber stellen derzeit etwa die Hälfte der Einnahmen der IDA bereit. Weitere 40 Prozent stammen aus der Rückzahlung früherer Kredite durch Länder wie China, die sich von einem Land mit niedrigem zu einem mit mittlerem Einkommen entwickelt haben. Der Wechsel zu einem Zuschusssystem könnte diesen Zahlungsfluss zum Stillstand bringen und somit die Ressourcenbasis schmälern. Außerdem sind einige Länder wie Bangladesch und Indien in einer Position, zinsverbilligte Kredite in Anspruch zu nehmen, während andere die IDA nutzen könnten, um sich aus der ausschließlichen Abhängigkeit von Zuschüssen zu befreien.

Es gibt noch einen weiteren Anlass zur Skepsis. Die Geber könnten die finanziellen Effekte neutralisieren, indem sie sich darauf verständigen, alle Ausfälle von IDA-Rückzahlungen durch bindende Zusagen höherer Zuschüsse auszugleichen. Bisher ist jedoch noch kein Geber so verfahren. Ohne solche Garantien höherer langfristiger Finanzierung würden die IDA-Mittelflüsse jedoch von unkalkulierbarer Geberunterstützung abhängig.

Quelle: Rogerson 2005.

das institutionelle Umfeld weniger günstig ist und die Leistungen in Bezug auf wirtschaftliche Reformen schwächer sind. Diese Schlussfolgerung bedeutet nicht, dass das politische Umfeld unwichtig ist. Im Gegenteil, ein wirksames

makroökonomisches Management spielt eine entscheidende Rolle. Doch nach den gemachten Erfahrungen ist nachdrücklich davor zu warnen, eine einheitliche Checkliste für „gute Politik“ als Grundlage für die Zuweisung von Entwicklungshilfefeldern zu verwenden.

Die besten verfügbaren Erfahrungen weisen darauf hin, dass die Entwicklungshilfe in einer ganzen Reihe unterschiedlicher Umfelder wirksam sein kann – und dass es nicht hilfreich ist, politische Vorbedingungen geltend zu machen.³⁶ Es besteht die Gefahr, dass durch diese Blaupausen die Entwicklungshilfe-Empfänger in Geber-Lieblinge und Geber-Stiefkinder aufgeteilt werden, aufgrund dürftiger Beweise bezüglich ihrer Fähigkeiten, die Entwicklungshilfe auch gut zu nutzen. Dies geschieht bereits zu einem gewissen Grad, wobei die Geber-Lieblinge in den anglophonen Ländern Afrikas südlich der Sahara (und Mosambik und Äthiopien) überdurchschnittlich stark konzentriert sind, während die Geber-Stiefkinder im frankophonen Afrika und in Lateinamerika überrepräsentiert sind.

Aktuelle Untersuchungen, die den an politische Handlungskonzepte geknüpften Selektivitätsindex der Weltbank verwenden – ein Maß für den Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und der Qualität der Institutionen in den Entwicklungshilfe-Empfängerländern – deuten darauf hin, dass die Entwicklungshilfeströme gegenüber der Qualität der Institutionen (wie sie in dem Index definiert ist) zunehmend sensibel sind.³⁷ Gleichzeitig legen die Geber in Ländern mit niedrigem Einkommen sehr viel strengeren Wert auf die institutionellen Leistungen als in Ländern mit mittlerem Einkommen. Noch besorgniserregender ist, dass einige Länder mit niedrigem Einkommen etwa 40 Prozent weniger Entwicklungshilfe bekommen, als es ihre institutionellen Kapazitäten nahe legen würden.³⁸

Nichts davon soll in Abrede stellen, wie offensichtlich das nationale politische Umfeld die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe mitbestimmt. So unterschiedliche Länder wie

Bangladesch, Mosambik und Vietnam sind in der Lage, in Bezug auf die menschliche Entwicklung eine hohe Rendite der Entwicklungshilfe zu erzielen, weil sie wirksame Strategien zur Armutsbekämpfung haben. Umgekehrt verringern die Korruption innerhalb dieser Länder, eine schwache Staats- und Regierungsführung und wirtschaftliches Missmanagement den potenziellen Nutzen der Entwicklungshilfe. Die Korruption untergräbt die Entwicklungshilfeanstrengungen in zweierlei Hinsicht: Erstens leiden arme Haushalte überproportional unter korrupten Praktiken. In einer Umfrage zur Staats- und Regierungsführung und Korruption in Kambodscha wurde herausgefunden, dass die Korruption Haushalte mit niedrigem Einkommen dreimal so viel kostet (gemessen am Anteil an ihrem Einkommen), als Haushalte mit hohem Einkommen. Dies liegt zum Teil daran, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen von öffentlichen Dienstleistungen stärker abhängig sind. Zweitens können die korruptionsbedingten finanziellen Abflüsse die Entwicklungshilfeflüsse in den Schatten stellen.

Einer Schätzung nach übersteigen die öffentlichen Finanzvermögen, die illegal auf ausländische Bankkonten transferiert worden sind, den Wert der afrikanischen Auslandsschulden.

Die Entwicklungshilfegeber können diese Probleme am wirksamsten durch Partnerschaften mit Regierungen angehen, die der finanziellen Transparenz und Rechenschaftslegung verpflichtet sind, und nicht, indem sie Bedingungen auferlegen.

Entwicklungshilfe und die Millenniumsziele: Können die reichen Länder sie sich leisten?

Können die reichen Länder es sich leisten, ihre seit langem bestehenden Verpflichtungen einzuhalten, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens an Entwicklungshilfe zu leisten? Diese Frage ist für die Aussichten, die Millenniumsziele und breiter angelegte Ziele menschlicher Entwicklung zu erreichen, von entscheidender Bedeutung.

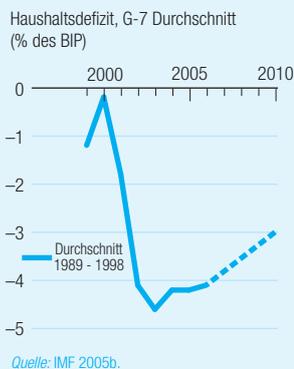
In jeder Demokratie spiegelt das, was Regierungen als finanziell leistbar ansehen, ihre Beurteilung der Kosten und des Nutzens öffentlicher Ausgaben wider. Diese Beurteilung wird von politischen Prioritätensetzungen geleitet und durch politische Prozesse vermittelt, die zu Wahlentscheidungen bezüglich der Vorzüge von miteinander in Konkurrenz stehenden Ansprüchen führen. Die Entwicklungshilfshaushalte spiegeln die Sichtweise von Regierungen und die öffentliche Meinung über die Armut in der Welt wider, und wie sie ihre Verpflichtung und ihr Interesse sehen, diese zu bekämpfen.

Kosten, die man sich leisten kann

Gemessen am Reichtum und an den Ressourcen der reichen Länder sind die Kosten, die Millenniumsziele zu erreichen, bescheiden. Mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und 2,6 Milliarden haben keinen Zugang zu sanitärer Versorgung. Diese Defizite zu überwinden würde im Laufe des nächsten Jahrzehnts knapp sieben Milliarden US-Dollar jährlich kosten. Diese Investition könnte jeden Tag rund 4.000 Leben retten, weil die Menschen dadurch weniger Ansteckungsgefahren ausgesetzt wären. Dadurch würde ein Problem angegangen, dass arme Menschen ihre Gesundheit kostet, die wirtschaftliche Entwicklung untergräbt und für junge Mädchen und Frauen eine enorme zeitliche und arbeitsmäßige Belastung darstellt. Die nötigen Investitionen scheinen eine Menge Geld zu sein – und für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen ist es das auch. Doch es ist nicht mehr als die sieben Milliarden Dollar im Jahr, die die Europäer für Parfüm ausgeben, oder die acht Milliarden US-Dollar im Jahr, die die Amerikaner für freiwillige Schönheitsoperationen ausgeben.

Solche Vergleiche sollen nicht die Anstrengungen in Abrede stellen, die erforderlich sein werden, um die Entwicklungshilfe in ausreichendem Umfang anzuheben, damit die Millenniumsziele erreicht werden können. In allen Ländern der G7 außer Kanada sind die Haushaltsdefizite weiterhin hoch. In der Tat hat sich die Haushaltslage der Gruppe der G7

Grafik 3.9

**Angespannte
Haushaltssituation
in den G7-Ländern**


verschlechtert (Grafik 3.9). Unter den wichtigen Industrieländern, mit Ausnahme von Japan, ist das Haushaltsdefizit der USA (als Anteil am BIP) heute das größte. Die derzeitigen Haushaltsentwürfe sehen vor, dieses Defizit bis 2009 zu halbieren und dabei den Anteil der nicht militärischen Ausgaben am BIP so weit herunterzufahren, wie seit 40 Jahren nicht. Es ist klar, dass dies kein günstiges Umfeld für eine Ausweitung der Entwicklungshilfehaushalte ist. Das gleiche gilt für Japan, wo das strukturelle Haushaltsdefizit bis 2006 nach Hochrechnungen nur leicht sinken wird, auf knapp über sechs Prozent des BIP. Mittelfristig sieht die japanische Haushaltsplanung vor, das Defizit bis 2010 in einen Überschuss zu verwandeln – eine Zielvorgabe, die sich in intensivem Druck niederschlagen wird, die Investitionen der öffentlichen Hand zurückzufahren.

Die Situation der Europäischen Union ist kaum ermutigender. Zwar sind die Haushaltsdefizite im Euro-Raum kleiner als in Japan oder in den Vereinigten Staaten, doch sowohl in Frankreich als auch in Deutschland übersteigt das Haushaltsdefizit drei Prozent des BIP, während Italiens Defizit nach Voraussagen bis 2006 über vier Prozent des BIP erreichen wird. Die kleineren Haushaltsdefizite in der Europäischen Union, im Vergleich zu den Vereinigten Staaten oder Japan, verdecken drei andere Arten von dahinter stehendem Druck. Die Staatsverschuldung in der Euro-Zone ist hoch. Durch die Alterung der Bevölkerung wächst der finanzpolitische Druck. Und die Arbeitslosenquoten haben einige Länder dazu gezwungen, die Arbeitslosigkeit ganz oben auf die politische Tagesordnung zu setzen. Seit 2003 liegen die Arbeitslosenquoten in Frankreich, Deutschland und Italien konstant bei über neun Prozent. Zwar wurde durch Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union die Flexibilität erhöht, doch die Regierungen der EU sind im Zusammenhang mit niedrigem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und wachsendem Druck auf die öffentlichen Ausgaben intensivem finanzpolitischen Druck ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund war die Entscheidung der Europäischen

Union, für die Entwicklungshilfe eine Zielvorgabe von 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens festzulegen, eine wichtige politische Absichtserklärung. Es wird jedoch außergewöhnliche Anstrengungen erfordern, sicherzustellen, dass diese Zielvorgabe in konkrete Haushaltsverpflichtungen umgesetzt wird.

Zwar ist der haushaltspolitische Druck, dem die G7 und andere Geber-Industrieländer ausgesetzt sind, real. Doch es ist wichtig anzuerkennen, dass die Entwicklungshilfehaushalte, selbst in größerem Umfang, nur eine bescheidene Ursache dieses Drucks darstellen. In zwei der G7-Länder – Italien und den Vereinigten Staaten – hat die Entwicklungshilfe an den öffentlichen Ausgaben nur einen Anteil von ein Prozent oder weniger – weit weniger als im OECD-Durchschnitt. Im Jahr 2004 entsprach sowohl in Japan als auch in den Vereinigten Staaten der gesamte Entwicklungshilfehaushalt nur drei Prozent des gesamten Haushaltsdefizits, und in Deutschland fünf Prozent. Selbst wenn alle G7-Länder ihre Entwicklungshilfe auf das EU-Zielniveau anheben würden, würden sich die negativen Auswirkungen auf ihre Haushaltssituation in Grenzen halten. Umgekehrt wird die Beschränkung der Entwicklungshilfeausgaben ebenso marginale Auswirkungen auf die Verbesserung der Lage haben.

In der Praxis wird die Prioritätensetzung einer Regierung bei den Haushaltsausgaben und ihre Reaktion auf finanzpolitischen Druck die Reihenfolge ihrer politischen Prioritäten widerspiegeln, und auch die politische Beurteilung der Besteuerung, des Umfangs öffentlicher Investitionen und wirtschaftspolitischer Reformen. Wenn, wie wir in diesem Kapitel argumentieren, mehr Entwicklungshilfe nicht nur aus ethischen und moralischen Gründen, sondern auch aus dem aufgeklärten Eigeninteresse der reichen Länder geboten ist, das sich im zukünftigen Wohlstand und der Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt, dann ist es wichtig, der Entwicklungshilfe eine sehr viel höhere Haushaltspriorität beizumessen.

Militärausgaben und das Niveau der Entwicklungshilfe

Ein Vergleich mit den Militärausgaben ist aufschlussreich. Für jeden US-Dollar, der in die Entwicklungshilfe investiert wird, werden weitere zehn US-Dollar für Militärhaushalte ausgegeben (Grafik 3.10). In keinem Land der G7 beträgt das Verhältnis der Militärausgaben zu den Entwicklungshilfeausgaben weniger als 4:1. Dieses Verhältnis beträgt in Großbritannien sogar 13:1 und in den Vereinigten Staaten 25:1 (Tabelle 3.1). In einer Welt, in der die Regierungen des Nordens zunehmend anerkennen, dass Bedrohungen der Sicherheit mit der globalen Armut, der Ungleichverteilung und der Hoffnungslosigkeit großer Teile der Weltbevölkerung in Zusammenhang stehen, macht dieses Verhältnis von Militärausgaben zu Entwicklungshilfeausgaben von zehn zu eins keinen Sinn. Beurteilt man die Bedrohungen menschlichen Lebens, so besteht ein außergewöhnlich großes Missverhältnis zwischen den Mili-

tärhaushalten und dem Bedarf der Menschen. Der Betrag, den die reichen Länder derzeit zur Bekämpfung von HIV/AIDS ausgeben – eine Bedrohung für die menschliche Sicherheit, die pro Jahr drei Millionen Menschenleben fordert – entspricht dem Wert der Ausgaben für militärische Ausrüstung von drei Tagen.

Die Haushaltsprioritäten vieler reicher Länder spiegeln weder ein angemessenes Engagement für die Millenniumsziele wider, noch eine kohärente Antwort auf die Sicherheitsrisiken durch Massenarmut und tiefgreifende globale Ungleichheit. Die Diskrepanz zwischen den Militär- und Entwicklungshilfehaushalten rückt die Erschwinglichkeit der Millenniumsziele in ein anderes Licht. Wären die zusätzlichen 118 Milliarden US-Dollar Militärausgaben zwischen 2000 und 2003 der Entwicklungshilfe zugewiesen worden, würde die Entwicklungshilfe nun rund 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens der reichen Länder ausmachen. Nur vier Milliarden US-Dollar – drei Prozent der zusätzlichen Militärausgaben – sind nötig, um Maßnahmen im Bereich der medizinischen Grundversorgung zu finanzieren, die die Todesfälle bei Neugeborenen pro Jahr um drei Millionen reduzieren könnten. Wenn der Kampf gegen die Armut eine Priorität darstellt, dann ist es einfach nicht glaubwürdig, wenn Regierungen den Entwicklungshilfebudgets, die Leben retten sollen, so wenig Gewicht beimessen.

Nichts davon lenkt von den sehr realen Bedrohungen der Sicherheit ab, mit denen die Regierungen der entwickelten Länder umgehen müssen. Diese Bedrohungen reichen von der Verbreitung von Kernwaffen bis hin zum internationalen Terrorismus. Man kann jedoch zu Recht fragen, ob die militärische Aufrüstung die wirksamste Antwort darauf ist. Zum Beispiel würde ein umfassender Vertrag zum Verbot nuklearer Tests und eine starke Reduktion einsatzbereiter Atomsprengköpfe einige der weitreichenden – und teuren – Programme unnötig machen, mit denen derzeit Atomwaffen modernisiert und neue Trägerraketen entwickelt werden. Würde mehr politisches Kapital

Grafik 3.10 Gegenüberstellung von Militärausgaben und Entwicklungshilfe

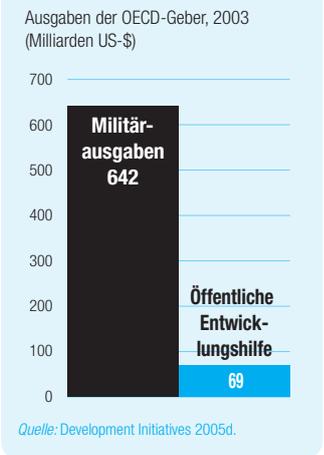


Tabelle 3.1 In den reichen Ländern fallen die Militärausgaben deutlich höher aus als die öffentliche Entwicklungshilfe

Anteil an den Staatsausgaben, 2003 (%)

Land	Öffentliche Entwicklungshilfe	Militärausgaben
Australien	1,4	10,7
Österreich	1,1	4,3
Belgien	2,7	5,7
Kanada	1,2	6,3
Dänemark	3,1	5,7
Finnland	1,6	5,4
Frankreich	1,7	10,7
Deutschland	1,4	7,3
Griechenland	1,4	26,5
Irland	2,1	4,6
Italien	0,9	9,8
Japan	1,2	5,7
Luxemburg	3,9	4,8
Niederlande	3,2	6,5
Neuseeland	1,2	6,3
Norwegen	4,1	8,9
Portugal	1,0	10,0
Spanien	1,3	6,7
Schweden	2,8	6,4
Schweiz	3,5	8,5
Großbritannien	1,6	13,3
Vereinigte Staaten	1,0	25,0

Quelle: Berechnet auf der Grundlage von Daten zur öffentlichen Entwicklungshilfe in OECD/DAC 2005f; Daten zu den Militärausgaben aus Indikatortabelle 20 und Daten zu den Staatsausgaben aus World Bank 2005f.

Es sind eine Reihe innovativer Vorschläge entwickelt worden, um die Lücke zur Finanzierung der MDGs zu überbrücken

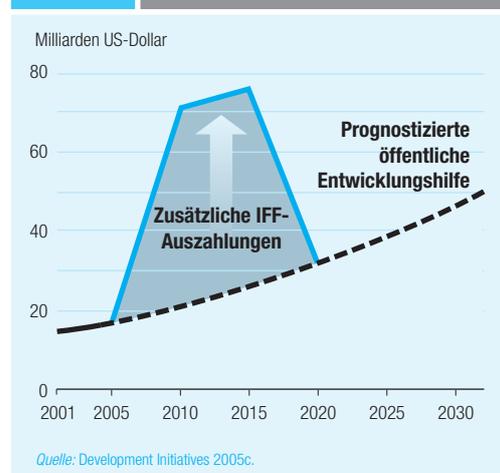
in Abrüstungsverhandlungen investiert und weniger Finanzkapital in militärische Ausrüstung, so würde dies die Sicherheit erhöhen und Mittel für Entwicklung freisetzen.

Innovative Finanzierung

Es sind eine Reihe innovativer Vorschläge entwickelt worden, um die Lücke zur Finanzierung der MDGs zu überbrücken. Dazu gehört, über die Haushaltsfinanzierung hinaus auch die privaten Kapitalmärkte und neue Finanzierungsformen in den Blick zu nehmen.

Die von der britischen Regierung vorgeschlagene internationale Finanzfazilität (IFF) ist ein Beispiel. Dahinter steht eine einfache Idee, nämlich, dass Regierungen ihre Fähigkeiten nutzen sollten, durch ihren Einfluss auf den Kapitalmärkten Mittel zu beschaffen, um zusätzliche Entwicklungshilfe zu leisten. Die Regierungen würden Zusagen machen, die Entwicklungshilfe zu erhöhen, und die IFF würde diese Zusagen nutzen, um die Emission von Staatsanleihen abzusichern. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Staatsanleihen würden durch Entwicklungshilfeprogramme geleitet, und die IFF würde dann zukünftige Entwicklungshilfeströme anzapfen, um die Anleihen bei Fälligkeit zurückzuzahlen.⁴⁰

Grafik 3.11 Vorgezogene Finanzierung von Entwicklungshilfe durch die Internationale Finanzfazilität



Eine der Stärken der IFF ist, dass sie in dieser entscheidenden Zeit Finanzmittel für

vordringliche Investitionen in die Gegenwart vorziehen würde (Grafik 3.11). Selbst wenn alle Geber sich darauf verpflichten würden, das Ziel von 0,5 Prozent Entwicklungshilfe-Anteil am Bruttonationaleinkommen bis 2010 und von 0,7 Prozent bis 2015 zu erreichen, gäbe es, bis die neuen Mittel fließen würden, kurzfristig eine MDG-Finanzierungslücke. Im Rahmen der IFF könnten die Entwicklungshilfe-Transferleistungen mit sofortiger Wirkung ausgeweitet werden, während die Haushaltsbelastungen für die Regierungen sich in die Zukunft verlagern würden. Dieses Vorziehen in die Gegenwart würde Entwicklungsländer-Regierungen in die Lage versetzen, Schlüsselinvestitionen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur zu tätigen, während Länder mit hohem Einkommen ihre MDG-Verpflichtungen einhalten könnten, ohne ihre finanzpolitische Stabilität aufs Spiel zu setzen (Kasten 3.7).

Andere Vorschläge sehen vor, durch die Einführung internationaler Steuersysteme zusätzliche Einnahmen zu generieren.⁴¹ In der Praxis würde jede internationale Steuer von nationalen Regierungen erhoben werden müssen, denn sie sind die einzigen souveränen Verwaltungskörper, denen die Steuerhoheit zukommt. Insbesondere die USA sind gegen diesen Ansatz. Am stärksten ist die Unterstützung dafür in der Europäischen Union. Mehrere Regierungen sind dabei, die Auswirkungen einer internationalen Flugbenzinsteuer einzuschätzen. Selbst wenn eine solche Steuer niedrig angesetzt wird, könnte sie jährlich neun bis zehn Milliarden Dollar einbringen.⁴² Ein weiterer Vorschlag, der auf denselben Wirtschaftszweig ausgerichtet ist, bezieht sich auf die Einführung einer einheitlichen Steuer auf Flugtickets, wobei die Erlöse daraus für die Prävention und Behandlung von HIV/AIDS vorgesehen sein sollen. Für diesen Vorschlag tritt ein Land der G7 ein (Frankreich), unterstützt von zwei weiteren (Deutschland und Großbritannien) und mehreren Entwicklungsländern (darunter Brasilien). Diese Länder und weitere haben eine prinzipielle Einigung darüber erzielt, eine nationale Steuer auf Flugtickets einzuführen, um entwicklungsbezogene Ausgaben zu finanzieren.

Um einen dauerhaften Effekt auf die Armut ausüben zu können, sollte Entwicklungshilfe drei Bedingungen erfüllen: Sie sollte langfristig angelegt und kalkulierbar sein, umfangreich genug, um parallele Investitionen in verschiedenen Sektoren zu erleichtern, die sich in ihrer Wirkung verstärken, und auf realistischen Entwicklungsplänen basieren. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, ist Entwicklungshilfe weniger eine Investition in die kontinuierliche Verringerung der Armut, sondern vielmehr eine Kompensation für den Umstand, dass die Empfänger arm sind.

Die Wichtigkeit langfristig angelegter und kalkulierbarer Entwicklungshilfe liegt auf der Hand. Kein verantwortungsvolles Unternehmen aus der Privatwirtschaft würde ein Projekt zur Steigerung zukünftiger Renditen in Angriff nehmen, bevor es nicht über eine vollständig finanzierte mehrjährige Planung verfügt. Das Gleiche gilt für Regierungen in armen Ländern. Wenn ein Land wie der Senegal für 30 Prozent der Ausgaben und 74 Prozent der Investitionen der öffentlichen Hand von Entwicklungshilfe abhängt, ist ein sicherer und kalkulierbarer Fluss von Entwicklungshilfemitteln eine Voraussetzung für langfristige Investitionen. Länder können nicht die allgemeine Grundschulbildung erreichen, indem sie die Schulgebühren abschaffen, Schulen bauen und Lehrer ausbilden, wenn nicht die Finanzierung für die Instandhaltung der Schulen und die Zahlung der Lehrergehälter auch über die ersten Jahre hinaus sichergestellt ist. Ebenso wenig kann man von ihnen erwarten, ihre Investitionen in das Bildungswesen aufrechtzuerhalten, wenn es keine finanzierte Gesundheitsplanung gibt, die verhindert, dass Lehrer schneller an HIV/AIDS sterben, als sie ausgebildet werden können, oder es keine finanzierte Planung für die Wasserversorgung und die sanitäre Versorgung gibt, ohne welche Mädchen zur Pubertät den Schulbesuch abbrechen – was die Bedeutung paralleler Investitionen in verschiedenen Sektoren illustriert.

Was die Geber jedoch am wenigsten bereit waren, einzusehen, ist der Umstand, dass die Aufstockung der Entwicklungshilfe un-

verzüglich und dringend erforderlich ist. Je länger sie diesen Schritt hinausschieben, desto komplexer wird das Problem und desto kostenaufwändiger seine Lösung. Die vorgezogene Finanzierung von Entwicklungshilfe kann Einsparungen in der Zukunft bedeuten. Malaria verursacht Kosten in Höhe von zwölf Milliarden US-Dollar jährlich an Produktionsausfall. Die Bereitstellung von Mitteln zur umfassenden Malariabehandlung würde nur einen Bruchteil dessen verschlingen. Infrastrukturinvestitionen können Renditen von bis zu 80 Prozent abwerfen, die die Standardrenditen auf den privaten Kapitalmärkten um ein Vielfaches in den Schatten stellen.

Die Internationale Finanzfazilität (IFF) soll die drei Bedingungen für wirkungsvolle Entwicklungshilfe erfüllen. Durch den Verkauf von Staatsanleihen in reichen Ländern würde sie Ressourcen in einem festen Umfang zur Finanzierung eines sicheren und kalkulierbaren Flusses an Entwicklungshilfemitteln mobilisieren. Weil die Finanzierung vorgezogen würde, könnte sie die Investitionen in verschiedenen Sektoren in dem benötigten entscheidenden Umfang möglich machen.

Kann die IFF in der Praxis funktionieren? Details zur Umsetzung des Konzepts werden derzeit anhand der Internationalen Finanzfazilität für Immunisierung (IFFIm) erprobt, einem von der Globalen Allianz für Impfstoffe und Impfungen (GAVI) entwickelten Pilotprogramm. Die Effektivität der GAVI wurde durch fluktuierende und ungewisse Finanzflüsse beeinträchtigt. Die IFFIm ist ein Finanzierungsmechanismus, der eine sichere vorgezogene Finanzierung für Impfstoffe und Impfungen in den ärmsten Ländern ermöglichen soll. Nach Schätzungen der GAVI würden zusätzliche Investitionen von vier Milliarden Dollar mit einer vorgezogenen Finanzierung über einen Zeitraum von zehn Jahren vor dem angestrebten Jahr 2015 das Leben von mehr als fünf Millionen Kindern retten und weitere fünf Millionen Todesfälle bei Erwachsenen (hauptsächlich durch Hepatitis B) nach 2015 verhindern.

Quellen: Development Initiatives 2005b; GAVI und The Vaccine Fund 2005a, b; UK, HM Treasury 2003.

Andere Länder befürworten eine Steuer auf Währungstransaktionen. Belgien hat bereits eine Gesetzgebung erlassen, um die Einführung einer Währungssteuer möglich zu machen. Mehrere andere Länder – darunter Norwegen und Finnland – haben sich mit Kohlenstoffsteuern als neuem Finanzierungsmechanismus beschäftigt.

Die Befürworter der Nutzung internationaler Abgaben zur Mobilisierung von Entwicklungsfinanzierung behaupten, dass dieser An-

satz wichtige Vorteile für die Millenniumsziele und darüber hinaus bringen würde. Diese Abgaben, so die Argumentation, haben das Potenzial, die Finanzierung öffentlicher Güter mit der Finanzierung der Armutsminderung zu kombinieren. Darauf verweist eine Arbeitsgruppe der französischen Regierung zu neuen internationalen Beiträgen zur Entwicklungsfinanzierung, die im Jahr 2004 ihren Bericht vorgelegt hat. Sie argumentiert, dass durch den Mittelfluss aus Abgaben auf vorhersehbare Weise Finanzmittel fließen würden. Zugleich würden Ansätze wie

Es gibt wenig sichere Beweise, die die Behauptung stützen würden, dass arme Länder nicht in der Lage seien, mehr Entwicklungshilfe wirksam zu nutzen

die IFF, die sich auf den privaten Kapitalmarkt beziehen, dadurch ergänzt, indem die erzielten Einnahmen die Flaute ausgleichen würden, die entsteht, wenn der Mittelfluss aus den IFF-Strömen bei der Rückzahlung von Anleihen abnimmt.

Kann mehr Entwicklungshilfe absorbiert werden?

Eine bedeutende Ausweitung der Entwicklungshilfe anzugehen, wird nur dann zu Ergebnissen führen, wenn die armen Länder die zusätzlichen Mittel auch wirksam nutzen können. Die Gegner einer raschen Erhöhung der Entwicklungshilfe argumentieren, dass die armen Länder nicht genug Absorptionskapazitäten hätten, dass eine starke Zunahme der Transferleistungen ihre Fähigkeiten überbeanspruchen würde, die Entwicklungshilfe wirksam zu nutzen, wodurch wirtschaftliche Verzerrungen herbeigeführt und die Aussichten auf Wachstum untergraben würden. Tatsächlich sind die meisten der Probleme durch eine Kombination von politischer Vernunft im Inland und besseren Praktiken auf Seiten der Geber ohne weiteres lösbar. Keiner der vorgebrachten Einwände schwächt das Argument für eine stufenweise Erhöhung der Entwicklungshilfe, um die Fortschritte in Richtung der Millenniumsziele zu beschleunigen.

Mehrere wiederkehrende Themen beherrschen die Sorgen der Entwicklungshilfe-Pessimisten. Eines davon ist, dass die Länder, die zu wenig wirtschaftliche und soziale Infrastruktur haben – Straßen, Krankenschwestern, Lehrkräfte und so weiter – nicht in der Lage sein werden, von mehr Entwicklungshilfe zu profitieren, und dass es schnell zu einer sinkenden Rendite bei Wachstum und menschlicher Entwicklung kommen wird. Ein weiteres ist, dass die Entwicklungshilfe selbst verzerrende Wirkungen hat. Die Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe, so das Argument, kann die Anreize für Regierungen untergraben, nationale Abgabensysteme zu entwickeln, und dabei die Entwicklung rechenschaftspflichtiger Institutionen schwächen. Auch makroökonomische

Probleme werden angeführt. Große Devisenzuflüsse können die Wechselkurse in die Höhe treiben und so dafür sorgen, dass die Exporte nicht mehr wettbewerbsfähig sind, Importe fördern und Zahlungsbilanzschwierigkeiten verursachen. Das Problem ist als holländische Krankheit bekannt, nach den Erfahrungen der Niederlande in den 1960er Jahren, als der plötzlich zufließende Reichtum durch die Entdeckung von Nordsee-Gas den Wert des Guldens in die Höhe trieb, die Industriegüterexporteure lähmte und die Inflation anheizte.⁴³

Zwar wirft jede dieser drei Sorgen wichtige Fragen auf, doch die Grenzen der Absorptionsfähigkeit kann man auch übertreiben, und ebenso den Grad an Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe. Afrika südlich der Sahara ist weltweit die am stärksten von Entwicklungshilfe abhängige Region. Die bilaterale Entwicklungshilfe macht in 23 afrikanischen Ländern mehr als zehn Prozent des Bruttonationaleinkommens aus, in Mosambik sogar mehr als 60 Prozent. Doch der regionale Durchschnitt liegt mit 6,2 Prozent unter dem Niveau von Anfang der 1990er Jahre.

Es gibt wenig sichere Beweise, die die Behauptung stützen würden, dass arme Länder nicht in der Lage seien, mehr Entwicklungshilfe wirksam zu nutzen. Die genauen Umstände unterscheiden sich, doch das Ausmaß der Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe ist ein schwacher Indikator für die Fähigkeit einzelner Länder, Entwicklungshilfe für die Armutsbekämpfung nutzbar zu machen. Wo die Absorptionskapazitäten ein Problem darstellen, besteht die angemessene Reaktion darin, in den Aufbau von Kapazitäten zu investieren, kombiniert mit Maßnahmen zur Senkung der Transaktionskosten.

Sinkende Entwicklungshilfe-Renditen?

Theoretisch müssen die Renditen der Entwicklungshilfe irgendwann zu sinken beginnen, so dass – selbst bei gutem Management – der Grenznutzen sinken wird, wenn die Entwicklungshilfe weiter erhöht wird. Länderübergreifende Untersuchungen des Center for Global

Development aus dem Zeitraum 1993-2001 deuten darauf hin, dass die Entwicklungshilfe im Durchschnitt zu einer positiven Wachstumsrendite führt, bis zu einem Punkt, wo sie 16-18 Prozent des Bruttonationaleinkommens erreicht.⁴⁴ Andere Studien setzen die Zahl bei 20-25 Prozent an. Doch die Erfahrungen mit den Leistungen verschiedener Länder in der Vergangenheit geben nur schwache Hinweise auf zukünftige Ergebnisse. Mit sich im Zeitablauf verbessernder Qualität der Entwicklungshilfe, besserer Staats- und Regierungsführung und besserer Wirtschaftspolitik kann man davon ausgehen, dass der Nutzen der Entwicklungshilfe steigen wird. Was auch immer die maßgebliche Schwelle sein mag, so sind einige Länder doch in der Lage, Entwicklungshilfe über diesen Punkt hinaus wirksam zu absorbieren. Mosambik ist zum Beispiel sowohl eines der afrikanischen Länder, die beim Wachstum am besten abschneiden, als auch eines der am stärksten von Entwicklungshilfe abhängigen Länder.

Jedenfalls weisen viele Länder, in denen der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen zwischen 10 und 15 Prozent liegt – darunter Bangladesch, Kambodscha, Tansania und Uganda – in Bezug auf die Millenniumsziele eine Finanzierungslücke auf. Detaillierte Länderuntersuchungen der Weltbank deuten darauf hin, dass 30 Milliarden US-Dollar zusätzliche Entwicklungshilfe in Ländern mit niedrigem Einkommen produktiv genutzt werden könnten – eine konservative Zahl, die den Umfang von Strukturinvestitionen nicht berücksichtigt. Auch ist es eine eingeschränkte Art und Weise Abhängigkeit zu betrachten, wenn man nur den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen in Entwicklungsländern in Betracht zieht. Zum Beispiel weist Äthiopien mit 19 Prozent einen hohen Anteil auf, bekommt jedoch nur 19 US-Dollar Entwicklungshilfe pro Person, verglichen mit einem Durchschnitt von 28 US-Dollar in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und 35 US-Dollar in Tansania.

Auswirkungen auf die Staatseinnahmen

Durch eine rasche Erhöhung der Entwicklungshilfe wird sich der Anteil der Entwicklungshilfe

an den nationalen Haushalten erhöhen. Es besteht die offensichtliche Gefahr, dass dadurch die Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe institutionalisiert wird, was die Haushalte anfälliger für die Volatilität der Hilfe und die sich ändernden Prioritäten der Geber macht.⁴⁶ Einige Kritiker argumentieren, dass ein großer Zustrom an Entwicklungshilfe die Anreize für Regierungen schwäche, im Inland Steuergelder zu mobilisieren, wodurch die Entwicklung einer nachhaltigen Einnahme-Basis untergraben würde. Die Erfahrungen aus einigen Ländern verleihen dieser Sorge Gewicht. Uganda war zum Beispiel nicht in der Lage, trotz seines hohen Wachstums seine relativ niedrige Steuerquote anzuheben. Gegenbeispiele deuten jedoch darauf hin, dass solche Ergebnisse nicht unvermeidlich sind. Äthiopien hat seit 1998 seine nationale Steuerquote von 11 auf 15 Prozent erhöht, selbst als die Entwicklungshilfe-Einnahmen um den Faktor drei gestiegen sind.

Die holländische Krankheit – und wie man sie heilen kann

Die „holländische Krankheit“ ist eine Bedrohung, die ernst genommen werden muss. Rasche Wechselkursaufwertungen hätten verheerende Konsequenzen für Afrika. Sie würden es für Kleinbauern und Produzenten schwieriger machen, ihre Exporte auszuweiten und zu diversifizieren, wodurch das Gespenst einer weiteren Marginalisierung im Welthandel heraufbeschworen wird. In der Praxis können diese Probleme vermieden werden.

Die größten Probleme treten auf, wenn die Entwicklungshilfeströme einen Konsum-Boom finanzieren. Wenn die Produktion gleich bleibt und die Nachfrage steigt, sind Inflation und ein Anstieg der Preise nicht gehandelter Güter unvermeidbar. Wenn die Entwicklungshilfe jedoch in Bereiche wie die Infrastruktur, die landwirtschaftliche Produktion und Investitionen in Humankapital gelenkt wird, kann die Reaktion der Angebotsseite ein Gegenmittel für die holländische Krankheit darstellen.⁴⁷ Eine steigende Produktivität kann dem Inflationsdruck entgegenwirken und die Wettbewerbsfähigkeit des Exportsektors erhalten. Dies erklärt zum

Die größten Probleme treten auf, wenn Entwicklungshilfe einen Konsum-Boom finanziert

Die Planung für die Millenniums-Entwicklungsziele muss in den Mittelpunkt der öffentlichen Ausgabensysteme gerückt werden

Teil, warum Länder wie Äthiopien, Mosambik und Tansania in der Lage waren, mehr Entwicklungshilfe ohne große inflationäre Wirkungen zu absorbieren.

Auch die Regierungen können die Wirkungen der Entwicklungshilfe auf die Wechselkurse beeinflussen, zum Beispiel, indem sie entscheiden, ob sie die zufließende Entwicklungshilfe dafür nutzen wollen, den Konsum zu erhöhen, Importe zu finanzieren oder Devisenreserven zu schaffen.⁴⁸ Erfahrungen aus einzelnen Ländern bestätigen, dass ein großer Zufluss von Entwicklungshilfe nicht notwendigerweise die holländische Krankheit verursacht. In Ghana ist die Netto-Entwicklungshilfe von drei Prozent des BIP Mitte der 1990er Jahre auf über sieben Prozent im Zeitraum 2001 bis 2003 gestiegen. Doch der reale Wechselkurs hat sich im zweiten Zeitraum um weniger als ein Prozent verändert.⁴⁹ In Äthiopien hat sich seit 1998 die Entwicklungshilfe auf 22 Prozent des Nationaleinkommens verdoppelt. Auch dort ist der reale Wechselkurs stabil geblieben.⁵⁰ In beiden Fällen wurde die Wettbewerbsfähigkeit im Export durch ein vernünftiges Management der Reserven aufrechterhalten. Ghana zum Beispiel ging im Jahr 2001 mit einer Entwicklungshilfe-Welle

um, indem es nicht die inländische Geldmenge erhöhte, sondern auf den Devisenmärkten verkaufte, um nach einer Krise der Terms of Trade die Währung zu stabilisieren.

Wirksamer Einsatz der Entwicklungshilfe

Zwar wird ein plötzlicher Anstieg der Entwicklungshilfe wahrscheinlich zu suboptimalen Ergebnissen führen, doch es ist wichtig nachzuvollziehen, dass die Absorptionskapazitäten ein dynamischer Prozess und keine feste Größe sind. Ein Mangel an Lehrern und Fachkräften im Gesundheitswesen, eine baufällige Verkehrsinfrastruktur und schwache Institutionen können den wirksamen Einsatz von Entwicklungshilfegeldern behindern. Doch staatliche Institutionen können durch den Aufbau von Kapazitäten entwickelt werden, Lehrkräfte, Gesundheitshelfer und Ingenieure können ausgebildet werden und Infrastruktur kann geschaffen werden. Die entscheidende Herausforderung besteht darin, diese Investitionen durch abgestimmte nationale Strategien in die richtige Reihenfolge zu bringen. Deshalb muss die Planung für die Millenniums-Entwicklungsziele in den Mittelpunkt der öffentlichen Ausgabensysteme gerückt werden – und deshalb müssen sich die Geber auf eine vorhersehbare, mehrjährige Unterstützung verpflichten.

Schwächen bei der Qualität und Wirksamkeit von Entwicklungshilfe

Raschere Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele lassen sich nur erzielen, wenn die Entwicklungshilfe erhöht wird. Anderenfalls wird man weit hinter den Zielen für 2015 zurückbleiben. Werden jedoch nur die Mittelzuweisungen erhöht, ohne dass man den Gebern ihre unproduktiven Angewohnheiten abgewöhnt, sinkt die Rendite der Hilfe. Die Voraussetzungen für eine wirksamere Entwicklungshilfe zu schaffen, bedeutet: die Hilfe berechenbarer zu machen, keine übertriebenen Bedingungen zu stellen, die Abstimmung

zwischen den Gebern zu verbessern, die gebundene Hilfe abzuschaffen und einen größeren Teil der Mittel in Form von Programmhilfe aus den Staatshaushalten zur Verfügung zu stellen.

Entwicklungshilfe ist unbeständig und unberechenbar

Stabile und berechenbare Hilfeströme sind erforderlich, damit in Ländern mit geringem Einkommen eine wirksame Planung der Maß-

nahmen zur Armutsreduzierung erfolgen kann. Als 1999 die Strategiepapiere zur Armutsreduzierung eingeführt wurden, wollte man damit einen auf nationalen Plänen beruhenden Förderungsrahmen schaffen, um die Hilfsströme stabiler und berechenbarer zu machen. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt.

Berechenbare Hilfsströme sind von besonderer Wichtigkeit in Ländern mit niedrigem Einkommen, in denen die Hilfsströme im Vergleich zu Staatseinnahmen und -haushalten groß sind. In Burkina Faso werden über 40 Prozent der Haushaltsausgaben durch Entwicklungshilfe finanziert. Unerwartete Veränderungen in den Hilfsströmen können daher die Haushaltsführung beeinträchtigen und die wirksame Erbringung grundlegender Dienstleistungen gefährden. Denn sie stören Investitionen, die zum Betrieb von Schulen und Gesundheitsstationen sowie zur Bezahlung von Lehrern und medizinischen Fachkräften erforderlich sind, und sie führen zu Problemen bei der Zahlungsbilanz.

Länderübergreifende Untersuchungen zeigen, dass Entwicklungshilfe unbeständiger ist als das Bruttonationaleinkommen oder die staatlichen Einnahmen – im Schnitt 40-mal unbeständiger als die Einnahmen.⁵¹ Eine Studie des IWF, bei der die Entwicklungshilfe zwischen 1985-88 und 2000-03 miteinander verglichen wurde, zeigt, dass der Unterschied zwischen der Unbeständigkeit von Entwicklungshilfe und staatlichen Einnahmen gewachsen ist. Dies lässt darauf schließen, dass die Strategiepapiere zur Armutsreduzierung wenig praktische Veränderung auf diesem Gebiet bewirkt haben.⁵² Gemessen an der Abweichung vom Trend hat sich die Unbeständigkeit der Entwicklungshilfe seit dem Jahr 2000 verdoppelt; bei manchen Ländern ist die Streuung über das Jahr hinweg enorm (s. Grafik 3.12). Besonders bedenklich ist, dass die von der Entwicklungshilfe abhängigen Länder am stärksten durch die Unbeständigkeit der Hilfe gefährdet sind, und dass die Unbeständigkeit der Hilfe bei diesen Ländern besonders ausgeprägt ist – bei besonders schwachen Staaten liegt sie

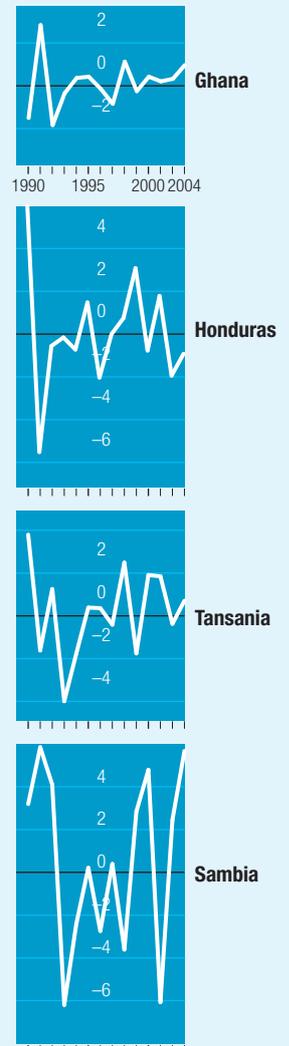
doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Länder mit geringem Einkommen.

Unbeständigkeit wäre womöglich ein geringeres Problem, wenn die Hilfeempfänger sich darauf verlassen könnten, dass auf die Zusicherungen der Geber hin auch wirklich Finanzmittel fließen. Tatsächlich geben Geberzusagen nur teilweise Aufschluss über geleistete Hilfe. Zuge-sagte Mittel können über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg ausgezahlt werden, wobei Differenzen zwischen der zugesicherten und der tatsächlich geleisteten Hilfe über mehrere Budgetzyklen hinweg ausgeglichen werden. Dennoch kann diese Form der Unberechenbarkeit die öffentliche Finanzplanung hemmen. Investitionsentscheidungen z.B. in den Bereichen Gesundheit oder Bildung verursachen finanzielle Verpflichtungen auf Jahre hinaus. Im schlimmsten Fall kann die Unberechenbarkeit dazu führen, dass eine antizyklische Finanzierung erfolgt, bei der sich die Regierungen nach der Einlösung der Entwicklungshilfeszusagen richten.

Die Kluft zwischen Mittelzusagen und tatsächlichen Auszahlungen kann man sich als „Hilfeschock“ vorstellen, den die öffentlichen Finanzen auffangen müssen. Die Messung der Intensität dieses Schocks wird dadurch erschwert, dass die Geber manchmal nicht gerade umfassend über ihre wirklichen Ausgaben Bericht erstatten. Mithilfe des Berichtssystems des Entwicklungshilfeausschusses der OECD für bilaterale und multilaterale Leistungen im Zeitraum 2001-03 haben wir für 129 Länder die Differenzen zwischen Hilfeszusagen und -zahlungen betrachtet. Das Ergebnis war frappierend. Bei 47 Ländern blieben die Zahlung in einem der drei betrachteten Jahre um mehr als ein Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) hinter den Zusagen zurück. Bei 35 Ländern betrug das Defizit sogar mehr als zwei Prozent des BNE. Im Jahr 2001 erlebten sowohl Burkina Faso als auch Ghana Hilfeschocks in Höhe von vier Prozent des BNE. Reiche Länder könnten ihren Haushalt nur mit Mühe an Schwankungen dieses Ausmaßes anpassen. Im Fall von Ghana und Burkina Faso entsprach der Fehlbetrag etwa einem Fünftel der gesamten Staatseinnahmen.

Grafik 3.12 Große Schwankungen der Entwicklungshilfe

Mittelzufluss aus öffentlicher Entwicklungshilfe
Veränderung gegenüber dem Vorjahr (% des BNE)



Quelle: Berechnet auf der Grundlage von Daten zu Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe und BNE in OECD/DAC 2005f.

Die mangelnde Zuverlässigkeit der Hilfsströme ist ein Grund, warum das Potenzial der Entwicklungshilfe nicht ausgeschöpft werden konnte

In Ländern, die stark von der Entwicklungshilfe abhängig sind, können defizitäre Hilfsströme in Sektoren von überragender sozialer Bedeutung besonders großen Schaden anrichten. Sambia finanziert über 40 Prozent seines Bildungshaushaltes aus der Entwicklungshilfe. Im Zeitraum 2000-02 betrugen die Zahlungen der Geber durchweg weniger als die Hälfte dessen, was zu Beginn des Haushaltsjahrs zugesagt worden war. Der Senegal ist bei einem Drittel der öffentlichen Gesundheitsausgaben auf Hilfe angewiesen. Hier blieben die jährlichen Auszahlungen im Zeitraum 1998-2002 durchschnittlich um 45 Prozent hinter den Zusagen zurück. Durch verzögerte und unvollständige Zahlungen wurde offenbar die Finanzierungsgrundlage der nationalen Immunisierungskampagnen aufs Spiel gesetzt.⁵³

Die Unbeständigkeit und Unberechenbarkeit von Entwicklungshilfe ließe sich teilweise erklären, wenn sie eine Reaktion der Geber auf wirtschaftliche Schocks in den Empfängerländern darstellen würde. Der IWF definiert einen Schock als Preisrückgang in Höhe von mindestens zehn Prozent von einem Jahr auf das andere, und rechnet, dass es in den Ländern mit niedrigem Einkommen im Durchschnitt alle drei Jahre zu einem derartigen Schock kommt. Diese Schocks ereignen sich überproportional oft in armen Ländern und beeinträchtigen dort das Wirtschaftswachstum und die Staatseinnahmen. Sie treffen vergleichsweise häufiger arme Menschen, indem sie beispielsweise die Existenzgrundlagen von Kleinbauern zerstören. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass Entwicklungshilfe solche Schocks aufwiegen kann. Im Zeitraum 1975-2003 hat nur eines von fünf Ländern, die von negativen Schocks von fünf Prozent oder mehr beim BIP betroffen waren, mehr Entwicklungshilfe erhalten.⁵⁴

Länder können auf unterschiedliche Weise – in jedem Fall jedoch mit ungünstigen Folgen für die Finanzierung der Millenniumsziele – auf Defizite und Unsicherheiten bei der Entwicklungshilfe reagieren. Sie können die staatlichen Ausgaben kürzen, was sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und die sozialen Investi-

tionen auswirkt. Sie können ihre Ausgaben beibehalten, indem sie Schulden aufnehmen und das Haushaltsdefizit erhöhen – dies wirkt sich ungünstig auf die Inflation und die IWF-Konditionalität aus. Und sie können die Entwicklungshilfe dazu nutzen, um Geldreserven im Hinblick auf zukünftige Einkommenseinbußen anzulegen. Diese Herangehensweise muss mit einer Senkung der öffentlichen Ausgaben einhergehen.⁵⁵ Keine dieser Optionen ist der langfristigen Finanzplanung zur Armutsreduzierung förderlich.

Die mangelnde Zuverlässigkeit der Hilfsströme ist ein Grund, warum das Potenzial der Entwicklungshilfe nicht ausgeschöpft werden konnte. Die Regierungen tun sich schwer, stabile Systeme der Einnahmen- und Finanzverwaltung zu entwickeln oder langfristig angelegte Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen und die Grundversorgung mit Dienstleistungen zu tätigen, wenn sie über einen großen Teil des nationalen Finanzwesens kaum Kontrolle haben. Eine der wirksamsten Methoden zur Stärkung der absorptiven Kapazität wäre es, das Problem der unberechenbaren Hilfsströme direkt in Angriff zu nehmen.

Konditionalität und Eigenverantwortung der Länder

Alle Geber betonen, wie vorteilhaft es ist, wenn die Länder Eigenverantwortung übernehmen und die Empfänger mehr Kontrolle darüber erhalten, wofür die Hilfe ausgegeben wird. Dennoch koppelten die meisten ihre Hilfe an strikte Auflagen. Die Eigenverantwortung der Länder wird als Voraussetzung für die wirksame Nutzung von Entwicklungshilfe betrachtet. Demgegenüber gilt Konditionalität als Mechanismus, politischen Wandel durchzusetzen. In vielen Fällen laufen diese beiden Ziele auseinander. Konditionalität untergräbt die Eigenverantwortung der Länder und vergrößert die Unberechenbarkeit und Unbeständigkeit der Hilfe. Ein Grund, warum das Bekenntnis der Geber zur Eigenverantwortung der Länder die Berechenbarkeit der Hilfe nichts verbessert hat, ist, dass es erst noch in die Tat umgesetzt werden muss.

Seit dem Ende der 1990er Jahre hat es wichtige Veränderungen bei der Handhabung der Konditionalität gegeben. Von nationalen Regierungen erstellte Strategiepapiere zur Armutsreduzierung haben einen neuen Rahmen für Zusammenarbeit geschaffen. Hinzu kam, dass die Auflagen der Geber gestrafft wurden. So gab es 2003 nur noch durchschnittlich 15 Auflagen bei IDA-Krediten, während es Mitte der 1990er Jahre noch 30 waren.⁵⁶ Die mit der Fazilität für Armutsreduzierung und Wachstum (PRGF) verknüpften Kreditaufgaben des IWF sind auf durchschnittlich 13 zurückgegangen. Es gibt jedoch eine große Streuung nach Ländern, und eine jüngst durchgeführte Analyse von IWF-Programmen lässt erkennen, dass die Anzahl der strukturellen Auflagen womöglich wieder steigt.

Einige der Veränderungen haben zu substanziellen Ergebnissen geführt. Doch viel von dem, was als „Straffung“ bezeichnet wird, ist lediglich ein neues Etikett für Konditionalität oder bedeutet, dass die Verantwortung für die Durchsetzung der Konditionalität auf andere Geber übertragen wurde.⁵⁷ Nach wie vor ist eine verwirrende Fülle von Bedingungen an die Entwicklungshilfe gekoppelt. Durch die Kreditaufgaben, die mit den Programmen der Fazilität für Armutsreduzierung und Wachstum verbunden sind, werden immer noch detaillierte Haushaltsziele festgelegt, genauso wie generelle Vorgaben für das Wirtschaftsmanagement. Wenn man mit der Weltbank ins Geschäft kommen will, muss man die Vorgaben einhalten, die in ihren Strategien für Länderhilfe, den Krediten zur Förderung der Armutsreduzierung und sonstigen Kreditvereinbarungen festgeschrieben sind. Bilaterale Geber und die Weltbank haben sogar einige der strukturellen Kreditaufgaben wieder aufgegriffen, die der IWF hatte fallen lassen.⁵⁸ Unterdessen müssen Länder, die sich um einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative bemühen, eine ganze Reihe weiterer Vorgaben in Bezug auf das Ausgaben- und Wirtschaftsmanagement erfüllen.

Aus der Sicht der Hilfeempfänger gleicht selbst eine sehr schlanke Konditionalität

einem sehr langen Forderungskatalog. Nehmen wir einmal Benin: Nach der Fazilität für Armutsreduzierung und Wachstum, die Benin in Anspruch genommen hat, muss das Land dem IWF vierteljährliche Berichte über seine Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Bildung, Details der staatlichen Gehaltslisten sowie einen Zeitplan für die Privatisierung seiner Staatsbank vorlegen. Keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt die Liste der Konditionen für den Kredit der Weltbank zur Förderung der Armutsreduzierung. Dazu zählen: raschere Fortschritte bei der Privatisierung der Baumwollindustrie; greifbare Fortschritte bei der Privatisierung anderer öffentlicher Unternehmen, einschließlich der Schaffung „solider regulatorischer Rahmenbedingungen in liberalisierten Sektoren“, Erarbeitung einer „kohärenten Strategie“ für die Entwicklung des privaten Sektors sowie eine detaillierte Aufstellung der quantitativen Ergebnisse in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung. Insgesamt enthält die Politikmatrix mehr als 90 Aspekte, die überwacht werden. Inzwischen wurde von Benin verlangt, dass es Vorgaben für die Privatisierung einer Vermarktungsagentur im Baumwollsektor erfüllt, um Anspruch auf einen Schuldenerlass zu erlangen.⁵⁹

Solche spezifischen politischen Vorgaben haben sicherlich etwas für sich; die einzelnen Kreditkonditionen vermindern jedoch schon allein durch ihre Größenordnung, ihren Umfang und ihr Ineinandergreifen unweigerlich nationale Eigenverantwortung und erhöhen die Gefahr von Hilfskürzungen bei Nichteinhaltung. Lediglich ein Viertel der IWF-Programme werden ohne Unterbrechung zu Ende gebracht – dies trägt zur Erklärung sowohl der Unbeständigkeit als auch der Unberechenbarkeit von Entwicklungshilfe bei.⁶⁰

Ein bestimmtes Maß an Konditionalität ist unvermeidlich und wünschenswert. Hilfeempfänger sollten in erster Linie auch gegenüber ihren eigenen Bürgern über öffentliche Ausgaben und Haushaltsprioritäten Bericht erstatten. Nationale Entwicklungsstrategien, die klare Ziele zur Armutsreduzierung stecken und

Die Konditionalität von Krediten verstärkt weiterhin ungleiche Machtverhältnisse

an mittelfristige Finanzierungspläne gekoppelt sind, sind eine Möglichkeit, Transparenz zu schaffen. Von entscheidender Bedeutung sind außerdem eine wirksame Rechnungsprüfung und gesetzgeberische Kontrolle über den Etat. Bei den bestehenden Herangehensweisen besteht das Problem in der Mischung von Makro-Konditionalität und Mikro-Management. Die Konditionalität von Krediten verstärkt weiterhin ungleiche Machtverhältnisse, die wirkliche Fortschritte hin zu einer Eigenverantwortung von Ländern hemmen.

Zu viele Geber – zu geringe Koordination

Die Kapazitätsprobleme, die durch übermäßige Konditionalität entstehen, werden durch die zerfahrenen Arbeitsgewohnheiten der Gebergemeinschaft noch verschlimmert. Nur zu oft müssen ohnehin überlastete Regierungsbehörden in Empfängerstaaten sich mit einer großen Zahl schlecht koordinierter Geber auseinandersetzen, deren Programme sich oft überschneiden und denen die Bereitschaft fehlt, innerhalb staatlicher Strukturen zu operieren. Daraus resultieren hohe Transaktionskosten, die die Wirksamkeit der Hilfe vermindern und Kapazität aufzehren.

Als in Europa der Marshall-Plan durchgeführt wurde, interagierte ein einziger Geber mit Ländern, die über eine hohe Finanz-, Justiz- und Verwaltungskapazität und ein großes Reservoir an Facharbeitern, Unternehmern und Managern verfügten. Die Erfolgsgeschichten der Entwicklungshilfe in Südkorea (Korea, Rep.) und in Taiwan (Provinz von China) beruhten auf einem vergleichbaren Modell mit einem beherrschenden Geber auf der einen und leistungsfähigen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen auf der anderen Seite. Seither haben sich in der Entwicklungshilfe die Verhältnisse geändert. Unter den 23 Mitgliedern des Entwicklungshilfeausschusses der OECD gibt es nur fünf, die Hilfe an weniger als 100 Länder leisten.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass Hilfeempfänger sich mit mehreren Gebern ausein-

andersetzen müssen. Im Jahr 2002 waren im Durchschnitt 23 offizielle Geber in den Empfängerländern tätig. Die Länder in Afrika südlich der Sahara haben es jedoch üblicherweise mit über 30 Gebern (sowie mehreren Dutzend internationalen Nichtregierungs-Organisationen) zu tun.⁶¹ Die äthiopische Regierung erhielt im Jahr 2003 Entwicklungshilfe von 37 Gebern. Dabei betreiben die einzelnen Geber manchmal Dutzende von Projekte, die eine Vielzahl von Sektorstrategien unterstützen. In Tansania laufen etwa 650 Geberprojekte, die entweder von nationalen Ministerien oder von Kommunalverwaltungen betrieben werden.⁶²

Die Erfüllung von Geberforderungen hinsichtlich Berichterstattung, Konsultation und Auswertung stellen eine starke Belastung für die knappste aller Ressourcen in den Ministerien der Entwicklungsländer dar: die Fachkräfte. Bei Hilfeprogrammen in einem beliebigen Land in Afrika südlich der Sahara entsteht Bedarf nach Tausenden von Berichten an diverse Aufsichtsbehörden, und Hunderte von Delegationen, die zur Überwachung, Begutachtung und Prüfung des Geleisteten ins Land kommen, wollen betreut werden. Die befassen Ministerien müssen dabei nicht nur interne Stellungnahmen verfassen, sondern auch Dutzende von Berichten über einzelne Projekte.

Unnötige Duplizierung verschärft das Problem noch. Um die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihren Partnern erfüllen zu können, führen der IWF und die Weltbank jedes Jahr eingehende Überprüfungen von Haushaltsführung, öffentlichen Finanzsystemen und Staatsausgaben durch. Die Regierungen sind gehalten, Abrechnungen vorzulegen, die internationalen Rechnungsprüfungsstandards gerecht werden. Dennoch verlangen Geber wie die Europäische Union, Italien, Japan und die Vereinigten Staaten eine gesonderte Berichterstattung, die den eigenen Anforderungen genügt. Diese Regelung produziert hohe, vermeidbare Transaktionskosten. Auf einer anderen Ebene führt auch Analysetätigkeit zu Duplizierung. Die Geber führen Armutsstudien, Untersuchungen der öffentlichen Ausgaben, Überprüfungen der

Finanzpolitik, Bewertungen der Wirtschaftspolitik und treuhänderische Analysen durch, die sich miteinander überschneiden. Sie sind häufig nicht im Bilde über ähnliche Studien, die von anderer Seite durchgeführt werden, oder nicht dazu bereit, darauf zurückzugreifen. In einem Fall, der von der Weltbank angeführt wird, wurde eine Armutsstudie in Bolivien von fünf Gebern gleichzeitig gefördert, die jeder eine gesonderte finanzielle und technische Berichterstattung verlangten, sodass der Behördenmitarbeiter, der das Projekt leitete, mehr Zeit für die Berichterstattung aufwenden musste als für die Untersuchung selbst.⁶³

Die Belastung durch Geberanforderungen macht sich auch auf höchster Regierungsebene bemerkbar. Forderungen, die auf mangelhafte Koordination von Gebertätigkeiten zurückzuführen sind, verursachen enorme Opportunitätskosten. Ashraf Ghani, der von 2002 bis 2004 Finanzminister von Afghanistan war, beklagt diesen Umstand:

Als Finanzminister verbrachte ich über 60 Prozent meiner Zeit damit, mich mit Gebern zu befassen – im Sinne von Treffen mit ausländischen Delegationen und Vertretern, um immer wieder die Politik der Regierung vorzustellen und Mittel zu beschaffen... um die wiederkehrenden Kosten der Regierung decken zu können, für die Unterstützung regierungsgesponserter Programme zu werben, die durch das staatliche Finanzierungs-, Beschaffungs- und Buchhaltungssystem geschleust wurden, und über Projekte zu diskutieren und zu verhandeln.... Diese Zeit hätte ich stattdessen dazu nutzen können, um das Inlandseinkommen anzuheben und die innere Reform anzuleiten.

Die Situation in Sambia wirft ein Licht auf einige der weiter reichenden Probleme im Zusammenhang mit der Koordination von Gebern, die hinter nationalen Programmen stehen. Die Förderung des Bildungsbereiches, die zuvor nach einem Vier-Jahres-Investitionsprogramm erfolgt war, wird nur über einen sektorweiten Ansatz gelenkt. Für 2004 lagen Mittel-

zusagen in Höhe von 87 Millionen US-Dollar vor. Da mindestens 20 Geber an der Bildungsförderung beteiligt sind, ist eine wirksame Koordination angesagt – mit durchwachsenem Erfolg. Die sambische Regierung hat sich dafür ausgesprochen, die Förderung über Sammelfonds im allgemeinen Bildungshaushalt laufen zu lassen. Dies ist nun bei etwa der Hälfte der Förderung der Fall. Ein weiteres Drittel der Förderung wird jedoch über Fonds zugewiesen, deren Verwendungszweck von den Gebern bestimmt wird, und die übrigen Mittel werden für bestimmte Projekte zur Verfügung gestellt. Insgesamt bestehen Finanzierungslinien von 20 Gebern über Summen zwischen 12 und 400 Millionen US-Dollar, die alle eine gesonderte Berichterstattung erfordern. Es ist nur wenig darüber diskutiert worden, wie sich die Zahl der Geber verringern lässt, ohne Mittel einzubüßen. Einige der wichtigsten Geber haben zwar ihre Ressourcen zusammengelegt, aber noch keine gemeinsamen Missionen durchgeführt. Leitende Ministerialbeamte nennen weiterhin die Länge und Häufigkeit der Berichterstattung als Problem. Während gemeinsame Delegationsbesuche seit neuestem die Transaktionskosten der Geber verringern, beschäftigen diese Besuche nach wie vor Führungskräfte in den Entwicklungsländern zwei bis drei Wochen am Stück und verschlingen damit Energie, die für wirksames Management benötigt würde.⁶⁴

Die Verhältnisse in Sambia eröffnen einen Einblick auf generellere Probleme, die mit der Harmonisierung in Ländern zusammenhängen, deren System der öffentlichen Verwaltung als Schwachpunkt gilt. Einige Geber waren nicht dazu bereit, zur Sammelfondsregelung überzugehen, u.a. auch wegen Bedenken hinsichtlich treuhänderischer Verantwortung. Andere wiederum haben sich dazu bereit erklärt, allerdings unter strikten Auflagen bezüglich der Berichterstattung, einen Teil der Mittel in Sammelfonds zu überführen. Besonders ausgeprägt ist die Unwilligkeit der Geber, sich miteinander abzustimmen, in Ländern, wo die Auffassung verbreitet ist, den Regierungen sei es nicht gelungen, wirksame Harmonisierungsstrategien zu entwerfen. Daher ist im Senegal selbst in

Forderungen, die auf mangelhafte Koordination von Gebertätigkeiten zurückzuführen sind, verursachen enorme Transaktionskosten

Viel von dem, was als Entwicklungshilfe lanciert wird, fließt in die reichen Länder zurück

Sektoren, in denen sektorweite Ansätze vorhanden sind – so im Gesundheitsbereich – kaum eine wirksame Koordination vorhanden, obwohl das Land zu den 13 Ländern zählt, die an einem Pilotvorhaben der OECD zur Beschleunigung der Harmonisierung teilnehmen.

Es gibt Bemühungen, die Transaktionskosten zu senken. Im März 2005 unterzeichneten die Mitglieder des Entwicklungshilfesausschusses der OECD die Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe, die sich hauptsächlich mit Maßnahmen zur Senkung der Transaktionskosten befasst. Pilotprogramme zur Stärkung von Harmonisierung und Koordination werden in Äthiopien, Ghana, Tansania und Uganda durchgeführt. Die Transaktionskosten sind zwar in bestimmtem Maße zurückgegangen, doch hat es keine gleichmäßigen Fortschritte gegeben. In Uganda nennen Behördenvertreter nach wie vor die Transaktionskosten als massives Problem. Bedenkt man, dass allein im Rahmen von Ugandas Weltbankkrediten zur Förderung der Armutssenkung durchschnittlich drei Delegationsbesuche (mit bis zu 35 Teilnehmern) stattfinden, lässt sich dies unschwer nachvollziehen. Auch anderenorts hat die Harmonisierung nicht alles gehalten, was sie versprach. Wie verlautet, hat der Senegal im Jahr 2002 Besuch von über 50 Weltbankdelegationen erhalten – etwa einer pro Woche. Im Jahr 2003 kamen – die Delegationen der Weltbank und des IWF nicht mitgerechnet – 120 Gebermissionen nach Sambia. Davon waren lediglich 12 gemeinsame Missionen – und an keiner einzigen waren die Europäische Union oder die Vereinten Nationen beteiligt.⁶⁵

Die Geber bemühen sich auch durch multilaterale Initiativen, die für ein größere Spezialisierung und bessere Kooperation sorgen, zumindest einen Teil der Transaktionskosten zu senken. Mechanismen wie der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria und die Fast-Track-Initiative „Bildung für Alle“ ermöglichen es den Gebern, ihre Ressourcen zusammenzulegen, gemeinsam Hilfe zu leisten und die Berichterstattung einer einzigen

Institution zu übertragen. In den letzten Jahren haben verschiedene Geberländer, darunter Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Großbritannien, ihre Absicht bekundet, die Entwicklungshilfe zu straffen und den Kreis der Empfänger einzuengen. In der Theorie eröffnet dies Möglichkeiten für größere Spezialisierung und Kooperation. In der Praxis aber konzentrieren sich die Prioritätenlisten der einzelnen Geber meistens auf immer dieselbe Gruppe von Empfängern. Dadurch wächst die Gefahr, dass die Kluft zwischen Lieblingen und Stiefkindern der Geber noch weiter wird. Exemplarisch für eine Harmonisierung durch größere Spezialisierung ist das Modell, nach dem Norwegen und Schweden gemeinsam einen Plan in Äthiopien umsetzen. Dabei wird Schweden Mittel für die Gesundheitsförderung über Norwegen und Norwegen Mittel für die Bildungsförderung über Schweden laufen lassen. Solche Arrangements sind jedoch eher die Ausnahme als die Regel.

Den bisherigen Erfahrungen nach zu urteilen, wird es schwierig werden, die Agenda der verbesserten Koordination umzusetzen. Für größere Spezialisierung und Harmonisierung spricht eindeutig die Verbesserung der Effizienz. Wenn sich die Geber in diese Richtung bewegen, werden sie gezwungen sein, die Kontrolle über Ressourcen mit anderen zu teilen und Berichtssysteme zu akzeptieren, die von anderen gemanagt werden. Dies würde erhebliche Veränderungen bei der Verwaltung von Entwicklungshilfeprogrammen mit sich bringen.

Ein ineffizienter Transfer von Ressourcen: gebundene Hilfe

Bei der Finanzierung der Armutssenkung ist nicht jeder Dollar an Entwicklungshilfe gleich viel wert. Viel von dem, was als Entwicklungshilfe lanciert wird, fließt in die reichen Länder zurück, zum Teil als Subventionen, von denen die Großunternehmen profitieren. Effiziente Hilfe wird vielleicht am fatalsten durch die Praxis beeinträchtigt, Mitteltransfers an den Einkauf von Dienstleistungen und Waren aus den Geberländern zu koppeln – die sogenannte „gebundene Hilfe“.

Bei der gebundenen Hilfe sind die Empfängerländer in vieler Hinsicht die Verlierer. Da keine offenen Ausschreibungen durchgeführt werden, wird ihnen die Möglichkeit verbaut, dieselben Dienstleistungen und Waren zu einem günstigeren Preis anderweitig zu beschaffen. Gebundene Hilfe kann dazu führen, dass unzulängliche Fachkenntnisse und Technologien transferiert werden. Preisvergleiche haben ergeben, dass durch gebundene Hilfe der Wert der Entwicklungshilfe um 11 bis 30 Prozent vermindert wird, und dass gebundene Nahrungsmittelhilfe im Schnitt 40 Prozent teurer kommt als bei Kaufabschlüssen auf dem freien Markt.⁶⁶

Da die Geber nicht offen und vollständig über die gebundene Hilfe berichten, ist deren ganzes Ausmaß nicht bekannt. Die Beschaffungspolitik ist oft sehr undurchsichtig und voreingenommen gegenüber Auftragnehmern in dem jeweiligen Geberland. Zwei Geberländer der G7 – Italien und die Vereinigten Staaten – erstatten der OECD nicht über ihre gesamte gebundene Hilfe Bericht. Aber auch andere berichten nicht vollständig. Die OECD verlangt nicht, dass über die Bindung von technischer Hilfe berichtet wird, die größtenteils von Lieferanten aus den Geberländern bezogen wird. Im Endeffekt ist von zwischen einem Drittel und der Hälfte der Entwicklungshilfe an Länder mit niedrigem Einkommen nicht bekannt, ob sie gebunden ist oder nicht. Die Bindung von Hilfe ist ein Gebiet, auf dem die Geber sinnvollen Gebrauch von den Grundsätzen der Offenheit und Rechenschaftspflicht machen könnten, die sie selbst von den Empfängerstaaten verlangen. Die Steuerzahler in den Geberländern haben ein Recht darauf, zu erfahren, wieviel von der Hilfe, die sie finanzieren, für andere als für Entwicklungszwecke verwendet wird; umgekehrt haben die Bürger in den Empfängerländern ein Interesse daran, zu wissen, wie hoch ihre Einbußen aufgrund der Bindung von Hilfe sind.

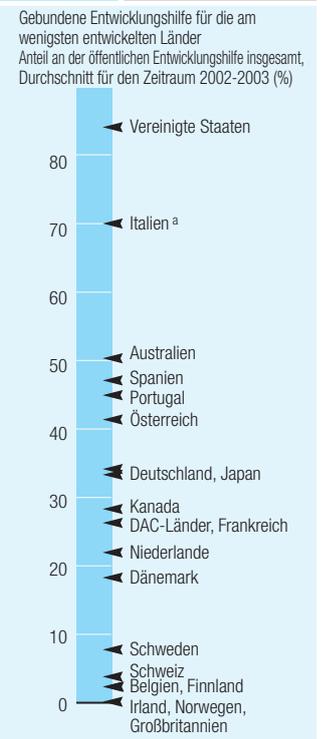
Der genaue Umfang der gebundenen Hilfe ist zwar nicht bekannt, doch gibt es deutliche Unterschiede des Anteils von gebundener

Hilfe bei den einzelnen Gebern (s. Grafik 3.13). OECD-Berichten über gebundene Hilfe an die am wenigsten entwickelten Länder zufolge führen die Vereinigten Staaten die Liste der Geber gebundener Hilfe an, dicht gefolgt von Italien.⁶⁷ Mittel, die aus dem Millennium Challenge Account, dem Sonderfonds der US-Regierung für die Herausforderungen des neuen Jahrtausends, bereitgestellt werden, sind jedoch ungebunden. Deshalb wird der Anteil der gebundenen Hilfe an der US-Entwicklungshilfe sinken, je mehr Mittel aus dieser Quelle fließen. Auch Deutschland und Japan haben einen vergleichsweise hohen Anteil von gebundener Hilfe.

Gebundene Hilfe ist mit hohen finanziellen Kosten verbunden, die sich jedoch nur schwer veranschlagen lassen, da die Berichterstattung der Geber wenig Aufschlüsse bietet und die technische Zusammenarbeit nicht einbezogen wird. In diesem Bericht wurde versucht, die Kosten gebundener Hilfe annähernd zu errechnen. Der Anteil gebundener Hilfe, auf den wir uns hierbei beziehen, ist der Durchschnitt gebundener Hilfe für 2002 und 2003, wie er vom Entwicklungshilfesausschuss der OECD für Transfers in die am wenigsten entwickelten Länder angegeben wurde.⁶⁸ Die Bruttoauszahlungen der bilateralen Hilfe für 2003 benutzen wir, um das Niveau der Entwicklungshilfe, die an bestimmte Regionen geleistet wird, zu ermitteln. Die gebundene Hilfe wird dann mit 20-30 Prozent des Nennwerts diskontiert, um die geschätzten Kosten dieser Form von Hilfe gegenüber Regelungen, die sich den freien Markt zunutze machen, zu berücksichtigen.

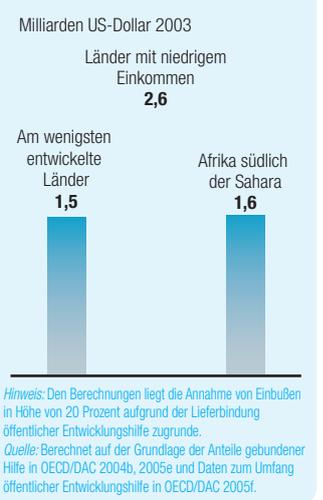
Bei den Entwicklungsländern als Ganzes beziffern wir die Gesamtverluste auf schätzungsweise 5-7 Milliarden US-Dollar – dies würde ausreichen, um allen Kindern der Welt den Besuch der Grundschule zu finanzieren. Die Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen verliert 2,6-4,0 Milliarden US-Dollar, Afrika südlich der Sahara verliert 1,6-2,3 Milliarden US-Dollar, und der Verlust der am wenigsten entwickelten Länder beträgt 1,5-2,3 Milliarden US-Dollar (s. Grafik 3.14).

Grafik 3.13 Lieferbindung von Entwicklungshilfe



a. Die Daten beziehen sich auf den Durchschnitt der Anteile für den Zeitraum von 1999 bis 2001. Quelle: OECD/DAC 2004b, 2005e.

Grafik 3.14 Die Entwicklungshilfesteuern – Kosten der Lieferbindung von Entwicklungshilfe



Hinweis: Den Berechnungen liegt die Annahme von Einbußen in Höhe von 20 Prozent aufgrund der Lieferbindung öffentlicher Entwicklungshilfe zugrunde. Quelle: Berechnet auf der Grundlage der Anteile gebundener Hilfe in OECD/DAC 2004b, 2005e und Daten zum Umfang öffentlicher Entwicklungshilfe in OECD/DAC 2005f.

Ein Gutteil der Beschaffungspolitik, die durch Programme der gebundenen Hilfe betrieben wird, leidet an demselben Mangel an Transparenz, den Geber bei den Empfängerländern ihrer Hilfe bemäkeln

Diese Zahlen liegen erheblich unter den realen Kosten, da sie nur die bilaterale Hilfe zu Grundelegen und technische Zusammenarbeit ausklammern. Die Verluste der einzelnen Länder variieren in Abhängigkeit von der Struktur ihrer Geber. In einigen Fällen ist ein sinnvolles Kosten-Nutzen-Verhältnis stark gefährdet: Von jedem US-Dollar der italienischen Entwicklungshilfe an Äthiopien werden 14 Cents in Italien selber ausgegeben. Derzeit werden zwei Drittel der australischen Entwicklungshilfe an den größten Empfänger, Papua-Neuguinea, über nur sechs australische Unternehmen abgewickelt.⁶⁹ Einige Formen gebundene Hilfe sind ein Schlag ins Gesicht eines ernsthaften Bekenntnisses zu den Millenniumszielen. 2002-03 wurde etwa eine Milliarde US-Dollar an bilateraler Hilfe in Form von Hochschulstipendien der Geberländer geleistet. In manchen Fällen übertraf dies bei weitem die Geberförderung für die Grundschulbildung.

Gebundene Hilfe lässt häufig die Transaktionskosten für die Empfänger steigen. Einige Geber wenden restriktive Beschaffungsregeln an, um ihren eigenen Anforderungen gerecht zu werden; dadurch erzeugen sie Strukturen der Mehrfachbeschaffung und schwächen die Koordination. Durch die Bindung von Hilfe entsteht eine Schiefelage zugunsten kapitalintensiver Importe oder der Bereitstellung von technischem Fachwissen durch die Geber, anstatt Aktivitäten zu fördern, die geringe Input- und Kapitalkosten aufweisen, wie beispielsweise auf örtlich vorhandenem Fachwissen aufbauende ländliche Entwicklungsprogramme. Symptomatisch für dieses Problem ist, dass einige Geber eher für den Bau von Hauptverkehrsstraßen als für ländliche Zubringerstraßen eingestellt sind.

Die Bindung von Hilfe gibt auf verschiedenen Ebenen Anlass zur Besorgnis. Am offensichtlichsten ist, dass sie den Wert einer Ressource mindert, die im Kampf gegen die Armut absolute Mangelware ist. Zudem ist gebundene Hilfe unvereinbar mit anderen dezidierten Zielsetzungen der Geber, einschließlich der Entwicklung nationaler Selbstbestimmung.

Ein Gutteil der Beschaffungspolitik, die durch Programme der gebundenen Hilfe betrieben wird, leidet an demselben Mangel an Transparenz, den Geber bei den Empfängerländern ihrer Hilfe bemäkeln. Die Bindung von Hilfe stellt eine Form der Industrieförderung dar, die von den meisten Gebern missbilligt wird, wenn sie in den Empfängerländern erfolgt. Gebundene Hilfe muss außerdem als Verschwendung von Steuergeldern gelten. Während die meisten Steuerzahler in Industrieländern zur Bekämpfung der globalen Armut beitragen wollen, gibt es weniger Anzeichen dafür, dass sie den Einsatz öffentlicher Mittel zur Schaffung von Absatzmärkten für Großunternehmen befürworten.

Projektförderung statt nationaler Budgethilfe

Hilfe ist am wirksamsten, wenn sie durch Haushalte und Ausgabenrahmen kanalisiert wird, die die in den Strategien zur Armutsreduzierung festgelegten Prioritäten widerspiegeln. Indem Länder transparentere und effizientere Systeme zur Verwaltung öffentlicher Finanzen entwickeln, wächst der Handlungsspielraum zum Aufbau nationaler Eigenverantwortung durch die Stützung nationaler Haushalte. Viele Regierungen in den Empfängerländern klagen jedoch darüber, dass die Geber zwar im Prinzip nationale Prioritäten anerkennen, aber in der Praxis staatliche Prozesse untergraben, indem sie die Hilfe in einzelne Projekte lenken – ein Ansatz, der die Effizienz mindert, Transaktionskosten erhöht und Kapazität aufzehrt.

Hilfe auf Projektbasis ist oft Ausdruck von Bedenken der Geber hinsichtlich staatlicher Kapazität, Haushaltsführung und Finanzberichterstattung. Man meint, durch Projektarbeit Mängel im staatlichen Regierungs- und Verwaltungssystem umgehen zu können. Dabei steht doch gerade die Projektförderung in dem Ruf, dass sie die Probleme in allen genannten Bereichen noch verstärkt. In zahlreichen Ländern betreiben Geber Hunderte von Projekten, von denen viele außerhalb der staatlichen Strukturen finanziert und verwaltet werden.

Im Endeffekt wird die Verwaltung öffentlicher Finanzen dadurch geschwächt, dass ein Großteil der öffentlichen Ausgaben am Haushalt vorbei erfolgt. Unterdessen fungieren von Gebern aufgebaute Projektdurchführungseinheiten als Parallelsystem; sie locken häufig die staatlichen Fachkräfte zu den Geberorganisationen und etablieren ein eigenes Regelwerk für Beschaffung, Finanzmanagement und Rechnungsprüfung. Die Erfahrungen Afghanistans seit dem Beginn des Wiederaufbaus zeigen, wie dieser Ansatz die Kapazität des Staates aufzehrt (Kasten 3.8).

Die Errichtung von leistungsfähigen öffentlichen Finanzsystemen, die an die Zielsetzungen der Armutsreduzierung gekoppelt sind, bietet Gebern die Chance, ihre Förderung von

einzelnen Projekten auf den Staatshaushalt zu verlagern. Im vergangenen Jahrzehnt hat die ugandische Regierung in Zusammenarbeit mit Gebern eines der leistungsfähigsten Budgetsysteme Afrikas entwickelt. Seit 1997 haben sich die Prioritäten, die im Nationalen Aktionsplan zur Ausrottung der Armut festgelegt sind, in einem mittelfristigen Ausgabenrahmen und in jährlichen Etatzuweisungen niedergeschlagen (siehe Kapitel 1). Einige Geber haben darauf mit der Verlagerung der Förderung von Projekten auf den Staatshaushalt reagiert. Der Anteil der Hilfe, die in Form von Budgethilfe geleistet wird, ist von 35 auf 53 Prozent gewachsen. Dadurch sind die Haushalte berechenbarer geworden: Zwischen 1998 und 2003 stieg das Verhältnis von Zahlungen gegenüber Zusagen von unter 40 auf über 85 Prozent.⁷⁰

Kasten 3.8 Untergrabung der Kapazität durch Projekthilfe – der Fall Afghanistan

Nach mehr als zwei Jahrzehnten rasch rückläufiger menschlicher Entwicklung hat in Afghanistan ein Prozess des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Erholung begonnen. Die Herausforderungen sind immens. Das Land verzeichnet eine der höchsten Kindersterberaten auf der Welt (257 Todesfälle pro 1.000 Lebendgeburten), und drei Viertel der ländlichen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Aussichten für die wirtschaftliche Erholung sind in hohem Maß von Entwicklungshilfe abhängig, die 90 Prozent der Ausgaben deckt. Die Praxis mancher Geber hat allerdings die Entwicklung nationaler Kapazität behindert.

In Afghanistan kamen zwei Modelle für die Finanzierung und Durchführung des Wiederaufbaus zur Anwendung. Beim Modell der Unterstützung des Staates leiteten die Geber ihre Finanzierung in den Afghanischen Wiederaufbau-Treuhandfonds, der von UN-Entwicklungsprogramm, Weltbank und Asiatischer Entwicklungsbank gemeinsam verwaltet wird. Von dort wurden die Mittel unter Beachtung strenger Rechenschaftsvorschriften an die Regierung weitergeleitet.

Beim Modell der Umgehung des Staates führten die Geber Projekte unmittelbar oder über UN-Organisationen oder nichtstaatliche Organisationen durch. Dies hatte zur Folge, dass es für diese Projekte parallele Organisationen sowie parallele Regelungen für Beschaffung, Finanzverwaltung und Rechnungsprüfung gab. Es wurden mindestens 2.000 Projekte unter diesen Bedingungen abgewickelt, und viele weitere wurden gar nicht erst registriert. Während der ersten zwei Jahre des Wiederaufbaus flossen mehr als 80 Prozent der Gebermittel in solche Projekte.

Die Entwicklungshilfe unter Umgehung des Staates warf mehrere Probleme auf. Die Transaktionskosten waren hoch. Offizielle Stellen wendeten viel Zeit auf, um von Gebern Informationen darüber zu erhalten, welche Projekte im Gang waren und welche Ressourcen in das Land flossen. Die Mitarbeiter der Behörden mussten sich auch mit neuen, von Geber zu Geber variierenden Regeln und Verfahren einschließlich diverser Berichterstattungsverfahren vertraut machen.

Diese auf Entwicklungshilfeprojekten basierende Wirtschaft führte auch zu Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt. Mitarbeiter aus dem öffentlichen Sektor wurden von wichtigen Stellen als Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Verwaltungsfachleute abgeworben, um Positionen im Entwicklungshilfesystem zu besetzen. Verwaltungsfachleute und Ingenieure konnten als Fahrer oder Übersetzer im Entwicklungshilfesystem ein Vielfaches ihres normalen Gehalts verdienen. Die nationalen Reserven an Humankapital in der öffentlichen Verwaltung, die nach 23 Jahren Bürgerkrieg ohnehin fast erschöpft waren, wurden weiter ausgezehrt.

Die neue afghanische Regierung hat innovative Ansätze für den Umgang mit den Gebern entwickelt. Angesichts der Herausforderung, 30 Geber koordinieren zu müssen, die alle in 30 Sektoren tätig sind, hat die Regierung die Geberaktivitäten in Afghanistan auf drei Sektoren pro Geber eingeschränkt. Außerdem wurde versucht, die Berichterstattung am afghanischen Budgetprozess statt an den einzelnen Geberprozessen auszurichten.

Quelle: Lockhart 2004.

Wenn es um die Millenniums-Entwicklungsziele geht, scheuen die Geberregierungen die Mittel, die zum erwünschten Ergebnis führen würden

Allerdings sind verschiedene wichtige Geberländer – einschließlich Japan und den Vereinigten Staaten – nur zögernd dazu bereit, ihre Entwicklungshilfe von Projekten auf Staatshaushalte zu verlagern, selbst in Ländern wie Uganda.

Und selbst dann, wenn die Geber durch Programmhilfe im Einklang mit den nationalen Strategien agieren, erreicht die Hilfe den Empfänger oft in Formen, die ihrer Wirksamkeit abträglich sind. Die Geber haben die Hilfeempfänger darin bestärkt, mittelfristige Finanzierungsrahmen zu entwickeln, um bei der Finanzierung der Armutssenkung zu Stabilität und Berechenbarkeit zu kommen. Damit diese Rahmen ihre volle Wirkung entfalten können, müssen sie durch Geberzusagen abgesichert sein, die auf mehrere Jahre angelegt sind. Doch am Beispiel von Bangladesch ist zu erkennen, dass weniger als die Hälfte der Geber, die zur Budgethilfe beitragen, derartige mehrjährige Zusagen gemacht haben. Eine der Hauptstärken des Millennium Challenge Account liegt darin, dass er einen Rahmen für

mehrjährige Zusagen bildet. Gemäß den Vereinbarungen, die für Mittelvergaben aus diesem Sonderfonds getroffen wurden, erhält beispielsweise Honduras Zuschüsse nach Maßgabe eines Fünf-Jahres-Haushaltsrahmens; für Madagaskar wurde ein Vier-Jahres-Rahmen angesetzt. Damit sollen diese Länder dazu befähigt werden, mittelfristige Finanzierungsstrategien zu entwickeln, die zu größerer Berechenbarkeit führen. Einige Geber, die Budgethilfe leisten, koppeln ihre Förderung an bestimmte Projekte oder sehen Mittel für einzelne Programme vor. Diese Praxis kann zu lästigen Auflagen bei der Berichterstattung führen. Die Bündelung von Geberressourcen mithilfe von Sektorprogrammen wird oft als erster Schritt hin zur Budgethilfe betrachtet. Allerdings ziehen Bündelungsvereinbarungen manchmal enorme Transaktionskosten nach sich, da die Geber versuchen, die Kontrolle über bestimmte Programmelemente zu behalten. Im Senegal gibt es derzeit 23 Sektorgruppen mit entsprechenden Anforderungen an die Berichterstattung.⁷¹

Die Verwaltung der Hilfe überdenken

Im Verlauf des kommenden Jahrzehnts hat Entwicklungshilfe das Potenzial, eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung des mit der Millenniums-Erklärung gesetzten Anspruchs zu spielen. Die Verwirklichung dieses Potenzials wird jedoch davon abhängen, dass die Geber sowohl die Hilfe aufstocken als auch die Verwaltung der Hilfe von Grund auf reformieren.

Um die Wirksamkeit der Hilfe zu erhöhen, bedarf es zuallererst einer grundlegenden Haushaltsplanung. Die Entwicklungsländer sind dazu gedrängt worden, auf Landesebene Strategien der Armutssenkung mit klaren, an die MDGs gekoppelten Zielsetzungen festzulegen. Die Geber haben jedoch bislang keine adäquaten Anstrengungen unternommen, damit sichergestellt ist,

dass ausreichend Hilfe zur Verfügung gestellt wird, um die öffentlichen Investitionslücken zu schließen oder dass die Auflagen des IWF und anderer Institutionen mit den MDG-Zielsetzungen vereinbar sind. Im Ergebnis, so das UN-Millenniums-Projekt, „hat die öffentliche Strategie keinen direkten Bezug zu den tatsächlichen öffentlichen Investitionsprogrammen“. Wenn es um die Millenniums-Entwicklungsziele geht, scheuen die Geberregierungen die Mittel, die zum erwünschten Ergebnis führen würden.

Die Lösung liegt darin, dass die Geberregierungen für den fraglichen Zeitraum eine Strategie zur Hilfefinanzierung verfolgen, die ausdrücklich darauf ausgelegt ist, die MDGs bis 2015 zu erreichen. Diese Finanzierungsstrategie

wird wirksamer sein, wenn sie auf einem neuen Verhältnis zwischen Gebern und Empfängern von Hilfe gründet. Das Schlagwort von der Eigenverantwortung der Länder muss in Handeln umgemünzt werden, um die Empfängerregierungen zu befähigen, die Gebertätigkeiten zu koordinieren und die Qualität der Hilfe zu verbessern. Die Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe, in der 50 konkrete Zusagen für 2010 gemacht werden, stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar. Um weiter zu kommen, bedarf es fundamentaler Änderungen in der gegenwärtigen Praxis.

Bilaterale Hilfe – was wir von Afrika lernen können

Die Entwicklungshilfebeziehung ist noch immer keine Partnerschaft, in der die Verantwortung gleich verteilt ist. Die Entwicklungsländer haben sich auf der Grundlage der MDGs Ziele gesetzt und erfüllen bis in alle Einzelheiten die von den Gebern gestellten Bedingungen. Die Gebergemeinschaft hingegen hat keine verbindliche Ziele bezüglich der Höhe der Entwicklungshilfe gesteckt und nur ganz generelle – und vage – Prinzipien hinsichtlich der Qualität der Hilfe aufgestellt. Wenn die Millenniums-Erklärung in eine wirkliche Partnerschaft münden soll, werden neue Strukturen benötigt, damit beide Ländergruppen in der Lage sind, die Leistungen der Gegenseite zu überwachen.

Die Entwicklungsländer gehen bereits mit gutem Beispiel voran. Die Hilfeempfänger entwickeln innovative Strategien, um die Praktiken der Geber zu verbessern. Sie schaffen die institutionellen Voraussetzungen für eine bessere Koordination und Harmonisierung sowie für geringere Transaktionskosten. Dieser Abschnitt stützt sich auf die Ergebnisse eines Forschungsprogramms des UNDP über Capacity Building sowie einer detaillierten Analyse der Arbeit von über 150 Behördenvertretern in 16 Empfängerländern von Entwicklungshilfe, die tagtäglich mit den Gebern zu tun haben.⁷² Diese Analyse vermittelt Einblicke in die Perspektiven und Lösungen, die in den Ländern Afrikas südlich der Sahara und anderswo verfolgt werden.⁷³

Konzessionalität.

Die Hilfeempfänger legen gesteigerten Wert auf konzessionelle Finanzierung, da diese die Gefahr einer zukünftigen Verschuldung senkt. Mit der von ihm selbst konzipierten Strategie für Entwicklungshilfe hat Tansania eine Untergrenze von 50 Prozent Bezuschussung für neue staatliche Schuldenaufnahme gesetzt. Andere Länder, darunter Ruanda, Senegal und Uganda, nehmen immer weniger Kredite der Fazilität für Armutsreduzierung und Wachstum in Anspruch, die weniger konzessionell sind als beispielsweise Kredite der IDA. Es besteht ein deutlicher Bedarf nach mehr konzessioneller Finanzierung, um Strategien der Armutsreduzierung zu fördern.

Koordination.

Die Präsenz einer großen Zahl von Gebern in einem Land kann die Transaktionskosten in die Höhe treiben, da jeder Geber seine eigenen Bedingungen für die Gewährung von Hilfe und seine eigenen Bestimmungen für die Berichterstattung hat. Einige Hilfeempfänger haben jedoch mit Erfolg bei ihren Gebern auf eine verbesserte Abstimmung gedrängt.

Diesbezüglich lässt sich von Botswana lernen. Dort gibt es einen Nationalen Entwicklungsplan, der die Entwicklungshilfe und die inländischen Ressourcen zusammenführt und als Richtschnur für die Tätigkeit der Geber dient. Um zu verhindern, dass die Zahl der Projekte und damit auch der geforderte Umfang der Berichterstattung überhand nimmt, ist es den befassten Ministerien nicht erlaubt, eigenständig mit Gebern zu verhandeln. Alle Programme der technischen Entwicklungszusammenarbeit sind darauf ausgelegt, die Ausbildung einheimischer Fachkräfte zu gewährleisten, so dass hier ein größerer Transfer von Fachkenntnissen erfolgt als in den hergebrachten Abläufen. Botswana hat den Spielraum der Geber zur Schaffung autonomer Projekteinheiten und paralleler Strukturen für das Berichts- und Beschaffungswesen rigide eingeschränkt und hilft damit, Verzerrungen der öffentlichen Gehaltsstruktur und das Abwandern hochqualifizierter Staatsbeamter zu verhindern.

Das Schlagwort von der Eigenverantwortung der Länder muss in Handeln umgemünzt werden

Die Geber müssen für einen stabileren und zuverlässigeren Strom langfristiger Hilfe sorgen

Andere Länder sind dabei, ähnliche Modelle aktiver Koordination zu entwickeln. Erwähnenswerte Beispiele hierfür sind die tansanische Strategie für Entwicklungshilfe und der ugandische Aktionsplan zur Ausrottung der Armut. Die Regierung von Kambodscha entwickelt derzeit ein Harmonisierungs- und Vereinfachungsprogramm, das an die nationale Strategie zur Armutsreduzierung gekoppelt ist. In allen Fällen haben die Geber Rückendeckung gegeben.

Programm- und Budgethilfe.

Die meisten Regierungen betrachten Entwicklungshilfe, die über das Budget gelenkt wird, als effizienteres und wirksames Mittel zur Bekämpfung der Armut und als geringere Beanspruchung der Kapazität als die Hilfe, die über spezielle Organisationseinheiten bei den befassten Ministerien oder anderen Organisationen (z.B. NROs) in Projekte geleitet werden. Burkina Faso und Tansania haben die Abstimmung zwischen den einzelnen staatlichen Stellen dadurch verbessert, indem sie ein Gesetz erließen, das es für alle befassten Ministerien obligatorisch macht, Anträge auf Kredite bzw. Zuschüsse dem Finanzministerium vorzulegen. Die Geber können die nationale Budgetplanung und -verwaltung stärken, indem sie die gesamte von ihnen geleistete Hilfe dem zuständigen Ministerium melden und sie in Programme lenken, die Teil der nationalen Strategie für Armutsreduzierung sind.

Die einzelnen Länder haben noch andere Strategien zur Senkung der Transaktionskosten entwickelt. In Afrika südlich der Sahara haben die Regierungen versucht, dies zu erreichen, indem sie die Geber davon überzeugen, ihre Ressourcen zu bündeln. Elf hochverschuldete Länder haben Budgethilfeprogramme mit mehreren Gebern eingerichtet, die in berechenbarer Weise Sammelfondsmittel freigeben, um die Ausgaben zur Armutsreduzierung zu unterstützen.

Diese Ansätze zur gebündelten Finanzierung bergen jedoch gewisse Risiken. Die

Auszahlungsbedingungen können den größten gemeinsamen Nenner darstellen, auf den sich die Geber einigen. Dadurch wird die Hilfe unflexibler und läuft eher Gefahr, unterbrochen zu werden – insbesondere, wenn zur Auszahlung ein Konsens über die Erfüllung der Zielvorgaben erforderlich ist. Ein Risiko besteht darin, dass alle Geber ihre Zahlungen einstellen, wenn das Land den vom IWF vorgeschriebenen Fahrplan nicht einhält. Ein weiteres Risiko ist die Zeit, die zur Herbeiführung einer Einigung über Sammelfonds benötigt wird. Im Fall von Mosambik brauchte es ein ganzes Jahr und 19 Entwürfe, bis schließlich eine 21-seitige Absichtserklärung über die Bündelung der Hilfe von 15 Gebern zustande kam. Die Geber könnten sicherlich mehr tun, damit derartige Verhandlungen sich nicht so lange hinziehen.

Berechenbarkeit.

Aus der Sicht der Entwicklungsländer ist die Berechenbarkeit von Hilfszusagen, die auf mehrere Jahre angelegt sind, von entscheidender Bedeutung für die wirksame Umsetzung der mittelfristigen Ausgabenpläne, die ihren Strategien zur Armutsreduzierung zugrunde liegen. Mosambik und Ruanda melden einen verbesserten Zugang zu Mitteln, die über mehrere Jahre hinweg gewährt werden. Auch Tansania kann gewisse Erfolge bei seinen Bemühungen vermelden, Geber dazu zu bringen, Mittel im Voraus zu gewähren und somit die Berechenbarkeit der Budgethilfe zu verbessern. Doch viel zu viele Länder sind immer noch dazu genötigt, ihre Haushalte an Schwankungen in den Geberleistungen anzupassen. Die Geber müssen für einen stabileren und zuverlässigeren Strom langfristiger Hilfe sorgen.

Multilaterale Initiativen

In den letzten Jahren ist ein neu erwachtes Interesse an globalen multilateralen Entwicklungshilfeinitiativen zu beobachten. Die Wiederbelebung des Multilateralismus eröffnet der menschlichen Entwicklung große Chancen, birgt aber auch gewisse Risiken.

Es gibt drei gute Gründe dafür, multilaterale Konzepte der Entwicklungshilfe weiter auszubauen. Der erstens und offensichtlichste ist, dass die internationale Gemeinschaft sich in manchen Bereichen Problemen und Bedrohungen globaler Natur gegenübersteht: HIV/AIDS ist ein typisches Beispiel hierfür. Multilaterale Initiativen können dazu beitragen, eine ganze Reihe öffentlicher Leistungen zu finanzieren, die sonst nicht möglich wären. Exemplarisch hierfür ist die Verwendung multilateraler Sammelfonds, um Anreize für die Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen für HIV/AIDS Malaria und andere Krankheiten zu schaffen, bei denen die Marktnachfrage durch Armut zu begrenzt ist, um in großem Umfang private Investitionen anzulocken. Wenn die Regierungen Vorabkaufverpflichtungen eingehen, liefert dies den Pharmaunternehmen ein Marktargument zur Entwicklung neuer Arzneimittel – diese Vorgehensweise hat bereits dabei geholfen, einen Durchbruch in der Erprobung von Malaria-Medikamenten zu finanzieren. Zweitens bietet ein multilateraler Rahmen den Gebern die Möglichkeit, ihre Ressourcen zusammenzulegen und die Transaktionskosten zu senken; damit entfällt die Notwendigkeit für die Geber, in jedem Sektor, den sie zu fördern wünschen, ein hohes Maß an Fachwissen aufzubauen. Drittens stellen internationale Sammelfonds einen Mechanismus für den Abgleich der Mittel mit dem Bedarf dar und tragen damit zumindest teilweise zur Überwindung der Schieflage bei der Verteilung bilateraler Hilfe bei.

Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria ist exemplarisch für eine multilaterale Initiative und liefert inzwischen wirkliche Resultate im Kampf gegen HIV/AIDS. Die Mittelzusagen für diesen Fonds betragen 2004 1,5 Milliarden US-Dollar. Bei der Initiative „Roll Back Malaria“, eine Partnerschaft mit über 200 Mitgliedern – u.a. WHO, Weltbank, UNICEF und UNDP – haben finanzielle Einschränkungen und mangelhafte Koordination ein wirksames Handeln behindert.

Die Lage hat sich jedoch etwas verbessert. Der Kampf gegen Malaria hat durch die Einrichtung des Globalen Fonds neuen Schwung erhalten. Im Jahr 2003 wurden über den Globalen Fonds etwa 450 Millionen US-Dollar zur Bekämpfung der Malaria bereitgestellt. Dieser Betrag liegt jedoch noch weit unter den zwei bis drei Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Mitteln, die benötigt werden, um die Maßnahmen so auszuweiten, dass die Anzahl der Todesfälle bis 2015 um 75 Prozent verringert werden kann.

Die Fast-Track-Initiative „Bildung für Alle“ offenbart einige der Stärken des Multilateralismus – aber auch manche seiner Schwächen. Die Initiative ist aus einer Zusage heraus entstanden, die im Jahr 2000 beim Weltbildungsforum in Dakar abgegeben worden war: zu gewährleisten, dass „kein Land, das sich ernsthaft für ‚Bildung für Alle‘ einsetzt, durch Mangel an Ressourcen daran gehindert wird, dieses Ziel zu erreichen.“ Die Regierungen wurden dazu aufgefordert, Pläne zu erstellen, die die Lücken in der Bildungsfinanzierung aufzeigen, und die Geber wurden dazu verpflichtet, durch einen wirksamen Mitteleinsatz über bilaterale und multilaterale Kanäle diese Lücken zu schließen. Bis Ende 2004 hatten 13 Länder nationale Pläne erstellt, die durch den Mechanismus der Fast-Track-Initiative gebilligt wurden.⁷⁴ Die externe Finanzierung, die zur Umsetzung der Pläne benötigt wird, wird auf etwa 600 Millionen US-Dollar geschätzt, doch bislang wurde erst etwas mehr als die Hälfte dieses Betrags aufgebracht.⁷⁵ Die Zusagen bleiben weiter hinter den jährlich sechs bis sieben Milliarden US-Dollar zurück, die zusätzlich benötigt werden, um bei der Bildung die MDG-Zielvorgabe zu erreichen. Einige Länder, die bei der Erreichung der Ziele bezüglich allgemeiner Schulbildung und Gleichstellung der Geschlechter am weitesten hinterherhinken, erhalten keine adäquaten Mittelzuweisungen. So erhalten beispielsweise die frankophonen Länder in Westafrika weit weniger Hilfe pro Kopf als die anglophonen Länder in Ostafrika.

Multilaterale Initiativen können dazu beitragen, eine ganze Reihe öffentlicher Leistungen zu finanzieren, die sonst nicht möglich wären

Der Multilateralismus bietet Vorteile bei der Verwaltung der Hilfe

Bei multilateralen Initiativen haben einige recht bescheidene Investitionen hohe Erträge abgeworfen. Das Globale Bündnis für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI), das im Jahr 2000 initiiert wurde, um den Zugang zu untergenutzten Impfstoffen zu verbessern, hat im Zeitraum von fünf Jahren eine Summe von etwas über einer Milliarde US-Dollar aufgebracht – damit konnten weltweit schätzungsweise 670.000 Todesfälle verhindert werden. Die höchst wechselhafte und unbeständige Finanzierung erschwerte jedoch eine langfristige Planung. Bis 2005 lagen die Einnahmen weit hinter dem Jahresziel von 400 Millionen US-Dollar zurück. Etwa 27 Millionen Kinder erhalten im ersten Lebensjahr nicht die erforderliche Immunisierung. Der Fortschritt in Richtung auf die Millenniumsziele ist nach wie vor durch niedrige oder sinkende Abdeckungsquoten und den unerschwinglich hohen Preis einiger Impfstoffe bedroht.

Der Multilateralismus bietet Vorteile bei der Verwaltung der Hilfe. Da die Beiträge zum Globalen Fonds und zum GAVI nicht zweckgebunden sind, verringert sich das Risiko der Voreingenommenheit von Gebern. Obwohl beide Fonds rigorose Leistungsstandards anwenden, ist keiner von beiden an die Unmenge von Bedingungen gekoppelt, die von den Gebern bei anderen Programmen vorgeschrieben werden. Dadurch verringert sich das Risiko, dass lebenswichtige öffentliche Güter zurückgehalten werden, weil die Zielvorgaben nicht erreicht wurden. Außerdem ist bei beiden Fonds die bereitgestellte Finanzierung auf mehrere Jahre angelegt, was für mehr Berechenbarkeit sorgt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass globale Initiativen Verzerrungen eigener Art hervorrufen. Große Ströme von Finanzmitteln könnten in die Bekämpfung einer bestimmten Krankheit gelenkt werden – beispielsweise HIV/AIDS – und andere Krankheiten dabei ins Hintertreffen geraten. Dies würde die Gesundheitshaushalte verzerren. Eine weitere Gefahr ist, dass sich die Empfänger durch den Umgang mit den Sekretariaten der globalen Initiative wieder Berichterstattungsanforderungen und hohe Transaktionskosten gegenübersehen.

Die Entwicklungshilfe verändern

Wir alle leben in einer globalisierten Welt. Sicherheit und Wohlstand lassen sich nicht in nationalen Grenzen halten. Dennoch gibt es noch keine globale Sozialpolitik und keinen Mechanismus für soziale Absicherung oder den Schutz der Ärmsten der Armen. Soziale Sicherheit und länderinterne Transfers im Interesse der menschlichen Sicherheit sind ein Routinebestandteil der Binnenwirtschaft in den meisten Ländern mit hohem Einkommen. Jetzt gilt es, diese Prinzipien und Praktiken auch global anzuwenden.

Entwicklungshilfe ist eine Ressource ohne Gleichen. Sie ist der einzige internationale Mechanismus, der auf die Ärmsten gerichtet werden kann, um ihr Recht auf Grundversorgung mit Dienstleistungen zu sichern, Gerechtigkeit zu fördern, die enorme Kluft, die weltweit beim Lebensstandard besteht, zu überwinden und menschliche Fähigkeiten zu stärken, die die Grundlage von Wohlstand und Chancen darstellen.

Um die Entwicklungshilfe wirksamer und effizienter zu gestalten, müssen alle Geber ihre Herangehensweise ändern:

- Sie müssen die Hilfe als Grundpfeiler eines dauerhaften Gebäudes zur Erreichung sozialer Gerechtigkeit bestmöglichst nutzen.
- Sie müssen erkennen, dass sich Ausmaß und Tiefe der globalen Armut nicht mit halberherzigen Maßnahmen und nur graduellen Veränderungen überwinden lassen.
- Sie müssen nicht zweckdienliche Riten und Prozeduren abschaffen.

Als Ausgangspunkt muss die Gebergemeinschaft aufhören, den Wert von Entwicklungshilfezusagen herunterzusetzen. Seit über 35 Jahren geben die Geber fleißig ihre Bekenntnisse zu quantitativen und qualitativen Zielen der Entwicklungshilfe ab. Mit wenigen Ausnahmen sind diese Ziele nie erreicht worden. Die Geber müssen dringend das Vertrauen in die Verlässlichkeit ihrer Zu-

sagen zur internationalen Hilfe wiederherstellen. Dabei sollten sie dem Beispiel der vorgeschlagenen internationalen Finanzfazilität folgen, um Zusicherungen rechtsverbindlich zu machen.

Jahrelange Hilfskürzungen haben eine Kultur hervorgebracht, die zu kleine und weiter abnehmende Entwicklungshilfebudgets mit einer falschen Logik begründen. Behauptungen, die Entwicklungsländer würden über unzureichende Kapazitäten verfügen, Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen erhöhter Entwicklungshilfe auf die Wirtschaft sowie öffentlich bekundete Ängste in Bezug auf die Regierungs- und Verwaltungsführung sind oft nur Vorwände, mit denen die Geber versuchen, etwas zu rechtfertigen, was sich im Grunde durch nichts rechtfertigen lässt: eine Hinterlassenschaft von Gleichgültigkeit, Versäumnissen und Nichteinhaltung früherer Versprechungen. Das soll nicht heißen, dass die angesprochenen Themen unwichtig wären. Im Gegenteil, sie sind zu wichtig, um von den Gebern zur Verschleierung ihrer verfehlten Entwicklungshilfepolitik missbraucht zu werden.

Es sind noch zehn Jahre bis zu dem Termin, der für die Erreichung der MDG-Zielvorgaben gesetzt wurde, und das internationale System der Entwicklungshilfe steht an einem Scheidepunkt. Jetzt bietet sich für kurze Zeit die Gelegenheit, die Reformen zu verwirklichen, die benötigt werden, um das Potenzial von Entwicklungshilfe als Mechanismus zur Erreichung der Millenniumsziele zu nutzen. Im Folgenden ist der wichtigste Reformbedarf genannt:

Einen Termin setzen – und ihn einhalten

Die Zielvorgabe eines Anteils der Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens wurde bereits 1970 aufgestellt. Nur fünf Geberländer haben diese Vorgabe bislang erreicht. Weitere sieben Länder haben sich auf einen Terminplan verpflichtet. Zielvorgaben ohne verbindliche

Termine sind keine tragfähige Grundlage für die Planung der Armutsreduzierung. Alle OECD-Geberländer sollten den nächsten Schritt tun und sich Termine setzen, wonach ein Anteil von 0,5 Prozent bis 2010 und das Ziel von 0,7 Prozent bis spätestens 2015 erreicht werden soll.

Die MDGs und weiter gefasste Pläne zur menschlichen Entwicklung mit wirklichem Geld absichern

Alle Entwicklungsländer sind dringend gebeten worden, nationale Entwicklungsstrategien festzulegen, die beherzt genug sind, damit die Millenniumsziele erreicht werden können. Die Ziele sind ein Spiegel für das gemeinsame Streben der internationalen Gemeinschaft. Daraus folgt, dass Geber gewährleisten sollten, dass keiner der nationalen Pläne an der Finanzierung scheitert. Erhöhte Mittelzuweisungen sollten ausdrücklich an das Erreichen der MDGs gekoppelt werden. Die Finanzierung durch die Geber sollte von nationalen Finanzierungsplänen abhängig gemacht werden; dazu gehört auch ein mittelfristiger Ausgabenrahmen. Dies verlangt danach, dass man bei der Entwicklungshilfe von der jährlichen Haushaltsplanung abgeht und stattdessen auf drei bis fünf Jahre angelegte Finanzierungsstrategien verfolgt, die Teil einer längerfristigen Planung zur Finanzierung der Millenniumsziele sind.

Auf Zusätzlichkeit achten

Jede Finanzierungsstrategie muss die beträchtlichen Summen berücksichtigen, die derzeit der Entwicklungshilfe zugerechnet werden, aber die Geberländer bzw. deren Konten nie verlassen, insbesondere Schuldenerlässe und technische Hilfe. Eine realistische Rechnungsführung ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die Geber ihrer Verpflichtung nachkommen, Mittel für die Erreichung der MDGs bereitzustellen. Die Berichterstattung über Entwicklungshilfe sollte angepasst werden, damit sichergestellt ist, dass öffentliche Bekenntnisse nicht lediglich als buchhalterische Übung gegenüber der OECD dienen, sondern sich in tatsächlichen Mitteltransfers niederschlagen.

Zielvorgaben ohne
verbindliche Termine
sind keine tragfähige
Grundlage für die Planung
der Armutsreduzierung

In der Entwicklungshilfepolitik sollte ein Bekenntnis zur Verringerung der Ungleichheit zum Ausdruck kommen

Die gebundene Hilfe beenden

Gebundene Hilfe beinhaltet eine verdeckte Steuerrückerstattung an die Unternehmen der Geberländer. Diese Rückerstattung sollte von der offiziell angegebenen Entwicklungshilfe abgezogen werden, ebenso wie die gebundenen Bestandteile der technischen Hilfe. Die gebundene Hilfe sollte zwischen 2006 und 2008 komplett auslaufen.

Entwicklungshilfe an den Bedarf knüpfen

Es gibt gute Gründe dafür, dass auch an Länder, die den Fahrplan zur Erreichung der MDGs einhalten können und sich keiner Finanzierungslücke gegenübersehen, Entwicklungshilfe geleistet wird. Eine Erhöhung der Hilfe sollte aber gezielt bei denjenigen Ländern erfolgen, die die meisten Schwierigkeiten haben, insbesondere in Afrika südlich der Sahara.

Das Schuldenproblem lösen

Untragbare Schulden stellen nach wie vor in einer ganzen Reihe von Ländern ein Hemmnis für die Finanzierung der Millenniumsziele dar. Zunächst sollten vorrangig diejenigen Länder mit niedrigem Einkommen ermittelt werden, die nach der Vereinbarung der G8 von 2005 keinen Anspruch auf Schuldenerlass, aber dennoch Schwierigkeiten bei ihrem Schuldendienst haben.

Die Ungleichheit in Angriff nehmen

In der Entwicklungshilfepolitik sollte ein Bekenntnis zur Verringerung der Ungleichheit beim menschlichen Leistungsvermögen und Einkommen zum Ausdruck kommen. Diese Politik sollte einen eindeutigen Bestandteil der Strategien zur Armutsreduzierung und der Geberstrategien darstellen. Beim Bekenntnis zur Verringerung der Ungleichheit sollte ein Schwerpunkt auf der Grundversorgung mit Dienstleistungen liegen. Bereits vor zehn Jahren wurde auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung die Forderung aufgestellt, 20 Prozent der Entwicklungshilfe für die Grundversorgung mit sozialen Diensten zur Verfügung zu stellen. Die Geber müssen gewährleisten, dass das statistische Berichtswesen vorhanden ist,

damit sie Rechenschaft über ihre Ausgaben für grundlegende Dienstleistungen ablegen können – diese werden derzeit auf 17 Prozent geschätzt. Sie müssen einen Quantensprung in den Ressourcen vollziehen, die für Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Hygiene sowie Ernährung eingesetzt werden, indem sie deren Anteil an der wachsenden Entwicklungshilfe weiter erhöhen.

Die Qualität der Hilfe verbessern

Die Geber rufen schon seit den 1980er Jahren zu besserer Koordination und Harmonisierung der Entwicklungshilfe auf. Im Jahr 2005 haben sie nun erstmals quantitative Ziele für Reformen zur Verbesserung der Qualität von Entwicklungshilfe aufgestellt.⁷⁶ Dies ist ein begrüßenswerter erster Schritt. Diese Ziele sind jedoch nicht hoch genug angesetzt. Die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe verlangt nach mehr, nämlich:

- *An den nationalen Prioritäten ausgerichtete Hilfsströme.* Als Ziel wird vorgeschlagen, dass 85 Prozent der Hilfe, die in den öffentlichen Sektor fließt, in den Staatshaushalten der Empfängerländer verbucht wird. Dieser Anteil sollte auf 100 Prozent erhöht werden, um sicherzustellen, dass die öffentliche Finanzberichterstattung die Ausgaben wiedergibt und dass die nationalen Prioritäten für die Millenniumsziele in der Finanzierung zum Ausdruck kommen.
- *Budgethilfe.* Die Geber haben vorgeschlagen, ein Ziel von 25 Prozent für den Anteil der Entwicklungshilfe zu setzen, die in Form von Budgethilfe gewährt wird. Dieses Ziel ist viel zu niedrig gesteckt. Die Gegebenheiten sind zwar für jedes Land unterschiedlich, doch das Ziel sollte es sein, den Anteil der in Form von Budgethilfe gewährten Entwicklungshilfe soweit wie nur möglich zu erhöhen, wobei eine Zielvorgabe von 70 Prozent bis zum Jahr 2010 gilt.
- *Weniger Missionen.* Die Geber sollten sich an Best-Practice-Modelle halten. Sie sollten außerdem auf Länderbasis über die Zahl

der Missionen und über die gesonderten Berichte, die in deren Zusammenhang verlangt werden, berichten.

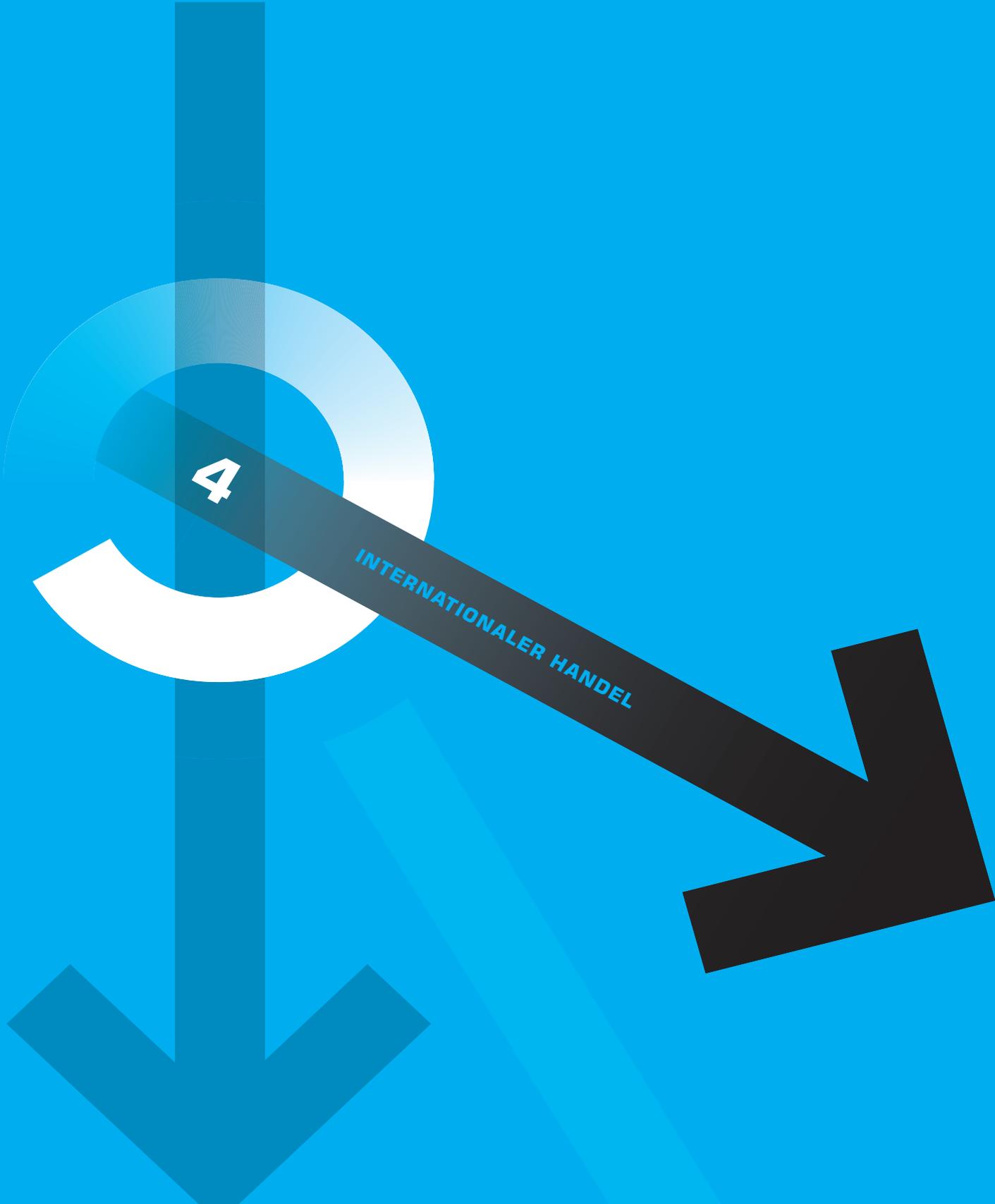
- *Nutzung nationaler Systeme der Beschaffung und des öffentlichen Finanzmanagements.* Wenn nationale Systeme nicht genutzt werden, erhöht dies die Transaktionskosten und untergräbt die nationale Kapazität. Bisher wurde kein Ziel gesteckt. Es sollte jedoch angestrebt werden, dass zuallererst auf die nationalen Systeme zurückgegriffen wird, und dass die Entwicklungshilfe ab 2010 zu 100 Prozent über nationale Systeme abgewickelt wird.
- *Berechenbarkeit und Stabilität.* Die Geber sollten verlässliche, auf mehrere Jahre an-

gelegte Zusagen machen, die dazu genutzt werden können, die wiederkehrenden Kosten, die für die Erreichung der MDGs anfallen, zu garantieren. Diese Zusagen sollten mindestens 90 Prozent der terminierten Auszahlungen abdecken, und die Mittel sollten rechtzeitig freigegeben werden.

- *Transparenz.* Alle Geber sollten Maßnahmen ergreifen, um ihre Hilfstransaktionen völlig transparent zu gestalten. Die Geber sollten transparente und umfassende Information zu den Hilfsströmen rechtzeitig bereitstellen, um der Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und den Parlamenten in den Geber- und Empfängerländern zu genügen.

4

INTERNATIONALER HANDEL



„Die Arbeitsteilung zwischen den Nationen besteht darin, dass einige sich darauf spezialisieren, zu gewinnen, und andere darauf, zu verlieren.“¹

Eduardo Galeano

Zwischen den Ländern und innerhalb einzelner Länder sind die Kosten und der Nutzen des Handels ungleich verteilt

„Solange die Löwen nicht ihre eigenen Geschichtsschreiber haben“, besagt ein afrikanisches Sprichwort, „so lange wird es immer der Jäger sein, der in den Jagd-Geschichten verherrlicht wird.“ Das Gleiche gilt auch für die Geschichten über den internationalen Handel. Aus Sicht der Globalisierungsenthusiasten war das rasche Wachstum des Welthandels in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch und durch ein Segen, insbesondere für die Ärmsten dieser Welt. Doch die Realität ist nüchterner. Mehr Handel bietet in der Tat enorme Chancen für die menschliche Entwicklung. Unter den richtigen Bedingungen hat er das Potenzial, die Armut zu mindern, die Ungleichverteilung zu verringern und wirtschaftliche Ungerechtigkeit zu überwinden. Doch für viele der ärmsten Länder der Welt und für Millionen armer Menschen müssen diese Bedingungen erst noch geschaffen werden.

Eine bessere multilaterale Zusammenarbeit im Handel ist entscheidend, wenn die internationale Gemeinschaft die Millenniums-Entwicklungsziele und breiter angelegte Entwicklungsziele erreichen soll. Die Regeln des internationalen Handels und die Handelspolitik der einzelnen Länder müssen an den Verpflichtungen zur Minderung der Armut ausgerichtet werden. Ausgangspunkt sollte sein, dass man anerkennt, dass eine größere Offenheit für den Handel, genauso wie wirtschaftliches Wachstum, kein Selbstzweck ist. Es ist ein Weg, die menschlichen Fähigkeiten zu erweitern. Indikatoren für größere Offenheit – wie Exportsteigerungen oder steigende Außenhandelsquoten – sind wichtig, aber sie stehen nicht stellvertretend für menschliche Entwicklung.

Der Handel steht im Mittelpunkt der wechselseitigen Abhängigkeit, die die Länder miteinander verbindet. Diese wechselseitige Abhängigkeit hat dazu beigetragen, dass in Bezug auf die menschliche Entwicklung einige deutlich sichtbare Fortschritte gemacht wurden, und

dass Millionen von Menschen der Armut entkommen und an dem durch die Globalisierung geschaffenen Wohlstand teilhaben konnten. Doch viele weitere Millionen sind dabei auf der Strecke geblieben. Zwischen den Ländern und innerhalb einzelner Länder sind die Kosten und der Nutzen des Handels ungleich verteilt. Dadurch setzt sich ein Globalisierungsmuster fort, das Wohlstand für einige inmitten von Massenarmut und zunehmender Ungleichheit für andere schafft.

Das zentrale Problem sind die Spielregeln. Die Regierungen der entwickelten Länder lassen kaum eine Gelegenheit aus, die Vorzüge offener Märkte, gleicher Voraussetzungen und des freien Handels zu betonen, vor allem in ihren Rezepten für die armen Länder. Doch dieselben Regierungen halten zugleich eine stattliche Reihe protektionistischer Handelsschranken gegen die Entwicklungsländer aufrecht. Auch geben sie Milliarden Dollar für Agrarsubventionen aus. Eine solche Politik verzerrt den Nutzen der Globalisierung zugunsten der reichen

Heuchelei und Doppelmoral sind keine stabilen Grundlagen für ein auf Regeln basierendes multilaterales System

Länder, während Millionen von Menschen in Entwicklungsländern die Chance verwehrt wird, am Nutzen des Handels teilzuhaben. Heuchelei und Doppelmoral sind keine stabilen Grundlagen für ein auf Regeln basierendes multilaterales System, dass auf menschliche Entwicklung abzielt.

Die Doha-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) bietet eine Chance, die Spielregeln zu ändern. Diese Chance ist bislang vertan worden. Die Doha-Runde wurde im Jahr 2001 auf den Weg gebracht und zur „Entwicklungsrunde“ erklärt. Die reichen Länder versprochen praktische Maßnahmen, um eine gerechtere Verteilung der Nutzen der Globalisierung zu erreichen. Vier Jahre später ist nichts Wesentliches erreicht worden. Die Handelshemmnisse werden aufrecht erhalten, die Agrarsubventionen sind erhöht worden und die reichen Länder haben sich aggressiv für Regelwerke zu Investitionen, Dienstleistungen und geistigem Eigentum eingesetzt, die drohen, die globale Ungleichverteilung weiter zu verstärken. Gleichzeitig tauchen Themen, die für viele der ärmsten Entwicklungsländer von zentralem Interesse sind, auf der internationalen Handelsagenda kaum auf – darunter insbesondere der anhaltende Rückgang der Rohstoffpreise.

Indem das Versprechen einer Entwicklungsrunde eingelöst wird, werden nicht alle Probleme menschlicher Entwicklung angegangen, die der internationale Handel aufwirft. Selbst die besten Regeln werden die systemimmanente Benachteiligung nicht überwinden, die mit niedrigem Einkommen, Armut und ungleicher Bildung und Gesundheit zusammenhängt. Auch wird mit solchen Regeln die strukturelle Ungleichverteilung innerhalb einzelner Länder nicht angegangen, die die Armen daran hindert, sich einen fairen Anteil am Wohlstand zu sichern, der durch Handel

geschaffen wurde. Wenn es den Entwicklungsländern jedoch nicht gelingt, die multilateralen Handelsregeln mit den Verpflichtungen auf menschliche Entwicklung in Einklang zu bringen, wird dies schwerwiegende Konsequenzen haben. Mit sofortiger Wirkung werden dadurch die Aussichten auf beschleunigte Fortschritte in Richtung der Millenniums-Entwicklungsziele untergraben. Misserfolge in der Doha-Runde wären der Glaubwürdigkeit und Legitimität des regelbasierten Handelssystems als solchem abträglich, mit gravierenden Konsequenzen für die Zukunft des Multilateralismus. In einer Zeit, in der die gemeinsame Sicherheit und der gemeinsame Wohlstand zunehmend von einem auf Regeln basierenden Multilateralismus abhängen, werden die Kosten eines Versagens dieses Handelssystems weit über dieses System selbst hinausreichen.

Der erste Teil dieses Kapitels bietet einen Überblick über die Entwicklung des internationalen Handelssystems im Zeitalter der Globalisierung. Die Argumentation, dass wirtschaftliche Integration durch Handel dazu führt, dass sich die Länder einander annähern, wird in Frage gestellt. Es werden einige der Bedingungen identifiziert, unter denen der Handel die menschliche Entwicklung unterstützen oder behindern kann. Im zweiten Teil beleuchten wir, wie das gegenwärtige Handelssystem die reichen Länder begünstigt. Im dritten Teil widmen wir uns einer Reihe von Problemfeldern, die über die multilateralen Regeln hinausgehen, die die armen Länder vom Welthandel ausschließen – darunter die anhaltende Krise auf den Rohstoffmärkten und die immer wichtiger werdende Rolle der Supermärkte als Türöffner zu den westlichen Märkten. Der abschließende Teil stellt ein Handlungsprogramm vor, um die laufende Runde der Handelsverhandlungen zu einer wirklichen Entwicklungsrunde zu machen.

Eine von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägte Welt

Der Lebensstandard in reichen wie in armen Ländern hängt zunehmend vom Handel ab

Es ist nicht das erste Mal, dass es eine umfassende globale Integration durch Handel gibt. Ende des 19. Jahrhunderts entstand durch die grenzüberschreitenden Güter-, Kapital- und Informationsströme eine machtvolle Dynamik für globale Integration. Weit mehr als heute bewegten sich Menschen ebenso wie Güter und Investitionskapital über Grenzen hinweg. In den vier Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg verließen 36 Millionen Menschen Europa. Sie halfen die Armut zu mindern und verringerten die globale Ungleichverteilung des Einkommens.² Die globalisierte Welt des frühen 20. Jahrhunderts wurde durch den Ersten Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise zerschlagen. Eine wirkliche Wiederbelebung der globalen Integration begann vor rund 25 Jahren. Der internationale Handel und das internationale Finanzwesen gaben dafür den Anstoß. Seitdem gab es große Verschiebungen in den Handelsstrukturen, wenngleich Kontinuität ebenso wichtig war wie der Wandel.

grund komplizierter ökonomischer Zusammenhänge führt die Globalisierung zu einem Ergebnis, das ganz einfach ist: Im globalen Handelssystem hängt der Wohlstand jedes einzelnen Landes zunehmend vom Wohlstand der anderen ab. Es stimmt, dass diese wechselseitige Abhängigkeit asymmetrisch ist. Die Entwicklungsländer sind von den reichen Ländern als Exportmärkten weiterhin stärker abhängig als umgekehrt. Doch in der globalisierten Welt des frühen 21. Jahrhunderts sind die Schicksale der einzelnen Länder immer stärker und unauflöslich miteinander verwoben.

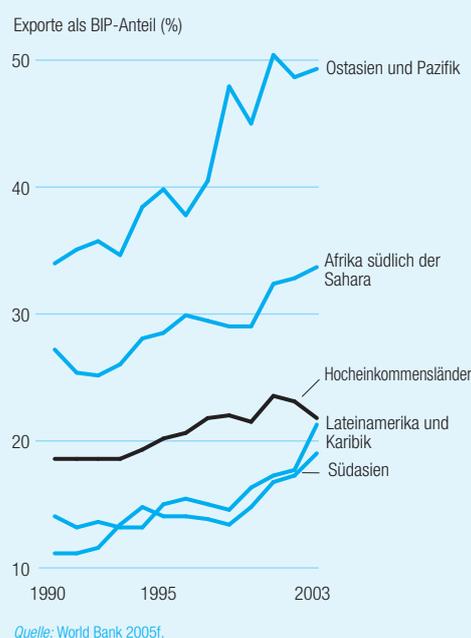
Die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit ging mit Veränderungen in der Struktur des Welthandels einher. Der Export von Industriegütern war der Katalysator der Integration, angeführt vom Handel mit Hochtechnologie-Gütern (wie Elektronik und Computerausstattung) und Gütern mittlerer Technologie (wie Autoteilen; Grafik 4.2). Der Handel mit kom-

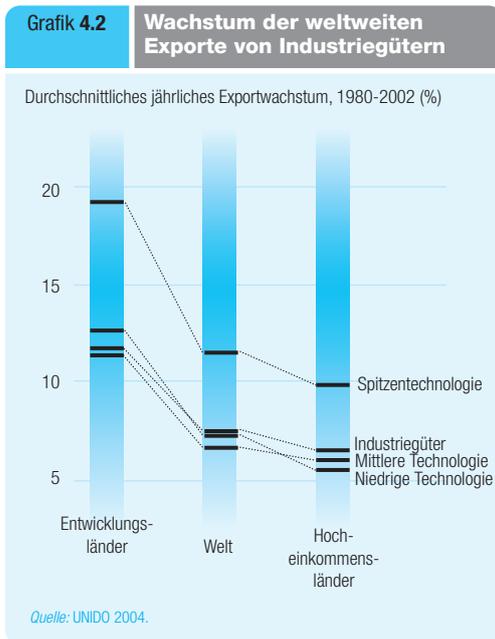
Handel und globale Lebensstandards

Der Handel ist eine der stärksten Antriebskräfte für globale Integration. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts hat sich der Wert der weltweiten Exporte fast verdoppelt, auf neun Billionen US-Dollar im Jahr 2003.³ Das globale Produktionsvolumen ist langsamer gewachsen, so dass die globale Exportquote und die Einkommen der meisten Ländern und Regionen gestiegen sind (Grafik 4.1). Die Exporte machen heute mehr als ein Viertel des Welteinkommens und mehr als ein Drittel des Einkommens in den Ländern Afrikas südlich der Sahara aus.

Wechselseitige Abhängigkeit ist die logische Folge zunehmender Exporte. Der Lebensstandard in reichen wie in armen Ländern hängt zunehmend vom Handel ab. Vor dem Hinter-

Grafik 4.1 Anteil der Exporte am Einkommen steigt





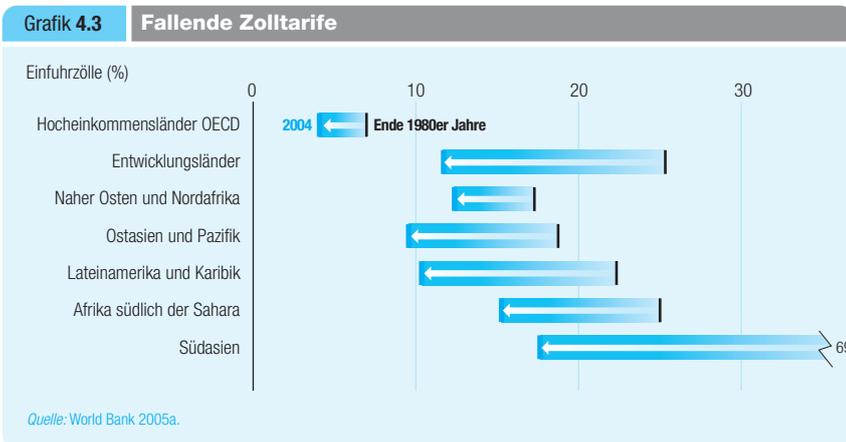
merziellen Dienstleistungen hat ebenfalls zugenommen und macht nun ein Viertel des Welthandels aus. Gleichzeitig gab es seit 1980 einen stetigen Rückgang des Welthandelsanteils der Landwirtschaft und der Güter des primären Sektors, von 15 Prozent auf 10 Prozent.⁴ Auch die Strukturen des Handels haben sich verändert. Eine der wichtigsten Entwicklungen war das rasche Wachstum des Handels zwischen Entwicklungsländern.⁵ Mehr als 40 Prozent der Exporte der Entwicklungsländer sind heute für andere Entwicklungsländer bestimmt.

Die Entwicklungsländer haben ihren Weltmarktanteil ausgeweitet. Auf die Entwicklungsländer als Gruppe entfielen im Jahr 2003 rund

ein Viertel der weltweit exportierten Industriegüter – ein doppelt so hoher Anteil wie im Jahr 1980. An ihrem Wert gemessen machen Industriegüter 80 Prozent der Entwicklungsländer-Exporte aus. Die Entwicklungsländer haben mit ihrem Exportwachstum die Industrieländer überholt, und dies in allen Technologie-Sektoren, auf spektakulärste Weise jedoch im Hochtechnologie-Bereich. Nur im Agrarsektor, einem Bereich, in dem die Entwicklungsländer über offensichtliche komparative Vorteile verfügen, haben es die Industrieländer geschafft, keine Marktanteile zu verlieren – was von der Macht des Protektionismus und der Agrarsubventionen zeugt.

Veränderte politische Leitlinien und neue Technologien haben zusammengewirkt, um die Bedingungen für zunehmenden Handel zu schaffen. Weltweit sind die Importschranken und die Beschränkungen für ausländische Investitionen gefallen, insbesondere in Entwicklungsländern. Die Zölle wurden gesenkt, Zollsätze vereinfacht und nicht-tarifäre Handelshemmnisse zurückgefahren. Der Durchschnittszoll in Entwicklungsländern ist von 25 Prozent Ende der 1980er Jahre auf heute elf Prozent gesunken, wobei der größte Teil der Liberalisierungen auf unilateraler Basis durchgeführt wurde (Grafik 4.3).⁶ Gleichzeitig haben sinkende Transportkosten, preisgünstigere Kommunikation und neue Informationstechnologien Neuland erschlossen.

Eines der bestimmenden Merkmale der heutigen Globalisierung ist die Entwicklung globaler Produktionssysteme. Als das erste 'Model T' 1908 bei Ford Detroit vom Fließband rollte, war dies ein rein nationales Auto, das unter einem Dach montiert worden war. Hundert Jahre später macht der US-amerikanische Anteil an der Wertschöpfung der im Land produzierten Autos nur noch circa ein Drittel aus. Wie in anderen Industriezweigen wurde die Güterproduktion, die bislang an einem Standort stattfand, in einzelne Bereiche aufgesplittet. Komponenten und Produkte werden in Netzwerken montiert, die sich über viele Länder erstrecken.⁷



Die Xbox ist ein
Mikrokosmos dessen,
was im Zeitalter der
Globalisierung geschieht

Betrachten wir die Microsoft Xbox, eine High-Tech-Spielekonsole mit allerneuester Technologie. Die Produktion wurde an eine taiwanische Firma ausgelagert. Die Intel-Prozessoren werden von einer beliebigen der elf Produktionsstätten bezogen, darunter Werke in China, Costa Rica, Malaysia und auf den Philippinen. Die Grafikprozessoren werden von einer US-amerikanischen Firma in einer Fabrik in der chinesischen Provinz Taiwan hergestellt. Die Festplatte wird in China montiert, aus Komponenten, die in Irland produziert werden. Die DVD-Laufwerke werden in Indonesien hergestellt. Die Endmontage wurde kürzlich von Guadalajara, Mexiko nach China verlagert.⁸

Die Xbox ist ein Mikrokosmos dessen, was im Zeitalter der Globalisierung geschieht. In der Computer-Elektronik dominieren regionale Zentren in Ostasien die globalen Netzwerke. Nach Schätzungen haben zwei Drittel aller Computer-Komponenten, die in den USA auf den Markt kommen, die chinesische Stadt Dongguan passiert, in einigen Fällen mehr als einmal.⁹ „Nationale Autos“ gehören der Vergangenheit an. General Motors bezieht Getriebegehäuse, die in Mexiko montiert wurden, Kühlerhauben aus Fabriken in Chennai, Indien, und Polster von Lieferanten aus Indonesien, die dafür Material verwenden, das sie aus China importieren.

Zur Fragmentierung der Produktion kommen weitergehende Veränderungen. Einige Dienstleistungen, die früher nur im Inland erbracht werden konnten, können nun international gehandelt werden. Westliche Firmen lagern inzwischen nicht nur Software-Dienstleistungen aus, sondern auch Datenmanagement, Informationsdienste und Versicherungsansprüche. Das schwindelerregende Wachstum der indischen Informationstechnologie und der dorthin ausgelagerten Geschäftsbereiche ist ein Ergebnis. Auch Forschung ebenso wie Datenmanagement und die Bereitstellung technischer Dienstleistungen werden ausgelagert. General Electric betreibt nun eines der größten Raumfahrt-Forschungslabore der Welt in Bangalore, Indien, und ist mit der Verlagerung von

Forschungseinrichtungen in die Fußstapfen von Firmen wie Intel und Texas Instruments getreten.

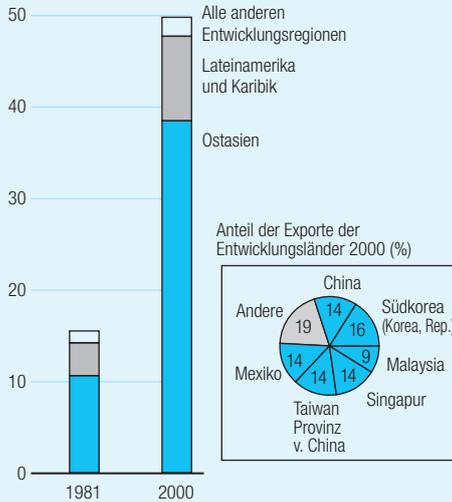
Die Grenzen der Annäherung

Einer der fortbestehenden Mythen der Globalisierung besagt, dass der zunehmende Handel der Katalysator für ein neues Zeitalter der Annäherung sei. Der sich ausweitende Handel, so die Argumentation, verringert die Einkommenskluft zwischen reichen und armen Ländern. Die sich entwickelnde Welt soll vom Zugang zu neuen Technologien und neuen Märkten profitieren. Wie die meisten Mythen beinhaltet auch dieser Mythos ein Fünkchen Wahrheit, kombiniert mit einer großen Dosis Übertreibung. Einige Länder holen auf, wenn gleich von einer niedrigen Ausgangsbasis ausgehend. Eine erfolgreiche Integration ist aber eher die Ausnahme als die Regel – und der Handel fördert sowohl die globale Ungleichverteilung als auch den Wohlstand. Für die Mehrheit der Länder ist die Geschichte der Globalisierung eine Geschichte des Auseinanderdriftens und der Marginalisierung.

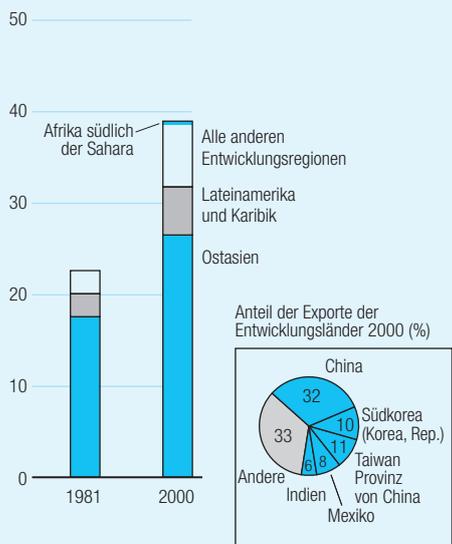
Erfolge im Welthandel hängen immer stärker davon ab, in Industriegütermärkte mit höherer Wertschöpfung vorzudringen. Der größte Teil der Marktanteilszuwächse der Entwicklungsländer im Industriegüterbereich kann auf eine Region – Ostasien – und auf eine kleine Gruppe von Ländern zurückgeführt werden (Grafik 4.4). Seit 1980 hat Ostasien seinen Marktanteil an den Industriegüterexporten mehr als verdoppelt, auf 18 Prozent des Gesamtvolumens. China hat seinen Anteil am Welthandel etwa alle fünf Jahre verdoppelt. Es liefert inzwischen ein Fünftel aller weltweit exportierten Textilien und ein Drittel aller Mobiltelefone, und es ist der weltweit größte Exporteur von Haushaltsgeräten, Spielzeug und Computerelektronik. Auch Mexiko hat seinen Marktanteil erhöht. Die sehr sichtbare Präsenz einer Gruppe dynamischer exportierender Entwicklungsländer kann jedoch einen irreführenden Eindruck vermitteln. Nur sieben Entwicklungsländer machen mehr als 70 Prozent

Grafik 4.4 Exporterfolge stark konzentriert

Exporte mit hoher und mittlerer Technologie
Anteil an Weltexporten, 2000 (%)



Exporte mit niedriger Technologie
Anteil an Weltexporten, 2000 (%)

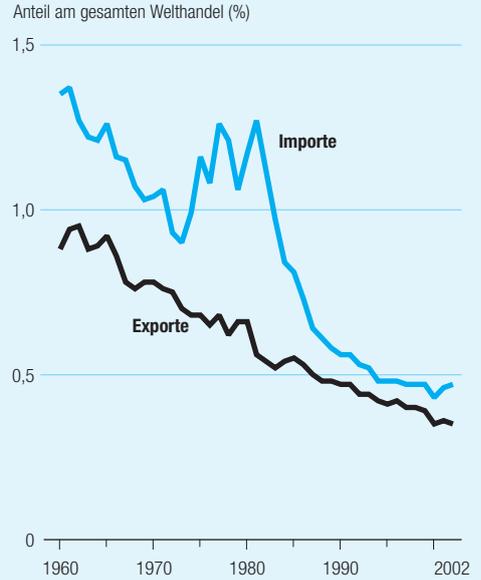


Quelle: Berechnet auf der Grundlage der Daten zu Exporten aus UNIDO 2004.

der Exporte im Niedrigtechnologiebereich und 80 Prozent der Exporte im Hochtechnologiebereich aus.¹⁰

Wie diese Zahlen nahe legen, stößt die Annäherung an Grenzen. Ein großer Teil der sich entwickelnden Welt hat kaum mehr als einen Zeh in der Tür der Industriegüter-Exportmärkte. Mit Ausnahme von Mexiko ist die lateinamerikanische Präsenz auf dem Weltmarkt für Industriegüter beschränkt und sinkt von einer

Grafik 4.5 Anteil Afrikas südlich der Sahara am Welthandel geht zurück



Quelle: World Bank 2005f.

niedrigen Ausgangsbasis aus. Mehr als die Hälfte der Industriegüter-Exporte der Region entfällt heute auf Mexiko. Der Anteil Südasiens am globalen Exportvolumen wächst von einer niedrigen Ausgangsbasis aus, angetrieben vom indischen Export-Wachstum. Unterdessen hat das Wachstum des internationalen Handels wenig dazu beigetragen, die Marginalisierung der afrikanischen Länder südlich der Sahara abzubremsen. Während der Handel in diesen Ländern (mit Ausnahme von Südafrika) gemessen am Anteil am BIP seit 1990 von 40 Prozent auf 55 Prozent zugenommen hat, ist ihr Anteil an den weltweiten Exporten auf 0,3 Prozent gesunken (Grafik 4.5). Heute macht der Anteil der Exporte der afrikanischen Länder südlich der Sahara mit einer Bevölkerung von 689 Millionen weniger als die Hälfte des Anteils aus, der auf Belgien mit einer Bevölkerung von zehn Millionen entfällt.

Die afrikanischen Länder südlich der Sahara zeigen anschaulich, wie Einbußen im Handel schwerer wiegen können als der Nutzen durch Entwicklungshilfe und Schuldenerleichterungen. Wenn Afrika heute noch den gleichen Anteil am globalen Exportvolumen hätte wie noch 1980, würde es heute im Wert

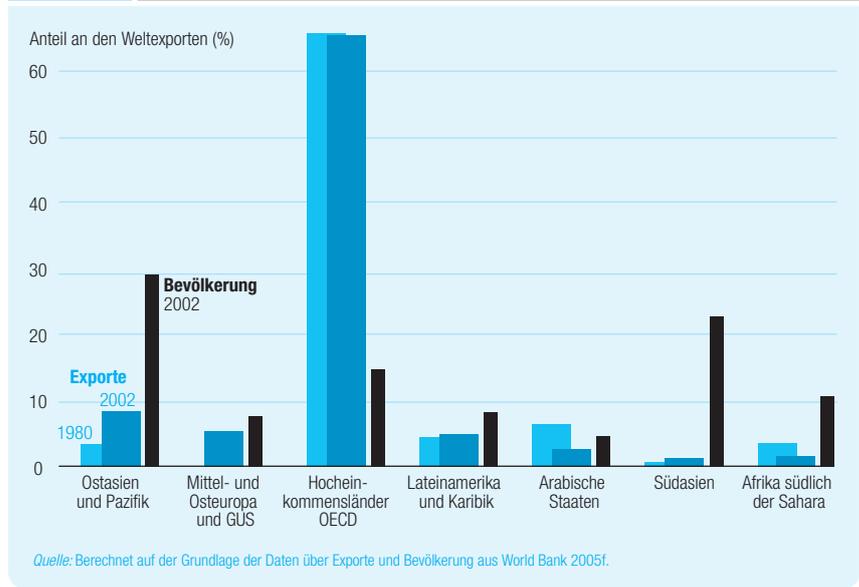
von rund 119 Milliarden US-Dollar mehr exportieren (bei konstantem Dollar, Stand 1995). Das entspricht etwa dem Fünffachen der Entwicklungshilfe und der Haushaltseinsparungen durch Schuldenerleichterungen, die von den reichen Ländern im Jahr 2002 geleistet bzw. gewährt wurden.

Die Grenzen der Annäherung durch globale Integration sind auffallend. Nach mehr als zwei Jahrzehnten mit schnellem Handelswachstum machen die Länder mit hohem Einkommen mit einem Anteil von 15 Prozent an der Weltbevölkerung noch immer zwei Drittel der weltweiten Exporte aus – ein moderater Rückgang vom Stand der 1980er Jahre (Grafik 4.6). Die Hinweise auf eine Annäherung sind noch weniger beeindruckend, wenn man die aktuellen Marktanteile berücksichtigt. Indien mag eine der am schnellsten wachsenden Exportwirtschaften sein, mit Exporten, die seit 1990 um zehn Prozent im Jahr zunehmen, doch es hat nach wie vor nur einen Anteil von 0,7 Prozent am weltweiten Exportvolumen.

Die Weltmarktanteile bei den Exporten zeigen nur einen Ausschnitt des Ausmaßes der Divergenz im Welthandel. Die Fähigkeiten der Länder, Exporterfolge in steigende Einkommen umzusetzen – und so in verbesserte Lebensstandards und weniger Armut – hängen nicht nur vom Produktions- und Exportvolumen ab, sondern auch von der Wertschöpfung – einem Maß für den geschaffenen Wohlstand. Es ist die Wertschöpfung durch die Produktion von Industriegütern, die den größten Einfluss auf die Verteilung des weltweiten Einkommens und der Vorteile durch den Handel hat. Die schlechte Nachricht unter dem Gesichtspunkt globaler Verteilung ist, dass sich das Kräfteverhältnis in der globalen Industriegüter-Produktion nach 25 Jahren globaler Integration kaum verändert hat.

In den 1980er und 1990er Jahren stieg die Wertschöpfung in der Industriegüter-Produktion in Entwicklungsländern um mehr als fünf Prozent pro Jahr – doppelt so stark wie in den Industrieländern.¹¹ Fast das gesamte Wach-

Grafik 4.6 Weltexporte: weiterhin von reichen Ländern dominiert



tum entfiel jedoch auf Ostasien und die Industrieländer machen noch immer mehr als 70 Prozent der Wertschöpfung in der weltweiten Industriegüter-Produktion aus.

Die Unterschiede zwischen Ostasien und Lateinamerika zeigen, dass Exportwachstum und Exporterfolg zwei sehr verschiedene Konzepte sind.

Bei der Wertschöpfung in der Industriegüter-Produktion hat Lateinamerika gegenüber Ostasien Marktanteile verloren (Grafik 4.7). Selbst Mexiko, das dynamischste Exportland Lateinamerikas, hat gegenüber Ostasien Marktanteile verloren, und – was noch spektakulärer ist – gegenüber China.¹² Die Erklärung: Mexiko produziert mit geringer Wertschöpfung Hochtechnologie-Produkte, die eine hohe Wertschöpfung haben. Ein großer Teil des Exportwachstums baut auf der einfachen Montage und dem Re-Export importierter Produkte aus Maquiladora-Fabriken auf, mit begrenzter technologischer Aufwertung.¹³ Auf einem niedrigeren technologischen Niveau ist das mexikanische Modell mit hohem Exportwachstum und niedriger Wertschöpfung typisch für eine größere Gruppe von Ländern. Exporteure von Bekleidung, wie Bangladesch, Honduras und Nicaragua, gehören in diese Kategorie.

Grafik 4.7 Wertschöpfung bei der Produktion von Industriegütern: sich ändernde Anteile in der Entwicklungswelt



Die Handelspolitik stellt einen der letzten Bereiche des Entwicklungsdenkens alter Schule dar

Die globale Integration durch Handel war sowohl durch Elemente der Kontinuität als auch des Wandels gekennzeichnet. Zwar mag der Anteil der Landwirtschaft am Welthandel sinken, doch viele arme Länder sind von Agrarexporten weiterhin stark abhängig. Mehr als fünfzig Entwicklungsländer hängen mit mindestens einem Viertel ihrer Exporterlöse von der Landwirtschaft ab. Diese Länder befinden sich in einer Abwärtsspirale. Sie exportieren Güter, die einen abnehmenden Anteil am Welthandel und am globalen Einkommen ausmachen, mit den dazugehörigen Implikationen für ihre Position in der globalen Verteilung. Nach Regionen ist der Anteil der Agrarexporte in Lateinamerika (29 Prozent, ohne Mexiko) und in Afrika südlich der Sahara (16 Prozent) am höchsten.

Viele dieser Länder, vor allem in Afrika südlich der Sahara, sind von einem sehr engen Spektrum an Gütern abhängig, deren Weltmarktpreise stark gefallen sind. Zwischen 1997 und 2001 ist der kombinierte Preisindex aller Waren real um 53 Prozent gefallen.¹⁴ Das bedeutet, dass die afrikanischen Exporteure ihr Exportvolumen verdoppeln mussten, um ihre Einnahmen konstant zu halten, wie wir später in diesem Kapitel zeigen werden. Es sind nicht nur rohstoffabhängige Exporteure, die mit sinkenden Terms of Trade konfrontiert sind. Die Kaufkraft von Industriegüterexporten aus Entwicklungsländern ist seit Mitte der 1990er Jahre um zehn Prozent gefallen. Dabei waren die Exportgüter, die mit einem hohen Arbeitseinsatz produziert wurden, dem größten Preisverfall ausgesetzt.¹⁵

Warum sind diese Trends in Richtung Annäherung bzw. Divergenz für die menschliche Entwicklung von Bedeutung? Ein Grund besteht darin, dass der internationale Handel auf die Verteilung des globalen Einkommens zunehmenden Einfluss hat. Mit steigendem Anteil des Handels am globalen BIP wird der Anteil der einzelnen Länder am Welthandel ihre Position in der globalen Einkommensverteilung stark beeinflussen.

Ein weiterer Grund, warum Verteilungstrends von Bedeutung sind, besteht darin, dass Erfolg – und Misserfolg – im Handel kumulativ wirken. Exporte sind wichtig, nicht nur oder nicht hauptsächlich als Einkommensquelle, sondern auch als Mittel zur Finanzierung des Imports neuer Technologien, die nötig sind, um Wachstum, Produktivität und Arbeitsplätze zu schaffen und um den Lebensstandard zu verbessern und die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten zu erhalten. Die Marginalisierung im Handel kann sich also in eine technologische Marginalisierung verwandeln, die Auswirkungen auf die globale Einkommensverteilung und die Armut hat. Marginalisierung zu vermeiden bedeutet auch, in dynamischere Märkte mit höherer Wertschöpfung vorzudringen. Dies wiederum erfordert die Entwicklung diversifizierter Produktionssysteme, in die neue Technologien leicht integriert werden können und die eine lokale Wertschöpfung ermöglichen.¹⁶

Handel und menschliche Entwicklung

Die Vorstellung, dass die Beteiligung am Handel das menschliche Wohlergehen fördert, ist so alt wie die moderne Volkswirtschaftslehre. Aus unterschiedlichen Perspektiven argumentierten Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill und Karl Marx alle, dass Spezialisierung durch Handel die Produktivität und das Wirtschaftswachstum erhöhen und den Lebensstandard anheben würde. Viele ihrer Einsichten sind weiterhin gültig. Doch die Verbindungen zwischen Handel und menschlicher Entwicklung sind komplex – und es gibt keine einfache Blaupause für erfolgreiche Weltmarktintegration.

Die Handelspolitik stellt einen der letzten Bereiche des Entwicklungsdenkens alter Schule dar. In anderen Bereichen akzeptieren die meisten politischen Entscheidungsträger im Prinzip, dass Wirtschaftswachstum und Konsum kein Selbstzweck sind, sondern Mittel zur Förderung menschlicher Entwicklung. Im Handel wird die Entwicklungslogik ins Gegenteil verkehrt. Erfolg wird typischerweise anhand von Exportwachs-

tum, anhand von Veränderungen der Außenhandelsquote und anhand der Geschwindigkeit gemessen, mit der Importhemmnisse wegfallen. Dani Rodrik drückte es so aus: „Der Handel ist zum Objektiv geworden, durch das Entwicklung wahrgenommen wird, statt umgekehrt.“¹⁷

Die Vorstellung, dass Offenheit für den Handel sowohl für das Wachstum als auch für die menschliche Entwicklung schon an sich gut ist, findet heute fast allgemeine Unterstützung. In politische Handlungskonzepte umgesetzt hat diese Vorstellung dazu geführt, dass die Vorzüge rascher Importliberalisierungen als Schlüssel zu erfolgreicher Weltmarktintegra-

tion betont werden. Wenn Länder wie Kambodscha und Vietnam der WTO beitreten, wird von ihnen als Aufnahmebedingung eine drastische Senkung der Zölle für Agrarprodukte und Industriegüter verlangt, als ob dies ein Test ihrer handelspolitischen Referenzen wäre.

Solche Ansätze sind ungerechtfertigt. Die Beweise, die die These stützen sollen, dass Importliberalisierungen automatisch gut für das Wachstum seien, sind schwach – fast genauso schwach wie die gegenteilige These, dass Protektionismus gut für das Wachstum sei (Grafik 4.8 und Kasten 4.1). Zwar können Importliberalisierungen, wenn sie in der richtigen Reihenfolge

Kasten 4.1 **Wie gut ist Offenheit für das Wachstum?**

Die Vorstellung, dass offene Märkte gut für Wachstum und menschliche Entwicklung sind, ist tief verwurzelt. Häufig wird Druck auf die Entwicklungsländer-Regierungen ausgeübt, Importe zu liberalisieren, in einigen Fällen durch Entwicklungshilfe- oder Kreditkonditionen und in fast allen Fällen als eine Voraussetzung für den Beitritt zur WTO. Gibt es Beweise, die diese Verordnung untermauern?

Eine oft zitierte Studie unterteilt die Länder anhand der Wachstumsrate ihrer Außenhandelsquote in Globalisierer und Nicht-Globalisierer. Dann wird gefragt, welche Gruppe am schnellsten wächst. Die Antwort, die sich ergibt, ist: die Globalisierer im Verhältnis drei zu eins – ein riesiger Abstand. Weil diese Länder auch ihre Zölle stärker gesenkt haben, wird daraus geschlossen, dass Importliberalisierungen gut für das Wachstum seien. In derselben Studie wird argumentiert, dass Wachstum im Durchschnitt verteilungsneutral sei, insofern, als dass die Armen im direkten Verhältnis zu ihrem gegenwärtigen Einkommensniveau Anteil am Wachstum haben. Daraus wird geschlossen, dass Offenheit gut für das Wachstum sei, und gut für die Armen.

Macht man dieselbe Übung, um sich den Zusammenhang zwischen Importliberalisierungen und Wachstum anzuschauen, so fördert dies jedoch ein ganz anderes Bild zutage. Länderübergreifende Vergleiche zeigen, dass das Wirtschaftswachstum mit dem Exportwachstum in positivem Zusammenhang steht, doch die Wirkungen treten in beide Richtungen auf. Das heißt, Exportwachstum ist sowohl eine Folge als auch eine Ursache von mehr Einkommenswachstum. Der Zusammenhang zwischen Importliberalisierungen und Wachstum ist jedoch weniger genau definiert. Anders als die Außenhandelsquote, die einen volkswirtschaftlichen Ergebnisindikator darstellt, sind Importliberalisierungen ein politischer Indikator.

1. Dollar und Kraay 2001a, b.

Quelle: Samman 2005b; Dollar und Kraay 2001a, b.

Grafik 4.8 im Text fasst die Daten zum Zusammenhang zwischen diesem Indikator, gemessen anhand der prozentualen Veränderung der (ungewichteten) Zölle, und dem Wachstum in 92 Ländern im Zeitraum 1985-89 bis 2001-03 zusammen. Die Aufteilung der Länder in drei Cluster auf der Basis dessen, wie stark sie ihre Zölle gesenkt haben, zeigt bezüglich des Wachstums keine signifikanten Unterschiede.

Was sich stattdessen zeigt, ist die Vielfalt an Ergebnissen, die deutlich machen, wie wichtig das Zusammenspiel zwischen handelspolitischen Maßnahmen und anderen Variablen ist. Brasilien und Peru haben ihre Zölle in beeindruckenderem Maße gesenkt als China und andere ostasiatische Länder, doch in Bezug auf Wachstum sind ihre Leistungen deutlich weniger beeindruckend. Indien hat in den 1990er Jahren starke Zollsenkungen mit besseren Wachstumsleistungen kombiniert. Doch der Pfad mit höherem Wachstum beginnt ein Jahrzehnt früher als die Importliberalisierungen und die Zölle sind noch immer relativ hoch. In anderen Fällen, wie in Kenia und Nicaragua, war die rasche Marktöffnung mit Stagnation oder wirtschaftlichem Abschwung verbunden.

All dies spricht nicht für mehr Protektionismus. Es gibt keine Hinweise darauf, dass höhere Zölle gut für das Wachstum seien. Die Vielfalt der Ergebnisse legt jedoch nahe, dass die Zusammenhänge zwischen Importliberalisierungen und Wachstum doch komplexer sind, als manchmal behauptet wird. In der Praxis wird das Verhältnis zwischen Handel und Wachstum durch eine Reihe komplexer interner und externer Faktoren bestimmt. Die länderübergreifenden Erfahrungen bieten kaum eine Grundlage dafür, dass Kreditkonditionen oder Welthandelsregeln genutzt werden sollten, um rasche Liberalisierungen zu fördern.

Grafik 4.8 Zollsenkungen sind kein Patentrezept für Wachstum



und schrittweise erfolgen, helfen, Produktivitätszuwächse zu erzielen, doch sind erfolgreiche Handelsliberalisierungen und stärkere Integration oft das Ergebnis von anhaltendem hohem Wachstum, wobei die Länder mit zunehmendem Reichtum ihre Zölle senken. Dies galt sowohl für die reichen Volkswirtschaften während ihrer industriellen Entwicklung, als auch für die erfolgreich integrierten Entwicklungsländer. Länder wie China, Indien, Südkorea (Korea, Rep.) und die chinesische Provinz Taiwan begannen ihre Zölle nach und nach zu senken – im Anschluss an die Reformen, die die wirtschaftliche Entwicklung auf den Weg gebracht hatten.

Nichts davon schmälert die offensichtlichen Vorteile durch die Beteiligung am Handel. Auf Haushaltsebene können Exporte eine wichtige Einkommensquelle und Arbeitsplätze für die Armen bieten. In Bangladesch hat die Zunahme der Textilexporte seit 1990 circa 1,8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, mehr als 90 Prozent davon für weibliche Arbeitskräfte.¹⁸ Höhere Einkommen im Bekleidungssektor haben die Armut gemindert und

zu Verbesserungen bei den Gesundheits- und Bildungsindikatoren beigetragen. Als Vietnam die Vermarktung von Reis liberalisierte, erhielten einheimische Produzenten Zugang zum Weltmarkt, was zu wichtigen Verbesserungen ihres Lebensstandards und der Indikatoren für menschliche Entwicklung führte.¹⁹ In beiden Fällen gaben die breiten Einkommens- und Arbeitsmarkt-Wirkungen, die durch die Exporte zustande kamen, Anstöße für die menschliche Entwicklung.

Über die Haushaltsebene hinaus ergeben sich einige der wichtigsten Vorteile des Handels aus dem Import von Investitionsgütern, die billiger sind als die im Inland verfügbaren. In den 1960er und 1970er Jahren versetzte der Export arbeitsintensiver Industriegüter Südkorea und die chinesische Provinz Taiwan in die Lage, die Technologien zu importieren und anzupassen, die diese Länder brauchten, um ihre Industriesektoren zu diversifizieren, die Produktivität zu erhöhen und im Weltmarkt in Bereiche mit höherer Wertschöpfung vorzudringen.²⁰ Entsprechend hat auch das Exportwachstum, verbunden mit ausländischen Investitionen, den Import von Technologien finanziert, die chinesische Firmen in die Lage versetzt haben, auf einheimischen und internationalen Märkten erfolgreich zu konkurrieren.

Wie jeder technologische Wandel, jede Umstrukturierung oder Reform, die Auswirkungen auf den einheimischen Markt hat, kann eine größere Offenheit für den Handel zu Verlagerungen führen und Anpassungskosten mit sich bringen. Die Beteiligung am Handel kann sowohl Gewinner als auch Verlierer hervorbringen. Unter dem Gesichtspunkt menschlicher Entwicklung besteht die Herausforderung darin, die neuen Chancen, die der Handel bietet, zu nutzen und gleichzeitig sicherzustellen, dass der Nutzen breit gestreut ist und dass schwache Bevölkerungsgruppen davor bewahrt werden, die Kosten tragen zu müssen. Die sechs Bereiche, die wir im Folgenden behandeln, gehören zu den zentralen Voraussetzungen.

Eine aktive Industrie- und Technologiepolitik entwickeln

Der Erfolg auf dem Weltmarkt hängt zunehmend von der Entwicklung der Fähigkeiten der Industrie ab. In einer wissensbasierten Weltwirtschaft reichen billige Arbeitskräfte und der Export von Primärgütern oder einfachen, montierten Gütern zur Unterstützung steigender Lebensstandards nicht aus. Auf der Wertschöpfungskette weiter nach oben zu gelangen hängt von der Steuerung des Prozesses der Beherrschung, Anpassung und Verbesserung neuer Technologien ab. Dies ist ein Bereich, in dem es häufig zu Marktversagen

kommt. Freie Märkte geben unter Umständen nicht die richtigen Signale für Investitionen in neue Technologien, wenn die Lernkosten unvorhersehbar hoch sind. Außerdem leiden Firmen in Entwicklungsländern unter strukturellen Nachteilen wie fehlenden Informationen, schwachen Kapitalmärkten und schwachen Institutionen, die sie unterstützen könnten.

Die besten Beispiele für eine erfolgreiche Weltmarktintegration beinhalteten staatliche Maßnahmen zur Überwindung von Marktversagen.²¹ Die Regierungen von Südkorea und

Kasten 4.2 Vietnam und Mexiko – die Geschichte zweier Globalisierer

Vietnam und Mexiko spielen, gemessen an den gängigen Wirtschaftsindikatoren, beide in der ersten Liga der neuen Länder, die den Weg der Globalisierung eingeschlagen haben. Gemessen an den Indikatoren für menschliche Entwicklung spielen sie jedoch nicht in der gleichen Liga. Die intensivere Beteiligung am Handel hat in Vietnam rasche Fortschritte unterstützt. In Mexiko waren die Export-„Erfolge“ nur von geringen Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung begleitet (siehe Tabelle).

Vietnam. Seit der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen Ende der 1980er Jahre weist Vietnam ein anhaltendes Wachstum von über fünf Prozent pro Jahr auf – eine der höchsten Wachstumsraten weltweit. Die Beteiligung am Handel war und ist von entscheidender Bedeutung. Die Produzenten erhielten dadurch Zugang zu neuen Märkten und neuen Technologien. Die Importe und Exporte sind seit Anfang der 1990er Jahre um mehr als 20 Prozent pro Jahr gestiegen und die Exportquote hat sich verdoppelt.

Die Exporterfolge gingen mit Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung einher. In den 1990er Jahren sank die Einkommensarmut von 58 Prozent auf 28 Prozent, die Lebenserwartung stieg um sechs Jahre und die Kindersterblichkeit wurde halbiert. Die Ungleichverteilung hat zugenommen, jedoch von einer niedrigen Ausgangsbasis aus. Der Gini-Koeffizient stieg von 35,7 Anfang der 1990er Jahre auf 37 gegen Ende des Jahrzehnts und ist damit nach wie vor einer der niedrigsten weltweit. Beim HDI liegt das Land 16 Plätze weiter vorne als im BIP-Ranking. Zu den Erfolgsfaktoren in Vietnam zählen:

- *Vorausgegangene Investitionen in die menschliche Entwicklung.* Vor dem wirtschaftlichen Aufschwung war die Einkommensarmut in Vietnam auf einem hohen Niveau, doch andere Indikatoren (die Einschulungsquote, der Alphabetisierungsgrad und die Lebenserwartung) lagen sehr viel höher als der Durchschnitt in Ländern auf einem ähnlichen Einkommensniveau.

- *Breit angelegtes Wachstum, das vielen Menschen zugute kommt.* Das Exportwachstum wurde durch Millionen von Kleinproduzenten vorangebracht. Die Wirtschaftsreformen begannen mit der Liberalisierung der Agrarmärkte. Die Beschränkungen auf Reisexporte wurden gelockert, die Importbeschränkungen für Düngemittel wurden aufgehoben und die Rechte auf Landbesitz ausgeweitet. Steigende Preise und die sinkenden Kosten der eingesetzten Produktionsmittel führten dazu, dass die Einkommen der Kleinbauern rasch stiegen. Die Löhne in der Landwirtschaft, der inländische Handel und die Inlandsnachfrage stiegen allesamt.
- *Eine Verpflichtung auf Gerechtigkeit: Vietnam hat eine Abgabenquote von rund 16 Prozent – ein hohes Niveau für ein Land mit niedrigem Einkommen.* Die hohen Staatseinnahmen haben es der Regierung ermöglicht, durch Ausgaben für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur den Nutzen aus dem Handel breiter zu verteilen.
- *Allmähliche Liberalisierung: Höheres Wachstum und die Förderung des Exportsektors gingen den Importliberalisierungen voraus.* Ab Mitte der 1990er Jahre wurden die quantitativen Beschränkungen abgebaut, doch die Zölle blieben bei durchschnittlich rund 15 Prozent. Die Kapitalmärkte blieben geschlossen, wodurch Vietnam von den Auswirkungen der Finanzkrise in Ostasien abgeschottet wurde.
- *Marktdiversifizierung: Ende der 1980er Jahre verließ sich Vietnam fast ausschließlich auf Öl-Exporte nach Japan und Singapur.* In den politischen Handlungskonzepten der 1990er Jahre wurde auf eine Diversifizierung der Exportbasis (Fertigwaren machen jetzt rund ein Drittel der Gesamtexporte aus) und der Exportmärkte gesetzt.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Globale Integration und menschliche Entwicklung: Einige schaffen es besser als andere

Land	Exporte von Gütern und Dienstleistungen (prozentualer Anteil am BIP)			BIP pro Kopf (2002, US-Dollar Kaufkraftparität)			Quote extremer Armut (%)				Einkommensanteil der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung (%)		Gini-Koeffizient	
	1990	2003	Durchschnittliches Wachstum pro Jahr 1990-2003 (%)	1990	2003	Durchschnittliches Wachstum pro Jahr 1990-2003 (%)	Nationale absolute Armutsgrenze ^a (%)		Internationale absolute Armutsgrenze (%)		1990	2002	1990	2002
							1990	2002	1990	2002				
Vietnam	36,0	59,7	20,2	1.282	2.490	5,9	30,0	15,0	60,0	37,0	..	7,5	35,7 ^b	37,0
Mexiko	18,6	28,4	11,4	7.973	9.168	1,4	22,5 ^c	20,3 ^d	15,8	9,9	..	3,1	50,3 ^c	54,6 ^d

.. Daten nicht verfügbar.

a. Es sollten keine Ländervergleiche angestellt werden, denn die nationalen Armutsgrenzen unterscheiden sich erheblich.

b. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1993.

c. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1992.

d. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2000.

Quelle: Exportdaten, Indikatortabelle 16; Daten zum BIP pro Kopf, Indikatortabelle 14; Daten zur nationalen absoluten Armut, Mexiko, Secretaria de Desarrollo Social 2005 und UN Vietnam 2002; Daten zur internationalen absoluten Armut für Mexiko, World Bank 2005d, für Vietnam, UN Vietnam 2002; Daten zum Einkommensanteil der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung und Daten zum Gini-Koeffizient, Indikatortabelle 15.

Mexiko. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts verzeichnete Mexiko bei Fertigwaren ein anhaltendes Exportwachstum von circa 26 Prozent. Etwa die Hälfte aller aus Lateinamerika exportierten Fertigwaren kommt inzwischen aus Mexiko. Hinzu kommt, dass das Exportwachstum sich auf Technologiebereiche mit hohem Wachstum und hoher Wertschöpfung konzentriert, wie zum Beispiel Autos und Elektronik.

Im völligen Gegensatz zu dieser Export-Erfolgsgeschichte betrug das Wirtschaftswachstum pro Kopf zwischen 1990 und 2003 im Durchschnitt nur knapp über ein Prozent pro Jahr. Die Reallöhne stagnieren und die Arbeitslosigkeit ist höher als zu Beginn der 1990er Jahre. Die extreme Armut hat nur marginal abgenommen, während die Ungleichverteilung gestiegen ist. Die Gründe für Mexikos Misserfolge bei der menschlichen Entwicklung sind das Spiegelbild der Faktoren, die in Vietnam zum Erfolg geführt haben.

- *Ein hohes Maß an Ungleichverteilung als Ausgangsbasis.* Mexiko hat einen der höchsten Gini-Koeffizienten der Welt – und er ist im Laufe des vergangenen Jahrzehnts leicht gestiegen. Der Anteil der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung am Nationaleinkommen beträgt nur ein Viertel des Einkommens der ärmsten zehn Prozent in Vietnam. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur für breit angelegtes Wachstum war aufgrund geringer staatlicher Einnahmen beschränkt. Mexiko hat ein fünfmal höheres Durchschnittseinkommen als Vietnam, aber mit 13 Prozent eine niedrigere Abgabenquote, die mit der in Uganda vergleichbar ist.
- *Rasche Liberalisierung.* Unter dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) ist Mexiko eine der am schnellsten liberalisierenden Volkswirtschaften der sich entwickelnden Welt. In einigen Sektoren haben die Importliberalisierungen

die Armut verschärft. Die Importe von subventioniertem Mais aus den Vereinigten Staaten haben sich seit Beginn der Liberalisierung im Jahr 1994 versechsfacht und dazu beigetragen, dass die Realeinnahmen von Millionen mexikanischen Maisbauern um 70 Prozent zurückgegangen sind. Das Wachstum der Agrarexporte in Mexiko konzentrierte sich auf große kommerzielle Landwirtschaftsbetriebe, die über Bewässerungssysteme verfügen, während die Kleinbauern mit den Anpassungen an die zunehmende Konkurrenz durch Importe fertig werden mussten.

- *Schwache Industriepolitik.* Die Exportstatistiken, die auf einen Boom im Hochtechnologiebereich hinweisen, sind irreführend. Die Hälfte der mexikanischen Exporte kommt aus der Maquiladora-Zone, wo die Produktion durch die einfache Montage und den erneuten Export importierter Komponenten dominiert wird. Die Exportaktivitäten sind mit begrenzter lokaler Wertschöpfung, minimaler Qualifikation und minimalem Technologietransfer verbunden. Die Abhängigkeit von einem Exportsektor mit niedrigen Löhnen und niedrigem Qualifikationsniveau hat Mexiko stark der Konkurrenz aus Niedriglohnländern wie China ausgesetzt. Die Beschäftigung ist seit 2001 um 180.000 Arbeitsplätze zurückgegangen.
- *Machtungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten.* Trotz des anhaltenden Produktivitätswachstums sind die Reallöhne mit dem raschen Exportwachstum nicht gestiegen, zum Teil, weil sich die Exportwirtschaft auf Bereiche mit niedriger Wertschöpfung konzentrierte. Die schwach ausgeprägten kollektiven Verhandlungsrechte und der Druck aufgrund der Arbeitslosigkeit gehören zu den Einflussfaktoren. Ein weiterer Faktor waren die Lohnunterschiede, die mit der Feminisierung der Arbeiterschaft zusammenhängen. Frauen bekommen im Durchschnitt elf Prozent weniger Lohn als Männer.

Quellen: Vietnam 2004; IMF 2003b; Audley et al. 2003; Oxfam International 2003b.

der chinesischen Provinz Taiwan, die zur ersten Generation der ostasiatischen „Tiger“ gehören, boten Anreize für die Entwicklung einheimischer technologischer Kapazitäten, indem sie Importbeschränkungen erließen, den Nachbau importierter Technologien förderten und ausländische Investitionen regulierten. China ging im Wesentlichen einen ähnlichen Weg. In der Automobil- und Elektronikbranche wurde und wird von ausländischen Investoren gefordert, neue Technologien ins Land zu bringen, einheimische Arbeitskräfte auszubilden und einheimische Produktionsmittel einzusetzen. Das öffentliche Beschaffungswesen wurde genutzt, um Anreize zu schaffen. Um sich für staatliche Aufträge zu qualifizieren, müssen ausländische Software-Hersteller Schlüsseltechnologien nach China transferieren, einen Mindestanteil ihrer Erträge im Land investieren und 50 Prozent der Entwicklungskosten in Frage kommender Software-Produkte decken.

Offenheit steuern

Wenn Offenheit, gemessen anhand der Außenhandelsquote, ein Indikator für Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung wäre, dann wäre Lateinamerika durch und durch eine Erfolgsgeschichte. Die Region war in Bezug auf Handelsliberalisierungen weltweit führend. Die Ergebnisse sind jedoch enttäuschend. Nach einem Jahrzehnt sinkender Einkommen in den 1980er Jahren betrug das Wirtschaftswachstum pro Kopf in den 1990er Jahren nur etwas mehr als ein Prozent.²² Die größere Offenheit in Mexiko ging mit einer vernachlässigbar geringen Minderung der Armut und einer starken Ungleichverteilung einher. Die rasche Liberalisierung von Agrarimporten hat vor allem die arme ländliche Bevölkerung weiter marginalisiert, zum Teil aufgrund starker Ungleichverteilung in der Anfangsphase. Der Unterschied zu Vietnam ist bemerkenswert. Ausgehend von einem sehr viel niedrigeren Durchschnittseinkommen hat die Offenheit in Vietnam dazu beigetragen, die menschliche Entwicklung zu beschleunigen (Kasten 4.2). Vietnam war zum Teil deshalb erfolgreich, weil seine Exporterfolge auf inländischen Reformen aufbauten, die zu Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig besse-

rer Verteilung führten, und zum Teil, weil es die Marktöffnung nicht durch rasche Import-Liberalisierung verfolgt hat. Noch wichtiger ist, dass Vietnam seine Weltmarktintegration auf einer stabilen Grundlage menschlicher Entwicklung aufgebaut hat.

Diese gegensätzlichen Fallbeispiele unterstreichen, wie wichtig es ist, die Handelspolitik, und insbesondere Import-Liberalisierungen, als integralen Bestandteil nationaler Strategien zur Minderung der Armut zu sehen, und nicht als Selbstzweck. Dann können Import-Liberalisierungen auch positiven Nutzen für das Wirtschaftswachstum und die menschliche Entwicklung bringen. Indien hat seit 1990 seine Zölle von durchschnittlich mehr als 80 Prozent auf 20 Prozent gesenkt und es Firmen damit ermöglicht, Zugang zu Importen zu erhalten, die sie brauchten, um den an Dynamik gewinnenden Wachstumsprozess in Gang zu halten. Eines der Probleme in Indien könnte sein, dass die Importliberalisierung in einigen Bereichen noch nicht weit genug geht. Die Zölle auf Inputs für die verarbeitende Industrie sind sehr viel höher als im Weltdurchschnitt und beeinträchtigen die Konkurrenzfähigkeit von Produkten, die auf den Einsatz importierter Produktionsmittel angewiesen sind.²³

Mit Ungleichheit umgehen

Die Beteiligung am Handel kann eine bestehende extreme Ungleichverteilung noch weiter verschärfen. Denn die Armen tragen die Anpassungskosten, die durch die zunehmende Konkurrenz durch Importe entstehen, während sich diejenigen mit Vermögen und Marktmacht die Chancen im Exportbereich zunutze machen.

Rasches Exportwachstum ist kein Wundermittel gegen die Armut. Seit Ende der 1990er Jahre hat die Exportwelle im Bekleidungs- und Textilsektor in Madagaskar sehr viele Arbeitsplätze geschaffen, vor allem aber für Facharbeiter. Die Ergebnisse waren eine zunehmende Ungleichverteilung und nur moderate Auswirkungen auf die Armutssituation. Die zunehmenden Exporte von Obst und Gemüse mit hoher Wertschöpfung aus Ländern wie Kenia

Rasches Exportwachstum
ist kein Wundermittel
gegen die Armut

oder Sambia konzentrieren sich auf große, kapitalintensive Landwirtschaftsbetriebe, die mit der restlichen Volkswirtschaft nur schwache Verflechtungen aufweisen. In ähnlicher Weise dominieren in Brasilien, dem viertgrößten Exporteur landwirtschaftlicher Produkte weltweit, große kommerzielle Landwirtschaftsbetriebe und Firmen der Agrarindustrie den 20 Milliarden US-Dollar-Exportmarkt. Nur vier oder noch weniger Firmen machen über 40 Prozent der Exporte von Soja, Orangensaft, Geflügel und Rindfleisch aus. Das andere Gesicht der brasilianischen Landwirtschaft trägt die Nar-

ben der Massenarmut. Über zehn Millionen Menschen in ländlichen Gegenden leben unterhalb der Armutsgrenze. Die meisten von ihnen sind Kleinbauern oder landlose Arbeiter.²⁴ Guatemala, ein weiteres Export-Erfolgsbeispiel, ist in Bezug auf die menschliche Entwicklung ein Nachzügler (Kasten 4.3).

Mehr Offenheit für Handel kann mit dem Bildungsstand zusammenhängende Ungleichheiten verschärfen. In Lateinamerika haben die sehr ungleichen Absolventenquoten auf Primar- und Sekundarschulebene und der da-

Kasten 4.3 Guatemala – die Grenzen des exportbedingten Erfolgs

Eine Steigerung der Agrarexporte wird allgemein als ein Weg zu höheren ländlichen Einkommen und einer Verringerung der Armut angesehen. In einigen Fällen ist sie dies auch. Doch die Wachstums- und Verteilungsstruktur ist ebenfalls von Bedeutung.

Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts verzeichnete Guatemala ein anhaltendes Exportwachstum von mehr als acht Prozent, mit minimalen Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung. Beim HDI liegt das Land elf Plätze weiter zurück als bei seinen Wirtschaftsdaten. Zwar ging die Einkommensarmut in den 1990er Jahren von 62 Prozent auf 56 Prozent zurück, doch sie nahm sehr viel weniger ab, als man aufgrund des Wachstumsniveaus vorhersagen würde. Seit dem Jahr 2000 hat die extreme Armut zugenommen. Auch die bereits extremen Einkommensdisparitäten nehmen weiter zu. Von 1989 bis 2002 ist der Einkommensanteil der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung von 2,7 auf 1,7 Prozent gefallen.

Warum ist der Zusammenhang zwischen dem Exportwachstum und der menschlichen Entwicklung so schwach? Ein Grund ist, dass die hohe Ungleichverteilung in der Ausgangssituation die Armen von den Chancen des Marktes ausschließt und der menschlichen Entwicklung Grenzen setzt. Obwohl es ein Land mit mittlerem Einkommen ist, hat Guatemala eine Unterernährungsquote, die zu den höchsten weltweit gehört, und ein Drittel der Einwohner sind Analphabeten. Die extreme Ungleichverteilung erstreckt sich auch auf das Eigentum an Grund und Boden. Schätzungsweise zwei Prozent der Bevölkerung besitzen 72 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche, einschließlich des fruchtbarsten Landes.

Der Export traditioneller Exportprodukte – wie Zucker, Rindfleisch und Kautschuk – wird von circa 20 bis 50 Familien beherrscht. Im anderen Extrem sind 87 Prozent aller Bauern Kleinbauern, besitzen aber nur 15 Prozent der Fläche und haben begrenzten Zugang zu Krediten und Vermarktungsinfrastruktur. Über die Hälfte der ländlichen Haushalte besitzt gar kein Land oder weniger als einen Hektar. Die Armutsquote in dieser Gruppe liegt bei über 80 Prozent.

Quelle: Krznaric 2005.

Die Kleinbauern werden vom Exportwachstum in traditionellen Sektoren, wie zum Beispiel Zucker, wirksam ausgeschlossen. Zwar wurden Arbeitsplätze geschaffen, doch die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Drei Viertel der Landarbeiter bekommen weniger als den Mindestlohn. Unter der indigenen Bevölkerung sind es sogar 82 Prozent.

Die Entwicklungen im nicht-traditionellen Sektor sind ermutigender. Der Export von Gemüse, wie beispielsweise Zuckerkürbissen, ist im Laufe des vergangenen Jahrzehnts rasch gestiegen. Die Produktion wird von 18.000 bis 20.000 Maya-Bauern im Hochland dominiert. Die meisten von ihnen arbeiten auf Parzellen von weniger als zwei Hektar.

Der Export nicht-traditioneller Produkte hat für hohe Erträge gesorgt, Arbeitsplätze geschaffen und eine Diversifizierung weg vom Kaffee ermöglicht. Doch nur drei Prozent der Bauern sind in diesem Sektor beschäftigt. Außerdem gibt es Hinweise darauf, dass die Kleinbauern von Großexporteuren verdrängt werden, die Verbindungen zum US-amerikanischen Markt haben. Dass mehrere guatemalteckische Regierungen in Folge keine Kredite, Versicherungsleistungen oder Marketing-Unterstützung zur Verfügung gestellt haben, hat die Potenziale nicht-traditioneller Exportprodukte als Mittel zur Armutsbekämpfung eingeschränkt.

Ohne tiefgreifende Strukturreformen zur Minderung der Ungleichverteilung und zur Erweiterung der Möglichkeiten durch die Umverteilung von Land und anderem Produktivvermögen, höheren öffentlichen Ausgaben zugunsten der Armen und zielgerichteten Programmen zum Abbau der Barrieren, mit denen indigene Bevölkerungsgruppen konfrontiert sind, wird in Guatemala wahrscheinlich keine Exportwachstumsstrategie substantiellen Nutzen für die menschliche Entwicklung bringen. Solche Maßnahmen werden letztendlich Veränderungen in der Verteilung der politischen Macht in Guatemala erfordern.

raus resultierende Mangel an Fachkräften die auf höhere Bildung gezahlten Prämien erhöht. Die Lohnunterschiede zwischen Menschen mit College-Ausbildung und denen mit geringerer Schulbildung sind in den 1990er Jahren gestiegen. Im Durchschnitt lohnt sich eine College-Ausbildung in Lateinamerika inzwischen mehr, als in den Vereinigten Staaten, was auf ein außerordentlich hohes Niveau an Ungleichheit hinweist. Der Handel kann zwar eine positive Rolle spielen, doch politische Handlungskonzepte zur Überwindung struktureller Ungleichheiten sind von zentraler Bedeutung, um Exporterfolge in menschliche Entwicklung umzusetzen.²⁵

Die Anfälligkeit verringern

Die Weltmarktintegration eröffnet Chancen, bringt aber auch Risiken mit sich. Die Beteiligung am Handel bringt sowohl Gewinner als auch Verlierer hervor und sie bringt Anpassungskosten mit sich. Wird die Anpassung schlecht gesteuert, kann dies in Bezug auf die menschliche Entwicklung hohe Kosten verursachen.

Viele arme Länder und kleine Inselstaaten, die vom Handel, insbesondere dem Handel mit Rohstoffen, stark abhängig sind, sind hohen Marktrisiken ausgesetzt. Diese Risiken hängen mit der Anfälligkeit der Preise zusammen, und damit, dass ein Politikwechsel in den importierenden Ländern potenziell externe Wirtschaftskrisen verursacht. Unter diesem Problem litten in den vergangenen Jahren die Bananen- und Zuckerexporteure, die in die Europäische Union liefern. Auch die Exporteure einiger Fertigwaren sind akut verwundbar. Der Export von Bekleidung hat in Bangladesch und Nepal Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Heute droht die Konkurrenz aus China viele dieser Arbeitsplätze zu vernichten (Kasten 4.4). Die Auswirkungen der Importe aus Entwicklungsländern auf die Löhne und die Beschäftigung in den reichen Ländern werden oft übertrieben. Dennoch gibt es Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, die zeigen, dass 75 Prozent der Menschen, die auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, nachdem sie aus mit dem Außenhandel zusammenhängenden Gründen ihren Arbeitsplatz verloren hatten, Einkommenseinbußen zu

verzeichnen hatten. Anders als die armen Länder haben die reichen Länder Kapazitäten, um die Anpassungskosten zu reduzieren, doch die meisten tun dies nicht. Der US-amerikanische Trade Adjustment Act, eine der wenigen Gesetzgebungen, die ausdrücklich dafür geschaffen wurden, sich dieser Aufgabe zu widmen, erfasst kaum zehn Prozent aller betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.²⁶

Schwache Arbeitsrechte, verbunden mit fehlender Unterstützung für Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt, verschärfen die Probleme der Anfälligkeit. In Lateinamerika sind nur 40 Prozent der Beschäftigten durch Arbeitsgesetze geschützt und haben Zugang zu sozialer Absicherung.²⁷ Frauen leiden überproportional unter den schwachen Arbeitsrechten. Weniger als ein Viertel der Frauen in der chilenischen Obstproduktion haben einen Arbeitsvertrag. Dadurch sind sie unangemessen hohen Risiken und großer Unsicherheit ausgesetzt. Arbeiter und Arbeiterinnen in Exportförderzonen haben oft weniger Rechte als diejenigen außerhalb solcher Zonen. Im Jahr 2003 fielen mindestens sechzehn Länder, darunter Bangladesch und Malaysia, in diese Kategorie.²⁸ Schwache Arbeitsrechte und Diskriminierung gegen weibliche Beschäftigte, insbesondere in Schlüsselbereichen wie der Versammlungsfreiheit und bei Tarifverhandlungen, beschränken die Möglichkeiten der Arbeiterinnen, angemessene Löhne und Bedingungen auszuhandeln. Es braucht stärkere Arbeitsrechte in Kombination mit Institutionen und politischen Handlungskonzepten, die die Anpassung an Veränderungen erleichtern. Nach den Grundlagen der Volkswirtschaftslehre kann der Handel das aggregierte Einkommen erhöhen, selbst wenn ein Teil der Bevölkerung in Folge von Anpassungen Verluste erleiden könnte. Um die Wohlfahrtsgewinne aus dem Handel zu maximieren und die politischen Gründe für eine Beteiligung am Handel zu stärken, ist es wichtig, dass die Gewinner die Verlierer entschädigen. Diese Entschädigung kann verschiedene Formen annehmen, darunter Transferleistungen zwischen einzelnen Ländern oder nationale Politik, um die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Verlierer geschützt werden und Chancen erhalten.

Die Beteiligung am Handel bringt sowohl Gewinner als auch Verlierer hervor und sie bringt Anpassungskosten mit sich

Die Abschaffung der Quoten im Bekleidungs- und Textilbereich, die unter dem Multifaserabkommen (MFA) bestanden, macht die Bedrohung der menschlichen Entwicklung durch den Verlust von Vorzugsbehandlungen besonders deutlich. Schlecht gehandhabt, wie es bislang der Fall war, könnte der Übergang zu einem stärker liberalisierten Markt das Wohlergehen von Millionen von Menschen aufs Spiel setzen.

Unter dem WTO-Übereinkommen über Textilien und Bekleidung, das 1994 entworfen wurde, werden alle Quoten für Bekleidung und Textilien, die von den Industrieländern unter dem Multifaserabkommen aufrecht erhalten wurden, stufenweise abgeschafft. Wenn die letzten Quoten abgeschafft sind, wird die Aufmischung des 350 Milliarden US-Dollar schweren Bekleidungs- und Textilmarktes Gewinner und Verlierer hervorbringen. Die verarmten Arbeiterinnen, die in diesem Sektor weltweit zwei Drittel aller Arbeitskräfte stellen, werden wahrscheinlich die größten Verliererinnen sein.

Das Multifaserabkommen war ein mächtiger Antrieb für die industrielle Entwicklung in einer ganzen Reihe von Ländern. In Bangladesch, Kambodscha, Nepal und Sri Lanka wuchs der Bekleidungs- und Textilsektor dank der Quoten-Beschränkungen für Produzenten wie China und Indien, die zu noch niedrigeren Kosten produzieren. Ausländische Investoren aus China, Südkorea (Korea, Rep.), der chinesischen Provinz Taiwan und anderen Ländern traten auf den Plan, um aus dem geschützten Markt Vorteile zu ziehen.

Heute macht der Bekleidungssektor in Bangladesch über drei Viertel der Exporte des Landes aus und sichert circa 40 Prozent der Arbeitsplätze in der Fertigungsindustrie. Abgesehen von den 1,8 Millionen direkt in diesem Sektor beschäftigten, hauptsächlich weiblichen Arbeitskräften, unterstützt die Industrie indirekt schätzungsweise weitere zehn bis 15 Millionen Menschen durch die Überweisungen der Arbeitskräfte in ländliche Regionen und durch die in anderen Sektoren geschaffene Beschäftigung. Die Löhne, die in der Exportproduktion von Kleidungsstücken verdient werden, tragen dazu bei, Kinder in der Schule zu halten, und helfen Verwandten auf dem Lande, Gesundheitsausgaben zu decken und die Ernährung zu sichern. In Nepal beschäftigt die Industrie 100.000 Menschen und macht 40 Prozent der Exporteinnahmen aus. In Kambodscha stehen direkt 250.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Die Abschaffung der Vorzugsbehandlungen unter dem Übereinkommen über Textilien und Bekleidung im Jahr 2005 leitet ein, was ein brutaler Umstrukturierungsprozess werden könnte. Nach Projektionen der WTO könnten die Anteile Chinas und Indiens auf dem US-amerikanischen Markt mittelfristig auf mehr als 60 Prozent steigen – das Dreifache des jetzigen Niveaus. Die Aussichten für Bangladesch sind weniger ermutigend. Der IWF sagt einen Rückgang der Exporte um 25 Prozent voraus, mit Einbußen von 750 Millionen US-Dollar. Länder wie die Demokratische Volksrepublik Laos, die Malediven und Nepal sind deutlich weniger konkurrenzfähig als Bangladesch.

Quellen: Page 2005; UN Millennium Project 2005g; Alexandraki und Lankes 2004; Mlachila und Yang 2004.

Der Anpassungsdruck wird sich zwangsläufig von den globalen Märkten auf die Unternehmen übertragen, in Form von Preisdruck, der wiederum Auswirkungen auf die Löhne und die Beschäftigung haben wird. In Bangladesch könnte das Ausmaß der Anpassung einige der Gewinne bei der menschlichen Entwicklung, die wir in Kapitel 1 dokumentiert haben, wieder zunichte machen. Niedrigere Löhne schlagen sich in niedrigeren für Bildung und Gesundheit zur Verfügung stehenden Einkommen nieder sowie in einem zunehmenden Druck auf die Frauen, länger zu arbeiten.

Die Industrieländer haben zum Ausmaß der Anpassungskosten direkt beigetragen. Statt zum Beispiel die Quoten in ausgewogener Weise über den Zehnjahreszeitraum, der für die stufenweise Abschaffung vorgesehen war, zu reduzieren, schoben die Europäische Union und die Vereinigten Staaten die Abschaffung der Quoten bis zum letzten Moment auf, wodurch die im Jahr 2005 drohende Krise verstärkt wird.

Strategien, die hätten ergriffen werden können, um die Anpassungskosten zu reduzieren, wurden ignoriert. Zum Beispiel im Falle von Bangladesch, das fast seine gesamte Bekleidungs- und Textilproduktion in die geschützten Märkte der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten exportiert. Bangladesch ist weiterhin mit hohen Zöllen für seine anderen Exporte in die Vereinigten Staaten konfrontiert, die für einige Produkte bis zu 30 Prozent ausmachen. Diese Zölle hätten im Rahmen der stufenweisen Abschaffung des Multifaserabkommens nach und nach gesenkt werden können, um einen geschützten Raum zum Atmen zu bieten.

Die Europäische Union war ebenso säumig. Formal genießt Bangladesch zollfreien Zugang zum EU-Markt unter der Everything-But-Arms-Initiative, doch die Herkunftsregeln stellen eine Hürde dar. Strickwaren aus Bangladesch genügen in der Regel den Anforderungen, weil sie eine hohe einheimische Wertschöpfung beinhalten. Bei Webwaren, bei denen man sich jedoch stark auf importierte Produktionsmittel verlässt, bestehen Probleme, die Anforderungen an die einheimische Wertschöpfung zu erfüllen. Gut über die Hälfte der Exporte aus Bangladesch in die Europäische Union fällt in diese Kategorie, so dass weniger als die Hälfte der Exporte aus Bangladesch tatsächlich zollfrei behandelt wird.

Nachdem die Europäische Union und die Vereinigten Staaten durch den Protektionismus im Rahmen des Multifaserabkommens erst Industrie aufgebaut haben, gefährden sie diese nun durch die rasche Abschaffung der Quoten. Ironischerweise bestand die politische Reaktion darin, auf Veranlassung der europäischen und US-amerikanischen Bekleidungsindustrie eine neue Welle von Anti-Dumping-Maßnahmen gegen China zu genehmigen. Da sie mit weiteren Sanktionen rechnen muss, hat auch die chinesische Regierung Exportsteuern eingeführt. In der Praxis lassen sich die protektionistischen Maßnahmen gegen China auf einschlägige Kreise und politischen Druck zurückführen. Im krassen Gegensatz zu der Sensibilität, die die entwickelten Länder gegenüber der protektionistischen Lobby bei sich zuhause an den Tag legen, haben sie es bislang versäumt, für die Verlierer der Abschaffung des Multifaserabkommens auch nur die rudimentärsten Schutzmechanismen oder Anpassungshilfen bereitzustellen.

Dem „Ressourcen-Fluch“ begegnen

In Bezug auf die menschliche Entwicklung schneiden einige Export-Tätigkeiten besser ab als andere. Reichtum, der durch den Export von Öl und mineralischen Rohstoffen erzeugt wurde, kann schlecht für das Wachstum, schlecht für die Demokratie und schlecht für die Entwicklung sein.

Es gibt 34 Entwicklungsländer mit Öl- und Gasvorkommen, die mindestens 30 Prozent ihrer Exporterlöse ausmachen. Bis zur Hälfte der Gesamtbevölkerung dieser Länder lebt von weniger als einem US-Dollar pro Tag.

Zwei Drittel dieser Länder sind nicht demokratisch.²⁹ Die Ölexporter haben Äquatorialguinea zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften gemacht. Doch das Land hält auch den Rekord des Landes mit der größten Kluft zwischen seinem Volkvermögen und seinem Index für menschliche Entwicklung (HDI), eine Kluft von 93 Plätzen. Es gibt Schätzungen, nach denen nicht einmal zehn Prozent der 700 Millionen US-Dollar Öl-Einnahmen Äquatorialguineas ihren Weg auf die staatlichen Konten finden. Und Angola kommt trotz seines Reichtums an natürlichen Ressourcen beim HDI unter 177 Ländern nur auf Platz 160. Der Ansturm zur Ausbeutung der Ölreserven im Kaspischen Meer hat zu einer Welle ausländischer Investitionen in Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan geführt. Zugleich haben sich die Indikatoren für menschliche Entwicklung verschlechtert und die Institutionen, die für die staatliche Rechenschaftslegung verantwortlich sind, leiden unter systemimmanenter Korruption.

Der „Ressourcen-Fluch“ wird wirksam, indem er Institutionen schwächt, verkehrte

wirtschaftliche Anreize bietet und die Voraussetzungen für Konflikte schafft – doch er kann durch vernünftige politische Handlungskonzepte und eine demokratische Staats- und Regierungsführung gebrochen werden (siehe Kapitel 5).

Die sozialen und Umweltkosten erfassen

Ein Exportwachstum, das nicht auf angemessene Weise reguliert wird, kann durch seine Umweltauswirkungen die menschliche Entwicklung untergraben. In den 1990er Jahren förderte Bangladesch intensiv das Wachstum der Garnelen-Aquakultur für den Export. Heute macht der Garnelen-Export 1,1 Prozent des BIP aus. Studien des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zeigen, dass die Versalzung des Wassers, der Verlust von Weideland und die darüber hinausgehenden Umweltauswirkungen 20 bis 30 Prozent des Exportwertes kosten. Arme Bauern haben Weideland verloren und leiden unter niedrigeren Ernterträgen.³⁰ In Tadschikistan förderte die Regierung durch staatliche Unternehmen die intensive Baumwollproduktion. Baumwolle ist heute das dritt wichtigste Exportprodukt des Landes. Doch kommen durch verseuchtes Wasser übertragene Krankheiten in Baumwollanbaugebieten drei- bis neunmal häufiger vor. Der Grund: Der kaum geregelte Einsatz giftiger Chemikalien, die in Bewässerungsgräben sickern, die der Wasserversorgung dienen.³¹ Wie diese Fälle zeigen, werden die menschlichen Kosten und die externen Umwelteffekte, die den Zusammenhang zwischen dem Handel und der menschlichen Entwicklung schwächen, in den Exportwachstumswerten nicht berücksichtigt. Die Internalisierung dieser Kosten und Externalitäten ist eine der Hauptvoraussetzungen, um dafür zu sorgen, dass der Handel der menschlichen Entwicklung zugute kommt.

Ein Exportwachstum, das nicht auf angemessene Weise reguliert wird, kann durch seine Umweltauswirkungen die menschliche Entwicklung untergraben

Unfaire Regeln: Wie das Handelssystem die entwickelten Länder begünstigt

Die multilateralen Verhandlungen der Doha-Handelsrunde bieten den entwickelten Ländern eine Gelegenheit, die Regeln des internationalen Handels und ihre Innenpolitik in Einklang mit ihren Verpflichtungen auf die Millenniums-Entwicklungsziele zu bringen. Es wäre unrealistisch, zu erwarten, dass die Doha-Runde dieses seit langem existierende Missverhältnis vollständig löst. Doch es wäre verheerend für das multilaterale Handelssystem, wenn die reichen Länder keine greifbaren Fortschritte erzielen würden.

Es gibt drei Maßstäbe zur Bewertung der Ergebnisse der Doha-Runde. Erstens muss sie Regeln schaffen, die die seit langer Zeit bestehenden unfairen und unausgeglichene Handelspraktiken in den Griff bekommen, indem sie den Marktzugang für arme Länder verbessern. Zweitens muss in dieser Runde ein besonderer Schwerpunkt auf den Agrarhandel und die Kürzungen der Agrarsubventionen gelegt werden. Drittens muss diese Runde sich erneut mit den Abkommen und Verhandlungen auseinandersetzen, die den politischen Spielraum, der den Entwicklungsländern zur Verfügung steht, einschränken, die für die menschliche Entwicklung eine direkte Bedrohung darstellen

oder die die Vorteile der Integration zugunsten der reichen Länder verzerren. Die Themen, die durch die WTO-Regeln zu Investitionen und geistigem Eigentum und durch die laufenden Dienstleistungsverhandlungen aufgeworfen werden, zeigen auf verschiedene Art und Weise, wo das Problem liegt.

Marktzugang

Damit die Entwicklungsländer und arme Menschen aus dem Handel Nutzen ziehen und die menschliche Entwicklung voranbringen können, brauchen sie Zugang zu den Märkten der reichen Länder. Dies wurde in der Erklärung anerkannt, die die Doha-Runde auf den Weg gebracht hat. Sie beinhaltet ein Versprechen der reichen Länder, sowohl Zölle als auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse für Produkte, die für Entwicklungsländer als Exportprodukte von Interesse sind, zu verringern oder, wo angemessen, abzuschaffen. Für eine Gruppe selbsternannter Freihandelsverfechter fanden es die Regierungen der reichen Länder bislang schwierig, ihren Worten Taten folgen zu lassen.

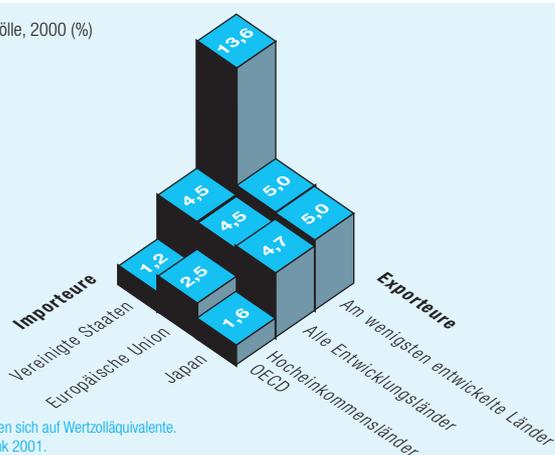
Ein System ungerechter Abstufung

Die meisten Steuersysteme gehen von einem einfachen Prinzip aus: je mehr man verdient, desto mehr zahlt man. Das internationale Handelssystem stellt dieses Prinzip auf den Kopf. Wenn es um den Zugang zu den Märkten der Industrieländer geht, gilt: Je niedriger das Durchschnittseinkommen eines Landes, desto höher die Steuer. Zwar erheben die Industrieländer im Handel miteinander sehr niedrige Durchschnittszölle, doch für die ärmsten Länder der Welt reservieren sie einige ihrer höchsten Importschranken.

Im Durchschnitt sehen sich die Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen, die in Länder mit hohem Einkommen exportieren, Zöllen gegenüber, die drei bis vier mal höher

Grafik 4.9 Extrem ungerechte Abstufung der Handelssteuern

Auf Importe erhobene Zölle, 2000 (%)



Hinweis: Die Daten beziehen sich auf Wertzolläquivalente.
Quelle: IMF und World Bank 2001.

sind als die Handelsschranken, die im Handel zwischen den Ländern mit hohem Einkommen erhoben werden (Grafik 4.9).³² Dieser Durchschnitt kaschiert die sehr großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und die sehr hohen Zölle, die auf arbeitsintensive Produkte erhoben werden, die für die Beschäftigung in Entwicklungsländern von großer Bedeutung sind. Während zum Beispiel der Durchschnittszoll auf Importe aus Entwicklungsländern in Länder mit hohem Einkommen bei 3,4 Prozent liegt, erhebt Japan auf kenianisches Schuhwerk 26 Prozent Zoll. Die Europäische Union besteuert aus Indien importierte Bekleidung mit zehn Prozent, während Kanada 17 Prozent Zoll auf Bekleidung aus Malaysia erhebt.³³

Die Zahlungsfähigkeit der Handelspartner hat wenig Einfluss auf die Zölle der entwickelten Länder. Die Produkte aus Entwicklungsländern machen weniger als ein Drittel der Importe der entwickelten Länder aus, doch die Entwicklungsländer zahlen zwei Drittel von deren Zolleinnahmen. Sie machen auch zwei Drittel der Importe der reichen Länder aus, die Zöllen von mehr als 15 Prozent unterliegen.³⁴ Konkret bedeutet dies, dass Vietnam auf Exporte in die Vereinigten Staaten im Wert von 4,7 Milliarden US-Dollar 470 Millionen US-Dollar Steuern zahlt, während Großbritannien etwa denselben Betrag für Exporte zahlt, die 50 Milliarden US-Dollar wert sind.³⁵ Die anteilig an den Importen erhobenen Zölle zeigen anschaulich, wie die perverse Besteuerung funktioniert (Grafik 4.10). Die effektiven Importzölle der Vereinigten Staaten für Produkte aus Ländern wie Vietnam und Bangladesch sind rund zehnmal höher als für Produkte aus den meisten Ländern der Europäischen Union.

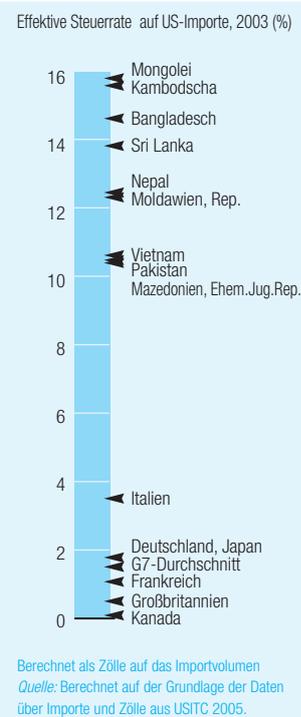
Progressive Zölle stellen eine der schädlicheren Formen widersinniger Abstufung dar. Die entwickelten Länder belegen Rohstoffe typischerweise mit niedrigen Zöllen, doch die Zölle steigen erheblich, wenn es um Halbfertigwaren oder Endprodukte geht.³⁶ In Japan sind die Zölle auf verarbeitete Nahrungsmittel siebenmal höher, als auf Produkte der ersten Verarbeitungsstufe. In Kanada sind sie zwölf-

mal höher. In der Europäischen Union liegen die Zölle für Kakaomasse bei null bis neun Prozent und steigen für das Endprodukt auf 30 Prozent.

Diese Zollstruktur hindert die Entwicklungsländer daran, die Wertschöpfung ihrer Produkte zu erhöhen. Die progressiven Zölle sollen dazu dienen, Werte von den Produzenten in armen Ländern an die verarbeitenden Betriebe und Einzelhändler in reichen Ländern zu transferieren – und das funktioniert. Das erklärt auch, warum zwar 90 Prozent der Kakaobohnen weltweit in Entwicklungsländern angebaut werden, doch nur 44 Prozent des exportierten Alkohols auf Kakao-Basis und 29 Prozent des Kakaopulvers aus diesen Ländern kommen. Progressive Zölle tragen dazu bei, dass sich Länder wie Côte d’Ivoire und Ghana auf den Export unverarbeiteter Kakaobohnen beschränken müssen. Sie werden damit in einem volatilen Rohkakao-Markt mit niedriger Wertschöpfung gefangen gehalten. Dagegen ist Deutschland der weltgrößte Exporteur von verarbeitetem Kakao und europäische Unternehmen erlösen den größten Teil des schlussendlichen Wertes der afrikanischen Kakaoproduktion.

Zusätzlich zu den hohen Handelsbeschränkungen der entwickelten Länder bürden sich die Entwicklungsländer auch im Handel untereinander hohe Handelshemmnisse auf. Die Entwicklungsländer erheben sogar höhere Zölle auf ihre gegenseitigen Importe als ihnen von den entwickelten Ländern auferlegt werden. Zum Beispiel liegen die Durchschnittszölle für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die nach Südasien exportieren, bei mehr als 20 Prozent. Spitzenzölle (Importzölle von mehr als 15 Prozent) sind auch in Entwicklungsländern an der Tagesordnung. Sie betragen in Bangladesch und Indien über 100 Prozent. Die Zollschränken, mit denen die Exporte der am wenigsten entwickelten Länder in andere Entwicklungsländer belegt werden, gehören zu den durchschnittlich höchsten im Welthandel. Nach Regionen haben die Länder Afrikas südlich der Sahara und Südasien mit 18 Prozent

Grafik 4.10 Extrem ungerechte Besteuerung in der Praxis



In der Praxis haben die Herkunftsregeln der Europäischen Union protektionistische Folgen

bzw. 15 Prozent die höchsten Durchschnittszölle. Hohe Zölle sind auch eine Erklärung dafür, warum der Handel zwischen den Regionen in Südasien weniger als ein Prozent und in Afrika südlich der Sahara weniger als fünf Prozent des BIP ausmacht, verglichen mit über 25 Prozent in Ostasien. Die Liberalisierung des regionalen Handels im Rahmen des gemeinsamen Marktes für das südliche und östliche Afrika hat seit dem Jahr 2000 zu einem deutlichen Anstieg des Wertes der gehandelten Güter geführt. Die Importe und Exporte sind von 4,5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 5,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2003 gestiegen.

Begünstigende Handelssysteme und die Aushöhlung der Vorzugsbehandlungen

Begünstigende Handelssysteme bieten einigen Ländern etwas Schutz vor diskriminierenden Importzöllen. Die Europäische Union gewährt den am wenigsten entwickelten Ländern im Rahmen der Everything-But-Arms-Initiative Vorzugsbehandlungen. Diese Regelung für einen zoll- und quotenfreien Marktzugang wurde im Jahr 2001 eingeführt. Im Rahmen des US-amerikanischen African Growth and Opportunity Act (AGOA) bekommt Afrika bevorzugten Zugang zu den US-amerikanischen Märkten für verschiedene Produkte, einschließlich Bekleidung und Textilien. Der AGOA hat wesentlich dazu beigetragen, das Exportwachstum des Bekleidungssektors einiger afrikanischer Länder voranzubringen. Allgemein betrachtet leiden begünstigende Systeme jedoch oft darunter, dass sie nur ein beschränktes Spektrum von Produkten abdecken, dass unsicher ist, wie lange sie gelten werden, und dass es komplexe Anforderungen gibt, um für solche Vorzugsbehandlungen in Frage zu kommen.

Zu den lästigsten dieser Anforderungen zählen die Herkunftsregeln. Diese Herkunftsregeln legen fest, wie viel Wertschöpfung in Bezug auf die in der Exportgüterproduktion eingesetzten Produktionsmittel erfolgen muss, wenn die Exportgüter bevorzugt behandelt werden sollen. Herkunftsregeln werden oft als protektionistische Handelshemmnisse eingesetzt. Um in die Europäische Union einzuführen,

müssen die exportierenden Länder den „größten Teil“ der Wertschöpfung ihrer Exportgüter schaffen. Kanada hat die Latte am niedrigsten gelegt. Die exportierenden Länder müssen auf importierte Produktionsmittel nur eine Wertschöpfung von 25 Prozent erbringen.

Warum machen diese anscheinend geheimnisvollen Unterschiede etwas aus? Betrachten wir die Situation eines Gemüseexporteurs in Uganda, der aus Kenia importiertes Verpackungsmaterial verwendet. Dieser Exporteur hätte aufgrund des Wertes der importierten Artikel kein Recht auf zollfreien Zugang im Rahmen der Everything-But-Arms-Initiative der Europäischen Union. Genauso würde ein afrikanischer Bekleidungsexporteur, der Stoffe aus Indien importieren will, um daraus Kleidungsstücke nähen zu lassen, mit den Herkunftsregeln der Europäischen Union in Konflikt geraten.³⁷ Die bloße Komplexität der Regeln, verbunden mit unrealistischen Anforderungen in Bezug auf die Wertschöpfung, untergräbt die Fähigkeit armer Länder, solche Vorzugsbehandlungen in Anspruch zu nehmen.

In der Praxis haben die Herkunftsregeln der Europäischen Union protektionistische Folgen. Nur ein kleiner Teil der Güter, die dafür in Frage kommen, werden zollfrei in die Europäische Union eingeführt. Als eines der am wenigsten entwickelten Länder hat Bangladesch ein Anrecht auf Zollfreiheit, doch weniger als die Hälfte seiner Exporte gelangen zollfrei in die Europäische Union.³⁸ In ähnlicher Weise gelangt aus Kambodscha ebenfalls nur rund ein Drittel der entsprechenden Exporte zollfrei in die Europäische Union.³⁹ Der Senegal hat formal ein Anrecht auf zollfreien Zugang, doch tatsächlich zahlt das Land Zölle in Höhe von rund zehn Prozent.⁴⁰

Würden die europäischen Herkunftsregeln geändert, könnte dies für einige der ärmsten Länder der Welt potenziell neue Chancen eröffnen. Als Kanada im Jahr 2003 seine Anforderungen in Bezug auf die einheimische Wertschöpfung senkte, verdoppelten sich die Importe aus Bangladesch innerhalb eines Jah-

Das zentrale Problem lässt sich in drei Worten zusammenfassen: Subventionen reicher Länder

res. Genauso nahmen die in Frage kommenden Importe aus Afrika südlich der Sahara stark zu, als im Jahr 2001 die Vereinigten Staaten im Rahmen des African Growth and Opportunity Acts auf ihre Herkunftsregeln verzichteten. Bis 2003 war der Wert der Importe von 54 Millionen auf 668 Millionen US-Dollar gestiegen. Über 10.000 Arbeitsplätze wurden allein in Lesotho geschaffen.⁴¹ Die europäischen Importe aus Afrika südlich der Sahara nahmen im gleichen Zeitraum ab.

Was auch immer der Nutzen oder die Grenzen der bestehenden Vorzugsbehandlungen im Handel sein mögen, die Entwicklungsländer, die sie nutzen, werden unter ihrer Aushöhlung wahrscheinlich leiden. Wenn der Handel liberalisiert ist, sinkt der Spielraum für Vorzugsbehandlungen oder verschwindet ganz. Unter dem Multi-Faser Abkommen (MFA) genossen einige Entwicklungsländer – wie beispielsweise Bangladesch, Nepal und Sri Lanka – durch ein Quotensystem geschützten Zugang zu den Märkten der Industrieländer. Die Abschaffung dieser Quoten durch ein WTO-Abkommen zur Handelsliberalisierung wird diese Länder dem Wettbewerb mit konkurrenzfähigeren Anbietern wie China und Indien aussetzen. China hat seinen Marktanteil bereits ausgeweitet und damit eine aus der Textil- und Bekleidungsindustrie der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten kommende Welle von Appellen um Schutz ausgelöst, angeblich wegen unfairen Wettbewerbs. Diese Appelle sind fehl am Platz. Es gibt keine konkreten Hinweise auf unfairen Wettbewerb. Zudem waren es die Exporteure in den Entwicklungsländern, nicht die Produzenten in den Industrieländern, die die Kosten der Anpassung getragen haben, während die Importe aus China seit der Abschaffung der MFA-Quoten schlagartig zunahmen (siehe Kasten 4.4).

Einige der größten Verluste durch die Liberalisierung könnten in der Landwirtschaft auftreten. Die Handelspräferenzen der Europäischen Union bedeuten zum Beispiel, dass Länder wie Fidschi und Mauritius eine Quote für Zuckerexporte haben, für die sie das Dreifache des gegenwärtigen Weltmarktpreises bekommen. Der In-

ternationale Währungsfonds (IWF) schätzt die potenziellen Einbußen für Fidschi und Mauritius auf jeweils zwei bzw. vier Prozent des BIP.⁴² Im Falle von Mauritius folgt daraus, dass die Staatseinnahmen um ein Viertel niedriger sein werden, wodurch zentrale Bereiche des Sozialhaushalts bedroht sein werden.

Was diese Fälle unterstreichen, ist, dass die Liberalisierung des Handels in der sich entwickelnden Welt Gewinner und Verlierer hervorbringen kann. Die entwickelten Länder haben mit Verspätung begonnen, auf die Herausforderungen zu reagieren, die sich aus der Aushöhlung der Vorzugsbehandlungen ergeben. Doch wenn die menschliche Entwicklung in der Handelspolitik der Dreh- und Angelpunkt wäre, gäbe es bereits Hilfsprogramme. Finanzielle Unterstützung und andere Maßnahmen müssen dringend umgesetzt werden, um anfällige Länder und Menschen zu schützen. Allgemeiner gesagt hat das Versagen der entwickelten Länder, ihre Importpolitik mit einer Verpflichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele in Einklang zu bringen, die Fähigkeiten der armen Länder beschränkt, aus dem Handel Nutzen zu ziehen.

Handel mit Agrarerzeugnissen

Die Landwirtschaft ist zu einem Spannungsfeld in der Doha-Runde geworden. Es stehen strittige Fragen auf dem Spiel, die für die menschliche Entwicklung und die Millenniums-Entwicklungsziele von zentraler Bedeutung sind – die Regeln, die den Welthandel mit Agrarprodukten regeln. Mehr als zwei Drittel aller Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, arbeiten in ländlichen Gegenden, entweder als Kleinbauern oder als Landarbeiter. Unfaire Handelspraktiken untergraben systematisch die Lebensgrundlage dieser Menschen und behindern dabei die Fortschritte in Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele.

Das zentrale Problem in der Doha-Runde lässt sich in drei Worten zusammenfassen: Subventionen reicher Länder. Zwar haben die reichsten Länder der Welt in der letzten Welthandelsrunde, der Uruguay-Runde, verspro-

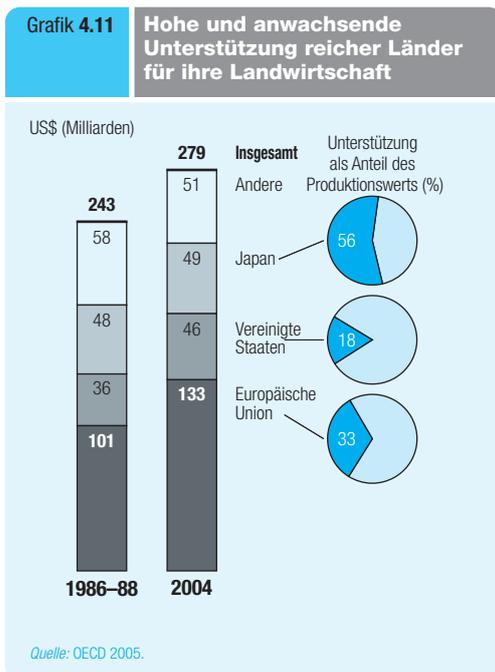
Die reichen Länder geben eine Milliarde US-Dollar pro Tag für die Unterstützung ihrer Landwirtschaftssysteme aus

chen, die Unterstützung für die Landwirtschaft zu reduzieren, doch sie haben das Gesamtniveau der an die Produzenten gezahlten Subventionen erhöht. Angeführt von den Agrarsubventionsmächten, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, stützen die entwickelten Länder ihre landwirtschaftliche Produktion derzeit mit 350 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die direkte Unterstützung der Produzenten lässt sich auf verschiedene Weise berechnen. Mit dem Producer Support Estimate (PSE) misst die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Kosten aller politischen Maßnahmen und Transferleistungen, die die inländischen Preise über dem Weltmarktniveau halten, mit rund 279 Milliarden US-Dollar oder einem Drittel des Produktionswertes. Für Japan steigt dieser Wert auf mehr als die Hälfte des Produktionswertes (Grafik 4.11).⁴³ Die Unterstützung erfolgt auf verschiedene Art und Weise. Meist wirkt sie preissteigernd, erhöht das Produktionsvolumen und kurbelt die Exporte an. Importzölle, die für mehrere Produkte, darunter Reis, Zucker, Obst und Nüsse,⁴⁴ bei über 100 Prozent liegen, halten die inländischen Preise auf einem Niveau, das über dem Weltmarktniveau liegt, während Budget-Transfers die Einkommen hochtreiben. Die meisten Regierungen der entwickelten Län-

der würden gar nichts davon halten, wenn irgendein Entwicklungsland Zölle oder Subventionen in diesem Umfang in Erwägung ziehen würde, doch wenn es um die Landwirtschaft geht, sind die reichen Länder in der Lage, ihre eigenen Standards zu setzen.

Einige führende Politiker in den entwickelten Ländern versuchen ihre Unterstützung für die Landwirtschaft zu rechtfertigen, indem sie sich auf das Ziel ländlicher Entwicklung und auf die Interessen schwächerer Bevölkerungsgruppen beziehen. Es gibt wenig Beweise, die diese Rechtfertigung stützen würden. In der wirklichen Welt gewinnen im jährlichen Kreislauf der mehrere Milliarden Dollar umfassenden Subventionszahlungen die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die unternehmerischen Interessen der Agrarindustrie und die Eigentümer von Grund und Boden. Nach Untersuchungen, die für diesen Bericht durchgeführt wurden, wird geschätzt, dass die Verteilung der Subventionen in den reichen Ländern ungleicher ist als die Einkommensverteilung in Brasilien (Kasten 4.5). Es wäre schwierig, ein noch regressiveres – oder noch ineffizienteres – System von Transferzahlungen zu entwerfen, als das derzeitige System der Agrarsubventionen es darstellt.

Die finanziellen Verpflichtungen gegenüber einer kleinen Gruppe von Nutznießern mit meist hohem Einkommen rücken den Finanzierungsbedarf der Millenniums-Entwicklungsziele ins rechte Licht. Die reichen Länder zahlen etwas mehr als eine Milliarde US-Dollar pro Jahr an Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft der Entwicklungsländer und geben knapp eine Milliarde US-Dollar pro Tag für die Unterstützung ihrer eigenen Landwirtschaftssysteme aus. Für einen Bruchteil dessen, was die reichen Länder zur Subventionierung der Überproduktion von Anbauprodukten wie Reis und Zucker ausgeben, könnte man den Finanzbedarf zur Erreichung der Millenniumsziele in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Wasser decken. Um es noch schlimmer zu machen, werden durch die Subventionen der reichen Länder nicht nur Mittel umgelenkt, sondern diese Subven-



tionen verschärfen auch die ländliche Armut in armen Ländern. Die Industrieländer sind in einem System gefangen, durch das im Inland Geld verschwendet wird und im Ausland Lebensgrundlagen zerstört werden. Wenn es um den Welthandel mit Agrarprodukten geht, wird der Erfolg am Markt nicht durch komparative Vorteile bestimmt, sondern durch komparativ besseren Zugang zu Subventionen – ein Bereich, in dem die Produzenten in armen Ländern nicht konkurrieren können.

Ein hohes Niveau an Unterstützung für die Landwirtschaft führt zu mehr Output, weniger Importen und mehr Exporten als es sonst der Fall wäre. Diese Unterstützung erklärt auch, warum die Industrieländer den Welthandel mit Agrarprodukten weiterhin beherrschen. Ende der 1990er Jahre machten die Agrarexporte der entwickelten Länder zwei Drittel aller Weltagrarexporte aus – der gleiche Anteil wie 1980.⁴⁵ Die ländliche Bevölkerung in Entwicklungsländern wird auf verschiedene Weise getroffen. Auf dem globalen und lokalen Markt werden die Bauern durch subventionierte Exporte unterboten, was ihre Erlöse und die Löhne der Landarbeiter drückt. Währenddessen müssen Produzenten, die Zugang zu den Märkten der Industrieländer suchen, mit einigen der höchsten Spitzenzölle im Welthandel fertig werden.

Nach aktuellen Schätzungen erleiden die Entwicklungsländer aufgrund von Protektionismus und Subventionen in den entwickelten Ländern jährlich Einkommenseinbußen in der Landwirtschaft in Höhe von ca. 24 Milliarden US-Dollar. Darin sind die dynamischen Wirkungen und Multiplikatoreffekte noch nicht berücksichtigt.⁴⁶ Jeder US-Dollar, der durch die unfaire Agrarhandelspolitik eingebüßt wird, kostet die ländliche Bevölkerung mehr als einen Dollar, denn die eingebüßte Kaufkraft bedeutet weniger Einkommen für Investitionen und Beschäftigung. Die Multiplikatoreffekte sind erheblich. Studien in Afrika deuten darauf hin, dass auf jeden zusätzlich eingenommenen US-Dollar im ländlichen Wirtschaftskreislauf drei weitere US-Dollar

kommen, die durch die lokalen Märkte erwirtschaftet werden. Dies würde darauf schließen lassen, dass sich die realen Kosten der Unterstützung der Landwirtschaft in den reichen Ländern sogar auf 72 Milliarden US-Dollar pro Jahr belaufen könnten – ein Betrag, der der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe des Jahres 2003 entspricht.

Kasten 4.5 Wohin fließen die Subventionen?

Ein früherer EU-Landwirtschaftsminister hat die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) als einen integralen Bestandteil des „Sozialmodells“ der EU beschrieben. In den Vereinigten Staaten wurde der umstrittene Farm Act aus dem Jahr 2002 als eine Investition in landwirtschaftliche Familienbetriebe präsentiert. Die Tatsachen sind jedoch ganz andere.

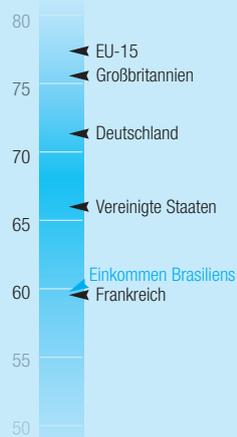
Die Subventionen in Europa und den Vereinigten Staaten stehen in direktem Zusammenhang mit der Produktionsmenge und der Größe des jeweiligen Grundbesitzes, mit einer überwältigenden Folge: Je größer ein Betrieb ist, desto mehr bekommt er. In der Europäischen Union gehen drei Viertel der GAP-Unterstützung an die größten zehn Prozent der Subventionsempfänger. Im Jahr 2003 teilten sich sechs Zuckerhersteller eine gezahlte Summe von 831 Millionen Euro. In den Vereinigten Staaten ist das Verteilungsmuster noch stärker verzerrt. Nur 40 Prozent der Bauern erhalten überhaupt Subventionen. Innerhalb dieser Gruppe bekommen die reichsten fünf Prozent über die Hälfte – was pro Betrieb circa 470.000 US-Dollar ausmacht.

Ein Weg, die Verteilungsgerechtigkeit der Agrarsubventionen zu bewerten, besteht darin, einen Gini-Koeffizienten für die staatliche Unterstützung zu konstruieren. So gemessen ist die Verteilung der EU- und US-Subventionen ungleicher als die Einkommensverteilung in den Ländern mit der weltweit größten Ungleichverteilung. Dadurch wird in Frage gestellt, ob Subventionen wirklich eine wichtige Rolle für die soziale Wohlfahrt spielen (siehe Grafik). Der Gini-Koeffizient für EU-Subventionen beträgt 77, verglichen mit einem Einkommens-Gini-Koeffizienten für Brasilien – einem der Länder mit der größten Ungleichverteilung weltweit – von 60. Diese Zahlen stellen noch zurückhaltend dar, welche Rückwirkungen die Agrarsubventionen haben. Ein großer Teil des Endwertes der Subventionen wird in Form des steigenden Wertes von Grund und Boden und von Pacht kapitalisiert oder verwandelt sich in Gewinne auf Seiten der Zulieferer. In den Vereinigten Staaten behalten die Bauern nur circa 40 Prozent des Wertes der staatlichen Zahlungen.

Quellen: Burfisher und Hopkins 2003; Oxfam International 2004a; Environmental Working Group 2005.

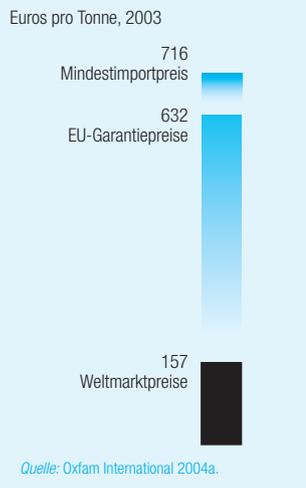
Subventionen begünstigen vorwiegend die größten landwirtschaftlichen Betriebe

Gini-Koeffizient der landwirtschaftlichen Subventionen, 2001



Quelle: Samman 2005, Daten zu Brasilien aus Indikatorabelle 15.

Grafik 4.12 EU-Zucker – im Übermaß produziert und auf die Weltmärkte geworfen



Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Nichts verdeutlicht die perverse Logik der Agrarsubventionen besser, als die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) – ein System, das die Produzenten mit 51 Milliarden US-Dollar (43 Milliarden Euro) Unterstützung überhäuft. Die Gemeinsame Agrarpolitik stützt einen Sektor, der weniger als zwei Prozent aller Arbeitsplätze ausmacht, aber mehr als 40 Prozent des gesamten Haushaltes der EU verschluckt. Zucker ist als Fallbeispiel für irrationale staatliche Politik der *Primus inter pares* (Grafik 4.12). Die Bauern und verarbeitenden Betriebe erhalten ein Vierfaches des Weltmarktpreises für Zucker und erzeugen einen Überschuss von vier Millionen Tonnen. Dieser Überschuss wird dann auf den Weltmarkt geworfen, mit Hilfe von mehr als einer Milliarde US-Dollar Exportsubventionen, die an eine kleine Gruppe Zucker verarbeitender Betriebe gezahlt werden. Das Ergebnis: Europa ist weltweit der zweitgrößte Exporteur eines Produktes, beim dem es keinen komparativen Vorteil hat.

Die Produzenten in Entwicklungsländern bezahlen die Rechnung. Die subventionierten Exporte von EU-Zucker drücken den Weltmarktpreis um rund ein Drittel. Im Ergebnis erleiden weitaus effizientere Zucker-Exporteure in Entwicklungsländern Einbußen an Deviseneinnahmen. Für Brasilien werden sie auf 494 Millionen US-Dollar geschätzt, für Südafrika auf 151 Millionen US-Dollar und für Thailand auf 60 Millionen US-Dollar. Dies sind Länder, in denen mehr als 60 Millionen Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben.⁴⁷ Mosambik, ein Land, das eine konkurrenzfähige Zuckerindustrie aufbaut, die eine große Zahl von Landarbeitern beschäftigt, wird währenddessen von den EU-Märkten ferngehalten – durch eine Importquote, die es diesem Land nicht erlaubt, mehr zu liefern, als das Äquivalent des Wertes von vier Stunden Konsum der EU. Wenn es um die Landwirtschaft geht, sind der Offenheit der Europäischen Union deutliche Grenzen gesetzt.

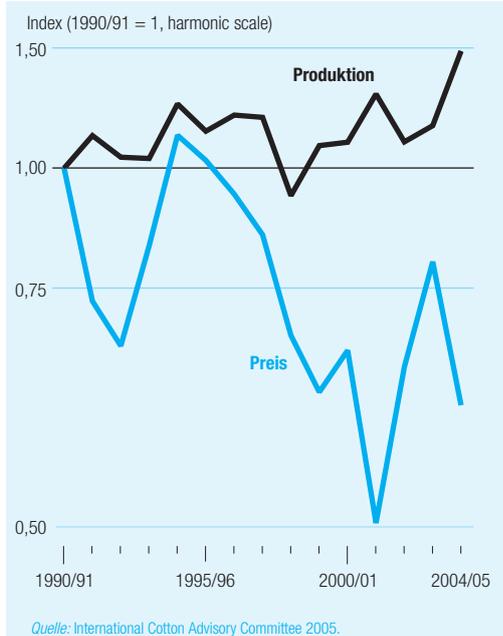
Baumwoll- und Reispolitik der USA

Die Baumwollpolitik in den USA liefert ein weiteres Beispiel für Marktverzerrungen durch Sub-

ventionen, die der menschlichen Entwicklung schaden. Wie auch die Zuckerpolitik der EU überspannt der Umfang dieser Subventionen den Bogen der Glaubwürdigkeit. Das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium schätzt, dass seine 20.000 Baumwollbauern im Jahr 2005 staatliche Zahlungen in Höhe von 4,7 Milliarden US-Dollar erhalten werden – eine Summe, die dem Marktwert dieser Baumwolle entspricht und die mehr als die US-amerikanische Entwicklungshilfe für die Länder Afrikas südlich der Sahara ausmacht.⁴⁸ Subventionen dieser Größenordnung rufen Erinnerungen an die staatlichen Planwirtschaftssysteme wach, die für die frühere Sowjetunion kennzeichnend waren. Von direkterer Bedeutung sind die Auswirkungen der Subventionen auf die Baumwollbauern in armen Ländern.

Die Preisverzerrungen, die durch US-amerikanische Subventionen verursacht werden, haben direkte Auswirkungen auf diese kleinbäuerlichen Produzenten. Diese Subventionen drücken den Weltmarktpreis um neun bis 13 Prozent und ermöglichen es den US-amerikanischen Produzenten, mit einem Marktanteil von rund einem Drittel die Weltexportmärkte zu beherrschen. Ohne Subventionen

Grafik 4.13 US-Baumwollproduktion – immun gegen Veränderungen der Weltmarktpreise



wären diese Exporte nicht möglich. Das hohe Niveau an staatlicher Unterstützung isoliert die US-amerikanischen Produzenten auf wirksame Weise von den Preissignalen des Weltmarktes und erlaubt es ihnen, ohne Berücksichtigung der Marktbedingungen die Produktion auszuweiten. Auf perverse Art und Weise schaffen die zusätzlichen Subventionen, die gezahlt werden, wenn die Weltpreise fallen, Anreize, die Produktion in Niedrigpreisphasen auszuweiten, während andere Länder die Kosten der Anpassung tragen (Grafik 4.13). Diese Anpassungskosten sind sehr hoch. Im Jahr 2001, als der Weltmarktpreis für Baumwolle auf den niedrigsten Stand seit 50 Jahren fiel, wurden die Einbußen, die auf US-amerikanische Baumwollsubventionen zurückzuführen waren, in Ländern wie Burkina Faso und Mali auf ein bis drei Prozent des BIP geschätzt – in einer Region, in der rund zwei Millionen Kleinbauern von der Baumwolle als Haupteinkommensquelle, und in einigen Fällen als der einzigen Einkommensquelle, abhängig sind. Diese Einbußen schaden den armen Haushalten, deren niedrigere Einkommen ihre Ernährungslage gefährdeten sowie die für Gesundheit, Bildung und Investitionen in die Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel. Allein in Benin waren die gefallenen Baumwollpreise 2001-02 mit einer Zunahme der Armut von 37 Prozent auf 59 Prozent verbunden.⁴⁹

Ganze Volkswirtschaften werden durch die Verzerrungen auf dem Weltmarkt für Baumwolle destabilisiert, wobei die armen Länder die Hauptlast tragen. Für die Vereinigten Staaten sind die Baumwollexporte von marginaler Bedeutung. In Burkina Faso dagegen macht die Baumwolle 50 Prozent des Exportwertes aus und ist eine Hauptstütze der Volkswirtschaft. Der Weltmarkt für Baumwolle steuert 2005 auf einen erneuten tiefen Preissturz zu. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass durch die sich verschlechternden Terms of Trade das Wirtschaftswachstum in Burkina Faso um 2,5 Prozent des BIP sinken wird, womit sich das vorausgesagte Wachstum halbiert.⁵⁰ Dieses Ergebnis hat schwerwiegende Konsequenzen für die Anstrengungen, das Mil-

lenniums-Entwicklungsziel der Halbierung der Einkommensarmut zu erreichen. Es droht auch die Zahlungsbilanzen zu destabilisieren. Die Zuflüsse an Entwicklungshilfe reichen nicht aus, um wachsende Defizite auszugleichen. Die menschliche Entwicklung wird leiden, sowohl aufgrund der Auswirkungen auf die ländliche Armut als auch aufgrund der gesunkenen Importkapazitäten.

Nicht alle Probleme auf den internationalen Baumwollmärkten lassen sich auf die US-amerikanische Agrarpolitik zurückführen. Die steigende Produktion in anderen Ländern, insbesondere in China, und hohe Subventionen in der Europäischen Union tragen ebenfalls dazu bei.⁵¹ Da die Vereinigten Staaten aber der weltgrößte Exporteur sind, hat ihre Politik besonders starke Auswirkungen auf den Weltmarkt.

Es sind nicht nur die für den Export produzierenden Kleinbauern, die Einkommenseinbußen erleiden. Die US-amerikanische Reispolitik schadet den einheimischen Produzenten in vielen Ländern. In den Jahren 2002/2003 wurde der Reis, der in den Vereinigten Staaten zu Kosten von 415 US-Dollar pro Tonne angebaut wurde, für 274 US-Dollar pro Tonne exportiert.⁵² Konkurrierende Reisexporteure wie Thailand und Vietnam müssen sich an diesen unfairen Wettbewerb anpassen, ebenso wie Millionen Reisbauern, die für den einheimischen Markt anbauen. In Ländern wie Ghana und Haiti sind Reisbauern durch US-amerikanische Importe aus den nationalen Märkten herausgedrängt worden. Dadurch werden die Aussichten auf die Entwicklung einer dynamischen ländlichen Wirtschaft untergraben. In Ghana wurden durch die billigen Importe aus den USA die Märkte für die Reisbauern im ärmsten nördlichen Teil des Landes immer enger. Der IWF hat sich gegen das Erheben von Zöllen zur Beschränkung dieser Importe ausgesprochen, mit der Begründung, dass es keine Hinweise auf unfairen Wettbewerb gebe. Diese Beurteilung ist kaum mit der Tatsache zu vereinbaren, dass sich die Zahlungen für Reis aus dem US-amerikanischen Haushalt im Jahr 2003 auf 1,3 Milliarden US-Dollar beliefen – fast drei Viertel des Produktionswertes.

Kasten 4.6 Wann ist eine Subvention keine Subvention?

Die Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage ist einfach: Wenn die entwickelten Länder es sagen. Ein Problem, vor dem die Entwicklungsländer jetzt stehen, besteht darin, dass die Industrieländer ihre Unterstützung in Subventionsbereiche verlagert haben, die von den WTO-Regeln kaum erfasst sind – Regeln, die unter dem Einfluss der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten kunstvoll gestaltet wurden.

Mit dem Landwirtschaftsabkommen, das in der Uruguay-Runde im Wesentlichen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten ausgehandelt wurde, wurden drei Subventionskategorien eingeführt. Die „Amber Box“-Subventionen unterliegen jeglichen Kürzungen von Unterstützungen, die in der WTO vereinbart werden. Die „Green Box“-Subventionen werden als „nicht verzerrend“ angesehen und sind erlaubt. Zwischen diesen beiden Kategorien gibt es die „Blue Box“-Subventionen – Zahlungen, die von Subventionskürzungen ausgenommen sind, wenn die Subventionen mit Flächenstilllegungen zusammenhängen. Sie wurden eingeführt, weil die Europäische Union darauf bestand, um Anpassungen an die GAP-Reformen vorzunehmen. Mit den GAP-Reformen werden die direkten Zahlungsansprüche davon abhängig gemacht, dass die Produzenten einen bestimmten Teil ihrer Anbaufläche stilllegen.

Warum sind diese Unterscheidungen von Bedeutung? Weil der WTO-Rahmen gar keine oder nur wenig Disziplin darüber ausübt, in welche Formen von Unterstützung die Regierungen der entwickelten Länder ihre landwirtschaftlichen Subventionen nun genau lenken. Im Jahr 2001 (dem letzten Jahr, für das Angaben bei der WTO verfügbar sind), gaben die Vereinigten Staaten 50 Milliarden US-Dollar für „Green Box“-Zahlungen aus – dreimal so viel wie für „Amber Box“-Zahlungen (siehe Tabelle). Die Europäische Union stand dem in nichts nach und gab 50 Milliarden US-Dollar für „Green Box“- und „Blue Box“-Zahlungen aus – mehr als für „Amber Box“-Zahlungen. In beiden Fällen waren die Subventionssupermächte in der Lage, unter der WTO-Subventionsobergrenze zu bleiben, indem sie den Gesamtumfang an Unterstützung nicht kürzten sondern umstrukturierten. Das Ergebnis davon ist, dass für WTO-Zwecke viele der Subventionen, die es Europa in Bezug auf Getreide und den Vereinigten Staaten in Bezug auf Reis, Baumwolle, Mais und andere Anbauprodukte erlauben, auf dem Weltmarkt unter Kosten zu verkaufen, momentan nicht als Exportsubventionen oder als handelsverzerrend eingestuft werden. Sie sind daher potenziell von jeglichen Abkommen, die die Kürzung solcher Subventionen vorsehen, ausgenommen.

Einige Entwicklungsländer haben bereits WTO-Panels zur Streitschlichtung genutzt, um bestimmte Subventionen anzufechten. Brasilien hat die US-amerikanische „Green Box“-Kategorisierung direkter Zahlungen für Baumwolle erfolgreich angefochten.

Die Rechtmäßigkeit der Zucker-Subventionen der Europäischen Union ist von Brasilien, Indien und Thailand ebenfalls erfolgreich angefochten worden. Ein WTO-Panel hat entschieden, dass diese Subventionen nicht den WTO-Regeln entsprechen. Es besteht jedoch zunehmend die Gefahr, dass eine Einigung in der WTO genügend Spielraum bieten könnte, um die Agrarsubventionen insgesamt (definiert nach dem Producer Support Estimate der OECD) auf etwa dem derzeitigen Niveau zu belassen, wenngleich in neuer Verpackung.

Hohe Subventionen entziehen sich den Regeln der Welthandelsorganisation

(Milliarden US-Dollar, 2001/02)

	Europäische Union	Vereinigte Staaten
Amber Box	44,3	14,4
Maximum an Amber Box-Subventionen, die nach den Regeln der WTO erlaubt sind	75,7	19,1
Blue Box	26,7	0,0
Green Box	23,3	50,7

Quelle: WTO 2005.

Ein solches Ergebnis würde die Glaubwürdigkeit jedes Doha-Landwirtschaftsabkommens ernsthaft beeinträchtigen. Nicht alle Subventionen haben gleichermaßen verzerrende Wirkungen. Doch der jährliche Transfer von Milliarden von Dollar an große landwirtschaftliche Betriebe hat ganz klar marktverzerrende Wirkungen, selbst wenn diese Zahlungen formal als nicht verzerrend eingestuft werden. Dies gilt insbesondere für Sektoren, in denen große Überschüsse für den Weltmarkt produziert werden. Zumindest bieten diese Zahlungen Garantien gegen Risiken, Kapital für Investitionen und Sicherheiten für Kredite.

Aus Sicht der Baumwollbauern in Burkina Faso oder der Reisbauern in Ghana ist die genaue rechtliche Kategorisierung von Subventionen in der WTO nicht so unmittelbar von Bedeutung wie die Frage, ob die Subventionen in reichen Ländern ihre Lebensgrundlage untergraben. Das Problem des gegenwärtigen Handelsregimes im Agrarbereich besteht darin, dass es unfaire Handelspraktiken mit einem äußeren Anstrich an Legalität institutionalisiert und dabei die Legitimität des auf Regeln basierenden multilateralen Systems schwächt. Die Entwicklung von WTO-Regeln, die den unfairen Wettbewerb zwischen entwickelten und Entwicklungsländern verbieten, sollte einer der Maßstäbe sein, anhand dessen die Ergebnisse der gesamten Doha-Runde beurteilt werden müssen.

Quellen: US Department of Agriculture, Economic Research Service 2005b; Watkins 2003b.

Die Regeln für die Landwirtschaft neu definieren

Die Doha-Runde bietet Gelegenheit, eines der krassesten Beispiele für unfairen Handel abzuschaffen. Die Subventionen der entwickelten Länder haben zwar eine lange und unehrenhafte Geschichte, doch es ist jetzt dringender denn je geboten, sie zu senken, denn dadurch würde ein Hindernis bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele abgeschafft. Leider gab es in dieser Richtung bislang wenig Fortschritte. Seit Beginn der Doha-Runde haben die Vereinigten Staaten Gesetze erlassen, durch die die Unterstützung für die Landwirtschaft um circa sieben Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöht wird.⁵³ Die neue Gesetzgebung stärkt auch die Zusammenhänge zwischen Subventionen und der Produktion, die durch vorangegangene Gesetzgebungen geschwächt worden waren.

Die jüngsten Verrenkungen in der andauernden Saga der GAP-Reformen geben ebenso wenig Anlass für Optimismus. Mit Maßnahmen, die 2003 vereinbart wurden, hat die Europäische Union einen Rahmen geschaffen, der die Unterstützung zwar neu strukturieren, aber insgesamt nicht reduzieren wird. Der GAP-Haushalt soll im Laufe der nächsten zehn Jahre steigen. Die Europäische Union argumentiert, dass die reformierten GAP-Zahlungen „WTO-freundlich“ sein werden und deshalb von jedweden Kürzungen ausgenommen wären, auf die man sich im Ergebnis der Doha-Runde geeinigt habe. Die nationalen Regelungen geben den Regierungen jedoch auch den Spielraum, Subventionen weiterhin an die Produktion zu koppeln. Wie werden Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik den Gesamtumfang der Unterstützung beeinflussen? Die OECD hat auf der Grundlage von Hochrechnungen, die die Auswirkungen der neuen Struktur der Zahlungen erfassen, eine Evaluierung erstellt. Darin kommt sie zu dem Schluss, dass sich im Ergebnis der Reform die Unterstützung für die Produzenten weiterhin auf mehr als ein Drittel des Produktionswertes belaufen wird (wobei das Producer Support Estimate nur um knapp über ein Prozent sinken wird). Da

die Zahlungen weiterhin mit den Produktionsergebnissen aus der Vergangenheit und der Größe des jeweiligen Grundbesitzes zusammenhängen werden, wird die Unterstützung weiterhin den größeren und reicheren Bauern zugute kommen.⁵⁴ Zwar wird sich die Struktur der Zahlungen ändern, doch die Stützung der Marktpreise wird im Rahmen der reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik weiterhin 52 Prozent der Gesamtsumme betragen.

In der WTO selbst entstehen neue Bedrohungen. Statt die grundlegende Herausforderung direkt anzugehen und Marktverzerrungen abzuschaffen, haben die entwickelten Länder begonnen, die Subventionen auf ausgeklügelte Weise neu zu verpacken (Kasten 4.6). Die Gefahr besteht nun darin, dass durch eine Einigung in der WTO genau die Verzerrungen aufrechterhalten werden, die durch die Doha-Runde abgeschafft werden sollten. Dabei werden die Aussichten auf die Erreichung der Millenniumsziele untergraben.

Abschaffung des entwicklungs-politischen Spielraums

In der letzten Welthandelsrunde ist der Geltungsbereich von WTO-Regeln auf neue Bereiche ausgeweitet worden. Außerdem sind die Durchsetzungsmechanismen gestärkt worden. Unter dem neuen Handelsregime müssen die WTO-Mitglieder nun allen Abkommen als Gesamtpaket Folge leisten – ein Arrangement, das als „Single Undertaking“ bekannt ist. Die Einhaltung wird durch ein Streitschlichtungsverfahren durchgesetzt. Parallel zu den gestärkten multilateralen Handelsregeln nimmt die Zahl regionaler Abkommen stark zu. Es gibt inzwischen circa 230 regionale Handelsabkommen, die rund 40 Prozent des Welthandels abdecken. Insbesondere in vier Bereichen werden stärkere multilaterale Regeln oder regionale Abkommen wesentlichen Einfluss auf die menschliche Entwicklung und die zukünftige Verteilung des Nutzens aus dem Welthandel haben: Industriepolitik, geistiges Eigentum, Dienstleistungen, Zölle und Staatseinnahmen.

Seit Beginn der Doha-Runde haben die Vereinigten Staaten Gesetze erlassen, durch die die Unterstützung für die Landwirtschaft um circa sieben Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöht wird

Eine der wichtigsten Antriebskräfte für industrielle Entwicklung liegt in der Integration einheimischer Firmen in globale Zulieferketten. Erfolge in diesem Bereich hängen entscheidend von der jeweiligen Industriepolitik ab.

Eine der am weitesten entwickelten Zulieferketten ist die der Automobilindustrie. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts haben Unternehmen in Indien begonnen, sich zu einer mächtigen Kraft zu entwickeln, insbesondere im Autoteile-Sektor. Indische Firmen wie Bharat Forge, Brakes India und Sundaram sind erfolgreich in Produktionsbereiche mit höherer Wertschöpfung aufgestiegen, oft in Zusammenarbeit mit multinationalen Unternehmen. Der Unterschied zu Lateinamerika ist bemerkenswert. Dort wurde eine relativ gut entwickelte Industrie von ausländischen Automobilunternehmen, die auf ihre eigenen Zulieferer zurückgreifen, aus einheimischen und regionalen Märkten verdrängt.

Zu Beginn der 1990er Jahre begannen multinationale Investoren in großer Zahl auf den indischen Markt zu drängen. Es wurde von ihnen verlangt, dass sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf einen hohen Anteil einheimischer Bauteile kamen (häufig zum Beispiel auf 70 Prozent innerhalb von drei Jahren). Um dies zu schaffen, mussten multinationale Unternehmen dazu übergehen, Komponenten von einheimischen Unternehmen zu beziehen, statt zu importieren. Dadurch wurden für die Autobauer Anreize geschaffen, eng mit den Zulieferern zusammenzuarbeiten, um die Qualitätsstandards zu erhöhen. Außerdem machte die indische Regierung multinationalen Investoren Auflagen, Aus- und Fortbildungen anzubieten.

Die Exporterfolge folgten auf einen langen Zeitraum, in dem die Märkte geschützt waren. Hohe Import-Barrieren schufen Anreize für ausländische Investoren, sich in Indien niederzulassen und Allianzen mit einheimischen Firmen einzugehen. Die Barrieren wurden, in krassem Gegensatz zu Lateinamerika, langsam abgebaut. Die Zölle auf importierte Autos und Autoteile lagen Mitte der 1990er Jahre im Durchschnitt in Indien bei mehr als 30 Prozent, während sie in Lateinamerika bei weniger als drei Prozent lagen.

Die Zulieferkette für Komponenten hat sich schnell entwickelt. Der Wert der Produktion stieg von 2,4 Milliarden US-Dollar 1997 auf 4,2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001. Auch hat sich Indien zu einem bedeutenden Exporteur entwickelt. Circa 15 Prozent der Produktion gehen mittlerweile in den Export. 2002-2003 machte der Exportwert 800 Millionen US-Dollar aus. Internationale Vergleiche zeigen, dass die indischen Top-Unternehmen bei einem breiten Spektrum von Autoteilen weltweit wettbewerbsfähig sind. Die einheimischen Firmen haben den Anteil fehlerhafter Produkte drastisch gesenkt und greifen auf Fachkräfte zurück, um die neuen Technologien zu beherrschen.

Marktforschungsergebnisse indischer Firmen deuten darauf hin, dass es unwahrscheinlich ist, dass Änderungen der WTO-Regeln die Position einheimischer Firmen untergraben. Die meisten ausländischen Investoren berichten, dass die indischen Zulieferer genauso effizient seien, wie die Lieferanten alternativer Produkte, die importiert werden müssten.

Es waren jedoch Auflagen in Bezug auf den einheimischen Produktanteil, die dazu genutzt wurden, die Entwicklung der Autoteile-Industrie anzukurbeln. Solche politischen Maßnahmen sind nicht immer geeignet oder erfolgreich. Doch in diesem Falle wurde eine junge Industrie erfolgreich gehegt, unter Beteiligung internationaler Automobilfirmen. Die zentrale Frage ist, ob in anderen Fällen multinationale Firmen auf dem einheimischen Markt einkaufen werden, da die WTO-Regeln Bestimmungen über einen einheimischen Produktanteil ausschließen.

Quellen: Sutton 2004; Tewari 2003

Industriepolitik

Eines der dringendsten Probleme der Entwicklungsländer besteht darin, die Kapazitäten zu entwickeln, die nötig sind, um in Bereiche des Welt Handels vorzustoßen, in denen die Wertschöpfung höher ist. Aus bereits erläuterten Gründen ist eine aktive Industrie- und Technologiepolitik eine zentrale Voraussetzung. Die gegenwärtigen Regeln schränken den staatlichen Handlungsspielraum in diesem Bereich stark ein.

Mehrere WTO-Abkommen beschränken ausdrücklich den politischen Spielraum, der den Regierungen zur Verfügung steht. Das Übereinkommen über Subventionen erklärt ein breites Spektrum an Steuer- und Kreditanreizen für den Exportsektor als illegal. In ähnlicher Weise verbietet das Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMs) Instrumente, die erfolgreiche Volkswirtschaften in Ostasien und anderswo einst eingesetzt haben, um den Nutzen ausländischer Investitionen zu maximieren, darunter Anforderungen an den einheimischen Produktanteil, Technologietransfer, einheimische Beschäftigung und Bestimmungen im Bereich Forschung und Entwicklung.

Dieses Verbot ist ungerechtfertigt. Nicht jede Industriepolitik hat funktioniert. Es gibt nicht wenige Beispiele dafür, dass sich spezielle Interessengruppen solche politischen Handlungskonzepte angeeignet haben oder dass diese zu Investitionsruinen geführt haben. Gleichzeitig ist es schwierig, Beispiele für Branchen zu finden, die auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren, ohne dass ein Staat aktiv involviert ist. Viele der politischen Maßnahmen, die die industrielle Entwicklung Ostasiens unterstützt haben, sind heute durch die WTO-Regeln verboten.⁵⁵ China hat die Bestimmungen zum einheimischen Produktanteil und Technologietransfer umfassend genutzt. Dies hat dazu geführt, dass weltweit konkurrenzfähige Firmen entstanden sind, die schnell in Bereiche des Welthandels mit höherer Wertschöpfung aufgestiegen sind. Die brasilianische Flugzeugindustrie, drittgrößte Quelle von Exporteinnahmen des Landes, wurde mit subventionierten Krediten unterstützt. Indiens rasch wachsende Autoteile-Branche wurde

durch die Regulierung ausländischer Investitionen unterstützt, darunter Bestimmungen zum einheimischen Produktanteil (Kasten 4.7). In Lateinamerika, wo die Autoteile-Industrie sich eng an die vorgeschlagenen WTO-Regeln hält, sind einheimische Firmen fast vollständig durch ausländische transnationale Unternehmen verdrängt worden.⁵⁶

Das Ziel der Industriepolitik sollte darin bestehen, die Bedingungen zu schaffen, unter denen Länder die technologischen Fähigkeiten erwerben können, die sie brauchen, um die Produktivität zu erhöhen, die Vorteile aus der Beteiligung am Handel zu maximieren und einen dynamischen komparativen Vorteil zu entwickeln.⁵⁷ Reine Protektion und abschreckende Maßnahmen für ausländische Investitionen sind nicht hilfreich. Um erfolgreich zu sein, muss die Industriepolitik sich auf neue, dynamische Sektoren konzentrieren, zeitlich beschränkten Schutz vor Importen bieten und Aktivitäten fördern, die zu Investitionen und technologischer Streuung führen. Transparente Interaktionen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sind von entscheidender Bedeutung.

Allgemeine WTO-Regeln könnten helfen, die Transparenz und Berechenbarkeit zu fördern, die nötig sind, um sicherzustellen, dass die Industriepolitik nicht Handelsstreitigkeiten auslöst, wie es zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zunehmend der Fall ist. Doch das gegenwärtige Handelsregime steht absolut nicht im Einklang mit dem, was nötig ist, um die Verbindungen zwischen Handel und menschlicher Entwicklung zu stärken. Der Ausgangspunkt für Reformen sollte sein, dass man anerkennt, dass der Zweck des Multilateralismus nicht darin besteht, Ländern mit unterschiedlichen Ansätzen und unterschiedlichem Entwicklungsniveau gemeinsame Regeln oder die Blaupause des freien Marktes aufzuerlegen, sondern dass man die Gründe für unterschiedliche politische Handlungskonzepte akzeptiert. Das auf Regeln basierende System könnte dann auf die zentrale Herausforderung ausgerichtet werden, die Vorhersehbarkeit zu erhöhen und Konflikte zu vermeiden.

Geistiges Eigentum

Regeln zum geistigen Eigentum haben bedeutenden Einfluss auf die menschliche Entwicklung. Sie beeinflussen die Bedingungen, zu denen arme Länder die neuen Technologien erwerben und anpassen können, die sie brauchen, um den Lebensstandard zu erhöhen und im Welthandel erfolgreich zu sein. Sie beeinflussen auch den Zugang zu Medikamenten. Alle Regeln zum geistigen Eigentum müssen zwei Ziele miteinander in Einklang bringen: durch Patente und andere Maßnahmen Anreize für Innovationen zu schaffen und den Nutzen von Innovationen so breit wie möglich zu streuen. Das WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) und die „TRIPS plus“-Varianten in regionalen und bilateralen Abkommen schaffen nicht den richtigen Ausgleich zwischen den Interessen derjenigen, die über die Technologien verfügen, und dem breiteren öffentlichen Interesse.

Das TRIPS-Abkommen legt ein globales Regelwerk für geistige Eigentumsrechte fest. Es basiert auf dem Niveau an Protektion, das in den am stärksten entwickelten Ländern der Welt üblich ist. Dazu gehört Patentschutz über einen Zeitraum von zwanzig Jahren. Auf den Punkt gebracht wird das neue Regime die Preise patentierter Technologien erhöhen. Es schafft Gewinne für die Inhaber von Patenten und erhöht die Kosten des Technologietransfers. Firmen in den entwickelten Ländern erhalten derzeit 96 Prozent aller Tantiemen aus Patenten bzw. 71 Milliarden US-Dollar pro Jahr.⁵⁸

Das TRIPS-Abkommen droht die technologische Kluft zwischen technologiereichen und technologiearmen Ländern zu vergrößern. Die Fähigkeit, Technologien zu kopieren, die in wirtschaftlich fortgeschritteneren Ländern entwickelt worden waren, war ein wichtiges Element, das es in der Vergangenheit anderen Ländern ermöglicht hat, aufzuholen. Im 19. Jahrhundert kopierten die Vereinigten Staaten britische Patente. In Ostasien haben Japan, Südkorea (Korea, Rep.), die chinesische Provinz Taiwan und China Technologien durch Nachahmung und Kopieren verbessert.

Das TRIPS-Abkommen
droht die technologische
Kluft zwischen
technologiereichen
und technologiearmen
Ländern zu vergrößern

Strengere Regeln zum geistigen Eigentum werden die Preise in die Höhe treiben

Der Spielraum für derartige Strategien wurde nun durch die Länder abgeschafft, die auf der Technologie-Leiter ganz oben stehen. Da Technologien für die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Handel eine zunehmend wichtige Rolle spielen, könnten die steigenden Kosten für Technologie-Importe viele Entwicklungsländer weiter an den Rand drängen.

Im öffentlichen Gesundheitswesen sind die Bedrohungen durch das TRIPS-Abkommen für die menschliche Entwicklung besonders ausgeprägt.⁵⁹ Die Preise für Medikamente werden stark durch die Bedingungen beeinflusst, zu denen durch Nachahmung hergestellte generische Produkte auf den Markt kommen und mit patentierten oder Markenprodukten konkurrieren können. Als zum Beispiel die generische Version von Flucanazol, einem Medikament zur Behandlung von HIV/AIDS, in Thailand auf den Markt kam, fielen die Preise auf drei Prozent des ursprünglichen Niveaus. Strengere Regeln zum geistigen Eigentum werden den Zugang für generische Medikamente verzögern und die Preise in die Höhe treiben. In armen Ländern, wo die Haushalte drei Viertel der Arzneimittelkosten tragen, ist die Nachfrage nach Medikamenten stark preissensibel. Nach einer Schätzung werden im Zusammenhang mit den höheren Arzneimittelkosten in Indien die Ausgaben der Haushalte um rund 670 Million US-Dollar steigen, auf fast das Doppelte der gegenwärtigen Ausgaben für anti-bakteriell wirkende Medikamente.⁶⁰ Auch die Anbieter im öffentlichen Gesundheitswesen werden sich an höhere Kosten anpassen müssen. Nach Schätzungen der Regierung von Costa Rica müsste ohne Zugang zu generischen Medikamenten das Haushaltsvolumen des Landes für pharmazeutische Produkte um den Faktor fünf steigen, um die allgemeine Versorgung aufrechtzuerhalten.

Die Sorge, dass ein stärkerer Patentschutz zu höheren Arzneimittelpreisen führen würde, war der Grund, warum die Regierungen im Jahr 2003 die Doha-Erklärung zu öffentlicher Gesundheit verabschiedeten. Im

Wesentlichen stärkt die Erklärung das Recht von Ländern mit ungenügenden Produktionskapazitäten, zur Förderung der öffentlichen Gesundheit Zwangslizenzen zu nutzen, um kostengünstige Kopien patentierter Medikamente zu importieren. Die Erklärung legt fest, dass das TRIPS-Abkommen die Mitgliedsstaaten nicht daran hindern solle, Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen.⁶¹

Es bleibt abzuwarten, ob die Erklärung in einem Sinne interpretiert wird, der diese Verpflichtung widerspiegelt. Auf internationalen Druck hin haben pharmazeutische Unternehmen die Preise für HIV/AIDS-Medikamente bis fast auf das Kostenniveau gesenkt. Dies ist eine ermutigende Entwicklung. Unklar ist, ob diese Maßnahme den Schutz des geistigen Eigentums für patentierte Produkte schwächen wird, die der Behandlung weniger herausragender Gesundheitsprobleme dienen, wie zum Beispiel Diabetes (von der 115 Millionen Menschen in Entwicklungsländern betroffen sind) oder Gebärmutterhalskrebs (von dem 400.000 Frauen in Entwicklungsländern betroffen sind), oder mit denen Krankheiten wie Lungenentzündung (die Ursache von 25 Prozent aller Todesfälle bei Kindern weltweit) verhindert werden können.⁶²

Selbst wenn die Erklärung so interpretiert wird, wie in Doha beabsichtigt, fordern die entwickelten Länder in vielen regionalen Handelsabkommen ‚TRIPS plus‘-Bestimmungen. Diese Bestimmungen gehen weit über die Bestimmungen der WTO hinaus und stärken ausdrücklich den Schutz, der pharmazeutischen Unternehmen zugestanden wird, und schränken den politischen Spielraum der Regierungen ein. In der Tat scheinen einige Entwicklungsländer in Handelsfragen Verhandlungsstrategien gewählt zu haben, in denen sie einen strengeren Patentschutz akzeptieren, im Austausch gegen verbesserten Marktzugang.⁶³ Die günstigen Geschäfte, die auf diese Weise abgeschlossen wurden, sind nicht für alle Beteiligten gleichermaßen vorteilhaft und spiegeln die ungleiche Verhandlungsmacht wider (Kasten 4.8).

Kasten 4.8 Über die Welthandelsorganisation hinausgehend

In den vergangenen Jahren gab es deutliche Veränderungen in der US-amerikanischen Handelspolitik. Zwar bleibt die WTO ein wichtiger Schwerpunkt, doch regionale und bilaterale Freihandelsabkommen (FTAs) stärken und erweitern die multilateralen Bestimmungen. Regeln zum geistigen Eigentum sind ein herausragender Bereich. Viele der geschlossenen Abkommen geben, was die menschliche Entwicklung angeht, Anlass zur Sorge.

Bilaterale Abkommen mit Jordanien (2000), Vietnam (2001), Chile (2003), Marokko (2004), Australien (2004) und die regionalen Vereinbarungen mit sechs Ländern im Rahmen des mittelamerikanischen Freihandelsabkommens (CAFTA, 2004) hatten alle „TRIPS-plus“-Bestimmungen zum Ergebnis. Zwar variieren die einzelnen Bestimmungen, doch es gibt drei immer wiederkehrende Themen:

- *Erweiterung und Ausweitung des Patentschutzes.* Alle Freihandelsabkommen sehen, wie die WTO auch, 20 Jahre Patentschutz vor. Unter bestimmten Bedingungen verlangen sie eine Verlängerung des Patentschutz-Zeitraums. Nach dem CAFTA können Patentinhaber zum Beispiel eine Verlängerung verlangen, um Verzögerungen auf Seiten der nationalen Kontrollbehörden bei der Patenterteilung auszugleichen. Alle Freihandelsabkommen gehen beim Patentschutz für Pflanzen und Tiere über das TRIPS hinaus.
- *Nutzungsbeschränkungen für klinische Daten.* Bevor ein Arzneimittel-Patent erteilt wird, müssen pharmazeutische Unternehmen klinische Versuchsdaten bei den nationalen Meldebehörden für Medikamente registrieren lassen. Der Zugang zu diesen Daten ist wichtig für Unternehmen, die Generika herstellen. Die Daten ermöglichen es ihnen, Nachahmerprodukte patentierter Medikamente herzustellen, ohne teure Versuche wiederholen zu müssen. Das TRIPS-Abkommen legt nur fest, dass die Regierungen die „unfaire kommerzielle Nutzung“ von Daten verhindern müssen. Im Gegensatz dazu legen die meisten Freihandelsabkommen einen „Marktexklusivitätszeitraum“ von fünf Jahren fest, in Übereinstimmung mit US-amerikanischem Recht. Innerhalb dieses Zeitraums ist der Zugang zu den Versuchsdaten nicht gestattet, was potenziell den Markteintritt generischer Medikamente verzögert und den Spielraum für die Nutzung von Zwangslizenzen einschränkt. Außerdem gilt die Exklusivität grenzüberschreitend. Die Beschränkungen, die in einem Land (zum Beispiel in den Vereinigten Staaten) gelten, müssen in einem anderen Land (zum Beispiel in Nicaragua) sowie im gesamten Geltungsbereich des Freihandelsabkommens ebenfalls durchgesetzt werden.
- *Beschränkungen von Zwangslizenzen und Parallelimporten.* Nach dem TRIPS-Abkommen können Regierungen Zwangslizenzen genehmigen, die es Generika-Herstellern erlauben, kostengünstige Nachahmer-Produkte patentierter Medikamente herzustellen, um die öffentliche Gesundheit zu fördern. Sie können auch patentierte

Produkte importieren, die im Ausland billiger verkauft werden als auf dem einheimischen Markt – eine Vereinbarung, die als Parallelimport bezeichnet wird. Die Freihandelsabkommen schwächen diese beiden Bestimmungen. Zum Beispiel beschränken einige Abkommen die Nutzung von Zwangslizenzen auf Notsituationen und Fälle von nachweislich wettbewerbsschädigendem Verhalten. Dass die Beweislast für eine Notsituation oder wettbewerbsschädigendes Verhalten bei den armen Entwicklungsländern liegt, wird wahrscheinlich dazu führen, dass nur in begrenztem Umfang auf Zwangslizenzen zurückgegriffen werden kann. In ähnlicher Weise gibt zwar das TRIPS-Abkommen den WTO-Mitgliedsstaaten die Flexibilität, zu entscheiden, ob sie Parallelimporte patentierter Medikamente genehmigen wollen, doch die meisten Freihandelsabkommen geben den Patentinhabern die Möglichkeit, dies zu verhindern.

Insgesamt werden diese Bestimmungen die Fähigkeiten von Regierungen einschränken, die Preise für pharmazeutische Produkte zu drücken. Es besteht die Gefahr, dass die höheren Gewinnspannen der Pharma-Industrie die staatlichen Möglichkeiten beeinträchtigen werden, mit Problemen der öffentlichen Gesundheit umzugehen.

Einige Entwicklungsländer sind bereit, sich auf strengere Regeln zum geistigen Eigentum zu verpflichten, während sie in anderen Bereichen auf Konzessionen aus sind. Der bevorzugte Zugang zum US-amerikanischen Markt ist das Zuckerbrot in den Verhandlungen, insbesondere was Agrarprodukte angeht. Der Verhandlungsprozess hat jedoch zu einigen unausgewogenen Ergebnissen geführt.

Im Rahmen des CAFTA wird den sechs beteiligten Entwicklungsländern (Costa Rica, der Dominikanischen Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) eine beschränkte Marktöffnung gewährt. Für Zucker, ein Anbauprodukt, bei dem diese Länder bedeutende Vorteile haben, werden die Zölle bei mehr als 100 Prozent bleiben und die Importe werden auf einen Marktanteil von 1,7 Prozent beschränkt. Währenddessen haben sich die Vereinigten Staaten eine umfassende Öffnung der CAFTA-Märkte für Reis gesichert. Sie haben sofortige zollfreie Quoten für Reis bekommen, die jährlich um fünf Prozent angehoben werden. Mehr als ein Drittel der US-amerikanischen Reisexporte in die Region wird nun zollfrei eingeführt. Zuvor unterlagen sie Zöllen zwischen 15 und 60 Prozent.

Im Austausch für bestenfalls eingeschränkte Marktvorteile bei einem Exportprodukt, das hauptsächlich von großen kommerziellen Betrieben angebaut wird, haben die CAFTA-Entwicklungsländer zugestimmt, Regeln zum geistigen Eigentum zu akzeptieren, die die öffentliche Gesundheit und technologische Innovationen aufs Spiel setzen könnten, und sie haben zugestimmt, ihre einheimischen Reisproduzenten der stark subventionierten Konkurrenz des US-amerikanischen Reissektors auszusetzen.

Quelle: Tussie 2005; Mayne 2005; US Department of Agriculture, Foreign Agricultural Service 2005.

Die Lockerung der Beschränkungen der zeitweisen Migration von Arbeitskräften würde den Entwicklungsländern am meisten nutzen

Der Handel mit Dienstleistungen

Die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen bietet den Entwicklungsländern potenziellen Nutzen. Das Problem ist, dass die Industrieländer ihre Aufmerksamkeit auf Bereiche gelenkt haben, die drohen, die Aussichten auf menschliche Entwicklung zu untergraben, während sie in Bereichen nicht liberalisieren, die für die armen Länder Vorteile bringen könnten.

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) legt den Rahmen für rechtlich verbindliche Regeln in der WTO fest. Es deckt vier Arten ab, auf die Dienstleistungen grenzüberschreitend erbracht werden können: grenzüberschreitender Handel (z.B. elektronischer Handel und Telekommunikation), Konsum im Ausland (z.B. Tourismus oder Gesundheitsdienstleistungen), kommerzielle Präsenz (z.B. durch die Niederlassung von Banken, Versicherungs- oder Finanzdienstleistungsunternehmen) und die zeitweise Migration natürlicher Personen.

Die entwickelten Länder haben sich mit ihren Anstrengungen fast ausschließlich auf die kommerzielle Präsenz konzentriert. Ihre Priorität bestand und besteht darin, WTO-Regeln einzuführen, die das Recht multinationaler Banken, Versicherungsunternehmen und anderer Dienstleister durchsetzen, in Entwicklungsländern zu Bedingungen tätig zu werden, die den für einheimische Anbieter geltenden Bedingungen entsprechen. Diese Verhandlungsstrategie spiegelt die anhaltende Lobby-Kampagne von Vertretern von Finanzdienstleistungsunternehmen wider, denen solche Regeln eine weltweite Ausweitung ihrer Märkte ermöglichen würden. Die Entwicklungsländer haben den Schwerpunkt auf andere Bereiche gelegt, insbesondere auf den Abbau von Hemmnissen für die zeitweise Migration von Arbeitskräften.

Die Bemühungen, pauschal die Liberalisierung von Dienstleistungen in Entwicklungsländern durch die WTO zu fördern, sind völlig fehl am Platze. In einigen Fällen mag eine Liberalisierung des Dienstleistungssektors tatsächlich Nutzen bringen. Dienstleistungen von minderer

Qualität stellen eine wesentliche Beschränkung für menschliche Entwicklung, Wachstum und Handel dar. Die Präsenz ausländischer Dienstleister kann dazu beitragen, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, die Kosten im Bereich Telekommunikation zu senken und den Zugang zu Krediten zu verbessern. Die Liberalisierung wird jedoch am besten durch nationale Strategien gesteuert, die auf der Planung für die Millenniums-Entwicklungsziele und breiter angelegte Ziele menschlicher Entwicklung fußen, und nicht durch multilaterale Handelsregeln. Dies gilt insbesondere in Bereichen wie Wasser, Gesundheit und Bildung. Der Ausgangspunkt für jegliche WTO-Regelwerke sollte eine umfassende Bewertung der Konsequenzen der Regeln für die menschliche Entwicklung sein, Sektor für Sektor – eine Bestimmung, die in das GATS aufgenommen wurde, jedoch bislang lediglich auf dem Papier stand.

Die entwickelten Länder waren bislang nicht bereit, sich auf substanzielle Verhandlungen zur zeitweisen Migration von Arbeitskräften einzulassen. Dabei ist dies der Bereich, aus dem die Entwicklungsländer wahrscheinlich die größten Vorteile ziehen werden. Die Beschränkungen der zeitweisen Migration von Arbeitskräften zu lockern würde Entwicklungsländern die Möglichkeit bieten, einen Bereich auszunutzen, in dem sie die größten komparativen Vorteile haben: niedrige Löhne in Verbindung mit häufig hoher Qualifikation. Das gilt zum Beispiel für die indische Software-Branche, die 16 Prozent des Exportvolumens ausmacht und einer halben Million Menschen Beschäftigung bietet. Zwei Drittel der Exporte gehen in die Vereinigten Staaten und ein weiteres Viertel nach Europa. Fast die Hälfte dieser Exporte im Wert von über drei Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 wird vor Ort von Fachkräften erbracht.⁶⁴ Die Erbringung der Leistungen hängt vom Marktzugang ab.

Zu den Zugangsbeschränkungen gehören Probleme im Zusammenhang mit der Einwanderung und schwer zu erfüllende Voraussetzungen für die Visaerteilung.⁶⁵ Zukünftige Importeure professioneller Dienstleistungen aus

Indien müssen im Vorfeld auf dem einheimischen Arbeitsmarkt suchen, um nachzuweisen, dass keine alternativen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Sie müssen auch Forderungen nach Lohnparität erfüllen. Das bedeutet, dass Arbeitgeber den im Gastland maßgeblichen Lohn bezahlen müssen (und damit die Kostenvorteile zunichte machen), während ausländische Arbeitnehmer Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen müssen (aus denen sie keine Anrechte auf Leistungen haben). Softwareentwickler müssen auch ein Mindestmaß an Erfahrung vorweisen (fünf Jahre in Großbritannien, drei Jahre in den Vereinigten Staaten) und müssen beschwerliche Prozeduren durchlaufen, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Außerdem gibt es Quotenbeschränkungen für die Anzahl der Arbeitskräfte, die ins Land gelassen werden, und komplexe Prüfungen des wirtschaftlichen Bedarfs, die bestanden werden müssen.

Für ungelernete Arbeitskräfte stellt die Einwanderungskontrolle eine noch riesigere Eintrittsbarriere dar. Die Lohnunterschiede zwischen einem sambischen Mechaniker oder einem honduranischen Landarbeiter und ihren jeweiligen Kollegen in Europa oder Nordamerika sind riesig. Das durchschnittliche Lohngefälle zwischen entwickelten und Entwicklungsländern beträgt zehn zu eins – das Fünffache des Gefälles bei den Güterpreisen. Daraus folgt, dass der zeitweise Zugang zu Arbeitsmärkten mit höheren Löhnen große Vorteile bietet. Die Vorteile bleiben durch die Migrationspolitik versperrt.

Die zeitweise Migration von Arbeitskräften könnte sehr große Wohlfahrtsgewinne bringen. Eine Schätzung der potenziellen Wirkungen eines Transfers gelernter und ungelerner Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern beläuft sich auf 157 Milliarden US-Dollar. Das entspricht drei Prozent des Arbeitskräftepotenzials in Industrieländern. Zwar wären die Entwicklungsländer die Hauptnutznießer, doch die Industrieländer würden durch mehr Wachstum und mehr Steuereinnahmen ebenfalls gewinnen. Genau wie im Warenhandel gäbe es jedoch in den entwickelten Ländern auch Verlierer: ungelernete Arbeitskräfte, die im gleichen Sektor des Arbeitsmarktes

konkurrieren, wie die neu Hinzugekommenen, könnten mit Lohndeckelungen oder sogar Lohnkürzungen konfrontiert sein. Diese Schätzungen sollen nicht auf präzise Ergebnisse hindeuten. Sie zeigen lediglich Größenordnungen auf. Doch um die geschätzten Wohlfahrtswirkungen in den Zusammenhang zu stellen: Ein Abkommen der Doha-Runde, das den Handel in den Bereichen Landwirtschaft und Industriegüter-Produktion zu 40 Prozent liberalisieren würde, hätte geschätzte Wohlfahrtswirkungen von nur 70 Milliarden US-Dollar.⁶⁶

Zölle und Einnahmen – Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft

Multilaterale und regionale Handelsregeln haben direkten Einfluss auf die Zölle und andere Bereiche der Importpolitik – und auf die Einnahmen, die damit verbunden sind. Regionale Abkommen, an denen die Vereinigten Staaten beteiligt sind, standen und stehen im Mittelpunkt internationaler Debatten, doch die EU-Politik ist ebenfalls von Bedeutung.

Im Jahr 2000 stimmte die Europäische Union zu, ihr System von Handelspräferenzen mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen AKP-Staaten zu überarbeiten und das Cotonou-Abkommen durch eine neue Reihe von Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft (EPAs) mit sechs AKP-Regionen, die 76 Länder umfassen, zu ersetzen. Das Abkommen, das ab 2008 gelten soll, wird die Bedingungen festlegen, zu denen Europa seine Handelsbeziehungen mit einigen der ärmsten Länder der Welt gestaltet. Es bleibt abzuwarten, ob diese Bedingungen mit der Verpflichtung auf menschliche Entwicklung und auf die Millenniums-Entwicklungsziele in Einklang stehen werden.

Nach den WTO-Regeln müssen regionale Handelsabkommen die Liberalisierung auf „im Wesentlichen den gesamten Handel“ ausweiten. Die Europäische Union hat diese Verpflichtung in den Mittelpunkt ihres Verhandlungsmandats gerückt. Neben Zollsenkungen plant die Europäische Union, in den Verhandlungen auch eine Reihe nicht-tarifärer Importbelastungen, den Handel mit Dienstleistungen

Für ungelernete
Arbeitskräfte stellt die
Einwanderungskontrolle
eine noch riesigere
Eintrittsbarriere dar

Es wäre falsch, regionale Handelsgespräche dazu zu nutzen, Druck auf die Regierungen auszuüben, damit diese rasch liberalisieren

und die so genannten Singapur-Themen (Wettbewerbspolitik, Investitionen, Handelserleichterungen und öffentliches Beschaffungswesen) abzudecken. Es gibt keine Pläne, für die AKP-Staaten irgendwelche speziellen Vorkehrungen zu treffen, um die Importschwemme zu begrenzen. Als Gesamtpaket wird das Verhandlungsmandat potenziell zu einem unausgewogenen Ergebnis führen, das für die menschliche Entwicklung schädlich ist.

Betrachten wir zunächst, was es für Folgen hat, „im Wesentlichen den gesamten Handel“ zu liberalisieren. In den reichen Ländern ist dies für die Staatseinnahmen von begrenzter Bedeutung. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara dagegen machen die Zölle rund ein Drittel der Staatseinnahmen aus, in Uganda und Lesotho sogar rund die Hälfte. Niedrigere Zölle führen nicht automatisch zu niedrigeren Einnahmen. Mehr Importe können die Wirkungen niedrigerer Importsteuersätze ausgleichen. Doch es besteht ein deutliches Potenzial für einen starken Rückgang der Einnahmen. Eine ausführliche Studie kommt zu dem Schluss, dass in drei Viertel der AKP-Staaten die Steuereinnahmen um 40 Prozent oder mehr sinken könnten, und in einem Drittel dieser Länder um 60 Prozent.⁶⁷ Ein solches Ergebnis hätte tiefgreifende Konsequenzen für die staatliche Finanzierung der Grundversorgung mit Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Infrastruktur.

Auch andere Aspekte des Mandates sind problematisch. Während der Doha-Verhandlungen hat der Versuch der Europäischen Union, zu einem WTO-Abkommen zu den Singapur-Themen zu kommen, zum Abbruch der Verhandlungen geführt. Mehrere Entwicklungsländer – insbesondere afrikanische Län-

der südlich der Sahara – wehrten sich gegen eine Stärkung der WTO-Regeln in diesen Bereichen. Aus praktischen Gründen wurden die multilateralen Verhandlungen zu den Singapur-Themen ausgesetzt. Die Kritiker argumentieren nun, dass die Europäische Union ihren Einfluss in den Verhandlungen mit den AKP-Staaten nutzt, um den Widerstand in der WTO zu umgehen und durch die Hintertür regionaler Handelsgespräche strengere Regeln zu entwickeln. Auch ist es problematisch, dass die Europäische Union keine Regeln zulässt, die die Fähigkeiten der AKP-Staaten stärken, ihre Volkswirtschaften gegen Importschwemmen zu schützen – nicht zuletzt im Falle von Produkten, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik subventioniert werden.

Es ist noch nicht sicher, zu welchen Bedingungen die Europäische Union ihr Verhandlungsmandat einsetzen wird. In der Praxis hat sie Wahlmöglichkeiten. Zwar betonen einige EU-Länder den verbindlichen Charakter der WTO-Forderung, „im Wesentlichen den gesamten Handel“ zu liberalisieren, doch diese Regel ist offen für Interpretationen und es ist unwahrscheinlich, dass es zu einer Infragestellung in der WTO kommt. Zwar könnten viele Länder in Afrika südlich der Sahara von niedrigeren Zöllen profitieren, insbesondere um den Handel innerhalb der Region anzukurbeln, doch es wäre falsch, regionale Handelsgespräche dazu zu nutzen, Druck auf die Regierungen auszuüben, damit diese rasch liberalisieren. Angesichts der potenziell schädlichen Auswirkungen einer Öffnung für den subventionierten Agrarhandel für die AKP-Staaten könnte die Europäische Union auch sehr viel mehr Flexibilität zulassen, um einen Schutz gegen Importe zu bieten, die mit den GAP-Subventionen zusammenhängen.

Über die WTO-Regeln hinausgehend: Rohstoffe, neue Gatekeeper und die Entwicklung handelspolitischer Institutionen

Aus der Perspektive der Designer-Cafés ist die Kaffee-Krise kaum sichtbar

Es sind nicht nur die manipulierten Regeln des Welthandelssystems, die das Machtgleichgewicht zu Lasten der Entwicklungsländer in eine Schräglage bringen. Tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft verringern die Chancen schwacher Volkswirtschaften, aus dem Handel die Vorteile zu ziehen, die sie brauchen, um menschliche Entwicklung auf den Weg zu bringen. Zwei Trends stellen sich als besondere Herausforderungen dar. Der erste ist der langfristige Verfall der Rohstoffpreise, der zweite die zunehmende Macht von „Gatekeepern“ der Märkte, wie Supermärkten. Und zusätzlich zu diesen Veränderungen in der Struktur des Welthandels haben die armen Länder wie gehabt mit den beschränkten Kapazitäten ihrer eigenen Volkswirtschaften zu kämpfen. Was derzeit als Capacity Building durchgeht, bleibt hinter dem Bedarf weit zurück.

Die Krise der Rohstoffmärkte

„Die richtigen wirtschaftlichen Preise sollten nicht auf dem niedrigstmöglichen Niveau festgelegt werden, sondern auf einem Niveau, das ausreicht, um Produzenten unter den Bedingungen, unter denen sie leben, mit angemessenen Ernährungs- und anderen Standards zu versorgen ... und es ist im Interesse aller Produzenten, dass der Preis eines Gutes nicht unter dieses Niveau gedrückt werden sollte, und die Konsumenten haben nicht das Recht, zu erwarten, dass er darunter gedrückt wird.“⁶⁸

Ein halbes Jahrhundert ist nun vergangen, seit der britische Ökonom John Maynard Keynes diese Bemerkungen gemacht hat. Seine Sichtweise war durch die Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise geprägt, als der Einbruch der Güterpreise zum Zusammenbruch des Welthandelssystems beitrug, die gesellschaftliche Entwurzelung der Massen verursachte und die internationalen Spannungen verschärfte.

Fünfundzwanzig Jahre danach sind Millionen Produzenten von Primärgütern in einer Wirtschaftskrise gefangen, die noch sehr viel schlimmer ist, als die der 1930er Jahre. Zwar hat der Wachstumsschub in China Preiserholungen bei einigen Rohstoffen unterstützt, doch niedrige und instabile Preise untergraben in einer großen Gruppe von Ländern die Fortschritte in Richtung der Millenniums-Entwicklungsziele. Dennoch ist deutlich, dass die Krise der Rohstoffmärkte auf der internationalen Handlungsaufgabe nicht auftaucht. Wenn die internationale Gemeinschaft es mit der Halbierung der extremen Armut und der Erreichung der anderen Millenniums-Entwicklungsziele ernst meint, dann muss sich dies ändern.

Die sich in die Länge ziehende Krise auf den Kaffeemärkten zeigt die verheerenden Konsequenzen der allgemeinen Krise der Rohstoffmärkte. Aus der Perspektive der Designer-Cafés in den Ländern mit hohem Einkommen, wo der Preis für Kaffee und die Gewinne der Einzelhändler in die Höhe schnellen, ist die Kaffee-Krise kaum sichtbar. Dennoch zerstört sie die Lebensgrundlage von über 20 Millionen Haushalten, für die die kleinbäuerliche Kaffeeproduktion eine entscheidende Einkommensquelle darstellt.

Seit mehr als einem Jahrzehnt sind die Kaffeeproduzenten in einer abwärts führenden Preisspirale gefangen. In dem verzweifelten – und kontraproduktiven – Bemühen, ihr Einkommen aufrecht zu erhalten, produzieren sie mehr und mehr Kaffee. Ende der 1980er Jahre bekamen die Kaffee exportierenden Länder rund zwölf Milliarden US-Dollar für ihre Exporte. Im Jahr 2003 exportierten sie mehr Kaffee, doch sie erzielten dafür mit 5,5 Milliarden US-Dollar weniger als die Hälfte an Einnahmen. Gleichzeitig hat sich die Kaffeewirtschaft in den Ländern mit hohem Einkommen in die

entgegengesetzte Richtung bewegt. Seit 1990 ist der Einzelhandelsumsatz von circa 30 Milliarden US-Dollar auf 80 Milliarden gestiegen.⁶⁹ Durch die niedrigen Weltmarktpreise sind die Kosten gesunken und die Gewinnspannen der Einzelhändler und der sechs Kaffeeröster, die 50 Prozent des Welthandels ausmachen, gestiegen. Die exportierenden Länder mussten unterdessen zusehen, wie ihr Anteil an den Ausgaben der Endverbraucher von einem Drittel auf ein Dreizehntel gesunken ist.⁷⁰ Aus Sicht der kleinen Kaffeebauern ist der Unterschied noch viel dramatischer. Von jedem US-Dollar des quali-

tativ hochwertigen Arabica-Kaffees aus Tansania, der in einem Café in den Vereinigten Staaten verkauft wird, bekommt der Bauer heute weniger als einen Cent (Kasten 4.9).

Die Entwicklungsländer-Exporteure haben aufgrund der fallenden Preise riesige wirtschaftliche Rückschläge erlitten. Neun Länder in Afrika südlich der Sahara und in Mittelamerika hängen mit mindestens einem Viertel ihrer Exporterlöse vom Kaffee ab. In jedem dieser Länder hat der Preisverfall die Schaffung von Wachstum und Einkommen untergraben, die für schnellere Fortschritte in Richtung der Millenniums-Entwicklungsziele von entscheidender Bedeutung sind. Da die meisten Produzenten Kleinbauern sind, haben die fallenden Preise direkten Einfluss auf die Haushaltseinkommen und den Zugang zu Basisdiensten in Bereichen wie Gesundheit und Bildung.⁷¹

Äthiopien ist eines der Länder, die am schlimmsten betroffen sind.⁷² Kaffee ist das wichtigste für den Verkauf bestimmte Anbauprodukt des Landes. Er sorgt für über 60 Prozent der Deviseneinnahmen und zehn Prozent der Staatseinnahmen. Etwa ein Viertel der Bevölkerung hat entweder direkt oder indirekt mit der Produktion und Vermarktung von Kaffee zu tun. Was sich auf den internationalen Kaffeemärkten abspielt, hat tiefgreifenden Einfluss auf die Aussichten Äthiopiens, die Millenniumsziele zu erreichen. Im Gegensatz zu den Landwirten in der Europäischen Union oder den Vereinigten Staaten sind die Bauern in Äthiopien gegen fallende Preise nicht geschützt.

Die Preisschocks, die von den Produzenten in Äthiopien aufgefangen wurden, waren riesig. Das Exportvolumen ist seit Mitte der 1990er Jahre um zwei Drittel gestiegen, doch die Exporterlöse sind dramatisch gesunken (Grafik 4.14). Abgesehen von den negativen Konsequenzen für die Zahlungsbilanz und das Wirtschaftswachstum schlugen sich die geringeren Exporterlöse in verringerten Chancen für die menschliche Entwicklung nieder. Der Kaffee, der neben Grundnahrungsmitteln angebaut wird, ist für schwache Haushalte die Hauptein-

Kasten 4.9 Die Kaffee-Krise

„Das Kaffee-Einkommen ist für unseren Haushalt sehr wichtig. Ich verwende es, um Schulgebühren zu bezahlen, Arztrechnungen zu begleichen und die Angelegenheiten der Familie zu regeln. Doch jetzt verliere ich die Hoffnung in den Kaffee. Er hat mich so sehr enttäuscht.“ Dies sind die Worte eines Kaffeebauern aus dem Masaka-Distrikt in der Nähe des Victoria-Sees in Zentral-Uganda. Sie drücken die Verzweiflung von Millionen Produzenten aus.

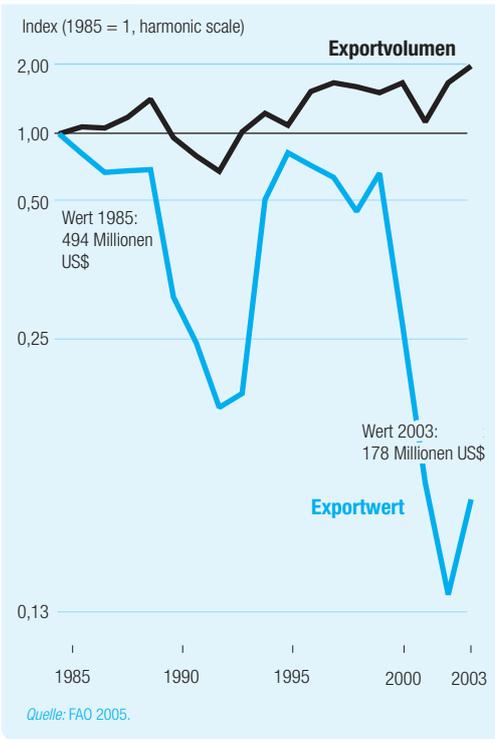
Wie in anderen Ländern ist der Kaffee in Uganda ein Produkt, das vor allem von Kleinbauern angebaut wird. Er wird neben Nahrungsmitteln wie Kartoffeln, Mais und Bananen angebaut, um den Haushalten eine Einkommensquelle zu bieten. Eine Umfrage unter Kaffeebauern, die 1999 und 2002 durchgeführt wurde und vier Regionen abdeckt, deren Produktion die Hälfte der Produktion Ugandas ausmacht, zeigt die Auswirkungen des Preisverfalls. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren die steigenden Haushaltseinkommen der Kaffeebauern – ein Ergebnis von Währungsabwertung, Steuersenkungen für die Produzenten und stabilen Weltmarktpreisen – eine der Hauptkräfte bei der Minderung der Armut in Uganda. Als ab 1997 die Weltmarktpreise fielen, begannen die erzwungenen Anpassungen auf Seiten der Bauern die Fortschritte zunichte zu machen:

- *Wachsende Schulden.* Mehr als ein Drittel der Kaffeebauern berichteten, dass sie aufgrund fallender Preise nicht in der Lage sind, Kredite zurückzuzahlen.
- *Zurückgehender Konsum.* Die Familien berichteten, dass sie Fleisch und Fisch aus ihrem Speiseplan streichen und die Anzahl der Mahlzeiten reduzieren müssen. An dem Tag, an dem der oben zitierte Bauer interviewt wurde, hatten seine zehn und zwölf Jahre alten Söhne nicht gefrühstückt.
- *Sinkende Investitionen.* Die Familien berichteten, dass sie die Ausgaben für Instandhaltungen an ihrem Haus und für den Kauf von Ziegen – einer wichtigen Proteinquelle – reduzieren mussten.
- *Verkauf von Nahrungsmitteln.* Die Familien berichteten, dass sie Grundnahrungsmittel verkaufen mussten, um Gesundheitsausgaben zu decken und Schulgebühren zu bezahlen.

Quelle: Vargas Hill 2005.

nahmequelle. Der Verkauf von Kaffee finanziert Ausgaben für Bildung, Gesundheit und anderen wesentlichen Haushaltsbedarf.

Grafik 4.14 Kaffeepreise und Kaffeeproduktion in Äthiopien



Die finanziellen Einbußen, die die Haushalte erleiden, sind schwierig zu schätzen. Die Informationen über die Produktion auf Haushaltsebene sind unvollständig. Außerdem hat in einem Markt mit starken Preisschwankungen die Wahl des Referenzjahres wesentlichen Einfluss auf die geschätzten Einbußen. Wir haben als Bezugsgröße mit einem US-Dollar pro Kilo den Preis von 1998 gewählt (ein Niveau, das sich dem Durchschnittsniveau der vergangenen 15 Jahre annähert) und haben Haushaltsdaten verwendet, um zu schätzen, um wie viel der niedrigeren Preis von 0,30 US-Dollar pro Kilo im Jahr 2003 das Einkommen der Kaffee produzierenden Haushalte gemindert hat. Die Daten auf Haushaltsebene deuten darauf hin, dass der mittlere Kaffee produzierende Haushalt im Jahr 2003 circa 300 Kilo Kaffee verkauft hat. Die Einkommenseinbußen aufgrund des Preisverfalls belaufen sich auf circa 200 US-Dollar pro Haushalt – ein großer Verlust in einem Land, wo mehr als ein Drittel der ländlichen Bevölkerung von weniger als einem US-Dollar pro Tag lebt. Auf die nationale Ebene übertragen machen die entsprechenden Einbußen 400 Millionen US-Dollar aus.⁷³ Das bedeutet, dass von jedem US-Dollar Entwicklungshilfe, die Äthiopien im Jahr 2003 bekommen hat, ein halber Dollar durch den niedrigeren Kaffeepreis wieder verloren gegangen ist – ein Verlust, der die Finanzierungslücke zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele vergrößert.

Äthiopien ist nur ein Beispiel für ein sehr viel weitergehendes Problem. In Mittelamerika hatte der Preisverfall wirtschaftliche Auswirkungen, die sich in einem Rückgang des BIP um 1,2 Prozent niederschlugen, ohne Berücksichtigung von Multiplikatoreffekten. Die Auswirkungen auf die Armut können anhand von Daten zu den Haushaltsausgaben zurückverfolgt werden. In Nicaragua ist die extreme Armut bei Kaffeebauern um fünf Prozent gestiegen, während sie bei Haushalten, die keinen Kaffee anbauen, um 16 Prozent zurückgegangen ist (Tabelle 4.1). Die sinkenden Haushaltseinkommen hatten Auswirkungen auf andere Bereiche menschlicher Entwicklung, darunter den Bildungsbereich. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Probleme an den Rohstoffmärkten die Fortschritte in Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele auf breiter Front untergraben können.

Äthiopien ist nur ein Beispiel für ein sehr viel weitergehendes Problem. In Mittelamerika hatte der Preisverfall wirtschaftliche Auswirkungen, die sich in einem Rückgang des BIP um 1,2 Prozent niederschlugen, ohne Berücksichtigung von Multiplikatoreffekten. Die Auswirkungen auf die Armut können anhand von Daten zu den Haushaltsausgaben zurückverfolgt werden. In Nicaragua ist die extreme Armut bei Kaffeebauern um fünf Prozent gestiegen, während sie bei Haushalten, die keinen Kaffee anbauen, um 16 Prozent zurückgegangen ist (Tabelle 4.1). Die sinkenden Haushaltseinkommen hatten Auswirkungen auf andere Bereiche menschlicher Entwicklung, darunter den Bildungsbereich. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Probleme an den Rohstoffmärkten die Fortschritte in Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele auf breiter Front untergraben können.

Tabelle 4.1 Wohlfahrtsveränderungen in Nicaragua – die Kosten fallender Kaffeepreise 1998 - 2001

Prozentuale Veränderungen

Haushalt	Armutsrate	Extreme Armutsrate	Schulbesuch	Pro-Kopf-Konsum
Nicht Kaffee erzeugend	-15,0	-16,0	9,0	9,6
Kaffee erzeugend	2,4	5,0	-7,0	-7,0

Quelle: Auf der Grundlage von Vakis, Kruger und Mason 2004.

In Tansania führte die rasche Liberalisierung der Kaffeevermarktung zum Zusammenbruch von Kooperativen

Wie in anderen primären Sektoren sind die Probleme, mit denen die Kaffeeproduzenten konfrontiert sind, leichter zu beschreiben als zu lösen. Das Überangebot wurde durch den intensiven Wettbewerb um Marktanteile angetrieben sowie durch die steigende Produktion und eine wachsende Kluft zwischen Angebot und Nachfrage, die sich in zunehmenden Lagerbeständen widerspiegelte. Auch die Geschäftspraktiken haben dazu beigetragen. Zum Beispiel haben die Kaffeeröstereien Dampfreinigungstechniken entwickelt, die es ihnen ermöglichen, Kaffee von geringerem Wert mit niedrigem Preis durch höherwertigen Kaffee zu ersetzen. Damit haben sie Anteil an der globalen Preisschwäche, die ihre Gewinnspanne übermäßig erhöht hat, aber Millionen Produzenten in die Armut treibt.⁷⁴

In der Hast, die Vermarktungssysteme für Agrarprodukte zu liberalisieren, haben Geber und Regierungen die Probleme der Rohstoffproduzenten manchmal noch weiter verschärft. Zwar waren die staatlichen Behörden ineffizient und manchmal korrupt, doch sie stellten den Produzenten auch Produktionsmittel wie Kredite zur Verfügung. Der Verlust dieser Dienstleistungen hat es für die Kleinbauern oft schwieriger gemacht, auf den globalen Markt vorzudringen, insbesondere mit Produkten mit höherer Wertschöpfung. In Tansania führte die rasche Liberalisierung der Kaffeevermarktung zum Zusammenbruch von Kooperativen, die in der Vergangenheit durch Preisdifferenzierung die Qualität gesichert hatten. Der Preisbonus auf tansanischen Kaffee fiel in der Folge sehr viel stärker als in Kenia, wo der einheimische Markt nur geringfügig liberalisiert war.⁷⁵ Der gleiche Prozess wiederholte sich bei der Baumwolle. Die rasche Liberalisierung der Vermarktung in Tansania führte zum Wegfall von Produktionsmitteln, Krediten und Marktinformationen, die vorher von staatlichen Behörden bereitgestellt wurden – mit negativen Konsequenzen für die Produktion und die Erzeugerpreise. In Westafrika dagegen hat die aktivere staatliche Beteiligung Produktivitätssteigerungen erleichtert und einen höheren Preisbonus für Qualität aufrechterhalten.⁷⁶

Es gibt keine einfachen oder allgemeingültigen Lösungen für die anhaltende Krise an den globalen Rohstoffmärkten. In einigen Fällen muss das Angebot gesteuert werden, um das Marktgleichgewicht wieder herzustellen, obwohl es genug Erfahrungen mit den Problemen mit Rohstoff-Abkommen alten Stils gibt. Marktwirtschaftliche Risikomanagement-Instrumente könnten zwar einigen Schutz gegen Preisvolatilität bieten, aber nicht gegen Preisverfall. Es ist schwierig, solche Instrumente auf die ärmsten Produzenten auszuweiten, aber es ist nicht unmöglich. Eine andere Möglichkeit besteht in der Kompensation, indem Entwicklungshilfe und Schuldenerleichterungen eingesetzt werden, um Zahlungsbilanz-Krisen abzufedern. Der IWF hat eine Fazilität zur kompensierenden Finanzierung, aber er bietet eine Finanzierung zu Bedingungen, die sich die meisten afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen nicht leisten können. Die EU-FLEX-Fazilität, die im Jahr 2000 eingeführt wurde, ist vielversprechender. Sie bietet Budget-Unterstützung in Form von Zuschüssen, doch die Voraussetzungen, in deren Genuss zu kommen, sind so restriktiv, dass nur wenige Länder sie erfüllen. Sie müssen Einbußen bei den gesamten Exporterlösen in Höhe von zehn Prozent erleiden, und eine vergleichbare Verschlimmerung des Haushaltsdefizits. Im Ergebnis wurden im Zeitraum 2000-2003 im Durchschnitt nur zwölf Millionen US-Dollar pro Jahr ausgezahlt, und dies an nur sechs der 51 Länder, die Anträge gestellt hatten.⁷⁷

Die Rolle der Markt-Gatekeeper

In den internationalen Handelsdebatten konzentriert man sich tendenziell auf die Rolle des Staates. Sehr viel weniger Aufmerksamkeit ist bislang den Verzerrungen geschenkt worden, die mit der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen der „Gatekeeper“ der Märkte der entwickelten Länder zusammenhängen. Globale Einzel- und Außenhandelsunternehmen spielen im internationalen Handelssystem eine zunehmend wichtige Rolle. Sie bringen weltweit Millionen Produzenten und Konsumenten zusammen.

Diese Unternehmen leisten einen Beitrag zum Wohlstand, der durch den internationalen Handel geschaffen wird. Doch ihre zunehmende Marktmacht stellt eine Bedrohung der Bemühungen dar, die darauf abzielen, die Verbindungen zwischen dem Handel und der menschlichen Entwicklung zu stärken.

Die Supermärkte sind inzwischen die wichtigsten Gatekeeper zu den Agrarmärkten der entwickelten Länder. Ihr Wachstum verändert die Märkte. Auf den Weltmärkten zu verkaufen, insbesondere auf Märkten für Anbauprodukte mit höherer Wertschöpfung, bedeutet zunehmend, an eine Handvoll großer Supermarktketten zu verkaufen. Das hat wichtige Konsequenzen für die Verteilung des Nutzens aus dem Handel.⁷⁸

Die 30 Spitzenunternehmen und größten Supermarktketten der Lebensmittelindustrie machen heute etwa ein Drittel der weltweiten Lebensmittelumsätze aus.⁷⁹ In den entwickelten Ländern wächst der Marktanteil der größten Akteure rasch. Wal-Mart, heute das größte Unternehmen der Welt, macht mehr als ein Drittel des Umsatzes der US-amerikanischen Lebensmittelindustrie aus. In Großbritannien machen die fünf Top-Supermärkte 70 Prozent oder mehr der Lebensmittelumsätze aus – ein Anteil, der doppelt so hoch ist, wie noch Ende der 1980er Jahre. In den Entwicklungsländern laufen parallele Entwicklungen ab. Ende der 1980er Jahre machten die Supermärkte weniger als 20 Prozent der Lebensmittelverkäufe in Lateinamerika aus. Dieser Anteil ist mittlerweile auf 60 Prozent gestiegen. Die Geschwindigkeit des Wandels ist erstaunlich. Innerhalb eines Jahrzehnts haben sich die Supermärkte in Lateinamerika in einem Ausmaß ausgebreitet, für das Europa fünf Jahrzehnte brauchte.⁸⁰

Die Machtkonzentration ging einher mit der Entwicklung globaler Beschaffungs- und Distributionssysteme. Wal-Mart deckt seinen Bedarf aus mehr als 65.000 Quellen. Carrefour bezieht seine Melonen in Nordost-Brasilien, um damit seine Einzelhandelsgeschäfte

in diesem Land zu beliefern, und seine Distributionszentren in 21 weiteren Ländern. Royal Ahold bezieht Äpfel in Chile zur Distribution durch ein Zentrum in Peru. Unternehmen wie Tesco in Großbritannien beziehen Obst und Gemüse von mehr als 200 Lieferanten, viele davon in Entwicklungsländern.⁸¹

Diese Trends sind für die Verteilung des Nutzens aus dem internationalen Handel aus drei Gründen von Bedeutung. Diese drei Gründe stehen miteinander in Zusammenhang. Erstens sind die Supermärkte die Gatekeeper der am schnellsten wachsenden Märkte im Weltagrarhandel, und der Märkte, die durch eine höhere Wertschöpfung gekennzeichnet sind. Die erfolgreiche Beteiligung auf diesen Märkten kann für Kleinbauern potenziell große Einkommensgewinne bedeuten, insbesondere für diejenigen, die in der Lage sind, aus den Primärgütermärkten heraus zu diversifizieren. Zweitens gibt die Konzentration von Kaufkraftinformationen den Supermärkten enorme Möglichkeiten, die Preise und die weitergehenden Bedingungen zu beeinflussen, unter denen Kleinbauern in Entwicklungsländern mit reichen Ländern Handel treiben. Drittens gibt das Entstehen globaler Versorgungsnetzwerke, die eine große Anzahl von Ländern umfassen, Supermärkten die Möglichkeit, ihre Nachfrage zwischen einer großen Anzahl von Lieferanten hin und her zu schieben, was ihre Marktmacht weiter stärkt.

Das vorherrschende Geschäftsmodell im Supermarkt-Sektor belohnt kurze Lieferzeiten, hohe Qualität und vor allem intensiven Preisdruck. Wie es in einem Oxfam-Bericht heißt: „Die Einkäufer arbeiten in einer Geschäftskultur mit Leistungszielen und Anreizen, die sie anspornen, die Lieferanten in Bezug auf Preise und Lieferzeiten unter Druck zu setzen, mit wenig Rücksicht auf die ethischen Auswirkungen weiter unten in der Produktionskette.“⁸² Durch ihre Kaufkraft stellen die Supermärkte sicher, dass die Anpassungen an niedrigere Preise an die Produzenten weitergegeben werden. Zum

Auf den Weltmärkten zu verkaufen bedeutet zunehmend, an eine Handvoll großer Supermarktketten zu verkaufen

In Brasilien wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre 60.000 kleine Molkereibetriebe aus dem einheimischen Markt gedrängt

Beispiel begannen im Jahr 2002 die britischen Supermarktketten einen Preiskrieg bei Bananen, dem beliebtesten Obst in Großbritannien. Zwischen 2001 und 2003 wurden die an die Produzenten gezahlten Preise um ein Drittel gedrückt, mit verheerenden Auswirkungen für die Kleinbauern in der Karibik und die Plantagenarbeiter.⁸³

Solche Trends weisen auf die Gefahr hin, dass die Entwicklungsländer-Exporteure von Produkten mit höherer Wertschöpfung durch negative Trends der Terms of Trade auf die gleiche Art in die Falle geraten könnten, wie die Exporteure im primären Sektor. Die Supermärkte schaffen für Kleinproduzenten zudem sehr viel größere Markteintrittsbarrieren als die Zölle. Die Preise werden gedrückt und gleichzeitig müssen die Lieferanten höhere Produktstandards und strengere Kriterien der Just-in-time-Lieferung erfüllen. Diese Standards und Kriterien zu erfüllen, übersteigt die finanziellen und institutionellen Möglichkeiten vieler Kleinbauern. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Supermärkte erst verspätet zahlen. Die gängige Geschäftspraxis ist es, 45 bis 60 Tage nach Erhalt der Lieferung zu zahlen.⁸⁴

Da die Konsumenten im Westen sich um die Lebensmittelsicherheit zunehmend Sorgen machen, stehen die Supermärkte unter Druck, auf die Standards und die Herkunft der von ihnen verkauften Waren Garantien abzugeben. Doch die Überwachungskosten der Einhaltung dieser Standards steigen mit zunehmender Anzahl und geografischer Verteilung der Produzenten. Das schafft Anreize, die Verträge mit großen Produktions- und Verteilungszentren abzuschließen. Das Ergebnis davon ist, dass die Markteintrittsbarrieren in genau jenen Bereichen am höchsten sind, in denen der Handel das größte Potenzial hat, die Armut zu mindern.

Die kenianischen Erfahrungen machen das Problem deutlich. Im Laufe der vergangenen fünfzehn Jahre ist Kenia zu einem dynamischen Exporteur von frischem Ge-

müse in die Europäische Union aufgestiegen – ein seltenes Beispiel für den erfolgreichen Eintritt eines afrikanischen Landes in Märkte mit höherer Wertschöpfung. Doch die Kleinbauern halten in diesem Prozess nicht mit. Im Jahr 1997 wurden in Kenia fast drei Viertel der Gemüseexporte mit hoher Wertschöpfung von Kleinbauern geliefert. Im Jahr 2000 war ihr Anteil auf 18 Prozent gefallen.⁸⁵ Die größte Veränderung in diesem Wirtschaftszweig ist die zunehmende Bedeutung landwirtschaftlicher Betriebe, deren Eigentümer oder Pächter große Exportfirmen sind. Einer der Antriebsfaktoren für diesen Wandel war die Notwendigkeit, den britischen Supermarkt-Standards zu entsprechen, insbesondere in Bezug auf die Rückverfolgbarkeit. Ein weiterer war die Anforderung, Liefermengen zu garantieren, die von den Supermärkten kurzfristig geändert werden können. In Zukunft könnten durch die Forderungen der Supermärkte die Kleinbauern weiter ins Abseits gedrängt werden, die sich den Strom, die Gewächshäuser und die künstliche Beleuchtung nicht leisten können, die nötig sind, um völlig einheitliche Ware zu liefern.

Kenia ist kein Einzelbeispiel. Weltweit gibt es mehr und mehr Hinweise darauf, dass die Kleinbauern ausgeschlossen werden. In Brasilien wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre 60.000 kleine Molkereibetriebe aus dem einheimischen Markt gedrängt, weil sie nicht in der Lage waren, die steigenden technischen Standards zu erfüllen, die von den Supermärkten verlangt werden.⁸⁶ Mit der zunehmenden Marktabdeckung der Supermärkte besteht die Gefahr, dass der Preisdruck sich intensivieren wird und die Markteintrittsbarrieren aufgrund der Anforderungen an die Produktstandards zunehmen werden.

Mangelnde Fähigkeiten

Die Exportmärkte können für die menschliche Entwicklung riesige Chancen bieten. Um diese Chancen auszunutzen braucht es mehr als nur offene Märkte. Es erfordert vor allem die Fähigkeit, auf die Öffnung von Märkten zu

reagieren und mit Anpassungen umzugehen. Viele arme Länder und arme Produzenten verfügen nicht über diese Fähigkeiten.

Wie die afrikanischen Länder südlich der Sahara erfahren mussten, ist der Marktzugang eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Integration in den internationalen Handel. Diese Region ist mit den niedrigsten Zollschränken der entwickelten Länder konfrontiert, doch das hat ihre Marginalisierung nicht aufgehoben. Ein Grund dafür sind die hohen Vermarktungskosten – ein Problem, das mit schwachen Institutionen und schwachen infrastrukturellen Kapazitäten zusammenhängt. Die Transportkosten erhöhen die Preise der Exportwaren aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara um 15 bis 20 Prozent. Sie liegen damit dreimal so hoch wie im Weltdurchschnitt und stellen ein Hemmnis dar, das die Zölle, die die afrikanischen Exporteure zahlen müssen, weit in den Schatten stellt.⁸⁷ Der Bericht der von der britischen Regierung finanzierten Afrika-Kommission hat einen Infrastrukturfonds im Umfang von 10-15 Milliarden US-Dollar vorgeschlagen, um Afrikas Infrastruktur-Defizite zu überwinden. Dies unterstreicht sowohl das Ausmaß des Problems als auch die zentrale Rolle der Entwicklungshilfe im Umgang mit Problemen im Bereich des Handels.

Zwangsläufig haben arme Produzenten die höchsten Vermarktungskosten. Viele haben keinen Zugang zu den Straßen, den Technologien, den Marktinformationen oder dem Produktivvermögen (Land, Kapital und Wasser), das sie brauchen, um Erfolg zu haben. In der Demokratischen Volksrepublik Laos sind fast 40 Prozent der Dörfer mehr als sechs Kilometer von einer Hauptstraße entfernt und die Hälfte der Straßen ist in der Regenzeit nicht befahrbar. Das macht es nicht nur schwierig, die Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, sondern verteuert auch die eingesetzten Produktionsmittel. In Afrika südlich der Sahara beträgt die Dichte des Straßennetzes auf dem Lande nur 55 Kilometer pro Quadratkilometer, im Vergleich zu mehr als 800 Kilometern

in Indien.⁸⁸ Die Unzulänglichkeit der Straßen in ländlichen Regionen erhöht die Transaktionskosten, drückt die Erzeugerpreise und die Löhne der Arbeitskräfte und schwächt die Marktanreize. Das erklärt auch, warum es nichts Ungewöhnliches ist, wenn Kleinbauern in Afrika südlich der Sahara nur zehn bis 20 Prozent des Exportpreises für ihre Erzeugnisse bekommen, während der Rest für Transport und Vermarktung verloren geht.⁸⁹

Auf einer Ebene sind die Voraussetzungen für menschliche Entwicklung durch Handel keine anderen, als die, die für die menschliche Entwicklung im Allgemeinen gelten. Ohne Maßnahmen zur Überwindung der gravierenden Defizite und der Ungleichheiten im Zugang zu Gesundheit, Bildung und Produktivvermögen wird die Weltmarktintegration kaum Gewinne bringen. Deshalb muss die Handelspolitik als Teil einer integrierten Strategie zur Minderung der Armut und zur Förderung menschlicher Entwicklung entwickelt werden. Sie dem Markt zu überlassen, ist kein angemessener Weg.

Aus einigen der Erfolgsgeschichten im Agrarhandel können wichtige Lehren gezogen werden. Im Senegal haben die Exporte von Obst und Nüssen seit 1998 um mehr als 40 Prozent zugenommen. Die Kleinbauern waren dabei die treibende Kraft. Es sind mehr als 10.000 ländliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Der Schlüssel zum Erfolg: eine Partnerschaft zwischen Kleinbauern, der Regierung und einem eigenständigen Exportförderungsprojekt für die Landwirtschaft.⁹⁰ Dieses Projekt baut Kühlhäuser, stellt Marktinformationen zur Verfügung und saniert Beförderungsanlagen. In Ghana haben fünf Kleinbauern-Kooperativen eine Firma gegründet, die bei der Erhöhung des Volumens der Exporte von Ananas in die Europäische Union und auf die regionalen westafrikanischen Märkte führend war. Diese Firma war anfänglich von der Weltbank unterstützt worden. Sie arbeitet mit staatlichen Stellen und privaten Anbietern zusammen, um technische Dienstleistungen einzuholen, die den Bauern helfen, Produktstandards einzuhalten, Kre-

dite zu bekommen und zu exportieren.⁹¹ In Indien bietet die Gewürzbehörde eine Regulierungsstruktur und Marketingsysteme, die 2,5 Millionen Produzenten mit dem Weltmarkt verbinden. Sie bietet Unterstützung in den Bereichen Marketing, der Entwicklung von Schädlingsbekämpfungssystemen und der Qualitätssicherung. In jedem dieser Fälle waren Kooperationen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor entscheidend für den Erfolg.⁹²

Seit Beginn der Doha-Runde haben sich die entwickelten Länder zu mehr Anstrengungen im Bereich Capacity Building ver-

pflichtet, um die Kapazitätsbeschränkungen zu überwinden, die im Exportsektor der Entwicklungsländer Hindernisse darstellen.⁹³ Ein umfangreiches Paket an Entwicklungshilfemaßnahmen entstand unter dem Titel „Förderung der handelsbezogenen technischen Zusammenarbeit und Entwicklung von handelspolitischen Institutionen“ (TACB). Konservativ geschätzt werden nun circa 2,1 Milliarden US-Dollar in die TACB gelenkt. Rund 70 Prozent dieser Summe dienen dazu, angebotsseitige Beschränkungen zu verringern. Der Rest ist zur Entwicklung von handelspolitischen Institutionen bestimmt.

Kasten 4.10 Die Grenzen der handelsbezogenen technischen Zusammenarbeit für die Entwicklung handelspolitischer Institutionen

Die Entwicklung handelspolitischer Institutionen ist entscheidend für die erfolgreiche Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt. Die entwickelten Länder machen diesen Bereich in ihren Entwicklungshilfeprogrammen zunehmend zu einer Priorität, doch die technische Zusammenarbeit zur Entwicklung handelspolitischer Institutionen leidet unter einer Reihe von Mängeln, die ihre Wirksamkeit untergraben. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen im Rahmen der Förderung der handelsbezogenen technischen Zusammenarbeit und Entwicklung von handelspolitischen Institutionen (TACB).

Prioritäten der Geber. Allzu oft weist die TACB eine Schiefelage zugunsten der Verhandlungsprioritäten der Geber auf. Zu Beginn der Doha-Runde legte die Europäische Union in ihrer Verhandlungsagenda den Schwerpunkt auf Wettbewerbspolitik, Handelserleichterungen und Investitionen – die Singapur-Themen. Die überwältigende Mehrheit der Entwicklungsländer, insbesondere afrikanische und am wenigsten entwickelte Länder, lehnten diese Tagesordnung ab. Dennoch machten im Jahr 2001 die Singapur-Themen die Hälfte der gesamten technischen Unterstützung im Bereich der Handelspolitik aus, die von der WTO erfasst wird. Dagegen wurde nur ein Prozent der politischen Unterstützung für die Agrarverhandlungen aufgewendet, einen Bereich, der für die Entwicklungsländer von lebenswichtigem Interesse ist. Die Schiefelage bei den bilateralen Programmen drückt sich durch negative Diskriminierung aus (die Geber lehnen es ab, Aktivitäten zu finanzieren, die ihren unmittelbaren Interessen Schaden können), oder durch positive Diskriminierung (wobei Unterstützung in den Bereichen angeboten wird, die für die Geber Priorität haben).

Tendenziöse und eingeschränkte Beratung. In einem zu großen Teil der Beratung im Rahmen der TACB geht es darum, wie die von den entwickelten Ländern diktierten WTO-Abkommen umzusetzen sind. Ein großer Teil der WTO-Aktivitäten, die unter dem Dach des 2001 eingerichteten Globalen Treuhandfonds durchgeführt wurden,

fallen in diese Kategorie. Zu wenig Beratung wird in Bereichen angeboten, die die ungleichen Machtverhältnisse ausgleichen und politische Ziele voranbringen könnten.

Unterfinanzierung. Einige der wirksamsten TACB-Programme sind chronisch unterfinanziert. Ein Beispiel dafür ist das Gemeinsame integrierte Programm für technische Hilfe der WTO, der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung und des International Trade Center. Dieses Programm ist insbesondere unter afrikanischen Regierungen sehr anerkannt. Doch es wird derzeit durch einen gemeinsamen Treuhandfonds finanziert, der sich auf zehn Millionen US-Dollar für zwanzig Länder beläuft. Dies erscheint kaum angemessen, angesichts des Ausmaßes der Nachteile, mit denen die afrikanischen Regierungen in der WTO konfrontiert sind. Die derzeitige Finanzierung für den Integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder beläuft sich auf weniger als sechs Millionen US-Dollar.

Schwache Verknüpfungen mit Entwicklungsstrategien
Die Bemühungen der Geber, die TACB zu einem integralen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit und der Planungen für die nationale Armutsbekämpfung zu machen, sind bislang hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der Integrierte Rahmenplan, um ein treffendes Beispiel zu nehmen, hat mehrere qualitativ hochwertige Untersuchungen der angebotsseitigen Beschränkungen durchgeführt, insbesondere sofern sie die Armen betreffen. Doch es gibt keine Hinweise darauf, dass die Empfehlungen in Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSPs) integriert worden sind. Die meisten dieser Strategiedokumente sagen sehr wenig über die Handelspolitik. Schwache Koordination, miteinander in Konflikt stehende und sich überlappende Mandate der beteiligten Behörden und die Schiefelage zugunsten der technischen Hilfe und zulasten der Finanzierung von Infrastruktur haben die Wirksamkeit des Integrierten Rahmenplans weiter geschwächt.

Quelle: Deere 2005.

In einigen Fällen leidet die Entwicklung handelspolitischer Institutionen unter völliger politischer Inkohärenz. Ein krasses Beispiel dafür ist die Fischereipolitik der Europäischen Union im Senegal. Während ein Teil der EU-Entwicklungshilfe und EU-Handelspolitik darauf abzielt, ein nachhaltiges Ressourcenmanagement zu unterstützen und das Exportwachstum mit dem Bedarf des einheimischen Marktes in Einklang zu bringen, untergräbt ein anderer Teil genau diese Ziele.

Der Fischereisektor macht derzeit mehr als ein Drittel der Exporterlöse des Senegal aus. Er liefert auch schätzungsweise 75 Prozent des nationalen Proteinkonsums und beschäftigt direkt und indirekt ca. 600.000 Menschen, darunter eine große Zahl von Kleinfischern.

Die Entwicklung der Fischereiwirtschaft für den Export wurde von der französischen Entwicklungsagentur gefördert, die schätzungsweise ein Drittel der Kosten finanziert hat, die damit verbunden waren, die EU-Standards für Lebensmittelsicherheit zu erfüllen. Die Handelspräferenzen der Europäischen Union haben den Senegal vor der Billigkonkurrenz aus Thailand geschützt. Andere EU-Geber, zusammen mit der Weltbank, unterstützen Projekte zur Verbesserung der Fähigkeiten des Senegal, die Fischgründe nachhaltig zu managen. Die Europäische Union gibt zwölf Millionen US-Dollar für die Unterstützung der Überwachung und Kontrolle aus. Die diagnostische Arbeit unter dem Integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe hat gezeigt, wie wichtig es war, dass die senegalesische Regierung auf nationaler Ebene die Fähigkeiten entwickelt hat, die Bestände zu überwachen und den Zugang dazu zu kontrollieren.

Während ein Teil der EU-Entwicklungshilfe und EU-Handelspolitik darauf abzielt, ein nachhaltiges Ressourcenmanagement zu unterstützen und das Exportwachstum mit dem Bedarf des einheimischen Marktes in Einklang zu bringen, untergräbt ein anderer Teil genau diese Ziele. Seit 1979 hat die Europäische Union eine Reihe von Vereinbarungen finanziert, die europäischen Schiffen Zugang zu den senegalesischen Fischgründen geben. Der jüngste Deal „Geld gegen Zugang“ ist ein 64 Millionen US-Dollar-Transfer, der den Zeitraum bis 2006 abdeckt. Er ist Teil eines weitergehenden Netzes von Abkommen, durch die die Europäische Union den Zugang zu den Fischgründen anderer Länder subventioniert hat, um einen Ausgleich für die Überfischung in den Gewässern der EU zu schaffen.

Nach 15 Jahren „Kooperation“ mit der Europäischen Union befindet sich der senegalesische Fischereisektor in einer tiefen Krise. Die Fischgründe sind stark dezimiert worden, was die Kleinfischerei zum Erliegen gebracht hat, die Fischpreise auf den lokalen Märkten in die Höhe getrieben hat und die Lieferungen an die Konservenfabriken gefährdet, die für den Export produzieren. Wie frühere Abkommen setzen die gegenwärtigen Regelungen der Fischerei keine Grenze. Und da es keine Aufzeichnungen über Tonnagen gibt, sind die senegalesischen Behörden nicht in der Lage, die Fischgründe zu überwachen. Dies steht in krassem Gegensatz zum Fischereimanagement innerhalb der Europäischen Union, wo die Gesamtfangmengen begrenzt werden.

Das Ergebnis ist, dass die Europäische Union die Entwicklung eines Ressourcenmanagementsystems in der Fischerei systematisch untergräbt. All dies lässt sich mit den Zielen politischer Kohärenz, wie sie im Vertrag von Rom festgelegt sind, nur schwer vereinbaren.

Quellen: Brown 2005b; Kaczynski und Fluharty 2002; UNEP 2002; Picciotto 2004; CTA 2004; Jensen 2005.

Während einige wichtige Vorteile realisiert werden konnten, leidet die TACB noch deutlicher unter den Problemen der Entwicklungshilfe, wie sind in Kapitel 3 dargestellt sind. Es gibt eine Vielzahl an Initiativen im Bereich technische Hilfe, die untereinander schlecht koordiniert sind, deren Finanzierung begrenzt ist und die sich die Regierungen der Empfängerländer in vielen Fällen nur begrenzt zu eigen gemacht haben. Technische Hilfe wird häufig wahllos, willkürlich und meistens isoliert geleistet. Genauso schädlich war der enge Fokus auf die Umsetzung der WTO-Abkommen, von denen viele für die Entwicklungsländer von zweifelhaftem Nutzen sind (Kasten 4.10).

Kohärenz ist wichtig für die Entwicklung von handelspolitischen Institutionen. Allzu oft untergräbt die Handelspolitik genau die Ziele, die im Rahmen von TACB-Programmen verfolgt werden. Während die Europäische Union und die Vereinigten Staaten mit ihren Entwicklungshilfe-Programmen in die Entwicklung der Kapazitäten von Kleinbauern investieren, untergraben sie mit ihrer Handelspolitik die Märkte, von denen der Lebensunterhalt ländlicher Produzenten abhängig ist. Eine besonders deutliche Illustration der Funktionsweise der Inkohärenz ist die Fischereipolitik der Europäischen Union. Sie richtet in Senegal systematisch einen Wirtschaftszweig zugrunde, der durch die Entwicklungshilfe-Programme von EU-Mitgliedsstaaten unterstützt wird (Kasten 4.11).

Einige Länder sind besser als andere in der Lage, die Tagesordnung der WTO zu beeinflussen

Doha zu einer Entwicklungsrunde machen

Wie wir in diesem Kapitel durchgehend argumentieren, wird es Maßnahmen auf breiter Front erfordern, um die Verbindungen zwischen dem Handel und der menschlichen Entwicklung zu stärken. Die unmittelbare Priorität besteht darin, die Handelspolitik als zentralen Bestandteil nationaler Planungen zur Minderung der Armut zu betrachten – und dann sicherzustellen, dass multilaterale und regionale Handelsregeln die vorrangigen Bereiche menschlicher Entwicklung unterstützen.

Die Doha-Runde – und die WTO selbst – sind wichtige Bausteine dieses breiter angelegten Prozesses. Gute Handelsregeln werden zwar viele der dringendsten Probleme der Entwicklungsländer nicht lösen, doch gute Handelsregeln können helfen und schlechte können ernststen Schaden anrichten. Die nächste WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 bietet eine entscheidende Gelegenheit, einen Verhandlungsrahmen zu verabschieden, der in Hinblick darauf, dass sich die Ministerrunde auf die Durchführung einer Entwicklungsrunde verpflichtete, konkrete Ergebnisse liefert. Gleichzeitig kann sie den Boden für zukünftige Verhandlungen bereiten, in denen die menschliche Entwicklung – neben fortschreitender ausgewogener Liberalisierung – zu einer zentralen Aufgabe der WTO gemacht wird. Gelingt es nicht, diese Gelegenheit zu nutzen, wird dies die bereits angeschlagene Legitimität und Glaubwürdigkeit der WTO schwächen.

Die ordnungspolitische Funktion der WTO überdenken

Änderungen der Regeln finden nicht in einem Vakuum statt. Sie werden durch Institutionen gestaltet und, im Falle der WTO und des Welt Handels, durch Machtverhältnisse. Die entscheidende Herausforderung an ein multilaterales System besteht darin, dass es einen Rahmen bieten muss, in dem die Stimmen der schwächeren Mitglieder Gewicht haben.

Im Prinzip ist die WTO eine überaus „demokratische Organisation“. Anders als die Weltbank oder der IWF spiegeln die Entscheidungsstrukturen nicht die finanzielle Macht der Mitglieder wider. Die geltende Regel heißt „ein Land, eine Stimme“. Jedes Mitglied hat dabei das Recht, ein Veto gegen Entscheidungen einzulegen, die – so wird vorgegeben – auf der Grundlage des Konsensprinzips getroffen wurden. Formell zählt die Stimme Benins genauso viel wie die der Vereinigten Staaten, und die Stimme Bangladeschs genauso viel wie die der Europäischen Union.

In der Praxis verschleiert die Fassade der gleichberechtigten Entscheidungsfindung die ungleichen Machtverhältnisse, die die Ergebnisse der WTO-Verhandlungen prägen. Einige Länder sind besser als andere in der Lage, die Tagesordnung der WTO zu beeinflussen. In der Uruguay-Runde waren die Entwicklungsländer, obwohl sie in der Mehrheit waren, nicht erfolgreich in ihrem Widerstand gegen die Ausweitung der WTO-Regeln auf Bereiche wie geistiges Eigentum, Investitionen und Dienstleistungen. Das Agrarabkommen ließ die meisten Subventionsprogramme für die Landwirtschaftsbetriebe der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten unangetastet, aus dem einfachen Grund, dass es in jeder Hinsicht, außer dem Namen nach, ein bilaterales Abkommen zwischen zwei Parteien war, das dem multilateralen Regelsystem aufgezwungen wurde. Im Wesentlichen gelang es den Weltwirtschaftsmächten, sich die Regeln so zurechtzubasteln, dass sie zu ihrer nationalen Politik passten.

Institutionelle Faktoren verschärfen die Ungleichheiten zwischen den einzelnen Ländern. Die Fähigkeit, Abkommen zu gestalten, hängt entscheidend von den Fähigkeiten der einzelnen Länder ab, komplexen, weit reichenden Verhandlungen zu folgen – ein Bereich, in dem einige Länder deutlich gleicher sind als andere. Im Jahr 2004 gab es 33 Entwicklungsländer, davon

zehn afrikanische Länder, die Mitglieder sind (oder dabei waren, der WTO beizutreten), und keinen ständigen Vertreter bei der WTO hatten. Die durchschnittliche Größe der WTO-Vertretungen der am wenigsten entwickelten Länder beläuft sich auf zwei professionelle Mitarbeiter. Der andere Extremfall ist die Europäische Union, die 140 Mitarbeiter hat, um in den Verhandlungen in Genf ihre Anliegen zu vertreten. Dabei sind die in den Hauptstädten der einzelnen Länder sitzenden Vertreter in Handelsfragen noch nicht berücksichtigt, deren Anzahl diese Zahl noch einmal um ein Vielfaches erhöhen würde.⁹⁴ Während einige Entwicklungsländer, wie zum Beispiel Brasilien, China und Indien, große Verhandlungsteams ins Feld schicken und wirkliche Verhandlungsteilnehmer sind, stehen die meisten Entwicklungsländer am Rand.

Dieses Defizit in der Vertretungsdemokratie ist von Bedeutung. Im Tagesgeschäft der Verhandlungen sind das bloße zahlenmäßige Gewicht und der einfache Zugang zu Expertise von wesentlicher Bedeutung. Die Fähigkeiten, das System zu nutzen, spiegeln sich auch im Streitschlichtungsverfahren wider. Nicht ein einziges afrikanisches Land hat bislang einen Streitfall vor der WTO erwirkt. Um in der WTO ein demokratisches System zu schaffen, das diesen Namen auch verdient, ist die Korrektur dieser institutionellen Ungleichgewichte eine Voraussetzung.

Wie der Handel in Bezug auf die Millenniumsziele etwas leisten könnte

Fairere internationale Handelsregeln könnten den Millenniums-Entwicklungszielen starken Auftrieb geben. Diesen Auftrieb zu schaffen, wird eine größere Kohärenz zwischen der Handelspolitik der entwickelten Länder und ihrer Entwicklungspolitik und ihren entwicklungspolitischen Verpflichtungen erfordern. Unfaire und unausgewogene Handelsregeln behindern die internationalen Anstrengungen, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Die Doha-Runde bietet eine Gelegenheit, sich diesem Problem anzunehmen, doch bislang sind

nur wenig Fortschritte gemacht worden. Es braucht zwei Schritte, um die Runde wieder auf ihre Entwicklungsziele zu fokussieren und um einen entwicklungspolitischen Rahmen für zukünftige Verhandlungen festzulegen.

Eine Anzahlung auf die Entwicklungsrunde

Die Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong, China (SAR) bietet eine letzte Chance, das Vertrauen in die Doha-Runde wieder herzustellen. Das Treffen muss konkrete und praktische Ergebnisse liefern. Diese Ergebnisse sollten in drei spezifischen Bereichen (Marktzugang, Unterstützung der Landwirtschaft und der besonderen und unterschiedlichen Behandlung von Entwicklungsländern) 'Anzahlungen' auf die Entwicklungsrunde beinhalten.

Die Ministerkonferenz 2005 bietet eine Gelegenheit, einige der krasseren Marktzugangsbeschränkungen abzuschaffen, die die Fähigkeiten armer Länder einschränken, vom Handel zu profitieren. Es sollten verbindliche Zeitpläne vereinbart werden, um:

- bis 2010 Spitzenzollsätze abzuschaffen und die Zollprogression zu verringern, indem die Obergrenze bei den Zollsätzen auf ein Niveau gesenkt wird, das nicht höher ist, als das Doppelte der Durchschnittszölle;
- den Vorschlag der von der britischen Regierung finanzierten Afrika-Kommission umzusetzen, den zoll- und quotenfreien Zugang auf alle Exporte aus südlich der Sahara liegenden afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen anzuwenden, und diesen Zugang auch auf alle in anderen Regionen liegenden am wenigsten entwickelten Länder auszudehnen;
- die Herkunftsregeln zu lockern, indem bis 2007 eine Gesetzgebung verabschiedet wird, die auf den international besten Beispielen beruht, um die Anforderung an den einheimischen Wertschöpfungsanteil für in Frage kommende Produkte auf 25 Prozent des Exportwertes zu reduzieren und um es

Die Importliberalisierung
kann zwar für die
menschliche Entwicklung

Vorteile bieten, doch
sie sollte nach und
nach erfolgen

Ländern, die eine Vorzugsbehandlung genießen, zu erlauben, ihre Produktionsmittel nach Belieben weltweit zu beziehen;

- im Jahr 2006 einen Kompensationsfonds für Anpassungen im Handelsbereich einzurichten, der in den kommenden zehn Jahren mit 500 Millionen US-Dollar pro Jahr einzelne Länder für die Aushöhlung von Vorzugsbehandlungen entschädigt.

Dass im Bereich Landwirtschaft Fortschritte gemacht werden, ist von entscheidender Bedeutung. Die Politik der entwickelten Länder destabilisiert und schwächt die Weltmärkte, untergräbt die Position wettbewerbsfähiger Agrarexporteure und verstärkt die ländliche Armut, indem sie die Nahrungsmittelmärkte in armen Ländern mit subventionierten Exporten überschwemmt. In vier Verhandlungsjahren ist nichts erreicht worden. Es wurde kein Zeitplan festgelegt, um die Exportsubventionen abzuschaffen, und die entwickelten Länder strukturieren ihre Subventionen neu, um Maßregelungen durch die WTO zu vermeiden. Die unmittelbaren Prioritäten im Zeitplan der Verpflichtungen der entwickelten Länder sollten Folgendes vorsehen:

- das verbindliche Verbot aller direkten Exportsubventionen bis 2007 erreicht zu haben;
- bis 2010 die Subventionen auf ein Niveau gesenkt zu haben, das insgesamt nicht mehr als zehn Prozent des Wertes der Produktion entspricht;
- die Produzenten in Entwicklungsländern zu entschädigen, die von der Agrarpolitik der entwickelten Länder in Bezug auf wichtige Rohstoffe wie Zucker und Baumwolle am stärksten betroffen sind;
- bis 2010 die Importzölle schrittweise zu verringern, durch die so genannte Schweizer Formel, die bei den höchsten Zollsätzen die stärksten Einschnitte vorsieht und die Obergrenze bei zehn Prozent anlegt;

- die Abschaffung der „Blue Box“-Bestimmungen, die es den Ländern erlauben, auf Grund von Marktentwicklungen unbeschränkte Unterstützung zu leisten.

In den WTO-Regeln wird prinzipiell anerkannt, dass die Entwicklungsländer nicht zu Verpflichtungen gezwungen werden sollten, die mit ihrem wirtschaftlichen Status und ihren Entwicklungsbedürfnissen nicht vereinbar sind. In der Praxis ist es durch die Bestimmung zur besonderen und unterschiedlichen Behandlung von Entwicklungsländern nicht gelungen, einen Rahmen zu schaffen, durch den die WTO-Verpflichtungen mit der Verpflichtung auf menschliche Entwicklung in Einklang gebracht werden können. Dies wurde in der Erklärung von Doha anerkannt, in der zu „präziser formulierten, wirksameren und besser funktionierenden“ Regeln aufgerufen wurde. Die Entwicklungsländer sind jedoch unter Druck geraten, den Importsektor in einem Tempo zu liberalisieren, das mit ihren Entwicklungsbedürfnissen unvereinbar ist. Die Importliberalisierung kann zwar für die menschliche Entwicklung Vorteile bieten, doch sie sollte nach und nach erfolgen, auf eine Art und Weise, die mit nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung im Einklang steht, und mit den Millenniums-Entwicklungszielen, an denen die WTO-Regeln ausgerichtet werden sollten. Die Ministerkonferenz 2005 bietet eine Chance, diese Regeln in Bezug auf Fragen des Marktzugangs und auf die Landwirtschaft auszuarbeiten. Dahingehend sollten sich die entwickelten Länder einigen,

- die gegenseitigen Forderungen nach Marktzugang für nicht-agrarische Güter zu beschränken und es den Entwicklungsländern zu erlauben, die Durchschnittszollsätze anhand einer Formel zu senken, die einen hohen Grad an Flexibilität bietet;
- „spezielle Produkte“ im Agrarbereich von jeglichen Liberalisierungsforderungen auszunehmen und es den Entwicklungsländern zu erlauben, Schutzmechanismen anzuwenden, um den Marktzugang zu beschränken, wenn der Umfang der Importe

die Ernährungssicherung bedroht. Diese Produkte sollten Grundnahrungsmittel umfassen sowie Anbauprodukte, die als Lebensgrundlage in ländlichen Regionen und als Einkommensquelle für arme Haushalte von Bedeutung sind;

- die Beitrittsregeln der WTO zu überprüfen, um sicherzustellen, dass Entwicklungsländer, die neu Mitglied werden, nicht Liberalisierungsforderungen erfüllen müssen, die mit ihrem Entwicklungsstand unvereinbar sind.

Blick in die Zukunft

Es wäre unrealistisch, zu erwarten, dass die Doha-Runde, geschweige denn die Ministerkonferenz 2005, alle Spannungen zwischen den WTO-Regeln und der Handelspolitik der entwickelten Länder auf der einen Seite und den Millenniums-Entwicklungszielen und weitergehenden Zielen menschlicher Entwicklung auf der anderen Seite löst. Ministerkonferenzen sind jedoch wichtig, auch weil dort Absichten kundgetan werden können. Im aktuellen Zusammenhang müssen die Industrieländer ihre Absicht signalisieren, die Abkommen zu überprüfen und die Verhandlungen in folgenden Bereichen neu auszutarieren:

- *Industrie- und Technologiepolitik.* Es sollte eine Verpflichtung geben, die Beschränkungen der Entwicklung einer aktiven Industrie- und Technologiepolitik durch handelsbezogene Investitionsmaßnahmen und andere Abkommen zu lockern.
- *Geistiges Eigentum.* Man könnte mit Recht behaupten, dass das TRIPS-Abkommen

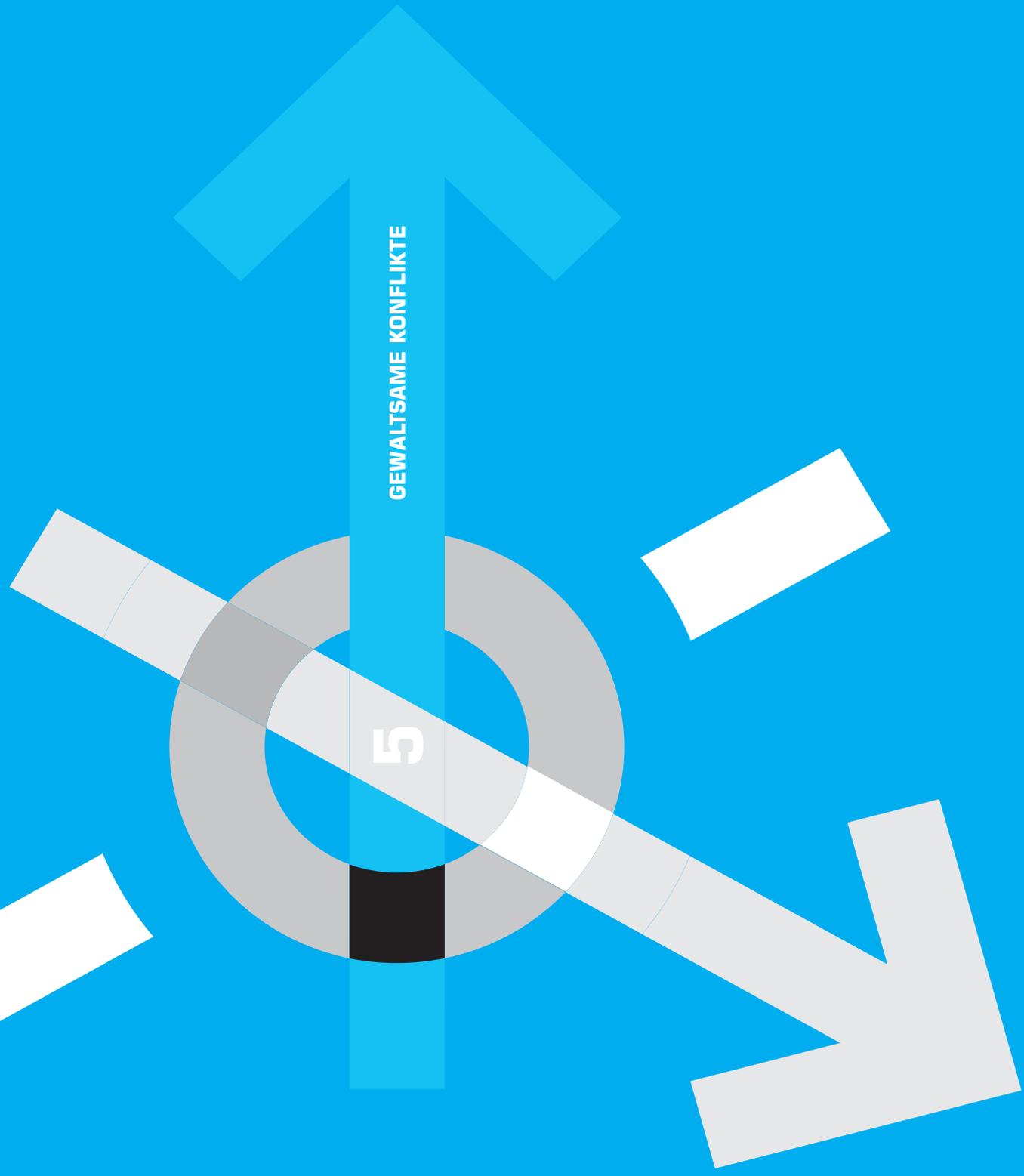
nicht auf die Tagesordnung der WTO hätte gesetzt werden dürfen. Zwar ist der Schutz geistigen Eigentums wichtig, doch das derzeitige System leidet darunter, dass es ein Einheitsmodell ist, das die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer nicht berücksichtigt. Die Herausforderung besteht nun darin, die in dem Abkommen enthaltenen Bestimmungen zur öffentlichen Gesundheit zu stärken und den Spielraum für technologische Innovationen zu erweitern. Außerdem sind die entwickelten Länder herausgefordert, auf ihre TRIPS-Verpflichtung hin aktiv zu werden und den Technologietransfer finanzieren zu helfen.

- *Dienstleistungen.* Eine Liberalisierung der Regeln zur zeitweisen Migration natürlicher Personen im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen würde sehr dazu beitragen, eine gerechtere Verteilung des aus dem Handel zu ziehenden Nutzens zu erreichen. Die entwickelten Länder sollten in der WTO die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte in Entwicklungsländern als zweitrangig behandeln und stattdessen der schrittweisen Liberalisierung ihrer einheimischen Arbeitsmärkte Priorität einräumen.
- *Rohstoffe.* Die Krise, mit der die Rohstoffproduzenten konfrontiert sind, muss in den Mittelpunkt der internationalen Handelsagenda gerückt werden. Es sollte ein integrierter Ansatz entwickelt werden, der zusätzliche Schuldenerleichterungen, Entschädigungen, Risikoversicherungen und in einigen Fällen die Steuerung des Angebots umfasst.

Die Krise, mit der die Rohstoffproduzenten konfrontiert sind, muss in den Mittelpunkt der internationalen Handelsagenda gerückt werden

GEWALTSAME KONFLIKTE

5



**„Was mit der Missachtung
der Würde eines einzigen
Menschenlebens beginnt,
endet nur allzu oft mit
einem großen Unglück
für ganze Nationen.“**

UN-Generalsekretär Kofi Annan ¹

Jeder Tod eines Zivilisten, der im Zusammenhang mit einem Konflikt steht, ist eine Verletzung der Menschenrechte. Doch dieser Gefahr sind die Menschen, die in den ärmsten Ländern der Welt leben, viel häufiger ausgesetzt

Wenn es bei der menschlichen Entwicklung um die Erweiterung von Wahlmöglichkeiten und die Förderung von Rechten geht, dann sind gewaltsame Konflikte die brutalste Form der Unterdrückung menschlicher Entwicklung. Das Recht auf Leben und das Recht auf Sicherheit zählen zu den fundamentalsten Menschenrechten, aber auch zu denen, die am häufigsten und systematischsten verletzt werden. Durch bewaffnete Konflikte hervorgerufene Unsicherheit ist weiterhin eines der größten Hindernisse für die menschliche Entwicklung. Sie ist sowohl Ursache als auch Folge der Massenarmut. Mit den Worten des UN-Generalsekretärs: „Ohne Entwicklung gibt es für die Menschheit keine Sicherheit und ohne Sicherheit keine Entwicklung; ohne die Achtung der Menschenrechte gibt es beides nicht.“²

Fast fünfzehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es die Wahrnehmung, dass unsere Welt immer unsicherer wird. Meinungsumfragen in den Industrieländern lassen erkennen, dass diese Wahrnehmung mit der Angst vor der Terrorgefahr zusammenhängt. Diese Gefahr ist real. Sie bewirkt jedoch auch eine verzerrte Wahrnehmung von der Verteilung menschlicher Unsicherheit. Seit 1998 hat der Terrorismus weltweit fast 20.000 Menschenleben gekostet.³ Der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo hingegen hat inzwischen schätzungsweise an die vier Millionen Todesopfer gefordert, von denen die überwältigende Mehrheit nicht durch Kugeln, sondern an Unterernährung und Krankheiten gestorben ist. In der Darfur-Region des Sudan spielt sich eine humanitäre Tragödie ab, die nur gelegentlich in der Weltpresse Beachtung findet, obwohl sie Opfer in einem Ausmaß fordert, die sämtliche Bedrohungen in den Schatten stellt, denen sich die Menschen in den reichen Ländern gegenübersehen. Jeder Tod eines Zivilisten, der im Zusammenhang mit einem Konflikt steht, ist eine Verletzung der Menschenrechte.

Doch dieser Gefahr sind die Menschen, die in den ärmsten Ländern der Welt leben, viel häufiger ausgesetzt.

Seit 1990 sind über drei Millionen Menschen bei bewaffneten Konflikten ums Leben gekommen.⁴ Nahezu alle Todesfälle, die direkt auf Konflikte zurückzuführen sind, waren Menschen in den Entwicklungsländern. Abgesehen von den unmittelbaren menschlichen Kosten beeinträchtigten gewaltsame Konflikte ganze Gesellschaften und sind dazu fähig, Errungenschaften in der menschlichen Entwicklung zunichte zu machen, die über Generationen hinweg aufgebaut wurden. Konflikte stören die Nahrungsmittelversorgung, verschlimmern Hunger und Unterernährung und untergraben den Fortschritt im Gesundheits- und Bildungsbereich. Derzeit gibt es etwa 25 Millionen Menschen, die durch Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden sind.⁵ In neun der zehn Länder, die beim Index für menschliche Entwicklung (HDI) ganz unten rangieren, hat es seit 1990 irgendwann einmal einen gewaltsamen Konflikt gegeben.

Gewaltsame Konflikte erzeugen Probleme, die ohne Pass reisen können, und die sich nicht um Landesgrenzen kümmern

Gewaltsame Konflikte in den Entwicklungsländern verlangen die Aufmerksamkeit der reichen Länder. Die moralische Verantwortung, etwas gegen menschliches Leiden zu unternehmen, und das gemeinsame Interesse an kollektiver Sicherheit sind die zwingendsten Gründe für reiche Länder, sich an der Entwicklung einer kollektiven Sicherheitsstrategie für Alle zu beteiligen. Die Rechte, die durch Konflikte verletzt werden, sind allgemeine Menschenrechte, zu deren Wahrung die gesamte internationale Gemeinschaft moralisch und rechtlich verpflichtet ist. Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) sind ein weiteres Argument dafür, die menschliche Sicherheit in den Entwicklungsländern in den Mittelpunkt der internationalen Agenda zu stellen. Die Zukunft ist weitgehend ungewiss. Soviel ist jedoch gewiss, dass die Vermeidung und Lösung von Konflikten und das Wahrnehmen von Gelegenheiten zum Wiederaufbau nach einem Konflikt den Fortschritt in Richtung auf die MDGs sichtbar beschleunigen würde. Umgekehrt würde ein Versagen auf diesen Gebieten es der Welt schwierig machen, die Ziele zu erreichen, die sie sich gesetzt hat.

Die reichen Länder haben einen weiteren Grund, Maßnahmen Vorrang einzuräumen, die der Herausforderung gewaltsamer Konflikte in armen Ländern begegnen. Dieser Grund lässt sich in zwei Wörtern zusammenfassen: aufgeklärtes Eigeninteresse. Vor hundert Jahren hatten Staaten vielleicht noch die Option, die Sicherheit des Landes zu erhöhen, indem sie in militärische Ausrüstung investierten, ihre Grenzen verstärkten und so taten, als seien ihre Länder Inseln, die sich von der Welt um sie herum isolieren lassen. Diese Option ist hinfällig. In unserer globalisierten Welt ist kein Land mehr eine Insel. Gewaltsame Konflikte erzeugen Probleme, die ohne Pass reisen können, und die sich nicht um Landesgrenzen kümmern, selbst wenn diese noch so befestigt sind. Die Hochrangige Gruppe des UN-Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel hat 2004 gemahnt, dass in einer eng verwobenen Welt die kollektive Sicherheit nicht auf einer rein nationalen Grundlage entwickelt werden kann.⁶

Die kollektive Sicherheit stellt eine direkte Verbindung der Menschen in den reichen Ländern und den Gemeinschaften in den armen Ländern her, wo durch Konflikte Leben zerstört werden. Aus dem internationalen Drogenhandel und dem Waffenschmuggel stammen das Geld und die Waffen, die gewaltsame Konflikte in Ländern wie Afghanistan und Haiti anheizen. Gleichzeitig stellen sie eine tiefgreifende Bedrohung des Gemeinwohls in den reichen Ländern dar. Wenn durch gewaltsamen Konflikt die Gesundheitssysteme zusammenbrechen, wächst die Gefahr von Infektionskrankheiten nicht nur in den armen, sondern auch in den reichen Ländern. Der Kollaps von Immunisierungssystemen in Zentralafrika und Teilen von Westafrika ist ein aktuelles Beispiel hierfür. Wenn Menschen infolge von Gewalt aus ihrer Heimat herausgerissen werden, entstehen Flüchtlingsströme im Land und über Ländergrenzen hinweg und der Konflikt greift oft auch auf die Nachbarstaaten über. Dadurch erwachsen Herausforderungen für die gesamte internationale Gemeinschaft. Wenn schwache Staaten in einem gewaltsamen Konflikt versinken, entsteht dort ein natürlicher Lebensraum für terroristische Gruppierungen, die für die Menschen in reichen Ländern ein Sicherheitsrisiko darstellen, während sie in den armen Ländern dafür sorgen, dass die Gewaltspirale sich immer weiter dreht. Und vor allem wenn reiche Länder durch ihre Gleichgültigkeit zulassen, dass es Armut und gewaltsame Konflikte gibt, wird die Hoffnung auf eine eng vernetzte Welt, die das Los aller Menschen, auch der Armen, Gefährdeten und Bedrohten verbessert, in Frage gestellt.

Gewaltsame Konflikte in armen Ländern sind nur ein Aspekt der globalen Unsicherheit. Doch heutzutage geht nicht nur von Krieg, zivilem Konflikt, Terrorismus und organisiertem Verbrechen, sondern auch von der Armut eine Bedrohung der Sicherheit aus. Durch Infektionskrankheiten, Hunger und Umweltzerstörung sterben immer noch viel mehr Menschen als durch bewaffnete Konflikte – und jede dieser tödlichen Gefahren ist sowohl Ursache als auch Auswirkung gewaltsamen Konflikts.

Zwar gibt es keinen automatischen Zusammenhang zwischen Armut und zivilem Konflikt, doch ist Gewalt ein wahrscheinlicheres Ergebnis in Gesellschaften, die von tiefer Polarisierung, schwachen Institutionen und chronischer Armut geprägt sind. Die Bedrohung durch den Terrorismus verlangt nach globalen Gegenmaßnahmen. Dasselbe gilt auch für die menschliche Unsicherheit im weiteren Sinne. Der „Krieg gegen den Terror“ kann niemals gewonnen werden, falls nicht die menschliche Sicherheit erweitert und gestärkt wird. Die heutigen Sicherheitsstrategien leiden darunter, dass die militärische Antwort auf Bedrohungen der kollektiven Sicherheit überentwickelt ist, während die der menschlichen Sicherheit dienliche Antwort unterentwickelt geblieben ist.

Dieses Kapitel befasst sich mit der Herausforderung, die gewaltsame Konflikte für die menschliche Entwicklung darstellen. Der erste Abschnitt umreißt das wechselhafte Wesen von Konflikten und untersucht deren Kosten für die menschliche Entwicklung. Es zeigt auf, wie sich die Beschaffenheit von Konflikten, aber auch deren Geografie gewandelt hat: Kriege zwischen

Staaten wurden abgelöst durch Konflikte, die sich innerhalb von Staatsgrenzen abspielen, wobei die armen Länder viel stärker betroffen sind. Im zweiten Abschnitt werden einige der strukturellen Schwächen betrachtet, an denen Staaten leiden, die für Konflikte anfällig sind. Diese reichen von einer geringen Fähigkeit zur Sicherung der Grundversorgung über umstrittene Legitimität bis hin zu tiefen horizontalen Ungleichheiten. Der dritte Abschnitt wendet sich der Frage zu, was die reichen Länder zur Erhöhung der menschlichen Sicherheit tun können. Der vierte Abschnitt erkundet die Übergänge von Krieg über Frieden hin zu Sicherheit, und die Rolle, die Entwicklungshilfe und der Privatsektor spielen können, um diese zu begünstigen. Der letzte Teil des Kapitels schließlich streicht heraus, was die internationale Gemeinschaft unternehmen kann, um kollektive Sicherheit zu schaffen. Dies ist eine sehr umfangreiche Agenda, und deshalb beschäftigen wir uns vorrangig mit vier Bereichen: 1) Entwicklungshilfe an konfliktträchtige Länder, 2) Markteingriffe, um zu verhindern, dass Gelder und Waffen in Konfliktgebiete geraten, 3) die Entwicklung regionaler Kapazität und 4) Wiederaufbau.

Die heutigen Sicherheitsstrategien leiden darunter, dass die militärische Antwort auf Bedrohungen der kollektiven Sicherheit überentwickelt ist, während die der menschlichen Sicherheit dienliche Antwort unterentwickelt geblieben ist

Gewaltsame Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Vor elf Jahren formulierte der *Bericht über die menschliche Entwicklung* des Jahres 1994 einen Sicherheitsbegriff, der über eng gefasste militärische Interessen hinausging. Dem Bericht zufolge ist menschliche Sicherheit unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten: Sicherheit vor chronischen Gefahren wie Hunger, Krankheit und Unterdrückung sowie Schutz vor plötzlichen Störungen im Ablauf des täglichen Lebens. Gewaltsamer Konflikt untergräbt die menschliche Sicherheit in beider Hinsicht. Er verstärkt Armut und vernichtet die Leben gewöhnlicher Menschen.

Die internationalen Sicherheitsinstitutionen, die es heute gibt, entstanden als Reaktion auf die beiden großen Kriege in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts und die Bedrohungen durch den Kalten Krieg.

Die Welt sieht sich heute neuen Herausforderungen gegenüber. Die Beschaffenheit und die Geografie des Konflikts haben sich gewandelt. Vor sechzig Jahren machte sich eine visionäre Generation von Nachkriegsführern auf, der Bedrohung durch zwischenstaatliche Konflikte etwas entgegenzusetzen. Die Vereinten Nationen sind ein Ergebnis ihrer Bemühungen. Am Anbruch des einundzwanzigsten

Das Jahrhundert, das gerade vorbei ist, war das gewalttätigste, das die Menschheit je erlebt hat

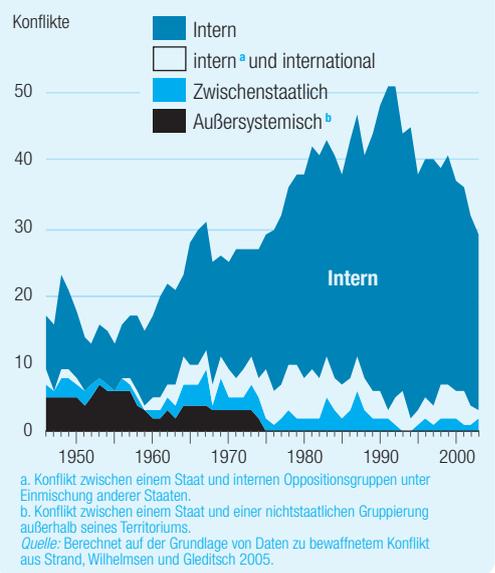
Jahrhunderts spielen sich die meisten Konflikte innerhalb von Staaten ab und der Großteil ihrer Opfer sind Zivilisten. Die Herausforderungen sind nicht weniger enorm als vor sechzig Jahren. Doch wie UN-Generalsekretär Kofi Annan in seinen Vorschlägen zur Reform der Vereinten Nationen hervorhob, wurde bisher nur wenig darauf reagiert: „Im Hinblick auf Sicherheit mangelt es – trotz einem erhöhten Gefühl des Bedrohtheits bei vielen – sogar an einem grundsätzlichen Konsens, und die Umsetzung, soweit sie erfolgt, wird allzu oft in Frage gestellt.“⁷ Das Fehlen einer durch eine praktische Strategie untermauerten Vision hat immense Kosten für die menschliche Entwicklung zur Folge, die viel zu wenig berücksichtigt werden.

Die Sicherheitsrisiken haben sich auf die armen Länder verlagert

Auf lange Sicht betrachtet leben wir in einer zunehmend gewaltsamen Welt. Das Jahrhundert, das gerade vorbei ist, war das gewalttätigste, das die Menschheit je erlebt hat. Im zwanzigsten Jahrhundert wurden fast dreimal soviele Menschen bei Konflikten getötet wie zusammengekommen in den vier Jahrhunderten davor (Tabelle 5.1).

Die Konflikttendenzen können sowohl unter positiven als auch unter negativen Aspekten interpretiert werden. Im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts war ein deutlicher Rückgang in der Anzahl der Konflikte zu beobachten. Gegenüber dem Höchststand von 51 Konflikten im Jahr 1991 gab es 2003

Grafik 5.1 Weniger Konflikte seit 1991



nur noch 29 aktuelle Konflikte (Grafik 5.1). Andererseits hat zwar die Zahl der Konflikte abgenommen, doch die Kriege der letzten 15 Jahre haben einen extrem hohen Tribut an Menschenleben gefordert. 1994 wurden fast eine Million Menschen beim Völkermord in Ruanda umgebracht. Beim Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo starben etwa sieben Prozent der Bevölkerung. Im Sudan hat der Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden in zwei Jahrzehnten über zwei Millionen Menschen das Leben gekostet und sechs Millionen Menschen zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht. Sobald dieser Konflikt überstanden war, brach eine neue vom Staat angestachelte humanitäre Krise in der Region Darfur im Westen des Landes aus. Bis heute hat der Konflikt schätzungsweise 2,3 Millionen Binnenflüchtlinge produziert; mindestens 200.000 weitere Menschen sind in den benachbarten Tschad geflohen. In den 1990er Jahren kam es sogar im Herzen Europas zu ethnischen Säuberungen im Verlauf furchtbarer Bürgerkriege, die über den Balkan hereinbrachen.

Das geografische Muster des Konflikts hat sich im Lauf der Zeit gewandelt, wobei sich die Sicherheitsrisiken deutlich auf die ärmsten Länder verlagert haben. Im Zeitraum von 1946 bis 1989 fanden nur etwas mehr als ein Drittel aller Konflikte in Entwicklungsländern mit

Tabelle 5.1 Konflikte kosten immer mehr Menschenleben

Zeitraum	Konfliktbedingte Todesfälle (Millionen)	Weltbevölkerung zur Mitte des Jahrhunderts (Millionen)	Anteil der konfliktbedingten Todesfälle an der Weltbevölkerung (%)
Sechzehntes Jahrhundert	1,6	493,3	0,32
Siebzehntes Jahrhundert	6,1	579,1	1,05
Achtzehntes Jahrhundert	7,0	757,4	0,92
Neunzehntes Jahrhundert	19,4	1.172,9	1,65
Zwanzigstes Jahrhundert	109,7	2.519,5	4,35

Quellen: Angaben zu konfliktbedingten Todesfällen: Sivard 1991, 1996; Bevölkerungsdaten für das zwanzigste Jahrhundert: UN 2005d; andere Bevölkerungsdaten: Hochrechnung des Büros für den Bericht über die Menschliche Entwicklung auf der Grundlage von Sykes 2004 (Tabelle B-10).

niedrigem Einkommen statt. Zwischen 1990 und 2003 entfielen mehr als die Hälfte der gewaltsamen Konflikte auf Länder mit niedrigem Einkommen.⁸ Nahezu 40 Prozent aller Konflikte der Welt spielen sich in Afrika ab (Grafik 5.2), darunter einige der blutigsten der letzten anderthalb Jahrzehnte. Zwar gibt es inzwischen zahlenmäßig weniger Konflikte, doch dauern sie heute länger. Daraus folgt, dass sie sich schwerwiegend auf die menschliche Entwicklung auswirken.⁹

Die Kosten des Konflikts für die menschliche Entwicklung

Gewaltsamer Konflikt bringt einige offensichtliche und unmittelbare Kosten für die menschliche Entwicklung mit sich. Der Verlust von Menschenleben, Verletzungen, Verstümmelungen und Vergewaltigungen sind alles natürliche Folgen von Konflikten. Aber es gibt andere Kosten, die weniger unmittelbar erkennbar und weniger leicht in Zahlen zu fassen sind. Der Zusammenbruch der Nahrungsmittelsysteme, der Zerfall des Gesundheits- und Bildungswesens sowie der Verlust von Einkommen sind alles Gesichtspunkte von Konflikten, die sich nachteilig auf die menschliche Entwicklung auswirken. Ebenso wie psychologischer Stress und Traumatisierung. Statistiken allein sind nicht in der Lage, die ganzen Kosten zum Ausdruck zu bringen – und oft gibt es in den Ländern, die gewaltsame Konflikte durchmachen, am wenigsten verlässliche Daten. Klar ist jedoch, dass die unmittelbaren menschlichen Kosten, auch wenn sie enorm sind, nur einen Bruchteil des Preises darstellen, den diese Länder für Konflikte bezahlen.

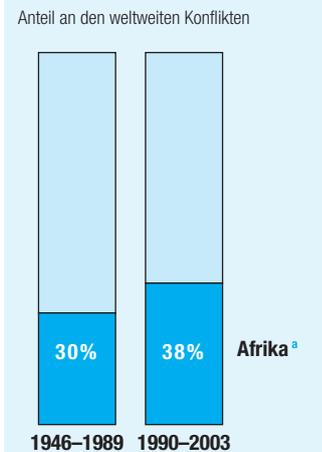
Der Index für menschliche Entwicklung (HDI) liefert ein Instrument, mit dem sich die längerfristigen Kosten von Konflikten betrachten lassen. Da die Rangfolge beim HDI von vielen verschiedenen Faktoren abhängt, ist bei der Interpretation der Beziehung zwischen dem HDI-Rang eines Landes und bestehenden Konflikten Vorsicht angebracht. Doch selbst unter diesem Vorbehalt lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen niedriger menschl-

cher Entwicklung und gewaltsamem Konflikt feststellen. Gewaltsamer Konflikt ist fraglos einer der sichersten und raschesten Wege, wie ein Land ganz am Ende der HDI-Tabelle landet – und eines der stärksten Anzeichen dafür, dass es für lange Zeit dort bleibt. Von den 32 Ländern, die in der HDI-Tabelle unter niedriger menschlicher Entwicklung firmieren, haben 22 irgendwann seit 1990 einmal einen Konflikt durchgemacht; fünf davon hatten im letzten Jahrzehnt Rückschritte bei der menschlichen Entwicklung zu verzeichnen. Die tödlichen Auswirkungen gewaltsamer Konflikte auf die menschliche Entwicklung lassen sich an den folgenden Tatsachen unschwer ablesen:

- Neun der zehn Länder mit dem niedrigsten HDI-Rang haben irgendwann seit 1990 einmal einen Konflikt erlebt. Nur zwei davon waren Demokratien.¹⁰
- Von den zehn Ländern, die beim Pro-Kopf-BIP am schlechtesten abschneiden, haben sieben in letzter Zeit einen Konflikt durchgemacht.
- In fünf der zehn Länder mit der niedrigsten Lebenserwartung gab es in den vergangenen fünfzehn Jahren einen Konflikt.
- Neun der zehn Länder, die die höchste Säuglings- und Kindersterblichkeit aufweisen, hatten in den letzten Jahren unter einem Konflikt zu leiden.
- In acht der zehn Länder mit der niedrigsten Quote beim Grundschulbesuch hat sich in der Zeit seit 1990 einmal ein Konflikt ereignet.
- Bei 18 Ländern war der HDI in der 1990er Jahren rückläufig; in der Hälfte davon kam es im gleichen Zeitraum zu Konflikten. Das Pro-Kopf-Einkommen und die Lebenserwartung sanken in so gut wie allen dieser Länder.

Aufgrund dieser Rückschritte bei der menschlichen Entwicklung zählen die Länder, die unter gewaltsamen Konflikten leiden, zu der Gruppe, die am weitesten davon entfernt sind, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Zwar bestehen in den Konfliktländern Datenlücken, die es schwer machen, einen

Grafik 5.2 Die Sicherheitsrisiken verlagern sich auf Afrika



a. Der gesamte Kontinent, nicht nur Afrika südlich der Sahara. Quelle: Berechnet auf der Grundlage von Daten zu bewaffnetem Konflikt aus Strand, Wilhelmssen und Gleditsch 2005.

Der Konflikt im Ostteil der Demokratischen Republik Kongo findet in den Medien wenig Beachtung. Auch auf den Radarschirmen der politischen Entscheidungsträger in den Industrieländern taucht er nicht mehr als bedeutendes internationales Sicherheitsproblem auf. Und doch ist dies der Schauplatz des tödlichsten Konflikts seit dem Zweiten Weltkrieg.

Dieser Konflikt illustriert drastisch, dass die Zahl der unmittlerbaren Opfer die menschlichen Kosten nicht angemessen wiedergibt. Ein Vergleich der Sterberaten im Zeitraum 1998–2004 mit dem, was ohne gewaltsamen Konflikt zu erwarten gewesen wäre, ergibt schätzungsweise 3,8 Millionen „zusätzlicher Todesfälle“. Der Konflikt veranschaulicht noch ein weiteres Merkmal der Beziehung zwischen gewaltsamen Konflikten und menschlicher Entwicklung: Friedensabkommen bewirken nicht automatisch, dass die Einbußen bei der menschlichen Wohlfahrt wieder ausgeglichen werden. Trotz einer verbesserten Sicherheitslage seit dem Inkrafttreten eines vorläufigen Waffenstillstands im Jahr 2002 ist die ohnehin hohe Sterblichkeitsrate des Landes weiterhin 67 Prozent höher als vor dem Konflikt und doppelt so hoch wie im Schnitt der afrikanischen Länder südlich der Sahara. Infolge von Krankheiten, Unterernährung und Gewalt sterben jeden Monat immer noch etwa 31.000 mehr Menschen als durchschnittlich in Afrika südlich der Sahara.

Hinzu kommt, dass ganze Gemeinschaften aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Mit Stand vom März 2004 verzeichnete das Büro der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) bei einer Gesamtbevölkerung von 51,2 Millionen 3,4 Millionen Kongolesen als Binnenvertriebene. Eine derartig massive Zahl ungeschützter Vertriebener bedeutet die schlimmste humanitäre Katastrophe, die die Welt nach 1945 erlebt hat.

Arme Haushalte sind besonders gefährdet. Die Vertreibung geht einher mit dem Verlust von Vermögenswerten, insbesondere in ländlichen Gegenden, die anfälliger für Plünderungen bewaffneter Gruppierungen sind. Viele Landwirte waren gezwungen, ihr Land aufzugeben und sich nach kurzfristigen Einnahmelmöglichkeiten umzuschauen. Häufig verdingten sie sich im illegalen Abbau von Bodenschätzen. Die Zerrüttung der Landwirtschaft hat die Nahrungsmittelsysteme unterminiert und die Gefahr von Unterernährung verschärft. Die landwirtschaftliche Produktion in den östlichen Provinzen des Landes beträgt heute nur noch ein Zehntel des Vorkriegsniveaus. Auch dort, wo noch Feldfrüchte produziert werden und Waren für den Tauschhandel erhältlich sind, hemmt der Zusammenbruch der Verkehrswege der Flussschifffahrt den Zugang zu den Märkten. Im ganzen Land leiden fast drei Viertel der Bevölkerung – etwa 35 Millionen Menschen – an Unterernährung.

Kinder haben immer in der vordersten Schusslinie der Opfer des Konflikts gestanden (siehe Grafik). Krankheiten wie Masern, Keuchhusten und sogar Beulenpest sind wieder ausgebrochen und stellen eine große Bedrohung dar. Im Jahr 2002 betrug die Säuglingssterblichkeitsrate in den östlichen Provinzen 210 pro 1.000 Lebendgeburten und war damit fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt in Afrika südlich der Sahara und über 70 Prozent höher als der Landesdurchschnitt. Die Säuglingssterblichkeit in den Ostprovinzen ist 2003–04 zurückgegangen, quasi als „Friedensbonus“. Dies kann jedoch auch als Hinweis auf die Kosten des Konflikts dienen. Auch in der Bildung hat der Konflikt seinen Tribut gefordert. Die Schulbesuchsquote des Landes ist im Jahr 2001 auf 60 Prozent zurückgegangen, gegenüber 94 Prozent 1978.

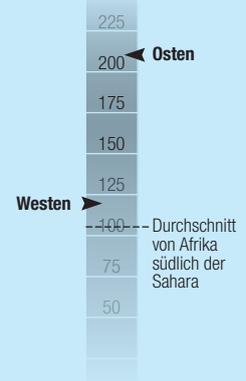
Immer noch ist der Alltag von Unsicherheit bestimmt. Trotz des Friedensabkommens, das 2003 unter Einbeziehung aller Konfliktparteien abgeschlossen wurde, sind Hunderttausende von Menschen noch immer nicht in der Lage, wieder ein normales Leben zu führen. Seit November 2004 sind sogar an die 200.000 Menschen aus ihrer Heimat in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu geflohen und haben Zuflucht in den Wäldern gesucht.

Die andauernden Kosten des Konflikts weisen auf Schwächen in dem Friedensabkommen hin. Die Streitkräfte anderer Länder, wie auch diverse Rebellengruppen, operieren nach wie vor weiträumig in der Demokratischen Republik Kongo. Der östliche Landesteil ist zum Militärstützpunkt der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR) geworden – Hutu-Rebellen, die mit dem Völkermord von 1994 in Verbindung gebracht werden. Er zieht außerdem wie ein Magnet Kräfte aus den Nachbarstaaten an, die auf die Ausbeutung der enormen Bodenschätze der Region aus sind. Die Entwaffnung der FDLR, die Vertreibung der Streitkräfte ausländischer Staaten und die Errichtung einer wirksamen staatlichen Kontrolle über die Bodenschätze sind Grundvoraussetzungen dafür, dass in der Region wahre Sicherheit einkehrt.

Konflikte verschlimmern alles

Säuglingssterblichkeitsrate, 2002
(Todesfälle pro 1.000 Lebendgeburten)

Demokratische Republik Kongo



Quelle: IRC 2004.

Quellen: FAO 2004b; IRC 2004; Global IDP Project 2005b; Oxfam GB, Save the Children und Christian Aid 2001; UNICEF 2000, 2001b; UN OCHA 2002, 2004a, b; Oxfam International et al. 2002; UNHCR 2004; WHO 2004a; Human Rights Watch 2004a.

Zusammenhang zwischen stattfindenden Konflikten und Fortschritten in Richtung auf die MDGs herzustellen. Angaben zur Kindersterblichkeit sind jedoch für die meisten Länder verfügbar. Von den 52 Ländern, in denen die Kindersterblichkeitsrate stagniert oder sich verschlechtert hat, haben 30 seit 1990 einen Konflikt durchgemacht. Wie in anderen Bereichen der menschlichen Entwicklung, so stellen die Indikatoren des Kindeswohls ein sensibles Barometer dar, um zu messen, wie sich Konflikte auf menschliches Wohlergehen auswirken.

So eindrucksvoll sie auch sein mögen, die HDI-Indikatoren: Für die im Konflikt befindlichen Länder sind nur die statische Momentaufnahme eines dynamischen Bildes. Die Verluste beim Gemeinwohl, die sie zum Ausdruck bringen, sind kumulativ und erstrecken sich über verschiedene Dimensionen hinweg. Im Sudan haben gewaltsame Konflikte nicht allein Menschenleben gefordert, sondern auch die Bedingungen geschaffen, unter denen die Rückschritte bei der menschlichen Entwicklung auf Generationen hinaus weitergegeben werden. Im Süden des Sudan besucht nur etwa eines von fünf Kindern die Schule. Weniger als ein Drittel der Bevölkerung verfügt über angemessene sanitäre Einrichtungen und die Müttersterblichkeit (763 auf 100.000 Lebendgeburten) ist eine der höchsten der Welt. Das Friedensabkommen, mit dem der lang anhaltende Nord-Süd-Konflikt beendet wurde, hat zumindest die Möglichkeit geschaffen, dass sich das Land wieder erholt. Unterdessen haben von der Regierung unterstützte Milizen in der Region Darfur eine weitere Krise der menschlichen Entwicklung fabriziert. Der Anteil der Unterernährten wird auf 40 Prozent geschätzt und 60 Prozent der Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Während die Kindersterblichkeitsrate im Sudan nur halb so hoch ist wie im Durchschnitt der afrikanischen Länder südlich der Sahara, lassen die neuesten Schätzungen erkennen, dass die Sterblichkeitsrate in Nord-Darfur um das Dreifache und in West-Darfur um das Sechsfache über dem Durchschnitt liegt. Derweil erzeugt der Konflikt die Bedingungen für eine langfristig ungesicherte Nahrungsmittel-

versorgung. Das Ausmaß der Vertreibung ist so groß und dauerhaft, dass aller Voraussicht nach nur wenige Haushalte für die diesjährige Pflanzsaison in ihre Heimatorte zurückkehren werden. Dies hat zum Ergebnis, dass es für die Menschen noch schwieriger wird, Zugang zu Nahrungsmitteln zu erhalten und ein Einkommen zu erzielen.

Wie am Fall von Darfur in extremer Weise deutlich wird, töten gewaltsame Konflikte nicht bloß mit Kugeln, sondern auch durch die generelle Aushöhlung der menschlichen Sicherheit. Die Unterbrechung von Nahrungsmittelsystemen, der Zusammenbruch von Lebensgrundlagen und der Zerfall von ohnehin beschränkten grundlegenden Dienstleistungen erzeugt gewaltige Multiplikatoreffekte, wobei die Kinder in der vordersten Schusslinie der Opfer stehen. Unter den drei Millionen Todesfällen, die seit 1990 weltweit durch gewaltsame Konflikte verursacht wurden, machen Kinder etwa zwei Millionen aus. Viele dieser Todesfälle ereigneten sich in der Demokratischen Republik Kongo (Kasten 5.1). Seit 2002 hat dort ein vorläufiger Waffenstillstand die Zahl der Todesfälle verringert, die direkt durch den gewaltsamen Konflikt hervorgerufen sind. Doch die sogenannte „zusätzliche Sterberate“ – also die Zahl der Todesfälle, die über die in einem normalen Jahr zu erwartende Sterberate hinausgeht – lässt erkennen, dass der Multiplikatoreffekt des gewaltsamen Konflikts immer noch 31.000 Menschenleben im Monat fordert. Die meisten dieser Todesfälle sind auf Infektionskrankheiten bei Kindern zurückzuführen.

Schon ganz begrenzte Ausbrüche von gewaltsamem Konflikt können Länder in einen Strudel des Verderbens reißen. Unsicherheit, Verlust der physischen Infrastruktur, verminderte Wirtschaftstätigkeit, die Opportunitätskosten der Militärausgaben, das Einbüßen von Vermögenswerten und die damit zusammenhängende Anfälligkeit bilden eine Kombination, die Gift für die Entwicklung ist. Konflikt verschärft die Armut, wirft das Wachstum zurück, untergräbt Investitionen und zerstört die Infrastruktur, von der Fortschritte im

Gewaltsame Konflikte töten nicht bloß mit Kugeln, sondern auch durch die generelle Aushöhlung der menschlichen Sicherheit

In manchen Ländern wurden
beinahe 20 Prozent des
Privatvermögens angesichts
sich abzeichnender Konflikte
ins Ausland transferiert

Wohlergehen der Menschen abhängen. Konflikte fördern auch hohe Militärausgaben und zweckentfremdeten Mittel, die produktiv investiert werden könnten. Gewaltsame Konflikte tragen außerdem durch den Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistungen und eine höhere Anzahl von Flüchtlingen und Vertriebenen zur Ausbreitung von Unterernährung und Infektionskrankheiten bei. In den folgenden Abschnitten findet eine Betrachtung einiger der Hauptelemente statt, die zu den Kosten für die menschliche Entwicklung beitragen.

Verlangsamtes Wirtschaftswachstum, eingebüßte Vermögenswerte und Einkommensverluste

Gewaltsame Konflikte verursachen Verluste, die über ganze Volkswirtschaften hinweg weitergeleitet werden, und untergraben damit das Wachstumspotenzial. Wenn weniger Vermögenswerte und eine geringere Kapazität für die Reaktion auf Einkommens- und Vermögensverluste zur Verfügung steht, sind die Armen besonders anfällig für die wirtschaftlichen Auswirkungen von Konflikten.

Nach Schätzungen der Weltbank dauert ein Bürgerkrieg im Schnitt sieben Jahre, wobei das Wirtschaftswachstum jedes Jahr um 2,2 Prozent zurückgeht.¹¹ Nur wenige Länder, die in dieser Größenordnung in ihrer Entwicklung zurückgeworfen werden, haben glaubhafte Aussichten, die Armut bis 2015 zu halbieren. Eine Studie beziffert die durchschnittlichen Kosten eines Konflikts für ein Land mit niedrigem Einkommen auf bis zu 54 Milliarden US-Dollar. Dabei wird auch das erhöhte Risiko eines zukünftigen Konflikts berücksichtigt, wenn auch Versuche, die Auswirkungen quantitativ zu bestimmen, durchaus aus methodischen Gründen in Frage gestellt werden dürfen.¹² Soviel ist jedoch klar, dass die absoluten Zahlen enorm hoch sind – und dass sie den potenziellen Nutzen von Hilfsströmen weit in den Schatten stellen. Im Verlauf des Bürgerkriegs steigen außerdem die kumulativen Verluste. Lang anhaltende Konflikte in Lateinamerika hatten gravierende Folgen für das Wirtschaftswachstum.¹³ Eine Schätzung besagt, dass der bewaffnete Konflikt zwischen

Regierungstruppen und Rebellen in Kolumbien seit 1992 die Wachstumsrate des Landes jedes Jahr um zwei Prozentpunkte gesenkt hat.

Gewaltsame Konflikte führen zu Kettenreaktionen, die wirtschaftliche Verluste verfestigen und vergrößern. Eine verlangsamte Volkswirtschaft und eine ungewisse Sicherheitslage schrecken – in- und ausländische – Investoren ab und schaffen einen kräftigen Anreiz für Kapitalflucht: In manchen Ländern wurden beinahe 20 Prozent des Privatvermögens angesichts sich abzeichnender Konflikte ins Ausland transferiert.¹⁴ Neben sinkenden Investitionen bedeutet dies, durch die Zerstörung von physischem Kapital um Jahre in der Entwicklung zurückgeworfen zu werden. Zerstörte Straßen, Brücken und Energieversorgungssysteme sind sowohl ein Verlust früherer Investitionen als auch eine Gefahr für den künftigen Wiederaufbau. El Salvador hat in den Jahren des Konflikts Infrastruktur im Wert von schätzungsweise 1,6 Milliarden US-Dollar verloren, mit verheerenden Konsequenzen für die Wachstumsleistung des Landes.¹⁵

Der Zusammenhang von Wachstum und gewaltsamen Konflikt scheint in beiden Richtungen zu funktionieren. Arme Länder sind anfälliger gegenüber Konflikten. Wie aus länderübergreifenden ökonomischen Untersuchungen hervorgeht, ist die Wahrscheinlichkeit, einen Bürgerkrieg zu erleben, in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 600 US-Dollar nur halb so hoch wie in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 250 US-Dollar.¹⁶ Dies lässt darauf schließen, dass Armut und geringes Wachstum mit Konflikten zusammenhängen, und dass Konflikte wiederum die Bedingungen fördern, unter denen Armut und geringes Wachstum entstehen. Für viele Länder ist die Konfliktfalle Teil der Armutfalle.

Die ökonomischen Kosten, die mit Konflikten verbunden sind, bleiben nicht feinsäuberlich auf das Gebiet der betroffenen Staaten begrenzt. Der unmittelbarste Spillover-Effekt eines Bürgerkriegs auf die Nachbarländer manifestiert sich im Zustrom von

Gewaltsamer Konflikt fordert nicht nur Menschenleben, er zerstört auch die Existenzgrundlagen der Überlebenden. Wenn der Frieden versagt, wird der Warenverkehr oft unterbrochen. Denn die Händler ziehen sich aus den von Konflikt betroffenen Gebieten zurück und senken dabei die Preise ihrer Handelswaren – wodurch das Einkommen der Armen schrumpft. Mit am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurden die von der Viehzucht lebenden Gemeinschaften im östlichen Afrika.

Die Verhältnisse in der Karamoja-Region im Nordosten Ugandas, die aus den Bezirken Kotido, Moroto und Nakapiripit besteht, zeigen, was geschehen kann, wenn gewaltsamer Konflikt und das Wegbrechen des Markts sich gegenseitig verstärken. Wirtschaftliche Unsicherheit ist hier chronisch geworden. Karamoja, an der Grenze zum Sudan und zu Kenia, stellt eine einzigartige Herausforderung für die Entwicklung dar. Die Region ist eine der ärmsten des Landes und weist bei der menschlichen Entwicklung mit die schlechtesten Indikatoren auf. Der Landstrich ist semiarid, wird häufig von Dürren heimgesucht, hat nur beschränkten Zugang zu den Märkten und ist weitgehend von sozialen Diensten abgekoppelt.

Der Konflikt in Karamoja wurzelt in einem komplexen Sachverhalt. Der Großteil der Bevölkerung lebt von der Viehzucht. Die kolonialen und – bis in jüngste Zeit – post-kolonialen Regierungen betrachteten diese Lebensweise der Karamojong als überholt, wirtschaftlich unproduktiv und umweltzerstörend. Man versuchte, das Volk zur Sesshaftigkeit zu zwingen, indem man die Zahl des Viehs, das sie halten dürfen, begrenzte, Gebietsgrenzen absteckte, den Zug der Herden zu ihren Weideflächen auf die Trockenzeit beschränkte und sie dazu nötigte, verstärkt Landbau zu betreiben.

Dies hatte unter anderem zur Folge, dass die Konkurrenz um knappe Ressourcen zunahm und die Viehzüchterfamilien Not litten. Mit wachsender Gefährdung der Existenzgrundlagen wurde der Viehraub zur Überlebensstrategie. Große Zustrome von Kleinwaffen

Quellen: Gray 2000; Nangiro 2005; Odhiambo 2004.

im Anschluss an die Konflikte in Somalia und Äthiopien und in der jüngsten Vergangenheit auch in der Region um die großen Seen bedeuteten, dass diese Überfälle immer blutigere Formen annahmen. Dasselbe gilt für die Vergeltungsmaßnahmen der Beraubten.

Heute gibt es ständig Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Stämmen wegen Vieh und Weidegründen. Dadurch entsteht eine Spirale der Gewalt, die auch vor Landesgrenzen nicht Halt macht. Im März 2004 überfielen die Dodoth das kenianische Volk der Turkana, als diese in ihr Gebiet eingedrungen waren, um ihr Vieh zu weiden. Die Turkana waren mit 58.800 Stück Vieh gekommen. Bei einem einzigen Überfall wurden sie um 2.915 Stück Vieh beraubt.

Auch Wegelagererei ist zu einem routinemäßigen Bestandteil des Konflikts geworden. In den Jahren 2003 und 2004 wurden mindestens zehn mit Vieh beladene Lastwagen auf der Fernstraße zwischen Kotido und Mbale aus dem Hinterhalt überfallen. Die Händler sind derzeit sehr zurückhaltend bei Viehkäufen von den Märkten in diesem Gebiet. Im März 2003 betrugen die Käufe nur noch ein Zehntel des Vorjahresvolumens.

Bewaffnete Überfälle haben auch dazu geführt, dass die Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich zusammengebrochen ist. Viele medizinische Fachkräfte und Lehrer haben inzwischen aus Angst, bei lokalen Scharmützeln ums Leben zu kommen, ihre Arbeit aufgegeben. In den Jahren 2003 und 2004 wurden zwei medizinische Fachkräfte und fünf Lehrer in Ausübung ihres Amtes getötet. Dadurch hat die Zugänglichkeit der sozialen Angebote weiter abgenommen.

Da sich niemand der Not der Viehzüchter annimmt, sind gewaltsame Konflikte und Überfälle immer mehr zum festen Bestandteil des Lebens in Karamoja geworden. Konflikt ist Teil des Alltags. Die starke Militarisierung der Region hat eine Situation geschaffen, in der Gesetzlosigkeit, ständige Gefahr für Leib, Leben und Besitz sowie der Griff zur Waffe nun die normale Lebensweise bestimmen.

Flüchtlingen, wie zum Beispiel Afghanen in Pakistan und im Iran, Kongolesen und Burundier in Tansania und Sudanesen im Tschad. Weitere Auswirkungen sind: ein erhöhtes Risiko, in den Konflikt hineingezogen zu werden, dementsprechende Erhöhung der Militärausgaben, zurückgehende Investitionen in der gesamten Region sowie die Unterbrechung von Handelswegen. Länder, die an eine Konfliktzone angrenzen, müssen mit einem Rückgang ihrer eigenen Wachstumsrate um einen halben Prozentpunkt rechnen.¹⁷

Zu den direkten Einbußen beim Einkommen und den Investitionen kommen Kosten hinzu, die Tragweite für die menschliche Entwicklung haben. Durch Bürgerkriege erhöhen sich die Militärausgaben, was mit entsprechenden Opportunitätskosten verbunden ist. Im Durchschnitt führt ein Bürgerkrieg zu zusätzlichen Militärausgaben in Höhe von 1,8 Prozent des BIP.¹⁸ Diese Mittel könnten sinnvoller eingesetzt werden, um soziale Dienste zu leisten und die wirtschaftliche Infrastruktur zu stärken.

In der Region Bahr-el-Ghazal im Süden des Sudan haben 40 Prozent aller Haushalte im Verlauf des zwanzig Jahre währenden Konflikts ihr gesamtes Vieh verloren

Über die Makroebene hinaus entfallen die Kosten von Konflikten unverhältnismäßig stark auf arme und benachteiligte Menschen. Die Angst vor gewaltsamem Konflikt kann lokale Handelssysteme beieinträchtigen und Menschen von den Märkten abschneiden, von denen ihre Existenz – oder gar ihr Überleben – abhängt. In Nord-Uganda hat der gewaltsame Konflikt dazu geführt, dass die Viehmärkte wiederholt gestört wurden, mit verheerenden Folgen für die Viehzüchter, eine der ärmsten Bevölkerungsgruppen des Landes. Die Region Karamoja in Nordost-Uganda, an der Grenze zum Sudan und zu Kenia, erscheint in den Medien als weißer Fleck auf der Standard-Weltkarte der Konfliktbrennpunkte. Angesichts des Ausmaßes menschlichen Leidens, das durch gewaltsamen Konflikt dort angerichtet wird, dürfte dies nicht sein. Mitverursacht durch einen heftigen Konkurrenzkampf um die vorhandenen Ressourcen, hat der Konflikt die Gefahr erhöht, dass die Karamojong-Viehzüchter verarmen (Kasten 5.2).

Nicht nur in Ländern mit niedrigem Einkommen lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen gewaltsamen Konflikten und Störungen der Wirtschaft beobachten. Konflikte beeinträchtigen auch den Arbeitsmarkt in Ländern mit mittlerem Einkommen und verringern damit den Ertrag des wichtigsten Vermögenswert der Armen – ihrer Arbeitskraft. In den besetzten palästinensischen Gebieten hat die Zerrüttung des Arbeitsmarktes zu einem steilen Anstieg der Armut beigetragen. Zunehmende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und sinkende Einkommen ging mit einer generellen Verschlechterung bei den Indikatoren der menschlichen Entwicklung einher (Kasten 5.3).

Der Verlust von Vermögenswerten kann verheerende Auswirkungen haben, denn er nimmt armen Haushalten die Sicherheit und die Ersparnisse, die sie gegen künftige Risiken absichern sollen. Im ländlichen Raum sind die Probleme besonders ausgeprägt, wenn Menschen des Zugangs zu Ackerland, Vieh, Gerätschaften und Saatgut beraubt wer-

den oder wenn die landwirtschaftliche Infrastruktur – zum Beispiel Bewässerungsanlagen – zerstört wird. In der Region Bahr-el-Ghazal im Süden des Sudan haben 40 Prozent aller Haushalte im Verlauf des zwanzig Jahre währenden Konflikts ihr gesamtes Vieh verloren.¹⁹ Der Verlust männlicher Arbeitskräfte hat den Druck auf die Frauen erhöht, die sich darum bemühen, Vermögenswerte neu zu erwerben und ihr Auskommen zu sichern. Der weibliche Bevölkerungsanteil in der Region hat inzwischen ein Übergewicht von 2:1 gegenüber der männlichen Bevölkerung.²⁰ Als Haushaltsvorstände müssen Frauen nicht nur ihre Kinder versorgen, sondern auch in einem höchst unsicheren Umfeld eine Anstellung und Erwerbsmöglichkeit finden.

Direkte Verluste bei der Agrarproduktion und -infrastruktur können verheerende Auswirkungen auf die Anstrengungen zur Verringerung der Armut haben. In Afrika werden die Nettoeinbußen bei der landwirtschaftlichen Produktion, die im Zeitraum 1970-1997 auf bewaffnete Konflikte zurückzuführen waren, auf 25 Milliarden US-Dollar geschätzt – dies entspricht drei Vierteln der gesamten Entwicklungshilfe, die im selben Zeitraum geleistet wurde.²¹ In Sierra Leone, wo etwa eine halbe Million Bauernfamilien vertrieben wurden,²² ist die Produktion von Reis (dem wichtigsten Grundnahrungsmittel) durch den Bürgerkrieg von 1991-2000 bis auf 20 Prozent des Vorkriegsniveaus zurückgegangen.²³

Verpasste Bildungschancen

Bildung ist einer der Grundsteine menschlicher Entwicklung. Sie ist nicht nur ein Grundrecht, sondern das Fundament des Fortschritts in anderen Bereichen, einschließlich Gesundheit, Ernährung, Entwicklung von Institutionen und Demokratie. Konflikt untergräbt dieses Fundament und trägt außerdem zu den Bedingungen bei, die Gewalt perpetuieren.

Gewaltsame Konflikte zerstören die Bildungsinfrastruktur, verringern die Mittel, die für Schulen und Lehrer zur Verfügung stehen und halten Kinder davon ab, die Schule zu

In den 1990er Jahren waren in den besetzten palästinensischen Gebieten gewisse Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung zu verzeichnen. Doch die zweite Intifada (Erhebung), die seit September 2000 läuft, und die damit verbundenen militärischen Übergriffe in der West Bank und im Gaza-Streifen haben zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensstandards und der Lebenschancen geführt.

Infolge des Konflikts war ein enormer Abschwung in der Wirtschaft Palästinas zu beobachten. Durch die Schließung der Grenzen wurden die palästinensischen Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt in Israel abgeschnitten. Unterdessen hatten kleinere Betriebe damit zu kämpfen, dass die Versorgung mit Betriebsstoffen unterbrochen wurde und sie von ihren Absatzmärkten ausgeschlossen wurden. Dadurch sind die Löhne gesunken und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Arbeitslosenquote schnellte förmlich in die Höhe, von 10 Prozent vor September 2000 auf 30 Prozent im Jahr 2003, und 2004 weiter auf 40 Prozent.

Eine qualifizierte Arbeiterschaft, der es bis zum Jahr 2000 immer besser gegangen war, hat einen dramatischen Anstieg der Armut erlebt. Die Armutsrate hat sich von 1999 bis 2003 mehr als verdoppelt – von 20 Prozent auf 55 Prozent (siehe Tabelle).

Der Konflikt hat die gesamte Wirtschaftstätigkeit des Landes unterbrochen. Man nehme einmal den vergleichsweise wohlhabenden Bezirk Nablus in der West Bank. Bis zum September 2000 war die Stadt eine wirtschaftliche Drehscheibe. Infolge des Konflikts hat sich die militärische Präsenz stark erhöht. Es gab lange Ausgangssperren (im Großteil der zweiten Jahreshälfte 2002 sogar eine Ausgangssperre rund um die Uhr), mehr Kontrollpunkte und gesperrte Zufahrtsstraßen. Das Ergebnis: Geschäfte haben geschlossen, Handwerker haben ihre Werkzeuge verkauft und Bauern ihr Land aufgegeben.

Die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit haben sich auch auf das Gesundheits- und das Bildungswesen ausgewirkt. Fast die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung hat keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Die Mütterfürsorge ist ab dem Jahr 2002 stark zurückgegangen und die chronische Unterernährung bei Kindern hat sowohl in der West Bank als auch in Gaza um 50 Prozent zugenommen. In den letzten vier Jahren wurden 282 Schulen beschädigt; weitere 275 Schulen liegen sozusagen direkt in der Schusslinie.

Die wachsende Unsicherheit beeinträchtigt Beschäftigungschancen und die Grundversorgung mit Dienstleistungen, was sich nachteilig auf die palästinensische Bevölkerung auswirkt und zu Rückschritten bei der menschlichen Entwicklung führt.

Gewaltige Rückschritte bei der menschlichen Entwicklung

Indikator	Vor September 2000	2001	2002	2003
Armutsrate	20,1	45,7	58,6	55,1
Arbeitslosenquote	10,0	26,9	28,9 ^a	30,5
Frauen, die Schwangerenfürsorge erhalten	95,6	..	82,4	..
Hausgeburten in der West Bank	8,2	7,9	14,0	..
Chronische Unterernährung bei Kindern in der West Bank	6,7	..	7,9	9,2
Chronische Unterernährung bei Kindern in Gaza	8,7	..	17,5	12,7

.. Keine Angaben vorliegend.

a. Angaben beziehen sich auf das 1. Quartal 2002.

Quelle: UN OCHA 2004b.

Quellen: World Bank und Palestinian Central Bureau of Statistics 2004; UN OCHA 2004b.

besuchen. Schulen werden oft zum Ziel regierungsfeindlicher Gruppierungen, da sie mit staatlichem Einfluss in Verbindung gebracht werden. Während des Bürgerkriegs in Mosambik (1976-92) wurden bis 1989 fast die Hälfte der Grundschulen des Landes geschlossen oder zerstört.²⁴ Auch in den besetzten palästinensischen Gebieten wurde die Bildungsinfrastruktur schwer getroffen: im Zeitraum 2000-04 wurden 282 Schulen beschädigt (Kasten 5.3). Die Kapazität von Re-

gierungen, ihre Bildungssysteme aufrechtzuerhalten, wird durch Mittelknappheit weiter ausgehöhlt – die Militärausgaben erdrücken die Ausgaben für Soziales. Unter den Ländern mit niedrigem Einkommen, für die Angaben vorliegen, lagen die Bildungsausgaben in Ländern, die sich nicht in einem Konflikt befinden, bei 4,2 Prozent, jedoch in Ländern, die sich seit 1990 in einem Konflikt befinden, nur bei 3,4 Prozent des BIP – also um fast ein Fünftel niedriger.²⁵

So wie Schulen werden auch Gesundheitseinrichtungen häufig von Rebellengruppen als legitimes militärisches Ziel betrachtet

Darüber hinaus errichten gewaltsame Konflikte Bildungsschranken. Eltern schicken ihre Kinder nur widerwillig zur Schule, wenn ein Sicherheitsrisiko besteht. In Kolumbien gibt es in Bezirken, in denen paramilitärische Einheiten und Aufständische operieren, mehr Schulabbrecher als in anderen Gebieten.²⁶ Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Unsicherheit, die mit gewaltsamen Konflikten verknüpft ist, und der Ungleichheit von Jungen und Mädchen im Bildungsbereich. Selbst dort, wo Schulbildung angeboten wird (beispielsweise in Flüchtlingslagern), ist die Sorge um die persönliche Sicherheit ein Hauptgrund, warum Mädchen nicht die Schule besuchen. In 18 Ländern mit niedrigem Einkommen, die irgendwann einmal nach dem Jahr 2000 einen Konflikt erlebt haben und für die Daten verfügbar sind, betrug das Verhältnis von Mädchen zu Jungen, die die Grundschule besuchen, 0,82. In Ländern mit niedrigem Einkommen, die keinen Konflikt erlebt haben, betrug das Verhältnis 0,90.²⁷

Bildung ist ein weiteres Beispiel dafür, wie gewaltsame Konflikte einen Kreislauf erzeugen, der sich kaum durchbrechen lässt. Eine Untersuchung unter Ex-Kombattanten in Sierra Leone ergab, dass eine überwältigende Mehrheit derjenigen, die sich den brutalen Rebellionen angeschlossen hatten, Jugendliche waren, die vor dem Ausbruch des Krieges unter schwierigen Bedingungen gelebt hatten. Auf der Grundlage von Interviews mit 1000 Ex-Kombattanten kam die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Hälfte davon ihre Schulausbildung abbrechen mussten, entweder weil sie sich die Gebühren nicht leisten konnten oder weil die Schule geschlossen wurde.

Nachteilige Folgen für die öffentliche Gesundheit

Wie Bildung ist auch Gesundheit eine Hauptdeterminante menschlicher Entwicklung. Gewaltsame Konflikte erzeugen auf kurze Sicht offensichtliche Gesundheitsrisiken. Auf längere Sicht fordern die gesundheitlichen Folgen gewaltsamer Konflikte mehr Menschenleben als die abgefeuerten Kugeln.

Die meisten der zwei Millionen Todesfälle von Kindern, die auf Konflikte zurückzuführen sind, fallen in diese Kategorie. In ähnlicher Weise stellt die größere Anfälligkeit für Krankheiten und Verletzungen eine erhebliche Gefahr für ungeschützte Gruppen dar, insbesondere für Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Akute Unterernährung, Durchfallerkrankungen, Masern, Infektionen der Atemwege sowie Malaria werden oft also Gründe genannt, warum die Sterblichkeitsrate bei Flüchtlingen in Teilen von Afrika über 80-mal höher ist als die Vergleichsrate bei der Gesamtbevölkerung.²⁸ Doch auch die nicht vertriebene Bevölkerung wird in Mitleidenschaft gezogen – Krankheiten, die in Flüchtlingslagern ausbrechen, greifen leicht auch auf die Umgebung über. In Tschetschenien liegt der Anteil der Tuberkulosekranken bei 160 Fällen pro 10.000 Einwohnern im Vergleich zu 90 in den übrigen Teilen der Russischen Föderation.²⁹

Gewaltsame Konflikte sind nachweislich verantwortlich für Störungen der Grundversorgung mit Gesundheitsdiensten, insbesondere in armen Gemeinwesen. So wie Schulen werden auch Gesundheitseinrichtungen häufig von Rebellengruppen als legitimes militärisches Ziel betrachtet. In Mosambik wurde fast die Hälfte aller Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung während des Bürgerkriegs geplündert und ihre Umgebung vermint.³⁰ Außerdem verlassen viele medizinische Fachkräfte die Konfliktgebiete. Selbst in Gebieten, die vor dem Ausbrechen von Gewalt gute Gesundheitsindikatoren aufwiesen, können durch Konflikte drastische Verschlechterungen eintreten. In Bosnien-Herzegowina wurde vor dem Beginn der Feindseligkeiten Anfang der 1990er Jahre noch 95 Prozent der Kinder schutzgeimpft. 1994, auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen, war die Immunisierungsrate auf weniger als 35 Prozent abgesunken.³¹ Konflikte können die Versorgung mit wichtigen öffentlichen Gütern beeinträchtigen, die benötigt werden, um die Gesundheit in der Gesellschaft insgesamt zu verbessern und um entkräftende und tödliche Krankheiten zu bekämpfen. Auch wenn es weltweit Bemühungen zur Ausrottung

von Guineawurm, Flussblindheit und Kinderlähmung gibt, haben diese Krankheiten in den Gebieten Afrikas, in denen die heftigsten Konflikte toben, festen Fuß gefasst.³²

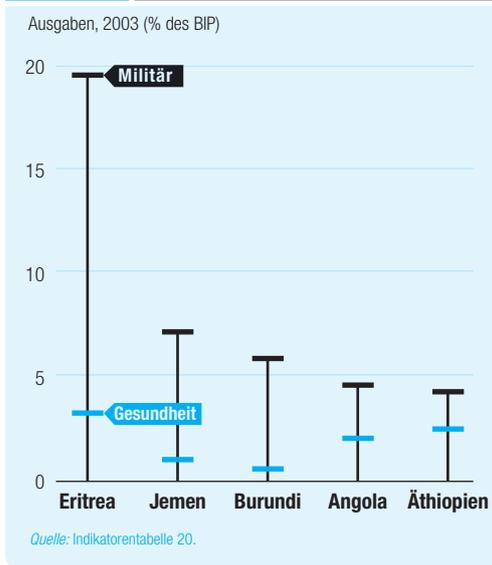
Bewaffnete Konflikte haben auch bei der Ausbreitung der HIV/AIDS-Epidemie eine Rolle gespielt. Im Jahr 2003 befanden sich 13 der 17 Länder, in denen es über 100.000 AIDS-Waisen gibt, in einem Konflikt oder am Rande einer Notlage.³³ Verschiedene Faktoren, von denen zumeist Frauen besonders stark betroffen sind, können zur Verbreitung von HIV in Konfliktsituationen beitragen: Flucht und Vertreibung, das Auseinanderbrechen von Beziehungen, der Einsatz von Vergewaltigung als Waffe, immer häufiger sexuelle Nötigung im Austausch gegen Geld, Lebensmittel oder Schutz, der Zusammenbruch des Gesundheitswesens, gefolgt von fehlendem Zugang zu Informationen und Versorgungsgütern, die vor einer HIV-Infektion schützen könnten sowie ein zunehmendes Risiko bei Bluttransfusionen.³⁴

Bewaffnete Konflikte führen oft dazu, dass – wie bei der Bildung – weniger Ressourcen für das Gesundheitswesen zur Verfügung stehen (Grafik 5.3). Im Jahr 2002 wendeten die Länder, die einen niedrigen Rang beim HDI ausweisen, durchschnittlich 3,7 Prozent ihres BIP für Militärausgaben, aber nur 2,4 Prozent für Gesundheit auf.³⁵ In einigen Fällen – beispielsweise in Burundi und Eritrea – geben Länder wesentlich mehr Haushaltsmittel für Militärausgaben aus als für Bildung und Gesundheit zusammen.

Flucht und Vertreibung, Unsicherheit und Kriminalität

Flucht und Vertreibung sind fast unvermeidliche Nebenfolgen von gewaltsamem Konflikt und wirken oft sehr lange nach. Wenn Menschen ihre Heimat und ihr Hab und Gut verlieren, können sie ihre Existenz nicht mehr dauerhaft sichern. Selbst ehemals wohlhabende Familien können nicht mehr für ihren Lebensunterhalt oder den ihrer ärmeren Verwandten sorgen. Für arme Haushalte bedeutet der Verlust ihres geringen Besitzes ein erhöhtes Risiko von Unterernährung und Krankheit.

Grafik 5.3 Ausgabenprioritäten von Ländern mit einem niedrigen Stand bei der menschlichen Entwicklung, in denen sich in letzter Zeit ein Konflikt abgespielt hat



Es wird geschätzt, dass es weltweit 25 Millionen Menschen gibt, die durch Konflikte ihre Heimat verlassen mussten. Diese Menschen, die entweder von bewaffneten Gruppen vertrieben wurden oder geflohen sind, um der Gewalt zu entgehen, sind akut gefährdet. Die Auffanglager in der Region Darfur, mit schätzungsweise 1,8 Millionen Menschen sind zum Symbol der Vertreibung geworden. Nachdem sie von Milizen, die von der Regierung unterstützt werden, aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sehen sich die Menschen weit höheren Risiken von Unterernährung und Infektionskrankheiten gegenüber als zuvor. In Kolumbien hat ein sich hinziehender Bürgerkrieg zu einer der größten Vertreibungen geführt, die es seit dem Zweiten Weltkrieg – damals in Europa – gegeben hat. Im Jahr 2002 waren bei einer Bevölkerung von 43,5 Millionen zwei Millionen Menschen entweder Flüchtlinge oder Vertriebene. Gemessen an der Bevölkerungszahl hat es aber in einigen Ländern Vertreibungen von noch schlimmerem Ausmaß gegeben. Mitte der 1980er Jahre wurde eine Dreiviertel Million Menschen innerhalb von Guatemala zu Flüchtlingen oder floh nach Mexiko – fast ein Zehntel der Gesamtbevölkerung.³⁷ Nach fast einem Jahrzehnt des Konflikts leben über 600.000 Tschetschenen – die Hälfte der Bevölkerung – als Flüchtlinge im eigenen Land.³⁸

Es wird geschätzt, dass es weltweit 25 Millionen Menschen gibt, die durch Konflikte ihre Heimat verlassen mussten

Während des Konflikts in Sierra Leone wurden mehr als die Hälfte der Frauen Opfer von sexueller Gewalt

Zwar haben ganze Gemeinschaften an den Folgen gewaltsamer Konflikte zu leiden, doch Frauen sind besonders gefährdet. Viele von ihnen bekommen – entweder während oder nach einem Konflikt – die Brutalität von Vergewaltigung, sexueller Ausbeutung und Missbrauch zu spüren. In letzter Zeit wurden Massenvergewaltigungen im Krieg in zahlreichen Ländern dokumentiert: in Bosnien-Herzegowina, Kambodscha, Liberia, Peru, Somalia und Uganda. Während des Konflikts in Sierra Leone wurden mehr als die Hälfte der Frauen Opfer von sexueller Gewalt in der einen oder anderen Form.³⁹ Viele dieser Frauen leiden immer noch an ernsthaften, lang anhaltenden Gesundheitsproblemen, sowohl körperlicher als auch seelischer Art, und einige von ihnen werden zudem von ihren Familien und Gemeinschaften ausgestoßen. Gewalt- und Terrorakte gegen Frauen sind heute institutionalisierte Strategien, die von kriegführenden Parteien – einschließlich Regierungstruppen – in vielen Ländern angewendet werden.

Auch Kinder sind besonders gefährdet durch die Auswirkungen gewaltsamer Konflikte. Sie haben nicht nur die Hauptlast der menschlichen Kosten zu tragen, sondern sind auch einer besonders schlimmen Gefahr schutzlos ausgeliefert – der Zwangsrekrutierung als Soldaten. Die Lord's Resistance Army, die in einem großen Landstrich in Nord-Uganda ihr Unwesen treibt, wird beschuldigt, 30.000 Kinder entführt zu haben. Weltweit gibt es etwa 250.000 Kindersoldaten.⁴⁰ Entführung ist die üblichste Rekrutierungsmethode, wobei auch Faktoren auf der Angebotsseite ihren Teil beitragen. Speziell Kinder aus armen Haushalten werden durch Armut in die Arme bewaffneter Gruppierungen getrieben. In Ländern wie Sri Lanka rekrutieren Rebellen Gruppen Jugendliche aus ärmsten Verhältnissen, indem sie ihnen bzw. ihren Familien Geld oder Lebensmittel anbieten.

Weniger sichtbar als Flüchtlinge oder Kindersoldaten, aber nicht weniger wichtig für die menschliche Entwicklung ist der Verlust von Vertrauen in traditionelle Formen der Schlichtung, den gewaltsame Konflikte mit sich bringen können. Wenn diese Institutionen geschwächt

werden, nehmen Kriminalität und Unsicherheit unweigerlich zu. Dies gilt insbesondere in Situationen, die durch hohe Arbeitslosigkeit geprägt sind oder wenn der Staat zu schwach ist, um Recht und Ordnung zu wahren. Zivilisten werden häufig zu Opfern von Plünderungen und Verfolgung sowohl durch die Staatsmacht als auch durch Aufständische. Zwischen 1998 und 2001 wurden in Kolumbien über 100.000 Tötungsdelikte verübt – dies entspricht im Durchschnitt 61 Getötete pro 100.000 Personen im Jahr. Im Vergleich dazu gab es in den Vereinigten Staaten im gleichen Zeitraum nur etwa 5,7 Tötungsdelikte pro 100.000 Personen im Jahr.⁴¹ Diese hohe Mordrate hat die Lebenserwartung in Kolumbien in den 1990er Jahren um circa 1,5-2 Jahre verringert.⁴²

Arme Haushalte tragen oft die Hauptlast bei der Finanzierung der gleichen Konflikte, durch die ihre Sicherheit aufs Spiel gesetzt wird. Sowohl Rebellen als auch staatliche Akteure finanzieren sich, indem sie einfache Leute ihres Besitzes berauben oder natürliche Ressourcen ausbeuten. Dadurch entsteht eine Kriegswirtschaft, die den Konflikte nährt, und deren Nutznießer ein verständliches Interesse daran haben, dass kein Frieden zustande kommt. Ungesetzliche Besteuerung und Erpressung sind oft gewählte Methoden der Mittelbeschaffung. Im Osten der Demokratischen Republik Kongo erheben die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR) ungesetzliche Steuern und plündern systematisch lokale Märkte. Die wöchentliche „Kriegssteuer“ übersteigt das Einkommen der meisten Ortsansässigen. Manchmal werden Zivilisten auch dazu gezwungen, einen Großteil ihres Profits aus dem Abbau des Minerals Coltan – einer der wenigen einträglichen Beschäftigungen in dieser Gegend – an die FDLR abzugeben.⁴³ Banditentum, Viehraub und die Unfähigkeit des Staats, die Bevölkerung zu schützen, machen Unsicherheit zur alltäglichen Erfahrung in konfliktgeplagten Regionen.

Das Entstehen von Schwarzmärkten und einer Parallelwirtschaft, die häufig mit gewaltsamem Konflikt einhergeht, bietet den kriegführenden Parteien neue Verdienstmöglichkeiten

– und ist eine neue Quelle wirtschaftlicher Zerrüttung für die Gesellschaft. Die begrenzte Fähigkeit des Staates zur Regulierung natürlicher Ressourcen in Verbindung mit weit verbreiteter Korruption erleichtert beispielsweise die Entstehung informeller und rechtswidriger Netzwerke. In Sierra Leone war die informelle Diamantenindustrie eine ertragreiche Einkommensquelle für die Rebellen der Revolutionären Vereinigten Front und ihren Gönner, den ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor. Somit werden Kriminalität und Unsicherheit zur Ausdrucksform von Konflikten, die ursprünglich vielleicht politisch motiviert waren.

Die Verflechtungen der Unsicherheit

Die Kosten, die mit gewaltsamen Konflikten für die menschliche Entwicklung verbunden sind, sind ein schwerwiegendes Argument für Prävention. Wenn ein gewaltsamer Konflikt erst einmal begonnen hat, kann er Probleme schaffen, die schwer zu beheben sind, und sowohl kumulative als auch irreversible Kosten für die menschliche Entwicklung haben. Wenn arme Menschen ihren Besitz verlieren, sinkt ihre Fähigkeit, für Gesundheitskosten auf-

zukommen, den Schulbesuch der Kinder zu ermöglichen und Nahrung zu sichern – manchmal mit tödlichen Konsequenzen. Verpaßte Bildungschancen werden über Generationen hinweg weitergegeben, in Form von Analphabetismus und geringen Aussichten darauf, der Armut zu entkommen. Es sind nicht allein die Kosten für die menschliche Entwicklung, die Prävention unumgänglich machen. Die institutionellen Kosten gewaltsamen Konflikts können sich auf lange Sicht verheerend auf die Entwicklung auswirken. Wenn ein Konflikt vorbei ist, können Straßen und Brücken rasch mit Hilfe von außen wiederaufgebaut werden. Doch das Zusammenbrechen von Institutionen, der Vertrauensverlust und die Traumatisierung schutzloser Menschen erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Konflikts. Da gewaltsamer Konflikt die Staaten schwächt, kann er ganze Völker, einschließlich der Bevölkerung benachbarter Staaten, in einen Kreislauf der Gewalt hineinzwingen. Diesen Automatismus zu durchbrechen ist eine der größten Herausforderungen für die menschliche Entwicklung, der sich die internationale Gemeinschaft gegenüber sieht.

Die begrenzte Fähigkeit des Staates zur Regulierung natürlicher Ressourcen in Verbindung mit weit verbreiteter Korruption erleichtert beispielsweise die Entstehung informeller und rechtswidriger Netzwerke

Die Herausforderung konfliktträchtiger Staaten

Über weite Teile des 20. Jahrhunderts hinweg waren gewaltsame Konflikte das Ergebnis des Zusammenbruchs der Beziehungen zwischen Staaten. Heute sind gewaltsame Konflikte primär das Ergebnis davon, dass es Staaten nicht gelingt, Konflikte zwischen unterschiedlichen Gruppierungen zu vermeiden, einzudämmen und beizulegen. Kein Konflikt gleicht dem anderen. Doch Staaten, die anfällig für Konflikte sind, haben manche Merkmale gemeinsam.

Gewaltsame Konflikte können aus vielen Gründen zum Ausbruch kommen. Man hat sich darum bemüht, einzelne Risikofaktoren heraus-

zuarbeiten. In der Realität jedoch scheint es auf ein Bündel von Risiken und auf Ereignisse mit Katalysatorwirkung anzukommen. Manche Risiken haben ihre Grundursache in Armut und Ungleichheit, auch wenn es keinen automatischen Zusammenhang gibt. Andere können zurückverfolgt werden auf ein Versagen von Institutionen wie auch auf undemokratische politische Strukturen, Besetzung fremder Gebiete oder konkurrierende Gebietsansprüche. Äußere Einflüsse wie wirtschaftliche Schläge, regionale Konflikte und gesellschaftlicher Wandel, die Spannungen zwischen verschiedenen politischen Eliten erzeugen, können Gesellschaften in gewaltsame Konflikte stürzen.

In einigen Ländern hat der Zusammenbruch einer wirksamen Autorität die Kapazität zur Vermeidung und Beilegung von Konflikten untergraben

In einigen Ländern hat der Zusammenbruch einer wirksamen Autorität die Kapazität zur Vermeidung und Beilegung von Konflikten untergraben. Regierungen, denen es entweder an den Mitteln oder am Willen ermangelt, ihre Kernaufgaben zu erfüllen – dazu gehören territoriale Kontrolle, Grundversorgung mit Dienstleistungen, Verwaltung öffentlicher Mittel und Schutz der Lebensgrundlagen der Allerärmsten – sind sowohl Ursache als auch Auswirkung gewaltsamen Konflikts.⁴⁴ Die Internationale Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität (ICISS) stellt hierzu fest: „In punkto Sicherheit lässt sich ein zusammenhängendes und friedliches internationales Gefüge sehr viel eher durch die Zusammenarbeit effektiver Staaten erreichen... als in einem Umfeld fragiler, kollabierter, fragmentierter oder allgemein chaotischer staatlicher Gebilde.“⁴⁵ Ineffektive Staaten können in ihrer Erscheinungsform variieren. Die US-Kommission zu Schwachen Staaten und Nationaler Sicherheit hat bei ihnen jedoch drei gemeinsame Merkmale ausgemacht, durch die sich die Gefahr erhöht, dass politische Spannungen und wirtschaftlicher Druck in gewaltsame Konflikte umschlagen: ein Sicherheitsdefizit, ein Kapazitätsdefizit und ein Legitimitätsdefizit.⁴⁶

- *Das Sicherheitsdefizit.* Sicherheit, einschließlich menschlicher Sicherheit im weitesten Sinne, ist eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung und eine wirksame Regierungsführung. Die Gewährleistung der Sicherheit ist eine der grundlegendsten Aufgaben des Staats. Hierzu gehört der Schutz vor systematischen Menschenrechtsverletzungen, körperlicher Bedrohung, Gewalt, und extremen ökonomischen, sozialen und ökologischen Risiken. Viele konfliktträchtige Staaten sind nicht gewillt oder nicht dazu fähig, Sicherheit zu gewährleisten. Dadurch bietet sich für nichtstaatliche Akteure die Gelegenheit, die Sicherheitslücke auszufüllen. Während der Konflikte in Sierra Leone und Liberia war die Fähigkeit der Regierung, Sicherheit zu gewährleisten, außerhalb einiger weniger städtischer Zentren kaum erkennbar.
- *Das Kapazitätsdefizit.* Die Autorität des Staats hängt entscheidend von seiner Fähigkeit ab, grundlegende Dienstleistungen und Infrastruktur bereitzustellen. Wenn Regierungen hierzu nicht fähig oder nicht gewillt sind, folgen Not, Elend und die Gefahr von Seuchen. Dadurch kann zusätzlich zum Verlust des Vertrauens Unmut in der Bevölkerung entstehen. In Liberia beispielsweise wird das Gesundheitswesen seit 1990 im Wesentlichen durch internationale NROs organisiert und bezahlt, nicht durch das auf dem Papier zuständige Gesundheitsministerium. In Sierra Leone lässt sich die unzulängliche Reichweite sozialer Dienste daran ablesen, dass nur etwa ein Viertel aller Geburten im ländlichen Raum aufgezeichnet werden. Über 90 Prozent der Medikamente, die von der zentralen Staatsapotheke ausgegeben werden, erreichen nicht ihre vorgesehenen Empfänger.
- *Das Legitimitätsdefizit.* Politische, soziale und wirtschaftliche Rivalitäten sind Teil des Entwicklungsprozesses. Ob diese Rivalitäten gewalttätige Formen annehmen, hängt von der Kapazität staatlicher Institutionen ab, die Interessen und Wünsche verschiedener Gruppen zu artikulieren, einen Ausgleich zwischen ihnen zu finden und bei Konflikten als Schlichter aufzutreten. Dies alles steht und fällt damit, dass Institutionen vorhanden sind, die als legitim und verantwortungsbewusst betrachtet werden statt als Kanäle für private Interessen. In konfliktträchtigen Staaten sind die Institutionen im Allgemeinen funktionsunfähig und anfällig für den Zerfall politischer Autorität; sie neigen zu Gewalt, um ihren Forderungen nach Kontrolle über Ressourcen, staatliches Einkommen und staatliche Macht Nachdruck zu verleihen.

Armut, Unsicherheit und gewaltsamer Konflikt verstärken sich gegenseitig systematisch. Nicht alle verarmten Länder sind konfliktträchtig; andererseits kann Wohlstand nicht die Gefahr eines Konflikts beseitigen. Doch im Zusammenwirken mit anderen Faktoren kann Armut die Spannungen verschärfen, die durch die Sicherheits-, Kapazitäts- und Legitimitätsdefizite entstehen. Das britische Ministerium für internationale Entwicklung (DfID) listet 46 fragile Staaten auf, die es wie folgt definiert: Sie haben Regierungen, die nicht fähig oder nicht willens sind, Kernaufgaben wie territoriale Kontrolle, Gewährleistung von Sicherheit, Verwaltung öffentlicher Mittel und Grundversorgung mit Dienstleistungen zu erfüllen; 35 dieser Länder befanden sich in den 1990er Jahren im Konflikt.⁴⁷ Nach der Schätzung des DfID machen diese Staaten ein Drittel der Menschen aus, deren Einkommen weniger als einen US-Dollar am Tag beträgt. Es wäre vergeblich und weitgehend sinnlos, den Versuch der Feststellung zu unternehmen, ob diese Länder arm sind, weil sie sich im Konflikt befinden oder umgekehrt. Soviel ist klar, dass Armut Teil des Kreislaufes ist, der gewaltsamen Konflikt hervorruft und perpetuiert – und dass gewaltsamer Konflikt eine Rückkopplung gibt, die Armut verstärkt.

Horizontale Ungleichheiten

So wie Massenarmut nicht automatisch zu gewaltsamem Konflikt führt, so sind auch die Zusammenhänge von Ungleichheit und Konflikt komplex und verschiedenartig. Ein hoher Grad an Ungleichheit ist nicht automatisch ein Kennzeichen für gewaltsamen Konflikt – sonst wäre Lateinamerika eine der gewalttätigsten Gegenden der Welt. Ein hohes Maß an vertikaler Ungleichheit beim Einkommen ist verbunden mit sozialer Entwurzelung und damit hoher Kriminalität und persönlicher Unsicherheit. Horizontale Ungleichheit zwischen Regionen und Gruppen stellt eine Gefahr in einer anderen Größenordnung dar, nicht zuletzt weil diese Ungleichheiten zu einer Wahrnehmung führen können – ob gerechtfertigt oder nicht –, dass staatliche Macht missbraucht wird, um

eine Gruppe gegenüber anderen zu bevorzugen. In der Praxis wirken horizontale und vertikale Ungleichheiten oft zusammen. Dabei ist wohl nicht das Ausmaß der Ungleichheit für sich genommen entscheidend, sondern komplexe politische und wirtschaftliche Spannungen, die über Generationen hinweg ausgespielt wurden.

Der Konflikt in Nepal veranschaulicht, wie Ungleichheiten über verschiedene Dimensionen hinweg die Bedingungen für gewaltsamen Konflikt erzeugen können.⁴⁸ 1996, als der heute noch anhaltende Volksaufstand begann, betrug die Armutsrate in den Regionen des mittleren und fernen Westens 72 Prozent, im Kathmandu-Tal jedoch nur vier Prozent. Überlagert werden diese regionalen Unterschiede von Disparitäten beim Stand der menschlichen Entwicklung. Der HDI von Nepalesen aus den höheren Kasten liegt etwa 50 Prozent höher als bei den Kastengruppen der ethnischen Bergvölker, der ethnischen Tarai und der niederen Handwerker. Während 1999 indigene Völker 36 Prozent und dalits (Unberührbare) 15 Prozent der Bevölkerung ausmachten, betrug der Anteil der Angehörigen indigener Völker im öffentlichen Dienst nur 8,42 Prozent, bei dalits sogar nur 0,17 Prozent. Der Aufstand im Nepal hat seine tiefsten Wurzeln gerade in den westlichen Landesteilen, in denen die Entwicklung hinter dem Rest des Landes zurückgeblieben ist. Die marginalisierten Gruppen dort fühlen sich zutiefst ungerecht behandelt angesichts des Versagens der staatlichen Institutionen. Mehr als 8.000 Menschen sind seit 1996 bei dem Konflikt ums Leben gekommen.

Nepal verdeutlicht, wie Reaktionen auf gewaltsame Konflikte die ihnen zugrunde liegenden Ursachen verschlimmern können. Die Regierung, die sich einem weitflächigen Aufstand gegenüber sah, hat mit einer Feldzugstrategie reagiert, um den Aktivitäten der maoistischen Guerillas entgegenzuwirken. Diese Strategie wurde durch Militärhilfe aus einigen reichen Ländern unterstützt. Das Schlagwort vom „Krieg gegen den Terror“ ist dazu benutzt worden, um die großangelegte militärische Antwort zu rechtfertigen. Gravierende Menschenrechtsverletzungen

Horizontale Ungleichheit zwischen Regionen und Gruppen führt zur Wahrnehmung, dass staatliche Macht missbraucht wird, um eine Gruppe gegenüber anderen zu bevorzugen

Wenn die Herausforderungen, die durch horizontale Ungleichheit entstehen, nicht in Angriff genommen werden, können auch in stabileren Staaten gewaltsame Konflikte entstehen

sind auf allen Seiten gemeldet worden, doch in manchen Teilen des Landes herrscht die Auffassung, dass die staatlichen Akteure nun Teil des Sicherheitsproblems sind.

Von politischen Strategien zur Auseinandersetzung mit den tiefgreifenden Ungleichheiten, die den Volksaufstand geschürt haben, war weniger zu bemerken. Tatsächlich scheint die politische Reaktion auf den Konflikt die ihm zugrunde liegenden Ursachen noch verschärft zu haben. Die königliche Regierung hat unter Berufung auf übergeordnete Sicherheitserfordernisse eine absolute Monarchie errichtet, die demokratische Institutionen untergräbt und etablierte Politiker und Menschenrechtsgruppen kriminalisiert – und die Indien und Großbritannien dazu veranlasst hat, ihre Hilfe einzustellen. Die Schwächung der Demokratie in diesem Kontext dient zu nichts anderem als zur Unterminierung der Institutionen, die für eine Beilegung des Konflikts und die Wiederherstellung des Friedens erforderlich sind. Praktikabler wäre eine Strategie, die die demokratischen Kräfte zusammenführt, um sich mit den ganz realen Sicherheitsrisiken auseinanderzusetzen, die der Volksaufstand darstellt, und um ein Friedensabkommen zu erarbeiten, das Maßnahmen zur Verringerung der tiefen Ungleichheiten enthält, die den Konflikt verursacht haben.

Wenn die Herausforderungen, die durch horizontale Ungleichheit entstehen, nicht in Angriff genommen werden, können nicht nur in fragilen Staaten, sondern auch in stabileren gewaltsame Konflikte entstehen. Bis in die späten 1990er Jahren hinein war Côte d'Ivoire einer der gefestigsten Staaten in Westafrika. Die Legitimität der Regierung geriet ins Wanken, als politischer Wandel und zunehmende regionale Ungleichheiten von einem Teil der politischen Elite als nachteilig empfunden wurden. Das Ergebnis war ein Ausbruch politischer Gewalt am Ende der 1990er Jahre, gefolgt von einem labilen Frieden 2003. Die Lektion daraus lautet: Politische Legitimität und Stabilität sind zerbrechliche Güter, die schwer wiederherstellbar sind, wenn man sie einmal verliert (Kasten 5.4).

Horizontale Ungleichheiten treten nicht isoliert auf. Sie wirken zusammen mit generellen und politischen Abläufen, die gewaltsame Konflikte hervorrufen können. In Bolivien wurden die jüngsten Ausbrüche politischer Instabilität und Gewalt in Verbindung gebracht mit Uneinigkeit über die Politik zur Verwaltung des Wohlstands, der durch den Export von Bodenschätzen entstanden ist. Diese Konflikte waren Prüfsteine für die tiefe Unzufriedenheit der indigenen Bevölkerung mit der ungleichen Verteilung von Entwicklungsgewinnen. In Indonesien kann der gewaltsame Konflikt in Aceh teilweise auf die gleiche Ursache zurückgeführt werden. Indigene Gruppierungen haben mit einem Programm mobil gemacht, mit dem sie einen größeren Anteil am Erlös aus dem Export von Bodenschätzen für sich in Anspruch nehmen und gleichzeitig ihren Unmut darüber kundtun, dass Einwanderer aus Java aus ihrer Sicht bei der Schulbildung und im Berufsleben bevorteilt werden.⁴⁹ Im Jahr 2000 gehörte Aceh zu den reichsten Landesteilen Indonesiens gemessen an Reichtümern, jedoch zu den ärmsten gemessen an der Einkommensarmut. Im Verlauf der zwei Jahrzehnte bis 2002, die von wachsendem Ölreichtum geprägt waren, hat sich die Armut in Aceh mehr als verdoppelt, während sie in Indonesien insgesamt um die Hälfte zurückgegangen ist. Wachsende Vorkommen von Bodenschätzen haben zu einem Bedarf an Facharbeitern in der Erdöl- und Erdgasindustrie und in den zuständigen Regierungsbehörden geführt, der in unverhältnismäßig großem Umfang durch Einwanderer aus Java gedeckt wurde. 1990 (etwa zu der Zeit, als der immer noch anhaltende Konflikt begann) lag die Arbeitslosigkeit unter der städtischen Bevölkerung bei den Achinesen doppelt so hoch wie bei den eingewanderten Javanern. Gleichzeitig wurde von der Politik die Ansiedlung von Bauern aus Java in Aceh ermutigt, von denen die meisten mehr Land hatten als die einheimischen Bauern. Die empfundene Ungerechtigkeit dieser horizontalen Ungleichheiten trat in einer anti-javanischen Stimmung zu Tage, die sich die Separatistenbewegung nach wie vor zunutze macht.

Vor zehn Jahren hätten wahrscheinlich nur wenige Côte d'Ivoire für einen Kandidaten auf den Status eines fragilen Staates gehalten. Das Land schien über Institutionen und politische Strukturen zu verfügen, die in der Lage waren, den Interessen verschiedener Gruppen und Regionen entgegenzukommen. Heute, nach verschiedentlichen Ausbrüchen von gewaltsamen Konflikten, herrscht Unsicherheit über die künftige politische Stabilität von Côte d'Ivoire. Was ist schief gelaufen?

In Côte d'Ivoire gibt es fünf große Volks- und Sprachgemeinschaften. Die Akan (42,1 Prozent der Bevölkerung) und die Krou (11 Prozent) sind Christen und leben vorwiegend im Süden und Westen des Landes. Die Gruppen der nördlichen Mandé (16,5 Prozent) und der Voltaer (17,6 Prozent) bewohnen hauptsächlich den Norden und sind überwiegend Moslems. Die fünfte Gruppe sind die südlichen Mandé (10 Prozent). Im Land gibt es auch eine große Bevölkerungsgruppe ausländischen Ursprungs, die in der 1940er Jahren aus Obervolta, dem heutigen Burkina Faso, gekommen sind, um auf Kaffee- und Kakaopflanzungen zu arbeiten. Viele dieser Migranten haben sich seitdem auf Dauer in Côte d'Ivoire niedergelassen. 1998 war ein Viertel der Bevölkerung ausländischer Abstammung, obwohl sie in Côte d'Ivoire geboren sind.

Nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1958 errichtete Präsident Felix Houphouët-Boigny einen Einparteiensstaat. Er hielt jedoch über ein Quotensystem für Regierungsämter sorgfältig das Gleichgewicht zwischen den Regionen und ethnischen Gruppierungen aufrecht. Außerdem verlieh er den Einwanderern politische Rechte und führte letztendlich ein Mehrparteiensystem ein. In den ersten zwanzig Jahren nach seiner Unabhängigkeit erfreute sich Côte d'Ivoire politischer Stabilität und eines anhaltend hohen Wirtschaftswachstums – für Westafrika eine Seltenheit.

Dieser vergleichsweise große Erfolg begann in den 1980er Jahren abzubrockeln. Sinkende Preise für Kaffee und Kakao erhöhten die Anfälligkeit der Wirtschaft, das Nord-Süd-Gefälle vergrößerte sich und Spannungen zwischen Einheimischen und Wirtschaftsmigranten in den südlichen Regionen wuchsen. In den 1990er Jahren erlebte dann der ivoirische Nationalismus einen Aufschwung. „Ausländer“ durften nicht mehr wählen, so dass politische Führer aus dem Norden keine Möglichkeit mehr hatten, sich an Wahlen zu beteiligen. Die Ethnie des jeweiligen Machthabers wurde in staatlichen Ämtern, einschließlich des Militärs immer stärker überrepräsentiert.

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten vertieften sich, teils durch ökonomischen Druck, teils durch den Gebrauch staatlicher Macht zur Unterstützung bestimmter Gruppen und Regionen. Ende der 1990er Jahre lagen fünf der sechs Regionen mit der geringsten Quote beim Grundschulbesuch in den nördlichen Landesteilen. Legt man als Maßstab den Index des sozioökonomischen Wohlstands zugrunde, so konnten die südlichen Volksgruppen (Akan und Krou) im Zeitraum 1994-98 ihre Stellung gemessen am Landesdurchschnitt verbessern – insbesondere der Stamm der Baoulé –, während die nördlichen Mandé und die Voltaer weit unter dem Landesdurchschnitt zurückblieben (siehe Grafik). Die Position der nördli-

chen Mandé verschlechterte sich von 1994 bis 1998 vom 1,19-fachen auf nur noch das 0,93-fache des Landesdurchschnitts.

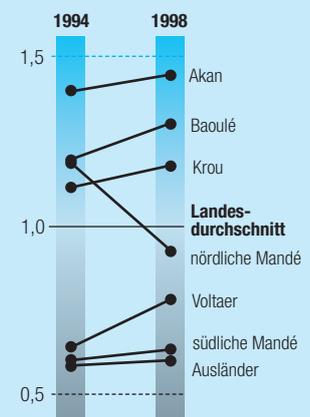
Die wachsenden Ungleichheiten verbanden sich mit einem gärenden Unbehagen, hervorgerufen durch den Ausschluss von der politischen Teilhabe und der Wahrnehmung, dass der Staat seine Macht zur Bevorzugung bestimmter Gruppen und Regionen einsetzte. Im Dezember 1999 führte ein Putsch zur Einsetzung einer durch das Militär beherrschten Regierung. Diese erklärte sich zwar dazu bereit, Wahlen abzuhalten, sie nahm aber auch Verfassungsänderungen vor, wonach die Bürger, deren Staatsangehörigkeit „zweifelhaft“ war, von der Ausübung politischer Ämter ausgeschlossen wurden. Strittige Wahlergebnisse führten im Oktober 2000 zu ausgedehnten Protesten und einem weiteren Regierungswechsel. Die neue Regierung protegierte weiterhin die südlichen Gruppen und löste damit einen Aufstand aus, der 2001 losbrach. Unter der Führung der im Norden des Landes ansässigen Patriotischen Bewegung von Côte d'Ivoire brachten die Aufständischen über die Hälfte des Staatsgebiets unter ihre Kontrolle.

Kräftig ermuntert von Frankreich und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten schlossen die rivalisierenden Gruppen im Januar 2003 ein Friedensabkommen ab. Doch es haperte bei der Umsetzung, da keine Einigung über die Entwaffnung der Rebellen, die Auswahlkriterien für Präsidentschaftskandidaten und die Staatsbürgerschaftsgesetze erzielt werden konnte. Die politischen Kämpfe sind in den letzten Monaten wieder aufgeflammt, gepaart mit wachsendem Unmut über die französischen Friedenstruppen. Vor kurzem kündigte der gegenwärtige Staatspräsident an, dass der Oppositionsführer sich an den Wahlen, die später im Jahr stattfinden, beteiligen könne. Kernprobleme bleiben jedoch weiterhin ungelöst.

Der Abstieg von Côte d'Ivoire zu einem fragilen Staat ist das Ergebnis eines Zusammenwirkens komplexer sozialer, wirtschaftlicher und politischer Kräfte. Jedoch hat das Versäumnis des Staates, wachsende Ungleichheiten zu beseitigen, die auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region oder Gruppe beruhen, wesentlich dazu beigetragen. Außerdem hat der Staat es nicht geschafft, als faires Gleichgewicht zwischen verschiedenen Gruppen wahrgenommen zu werden. Das Resümee: Horizontale wirtschaftliche und politische Ungleichheiten können Staaten destabilisieren.

Ethnische Ungleichheiten in Côte d'Ivoire in den 1990er Jahren

Index des sozioökonomischen Wohlstands, im Vergleich zum Landesdurchschnitt



Quelle: Langer 2005.

1. Dem Index für sozioökonomischen Wohlstand liegen fünf Indikatoren zugrunde (Besitz eines Kühlschranks, Besitz eines Autos, Zugang zu Leitungswasser, Bodenbeläge in der Wohnung und Zugang zu Spülklos). Er zeigt die Stellung einer Gruppe im Vergleich zum Landesdurchschnitt an. Quelle: Langer 2005.

Quelle: Langer 2005.

Konflikte, die durch ein hohes Maß an horizontaler Ungleichheit oder politischen Spaltungen über Gruppen und Regionen hinweg bedingt sind, können bewältigt werden. Eine Herangehensweise ist, durch einen Prozess des Dialogs zwischen den verschiedenen Interessengruppen das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen. Dieser Ansatz geht von dem einfachen Grundsatz aus, dass Konflikte allein durch Vertrauen und Dialog friedlich – und dauerhaft – beigelegt werden können. Dieses Modell eines Dialogs der

Interessengruppen hat in Lateinamerika weite Anwendung gefunden, mit wechselndem Erfolg. In Guatemala hat während des Friedensprozesses 1994 die Versammlung der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle für die Formulierung konsensfähiger Positionen gespielt; viele ihrer Vorschläge wurden schließlich in die Friedensvereinbarung übernommen. Die Versammlung schlug Brücken zwischen der Regierung und der breiten Öffentlichkeit, wenn auch das Ergebnis daran gelitten hat, dass die Regierung etliche ihrer Zusagen zur

Kasten 5.5 Grenzen und Nutzen eines partizipatorischen Dialogs zur Verhütung von Konflikten

Nationale Dialoge zwischen verschiedenen Interessenvertretern sind integrative, partizipatorische Übungen in der Absicht, gegenseitiges Vertrauen der Interessengruppen aufzubauen. Nationale Dialoge, die mithilfe neutraler Vermittler geführt werden, ermöglichen es den Regierungen, auf Krisen zu reagieren oder eine langfristige strategische Politik zu formulieren. Diese Dialoge nützen besonders viel, wenn das Vertrauen in die politischen Institutionen erschöpft ist oder dort, wo die demokratischen Prozesse nicht tragfähig sind.

Doch in Staaten, die sich nicht mit tiefgreifenden strukturellen Ungleichheiten auseinandersetzen, die zum Zusammenbruch der Politik führen, ist Dialog nicht das richtige Mittel zur Beilegung von Konflikten oder zur Verringerung sozialer Spannungen. Bolivien ist der lebende Beweis dafür.

In den letzten Jahren hat das Land mit Dialogen experimentiert, um einen Rahmen für seine Entwicklungsstrategien zu schaffen. 1997 ist durch einen Dialog der Leitplan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für 1997-2000 zustande gekommen, der auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Institutionalismus und Menschenwürde auf die Reduzierung der Armut abzielte. Im Jahr 2000 wurde ein weiterer nationaler Dialog einberufen, der Bestandteil des Ablaufs der Strategie zur Armutsreduzierung war. Der Dialog wurde von einem unabhängigen Sekretariat geführt, an dem sich zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft beteiligten. Doch weil die Politik, die aus den Dialogen hervorging, nicht wirksam in die Praxis umgesetzt wurde, war wachsende Frustration zu beobachten. Immer uneiniger ist man sich über wichtige wirtschaftspolitische Themen: die Ausbeutung der Erdgasvorkommen, der Ausstieg aus dem Anbau von Coca im Zeitraum 1998-2001, durch den 59.000 Arbeitsplätze verloren gingen, sowie Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Derweil bestehen die generellen Ungleichheiten weiter. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über 90-mal soviel Einkommen wie die ärmsten zehn Prozent. Der Grundbesitz ist ungleich verteilt – zwei Millionen Familien, die vorwiegend der indigenen Bevölkerung angehören, bearbeiten fünf Millionen Hektar Land, während weniger als 100 Familien insgesamt 25 Millionen Hektar Land besitzen. Im Durchschnitt besuchen Bolivianer fünfeneinhalb Jahre die Schule, doch zwischen den reichsten und den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung beträgt der Unterschied beim mittleren Schulbesuch sieben Jahre. Die Armutsquote, die 1999 auf 48,7 Prozent zurückgegangen war, schnellte 2002 wieder auf 61,2 Prozent hoch. Hinzu kommt, dass 88 Prozent der indigenen Bevölkerung arm sind.

Ungleichheiten und Unzufriedenheit mit der politischen Antwort darauf führten 2003 zu gewalttätigen Demonstrationen unter Beteiligung der Landarbeitergewerkschaften, Arbeitnehmerverbände und sogar der intellektuellen Mittelschicht, durch die der Präsident zur Abdankung gezwungen wurde. Mit zunehmenden Protesten und dem Vertrauensschwund, der darin zum Ausdruck kommt, wird es für Regierungen schwerer, nachhaltig auf Forderungen einzugehen.

Quellen: Barnes 2005; ICG 2004a; Justino, Litchfield und Whitehead 2003; Petras 2004.

Konfliktträchtige Staaten sind häufig bitterarm, obwohl sie einen enormen Ressourcenreichtum besitzen

Landreform nicht eingehalten hat. Der Dialog zwischen Interessengruppen, in welcher Form auch immer er erfolgt, kann kaum Resultate liefern, wenn die staatlichen Akteure nicht wirksam auf die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten eingehen, die den Konflikt verursachen. In Bolivien haben mehrere Runden des Dialogs zwischen der Zivilgesellschaft und aufeinander folgenden Regierungen nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt, wodurch sich erklärt, dass das Land regelmäßig in politischer Gewalt und im Chaos versinkt (Kasten 5.5).

Die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen

Ein Reichtum an natürlichen Ressourcen kann die Ungleichheit noch verschärfen und die Kapazitätsdefizite vergrößern, durch die manche Staaten anfälliger für Konflikte werden. Konfliktträchtige Staaten sind häufig bitterarm, obwohl sie einen enormen Ressourcenreichtum besitzen. Die Anfälligkeit gegenüber gewaltsamem Konflikt scheint ein bestimmendes Merkmal des Phänomens zu sein, das man als „Fluch der Ressourcen“ bezeichnet. Um es nochmals zu sagen: Die Zusammenhänge zwischen Ressourcen und gewaltsamem Konflikt sind weder ein Automatismus noch unvermeidbar. Botswana ist

es gelungen, seinen Diamantenreichtum in ein hohes Wirtschaftswachstum und rasche menschliche Entwicklung umzumünzen und Konflikte von Gruppen über die Aufteilung der Einkünfte zu vermeiden. Dies ist jedoch eher die Ausnahme als die Regel in den Entwicklungsländern. Die Kombination von schwachen Strukturen der Staats- und Regierungsführung mit Ressourcen, die denjenigen, die ihren Abbau und Export kontrollieren, leichte Gewinne verheißen, ist eine Hauptursache gewaltsamen Konflikts.

Seit dem Ende des Kalten Krieges werden Kriege nicht mehr mit Mitteln, die ehemals aus den Kassen der Supermächte flossen, angeheizt, sondern mit Einkünften aus natürlichen Ressourcen. Zwischen 1990 und 2002 hat die Welt mindestens 17 Konflikte erlebt, bei denen der Reichtum an natürlichen Ressourcen die entscheidende Rolle spielte. Diamanten in Angola und Sierra Leone, Nutzholz und Diamanten in Liberia, Edelsteine in Afghanistan und Kupfer, Gold, Kobalt und Nutzholz in der Demokratischen Republik Kongo standen jeweils im Mittelpunkt von Bürgerkriegen oder – im Fall der Demokratischen Republik Kongo – von territorialen Übergriffen, die durch Nachbarstaaten unterstützt wurden (Tabelle 5.2). In Kambodscha finanzierten die Roten Khmer ihren Rebellenkrieg großenteils durch Exporte von Nutzholz.

Tabelle 5.2 Natürliche Ressourcen haben in vielen Ländern Konflikte geschürt

Land	Dauer des Konflikts	Ressourcen
Afghanistan	1978-2001	Edelsteine, Opium
Angola	1975-2002	Erdöl, Diamanten
Angola, Cabinda	1975-	Erdöl
Kambodscha	1978-1997	Nutzholz, Edelsteine
Kolumbien	1984-	Erdöl, Gold, Coca
Kongo	1997	Erdöl
Kongo, Dem. Rep.	1996-1997, 1998-2002	Kupfer, Coltan, Diamanten, Gold, Kobalt
Indonesien, Aceh	1975-	Erdgas
Indonesien, West-Papua	1969-	Kupfer, Gold
Liberia	1989-1996	Nutzholz, Diamanten, Eisen, Palmöl, Kakao, Kaffee, Marihuana, Kautschuk, Gold
Marokko	1975-	Phosphate, Erdöl
Myanmar	1949-	Nutzholz, Zinn, Edelsteine, Opium
Papua-Neuguinea	1988-1998	Kupfer, Gold
Peru	1980-1995	Coca
Sierra Leone	1991-2000	Diamanten
Sudan	1983-2005	Erdöl

Quelle: Nach Bannon und Collier 2003.

Regierungen, Rebellen und Kriegsherren bemühen sich, die Kontrolle über Erdöl, Metalle, Mineralien und Nutzholz zu erlangen

Wie in Kapitel 4 bereits angesprochen, sind natürliche Ressourcen für viele Länder kein Segen, sondern ein Fluch. Im Dunstkreis von Konflikten hemmt der „Fluch der Ressourcen“ in verschiedenster Weise die Entwicklung politischer Institutionen und einer Marktwirtschaft, die dazu in der Lage wäre, natürlichen Reichtum in menschliche Entwicklung umzumünzen. Teil des Problems ist die Umlenkung nationalen Reichtums. Mittelströme, die man zur Förderung der menschlichen Entwicklung hätte nutzen können, werden häufig umgelenkt, um Bürgerkriege zu finanzieren. Dabei bemühen sich Regierungen, Rebellen und Kriegsherren aller Art, die Kontrolle über Erdöl, Metalle, Mineralien und Nutzholz zu erlangen. Angola ist ein krasses Beispiel hierfür. Der Wohlstand, der aus den zweitgrößten Erdölreserven Afrikas und den viertgrößten Diamantenvorkommen der Welt stammt, wurde dazu missbraucht, einen Bürgerkrieg zu schüren, durch den zwischen 1975 und 2002 eine Million Menschen getötet oder verstümmelt und weitere vier Millionen zu Flüchtlingen im eigenen Land wurden. Heute steht Angola beim HDI an 160. Stelle von 177 Ländern, mit einer Lebenserwartung von 40 Jahren.

Unerwartete Zusatzeinnahmen aus natürlichen Ressourcen können den Staat auf verschiedenen Ebenen schwächen. Dabei stechen zwei absurde Anreize für eine schlechte Staats- und Regierungsführung besonders hervor. Erstens kann die Verfügbarkeit großer Einnahmenströme die Motivation von Regierungen senken, durch eine nationale Steuerordnung ein stabiles Einnahmensystem zu entwickeln. Ein Staat, der weniger auf Steuereinnahmen angewiesen ist, ist seinen Bürgern auch weniger Rechenschaft schuldig.⁵⁰ Zweitens bietet die Rendite aus natürlichen Ressourcen dem Staat – und den Einzelpersonen und Gruppen, die ihn kontrollieren – eine immense Einkommensquelle durch Korruption. Unterentwickelte Strukturen der Staats- und Regierungsführung ermöglichen ausgedehnte Aktivitäten der Schattenwirtschaft, und durch große Einnahmenströme entsteht bei den Mächtigen ein Interesse daran, dafür zu sorgen, dass diese Möglichkeiten weiterbestehen. Beispielsweise liegen für Äquatorialguinea keine offiziellen Zah-

len über Erdöleinnahmen vor. Die Schätzung der Weltbank von 710 Millionen US-Dollar deutet jedoch auf ein eklatantes Missverhältnis zwischen angegebenen und tatsächlichen Einnahmen hin. Solche Praktiken können Rechenschaftspflicht und Transparenz schwächen – zentrale Voraussetzungen dafür, dass der Staat eine legitime Autorität entwickeln kann.

Über Grenzen hinweg

Nicht jeder Konflikt ist auf das Versagen des Staates zurückzuführen. Auch externe Faktoren spielen oft eine gleichgroße Rolle. Über durchlässige Grenzen der menschlichen Sicherheit werden Probleme von außen hereingetragen und dann wieder als neue Sicherheitsprobleme anderer Staaten reexportiert.

Diese externen Faktoren nehmen unterschiedliche Gestalt an. Der Zerfall des afghanischen Staates wurde aktiv gefördert durch die sowjetische Invasion und die Anwerbung von Mudjahedin-Kämpfern seitens äußerer Mächte, um die Besetzung des Landes zu beenden. Der darauf folgende Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen Gruppierungen von Widerstandskämpfern verwüstete das Land und ermöglichte es den skrupellosesten Elementen, als Sieger hervorzugehen. Die Regierung der Taliban, unter der die menschliche Entwicklung in Afghanistan im freien Fall absackte, machte sich das innere Chaos zunutze, das durch Einflussnahme von außen begünstigt wurde. In Somalia führte einen Militarisierungsprozess, der zunächst von der Sowjetunion und danach von den Vereinigten Staaten mitfinanziert wurde, zu einem Krieg mit Äthiopien und zu einem brutalen Bürgerkrieg zwischen rivalisierenden Kriegsherren, die zusammen über ungefähr eine halbe Million Feuerwaffen verfügen.

Gleich wie interne und externe Faktoren als Konfliktursachen gewichtet sind, die Folgen wirken sich stets auch regional und international aus. Aufgrund von ethnischen Säuberungen auf dem Balkan entstanden Flüchtlingsströme nach Westeuropa hinein, und Gewalt in Darfur produzierte Flüchtlinge im Tschad. Wenn sie einmal losgetreten sind, können Konflikte in die Nachbarstaaten

überschwappen, wo sie die Sicherheit untergraben und einen grenzüberschreitenden Kreislauf von Gewalt erzeugen. Der westafrikanische Regionalkrieg, der 1989 in Liberia seinen Anfang nahm, wanderte nach Sierra Leone weiter, kehrte dann nach Liberia zurück (wo er 1997 den Entwaffnungsprozess untermierte) und griff schließlich auf Guinea über. Im September 2002 waren Kombattanten aus Liberia und Sierra Leone an den Kämpfen beteiligt, die in Côte d'Ivoire ausbrachen.

Ein Merkmal der Globalisierung ist, dass der wirtschaftliche Abstand zwischen den Ländern abnimmt. Wenn Staaten zusammenbrechen, können Bedrohungen der Sicherheit diesen Raum nach Belieben überbrücken. Die Entstehung terroristischer Netzwerke aus genau denselben Gruppierungen, die vom Westen im Kampf gegen die sowjetischen Besatzer unterstützt worden waren, ist ein markantes Beispiel des Bumerang-Effekts, den der Stellvertreterkrieg in Afghanistan hatte.

Konfliktträchtige Staaten stellen nicht nur für ihre eigenen Bürger, sondern auch für die internationale Gemeinschaft eine gewaltige Bedrohung dar. Sie sind ein natürlicher Standort von Kriegsherren, kriminellen Netzwerken und extremistischen Gruppen, die das Machtvakuum zu nutzen suchen. Von Afghanistan bis nach Westafrika und darüber hinaus eröffnet der Zerfall von Staaten Zufluchtsmöglichkeiten für Gruppierungen, die eine Bedrohung für die Sicherheit der örtlichen Bevölkerung darstellen. Er führt weiterhin dazu, dass der Keim für grenzüberschreitende Bedrohungen wie Flüchtlingsströme, Waffenschmuggel, Drogenhandel und Krankheiten gelegt wird. Fragile Staaten zeitigen jenseits ihrer Grenzen Wirkungen unter anderem deshalb, weil ihnen die Fähigkeit zur wirksamen Kontrolle ihres Territoriums abgeht, das dadurch zum Zufluchtsort für Terroristen und kriminelle Vereinigungen werden kann.

Für gewaltsame Konflikte
wie auch für die öffentliche
Gesundheit gilt als erste
Erfolgsregel: Vorbeugen
ist besser als Heilen

Die internationale Antwort

1945 berichtete der damalige US-Außenminister, Edward R. Stettinius, seiner Regierung über die Konferenz von San Francisco, bei der die Vereinten Nationen gegründet wurden. Er ermittelte die beiden grundlegenden Bestandteile der menschlichen Sicherheit und ihre Zusammenhänge: „Die Schlacht um den Frieden muss an zwei Fronten geführt werden. Die erste Front ist die Front der Sicherheit, an der Freiheit von Angst den Sieg bedeutet. Die zweite ist die wirtschaftliche und soziale Front, an der Freiheit von Mangel den Sieg bedeutet. Nur ein Sieg an beiden Fronten kann die Welt eines dauerhaften Friedens versichern.“⁵¹

Heute, sechzig Jahre danach, klingen diese Worte kräftig nach, denkt man an die Herausforderungen für die kollektive Sicherheit zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Nach wie vor hängt der Erfolg vom Sieg an

beiden Fronten der menschlichen Sicherheit ab, doch es sind nur sporadische Fortschritte zu verzeichnen. Der Fortschritt an der wirtschaftlichen und sozialen Front blieb begrenzt und hemmte dadurch auch Fortschritte an der Sicherheitsfront. Die Verbesserung des Lebensstandards, größere Chancen im Gesundheits- und im Bildungsbereich und der Aufbau von Institutionen, die zur Verwirklichung einer wahren Demokratie benötigt werden, sollten als erste Verteidigungslinie betrachtet werden. Die Überwindung der Armut wird nicht nur Millionen Leben retten, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen, die zu Konflikten führen, lösbarer machen. Für gewaltsame Konflikte wie auch für die öffentliche Gesundheit gilt als erste Erfolgsregel: Vorbeugen ist besser als Heilen. Und Entwicklung ist die wirksamste Präventionsstrategie.

Der Krieg gegen den
Terrorismus kann keine
Rechtfertigung für
brutale Verletzungen der
Menschenrechte und
bürgerlichen Freiheiten sein

Das internationale Klima für die Entwicklung einer wirksamen kollektiven Sicherheitsantwort birgt Chancen und Risiken. Neue Friedensabkommen, so zerbrechlich manche erscheinen, veranschaulichen die potenziellen Vorteile der Beilegung gewaltsamer Konflikte für die menschliche Entwicklung: Vor fünf Jahren hätten nur Wenige die Prognose gewagt, dass Afghanistan, Liberia oder Sierra Leone in der Lage wären, einen Aufschwung bei der menschlichen Entwicklung einzuleiten. Die Regierungen der entwickelten Länder sind sich zunehmend darüber bewusst, wie wichtig es ist, Maßnahmen zur Konfliktvermeidung in ihre Entwicklungshilfeprogramme einzubauen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die militärische Antwort auf Bedrohungen der Sicherheit überentwickelt ist im Vergleich zur generellen Antwort im Sinne der menschlichen Sicherheit. Die Millenniums-Entwicklungsziele haben einen neuen Blickpunkt für die weltweiten Bemühungen zur Armutsreduzierung geschaffen. Doch wie schon in den vorausgehenden Kapiteln dieses Berichts argumentiert wurde, muss die Übereinstimmung über die MDGs erst noch die dauerhafte finanzielle und politische Entschlossenheit herbeiführen, die benötigt wird, um Zielvorgaben in praktische Resultate ummünzen zu können.

Die Auffassung von Sicherheit in den Industrieländern wird bestimmend sein für die Wirksamkeit der Zwei-Fronten-Strategie. Sicherheit in der entwickelten Welt bedeutet heute zunehmend militärische Sicherheit gegenüber der Bedrohung durch den „Terror“. Breiter angelegte Zielvorstellungen wurden diesem Oberziel untergeordnet. Die Bedrohung durch den Terrorismus ist real genug, für die armen Länder genauso wie für die reichen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass der Krieg gegen den Terrorismus die Prioritäten verzerren und zu Strategien führen wird, die entweder ineffektiv oder kontraproduktiv sind. Beispielsweise kann der Krieg gegen den Terrorismus keine Rechtfertigung für brutale Verletzungen der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten und für militarisierte Antworten auf Entwicklungsprobleme sein.

Dennoch redet eine Reihe von Regierungen von der unabdingbaren Notwendigkeit dieses Kriegs, um einen Schlag gegen Gruppierungen führen zu können, die man leichtthin als „Terroristen“ bezeichnet. Diese Übertretungen drohen die Normen und Institutionen zu schwächen, die zur Sicherung des Friedens benötigt werden. Aus der Sicht eines weiter angelegten Konzepts der menschlichen Sicherheit besteht die Gefahr, dass der Krieg gegen den Terrorismus den Kampf gegen Armut, Seuchen und andere Herausforderungen in den Hintergrund drängen und knappe finanzielle Ressourcen von den Ursachen der Unsicherheit wegleiten könnte. Es besteht weiterhin eine sehr reale Gefahr, dass die ohnehin schon spärlichen Mittel der staatlichen Entwicklungshilfe umgewidmet werden könnten, um dem so empfundenen Primat militärischer und außenpolitischer Ziele gerecht zu werden.

Menschliche Sicherheit kann nur dann voll entwickelt werden, wenn die Entwicklungsländer selber die Initiative dafür übernehmen – sie ist kein Wirtschaftsgut, das sich importieren ließe. Doch menschliche Sicherheit ist gleichzeitig eines der Schlüsselemente der neuen Entwicklungspartnerschaft zwischen reichen und armen Ländern. Den entwickelten Ländern kommt bei der Entfernung der Hemmnisse für menschliche Entwicklung, die durch gewaltsamen Konflikt entstehen, eine zentrale Rolle zu – und sie haben alle Gründe zu handeln, auf der Grundlage eines moralischen Imperativs, aber auch aus Eigeninteresse.

Die Entwicklungshilfe verbessern

Wie in Kapitel 3 aufgezeigt wird, ist internationale Entwicklungshilfe eine der wichtigsten Ressourcen, die zur Verfügung stehen, um an der zweiten Front, die der US-Außenminister Stettinius ermittelt hatte, schneller voranzukommen: dem Krieg gegen den Mangel. Doch eine gut durchdachte Entwicklungshilfe kann auch dazu beitragen, manche der Herausforderungen, denen sich konfliktträchtige Staaten gegenübersehen, anzugehen.

Die Anerkennung der Tatsache, dass Entwicklungsprozesse, die eine Verbesserung des menschlichen Wohlergehens beabsichtigen, unbeabsichtigt Konflikte erzeugen können, ist der erste Schritt zur Vermeidung von Konflikten. Entwicklungshilfe, die in einem konflikträchtigen Umfeld geleistet wird, kann die zwischen einzelnen Gruppierungen bestehenden Spannungen verschärfen – wie es in Ruanda geschehen ist. Dort verstärkte eine Entwicklungshilfe, die einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kam, während die Mehrheit davon ausgeschlossen blieb, die Ungleichheit, schürte Ressentiments und trug zu struktureller Gewalt bei.⁵² Wären sich die Geber bewusster über die Konsequenzen ihres Tuns und gewillter gewesen, auch Konfliktvermeidung zu betreiben, hätten sie womöglich den resultierenden Völkermord verhindern können.

Neue Ansätze der Entwicklungshilfe, die sich mit „konfliktsensibler Entwicklung“ überschreiben ließen, verpflichten Geber nun direkt dazu, die potenziellen Auswirkungen ihrer Entwicklungshilfe auf verschiedene Gruppen zu berücksichtigen. Zwischen 1998 und 2000 kam es zu Ausbrüchen von Gewalt auf den Salomon-Inseln, bei denen indigene Gruppierungen auf Guadalcanal gewalttätige Übergriffe auf Gemeinschaften verübten, die sich, von einer Nachbarinsel kommend, in der Hauptstadt Honiara niedergelassen hatten. Dieser Konflikt schien im Wesentlichen ethnisch begründet. Im Jahr 2000 wurde zwar ein Friedensabkommen geschlossen, doch militante Gruppierungen weigerten sich, ihre Waffen abzugeben. Im Jahr 2003 untersuchten das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und andere Geber in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Friedensrat und dem Ministerium für nationale Einheit, Versöhnung und Frieden in einem weit reichenden Konsultationsprozess unter Beteiligung verschiedener Interessengruppen die Missstände und Enttäuschungen, die zu den Gewaltakten geführt hatten. Bereits während des Konsultationsprozesses wurde die vorherrschende Auffassung, dass der Konflikt hauptsächlich mit ethnischer Identität zu tun hatte, in Frage gestellt. Die Beteiligten ermittelten mehrere grundlegende Brennpunkte,

insbesondere: strittige Landrechte, die Rollen traditioneller und nicht-traditioneller Autoritätsstrukturen, Zugang zu staatlichen Hilfsangeboten, mangelnde wirtschaftliche Chancen und das Versagen der Exekutive. Der Konsultationsprozess stellte also die weit verbreitete und potenziell gefährliche Meinung infrage, dass der Konflikt im Wesentlichen ethnisch begründet gewesen sei. Er brachte außerdem zutage, dass in manchen Fällen Maßnahmen von Gebern zur Stützung staatlicher Hilfsangebote, die ohne Konsultation erfolgt waren, wenn auch unabsichtlich zur Verschärfung der Spannungen beigetragen hatten.⁵³

Externe Finanzierung kann die Kapazitätsdefizite, die Staaten anfällig für Konflikte machen, teilweise ausgleichen. Soweit die Finanzierung zur Verhinderung von Konflikten beiträgt, lässt sich von ihr eine enorm hohe Rendite für das Wirtschaftswachstum und die menschliche Entwicklung erwarten. Gerade an fragile Staaten wird jedoch unverhältnismäßig wenig Hilfe geleistet, vor allem wenn man Afghanistan und den Irak außer Betracht lässt. Bis auf einige wenige Ausnahmen ziehen fragile Staaten keine großangelegte Entwicklungshilfe an. Dies liegt nicht allein an einer schlechten Staats- und Regierungsführung in diesen Ländern. Eine länderübergreifende Untersuchung der Weltbank anhand eines armuts- und leistungsbezogenen Mittelzuweisungsmodells hat ergeben, dass die Hilfe an zerbrechliche Staaten um bis zu 40 Prozent erhöht werden könnte, wenn die Qualität ihrer Institutionen zugrunde gelegt wird. Ein weiteres Problem, das bereits in Kapitel 3 eingehend behandelt wurde, ist, dass die Hilfe an fragile Staaten doppelt so unbeständig ist wie die an andere Länder geleistete Hilfe. Bei Regierungen mit einer schwachen Einnahmehasis wirkt sich dies aller Voraussicht nach höchst destabilisierend aus und zehrt an der ohnehin schwachen Kapazität. Geber, die in einem Umfeld im Anschluss an Konflikte Entwicklungshilfe leisten wollen, sehen sich natürlich enormen Schwierigkeiten gegenüber. Wichtig ist in jedem Fall, dass Entscheidungen über Mittelzuweisungen auf der Grundlage sorgfältig erwogener und transparenter Einschätzungen erfolgen.

Neue Ansätze der Entwicklungshilfe für eine „konfliktsensiblere Entwicklung“ berücksichtigen die potenziellen Auswirkungen auf verschiedene Gruppen

Will man in fragilen Staaten die Gefahr eines Rückfalls in den Konflikt abwenden, dann muss Entwicklungshilfe eine Investition sein, mit der die Voraussetzungen für einen tragfähigen Frieden geschaffen werden

Internationale Entwicklungshilfe ist in der Zeit des Wiederaufbaus von entscheidender Bedeutung. Wiederaufbau nach einem Konflikt zielt darauf ab, eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der Krise zu verhindern und das Fundament für einen dauerhaften Frieden zu legen. Will man in fragilen Staaten die Gefahr eines Rückfalls in den Konflikt abwenden, dann muss Entwicklungshilfe eine Investition sein, mit der die Voraussetzungen für einen tragfähigen Frieden geschaffen werden. Legt man der Bewertung die Mittelzuweisungen zugrunde, so weist wenig darauf hin, dass darin der tatsächliche Finanzierungsbedarf des Wiederaufbaus zum Ausdruck kommt. Die Pro-Kopf-Ausgaben im Zwei-Jahres-Zeitraum nach dem Abschluss eines Friedensabkommens reichen von 245 US-Dollar in Bosnien-Herzegowina über 40 US-Dollar in Afghanistan bis hin zu 31 US-Dollar in Liberia (Grafik 5.4).

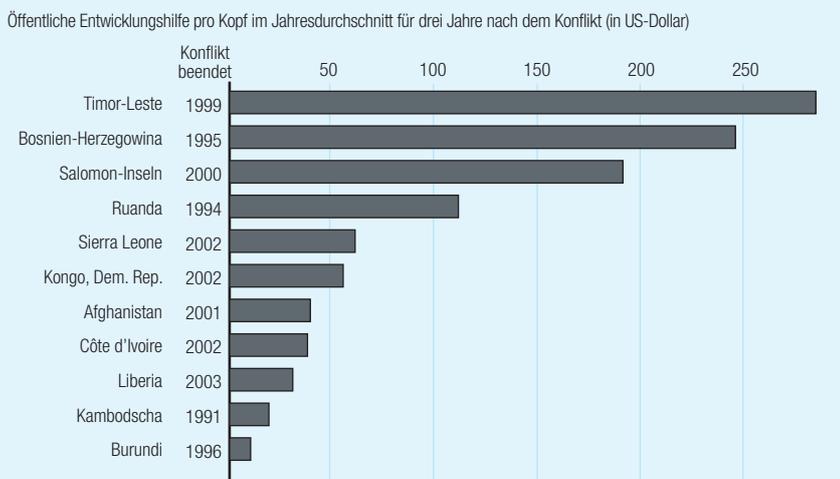
Diese Diskrepanz ist sicherlich zum Teil mit Unterschieden bei der Leistungsfähigkeit der politischen Systeme und der absorptiven Kapazität erklärbar – und es gibt keine feste Formel dafür, wie Bedarf und Finanzierung aufeinander abgestimmt werden. Dennoch ist wenig innere Konsequenz in einem Mechanismus der Mittelzuweisung zu erkennen, bei dem Länder wie Burundi, die Demokratische Republik Kongo

und Liberia mit am wenigsten bedacht werden. Die Weltbank hat eingestanden, dass es dieses Problem bei der Nutzung von Mitteln ihrer Tochter, der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), gibt – eine der wichtigsten internationalen Mittelquellen für den Wiederaufbau nach Konflikten. Die Finanzierung des Wiederaufbaus durch die IDA betrug bei Bosnien-Herzegowina zwischen 1996 und 1999 45 US-Dollar pro Kopf, aber bei Ruanda in dem Dreijahres-Zeitraum nach dem Völkermord weniger als fünf US-Dollar pro Kopf.⁵⁴ Diese Diskrepanzen machen deutlich, dass bei Geberentscheidungen über die Finanzierung des Wiederaufbaus nach Konflikten ein wesentlich höheres Maß an Transparenz erforderlich ist.

Die Terminierung der Hilfe stellt ein weiteres Problem dar. Im Zyklus der Hilfe nach Konflikten erreicht die Hilfe üblicherweise in den Jahren direkt nach dem Konflikt ihren Höchststand und sinkt dann stark ab. Dies ist genau das Gegenteil von dem, was benötigt wird. Die Kapazität zur Absorption von Hilfe ist in der Zeit unmittelbar nach einem Konflikt am stärksten begrenzt, denn in diesem Zeitraum werden neue Institutionen aufgebaut, wodurch sich eine große Kluft zwischen den Zusagen der Geber und der ausbezahlten Hilfe auftut. Untersuchungen haben ergeben, dass der optimale Zeitpunkt für die Absorption erhöhter Hilfe etwa sechs Jahre nach dem Abschluss eines Friedensabkommens liegt. Bis dahin hat sich jedoch das Interesse der Geber schon weiterverlagert. Der beschriebene Zyklus hilft, die Ergebnisse einer Weltbank-Studie zu erklären, aus der hervorgeht, dass in Staaten nach einem Konflikt die Kapazität zur Absorption von Hilfe fast doppelt so hoch ist wie in anderen Ländern, die ein ähnliches Armutsniveau aufweisen.⁵⁵

Nach einem Konflikt sind Staaten besonders anfällig für einige der generellen Probleme im Zusammenhang mit Entwicklungshilfe, wie sie in Kapitel 3 beschrieben werden. In jedem Staat, der einen Konflikt hinter sich hat, gilt es vorrangig, institutionelle Kapazitäten aufzubauen und Rechenschaft gegenüber der örtlichen Bevölkerung abzulegen. Wenn

Grafik 5.4 Hilfe zum Wiederaufbau nach einem Konflikt – Bedürfnisse sind nachrangig



Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf Dreijahresmittel, beginnend mit dem Jahr, in dem der Konflikt geendet hat, außer bei der Demokratischen Republik Kongo, Côte d'Ivoire und Sierra Leone, für die sich die Angaben auf Zweijahresmittel beziehen, und bei Liberia, wo nur ein Jahr zugrunde gelegt wird. Quelle: Berechnet auf der Grundlage von Daten zur öffentlichen Entwicklungshilfe aus OECD/DAC 2005f und Bevölkerungsdaten aus UN 2005d.

Geber sich dafür entscheiden, keine Budgethilfe zu leisten, sondern Projekte zu unterstützen, und damit parallele Strukturen für Berichtswesen, Rechnungsprüfung und Beschaffungswesen zu errichten, untergraben sie die Entwicklung der institutionellen Strukturen, von denen für die Zukunft Frieden und Sicherheit abhängen. Die Gefahr ist, dass eine falsche Einschätzung der Lage seitens der Geber genau das Problem verstärken kann, das die Geber verbessern wollen: die Schwächung

staatlicher Strukturen und lokaler Kapazität. Das Koordinations- und Abstimmungsdefizit ist in Bosnien-Herzegowina besonders auffällig. Das Land hat mehr Hilfe pro Kopf erhalten als Europa durch den Marshall-Plan. Doch über sechs Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen steckte es immer noch in einer Finanzkrise.⁵⁶ Auch in Afghanistan, wo das Niveau der institutionellen Entwicklung wesentlich geringer ist, gab es ernsthafte Probleme auszustehen.

Sonderbeitrag

Herausforderungen für den Wiederaufbau nach einem Konflikt: Was wir von Afghanistan lernen können

Form und Funktion des Staates stehen seit jeher im Mittelpunkt von Konflikten. Im Anschluss an die politischen Abläufe zur Beendigung offener Konflikte ist die entscheidende Herausforderung: Politische Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zu entwickeln, die den Frieden nachhaltig sichern, ein Umfeld des gegenseitigen Vertrauens und der Solidarität schaffen und den Staat als organisierte Macht der Gesellschaft errichten.

Im Einzelnen müssen die folgenden Fragen vorrangig Beachtung finden:

- Konsens über eine Strategie herbeiführen. Im Umfeld, das unmittelbar nach einem Konflikt herrscht, betreten ganz verschiedene – in- und ausländische – Akteure die Bühne. Jeder davon hat unterschiedliche Auffassungen, unterschiedliche Fähigkeiten und unterschiedliche Prioritäten. Wenn jeder dieser Akteure eine autonome Strategie verfolgt, hat dies Verschwendung von Ressourcen, wachsendes Misstrauen und möglicherweise erneuten Konflikt zur Folge. Daher ist es für die Regierung und die Geber unabdinglich, dass sie im Rahmen einer kohärenten Strategie zu einer Einigung über die Prioritäten kommen, sich auf eine Arbeitsteilung verständigen und sich darum bemühen, einen Modus der Koordination und Kooperation zu finden.
- Das Vertrauen in den Staat wiederherstellen und ausbauen. Damit das Vertrauen in den Staat wiederhergestellt werden kann, muss die Wiederbelebung und Reform von Abläufen der Staats- und Regierungsführung in den Mittelpunkt gestellt werden, wobei besonderes Augenmerk auf Sicherheit, Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit und Grundversorgung zu legen ist. Das Entstehen von Institutionen, die parallel zum Staat tätig sind, ob nun mittels UN- oder bilateralen Organisationen, kann diese Schwerpunktsetzung, die den Staat notwendigerweise in den Mittelpunkt stellt, untergraben.
- Angemessene öffentliche Finanzen gewährleisten. Die Wiederherstellung der Funktionen des Staates erfordert, dass dem

Staat Ressourcen zur Verfügung stehen. Hilfsströme stellen in der Anfangsphase einen bedeutenden Bestandteil dieser Ressourcen dar. Doch die Mobilisierung inländischer Einnahmequellen, die bedeutende Mittel abwerfen können, sollte im Vordergrund stehen. Vertrauen in den Staat verlangt danach, dass der Staatshaushalt das zentrale Instrument der Politik und die Arena zur Festlegung von Prioritäten und zur Bildung eines Konsenses über die Nutzung der Ressourcen im nationalen Interesse ist. Das Entwicklungshilfesystem muss sich darum bemühen, der Regierung dabei zu helfen, rasch die Kapazität für einen mittelfristigen Ausgaberahmen zu erwerben und Mechanismen der Rechenschaftslegung zu schaffen, die das Vertrauen der Geber wie auch der Bürger erwecken – auch bei der Beschaffung, beim Finanzmanagement und der Rechnungsprüfung.

- Die regulatorische Funktion des Staates nutzen, um die Bevölkerung zu schützen und Vertrauen zu schaffen. Über ihre anderen, selbstverständlichen Aufgaben hinaus müssen Interessensvertreter auch den regulatorischen Funktionen des Staates Beachtung schenken. Die Erteilung von Genehmigungen und die Regulierung der Aktivitäten des privaten Sektors (um die Bürger gegen Gefahren wie verbleibende Kraftstoff oder abgelaufene Arzneimittel zu schützen) können eine entscheidende Rolle bei der Herstellung des Vertrauens spielen. Nationale Programme, die insbesondere auf die Armen in Stadt und Land gerichtet sind, sind ein Instrument, um Bürgersinn zu schaffen und Ressourcen wirksam zu nutzen.



Dr. Ashraf Ghani
Ehemaliger Finanzminister
Islamischer Staat Afghanistan

Zertifizierung kann genutzt werden, um zu verhindern, dass illegale Erzeugnisse den Verbraucher erreichen

Die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und der Umgang mit Kleinwaffen

Die entwickelten Länder könnten zwei Probleme, die gewaltsame Konflikte hervorrufen und aufrechterhalten, sehr viel aktiver aufgreifen: die verfehlte Bewirtschaftung von Exporten natürlicher Ressourcen und den unangemessenen Umgang mit Importen von Kleinwaffen.

Den Fluch der Ressourcen abschütteln

Die Hauptlast der Verantwortung für die effektive Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen liegt auf den Schultern der nationalen Regierungen. Doch die internationale Gemeinschaft kann dabei helfen, die Verknüpfung von natürlichen Ressourcen mit gewaltsamem Konflikt aufzuheben. Sie kann den Zugang zu den Märkten unterbinden, um den Zustrom von Geldern in Konfliktgebiete einzudämmen und den Anreiz zur Kontrolle natürlicher Ressourcen zu verringern. Zertifizierung kann genutzt werden, um zu verhindern, dass illegale Erzeugnisse den Verbraucher erreichen; dazu müssen die potenziellen Abnehmer aufgeklärt und die Zollbehörden über den rechtlichen Status der Handelswaren in Kenntnis gesetzt werden. Anfang des Jahres 2000 setzten sich die Staaten des südlichen Afrikas an die Spitze von Bestrebungen, den Export von „Konflikt“-Diamanten aus Angola, Liberia und Sierra-Leone zu verhindern. Heraus kam dabei der sogenannte Kimberley-Prozess – ein Mechanismus, bei dem Import- und Transitländer sich dazu verpflichten, keine Rohdiamanten abzunehmen, deren einwandfreier rechtlicher Status nicht durch ein offizielles Zertifikat bestätigt ist.

Zwar ist es noch zu früh, Schlussfolgerungen über die Wirksamkeit dieses Prozesses anzustellen, doch allen Anzeichen nach hat er bereits gewisse Erfolge gezeitigt: Er umfasst jetzt 42 Länder und fast die gesamte Weltproduktion von Rohdiamanten.⁵⁷ Die Europäische Union hat damit begonnen, ein analoges Verfahren zu entwickeln, um nach Maßgabe ihres Aktionsplans für Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT)

Importe illegaler Holzprodukte zu unterbinden. Dennoch wird Nutzholz weltweit nach wie vor in großem Umfang illegal eingeschlagen und exportiert, wodurch den Regierungen riesige Einnahmen verloren gehen, großflächige Umweltschäden angerichtet und Bemühungen zur Eindämmung der Korruption torpediert werden. Schätzungen zufolge entfallen zehn Prozent des jährlichen Handelsvolumens von Nutzholz in Höhe von 150 Milliarden US-Dollar auf illegale Handelsaktivitäten.

Die Verbesserung der Transparenz ist eine weitere Priorität. Die Gruppe der Acht (G8-Länder) haben verbesserte Offenlegung und Rechenschaftspflicht im Bergbausektor zu einer hohen Priorität erhoben. Ein Beispiel hierfür ist die Initiative für Transparenz in der Grundstoffindustrie (EITI) unter Beteiligung verschiedener Interessengruppen, die Erdöl- und Erdgasunternehmen dazu aufruft, alle Zahlungen offenzulegen, und Regierungen dazu auffordert, alle Geldeingänge offenzulegen. Es handelt sich jedoch um eine freiwillige Initiative, der es an klaren Umsetzungsrichtlinien mangelt. Darüber hinaus wird der Fortschritt auf diesem Gebiet durch perverse Marktanziehe behindert: Alle Unternehmen, die sich um größere Transparenz bemühen, stehen in Gefahr, gegenüber ihren Konkurrenten ins Hintertreffen zu geraten, die Regierungen nicht mit öffentlichen Rechenschaftspflichten belasten.

Unternehmenspraktiken können weitere Probleme für die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen schaffen. Unzureichende Transparenz kann Korruption und eine schwache Regierungsführung fördern. Das Gegenstück zu außerhaushaltlichen Aktivitäten von Regierungen sind undokumentierte Zahlungen, die Unternehmen an Schlüsselpersonen leisten, von denen sie sich Zugang zu Schürf- und Abbaurechten erhoffen. In Angola haben über dreißig multinationale Erdölkonzerne Zahlungen an die Regierung im Zusammenhang mit Erdölförderrechten geleistet, ohne der angolanischen Öffentlichkeit oder ihren eigenen Aktionären gegenüber offenzulegen, wieviel sie an wen bezahlt haben. In der Kaspischen Region werden

Ölförderrechte durch multinationale Partnerschaftsvereinbarungen zwischen Regierungen und ausländischen Investoren geregelt. Diese in geheimen Verhandlungen abgeschlossenen Vereinbarungen haben Anlass zu einer der größten Untersuchungen in der Rechtsgeschichte der USA über Korruption im Ausland gegeben. Fehlende Transparenz schwächt die Rechenschaftspflicht von Regierungen und kann das unterschwellige Misstrauen, aus dem sich Konflikte nähren, weiter verstärken.

Die von Großbritannien eingesetzte Kommission für Afrika hat den Vorschlag gemacht, den Ansatz der Initiative für Transparenz in der Grundstoffindustrie weiterzuentwickeln, speziell auch Sanktionsmöglichkeiten zu schaffen. In den meisten gegenwärtigen Rechtsordnungen ist es äußerst schwierig, ein transnationales Unternehmen wegen korrupter Praktiken strafrechtlich zu verfolgen, wenn es seinen Hauptsitz in einem anderen Land hat. Die von der Kommission vorgeschlagene Rahmenregelung würde dieses Schlupfloch verbauen. Sie würde den Regierungen in den Ländern, wo transnationale Unternehmen ihren Sitz haben, die Möglichkeit geben, rechtliche Schritte wegen korrupter Praktiken im Ausland zu unternehmen. Und sie würde den Entwicklungsländern leichteren Zugang zu Rechtsmitteln zur Wiederbeschaffung gestohlener Vermögenswerte ermöglichen. Größere Transparenz könnte erreicht werden, wenn andere Industrieländer dem Vorbild der USA folgen würden, Gesetze zu stärken, nach denen Korruption durch transnationale Unternehmen im Ausland einen Straftatbestand im Inland darstellt. Das Argument, derlei Maßnahmen würden dem Prinzip der offenen Investitionsmärkte zuwiderlaufen, ist unangebracht: Solche Maßnahmen würden sich in nichts von den Auflagen bezüglich der Offenlegung von Finanzdaten unterscheiden, denen alle börsennotierten Unternehmen in westlichen Volkswirtschaften unterliegen. Sie wären außerdem vereinbar mit der UN-Konvention gegen Korruption und den Richtlinien der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen.

Kleinwaffen kontrollieren

Ein entschlosseneres Handeln der internationalen Gemeinschaft zur Eindämmung der Verbreitung von Waffen ist Grundvoraussetzung der menschlichen Sicherheit. Zwar mag die Verfügbarkeit von Waffen allein noch keine Konflikte verursachen. Doch sie macht Konflikte wahrscheinlicher – und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Konflikte gewaltsamere Formen annehmen.

In den heutigen Konflikten werden bevorzugt Kleinwaffen eingesetzt. Durch solche Waffen werden im Durchschnitt 500.000 Menschen im Jahr getötet oder anschaulicher: jede Minute ein Mensch.⁵⁸ Durch Anti-Personenminen kommen jedes Jahr weitere 25.000 Menschen zu Tode.⁵⁹ In konfliktträchtigen Gebieten werden Kleinwaffen von kriegsführenden Parteien eingesetzt, um die schutzlose Bevölkerung zu terrorisieren, zu töten und zu vertreiben. Die Ausgabe von Schusswaffen an Privatarmeen und Milizen erzeugt einen Kreislauf der Gewalt. Gesellschaften, die gerade Jahre des Konflikts hinter sich gebracht haben, sehen sich der Bedrohung durch anhaltende Gewalt gegenüber, da die Verfügbarkeit von Kleinwaffen politische und kriminelle Gewalt begünstigt.

Es gibt keine absolut verlässlichen Schätzungen hinsichtlich der Anzahl von Kleinwaffen, die sich im Umlauf befinden. Eine gut informierte Quelle nennt die Zahl von 639 Millionen.⁶⁰ Die weltweite Produktion von Kleinwaffen hat ein Volumen von sieben bis acht Millionen Stück pro Jahr, von denen etwa eine Million militärischer Ausführung sind. Die Vereinigten Staaten, Russland und China sind die führenden Produzenten von Kleinwaffen, doch es gibt mindestens noch 27 weitere bedeutende Herstellerländer. Weltweit sind mindestens 1.249 Unternehmen in 92 Ländern an diesem Geschäft beteiligt. Produktion von und Handel mit Kleinwaffen gehören untrennbar zur Bedrohung der kollektiven Sicherheit, die von fragilen Staaten ausgeht. In Afghanistan bezahlten die anti-sowjetischen Mudjahedin-Gruppen ihre Waffen mit Erlösen aus dem Verkauf von Opium. In Kambodscha, Liberia und Sierra Leone wurde das Kleinwaffengeschäft durch Erlöse aus dem Verkauf von Diamanten und Nutzholz finanziert.

Größere Transparenz könnte erreicht werden, wenn Korruption durch transnationale Unternehmen im Ausland einen Straftatbestand im Inland darstellt

Benötigt wird ein umfassendes internationales Abkommen zum Waffenhandel, das Waffenvermittlungsgeschäfte reguliert und gemeinsame Normen der Durchsetzung aufstellt

Im vergangenen Jahrzehnt haben einige Regierungen größere Transparenz bei der Überwachung des Kleinwaffengeschäfts eingeführt. Daran waren vor allem die Regierungen in den Importländern in Afrika südlich der Sahara beteiligt. Das 1998 von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) verabschiedete Moratorium für die Einfuhr, Ausfuhr und Herstellung von Kleinwaffen und leichten Waffen in Westafrika war das erste regionale Kleinwaffenmoratorium der Welt. Es untersagt die Einfuhr neuer Waffen ohne die Zustimmung der anderen Mitgliedstaaten. Im Jahr 2004 unterzeichneten die Regierungen von elf afrikanischen Ländern im Gebiet der Großen Seen und am Horn von Afrika – zwei der Regionen mit den meisten Konflikten – das Protokoll zur Bekämpfung, Kontrolle und Reduzierung von Kleinwaffen und leichten Waffen.

Auch die Exportländer haben die Zusammenarbeit verstärkt. Nach dem Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren ist der Verkauf von Waffen verboten, die zur Unterdrückung der Bevölkerung oder für eine Aggression gegen andere Länder eingesetzt werden könnten. Darüber hinaus haben die europäischen Länder den Datenaustausch über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausgebaut. Im Jahr 2001 haben die UN-Mitgliedstaaten als Ergänzung zur UN-Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität ein rechtsverbindliches Protokoll ausgehandelt, das die unerlaubte Herstellung und den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen verbietet. Die Wassenaar-Vereinbarung über die Richtlinien für Exporte von Kleinwaffen und leichten Waffen (2002), die von 33 Staaten ratifiziert wurde – der Mehrheit der Waffenhersteller und -exporteure weltweit – sieht vor, dass Waffentransfers so durchgeführt werden, dass die Umlenkung von Human- und Wirtschaftsressourcen auf ein Mindestmaß reduziert wird.

Dies sind alles wichtige Initiativen, in denen ein zunehmendes Bewusstsein über die Dimension des Problems zum Ausdruck kommt. Doch geltende Vereinbarungen weisen eine Reihe von Defiziten auf. Sie sind nicht rechtsverbindlich und sie behandeln nur unerlaubte Waffen, statt auch auf vom Staat genehmigte Transfers einzugehen. Da es so viele Waffenlieferanten gibt, haben die Staaten Zugang zu Waffen aus Bezugsquellen, für die alles andere als strenge Meldebestimmungen gelten – ein großes Schlupfloch. Ein weiteres Problem ist, dass regionale Vereinbarungen nicht immer gegenseitig kompatibel oder wirksam koordiniert sind. Einige der größten Exporteure haben ihre Ausfuhrbestimmungen verschärft: Für Regierungen ist es schwerer geworden, Waffentransfers an Regierungen zu genehmigen, die die fundamentalen Menschenrechte missachten. Doch durch die Bereitschaft des Empfängerlandes, sich dem „Krieg gegen den Terror“ anzuschließen, kann sich oft eine nähere Betrachtung seiner eigenen Menschenrechtsakte erübrigen.

Da die meisten Kleinwaffen legal auf den Markt kommen, können Regelungen auf der Angebotsseite sehr wirksam sein. Zwei mächtige Barrieren haben die Bemühungen vereitelt, den Strom von Kleinwaffen an der Quelle einzudämmen: die bereits erwähnte Vielfalt des Angebots und der fehlende politische Wille. Angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus sollte man meinen, dass die Industrieländer sich an die Spitze der Bemühungen zur Regulierung des Handels mit Kleinwaffen setzen würden. Doch dieses tödliche Geschäft ist immer noch im besten Fall zu schwach reguliert, mit verheerenden Folgen für die menschliche Entwicklung. Benötigt wird ein umfassendes internationales Abkommen zum Waffenhandel, das rechtsverbindliche Vorschriften zu territorial gebundenen und territorial ungebundenen Waffenvermittlungsgeschäften und gemeinsame Normen zu deren Durchsetzung aufstellt. Die Kleinwaffenkonferenz, die 2006 bei den Vereinten Nationen stattfindet, bietet die entscheidende Gelegenheit, ein Abkommen zum Waffenhandel zu vereinbaren, um Transfers an Staaten zu regulieren und unerlaubte Waffentransfers zu unterbinden.

Regionale Kapazität aufbauen

Bürgerkriege ziehen auch die Nachbarländer in Mitleidenschaft, indem die Auseinandersetzungen entweder direkt überschwappen oder den Zugang zu Handelswegen blockieren und ungünstige Voraussetzungen für in- und ausländische Investoren schaffen. Dadurch entsteht bei den Nachbarländern ein unmittelbares Interesse daran, diese Auswirkungen zu minimieren. Das Problem ist, dass den ärmsten Ländern, die sich den massivsten Herausforderungen in punkto regionale Sicherheit gegenübersehen, die finanzielle und institutionelle Kapazität fehlt, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Der Aufbau dieser Kapazität gehört unbedingt zur Errichtung einer sichereren Welt dazu.

Regionale Organisationen können eine wichtige Rolle beim Umgang mit Sicherheitsproblemen spielen. Dies gilt sowohl für Europa als auch für Afrika südlich der Sahara. Die Europäische Union, die OSZE und das Nordatlantische Verteidigungsbündnis haben sich alle in den vergangenen Jahren für mehr Sicherheit eingesetzt. Regionale Organe sind gut positioniert, um Friedensabkommen zu überwachen und frühzeitig vor Krisen zu warnen. Frühwarnmechanismen, die in Afrika entwickelt wurden, wie das Konfliktfrühwarnsystem (CEWARN) der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD), haben es regionalen Organisationen ermöglicht, Entwicklungen aus nächster Nähe mitzuverfolgen. Regionale Institutionen können außerdem als Vermittler zwischen Konfliktparteien auftreten: Beispiele hierfür sind die von afrikanischen Staaten angeführten Vermittlungsbemühungen im Gebiet der Großen Seen 2004 und im Sudan 2005.

Wenn Konflikte ausbrechen, haben regionale Organe ein absolut berechtigtes Interesse daran, diese durch entschlossene Gegenmaßnahmen einzudämmen. In Darfur hat die Afrikanische Union nach einem starken Mandat für die Entsendung von Truppen zum Schutz von Zivilisten und zur Überwachung eines weitgehend nicht eingehaltenen Waffenstillstands ge-

strebt. Dies wäre die wirksamste internationale Gegenmaßnahme gewesen. Doch im August 2004, als die Massaker mit unverminderter Härte andauerten, waren weniger als 300 Unionssoldaten vor Ort, um etwa 1,5 Millionen Darfuris zu beschützen, die durch Milizen, die von der Regierung unterstützt werden, aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Mitte 2005 hatte sich die Präsenz der Afrikanischen Union auf 3.000 Soldaten erhöht – um ein Gebiet von der Größe Frankreichs zu überwachen. Obwohl die Geber ihre Mittelzusagen für die Friedenstruppe der Afrikanischen Union aufgestockt haben, kann der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden.⁶¹ Trotz dieser Einschränkungen denkt die Afrikanische Union derzeit über die Entsendung von Truppen in den Ostteil der Demokratischen Republik Kongo nach, um extremistische ruandische Rebellengruppen zu entwaffnen. Die Union erwägt außerdem, Streitkräfte nach Somalia zu entsenden. Wenn derartige Operationen Erfolg haben sollen, ist in viel größerem Umfang eine koordinierte Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft erforderlich.

Der Fall Darfur verweist auf ein breiter angelegtes Problem. Die Regierungen afrikanischer Staaten erkennen ihre Verantwortung für die Bewältigung regionaler Friedens- und Sicherheitsprobleme an. Humanitäre Maßnahmen finden verstärkt statt. In Westafrika hat die ECOWAS in Liberia (1990), Sierra Leone (1991-99) und Guinea-Bissau (1998-99) eingegriffen, wenn auch mit wechselndem Erfolg. Die afrikanischen Regierungen haben erkannt, dass wirksame regionale Sicherheitskräfte von grundlegender Bedeutung sind, um die territoriale Unversehrtheit ihrer Staaten wahren und fragilen Nachbarstaaten bei der Verhinderung von Konflikten helfen zu können. Im Jahr 2000 verlieh die Gründungsakte der Afrikanischen Union (AU) ihr das Recht, bei schwerwiegenden Umständen wie Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Einsätze in Mitgliedstaaten anzuordnen.⁶² Im weiteren Verlauf wurde ein Rat für Frieden und Sicherheit eingerichtet, der zur Gründung einer afrikanischen Eingreiftruppe aufrief.

Regionale Organisationen
können eine wichtige
Rolle beim Umgang mit
Sicherheitsproblemen spielen

Regionale Organe in Afrika haben nicht die Mittel, Logistik und Personalkapazität, um derart anspruchsvollen Mandaten gerecht werden zu können

Die Schwierigkeit besteht darin, dass regionale Organe in Afrika nicht die Mittel, Logistik und Personalkapazität haben, um derart anspruchsvollen Mandaten gerecht werden zu können. Anfang der 1990er Jahre identifizierte die Organisation für Afrikanische Einheit die Früherkennung und Vermeidung von Konflikten, aber auch die Herstellung und Erhaltung des Friedens als wichtige Zielsetzungen. Ein Friedensfonds, der zu diesem Zweck eingerichtet wurde, konnte jedoch im Zeitraum 1996-2001 nur eine Million US-Dollar im Jahr mobilisieren, da viele Mitgliedstaaten ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkamen.⁶³ Beim Eingreifen der ECOWAS in Liberia musste am Schluss Nigeria 90 Prozent der entstandenen Kosten von über 1,2 Milliarden US-Dollar tragen. Kanada, die EU, Japan, Großbritannien und die Vereinigten Staaten leisteten ebenfalls einen Beitrag, aber keinen ausreichenden.⁶⁴ Wegen fehlender finanzieller und logistischer Unterstützung zogen sich Tansania und Uganda 1995 von dem Einsatz in Liberia zurück.

Anstrengungen wurden unternommen, um die Interventionsfähigkeit der AU-Truppen zu erhöhen. 1996 gründeten die Vereinigten Staaten die Afrikanische Initiative zur Reaktion auf Krisen (ACRI), um afrikanische Soldaten auszubilden. Bis 2004 wurden über 10.000 Soldaten ausgebildet. Im Februar 2004 sagte die Europäische Union Mittel in Höhe von 300 Millionen US-Dollar für die Einrichtung von fünf regionalen, multinationalen Eingreifbrigaden zu.⁶⁵ Damit ist ein Anfang gemacht, aber immer noch ist man weit von einer wirksamen Eingreiftruppe entfernt, die rasch auf Konflikte in der Region reagieren könnte.

Die Gründung der afrikanischen Eingreiftruppe, wie sie von der Afrikanischen Union angeregt wurde, wird anhaltende Unterstützung bei der Planung und Logistik erfordern, wenn wie vorgesehen bis 2010 die angestrebte Truppenstärke von 15.000 Soldaten erreicht sein soll. Investitionen in die Entwicklung der afrikanischen Eingreiftruppe würden erheblich zur menschlichen Entwicklung und kollektiven Sicherheit beitragen. Hätte es heute schon eine

solche Einrichtung gegeben, dann hätte der Konflikt im Sudan wahrscheinlich einen weit geringeren menschlichen Tribut gefordert. Im April 2004 vermittelte die Afrikanische Union gemeinsam mit der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten einen Waffenstillstand zwischen der sudanesischen Regierung und den Rebellen in Darfur. Ihr Auftrag zur Überwachung des Waffenstillstands wird jedoch durch fehlende finanzielle Unterstützung seitens der entwickelten Länder beeinträchtigt.⁶⁶

Zwar sind die Aussichten vielversprechend, doch es hat auch seine Kehrseiten, wenn man auf regionale Resonanz angewiesen ist. Ein offensichtliches Risiko besteht darin, dass regionale Interventionen möglicherweise durch Staaten gefährdet werden, die ein strategisches Interesse an einem bestimmten Ergebnis haben. Rivalitäten im Gebiet der Großen Seen beschränken beispielsweise die Möglichkeiten für einen Einsatz von Streitkräften aus den Staaten der Region. Regionale Friedenstruppen sehen sich einigen Beeinträchtigungen gegenüber, die auch die Effektivität von UN-Friedensmissionen vermindern. Im Fall von Darfur erklärte sich die Regierung des Sudan unter anderem deshalb mit einer Friedenstruppe der Afrikanischen Union einverstanden, weil sie nur ein Mandat zur Beobachtung und nicht zum Schutz von Zivilisten hat.

Die Herausforderungen des Wiederaufbaus

Friedensabkommen eröffnen viele Chancen – bergen aber auch große Risiken. Die meisten fragilen Staaten sind in einem Kreislauf gefangen, bei dem sich vorübergehende Friedenszustände mit wieder aufbrechenden Konflikten abwechseln: Die Hälfte aller Länder, die einen Konflikt hinter sich gebracht haben, erleben innerhalb von fünf Jahren einen Rückfall in die Gewalt. Diesen Kreislauf zu durchbrechen, erfordert entschlossenes Handeln. Es gilt, die Chancen des Friedenszustands zu nutzen, der Sicherheit bietet, den Wiederaufbau von Institutionen ermöglicht und soziale und wirtschaftliche Wiederherstellung fördert.

Tabelle 5.3 Friedensschaffende Operationen mit Regierungsbefugnissen nach Konflikten

Gebiet	Mission	Zeitraum	Hauptzuständigkeit für Polizei	Hauptzuständigkeit für Referendum	Hauptzuständigkeit für Wahlen	Exekutive Befugnisse?	Legislative Befugnisse?	Richterliche Befugnisse?	Befugnis zur Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge?
Kongo	Operation der Vereinten Nationen im Kongo (ONUC)	1960-1964	De facto in bestimmten Gebieten			De facto in bestimmten Gebieten			
West-Papua	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen (UNTEA)	1962-1963	Ja		Nur Regionalwahlen	Ja	Eingeschränkt		
Namibia	Übergangshilfsgruppe der Vereinten Nationen (UNTAG)	1989-1990			Ja				De facto (Rat für Namibia)
Westsahara	Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara (MINURSO)	1991-		Ja					
Kambodscha	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Kambodscha (UNTAC)	1992-1993	Ja		Ja	Nach Bedarf			
Somalia	Operation der Vereinten Nationen in Somalia II (UNOSOM II)	1993-1995					Umstritten		
Bosnien-Herzegowina	Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) (vor den Bonner Befugnissen) ^a	1995-1997			Ja (OSZE)				
Bosnien-Herzegowina	Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) (vor den Bonner Befugnissen) ^a	1997-			Ja (OSZE)	De facto			
Bosnien-Herzegowina	Mission der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina (UNMIBH)	1995-2002	De facto						
Ostslawonien (Kroatien)	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES)	1996-1998	Ja		Ja	Ja			
Osttimor	Mission der Vereinten Nationen in Osttimor (UNMISSET)	1999		Ja					
Sierra Leone	Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNAMSIL)	1999-	De facto					Eingeschränkt (Sondergericht)	
Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien / Serbien und Montenegro)	Mission der Vereinten Nationen in Kosovo (UNMIK)	1999-	Ja		Ja (OSZE)	Ja	Ja	Ja	
Osttimor	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor (UNTAET)	1999-2002	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	De facto
Afghanistan	Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA)	2002-							
Irak	Koalition-Übergangsverwaltung (CPA) ^a	2003-2004	Als Besatzungsmacht		Ungeklärt	Als Besatzungsmacht	Eingeschränkt	Eingeschränkt	

a. Keine UN-Operation.
Quelle: Chesterman 2005.

Der Aufbau des Friedens
nach einem Konflikt
ist eine komplexe
Aufgabe, die anhaltendes
Engagement verlangt

Sicherheit ist die dringende Priorität. In Sierra Leone hat sich Großbritannien dazu verpflichtet, eine Sicherheitsgarantie auf 15 bis 25 Jahre, also „über den Horizont hinaus“, abzugeben und so zur Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung nationaler Institutionen beizutragen. Geberförderung hilft ein Programm zu finanzieren, mit dem Ex-Kombattanten in eine zukünftige nationale Sicherheitstruppe integriert und erneut ausgebildet werden. Im Gegensatz dazu steht das Friedensabkommen im benachbarten Liberia immer noch auf wackeligen Füßen. Hier ist eine weniger vollständige Entwaffnung erfolgt. Und in Teilen des Landes herrscht nach wie vor Unsicherheit. Für Sierra Leone stellt sich die Herausforderung, durch eine langfristige nationale Strategie für wirtschaftliche Wiederherstellung und den Aufbau rechenschaftspflichtiger Institutionen von der wiederhergestellten Sicherheit zur nächsten Phase zu finden – dem Wiederaufbau. Die Herausforderung für Liberia ist hingegen zunächst, von der Sicherheit her die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau zu schaffen.

Die Schaffung eines wirksamen Schutzschildes für die Entwicklung der menschlichen Sicherheit ist der erste Schritt auf dem Weg zum Wiederaufbau. Für diesen Schritt muss eine finanzielle Verpflichtung eingegangen werden – doch diese Verpflichtung lohnt sich enorm, denn sie rettet Leben und bringt wirtschaftliche Gewinne. Einer Schätzung zufolge betragen die Kosten des militärischen Eingreifens Großbritanniens in Sierra Leone 397 Millionen US-Dollar im Jahr für einen Zeitraum von zehn Jahren – die Rendite daraus wird jedoch auf rund 33 Milliarden US-Dollar, also mehr als das Achtfache der Investition, geschätzt. Über die unmittelbare Herstellung von Sicherheit hinaus stellt die Aufgabe der Wiederherstellung bzw. des Wiederaufbaus von Institutionen, die in der Lage sind, auf lange Sicht den Frieden und die Entwicklung zu überwachen, eine große Herausforderung dar.

Die Vereinten Nationen haben bei der Errichtung oder Stärkung staatlicher Institutionen eine zunehmend wichtigere Rolle übernommen – die Zuständigkeit für die Durchführung von Wahlen und die Bereitstellung von polizeilichem Personal (Tabelle 5.3). Übergangsverwaltungen unter der

Federführung der Vereinten Nationen – wie in Bosnien-Herzegowina – sind zwar immer noch eher die Ausnahme als die Regel, doch die Herausforderung beim Wiederaufbau ist dieselbe: der Aufbau eines funktionsfähigen Staates, der die Grundversorgung der Bürger gewährleisten kann und sichere Bedingungen für Entwicklung schafft.

Seit 1990 hat man viel über die Bedingungen hinzulernt, unter denen ein Wiederaufbau keinen Rahmen für Gesundheit bieten kann. Der Aufbau des Friedens nach einem Konflikt ist eine komplexe Aufgabe, die anhaltendes Engagement verlangt. Damit sie Erfolg haben kann, muss den zugrunde liegenden Ursachen des Konflikts begegnet werden und es müssen Institutionen geschaffen werden, die von allen Seiten als legitim anerkannt werden. Es gibt keine Patentrezepte. Die Erfahrung zeigt jedoch auf, woran die Herausforderung scheitern kann: an mangelnder strategischer und institutioneller Klarheit oder an der fehlenden Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, sich langfristig für den Aufbau eines Staates zu engagieren.⁶⁷

Internationale Interventionen erfordern eine strategische Klarheit in der Zielsetzung. In Osttimor war Unabhängigkeit das anerkannte Ziel. Im Gegensatz dazu lässt sich der gewünschte Endzustand im Kosovo schwerer bestimmen. Im Mandat war nie vorgegeben, ob Kosovo unabhängig werden oder eine autonome Provinz von Serbien und Montenegro bleiben würde. Daraus resultierte Unklarheit über die jeweiligen Rollen der einzelnen Beteiligten am Wiederaufbau: Kosovaren, Serben und Montenegriner sowie internationale Institutionen. Im Bericht des Ausschusses zu den UN-Friedensoperationen für das Jahr 2000 wird offen zum Ausdruck gebracht, dass keine Missionen stattfinden sollten, für die keine klaren Mandate und adäquaten Mittel vorhanden sind.⁶⁸

Die Probleme der Koordination von Institutionen und der Kohärenz in der Politik vergrößern sich in Situationen nach Konflikten. Zu Koordinationsproblemen kommt es, wenn verschiedene Organisationen dieselben Ziele verfolgen. Kohärenzprobleme entstehen, wenn verschiedene Organisationen unterschiedliche Ziele verfolgen, die von Sicherheit über humanitäre Hilfe bis hin zu

Entwicklung reichen können. Auf der operativen Ebene untergräbt Uneindeutigkeit die Kette von Befehl und Gehorsam. Für die internationalen Akteure entstehen Koordinationsprobleme zwischen der Zivilverwaltung (die von den Vereinten Nationen oder der Landesregierung geführt wird) einerseits und dem Militär, das eine eigene Kommandostruktur hat (beispielsweise die UN-Truppe für Kosovo – KFOR – und die internationale Sicherheitsunterstützungstruppe – ISAF – in Afghanistan). Da die Vereinten Nationen keinen Krieg führen dürfen, lässt sich eine einheitliche Befehlskette nur erreichen, wenn der politische Prozess mit dem der Entwicklungshilfe abgestimmt wird. In den 1990er Jahren nannte man dies „Peace-Building“; es wurde jedoch keine zusätzliche institutionelle Kapazität geschaffen, um eine Politik zu entwerfen oder die Operationen zu beaufsichtigen.

Der Herausforderung des Wiederaufbaus nach Konflikten kann begegnet werden, indem man zwei Kernziele in den Blickpunkt stellt: Gewährleistung physischer Sicherheit der Zivilbevölkerung und Bereitstellung angemessener Finanzierung sowohl für schnelle Eingriffe als auch langfristige Hilfszusagen.

Jede internationale oder regionale Intervention muss den Schutz und die Sicherheit der Zivilbevölkerung gewährleisten. Dazu müssen die

Friedenstruppen die politische und materielle Unterstützung erhalten, die sie zum Schutz der gefährdeten Bevölkerung benötigen. Eine unabhängige Untersuchung über Ruanda kam zu dem Schluss, dass allein schon die Anwesenheit einer Friedenstruppe die Erwartung aufkommen lässt, dass sie die Zivilbevölkerung schützen wird, ob sie nun ein Mandat dazu hat oder nicht. Der Schutz der Zivilbevölkerung verlangt, dass der Finanzierung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sowie der Verbesserung der demokratischen Führung der Sicherheitskräfte Priorität eingeräumt wird.⁶⁹

Finanzielle Zusagen sind von entscheidender Bedeutung, um den Herausforderungen gewaltsamen Konflikts begegnen zu können, schon bevor Gewalt die Oberhand gewinnt und auch, nachdem ein Frieden geschlossen wurde. Rechtzeitige finanzielle Unterstützung kann den Behörden dabei helfen, Dienstleistungen zu erbringen, die von der Bevölkerung wertgeschätzt werden, und damit die Motivation für einen Konflikt senken. Das Problem dabei ist, dass die Finanzierung des Wiederaufbaus zu fragmentiert ist. Auf einen Friedensschluss folgt typischerweise eine Woge der Hilfsbereitschaft, die aber schnell wieder zum Erliegen kommt und große Lücken in der Kapazität des Staats zur Sicherung der Grundversorgung hinterlässt.

Der Wiederaufbau nach Konflikten hat zwei Kernziele: Gewährleistung physischer Sicherheit und Bereitstellung angemessener Finanzierung mit langfristigen Hilfszusagen

Der Übergang von Krieg über Frieden hin zu Sicherheit

Ein hohes Maß an ausländischer Hilfe ist keine Garantie für einen problemlosen Übergang zu Wiederaufbau, Wiederaufschwung der Wirtschaft und größerer Autarkie. Einige Länder erhalten nach einem Konflikt außergewöhnlich hohe Zuwendungen pro Kopf, während viele andere nicht dazu in der Lage sind, die Friedensdividende in einen Ausstieg aus der Abhängigkeit von Hilfe umzumünzen. Ein ständig wiederkehrendes Thema scheint die zu schwache Antwort des Privatsektors auf Frieden zu sein.

Bosnien-Herzegowina ist ein extremes Beispiel dafür, wie sich die Abhängigkeit von Hilfe in die Länge ziehen und dabei nur begrenzter Fortschritt in Richtung auf einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung erzielt wird. In den zwei Jahren nach dem Daytoner Friedensabkommen von 1995 stieg die Entwicklungshilfe pro Kopf auf 245 US-Dollar, und ist auch heute noch mit 138 US-Dollar eine der höchsten der Welt. Diese riesige Welle der Hilfe hat Wirtschaftswachstum geschaffen, doch die

Die langsame Auszahlung
von Hilfe kann den
Wiederaufschwung des
Privatsektors verzögern

Investitionen des Privatsektors haben keinen Sprung nach vorne gemacht. Dies spielt nicht nur wegen der hohen Arbeitslosigkeit eine Rolle, sondern auch wegen der kritischen Bedeutung des Privatsektors für die Übernahme von Funktionen, die durch die Hilfe finanziert werden.

Der Fall Nicaragua kann dazu dienen, das Problem nochmals zu veranschaulichen. In den 1980er Jahren führte dort der Bürgerkrieg zur weitgehenden Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur. Als 1990 das Friedensabkommen abgeschlossen wurde, lag die Inflation bei über 13.000 Prozent, das Haushaltsdefizit betrug 20 Prozent des BIP und die Militärausgaben verschlangen 40 Prozent des Staatsetats. Innerhalb eines Jahres war die Inflation unter Kontrolle und die Militärausgaben waren auf die Hälfte gekürzt worden. In den 1990er Jahren fand dennoch nur in begrenztem Maße ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung statt – das Pro-Kopf-Einkommen stieg um weniger als ein Prozent im Jahr. Wie Bosnien-Herzegowina, so ist auch Nicaragua weiterhin stark von der Entwicklungshilfe abhängig, die derzeit 152 US-Dollar pro Kopf beträgt.

In der Stagnation der Wirtschaft bei einer gleichzeitig hohen Entwicklungshilfe pro Kopf kommt die schwache Reaktion des Privatsektors zum Ausdruck. Doch woran liegt es, dass – im krassen Gegenteil zum Nachkriegseuropa – auch große Zuströme von Hilfe manchmal keinen Wiederaufschwung der Handelsmärkte stimulieren können?

Teil des Problems scheint zu sein, dass Gewalt ein Erbe zurücklässt, das aus stark zersplitterten kommerziellen Netzwerken, Vertrauensschwund und geschwächten Marktinstitutionen besteht. Die chronische Unsicherheit, von der Konfliktsituationen geprägt sind, kann in die Friedenszeit hinübergreifen, was zu einem suboptimalen Investitionsgefüge führt. Beispielsweise kann die Angst vor zukünftiger Unsicherheit bewirken, dass kurzfristige Investitionen mit hoher Rendite bevorzugt werden anstelle der längerfristigen Investitionen, von denen ein nachhaltiger Aufschwung und die Schaffung von Ar-

beitsplätzen abhängen. Die Aussichten auf einen großangelegten Aufschwung sinken damit. Dies gilt auch für die Steuerbasis, die ja grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass die Abhängigkeit von Hilfe verringert wird und die Versorgung mit Grundleistungen gewährleistet ist.⁷⁰

Andere Hemmnisse für den Wiederaufschwung des Privatsektors können ebenfalls zutage treten. In Nicaragua kann die schlechte Leistungsbilanz des Privatsektors teilweise darauf zurückgeführt werden, dass Unklarheit über die Stabilität der Regierung herrscht, und damit auch über den weiteren Verlauf der Politik in Bezug auf Zinsraten, öffentliche Ausgaben und Inflation. Hinzu kommt, dass in dem Klima nach einem Konflikt eine verfehlte Politik und schwache Institutionen die Auswirkungen geringen Vertrauens in den Staat stark vergrößern können. In Bosnien-Herzegowina schlägt sich das ungünstige Wirtschaftsklima in zahlreichen Indikatoren nieder. So kostet beispielsweise die Eintragung einer Firma 52 Prozent eines durchschnittlichen Monatseinkommens, im Vergleich zu 38 Prozent in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Außerdem dauert es im Schnitt 630 Tage, bis man vertragliche Forderungen gerichtlich gelten machen kann – doppelt so lange wie in Afrika südlich der Sahara. Der formelle Bankensektor kommt für einen verhältnismäßig viel geringeren Anteil an Inlandsdarlehen auf als im Durchschnitt der Länder mit niedrigem Einkommen. Jeder dieser Umstände weist auf eine Kombination von geringem Vertrauen, schwachen Institutionen, verfehlter Politik und Angst vor zukünftiger Unsicherheit hin.

Die langsame Auszahlung von Hilfe kann ebenfalls den Wiederaufschwung des Privatsektors verzögern. Länder, die versuchen, sich von einem Konflikt zu erholen, sehen sich einer entmutigenden Fülle von Schwierigkeiten gegenüber. Die Agenda des Wiederaufbaus umfasst: die Herstellung des Friedens, die Sicherung politischer Stabilität, die Wiederherstellung grundlegender Funktionen der staatlichen Verwaltung, die Wiederansiedlung von Flüchtlingen und die Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Durch große Zuströme von

Hilfe hat man es plötzlich mit einer Vielzahl von Akteuren zu tun: multilateralen Gebern, bilateralen Gebern und Nicht-Regierungsorganisationen. Unterdessen stellen schwache staatliche Strukturen und ein Mangel an Koordination ein Hindernis dafür dar, dass sich die Wirtschaft wirksam erholen kann.

Verschiedene Komponenten eines „integrierten“ friedensstiftenden Programms werden aus verschiedenen Quellen finanziert. Die Geber leisten festgesetzte Beiträge (in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens) für Friedensoperationen und freiwillige Beiträge an andere UN-Fachorganisationen wie dem UNDP und dem UN-Flüchtlingshochkommissar. Doch Mehrfachkriterien für das Berichtswesen und fehlende Harmonisierung können die Freigabe von Mitteln in der kritischen Phase direkt nach einem Konflikt verzögern und damit den Wiederaufbau der Infrastruktur hemmen, die zur Förderung privater Investitionen erforderlich ist.

Die Bestrebungen gehen dahin, Probleme des Wiederaufbaus in einem vereinheitlichten Rahmen anzugehen. Das UNDP, die UN-Entwicklungsgruppe und die Weltbank haben bereits Richtlinien für die Bedarfsermittlung nach Konflikten entwickelt, die in vorläufige Ergebnismatrizen eingeflossen sind. Derartige vorläufige Ergebnismatrizen sind das Äquivalent von Strategien zur Armutsreduzierung für fragile Staaten und Staaten nach einem Konflikt, in denen der Entwicklung von Kapazität die erste Priorität zukommt. Sie werden bereits in fünf fragilen Staaten eingesetzt: der Zentralafrikanischen Republik, Haiti, Liberia, dem Sudan und Timor-Leste. Beim Wiederaufbau im Irak überträgt ein neuer Cluster-Ansatz jeder UN-Organisation die Zuständigkeit für einen bestimmten Sektor. Dies gewährleistet, dass die Organisationen auf dem Gebiet tätig werden, auf dem sie über Kompetenz verfügen, und verhindert gleichzeitig eine Duplizierung der Aufgaben.

Im Bericht der Hochrangigen Gruppe des UN-Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel wurde vorgeschlagen, noch einen Schritt weiter zu gehen. Darin

wird für die Einrichtung einer zwischenstaatlichen Kommission für Friedenskonsolidierung plädiert – ein Vorschlag, der auch in dem Bericht des Generalsekretärs *In Größerer Freiheit* gutgeheißen wird. Falls diese Kommission eingerichtet wird, würde sie nachrangig dem Sicherheitsrat und dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) unterstehen. Der Vorschlag ist kühn. Der größte Nutzen einer solchen Kommission läge darin, dass sie die drei wichtigsten Dimensionen der Wiederaufbauaktivitäten – Mandat, Organisationen und Operationen – überspannen, alle Tätigkeiten von der Beschaffung bis hin zur Auszahlung der Mittel koordinieren und regelmäßig die Zielerreichung überprüfen würde.

Eine zentrale Herausforderung für die Kommission wäre, die Bedingungen zu ermitteln, unter denen der Wiederaufschwung des Privatsektors helfen kann, die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe zu verringern. Patentrezepte helfen hier kaum weiter, denn jeder Konflikt hat einen anderen Hintergrund und erzeugt eine andere Problemlage. Neue Herangehensweisen müssen erkundet werden, unter anderem der Einsatz öffentlicher Mittel oder öffentlicher Kreditgarantien, um das Risiko für private Investitionen zu senken und Anreize zu schaffen. Die Entwicklungshilfe kann außerdem dazu genutzt werden, öffentlich-private Partnerschaften bei der Erbringung von Dienstleistungen zu fördern. Am wichtigsten vielleicht ist aber die Entwicklung von Strategien zur Wiederherstellung der Institutionen und des Vertrauens, auf dem Investitionen im Privatsektor beruhen.

All dies macht hochentwickelte und ganzheitliche Strategien für den Wiederaufschwung nach einem Konflikt erforderlich. In verschiedenen Phasen dieses Wiederaufschwungs müsste eine Unterstützung durch Entwicklungshilfe und eine geeignete Förderpolitik erfolgen. Der Ablauf wäre von einem humanitären Schwerpunkt in der Zeit unmittelbar nach einem Krieg über einen Ansatz, der private Investitionen begünstigt hin zur Bündelung der Risiken in den späteren Phasen des Wiederaufschwungs.

Am wichtigsten ist die Wiederherstellung der Institutionen und des Vertrauens, auf dem Investitionen im Privatsektor beruhen

Die Neudefinition des Sicherheitsbegriffs und die Schaffung kollektiver Sicherheit

Kollektive Sicherheit erfasst die fundamentale Realität der Bedrohungen, denen sich Regierungen gegenübersehen, wenn sie sich um die Schaffung menschlicher Sicherheit bemühen

Die Millenniums-Entwicklungsziele haben zwar den Fortschritt in Richtung auf die Freiheit von Mangel in den Blickpunkt gestellt, doch die Welt bedarf immer noch einer einheitlichen Agenda zur Ausweitung der Freiheit von Angst. Wie in dem Bericht des UN-Generalsekretärs über die Reform der Vereinten Nationen ausgeführt wird, besteht ein dringender Bedarf nach einer Neudefinition des Sicherheitsbegriffs. Wenn Sicherheit zu eng, nur als Bedrohung durch Terrorismus definiert wird, fordert dies militärische Maßnahmen heraus, die nichts zur kollektiven Sicherheit beitragen. Benötigt wird ein Rahmen für die Sicherheit, in dem eingestanden wird, dass Armut, sozialer Zerfall und ziviler Konflikt die Kernbestandteile der Bedrohung globaler Sicherheit sind – und die Welt muss entsprechende Maßnahmen gegen diese Bedrohung ergreifen.

Kollektive Sicherheit ist kein abstraktes Konzept. Sie erfasst die fundamentale Realität der Bedrohungen, denen sich Regierungen gegenübersehen, wenn sie sich um die Schaffung menschlicher Sicherheit bemühen. Wie im Bericht der Hochrangigen Gruppe des UN-Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel eindrucksvoll dargelegt ist, sind die Bedrohungen von heute nicht auf Landesgrenzen beschränkt. Wenn Staaten scheitern und wenn in irgendeinem Land ein gewaltsamer Konflikt ausbricht, entstehen unsichere Bedingungen in anderen Ländern. Daher kann kein Staat mehr Sicherheit auf eigene Faust erreichen. Die Schaffung kollektiver Sicherheit verlangt ein Handeln auf breiter Linie, von Konventionen über das direkte Angehen der Bedrohung, wie sie der globale Terrorismus und Atomwaffen darstellen, bis hin zu Fortschritten bei der Armutsreduzierung. Investitionen in gerechte Entwicklung – bei Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätzen und menschlicher Sicherheit – sind weiterhin der Schlüssel für die Vermeidung von Konflikten.

Folgende Maßnahmen müssen vorrangig ergriffen werden, damit die Welt dem Strudel des Verderbens entkommen kann, in den sie Konflikt und Unterentwicklung gerissen hat:

- *Die Vermeidung gewaltsamer Konflikte in den Mittelpunkt der Planung zur Armutsreduzierung stellen.* Alle Regierungen, Geber, Finanzinstitutionen und die Vereinten Nationen sollten umfassende Gefährdungsanalysen durchführen, um beurteilen zu können, wie eine bestimmte Politik sich auf Konflikte auswirkt. Diese Untersuchungen sollten das Augenmerk auf die Risiken richten, die mit neu zu Ende gegangenen oder weiterbestehenden Konflikten verbunden sind, sowie auf potenzielle Risiken, die mit der ungleichen Verteilung des Nutzens aus der Entwicklung zusammenhängen.
- *Einen „New Deal“ der Entwicklungshilfe abschließen.* Es ist nicht gerechtfertigt, konfliktträchtigen Staaten oder Staaten, die einen Konflikt hinter sich haben, Entwicklungshilfe zu verwehren. Dies wäre schlecht für die menschliche Sicherheit in den betroffenen Ländern – und schlecht für die globale Sicherheit. Als Teil der weitergehenden Zusage, die Zielvorgabe eines Anteils der Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent am Bruttonationaleinkommen zu erreichen, sollten Geber sich einer größeren Hilfeanstrengung verschreiben, bei der die Hilfe durch langfristige finanzielle Zusagen berechenbarer wird. Die Geber sollten die Bedingungen für die Zuweisung von Entwicklungshilfemitteln wie auch ihre Gründe für die Verringerung von Investitionen in konfliktträchtigen Ländern stärker offenlegen.
- *Die Märkte für „Konfliktressourcen“ beschränken.* Es muss dringend etwas unternommen werden, um die Verbindungen zwischen gewaltsamem Konflikt und natür-

lichen Ressourcen zu schwächen. Ein erster Schritt wäre die Einrichtung einer Ständigen Expertenkommission beim UN-Sicherheitsrat, um diese Verbindungen im Auge zu behalten. Der zweite Schritt wäre, rechtliche Instrumente und Zertifikationsmodelle zu schaffen, um den Handel mit Konfliktressourcen zu unterbinden, wobei auf bestehenden Initiativen bezüglich Diamanten und Nutzholz aufgebaut werden kann. Problematisch ist, dass es noch keine klaren Kriterien zur Definition von „Konfliktressourcen“ gibt. Auch die Beschränkung des Verkaufs solcher Ressourcen ist ein Problem. Zur Behebung dieser Probleme sind als dritter Teilschritt effektive Sanktionen erforderlich. Der Bericht der Hochrangigen Gruppe des UN-Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel hat eine Reihe von Maßnahmen festgelegt, um den bestehenden Sanktionen mehr Nachdruck zu verleihen.⁷¹ Zu diesen Maßnahmen gehört die Einrichtung eines höheren Amtes bei den Vereinten Nationen und ein wirksamer Mechanismus, um den Handel mit Konfliktressourcen zu beobachten und es dem UN-Generalsekretär zu ermöglichen, dem Sicherheitsrat gegenüber konkrete Empfehlungen zu Sanktionen und über die Einhaltung der Vorgaben abzugeben. Der Sicherheitsrat seinerseits muss bei der Verhängung sekundärer Sanktionen gegen Länder, die als Sanktionsbrecher auftreten, mehr Entschlossenheit an den Tag legen.

- *Unternehmen zur Transparenz ermutigen.* Mangelnde Transparenz bei der Rechenschaft für die natürlichen Reichtümer und die Verteilung des Nutzens, den diese abwerfen, ist selbst eine wichtige Quelle gewaltsamen Konflikts. Sie ist außerdem sowohl Symptom als auch Ursache einer schwachen Staats- und Regierungsführung. Die internationale Gemeinschaft könnte weit mehr tun, um die Transparenz der Zahlungen zu erhöhen. Sie müsste beim Berichtswesen höhere Standards anlegen und bestehende Initiativen, beispielsweise die Initiative für Transparenz in der Grundstoffindustrie, mit

Sanktionsmöglichkeiten ausstatten. Natürlich sollten die Regierungen von Entwicklungsländern ihren eigenen Bürgern auf transparente Art und Weise über die Einnahmeflüsse Bericht erstatten – aber viele tun dies systematisch nicht. Ein wirksames internationales Handeln könnte aber die richtigen Anreize schaffen – und für die Unternehmen, die mit den Regierungen Geschäfte machen, auch Sanktionen. Die von Großbritannien eingesetzte Kommission für Afrika schlug deshalb eine internationale Rahmenregelung vor, die die Untersuchung korrupter Praktiken in den Entwicklungsländern seitens Unternehmen mit Sitz in den Industrieländern erleichtert. Hierdurch würden rechtlichen Risiken erhöht, die mit außerhaushaltlichen und undokumentierten Tätigkeiten verbunden sind.

- *Den Zustrom von Kleinwaffen unterbrechen.* Die in diesem Kapitel erwähnten Waffenkontrollvereinbarungen reichen nicht aus. Während der Krise in Darfur sind weiterhin Waffen in den Sudan geflossen. Anderswo gibt einen ständigen Zustrom von Kleinwaffen in Gebiete, die von gewaltsamen Konflikten und staatlicher Repression geprägt sind. Einige der größten Exporteure der Waffen, die schlussendlich unschuldigen Menschen in den ärmsten Ländern der Welt das Leben kosten, gehören den G8 oder der Europäischen Union an. Viele dieser Staaten haben nur schwache Kontrollen für Waffenvermittlungsgeschäfte, Transithandel und die nicht territorial gebundenen Aktivitäten von Waffenhändlern und können sogar die bestehenden Vorschriften kaum durchsetzen. Die UN-Kleinwaffenkonferenz, die 2006 stattfindet, bietet die Chance, ein umfassendes Abkommen zum Waffenhandel zu verabschieden, um die Märkte zu regulieren und Lieferungen in Gebiete, in denen gewaltsame Konflikte stattfinden, zu unterbinden. Dieses Abkommen sollte einen generellen internationalen Mechanismus vorsehen, um Waffentransfers in Gebiete zu verhindern, die von gewaltsamen Konflikten, Menschenrechts-

Mangelnde Transparenz bei der Rechenschaft für die natürlichen Reichtümer und die Verteilung des Nutzens, den diese abwerfen, ist eine wichtige Quelle gewaltsamen Konflikts

Ohne eine sehr viel wirksamere internationale Zusammenarbeit kann die internationale Gemeinschaft weder die elementaren Menschenrechte wahren noch mehr kollektive Sicherheit schaffen und die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen

verletzungen oder Terrorismus geprägt sind. Es sollte auch einen internationalen Rechtsmechanismus schaffen, um Vermittlungsgeschäften für die Belieferung solcher Gebiete einen Riegel vorzuschieben.

- *Die regionale Kapazität stärken.* Eine sofortige Priorität ist die Entwicklung einer voll funktionsfähigen Einsatztruppe der Afrikanischen Union, wofür finanzielle, technische und logistische Unterstützung zu leisten ist. Die Geber sollten sich darauf einigen, 70-80 Prozent des Friedensfonds der Afrikanischen Union von 2005 zu finanzieren, wobei Mitglieder der Afrikanischen Union im Laufe der Zeit mehr Ressourcen mobilisieren sollten. Zusätzlich zu dieser Kapazität besteht ein Bedarf zum viel häufigeren Einsatz von Frühwarnsystemen, wobei die Überwachungstätigkeit in Handeln münden muss. Obwohl sich die Akteure je nach Region ändern, würde dies eine globale Partnerschaft zwischen Institutionen wie der OSZE, die bereits ein ausgedehntes Frühwarnsystem entwickelt hat, anderen regionalen Organen und Nicht-Regierungsorganisationen erfordern.
- *Den Wiederaufbau nach Konflikten finanzieren.* Die Hochrangige Gruppe des UN-Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel hat eine internationale Kommission zur Friedenskonsolidierung gefordert, um einen strategischen Rahmen für eine ganzheitliche Herangehensweise an kollektive Sicherheit zu schaffen. Als Bestandteil dieser Herangehensweise sollte ein globaler Fonds geschaffen werden, um die Hilfe, die unmittelbar nach einem Konflikt geleistet wird, sowie den Übergang zu einem auf lange Sicht angelegten Wiederaufbau in berechenbarer Weise zu finanzieren. Die Kommission hat empfohlen, einen mit 250 Millionen US-Dollar ausgestatteten Fonds zum Peace-Building einzurichten. Der Fonds wäre in der Lage, kurzfristig Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um es Regierungen zu er-

möglichen, ihren unmittelbaren Verpflichtungen zur Bezahlung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und zur Grundversorgung mit Dienstleistungen nachzukommen. Er würde außerdem der langfristigen Finanzierung des Wiederaufbaus dienen. Parallel dazu wäre es sehr sinnvoll, den Fonds der Weltbank für Länder nach einem Konflikt aufzustocken. Die von Großbritannien eingesetzte Kommission für Afrika hat dazu aufgerufen, die Mittel stufenweise über drei Jahre hinweg von bislang 30 auf 60 Millionen US-Dollar im Jahr zu erhöhen. Auch Schuldenerlässe werden eine entscheidende Rolle spielen. Gemeinsames Merkmal vieler Länder, die einen Konflikt hinter sich haben – u.a. die Demokratische Republik Kongo, Liberia und Sierra Leone – sind ihre hohen Zahlungsrückstände an multilaterale Organisationen. Eine hohe Belastung aus dem Schuldendienst und die durch die Zahlungsrückstände gestörte Beziehung zu den Gebern sind Argumente für einen beschleunigten Schuldenerlass. In Ergänzung zu erhöhten Mittelzuweisungen müssen Geber ein strategisches Umfeld für einen Wiederaufschwung schaffen, in dem sie sich langfristig dem Wiederaufbau verschreiben.

Es gibt kein Patentrezept zur Vermeidung oder Beilegung von gewaltsamen Konflikten. Ohne eine sehr viel größere und wirksamere Zusammenarbeit kann die internationale Gemeinschaft bei der Bewältigung gewaltsamer Konflikte weder die Menschenrechte bewahren noch mehr kollektive Sicherheit schaffen und die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen. Die Gefahr, die von gewaltsamen Konflikten ausgeht, muss unbedingt in den Mittelpunkt der Entwicklungsagenda gestellt werden, nicht nur um heute Leben zu retten, sondern auch um uns die Kosten für humanitäre Hilfe, Friedensmissionen und Wiederaufbau zu sparen, die in der Zukunft auf uns zukommen – und die globale Bedrohung zu verringern, die von mangelnden Fortschritten bei der menschlichen Sicherheit ausgeht.

Endnoten

Kapitel 1

- 1 Roosevelt 1937.
- 2 UN 2000a.
- 3 UNDP 1990, S. 61.
- 4 Annan 2005.
- 5 UNESCO 2005
- 6 Detaillierte Ausführungen siehe UNDP 2003c. Reddy und Pogge 2003.
- 7 Wolfensohn und Bourguignon 2004.
- 8 Weltbank 2004c, Tabelle 1.3.
- 9 HDRO-Berechnung unter Verwendung von demokratiebezogenen Daten von CIDCM 2005 und bevölkerungsbezogenen Daten aus UN 2003. Länder mit einem Polity-Ergebnis von 6 oder mehr wurden als Demokratien betrachtet.
- 10 UNICEF 2005e, Tabelle 1.
- 11 GAVI und The Vaccine Fund 2005b.
- 12 UN Millennium Project 2005a. .
- 13 Pelletier u.a. 1995.
- 14 UNICEF 2005e.
- 15 UNESCO 2005, Tabelle 3.3.
- 16 UNESCO 2005.
- 17 Mills und Shilcott 2004.
- 18 Jha und Mills 2002, S.175.
- 19 Berechnet auf der Grundlage der Daten über Gesundheitsausgaben aus Indikatortabelle 6.
- 20 World Bank 2005e.
- 21 UNAIDS 2004b.
- 22 UNAIDS 2005a.
- 23 UNAIDS 2005b.
- 24 UN Millennium Project 2005a.
- 25 UN Millennium Project 2005a.
- 26 Cousens, Lawn und Zupan 2005.
- 27 Um 1,3 Prozent im Jahr verglichen mit 1,9 Prozent.
- 28 HDRO-Berechnungen auf der Basis von Daten der Kindersterblichkeit unter 5 Jahren aus UN 2005b.
- 29 Cousens, Lawn und Zupan 2005
- 30 Die Daten wurden abgeleitet von Berichtssystemen aus UNICEF (2005c), die unter www.childinfo.org abrufbar sind.
- 31 Weltbank 2005b.
- 32 Wagstaff und Claeson 2004.
- 33 GAVI und The Vaccine Fund 2005b.
- 34 Weltbank 2003e. Diese Zahl basiert auf der geschätzten Zahl der verabreichten kritischen Dosen des Impfstoffes für Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus (DPT), der üblicherweise dafür verwendeten Hilfsgröße.
- 35 Van Der Gaag 2004.

- 36 WHO und UNICEF 2003.
- 37 UN Millennium Project 2005a.
- 38 Zitiert in Gillespie und Kadiyala 2005.
- 39 UNICEF 2005e.
- 40 IFPRI 2005.
- 41 Deaton 2004.
- 42 Collier und Dollar 2002b.
- 43 Reddy und Minoiu, 2005. Der Beginn einer Stagnationsperiode wird definiert als ein Jahr, in dem das Prokopfeinkommen eines Landes niedriger als zu irgendeinem Zeitpunkt in den vorhergehenden zwei Jahren ist und höher als zu irgendeinem Zeitpunkt in den nachfolgenden vier Jahren.
- 44 Weltbank 2005e.
- 45 Miller 2005; IWF 2004a, S.21.
- 46 Einen klaren Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten, globale Ungleichheiten zu betrachten, gibt Birdsall 2002a.
- 47 Bourguignon und Morrisson 1999.
- 48 HDRO-Berechnung auf der Basis von Kroll und Goldman 2005, Chen und Ravallion 2004 und Weltbank 2004e.
- 49 Dikhanov 2005.
- 50 Bhagwati 2004, S.66.
- 51 King 1963.
- 52 UN Millennium Project 2005e, S.2.
- 53 Beschreibung der Methodologie.
- 54 Wagstaff und Claeson 2004.
- 55 UN Viet Nam 2002.
- 56 Klump und Bonschab 2004.
- 57 UNDP 2003b.

Kapitel 2

- 1 Walker und Walker 1987.
- 2 Platon 2000.
- 3 Sen 1992.
- 4 Bourguignon, Ferreira und Menéndez 2003.
- 5 Smith [1776] 1976.
- 6 de Ferranti et al. 2003.
- 7 Zitiert in Kanbur 2005.
- 8 Kanbur 2005.
- 9 The Economist 2004b.
- 10 Farmer 2004.
- 11 Smith [1776] 1976.
- 12 Cornia 2004.
- 13 Die Armutsgrenze von \$2 pro Tag entspricht \$978 in der Kaufkraftparität von 1995.
- 14 Auf der Grundlage von Gwatkin und anderen (demnächst erscheinend).
- 15 Deaton 2002.
- 16 World Bank 2003b.

- 17 McKay und Aryeetey 2004.
- 18 Graham 2004.
- 19 UN Millennium Project 2005h.
- 20 Berechnungen des HDRO auf der Grundlage von IIPS und ORC Macro 2000.
- 21 IFPRI 2005.
- 22 Wagtaff und van Doorslaer 2003.
- 23 Deininger und Mpuga 2004.
- 24 Banerjee, Deaton und Duflo 2004.
- 25 Birdsall und Londono 1997.
- 26 Killick 2002a.
- 27 World Bank und IMF 2005a.
- 28 Thurlow und Wobst 2004.
- 29 UNICEF 2005a.
- 30 UNDP 2003d.

Kapitel 3

- 1 Lula da Silva 2004.
- 2 Bush 2002.
- 3 Mahatma Gandhi, zitiert in Sethi 1958.
- 4 Zitiert in Woodward 1963. Chadwicks Bericht führte zur Einsetzung einer Königlichen Kommission und schließlich zum Public Health Act von 1848.
- 5 Edsforth 2000.
- 6 Lindert 2005.
- 7 The White House 2002.
- 8 Bruns, Mingat und Rakatomalala 2003.
- 9 Commission for Africa 2005.
- 10 UN Millennium Project 2005e.
- 11 Sundberg, Lofgren und Bourguignon 2005.
- 12 Hansen und Tarp 2000; Foster und Keith 2003a, b.
- 13 Clemens, Bhavnani und Radelet 2004.
- 14 Foster und Keith 2003a, b.
- 15 Levine und What Works Working Group 2004.
- 16 Joint Learning Initiative 2004.
- 17 Akhter und del Ninno 2001.
- 18 World Bank 2004b.
- 19 Goldberg 2005.
- 20 Nguyen und Akal 2003; ADB 2004.
- 21 UNDP 2005a.
- 22 Levine und die What Works Working Group 2004.
- 23 GAVI und The Vaccine Fund 2005a.
- 24 UN Millennium Project 2005b.
- 25 Mills und Shilcott 2004.
- 26 Zitiert in DeLong und Eichengreen 1991.
- 27 DeLong und Eichengreen 1991.
- 28 Commission on International Development 1969.

- 29 Commission on International Development 1969.
- 30 Die drei anderen sind Irland, Portugal und Spanien.
- 31 Millennium Challenge Corporation 2005b.
- 32 World Bank und IMF 2005b.
- 33 Commission for Africa 2005.
- 34 Woods 2005.
- 35 Dollar und Burnside 2000.
- 36 Birdsall, Claessens und Diwan 2003.
- 37 World Bank und IMF 2005a. Der Weltbank-Index verwendet eine politische und institutionelle Länderbewertung (Country Policy and Institutional Assessment - CPIA), um Länder in eine Rangfolge zu bringen.
- 38 Dollar und Levin 2004. Empirische Daten, die von der Weltbank gesammelt wurden, deuten darauf hin, dass auf der Basis ihrer politischen und institutionellen Länderbewertung (Country Policy and Institutional Assessment) Länder mit niedrigem Einkommen und schwachen Institutionen rund 40 Prozent weniger Entwicklungshilfe bekommen als vorhergesagt.
- 39 World Bank 2002.
- 40 UK, HM Treasury 2003.
- 41 Siehe zum Beispiel Working Group on New International Financial Contributions 2004. Verschiedene alternative Finanzierungsvorschläge werden in Reisen 2004 untersucht.
- 42 World Bank und IMF 2004a.
- 43 Adam und Bevan 2003.
- 44 Clemens, Bhavnani und Radelet 2004.
- 45 World Bank und IMF 2003.
- 46 IMF 2002.
- 47 Bevan 2005.
- 48 Bevan 2005.
- 49 Berg 2005.
- 50 Sundberg, Lofgren und Bourguignon 2005.
- 51 Vargas Hill 2005.
- 52 Bulfr und Hamann 2003.
- 53 Watt 2005.
- 54 Watt 2005.
- 55 Adam 2005.
- 56 World Bank 2005c.
- 57 Martin und Bargawi 2004.
- 58 Killick 2004.
- 59 World Bank 2003a.
- 60 Killick 2004.
- 61 Knack und Rahman 2004.
- 62 World Bank und IMF 2005a.
- 63 Knack und Rahman 2004.
- 64 Knack und Rahman 2004.
- 65 Watt 2005.
- 66 Jepma 1991; Aryeetey, Osei und Quartey 2003. Es gibt ganz unterschiedliche Schätzungen der Kosten von gebundener Hilfe. Eine Studie über Projektförderung in Ghana ergab, dass durch eine Aufhebung der Bindung die Inputkosten um 11-25 Prozent gesenkt werden konnten (McKay und Aryeetey 2004). In früheren Studien, die sich auf größere Ländergruppen bezogen, wurden die Kosten höher angesetzt, auf 15-30 Prozent Die OECD beziffert die Zusatzkosten der gebundenen Nahrungsmittelhilfe mit 50 Prozent (OECD/DAC 2004b).
- 67 OECD/DAC 2004b, 2005e.
- 68 Für Italien wurde der Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 verwendet, da für 2003 keine Zahlen vorliegen.
- 69 Aid/Watch 2005.
- 70 Miovic 2004.
- 71 Watt 2005. Zu den generellen Transaktionskosten, die mit Bündelungsvereinbarungen verbunden sind, siehe OECD/DAC 2003b.
- 72 UNDP 2004b.
- 73 Johnson und Martin 2005.
- 74 UN Millennium Project 2005f. Dies sind: Mauretania, Guyana, Gambia, Honduras, Burkina Faso, Ghana, Nicaragua, Niger, Guinea, Vietnam, Mosambik und Jemen. Der Plan von Äthiopien ist inzwischen auch bewilligt worden.
- 75 Global Campaign for Education 2005.
- 76 OECD/DAC 2005d.
- Kapitel 4**
- 1 Galeano 1973.
- 2 James 2001.
- 3 WTO 2004b.
- 4 WTO 2004b.
- 5 IMF und World Bank 2001.
- 6 World Bank und IMF 2005a.
- 7 Arndt 1998. Das Volumen des „Intra-Produkt“-Handels wird auf rund ein Drittel des Welthandelswertes geschätzt.
- 8 Carey 2002; Intel 2005; Seagate 2003.
- 9 CAFOD 2005.
- 10 UNIDO 2004.
- 11 UNIDO 2002.
- 12 Lall 2004.
- 13 Wenn Malaysia Farbfernsehgeräte exportiert, verbleibt mehr als ein Viertel der Wertschöpfung auf importierte Komponenten in Malaysia. Wenn Mexiko High-Tech-Automobilprodukte exportiert, beträgt der entsprechende Anteil drei Prozent.
- 14 UNCTAD 2003. Der kombinierte Preisindex reduziert den Stückwert der von den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffe um den Stückwert der Industriegüterexporte aus entwickelten Ländern.
- 15 UNCTAD 2004b.
- 16 Lall und Pietrobelli 2002.
- 17 Rodrik 2001b.
- 18 Bhattacharya 2003.
- 19 Dollar 2004.
- 20 Evans 2005.
- 21 Siehe zum Beispiel Lall 2001.
- 22 Morley 2002.
- 23 Jha 2005.
- 24 Jank et al. 2001; World Bank 2004f.
- 25 Carlson 2001.
- 26 Rosen 2002.
- 27 IADB 2004.
- 28 Oxfam International 2004e.
- 29 Birdsall und Subramaniam 2004.
- 30 UNEP 1999.
- 31 UNDP 2003f.
- 32 Laird 2002; Stevens und Kennan 2002; Ng, Hoekman und Olarreaga 2001.
- 33 Die Zahlen sind handelsgewichtet. UNCTAD und World Bank 2005.
- 34 Laird 2002.
- 35 USITC 2005.
- 36 Die Daten zur Zollprogression wurden aus UNCTAD TRAINS-Daten abgeleitet (UNCTAD und World Bank 2005). Siehe auch Cernat, Laird und Turrini 2003.
- 37 Die Herkunftsregeln der Europäischen Union sind in Oxfam International 2004d erklärt.
- 38 Mlachila und Yang 2004.
- 39 Oxfam International 2004d.
- 40 Integrated Framework for Trade-Related Technical Assistance to Least Developed Countries 2003.
- 41 Stevens und Kennan 2004a.
- 42 Alexandraki und Lankes 2004.
- 43 Abgeleitet aus OECD 2004a.
- 44 Aksoy und Beghin 2004.
- 45 OECD 2000.
- 46 Diao, Diaz-Bonilla und Robinson 2003.
- 47 Oxfam International 2004a.
- 48 US Department of Agriculture, Economic Research Service 2002, Tabellen 29 und 35.
- 49 Minot und Daniels 2002.
- 50 IMF 2005.
- 51 FAO 2004a.
- 52 Oxfam International 2005a.
- 53 US Department of Agriculture, Economic Research Service 2005a.
- 54 OECD 2004c.
- 55 Lail 2001.
- 56 Oxfam International 2002b.
- 57 Rodrik 2004.
- 58 Maskus 2004.
- 59 Mayne 2005.
- 60 Chauduri, Goldberg und Jia 2003.
- 61 Zitiert in Mayne 2005.
- 62 Mayne 2005.
- 63 Tussie 2005.
- 64 Parikh 2002.
- 65 Parikh 2002.
- 66 Winters 2002.
- 67 Stevens und Kennan 2005b. Siehe auch Stevens und Kennan 2005a.
- 68 Keynes 1980.
- 69 Osorio 2004.
- 70 Ponte 2001.
- 71 Gibbon 2005.
- 72 Das Folgende basiert auf Vargas Hill 2005.
- 73 Vargas Hill 2005.
- 74 Gibbon 2005.
- 75 Ponte 2001.
- 76 Larsen 2003; Teal und Vigneri 2004.
- 77 Gibbon 2005.
- 78 Lang 2003; ACIAR 2004.
- 79 Dieser Abschnitt greift auf Brown 2005a zurück.
- 80 Reardon et al. 2003.

- 81 Reardon, Timmer und Berdegue 2003.
 82 Oxfam International 2004e.
 83 Vorley 2003.
 84 Reardon, Timmer und Berdegue 2003.
 85 Jaffee 2003, 2005
 86 Reardon, Timmer und Berdegue 2003.
 87 Aschenaki 2004.
 88 Collier und Gunning 1999
 89 Diao und Hazell 2003.
 90 Diao und Hazell 2003.
 91 Jensen 2005.
 92 Jaffee 2005.
 93 Dieser Abschnitt greift auf Deere 2005 zurück; Jensen 2005.
 94 Dieser Abschnitt greift auf Deere 2005 zurück.
- Kapitel 5**
- 1 Annan 2002.
 2 Annan 2005.
 3 MIPT 2005. In Bezug auf diese Datenbank wird Terrorismus durch das Wesen der Handlung definiert und nicht durch die Identität der Täter oder das Wesen der Sache. Terrorismus ist – im allgemeinen auf Zivilisten gerichtete – Gewalt oder Androhung von Gewalt mit der ausdrückliche politischen Absicht, andere zu Handlungen zu zwingen, die sie sonst nicht begehen würden, oder sie von Handlungen abzuhalten, die sie begehen wollen.
 4 Die Angaben zu den Opfern stammen aus Marshall 2005. Bewaffneter Konflikt wird in diesem Bericht definiert als den Gebrauch von Waffengewalt durch zwei Seiten, von denen wenigstens eine die Regierung eines Staates ist, wenn es dadurch mindestens 25 Tote bei Kampfhandlungen gibt (Strand, Wilhelmsen und Gleditsch 2005).
 5 Global IDP Project. 2005a, S. 10.
 6 UN 2004b.
- 7 Annan 2005, S. 24.
 8 Berechnungen auf der Grundlage von Strand, Wilhelmsen und Gleditsch 2005 und World Bank 2005f.
 9 Fearon und Laitin 2003.
 10 Daten aus Polity IV (CIDCM 2005).
 11 Collier et al. 2003.
 12 Collier und Hoeffler 2004a.
 13 Fuentes 2005a.
 14 Collier et al. 2003, S. 21.
 15 Lopez 2003, zitiert in Fuentes 2005a.
 16 Humphreys 2003.
 17 Collier et al. 2003, S. 35.
 18 Collier und Hoeffler 2004a.
 19 Mackenzie und Buchanan-Smith 2005, S. 20.
 20 Centre for International Cooperation and Security, Department of Peace Studies 2005.
 21 Centre for International Cooperation and Security, Department of Peace Studies 2005, S. 21.
 22 Ginifer 2005, S. 17.
 23 Centre for International Cooperation and Security, Department of Peace Studies 2005, S. 22.
 24 Boyden und Ryder 1996.
 25 Berechnungen des HDRO auf der Grundlage von World Bank 2004e.
 26 UNDP 2003a, S. 106.
 27 HDRO Berechnungen.
 28 Toole und Waldman 1997.
 29 Global IDP Project 2003.
 30 Pedersen 2002.
 31 Mann et al. 1994; Horton 1993.
 32 Ghobarah, Huth und Russett 2004.
 33 UNAIDS 2003.
 34 UNAIDS 2004b, S. 175-178.
 35 SIPRI 2004. Die Daten zu den Gesundheitsausgaben beziehen sich auf das Jahr 2001.
 36 Fuentes 2005a und Indikatorentabelle 5.
 37 Fuentes 2005a und Indikatorentabelle 5.
- 38 Peimani 2005, S. 19.
 39 Physicians for Human Rights 2002.
 40 Otunnu 2005.
 41 Berechnet aus FBI, verschiedene Jahre.
 42 UNDP 2003a, S. 105
 43 Human Rights Watch 2004b.
 44 DFID. 2005.
 45 ICISS 2001, Abs. 1.34.
 46 Commission on Weak States und US National Security 2004.
 47 DFID 2005.
 48 UNDP 2001.
 49 Brown 2005.
 50 Fearon und Laitin. 2003.
 51 Zitiert in King 1998.
 52 Uvin 1998.
 53 McGovern und Choulai 2005.
 54 World Bank 2005a.
 55 Collier und Hoeffler 2002.
 56 Siehe zum Beispiel ICG 2001a.
 57 The Kimberley Process 2004.
 58 Muggah 2001.
 59 Muggah und Batchelor 2002.
 60 Small Arms Survey 2002.
 61 Im Mai 2005 vereinbarte eine Geberkonferenz, die Hilfe um 200 Millionen US-Dollar zu erhöhen, gegenüber einem Antrag der Afrikanischen Union für 350 Millionen US-Dollar (BBC News 2005b).
 62 African Union 2000, § 4(h). Siehe Diskussion in Cilliers und Sturman 2002.
 63 Juma und Mengistu 2002, S. 24.
 64 Juma und Mengistu 2002, S. 30.
 65 O'Hanlon und Rice 2004.
 66 Kagwanja 2004.
 67 Dieser analytische Rahmen stützt sich auf Chesterman 2005.
 68 UN 2000b.
 69 OECD DAC 2003a, 2004d.
 70 Addison 2003.
 71 UN 2004b, S. 55-56.

Bibliografische Erläuterungen

Chapter 2 1 draws on Ahluwalia and Hussain 2004; Ahmed and del Ninno 2001; Banister and Zhang 2005; Bardhan 2000; BBC News 2005a; Bhagwati 2004; Birdsall 2002a, 2002b; Bourguignon 2000; Bourguignon and Morrison 1999; Carr-Hill 2004; Cassen, Visaria and Dyson 2004; Castro-Leal, Dayton and Mehra 2000; Chen and Ravallion 2004; Chen and Wang 2001; CIDCM 2005; Claeson and others 2000; Collier and Dollar 2002a; Commission on Macroeconomics and Health 2001; Commission on Social Justice 1993; Corbacho and Schwartz 2002; Cousens, Lawn and Zupan 2005; Das 2001; Datt and Ravallion 2002; Deaton 2003, 2004; Deaton and Drèze 2002; Deaton and Kozel 2004; Demombynes and Hoozeven 2004; Dev 2002; Devarajan and Reinikka 2003; Dikhanov 2005; Drèze 2004; Drèze and Murthi 2001; Dunning 2003; Egerter and others 2004; Firebaugh 2003; GAVI and The Vaccine Fund 2005b; Gelb 2004; Gillespie and Kadiyala 2005; Gordillo and others 2001; Gupta, Whelan and Allendorf 2003; Hausmann, Pritchett and Rodrik 2004; The Henry Kaiser Family Foundation 2005; IMF 2004a; India, Ministry of Statistics and Programme Implementation 2002a, 2002b; Jha and Mills 2002; Johnson and others 2004; Jones 2004; Joshi 2004; Justino, Litchfield and Niimi 2004; Kabeer 2005; Kakwani 2004; Kasterine 2004; Kijima and Lanjouw 2003; King 1963; Kingdon and others 2004; Klump and Bonschab 2004; Lim and others 2004; Lomborg 2004; Luther 1998; Maison, Bailes and Mason 2003; Maljutina and others 2002; McKay 2002; Men and others 2003; Milanovic 2001, 2003; Mills and Shilcutt 2004; Morley 2001; ODI 2004; Oxfam International 2004e; Pelletier and others 1995; Reddy and Minoiu 2005; Reddy and Pogge 2003; Rodrik and Subramanian 2004; Sachs and Brundtland 2001; Sen 1999; Sen and Drèze 1997; Sen, Mujeri and Quazi 2004; Shkolnikov and Cornia 2000; Ssewanyana and others 2004; Swaziland, Ministry of Agriculture and Co-operatives and Business 2002; Uganda, Ministry of Finance, Planning and Economic Development 2003; UN 2000a, 2003, 2005b, 2005d; UNAIDS 2004a, 2005a; UNDP 1990, 2003b, 2003c; UNESCO 2005; UNESCO Institute of Statistics 2005; UNICEF 2005b, 2005c, 2005d, 2005e; University of California, Berkeley, and Max Planck Institute for Demographic Research 2005; UN Millennium Project 2005a, 2005b, 2005c, 2005d; UN Viet Nam 2002; Visaria 2004a, 2004b; Wade 2005; Wagstaff 2000; Wagstaff and Claeson 2004; Watkins 2000, 2003b; WHO 2004b; WHO and UNICEF 2003; Wolf 2005; Wolfensohn and Bourguignon 2004; World Bank 2003b, 2003d, 2003e, 2005b, 2005e; Yamano and Jayne 2004; Yunus 2004.

Chapter 2 draws on Banerjee, Deaton and Duflo 2004; Birdsall and Londono 1997; Bourguignon, Ferreira and Menéndez 2003; Case and Deaton 1998; China, National Bureau of Statistics 2004; Coady and Parker 2005; Coady, Grosh and Hoddinott 2004; Cornia 2004; Deaton 2002; de Ferranti and others 2003; Deininger and Mpuga 2004; DFID 2004b; Dikhanov 2005; *The Economist* 2004b; Farmer 2004; Fuentes 2005; Goodman 2005; Graham 2004; Gwatkin and others forthcoming; Hills 2004; IFPRI 2005; IIPS and ORC Macro 2000; Indiatogther.org 2004; Kanbur 2005; Killick 2002a; Lim and others 2004; Lindert and Williamson 2001a; Liu 1996; Liu, Liu and Meng 1994; Lund 2002, 2004; McKay and Aryeetey 2004; Measur DHS 2005; Mexico, INEGI 2005; Mexico, Secretaría de Desarrollo Social 2005; Munnell, Hatch

and Lee 2004; Naschold 2002; ODI 2004; Pakistan, Statistics Division 2002; Plato [360 BC] 2000; Proctor and Dalaker 2003; Ravallion 2005; Ravallion and Chen 2004; Rowland and Hoffman 2005; Sen 1992, 2004; Smith [1776] 1976; Thurlow and Wobst 2004; UN 2004a, 2005b; UNDP 2002, 2003d; UNESCO Institute of Statistics 2005; UNICEF 2005a; UN Millennium Project 2005h; Wagstaff and van Doorslaer 2003, Walker and Walker 1987; World Bank 2003b, 2003d.

Chapter 3 draws on ActionAid International and Oxfam International 2005; ActionAid International, Eurodad and Oxfam International 2005; Adam 2005; Adam and Bevan 2003; ADB 2004; Adenauer and Vagassky 1998; Advisory Commission on Intergovernmental Relations 1984; Aid/Watch 2005; Aryeetey, Osei and Quartey 2003; Atkinson 2004, 2005; Atkinson 2003; AVERT 2005; Baulch 2004; Benn 2004; Bevan 2005; Beynon 2003; Bird 2002; Bird and Milne 2003; Birdsall 2004; Birdsall and Clemens 2003; Birdsall and Deese 2005; Böhning and Schloeter-Paredes 1994; Brown-Collier 1998; Bruns, Mingat and Rakotomalala 2003; Bulir and Hamann 2001, 2003; Burnham 1989; Bush 2002; Center for Global Development 2004; Clemens, Bhavnani and Radelet 2004; Clemens, Kenny and Moss 2005; Collier 1999; Collier and Dehn 2001; Collier and Dollar 2002a, 2004; Commission for Africa 2005; Commission on International Development 1969; Cordella and Dell'Ariccia 2003; Dalgaard, Hansen and Tarp 2004; de Renzio 2005; de Renzio and others 2004; DeLong and Eichengreen 1991; Devarajan, Miller and Swanson 2002; Development Initiatives 2005a, 2005b, 2005c, 2005d; DFID, Foreign and Commonwealth Office and UK, HM Treasury 2005; Dollar and Burnside 2000; Dollar and Levin 2004; Dyer 2005; Edsforth 2000; Elbadawi 1999; EORG 2003; Fedelino and Kudina 2003; Foster and Fozzard 2000; Foster and Keith 2003a, 2003b; Working Group on New International Financial Contributions 2004; GAVI and The Vaccine Fund 2005a; Gemmill and McGillivray 1998; Global Campaign for Education 2005; Goldberg 2005; Gupta and others 2003; Hansen and Tarp 2000; IMF 2001, 2002, 2005b; Inyega and Mbugua 2005; ISMEA 2003; Jepma 1991; Johnson and Martin 2005; Johnson, Martin and Bargawi 2004; Johnson 1964; Joint Learning Initiative 2004; Kattan and Burnett 2004; Kenya, Ministry of Planning and National Development 2003, 2004; Killick 2002b, 2004; Knack and Rahman 2004; Lensink and Morrissey 2000; Levine and the what Works Working Group 2004; Lindert 2005; Lockhart 2004; Lula da Silva 2004; Macrae and others 2004; Martin and Bargawi 2004; Martin and others 2004; Millennium Challenge Corporation 2005b; Miller 2005; Miovic 2004; Mosley, Hudson and Verschoor 2004; Nguyen and Akal 2003; Nkusu 2004; Nyoni 1998; O'Brien 2004; OECD/DAC 2001c, 2002, 2003b, 2004a, 2004b, 2004c, 2004e, 2005a, 2005b, 2005c, 2005d, 2005e, 2005f, 2005g; Oxfam GB 2004; Oxfam International 2005b; Pallage and Robe 2001; PIPA 2001, 2004; Prati, Sahai and Tressel 2003; Radelet 2003a, 2003b; Ramcharan 2002; Reisen 2004; Rogerson 2005; Rogerson, Hewitt and Waldenburg 2004; Roodman 2004; Sagasti, Bezanson and Prada 2005; Sandler and Arce 2005; Sanford 2004; Sethi 1958; Shah 2005; Sundberg, Lofgren and Bourguignon 2005; Tanzania 2004; Torvik 2001; UK, HM Treasury 2003; UN 2004b, 2005b; UNDP 2000, 2004b, 2005a; UNICEF 2001a; UN Millennium Project 2005e, 2005f;

Vargas Hill 2005; Victora and others 2003; Watkins 2000; Watt 2005; White and Dijkstra 2003; The White House 2002; Woods 2005; Woods and research team 2004; Woodward 1963; World Bank 1998, 2001, 2002, 2003a, 2004a, 2004b, 2004c, 2005c; World Bank and IMF 2003, 2004a, 2004b, 2004c, 2005a, 2005b, 2005c; World Bank and the Republic of Kenya 2004, Yunker 2004.

Chapter 4 draws on ACIAR 2004; Aksoy and Beghin 2004; Alexandraki and Lankes 2004; Amsden 2000; Anderson 2003, 2004; Arndt 1998; Aschenaki 2004; Audley and others 2003; Baffes and de Gorter 2003; Baldwin 2003; Bannister and Thugge 2001; Barber 2005; Barrientos, McClenaghan and Orton 2001; Barrientos and others 1999; Beghin and Aksoy 2003; Bhagwati 2002; Bhagwati and Panagariya 1996; Bhattacharya 2003; Binswanger and Lutz 2000; Birdsall and Subramaniam 2004; Birdsall, Claessens and Diwan 2003; Brenton 2003; Brenton and Ikezuki 2004; Brown 2005a, 2005b, 2005c; Burfisher and Hopkins 2003; CAFOD 2005; Carey 2002; Carlson 2001; Cernat, Laird and Turrini 2003; Chanda 1999; Chaudhuri, Goldberg and Jia 2003; Collier and Dollar 2002b; Collier and Gunning 1999; Cornejo 2002; de Córdoba and Vanzetti 2005; Deere 2005; DFID 2003; Diao and Hazell 2003; Diao, Diaz-Bonilla and Robinson 2003; Diao and others 2005; Dollar 2004; Dollar and Kraay 2001a, 2001b; Dorosh 2002; Drahos 2001; Drahos and Braithwaite 2002; Duncan 2004; Elliott 2000; Environmental Working Group 2005; Evans 2005; FAO 2004a, 2005; Galeano 1973; Ghosh 2005; Gibbon 2005; Gibbon 2003; Gilbert 1996; Gunter 2004; Hausmann and Rodrik 2002; Hocking and McGuire 1999; Hoekman 2002, 2005; Hoekman and Martin 2001; Hoekman, Kostecki and Kostecki 1995; Hoekman, Mattoo and English 2002; Horn, Rodrik and McMillan 2003; IADB 2004; IMF 2003a, 2003b, 2004b, 2005a; IMF and World Bank 2001; Integrated Framework for Trade-Related Technical Assistance to Least Developed Countries 2003; Intel 2005; International Cotton Advisory Committee 2005; Jaffee 2003, 2005; James 2001; Jank and others 2001; Jensen 2005; Jha 2005; Kaczynski and Fluharty 2002; Kelch and Normile 2004; Keynes 1980; Khor 2001; Kibria 2001; Killick 2001; Krznicar 2005; Laird 2002; Laird, de Córdoba and Vanzetti 2004; Laird, Peters and Vanzetti 2004; Lall 2000, 2001, 2004; Lall and Pietrobelli 2002; Landes 1998; Lang 2003; Lanjouw 2001; Larsen 2003; Lindert and Williamson 2001b; Lustig and Szekely 1998; Maddison 2001; Mainuddin 2000; Maizels 2000; Martin 2004; Maskus 2000, 2004; Mayne 2005; McCulloch; Winters and Cirera 2002; Minot and Daniels 2002; Mlachila and Yang 2004; Morley 2002; Ng 2001; Ng, Hoekman and Olarreaga 2001; Nogues 2003; OECD 2000, 2001b, 2003a, 2003b, 2004a, 2004b, 2004d, 2005; Okediji 2004; Olarreaga and Ng 2002; Orden 2003; Osorio 2004; Oxfam International 2002a, 2002b, 2003b, 2004a, 2004b, 2004c, 2004d, 2005a; Page 2005; Page and Kleen 2004; Parikh 2002; Picciotto 2004; Ponte 2001; Potbury 2000; Reardon and Berdegue 2002; Reardon, Timmer and Berdegue 2003; Reardon and others 2003; Rodriguez and Rodrik 2000; Rodrik 2000, 2001a, 2001b, 2001c, 2003, 2004; Rogerson and de Renzio 2005; Rosen 2002; Roy 2000, 2001; Samman 2005a, 2005b; Seagate 2003; Sen 1999; Stevens and Kennan 2002, 2004a, 2004b, 2005a, 2005b; Story 2004; Sutton 2004; Tangemann 2003; Teal and Vigneri 2004; Tewari 2003; Tussie 2005; Tussie and Lengyel 2002; Tussie and Quiliconi 2005; UN 2005c; UNCTAD 2000, 2003, 2004a, 2004b; UNCTAD and World Bank 2005; UNDP 2003f; UNEP 1999, 2002; UNIDO 2002, 2004; UN Millennium Project 2005g; US Department of Agriculture 2002, 2005a, 2005b; US Department of Agriculture, Foreign Agricultural Service 2005; USITC 2005; Vakis, Kruger and Mason 2004; Viet Nam 2004; Vorley 2003;

Watal 2002; Watkins 2003a; Winters 2002; Winters, McCulloch and McKay 2004; World Bank 2003c, 2004c, 2004d, 2004f; WTO 2004a, 2004b, 2004c, 2005.

Chapter 5 draws on Addison 2003; Afghanistan, Ministry of Finance 2005; African Union 2000; Amnesty International, Iansa and Oxfam International 2004; Anderson 1999; Annan 2002, 2005; Ballentine and Nitzschke 2004; Bannan and Collier 2003; Barnes 2005; BBC News 2005b; Berdal and Malone 2000; Boyce 2003; Boyden and Ryder 1996; Brown 2005; Brück, Fitzgerald and Gringsby 2000; Bush 2002; Caplan 2002; CEH 1999; Centre for International Cooperation and Security, Department of Peace Studies 2005; Chesterman 2001, 2005; CIDCM 2005; Cilliers and Sturman 2002; Clark 2003; Collier and Hoeffler 2001, 2002, 2004a, 2004b; Collier and others 2003; Commission for Africa 2005; Commission on Human Security 2003; Commission on Weak States and US National Security 2004; Conflictsensitivity.org 2004; Cousens 2002; Cragin and Chalk 2003; Daalder and Lindsay 2003; Dallaire 2003; de Waal 1997; DFID 2004a, 2005; Dodge 1990; Doyle 2001; Duffield 1994, 1998; *The Economist* 2004a; FAO 2004b; FBI various years; Fearon and Laitin 2003; Feinstein and Slaughter 2004; Fiszbein, Giovagnoli and Adúriz 2002; Freedman 1993; Frum and Perle 2003; Fuentes 2005a, 2005b; Ghobarah, Huth and Russett 2004; Ginifer 2005; Global IDP Project 2003, 2005a, 2005b; Global Witness 2004; Goldstone 2005; Goodhand and Atkinson 2001; Gray 2000; Hegarty 2003; Hegre and others 2001; High-Level Forum on the Health MDGs 2004; Holsti 2000; Horton 1993; Human Rights Watch 2004a, 2004b; Humphreys 2003; ICG 2001a, 2001b, 2002, 2003, 2004a, 2004b; ICISS 2001; IRC 2004; Juma and Mengistu 2002; Justino, Litchfield and Whitehead 2003; Kagan 2002; Kagwanja 2004; Kaldor 2001; Kalipeni and Oppong 1998; Keen 1998; The Kimberley Process 2004; King 1998; King and Martin 2001; Klare 2001, 2005; Krug and others 2002; Langer 2005; Le Billon 2001; Levin and Dollar 2005; Lopez 2003; Mackenzie and Buchanan-Smith 2005; Malan and others 2003; Mann and others 1994; Marshall 2005; McGovern and Choulai 2005; Millennium Challenge Corporation 2005a; MIPT 2005; Muggah 2001; Muggah and Batchelor 2002; Mwaura 2005; Mwaura and Schmeidl 2001; Nangiro 2005; Nicaragua 2001; Odhiambo 2004; OECD 2001a; OECD/DAC 1997a, 1997b, 2003a, 2004d; O'Hanlon and Rice 2004; Omitoogun 2003; Østby 2003; Oxfam GB, Save the Children and Christian Aid 2001; Oxfam GB 2003; Oxfam International 2003a; Oxfam International and others 2002; Partnership Africa Canada 2005; Pedersen 2002; Peimani 2005; Petras 2004; Physicians for Human Rights 2002; Pillay 2002; Ponzio 2005a, 2005b; Prime Minister's Strategy Unit 2005; Reilly 2002; Riascos and Vargas 2004; Rotberg 2004; Rubin and others 2005; Schenkenberg van Mierop 2004; SIPRI 2004; Sivard 1991, 1996; Small Arms Survey 2002; Sommers 2002; Stewart 2000, 2002, 2005; Stewart and Fitzgerald 2001; Stewart, Brown and Mancini 2005; Stoddard and Harmer 2005; Strand, Wilhelmsen and Gleditsch 2004, 2005; Sykes 2004; Thakur and Schnabel 2001; Toole and Waldman 1997; UK, HM Treasury 2003; ul Haq 1995; UN 1992, 2000b, 2000c, 2004b, 2005a, 2005d; UN News Centre 2004; UNAIDS 2003, 2004b; UNDP 1994, 2001, 2003a, 2003e, 2004a, 2005b, 2005c; UNHCR 2004; UNICEF 2000, 2001b; UN OCHA 2002, 2004a, 2004b; US Department of State 1999, 2004; USITC 2005; Uvin 1998; Waldman 2005; Welsh 2002; White 2005; WHO 2004a; Woods and research team 2004; Woodward 2002; World Bank 2004e, 2005a, 2005f; World Bank and Palestinian Central Bureau of Statistics 2004.

Bibliografie

Commissioned research

Background papers

Chesterman, Simon. 2005. "State-Building and Human Development." **Development Initiatives.** 2005a. "New Thinking on Aid and Social Insurance." Somerset, United Kingdom.

Thematic papers

Barnes, Helen. 2005. "Innovative Measures for Conflict Prevention and Resolution in Latin America: A Comparative Study of Bolivia, Venezuela, and Argentina."
Brown, Oli. 2005a. "Supermarket in Agricultural Trade and Impact of Extractive Industries."
Deere, Carolyn. 2005. "International Trade Technical Assistance and Capacity Building."
Development Initiatives. 2005b. "Aid Data Report." Somerset, United Kingdom.
———. 2005c. "Fund Profiles: Global Fund, GAVI, Fast Track Initiative, and Roll Back Malaria." Somerset, United Kingdom.
Dikhanov, Yuri. 2005. "Trends in Global Income Distribution 1970–2015."
Dyer, Kate. 2005. "'The Cost of Poverty': Transaction Costs and the Struggle to Make Aid Work in the Education Sector in Tanzania."
Fuentes, Juan Alberto. 2005a. "Violent Conflict and Human Development in Latin America: The Cases of Colombia, El Salvador and Guatemala."
Fuentes, Ricardo. 2005. "Poverty, Pro-Poor Growth and Simulated Inequality Reduction."
Ghosh, Jayati. 2005. "Trade Liberalization in Agriculture: An Examination of Impact and Policy Strategies with Special Reference to India."
Gibbon, Peter. 2005. "The Commodity Question: New Thinking on Old Problems."
Goodman, Alissa. 2005. "The Links between Income Distribution and Poverty Reduction in Britain."
Jensen, Michael Friis. 2005. "Capacity Building for Pro-Poor Trade: Learning from the Limitations in Current Models."
Johnson, Alison, and Matthew Martin. 2005. "Empowering Developing Countries to Lead the Aid Partnership."
Krznicar, Roman. 2005. "The Limits on Pro-poor Agricultural Trade in Guatemala: Land, Labour and Political Power."
Mayne, Ruth. 2005. "Regionalism, Bilateralism, and 'TRIPS Plus' Agreements: The Threat to Developing Countries."
Miller, Calum. 2005. "The Human Development Impact of Economic Crises."
Mwaura, Ciru. 2005. "Kenya and Uganda Pastoral Conflict Case Study."
Nangiro, Simon. 2005. "The Impact of Insecurity on Livelihood and Social Service Provision in Kotido District."
Samman, Emma. 2005a. "Openness and Growth: An Empirical Investigation."
Stoddard, Abby, and Adele Harmer. 2005. "Room to Manoeuvre: Challenges of Linking Humanitarian Action and Post-Conflict Recovery in the New Global Security Environment."

Tussie, Diana. 2005. "More of the Same, or a New Threat? Regionalism versus Multilateralism in World Trade Negotiations."

Tussie, Diana, and Cintia Quiliconi. 2005. "The Current Trade Context."
Vargas Hill, Ruth. 2005. "Assessing Rhetoric and Reality in the Predictability and Volatility of Aid."

Watt, Patrick. 2005. "Transaction Costs in Aid: Case Studies of Sector Wide Approaches in Zambia and Senegal."

Issue notes

Barber, Catherine. 2005. "Potential Benefits of Labour Mobility and Mode 4 Negotiations: Rule of Origin and Trade Preferences."
Brown, Graham. 2005. "Horizontal Inequalities, Ethnic Separatism, and Violent Conflict: The Case of Aceh, Indonesia."
Brown, Oli. 2005b. "Policy Incoherence: EU Fisheries Policy in Senegal."
———. 2005c. "Wealth for the Few, Poverty for the Many: The Resource Curse—Examples of Poor Governance/Corporate Mismanagement Wasting Natural Resource Wealth."
Kabeer, Naila. 2005. "Gender Equality and Human Development: the Instrumental Rationale."
Langer, Arnim. 2005. "Horizontal Inequalities and Violent Conflict. Cote d'Ivoire Country Paper."
McGovern, Kieren, and Bernard Choulai. 2005. "Case Study of Solomon Islands Peace and Conflict-related Development Analysis."
Rowland, Diane, and Catherine Hoffman. 2005. "The Impact of Health Insurance Coverage on Health Disparities in the United States."
Samman, Emma. 2005b. "Gini Coefficients for Subsidy Distribution in Agriculture."

References

ACIAR (Australian Centre for International Agricultural Research). 2004. "The Rise of Supermarkets: How Will Smallholder Farmers Fare?" *Linking Farmers with Markets*. [http://www.linkingfarmerswithmarkets.net/index.php?p=3&id=9]. June 2005.
ActionAid International and Oxfam International. 2005. "Millstone or Milestone: What Rich Countries Must Do in Paris to Make and Work for Poor People." Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/debt_aid/downloads/aid_millstone.pdf]. May 2005.
ActionAid International, Eurodad, and Oxfam International. 2005. "EU Heroes and Villains: Which Countries Are Living up to Their Promises on Aid, Trade, and Debt?" Joint NGO Briefing Paper. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/debt_aid/downloads/eu_heroes_villains.pdf]. March 2005.
Adam, Christopher. 2005. "Exogenous Inflows and Real Exchange Rates: Theoretical Quirk or Empirical Reality?" Paper presented at the IMF Seminar on Foreign Aid and Macroeconomic Management, 14–15 March, Maputo.
Adam, Christopher, and David Bevan. 2003. "Aid, Public Expenditure, and the Dutch Disease." CSAE Working Paper. University of Oxford, Department of Economics, Oxford.
ADB (Asian Development Bank). 2004. "Socialist Republic of Viet Nam, Loan VIE 37115-01: Health Care in the Central Highlands." Manila. [http://www.adb.org/Documents/Profiles/LOAN/37115013.ASP]. May 2005.

- Adenauer, I., and L. Vagassky. 1998.** "Aid and the Real Exchange Rate: Dutch Disease Effects in African Countries." *Intereconomics* 33(4): 177–85.
- Addison, T., ed. 2003.** *From Conflict to Recovery in Africa*. Oxford: Oxford University Press.
- Advisory Commission on Intergovernmental Relations. 1984.** "Significant Features of Fiscal Federalism, 1982-83 Edition." In Marshall Kaplan and Peggy L. Cucitit, eds., *The Great Society and Its Legacy: Twenty Years of U.S. Social Policy*. Durham, N.C.: Duke University Press.
- Afghanistan, Ministry of Finance. 2005.** "National Budget." Development Budget and External Relations Unit, Kabul. [http://www.af/mof/budget/index.html]. April 2005.
- African Union. 2000.** "Constitutive Act of the African Union." 11 July, Lomé.
- Ahluwalia, Isher, and Zahid Hussain. 2004.** "Development Achievements and Challenges." *Economic and Political Weekly* 39(36): 4013–22.
- Ahmed, Akhter U., and Carlo del Ninno. 2001.** "Food for Education Program in Bangladesh: An Evaluation of Its Impact on Educational Attainment and Food Security." FCND BRIEFS. Discussion Paper 138. International Food Policy Research Institute, Food Consumption and Nutrition Division, Washington, DC. [http://www.ifpri.org/divs/fcnd/dp/papers/fcnbr138.pdf]. May 2005.
- Aid/Watch. 2005.** "Australian Aid: The Boomerang Effect." Erskineville, Australia. [http://www.aidwatch.org.au/assets/aw00669/feb%2016%20boom%20aid%20final.doc]. May 2005.
- Aksoy, Ataman M., and John C. Beghin, eds. 2004.** "Global Agricultural Trade and Developing Countries." Washington, DC: World Bank. [http://siteresources.worldbank.org/INTGAT/Resources/GATfulltext.pdf]. May 2005.
- Alexandraki, Katerina, and Hans Peter Lankes. 2004.** "The Impact of Preference Erosion on Middle-Income Developing Countries." IMF Working Paper WP/04/169. Washington, DC.
- Amnesty International, Iansa, and Oxfam International. 2004.** "The Arms Trade Treaty: Draft Framework Convention on International Arms Transfers." Working draft. [http://www.controlarms.org/the_issues/ATT_0504.pdf]. April 2005.
- Amsden, Alice. 2000.** "Industrialisation under New WTO Law." Paper prepared for the UNCTAD X High Level Round Table on Trade and Development: Directions for the Twenty-First Century, 12–19 February, Bangkok.
- Anderson, Kym. 2003.** "How Can Agricultural Trade Reform Reduce Poverty?" University of Adelaide, CEPR and School of Economics and Centre for International Economic Studies, Adelaide, Australia. [http://www.tcd.ie/iis/pdf/YaleSeminar0403rev.pdf]. May 2005.
- . 2004. "Agriculture, Trade Reform, and Poverty Reduction: Implications for Sub-Saharan Africa." Policy Issues in International Trade and Commodities Study Series 22. United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. [http://www.unctad.org/en/docs/itcctab24_en.pdf]. May 2005.
- Anderson, Mary B. 1999.** *Do Not Harm: How Aid Can Support Peace—Or War*. Boulder, Colo.: Lynne Rienner.
- Annan, Kofi. 2002.** "Strategies for World Peace: The View of the UN Secretary-General." *The Futurist* 36(3): 18–21.
- . 2005. "In Larger Freedom: Towards Development, Security, and Human Rights for All." Report of the Secretary-General to the General Assembly. Document A/59/2005. New York. [http://www.un.org/largerfreedom/report-largerfreedom.pdf]. May 2005.
- Arndt, S. 1998.** "Super-Specialization and the Gains from Trade." *Contemporary Economic Policy* 16(4): 480–85.
- Aryeetey, Ernest, Barfour Osei, and Peter Quartey. 2003.** "Does Tying Aid Make It More Costly? A Ghanaian Case Study." Center for Global Development and the Global Development Network. Paper presented at the Workshop on Quantifying the Impact of Rich Countries' Policies on Poor Countries, 23–24 October, Washington, DC.
- Aschenaki, Bemnet. 2004.** "Transport Costs in Ethiopia: An Impediment to Exports." Background Study for the World Bank's FY04 Country Economic Memorandum for Ethiopia. Washington, DC. [http://siteresources.worldbank.org/INTETHIOPIA/Resources/PREM/Ethiopia-Transport_Cost-Final.pdf]. May 2005.
- Atkinson, A. B. 2004.** "New Sources of Development Finance: Funding the Millennium Development Goals." Policy Brief 10. United Nations University, World Institute for Development Economics Research, Helsinki.
- , ed. 2005. *New Sources of Development Finance*. New York: Oxford University Press.
- Atkinson, Tony. 2003.** "Innovative Sources for Development Finance—Global Public Economics." Paper presented at the Annual World Bank Conference on Development Economics-Europe, 15–16 May, Paris. [http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Paper+by+Atkinson/\$File/ATKINSON.PDF]. October 2005.
- Audley, John J., Demetrios G. Papademetriou, Sandra Polaski, and Scott Vaughan. 2003.** "NAFTA's Promise and Reality: Lessons from Mexico for the Hemisphere." Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC. [http://www.ceip.org/files/pdf/NAFTA_Report_Intro.pdf]. May 2005.
- AVERT. 2005.** "The Origins of AIDS and HIV and the First Cases of AIDS." West Sussex, United Kingdom. [http://www.avert.org/origins.htm]. March 2005.
- Baffes, John, and Harry De Gorter. 2003.** "Decoupling Support to Agriculture: An Economic Analysis of Recent Experience." Paper presented at the Annual World Bank Conference on Development Economics-Europe, 15–16 May, Paris. [http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Paper+by+De+Gorter/\$File/DE+GORTER.PDF]. May 2005.
- Baldwin, Robert E. 2003.** *Openness and Growth: What's the Empirical Relationship?* NBER Working Paper 9578. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research.
- Ballentine, Karen, and Heiko Nitzschke. 2004.** "The Political Economy of Civil War and Conflict Transformation." Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Berlin. [http://www.berghof-handbook.net/articles/BHDS3_BallentineNitzschke230305.pdf]. April 2005.
- Banerjee, Abhijit, Angus Deaton, and Esther Duflo. 2004.** "Health Care Delivery in Rural Rajasthan." *Economic and Political Weekly* 39(9): 944–49. [http://www.wss.princeton.edu/~rpdfs/downloads/banerjee_deaton_healthcare.pdf]. May 2005.
- Banister, Judith, and Xiabo Zhang. 2005.** "China, Economic Development, and Mortality Decline." *World Development* 33(1): 21–41.
- Bannister, Geoffrey J., and Kamau Thugge. 2001.** "International Trade and Poverty Alleviation." *Finance & Development* 38(4): 48–51. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2001/12/banniste.htm]. May 2005.
- Bannon, Ian, and Paul Collier, eds. 2003.** *Natural Resources and Violent Conflict: Options and Actions*. Washington, DC: World Bank.
- Bardhan, Pranab. 2000.** "Social Justice in the Global Economy." International Labour Organization Social Policy Lecture, 1–6 September, Cape Town, South Africa. [http://www.ilo.org/public/english/bureau/inst/papers/sopolecs/bardhan/]. May 2005.
- Barrientos, S., A. Bee, A. Matear, and I. Vogel. 1999.** *Women and Agribusiness: Working Miracles in the Chilean Fruit Export Sector*. Basingstoke, United Kingdom: Macmillan.
- Barrientos, S., S. McClenaghan, and L. Orton. 2001.** "Ethical Trade and South African Deciduous Fruit Exports—Addressing Gender Sensitivity." *European Journal of Development Research* 12(1): 140–58.
- Baulch, Bob. 2004.** "Aid Distribution and the MDGs." CPRC Working Paper 48. Chronic Poverty Research Centre, Manchester. [http://www.chronicpoverty.org/pdfs/48%20Bob%20Baulch.pdf]. May 2005.

- BBC News. 2005a.** "India Launches Rural Health Plan." 12 April. [http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/south_asia/4436603.stm].
- . **2005b.** "Pledges Mount Up for Darfur Force." 26 May. [<http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/4581463.stm>]. June 2005.
- Beghin, John C., and Ataman Aksoy. 2003.** "Agricultural Trade and the Doha Round: Preliminary Lessons from Commodity Studies." Briefing Paper 03-BP 42. Iowa State University, Center for Agricultural and Rural Development, Ames, Iowa. [<http://www.card.iastate.edu/publications/DBS/PDFFiles/03bp42.pdf>]. May 2005.
- Benn, Hilary. 2004.** "The Development Challenge in Crisis States: How Development Can Help Deal with State Failure." London School of Economics Public Lecture, 4 March, London. [<http://www.lse.ac.uk/collections/LSEPublicLecturesAndEvents/pdf/20040304Benn.pdf>]. March 2005.
- Berdal, Mats, and David Malone, eds. 2000.** *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder, Colo.: Lynne Rienner.
- Berg, Andy. 2005.** "High Aid Inflows Case Study: Ghana." Paper presented at the International Monetary Fund Seminar on Foreign Aid and Macroeconomic Management, 14–15 March, Maputo.
- Bevan, David. 2005.** "An Analytical Overview of Aid Absorption: Recognising and Avoiding Macroeconomic Hazards." Paper presented at the International Monetary Fund Seminar on Foreign Aid and Macroeconomic Management, 14–15 March, Maputo.
- Beynon, Jonathan. 2003.** "Poverty Efficient Aid Allocation—Collier/Dollar Revisited." ESAU Working Paper 2. Overseas Development Institute, Economic and Statistics Analysis Unit, London. [http://www.odl.org.uk/esau/publications/working_papers/esau_wp2.pdf]. March 2005.
- Bhagwati, Jagdish. 2002.** *Free Trade Today*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- . **2004.** *In Defense of Globalization*. Oxford: Oxford University Press.
- Bhagwati, Jagdish, and Arvind Panagariya, eds. 1996.** *The Economics of Preferential Trade Agreements*. Washington, DC: American Enterprise Institute Press.
- Bhattacharya, Debapriya. 2003.** "Final Countdown of the MFA: Fallout for the LDCs." Center for Policy Dialogue, Dhaka.
- Binswanger, Hans, and Ernst Lutz. 2000.** "Agricultural Trade Barriers, Trade Negotiations, and the Interests of Developing Countries." Paper presented at the International Association of Agricultural Economists Meeting, 13–19 August, Berlin.
- Bird, Graham. 2002.** "The Completion Rate of IMF Programmes: What We Know, Don't Know, and Need to Know." *The World Economy* 25(6): 833–47.
- Bird, Graham, and Alistair Milne. 2003.** "Debt Relief for Low Income Countries: Is It Effective and Efficient?" *The World Economy* 26(1): 43–59.
- Birdsall, Nancy. 2002a.** "Asymmetric Globalization: Global Markets Require Good Global Politics." Working Paper 12. Center for Global Development, Washington, DC. [http://www.cgdev.org/docs/cgd_wp012.pdf]. May 2005.
- . **2002b.** "From Social Policy to an Open-Economy Social Contract in Latin America." Working Paper 21. Center for Global Development, Washington, DC. [<http://cgdev.axion-it.net/docs/cgd%20wp021.pdf>]. May 2005.
- . **2004.** "Seven Deadly Sins: Reflections on Donor Failings." Working Paper 50. Center for Global Development, Washington, DC.
- Birdsall, Nancy, and Michael Clemens. 2003.** "From Promise to Performance: How Rich Countries Can Help Poor Countries Help Themselves." CGD Brief 2(1). Center for Global Development, Washington, DC. [<http://www.cgdev.org/docs/cgdbrief5.pdf>]. March 2005.
- Birdsall, Nancy, and Brian Deese. 2005.** "Delivering on Debt Relief." CGD Brief 1(1). Center for Global Development, Washington, DC. [<http://www.cgdev.org/docs/cgdbrief1.pdf>]. May 2005.
- Birdsall, Nancy, and J. Londono. 1997.** "Asset Inequality Matters: An Assessment of the World Bank's Approach to Poverty Reduction." *American Economic Review* 87(2): 32–37.
- Birdsall, Nancy, and Arvind Subramaniam. 2004.** "Saving Iraq from Its Oil." *Foreign Affairs* 83(4): 77–89.
- Birdsall, Nancy, Stijn Claessens, and Ishac Diwan. 2003.** "Policy Selectivity Forgone: Debt and Donor Behavior in Africa." *World Bank Economic Review* 17(3): 409–35.
- Böhning, W. R., and M.-L. Schloeter-Paredes. 1994.** *Aid in Place of Migration? Selected Contributions to an ILO-UNHCR Meeting*. Geneva: International Labour Organization.
- Bourguignon, François. 2000.** "Can Redistribution Accelerate Growth and Development?" Paper presented at the Annual World Bank Conference on Development Economics-Europe, 26–28 June, Paris. [http://www.worldbank.org/research/abcde/eu_2000/pdffiles/bourguignon.pdf]. May 2005.
- Bourguignon, François, and Christian Morrisson. 1999.** "The Size Distribution of Income among World Citizens: 1820–1990." Ecole Normale Supérieure, Département et Laboratoire d'Economie, and Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, Paris. [<http://are.berkeley.edu/~harrison/globalpoverty/bourguignon.pdf>]. May 2005.
- Bourguignon, François, Francisco H. G. Ferreira, and Marta Menéndez. 2003.** "Inequality of Outcomes and Inequality of Opportunities in Brazil." Policy Research Working Paper 3174. World Bank, Washington, DC.
- Boyce, James K. 2003.** "Aid, Conditionality, and War Economies." Working Paper 70. University of Massachusetts, Amherst, Political Economy Research Institute. [<http://www.umass.edu/peri/pdfs/WP70.pdf>]. April 2005.
- Boyden, Jo, and Paul Ryder. 1996.** "Implementing the Right to Education in Areas of Armed Conflict." Oxford. [http://www.essex.ac.uk/armedcon/story_id/000021.htm]. May 2005.
- Brenton, Paul. 2003.** "Integrating the Least Developed Countries into the World Trading System: The Current Impact of European Union Preferences under Everything But Arms." *Journal of World Trade* 37(3): 623–46.
- Brenton, Paul, and Takaka Ikezuki. 2004.** "The Initial and Potential Impact of Preferential Access to the US Market under the African Growth and Opportunity Act." Policy Research Working Paper 3262. World Bank, Washington, DC.
- Brown-Collier, Elba. 1998.** "Johnson's Great Society: Its Legacy in the 1990s." *Review of Social Economy* 56(3): 259–76.
- Brück, T., V. Fitzgerald, and A. Gringsby. 2000.** "Enhancing the Private Sector Contribution to Post-War Recovery in Poor Countries." QEH Working Paper 45(2). Oxford University, Queen Elizabeth House, Oxford. [<http://www.qeh.ox.ac.uk/ftprc.html>]. June 2005.
- Bruns, Barbara, Alain Mingat, and Ramaharta Rakotomalala. 2003.** *Achieving Universal Primary Education by 2015: A Chance for Every Child*. Washington, DC: World Bank.
- Bulir, Ales, and Alfonso Javier Hamann. 2001.** "How Volatile and Unpredictable Are Aid Flows, and What Are the Policy Implications?" IMF Working Paper WP/01/167. International Monetary Fund, Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2001/wp01167.pdf>]. March 2005.
- . **2003.** "Aid Volatility: An Empirical Assessment." *IMF Staff Paper* 50(1): 64–89. Washington, DC.
- Burnham, Margaret. 1989.** "Legacy of the 1960s: The Great Society Didn't Fail." *The Nation*, 24 July.
- Burfisher, Mary, and Jeffrey Hopkins. 2003.** "Decoupled Payments: Household Income Transfers in Contemporary U.S." US Department of Agriculture, Economic Research Service, Market and Trade Economics Division. Washington, DC. [<http://www.ers.usda.gov/publications/aer822/aer822.pdf>]. May 2005.
- Bush, George W. 2002.** "President Proposes \$5 Billion Plan to Help Developing Nations." [<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/03/20020314-7.html>]. April 2005.

- CAFOD (Catholic Agency for Overseas Development). 2005.** "Working Conditions in PC Supply Chains: Mexico and China." London. [http://www.cafod.org.uk/policy_and_analysis/policy_papers/private_sector/clean_up_your_computer_report/part_iii]. May 2005.
- Caplan, Richard. 2002.** *New Trusteeship? The International Administration of War-Torn Territories*. Oxford: Oxford University Press.
- Carey, David. 2002.** "Xbox: PC Meets Console." *EE Times*. 26 March. [http://www.eetimes.com/news/latest/showArticle.jhtml?articleID=18306939]. May 2005.
- Carlson, Beverley A. 2001.** "Education and the Labour Market in Latin America: Why Measurement Is Important and What It Tells Us about Policies, Reforms, and Performance." Economic Commission for Latin America and the Caribbean, Santiago.
- Carr-Hill, R. A. 2004.** "HIV/AIDS, Poverty, and Educational Statistics in Africa: Evidence and Indication." United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Institute for Statistics, Montreal, Canada.
- Case, A., and A. Deaton. 1998.** "Large Cash Transfers to the Elderly in South Africa." *Economic Journal* 108(450): 1330–61.
- Cassen, Robert, Leela Visaria, and Tim Dyson, eds. 2004.** *Twenty-first Century India: Population, Economy, Human Development, and the Environment*. Oxford: Oxford University Press.
- Castro-Leal, F., J. Dayton, and K. Mehra. 2000.** "Public Spending on Health Care in Africa: Do the Poor Benefit?" *Bulletin of the World Health Organization* 78(1): 66–74. [http://www.who.int/docstore/bulletin/pdf/2000/issue1/bu0201.pdf].
- CEH (Comisión de Esclarecimiento Histórico). 1999.** *Guatemala. Memoria del Silencio. Tomo IV. Consecuencias y Efectos de la Violencia*. Guatemala City: United Nations Office for Project Services, Servigráficos S.A.
- Center for Global Development. 2004.** "Why Global Development Matters for the U.S." Rich World, Poor World Brief, 24 April. Washington, DC. [http://www.cgdev.org/docs/rp_why matters.pdf]. May 2005.
- Centre for International Cooperation and Security, Department of Peace Studies. 2005.** "The Impact of Armed Violence on Poverty and Development: Full Report to the Armed Violence and Poverty Initiative." Paper commissioned for UK Department for Investing in Development. University of Bradford, Bradford.
- Cernat, Lucian, Sam Laird, and Alessandro Turrini. 2003.** "Back to Basics: Market Access Issues in the Doha Agenda." United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. [http://192.91.247.38/tab/pubs/itcdtabMisc9_en.pdf]. May 2005.
- Chanda, Rupa. 1999.** "Movement of Natural Persons and Trade in Services: Liberalising Temporary Movement of Labour Under the GATS." ICRIER Working Paper 51. Indian Council for Research on International Economic Relations, New Delhi.
- Chauduri, Shubham, Pinelopi K. Goldberg, and Panle Jia. 2003.** *The Effects of Extending Intellectual Property Rights Protection to Developing Countries: A Case Study of the Indian Pharmaceutical Market*. NBER Working Paper 10159. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research. [http://papers.nber.org/papers/w10159.pdf]. May 2005.
- Chen, Shaohua, and Martin Ravallion. 2004.** "How Have the World's Poorest Fared since the Early 1980s?" Policy Research Paper 3341. World Bank, Washington, DC.
- Chen, Shaohua, and Yan Wang. 2001.** "China's Growth and Poverty Reduction: Recent Trends between 1990 and 1999." Policy Research Working Paper 2651. Washington, DC.
- Chesterman, Simon. 2001.** *Just War or Just Peace? Humanitarian Intervention and International Law*. Oxford: Oxford University Press.
- China, National Bureau of Statistics of. 2004.** "China Statistical Yearbook 2004." Beijing. [http://www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/yearlydata/yb2004-e/indexe.htm]. June 2005.
- CIDCM (Center for International Development and Conflict Management). 2005.** *The Polity IV Project 2005: Political Regime Characteristics and Transitions, 1800–2003*. Database. University of Maryland, College Park.
- Cilliers, Jakkie, and Kathryn Sturman. 2002.** "The Right Intervention: Enforcement Challenges for the African Union." *African Security Review* 11(3): 29–39.
- Claeson, Mariam, Eduard R. Bos, Tazim Mawji, and Indra Pathmanathan. 2000.** "Reducing Child Mortality in India in the New Millennium." *Bulletin of the World Health Organization* 78(10): 1192–99. Geneva. [http://www.scielosp.org/pdf/bwho/v78n10/78n10a05.pdf]. May 2005.
- Clark, Wesley K. 2003.** *Winning Modern Wars: Iraq, Terrorism, and the American Empire*. New York: Public Affairs.
- Clemens, Michael, Rikhil Bhavnani, and Steven Radelet. 2004.** "Counting Chickens When They Hatch: The Short-Term Effect of Aid on Growth." Working Paper 44. Center for Global Development, Washington, DC. [http://econwpa.wustl.edu/eps/ff/papers/0407/0407010.pdf]. May 2005.
- Clemens, Michael, Charles Kenny, and Todd Moss. 2005.** "The Trouble with the MDGs: Confronting Expectations of Aid and Development Success." Working Paper 40. Center for Global Development, Washington, DC. [http://econwpa.wustl.edu/eps/dev/papers/0405/0405011.pdf]. March 2005.
- Coady, David, and Susan Parker. 2005.** "A Cost-Effectiveness Analysis of Demand and Supply-Side Education Interventions: The Case of PROGRESA in Mexico." IFPRI Discussion Paper 127. International Food Policy Research Institute, Washington, DC.
- Coady, David, Margaret Grosh, and John Hoddinott. 2004.** *Targeting of Transfers in Developing Countries: Review of Lessons and Experience*. Washington, DC: World Bank.
- Collier, Paul. 1999.** "Aid Dependency: A Critique." *Journal of African Economies* 8(4): 528–45.
- Collier, Paul, and Jan Dehn. 2001.** "Aid, Shocks, and Growth." Policy Research Working Paper 2688. World Bank, Washington, DC. [http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2001/11/06/000094946_01102304052049/Rendered/PDF/multi0page.pdf]. May 2005.
- Collier, Paul, and David Dollar. 2002a.** "Aid Allocation and Poverty Reduction." *European Economic Review* 46(8): 1475–1500. [http://www.sciencedirect.com/science?_ob=MLmg&_imagekey=B6V64-44B6VR3-1-32&_cdi=5804&_user=666074&_orig=browse&_c overDate=09%2F30%2F2002&_sk=999539991&view=c&wchp =dGLbVzz-zSkWA&md5=b0d4b7f87e8527420e35dd45dd04617 0&ie=/sdarticle.pdf]. March 2005.
- , 2002b. *Globalization, Growth, and Poverty: Building an Inclusive World Economy*. Washington, DC: World Bank and Oxford University Press
- , 2004. "Development Effectiveness: What Have We Learnt?" *The Economic Journal* 114(496): F244–F271.
- Collier, Paul, and J. Gunning. 1999.** "Explaining African Economic Performance." *Journal of Economic Literature* 37(1): 64–111.
- Collier, Paul, and Anke Hoefler. 2001.** "Greed and Grievance in Civil War." World Bank, Washington, DC. [http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedgrievance_23oct.pdf]. May 2005.
- , 2002. "Aid, Policy, and Growth in Post-Conflict Societies." Policy Research Working Paper 2902. World Bank, Washington, DC. [http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2002/11/01/000094946_02101904245026/Rendered/PDF/multi0page.pdf]. May 2005.
- , 2004a. "The Challenge of Reducing the Global Incidence of Civil War." Paper prepared for the Copenhagen Consensus Project. Oxford. [http://www.copenhagenconsensus.com/Files/Filer/CC/Papers/Conflicts_230404.pdf]. May 2005.
- , 2004b. "Conflicts." In Bjørn Lomborg, ed., *Global Crises, Global Solutions*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Collier, Paul, V. L. Elliot, Håvard Hegre, Anke Hoeffler, Marta Reynal-Querol, and Nicholas Sambanis.** 2003. *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*. Washington, DC: World Bank and Oxford University Press. [http://web.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2003/06/30/000094946_0306190405396/Rendered/PDF/multi0page.pdf]. May 2005.
- Commission for Africa.** 2005. "Our Common Interest: Report of the Commission for Africa." London. [http://www.commissionforafrica.org/english/report/thereport/english/11-03-05_cr_report.pdf]. May 2005.
- Commission on Human Security.** 2003. *Human Security Now: Report of the Commission on Human Security*. New York. [http://www.humansecurity-chs.org/finalreport/FinalReport.pdf]. May 2005.
- Commission on International Development.** 1969. *Partners in Development: Report of the Commission on International Development*. New York: Praeger Publishers.
- Commission on Macroeconomics and Health.** 2001. "Macroeconomics and Health: Investing in Health for Economic Development." World Health Organization, Geneva. [http://www3.who.int/whosis/cmh/cmh_report/e/pdf/001-004.pdf]. May 2005.
- Commission on Social Justice.** 1993. *The Justice Gap*. London: Institute for Public Policy Research.
- Commission on Weak States and US National Security.** 2004. "On the Brink: Weak States and US National Security." Center for Global Development, Washington, DC. [http://www.cgdev.org/docs/Full_Report.pdf].
- Conflictsensitivity.org.** 2004. "Conflict-Sensitive Approaches to Development, Humanitarian Assistance and Peacebuilding: A Resource Pack." [http://www.conflictsensitivity.org]. May 2005.
- Corbacho, Ana, and Gerd Schwartz.** 2002. "Mexico: Experiences with Pro-Poor Expenditure Policies." IMF Working Paper WP/02/12. International Monetary Fund, Washington, DC. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2002/wp0212.pdf]. May 2005.
- Cordella, Tito, and Giovanni Dell'Ariccia.** 2003. "Budget Support versus Project Aid." IMF Working Paper WP/03/88. International Monetary Fund, Washington, DC. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2003/wp0388.pdf]. March 2005.
- Cornejo, Luis Jorge.** 2002. "Rules of Origin and Trade Preferences." In Bernard Hoekman, Aaditya Mattoo, and Philip English, eds., *Development, Trade, and the WTO: A Handbook*. Washington, DC: World Bank.
- Cornia, Giovanni Andrea, ed.** 2004. *Inequality, Growth, and Poverty in an Era of Liberalization and Globalization*. Oxford: Oxford University Press.
- Cousens, Elizabeth.** 2002. "From Missed Opportunities to Overcompensation: Implementing the Dayton Agreement on Bosnia." In Stephen J. Stedman, D. Rothchild, and Elizabeth Cousens, eds. *Ending Civil Wars: The Implementation of Peace Agreements*. Boulder, Colo.: Lynne Rienner.
- Cousens, Simon, Joy E. Lawn, and Jelka Zupan.** 2005. "Four Million Neonatal Deaths: When? Where? Why?" *The Lancet* 365(9462): 891–900.
- Cragin, Kim, and Peter Chalk.** 2003. "Terrorism and Development: Using Social and Economic Development to Inhibit a Resurgence of Terrorism." RAND Corporation, Santa Monica, Calif. [http://www.rand.org/publications/MR/MR1630/MR1630.pdf]. May 2005.
- CTA (Technical Centre for Agricultural and Rural Cooperation ACP-EU).** 2004. "EU Common Fisheries Policy and Its Implications for EU-ACP Relations." [http://agritrade.cta.int/fisheries/ctp/].
- Daalder, Ivo H., and James M. Lindsay.** 2003. *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Dalgaard, Carl-Johan, Henrik Hansen, and Finn Tarp.** 2004. "On the Empirics of Foreign Aid and Growth." *The Economic Journal* 114(496): F191–F216. [http://www.univ-paris12.fr/www/labos/gratice/Hansen%20.pdf]. March 2005.
- Dallaire, Lt. Gen. Roméo.** 2003. *Shake Hands with the Devil: The Failure of Humanity in Rwanda*. New York: Carroll & Graf.
- Das, Gurcharan.** 2001. "India's Growing Middle Class." *The Globalist*. 5 November. [http://www.theglobalist.com/DBWeb/StoryId.aspx?StoryId=2195]. May 2005.
- Datt, Gaurav, and Martin Ravallion.** 2002. "Is India's Economic Growth Leaving the Poor Behind?" Policy Research Working Paper 2846. World Bank, Washington, DC.
- de Córdoba, Santiago Fernandez, and David Vanzetti.** 2005. "Coping with Trade Reforms: Implications of the WTO Industrial Tariff Negotiations for Developing Countries." United Nations Conference on Trade and Development, Geneva.
- de Ferranti, David, Guillermo E. Perry, Francisco H.G. Ferreira, Michael Walton, David Coady, Wendy Cunningham, Leonardo Gasparini, Joyce Jacobsen, Yasuhiko Matsuda, James Robinson, Kenneth Sokoloff, and Quentin Wodon.** 2003. *Inequality in Latin America and the Caribbean: Breaking With History?* Washington, DC: World Bank. [http://wbln0018.worldbank.org/LAC/lacinfoclient.nsf/d29684951174975c85256735007fef12/32d7c0bacee5752a85256dba00545d3f/\$FILE/Inequality%20in%20Latin%20America%20-%20complete.pdf]. May 2005.
- de Renzio, Paolo.** 2005. "Can More Aid Be Spent in Africa?" *Opinions* 30. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/publications/opinions/30_odi_opinions_aid_africa_jan05.pdf]. May 2005.
- de Renzio, Paolo, David Booth, Andrew Rogerson, and Zaza Curran.** 2004. "Incentives for Harmonisation in Aid Agencies: A Report to the DAC Working Party on Aid Effectiveness." Overseas Development Institute, London. [http://www.oecd.org/dataoecd/58/27/34373869.pdf]. March 2005.
- de Waal, Alex.** 1997. *Famine Crimes: Politics and the Disaster Relief Industry in Africa*. London: African Rights and the International African Institute.
- Deaton, Angus.** 2002. "Policy Implications of the Gradient of Health and Wealth: An Economist Asks Would Redistributing Income Improve Population Health?" *Health Affairs* 21(2): 13–30.
- . 2003. "Health, Inequality, and Economic Development." *Journal of Economic Literature* 41 (March): 113–58. [http://www.wcfia.harvard.edu/conferences/socialcapital/Happiness%20Readings/DeatonNew.pdf]. May 2005.
- . 2004. "Health in an Age of Globalization." Paper prepared for the Brookings Trade Forum, 13–14 May, Washington, DC. [http://www.wss.princeton.edu/~rpd/downloads/deaton_healthglobalage.pdf]. May 2005.
- Deaton, Angus, and Jean Drèze.** 2002. "Poverty and Inequality in India: A Re-Examination." *Economic and Political Weekly* 37(35): 3729–48.
- Deaton, Angus, and Valerie Kozel.** 2004. "Data and Dogma: The Great Indian Poverty Debate." Princeton University, Research Program in Development Studies, and World Bank, Washington, DC. [http://poverty2.forumone.com/files/15168_deaton_kozel_2004.pdf]. May 2005.
- Deininger, Klaus, and Paul Mpuga.** 2004. "Economic and Welfare Effects of the Abolition of Health User Fees: Evidence from Uganda." Policy Research Working Paper 3276. World Bank, Washington, DC. [http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2004/05/21/000009486_20040521105433/Rendered/PDF/wps3276health.pdf]. May 2005.
- DeLong, Bradford, and Barry Eichengreen.** 1991. "The Marshall Plan: History's Most Successful Structural Adjustment Program." Centre for Economic Performance, the Anglo-German Foundations, and Landeszentralbank Hamburg. Paper presented at the conference on Post-World War II European Reconstruction, 5–7 September, Hamburg, Germany.
- Demombynes, Gabriel, and Johannes Hoogveen.** 2004. "Growth, Inequality, and Stimulated Poverty Paths for Tanzania, 1992–2002." Policy Research Working Paper 3432. World Bank, Washington, DC.

- Dev, Mahendra. 2002.** "Pro-Poor Growth in India: What Do We Know about the Employment Effects of Growth 1980–2000?" Working Paper 161. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/publications/wp161.pdf]. May 2005.
- Devarajan, Shantayanan, and Ritva Reinikka. 2003.** "Making Services Work for Poor People." *Finance & Development* 40(3): 48–51. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/09/pdf/devaraja.pdf]. May 2005.
- Devarajan, Shantayanan, Margaret Miller, and Eric Swanson. 2002.** "Goals for Development: History, Prospects, and Costs." Policy Research Working Paper 2819. World Bank, Washington, DC. [http://econ.worldbank.org/files/13269_wps2819.pdf]. March 2005.
- Development Initiatives. 2005d.** Correspondence on official development assistance. May. London.
- DFID (UK Department for International Development). 2003.** "Standards as Barriers to Trade: Issues for Development." Background Briefing. London. [http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/tradebrief-standards.pdf]. May 2005.
- . **2004a.** "Nepal Country Assistance Plan 2004." London. [http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/capnepal.pdf]. May 2005.
- . **2004b.** "What Is Pro-poor Growth and Why Do We Need to Know?" Pro-Poor Growth Briefing Note 1. London.
- . **2005.** "Why We Need to Work More Effectively in Fragile States." London. [http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/fragilestates-paper.pdf].
- DFID (UK Department for International Development), Foreign and Commonwealth Office, and UK (United Kingdom), HM Treasury. 2005.** "Partnerships for Poverty Reduction: Rethinking Conditionality." London. [http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/conditionality.pdf]. May 2005.
- Diao, Xinshen, and Peter Hazell. 2003.** "Africa: Exploring Market Opportunities for African Smallholders." 2020 Africa Conference Brief 6. International Food Policy Research Institute, Washington, DC. [http://www.ifpri.org/pubs/ib/ib22.pdf]. May 2005.
- Diao, Xinshen, Eugenio Diaz-Bonilla, and Sherman Robinson. 2003.** "How Much Does It Hurt: The Impact of Agricultural Trade Policies on Developing Countries." International Food Policy Research Institute, Washington, DC.
- Diao, Xinshen, Eugenio Diaz-Bonilla, Sherman Robinson, and David Orden. 2005.** "Tell Me Where It Hurts, an' I'll Tell You Who to Call: Industrialized Countries' Agricultural Policies and Developing Countries." MTID Discussion Paper 84. International Food Policy Research Institute, Markets, Trade, and Institutions Divisions, Washington, DC. [http://www.ifpri.org/divs/mtid/dp/papers/mtidp84.pdf]. May 2005.
- Dodge, C. P. 1990.** "Health Implications of War in Uganda and Sudan." *Social Science & Medicine* 31(6): 691–98.
- Dollar, David. 2004.** "Reform, Growth and Poverty." In Paul Glewwe, Nisha Agrawal, and David Dollar, eds., *Economic Growth, Poverty and Household Welfare in Vietnam*. Washington, DC: World Bank. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer?WDSPIB/2004/06/09/000012009_20040609161332/Rendered/PDF/290860rev.pdf]. May 2005.
- Dollar, David, and Craig Burnside. 2000.** "Aid, Policies, and Growth." *American Economic Review* 90(4): 847–68.
- Dollar, David, and Aart Kraay. 2001a.** "Growth Is Good for the Poor." World Bank, Development Research Group, Washington, DC. [http://www.worldbank.org/research/growth/pdffiles/growthgoodforpoor.pdf]. May 2005.
- . **2001b.** "Trade, Growth, and Poverty." World Bank, Development Research Group, Washington, DC. [http://www.worldbank.org/research/growth/pdffiles/Trade5.pdf]. May 2005.
- Dollar, David, and Victoria Levin. 2004.** "The Increasing Selectivity of Aid, 1984–2002." Policy Research Working Paper 3299. World Bank, Washington, DC.
- Dorosh, Paul. 2002.** "Trade Liberalization and Food Security in Bangladesh." ICRIER-ICAR-IFPRI Conference on Economic Reforms and Food Security: The Role of Trade and Technology, 24–25 April, New Delhi.
- Doyle, Michael W. 2001.** "War-Making and Peace-Making: The United Nations' Post-Cold War Record." In Chester A. Crocker, Fen Osler Hampson, and Pamela Aall, eds., *Turbulent Peace: The Challenges of Managing International Conflict*. Washington, DC: United States Institute of Peace Press.
- Drahos, Peter. 2001.** "BITs and BIPs: Bilateralism in Intellectual Property." *Journal of World Intellectual Property* 4(6): 791–808.
- Drahos, Peter, and John Braithwaite. 2002.** *Information Feudalism: Who Owns the Knowledge Economy?* London: Earthscan.
- Drèze, Jean. 2004.** "Bangladesh Shows the Way." *The Hindu*, 17 September.
- Drèze, Jean, and Mamta Murthi. 2001.** "Fertility, Education, and Development: Evidence from India." *Population and Development Review* 27(1): 33–63.
- Duffield, Mark. 1994.** "The Political Economy of Internal War: Asset Transfer, Complex Emergencies and International Aid." In Joanna Macrae and Anthony Zwi, eds., *War and Hunger: Rethinking International Responses*. London: Zed Press.
- . **1998.** "Aid Policy and Post Modern Conflict: A Critical Review." Occasional Paper 19. University of Birmingham, School of Public Policy, Birmingham, United Kingdom.
- Duncan, Brack. 2004.** "Trade, Aid and Security: Introduction, Background and Conceptual Framework." Second draft. Winnipeg, Canada. [http://www.iisd.org/pdf/2005/security_trade_aid_sec.pdf]. May 2005.
- Dunning, John. 2003.** *Making Globalization Good: The Moral Challenges of Global Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- The Economist. 2004a.** "The Best Use of Aid?" 26 April.
- . **2004b.** "A Question of Justice." 11 March.
- Edsforth, Ronald. 2000.** *The New Deal: America's Response to the Great Depression*. Oxford: Blackwell.
- Egerter, Susan, Kristen Marchi, Catherine Cubbin, Paula Braveman, Alina Salganicoff, and Usha R. Ranji. 2004.** "Disparities in Maternal and Infant Health: Are We Making Progress? Lessons from California." The Henry J. Kaiser Family Foundation, Washington, DC. [http://www.kff.org/womenshealth/loader.cfm?url=/commonspot/security/getfile.cfm&PageID=47306]. May 2005.
- Elbadawi, Ibrahim. 1999.** "External Aid: Help or Hindrance to Export Orientation in Africa?" *Journal of African Economies* 8(4): 578–616.
- Elliott, Kimberly Ann. 2000.** "(Mis)Managing Diversity: Worker Rights and US Trade Policy." *International Negotiation* 5: 97–127. [http://www.iie.com/publications/papers/elliott0900.pdf]. May 2005.
- Environmental Working Group. 2005.** *Farm Subsidy Database*. Database. Washington, DC. [http://www.ewg.org/farm/progdetail.php?fips=00000&progcode=total&page=states]. May 2005.
- EORG (The European Opinion Research Group). 2003.** "L'aide aux pays en développement." Eurobarometer 58.2. Commission Européenne, Direction Générale Développement Brussels. [http://europa.eu.int/comm/development/body/tmp_docs/EB58.pdf]. March 2005.
- Evans, P. 2005.** "Transferable Lessons? Re-examining the Institutional Pre-requisites of East Asian Economic Policies." *Journal of Development Studies* 34(6): 66–86.
- FAO (Food and Agricultural Organization). 2004a.** "Cotton: Impact of Support Policies on Developing Countries—Why Do the Numbers Vary?" FAO Trade Policy Brief on Issues Related to the WTO Negotiations on Agriculture 1. Rome.
- . **2004b.** *The State of Food Insecurity in the World 2004*. Rome. [http://www.fao.org/documents/show_cdr.asp?url_file=/docrep/007/y5650e/y5650e00.htm]. May 2005.

- . 2005. *FAO Statistical Databases*. Rome. [<http://faostat.fao.org/>]. June 2005.
- Farmer, Paul.** 2004. *Pathologies of Power: Health, Human Rights, and the New War on the Poor*. Berkeley: University of California Press.
- FBI (Federal Bureau of Investigation).** Various years. "Uniform Crime Reports." Washington, DC. [<http://www.fbi.gov/ucr/ucr.htm>]. May 2005.
- Fearon, James, and David Laitin.** 2003. "Ethnicity, Insurgency, and Civil War." *American Political Science Review* 97(1): 75–90.
- Fedelino, Annalisa, and Alina Kudina.** 2003. "Fiscal Sustainability in African HIPC Countries: A Policy Dilemma?" IMF Working Paper WP/03/187. International Monetary Fund, Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2003/wp03187.pdf>]. March 2005.
- Feinstein, Lee, and Anne-Marie Slaughter.** 2004. "A Duty to Prevent." *Foreign Affairs* 83(1): 136–50.
- Firebaugh, Glenn.** 2003. *The New Geography of Global Income Inequality*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Fiszbein, Ariel, Paula Inés Giovagnoli, and Isidro Adúriz.** 2002. "Argentina's Crisis and Its Impact on Household Welfare." Working Paper 1/02. World Bank Office for Argentina, Chile, Paraguay and Uruguay, Washington, DC. [[http://wbln0018.worldbank.org/lac/lacinfoclient.nsf/5996dfbf9847f67d85256736005dc67c/1c506119f270f43a85256d00531139/\\$FILE/ESW01-02_bienestar_eng.pdf](http://wbln0018.worldbank.org/lac/lacinfoclient.nsf/5996dfbf9847f67d85256736005dc67c/1c506119f270f43a85256d00531139/$FILE/ESW01-02_bienestar_eng.pdf)]. May 2005.
- Foster, Mick, and Adrian Fozzard.** 2000. "Aid and Public Expenditure: A Guide." Working Paper 141. Overseas Development Institute, Centre for Aid and Public Expenditure, London. [<http://www.odi.org.uk/publications/wp141.pdf>]. March 2005.
- Foster, Mick, and Andrew Keith.** 2003a. *The Case for Increased Aid: Final Report to the Department for International Development. Volume 1: Main Report*. Essex, United Kingdom: Mick Foster Economics Ltd. [<http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/caseforaid-vol1.pdf>]. March 2005.
- . 2003b. *The Case for Increased Aid: Final Report to the Department for International Development. Volume 2: Country Case Studies*. Essex, United Kingdom: Mick Foster Economics Ltd. [<http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/caseforaid-vol2.pdf>]. March 2005.
- Freedman, Lawrence.** 1993. "Weak States and the West: Warfare Has a Future." *The Economist*, 11 September.
- Frum, David, and Richard Perle.** 2003. *An End to Evil: How to Win the War on Terror*. New York: Random House.
- Frye, Isobel.** 2002. Statement made on behalf of the Black Sash at the Commission on Human Security public hearings on human security, Global Civil Society Forum of the World Summit on Sustainable Development, 27 August, Johannesburg.
- Fuentes, Juan Alberto.** 2005b. Personal communication: "Colombia Budget Analysis." April. Guatemala City.
- G-8 (Group of Eight).** 2005. "G-8 Gleneagle 2005." [<http://www.g8.gov.uk>]. July 2005.
- Galeano, Eduardo.** 1973. *Open Veins of Latin America: Five Centuries of the Pillage of a Continent*. New York: Monthly Review Press.
- GAVI (Global Alliance for Vaccines and Immunization) and The Vaccine Fund.** 2005a. "GAVI/The Vaccine Fund—Progress and Achievements." Geneva and Washington, DC. [http://gavi.elca-services.com/resources/FS_Progress___Achievements_en_Jan05.pdf]. May 2005.
- . 2005b. "Progress and Challenges 2004." Geneva and Washington, DC. [http://www.vaccinealliance.org/resources/gavi_pandc2004.pdf]. May 2005.
- Gelb, Stephen.** 2004. "Inequality in South Africa: Nature, Causes and Responses." African Development and Poverty Reduction: The Macro-Micro Linkage, 13–15 October, Somerset West, South Africa. [http://www.commerce.uct.ac.za/dpru/dpruconference2004/Papers/Gelb_inequality_in_SouthAfrica.pdf]. May 2005.
- Gemmell, Norman, and Mark McGillivray.** 1998. "Aid and Tax Instability and the Government Budget Constraints in Developing Countries." Research Paper 98/1. CREDIT (Centre for Research in Economic Development and International Trade). University of Nottingham, Nottingham, United Kingdom.
- Ghobarah, Hazem Adam, Paul Huth, and Bruce Russett.** 2004. "The Post-War Public Health Effects of Civil Conflict." *Social Science & Medicine* 59(4): 869–84.
- Gibbon, Peter.** 2003. "Value-chain Governance, Public Regulation and Entry Barriers in the Global Fresh Fruit and Vegetable Chain into the EU." *Development Policy Review* 21(5-6): 615–25.
- Gilbert, Christopher L.** 1996. "International Commodity Agreements: An Obituary." *World Development* 24(1): 1–19.
- Gillespie, Stuart, and Suneetha Kadiyala.** 2005. "HIV/AIDS and Food and Nutrition Security: From Evidence to Action." IFPRI Food Policy Review 7. International Food Policy Research Institute, Washington, DC. [<http://www.ifpri.org/pubs/fpreview/pv07/pv07.pdf>]. May 2005.
- Ginifer, Jeremy.** 2005. "Armed Violence and Poverty in Sierra Leone." Case study for the Armed Violence and Poverty Initiative. University of Bradford, Center for International Cooperation and Security, Bradford, United Kingdom.
- Global Campaign for Education.** 2005. "Universal Primary Education by 2015." Brussels. [<http://www.campaignforeducation.org/>]. May 2005.
- Global IDP Project.** 2003. "Precarious Health Situation Prevailing in Chechnya." Geneva. [<http://www.db.idproject.org/Sites/IdpProjectDb/idpSurvey.nsf/wViewCountries/053B0FBFC11AA8D5C1256E01005A0ABF>]. May 2005.
- . 2005a. *Internal Displacement: Global Overview of Trends and Developments in 2004*. Geneva. [http://www.idproject.org/publications/2005/Global_overview_%202004_final.pdf]. May 2005.
- . 2005b. "War in Darfur Has Displaced Close to Two Million People Since February 2003." Geneva. [<http://www.db.idproject.org/Sites/IdpProjectDb/idpSurvey.nsf/wViewCountries/8E0D7B571AC744F2C1256CE0038F23A>]. May 2005.
- Global Witness.** 2004. "Broken Vows: Exposing the 'Loupe' Holes in the Diamond Industry's Efforts to Prevent the Trade in Conflict Diamonds." London. [<http://www.globalwitness.org/reports/download.php/00126.pdf>]. April 2005.
- Goldberg, Jörg.** 2005. "The Pilot Social Cash Transfer Scheme: Kalomo District—Zambia." Third Forum on Human Development, 17–19 January, Paris. [http://hdr.undp.org/docs/events/global_forum/2005/papers/Jorg_Goldberg.pdf]. May 2005.
- Goldstone, Jack.** 2005. "Population and Security: How Demographic Change Can Lead to Violent Conflict." *Journal of International Affairs* 56(1): 283–302.
- Goodhand, Jonathan, and Philippa Atkinson.** 2001. "Conflict and Aid: Enhancing the Peacebuilding Impact of International Engagement: A Synthesis of Findings from Afghanistan, Liberia and Sri Lanka." International Alert, London. [<http://www.international-alert.org/pdf/pubdev/Synthrep.pdf>]. April 2005.
- Gordillo, Gustavo, Alain de Janvry, Jean-Philippe Platteau, and Elisabeth Sadoulet, eds.** 2001. *Access to Land, Rural Poverty and Public Action*. Oxford: Oxford University Press.
- Graham, Wendy J.** 2004. "Exploring the Links between Maternal Death and Poverty." *In Focus* (May) 6–8 [<http://www.undp.org/povertycentre/newsletters/infocus3may04eng.pdf>].
- Gray, S. J.** 2000. "A Memory of Loss: Ecological Politics, Local History, and the Evolution of Karimojong Violence." *Human Organization* 59(4): 401–18.
- Gunter, Bernhard G.** 2004. "The Social Dimension of Globalization: A Review of the Literature." *International Labour Review* 143(1–2): 7–43.
- Gupta, Geeta Rao, Daniel Whelan, and Keera Allendorf.** 2003. "Integrating Gender Into HIV/AIDS Programmes: A Review Paper."

- World Health Organization, Geneva. [http://www.who.int/gender/hiv_aids/en/Integrating%5b258KB%5d.pdf]. May 2005.
- Gupta, Sanjeev, Benedict Clements, Alexander Pivovarsky, and Erwin R. Tiongson. 2003.** "Foreign Aid and Revenue Response: Does the Composition of Aid Matter?" IMF Working Paper WP/03/176. International Monetary Fund, Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2003/wp03176.pdf>]. March 2005.
- Gwatkin, Davidson, Shea Rutstein, Kiersten Johnson, Eldaw Abdalla Suliman, Adam Wagstaff, and Agbessi Amouzou. Forthcoming.** *Socioeconomic Differences in Health, Nutrition and Population*. Washington, DC: World Bank.
- Hansen, Henrik, and Finn Tarp. 2000.** "Aid Effectiveness Disputed." In F. Tarp and P. Hjertholm, eds., *Foreign Aid and Development: Lessons Learnt and Directions for the Future*. London: Routledge. [http://www.econ.ku.dk/derg/papers/Aid_Effectiveness_Disputed.pdf]. February 2005.
- Hausmann, Ricardo, and Dani Rodrik. 2002.** *Economic Development as Self-Discovery*. NBER Working Paper 8952. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research. [<http://papers.nber.org/papers/w8952.pdf>]. May 2005.
- Hausmann, Ricardo, Lant Pritchett, and Dani Rodrik. 2004.** "Growth Accelerations." NBER Working Paper 10566. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research.
- Hegarty, David. 2003.** "Peace Interventions in the South Pacific: Lessons from Bougainville and Solomon Islands." Asia-Pacific Center for Security Studies Conference—Island State Security: Oceania at the Crossroads, 15–17 July, Honolulu, Hawaii. [http://rspas.anu.edu.au/papers/conflict/hegarty_interventions.pdf]. April 2005.
- Hegre, Håvard, Tanja Ellingsen, Scott Gates, and Nils Petter Gleditsch. 2001.** "Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816–1992." *American Political Science Review* 95(1): 33–48.
- The Henry Kaiser Family Foundation. 2005.** "Child Death Rate per 100,000 Population." [<http://www.statehealthfacts.org>]. May 2005.
- High-Level Forum on the Health MDGs. 2004.** "Achieving the Health Millennium Development Goals in Fragile States." Abuja.
- Hills, John. 2004.** *Inequality and the State*. Oxford: Oxford University Press.
- Hocking, Brian, and Steven McGuire. 1999.** *Trade Politics*. London: Routledge.
- Hoekman, Bernard. 2002.** "The WTO: Functions and Basic Principles." In Bernard Hoekman, Aaditya Mattoo, and Philip English, eds., *Development, Trade, and the WTO: A Handbook*. Washington, DC: World Bank.
- . 2005. "Operationalizing the Concept of Policy Space in the WTO: Beyond Special and Differential Treatment of Developing Countries." In Ernst-Ulrich Petersmann, ed., *Reforming the World Trading System Rule-making, Trade Negotiations, and Dispute Settlement*. Oxford: Oxford University Press.
- Hoekman, Bernard, and Will Martin. 2001.** *Developing Countries and the WTO: A Pro-active Agenda*. Oxford: Blackwell Publishers.
- Hoekman, Bernard, Michael Kostecki, and M. M. Kostecki. 1995.** *The Political Economy of the World Trading System: From GATT to WTO*. Oxford: Oxford University Press.
- Hoekman, Bernard, Aaditya Mattoo, and Philip English, eds. 2002.** *Development, Trade and the WTO: A Handbook*. Washington, DC: World Bank.
- Holsti, Kalevi J. 2000.** "Political Causes of Humanitarian Emergencies." In Wayne E. Nafziger, Frances Stewart, and Raimo Vayrynen, eds., *War, Hunger, and Displacement: The Origins of Humanitarian Emergencies. Volume 1: Analysis*. Oxford: Oxford University Press.
- Horn, Karen, Dani Rodrik, and Margaret McMillan. 2003.** *When Economic Reform Goes Wrong: Cashews in Mozambique*. NBER Working Paper 9117. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research. [<http://www.nber.org/papers/W9117>]. May 2005.
- Horton, R. 1993.** "On the Brink of Humanitarian Disaster." *The Lancet* 343(8905): 1053.
- Human Rights Watch. 2004a.** "D.R. Congo: Civilians at Risk During Disarmament Operations." Backgrounder. New York. [<http://www.hrw.org/backgrounder/africa/drc1204/>]. May 2005.
- . 2004b. "Human Rights Abuses of Civilians by Armed Groups in Walungu." Backgrounder. New York. [http://www.hrw.org/backgrounder/africa/drc1204/2.htm#_Toc92019547]. May 2005.
- Humphreys, Macartan. 2003.** "Economics and Violent Conflict." Cambridge, Mass. [<http://www.preventconflict.org/portal/economics/Essay.pdf>]. May 2005.
- Humphreys, Macartan, and Ashutosh Varshney. 2004.** "Violent Conflict and the Millennium Development Goals: Diagnosis and Recommendations." Paper prepared for the meeting of the Millennium Development Goals Poverty Task Force Workshop, June, Bangkok.
- IADB (Inter-American Development Bank). 2004.** *Good Jobs Wanted: Labor Markets in Latin America*. Washington, DC.
- ICG (International Crisis Group). 2001a.** "Bosnia's Precarious Economy: Still Not Open for Business." ICG Balkans Report 115. Sarajevo. [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400375_07082001.pdf]. April 2005.
- . 2001b. "Bosnia: Reshaping the International Machinery." ICG Balkans Report 121. Sarajevo. [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400499_29112001-1.pdf]. May 2005.
- . 2002. "Liberia: The Key to Ending Regional Instability." ICG Africa Report 43. Brussels. [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400627_24042002.pdf]. May 2005.
- . 2003. "Sierra Leone: The State of Security and Governance." ICG Africa Report 67. Brussels. [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A401113_02092003.pdf]. May 2005.
- . 2004a. "Bolivia's Divisions: Too Deep to Heal?" ICG Latin America Report 7. Brussels. [http://www.crisisgroup.org/library/documents/latin_america/07___bolivias_divisions.pdf]. May 2005.
- . 2004b. "Liberia and Sierra Leone: Rebuilding Failed States." ICG Africa Report 87. Brussels. [http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/west_africa/087_liberia_and_sierra_leone_rebuilding_failed_states.pdf]. May 2005.
- ICISS (International Commission on Intervention and State Sovereignty). 2001.** "The Responsibility to Protect: Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty." Ottawa. [http://www.idrc.org.sg/en/ev-9436-201-1-DO_TOPIC.html]. April 2005.
- IFPRI (International Food Policy Research Institute). 2005.** "Women: Still the Key to Food and Nutrition Security." Washington, DC. [<http://www.ifpri.org/pubs/lb/lb33.pdf>]. May 2005.
- IIPS (International Institute for Population Studies) and ORC Macro. 2000.** "National Family Health Survey (NFHS-2)." Mumbai, India and Calverton, Md. [<http://www.nfhsindia.org/india2.html>]. June 2005.
- IMF (International Monetary Fund). 2001.** "Conditionality in Fund-Supported Programs—Policy Issues." Policy Development and review Department, Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/np/pdr/cond/2001/eng/policy/021601.pdf>]. May 2005.
- . 2002. "Aid and Fiscal Management." IMF Conference on Macroeconomics and Poverty, 14–15 March, Washington, DC.
- . 2003a. "Financing of Losses from Preference Erosion, Note on Issues Raised by Developing Countries in the Doha Round." Communication to the WTO WT/TF/COH/14. Washington, DC.
- . 2003b. "Vietnam, Selected Issues." IMF Country Report 03/381. Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03381.pdf>]. May 2005.
- . 2004a. "Argentina: First Review under the Stand-By Arrangement and Request for Waiver of Nonobservance and

- Applicability of Performance Criteria." IMF Country Report 04/194. Washington, DC. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04194.pdf]. May 2005.
- . **2004b.** "Fund Support for Trade-Related Balance of Payments Adjustments." Policy Development and Review Department, Washington, DC. [http://www.imf.org/external/np/pdr/tim/2004/eng/022704.pdf]. May 2005.
- . **2005a.** "Burkina Faso: Second and Third Reviews under the Three-Year Arrangement Under the Poverty Reduction and Growth Facility and Requests for Waiver of Nonobservance of Performance Criteria and Extension of Commitment Period." IMF Country Report 05/95. Washington, DC. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2005/cr0595.pdf]. May 2005.
- . **2005b.** *World Economic Outlook*. Washington, DC.
- IMF (International Monetary Fund) and World Bank. 2001.** "Market Access for Developing Country Exports: Selected Issues." Washington, DC. [http://www.worldbank.org/economics/marketaccess.pdf]. May 2005.
- India, Ministry of Statistics and Programme Implementation. 2002a.** "Selected Socio-Economic Statistics India." New Delhi. [http://mospi.nic.in/cso_rept_pubn.htm]. May 2005.
- . **2002b.** "Women and Men in India." New Delhi. [http://mospi.nic.in/cso_rept_pubn.htm]. May 2005.
- Indiatogether.org. 2004.** "Interview with Jean Drèze, National Advisory Council Member." [http://www.indiatogether.org/2004/sep/pov-nrega.htm]. May 2005.
- Integrated Framework for Trade-Related Technical Assistance to Least Developed Countries. 2003.** "Senegal: Diagnostic Trade Integration Study." Vol 1. Washington, DC. [http://www.integratedframework.org/files/Senegal_dtis_en.pdf]. May 2005.
- Intel. 2005.** "Intel's Worldwide Manufacturing Operations." [http://www.intel.com/pressroom/kits/manufacturing/manufacturing_qa.htm#1]. May 2005.
- International Cotton Advisory Committee. 2005.** Correspondence on cotton prices and production. April. Washington, DC.
- Inyega, Hellen Nasimiuyh, and Patricia Nyawira Mbugua. 2005.** "Education Technology in Kenya Today and Tomorrow." In M. Orey, T. Amiel, and J. McClendon, eds., *The World Almanac of Education Technologies*. [http://www.waet.uga.edu/kenya/kenya.htm]. May 2005.
- IRC (International Rescue Committee). 2004.** "Mortality in the Democratic Republic of Congo: Results from a Nationwide Survey." New York. [http://www.theirc.org/pdf/DRC_MortalitySurvey2004_RB_8Dec04.pdf]. May 2005.
- ISMEA (Istituto di Servizi per il Mercato Agricolo Alimentare). 2003.** "Bandi gara Agea: Forniture alimentari ai paesi in via di sviluppo." Fornitura di riso a grana lunga all'Afghanistan: Bando di gara prot. N. 37/DIR del 17/01/2003. [http://www.ismea.it/RPrincipale_n.asp?FT=TRUE&area=4&sottoarea=3&sottoarea=2=2]. May 2005.
- Jaffee, Steven. 2003.** "From Challenge to Opportunity: Transforming Kenya's Fresh Vegetable Trade in the Context of Emerging Food Safety and other Standards in Europe." Agriculture and Rural Development Discussion Paper 2. World Bank, Washington, DC. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer?WDSPath=IB/2005/01/24/000112742_20050124135734/Rendered/PDF/310100revised0ARD1DP11KE.pdf]. May 2005.
- . **2005.** "Delivering and Taking the Heat: Indian Spices and Evolving Product and Process Standards." World Bank, Washington, DC. [http://siteresources.worldbank.org/INTRANETTRADE/Resources/Topics/Standards/IndiaSpicesF.pdf]. May 2005.
- James, E. 2001.** *The End of Globalisation: Lessons from the Great Depression*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Jank, Marcos Sawaya, Maristela Franco Paes Leme, André Meloni Nassar, and Paulo Faveret Filho. 2001.** "Concentration and Internationalization of Brazilian Agribusiness Exporters." *International Food and Agribusiness Management Review* 2(3/4): 359–74.
- Jepma, Catrinus J. 1991.** "The Tying of Aid." Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris.
- Jha, P., and A. Mills. 2002.** "Improving Health Outcomes of the Poor." Report of Working Group 5 of the Commission on Macroeconomics and Health. World Health Organization, Geneva.
- Jha, Veena. 2005.** "Trade Adjustment Study: India." United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. [http://192.91.247.38/tab/naameeting/Draft%20with%20Tables-after%20final4.pdf]. June 2005.
- Johnson, Lyndon B. 1964.** "Great Society." University of Michigan commencement speech, 22 May, Ann Arbor. [http://www.cnn.com/SPECIALS/cold.war/episodes/13/documents/lbj/]. May 2005.
- Johnson, Alison, Matthew Martin, and Hannah Bargawi. 2004.** "The Effectiveness of Aid to Africa Since the HIPC Initiative: Issues, Evidence and Possible Areas for Action." Development Finance International, London. [http://www.dri.org.uk/pdfs/DFI_Aid_Effectiveness.pdf]. March 2005.
- Johnson, Robert, Steven Woolf, George Fryer, George Rust, and David Satcher. 2004.** "The Health Impact of Resolving Racial Disparities: An Analysis of US Mortality Data." *American Journal of Public Health* 94(12): 2078–81.
- Joint Learning Initiative. 2004.** *Human Resources for Health: Overcoming the Crisis*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press. [http://www.globalhealthtrust.org/report/Human_Resources_for_Health.pdf].
- Jones, Gareth Stedman. 2004.** *An End to Poverty? A Historical Debate*. London: Profile Books Ltd.
- Joshi, Vijay. 2004.** "Myth of India's Outsourcing Boom." *Financial Times*, 16 November.
- Juma, Monica, and Aida Mengistu. 2002.** "The Infrastructure of Peace in Africa: Assessing the Peacebuilding Capacity of African Institutions." International Peace Academy, New York. [http://www.ipacademy.org/Publications/Publications.htm]. May 2005.
- Justino, Patricia, Julie Litchfield, and Joko Niimi. 2004.** "Multidimensional Inequality: An Empirical Application to Brazil." PRUS Working Paper 24. Poverty Research Unit at Sussex, Brighton, United Kingdom. [http://www.sussex.ac.uk/Units/PRU/wps/wp24.pdf]. May 2005.
- Justino, Patricia, Julie Litchfield, and Laurence Whitehead. 2003.** "The Impact of Inequality in Latin America." PRUS Working Paper 21. Poverty Research Unit at Sussex, Brighton, United Kingdom.
- Kaczynski, V. M. and D. L. Fluharty. 2002.** "European Policies in West Africa: Who Benefits from Fisheries Agreements?" *Marine Policy* 26(2): 75–93.
- Kagan, Robert. 2002.** "Power and Weakness." *World Policy Review* 113. [http://www.policyreview.org/JUN02/kagan.html]. May 2005.
- Kagwanja, Peter. 2004.** "Darfur: An African Union Peace-Keeping Crucible?" Center for International Political Studies. Paper presented at "Keeping Peace in Tough Neighborhoods: The Challenges Confronting Peacekeepers in Africa," 14 September, Pretoria. [http://www.up.ac.za/academic/cips/Publications/KTP_Dr_Peter_Kagwanja_ICG.pdf]. April 2005.
- Kakwani, Nanak. 2004.** "Poverty Measurement Matters: An Indian Story." United Nations Development Programme, International Poverty Centre, Brasilia.
- Kakwani, Nanak, Shahid Khandker, and Hyun H. Son. 2004.** "Pro-Poor Growth: Concepts and Measurements with Country Case Studies." Working Paper 1. United Nations Development Programme, International Poverty Centre, Brasilia.
- Kaldor, Mary. 2001.** *New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era*. Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- Kalipeni, E., and J. Oppong. 1998.** "The Refugee Crisis in Africa and Implications for Health and Disease: A Political Ecology Approach." *Social Science & Medicine* 46(12): 1637–53.

- Kanbur, Ravi.** 2005. "Pareto's Revenge." Paper prepared for the Workshop on Ethics, Globalization, and Hunger, Cornell University, Ithaca, NY. [<http://www.he.cornell.edu/cfnpp/images/wp182.pdf>]. May 2005.
- Kasterine, Alexander.** 2004. "Agriculture, Rural Development and Pro-Poor Growth." UK Department for International Development, London.
- Kattan, Raja Bentaouet, and Nicholas Burnett.** 2004. "User Fees in Primary Education." World Bank, Human Development Network, Education Sector, Washington, DC. [http://www1.worldbank.org/education/pdf/EFACase_userfees.pdf]. March 2005.
- Keen, David.** 1998. *The Economic Functions of Violence in Civil Wars*. Adelphi Paper 320. Oxford: Oxford University Press.
- Kelch, David, and Mary Anne Normile.** 2004. "CAP Reform of 2003–2004." Report WRS-04-07. US Department of Agriculture, Washington, DC. [<http://www.ers.usda.gov/publications/WRS0407/wrs0407.pdf>]. May 2005.
- Kenya, Ministry of Planning and National Development.** 2003. *Millennium Development Goals: Progress Report for Kenya 2003*. Nairobi. [<http://www.undp.org/mdg/kenya.pdf>]. March 2005.
- . 2004. "Investment Programme for the Economic Recovery Strategy for Wealth and Employment Creation: 2003–2007." Poverty Reduction Strategy Paper. World Bank, Washington, DC. [<http://povlibrary.worldbank.org/files/cr0511.pdf>]. March 2005.
- Keynes, John Maynard.** 1980. "The International Control of Raw Material Prices [1946]." In John Maynard Keynes, ed., *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Vol. 27. London: Macmillan.
- Khor, M.** 2001. *Rethinking Globalisation: Critical Issues and Policy Choices*. London and New York: Zed Press.
- Kibria, N.** 2001. "Becoming the Garment Worker: The Mobilisation of Women into the Garment Factories of Bangladesh." In N. S. Khundker, ed., *Globalisation and Gender: Changing Patterns of Women's Employment in Bangladesh*. Dhaka: University Press.
- Kijima, Yoko, and Peter Lanjouw.** 2003. "Poverty in India During the 1990s: A Regional Perspective." Policy Research Working Paper 3141. World Bank, Washington, DC.
- Killick, Tony.** 2001. "Globalisation and the Rural Poor." *Development Policy Review* 19(2): 155–80.
- . 2002a. "Responding to Inequality." Inequality Briefing Paper 3. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/pppg/publications/briefings/inequality_briefings/03.pdf]. May 2005.
- . 2002b. "The 'Streamlining' of IMF Conditionality: Aspirations, Reality and Repercussions." Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/iedg/Projects/imf_conditionality.pdf]. May 2005.
- . 2004. "Politics, Evidence and the New Aid Agenda." *Development Policy Review* 22(1): 5–29.
- The Kimberley Process.** 2004. "Chair's Report to Plenary." Kimberley Process Plenary Meeting, 27–29 October, Gatineau, Canada. [http://www.kimberleyprocess.com:8080/site/www_docs/plenary_meetings20/chair_report_to_plenary.pdf]. April 2005.
- King, Betty.** 1998. "U.S. Representative to the United Nations Economic and Social Council Statement in the Economic and Social Council on Coordinated Follow-Up to and the Implementation of the Vienna Declaration and Program of Action." USUN Press Release 129(98). 17 July. [http://www.un.int/usa/98_129.htm]. June 2005.
- King, Gary, and Lisa L. Martin.** 2001. "The Human Costs of Military Conflict." Conference on Military Conflict as a Public Health Problem, 29 June, Cambridge, Mass. [<http://www.iq.harvard.edu/NewsEvents/Past/PHS/papers/humancosts.pdf>]. April 2005.
- King, Martin Luther, Jr.** 1963. "I Have a Dream." Speech, 28 August, Washington, DC. [<http://www.usconstitution.net/dream.html>]. May 2005.
- Kingdon, Geeta Gandhi, Robert Cassen, Kirsty McNay, and Leela Visaria.** 2004. "Education and Literacy." In Robert Cassen, Tim Dyson, and Leela Visaria, eds., *Twenty-First Century India: Population, Economy, Human Development, and the Environment*. Oxford: Oxford University Press.
- Klare, Michael T.** 2001. *Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict*. New York: Metropolitan Books.
- . 2005. "Oil Curse Stalks Africa's New Petro-State." *Financial Times*, 27 January.
- Klump, Rainer, and Thomas Bonschab.** 2004. "Operationalising Pro-poor Growth: A Country Case Study on Vietnam." Agence Française de Développement, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH, KfW Entwicklungsbank, UK Department for International Development London, and World Bank. [<http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/oppgvietnam>]. May 2005.
- Knack, Stephen, and Aminur Rahman.** 2004. "Donor Fragmentation and Bureaucratic Quality in Aid Recipients." Policy Research Working Paper 3186. World Bank, Washington, DC.
- Kroll, Luisa, and Lea Goldman, eds.** 2005. "Special Report: The World's Billionaires." *Forbes.com*. [<http://www.forbes.com/worldsrichest>].
- Krug, Etienne G., Linda L. Dahlberg, James A. Mercy, Anthony B. Zwi, and Rafael Lozano.** 2002. "World Report on Violence and Health." World Health Organization, Geneva. [http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/world_report/en/full_en.pdf]. May 2005.
- Laird, Sam.** 2002. "Market Access Issues and the WTO: An Overview." In Bernard Hoekman, Aaditya Mattoo, and Philip English, eds., *Development, Trade and the WTO*. Washington, DC: World Bank.
- Laird, Sam, Santiago Fernandez de Córdoba, and David Vanzetti.** 2004. "Trick or Treat? Development Opportunities and Challenges in the WTO Negotiations on Industrial Tariffs." University of Nottingham, Centre for Research in Economic Development and International Trade, United Kingdom. [<http://www.nottingham.ac.uk/economics/credit/research/papers/cp.04.03.pdf>]. May 2005.
- Laird, Sam, Ralf Peters, and David Vanzetti.** 2004. "Southern Discomfort: Agricultural Policies, Trade and Poverty." CREDIT Research Paper 04/02. University of Nottingham, Centre for Research in Economic Development and International Trade, United Kingdom.
- Lall, Sanjaya.** 2000. "The Technological Structure and Performance of Developing Country Manufactured Exports: 1985–1998." QEH Working Paper 44. University of Oxford, Queen Elizabeth House, Oxford. [<http://www2.qeh.ox.ac.uk/RePEc/qeh/qehwps/qehwps44.pdf>]. May 2005.
- . 2001. *Competitiveness, Technology and Skills*. Cheltenham, United Kingdom: Edward Elgar.
- . 2004. "Reinventing Industrial Strategy: The Role of Government Policy in Building Competitiveness." G-24 Discussion Paper Series 28. United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. [http://www.unctad.org/en/docs/gdsmdpbg2420044_en.pdf]. May 2005.
- Lall, Sanjaya, and Carlo Pietrobelli.** 2002. *Failing to Compete: Technology Development and Technology Systems in Africa*. Cheltenham, United Kingdom: Edward Elgar.
- Landes, David S.** 1998. *The Wealth and Poverty of Nations: Why Some Are So Rich and Some So Poor*. London: Abacus.
- Lang, Tim.** 2003. "Food Industrialization and Food Power: Implications for Food Governance." *Development Policy Review* 21(5–6): 555–568.
- Lanjouw, J.** 2001. "New Pills For Poor People? Empirical Evidence after GATT." *World Development* 29(2): 265–89.
- Larsen, Marianne Nylandsted.** 2003. "Quality Standard-Setting in the Global Cotton Chain and Cotton Sector Reforms in Sub-Saharan Africa." DISS/GI Kongevej Working Paper 03.7. Institute for International Studies, Copenhagen. [http://www.cdr.dk/working_papers/wp-03-7.pdf]. May 2005.

- Le Billon, Philippe.** 2001. "The Political Ecology of War: Natural Resources and Armed Conflicts." *Political Geography* 20(5): 561–84.
- Lensink, Robert, and Oliver Morrissey.** 2000. "Aid Instability as a Measure of Uncertainty and the Positive Impact of Aid on Growth." *Journal of Development Studies* 36(3): 31–49.
- Levin, Victoria, and David Dollar.** 2005. "The Forgotten States: Aid Volumes and Volatility in Difficult Partnership Countries (1992–2002)." Summary paper for Development Assistance Committee Learning and Advisory Process on Difficult Partnerships. Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/32/44/34687926.pdf>]. May 2005.
- Levine, Ruth, and the What Works Working Group.** 2004. *Millions Saved: Proven Successes in Global Health*. Washington, DC: Center for Global Development.
- Lim, Meng-Kin, Hui Yang, Tuohong Zhang, Wen Feng, and Zijun Zhou.** 2004. "Public Perceptions of Private Health Care In Socialist China." *Health Affairs* 23(6): 222–34.
- Lindert, Peter H.** 2005. *Growing Public: Social Spending and Economic Growth since the Eighteenth Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lindert, Peter H., and Jeffrey G. Williamson.** 2001a. "Does Globalization Make the World More Unequal." Harvard University, Cambridge, Mass. [http://post.economics.harvard.edu/faculty/jwilliam/papers/GlobalUnequal_10_25.pdf]. May 2005.
- . 2001b. "Globalisation and Inequality: A Long History." Annual World Bank Conference of Development Economics, 25–27 June, Barcelona, Spain. [[http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Williamson/\\$File/WILLIAMSON-FINAL.PDF](http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Williamson/$File/WILLIAMSON-FINAL.PDF)]. May 2005.
- Liu, A.** 1996. "Welfare Changes in China During the Economic Reforms." Research Paper 26. World Institute for Development Economics Research, Helsinki.
- Liu, G., X. Liu, and Q. Meng.** 1994. "Privatization of the Medical Market in Socialist China: A Historical Approach." *Health Policy* 27(2): 157–74.
- Lockhart, Clare.** 2004. "Case Study on Afghanistan: Five Mental Models of Reconstruction and State-Building." UNDP Draft Paper. United Nations Development Programme, Kabul.
- Lomborg, Bjørn.** 2004. *Global Crises, Global Solutions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lopez, Humberto.** 2003. "The Economic and Social Costs of Armed Conflict in El Salvador." Dissemination Notes 8. World Bank, Conflict Prevention and Reconstruction Unit, Washington, DC.
- Lula da Silva, Luiz Inácio.** 2004. "Address by His Excellency Luiz Inácio Lula da Silva." Shanghai Conference on Scaling Up Poverty, 25–27 May, Shanghai. [<http://www.worldbank.org/wbi/reducingpoverty/docs/confDocs/Lula%20Speech.pdf>]. May 2005.
- Lund, Frances.** 2002. "Crowding in Care, Security and Micro-enterprise Formation: Revisiting the Role of the State in Poverty Reduction and in Development." *Journal of International Development* 14(6): 681–94.
- . 2004. "Informal Workers' Access to Social Security Protection." Background paper prepared for UNRISD, *Gender Equality: Striving for Justice in an Unequal World*. United Nations Research Institute for Social Development, Geneva.
- Lustig, Nora Claudia, and Miguel Szekely.** 1998. "Economic Trends, Poverty and Inequality in Mexico." POV-103. Inter-American Development Bank, Washington, DC.
- Luther, N. Y.** 1998. "Mother's Tetanus Immunisation Is Associated Not Only with Lower Neonatal Mortality but Also with Lower Early-Childhood Mortality." *National Family Health Survey Bulletin* 10:1–4.
- Mackenzie, Regina Burns, and Margie Buchanan-Smith.** 2005. "Armed Violence and Poverty in Southern Sudan: A Case Study for the Armed Violence and Poverty Initiative." Pact Sudan and University of Bradford, Centre for International Cooperation and Security, Bradford, United Kingdom.
- Macrae, Joanna, Andrew Shepherd, Oliver Morrissey, Adele Harmer, Ed Anderson, Laure-Hélène Piron, Andy McKay, Diana Cammack, and Nambusi Kyegombe.** 2004. "Aid to 'Poorly Performing' Countries: A Critical Review of Debates and Issues." Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/publications/poorly_performing_countries/Aid_to_PPCs.pdf]. March 2005.
- Maddison, Angus.** 2001. *Monitoring the World Economy 1820–1922*. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Mainuddin, K.** 2000. "Case of the Garment Industry in Dhaka, Bangladesh." Urban Development Papers Background Series 6. World Bank, Washington, DC.
- Maison, J. B., A. T. Bailes, and K. E. Mason.** 2003. "Drought, AIDS and Child Malnutrition in Southern Africa: Preliminary Analysis of Nutritional Data on the Humanitarian Crisis." Tulane University, New Orleans, La.
- Maizels, A.** 2000. "The Manufacturers' Terms of Trade of Developing Countries with the United States, 1981–97." QEH Working Paper 36. Oxford University, Queen Elizabeth House, Oxford.
- Malan, Mark, Sarah Meek, Thusi Thokozani, Jeremy Ginifer, and Patrick Coker.** 2003. *Sierra Leone: Building a Road to Recovery*. Capetown: Institute for Security Studies. [<http://www.iss.co.za/Pubs/Monographs/No80/Content.html>]. May 2005.
- Malyutina, Sofia, Martin Bobak, Svetlana Kurilovitch, Valery Gafarov, Galina Simonova, Yuri Nikitin, and Michael Marmot.** 2002. "Relation between Heavy Binge Drinking and All-Cause and Cardiovascular Mortality in Novosibirsk, Russia: A Prospective Cohort Study." *The Lancet* 360(9344): 1448–54.
- Mann, Jonathan, Ernest Drucker, Daniel Tarantola, and Mary Pat McCabe.** 1994. "Bosnia: The War Against Public Health." *Medicine and Global Survival* 1(3): 130–46.
- Marshall, Monty G.** 2005. "Major Episodes of Political Violence 1946–2004." Center for Systemic Peace, Severn, Md. [<http://members.aol.com/cspmgm/warlist.htm>]. May 2005.
- Martin, Matthew, and Hannah Bargawi.** 2004. "The Role of the IMF in Low-Income Countries." Study for Swedish Ministries of Finance and Foreign Affairs, Stockholm. [http://www.dri.org.uk/pdfs/DRI_Sweden_IMF_LICs.pdf]. May 2005.
- Martin, Matthew, Alison Johnson, Hannah Bargawi, and Rose-Innes Cleo.** 2004. "Long-Term Debt Sustainability for Africa." Background paper prepared for Commission for Africa (Secretariat), London. [http://www.commissionforafrica.org/english/report/background/martin_et_al_background.pdf]. May 2005.
- Martin, Will.** 2004. "Market Access in Agriculture: Beyond the Blender." Trade Note 17. World Bank, Washington, DC.
- Maskus, Keith.** 2000. *Intellectual Property Rights in the Global Economy*. Washington, DC: Institute for International Economics.
- . 2004. "Encouraging International Technology Transfer." Issue Paper 7. International Centre for Trade and Sustainable Development and United Nations Conference on Trade and Development, Geneva.
- McCulloch, Neil, Alan Winters, and Xavier Cirera.** 2002. *Trade Liberalization and Poverty: A Handbook*. London: Centre for Economic Policy Research. [<http://www.ids.ac.uk/ids/global/pdfs/tpov.pdf>]. May 2005.
- McKay, Andrew.** 2002. "Defining and Measuring Inequality." ODI Briefing Paper 1. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/PPPG/publications/briefings/inequality_briefings/01.pdf]. May 2005.
- McKay, Andrew, and Ernest Aryeetey.** 2004. "Operationalising Pro-Poor Growth: A Country Case Study on Ghana." Agence Française de Développement, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH, KfW Entwicklungsbank, UK Department for International Development London, and World Bank. [<http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/oppgghana.pdf>]. May 2005.
- Measure DHS.** 2005. "Demographic and Health Surveys." [<http://www.measuredhs.com/>]. May 2005.

- Men, Tamara, Paul Brennan, Paolo Boffetta, and David Zaridze.** 2003. "Russian Mortality Trends for 1991–2001: Analysis by Cause and Region." *British Medical Journal* 327(7421): 964.
- Mexico, INEGI (Instituto Nacional de Estadística Geografía e Informática).** 2005. *Información estadística*. Database. Mexico City [http://www.inegi.gob.mx/est/default.asp?c=715]. June 2005.
- Mexico, Secretaría de Desarrollo Social.** 2005. "Oportunidades: Información general: Histórico de la cobertura de municipios, localidades y familias beneficiarias." Colonia Juárez, Mexico. [http://www.progres.gov.mx/informacion_general/mpios_locs_historico.pdf]. May 2005.
- Milanovic, Branko.** 2001. "World Income Inequality in the Second Half of the 20th Century." Paper presented at the Annual World Bank Conference on Development Economics, 10–11 May, Washington, DC.
- . 2003. "The Two Faces of Globalization: Against Globalization As We Know It." *World Development* 31(4): 667–83.
- Millennium Challenge Corporation.** 2005a. "The Millennium Challenge Account." Washington, DC. [http://www.mca.gov/about_us/overview/index.shtml]. April 2005.
- . 2005b. "Millennium Challenge Corporation Board Approves First Compact with Madagascar." Press release, 14 March, Washington, DC. [http://www.mca.gov/public_affairs/press_releases/pr_031405.shtml]. May 2005.
- Mills, Anne, and Sam Shilcutt.** 2004. "Communicable Diseases." In Bjørn Lomborg, ed., *Global Crises, Global Solutions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Minot, N., and L. Daniels.** 2002. "Impact of Global Cotton Markets on Rural Poverty in Benin." MSSD Discussion Paper 48. International Food Policy Research Institute, Markets and Structural Studies Division, Washington, DC. [http://www.ifpri.org/divs/mtid/dp/papers/mssdp48.pdf].
- Miovic, Peter.** 2004. "Poverty Reduction Support Credits in Uganda: Results of a Stocktaking Study." World Bank, Washington, DC.
- MIPT (National Memorial Institute for the Prevention of Terrorism).** 2005. "Terrorism Knowledge Base." Washington, DC. [http://www.tkb.org/IncidentRegionModule.jsp]. May 2005.
- Machila, Montfort, and Yongzheng Yang.** 2004. "The End of Textile Quotas: A Case Study of the Impact on Bangladesh." IMF Working Paper WP/04/108. International Monetary Fund, Washington, DC.
- Morley, Samuel.** 2001. *The Income Distribution Problem in Latin America and the Caribbean*. Santiago, Chile: United Nations. [http://www.eclac.cl/publicaciones/DesarrolloEconomico/7/LCG2127P/lcg21271.pdf]. May 2005.
- . 2002. "Slower Growth and Rising Poverty: Latin America in the New Millennium." International Food Policy Research Institute, Policy Seminar, 24 October, Washington, DC.
- Mosley, Paul, John Hudson, and Arjan Verschoor.** 2004. "Aid, Poverty Reduction and the 'New Conditionality.'" *The Economic Journal* 114(496): F217–F243.
- Muggah, Robert.** 2001. "Globalization and Insecurity: The Direct and Indirect Effects of Small Arms Availability." *IDS Bulletin* 32(2): 70–78. [http://www.ids.ac.uk/ids/news/Archive2001/muggah.pdf]. April 2005.
- Muggah, Robert, and Peter Batchelor.** 2002. "Development Held Hostage: Assessing the Effects of Small Arms Availability." United Nations Development Programme, Bureau of Crisis Prevention and Recovery, New York. [http://www.undp.org/bcpr/smallarms/docs/development_held_hostage.pdf]. April 2005.
- Munnell, Alicia H., Robert E. Hatch, and James G. Lee.** 2004. "Why is Life Expectancy So Low in the United States?" Issues in Brief 21. Centre for Retirement Research at Boston College, Chestnut Hill, Mass. [http://www.bc.edu/centers/crr/issues/ib_21.pdf]. May 2005.
- Mwaura, Ciru, and Susanne Schmeidl, eds.** 2001. *Early Warning and Conflict Management in the Horn of Africa*. Asmara: Red Sea Press.
- Naschold, Felix.** 2002. "Why Inequality Matters for Poverty." ODI Inequality Briefing Paper 2. Overseas Development Institute, London.
- Ng, Francis.** 2001. "Eliminating Excessive Tariffs on Exports of Least Developed Countries." Policy Research Working Paper 2604. World Bank, Washington, DC.
- Ng, Francis, Bernard Hoekman, and Marcelo Olarreaga.** 2001. "Tariff Peaks in the Quad and Least Developed Country Exports." Discussion Paper DP2747. Centre for Economic Policy Research, London. [www.cepr.org/pubs/dps/DP2747.asp]. May 2005.
- Nguyen, Kim Phuong, and Afsaar Akal.** 2003. "Recent Advances in Social Health Insurance in Vietnam: A comprehensive Review of Recent Health Insurance Regulations." WHO Health Financing Mast Plan Technical Paper Series 1. World Health Organization, Ha Noi.
- Nicaragua, Government of.** 2001. "Strengthened Growth and Poverty Reduction Strategy." Managua, Nicaragua.
- Nkusu, Mwanza.** 2004. "Aid and the Dutch Disease in Low-Income Countries: Informed Diagnoses for Prudent Prognoses." IMF Working Paper WP/04/49. International Monetary Fund, Washington, DC. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2004/wp0449.pdf]. March 2005.
- Nogues, Julio.** 2003. "Agricultural Protectionism: Debt Problems and the Doha Round." *Development Outreach* 5(2): 13–15.
- Nyoni, T. S.** 1998. "Foreign Aid and Economic Performance in Tanzania." *World Development* 26(7): 1235–40.
- O'Brien, Maureen.** 2004. "Public Attitudes Towards Development: Knowledge and Attitudes Concerning Poverty in Developing Countries." UK Department for International Development, London. [http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/omnibus2004.pdf]. May 2005.
- Odhiambo, Michael.** 2004. "Oxfam Karamoja Conflict Study: A Report." Oxfam International, Oxford.
- ODI (Overseas Development Institute).** 2004. "Inequality in Middle Income Countries: Synthesis Paper." Poverty and Public Policy Group, London. [http://www.odi.org.uk/PPPG/activities/country_level/mic/workshop/MIC-Ineq-SynthesisPaper.pdf]. May 2005.
- OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development).** 2000. *Agricultural Trade Liberalisation: The Perspective of Emerging and Transition Economies*. Paris. [http://www.oecd.org/dataoecd/49/23/1911073.pdf]. May 2005.
- . 2001a. *The DAC Guidelines: Helping Prevent Violent Conflict*. Paris. [http://www.oecd.org/dataoecd/15/54/1886146.pdf]. May 2005.
- . 2001b. "The Development Dimensions of Trade." OECD Policy Brief. Paris.
- . 2001c. "Untying Aid to the Least Developed Countries." OECD Policy Brief. Paris. [http://www.oecd.org/dataoecd/16/24/2002959.pdf]. March 2005.
- . 2003a. *Agricultural Trade and Poverty: Making Policy Analysis Count*. Paris.
- . 2003b. "Trade Capacity Building: Critical for Development." OECD Policy Brief. Paris.
- . 2004a. *Agricultural Policies in OECD Countries: At a Glance—2004 Edition*. Paris.
- . 2004b. "Agricultural Support: How Is It Measured and What does It Mean?" OECD Policy Brief. Paris.
- . 2004c. "Analysis of the 2003 CAP Reform." Working Party on Agricultural Policies and Markets, Directorate for Food, Agriculture, and Fisheries, Paris.
- . 2004d. "Impact of Changes in Tariffs on Developing Countries' Government Revenue." OECD Trade Policy Working Paper 18. Paris.
- . 2005. "Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2005. Highlights." Paris. [http://www.oecd.org/dataoecd/33/27/35016763.pdf]. June 2005.
- OECD/DAC (Organisation for Economic Co-Operation and Development/Development Assistance Committee).** 1997a. "Conflict, Peace and Development Co-operation on the Threshold

- of the 21st Century." Policy Statement. Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/31/41/2755386.pdf>]. May 2005.
- . **1997b.** "OECD Development Assistance Committee Guidelines on Conflict, Peace and Development Cooperation." Paris.
- . **2002.** "Canada, DAC Peer Review: Main Findings and Recommendations." Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/46/38/2409572.pdf>]. March 2005.
- . **2003a.** *A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention: Key Entry Points for Action.* DAC Guidelines and References Series. Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/17/4/16085708.pdf>]. May 2005.
- . **2003b.** *Harmonising Donor Practices for Effective Aid Delivery.* DAC Guidelines and Reference Series. Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/0/48/20896122.pdf>]. March 2005.
- . **2004a.** *The DAC Journal: Development Cooperation Report 2003.* Paris. [<http://213.253.134.29/oecd/pdfs/browseit/4304311E.pdf>]. March 2005.
- . **2004b.** "Implementing the 2001 DAC Recommendations on Untying Official Development Assistance to the Least Developed Countries: 2004 Progress Report." Paris.
- . **2004c.** "The Second High-level Forum on Harmonization and Alignment for Aid Effectiveness." Concept Note. Paris. [http://www.developmentgateway.org/download/244504/Harmonization_-_HLF_II_concept_note_05-24-04_kh_clean.pdf]. March 2005.
- . **2004d.** "Security System Reform and Governance." Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/8/39/31785288.pdf>]. May 2005.
- . **2004e.** *Survey on Harmonisation and Alignment: Measuring Aid Harmonisation and Alignment in 14 Partner Countries.* Preliminary Edition. Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/31/37/33981948.pdf>]. May 2005.
- . **2005a.** "DAC Chair's Summary." UK Department for International Development. Senior Level Forum on Development Effectiveness in Fragile States, 13–14 January, London.
- . **2005b.** *The DAC Journal: Development Cooperation Report 2004.* Paris. [<http://213.253.134.29/oecd/pdfs/browseit/4305011E.PDF>]. May 2005.
- . **2005c.** "Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients 1999–2003." Paris.
- . **2005d.** "Harmonization, Alignment, Results: Report on Progress, Challenges, and Opportunities." OECD–DAC Working Party on Aid Effectiveness. Prepared for the Joint Progress Toward Enhanced Effectiveness High Level Forum, 28 February–2 March, Paris.
- . **2005e.** "Implementing the 2001 DAC Recommendation on Untying Official Development Assistance to the Least Developed Countries: 2005 Progress Report." Paris.
- . **2005f.** "International Development Statistics (IDS) Online: Databases on Aid and Other Resource Flows." Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/50/17/5037721.htm>]. March 2005.
- . **2005g.** "United States: Development Co-operation Review: Main Findings and Recommendations." Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/16/28/1836463.pdf>]. March 2005.
- O'Hanlon, Michael E., and Susan E. Rice. 2004.** "To Avoid Calamities, Boost African Intervention Force." *Los Angeles Times*, 5 April.
- Okediji, Ruth L. 2004.** "Development in the Information Age: Issues in the Regulation of Intellectual Property Rights, Computer Software and Electronic Commerce." UNCTAD Issue Paper 9. United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. [http://www.iprsonline.org/unctadictsd/docs/CS_Okediji.pdf]. May 2005.
- Olarreaga, Marcelo, and Francis Ng. 2002.** "Tariff Peaks and Preferences." In Bernard Hoekman, Aaditya Mattoo, and Philip English, eds., *Development, Trade and the WTO: A Handbook*. Washington, DC: World Bank.
- Omitoogun, Wuyi. 2003.** *Military Expenditure Data in Africa: A Survey of Cameroon, Ethiopia, Ghana, Kenya, Nigeria and Uganda.* Oxford: Oxford University Press.
- Orden, David. 2003.** "US Agricultural Policy: The 2002 Farm Bill and WTO Doha Round Proposal." IFPRI Discussion Paper 109. International Food Policy Research Institute, Washington, DC.
- Osorio, Nestor. 2004.** "Lessons from the World Coffee Crisis: A Serious Problem for Sustainable Development." International Coffee Organization, London. [<http://www.ico.org/electdocs/archives/cy2003-04/English/ed/ed1922.pdf>]. May 2005.
- Østby, Gudrun. 2003.** "Horizontal Inequalities and Civil War: Do Ethnic Group Inequalities Influence the Risk of Domestic Armed Conflict?" Norwegian University of Science and Technology, Department of Sociology, Trondheim and Political Science and Centre for the Study of Civil War, International Peace Research Institute, Oslo.
- Otunnu, Olara. 2005.** "'Era of Application' Instituting a Compliance and Enforcement Regime for CAAC." United Nations. Statement to the Security Council, Security Council Meeting on Children and Armed Conflict, 23 February, New York.
- Oxfam GB. 2003.** "Oxfam GB-Funded Peacebuilding Initiatives in the Arid Districts of Kenya: Lessons and Challenges." Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/pastoralism/downloads/peacebuildingkenyafinal2004.pdf]. April 2005.
- . **2004.** "Programme Impact Report: Oxfam GB's Work With Partners and Allies Around the World." Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/evaluation/downloads/impact_report_2004.pdf]. March 2005.
- Oxfam GB, Save the Children, and Christian Aid. 2001.** "No End in Sight: The Human Tragedy of the Conflict in the Democratic Republic of Congo." Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/conflict_disasters/downloads/noend_drc.pdf]. May 2005.
- Oxfam International. 2002a.** "The Great EU Sugar Scam: How Europe's Sugar Regime is Devastating Livelihoods in the Developing World." Oxfam Briefing Paper 27. Oxford.
- . **2002b.** *Rigged Rules and Double Standards: Trade, Globalisation and the Fight Against Poverty.* Oxford. [http://www.maketrade4fair.com/assets/english/report_english.pdf]. May 2005.
- . **2003a.** "Beyond the Headlines: An agenda to Protect Civilians in Neglected Conflicts." Oxford. [http://www.oxfaminternational.org/eng/pdfs/pp030916_headlines.pdf].
- . **2003b.** "Dumping Without Borders: How US Agricultural Policies are Destroying the Livelihoods of Mexican Corn Farmers." Oxfam Briefing Paper 50. Oxford. [http://www.oxfam.org/eng/pdfs/pp030827_corn_dumping.pdf]. May 2005.
- . **2004a.** "Dumping On the World: How EU Sugar Policies Hurt Poor Countries." Oxfam Briefing Paper 61. Oxford.
- . **2004b.** "Extortion at the Gate: Will Viet Nam Join the WTO on Pro-Development Terms?" Oxfam Briefing Paper 67. Oxford. [http://www.oxfam.org/eng/pdfs/bp67_Viet_%20Nam_041004.pdf]. May 2005.
- . **2004c.** "Spotlight on Subsidies: Cereal Injustice under the CAP in Britain." Oxfam Briefing Paper 55. Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/trade/downloads/bp55_subsidies.pdf]. May 2005.
- . **2004d.** "Stitched Up: How Rich-Country Protectionism in Textiles and Clothing Trade Prevents Poverty Alleviation." Oxfam Briefing Paper 60. Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/trade/downloads/bp60_textiles.pdf]. May 2005.
- . **2004e.** *Trading Away Our Rights: Women Working in Global Supply Chains.* Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/trade/downloads/trading_rights.pdf]. May 2005.
- . **2005a.** "Kicking Down the Door: How Upcoming WTO Talks Threaten Farmers in Poor Countries." Oxfam Briefing Paper 72. Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/trade/downloads/bp72_rice.pdf]. June 2005.
- . **2005b.** *Paying the Price: Why Rich Countries Must Invest Now in a War on Poverty.* Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/debt_aid/downloads/mdgs_price.pdf]. March 2005.

- Oxfam International, CARE, Save the Children, IRC (International Rescue Committee), Tearfund, and Christian Aid. 2002.** "The Key to Peace: Unlocking the Human Potential of Sudan." Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/conflict_disasters/downloads/peace_sudan.pdf]. May 2005.
- Page, Sheila. 2005.** "A Preference Erosion Compensation Fund: A New Proposal to Protect Countries from the Negative Effects of Trade Liberalisation." ODI Opinions 35. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/publications/opinions/35_preference_erosion_jan05.pdf]. May 2005.
- Page, Sheila, and Peter Kleen. 2004.** "Special and Differential Treatment of Developing Countries in the World Trade Organization." Report for the Ministry of Foreign Affairs, Sweden. London. [<http://www.egdi.gov.se/word/SDT%2016Augustdraft.doc>]. May 2005.
- Pakistan, Statistics Division. 2002.** "Pakistan Integrated Household Survey (PIHS) Round IV: 2001–2002." Karachi. [http://www.statpak.gov.pk/depts/tbs/statistics/pihs2000-2001/pihs2001-02_2.pdf]. June 2005.
- Pallage, Stéphane, and Michel A. Robe. 2001.** "Foreign Aid and the Business Cycle." *Review of International Economics* 9(4): 636–67.
- Parikh, Vaibhav. 2002.** "Movement of Natural Persons Under the GATS in Computer and Related Services." Presentation to the Joint WTO–World Bank Symposium on "The Movement of Natural Persons (Mode4) Under the GATS," 11–12 April, Geneva. [http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/symp_apr_02_parikh_e.ppt]. May 2005.
- Partnership Africa Canada. 2005.** "Kimberley Process Monitoring: Good System Marred by Holdouts." *Other Facets* 16(2): 1. [http://www.pacweb.org/e/images/stories/of16_v2.pdf]. April 2005.
- Pedersen, Duncan. 2002.** "Political Violence, Ethnic Conflict, and Contemporary Wars: Broad Implications for Health and Social Well-Being." *Social Science & Medicine* 55(2): 175–90.
- Peimani, Hooman. 2005.** "Armed Violence and Poverty in Chechnya: Mini Case Study for the Armed Violence and Poverty Initiative." University of Bradford, Center for International Cooperation and Security, Bradford, United Kingdom.
- Pelletier, D. L., E. A. Frongillo, D. G. Schroeder, and J. P. Habicht. 1995.** "The Effects of Malnutrition on Child Mortality in Developing Countries." *Bulletin of the World Health Organization* 73(4): 443–48.
- Petras, James. 2004.** "Bolivia: Between Colonization and Revolution." *Canadian Dimension* January/February. [http://www.canadiandimension.mb.ca/v38/v38_1jp.htm]. May 2005.
- Physicians for Human Rights. 2002.** *War-Related Sexual Violence in Sierra Leone: A Population-Based Assessment*. Boston, Mass. [http://www.phrusa.org/research/sierra_leone/]. June 2005.
- Piccioletto, Robert. 2004.** "Policy Coherence and Development Evaluation—Concepts, Issues and Possible Approaches." Background paper for OECD Workshop: Policy Coherence for Development, 18–19 May, Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/43/35/31659358.pdf>]. May 2005.
- Pillay, Rajeev. 2002.** "Halting the Downward Spiral: Returning Countries with Special Development Needs to Sustainable Growth and Development." United Nations Development Programme, Institutional Development Group of the Bureau for Development Statistics, New York.
- PIPA (Program on International Policy Attitudes). 2001.** "Americans on Foreign Aid and World Hunger. A Study of U.S. Public Attitudes." Washington, DC. [<http://www.pipa.org/OnlineReports/BFW/toc.html>]. March 2005.
- . 2004. "Americans on Globalization, Trade and Farm Subsidies." Washington, DC. [http://www.pipa.org/OnlineReports/Globalization/pdf/IntTradeRep_1_22_04.pdf].
- Plato. [360 BC] 2000.** *Laws. Book V*. Translated by Benjamin Jowett. The Classical Library, HTML Edition. [<http://www.classicallibrary.org/plato/dialogues/laws/book5.htm>]. May 2005.
- Ponte, Stefano. 2001.** "The 'Latte Revolution'? Winners and Losers in the Re-Structuring of the Global Coffee Marketing Chain." CDR Working Paper 01.3. Centre for Development Research, Copenhagen. [http://www.cdr.dk/working_papers/wp-01-3.pdf]. May 2005.
- Ponzio, Richard. 2005a.** "Solomon Islands: The UN and Intervention by Coalitions of the Willing." *International Peacekeeping* 12(2): 173–88.
- . 2005b. Personal communication. Comments on draft chapter. January, Oxford.
- Potbury, T. 2000.** "US and EU Agricultural Support: Who Does it Benefit?" ABARE Current Issues. Australian Bureau of Agricultural and Resource Economics, Canberra.
- Prati, Alessandro, Ratna Sahai, and Thierry Tresselt. 2003.** "Is There a Case for Sterilizing Foreign Aid Inflows?" Prepared for the International Monetary Fund Research Workshop Macroeconomic Challenges in Low Income Countries, 23–24 October, Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/np/res/seminars/2003/lic/pdf/tt.pdf>]. May 2005.
- Prime Minister's Strategy Unit. 2005.** "Investing in Prevention: An International Strategy to Manage Risks of Instability and Improve Crisis Response." London. [http://www.strategy.gov.uk/downloads/work_areas/countries_at_risk/crisis_report.pdf]. April 2005.
- Proctor, Bernadette, and Joseph Dalaker. 2003.** "Poverty in the United States: 2002." US Census Bureau, Washington, DC. [<http://www.census.gov/prod/2003pubs/p60-222.pdf>]. May 2005.
- Radelet, Steven. 2003a.** *Challenging Foreign Aid: A Policymaker's Guide to the Millennium Challenge Account*. Washington, DC: Center for Global Development.
- . 2003b. "Will the Millennium Challenge Account Be Different?" *The Washington Quarterly* 26(2): 171–87. [http://www.twq.com/03spring/docs/03spring_radelet.pdf]. March 2005.
- Ramcharan, Rodney. 2002.** "How Does Conditional Aid (Not) Work?" IMF Working Paper WP/02/183. International Monetary Fund, Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2002/wp02183.pdf>]. March 2005.
- Ravallion, Martin. 2005.** "Pro-Poor Growth: A Primer." Policy Research Working Paper 3242. World Bank, Development Research Group, Washington, DC.
- Ravallion, Martin, and Shaohua Chen. 2004.** "China's (Uneven) Progress Against Poverty." Policy Research Working Paper 3408. World Bank, Washington, DC. [http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2004/10/08/000012009_20041008125921/Rendered/PDF/WPS3408.pdf]. May 2005.
- Reardon, Thomas, and Julio A. Berdegue. 2002.** "The Rapid Rise of Supermarkets in Latin America: Challenges and Opportunities for Development." *Development Policy Review* 20(4): 371–88.
- Reardon, Thomas, C. Peter Timmer, and Julio A. Berdegue. 2003.** "The Rise of Supermarkets and Private Standards in Developing Countries: Illustrations from the Produce Sector and Hypothesized Implications for Trade." Paper presented at the Agricultural Policy Reform and the WTO: Where are We Heading? 23–26 June, Capri, Italy.
- Reardon, Thomas, C. Peter Timmer, Christopher B. Berrett, and Julio A. Berdegue. 2003.** "The Rise of Supermarkets in Africa, Asia and Latin America." *American Journal of Agricultural Economics* 85(5): 1140–46.
- Reddy, Sanjay G., and Camelia Minoiu. 2005.** "Real Income Stagnation of Countries, 1960–2001." Columbia University, New York. [<http://www.columbia.edu/~cm2036/stagnation.pdf>]. May 2005.
- Reddy, Sanjay G., and Thomas W. Pogge. 2003.** "How Not to Count the Poor." Columbia University, New York. [<http://www.columbia.edu/~sr793/count.pdf>]. May 2005.
- Reilly, Benjamin. 2002.** "Post-Conflict Elections: Constraints and Dangers." *International Peacekeeping* 9(2): 118–120.
- Reisen, Helmut. 2004.** "Innovative Approaches to Funding the Millennium Development Goals." Policy Brief 24. Organisation for

- Economic Co-operation and Development/Development Cooperation Directorate, Paris.
- Riascos, Alvaro, and Juan Vargas. 2004.** "Violence and Growth in Colombia: A Brief Review of the Literature." Webpondo Edición 11. Webpondo. [http://www.webpondo.org/files_ene_mar04/rgc.pdf]. May 2005.
- Rodriguez, Francisco and Dani Rodrik. 2000.** "Trade Policy and Economic Growth: A Skeptic's Guide to the Cross-National Evidence." University of Maryland, Department of Economics, College Park, Md. and Harvard University, John F. Kennedy School of Government, Cambridge, Mass. [http://ksghome.harvard.edu/~drodrik/skept1299.pdf]. May 2005.
- Rodrik, Dani. 2000.** "Comments on 'Trade, Growth, and Poverty,' By D. Dollar and A. Kraay." Harvard University, Cambridge, Mass.
- . **2001a.** "Comments at the Conference on 'Immigration Policy and the Welfare State.'" Immigration Policy and the Welfare State, 23 June, Trieste, Italy.
- . **2001b.** "The Global Governance of Trade as If Development Really Mattered." Paper prepared for United Nations Development Programme, New York. [http://www.servicesforall.org/html/Governance/Rodrik-Trade%20&%20Development.pdf]. May 2005.
- . **2001c.** "Trading in Illusions." *Foreign Policy*, March/April.
- . **2003.** *In Search of Prosperity: Analytic Narratives on Economic Growth*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- . **2004.** "Industrial Policy for the Twenty-First Century." Harvard University, John F. Kennedy School of Government, Cambridge, Mass. [http://ksghome.harvard.edu/~drodrik/UNIDOSep.pdf%20]. May 2005.
- Rodrik, Dani, and Arvind Subramanian. 2004.** *From 'Hindu Growth' to Productivity Surge: The Mystery of the Indian Growth Transition*. NBER Working Paper 10376. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass. [http://www.imf.org/External/Pubs/FT/staffp/2004/00-00/rodrik.pdf]. May 2005.
- Rogerson, Andrew. 2005.** "Giving, Forgiving, and Taking Back: Why Continue to Make Soft Loans to Very Poor Countries?" ODI Opinions 29. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/publications/opinions/29_odi_opinions_soft_loans_jan05.pdf]. May 2005.
- Rogerson, Andrew, and Paolo De Renzio. 2005.** "The Seven Habits of Effective Aid: Best Practices, Challenges and Open Questions." ODI Opinions 36. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/publications/opinions/36_effective_aid_feb05.pdf]. May 2005.
- Rogerson, Andrew, Adrian Hewitt, and David Waldenburg. 2004.** "The International Aid System 2005–2010: Forces For and Against Change." Working Paper 235. Overseas Development Institute, London. [http://www.odi.org.uk/publications/working_papers/wp235.pdf]. March 2005.
- Roodman, David. 2004.** "An Index of Donor Performance." Working Paper 42. Center for Global Development, Washington, DC. [http://www.cgdev.org/docs/cgd_wp042.pdf]. March 2005.
- Roosevelt, Franklin D. 1937.** "Second Inaugural Address." 20 January, Washington, DC. [http://www.bartleby.com/124/pres50.html].
- Rosen, Howard. 2002.** "Congress' Penny-Wise, Pound-Foolish Trade Strategy." CNP PolicyWire. Center for National Policy, Washington, DC. [http://www.cnponline.org/Issue%20Briefs/PolicyWires/policy0702.htm]. May 2005.
- Rotberg, Robert I., ed. 2004.** *When States Fail: Cause and Consequences*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Roy, Davesh. 2000.** "Financial Services and the WTO: Liberalisation Commitments of the Developing and Transition Economies." *World Economy* 23(3): 351–86.
- . **2001.** "The African Growth and Opportunity Act: Rules of Origin and the Impact on Market Access." International Monetary Fund, Washington, DC.
- Rubin, Barnett R., Abby Stoddard, Humayun Hamidzada, and Adib Farhadi. 2005.** "Building a New Afghanistan: The Value of Success, the Cost of Failure." Center for International Cooperation, New York University, New York. [http://www.cic.nyu.edu/pdf/Building.pdf]. May 2005.
- Sachs, Jeffrey, and Gro Harlem Brundtland. 2001.** "Macroeconomics and Health: Investing in Health for Economic Development." Commission on Macroeconomics and Health, Geneva. [http://www3.who.int/whosis/cmh/cmh_report/e/pdf/001-004.pdf]. May 2005.
- Sagasti, Francisco, Keith Bezanson, and Fernando Prada. 2005.** "The Future of Development Financing: Challenges and Strategic Choices." Global Development Studies Series 1. Expert Group on Development Issues, Stockholm.
- Sandler, Todd, and Daniel Arce. 2005.** "A Conceptual Framework for Understanding Global and Transnational Goods for Health." Paper WG2: 1. Commission on Macroeconomics and Health, Cambridge, Mass. [http://www.cmhealth.org/docs/wg2_paper1.pdf]. March 2005.
- Sanford, Jonathan E. 2004.** "IMF Gold and the World Bank's Unfunded HIPC Initiative." *Development Policy Review* 22(1): 31–40.
- Schenkenberg van Mierop, Edward. 2004.** "The Humanitarian Response in Liberia: Some Observations by the ICVA Coordinator." International Council of Voluntary Agencies, Geneva.
- Seagate. 2003.** "Seagate Lifts Lid on Factory System." 10 December. [http://www.seagate.com/cda/newsinfo/newsroom/coverage/article/1,1113,1924,00.html]. May 2005.
- Sen, Amartya. 1992.** *Inequality Re-Examined*. Oxford: Clarendon Press.
- . **1999.** *Development as Freedom*. Oxford: Oxford University Press.
- . **2004.** "Passage to China." *The New York Review of Books* 51(19).
- Sen, Amartya, and Jean Drèze. 1997.** *Indian Development: Selected Regional Perspectives*. Oxford: Oxford University Press.
- Sen, Binayak, Mustafa K. Mujeri, and Shahabuddin Quazi. 2004.** "Operationalising Pro-Poor Growth: A Country Case Study on Bangladesh." Agence Française de Développement, Bundesministerium Für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH, KfW Entwicklungsbank, UK Department for International Development London, and World Bank. [http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/oppgbangladesh.pdf]. May 2005.
- Sethi, R. 1958.** *Last Phase of British Sovereignty in India, 1919–1947*. Vol. 2. Delhi, India: S. Chand.
- Shah, Anup. 2005.** "The US and Foreign Aid Assistance." Global Issues. [http://www.globalissues.org/TradeRelated/Debt/USAid.asp]. March 2005.
- Shkolnikov, Vladimir, and Giovanni Andrea Cornia. 2000.** "Population Crisis and Rising Mortality in Transitional Russia." In Giovanni Andrea Cornia and Renato Panicià, eds., *Mortality Crisis in Transitional Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute). 2004.** "SIPRI Yearbook 2004: Armaments, Disarmament and International Security." Oxford.
- Sivard, Ruth Leger. 1991.** *World Military and Social Expenditures*. Washington, DC: World Priorities.
- . **1996.** *World Military and Social Expenditures*. Washington, DC: World Priorities.
- Small Arms Survey. 2002.** *Small Arms Survey 2002: Counting the Human Cost*. Oxford: Oxford University Press.
- Smith, Adam. [1776] 1976.** *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Oxford: Oxford University Press.
- Sommers, Marc. 2002.** "Children, Education and War: Reaching Education for All (EFA) Objectives in Countries Affected by Conflict." Working Paper 1. World Bank, Conflict Prevention and Reconstruction Unit and Education Team, Human Development Network, Washington, DC. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2002/10/12/000094946_02091704130527/Rendered/PDF/multi0page.pdf]. May 2005.

- Ssewanyana, N. S., A. J. Okidi, D. Angemi, and V. Barungi.** 2004. "Understanding the Detriments of Income Inequality in Uganda." Paper 223. Centre for the Study of African Economies, Oxford University. [<http://www.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=1229&context=csae>].
- Stern, Nicholas.** 2002. "Making Trade Work for Poor People." Speech delivered at National Council of Applied Economic Research, 28 November, New Delhi.
- Stevens, Christopher, and Jane Kennan.** 2002. "How Far will Doha Reduce Tariff Peaks?" Institute for Development Studies, Brighton.
- . 2004a. "Making Trade Preferences More Effective." IDS Briefing. Institute for Development Studies, Brighton. [<http://www.ids.ac.uk/ids/global/pdfs/CSJKTradePreferences.pdf>]. May 2005.
- . 2004b. "The Utilisation of EU Preferences to the ACP." World Trade Organization. Paper presented at the Technical Seminar on Tariff Preferences and Their Utilisation, 31 March, Geneva.
- . 2005a. "EU-ACP Economic Partnership Agreements: the Effects of Reciprocity." Institute for Development Studies, Brighton.
- . 2005b. "Preparing for Economic Partnership Agreements." Institute for Development Studies, Brighton.
- Stewart, Frances.** 2002. "Horizontal Inequalities: A Neglected Dimension of Development." QEH Working Paper 81. Oxford University, Queen Elizabeth House, Oxford. [<http://www.qeh.ox.ac.uk/pdf/qehwp/qehwps81.pdf>]. May 2005.
- . 2005. "Policies towards Horizontal Inequalities in Post-Conflict Reconstruction." CRISE Working Paper 7. Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity, Queen Elizabeth House, Oxford University. [<http://www.crise.ox.ac.uk/pubs/workingpaper7.pdf>]. April 2005.
- Stewart, Frances, and Valpy Fitzgerald.** 2001. *War and Underdevelopment. Volume I: The Economic and Social Consequences of Conflict*. Oxford: Oxford University Press.
- Stewart, Frances, Graham Brown, and Luca Mancini.** 2005. "Why Horizontal Inequalities Matter: Some Implications for Measurement." Paper prepared for the International Meeting on Gini and Lorenz in Commemoration of their Centenary Scientific Research, 23–26 May, Siena, Italy.
- Stewart, Patrick.** 2000. "The Donor Community and the Challenge of Postconflict Recovery." In Forman Shepard and Patrick Stewart, eds., *Good Intentions: Pledges of Aid for Postconflict Recovery*. Boulder, Colo.: Lynne Rienner.
- Story, Alan.** 2004. "Intellectual Property and Computer Software: A Battle of Competing Use and Access Visions for Countries of the South." ICTSD-UNCTAD Issue Paper 10. International Centre for Trade and Sustainable Development and United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. [http://www.iprsonline.org/unctadictsd/docs/CS_Story.pdf]. May 2005.
- Strand, Håvard, Lars Wilhelmsen, and Nils Petter Gleditsch.** 2004. *Armed Conflict Data Project 2004: Armed Conflict Database Codebook*. Version 3.0. Oslo: PRIO (International Peace Research Institute).
- . 2005. "Armed Conflict Data Project 2004: Armed Conflict Database." PRIO (International Peace Research Institute), Oslo. [<http://www.prio.no/cwp/armedconflict/current/armedconflicts.xls>]. May 2005.
- Sundberg, Mark, Hans Lofgren, and François Bourguignon.** 2005. "Absorptive Capacity and Achieving the MDGs: The Case of Ethiopia." World Bank, Development Economics Department, Washington, DC.
- Sutton, John.** 2004. "The Auto-Component Supply Chain in China and India: A Benchmarking Study." London School of Economics and Political Science, London. [<http://sticerd.lse.ac.uk/dps/ei/ei34.pdf>]. May 2005.
- Swaziland, Ministry of Agriculture and Co-operatives and Business.** 2002. "Impact of HIV/AIDS on Agriculture and the Private Sector in Swaziland." Mbabane. [http://www.sahims.net/doclibrary/Sahims_Documents/Impact%20of%20HIVAIDS%20on%20agriculture%20&%20private%20sector%20in%20Swaziland.pdf]. May 2005.
- Sykes, Michael, ed.** 2004. *Understanding Economic Growth*. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Tangermann, Stefan.** 2003. "Cutting Support Can Help Farmers to Prosper." *Financial Times*, 22 August.
- Tanzania, Government of.** 2004. "Poverty Reduction Strategy: The Third Progress Report 2002/03." Dar es Salaam. [<http://www.tanzania.go.tz/pdf/THE%20THIRD%20PRSP%20Progress%20Report%202003.pdf>]. May 2005.
- Teal, Francis, and Marcella Vigneri.** 2004. "Production Changes in Ghana Cocoa Farming Households Under Market Reforms." CSAE WPS/2004-16. Centre for the Study of African Economies, Oxford University. [<http://www.csae.ox.ac.uk/workingpapers/pdfs/2004-16text.pdf>]. May 2005.
- Tewari, Meenu.** 2003. "Engaging the New Global Interlocutors: Foreign Direct Investment and the Re-Shaping of local productive Capabilities in Tamil Nadu's Automotive Supply Sector." University of North Carolina, Chapel Hill. [<http://www.ids.ac.uk/globalvaluechains/publications/AutoLorraine2003-FINAL.pdf>]. May 2005.
- Thakur, Ramesh, and Albrecht Schnabel.** 2001. *United Nations Peacekeeping Operations: Ad Hoc Missions, Permanent Engagement*. Tokyo: United Nations University Press.
- Thurlow, James, and Peter Wobst.** 2004. "The Road to Pro-Poor Growth in Zambia." DSGC Discussion Paper 16. International Food Policy Research Institute, Development Strategy and Governance Division, Washington, DC. [<http://www.ifpri.org/divs/dsgd/dp/papers/dsgdp16.pdf>]. May 2005.
- Toole, M. J., and R. J. Waldman.** 1997. "The Public Health Aspects of Complex Emergencies and Refugee Situations." *Annual Review of Public Health* 18: 283–312.
- Torvik, Ragnar.** 2001. "Learning By Doing and the Dutch Disease." *European Economic Review* 45(2): 285–306.
- Tussie, Diana, and Miguel Lengyel.** 2002. "Developing Countries: Turning Participation Into Influence." In Bernard Hoekman, Aaditya Mattoo, and Philip English, eds., *Development, Trade and the WTO: A Handbook*. Washington, DC: World Bank.
- Uganda, Ministry of Finance, Planning and Economic Development.** 2003. "Task Force Report on Infant and Maternal Mortality in Uganda." Kampala.
- ul Haq, Mahbub.** 1995. *Reflections on Human Development*. New York: Oxford University Press.
- UK (United Kingdom), HM Treasury.** 2003. "International Finance Facility Proposal. January 2003." London. [http://www.hm-treasury.gov.uk/documents/international_issues/international_development/development_iff.cfm]. April 2005.
- UN (United Nations).** 1992. "An Agenda for Peace: Preventive Diplomacy, Peacemaking and Peace-Keeping." Report of the Secretary-General pursuant to the Statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992. New York. [<http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html>]. April 2005.
- . 2000a. "Millennium Declaration." A/RES/55/2, 18 September. New York.
- . 2000b. "Report of the Panel on United Nations Peace Operations: A Far-Reaching Report by an Independent Panel." A/55/305-S/2000/809. New York.
- . 2000c. "Security Council Discusses Exit Strategies for Peacekeeping Operations." Press Release SC/6951. [<http://www.un.org/News/Press/docs/2000/20001115.sc6951.doc.html>]. May 2005.
- . 2003. *World Population Prospects 1950–2050: The 2002 Revision*. Database. Department of Economics and Social Affairs, Population Division, New York

- . **2004a.** *Millennium Development Goals: China's Progress: 2003.* Office of the United Nations Resident Coordinator, Beijing. [<http://www.undp.org/mdg/chinaMDG.pdf>]. May 2005.
- . **2004b.** *A More Secure World: Our Shared Responsibility.* Report of the UN Secretary-General's High-level Panel on Threats, Challenges and Change. New York: United Nations Department of Information. [<http://www.un.org/secureworld/report2.pdf>]. March 2005.
- . **2005a.** "An Agenda for Peace: Position Paper of the Secretary-General on the occasion of the Fiftieth Anniversary of the United Nations." Report of the Secretary-General on the work of the organization. New York. [<http://www.un.org/Docs/SG/agsupp.html>]. April 2005.
- . **2005b.** "Millennium Indicators Database." Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division, New York. [http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp]. March 2005.
- . **2005c.** "UN Commodity Trade Statistics Database (UN Comtrade)." New York. [<http://unstats.un.org/unsd/comtrade/>]. June 2005.
- . **2005d.** *World Population Prospects 1950–2050: The 2004 Revision.* Department of Economic and Social Affairs, Population Division, New York
- UNAIDS (Joint United Nations Programme on HIV/AIDS). 2003.** "HIV/AIDS and Conflict." Office on AIDS, Security, and Humanitarian Response, Copenhagen. [http://www.unaids.org/NetTools/Misc/DocInfo.aspx?LANG=en&href=http://gva-doc-owl/WEBcontent/Documents/pub/Topics/Security/FS_Conflict_en.pdf]. April 2005.
- . **2004a.** "Care, Women and AIDS." Fact Sheet. Geneva. [http://www.unaids.org/html/pub/una-docs/gcwa_care_02feb04_en_pdf.pdf]. May 2005.
- . **2004b.** "Report on the Global AIDS Epidemic." Geneva. [http://www.unaids.org/bangkok2004/GAR2004_pdf/UNAIDSGlobalReport2004_en.pdf]. May 2005.
- . **2005a.** "HIV and AIDS Statistics and Features, End of 2002 and 2004: Asia." Geneva. [http://www.unaids.org/wad2004/EPlupdate2004_html_en/epi04_07_en.htm#TopOfPage]. May 2005.
- . **2005b.** "HIV and AIDS Statistics and Features, End of 2002 and 2004: Eastern Europe and Central Asia." Geneva. [http://www.unaids.org/wad2004/EPlupdate2004_html_en/epi04_08_en.htm#TopOfPage]. May 2005.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2000.** *The Competitiveness Challenge: Transnational Corporations and Industrial Restructuring in Developing Countries.* Geneva.
- . **2003.** "Economic Development in Africa: Trade Performance and Commodity Dependence." Geneva. [http://www.unctad.org/en/docs/gdsafrika20031_en.pdf]. May 2005.
- . **2004a.** "The Least Developed Countries Report 2004: Linking International Trade with Poverty Reduction." Geneva. [http://www.unctad.org/en/docs/ldc2004_en.pdf]. May 2005.
- . **2004b.** "Trade and Development Report 2004: Policy Coherence, Development Strategies and Integration into the World Economy." Geneva. [http://www.unctad.org/en/docs/tdr2004_en.pdf]. May 2005.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) and World Bank. 2005.** *WITS/TRAINS (World Integrated Trade Solution/Trade Analysis and Information System).* Database. Geneva. [<http://192.91.247.38/tab/WITS.asp>]. May 2005.
- UNDP (United Nations Development Programme). 1990.** *Human Development Report 1990: Concept and Measurement of Human Development.* New York: Oxford University Press.
- . **1994.** *Human Development Report 1994: New Dimensions of Human Security.* New York: Oxford University Press. [<http://hdr.undp.org/reports/global/1994/en/>]. May 2005.
- . **2000.** "Aid Transaction Costs in Viet Nam." Department for International Development, Ha Noi. [<http://www.undp.org.vn/undp/docs/2000/aid/aidtransacte.pdf>]. March 2005.
- . **2001.** *Nepal National Human Development Report 2001: Poverty Reduction and Governance.* New York: Oxford University Press.
- . **2002.** *China National Human Development Report 2002—Making Green Development: A Choice.* New York: Oxford University Press.
- . **2003a.** *El conflicto, callejón con salida: Informe Nacional de Desarrollo Humano para Colombia—2003.* Bogotá. [http://www.pnud.org.co/2003/Informe_2003_completo_v2.pdf]. May 2005.
- . **2003b.** "Ghana Millennium Development Goals Report 2003." New York. [http://www.undp.org/mdg/ghana_report.pdf]. May 2005.
- . **2003c.** *Human Development Report 2003: Millennium Development Goals: A Compact among Nations to End Poverty.* New York: Oxford University Press.
- . **2003d.** *Pakistan National Human Development Report 2003: Poverty, Growth, and Governance.* New York: Oxford University Press.
- . **2003e.** "Synthesis of Work Done since the July Workshop on Defining Democratic Dialogue." Regional Bureau for Latin America, Democratic Dialogue Project, New York.
- . **2003f.** *Tajikistan National Human Development Report 2003: Tapping the Potential: Improving Water Governance.* New York: Oxford University Press.
- . **2004a.** *Afghanistan National Human Development Report 2004: Security with a Human Face: Challenges and Responsibilities.* New York: Oxford University Press.
- . **2004b.** "Review of Aid Management Systems: Summary and Lessons Learned." New York. [<http://www.devoid.org/indexAction.cfm?module=Library&action=GetFile&DocumentID=4201>]. June 2005.
- . **2005a.** "Afghanistan's Future Holds Promise and Peril." News Bulletin. 21 February. [<http://www.undp.org/dpa/pressrelease/releases/2005/february/pr21feb05.html>]. May 2005.
- . **2005b.** *Nepal Human Development Report 2004: Empowerment and Poverty Reduction.* New York: Oxford University Press.
- . **2005c.** "UNDP Regional Bureau for Latin America Democratic Dialogue Project." New York. [<http://www.democraticdialoguenetwork.org/english/>]. April 2005.
- UNEP (United Nations Environment Programme). 1999.** "Environmental Impacts of Trade Liberalization and Policies for Sustainable Management of Natural Resources: A Case Study on Bangladesh's Shrimp Farming Industry." UNEP/99/3. New York and Geneva. [<http://www.unep.ch/etu/etp/acts/capbld/rdone/bangladesh.pdf>]. May 2005.
- . **2002.** *Integrated Assessment of Trade Liberalization and Trade-Related Policies: A Country Study on the Fisheries Sector in Senegal.* New York and Geneva.
- UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization). 2005.** *Education for All Global Monitoring Report: Education for All: The Quality Imperative.* Paris. [http://www.unesco.org/education/gmr_download/chapter6.pdf]. May 2005.
- UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) Institute of Statistics. 2005.** Correspondence on gross and net enrolment ratios and children reaching grade 5. April. Montreal, Canada.
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees). 2004.** "2003 Global Refugees Trends: Overview of Refugee Populations, New Arrivals, Durable Solutions, Asylum-Seekers, and Other Persons of Concern to UNHCR." Population Data Unit/PGDS, Division of Operational Support, Geneva. [<http://www.unhcr.ch/cgi-bin/texis/vtx/statistics/opendoc.pdf?tbl=STATISTICS&id=40d015fb4>]. May 2005.
- UNICEF (United Nations Children's Fund). 2000.** "From Survival to Thrival: Children and Women in the Southern Part of Sudan." New York.

- . **2001a.** "Progress since the World Summit for Children: A Statistical Review." New York. [http://www.unicef.org/publications/files/pub_wethechildren_stats_en.pdf]. February 2005.
- . **2001b.** *State of the World's Children 2001.* New York.
- . **2005a.** "Child Poverty in Rich Countries 2005: The Proportion of Children Living in Poverty Has Risen in a Majority of the World's Developed Economies." Innocenti Report Card No. 6. Florence. [http://www.unicef-icdc.org/publications/index.html]. May 2005.
- . **2005b.** Correspondence on under-five mortality. May. New York.
- . **2005c.** "Monitoring the Situation of Children and Women." [www.childinfo.org]. May 2005.
- . **2005d.** "Progress for Children: A Report Card on Gender Parity and Primary Education." Number 2. New York.
- . **2005e.** *State of the World's Children 2005.* New York. [http://www.unicef.org/sowc05/english/sowc05.pdf]. May 2005.
- UNIDO (United Nations Industrial Development Organization).**
- 2002.** *Industrial Development Report 2002/2003: Competing through Innovation and Learning.* Vienna. [http://www.unido.org/userfiles/hartmany/12IDR_full_report.pdf]. May 2005.
- . **2004.** *Industrial Development Report 2004: Industrialization, Environment, and the Millennium Development Goals in Sub-Saharan Africa: The New Frontier in the Fight Against Poverty.* Vienna.
- University of California, Berkeley, and Max Planck Institute for Demographic Research.** **2005.** *Human Mortality Database.* Database. Berkeley and Munich. [http://www.mortality.org]. June 2005.
- UN Millennium Project.** **2005a.** *Combating AIDS in the Developing World.* Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on HIV/AIDS. London: Earthscan.
- . **2005b.** *Coming to Grips with Malaria in the New Millennium.* Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on Malaria. London: Earthscan.
- . **2005c.** *Halving Hunger: It Can Be Done.* Task Force on Hunger. London: Earthscan.
- . **2005d.** *Health, Dignity, and Development: What Will It Take?* Task Force on Water and Sanitation. London: Earthscan.
- . **2005e.** *Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals.* London: Earthscan.
- . **2005f.** *Toward Universal Primary Education: Investments, Incentives, and Institutions.* Task Force on Education and Gender Equality. London: Earthscan.
- . **2005g.** *Trade for Development.* Task Force on Trade. London: Earthscan.
- . **2005h.** *Who's Got the Power? Transforming Health Systems for Women and Children.* Task Force on Child Health and Maternal Health. London: Earthscan.
- UN News Centre.** **2004.** "Annan Calls for Overhaul in Security Structure to Better Protect UN Personnel." 11 October. [http://www.un.org/apps/news/storyAr.asp?NewsID=12186&Cr=security&Cr1=]. May 2005.
- UN OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs).** **2002.** "Democratic Republic of the Congo 2002: Consolidated Appeals Process (CAP)." Geneva.
- . **2004a.** "Democratic Republic of the Congo 2004: Consolidated Appeals Process (CAP)." Geneva. [http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/CAP_2004_DR Congo/\$FILE/CAP_2004_DR Congo_SCREEN.PDF?OpenElement]. May 2005.
- . **2004b.** "Occupied Palestinian Territory 2004: Consolidated Appeals Process (CAP)." Geneva. [http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/CAP_2004_oPt/\$FILE/CAP_2004_oPt_SCREEN.PDF?OpenElement]. May 2005.
- UN (United Nations) Viet Nam.** **2002.** "Vietnam: Bringing the MDGs Closer to the People." New York. [http://www.undp.org/mdg/vietnam2002.pdf]. May 2005.
- US Department of Agriculture, Economic Research Service.** **2002.** "Agricultural Outlook: Statistical Indicators." [http://www.ers.usda.gov/publications/Agoutlook/AOTables/]. May 2005.
- . **2005a.** "Farm and Commodity Policy: Government Payments and the Farm Sector." Briefing Room. Washington, DC. [http://www.ers.usda.gov/Briefing/FarmPolicy/gov-pay.htm]. May 2005.
- . **2005b.** "WTO: Uruguay Round Agreement on Agriculture." Briefing Room. Washington, DC. [http://www.ers.usda.gov/Briefing/WTO/domesticSupportPillar.htm]. May 2005.
- US Department of Agriculture, Foreign Agricultural Service.** **2005.** "United States-Central America-Dominican Republic: Free Trade Agreement." Commodity Fact Sheets. [http://www.fas.usda.gov/info/factsheets/CAFTA/foodgrains.html]. May 2005.
- US Department of State.** **1999.** "Patterns of Global Terrorism: 1998." Department of State publication 10610. Office of the Secretary of State, Office of the Coordinator of Counterterrorism, Washington, DC.
- . **2004.** "The Prevention and Combating of Terrorism in Africa." Washington, DC. [http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2004/37230.htm]. May 2005.
- USITC (United States International Trade Commission).** **2005.** "Interactive Tariff and Trade Dataweb." Washington, DC. [http://dataweb.usitc.gov/]. May 2005.
- Uvin, Peter.** **1998.** *Aiding Conflict: The Development Enterprise in Rwanda.* West Hartford: Kumarian Press.
- Vakis, Renos, Diana Kruger, and Andrew D. Mason.** **2004.** "Shocks and Coffee: Lessons from Nicaragua." Social Protection Discussion Paper 30164. World Bank, Washington, DC.
- van der Gaag, Jacques.** **2004.** "Alternative Perspectives 2.2." In Bjørn Lomborg, ed., *Global Crises, Global Solutions.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Victoria, Cesar G., Adam Wagstaff, Joanna Armstrong Schellenberg, Davidson Gwatkin, Mariam Claeson, and Jean-Pierre Habicht.** **2003.** "Applying an Equity Lens to Child Health and Mortality: More of the Same Is Not Enough." *The Lancet* 362(9379): 233–41. [http://www.sciencedirect.com/science?_ob=MIimg&_imagekey=B6T1B-4938BXH-Y-1&_cdi=4886&_user=666074&_orig=browse&_coverDate=07%2F19%2F2003&_sk=996370620&view=c&wchp=dGLbVtz-zSkWA&md5=112639e83039a42aef6a9ce24009d7fd&ie=/sdatarticle.pdf]. February 2005.
- Viet Nam, Government of.** **2004.** "Vietnam: The Comprehensive Poverty Reduction and Growth Strategy." IMF Country Report 04/25. Washington, DC. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr0425.pdf]. May 2005.
- Visaria, Leela.** **2004a.** "The Continuing Fertility Transition." In Tim Dyson, Robert Cassen, and Leela Visaria, eds., *Twenty-First Century India: Population, Economy, Human Development, and the Environment.* Oxford: Oxford University Press.
- . **2004b.** "Mortality Trends and the Health Transition." In Tim Dyson, Robert Cassen, and Leela Visaria, eds., *Twenty-First Century India: Population, Economy, Human Development, and the Environment.* Oxford: Oxford University Press.
- Vorley, Bill.** **2003.** "Food, Inc.: Corporate Concentration from Farm to Consumer." UK Food Group, London. [http://www.ukfg.org.uk/docs/UKFG-Foodinc-Nov03.pdf]. June 2005.
- Wade, Robert.** **2005.** "Is Globalization Reducing Poverty and Inequality?" *World Development* 32(4): 567–89.
- Wagstaff, Adam.** **2000.** "Socioeconomic Inequalities in Child Mortality: Comparisons Across Nine Developing Countries." *Bulletin of the World Health Organization* 78(1): 19–29.
- Wagstaff, Adam, and Mariam Claeson.** **2004.** *The Millennium Development Goals for Health: Rising to the Challenges.* Washington, DC: World Bank. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2004/07/15/000009486_20040715130626/Rendered/PDF/296730PAPER0Mi1ent0goals0for0health.pdf]. May 2005.

- Wagstaff, Adam, and Eddy van Doorslaer.** 2003. "Catastrophe and Impoverishment in Paying for Health Care: With Applications to Vietnam 1993–98." *Health Economics* 12(11): 921–33.
- Waldman, Ronald.** 2005. "Public Health in War." *Harvard International Review* 27(1).
- Walker, A., and C. Walker, eds.** 1987. *The Growing Divide: A Social Audit 1979–1987*. London: CPAG Ltd.
- Watal, Jayashree.** 2002. "Implementing the TRIPS Agreement." In Bernard Hoekman, Aaditya Mattoo, and Philip English, eds., *Development, Trade and the WTO*. Washington, DC: World Bank.
- Watkins, Kevin.** 2000. *The Oxfam Education Report*. Oxford: Oxfam International.
- . 2003a. "Farm Fallacies That Hurt the Poor." *Development Outreach* 5(2):10–12.
- . 2003b. "Northern Agricultural Policies and World Poverty: Will the Doha 'Development Round' Make a Difference?" Paper presented at the Annual World Bank Conference on Development Economics, World Bank, 15–16 May, Paris. [[http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Paper+by+Watkins/\\$File/WATKINS.PDF](http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Paper+by+Watkins/$File/WATKINS.PDF)]. May 2005.
- Welsh, Jennifer M.** 2002. "From Right to Responsibility: Humanitarian Intervention and International Society." *Global Governance* 8(4): 503–21.
- White, David.** 2005. "Progress Relies on Donors' Pledges." *Financial Times*, 14 February.
- White, Howard, and Geske Dijkstra.** 2003. *Programme Aid and Development: Beyond Conditionality*. London and New York: Routledge.
- The White House.** 2002. "Expand the Circle of Development by Opening Societies and Building the Infrastructure of Democracy." In *The National Security Strategy of the United States of America*. Washington, DC. [<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>].
- WHO (World Health Organization).** 2004a. "Retrospective Mortality Survey among the Internally Displaced Population, Greater Darfur, Sudan." Geneva. [<http://www.who.int/disasters/repo/14656.pdf>]. May 2005.
- . 2004b. *The World Health Report 2004: Changing History*. Geneva. [http://www.who.int/whr/2004/en/report04_en.pdf]. May 2005.
- WHO (World Health Organization) and UNICEF (United Nations Children's Fund).** 2003. *The Africa Malaria Report 2003*. Geneva. [http://www.unicef.org/publications/files/pub_africa_malaria_report_en.pdf]. May 2005.
- Winters, L. Alan.** 2002. "The Economic Implications of Liberalising Mode 4 Trade." Joint WTO-World Bank Symposium on "The Movement of Natural Persons (Mode4) Under the GATS," 11–12 April, Geneva. [http://www.tessproject.com/guide/pubs/mode4/Economic_Implications_of%20Lib_Mode4_Trade.pdf]. May 2005.
- Winters, L. Alan, Neil McCulloch, and Andrew McKay.** 2004. "Trade Liberalization and Poverty: The Evidence So Far." *Journal of Economic Literature* 42(1):72–115.
- Wolf, Martin.** 2005. "Asia's Giants Take Different Routes." *Financial Times*, 22 February.
- Wolfensohn, James, and François Bourguignon.** 2004. "Development and Poverty Reduction: Looking Back, Looking Ahead." Prepared for the 2004 Annual Meetings of the World Bank and IMF. World Bank, Washington, DC. [<http://www.worldbank.org/ambc/lookingbacklookingahead.pdf>]. May 2005.
- Woods, Ngaire.** 2005. "The Shifting Politics of Foreign Aid." *International Affairs* 81(2): 393–409.
- Woods, Ngaire, and research team.** 2004. "Reconciling Effective Aid and Global Security: Implications for the Emerging International Development Architecture." Global Economic Governance Programme, University College, Oxford. [[http://users.ox.ac.uk/~ntwoods/IDAFinalDraft2\(26Nov2004\).pdf](http://users.ox.ac.uk/~ntwoods/IDAFinalDraft2(26Nov2004).pdf)]. March 2005.
- Woodward, Llewellyn.** 1963. *The Age of Reform 1815–1870*. Oxford: Oxford University Press.
- Woodward, Susan.** 2002. "Economic Priorities for Successful Peace Implementation." In Stephen John Stedman, Donald Rothchild, and Elizabeth Cousens, eds., *Ending Civil Wars: The Implementation of Peace Agreements*. Boulder: Lynne Rienner.
- Working Group on New International Financial Contributions, Office of the President of the French Republic.** 2004. "New International Financial Contributions." A report by the working group chaired by Jean-Pierre Landau. Report to Jacques Chirac, President of the French Republic. Paris.
- World Bank.** 1998. *Assessing Aid: What Works, What Doesn't, and Why*. Washington, DC: Oxford University Press.
- . 2001. "Tanzania: World Bank Approves Primary Education Project." News Release 2002/096/AFR. Washington, DC.
- . 2002. "Corruption, Poverty, and Inequality." Washington, DC. [<http://www1.worldbank.org/publicsector/anticorrupt/corpo.htm>]. June 2005.
- . 2003a. "Benin: Second Poverty Reduction Support Credit." Environmental Assessment E1083. Washington, DC.
- . 2003b. *Brazil: Equitable, Competitive, Sustainable—Contributions for Debate*. Washington, DC.
- . 2003c. *Poverty in Guatemala*. Washington, DC.
- . 2003d. *Rural Poverty Alleviation in Brazil: Toward an Integrated Strategy*. Washington, DC.
- . 2003e. *World Development Report 2004: Making Services Work for Poor People*. New York: Oxford University Press.
- . 2004a. *2003 Annual Review of Development Effectiveness: The Effectiveness of Bank Support for Policy Reform*. Washington, DC. [[http://lnweb18.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/DocUNIDViewForJavaSearch/3D82DE51D6B462DA85256E69006BD181/\\$file/arde_2003.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/DocUNIDViewForJavaSearch/3D82DE51D6B462DA85256E69006BD181/$file/arde_2003.pdf)]. March 2005.
- . 2004b. "Books, Buildings, and Learning Outcomes: An Impact Evaluation of World Bank Support to Basic Education in Ghana." Report 28779. Operations Evaluation Department, Washington, DC. [[http://lnweb18.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/0/928a136deb347b3485256e8a0061bc8d/\\$FILE/report_28779_basic_education.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/0/928a136deb347b3485256e8a0061bc8d/$FILE/report_28779_basic_education.pdf)]. May 2005.
- . 2004c. *Global Economic Prospects 2005: Trade, Regionalism, and Development*. Washington, DC.
- . 2004d. "Opportunities and Challenges for Developing High-Value Agricultural Exports in Ethiopia." April draft. Africa Region, Country Department for Ethiopia, Washington, DC.
- . 2004e. *World Development Indicators 2004*. Washington, DC.
- . 2004f. *Inequality and Economic Development in Brazil*. Washington, DC.
- . 2005a. "2004 Annual Review of Development Effectiveness: The Bank's Contributions to Poverty Reduction." Operations Evaluation Department. Washington, DC. [[http://lnweb18.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/24cc3bb1f94ae11c85256808006a0046/efbce22c91b5796685256ff10057bb6c/\\$FILE/2004_ARDE.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/24cc3bb1f94ae11c85256808006a0046/efbce22c91b5796685256ff10057bb6c/$FILE/2004_ARDE.pdf)]. June 2005.
- . 2005b. "China's Progress towards the Health MDGs." World Bank Rural Health in China: Briefing Note 2. Washington, DC.
- . 2005c. "Conditionality Review: Conditionality and Policy Based Lending—Trends." Washington, DC.
- . 2005d. "PovcalNet." [<http://iresearch.worldbank.org/PovcalNet/jsp/index.jsp>]. June 2005.
- . 2005e. "Russian Federation: Reducing Poverty through Growth and Social Policy Reform." Report 28923-RU. Europe and Central Asia Region, Poverty Reduction and Economic Management Unit, Washington, DC. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2005/03/17/000012009_20050317113145/Rendered/PDF/289230RU.pdf]. May 2005.
- . 2005f. *World Development Indicators 2005 CD-ROM (Single User)*. Washington, DC.

World Bank and IMF (International Monetary Fund). 2003.

"Supporting Sound Policies with Adequate and Appropriate Financing." DC2003-0016. Background paper for Development Committee (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Real Resources to Developing Countries, "Item I of the Provision Agenda." Washington, DC. [[http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/20127712/DC2003-0016\(E\)-Financing.pdf](http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/20127712/DC2003-0016(E)-Financing.pdf)].

———. **2004a.** "Financing Modalities toward the Millennium Development Goals: Progress Note." DC2004-003. Background paper for Development Committee (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Real Resources to Developing Countries, "Item I of the Provision Agenda." Washington, DC. [[http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/20191435/DC2004-0003\(E\)-FinMod.pdf](http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/20191435/DC2004-0003(E)-FinMod.pdf)]. May 2005.

———. **2004b.** *Global Monitoring Report 2004: Policies and Actions for Achieving the Millennium Development Goals and Related Outcomes.* Washington, DC. [<http://siteresources.worldbank.org/GLOBALMONITORINGEXT/Resources/0821358596.pdf>].

———. **2004c.** "Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative: Status of Implementation." Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/NP/hipc/2004/082004.pdf>]. May 2005.

———. **2005a.** *Global Monitoring Report 2005: Millennium Development Goals: From Consensus to Momentum.* Washington, DC. [<http://siteresources.worldbank.org/GLOBALMONITORINGEXT/Resources/complete.pdf>]. May 2005.

———. **2005b.** "Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative—Statistical Update." Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/np/hipc/2005/040405.pdf>]. May 2005.

———. **2005c.** "Moving Forward: Financing Modalities Toward the MDGs." DC2005-0008/Add. 1. Background paper for Development Committee (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Real Resources to Developing Countries, "Item II of the Provision Agenda." Washington, DC. [[http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/20449410/DC2005-0008\(E\)-FinMod%20Add1.pdf](http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/20449410/DC2005-0008(E)-FinMod%20Add1.pdf)]. May 2005.

World Bank and Palestinian Central Bureau of Statistics.

2004. "Deep Palestinian Poverty in the Midst of Economic Crisis." Working Paper 30751. Washington, DC. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2004/11/24/000112742_20041124094109/Rendered/PDF/307510arabic.pdf]. May 2005.

World Bank and the Republic of Kenya. 2004. "Kenya Public Expenditure Review 2004: Report on the Structure and Management of Public Funding." Report 29421-KE. Africa Region, Country Department for Kenya, Washington, DC. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2005/03/17/000012009_20050317111633/Rendered/PDF/294210KE.pdf]. May 2005.

WTO (World Trade Organization). 2004a. "Background Statistical Information with Respect to Trade in Textiles and Clothing." WTO Document G/L/692. Geneva.

———. **2004b.** "International Trade Statistics 2004." Geneva. [http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2004_e/its2004_e.pdf]. May 2005.

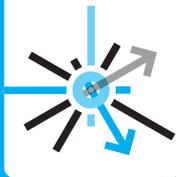
———. **2004c.** "Market Access Issues Related to Products of Export Interest Originating from Least Developed Countries: Note by the Secretariat." Washington, DC.

———. **2005.** "Trade Topics: Agriculture Gateway." Geneva. [http://www.wto.org/english/tratop_e/agric_e/agric_e.htm]. June 2005.

Yamano, T., and T. S. Jayne. 2004. "Measuring the Impact of Working Age Adult Mortality on Small-Scale Farm Households in Kenya." *World Development* 32(1): 91–119.

Yunker, James A. 2004. "Could a Global Marshall Plan be Successful? An Investigation Using The WEEP Simulation Model." *World Development* 32(7): 1109–37. [http://www.sciencedirect.com/science?_ob=MIimg&_imagekey=B6VC6-4CGM6SP-1-3P&_cdi=5946&_user=666074&_orig=na&_coverDate=07%2F31%2F2004&_sk=999679992&view=c&wchp=dGLbVtz-zSkWA&md5=10d919d5a9c240234cbb00895899fc80&ie=/sdarticle.pdf]. March 2005.

Yunus, Muhammad. 2004. "Grameen Bank, Microcredit and Millennium Development Goals." *Economic and Political Weekly* 39(36): 4077–80.



Indikatoren für die menschliche Entwicklung

Anleitung für den Leser	265
Erläuterungen zu Tabelle 1: Über den diesjährigen Index für menschliche Entwicklung	268

Indikatorentabellen

Überwachung der menschlichen Entwicklung: Erweiterung der Möglichkeiten von Menschen . . .

1 Index für menschliche Entwicklung	273
2 Trends des Indexes für menschliche Entwicklung	277
3 Menschliche Armut und Einkommensarmut: Entwicklungsländer	281
4 Menschliche Armut und Einkommensarmut: OECD-Länder, Mittel- und Osteuropa sowie GUS	284

. . . ein langes und gesundes Leben zu führen . . .

5 Demografische Trends	286
6 Engagement für die Gesundheit: Ressourcen, Zugang und Dienste	290
7 Wasser- und Sanitärversorgung, Ernährungsstand	294
8 Ungleichheiten bei der Gesundheit von Müttern und Kindern	298
9 Umgang mit globalen Gesundheitskrisen und Gefahren	300
10 Lebenserwartung: Fortschritte und Rückschläge	304

. . . Wissen zu erwerben . . .

11 Engagement für die Bildung: öffentliche Ausgaben	308
12 Alphabetisierungsgrad und Schulbesuch	312
13 Technologie: Verbreitung und Schaffung	316

. . . Zugang zu den Ressourcen für einen angemessenen Lebensstandard zu erhalten . . .

14 Wirtschaftliche Leistung	320
15 Ungleichheit bei Einkommen oder Konsum	324
16 Handelsstruktur	328
17 Verantwortlichkeiten reicher Länder: Entwicklungshilfe	332
18 Verantwortlichkeiten reicher Länder: Schuldenerleichterung und Handel	333
19 Hilfsströme, Privatkapital und Verschuldung	334
20 Prioritäten der öffentlichen Ausgaben	338
21 Arbeitslosigkeit in OECD-Ländern	342

. . . sie jedoch gleichzeitig für künftige Generationen zu bewahren . . .

22 Energie und Umwelt	343
------------------------------	-----

... die persönliche Sicherheit zu gewährleisten ...

23	Flüchtlinge und Waffen	347
24	Kriminalitätsoffer	351

... und Gleichheit für alle Frauen und Männer zu verwirklichen

25	Geschlechtsbezogener Entwicklungsindex	353
26	Maß für die Ermächtigung der Geschlechter	357
27	Ungleichheit zwischen Männern und Frauen bei der Bildung	361
28	Ungleichheit zwischen Männern und Frauen bei der Wirtschaftstätigkeit	365
29	Geschlechter, Arbeits- und Zeitverteilung	369
30	Politische Partizipation von Frauen	370

Übereinkommen auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Arbeitsrechts

31	Stand der wichtigsten internationalen Menschenrechtsübereinkommen	374
32	Stand der grundlegenden Übereinkommen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts	378

33	Basis-Indikatoren für andere UN-Mitgliedstaaten	382
-----------	-------------------------------------------------	-----

	Erläuterungen zu den Statistiken im <i>Bericht über die menschliche Entwicklung</i>	383
--	-------------------------------------------------------------------------------------	-----

Technische Erläuterungen

1	Berechnung der Indizes für menschliche Entwicklung	394
2	Armutsbekämpfung – eine Medaille mit zwei Seiten: Warum Wachstum und Verteilung wichtig sind	401
3	Einschätzung der Fortschritte in Richtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele	406

	Definitionen statistischer Begriffe	408
	Statistische Primärquellen	415
	Klassifizierung der Länder	417
	Index der Indikatoren	421
	Index der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele in den Indikatorentabellen	425
	Länderschlüssel	428

Anleitung für den Leser

Indikatortabellen zur menschlichen Entwicklung

Die Indikatortabellen zur menschlichen Entwicklung stellen eine Gesamtbewertung der Erreichungen eines Landes in verschiedenen Bereichen der menschlichen Entwicklung dar. Viele der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele sind in diese Tabellen eingeflossen (siehe *Index der Indikatoren* und *Index der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele in den Indikatortabellen*). Die mit diesen Indikatoren verknüpften Daten bieten einen statistischen Bezugsrahmen für die Einschätzung der Fortschritte, die in den einzelnen Ländern in Richtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele und deren Zielvorgaben erreicht wurden.

Die Haupttabellen sind nach Themen geordnet, die aus den Laufiteln im Kopf der einzelnen Tabellen hervorgehen. Die Tabellen enthalten Daten für 175 UN-Mitgliedstaaten sowie Hongkong, China (SAR) und die Besetzten Palästinensischen Gebiete, also für alle diejenigen, für die eine Berechnung des Index für menschliche Entwicklung (HDI) möglich ist. Wegen fehlender Daten sind 16 UN-Mitgliedstaaten nicht in den diesjährigen HDI einbezogen. Die grundlegenden Indikatoren der menschlichen Entwicklung in diesen Ländern werden in Tabelle 33 aufgeführt.

In den Tabellen werden Länder und Gebiete nach ihrem HDI-Wert in absteigender Ordnung eingestuft. Der *Länderschlüssel* auf der letzten Seite dieses Berichts, in dem diese alphabetisch mit ihrem HDI-Rang aufgeführt sind, erleichtert das Auffinden einzelner Länder in den Tabellen.

Die meisten Daten in den Tabellen beziehen sich auf das Jahr 2003. Es sind, soweit nicht anders angegeben, diejenigen Daten, die dem Büro für den

Bericht über die menschliche Entwicklung zum 16. Mai 2005 zugänglich waren.

Quellen und Definitionen

Das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung erhebt weniger Statistiken als dass es diese verarbeitet. Es ist deshalb auf internationale Datenorganisationen angewiesen, die über die Ressourcen und das Fachwissen verfügen, um auf internationaler Ebene Daten in Bezug auf spezifische statistische Indikatoren sammeln und erfassen zu können. Die Quellen aller für die Erstellung der Indikatortabellen benutzten Daten werden am Ende jeder Tabelle in Kurzform angegeben. Die Angaben entsprechen den vollständigen Angaben im Abschnitt *Statistische Primärquellen*. Wenn eine Organisation Daten zur Verfügung stellt, die sie von einer anderen Quelle übernommen hat, werden in den Fußnoten zur Tabelle immer beide Quellen angegeben. Wenn jedoch auf der Arbeit vieler Anderer aufgebaut wurde, so wird nur die allerletzte Quelle genannt. Die Quellenangaben enthalten außerdem die originalen Datenbestandteile, die in allen Berechnungen des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung zum Einsatz kamen, damit sichergestellt ist, dass sämtliche Berechnungen leicht nachvollzogen werden können.

Indikatoren, die knapp und sinnvoll definiert werden können, sind unter *Definitionen statistischer Begriffe* aufgeführt. Alle anderen sachdienlichen Informationen können den Fußnoten am Ende jeder Tabelle entnommen werden. Ausführlichere technische Informationen zu diesen Indikatoren finden sich auf den entsprechenden Webseiten der als Datenquellen herangezogenen Organisationen, die auf der Webseite des *Human Development Report* unter <http://hdr.undp.org/statistics/understanding/resources.cfm> abgerufen werden können.

Diskrepanzen zwischen nationalen und internationalen Schätzungen

Bei der Erarbeitung internationaler Datenreihen wenden internationale Datenorganisationen oft weltweit anerkannte Normen und Harmonisierungsverfahren an, um die länderübergreifende Vergleichbarkeit zu verbessern. Immer dann, wenn die internationalen Daten auf einzelstaatlichen Statistiken beruhen, wie dies meistens der Fall ist, kann es nötig werden, die nationalen Daten anzupassen. Wenn Daten für ein bestimmtes Land fehlen, wird die betreffende internationale Organisation möglicherweise eine Schätzung erstellen, falls andere relevante Informationen zur Verfügung stehen. Weil es schwierig ist, die Arbeit nationaler und internationaler Datenorganisationen zu koordinieren, kann es vorkommen, dass internationale Datenreihen nicht die allerneuesten nationalen Daten enthalten. Aufgrund dieser ganzen Faktoren können nationale und internationale Schätzungen voneinander abweichen (siehe *Erläuterung zu den Statistiken*).

Dieser Bericht hat schon häufig auf solche Diskrepanzen hingewiesen. Das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung tritt für Verbesserungen bei der internationalen Datenerhebung ein und wirkt bei Bemühungen dieser Art aktiv mit. Wenn Abweichungen bei den Daten vorkamen, hat es mitgeholfen, eine Verbindung zwischen nationalen und internationalen Datenbehörden herzustellen, um diese Diskrepanzen auszuräumen. In vielen Fällen hat dies dazu geführt, dass für den Bericht bessere Statistiken verfügbar wurden. Das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung bemüht sich darum, durch eine Systematisierung der Berichtsverfahren und der Überwachung der Datenqualität die Übereinstimmung der Daten laufend zu verbessern.

Langfristige Vergleichbarkeit

Da internationale Organisationen ihr Datenmaterial regelmäßig überarbeiten, kann es sein, dass Statistiken aus verschiedenen Ausgaben des Berichts nicht vergleichbar sind. Aus diesem Grund rät das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung nach-

drücklich davon ab, auf der Grundlage von Daten aus verschiedenen Ausgaben Trendanalysen herzuleiten.

Entsprechend sind auch die HDI-Werte und -Rangfolgen in den verschiedenen Ausgaben des Berichts nicht vergleichbar. In Indikatortabelle 2 (Trends im Index für menschliche Entwicklung) findet sich eine Trendanalyse, die auf in sich schlüssigen Daten und einer durchgängigen Methodik basieren. Die für das Jahr 2003 neu berechneten HDI-Werte und -Rangfolgen basieren auf einer Erfassung von Daten und Ländern, die mit dem diesjährigen Bericht vergleichbar sind. Sie können auf der Webseite des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung (<http://hdr.undp.org/statistics>) abgerufen werden.

Länderklassifizierungen

Die einzelnen Länder werden nach vier Kategorien klassifiziert: nach dem Stand der menschlichen Entwicklung, nach dem Einkommen, nach globalen Hauptgruppen und nach Regionen (siehe *Klassifizierung der Länder*). Diese Bezeichnungen stellen nicht unbedingt ein Urteil über den Entwicklungsstand eines bestimmten Landes oder Gebiets dar. Der im Text und in den Tabellen verwendete Begriff *Land* bezieht sich je nach Maßgabe auf Territorien oder Gebiete.

Klassifizierung in Bezug auf die menschliche Entwicklung. Alle Länder, die in den HDI einbezogen sind, werden nach ihrer Leistung auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung in drei Gruppen eingeteilt: Länder mit hoher menschlicher Entwicklung (HDI-Wert von 0,800 und höher), Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung (0,500 bis 0,799) und Länder mit niedriger menschlicher Entwicklung (weniger als 0,500).

Klassifizierung nach Einkommen. Alle Länder werden unter Heranziehung der Weltbankklassifizierung nach Einkommen eingestuft: Länder mit hohem Einkommen (Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 9.386 US-Dollar oder mehr im Jahr 2003), Länder

mit mittlerem Einkommen (766 bis 9.385 US-Dollar) und Länder mit niedrigem Einkommen (765 US-Dollar oder weniger).

Globale Hauptgruppen. Die drei globalen Gruppen sind: *Entwicklungsländer, Mittel- und Osteuropa und die GUS sowie OECD-Länder.* Diese Gruppen schließen sich nicht gegenseitig aus. (Würde man an Stelle der OECD-Gruppe die Gruppe der OECD-Länder mit hohem Einkommen heranziehen und Südkorea (Korea, Rep.) ausschließen, würden sich gegenseitig ausschließende Gruppen entstehen.) Soweit nicht anders angegeben, umfasst die Klassifizierung *Welt* die Gesamtheit der 193 erfassten Länder und Gebiete – 191 UN-Mitgliedstaaten zuzüglich Hongkong, China (SAR) und die Besetzten Palästinensischen Gebiete.

Regionale Klassifizierung. Die Entwicklungsländer sind in die folgenden Regionen weiter unterteilt: Arabische Staaten, Ostasien und Pazifik, Lateinamerika und Karibik (einschließlich Mexiko), Südasien, Südeuropa und Afrika südlich der Sahara. Diese Klassifizierung entspricht den Regionalbüros des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Eine weitere Gruppe sind die *am wenigsten entwickelten Länder* gemäß der Definition der Vereinten Nationen (UN-OHRLLS 2005).

Zusammenfassende Werte und Wachstumsraten

Zusammenfassende Werte. Für die oben beschriebenen Kategorien werden immer dann, wenn es der Analyse dienlich ist und ausreichende Daten vorliegen, am Ende der Tabellen zusammenfassende Werte angegeben. Zusammenfassende Werte, die für die gesamte Kategorie gelten, (z.B. für Bevölkerung), sind durch ein T gekennzeichnet. Wegen Auf- und Abrundungen summieren sich die Werte für die Untergruppen möglicherweise nicht genau zum Weltgesamtwert. Alle anderen zusammenfassenden Werte sind gewichtete Durchschnittswerte.

Im Allgemeinen wird für eine Kategorie nur dann ein zusammenfassender Wert ange-

geben, wenn Daten für die Hälfte der Länder verfügbar sind und mindestens zwei Drittel des verfügbaren Gewichts in dieser Kategorie repräsentieren. Das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung ergänzt keine fehlenden Daten, um zusammenfassende Werte vorlegen zu können. Deshalb repräsentieren die zusammenfassenden Werte für jede Kategorie, sofern nicht anders angegeben, nur die Länder, für die Daten verfügbar sind, und beziehen sich auf das angegebene Jahr oder den angegebenen Zeitraum sowie ausschließlich auf Daten, die aus den aufgeführten Primärquellen stammen. Wenn keine geeigneten Gewichtungsverfahren verfügbar sind, werden auch keine zusammenfassenden Werte angegeben.

Zusammenfassende Werte für Indizes, für Wachstumsraten und für Indikatoren, die mehr als einen Zeitpunkt erfassen, basieren nur auf den Ländern, für die Daten für alle notwendigen Zeitpunkte vorhanden sind. Für die Klassifizierung *Welt*, die sich nur auf die Gesamtheit der 193 erfassten Länder und Gebiete bezieht, werden nicht immer zusammenfassende Werte angegeben, wenn kein zusammenfassender Wert für eine oder mehrere Regionen angegeben ist.

Wegen unterschiedlicher Länderklassifizierung und Methodik stimmen zusammenfassende Werte in diesem Bericht nicht immer mit denjenigen in anderen Veröffentlichungen überein. Wo dies angegeben ist, werden die zusammenfassenden Werte von der Statistikorganisation berechnet, die die Daten für den Indikator liefert.

Wachstumsraten. Wachstumsraten für mehrere Jahre werden als Raten der durchschnittlichen jährlichen Veränderung ausgedrückt. Bei der Berechnung der Raten durch das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung werden nur der Anfangs- und Endpunkt des jeweiligen Zeitraums verwendet. Die Wachstumsraten für Einjahreszeiträume werden als jährliche prozentuale Veränderungen ausgedrückt.

Hinweise zu den Ländern

Sofern nicht anders angegeben, sind Hongkong, China (SAR), Macau, China (SAR) und Taiwan (Provinz Chinas) in den Daten für China nicht enthalten. In den meisten Fällen sind die Daten für Eritrea vor 1992 in den Daten für Äthiopien enthalten. Die Daten für Deutschland beziehen sich auf das wiedervereinigte Deutschland, sofern nicht anders angegeben. Die Daten für Indonesien umfassen bis einschließlich 1999 auch Timor-Leste, sofern nicht anders angegeben. Die Daten für Jordanien gelten nur für die East Bank. Die Daten für den Sudan beruhen häufig auf Informationen, die im Nordteil des Landes gesammelt wurden. Wirtschaftsdaten für Tansania beziehen sich ausschließlich auf das Festland. Und Daten für die Republik Jemen gelten ab 1990 für dieses Land, während die Daten der früheren Jahre sich auf die Summe der Daten für die ehemalige Volksrepublik Jemen und die ehemalige Arabische Republik Jemen beziehen.

Symbole

Überall dort, wo nicht die Ausdrücke *jährlich*, *jährliche Rate* oder *Wachstumsrate* verwendet werden, zeigt ein Bindestrich zwischen zwei Jahren an, dass die Daten in einem der genannten Jahre erhoben wurden (zum Beispiel 1995-2000). Ein Schrägstrich zwischen zwei Jahren bedeutet, dass es sich, sofern nicht anders angegeben, um einen Durchschnittswert für die betreffenden Jahre handelt (zum Beispiel 1998/2001). Folgende Symbole werden verwendet:

- .. Keine Daten verfügbar.
- (.) Weniger als die Hälfte der dargestellten Einheit.
- < Weniger als.
- Nicht zutreffend.
- T Gesamt.

Erläuterungen zu Tabelle 1: Über den diesjährigen Index für menschliche Entwicklung

Der Index für menschliche Entwicklung (HDI) ist ein zusammengesetzter Index für die Messung der Gesamterrungenchaften in einzelnen Ländern in drei grundlegenden Dimensionen der menschlichen Entwicklung: ein langes und gesundes Leben, gemessen anhand der Lebenserwartung bei der Geburt; Bildung, gemessen anhand des Alphabetisierungsgrads bei Erwachsenen und der kombinierten Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich; und ein angemessener Lebensstandard, gemessen anhand des Pro-Kopf-BIPs (Bruttoinlandsprodukt) bei Kaufkraftparität (PPP) in US-Dollar. Bei der Zusammenstellung des Indexes werden Indikatoren verwendet, die derzeit global verfügbar sind, und eine einfache und transparente Methodik angewendet (siehe *Technische Erläuterung 1*).

Zwar ist die Begrifflichkeit der menschlichen Entwicklung viel breiter angelegt als man mit einem einzigen zusammengesetzten Index messen könnte. Dennoch bietet der HDI eine leistungsfähige Alternative zum Einkommen als zusammenfassendem Maßstab für menschliches Wohlergehen. Er ermöglicht den Zugang zu den reichhaltigen Informationen, die in den nachstehenden Indikatorentabellen zu verschiedensten Aspekten der menschlichen Entwicklung enthalten sind.

Erfassung der Länder im HDI von der Datenlage abhängig

Der in diesem Bericht vorgestellte HDI bezieht sich auf das Jahr 2003. Er erfasst 175 UN-Mitgliedstaaten sowie Hongkong, China (SAR) und die Besetzten Palästinensischen Gebiete.

Wegen fehlender Vergleichsdaten können 16 UN-Mitgliedstaaten nicht in den diesjährigen HDI einbezogen werden. Die grundlegenden Indikatoren der menschlichen Entwicklung in diesen Ländern werden in Tabelle 33 aufgeführt.

Um länderübergreifende Vergleiche zu ermöglichen, wird der HDI, soweit dies möglich ist, auf der Grundlage von Daten berechnet, die bei den führenden internationalen Datenorganisationen zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts vorliegen (siehe unter *Wichtige internationale Datenquellen*). Bei einer Reihe von Ländern fehlen jedoch Daten dieser Datenorganisationen zu einer oder mehreren der vier HDI-Komponenten.

Um dem Wunsch dieser Länder nach Aufnahme in die HDI-Tabelle Rechnung zu tragen, und in dem Bestreben, so viele UN-Mitgliedstaaten wie möglich einzubeziehen, hat das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung in etlichen Fällen besondere Anstrengungen unternommen, um Schätzungen aus anderen internationalen, regionalen oder nationalen Quellen herabzuziehen, wenn bei einem Land für eine oder zwei der HDI-Komponenten keine Daten von den maßgeblichen internationalen Datenorganisationen erhältlich waren. In einigen ganz wenigen Fällen hat das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung selbst eine Schätzung angestellt. Diese Schätzungen, die aus anderen Quellen als den maßgeblichen internationalen Organisationen stammen, werden in den Fußnoten zu Tabelle 1 dokumentiert. Sie weichen in ihrer Qualität und Verlässlichkeit stark voneinander ab und werden nicht in den anderen Indikatortabellen, in denen ähnliche Daten präsentiert werden, mit aufgeführt.

Wichtige internationale Datenquellen

Lebenserwartung bei der Geburt. Die Schätzungen bezüglich der Lebenserwartung stammen aus der Publikation *2004 Revision of World Population Prospects* (UN 2005), der offiziellen Quelle der UN-Bevölkerungsschätzungen und -prognosen. Sie werden alle zwei Jahre auf Grund der Daten aus Personenstands-Registrierungs-

systemen, Volkszählungen und Erhebungen in den einzelnen Ländern von der Bevölkerungsabteilung der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten erstellt.

In der Ausgabe *2004 Revision* berücksichtigte die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen Daten, die bis Ende 2004 vorlagen. Um die Auswirkungen von HIV/AIDS zu beurteilen, wurden die neuesten Schätzungen des Gemeinsamen HIV/AIDS-Programms der Vereinten Nationen zur HIV-Prävalenz mit einer Reihe von Annahmen zu den demografischen Trends und zur Mortalität sowohl der infizierten als auch der nicht-infizierten Bevölkerung in jedem der 60 Länder kombiniert, für die eine genaue Modellrechnung über die Auswirkungen der Krankheit angestellt wurde.

Die sich ständig ändernde Dynamik wichtiger Infektionskrankheiten wie HIV/AIDS erschwert die Erstellung von Bevölkerungsschätzungen und -prognosen. Wenn neue empirische Erkenntnisse über die HIV/AIDS-Epidemie und die demografischen Trends verfügbar werden, müssen häufig frühere Schätzungen angepasst werden. Während beispielsweise die jüngste Schätzung zur HIV-Prävalenz in den meisten Ländern den früheren Schätzungen ähnlich ist, liegt sie für Äthiopien, Côte d'Ivoire, Kamerun, Kenia, Ruanda, Sambia und Simbabwe niedriger, für Äquatorialguinea und Senegal dagegen höher. Diese Veränderungen sind eher das Ergebnis von Neueinschätzungen der Inputdaten und geänderter Schätzmethoden und weniger ein Spiegelbild echter Veränderungen. Entsprechend beruhen die erheblich niedrigeren Schätzungen zur Lebenserwartung in einigen Ländern Afrikas südlich der Sahara (wie Botswana, Nigeria und São Tomé und Príncipe) sowie in zahlreichen Volkswirtschaften im Übergang (wie etwa Aserbeidschan, Kasachstan und Russische Föderation) auf neueren und genaueren Daten, aus denen hervorgeht, dass die Mortalitätsraten höher sind als bisher angenommen.

Bei den Schätzungen bezüglich der Lebenserwartung, die von der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen veröffentlicht werden,

handelt es sich in der Regel um Fünfjahres-Durchschnitte. In diesem Jahr erstellte die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen erstmalig durch Interpolation auf der Grundlage dieser Fünfjahres-Durchschnitte Lebenserwartungs-Schätzungen und -Prognosen für die einzelnen Jahre. Die in Tabelle 1 angegebenen Schätzungen bezüglich der Lebenserwartung für 2003 und auch die Schätzungen, auf denen Tabelle 2 aufbaut, stammen aus diesen interpolierten Daten (UN 2005c). Einzelheiten zu *2004 Revision of World Population Prospects* (UN 2005h) können unter www.un.org/esa/population/unpop.htm abgerufen werden.

Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen. Die Daten zum Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen werden im Allgemeinen bei Volkszählungen in den einzelnen Ländern, die normalerweise alle fünf oder zehn Jahre stattfinden, oder bei Haushaltserhebungen ermittelt.

Die in diesem Bericht verwendeten Daten über den Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen stammen aus der Auswertung des Instituts für Statistik (UIS) der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vom April 2005 (UNESCO Institute for Statistics 2005a), bei der direkte nationale Schätzungen mit UIS-Schätzungen kombiniert werden. Die nationalen Schätzungen, die auf Grund gezielter Bemühungen des UIS um aktuelle Alphabetisierungsdaten zur Verfügung gestellt wurden, basieren auf zwischen 2000 und 2004 in den einzelnen Ländern durchgeführten Volkszählungen oder Erhebungen (mit Ausnahme einiger weniger Fälle, die sich auf den Zeitraum 1995-99 beziehen). Die im Juli 2002 erstellten UIS-Schätzungen beruhten zumeist auf vor 1995 erhobenen nationalen Daten. Einzelheiten zu diesen Schätzungen bezüglich des Alphabetisierungsgrads können unter www.uis.unesco.org abgerufen werden.

Zahlreiche Hocheinkommensländer, die einen hohen Alphabetisierungsgrad erreicht haben, erheben bei nationalen Volkszählungen oder Haushaltserhebungen keine Alphabetisierungs-

statistiken mehr und sind daher in den Daten der UNESCO nicht enthalten. Bei der Berechnung des HDI wird für diese Länder ein Alphabetisierungsgrad von 99,0 Prozent angenommen.

Bei der Erhebung von Daten zur Alphabetisierung stellen viele Länder auf der Grundlage von eigenen Angaben der Befragten Schätzungen über die Zahl der Menschen an, die lesen und schreiben können. Manche Länder ziehen ersatzweise Daten über den schulischen Erfolg heran, wobei die Maßstäbe, die an Schulbesuch oder Erreichen des Klassenziels angelegt werden, variieren können. Weil also die Definitionen und Erhebungsmethoden voneinander abweichen können, sollte man mit Schätzungen über den Alphabetisierungsgrad vorsichtig umgehen.

In Zusammenarbeit mit weiteren Partnerorganisationen bemüht sich UIS aktiv um eine alternative Methodik zur Messung des Alphabetisierungsgrades, das Programm zur Bewertung und Überwachung des Alphabetisierungsgrades (LAMP). Mit LAMP soll die gegenwärtig benutzte vereinfachende Einteilung in „Menschen, die lesen und schreiben können“ und „Menschen, die nicht lesen und schreiben können“ verfeinert werden, indem Informationen über ein Kontinuum von Lese- und Schreibfähigkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Kombinierte Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich. Bruttoeinschulungsquoten werden vom UIS erstellt. Dabei dienen die Daten zum Schulbesuch, die von nationalen Regierungen erhoben werden (üblicherweise aus administrativen Quellen) und die Bevölkerungsdaten aus der Publikation *2002 Revision of World Population Prospects* der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN 2003) als Grundlage. Die Berechnung der Quoten erfolgt über die Ermittlung des Anteils der Schüler auf allen Ebenen des Schulbereichs an der Gesamtbevölkerung in der offiziellen Altersgruppe, die diesen Stufen entspricht. Die tertiäre Altersgruppe ist festgelegt als fünf Bildungsgänge, die in allen Ländern unmittelbar auf den Abschluss der Sekundarstufe II folgen.

Normalerweise werden die einzelnen Länder gebeten, die Schülerzahlen zu Anfang des Schuljahrs auf allen Ebenen der Bildung gemäß Definition des International Standard Classification of Education (ISCED) zu melden. Eine überarbeitete Fassung des ISCED, die 1997 eingeführt wurde, hat einige Veränderungen bei der Einstufung nationaler Bildungsprogramme mit sich gebracht. Diese haben sich allerdings wenig auf die Schätzung der kombinierten Bruttoeinschulungsquoten im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich ausgewirkt. Einzelheiten zu den Schulbesuchsdaten und zum ISCED können unter www.uis.unesco.org abgerufen werden.

Obleich als Ersatz für die Messung schulischen Erfolgs gedacht, spiegelt die kombinierte Bruttoeinschulungsquote nicht die Qualität von Bildungsergebnissen wider. Selbst wenn sie dazu genutzt wird, den Zugang zu Bildungschancen zu erfassen, kommen in der Quote die beträchtlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern nicht genau zum Ausdruck, da die Zuordnung von Altersgruppen und Schulstufen sowie die Dauer der Bildungsprogramme voneinander abweichen. Durch Faktoren wie beispielsweise Klassenwiederholungen und Schulabbruch können weitere Verzerrungen entstehen. Durch Maßstäbe wie die mittlere Dauer des Schulbesuchs oder die erwartete Dauer des Schulbesuchs könnten die Bildungsergebnisse angemessener erfasst werden; sie sollten im Idealfall die Bruttoeinschulungsquoten im HDI ersetzen. Daten dieser Art sind jedoch noch nicht für eine ausreichende Zahl von Ländern regelmäßig verfügbar.

So wie sie derzeit definiert ist, berücksichtigt die kombinierte Bruttoeinschulungsquote keine Schüler, die im Ausland die Schule besuchen. Aktuelle Daten für viele kleinere Länder, in denen viele Menschen eine tertiäre Ausbildung im Ausland absolvieren, unterrepräsentieren möglicherweise den tatsächlichen Zugang zu Bildung oder die Errungenschaften einer Bevölkerung im Bildungswesen erheblich und führen somit zu einer Herabstufung beim HDI-Wert.

Pro-Kopf-BIP (PPP US\$). Um einen länderübergreifenden Vergleich des Lebensstandards zu ermöglichen, müssen Wirtschaftsstatistiken entsprechend der Kaufkraftparität (PPP) umgerechnet werden, durch die Unterschiede im Preisniveau der einzelnen Länder aufgehoben werden. Die dem HDI zugrunde gelegten Daten zum Pro-Kopf-BIP (PPP US\$) werden für 164 Länder von der Weltbank zur Verfügung gestellt, die sich dabei hinsichtlich der Preise auf Daten aus den jüngsten Erhebungen des Internationalen Vergleichsprogramms (ICP) und hinsichtlich des BIP (Bruttoinlandsprodukt) in Landeswährung auf Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stützt. Die letzte ICP-Erhebung erfasst 118 Länder, deren PPP jeweils direkt durch Hochrechnung anhand der neuesten Vergleichsergebnisse geschätzt wurde. Bei den Ländern, die nicht in die Vergleichserhebungen einbezogen sind, werden die Schätzungen mittels ökonomischer Regression durchgeführt. Bei Ländern, die nicht von der Weltbank erfasst werden, kommen PPP-Schätzungen zur Anwendung, die den Penn World Tables der University of Pennsylvania (Aten, Heston und Sommers 2001, 2002) entnommen werden.

In einigen wenigen Fällen, in denen diese beiden internationalen Quellen keine verlässlichen PPP-Schätzungen liefern, arbeitet das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung mit Behörden auf Regional- und Länderebene zusammen, um für diese Länder eine PPP-Schätzung zu erhalten. So wurde beispielsweise für Kuba eine mit nationalen und internationalen Fachleuten besetzte Arbeitsgruppe gebildet, um verschiedene Methoden zur Ermittlung eines besseren PPP-Schätzwerts zu erkunden. Die Ergebnisse dieser Bemühungen werden sich in zukünftigen Ausgaben dieses Berichts niederschlagen.

Obwohl in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht wurden, weist der gegenwärtige Datensatz zur Kaufkraftparität etliche Defizite auf: Er erzielt keine flächendeckende Erfassung, liefert nicht ausreichend aktuelle Daten und variiert stark bei der Qualität der Resultate aus unterschiedlichen Regionen und Ländern. Wenn man die Lücken bei der Erfas-

sung der Länder durch ökonometrische Regression füllt, ist man immer noch sehr stark auf Vermutungen angewiesen. Eine zeitliche Extrapolation hingegen bedeutet, dass die Ergebnisse zunehmend an Aussagekraft verlieren, je länger das Erhebungsjahr, auf das Bezug genommen wird, und das laufende Jahr auseinander liegen.

Die Bedeutung der Kaufkraftparitäten für die wirtschaftliche Analyse unterstreicht den Verbesserungsbedarf bei den PPP-Daten. Es wurde bereits eine neue Millennium-Runde des ICP eingeläutet, die verspricht, sehr viel brauchbarere PPP-Daten für wirtschaftspolitische Analysen zu liefern, einschließlich einer internationalen Einschätzung der Armut. Einzelheiten zum ICP und zur PPP-Methodik können auf der ICP-Webseite unter www.worldbank.org/data/icp abgerufen werden.

Zeitübergreifende Vergleiche und Vergleich zwischen verschiedenen Ausgaben dieses Berichts

Der HDI ist ein wichtiges Instrument zur Beobachtung langfristiger Trends der menschlichen Entwicklung. Um eine länderübergreifende Trendanalyse zu erleichtern, wird der HDI für den Zeitraum 1975-2003 in Fünfjahres-Abständen berechnet. Diese Schätzungen, die in Indikatortabelle 2 vorgelegt werden, basieren auf einer durchgängigen Methodik und auf den vergleichsfähigen Trenddaten, die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts verfügbar waren.

Da internationale Datenorganisationen ihre Datenreihen laufend verbessern und dabei auch historische Daten regelmäßig aktualisieren, weisen die Schwankungen in den HDI-Werten und -Rangfolgen, die sich Jahr um Jahr bei den verschiedenen Ausgaben des *Berichts über die menschliche Entwicklung* ergeben, eher darauf hin, dass das Datenmaterial, länderspezifisch und im Verhältnis zu anderen Ländern, überarbeitet wurde, als dass wirklich Veränderungen in einem Land stattgefunden haben. Hinzu kommt, dass sich gelegentliche Änderungen in der Zahl der erfassten Länder ebenfalls auf die HDI-Einstufung eines Landes auswirken können, selbst wenn eine durchgängige Berech-

nungsmethode benutzt wird. Dies kann dazu führen, dass der HDI eines Landes von einem Bericht zum nächsten erheblich abfällt, aber dann von der Rangfolge und dem Wert her eine Verbesserung aufweist, wenn vergleichsfähige, überarbeitete Daten genutzt werden können, um den HDI für vergangene Jahre zu rekonstruieren.

Aus den genannten Gründen sollten HDI-Trendanalysen nicht auf Datenmaterial gestützt werden, das aus unterschiedlichen Ausgaben des Berichts stammt. Indikatortabelle 2 liefert die aktuellsten HDI-Trenddaten, die auf in sich schlüssigen Daten und einer durchgängigen Methodik beruhen. Die HDI-Werte und -Rangfolgen für das Jahr 2002 (das Bezugsjahr des HDI im *Bericht über die menschliche Entwicklung 2004*) wurden auf der Grundlage von Datenmaterial, das einen Vergleich mit dem diesjährigen Bericht zulässt, und einem entsprechenden Erfassungsspektrum neu berechnet. Sie können unter <http://hdr.undp.org/statistics> abgerufen werden.

HDI für Länder mit hoher menschlicher Entwicklung

Der HDI in diesem Bericht ist darauf ausgelegt, dass er einen Vergleich der Errungenschaften der einzelnen Länder auf allen Ebenen der menschlichen Entwicklung ermöglicht. Bei den gegenwärtig für diesen Index genutzten Indikatoren liegen die Länder mit dem höchsten HDI nur um Nuancen auseinander. Deshalb gibt die oberste Rangfolge des HDI nur ganz minimale Unterschiede in den ihr zugrunde liegenden Indikatoren wieder. Bei diesen Ländern mit hohem Einkommen kann ein alternativer Index – der Index für menschliche Armut (dargelegt in Indikatortabelle 4) – das Ausmaß menschlicher Entbehrungen, dem einzelne Bevölkerungsgruppen auch in diesen Ländern weiterhin ausgesetzt sind, besser zum Ausdruck bringen und so mithelfen, den Blick der zuständigen Politiker zu schärfen.

Auf den Nutzen und die Grenzen des HDI und der Indikatoren, aus denen er sich zusammensetzt, wird in <http://hdr.undp.org/statistics> ausführlicher eingegangen.

TABLE 1
Monitoring human development: enlarging people's choices . . .
Human development index

HDI rank ^a	Human development index (HDI) value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% ages 15 and above)	Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita (PPP US\$) rank minus HDI rank ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
1	Norway	0.963	79.4	.. ^e	101 ^f	37,670	0.91	0.99	0.99	2
2	Iceland	0.956	80.7	.. ^e	96	31,243	0.93	0.98	0.96	4
3	Australia	0.955	80.3	.. ^e	116 ^f	29,632	0.92	0.99	0.95	7
4	Luxembourg	0.949	78.5	.. ^e	88 ^g	62,298 ^h	0.89	0.95	1.00	-3
5	Canada	0.949	80.0	.. ^e	94 ^{i,j}	30,677	0.92	0.97	0.96	2
6	Sweden	0.949	80.2	.. ^e	114 ^f	26,750	0.92	0.99	0.93	14
7	Switzerland	0.947	80.5	.. ^e	90	30,552	0.93	0.96	0.96	1
8	Ireland	0.946	77.7	.. ^e	93	37,738	0.88	0.97	0.99	-6
9	Belgium	0.945	78.9	.. ^e	114 ^f	28,335	0.90	0.99	0.94	3
10	United States	0.944	77.4	.. ^e	93	37,562	0.87	0.97	0.99	-6
11	Japan	0.943	82.0	.. ^e	84	27,967	0.95	0.94	0.94	2
12	Netherlands	0.943	78.4	.. ^e	99	29,371	0.89	0.99	0.95	-1
13	Finland	0.941	78.5	.. ^e	108 ^f	27,619	0.89	0.99	0.94	3
14	Denmark	0.941	77.2	.. ^e	102 ^f	31,465	0.87	0.99	0.96	-9
15	United Kingdom	0.939	78.4	.. ^e	123 ^{f,i}	27,147	0.89	0.99	0.94	3
16	France	0.938	79.5	.. ^e	92	27,677	0.91	0.97	0.94	-1
17	Austria	0.936	79.0	.. ^e	89	30,094	0.90	0.96	0.95	-8
18	Italy	0.934	80.1	98.5 ^{e,k,l}	87	27,119	0.92	0.95	0.94	1
19	New Zealand	0.933	79.1	.. ^e	106 ^f	22,582	0.90	0.99	0.90	3
20	Germany	0.930	78.7	.. ^e	89	27,756	0.90	0.96	0.94	-6
21	Spain	0.928	79.5	97.7 ^{e,k,l}	94	22,391	0.91	0.97	0.90	3
22	Hong Kong, China (SAR)	0.916	81.6	93.5 ^{k,l}	74	27,179	0.94	0.87	0.94	-5
23	Israel	0.915	79.7	96.9	91	20,033	0.91	0.95	0.88	2
24	Greece	0.912	78.3	91.0 ^e	92	19,954	0.89	0.97	0.88	2
25	Singapore	0.907	78.7	92.5	87 ^m	24,481	0.89	0.91	0.92	-4
26	Slovenia	0.904	76.4	99.7 ^{e,k}	95	19,150	0.86	0.98	0.88	4
27	Portugal	0.904	77.2	92.5 ^{e,k,l}	94	18,126	0.87	0.97	0.87	5
28	Korea, Rep. of	0.901	77.0	97.9 ^{e,k,l}	93	17,971	0.87	0.97	0.87	6
29	Cyprus	0.891	78.6	96.8	78	18,776 ^j	0.89	0.91	0.87	2
30	Barbados	0.878	75.0	99.7 ^{e,k}	89 ⁱ	15,720	0.83	0.96	0.84	9
31	Czech Republic	0.874	75.6	.. ^e	80	16,357	0.84	0.93	0.85	7
32	Malta	0.867	78.4	87.9 ⁿ	79	17,633	0.89	0.85	0.86	3
33	Brunei Darussalam	0.866	76.4	92.7	74	19,210 ^{i,o}	0.86	0.86	0.88	-4
34	Argentina	0.863	74.5	97.2	95	12,106	0.82	0.96	0.80	12
35	Hungary	0.862	72.7	99.3	89	14,584	0.80	0.96	0.83	5
36	Poland	0.858	74.3	99.7 ^{e,k,l}	90	11,379	0.82	0.96	0.79	12
37	Chile	0.854	77.9	95.7	81	10,274	0.88	0.91	0.77	17
38	Estonia	0.853	71.3	99.8	92	13,539	0.77	0.97	0.82	4
39	Lithuania	0.852	72.3	99.6	94	11,702	0.79	0.97	0.79	8
40	Qatar	0.849	72.8	89.2 ⁿ	82	19,844 ^{i,p}	0.80	0.87	0.88	-13
41	United Arab Emirates	0.849	78.0	77.3 ^k	74 ⁱ	22,420 ^{i,q}	0.88	0.76	0.90	-18
42	Slovakia	0.849	74.0	99.6	75	13,494	0.82	0.91	0.82	1
43	Bahrain	0.846	74.3	87.7	81	17,479 ^j	0.82	0.86	0.86	-7
44	Kuwait	0.844	76.9	82.9 ^k	74 ⁱ	18,047 ^q	0.87	0.80	0.87	-11
45	Croatia	0.841	75.0	98.1	75	11,080	0.83	0.90	0.79	5
46	Uruguay	0.840	75.4	97.7 ^k	88 ⁱ	8,280	0.84	0.94	0.74	16
47	Costa Rica	0.838	78.2	95.8 ^k	68	9,606 ^q	0.89	0.87	0.76	10
48	Latvia	0.836	71.6	99.7	90	10,270	0.78	0.96	0.77	7
49	Saint Kitts and Nevis	0.834	70.0 ^{i,m,r}	97.8 ^{i,m,r}	89 ⁱ	12,404	0.75	0.95	0.80	-4
50	Bahamas	0.832	69.7	95.5 ^{k,l}	77	17,159 ^j	0.75	0.89	0.86	-13
51	Seychelles	0.821	72.7 ^{i,m}	91.9	85	10,232 ^{i,p}	0.80	0.89	0.77	5
52	Cuba	0.817	77.3	96.9 ^k	80	.. ^s	0.87	0.91	0.67	40
53	Mexico	0.814	75.1	90.3	75	9,168	0.83	0.85	0.75	7

Human development index

HDI rank ^a	Human development index (HDI) value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% ages 15 and above)	Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita (PPP US\$) rank minus HDI rank ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
54	Tonga	0.810	72.2	98.9 ⁿ	83 ⁱ	6,992 ^q	0.79	0.93	0.71	17
55	Bulgaria	0.808	72.2	98.2	78	7,731	0.79	0.91	0.73	10
56	Panama	0.804	74.8	91.9	79	6,854	0.83	0.88	0.71	17
57	Trinidad and Tobago	0.801	69.9	98.5 ^k	66 ⁱ	10,766	0.75	0.88	0.78	-6
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
58	Libyan Arab Jamahiriya	0.799	73.6	81.7 ^k	96 ⁱ	.. ^{i,t}	0.81	0.86	0.72	9
59	Macedonia, TFYR	0.797	73.8	96.1	70	6,794	0.81	0.87	0.70	16
60	Antigua and Barbuda	0.797	73.9 ^{j,m,r}	85.8 ^{j,u}	69 ^{j,m,r}	10,294	0.82	0.80	0.77	-7
61	Malaysia	0.796	73.2	88.7	71	9,512	0.80	0.83	0.76	-3
62	Russian Federation	0.795	65.3	99.4	90	9,230	0.67	0.96	0.76	-3
63	Brazil	0.792	70.5	88.4	91	7,790	0.76	0.89	0.73	1
64	Romania	0.792	71.3	97.3	72	7,277	0.77	0.89	0.72	4
65	Mauritius	0.791	72.2	84.3	71 ⁱ	11,287	0.79	0.80	0.79	-16
66	Grenada	0.787	65.3 ^{j,u}	96.0 ^{j,u}	96	7,959	0.67	0.96	0.73	-3
67	Belarus	0.786	68.1	99.6 ^{e,n}	88	6,052	0.72	0.95	0.68	17
68	Bosnia and Herzegovina	0.786	74.2	94.6	67 ^v	5,967	0.82	0.86	0.68	17
69	Colombia	0.785	72.4	94.2	71	6,702 ^q	0.79	0.86	0.70	8
70	Dominica	0.783	75.6 ^{j,u}	88.0 ^{j,u}	75	5,448	0.84	0.84	0.67	21
71	Oman	0.781	74.1	74.4 ^k	63 ⁱ	13,584 ^j	0.82	0.71	0.82	-30
72	Albania	0.780	73.8	98.7	69	4,584	0.81	0.89	0.64	30
73	Thailand	0.778	70.0	92.6	73 ⁱ	7,595	0.75	0.86	0.72	-7
74	Samoa (Western)	0.776	70.2	98.7 ^k	71 ⁱ	5,854 ^q	0.75	0.89	0.68	14
75	Venezuela	0.772	72.9	93.0	75 ⁱ	4,919	0.80	0.87	0.65	22
76	Saint Lucia	0.772	72.4	90.1	75 ⁱ	5,709	0.79	0.85	0.68	13
77	Saudi Arabia	0.772	71.8	79.4	57 ⁱ	13,226 ^q	0.78	0.72	0.82	-33
78	Ukraine	0.766	66.1	99.4	86	5,491	0.69	0.95	0.67	12
79	Peru	0.762	70.0	87.7	87 ⁱ	5,260	0.75	0.88	0.66	14
80	Kazakhstan	0.761	63.2	99.5 ^{e,n}	85	6,671	0.64	0.94	0.70	-2
81	Lebanon	0.759	72.0	86.5 ^{k,l}	79 ⁱ	5,074	0.78	0.84	0.66	14
82	Ecuador	0.759	74.3	91.0	.. ^w	3,641	0.82	0.86	0.60	30
83	Armenia	0.759	71.5	99.4	72	3,671	0.77	0.90	0.60	28
84	Philippines	0.758	70.4	92.6	82	4,321	0.76	0.89	0.63	19
85	China	0.755	71.6	90.9	69	5,003 ^x	0.78	0.84	0.65	11
86	Suriname	0.755	69.1	88.0	73 ⁱ	.. ^y	0.74	0.83	0.70	-7
87	Saint Vincent and the Grenadines	0.755	71.1	88.1 ^{j,u}	67	6,123	0.77	0.81	0.69	-5
88	Paraguay	0.755	71.0	91.6	73 ⁱ	4,684 ^q	0.77	0.86	0.64	13
89	Tunisia	0.753	73.3	74.3	74	7,161	0.80	0.74	0.71	-20
90	Jordan	0.753	71.3	89.9	78	4,320	0.77	0.86	0.63	14
91	Belize	0.753	71.9	76.9	77 ⁱ	6,950	0.78	0.77	0.71	-19
92	Fiji	0.752	67.8	92.9 ⁿ	73 ^{i,j}	5,880	0.71	0.86	0.68	-5
93	Sri Lanka	0.751	74.0	90.4 ^z	69 ⁱ	3,778	0.82	0.83	0.61	17
94	Turkey	0.750	68.7	88.3	68 ⁱ	6,772	0.73	0.82	0.70	-18
95	Dominican Republic	0.749	67.2	87.7	76 ⁱ	6,823 ^q	0.70	0.84	0.70	-21
96	Maldives	0.745	66.6	97.2 ^k	75 ⁱ	.. ^{j,y}	0.69	0.90	0.65	2
97	Turkmenistan	0.738	62.4	98.8 ⁿ	.. ^w	5,938	0.62	0.91	0.68	-11
98	Jamaica	0.738	70.8	87.6 ^k	74 ⁱ	4,104	0.76	0.83	0.62	9
99	Iran, Islamic Rep. of	0.736	70.4	77.0	69 ⁱ	6,995	0.76	0.74	0.71	-29
100	Georgia	0.732	70.5	100.0 ^{e,z,aa}	71	2,588	0.76	0.90	0.54	21
101	Azerbaijan	0.729	66.9	98.8 ⁿ	69	3,617	0.70	0.89	0.60	12
102	Occupied Palestinian Territories	0.729	72.5	91.9	80 ⁱ	.. ^{ab}	0.79	0.88	0.52	26
103	Algeria	0.722	71.1	69.8	74 ⁱ	6,107 ^q	0.77	0.71	0.69	-20
104	El Salvador	0.722	70.9	79.7 ^k	68	4,781 ^q	0.76	0.76	0.65	-5
105	Cape Verde	0.721	70.4	75.7 ^k	73	5,214 ^q	0.76	0.75	0.66	-11
106	Syrian Arab Republic	0.721	73.3	82.9	62 ⁱ	3,576	0.81	0.76	0.60	8

HDI rank ^a	Human development index (HDI) value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% ages 15 and above)	Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita (PPP US\$) rank minus HDI rank ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
107	Guyana	0.720	63.1	96.5 ^{j,u}	77 ⁱ	4,230 ^q	0.63	0.90	0.63	-2
108	Viet Nam	0.704	70.5	90.3 ⁿ	64 ⁱ	2,490	0.76	0.82	0.54	16
109	Kyrgyzstan	0.702	66.8	98.7 ⁿ	82	1,751	0.70	0.93	0.48	33
110	Indonesia	0.697	66.8	87.9 ^k	66	3,361	0.70	0.81	0.59	5
111	Uzbekistan	0.694	66.5	99.3 ^{e,k}	76	1,744	0.69	0.91	0.48	32
112	Nicaragua	0.690	69.7	76.7	69	3,262 ^q	0.75	0.74	0.58	4
113	Bolivia	0.687	64.1	86.5	87 ⁱ	2,587	0.65	0.87	0.54	9
114	Mongolia	0.679	64.0	97.8	74	1,850	0.65	0.90	0.49	23
115	Moldova, Rep. of	0.671	67.7	96.2	62	1,510	0.71	0.85	0.45	33
116	Honduras	0.667	67.8	80.0	62 ^j	2,665 ^q	0.71	0.74	0.55	3
117	Guatemala	0.663	67.3	69.1	61	4,148 ^q	0.70	0.66	0.62	-11
118	Vanuatu	0.659	68.6	74.0 ⁿ	58	2,944 ^q	0.73	0.69	0.56	-1
119	Egypt	0.659	69.8	55.6 ⁿ	74 ⁱ	3,950	0.75	0.62	0.61	-10
120	South Africa	0.658	48.4	82.4 ⁿ	78 ⁱ	10,346 ^q	0.39	0.81	0.77	-68
121	Equatorial Guinea	0.655	43.3	84.2	65 ⁱ	19,780 ^{j,q}	0.30	0.78	0.88	-93
122	Tajikistan	0.652	63.6	99.5	76	1,106	0.64	0.91	0.40	36
123	Gabon	0.635	54.5	71.0 ^{aa}	74 ^{i,j}	6,397	0.49	0.72	0.69	-43
124	Morocco	0.631	69.7	50.7 ^k	58	4,004	0.75	0.53	0.62	-16
125	Namibia	0.627	48.3	85.0	71 ⁱ	6,180 ^q	0.39	0.80	0.69	-44
126	São Tomé and Príncipe	0.604	63.0	83.1 ^{j,m}	62 ^{i,j}	1,231 ^{j,p}	0.63	0.76	0.42	27
127	India	0.602	63.3	61.0 ^z	60	2,892 ^q	0.64	0.61	0.56	-9
128	Solomon Islands	0.594	62.3	76.6 ^{j,m}	52	1,753 ^q	0.62	0.68	0.48	13
129	Myanmar	0.578	60.2	89.7	48 ⁱ	.. ^{j,t}	0.59	0.76	0.39	34
130	Cambodia	0.571	56.2	73.6	59	2,078 ^q	0.52	0.69	0.51	3
131	Botswana	0.565	36.3	78.9 ^k	70 ⁱ	8,714	0.19	0.76	0.75	-70
132	Comoros	0.547	63.2	56.2 ^k	47 ⁱ	1,714 ^q	0.64	0.53	0.47	13
133	Lao People's Dem. Rep.	0.545	54.7	68.7	61	1,759	0.49	0.66	0.48	7
134	Bhutan	0.536	62.9	47.0 ^{aa}	.. ^w	1,969 ^{j,p}	0.63	0.48	0.50	0
135	Pakistan	0.527	63.0	48.7	35	2,097	0.63	0.44	0.51	-5
136	Nepal	0.526	61.6	48.6	61	1,420	0.61	0.53	0.44	15
137	Papua New Guinea	0.523	55.3	57.3	41 ⁱ	2,619 ^q	0.50	0.52	0.55	-17
138	Ghana	0.520	56.8	54.1	46 ⁱ	2,238 ^q	0.53	0.51	0.52	-11
139	Bangladesh	0.520	62.8	41.1 ^k	53	1,770	0.63	0.45	0.48	-1
140	Timor-Leste	0.513	55.5	58.6 ^m	75 ^{j,m}	.. ^{ac}	0.51	0.64	0.39	22
141	Sudan	0.512	56.4	59.0 ^z	38 ⁱ	1,910 ^q	0.52	0.52	0.49	-6
142	Congo	0.512	52.0	82.8 ^k	47	965	0.45	0.71	0.38	23
143	Togo	0.512	54.3	53.0	66	1,696 ^q	0.49	0.57	0.47	3
144	Uganda	0.508	47.3	68.9 ^k	74 ⁱ	1,457 ^q	0.37	0.71	0.45	6
145	Zimbabwe	0.505	36.9	90.0 ^k	55 ⁱ	2,443 ^j	0.20	0.78	0.53	-20
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
146	Madagascar	0.499	55.4	70.6	51	809	0.51	0.64	0.35	24
147	Swaziland	0.498	32.5	79.2	60 ⁱ	4,726	0.12	0.73	0.64	-47
148	Cameroon	0.497	45.8	67.9	55 ⁱ	2,118	0.35	0.64	0.51	-19
149	Lesotho	0.497	36.3	81.4	66 ⁱ	2,561 ^q	0.19	0.76	0.54	-26
150	Djibouti	0.495	52.8	65.5 ^{k,l}	24 ⁱ	2,086 ^q	0.46	0.52	0.51	-18
151	Yemen	0.489	60.6	49.0 ^k	55 ⁱ	889	0.59	0.51	0.36	15
152	Mauritania	0.477	52.7	51.2	45 ⁱ	1,766 ^q	0.46	0.49	0.48	-13
153	Haiti	0.475	51.6	51.9 ^k	.. ^w	1,742 ^q	0.44	0.50	0.48	-9
154	Kenya	0.474	47.2	73.6	52 ⁱ	1,037	0.37	0.66	0.39	7
155	Gambia	0.470	55.7	37.8 ^{k,l}	48 ⁱ	1,859 ^q	0.51	0.41	0.49	-19
156	Guinea	0.466	53.7	41.0 ^{aa}	41 ⁱ	2,097	0.48	0.41	0.51	-26
157	Senegal	0.458	55.7	39.3	40 ⁱ	1,648	0.51	0.39	0.47	-10
158	Nigeria	0.453	43.4	66.8 ^k	64 ⁱ	1,050	0.31	0.66	0.39	2
159	Rwanda	0.450	43.9	64.0	55	1,268 ^q	0.31	0.61	0.42	-7

Human development index

HDI rank ^a	Human development index (HDI) value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% ages 15 and above)	Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita (PPP US\$) rank minus HDI rank ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
160	Angola	0.445	40.8	66.8	30 ^{k,l}	2,344 ^q	0.26	0.54	0.53	-34
161	Eritrea	0.444	53.8	56.7 ^{k,l}	35 ⁱ	849 ^q	0.48	0.49	0.36	7
162	Benin	0.431	54.0	33.6	55 ⁱ	1,115	0.48	0.41	0.40	-5
163	Côte d'Ivoire	0.420	45.9	48.1	42 ^{k,l}	1,476	0.35	0.46	0.45	-14
164	Tanzania, U. Rep. of	0.418	46.0	69.4	41 ⁱ	621	0.35	0.60	0.30	11
165	Malawi	0.404	39.7	64.1 ⁿ	72 ⁱ	605	0.24	0.67	0.30	11
166	Zambia	0.394	37.5	67.9 ⁿ	48 ⁱ	877	0.21	0.61	0.36	1
167	Congo, Dem. Rep. of the	0.385	43.1	65.3	28 ^{k,l}	697	0.30	0.53	0.32	6
168	Mozambique	0.379	41.9	46.5 ^k	43 ⁱ	1,117 ^q	0.28	0.45	0.40	-12
169	Burundi	0.378	43.6	58.9	35 ⁱ	648 ^q	0.31	0.51	0.31	5
170	Ethiopia	0.367	47.6	41.5 ^k	36 ⁱ	711 ^q	0.38	0.40	0.33	1
171	Central African Republic	0.355	39.3	48.6	31	1,089 ^q	0.24	0.43	0.40	-12
172	Guinea-Bissau	0.348	44.7	39.6 ^{k,l}	37 ^{k,l}	711 ^q	0.33	0.39	0.33	-1
173	Chad	0.341	43.6	25.5	38 ⁱ	1,210 ^q	0.31	0.30	0.42	-19
174	Mali	0.333	47.9	19.0 ⁿ	32 ⁱ	994	0.38	0.23	0.38	-10
175	Burkina Faso	0.317	47.5	12.8 ⁿ	24 ⁱ	1,174 ^q	0.38	0.16	0.41	-20
176	Sierra Leone	0.298	40.8	29.6	45 ^j	548	0.26	0.35	0.28	1
177	Niger	0.281	44.4	14.4	21 ⁱ	835 ^q	0.32	0.17	0.35	-8
	Developing countries	0.694	65.0	76.6	63	4,359	0.67	0.72	0.70	..
	Least developed countries	0.518	52.2	54.2	45	1,328	0.45	0.50	0.60	..
	Arab States	0.679	67.0	64.1	62	5,685	0.70	0.61	0.72	..
	East Asia and the Pacific	0.768	70.5	90.4	69	5,100	0.76	0.83	0.71	..
	Latin America and the Caribbean	0.797	71.9	89.6	81	7,404	0.78	0.87	0.74	..
	South Asia	0.628	63.4	58.9	56	2,897	0.64	0.58	0.67	..
	Sub-Saharan Africa	0.515	46.1	61.3	50	1,856	0.35	0.56	0.63	..
	Central and Eastern Europe and the CIS	0.802	68.1	99.2	83	7,939	0.72	0.94	0.75	..
	OECD	0.892	77.7	..	89	25,915	0.88	0.95	0.85	..
	High-income OECD	0.911	78.9	..	95	30,181	0.90	0.98	0.86	..
	High human development	0.895	78.0	..	91	25,665	0.88	0.96	0.85	..
	Medium human development	0.718	67.2	79.4	66	4,474	0.70	0.75	0.70	..
	Low human development	0.486	46.0	57.5	46	1,046	0.35	0.53	0.58	..
	High income	0.910	78.8	..	94	29,898	0.90	0.97	0.86	..
	Middle income	0.774	70.3	89.6	73	6,104	0.75	0.84	0.73	..
	Low income	0.593	58.4	60.8	54	2,168	0.56	0.58	0.64	..
	World	0.741	67.1	..	67	8,229	0.70	0.77	0.75	..

NOTES

Aggregates in column 7 are based on aggregates of gross enrolment data calculated by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) Institute for Statistics and literacy data as used to calculate the HDI.

a The HDI rank is determined using HDI values to the fifth decimal point.

b Data refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 2000 and 2004, unless otherwise noted. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see www.uis.unesco.org/ev.php?ID=4930_201&ID2=DO_TOPIC.

c Data refer to the school year 2002/03, unless otherwise noted. Data for some countries may refer to national or UNESCO Institute for Statistics estimates.

d A positive figure indicates that the HDI rank is higher than the GDP per capita (PPP US\$) rank, a negative the opposite.

e For purposes of calculating the HDI, a value of 99.0% was applied.

f For purposes of calculating the HDI, a value of 100% was applied.

g Statec 2005. Data refer to nationals enrolled both in the country and abroad and thus differ from the standard definition.

h For purposes of calculating the HDI, a value of \$40,000 (PPP US\$) was applied.

i Preliminary UNESCO Institute for Statistics estimate, subject to further revision.

j Data refer to year other than that specified.

k Estimate produced by UNESCO Institute for Statistics in July 2002.

l UNESCO Institute for Statistics 2003a. Estimates are based on outdated census or household survey information and should be interpreted with caution.

m Data are from national sources.

n Data refer to a year between 1995 and 1999.

o World Bank 2003c.

p Aten, Heston and Summers 2002. Data differ from the standard definition.

q Estimate based on regression.

r Data are from the Secretariat of the Organization of Eastern Caribbean States, based on national sources.

s Efforts to produce a more accurate and recent estimate are ongoing (see *Note to table 1: About this year's human development index*). A preliminary estimate of \$5,400 (PPP US\$) was used.

t Aten, Heston and Summers 2001. Data differ from the standard definition.

u Data are from the Secretariat of the Caribbean Community, based on national sources.

v UNDP 2003.

w Because the combined gross enrolment ratio was unavailable, the following Human Development Report Office estimates were used: Bhutan 49%, Ecuador 75%, Haiti 48%, and Turkmenistan 75%.

x Estimate based on a bilateral comparison between China and the United States (Ren and Kai 1995).

y In the absence of an official estimate of GDP per capita (PPP US\$), preliminary World Bank estimates, subject to further revision, were used as follows: Maldives \$4,798; and Suriname \$6,552.

z Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.

aa UNICEF 2004.

ab In the absence of an estimate of GDP per capita (PPP US\$), the Human Development Report Office

estimate of \$2,302, derived using the value of GDP in US dollars and the weighted average ratio of PPP US dollars to US dollars in the Arab States, was used.

ac A national estimate of \$1,033 (PPP US\$) was used.

ad Estimates are based primarily on information for Northern Sudan.

SOURCES

Column 1: calculated on the basis of data in columns 6–8; see *Technical note 1* for details.

Column 2: UN 2005c, unless otherwise noted.

Columns 3 and 4: UNESCO Institute for Statistics 2005c, unless otherwise noted.

Column 5: World Bank 2005c, unless otherwise noted; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the World Bank.

Column 6: calculated on the basis of data in column 2.

Column 7: calculated on the basis of data in columns 3 and 4.

Column 8: calculated on the basis of data in column 5.

Column 9: calculated on the basis of data in columns 1 and 5.

TABLE
2

Monitoring human development: enlarging people's choices . . .

Human development index trends

HDI rank	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2003
HIGH HUMAN DEVELOPMENT							
1 Norway	0.868	0.888	0.898	0.912	0.936	0.956	0.963
2 Iceland	0.863	0.886	0.896	0.915	0.919	0.943	0.956
3 Australia	0.848	0.866	0.879	0.893	0.933	0.960	0.955
4 Luxembourg	0.840	0.851	0.858	0.884	0.911	0.929	0.949
5 Canada	0.869	0.886	0.909	0.929	0.934	..	0.949
6 Sweden	0.864	0.874	0.886	0.897	0.929	0.958	0.949
7 Switzerland	0.879	0.890	0.896	0.910	0.921	0.940	0.947
8 Ireland	0.811	0.826	0.845	0.870	0.894	0.929	0.946
9 Belgium	0.846	0.863	0.878	0.899	0.929	0.949	0.945
10 United States	0.867	0.887	0.901	0.916	0.929	0.938	0.944
11 Japan	0.857	0.882	0.895	0.911	0.925	0.936	0.943
12 Netherlands	0.867	0.879	0.893	0.908	0.928	0.939	0.943
13 Finland	0.841	0.861	0.879	0.901	0.914	0.940	0.941
14 Denmark	0.874	0.882	0.890	0.898	0.913	0.932	0.941
15 United Kingdom	0.845	0.854	0.863	0.883	0.921	0.948	0.939
16 France	0.853	0.869	0.881	0.903	0.921	0.932	0.938
17 Austria	0.843	0.858	0.871	0.894	0.914	0.933	0.936
18 Italy	0.842	0.858	0.866	0.889	0.907	0.921	0.934
19 New Zealand	0.848	0.854	0.868	0.875	0.905	0.924	0.933
20 Germany	..	0.861	0.869	0.888	0.913	0.927	0.930
21 Spain	0.837	0.854	0.868	0.886	0.904	0.918	0.928
22 Hong Kong, China (SAR)	0.761	0.800	0.827	0.862	0.882	..	0.916
23 Israel	0.795	0.819	0.840	0.858	0.880	0.909	0.915
24 Greece	0.835	0.850	0.864	0.872	0.876	0.895	0.912
25 Singapore	0.725	0.761	0.784	0.822	0.861	..	0.907
26 Slovenia	0.853	0.884	0.904
27 Portugal	0.787	0.802	0.826	0.849	0.878	0.898	0.904
28 Korea, Rep. of	0.707	0.741	0.780	0.818	0.855	0.884	0.901
29 Cyprus	..	0.793	0.813	0.836	0.858	0.883	0.891
30 Barbados	0.805	0.828	0.839	0.850	0.852	0.877	0.878
31 Czech Republic	0.843	0.857	0.874
32 Malta	0.727	0.764	0.791	0.825	0.852	0.874	0.867
33 Brunei Darussalam	0.866
34 Argentina	0.784	0.799	0.808	0.810	0.833	0.856	0.863
35 Hungary	0.779	0.795	0.808	0.807	0.812	0.843	0.862
36 Poland	0.803	0.816	0.845	0.858
37 Chile	0.704	0.739	0.763	0.785	0.816	0.843	0.854
38 Estonia	0.814	0.795	0.833	0.853
39 Lithuania	0.823	0.787	0.828	0.852
40 Qatar	0.849
41 United Arab Emirates	0.734	0.769	0.787	0.812	0.814	..	0.849
42 Slovakia	0.849
43 Bahrain	..	0.747	0.780	0.809	0.826	0.838	0.846
44 Kuwait	0.763	0.777	0.780	..	0.813	0.837	0.844
45 Croatia	0.806	0.799	0.826	0.841
46 Uruguay	0.759	0.780	0.787	0.804	0.817	..	0.840
47 Costa Rica	0.746	0.772	0.776	0.792	0.811	0.832	0.838
48 Latvia	..	0.792	0.805	0.799	0.765	0.812	0.836
49 Saint Kitts and Nevis	0.834
50 Bahamas	..	0.809	0.819	0.821	0.810	..	0.832
51 Seychelles	0.821
52 Cuba	0.817
53 Mexico	0.689	0.735	0.755	0.764	0.782	0.809	0.814

TABLE
2
Human development index trends

HDI rank	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2003
54 Tonga	0.810
55 Bulgaria	..	0.769	0.789	0.795	0.784	0.795	0.808
56 Panama	0.710	0.737	0.747	0.749	0.772	0.794	0.804
57 Trinidad and Tobago	0.749	0.781	0.788	0.792	0.789	0.800	0.801
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT							
58 Libyan Arab Jamahiriya	0.799
59 Macedonia, TFYR	0.797
60 Antigua and Barbuda	0.797
61 Malaysia	0.615	0.659	0.695	0.721	0.760	0.790	0.796
62 Russian Federation	0.817	0.770	..	0.795
63 Brazil	0.645	0.682	0.698	0.719	0.747	0.783	0.792
64 Romania	0.772	0.768	0.773	0.792
65 Mauritius	..	0.659	0.690	0.724	0.747	0.776	0.791
66 Grenada	0.787
67 Belarus	0.787	0.751	0.774	0.786
68 Bosnia and Herzegovina	0.786
69 Colombia	0.662	0.691	0.708	0.727	0.752	0.773	0.785
70 Dominica	0.783
71 Oman	0.494	0.547	0.641	0.699	0.738	0.769	0.781
72 Albania	0.693	0.703	0.702	0.736	0.780
73 Thailand	0.614	0.652	0.678	0.714	0.749	..	0.778
74 Samoa (Western)	0.723	0.732	0.742	0.763	0.776
75 Venezuela	0.718	0.732	0.740	0.759	0.767	0.772	0.772
76 Saint Lucia	0.772
77 Saudi Arabia	0.603	0.659	0.673	0.708	0.741	0.762	0.772
78 Ukraine	0.799	0.747	0.754	0.766
79 Peru	0.643	0.674	0.698	0.707	0.734	..	0.762
80 Kazakhstan	0.767	0.721	0.731	0.761
81 Lebanon	0.677	0.727	0.742	0.759
82 Ecuador	0.630	0.674	0.698	0.715	0.730	..	0.759
83 Armenia	0.737	0.698	0.735	0.759
84 Philippines	0.654	0.687	0.693	0.720	0.736	..	0.758
85 China	0.525	0.558	0.594	0.627	0.683	..	0.755
86 Suriname	0.755
87 Saint Vincent and the Grenadines	0.755
88 Paraguay	0.668	0.702	0.709	0.720	0.739	0.753	0.755
89 Tunisia	0.514	0.570	0.622	0.657	0.698	0.738	0.753
90 Jordan	..	0.641	0.664	0.683	0.708	0.742	0.753
91 Belize	..	0.707	0.717	0.747	0.768	0.779	0.753
92 Fiji	0.663	0.686	0.702	0.724	0.741	..	0.752
93 Sri Lanka	0.607	0.649	0.681	0.705	0.727	..	0.751
94 Turkey	0.587	0.610	0.646	0.678	0.709	..	0.750
95 Dominican Republic	0.619	0.650	0.672	0.679	0.700	0.732	0.749
96 Maldives	0.745
97 Turkmenistan	0.738
98 Jamaica	0.688	0.696	0.699	0.719	0.723	0.730	0.738
99 Iran, Islamic Rep. of	0.566	0.570	0.610	0.650	0.694	0.721	0.736
100 Georgia	0.732
101 Azerbaijan	0.729
102 Occupied Palestinian Territories	0.729
103 Algeria	0.506	0.558	0.610	0.649	0.671	..	0.722
104 El Salvador	0.592	0.588	0.609	0.650	0.689	0.715	0.722
105 Cape Verde	0.625	0.677	..	0.721
106 Syrian Arab Republic	0.540	0.587	0.623	0.646	0.672	0.692	0.721

HDI rank	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2003
107 Guyana	0.678	0.684	0.677	0.683	0.685	0.714	0.720
108 Viet Nam	0.617	0.660	0.695	0.704
109 Kyrgyzstan	0.702
110 Indonesia	0.468	0.530	0.583	0.625	0.663	0.680	0.697
111 Uzbekistan	0.679	..	0.694
112 Nicaragua	0.587	0.596	0.604	0.610	0.641	0.659	0.690
113 Bolivia	0.512	0.549	0.580	0.604	0.636	0.672	0.687
114 Mongolia	0.668	0.673	0.633	0.657	0.679
115 Moldova, Rep. of	0.739	0.682	0.665	0.671
116 Honduras	0.518	0.569	0.601	0.623	0.640	..	0.667
117 Guatemala	0.512	0.546	0.562	0.586	0.617	0.650	0.663
118 Vanuatu	0.659
119 Egypt	0.439	0.487	0.540	0.579	0.611	..	0.659
120 South Africa	0.655	0.674	0.702	0.735	0.742	0.696	0.658
121 Equatorial Guinea	0.483	0.500	0.518	0.641	0.655
122 Tajikistan	0.699	0.696	0.629	0.630	0.652
123 Gabon	0.635
124 Morocco	0.429	0.478	0.515	0.548	0.579	0.610	0.631
125 Namibia	0.693	0.649	0.627
126 São Tomé and Príncipe	0.604
127 India	0.412	0.438	0.476	0.513	0.546	0.577	0.602
128 Solomon Islands	0.594
129 Myanmar	0.578
130 Cambodia	0.533	0.541	0.571
131 Botswana	0.503	0.577	0.638	0.681	0.659	0.596	0.565
132 Comoros	..	0.480	0.498	0.504	0.517	0.533	0.547
133 Lao People's Dem. Rep.	0.423	0.450	0.487	0.522	0.545
134 Bhutan	0.536
135 Pakistan	0.363	0.386	0.419	0.462	0.492	..	0.527
136 Nepal	0.296	0.333	0.376	0.423	0.466	0.499	0.526
137 Papua New Guinea	0.425	0.445	0.467	0.481	0.515	0.529	0.523
138 Ghana	0.439	0.468	0.482	0.511	0.531	0.556	0.520
139 Bangladesh	0.345	0.364	0.389	0.419	0.452	0.506	0.520
140 Timor-Leste	0.513
141 Sudan	0.349	0.376	0.396	0.428	0.465	0.500	0.512
142 Congo	0.452	0.499	0.540	0.526	0.531	..	0.512
143 Togo	0.423	0.475	0.474	0.500	0.510	0.519	0.512
144 Uganda	0.412	0.409	0.412	0.474	0.508
145 Zimbabwe	0.546	0.574	0.640	0.637	0.589	0.527	0.505
LOW HUMAN DEVELOPMENT							
146 Madagascar	0.400	0.437	0.436	0.446	0.458	..	0.499
147 Swaziland	0.530	0.562	0.584	0.624	0.603	0.534	0.498
148 Cameroon	0.416	0.463	0.505	0.514	0.494	0.500	0.497
149 Lesotho	0.461	0.510	0.534	0.571	0.573	0.520	0.497
150 Djibouti	0.477	0.487	0.495
151 Yemen	0.393	0.436	0.470	0.489
152 Mauritania	0.340	0.363	0.384	0.388	0.424	0.444	0.477
153 Haiti	..	0.449	0.458	0.446	0.450	..	0.475
154 Kenya	0.461	0.509	0.530	0.546	0.524	0.499	0.474
155 Gambia	0.284	0.424	0.457	0.470
156 Guinea	0.466
157 Senegal	0.311	0.339	0.375	0.403	0.421	0.444	0.458
158 Nigeria	0.318	0.376	0.386	0.406	0.418	..	0.453
159 Rwanda	0.342	0.388	0.401	0.340	0.335	0.435	0.450

TABLE
2

Human development index trends

HDI rank	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2003
160 Angola	0.445
161 Eritrea	0.409	0.428	0.444
162 Benin	0.304	0.336	0.362	0.368	0.395	0.422	0.431
163 Côte d'Ivoire	0.409	0.441	0.448	0.442	0.427	0.428	0.420
164 Tanzania, U. Rep. of	0.435	0.422	0.416	0.418
165 Malawi	0.320	0.351	0.362	0.371	0.412	0.402	0.404
166 Zambia	0.468	0.475	0.484	0.462	0.424	0.409	0.394
167 Congo, Dem. Rep. of the	0.414	0.423	0.431	0.422	0.393	..	0.385
168 Mozambique	..	0.299	0.287	0.311	0.328	0.360	0.379
169 Burundi	0.285	0.311	0.345	0.353	0.324	..	0.378
170 Ethiopia	0.291	0.311	0.323	0.352	0.367
171 Central African Republic	0.343	0.364	0.386	0.383	0.367	..	0.355
172 Guinea-Bissau	0.255	0.262	0.283	0.313	0.341	0.353	0.348
173 Chad	0.269	0.271	0.311	0.335	0.344	0.359	0.341
174 Mali	0.230	0.256	0.263	0.283	0.307	0.330	0.333
175 Burkina Faso	0.253	0.273	0.297	0.305	0.311	0.328	0.317
176 Sierra Leone	0.298
177 Niger	0.236	0.252	0.242	0.249	0.256	0.271	0.281

NOTES

The human development index values in this table were calculated using a consistent methodology and data series. They are not strictly comparable with those in earlier *Human Development Reports*. For detailed discussion, see *Note to table 1: About this year's human development index*.

SOURCES

Columns 1–6: calculated on the basis of data on life expectancy from UN 2005c, data on adult literacy rates from UNESCO Institute for Statistics 2003a, 2005a, data on combined gross enrolment ratios from UNESCO Institute for Statistics 1999, 2005c, and data on GDP per capita (2000 PPP US\$) and GDP per capita (PPP US\$) from World Bank 2005c.

Column 7: column 1 of indicator table 1.

TABLE 3
Monitoring human development: enlarging people's choices . . .
Human and income poverty: developing countries

HDI rank	Human poverty index (HPI-1)		Probability at birth of not surviving to age 40 ^{a,†} (% of cohort) 2000–05	Adult illiteracy rate ^{b,†} (% ages 15 and above) 2003	Population without sustainable access to an improved water source [†] (%) 2002	MDG Children under weight for age [†] (% under age 5) 1995–2003 ^c	MDG Population below income poverty line (%)			HPI-1 rank minus income poverty rank ^d
	Rank	Value (%)					\$1 a day 1990–2003 ^c	\$2 a day 1990–2003 ^c	National poverty line 1990–2002 ^c	
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
22	Hong Kong, China (SAR)	1.5	6.5 ^{e,f}
25	Singapore	6	6.3	1.8	7.5	0 ^g	14 ^h
28	Korea, Rep. of	2.7	2.1 ^{e,f}	8	..	<2	<2	..
29	Cyprus	2.8	3.2	0
30	Barbados	4	4.5	6.3	0.3 ^e	0	6 ^h
33	Brunei Darussalam	2.8	7.3
34	Argentina	5.0	2.8	..	5	3.3	14.3	..
37	Chile	2	3.7	3.5	4.3	5	1	<2	9.6	17.0
40	Qatar	10	7.8	4.7	10.8	0	6
41	United Arab Emirates	2.2	22.7 ^e	..	14
43	Bahrain	3.8	12.3	..	9
44	Kuwait	2.5	17.1 ^e	..	10
46	Uruguay	1	3.6	4.4	2.3 ^e	2	5	<2	3.9	..
47	Costa Rica	3	4.0	3.7	4.2 ^e	3	5	2.0	9.5	22.0
49	Saint Kitts and Nevis	1
50	Bahamas	13.4	4.5 ^{e,f}	3
51	Seychelles	8.1	13	6 ^h
52	Cuba	5	4.8	3.2	3.1 ^e	9	4
53	Mexico	13	8.4	6.0	9.7	9	8	9.9	26.3	10.1 ^j
54	Tonga	5.0	1.1 ⁱ	0
56	Panama	9	7.7	6.8	8.1	9	7	7.2	17.6	37.3
57	Trinidad and Tobago	15	8.8	11.6	1.5 ^e	9	7 ^h	12.4	39.0	21.0
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
58	Libyan Arab Jamahiriya	33	15.3	4.2	18.3 ^e	28	5
60	Antigua and Barbuda	9	10 ^h
61	Malaysia	16	8.9	4.3	11.3	5	12	<2	9.3	15.5 ^j
63	Brazil	20	10.3	10.3	11.6	11	6	8.2	22.4	17.4
65	Mauritius	24	11.4	5.0	15.7	0	15	10.6
66	Grenada	5
69	Colombia	8	7.4	8.3	5.8	8	7	8.2	22.6	64.0
70	Dominica	3	5 ^h
71	Oman	46	21.1	3.9	25.6 ^e	21	24
73	Thailand	28	12.8	9.9	7.4	15	19 ^h	<2	32.5	13.1
74	Samoa (Western)	6.5	1.3 ^e	12
75	Venezuela	14	8.8	8.2	7.0	17	4	15.0	32.0	31.3 ^j
76	Saint Lucia	12	8.3	5.9	9.9	2	14 ^h
77	Saudi Arabia	32	14.9	5.8	20.6	5 ^g	14
79	Peru	26	12.0	10.3	12.3	19	7	18.1	37.7	49.0
81	Lebanon	18	9.6	5.7	13.5 ^{e,f}	0	3
82	Ecuador	22	10.6	8.6	9.0	14	12	17.7	40.8	35.0
84	Philippines	35	16.3	7.2	7.4	15	31	14.6	46.4	36.8
85	China	27	12.3	6.9	9.1	23	10	16.6	46.7	4.6
86	Suriname	23	10.9	10.1	12.0	8	13
87	Saint Vincent and the Grenadines	6.6
88	Paraguay	17	9.4	8.1	8.4	17	5	16.4	33.2	21.8
89	Tunisia	43	18.3	4.7	25.7	18	4	<2	6.6	7.6
90	Jordan	11	8.1	6.4	10.1	9	4	<2	7.4	11.7
91	Belize	38	16.7	10.6	23.1	9	6 ^h
92	Fiji	49	21.3	7.0	7.1 ⁱ	53 ^g	8 ^h
93	Sri Lanka	42	18.0	4.3	9.6 ^h	22	29	7.6	50.7	25.0
94	Turkey	19	9.7	8.9	11.7	7	8	<2	10.3	..
95	Dominican Republic	25	11.8	14.1	12.3	7	5	<2	<2	28.6
96	Maldives	37	16.6	11.4	2.8 ^e	16	30

TABLE
3

Human and income poverty: developing countries

HDI rank	Human poverty index (HPI-1)		Probability of not surviving to age 40 ^{a,†} (% of cohort) 2000–05	Adult illiteracy rate ^{b,†} (% ages 15 and above) 2003	Population without sustainable access to an improved water source [†] (%) 2002	MDG Children under weight for age [†] (% under age 5) 1995–2003 ^c	MDG Population below income poverty line (%)			HPI-1 rank minus income poverty rank ^d	
	Rank	Value (%)					\$1 a day 1990–2003 ^c	\$2 a day 1990–2003 ^c	National poverty line 1990–2002 ^c		
98	Jamaica	21	10.5	11.3	12.4 ^e	7	4	<2	13.3	18.7	13
99	Iran, Islamic Rep. of	36	16.4	7.2	23.0	7	11	<2	7.3	..	22
102	Occupied Palestinian Territories	7	6.5	5.3	8.1	6	4
103	Algeria	48	21.3	7.8	30.2	13	6	<2	15.1	12.2	29
104	El Salvador	34	15.9	9.9	20.3 ^e	18	10	31.1	58.0	48.3	-23
105	Cape Verde	45	18.7	7.6	24.3 ^e	20	14 ^h
106	Syrian Arab Republic	29	13.8	4.6	17.1	21	7
107	Guyana	31	14.8	18.2	1.4 ^{k,l}	17	14	35.0	..
108	Viet Nam	47	21.2	9.4	9.7 ^l	27	33	50.9	..
110	Indonesia	41	17.8	11.2	12.1 ^e	22	26	7.5	52.4	27.1	10
112	Nicaragua	40	17.7	10.1	23.3	19	10	45.1	79.9	47.9	-30
113	Bolivia	30	13.9	16.0	13.5	15	8	14.4	34.3	62.7	-5
114	Mongolia	44	18.5	13.3	2.2	38	13	27.0	74.9	36.3	-14
116	Honduras	39	16.9	15.8	20.0	10	17	20.7	44.0	53.0	-12
117	Guatemala	51	22.9	15.9	30.9	5	23	16.0	37.4	56.2	2
118	Vanuatu	52	24.7	8.9	26.0 ^l	40	20 ^h
119	Egypt	55	30.9	7.8	44.4 ^l	2	9	3.1	43.9	16.7	18
120	South Africa	56	30.9	43.3	17.6 ^l	13	12	10.7	34.1	..	12
121	Equatorial Guinea	71	38.1	47.7	15.8	56	19
123	Gabon	32.6	..	13	12
124	Morocco	61	34.5	8.6	49.3 ^e	20	9	<2	14.3	19.0	35
125	Namibia	60	33.0	45.4	15.0	20	24	34.9	55.8	..	-12
126	São Tomé and Príncipe	17.1	..	21	13
127	India	58	31.3	16.6	39.0	14	47	34.7	79.9	28.6	-12
128	Solomon Islands	14.1	..	30	21 ^h
129	Myanmar	50	21.9	21.2	10.3	20	35
130	Cambodia	81	41.3	28.3	26.4	66	45	34.1	77.7	36.1	5
131	Botswana	94	48.4	69.1	21.1 ^e	5	13	23.5	50.1	..	22
132	Comoros	57	31.2	15.5	43.8 ^e	6	25
133	Lao People's Dem. Rep.	72	38.2	28.0	31.3	57	40	26.3	73.2	38.6	2
134	Bhutan	18.0	..	38	19
135	Pakistan	68	37.1	16.1	51.3	10	38	13.4	65.6	32.6	18
136	Nepal	74	38.7	17.6	51.4	16	48	37.7	82.5	42.0	-5
137	Papua New Guinea	78	40.5	22.4	42.7	61	35 ^h	37.5	..
138	Ghana	62	35.1	27.7	45.9	21	25	44.8	78.5	39.5	-16
139	Bangladesh	86	44.1	15.9	58.9 ^e	25	48	36.0	82.8	49.8	5
140	Timor-Leste	25.5	..	48	43
141	Sudan	59	32.4	27.0	41.0 ^h	31	17
142	Congo	54	30.1	33.6	17.2 ^e	54	14
143	Togo	76	39.5	31.0	47.0	49	25	32.3 ^j	..
144	Uganda	66	36.0	41.6	31.1 ^e	44	23	55.0	..
145	Zimbabwe	89	45.9	65.9	10.0 ^e	17	13	56.1	83.0	34.9	-1
LOW HUMAN DEVELOPMENT											
146	Madagascar	63	35.3	27.8	29.4	55	33	61.0	85.1	71.3	-23
147	Swaziland	97	52.9	74.3	20.8	48	10	40.0	..
148	Cameroon	67	36.2	43.9	32.1	37	21	17.1	50.6	40.2	9
149	Lesotho	91	47.6	67.6	18.6	24	18	36.4	56.1	49.2	9
150	Djibouti	53	29.5	30.6	34.5 ^{e,f}	20	18	45.1	..
151	Yemen	77	40.3	18.8	51.0 ^e	31	46	15.7	45.2	41.8	19
152	Mauritania	79	40.5	30.5	48.8	44	32	25.9	63.1	46.3	9
153	Haiti	70	38.0	34.4	48.1 ^e	29	17	65.0 ^j	..
154	Kenya	64	35.4	44.8	26.4	38	20	22.8	58.3	42.0	2
155	Gambia	88	44.7	27.8	62.2 ^{e,f}	18	17	59.3	82.9	64.0	-5
156	Guinea	30.0	..	49	23	40.0	..

HDI rank	Human poverty index (HPI-1)		Probability at birth of not surviving to age 40 ^{a,†} (% of cohort) 2000–05	Adult illiteracy rate ^{b,†} (% ages 15 and above) 2003	Population without sustainable access to an improved water source [†] (%) 2002	MDG Children under weight for age [†] (% under age 5) 1995–2003 ^c	MDG Population below income poverty line (%)			HPI-1 rank minus income poverty rank ^d
	Rank	Value (%)					\$1 a day 1990–2003 ^e	\$2 a day 1990–2003 ^e	National poverty line 1990–2002 ^e	
157 Senegal	87	44.2	26.6	60.7	28	23	26.3	67.8	33.4	14
158 Nigeria	75	38.8	46.0	33.2 ^e	40	29	70.2	90.8	34.1	-19
159 Rwanda	69	37.7	45.5	36.0	27	27	51.7	83.7	51.2	-13
160 Angola	83	41.5	48.1	33.2	50	31
161 Eritrea	73	38.7	27.6	43.3 ^{e,†}	43	40	53.0	..
162 Benin	95	48.4	30.0	66.4	32	23	33.0	..
163 Côte d'Ivoire	84	41.9	42.3	51.9	16	21	10.8	38.4	36.8	29
164 Tanzania, U. Rep. of	65	35.8	44.4	30.6	27	29	19.9	59.7	35.7	5
165 Malawi	85	43.4	56.3	35.9 ⁱ	33	22	41.7	76.1	65.3	0
166 Zambia	90	46.4	60.1	32.1 ⁱ	45	28	63.7	87.4	72.9	-6
167 Congo, Dem. Rep. of the	82	41.4	45.4	34.7	54	31
168 Mozambique	96	49.1	50.9	53.5 ^e	58	24	37.9	78.4	69.4	10
169 Burundi	80	40.9	46.3	41.1	21	45	58.4	89.2	..	-10
170 Ethiopia	99	55.3	39.5	58.5 ^e	78	47	26.3	80.7	44.2	23
171 Central African Republic	92	47.8	56.2	51.4	25	24	66.6	84.0	..	-5
172 Guinea-Bissau	93	48.2	42.9	60.4 ^{e,†}	41	25	48.7	..
173 Chad	100	58.8	45.2	74.5	66	28	64.0	..
174 Mali	101	60.3	37.3	81.0 ⁱ	52	33	72.3	90.6	63.8	-2
175 Burkina Faso	102	64.2	38.9	87.2 ⁱ	49	34	44.9	81.0	45.3	11
176 Sierra Leone	98	54.9	47.0	70.4	43	27	57.0	74.5	68.0	4
177 Niger	103	64.4	41.4	85.6	54	40	61.4	85.3	63.0 ^j	4

NOTES

† Denotes indicators used to calculate the human poverty index (HPI-1). For further details, see *Technical note 1*.
 a Data refer to the probability at birth of not surviving to age 40, multiplied by 100.
 b Data refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 2000 and 2004, unless otherwise noted. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see www.uis.unesco.org/ev.php?ID=4930_201&ID2=DO_TOPIC.

c Data refer to the most recent year available during the period specified.
 d Income poverty refers to the share of the population living on less than \$1 a day. All countries with an income poverty rate of less than 2% were given equal rank. The rankings are based on countries for which data are available for both indicators. A positive figure indicates that the country performs better in income poverty than in human poverty, a negative the opposite.
 e Estimate produced by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Institute for Statistics in July 2002.

f UNESCO Institute for Statistics 2003a. Estimates are based on outdated census or household survey information and should be interpreted with caution.
 g UNICEF 2004. Data refer to 2000.
 h UNICEF 2004. Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.
 i Data refer to a year between 1995 and 1999.
 j Data refer to a period other than that specified.
 k Data refer to year other than that specified.
 l Data are from the Secretariat of the Caribbean Community, based on national sources.

SOURCES

Column 1: determined on the basis of the HPI-1 values in column 2.
 Column 2: calculated on the basis of data in columns 3–6; see *Technical note 1* for details.
 Column 3: UN 2005h.
 Column 4: calculated on the basis of data on adult literacy from UNESCO Institute for Statistics 2005a.
 Columns 5 and 6: UN 2005f.
 Columns 7–9: World Bank 2005c.
 Column 10: calculated on the basis of data in columns 1 and 7.

HPI-1 ranks for 103 developing countries and areas

1 Uruguay	21 Jamaica	42 Sri Lanka	63 Madagascar	84 Côte d'Ivoire
2 Chile	22 Ecuador	43 Tunisia	64 Kenya	85 Malawi
3 Costa Rica	23 Suriname	44 Mongolia	65 Tanzania, U. Rep. of	86 Bangladesh
4 Barbados	24 Mauritius	45 Cape Verde	66 Uganda	87 Senegal
5 Cuba	25 Dominican Republic	46 Oman	67 Cameroon	88 Gambia
6 Singapore	26 Peru	47 Viet Nam	68 Pakistan	89 Zimbabwe
7 Occupied Palestinian Territories	27 China	48 Algeria	69 Rwanda	90 Zambia
8 Colombia	28 Thailand	49 Fiji	70 Haiti	91 Lesotho
9 Panama	29 Syrian Arab Republic	50 Myanmar	71 Equatorial Guinea	92 Central African Republic
10 Qatar	30 Bolivia	51 Guatemala	72 Lao People's Dem. Rep.	93 Guinea-Bissau
11 Jordan	31 Guyana	52 Vanuatu	73 Eritrea	94 Botswana
12 Saint Lucia	32 Saudi Arabia	53 Djibouti	74 Nepal	95 Benin
13 Mexico	33 Libyan Arab Jamahiriya	54 Congo	75 Nigeria	96 Mozambique
14 Venezuela	34 El Salvador	55 Egypt	76 Togo	97 Swaziland
15 Trinidad and Tobago	35 Philippines	56 South Africa	77 Yemen	98 Sierra Leone
16 Malaysia	36 Iran, Islamic Rep. of	57 Comoros	78 Papua New Guinea	99 Ethiopia
17 Paraguay	37 Maldives	58 India	79 Mauritania	100 Chad
18 Lebanon	38 Belize	59 Sudan	80 Burundi	101 Mali
19 Turkey	39 Honduras	60 Namibia	81 Cambodia	102 Burkina Faso
20 Brazil	40 Nicaragua	61 Morocco	82 Congo, Dem. Rep. of the	103 Niger
	41 Indonesia	62 Ghana	83 Angola	

Human and income poverty: OECD countries, Eastern Europe and the CIS

HDI rank	Human poverty index (HPI-2) ^a		Probability at birth of not surviving to age 60 ^{b,†} (% of cohort) 2000–05	Population lacking functional literacy skills ^{c,†} (% ages 16–65) 1994–2003	Long-term unemployment [†] (% of labour force) 2003	Population below income poverty line (%)			HPI-2 rank minus income poverty rank ^d
	Rank	Value (%)				50% of median income [†] 1999–2000 ^e	\$11 a day ^e 1994–95 ^e	\$4 a day ^e 1996–99 ^e	
HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
1 Norway	2	7.0	8.4	7.9	0.3	6.4	4.3	..	-1
2 Iceland	6.8	..	0.4 ^f
3 Australia	14	12.8	7.7	17.0 ^g	1.4	14.3	17.6	..	-3
4 Luxembourg	8	11.1	9.7	.. ^h	1.0 ^{f,g}	6.0	0.3	..	6
5 Canada	9	11.3	8.1	14.6	0.8	12.8	7.4	..	-7
6 Sweden	1	6.5	7.2	7.5 ^g	0.9	6.5	6.3	..	-3
7 Switzerland	7	11.0	7.8	15.9	1.1	9.3	-3
8 Ireland	16	15.2	8.7	22.6 ^g	1.6	12.3	3
9 Belgium	13	12.4	9.4	18.4 ^{g,j}	3.7	8.0	7
10 United States	17	15.4	11.8	20.0	0.7	17.0	13.6	..	-1
11 Japan	12	11.7	7.1	.. ^h	1.8	11.8 ^k	0
12 Netherlands	3	8.2	8.7	10.5 ^l	1.2	7.3	7.1	..	-2
13 Finland	4	8.2	9.7	10.4 ^l	2.2	5.4	4.8	..	3
14 Denmark	5	8.9	10.4	9.6 ^l	1.1	9.2	-4
15 United Kingdom	15	14.8	8.7	21.8 ^l	1.2	12.5	15.7	..	1
16 France	10	11.4	9.8	.. ^h	4.2	8.0	9.9	..	4
17 Austria	9.1	..	1.4	8.0
18 Italy	18	29.9	7.8	47.0	5.1	12.7	3
19 New Zealand	8.9	18.4 ^l	0.6
20 Germany	6	10.3	8.8	14.4 ^l	4.6	8.3	7.3	..	-2
21 Spain	11	11.6	8.7	.. ^h	4.5	10.1	0
23 Israel	7.7	13.5
24 Greece	9.2	..	5.4
26 Slovenia	11.8	8.2	..	<1	..
27 Portugal	10.3	..	2.0
31 Czech Republic	12.1	..	3.9	4.9	..	<1	..
32 Malta	7.7
35 Hungary	18.3	..	2.5	6.7	..	<1	..
36 Poland	15.1	..	9.8	8.6	..	10	..
38 Estonia	21.7	12.4	..	18	..
39 Lithuania	20.6	17	..
42 Slovakia	14.9	..	10.7	7.0	..	8	..
45 Croatia	13.1
48 Latvia	21.5	28	..
55 Bulgaria	16.6	22	..

HDI rank	Human poverty index (HPI-2) ^a		Probability at birth of not surviving to age 60 ^{b,†} (% of cohort) 2000–05	Population lacking functional literacy skills ^{c,†} (% ages 16–65) 1994–2003	Long-term unemployment [†] (% of labour force) 2003	Population below income poverty line (%)			HPI-2 rank minus income poverty rank ^d
	Rank	Value (%)				50% of median income [†] 1999–2000 ^e	\$11 a day ^e 1994–95 ^e	\$4 a day ^e 1996–99 ^e	
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT									
59	Macedonia, TFYR	..	13.3
62	Russian Federation	..	31.6	18.8	..	53	..
64	Romania	..	19.0	8.1	..	23	..
67	Belarus	..	26.7
68	Bosnia and Herzegovina	..	13.6
72	Albania	..	11.4
78	Ukraine	..	31.0	25	..
80	Kazakhstan	..	32.0	62	..
83	Armenia	..	18.0
97	Turkmenistan	..	32.0
100	Georgia	..	18.9
101	Azerbaijan	..	24.9
109	Kyrgyzstan	..	26.0	88	..
111	Uzbekistan	..	26.3
115	Moldova, Rep. of	..	25.5	82	..
122	Tajikistan	..	29.0

NOTES

This table includes Israel and Malta, which are not Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) member countries, but excludes the Republic of Korea, Mexico and Turkey, which are. For the human poverty index and related indicators for these countries, see table 3.

- † Denotes indicators used to calculate the human poverty index (HPI-2). For further details, see *Technical note 1*.
- a The human poverty index (HPI-2) is calculated for selected high-income OECD countries only.
- b Data refer to the probability at birth of not surviving to age 60, multiplied by 100.
- c Based on scoring at level 1 on the prose literacy scale of the International Adult Literacy Survey. Data refer to the most recent year available during the period specified.
- d Income poverty refers to the share of the population living on less than 50% of the median adjusted disposable household income. A positive figure indicates that the country performs better in

income poverty than in human poverty, a negative the opposite.

- e Data refer to the most recent year available during the period specified.
- f Data refer to 2002.
- g Based on OECD and Statistics Canada 2000.
- h For purposes of calculating the HPI-2 an estimate of 16.4%, the unweighted average of countries with available data, was applied.
- i Data are based on small sample sizes and should be treated with caution.
- j Data refer to Flanders.
- k Smeeding 1997.

SOURCES

- Column 1:** determined on the basis of HPI-2 values in column 2.
- Column 2:** calculated on the basis of data in columns 3–6; see *Technical note 1* for details.
- Column 3:** calculated on the basis of survival data from UN 2005h.
- Column 4:** OECD and Statistics Canada 2005, unless otherwise noted.
- Column 5:** calculated on the basis of data on youth long-term unemployment and labour force from OECD 2005d.
- Column 6:** LIS 2005.
- Column 7:** Smeeding, Rainwater and Burtless 2000.
- Column 8:** Milanovic 2002.
- Column 9:** calculated on the basis of data in columns 1 and 6.

HPI-2 ranks for 18 selected OECD countries

1	Sweden	7	Switzerland	13	Belgium
2	Norway	8	Luxembourg	14	Australia
3	Netherlands	9	Canada	15	United Kingdom
4	Finland	10	France	16	Ireland
5	Denmark	11	Spain	17	United States
6	Germany	12	Japan	18	Italy

TABLE 5

... to lead a long and healthy life ...

Demographic trends

HDI rank	Total population			Annual population growth rate		Urban population			Population under age 15		Population ages 65 and above		Total fertility rate		
	(millions)			(%)		(% of total) ^a			(% of total)		(% of total)		(births per woman)		
	1975	2003	2015 ^b	1975–2003	2003–15 ^b	1975	2003 ^b	2015 ^b	2003	2015 ^b	2003	2015 ^b	1970–75 ^c	2000–05 ^c	
HIGH HUMAN DEVELOPMENT															
1	Norway	4.0	4.6	4.8	0.5	0.5	68.2	78.6	86.4	19.9	17.5	13.3	17.5	2.2	1.8
2	Iceland	0.2	0.3	0.3	1.0	0.8	86.6	92.8	94.1	22.5	19.4	10.1	14.0	2.8	2.0
3	Australia	13.6	19.7	22.2	1.3	1.0	85.9	91.9	94.9	20.3	17.7	10.7	15.5	2.5	1.7
4	Luxembourg	0.4	0.5	0.5	0.8	1.2	73.7	91.8	94.1	19.0	17.6	11.9	14.3	2.0	1.7
5	Canada	23.1	31.6	35.1	1.1	0.9	75.6	80.4	84.0	18.2	15.3	11.1	16.2	2.0	1.5
6	Sweden	8.2	9.0	9.3	0.3	0.3	82.7	83.4	84.3	17.9	16.4	15.0	20.4	1.9	1.6
7	Switzerland	6.3	7.2	7.3	0.5	0.1	55.7	67.6	68.7	17.0	14.1	13.5	19.8	1.8	1.4
8	Ireland	3.2	4.0	4.7	0.8	1.3	53.6	59.9	63.6	20.6	20.2	9.3	12.6	3.8	1.9
9	Belgium	9.8	10.4	10.5	0.2	0.1	94.5	97.2	97.5	17.1	15.5	15.1	19.4	1.9	1.7
10	United States	220.2	292.6	325.7	1.0	0.9	73.7	80.1	83.6	21.1	19.7	10.7	14.1	2.0	2.0
11	Japan	111.5	127.7	128.0	0.5	(.)	56.8	65.5	67.7	14.2	13.3	16.0	26.0	2.1	1.3
12	Netherlands	13.7	16.1	16.8	0.6	0.3	56.9	65.8	71.4	18.4	16.4	11.9	17.5	2.1	1.7
13	Finland	4.7	5.2	5.4	0.4	0.2	58.3	61.0	62.1	17.7	15.8	13.4	20.3	1.6	1.7
14	Denmark	5.1	5.4	5.6	0.2	0.2	82.1	85.4	86.8	18.8	17.0	12.8	18.4	2.0	1.8
15	United Kingdom	55.4	59.3	61.4	0.2	0.3	82.7	89.1	90.2	18.4	16.4	13.8	18.1	2.0	1.7
16	France	52.7	60.0	62.3	0.5	0.3	72.9	76.3	79.0	18.3	17.6	14.5	19.0	2.3	1.9
17	Austria	7.6	8.1	8.3	0.3	0.1	65.3	65.8	67.2	16.0	13.4	14.0	19.6	2.0	1.4
18	Italy	55.4	58.0	57.8	0.2	(.)	65.6	67.4	69.2	14.1	13.2	16.7	23.0	2.3	1.3
19	New Zealand	3.1	3.9	4.3	0.9	0.7	82.8	85.9	87.0	22.0	18.9	10.4	15.0	2.8	2.0
20	Germany	78.7	82.6	82.5	0.2	(.)	81.2	88.1	90.0	14.8	12.9	15.0	20.7	1.6	1.3
21	Spain	35.6	42.1	44.4	0.6	0.4	69.6	76.5	78.1	14.3	15.3	14.5	18.0	2.9	1.3
22	Hong Kong, China (SAR)	4.4	6.9	7.8	1.6	1.0	89.7	100.0	100.0	15.2	12.7	9.8	14.4	2.9	0.9
23	Israel	3.4	6.5	7.8	2.3	1.6	86.6	91.6	92.4	28.0	25.8	8.7	11.5	3.8	2.9
24	Greece	9.0	11.1	11.2	0.7	0.1	55.3	60.9	65.2	14.6	13.5	15.2	19.3	2.3	1.3
25	Singapore	2.3	4.2	4.8	2.2	1.1	100.0	100.0	100.0	20.7	13.2	6.5	13.3	2.6	1.4
26	Slovenia	1.7	2.0	1.9	0.4	-0.1	42.4	50.8	52.6	14.5	13.0	12.9	18.1	2.2	1.2
27	Portugal	9.1	10.4	10.8	0.5	0.3	27.7	54.6	60.9	16.0	15.1	14.4	18.9	2.7	1.5
28	Korea, Rep. of	35.3	47.5	49.1	1.1	0.3	48.0	80.3	83.0	19.5	13.9	7.0	13.2	4.3	1.2
29	Cyprus	0.6	0.8	0.9	1.0	1.1	45.2	69.2	71.6	20.9	17.2	10.0	14.2	2.5	1.6
30	Barbados	0.2	0.3	0.3	0.3	0.2	40.8	51.7	59.1	19.6	16.7	9.0	11.5	2.7	1.5
31	Czech Republic	10.0	10.2	10.1	0.1	-0.1	63.7	74.3	75.7	15.3	13.4	12.2	18.4	2.2	1.2
32	Malta	0.3	0.4	0.4	1.0	0.4	80.4	91.6	93.7	18.5	15.2	11.1	18.3	2.1	1.5
33	Brunei Darussalam	0.2	0.4	0.5	2.9	2.0	62.0	76.1	82.8	30.3	25.8	2.4	4.3	5.4	2.5
34	Argentina	26.0	38.0	42.7	1.3	1.0	81.0	90.1	92.2	27.1	23.9	8.7	11.1	3.1	2.4
35	Hungary	10.5	10.2	9.8	-0.1	-0.3	52.8	65.2	70.0	16.2	14.0	13.1	17.5	2.1	1.3
36	Poland	34.0	38.6	38.1	0.5	-0.1	55.4	61.9	64.0	17.3	14.3	10.9	14.9	2.3	1.3
37	Chile	10.4	16.0	17.9	1.5	1.0	78.4	87.0	90.2	26.1	20.9	6.6	10.5	3.6	2.0
38	Estonia	1.4	1.3	1.3	-0.2	-0.3	67.6	69.5	71.4	16.2	15.7	13.9	17.4	2.2	1.4
39	Lithuania	3.3	3.5	3.3	0.2	-0.4	55.7	66.8	67.5	18.0	13.8	13.0	16.7	2.3	1.3
40	Qatar	0.2	0.7	1.0	5.2	2.3	84.8	92.0	93.6	23.1	21.8	0.9	2.0	6.8	3.0
41	United Arab Emirates	0.5	4.0	5.6	7.2	2.7	83.6	85.1	87.2	22.8	19.8	0.8	1.4	6.4	2.5
42	Slovakia	4.7	5.4	5.4	0.5	(.)	46.3	57.5	60.8	17.8	14.0	10.1	14.1	2.5	1.2
43	Bahrain	0.3	0.7	0.9	3.4	1.6	85.8	90.0	91.4	27.7	21.7	2.3	4.4	5.9	2.5
44	Kuwait	1.0	2.5	3.4	3.3	2.4	83.8	96.2	96.9	24.8	23.2	1.1	3.1	6.9	2.4
45	Croatia	4.3	4.5	4.5	0.2	-0.1	45.1	59.0	64.6	16.1	13.9	14.2	18.7	2.0	1.3
46	Uruguay	2.8	3.4	3.7	0.7	0.6	83.4	92.5	94.4	24.5	22.4	11.5	13.8	3.0	2.3
47	Costa Rica	2.1	4.2	5.0	2.5	1.5	42.5	60.6	66.8	29.7	23.8	4.7	7.4	4.3	2.3
48	Latvia	2.5	2.3	2.2	-0.2	-0.5	65.4	66.3	66.3	15.9	14.1	14.2	18.3	2.0	1.3
49	Saint Kitts and Nevis	(.)	(.)	(.)	-0.2	1.1	35.0	32.2	32.5
50	Bahamas	0.2	0.3	0.4	1.8	1.3	73.4	89.4	91.6	28.9	24.7	4.9	8.2	3.4	2.3
51	Seychelles	0.1	0.1	0.1	1.0	0.9	33.3	50.0	53.3
52	Cuba	9.3	11.2	11.4	0.7	0.2	64.2	75.7	78.1	19.9	16.6	8.6	14.4	3.5	1.6
53	Mexico	59.3	104.3	119.1	2.0	1.1	62.8	75.5	78.8	32.1	25.5	4.2	7.1	6.6	2.4

HDI rank	Total population			Annual population growth rate		Urban population			Population under age 15		Population ages 65 and above		Total fertility rate		
	(millions)			(%)		(% of total) ^a			(% of total)		(% of total)		(births per woman)		
	1975	2003	2015 ^b	1975–2003	2003–15 ^b	1975	2003 ^b	2015 ^b	2003	2015 ^b	2003	2015 ^b	1970–75 ^c	2000–05 ^c	
54	Tonga	0.1	0.1	0.1	0.4	0.2	24.4	33.5	38.2	36.5	30.7	4.6	6.9	5.5	3.5
55	Bulgaria	8.7	7.8	7.2	-0.4	-0.8	57.5	69.8	74.0	14.4	13.1	14.3	18.6	2.2	1.2
56	Panama	1.7	3.1	3.8	2.1	1.6	49.0	57.2	61.7	30.9	27.2	4.8	7.5	4.9	2.7
57	Trinidad and Tobago	1.0	1.3	1.3	0.9	0.3	63.0	75.4	79.7	22.7	20.2	5.9	9.9	3.5	1.6
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT															
58	Libyan Arab Jamahiriya	2.4	5.6	7.0	3.0	1.8	60.9	86.2	89.0	30.8	28.9	2.9	5.6	7.6	3.0
59	Macedonia, TFYR	1.7	2.0	2.1	0.7	0.1	50.6	59.6	62.0	20.6	16.6	8.8	12.9	3.0	1.5
60	Antigua and Barbuda	0.1	0.1	0.1	0.9	1.2	34.2	37.8	43.4
61	Malaysia	12.3	24.4	29.6	2.5	1.6	37.7	63.8	71.0	33.0	27.2	3.5	6.1	5.2	2.9
62	Russian Federation	134.2	144.6	136.7	0.3	-0.5	66.4	73.3	74.3	16.2	16.4	11.5	13.3	2.0	1.3
63	Brazil	108.1	181.4	209.4	1.8	1.2	61.2	83.0	88.4	28.4	25.4	4.9	7.8	4.7	2.3
64	Romania	21.2	21.9	20.9	0.1	-0.4	42.8	54.6	56.4	16.5	14.4	12.1	15.5	2.6	1.3
65	Mauritius	0.9	1.2	1.3	1.1	0.8	43.4	43.3	47.3	25.1	21.3	5.4	8.3	3.2	2.0
66	Grenada	0.1	0.1	0.1	0.4	1.3	32.6	40.7	49.5
67	Belarus	9.4	9.9	9.2	0.2	-0.6	50.3	70.9	75.2	16.4	14.5	12.5	13.5	2.3	1.2
68	Bosnia and Herzegovina	3.7	3.9	3.9	0.2	-0.1	31.3	44.4	51.1	17.4	14.0	10.3	16.7	2.6	1.3
69	Colombia	25.4	44.2	52.1	2.0	1.4	60.0	76.4	81.3	31.8	26.8	4.2	6.5	5.0	2.6
70	Dominica	0.1	0.1	0.1	0.3	0.9	55.3	72.0	76.2
71	Oman	0.9	2.5	3.2	3.6	1.9	19.6	77.6	82.6	35.2	30.6	1.8	3.4	7.2	3.8
72	Albania	2.4	3.1	3.3	0.9	0.6	32.7	43.8	51.2	28.3	23.1	6.3	9.9	4.7	2.3
73	Thailand	41.3	63.1	69.1	1.5	0.7	23.8	32.0	36.7	24.5	21.2	5.4	9.3	5.0	1.9
74	Samoa (Western)	0.2	0.2	0.2	0.7	0.3	21.1	22.3	24.7	41.0	34.2	3.7	5.0	5.7	4.4
75	Venezuela	12.7	25.8	31.3	2.5	1.6	75.8	87.6	90.0	32.1	27.8	4.0	6.8	4.9	2.7
76	Saint Lucia	0.1	0.2	0.2	1.3	0.8	23.6	30.5	36.8	29.9	25.4	6.1	7.3	5.7	2.2
77	Saudi Arabia	7.3	23.3	30.8	4.2	2.3	58.3	87.6	91.1	38.2	32.3	2.1	3.5	7.3	4.1
78	Ukraine	49.0	47.5	41.8	-0.1	-1.1	58.3	67.3	68.9	16.0	13.5	13.1	16.4	2.2	1.1
79	Peru	15.2	27.2	32.2	2.1	1.4	61.5	73.9	78.0	33.2	27.9	4.1	6.5	6.0	2.9
80	Kazakhstan	14.1	14.9	14.9	0.2	(.)	52.2	55.9	58.2	24.8	21.3	6.6	8.0	3.5	2.0
81	Lebanon	2.7	3.5	4.0	1.0	1.0	67.0	87.5	90.1	29.5	24.4	5.9	7.7	4.8	2.3
82	Ecuador	6.9	12.9	15.1	2.2	1.4	42.4	61.8	67.6	33.2	28.1	4.6	7.3	6.0	2.8
83	Armenia	2.8	3.0	3.0	0.3	-0.2	63.0	64.5	64.2	22.8	17.4	9.6	11.0	3.0	1.3
84	Philippines	42.0	80.2	96.8	2.3	1.6	35.6	61.0	69.2	36.1	30.0	3.0	4.9	6.0	3.2
85	China	927.8 ^d	1,300.0 ^d	1,393.0 ^d	1.2 ^d	0.6 ^d	17.4	38.6	49.5	22.7	18.5	5.9	9.6	4.9	1.7
86	Suriname	0.4	0.4	0.5	0.7	0.5	49.5	76.0	81.6	30.9	26.7	5.1	7.2	5.3	2.6
87	Saint Vincent and the Grenadines	0.1	0.1	0.1	0.7	0.4	27.0	58.2	68.6	30.5	26.5	5.5	7.1	5.5	2.3
88	Paraguay	2.7	5.9	7.6	2.8	2.2	39.0	57.2	64.3	38.4	33.9	3.0	4.3	5.7	3.9
89	Tunisia	5.7	9.9	11.1	2.0	1.0	49.9	63.7	68.1	27.5	21.9	5.0	6.8	6.2	2.0
90	Jordan	1.9	5.4	7.0	3.7	2.1	57.8	79.1	81.1	38.0	31.7	2.3	4.0	7.8	3.5
91	Belize	0.1	0.3	0.3	2.4	1.8	50.2	48.4	51.8	37.9	31.2	3.5	4.7	6.3	3.2
92	Fiji	0.6	0.8	0.9	1.3	0.7	36.7	51.7	60.1	32.3	27.6	2.9	5.4	4.2	2.9
93	Sri Lanka	14.0	20.4	22.3	1.3	0.7	22.0	21.1	22.5	24.8	21.4	5.8	9.3	4.1	2.0
94	Turkey	41.2	71.3	82.6	2.0	1.2	41.6	66.3	71.9	29.7	25.8	4.3	6.2	5.3	2.5
95	Dominican Republic	5.1	8.6	10.1	1.9	1.3	45.7	59.3	64.6	33.6	29.5	3.2	5.3	5.6	2.7
96	Maldives	0.1	0.3	0.4	2.9	2.4	18.1	28.8	35.2	42.0	35.7	2.7	3.3	7.0	4.3
97	Turkmenistan	2.5	4.7	5.5	2.2	1.3	47.6	45.4	50.0	33.5	27.0	3.8	4.4	6.2	2.8
98	Jamaica	2.0	2.6	2.7	1.0	0.4	44.1	52.2	54.2	32.1	26.7	6.6	8.2	5.0	2.4
99	Iran, Islamic Rep. of	33.3	68.2	79.9	2.6	1.3	45.8	66.6	73.9	31.0	25.6	3.7	4.9	6.4	2.1
100	Georgia	4.9	4.6	4.2	-0.3	-0.7	49.5	52.0	51.6	20.0	15.8	11.5	14.4	2.6	1.5
101	Azerbaijan	5.7	8.3	9.1	1.3	0.7	51.5	50.1	51.3	27.9	21.2	5.5	6.7	4.3	1.9
102	Occupied Palestinian Territories	1.3	3.5	5.0	3.6	3.0	59.6	71.1	75.6	46.0	41.6	2.7	3.0	7.7	5.6
103	Algeria	16.0	31.9	38.1	2.5	1.5	40.3	58.8	65.3	31.2	26.7	3.6	5.0	7.4	2.5
104	El Salvador	4.1	6.6	8.0	1.7	1.6	41.5	59.4	64.2	34.7	29.8	4.4	6.2	6.1	2.9
105	Cape Verde	0.3	0.5	0.6	2.0	2.2	21.4	55.9	64.8	40.7	35.6	3.7	3.3	7.0	3.8
106	Syrian Arab Republic	7.5	18.1	23.8	3.1	2.3	45.1	50.2	52.4	38.0	33.2	2.5	3.6	7.5	3.5

TABLE
5

Demographic trends

HDI rank	Total population			Annual population growth rate		Urban population			Population under age 15		Population ages 65 and above		Total fertility rate		
	(millions)			(%)		(% of total) ^a			(% of total)		(% of total)		(births per woman)		
	1975	2003	2015 ^b	1975–2003	2003–15 ^b	1975	2003 ^b	2015 ^b	2003	2015 ^b	2003	2015 ^b	1970–75 ^c	2000–05 ^c	
107	Guyana	0.7	0.7	0.7	0.1	-0.1	30.0	37.6	44.2	29.8	24.8	4.4	6.6	4.9	2.3
108	Viet Nam	48.0	82.0	95.0	1.9	1.2	18.9	25.8	32.4	31.1	25.0	4.6	5.6	6.7	2.3
109	Kyrgyzstan	3.3	5.1	5.9	1.6	1.1	37.9	34.0	35.4	32.8	27.5	5.0	5.5	4.7	2.7
110	Indonesia	134.4	217.4	246.8	1.7	1.1	19.3	45.5	57.8	29.0	25.2	4.2	6.4	5.2	2.4
111	Uzbekistan	14.0	25.8	30.7	2.2	1.4	39.1	36.7	37.0	34.8	28.3	3.8	4.4	6.3	2.7
112	Nicaragua	2.6	5.3	6.6	2.5	1.9	48.9	57.3	62.8	40.2	33.4	2.7	3.9	6.8	3.3
113	Bolivia	4.8	8.8	10.9	2.2	1.7	41.3	63.4	69.0	38.8	33.5	3.6	5.2	6.5	4.0
114	Mongolia	1.4	2.6	3.0	2.1	1.2	48.7	56.8	59.5	32.2	26.3	3.1	4.1	7.3	2.4
115	Moldova, Rep. of	3.8	4.2	4.1	0.3	-0.2	35.8	46.1	50.0	20.0	15.2	8.4	10.9	2.6	1.2
116	Honduras	3.0	6.9	8.8	3.0	2.0	32.1	45.6	51.3	40.3	33.8	3.1	4.5	7.1	3.7
117	Guatemala	6.2	12.0	15.9	2.4	2.3	36.7	46.3	51.9	43.6	39.7	3.5	4.7	6.2	4.6
118	Vanuatu	0.1	0.2	0.3	2.5	1.8	15.7	22.9	28.6	40.8	35.5	2.6	4.0	6.1	4.2
119	Egypt	39.3	71.3	88.2	2.1	1.8	43.5	42.2	44.9	34.3	31.4	3.8	5.5	5.7	3.3
120	South Africa	25.9	46.9	47.9	2.1	0.2	48.0	56.9	62.7	32.9	30.2	3.2	6.1	5.5	2.8
121	Equatorial Guinea	0.2	0.5	0.6	2.7	2.2	27.1	48.0	58.2	44.2	45.6	3.2	3.8	5.7	5.9
122	Tajikistan	3.4	6.4	7.6	2.2	1.5	35.5	24.8	24.4	40.4	33.0	3.0	3.5	6.8	3.8
123	Gabon	0.6	1.3	1.6	2.9	1.5	40.0	83.7	89.1	40.9	35.5	3.8	4.4	5.3	4.0
124	Morocco	17.3	30.6	36.2	2.0	1.4	37.8	57.4	64.8	31.9	28.4	3.9	5.2	6.9	2.8
125	Namibia	0.9	2.0	2.2	2.9	1.0	20.6	32.4	39.8	42.6	34.7	2.8	4.2	6.6	4.0
126	São Tomé and Príncipe	0.1	0.1	0.2	2.1	2.1	27.3	37.8	40.3	40.1	36.4	3.5	3.4	6.5	4.1
127	India	620.7	1,070.8	1,260.4	1.9	1.4	21.3	28.3	32.2	32.9	28.0	4.1	6.2	5.4	3.1
128	Solomon Islands	0.2	0.5	0.6	3.1	2.3	9.1	16.5	20.9	41.3	36.4	1.8	2.8	7.2	4.3
129	Myanmar	30.1	49.5	55.0	1.8	0.9	23.9	29.5	37.6	30.8	23.6	4.0	6.4	5.8	2.5
130	Cambodia	7.1	13.5	17.1	2.3	1.9	10.3	18.6	26.1	38.3	34.1	2.8	4.4	5.5	4.1
131	Botswana	0.9	1.8	1.7	2.5	-0.4	12.8	51.6	57.5	38.2	34.7	2.6	4.8	6.8	3.2
132	Comoros	0.3	0.8	1.0	3.1	2.5	21.2	35.0	43.0	42.4	38.5	2.1	3.1	7.1	4.9
133	Lao People's Dem. Rep.	3.0	5.7	7.3	2.2	2.1	11.1	20.7	27.4	41.7	37.1	2.9	3.7	6.2	4.8
134	Bhutan	1.2	2.1	2.7	2.1	2.2	3.5	8.5	12.6	39.5	34.7	3.6	5.1	5.9	4.4
135	Pakistan	68.3	151.8	193.4	2.9	2.0	26.4	34.1	39.5	39.5	34.1	3.0	4.2	6.6	4.3
136	Nepal	13.5	26.1	32.7	2.3	1.9	5.0	15.0	20.5	39.9	33.9	2.9	4.2	5.8	3.7
137	Papua New Guinea	2.9	5.7	7.0	2.4	1.8	11.9	13.2	14.5	41.0	34.0	1.8	2.7	6.1	4.1
138	Ghana	10.2	21.2	26.6	2.6	1.9	30.1	45.4	51.1	39.9	35.2	2.8	4.3	6.7	4.4
139	Bangladesh	73.2	136.6	168.2	2.2	1.7	9.9	24.3	29.6	36.3	31.4	2.8	4.2	6.2	3.2
140	Timor-Leste	0.7	0.8	1.5	0.7	4.9	8.9	7.7	9.5	42.5	46.7	2.2	3.0	6.2	7.8
141	Sudan	17.1	34.9	44.0	2.6	1.9	18.9	38.9	49.3	39.7	35.6	2.8	4.3	6.7	4.4
142	Congo	1.5	3.8	5.4	3.2	3.1	34.8	53.5	59.3	46.9	47.4	2.4	2.7	6.3	6.3
143	Togo	2.4	5.8	7.8	3.1	2.5	16.3	35.2	43.3	43.9	40.2	2.5	3.4	7.1	5.4
144	Uganda	10.8	26.9	41.9	3.3	3.7	8.3	12.3	14.2	50.4	50.8	2.1	2.2	7.1	7.1
145	Zimbabwe	6.2	12.9	13.8	2.6	0.6	19.6	35.0	41.4	41.0	36.6	2.9	4.1	7.7	3.6
LOW HUMAN DEVELOPMENT															
146	Madagascar	7.9	17.6	23.8	2.9	2.5	16.4	26.6	30.7	44.4	40.7	2.5	3.3	6.7	5.4
147	Swaziland	0.5	1.0	1.0	2.4	-0.3	14.0	23.6	27.0	42.1	37.2	2.7	4.6	6.9	4.0
148	Cameroon	7.6	15.7	19.0	2.6	1.6	26.9	51.4	59.9	41.9	37.2	2.9	3.9	6.3	4.6
149	Lesotho	1.1	1.8	1.7	1.6	-0.3	10.8	18.0	21.0	39.3	36.6	4.2	5.8	5.7	3.6
150	Djibouti	0.2	0.8	0.9	4.4	1.6	61.6	83.6	87.6	42.1	37.3	2.2	3.4	7.2	5.1
151	Yemen	7.0	19.7	28.5	3.7	3.1	14.8	25.7	31.3	47.1	43.4	1.8	2.4	8.5	6.2
152	Mauritania	1.4	2.9	4.0	2.5	2.7	20.3	61.7	73.9	43.1	41.7	2.7	3.4	6.5	5.8
153	Haiti	4.9	8.3	9.8	1.9	1.4	21.7	37.5	45.5	38.6	34.9	3.2	4.5	5.8	4.0
154	Kenya	13.5	32.7	44.2	3.2	2.5	12.9	39.3	51.8	43.1	42.6	2.3	2.8	8.0	5.0
155	Gambia	0.6	1.4	1.9	3.4	2.3	17.0	26.2	27.8	40.6	36.8	2.9	4.4	6.5	4.7
156	Guinea	4.2	9.0	11.9	2.7	2.3	16.3	34.9	44.2	43.9	42.0	2.8	3.9	6.9	5.9
157	Senegal	5.3	11.1	14.5	2.7	2.2	34.2	49.6	57.9	43.4	38.8	2.5	3.4	7.0	5.0
158	Nigeria	58.9	125.9	160.9	2.7	2.0	23.4	46.6	55.5	44.7	41.3	2.4	3.2	6.9	5.8
159	Rwanda	4.4	8.8	11.3	2.5	2.1	4.0	18.5	40.5	44.9	41.6	1.9	2.6	8.3	5.7

HDI rank	Total population			Annual population growth rate		Urban population			Population under age 15		Population ages 65 and above		Total fertility rate		
	(millions)			(%)		(% of total) ^a			(% of total)		(% of total)		(births per woman)		
	1975	2003	2015 ^b	1975–2003	2003–15 ^b	1975	2003 ^b	2015 ^b	2003	2015 ^b	2003	2015 ^b	1970–75 ^c	2000–05 ^c	
160	Angola	6.8	15.0	20.9	2.8	2.8	17.4	35.7	44.9	46.7	45.5	2.0	2.4	7.2	6.8
161	Eritrea	2.1	4.1	5.8	2.4	3.0	12.7	20.0	26.5	44.9	42.6	1.9	2.6	6.5	5.5
162	Benin	3.2	7.9	11.2	3.2	2.9	21.9	44.6	53.5	44.8	42.0	2.2	3.0	7.1	5.9
163	Côte d'Ivoire	6.6	17.6	21.6	3.5	1.7	32.1	44.9	51.0	42.4	38.2	2.4	3.7	7.4	5.1
164	Tanzania, U. Rep. of	16.0	36.9	45.6	3.0	1.8	10.1	35.4	46.8	43.2	38.9	2.5	3.7	6.8	5.0
165	Malawi	5.2	12.3	16.0	3.1	2.2	7.7	16.3	22.2	47.1	44.9	2.4	3.2	7.4	6.1
166	Zambia	5.2	11.3	13.8	2.8	1.7	34.8	35.9	40.8	46.1	43.7	2.4	3.2	7.8	5.7
167	Congo, Dem. Rep. of the	23.9	54.2	78.0	2.9	3.0	29.5	31.8	39.7	47.1	48.0	2.2	2.6	6.5	6.7
168	Mozambique	10.6	19.1	23.5	2.1	1.8	8.7	35.6	48.5	44.1	41.6	2.7	3.6	6.6	5.5
169	Burundi	3.7	7.0	10.6	2.3	3.4	3.2	10.0	14.6	46.2	46.4	2.3	2.5	6.8	6.8
170	Ethiopia	34.1	73.8	97.2	2.8	2.3	9.5	15.7	19.8	45.0	41.7	2.3	3.2	6.8	5.9
171	Central African Republic	2.1	3.9	4.6	2.3	1.4	33.7	42.7	50.3	43.2	40.6	3.3	4.0	5.7	5.0
172	Guinea-Bissau	0.7	1.5	2.1	3.0	3.0	16.0	34.0	43.5	47.2	48.0	2.5	2.8	7.1	7.1
173	Chad	4.2	9.1	12.8	2.8	2.8	15.6	25.0	31.1	47.1	47.7	2.5	2.7	6.7	6.7
174	Mali	6.2	12.7	18.1	2.6	2.9	16.2	32.3	40.9	48.3	46.7	2.2	2.4	7.6	6.9
175	Burkina Faso	5.9	12.4	17.7	2.6	2.9	6.3	17.8	23.2	47.7	45.7	2.3	2.6	7.8	6.7
176	Sierra Leone	2.9	5.1	6.9	2.0	2.5	21.4	38.8	47.6	42.8	42.8	2.6	3.3	6.5	6.5
177	Niger	5.3	13.1	19.3	3.2	3.3	10.6	22.2	29.7	49.0	47.9	1.6	2.0	8.1	7.9
	Developing countries	2,967.1 T	5,022.4 T	5,885.6 T	1.9	1.3	26.4	42.0	48.6	31.6	28.0	4.3	6.5	5.5	2.9
	Least developed countries	355.2 T	723.2 T	950.1 T	2.5	2.3	14.8	26.7	33.5	42.2	39.5	2.6	3.5	6.6	5.0
	Arab States	144.6 T	303.9 T	386.0 T	2.7	2.0	41.7	54.7	59.1	36.3	32.5	3.1	4.4	6.7	3.7
	East Asia and the Pacific	1,310.4 T	1,928.1 T	2,108.9 T	1.4	0.7	20.4	41.0	51.0	24.9	20.7	5.4	8.7	5.0	1.9
	Latin America and the Caribbean	318.4 T	540.7 T	628.3 T	1.9	1.3	61.1	76.7	80.9	30.8	26.5	4.9	7.5	5.1	2.5
	South Asia	838.7 T	1,503.4 T	1,801.4 T	2.1	1.5	21.3	29.8	34.2	34.1	29.3	3.8	5.7	5.6	3.2
	Sub-Saharan Africa	313.1 T	674.2 T	877.4 T	2.7	2.2	21.0	35.6	42.4	44.0	42.0	2.5	3.3	6.8	5.5
	Central and Eastern Europe and the CIS	366.6 T	406.3 T	396.8 T	0.4	-0.2	56.8	62.9	63.8	19.1	17.3	10.6	12.9	2.5	1.5
	OECD	925.7 T	1,157.3 T	1,233.6 T	0.8	0.5	67.2	75.9	78.9	19.8	17.8	11.6	16.1	2.6	1.8
	High-income OECD	765.9 T	917.4 T	968.5 T	0.6	0.5	69.9	77.5	80.4	17.9	16.4	13.0	18.0	2.2	1.6
	High human development	972.2 T	1,211.5 T	1,289.2 T	0.8	0.5	68.7	77.2	80.1	19.6	17.6	11.7	16.2	2.5	1.7
	Medium human development	2,678.2 T	4,205.8 T	4,753.6 T	1.6	1.0	27.9	42.2	48.6	29.2	25.3	4.9	7.2	5.0	2.5
	Low human development	359.5 T	788.7 T	1,038.5 T	2.8	2.3	18.2	34.0	41.7	44.9	42.6	2.4	3.1	7.0	5.8
	High income	781.8 T	948.3 T	1,005.6 T	0.7	0.5	70.1	78.0	80.8	18.0	16.5	12.8	17.7	2.2	1.7
	Middle income	1,849.6 T	2,748.6 T	3,028.6 T	1.4	0.8	34.8	52.9	60.7	25.9	22.3	5.8	8.6	4.5	2.1
	Low income	1,440.9 T	2,614.5 T	3,182.5 T	2.1	1.6	20.7	30.2	35.7	37.2	33.3	3.4	4.9	6.0	3.9
	World	4,073.7 T ^e	6,313.8 T ^e	7,219.4 T ^e	1.6	1.1	37.2	48.3	53.5	28.9	25.9	6.0	8.4	4.5	2.6

NOTES

- a** Because data are based on national definitions of what constitutes a city or metropolitan area, cross-country comparisons should be made with caution.
- b** Data refer to medium-variant projections.
- c** Data refer to estimates for the period specified.
- d** Population estimates include Taiwan, province of China.
- e** Data refer to the total world population according to UN 2005h. The total population of the 177 countries included in the main indicator tables was estimated to be 4,068.1 million in 1975, 6,305.6 million in 2003 and projected to be 7,210.3 in 2015.

SOURCES

- Columns 1-3, 13 and 14:** UN 2005h.
- Columns 4 and 5:** calculated on the basis of columns 1 and 2.
- Columns 6-8:** UN 2004.
- Columns 9 and 10:** calculated on the basis of data on population under age 15 and total population from UN 2005h.
- Columns 11 and 12:** calculated on the basis of data on population ages 65 and above and total population from UN 2005h.

Commitment to health: resources, access and services

HDI rank	Health expenditure			MDG One-year-olds fully immunized		Children with diarrhoea receiving oral rehydration and continued feeding (% under age 5) 1994–2003 ^b	Contraceptive prevalence rate ^a (%) 1995–2003 ^b	MDG Births attended by skilled health personnel (%) 1995–2003 ^b	Physicians (per 100,000 people) 1990–2004 ^b
	Public (% of GDP) 2002	Private (% of GDP) 2002	Per capita (PPP US\$) 2002	Against tuberculosis (%) 2003	Against measles (%) 2003				
HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
1 Norway	8.0	1.6	3,409	..	84	..	74	100 ^c	356
2 Iceland	8.3	1.6	2,802	..	93	347
3 Australia	6.5	3.0	2,699	..	93	..	76	100	249
4 Luxembourg	5.3	0.9	3,066	..	91	100 ^c	255
5 Canada	6.7	2.9	2,931	..	95	..	75	98	209
6 Sweden	7.8	1.4	2,512	16 ^d	94	..	78	100 ^c	305
7 Switzerland	6.5	4.7	3,446	..	82	..	82	..	352
8 Ireland	5.5	1.8	2,367	90	78	100	237
9 Belgium	6.5	2.6	2,515	..	75	..	78	100 ^c	418
10 United States	6.6	8.0	5,274	..	93	..	76	99	549
11 Japan	6.5	1.4	2,133	..	99	..	56	100	201
12 Netherlands	5.8	3.0	2,564	..	96	..	79	100	329
13 Finland	5.5	1.8	1,943	98	97	..	77	100 ^c	311
14 Denmark	7.3	1.5	2,583	..	96	..	78	100 ^c	366
15 United Kingdom	6.4	1.3	2,160	..	80	..	84 ^e	99	166
16 France	7.4	2.3	2,736	85	86	..	75	99 ^c	329
17 Austria	5.4	2.3	2,220	..	79	..	51	100 ^c	324
18 Italy	6.4	2.1	2,166	..	83	..	60	..	606
19 New Zealand	6.6	1.9	1,857	..	85	..	75	100	223
20 Germany	8.6	2.3	2,817	..	92	..	75	100 ^c	362
21 Spain	5.4	2.2	1,640	..	97	..	81	..	320
22 Hong Kong, China (SAR)	86
23 Israel	6.0	3.1	1,890	..	95	..	68	99 ^c	391
24 Greece	5.0	4.5	1,814	88	88	440
25 Singapore	1.3	3.0	1,105	97	88	..	62	100	140
26 Slovenia	6.2	2.1	1,547	98	94	..	74	100 ^c	219
27 Portugal	6.6	2.7	1,702	81	96	..	66	100	324
28 Korea, Rep. of	2.6	2.4	982	87	96	..	81	100	181
29 Cyprus	2.9	4.1	883	..	86	100 ^c	298
30 Barbados	4.7	2.2	1,018	..	90	..	55	91	121
31 Czech Republic	6.4	0.6	1,118	98	99	..	72	99	343
32 Malta	7.0	2.7	965	..	90	98 ^c	293
33 Brunei Darussalam	2.7	0.8	653	99	99	99	101
34 Argentina	4.5	4.4	956	99	97	99	301
35 Hungary	5.5	2.3	1,078	99	99	..	77	..	316
36 Poland	4.4	1.7	657	94	97	..	49	99 ^c	220
37 Chile	2.6	3.2	642	94	99	100	109
38 Estonia	3.9	1.2	604	99	95	..	70	..	316
39 Lithuania	4.3	1.6	549	99	98	..	47	..	403
40 Qatar	2.4	0.7	894	99	93	..	43	98	221
41 United Arab Emirates	2.3	0.8	750	98	94	..	28	96	202
42 Slovakia	5.3	0.6	723	98	99	..	74	..	325
43 Bahrain	3.2	1.2	792	..	100	..	62	98	160
44 Kuwait	2.9	0.9	552	..	97	..	50	98	153
45 Croatia	5.9	1.4	630	98	95	100	237
46 Uruguay	2.9	7.1	805	99	95	100	365
47 Costa Rica	6.1	3.2	743	87	89	..	80	98	173
48 Latvia	3.3	1.8	477	99	99	..	48	100	291
49 Saint Kitts and Nevis	3.4	2.1	667	99	98	..	41	99	118
50 Bahamas	3.4	3.5	1,074	..	90	..	62	99 ^c	106
51 Seychelles	3.9	1.3	557	99	99	132
52 Cuba	6.5	1.0	236	99	99	..	73	100	591
53 Mexico	2.7	3.4	550	99	96	..	68	86	171

HDI rank	Health expenditure			MDG One-year-olds fully immunized		Children with diarrhoea receiving oral rehydration and continued feeding (% under age 5) 1994–2003 ^b	Contraceptive prevalence rate ^a (%) 1995–2003 ^b	MDG Births attended by skilled health personnel (%) 1995–2003 ^b	Physicians (per 100,000 people) 1990–2004 ^b	
	Public (% of GDP) 2002	Private (% of GDP) 2002	Per capita (PPP US\$) 2002	Against tuberculosis (%) 2003	Against measles (%) 2003					
54	Tonga	5.1	1.8	292	99	99	92	34
55	Bulgaria	4.0	3.4	499	98	96	..	42	..	338
56	Panama	6.4	2.5	576	87	83	..	58	90	168
57	Trinidad and Tobago	1.4	2.3	428	..	88	31	38	96	79
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
58	Libyan Arab Jamahiriya	1.6	1.7	222	99	91	..	45	94	129
59	Macedonia, TFYR	96
60	Antigua and Barbuda	3.3	1.5	527	..	99	..	53	100	17
61	Malaysia	2.0	1.8	349	99	92	..	55	97	70
62	Russian Federation	3.5	2.7	535	97	96	..	73	99	417
63	Brazil	3.6	4.3	611	99	99	28	77	88	206
64	Romania	4.2	2.1	469	99	97	..	64	98	189
65	Mauritius	2.2	0.7	317	92	94	..	75	99	85
66	Grenada	4.0	1.7	465	..	99	..	54	99	50
67	Belarus	4.7	1.7	583	99	99	..	50	100	450
68	Bosnia and Herzegovina	4.6	4.6	322	94	84	23	48	100	134
69	Colombia	6.7	1.4	536	96	92	44	77	86	135
70	Dominica	4.6	1.8	310	99	99	42	50	100	49
71	Oman	2.8	0.6	379	98	98	..	24	95	126
72	Albania	2.4	3.7	302	95	93	51	75	94	139
73	Thailand	3.1	1.3	321	99	94	..	72	99	30
74	Samoa (Western)	4.7	1.5	238	73	99	100	70
75	Venezuela	2.3	2.6	272	91	82	51	49	94	194
76	Saint Lucia	3.4	1.6	306	95	90	..	47	100	518
77	Saudi Arabia	3.3	1.0	534	94	96	..	32	91	140
78	Ukraine	3.3	1.4	210	98	99	..	68	100	297
79	Peru	2.2	2.2	226	94	95	46	69	59	117
80	Kazakhstan	1.9	1.6	261	99	99	22	66	99	330
81	Lebanon	3.5	8.0	697	..	96	..	61	89	325
82	Ecuador	1.7	3.1	197	99	99	..	66	69	148
83	Armenia	1.3	4.5	232	92	94	48	61	97	353
84	Philippines	1.1	1.8	153	91	80	37	49	60	116
85	China	2.0	3.8	261	93	84	..	84	97	164
86	Suriname	3.6	5.0	385	..	71	43	42	85	45
87	Saint Vincent and the Grenadines	3.9	2.0	340	87	94	..	58	100	88
88	Paraguay	3.2	5.2	343	70	91	..	73	71	117
89	Tunisia	2.9	2.9	415	93	90	..	63	90	70
90	Jordan	4.3	5.0	418	67	96	..	56	100	205
91	Belize	2.5	2.7	300	99	96	..	47	83	105
92	Fiji	2.7	1.5	240	99	91	..	41	100	34
93	Sri Lanka	1.8	1.9	131	99	99	..	70	97	43
94	Turkey	4.3	2.2	420	89	75	19	64	81	124
95	Dominican Republic	2.2	3.9	295	90	79	53	70	99	188
96	Maldives	5.1	0.7	307	98	96	..	42	70	78
97	Turkmenistan	3.0	1.3	182	99	97	..	62	97	317
98	Jamaica	3.4	2.6	234	88	78	21	66	95	85
99	Iran, Islamic Rep. of	2.9	3.1	432	99	99	..	73	90	105
100	Georgia	1.0	2.8	123	87	73	..	41	96	391
101	Azerbaijan	0.8	2.9	120	99	98	40	55	84	354
102	Occupied Palestinian Territories	99	97	84
103	Algeria	3.2	1.1	182	98	84	..	64	92	85
104	El Salvador	3.6	4.4	372	90	99	..	67	69	124
105	Cape Verde	3.8	1.2	193	78	68	..	53	89	17
106	Syrian Arab Republic	2.3	2.8	109	99	98	..	40	76 ^c	140

TABLE 6
Commitment to health: resources, access and services

HDI rank	Health expenditure			MDG One-year-olds fully immunized		Children with diarrhoea receiving oral rehydration and continued feeding (% under age 5)	Contraceptive prevalence rate ^a (%)	MDG Births attended by skilled health personnel (%)	Physicians (per 100,000 people)
	Public (% of GDP)	Private (% of GDP)	Per capita (PPP US\$)	Against tuberculosis (%)	Against measles (%)				
	2002	2002	2002	2003	2003	1994–2003 ^b	1995–2003 ^b	1995–2003 ^b	1990–2004 ^b
107 Guyana	4.3	1.3	227	95	89	40	37	86	48
108 Viet Nam	1.5	3.7	148	98	93	24	79	85	53
109 Kyrgyzstan	2.2	2.1	117	99	99	16	60	98	268
110 Indonesia	1.2	2.0	110	82	72	61	60	68	16
111 Uzbekistan	2.5	3.0	143	98	99	33	68	96	289
112 Nicaragua	3.9	4.0	206	94	93	49	69	67	164
113 Bolivia	4.2	2.8	179	94	64	59	53	65	73
114 Mongolia	4.6	2.0	128	98	98	66	67	99	267
115 Moldova, Rep. of	4.1	2.9	151	98	96	52	62	99	269
116 Honduras	3.2	3.0	156	91	95	..	62	56	83
117 Guatemala	2.3	2.5	199	97	75	22	43	41	90
118 Vanuatu	2.8	1.0	121	63	48	89	11
119 Egypt	1.8	3.1	192	98	98	29	60	69	212
120 South Africa	3.5	5.2	689	97	83	37	56	84	69
121 Equatorial Guinea	1.3	0.5	139	73	51	36	..	65	25
122 Tajikistan	0.9	2.4	47	99	89	29	34	71	218
123 Gabon	1.8	2.5	248	89	55	44	33	86	29
124 Morocco	1.5	3.1	186	92	90	..	50	40	48
125 Namibia	4.7	2.0	331	92	70	39	29	78	30
126 São Tomé and Príncipe	9.7	1.4	108	99	87	44	29	79	47
127 India	1.3	4.8	96	81	67	22	48 ^f	43	51
128 Solomon Islands	4.5	0.3	83	76	78	85	13
129 Myanmar	0.4	1.8	30	79	75	48	37	56	30
130 Cambodia	2.1	9.9	192	76	65	..	24	32	16
131 Botswana	3.7	2.3	387	99	90	7	40	94	29
132 Comoros	1.7	1.2	27	75	63	31	26	62	7
133 Lao People's Dem. Rep.	1.5	1.4	49	65	42	37	32	19	59
134 Bhutan	4.1	0.4	76	93	88	..	19	24	5
135 Pakistan	1.1	2.1	62	82	61	33 ^c	28	23	66
136 Nepal	1.4	3.8	64	91	75	43	39	11	5
137 Papua New Guinea	3.8	0.5	136	60	49	..	26	53	5
138 Ghana	2.3	3.3	73	92	80	24	25	44	9
139 Bangladesh	0.8	2.3	54	95	77	35	58	14	23
140 Timor-Leste	6.2	3.5	195	80	60	..	10	24	..
141 Sudan	1.0	3.9	58	53	57	38	10	86 ^c	16
142 Congo	1.5	0.7	25	60	50	25
143 Togo	1.1	9.4	163	84	58	25	26	49	6
144 Uganda	2.1	5.3	77	96	82	29	23	39	5
145 Zimbabwe	4.4	4.1	152	92	80	80	54	73	6
LOW HUMAN DEVELOPMENT									
146 Madagascar	1.2	0.9	18	72	55	47	27	46	9
147 Swaziland	3.6	2.4	309	97	94	24	28	70	18
148 Cameroon	1.2	3.4	68	82	61	33	19	60	7
149 Lesotho	5.3	0.9	119	83	70	29	30	60	5
150 Djibouti	3.3	3.0	78	63	66	61	13
151 Yemen	1.0	2.7	58	67	66	23 ^c	21	22	22
152 Mauritania	2.9	1.0	54	84	71	..	8	57	14
153 Haiti	3.0	4.6	83	71	53	41	27	24	25
154 Kenya	2.2	2.7	70	87	72	15	39	41	13
155 Gambia	3.3	4.0	83	99	90	38	10	55	4
156 Guinea	0.9	4.9	105	78	52	29	6	35	9
157 Senegal	2.3	2.8	62	77	60	33	11	58	8
158 Nigeria	1.2	3.5	43	48	35	28	13	35	27
159 Rwanda	3.1	2.4	48	88	90	16	13	31	2

HDI rank	Health expenditure			MDG One-year-olds fully immunized		Children with diarrhoea receiving oral rehydration and continued feeding (% under age 5) 1994–2003 ^b	Contraceptive prevalence rate ^a (%) 1995–2003 ^b	MDG Births attended by skilled health personnel (%) 1995–2003 ^b	Physicians (per 100,000 people) 1990–2004 ^b
	Public (% of GDP) 2002	Private (% of GDP) 2002	Per capita (PPP US\$) 2002	Against tuberculosis (%) 2003	Against measles (%) 2003				
160 Angola	2.1	2.9	92	62	62	32	6	45	8
161 Eritrea	3.2	1.9	36	91	84	..	8	28	3
162 Benin	2.1	2.6	44	99	83	42	19	66	6
163 Côte d'Ivoire	1.4	4.8	107	66	56	34	15	63	9
164 Tanzania, U. Rep. of	2.7	2.2	31	91	97	38	25	36	2
165 Malawi	4.0	5.8	48	91	77	51	31	61	1
166 Zambia	3.1	2.7	51	94	84	24	34	43	7
167 Congo, Dem. Rep. of the	1.2	2.9	15	68	54	17	31	61	7
168 Mozambique	4.1	1.7	50	87	77	33	6	48	2
169 Burundi	0.6	2.4	16	84	75	16	16	25	5
170 Ethiopia	2.6	3.1	21	76	52	38	8	6	3
171 Central African Republic	1.6	2.3	50	70	35	47	28	44	4
172 Guinea-Bissau	3.0	3.3	38	84	61	23	8	35	17
173 Chad	2.7	3.8	47	72	61	50	8	16	3
174 Mali	2.3	2.2	33	63	68	45	8	41	4
175 Burkina Faso	2.0	2.3	38	83	76	..	14	31	4
176 Sierra Leone	1.7	1.2	27	87	73	39	4	42	7
177 Niger	2.0	2.0	27	64	64	43	14	16	3
Developing countries	85	75	59	..
Least developed countries	79	67	34	..
Arab States	86	84	70	..
East Asia and the Pacific	91	82	86	..
Latin America and the Caribbean	96	93	82	..
South Asia	83	68	38	..
Sub-Saharan Africa	75	62	41	..
Central and Eastern Europe and the CIS	97	97	97	..
OECD	91	95	..
High-income OECD	92	99	..
High human development	93	97	..
Medium human development	89	79	68	..
Low human development	75	61	35	..
High income	92	99	..
Middle income	95	89	88	..
Low income	79	66	42	..
World	85 ^d	77 ^d	62 ^g	..

NOTES

- a** Data usually refer to married women ages 15–49; the actual age range covered may vary across countries.
- b** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- c** Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.
- d** Only high-risk children.
- e** Excluding Northern Ireland.
- f** Excluding the state of Tripura.
- g** Data refer to the world aggregate from UNICEF 2004.

SOURCES

- Columns 1–3:** WHO 2005a.
- Columns 4 and 6:** UNICEF 2004.
- Columns 5 and 8:** UN 2005f, based on a joint effort by the United Nations Children's Fund and the World Health Organization.
- Column 7:** UN 2005e.
- Column 9:** WHO 2005b.

TABLE 7

... to lead a long and healthy life ...

Water, sanitation and nutritional status

HDI rank	MDG Population with sustainable access to improved sanitation (%)		MDG Population with sustainable access to an improved water source (%)		MDG Population undernourished (% of total)		MDG Children under weight for age (% under age 5)	Children under height for age (% under age 5)	Infants with low birthweight (%)
	1990	2002	1990	2002	1990/92 ^a	2000/02 ^a	1995–2003 ^b	1995–2003 ^b	1998–2003 ^b
HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
1 Norway	100	100	5
2 Iceland	100	100	4
3 Australia	100	100	100	100	7
4 Luxembourg	100	100	8
5 Canada	100	100	100	100	6
6 Sweden	100	100	100	100	4
7 Switzerland	100	100	100	100	6
8 Ireland	6
9 Belgium	8 ^c
10 United States	100	100	100	100	1 ^d	2 ^c	8
11 Japan	100	100	100	100	8
12 Netherlands	100	100	100	100
13 Finland	100	100	100	100	4
14 Denmark	100	100	5
15 United Kingdom	8
16 France	7
17 Austria	100	100	100	100	7
18 Italy	6
19 New Zealand	97	6
20 Germany	100	100	7
21 Spain	6 ^c
22 Hong Kong, China (SAR)
23 Israel	100	100	8
24 Greece	8
25 Singapore	14 ^d	11 ^c	8
26 Slovenia	3	6
27 Portugal	8
28 Korea, Rep. of	92	2	2	4
29 Cyprus	100	100	100	100
30 Barbados	100	99	100	100	6 ^d	7 ^c	10 ^c
31 Czech Republic	2	1 ^d	2 ^c	7
32 Malta	100	100	6
33 Brunei Darussalam	10
34 Argentina	82	..	94	..	2	2	5	12	7
35 Hungary	..	95	99	99	..	1	2 ^d	3 ^c	9
36 Poland	1	6
37 Chile	85	92	90	95	8	4	1	2	5
38 Estonia	5	4
39 Lithuania	1	4
40 Qatar	100	100	100	100	6	8	10
41 United Arab Emirates	100	100	4	2	14	17	15 ^c
42 Slovakia	100	100	100	100	..	5	7
43 Bahrain	9	10	8
44 Kuwait	23	5	10	24	7
45 Croatia	7	1	1	6
46 Uruguay	..	94	..	98	6	4	5	8	8
47 Costa Rica	..	92	..	97	6	4	5	6	7
48 Latvia	4	5
49 Saint Kitts and Nevis	96	96	99	99	9
50 Bahamas	100	100	..	97	7
51 Seychelles	87	6 ^d	5 ^c	..
52 Cuba	98	98	..	91	8	3	4	5	6
53 Mexico	66	77	80	91	5	5	8	18	9

HDI rank	MDG Population with sustainable access to improved sanitation (%)		MDG Population with sustainable access to an improved water source (%)		MDG Population undernourished (% of total)		MDG Children under weight for age (% under age 5)	Children under height for age (% under age 5)	Infants with low birthweight (%)
	1990	2002	1990	2002	1990/92 ^a	2000/02 ^a	1995–2003 ^b	1995–2003 ^b	1998–2003 ^b
54 Tonga	97	97	100	100	0
55 Bulgaria	100	100	100	100	..	11	10
56 Panama	..	72	..	91	21	26	7	14	10 ^c
57 Trinidad and Tobago	100	100	92	91	13	12	7 ^d	5 ^c	23
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT									
58 Libyan Arab Jamahiriya	97	97	71	72	1	1	5	15	7 ^c
59 Macedonia, TFYR	11	6	7	5
60 Antigua and Barbuda	..	95	..	91	10 ^d	7 ^c	8
61 Malaysia	96	95	3	2	12	..	10
62 Russian Federation	87	87	94	96	..	4	3	13	6
63 Brazil	70	75	83	89	12	9	6	11	10 ^c
64 Romania	..	51	..	57	..	1	6 ^d	8 ^c	9
65 Mauritius	99	99	100	100	6	6	15	10	13
66 Grenada	97	97	..	95	9
67 Belarus	100	100	..	2	5
68 Bosnia and Herzegovina	..	93	98	98	..	8	4	10	4
69 Colombia	82	86	92	92	17	13	7	14	9
70 Dominica	..	83	..	97	5 ^d	6 ^c	10
71 Oman	83	89	77	79	24	23	8
72 Albania	..	89	97	97	..	6	14	32	3
73 Thailand	80	99	81	85	28	20	19 ^d	16 ^c	9
74 Samoa (Western)	98	100	91	88	4 ^c
75 Venezuela	..	68	..	83	11	17	4	13 ^c	7
76 Saint Lucia	..	89	98	98	14 ^d	11 ^c	8
77 Saudi Arabia	90	..	4	3	14	20	11 ^c
78 Ukraine	99	99	..	98	..	3	3	15	5
79 Peru	52	62	74	81	42	13	7	25	11 ^c
80 Kazakhstan	72	72	86	86	..	13	4	10	8
81 Lebanon	..	98	100	100	3	3	3	12	6
82 Ecuador	56	72	69	86	8	4	12	26	16
83 Armenia	..	84	..	92	..	34	3	13	7
84 Philippines	54	73	87	85	26	22	31	31	20
85 China	23	44	70	77	16	11	10	14	6
86 Suriname	..	93	..	92	13	11	13	10	13
87 Saint Vincent and the Grenadines	10
88 Paraguay	58	78	62	83	18	14	5	..	9 ^c
89 Tunisia	75	80	77	82	1	1	4	12	7
90 Jordan	..	93	98	91	4	7	4	9	10 ^c
91 Belize	..	47	..	91	6 ^d	..	6
92 Fiji	98	98	8 ^d	3 ^c	10
93 Sri Lanka	70	91	68	78	28	22	29	14	22
94 Turkey	84	83	81	93	2	3	8	16	16
95 Dominican Republic	48	57	86	93	27	25	5	9	11
96 Maldives	..	58	99	84	30	25	22
97 Turkmenistan	..	62	..	71	..	9	12	22	6
98 Jamaica	75	80	92	93	14	10	4	5	9
99 Iran, Islamic Rep. of	83	84	91	93	4	4	11	15	7 ^c
100 Georgia	..	83	..	76	..	27	3	12	6
101 Azerbaijan	..	55	66	77	..	15	7	13	11
102 Occupied Palestinian Territories	..	76	..	94	4	9	9
103 Algeria	88	92	95	87	5	5	6	18	7
104 El Salvador	51	63	67	82	12	11	10	19	13
105 Cape Verde	..	42	..	80	14 ^d	16 ^c	13
106 Syrian Arab Republic	76	77	79	79	5	4	7	18	6

TABLE 7
Water, sanitation and nutritional status

HDI rank	MDG Population with sustainable access to improved sanitation (%)		MDG Population with sustainable access to an improved water source (%)		MDG Population undernourished (% of total)		MDG Children under weight for age (% under age 5)	Children under height for age (% under age 5)	Infants with low birthweight (%)
	1990	2002	1990	2002	1990/92 ^a	2000/02 ^a	1995–2003 ^b	1995–2003 ^b	1998–2003 ^b
107 Guyana	..	70	..	83	21	9	14	11	12
108 Viet Nam	22	41	72	73	31	19	33	36	9
109 Kyrgyzstan	..	60	..	76	..	6	11	25	7 ^c
110 Indonesia	46	52	71	78	9	6	26	..	9
111 Uzbekistan	58	57	89	89	..	26	8	21	7
112 Nicaragua	47	66	69	81	30	27	10	20	12
113 Bolivia	33	45	72	85	28	21	8	27	9
114 Mongolia	..	59	62	62	34	28	13	25	8
115 Moldova, Rep. of	..	68	..	92	..	11	3	10	5
116 Honduras	49	68	83	90	23	22	17	29	14
117 Guatemala	50	61	77	95	16	24	23	49	13
118 Vanuatu	60	60	20 ^d	19 ^c	6
119 Egypt	54	68	94	98	4	3	9	16	12
120 South Africa	63	67	83	87	12	25	15
121 Equatorial Guinea	..	53	..	44	19	39	13
122 Tajikistan	..	53	..	58	..	61	..	36	15
123 Gabon	..	36	..	87	10	6	12	21	14
124 Morocco	57	61	75	80	6	7	9	24	11 ^c
125 Namibia	24	30	58	80	35	22	24	24	14
126 São Tomé and Príncipe	..	24	..	79	13	29	..
127 India	12	30	68	86	25	21	47	46	30
128 Solomon Islands	..	31	..	70	21 ^d	27 ^c	13 ^c
129 Myanmar	21	73	48	80	10	6	35	34	15
130 Cambodia	..	16	..	34	43	33	45	45	11
131 Botswana	38	41	93	95	23	32	13	23	10
132 Comoros	23	23	89	94	25	42	25
133 Lao People's Dem. Rep.	..	24	..	43	29	22	40	41	14
134 Bhutan	..	70	..	62	19	40	15
135 Pakistan	38	54	83	90	24	20	38	37	19 ^c
136 Nepal	12	27	69	84	20	17	48	51	21
137 Papua New Guinea	45	45	39	39	35 ^d	..	11 ^c
138 Ghana	43	58	54	79	37	13	25	26	11
139 Bangladesh	23	48	71	75	35	30	48	45	30
140 Timor-Leste	..	33	..	52	43	47	10
141 Sudan	33	34	64	69	32	27	17	..	31
142 Congo	..	9	..	46	54	37	14	19	..
143 Togo	37	34	49	51	33	26	25	22	15
144 Uganda	43	41	44	56	24	19	23	39	12
145 Zimbabwe	49	57	77	83	45	44	13	27	11
LOW HUMAN DEVELOPMENT									
146 Madagascar	12	33	40	45	35	37	33	49	14
147 Swaziland	..	52	..	52	14	19	10	30	9
148 Cameroon	21	48	50	63	33	25	21	35	11
149 Lesotho	37	37	..	76	17	12	18	46	14
150 Djibouti	48	50	78	80	18	26	..
151 Yemen	21	30	69	69	34	36	46	53	32 ^c
152 Mauritania	28	42	41	56	15	10	32	35	..
153 Haiti	15	34	53	71	65	47	17	23	21
154 Kenya	42	48	45	62	44	33	20	31	11
155 Gambia	..	53	..	82	22	27	17	19	17
156 Guinea	17	13	42	51	39	26	23	26	12
157 Senegal	35	52	66	72	23	24	23	25	18
158 Nigeria	39	38	49	60	13	9	29	38 ^c	14
159 Rwanda	37	41	58	73	44	37	27	41	9

HDI rank	MDG Population with sustainable access to improved sanitation (%)		MDG Population with sustainable access to an improved water source (%)		MDG Population undernourished (% of total)		MDG Children under weight for age (% under age 5)	Children under height for age (% under age 5)	Infants with low birthweight (%)
	1990	2002	1990	2002	1990/92 ^a	2000/02 ^a	1995–2003 ^b	1995–2003 ^b	1998–2003 ^b
	160	30	30	32	50	58	40	31	45
161	8	9	40	57	..	73	40	38	21 ^c
162	11	32	60	68	20	15	23	31	16
163	31	40	69	84	18	14	21	25	17
164	47	46	38	73	37	44	29	44	13
165	36	46	41	67	50	33	22	45	16
166	41	45	50	55	48	49	28	47	12
167	18	29	43	46	32	71	31	38	12
168	..	27	..	42	66	47	24	41	14 ^c
169	44	36	69	79	48	68	45	57	16
170	4	6	25	22	..	46	47	52	15
171	23	27	48	75	50	43	24	39	14
172	..	34	..	59	25	30	22
173	6	8	20	34	58	34	28	29	17 ^c
174	36	45	34	48	29	29	33	38	23
175	13	12	39	51	21	19	34	37	19
176	..	39	..	57	46	50	27	34	..
177	7	12	40	46	41	34	40	40	17
Developing countries	33	48	70	79	19	16
Least developed countries	23	35	51	61	34	33
Arab States	61	66	83	84	10	9
East Asia and the Pacific	30	49	71	78
Latin America and the Caribbean	68	75	81	89	13	10
South Asia	20	37	71	86	25	21
Sub-Saharan Africa	32	36	48	58	32	30
Central and Eastern Europe and the CIS	..	82
OECD	96	98
High-income OECD	100
High human development
Medium human development	36	51	74	83	19	15
Low human development	27	32	44	55	32	32
High income
Middle income	48	61	77	83
Low income	20	35	64	77	27	24
World	43	58 ^e	75	83 ^e

NOTES

- a** Data refer to the average for the years specified.
b Data refer to the most recent year available during the period specified.
c Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.
d Data from UNICEF 2004. Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.
e Data refer to the world aggregate from UNICEF 2004.

SOURCES

- Columns 1–4 and 7:** UN 2005f, based on a joint effort by the United Nations Children's Fund (UNICEF) and the World Health Organization (WHO).
Columns 5 and 6: UN 2005f, based on estimates from FAO 2005.
Columns 8 and 9: UNICEF 2004, based on a joint effort by UNICEF and the WHO.

TABLE 8

. . . to lead a long and healthy life . . .

Inequalities in maternal and child health

HDI rank	Survey year	Births attended by skilled health personnel (%)		One-year-olds fully immunized ^a (%)		Children under height for age (% under age 5)		Infant mortality rate ^b (per 1,000 live births)		Under-five mortality rate ^b (per 1,000 live births)		
		Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT												
63	Brazil	1996	71.6	98.6	56.6	73.8	16.8	2.0	83.2	28.6	98.9	33.3
69	Colombia	1995	60.6	98.1	57.7	77.3	16.7	4.5	40.8	16.2	52.1	23.6
72	Albania	2000	93.3	100.0	66.2	68.0	15.7	7.9	52.3	27.3	60.9	29.6
79	Peru	2000	13.0	87.5	57.9	81.1	29.4	4.2	63.5	13.9	92.6	17.6
80	Kazakhstan	1999	99.2	98.5	68.7	62.3 ^c	13.2	3.7	67.6	42.3	81.9	44.8
84	Philippines	1998	21.2	91.9	59.8	86.5	48.8	20.9	79.8	29.2
88	Paraguay	1990	41.2	98.1	20.2	53.0	16.7	3.0	42.9	15.7	57.2	20.1
90	Jordan	1997	91.2	99.3	21.3	17.1	10.5	4.5	35.4	23.4	42.1	25.2
94	Turkey	1998	53.4	98.2	27.7	69.7	14.8	3.2	68.3	29.8	85.0	32.6
95	Dominican Republic	1996	88.9	97.8	34.4	46.5	14.2	1.7	66.7	23.4	89.9	26.6
97	Turkmenistan	2000	96.8	98.3	85.0	77.5	16.9	11.4	89.3	58.4	105.5	69.8
108	Viet Nam	2000	58.1	99.7	44.3	92.3	39.3	13.8	52.9	15.8
109	Kyrgyzstan	1997	96.0	100.0	69.3	73.1	27.9	11.6	83.3	45.8	96.4	49.3
110	Indonesia	1997	21.3	89.2	42.9	72.1	78.1	23.3	109.0	29.2
111	Uzbekistan	1996	91.7	100.0	80.9	77.5	19.5	16.0	54.4	45.9	70.3	50.4
112	Nicaragua	2001	77.5	99.3	63.6	71.0	22.4	4.1	49.6	16.3	64.3	19.2
113	Bolivia	1998	19.8	97.9	21.8	30.6	25.4	3.9	106.5	25.5	146.5	32.0
117	Guatemala	1998	8.8	91.9	66.3	56.0	30.0	7.2	58.0	39.2	77.6	39.3
119	Egypt	2000	31.4	94.2	91.2	92.0	16.4	7.9	75.6	29.6	97.9	33.7
120	South Africa	1998	67.8	98.1	51.3	70.2	61.6	17.0	87.4	21.9
123	Gabon	2000	67.2	97.1	5.5	23.5	20.7	8.8	57.0	35.9	93.1	55.4
124	Morocco	1992	5.1	77.9	53.7	95.2	23.3	6.6	79.7	35.1	111.6	39.2
125	Namibia	2000	55.4	97.1	59.5	68.2	18.4	9.1	35.8	22.7	55.4	31.4
127	India	1998	16.4	84.4	21.3	63.8	25.0	17.4	96.5	38.1	141.3	45.5
130	Cambodia	2000	14.7	81.2	28.6	67.7	26.9	13.5	109.7	50.3	154.8	63.6
132	Comoros	1996	26.2	84.8	39.8	82.0	23.4	17.8	87.2	64.6	128.9	86.6 ^c
135	Pakistan	1990	4.6	55.2	22.5	54.7	25.2	16.8	88.7	62.5	124.5	73.8
136	Nepal	2001	3.6	45.1	54.2	81.6	32.7	24.6	85.5	53.2	129.9	67.7
138	Ghana	1998	17.9	86.1	49.6	79.3	20.3	9.1	72.7	26.0	138.8	52.2
139	Bangladesh	1999	3.5	42.1	50.3	74.9	92.9	57.9	139.7	72.4
143	Togo	1998	25.1	91.2	22.2	52.0	19.0	10.1	84.1	65.8	167.7	97.0
144	Uganda	2000	19.7	77.3	26.5	42.6	25.1	18.0	105.7	60.2	191.8	106.4
145	Zimbabwe	1999	56.7	93.5	63.9	64.1	19.2	13.1	59.1	44.3	99.5	62.2

HDI rank	Survey year	Births attended by skilled health personnel (%)		One-year-olds fully immunized ^a (%)		Children under height for age (% under age 5)		Infant mortality rate ^b (per 1,000 live births)		Under-five mortality rate ^b (per 1,000 live births)		
		Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	Poorest 20%	Richest 20%	
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
146	Madagascar	1997	29.6	88.5	22.0	66.0	24.7	25.2	119.1	57.5	195.0	101.4
148	Cameroon	1991	32.0	94.7	27.4	63.5	18.9	7.9	103.9	51.2	200.7	81.7
151	Yemen	1997	6.8	49.7	7.8	55.7	26.4	22.0	108.5	60.0	163.1	73.0
152	Mauritania	2000	14.7	92.8	15.6	45.3	18.1	14.7	60.8	62.3	98.1	78.5
153	Haiti	2000	4.1	70.0	25.4	42.3	18.2	5.1	99.5	97.2	163.9	108.7
154	Kenya	1998	23.2	79.6	48.1	59.9	26.7	10.5	95.8	40.2	136.2	60.7
156	Guinea	1999	12.1	81.5	17.2	51.8	18.8	11.6	118.9	70.2	229.9	133.0
157	Senegal	1997	20.3	86.2	84.5	44.9	181.0	69.6
158	Nigeria	1990	12.2	70.0	13.9	58.1	22.2	19.2	102.2	68.6	239.6	119.8
159	Rwanda	2000	17.3	59.6	71.3	78.8	27.0	15.7	138.7	87.9	246.4	154.1
161	Eritrea	1995	5.0	74.3	25.0	83.8	22.7	14.6	74.0	67.5	152.2	103.5
162	Benin	1996	34.4	97.5	37.8	73.6	17.0	12.1	119.4	63.3	208.3	110.1
164	Tanzania, U. Rep. of	1999	28.9	82.8	53.1	78.4	28.5	16.3	114.8	91.9	160.0	135.2
165	Malawi	2000	43.0	83.0	65.4	81.4	25.8	22.6	131.5	86.4	230.8	149.0
166	Zambia	2001	19.7	91.1	63.9	80.0	26.9	19.5	115.2	56.7	191.7	92.4
168	Mozambique	1997	18.1	82.1	19.7	85.3	22.4	14.4	187.7	94.7	277.5	144.6
170	Ethiopia	2000	0.9	25.3	7.0	33.5	25.7	23.3	92.8	95.1	159.2	147.1
173	Chad	1996	2.6	47.4	4.0	23.0	23.0	18.4	79.8	89.3	170.6	172.0
174	Mali	2001	8.1	81.9	19.5	56.0	19.7	12.2	137.2	89.9	247.8	148.1
175	Burkina Faso	1998	17.9	75.0	21.4	52.1	20.9	15.0	106.2	76.7	239.2	154.5
177	Niger	1998	4.2	62.8	4.6	50.9	21.2	20.9	131.1	85.8	281.8	183.7

NOTES

This table presents data for developing countries based on the Demographic and Health Surveys conducted since 1995. Quintiles are defined by socio-economic status in terms of assets or wealth, rather than in terms of income or consumption. For details, see Gwatkin and others forthcoming.

a Includes tuberculosis (BCG), measles, and diphtheria, pertussis and tetanus (DPT) vaccination.

b Based on births in the 10 years preceding the survey.

c Large sampling error due to small number of cases.

SOURCE

All columns: Gwatkin and others forthcoming.

TABLE
9

... to lead a long and healthy life ...

Leading global health crises and risks

HDI rank	HIV prevalence ^a (% ages 15–49) 2003	MDG Condom use at last high-risk sex ^b (% ages 15–24)		MDG Malaria cases ^c (per 100,000 people) 2000	MDG Children under age 5		MDG Tuberculosis cases			Prevalence of smoking ^g (% of adults)		
		Women 1998– 2003 ^h	Men 1998– 2003 ^h		With insecticide- treated bednets (%) 1999–2003 ^h	With fever treated with anti-malarial drugs (%) 1999–2003 ^h	Per 100,000 people ^d 2003	Detected under DOTS ^e (%) 2003	Cured under DOTS ^f (%) 2003	Women 2000–02 ^h	Men 2000–02 ^h	
HIGH HUMAN DEVELOPMENT												
1 Norway	0.1 [0.0–0.2]	5	46	80	32	31	
2 Iceland	0.2 [0.1–0.3]	3	28	100	23	25	
3 Australia	0.1 [0.1–0.2]	6	9	78	18	21	
4 Luxembourg	0.2 [0.1–0.4]	10	126	
5 Canada	0.3 [0.2–0.5]	4	76	81	20	24	
6 Sweden	0.1 [0.0–0.2]	4	62	73	20	17	
7 Switzerland	0.4 [0.2–0.6]	7	0	..	24	27	
8 Ireland	0.1 [0.0–0.3]	12	0	
9 Belgium	0.2 [0.1–0.3]	12	57	69	20	28	
10 United States	0.6 [0.3–1.1]	3	89	70	21	26	
11 Japan	<0.1 [<0.2]	42	40	76	12	47	
12 Netherlands	0.2 [0.1–0.4]	6	50	68	25	32	
13 Finland	<0.1 [<0.2]	10	0	..	20	27	
14 Denmark	0.2 [0.1–0.3]	6	75	77	29	32	
15 United Kingdom	0.1 [0.1–0.2]	12	26	28	
16 France	0.4 [0.2–0.7]	12	0	..	21	33	
17 Austria	0.3 [0.1–0.4]	12	
18 Italy	0.5 [0.2–0.8]	6	79	79	22	31	
19 New Zealand	<0.1 [<0.2]	11	57	60	25	25	
20 Germany	0.1 [0.1–0.2]	7	55	69	31	39	
21 Spain	0.7 [0.3–1.1]	27	0	..	25	39	
22 Hong Kong, China (SAR)	0.1 [<0.2]	79	58	79	4	25	
23 Israel	0.1 [0.1–0.2]	8	55	81	22	39	
24 Greece	0.2 [0.1–0.3]	22	0	..	29	47	
25 Singapore	0.2 [0.1–0.5]	42	44	87	4	24	
26 Slovenia	<0.1 [<0.2]	22	70	85	20	28	
27 Portugal	0.4 [0.2–0.7]	37	87	82	
28 Korea, Rep. of	<0.1 [<0.2]	9	118	23	83	
29 Cyprus	4	91	75	
30 Barbados	1.5 [0.4–5.4]	14	
31 Czech Republic	0.1 [<0.2]	12	63	73	22	36	
32 Malta	0.2 [0.1–0.3]	6	19	60	
33 Brunei Darussalam	<0.1 [<0.2]	61	138	84	
34 Argentina	0.7 [0.3–1.1]	1	55	65	58	
35 Hungary	0.1 [0.0–0.2]	33	41	55	
36 Poland	0.1 [0.0–0.2]	34	56	86	
37 Chile	0.3 [0.2–0.5]	17	115	86	34	44	
38 Estonia	1.1 [0.4–2.1]	53	69	67	20	44	
39 Lithuania	0.1 [<0.2]	73	85	72	16	51	
40 Qatar	72	57	75	
41 United Arab Emirates	26	32	79	
42 Slovakia	<0.1 [<0.2]	29	34	85	
43 Bahrain	0.2 [0.1–0.3]	52	49	88	3	17	
44 Kuwait	31	67	55	
45 Croatia	<0.1 [<0.2]	68	0	..	27	34	
46 Uruguay	0.3 [0.2–0.5]	33	80	82	
47 Costa Rica	0.6 [0.3–1.0]	42	18	117	85	10	29	
48 Latvia	0.6 [0.3–1.0]	78	83	76	
49 Saint Kitts and Nevis	16	..	0	
50 Bahamas	3.0 [1.8–4.9]	52	52	59	
51 Seychelles	65	40	45	
52 Cuba	0.1 [<0.2]	13	93	92	
53 Mexico	0.3 [0.1–0.4]	8	45	81	84	

HDI rank	HIV prevalence ^a (% ages 15–49) 2003	MDG Condom use at last high-risk sex ^b (% ages 15–24)		MDG Malaria cases ^c (per 100,000 people) 2000	MDG Children under age 5		MDG Tuberculosis cases			Prevalence of smoking ^g (% of adults)		
		Women 1998– 2003 ^h	Men 1998– 2003 ^h		With insecticide- treated bednets (%) 1999–2003 ^h	With fever treated with anti-malarial drugs (%) 1999–2003 ^h	Per 100,000 people ^d 2003	Detected under DOTS ^e (%) 2003	Cured under DOTS ^f (%) 2003	Women 2000–02 ^h	Men 2000–02 ^h	
54	Tonga	44	80	83
55	Bulgaria	<0.1 [0.0–0.2]	47	81	86
56	Panama	0.9 [0.5–1.5]	36	52	92	73
57	Trinidad and Tobago	3.2 [1.2–8.3]	1	13
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT												
58	Libyan Arab Jamahiriya	0.3 [0.1–0.6]	2	21	147	61
59	Macedonia, TFYR	<0.1 [0.0–0.2]	37	49	79
60	Antigua and Barbuda	10	45	100
61	Malaysia	0.4 [0.2–0.7]	57	135	69	76
62	Russian Federation	1.1 [0.6–1.9]	1	157	9	67
63	Brazil	0.7 [0.3–1.1]	344	91	18	75	27	35
64	Romania	<0.1 [0.0–0.2]	194	38	76
65	Mauritius	1	136	28	92
66	Grenada	8
67	Belarus	0.5 [0.2–0.8]	59	44	..	9	53
68	Bosnia and Herzegovina	<0.1 [0.0–0.2]	63	48	95
69	Colombia	0.7 [0.4–1.2]	29	..	250	1	..	80	7	84
70	Dominica	23
71	Oman	0.1 [0.0–0.2]	27	12	81	92
72	Albania	33	29	90	18	60
73	Thailand	1.5 [0.8–2.8]	130	203	72	74	2	39
74	Samoa (Western)	44	51	84
75	Venezuela	0.7 [0.4–1.2]	94	52	80	82
76	Saint Lucia	22	71	25
77	Saudi Arabia	32	57	38	76	8	19
78	Ukraine	1.4 [0.7–2.3]	133	10	57
79	Peru	0.5 [0.3–0.9]	19	..	258	231	81	92
80	Kazakhstan	0.2 [0.1–0.3]	32	65	(.)	152	86	78
81	Lebanon	0.1 [0.0–0.2]	13	67	91
82	Ecuador	0.3 [0.1–0.5]	728	209	37	84
83	Armenia	0.1 [0.1–0.2]	..	44	4	89	43	79	3	68
84	Philippines	<0.1 [0.0–0.2]	15	458	68	88	8	51
85	China	0.1 [0.1–0.2]	1	245	43	93
86	Suriname	1.7 [0.5–5.8]	2,954	3	..	102
87	Saint Vincent and the Grenadines	40	38
88	Paraguay	0.5 [0.2–0.8]	124	105	18	92
89	Tunisia	<0.1 [0.0–0.2]	1	24	91	92
90	Jordan	3	5	89	89
91	Belize	2.4 [0.8–6.9]	657	56	98	85
92	Fiji	0.1 [0.0–0.2]	38	63	85
93	Sri Lanka	<0.1 [0.0–0.2]	1,110	89	70	81	2	26
94	Turkey	<0.1 [0.0–0.2]	17	40
95	Dominican Republic	1.7 [0.9–3.0]	29	52	6	123	65	78
96	Maldives	39	106	95	15	37
97	Turkmenistan	<0.1 [0.0–0.2]	1	83	49	77
98	Jamaica	1.2 [0.6–2.2]	9	90	49
99	Iran, Islamic Rep. of	0.1 [0.0–0.2]	27	36	59	85	2	22
100	Georgia	0.2 [0.1–0.4]	5	95	52	65
101	Azerbaijan	<0.1 [0.0–0.2]	19	1	1	109	28	84
102	Occupied Palestinian Territories	37	4	100
103	Algeria	0.1 [0.0–0.2]	2 ¹	53	113	89
104	El Salvador	0.7 [0.3–1.1]	11	78	53	88	15	42
105	Cape Verde	328
106	Syrian Arab Republic	<0.1 [0.0–0.2]	(.)	52	45	87

Leading global health crises and risks

HDI rank	HIV prevalence ^a (% ages 15–49) 2003	MDG Condom use at last high-risk sex ^b (% ages 15–24)		MDG Malaria cases ^c (per 100,000 people) 2000	MDG Children under age 5		MDG Tuberculosis cases			MDG Prevalence of smoking ^g (% of adults)		
		Women 1998– 2003 ^h	Men 1998– 2003 ^h	1999–2003 ^h	1999–2003 ^h	Per 100,000 people ^d 2003	Detected under DOTS ^e (%) 2003	Cured under DOTS ^f (%) 2003	Women 2000–02 ^h	Men 2000–02 ^h		
107	Guyana	2.5 [0.8–7.7]	3,074	6	3	178	31	85
108	Viet Nam	0.4 [0.2–0.8]	95	16	7	238	86	92
109	Kyrgyzstan	0.1 [<0.2]	(.)	140	57	82
110	Indonesia	0.1 [0.0–0.2]	920	0	1	674	33	86	3	69
111	Uzbekistan	0.1 [0.0–0.2]	..	50	1	156	20	80
112	Nicaragua	0.2 [0.1–0.3]	17	..	402	..	2	78	91	82
113	Bolivia	0.1 [0.0–0.2]	378	301	71	84
114	Mongolia	<0.1 [<0.2]	237	68	87	26	68
115	Moldova, Rep. of	0.2 [0.1–0.3]	177	39	61
116	Honduras	1.8 [1.0–3.2]	541	102	78	87
117	Guatemala	1.1 [0.6–1.8]	386	1	..	104	44	84
118	Vanuatu	71	70	79
119	Egypt	<0.1 [<0.2]	(.)	36	56	88	18	40
120	South Africa	21.5 [18.5–24.9]	20	..	143	341	118	68	12	44
121	Equatorial Guinea	1	49	351
122	Tajikistan	<0.1 [<0.2]	303	2	69	267	..	79
123	Gabon	8.1 [4.1–15.3]	33	48	2,148	242	93	47
124	Morocco	0.1 [0.0–0.2]	(.)	105	83	89	2	35
125	Namibia	21.3 [18.2–24.7]	48	69	1,502	3	..	477	86	62
126	São Tomé and Príncipe	23	61	256
127	India	[0.4–1.3]	51	59	7	287	47	87
128	Solomon Islands	15,172	60	107	90
129	Myanmar	1.2 [0.6–2.2]	224	183	73	81	22	43
130	Cambodia	2.6 [1.5–4.4]	476	742	60	92
131	Botswana	37.3 [35.5–39.1]	75	88	48,704	342	68	71
132	Comoros	1,930	9	63	103	37	96
133	Lao People's Dem. Rep.	0.1 [<0.2]	759	327	47	78
134	Bhutan	285	194	32	86
135	Pakistan	0.1 [0.0–0.2]	58	358	17	77
136	Nepal	0.3 [0.2–0.5]	33	316	60	86	24	40
137	Papua New Guinea	0.6 [0.3–1.0]	1,688	527	15	53
138	Ghana	3.1 [1.9–5.0]	33	52	15,344	5	61	369	40	60
139	Bangladesh	[<0.2]	40	490	33	84	21	48
140	Timor-Leste	8	47	753	53	81
141	Sudan	2.3 [0.7–7.2]	13,934	0	50	355	34	78
142	Congo	4.9 [2.1–11.0]	5,880	489	57	71
143	Togo	4.1 [2.7–6.4]	22	41	7,701	2	60	673	17	68
144	Uganda	4.1 [2.8–6.6]	44	62	46	0	..	621	44	60
145	Zimbabwe	24.6 [21.7–27.8]	42	69	5,410	500	42	67
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
146	Madagascar	1.7 [0.8–2.7]	0	61	325	77	74
147	Swaziland	38.8 [37.2–40.4]	2,835	0	26	683	35	47
148	Cameroon	6.9 [4.8–9.8]	16	31	2,900	1	66	221	86	70
149	Lesotho	28.9 [26.3–31.7]	0	390	70	52
150	Djibouti	715	988	53	82
151	Yemen	0.1 [0.0–0.2]	15,160	151	43	82
152	Mauritania	0.6 [0.3–1.1]	11,150	664
153	Haiti	5.6 [2.5–11.9]	19	30	15	..	12	386	46	78
154	Kenya	6.7 [4.7–9.6]	25	47	545	5	27	821	46	79	32	67
155	Gambia	1.2 [0.3–4.2]	17,340	15	55	337	70	74
156	Guinea	3.2 [1.2–8.2]	17	32	75,386	394	51	72
157	Senegal	0.8 [0.4–1.7]	11,925	2	36	429	59	66
158	Nigeria	5.4 [3.6–8.0]	24	46	30	1	34	518	18	79
159	Rwanda	5.1 [3.4–7.6]	23	55	6,510	5	13	628	27	58

HDI rank	HIV prevalence ^a (% ages 15–49) 2003	MDG Condom use at last high-risk sex ^b (% ages 15–24)		MDG Malaria cases ^c (per 100,000 people) 2000	MDG Children under age 5		MDG Tuberculosis cases			Prevalence of smoking ^g (% of adults)		
		Women 1998– 2003 ^h	Men 1998– 2003 ^h		With insecticide- treated bednets (%) 1999–2003 ^h	With fever treated with anti-malarial drugs (%) 1999–2003 ^h	Per 100,000 people ^d 2003	Detected under DOTS ^e (%) 2003	Cured under DOTS ^f (%) 2003	Women 2000–02 ^h	Men 2000–02 ^h	
160	Angola	3.9 [1.6–9.4]	8,773	2	63	256	118	74
161	Eritrea	2.7 [0.9–7.3]	3,479	4	4	431	18	82
162	Benin	1.9 [1.1–3.3]	19	34	10,697 ^k	7	60	141	94	80
163	Côte d'Ivoire	7.0 [4.9–10.0]	25	56	12,152	1	58	618	39	67
164	Tanzania, U. Rep. of	8.8 [6.4–11.9]	21	31	1,207 ^l	2	53	476	43	80
165	Malawi	14.2 [11.3–17.7]	32	38	25,948	3	27	469	35	72
166	Zambia	16.5 [13.5–20.0]	33	42	34,204	7	52	508	65	83
167	Congo, Dem. Rep. of the	4.2 [1.7–9.9]	2,960 ^l	1	45	537	63	78
168	Mozambique	12.2 [9.4–15.7]	29	33	18,115	557	45	78
169	Burundi	6.0 [4.1–8.8]	48,098	1	31	519	30	79
170	Ethiopia	4.4 [2.8–6.7]	17	30	3	507	36	76
171	Central African Republic	13.5 [8.3–21.2]	2	69	493	6
172	Guinea-Bissau	2,421 ^l	7	58	300	55	48
173	Chad	4.8 [3.1–7.2]	197 ^l	1	32	439	11	72
174	Mali	1.9 [0.6–5.9]	14	30	4,008 ^l	8	38	582	18	50
175	Burkina Faso	4.2 [2.7–6.5]	41	55	619	7	50	303	18	64
176	Sierra Leone	2	61	794	33	81
177	Niger	1.2 [0.7–2.3]	7	30	1,693 ^l	6	48	272	54
	Developing countries	1.3 [1.1–1.4]	289
	Least developed countries	3.2 [2.9–3.8]	452
	Arab States	0.3 [0.2–0.9]	128
	East Asia and the Pacific	0.2 [0.2–0.3]	298
	Latin America and the Caribbean	0.7 [0.6–0.9]	90
	South Asia	0.7 [0.3–1.1]	306
	Sub-Saharan Africa	7.3 [6.8–8.2]	487
	Central and Eastern Europe and the CIS	0.7 [0.4–1.0]	122
	OECD	0.3 [0.2–0.4]	23
	High-income OECD	0.4 [0.2–0.5]	18
	High human development	0.3 [0.2–0.4]	24
	Medium human development	0.8 [0.7–1.0]	264
	Low human development	5.6 [5.1–6.6]	485
	High income	0.3 [0.2–0.5]	19
	Middle income	0.7 [0.6–0.7]	215
	Low income	2.0 [1.8–2.4]	362
	World	1.1 [1.0–1.3]	240

NOTES

- a** Data refer to point and range estimates based on new estimation models developed by the Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS). Range estimates are presented in square brackets. Regional aggregates refer to 2004.
- b** Because of data limitations, comparisons across countries should be made with caution. Data for some countries may refer to only part of the country or differ from the standard definition.
- c** Data refer to malaria cases reported to the World Health Organization (WHO) and may represent only a fraction of the true number in a country.
- d** Data refer to the prevalence of all forms of tuberculosis.
- e** WHO 2003. Calculated by dividing the new smear-positive cases of tuberculosis detected under the directly observed treatment, short course (DOTS) case detection and treatment strategy by the estimated annual incidence of new smear-positive cases. Values can exceed 100% because of intense case detection in an area with a backlog or

chronic cases, overreporting (for example, double counting), overdiagnosis or underestimation of incidence.

- f** Data refer to the share of new smear-positive cases registered for treatment under the DOTS case detection and treatment strategy in 2001 that were successfully treated.
- g** The age range varies among countries but in most is 18 and older or 15 and older.
- h** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- i** Data refer to 1999.
- j** Data refer to 1998.
- k** Data refer to 1997.

SOURCES

Column 1: UNAIDS 2005; aggregates were calculated for the Human Development Report Office by the Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS).

Columns 2 and 3: UN 2005f, based on a data from a joint effort by the United Nations Children's Fund (UNICEF), UNAIDS and the World Health Organization (WHO).

Columns 4–9: UN 2005f, based on data from UNICEF and the WHO.

Columns 10 and 11: World Bank 2005c, based on data from the WHO and the National Tobacco Information Online System.

TABLE **10** . . . to lead a long and healthy life . . .

Survival: progress and setbacks

HDI rank	Life expectancy at birth (years)		MDG Infant mortality rate (per 1,000 live births)		MDG Under-five mortality rate (per 1,000 live births)		Probability at birth of surviving to age 65 ^a (% of cohort)		MDG Maternal mortality ratio (per 100,000 live births)	
	1970-75 ^d	2000-05 ^d	1970	2003	1970	2003	Female 2000-05 ^d	Male 2000-05 ^d	Reported ^b 1985-2003 ^e	Adjusted ^c 2000
	HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
1 Norway	74.4	79.3	13	3	15	4	90.6	84.7	6	16
2 Iceland	74.3	80.6	13	3	14	4	91.4	87.4	..	0
3 Australia	71.7	80.2	17	6	20	6	91.5	85.7	..	8
4 Luxembourg	70.7	78.4	19	5	26	5	89.9	82.6	0	28
5 Canada	73.2	79.9	19	5	23	6	90.7	85.0	..	6
6 Sweden	74.7	80.1	11	3	15	3	91.5	86.4	5	2
7 Switzerland	73.8	80.5	15	4	18	5	91.9	85.4	5	7
8 Ireland	71.3	77.7	20	6	27	6	89.7	83.1	6	5
9 Belgium	71.4	78.8	21	4	29	5	90.4	82.5	..	10
10 United States	71.5	77.3	20	7	26	8	86.7	79.1	8	17
11 Japan	73.3	81.9	14	3	21	4	93.3	85.7	8	10
12 Netherlands	74.0	78.3	13	5	15	5	89.7	83.5	7	16
13 Finland	70.7	78.4	13	4	16	5	91.2	80.9	6	6
14 Denmark	73.6	77.1	14	3	19	4	87.0	81.0	10	5
15 United Kingdom	72.0	78.3	18	5	23	6	89.4	83.6	7	13
16 France	72.4	79.4	18	4	24	5	91.2	80.9	10	17
17 Austria	70.6	78.9	26	4	33	5	91.0	82.4	..	4
18 Italy	72.1	80.0	30	4	33	4	92.2	84.6	7	5
19 New Zealand	71.7	79.0	17	5	20	6	89.1	84.1	15	7
20 Germany	71.0	78.7	22	4	26	5	90.5	82.3	8	8
21 Spain	72.9	79.5	27	4	34	4	92.8	82.1	6	4
22 Hong Kong, China (SAR)	72.0	81.5	93.7	86.4
23 Israel	71.6	79.7	24	5	27	6	91.5	85.5	5	17
24 Greece	72.3	78.2	38	4	54	5	91.5	82.0	1	9
25 Singapore	69.5	78.6	22	3	27	3	90.7	84.5	6	30
26 Slovenia	69.8	76.3	25	4	29	4	88.9	76.1	17	17
27 Portugal	68.0	77.2	53	4	62	5	90.2	79.8	8	5
28 Korea, Rep. of	62.6	76.9	43	5	54	5	90.2	76.9	20	20
29 Cyprus	71.4	78.5	29	4	33	5	91.6	84.3	0	47
30 Barbados	69.4	74.9	40	11	54	13	86.7	74.8	0	95
31 Czech Republic	70.1	75.5	21	4	24	4	88.2	75.2	3	9
32 Malta	70.7	78.3	25	5	32	6	90.3	85.4	..	21
33 Brunei Darussalam	68.3	76.3	58	5	78	6	87.9	84.7	0	37
34 Argentina	67.1	74.3	59	17	71	20	84.9	72.1	46	82
35 Hungary	69.3	72.6	36	7	39	8	83.7	64.7	5	16
36 Poland	70.5	74.3	32	6	36	7	87.0	69.7	4	13
37 Chile	63.4	77.9	78	8	98	9	88.5	79.1	17	31
38 Estonia	70.5	71.2	21	8	26	9	83.9	57.2	46	63
39 Lithuania	71.3	72.2	23	8	28	11	85.2	60.5	13	13
40 Qatar	62.1	72.7	45	11	65	15	81.2	74.0	10	7
41 United Arab Emirates	62.2	77.9	61	7	83	8	90.2	85.0	3	54
42 Slovakia	70.0	74.0	25	7	29	8	86.8	69.3	16	3
43 Bahrain	63.3	74.2	55	12	75	15	84.6	78.9	46	28
44 Kuwait	67.0	76.8	49	8	59	9	87.9	82.7	5	5
45 Croatia	69.6	74.9	34	6	42	7	88.1	73.2	2	8
46 Uruguay	68.7	75.3	48	12	57	14	85.9	73.3	26	27
47 Costa Rica	67.9	78.1	62	8	83	10	88.4	81.2	29	43
48 Latvia	70.1	71.4	21	10	26	12	81.9	60.1	25	42
49 Saint Kitts and Nevis	19	..	22	250	..
50 Bahamas	66.5	69.5	38	11	49	14	73.6	61.4	..	60
51 Seychelles	11	..	15
52 Cuba	70.7	77.2	34	6	43	8	86.2	80.0	34	33
53 Mexico	62.4	74.9	79	23	110	28	84.0	75.2	63	83

HDI rank	Life expectancy at birth (years)		MDG Infant mortality rate (per 1,000 live births)		MDG Under-five mortality rate (per 1,000 live births)		Probability at birth of surviving to age 65 ^a (% of cohort)		MDG Maternal mortality ratio (per 100,000 live births)	
	1970–75 ^d	2000–05 ^d	1970	2003	1970	2003	Female 2000–05 ^d	Male 2000–05 ^d	Reported ^b 1985–2003 ^e	Adjusted ^c 2000
	54	65.6	72.1	..	15	..	19	78.2	73.4	..
55	71.0	72.1	28	14	32	15	84.5	68.2	15	32
56	66.2	74.7	46	18	68	24	85.1	76.3	70	160
57	65.9	69.9	49	17	57	20	76.1	64.5	45	160
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
58	52.8	73.4	105	13	160	16	82.5	74.6	77	97
59	67.5	73.7	85	10	120	11	84.6	75.4	11	23
60	11	..	12	65	..
61	63.0	73.0	46	7	63	7	83.5	73.4	50	41
62	69.7	65.4	29	16	36	21	76.3	44.7	37	67
63	59.5	70.3	95	33	135	35	77.7	62.7	75	260
64	69.2	71.3	46	18	57	20	82.9	65.3	34	49
65	62.9	72.1	64	16	86	18	80.9	66.9	21	24
66	18	..	23	1	..
67	71.5	68.1	22	13	27	17	79.3	50.6	18	35
68	67.5	74.1	60	14	82	17	85.2	74.2	10	31
69	61.6	72.2	69	18	108	21	81.0	71.0	78	130
70	12	..	14	67	..
71	52.1	74.0	126	10	200	12	84.2	78.8	23	87
72	67.7	73.7	68	18	82	21	87.6	80.0	20	55
73	61.0	69.7	74	23	102	26	80.3	64.5	36	44
74	56.1	70.0	106	19	160	24	78.4	65.5	..	130
75	65.7	72.8	47	18	61	21	82.8	71.7	60	96
76	65.3	72.3	..	16	..	18	77.0	71.3	35	..
77	53.9	71.6	118	22	185	26	81.2	73.4	..	23
78	70.1	66.1	22	15	27	20	76.4	46.6	22	35
79	55.5	69.8	115	26	178	34	77.1	68.1	190	410
80	63.2	63.2	..	63	..	73	71.9	48.0	50	210
81	66.4	71.9	45	27	54	31	81.7	73.0	100	150
82	58.8	74.2	87	24	140	27	82.6	72.7	80	130
83	70.8	71.4	..	30	..	33	81.7	66.4	22	55
84	58.1	70.2	60	27	90	36	78.6	70.1	170	200
85	63.2	71.5	85	30	120	37	81.3	74.2	50	56
86	64.0	69.0	..	30	..	39	77.3	63.1	150	110
87	61.6	71.0	..	23	..	27	81.3	70.3	93	..
88	65.9	70.9	57	25	76	29	79.8	71.3	180	170
89	55.6	73.1	135	19	201	24	84.9	75.7	69	120
90	56.5	71.2	77	23	107	28	77.7	71.6	41	41
91	67.6	71.9	56	33	77	39	80.9	71.7	140	140
92	60.6	67.8	50	16	61	20	72.2	62.0	38	75
93	63.1	73.9	65	13	100	15	85.6	76.1	92	92
94	57.0	68.6	150	33	201	39	77.9	67.3	130	70
95	59.7	67.1	91	29	128	35	75.1	60.8	180	150
96	51.4	66.3	157	55	255	72	67.5	67.8	140	110
97	59.2	62.4	..	79	..	102	69.8	52.1	9	31
98	69.0	70.7	49	17	64	20	73.4	67.9	110	87
99	55.2	70.2	122	33	191	39	79.2	71.7	37	76
100	68.2	70.5	36	41	46	45	83.0	66.3	67	32
101	65.6	66.9	..	75	..	91	76.0	60.3	25	94
102	56.6	72.4	..	22	..	24	81.4	75.0	..	100
103	54.5	71.0	143	35	234	41	78.4	75.2	140	140
104	58.2	70.7	111	32	162	36	77.7	67.3	170	150
105	57.5	70.2	..	26	..	35	79.8	67.7	76	150
106	57.4	73.2	90	16	129	18	83.2	76.3	65	160

TABLE 10

Survival: progress and setbacks

HDI rank	Life expectancy at birth (years)		MDG Infant mortality rate (per 1,000 live births)		MDG Under-five mortality rate (per 1,000 live births)		Probability at birth of surviving to age 65 ^a (% of cohort)		MDG Maternal mortality ratio (per 100,000 live births)	
	1970-75 ^d	2000-05 ^d	1970	2003	1970	2003	Female 2000-05 ^d	Male 2000-05 ^d	Reported ^b 1985-2003 ^e	Adjusted ^c 2000
	107 Guyana	60.0	62.9	81	52	101	69	65.7	54.2	190
108 Viet Nam	50.3	70.4	55	19	87	23	78.4	71.0	95	130
109 Kyrgyzstan	61.2	66.8	111	59	146	68	76.0	58.6	44	110
110 Indonesia	49.2	66.5	104	31	172	41	72.1	63.8	310	230
111 Uzbekistan	63.6	66.5	..	57	..	69	72.9	59.9	34	24
112 Nicaragua	55.2	69.5	113	30	165	38	74.9	66.1	97	230
113 Bolivia	46.7	63.9	147	53	243	66	68.0	60.0	390	420
114 Mongolia	53.8	63.9	..	56	..	68	67.6	57.9	110	110
115 Moldova, Rep. of	64.8	67.5	46	26	61	32	74.3	56.5	44	36
116 Honduras	53.9	67.6	116	32	170	41	70.1	63.5	110	110
117 Guatemala	53.7	67.1	115	35	168	47	73.5	59.7	150	240
118 Vanuatu	54.0	68.4	107	31	160	38	75.2	67.6	68	130
119 Egypt	52.1	69.6	157	33	235	39	79.3	69.3	84	84
120 South Africa	53.7	49.0	..	53	..	66	38.1	28.9	150	230
121 Equatorial Guinea	40.5	43.5	165	97	281	146	33.0	30.6	..	880
122 Tajikistan	60.9	63.5	78	92	111	118	69.4	59.3	45	100
123 Gabon	48.7	54.6	..	60	..	91	48.9	45.6	520	420
124 Morocco	52.9	69.5	119	36	184	39	78.9	70.3	230	220
125 Namibia	53.9	48.6	104	48	155	65	36.7	31.6	270	300
126 São Tomé and Príncipe	56.5	62.9	..	75	..	118	68.6	63.1	100	..
127 India	50.3	63.1	127	63	202	87	67.4	59.2	540	540
128 Solomon Islands	55.6	62.2	71	19	99	22	62.0	59.0	550	130
129 Myanmar	49.2	60.1	122	76	179	107	63.5	52.7	230	360
130 Cambodia	40.3	56.0	..	97	..	140	61.5	45.0	440	450
131 Botswana	56.1	36.6	99	82	142	112	16.5	13.1	330	100
132 Comoros	48.9	63.0	159	54	215	73	66.5	57.8	520	480
133 Lao People's Dem. Rep.	40.4	54.5	145	82	218	91	53.1	47.8	530	650
134 Bhutan	41.5	62.7	156	70	267	85	65.3	60.2	260	420
135 Pakistan	51.9	62.9	120	81	181	103	65.6	62.7	530	500
136 Nepal	44.0	61.4	165	61	250	82	61.0	57.9	540	740
137 Papua New Guinea	44.7	55.1	106	69	147	93	46.6	41.5	370	300
138 Ghana	49.9	56.7	111	59	186	95	52.9	50.4	210	540
139 Bangladesh	45.2	62.6	145	46	239	69	63.7	59.3	380	380
140 Timor-Leste	40.0	55.2	..	87	..	124	52.7	47.3	..	660
141 Sudan	45.1	56.3	104	63	172	93	55.4	49.6	550	590
142 Congo	54.9	51.9	100	81	160	108	43.5	38.6	..	510
143 Togo	49.8	54.2	128	78	216	140	53.8	45.2	480	570
144 Uganda	51.1	46.8	100	81	170	140	34.4	32.9	510	880
145 Zimbabwe	55.6	37.2	86	78	138	126	15.5	15.7	700	1,100
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
146 Madagascar	44.9	55.3	109	78	180	126	54.1	48.7	490	550
147 Swaziland	49.6	33.0	132	105	196	153	12.0	9.3	230	370
148 Cameroon	45.7	45.8	127	95	215	166	36.1	33.1	430	730
149 Lesotho	49.8	36.7	128	63	190	84	18.6	11.6	..	550
150 Djibouti	44.4	52.7	160	97	241	138	48.1	42.9	74	730
151 Yemen	39.9	60.3	202	82	303	113	61.0	54.9	350	570
152 Mauritania	43.4	52.5	150	120	250	183	50.7	44.5	750	1,000
153 Haiti	48.5	51.5	148	76	221	118	41.3	38.2	520	680
154 Kenya	53.6	47.0	96	79	156	123	31.8	35.0	590	1,000
155 Gambia	38.0	55.5	183	90	319	123	54.3	48.7	730	540
156 Guinea	39.3	53.6	197	104	345	160	52.6	49.1	530	740
157 Senegal	40.1	55.6	164	78	279	137	54.6	49.4	560	690
158 Nigeria	42.8	43.3	140	98	265	198	33.2	31.6	..	800
159 Rwanda	44.6	43.6	124	118	209	203	35.5	29.6	1,100	1,400

HDI rank	Life expectancy at birth (years)		MDG Infant mortality rate (per 1,000 live births)		MDG Under-five mortality rate (per 1,000 live births)		Probability at birth of surviving to age 65 ^a (% of cohort)		MDG Maternal mortality ratio (per 100,000 live births)		
	1970–75 ^d	2000–05 ^d	1970	2003	1970	2003	Female 2000–05 ^d	Male 2000–05 ^d	Reported ^b 1985–2003 ^e	Adjusted ^c 2000	
	160	Angola	37.9	40.7	180	154	300	260	33.0	27.8	..
161	Eritrea	44.3	53.5	..	45	..	85	45.5	35.9	1,000	630
162	Benin	47.0	53.8	149	91	252	154	52.9	48.4	500	850
163	Côte d'Ivoire	49.8	46.0	158	117	239	192	38.5	34.8	600	690
164	Tanzania, U. Rep. of	49.5	46.0	129	104	218	165	35.8	33.4	530	1,500
165	Malawi	41.8	39.6	189	112	330	178	24.5	23.2	1,100	1,800
166	Zambia	50.2	37.4	109	102	181	182	18.5	20.0	730	750
167	Congo, Dem. Rep. of the	46.0	43.1	148	129	245	205	34.4	30.8	950	990
168	Mozambique	40.7	41.9	163	109	278	158	30.5	26.7	1,100	1,000
169	Burundi	44.1	43.5	138	114	233	190	33.1	29.7	..	1,000
170	Ethiopia	43.5	47.6	160	112	239	169	40.7	36.6	870	850
171	Central African Republic	43.5	39.4	149	115	248	180	24.5	21.9	1,100	1,100
172	Guinea-Bissau	36.5	44.6	..	126	..	204	38.8	33.2	910	1,100
173	Chad	40.6	43.6	..	117	..	200	35.1	31.2	830	1,100
174	Mali	38.0	47.8	225	122	400	220	44.8	40.8	580	1,200
175	Burkina Faso	43.8	47.4	163	107	290	207	41.7	37.9	480	1,000
176	Sierra Leone	35.4	40.6	206	166	363	284	36.2	30.7	1,800	2,000
177	Niger	38.4	44.3	197	154	330	262	40.2	37.8	590	1,600
	Developing countries	55.6	64.9	109	60	167	88	69.6	62.3
	Least developed countries	44.5	52.0	151	99	244	156	47.9	43.5
	Arab States	52.1	66.9	129	48	197	61	73.3	66.3
	East Asia and the Pacific	60.5	70.4	84	31	122	39	79.2	71.3
	Latin America and the Caribbean	61.1	71.7	86	27	123	32	79.7	68.2
	South Asia	50.1	63.2	130	66	206	91	67.1	60.0
	Sub-Saharan Africa	45.8	46.1	143	105	243	179	37.0	33.8
	Central and Eastern Europe and the CIS	69.0	68.1	34	20	42	24	78.8	55.4
	OECD	70.3	77.6	40	11	53	13	88.4	79.6
	High-income OECD	71.6	78.8	22	5	28	6	89.9	81.8
	High human development	70.7	77.9	32	9	42	10	88.9	80.0
	Medium human development	57.6	67.0	102	46	155	61	73.7	64.6
	Low human development	44.1	46.0	150	108	254	183	37.5	34.6
	High income	71.6	78.8	22	5	28	6	89.9	81.8
	Middle income	62.0	70.1	86	29	125	36	79.0	68.7
	Low income	48.8	58.2	130	80	209	124	58.3	52.4
	World	59.9	67.0	96	54	147	80	73.1	64.5

NOTES

- a** Data refer to the probability at birth of surviving to age 65, multiplied by 100.
- b** Data reported by national authorities.
- c** Data adjusted based on reviews by the United Nations Children's Fund (UNICEF), World Health Organization (WHO) and United Nations Population Fund to account for well documented problems of underreporting and misclassifications.
- d** Data refer to estimates for the period specified.
- e** Data refer to the most recent year available during the period specified.

SOURCES

- Columns 1, 2, 7 and 8:** UN 2005h.
- Columns 3–6 and 10:** UN 2005f, based on data from a joint effort by UNICEF and the WHO.
- Column 9:** UNICEF 2004.

TABLE 11 ... to acquire knowledge ...

Commitment to education: public spending

HDI rank	Public expenditure on education				Public expenditure on education by level ^a (% of all levels)					
	As % of GDP		As % of total government expenditure		Pre-primary and primary		Secondary		Tertiary	
	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
1 Norway	7.0	7.6	14.6	16.2	39.5	36.5	24.7	33.0 ^c	15.2	27.5
2 Iceland	5.4	6.0 ^c	59.5	38.4 ^d	25.6	39.1 ^c	14.9	17.8 ^c
3 Australia	4.9	4.9	14.8	13.3	2.2	35.0	57.4	38.8	32.0	24.2
4 Luxembourg	3.1	..	10.4
5 Canada	6.5	5.2	14.2	12.7	62.2	..	28.6	36.2
6 Sweden	7.1	7.7	13.8	12.8	47.7	34.8	19.6	36.4	13.2	28.3
7 Switzerland	4.9	5.8 ^c	18.7	15.1	49.9	34.7	25.1	38.2 ^c	19.7	24.2 ^c
8 Ireland	4.8	5.5	10.2	13.5	37.8	32.6	40.1	34.4	20.4	27.6
9 Belgium	5.0	6.3	23.3	31.6	42.9	44.5	16.5	21.7
10 United States	5.1	5.7	12.3	17.1	..	39.5	..	35.3	..	25.2
11 Japan	..	3.6	..	10.5	..	38.2	..	39.8	..	14.9
12 Netherlands	5.7	5.1	14.8	10.7	21.5	35.5	37.7	39.2	32.1	25.2
13 Finland	5.5	6.4	11.9	12.7	27.9	27.0	39.4	40.6	23.9	32.5
14 Denmark	..	8.5	..	15.4	..	31.1	..	34.3	..	32.0
15 United Kingdom	4.8	5.3	..	11.5	29.7	32.2	43.8	47.1	19.6	20.6
16 France	5.3	5.6	..	11.4	27.3	31.3	40.7	49.7	13.8	17.7
17 Austria	5.3	5.7	7.6	11.1	23.7	27.6	46.6	45.7	19.1	22.6
18 Italy	3.1	4.7	..	10.3	33.0	34.4	63.2	46.1	..	18.5
19 New Zealand	6.1	6.7	..	15.1	30.5	28.6	25.3	40.5	37.4	24.9
20 Germany	..	4.6	..	9.5	..	22.8	..	49.0	..	24.5
21 Spain	4.2	4.5	9.4	11.3	29.3	35.8	45.0	41.4	15.4	22.8
22 Hong Kong, China (SAR)	2.8	4.4	17.4	23.3	26.6	25.1	38.8	32.8	30.8	32.6
23 Israel	6.3	7.5	11.3	..	43.0	46.3	31.3	29.8	16.2	16.7
24 Greece	2.4	4.0	34.1	27.5	45.1	34.1	19.5	32.4
25 Singapore	3.1	..	18.2	..	29.6	..	36.5	..	29.3	..
26 Slovenia	..	6.1
27 Portugal	4.0	5.8	..	12.7	44.6	36.9	32.5	42.2	16.3	17.2
28 Korea, Rep. of	3.3	4.2	22.4	15.5	44.4	35.2	34.1	43.4	7.4	8.1
29 Cyprus	3.5	6.3	11.3	..	38.5	35.3	50.3	50.0	3.8	14.4
30 Barbados	7.8	7.6	22.2	17.3	37.5	33.7	37.6	35.0	19.2	28.6
31 Czech Republic	..	4.4	..	9.6	..	25.8	..	50.8	..	20.0
32 Malta	4.3	..	8.3	..	25.1	..	44.7	..	14.6	..
33 Brunei Darussalam	3.9	9.1	..	9.1 ^c	24.1	..	26.1	..	9.5	..
34 Argentina	..	4.0	..	13.8	3.4	43.3	44.9	39.2	46.7	17.5
35 Hungary	5.8	5.5	7.8	14.1	55.4	30.9	23.9	38.6	15.2	22.8
36 Poland	..	5.6	..	12.8	42.8	41.6	17.5	37.9	22.0	19.5
37 Chile	2.5	4.2	10.4	18.7	60.1	50.7	17.3	35.3	20.3	14.0
38 Estonia	..	5.7	33.2	..	40.9	..	19.7
39 Lithuania	4.6	5.9	13.8
40 Qatar	3.5
41 United Arab Emirates	1.8	1.6 ^c	14.6	22.5 ^c	..	45.6	..	50.4 ^c	..	2.4 ^c
42 Slovakia	5.1	4.4	..	7.5	..	24.4	..	53.2	..	20.2
43 Bahrain	4.1	..	14.6	45.8
44 Kuwait	4.8	..	3.4	..	53.4	..	13.6	..	16.0	..
45 Croatia	7.2	4.5	..	10.0	..	32.3	..	46.7 ^c	..	19.1
46 Uruguay	2.7	2.6	15.9	9.6	37.5	44.1	30.3	34.4	22.6	21.5
47 Costa Rica	4.4	5.1	20.8	22.4	..	49.3	..	31.9	..	18.8
48 Latvia	3.8	5.8	10.8	..	11.2	30.2	56.3	52.9	11.6	15.4
49 Saint Kitts and Nevis	2.6	7.6	..	19.0	..	28.5	..	31.5	..	21.2
50 Bahamas	4.0	..	17.8
51 Seychelles	7.8	5.2	14.8	..	28.2	42.5	40.7	26.1 ^c	9.5	17.4
52 Cuba	8.9	18.7	12.3	18.7	25.7	43.0	39.0	36.8	14.4	17.5
53 Mexico	3.6	5.3	12.8	24.3	32.3	49.1	29.6	28.7	16.5	19.6

Public expenditure on education by level^a
(% of all levels)

HDI rank	Public expenditure on education				Public expenditure on education by level ^a (% of all levels)						
	As % of GDP		As % of total government expenditure		Pre-primary and primary		Secondary		Tertiary		
	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b	1990	2000-02 ^b	
54	Tonga	..	4.9 ^c	..	13.2 ^c	..	49.2 ^d	..	28.9 ^c
55	Bulgaria	5.2	3.5	70.7	37.2	..	46.7	13.9	15.8
56	Panama	4.7	4.5	20.9	7.7	37.0	34.2	23.3	29.2	21.3	28.1
57	Trinidad and Tobago	3.7	4.3 ^c	11.6	13.4	42.5	..	36.8	..	11.9	..
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT											
58	Libyan Arab Jamahiriya
59	Macedonia, TFYR	..	3.5	61.0	..	24.0	..	15.0
60	Antigua and Barbuda	..	3.8	30.7	..	35.2	..	6.7
61	Malaysia	5.1	8.1	18.3	20.3	34.3	32.0	34.4	33.5	19.9	33.3
62	Russian Federation	3.5	3.8	..	11.5
63	Brazil	..	4.2	..	12.0	..	38.3	..	40.1	..	21.6
64	Romania	2.8	3.5	7.3	..	52.1	..	22.1	..	9.6	..
65	Mauritius	3.8	4.7	11.8	13.3	37.7	32.0	36.4	38.3	16.6	15.6
66	Grenada	5.1	5.1	13.2	12.9	64.1	42.1	31.7	35.8	0.0	9.8
67	Belarus	4.8	6.0 ^c	57.7	..	16.2	..	14.4	..
68	Bosnia and Herzegovina
69	Colombia	2.4	5.2	15.4	15.6	39.3	42.1	30.9	29.4	20.7	13.3
70	Dominica
71	Oman	3.1	4.6 ^c	11.1	..	54.1	35.9	37.0	47.4 ^c	7.4	9.2 ^c
72	Albania	5.9
73	Thailand	3.5	5.2	20.0	28.3	56.2	42.3	21.6	20.5	14.6	21.7
74	Samoa (Western)	3.2	4.8 ^c	10.7	14.6 ^c	52.6	43.0	25.2	23.8 ^c	0.0	33.2 ^c
75	Venezuela	3.0	..	12.0	..	23.5	..	4.5	..	40.7	..
76	Saint Lucia	..	7.7 ^c	48.2	59.5 ^d	23.3	..	12.8	..
77	Saudi Arabia	5.8	..	17.8	..	78.8	21.2	..
78	Ukraine	5.1	5.4	19.7	20.3	54.9	20.0	15.0	31.4 ^c	15.1	34.0
79	Peru	2.8	3.0	..	17.1	..	42.6	..	27.7	..	14.6
80	Kazakhstan	3.2	3.0	17.6	22.9	..	56.0 ^c	..	13.1
81	Lebanon	..	2.7	..	12.3	28.5
82	Ecuador	4.3	1.0 ^c	17.2	8.0 ^c	34.4	41.1	34.2	36.1 ^c	18.3	5.2
83	Armenia	7.0	3.2 ^c	20.5	21.7	..	43.4 ^c	..	29.8 ^c
84	Philippines	2.9	3.1	10.1	17.8	..	57.6	..	22.2	..	14.0
85	China	2.3	..	12.8
86	Suriname	6.4	60.5	..	14.5	..	8.8	..
87	Saint Vincent and the Grenadines	..	10.0	..	20.3
88	Paraguay	1.1	4.4	9.1	11.4	..	55.1	22.6	28.3	25.8	16.5
89	Tunisia	6.0	6.4	13.5	18.2	39.8	32.9	36.4	44.4 ^c	18.5	22.8
90	Jordan	8.1	..	17.1	62.4	..	35.1	..
91	Belize	4.6	5.2	18.5	18.1	61.0	50.9	20.2	26.3	8.1	19.6
92	Fiji	4.7	5.6 ^c	..	19.4 ^c	..	35.0 ^d	..	48.9 ^c	..	16.0 ^c
93	Sri Lanka	2.7	..	8.1	84.3	..	13.4	..
94	Turkey	2.2	3.7	58.1	37.7	29.4	30.1 ^c	..	32.2
95	Dominican Republic	..	2.3	..	12.4	..	46.3	..	18.9 ^c	..	10.9
96	Maldives	3.8	..	10.0
97	Turkmenistan	4.3	..	21.0
98	Jamaica	4.5	6.1	12.8	12.3	37.4	36.8	33.2	33.8	21.1	19.2
99	Iran, Islamic Rep. of	4.1	4.9	22.4	17.7	33.2	25.1	39.2	36.0	13.6	17.1
100	Georgia	..	2.2	..	11.8
101	Azerbaijan	7.7	3.2	23.5	20.7	..	25.9	..	53.7 ^c	..	5.8
102	Occupied Palestinian Territories
103	Algeria	5.3	..	21.1
104	El Salvador	1.9	2.9	16.6	20.0	..	61.0	..	23.6 ^c	..	6.6
105	Cape Verde	..	7.9	..	17.0	..	43.8 ^d	..	29.8	..	17.5
106	Syrian Arab Republic	4.0	..	17.3	..	38.5	..	28.2	..	21.3	..

TABLE 11

Commitment to education: public spending

HDI rank	Public expenditure on education				Public expenditure on education by level ^a (% of all levels)					
	As % of GDP		As % of total government expenditure		Pre-primary and primary		Secondary		Tertiary	
	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b
107 Guyana	3.4	8.4	4.4	18.4	..	54.7	..	23.5	..	4.9
108 Viet Nam	2.0	..	7.5
109 Kyrgyzstan	8.4	3.1 ^c	22.5	18.6	8.5	23.0	57.9	48.0 ^c	10.0	18.0 ^c
110 Indonesia	1.0	1.2	..	9.0 ^c	..	37.1	..	39.3	..	23.6
111 Uzbekistan	9.5	..	20.4
112 Nicaragua	3.4	3.1	9.7	15.0	..	50.3	..	12.0	..	37.7
113 Bolivia	2.3	6.3	..	19.7	..	46.9	..	23.4	..	25.1
114 Mongolia	12.3	9.0	17.6	..	13.9	53.8	48.8	26.4	14.5	15.5
115 Moldova, Rep. of	5.6	4.9	17.2	21.4	..	37.3	..	52.0 ^c	..	10.7
116 Honduras
117 Guatemala	1.4	..	11.8	..	31.1	..	12.9	..	21.2	..
118 Vanuatu	4.7	11.0 ^c	19.2	28.1 ^c	59.8	27.9	26.6	57.5 ^c	3.4	10.5 ^c
119 Egypt	3.9
120 South Africa	5.9	5.3 ^c	..	18.5	75.6	47.8	..	31.3 ^c	21.5	14.6 ^c
121 Equatorial Guinea	..	0.6	..	1.6	..	34.4	..	18.1 ^c	..	34.9
122 Tajikistan	..	2.8	24.7	17.8	6.9	30.8	57.0	47.7 ^c	9.1	12.1
123 Gabon	..	3.9 ^c
124 Morocco	5.3	6.5	26.1	26.4	34.8	39.8	48.9	43.5	16.2	16.3
125 Namibia	7.9	7.2	65.4	..	24.5	..	8.7
126 São Tomé and Príncipe
127 India	3.7	4.1	12.2	12.7	38.9	38.4	27.0	40.1	14.9	20.3
128 Solomon Islands	..	3.4 ^c
129 Myanmar
130 Cambodia	..	1.8	..	15.3	..	65.6
131 Botswana	6.2	2.2	17.0	25.6	..	53.2 ^d	..	23.8	..	18.6
132 Comoros	..	3.9	..	24.1	42.4	45.7	28.2	40.1 ^c	17.3	7.7 ^c
133 Lao People's Dem. Rep.	..	2.8 ^c	..	11.0 ^c	..	47.0	..	19.0	..	12.6
134 Bhutan	..	5.2	..	12.9
135 Pakistan	2.6	1.8 ^c	7.4	7.8 ^c
136 Nepal	2.0	3.4	8.5	14.9	48.2	61.5	15.7	22.1	23.3	10.3
137 Papua New Guinea	..	2.3 ^c	..	17.5 ^c	..	71.4	..	24.3 ^c	..	4.3 ^c
138 Ghana	3.2	..	24.3	..	29.2	..	34.3	..	11.0	..
139 Bangladesh	1.5	2.4	10.3	15.5	45.6	45.4 ^d	42.2	45.5	8.7	9.1
140 Timor-Leste
141 Sudan	6.0	..	2.8
142 Congo	5.0	3.2 ^c	14.4	12.6	..	36.1	..	30.2 ^c	..	25.5 ^c
143 Togo	5.5	2.6	26.4	13.6	30.4	44.8	25.8	27.1 ^c	29.0	19.4
144 Uganda	1.5	..	11.5
145 Zimbabwe	7.7	4.7 ^c	54.1	54.9	28.6	28.6 ^c	12.3	16.6 ^c
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
146 Madagascar	2.1	2.9 ^c	49.1	42.1	35.6	29.0 ^c	..	12.2 ^c
147 Swaziland	5.8	7.1	19.5	..	31.2	31.8	24.5	41.1 ^c	26.0	25.5
148 Cameroon	3.2	3.8	19.6	17.3	70.5	29.5	..
149 Lesotho	6.2	10.4 ^c	12.2	18.4	..	53.2 ^d	..	23.8 ^c	..	18.6 ^c
150 Djibouti	3.5	..	10.5	..	58.0	..	21.7	..	11.5	..
151 Yemen	..	9.5 ^c	..	32.8
152 Mauritania	33.3	..	37.7	..	24.9	..
153 Haiti	1.5	..	20.0	..	53.1	..	19.0	..	9.1	..
154 Kenya	6.7	7.0	17.0	22.1	50.3	..	18.8	..	21.6	..
155 Gambia	3.8	2.8	14.6	8.9	41.6	54.7 ^d	21.2	21.1 ^c	17.8	14.0 ^c
156 Guinea	..	1.8 ^c	..	25.6 ^c	..	52.1 ^d
157 Senegal	3.9	3.6	26.9	..	43.9	..	25.7	..	24.0	..
158 Nigeria	0.9
159 Rwanda	..	2.8 ^c	48.2 ^d	..	16.7 ^c	..	34.7 ^c

Public expenditure on education by level^a

(% of all levels)

HDI rank	Public expenditure on education				Public expenditure on education by level ^a						
	As % of GDP		As % of total government expenditure		Pre-primary and primary		Secondary		Tertiary		
	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b	1990	2000–02 ^b	
160	Angola	3.9	2.8 ^c	10.7	..	96.3	3.7	..
161	Eritrea	..	4.1	26.0	..	35.4	..	14.9
162	Benin	..	3.3 ^c	57.4	..	25.5 ^c	..	16.4 ^c
163	Côte d'Ivoire	..	4.6 ^c	..	21.5	..	42.2	..	32.5 ^c	..	25.1 ^c
164	Tanzania, U. Rep. of	2.8	..	11.4
165	Malawi	3.2	6.0	11.1	..	44.7	54.9 ^d	13.1	21.1	20.2	18.3
166	Zambia	2.4	2.0 ^c	8.7	54.8 ^d	..	25.8	..	19.4
167	Congo, Dem. Rep. of the
168	Mozambique	3.1	..	12.0	..	49.8	..	15.7	..	9.9	..
169	Burundi	3.4	3.9	16.7	21.8	46.8	43.1	29.1	32.0	22.0	24.9
170	Ethiopia	3.4	4.6 ^c	9.4	13.8	53.9	..	28.1	..	12.1	..
171	Central African Republic	2.2
172	Guinea-Bissau
173	Chad
174	Mali
175	Burkina Faso	2.4
176	Sierra Leone	..	3.7
177	Niger	3.2	2.3 ^c	18.6	51.5	..	24.4 ^c	..	16.2 ^c

NOTES

As a result of limitations in the data and methodological changes, comparisons of education expenditure data across countries and over time must be made with caution. For detailed notes on the data see www.uis.unesco.org.

- a** Expenditures by level may not sum to 100 as a result of rounding or the omission of the categories expenditures in post-secondary education and expenditures not allocated by level.
- b** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- c** Data refer to a United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Institute for Statistics estimate where no national estimate is available.
- d** Data refer to primary school expenditure only.

SOURCES

Columns 1–5 and 7–10: UNESCO Institute for Statistics 2005b.

Column 6: calculated on the basis of data on public expenditure on education by pre-primary and primary levels from UNESCO Institute for Statistics 2005b.

TABLE 12 ... to acquire knowledge ...

Literacy and enrolment

HDI rank	Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		MDG Youth literacy rate ^a (% ages 15–24)		MDG Net primary enrolment ratio ^b (%)		Net secondary enrolment ratio ^{b, c} (%)		MDG Children reaching grade 5 (% of grade 1 students)		Tertiary students in science, math and engineering (% of all tertiary students) 1998–2003 ^e		
	1990	2003	1990	2003	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2001/02 ^d			
HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
1	Norway	100	100	88	96	100	100	18
2	Iceland	100	100	..	86	..	100	17
3	Australia	99	97	79	88 ^f	24
4	Luxembourg	81	90	..	80	..	99 ^g	18
5	Canada	98	100 ^{f, g}	89	98 ^{f, g}	20 ^h
6	Sweden	100	100	85	100	100	..	27
7	Switzerland	84	99	80	87	80	..	25
8	Ireland	90	96	80	83	100	99	25 ^h
9	Belgium	96	100	87	97	19
10	United States	97	92	85	88
11	Japan	100	100	97	101 ^f	100	..	20
12	Netherlands	95	99	84	89	..	100	16
13	Finland	98	100	93	95	100	100	38
14	Denmark	98	100	87	96	94	100 ⁱ	20
15	United Kingdom	98	100	81	95	21 ^h
16	France	100	99	..	94	96	98 ⁱ	..
17	Austria	88	90	..	89	25
18	Italy	97.7	..	99.8	100	100	..	91	..	96 ^g	24
19	New Zealand	100	100 ^f	85	93	92	..	19
20	Germany	84	83	..	88	29
21	Spain	96.3	..	99.6	100	100	..	96	31
22	Hong Kong, China (SAR)	98.2	98 ⁱ	..	74 ^f	100	100	30 ^h
23	Israel	91.4	96.9	98.7	99.6	..	92	99	..	89	..	85	31
24	Greece	94.9	91.0	99.5	99.5	..	95	99	83	86	100	..	30
25	Singapore	88.8	92.5	99.0	99.5	..	96
26	Slovenia	99.6	99.7 ^k	99.8	99.8 ^k	..	100	93	..	93	22
27	Portugal	87.2	..	99.5	100	100	..	85	29
28	Korea, Rep. of	99.8	100	100 ^l	86	88 ^l	99	100	41
29	Cyprus	94.3	96.8	99.7	99.8	..	87	96	69	93	100	99	17
30	Barbados	99.4	99.7 ^k	99.8	99.8 ^k	..	80	100	..	90	..	99	..
31	Czech Republic	87	87	..	91	..	98	31
32	Malta	88.4	87.9 ^m	97.5	96.0 ^m	..	97	96	78	87	99	99	13
33	Brunei Darussalam	85.5	92.7	97.9	98.9	..	90	93 ^g	8
34	Argentina	95.7	97.2	98.2	98.9	..	94	81	..	92	15 ^h
35	Hungary	99.1	99.3	99.7	99.5	..	91	91	75	94	98	..	21
36	Poland	99.6	..	99.8	97	98	76	83	98	99	20
37	Chile	94.0	95.7	98.1	99.0	..	88	85 ^l	55	81 ^l	..	99 ⁿ	31
38	Estonia	99.8	99.8	99.8	99.8	..	99	95	..	88	..	98	22
39	Lithuania	99.3	99.6	99.8	99.7	91	..	94	26
40	Qatar	77.0	89.2 ^m	90.3	98.6 ^m	..	89	95	70	82 ^f	64	..	16
41	United Arab Emirates	71.0	77.3 ^k	84.7	91.4 ^k	..	99	83	58	71	80	93	..
42	Slovakia	..	99.6	..	99.6	86	..	88	27
43	Bahrain	82.1	87.7	95.6	99.3	..	99	90	85	87	89	99	21
44	Kuwait	76.7	82.9 ^k	87.5	93.1 ^k	..	49	83	..	77 ^{f, o}
45	Croatia	96.9	98.1	99.6	99.6	..	74	89	57	87	24
46	Uruguay	96.5	97.7 ^k	98.7	99.1 ^k	..	92	90	..	73	94	93	..
47	Costa Rica	93.9	95.8 ^k	97.4	98.4 ^k	..	87	90	37	53	82	92	26
48	Latvia	99.8	99.7	99.8	99.7	..	92	86	..	88	17
49	Saint Kitts and Nevis	100	..	95
50	Bahamas	96.5	90	86 ^f	..	76 ^f	..	75	..
51	Seychelles	..	91.9	..	99.1	100	..	100	..	99	..
52	Cuba	95.1	96.9 ^k	99.3	99.8 ^k	..	92	94	69	86	92	98	..
53	Mexico	87.3	90.3	95.2	97.6	..	99	99	45	63	80	93	31

HDI rank	Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		MDG Youth literacy rate ^a (% ages 15–24)		MDG Net primary enrolment ratio ^b (%)		Net secondary enrolment ratio ^{b,c} (%)		MDG Children reaching grade 5 (% of grade 1 students)		Tertiary students in science, math and engineering (% of all tertiary students) 1998–2003 ^e
	1990	2003	1990	2003	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2001/02 ^d	
54	..	98.9 ^m	..	99.3 ^m	92	100 ^o	83	72 ^{f,o}	90
55	97.2	98.2	99.4	98.2	86	90	63	88	91	..	27
56	89.0	91.9	95.3	96.1	92	100	50	63 ^f	..	90	22
57	96.8	98.5 ^k	99.6	99.8 ^k	91	91	..	72 ^f	..	71 ^g	35
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT											
58	68.1	81.7 ^k	91.0	97.0 ^k	96	31
59	..	96.1	..	98.7	94	91	..	81 ^{f,o}	27
60
61	80.7	88.7	94.8	97.2	94	93	..	70	98	87	40
62	99.2	99.4	99.8	99.7	99	90 ^f
63	82.0	88.4	91.8	96.6	86	97	15	75
64	97.1	97.3	99.3	97.8	81	89	..	81	27
65	79.8	84.3	91.1	94.5	95	97	..	74 ^f	98	99	25
66	84 ^{f,g}	..	104 ^f	..	79	..
67	99.5	99.6 ^m	99.8	99.8 ^m	86	94	..	85
68	..	94.6	..	99.6
69	88.4	94.2	94.9	97.6	68	87	..	55 ^f	62	69	32
70	81	..	92 ^f	..	84	..
71	54.7	74.4 ^k	85.6	98.5 ^k	69	72	..	69	97	98	..
72	77.0	98.7	94.8	99.4	95	95	..	77	11
73	92.4	92.6	98.1	98.0	76	85 ^l	94 ^l	..
74	98.0	98.7 ^k	99.0	99.5 ^k	..	98 ^f	..	62 ^f	..	94 ^g	14
75	88.9	93.0	96.0	97.2	88	91	19	59	86	84	..
76	..	90.1	..	95.4	95	99	..	76 ^f	..	97 ^g	..
77	66.2	79.4	85.4	95.9	59	54	31	53 ^f	83	91	17
78	99.4	99.4	99.8	99.8	80	84	..	85	98	..	27
79	85.5	87.7	94.5	96.8	88	100	..	69	..	84	..
80	98.8	99.5 ^m	99.8	99.8 ^m	88	92	..	87
81	92.1	..	78	91	92	28
82	87.6	91.0	95.5	96.4	98	100	..	50	..	74	..
83	97.5	99.4	99.5	99.8	..	94	..	83	7 ^h
84	91.7	92.6	97.3	95.1	96	94	..	59	..	76	25
85	78.3	90.9	95.3	98.9	97	86	99	..
86	..	88.0	..	93.5	78	97 ^f	..	64 ^f	19
87	90	..	58	..	88	..
88	90.3	91.6	95.6	96.3	93	89	26	51	70	70	..
89	59.1	74.3	84.1	94.3	94	97	..	65	87	96	31 ^h
90	81.5	89.9	96.7	99.1	94	92	..	80	..	97	30
91	89.1	76.9	96.0	84.2	94	99	31	69 ^f	67	81 ^p	..
92	88.6	92.9 ^m	97.8	99.3 ^m	100	100 ^{f,o}	..	76 ^{f,o}	..	88 ^g	..
93	88.7	90.4 ^q	95.1	95.6 ^q	90	94	98 ⁿ	..
94	77.9	88.3	92.7	96.6	89	86	42	..	98	..	21 ^h
95	79.4	87.7	87.5	94.0	58	96	..	36 ^f	..	69	..
96	94.8	97.2 ^k	98.1	99.2 ^k	87	92	..	51 ^f
97	..	98.8 ^m	..	99.8 ^m
98	82.2	87.6 ^k	91.2	94.5 ^k	96	95	64	75 ^f	..	90	..
99	63.2	77.0	86.3	..	92	86	90	95	..
100	97	89	..	61	28
101	..	98.8 ^m	..	99.9 ^m	100	80	..	76
102	..	91.9	..	98.7	..	91	..	84	19
103	52.9	69.8	77.3	90.1	93	95	54	67 ^f	95	97	..
104	72.4	79.7 ^k	83.8	88.9 ^k	73	90	..	49 ^f	..	69	22
105	63.8	75.7 ^k	81.5	89.1 ^k	94	99	..	58	..	88	..
106	64.8	82.9	79.9	95.2	92	98	43	43	96	91	..

TABLE 12

Literacy and enrolment

HDI rank	Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		MDG Youth literacy rate ^a (% ages 15–24)		MDG Net primary enrolment ratio ^b (%)		Net secondary enrolment ratio ^{b,c} (%)		MDG Children reaching grade 5 (% of grade 1 students)		Tertiary students in science, math and engineering (% of all tertiary students) 1998–2003 ^e	
	1990	2003	1990	2003	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2001/02 ^d		
	107	Guyana	97.2	..	99.8	..	89	99 ^f	67	76 ^{f,g}	93	77 ^p
108	Viet Nam	90.4	90.3 ^m	94.1	..	90	94 ^{f,o}	..	65 ^{f,o}	..	87	20
109	Kyrgyzstan	..	98.7 ^m	..	99.7 ^m	92	89	16
110	Indonesia	79.5	87.9 ^k	95.0	98.0 ^k	97	92	39	54	84	89	..
111	Uzbekistan	98.7	99.3 ^k	99.6	99.7 ^k	78
112	Nicaragua	62.7	76.7	68.2	86.2	72	86	..	39	46	65	..
113	Bolivia	78.1	86.5	92.6	97.3	91	95	29	71 ^f	..	84	..
114	Mongolia	97.8	97.8	98.9	97.7	90	79	..	77	26
115	Moldova, Rep. of	97.5	96.2	99.8	98.7	89	79	..	69
116	Honduras	68.1	80.0	79.7	88.9	90	87 ^{f,o}
117	Guatemala	61.0	69.1	73.4	82.2	64	87	..	30	..	65	19 ^h
118	Vanuatu	..	74.0 ^m	71	94 ^f	..	28 ^o	..	72 ^p	..
119	Egypt	47.1	55.6 ^m	61.3	73.2 ^m	84	91 ^f	..	81 ^{f,o}	..	98	..
120	South Africa	81.2	82.4 ^m	88.5	93.9 ^m	88	89	..	66 ^f	75	65 ^p	17
121	Equatorial Guinea	73.3	84.2	92.7	93.8	91	85 ^o	..	26 ^{f,p}	..	29 ^g	..
122	Tajikistan	98.2	99.5	99.8	99.8	77	94 ⁱ	..	83 ^f	18
123	Gabon	86	78 ^{f,g}	69	..
124	Morocco	38.7	50.7 ^k	55.3	69.5 ^k	57	90	..	36 ^f	75	81	19
125	Namibia	74.9	85.0	87.4	92.3	83	78	..	44	..	95	8
126	São Tomé and Príncipe	97 ^{f,o}	..	29 ^{f,o}	..	61 ^g	..
127	India	49.3	61.0 ^q	64.3	76.4 ^l	..	87	84	20 ^h
128	Solomon Islands	83	85
129	Myanmar	80.7	89.7	88.2	94.4	98	84	..	35	..	65	42
130	Cambodia	62.0	73.6	73.5	83.4	67	93	..	24 ^f	..	61	17
131	Botswana	68.1	78.9 ^k	83.3	89.1 ^k	85	81 ^f	29	54 ^f	97	88	19
132	Comoros	53.8	56.2 ^k	56.7	59.0 ^k	57	55 ^{f,p}	72 ^p	11
133	Lao People's Dem. Rep.	56.5	68.7	70.1	78.5	63	85	..	35	..	64	8 ^h
134	Bhutan	91 ^g	..
135	Pakistan	35.4	48.7	47.4	64.5	35	59 ^{f,g}
136	Nepal	30.4	48.6	46.6	70.1	81	71 ^{f,g}	65	..
137	Papua New Guinea	56.6	57.3	68.6	66.7	66	73 ^{f,o}	..	24 ^{f,o}	59	51 ^g	..
138	Ghana	58.5	54.1	81.8	..	52	59 ^l	..	36 ^{f,l}	80	63	26
139	Bangladesh	34.2	41.1 ^k	42.0	49.7 ^k	71	84	19	45	..	54	13
140	Timor-Leste	20 ^{f,g}
141	Sudan	45.8	59.0 ^q	65.0	74.6 ^q	43	46 ^{f,p}	94	84	..
142	Congo	67.1	82.8 ^k	92.5	97.8 ^k	79	54	63	66	11 ^h
143	Togo	44.2	53.0	63.5	74.0	75	91	18	27 ^{f,p}	51	69	8
144	Uganda	56.1	68.9 ^k	70.1	80.2 ^k	53	17 ^f	..	64	8
145	Zimbabwe	80.7	90.0 ^k	93.9	97.6 ^k	86	79 ^l	..	34 ^l
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
146	Madagascar	58.0	70.6	72.2	70.1	65	79	..	12 ^{f,l}	22	53	20
147	Swaziland	71.6	79.2	85.1	88.1	77	75	..	32 ^f	76	73	11
148	Cameroon	57.9	67.9	81.1	..	74	64	..
149	Lesotho	78.0	81.4	87.2	..	73	86	..	23 ^f	71	73	6 ^h
150	Djibouti	73.2	..	31	36 ^l	..	21 ^{f,l}	87	80	22
151	Yemen	32.7	49.0 ^k	50.0	67.9 ^k	52	72	..	35 ^{f,p}	..	76	..
152	Mauritania	34.8	51.2	45.8	61.3	35	68	..	16 ^f	75	61	10
153	Haiti	39.7	51.9 ^k	54.8	66.2 ^k	22
154	Kenya	70.8	73.6	89.8	80.3	74	67	..	25 ^f	..	59	29
155	Gambia	42.2	..	48	79 ^f	..	33 ^f
156	Guinea	25	66	..	21 ^f	59
157	Senegal	28.4	39.3	40.1	49.1	47	58 ^f	85	80	..
158	Nigeria	48.7	66.8 ^k	73.6	88.6 ^k	60	67 ^f	..	29
159	Rwanda	53.3	64.0	72.7	76.5	67	87	7	..	60	47	..

HDI rank	Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		MDG Youth literacy rate ^a (% ages 15–24)		MDG Net primary enrolment ratio ^b (%)		Net secondary enrolment ratio ^{b, c} (%)		MDG Children reaching grade 5 (% of grade 1 students)		Tertiary students in science, math and engineering (% of all tertiary students) 1998–2003 ^e
	1990	2003	1990	2003	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2002/03 ^d	1990/91	2001/02 ^d	
160 Angola	..	66.8	..	71.4	58	61 ^{f, i}	18
161 Eritrea	60.9	..	16	45	..	22	..	86	17
162 Benin	26.4	33.6	40.4	44.4	45	58 ^{f, p}	..	20 ^{f, g}	55	68	25
163 Côte d'Ivoire	38.5	48.1	52.6	59.8	46	61 ^j	..	21 ^{f, o}	73	69 ^j	..
164 Tanzania, U. Rep. of	62.9	69.4	83.1	78.4	50	82 ^r	79	88	22
165 Malawi	51.8	64.1 ^m	63.2	76.3 ^m	50	29 ^f	64	44	33
166 Zambia	68.2	67.9 ^m	81.2	69.4 ^m	79	68	..	23 ^f	..	81 ^p	30
167 Congo, Dem. Rep. of the	47.5	65.3	68.9	68.7	54	55
168 Mozambique	33.5	46.5 ^k	48.8	62.8 ^k	45	55	..	12	33	49	..
169 Burundi	37.0	58.9	51.6	72.3	53	57	..	9 ^f	62	68	10 ^h
170 Ethiopia	28.6	41.5 ^k	43.0	57.4 ^k	23	51 ^l	..	18 ^{f, l}	..	62	19
171 Central African Republic	33.2	48.6	52.1	58.5	53	24	..	15
172 Guinea-Bissau	44.1	..	38	45 ^p	..	9 ^{f, p}	..	38 ^l	..
173 Chad	27.7	25.5	48.0	37.3	36	63 ^f	..	10 ^f	53	60 ^g	..
174 Mali	18.8	19.0 ^m	27.6	24.2 ^m	20	45	5	..	73	75	..
175 Burkina Faso	..	12.8 ^m	..	19.4 ^m	26	36	..	9	70	66	..
176 Sierra Leone	..	29.6	..	38.2	41	8
177 Niger	11.4	14.4	17.0	19.8	24	38	6	6	62	69	..
Developing countries	67.0	76.6	81.1	85.2
Least developed countries	44.2	54.2	57.2	64.2
Arab States	50.8	64.1	68.4	81.3
East Asia and the Pacific	79.7	90.4	95.0	98.0
Latin America and the Caribbean	85.1	89.6	92.7	95.9
South Asia	47.7	58.9	61.7	72.2
Sub-Saharan Africa	51.1	61.3	68.5	73.7
Central and Eastern Europe and the CIS	98.7	99.2	99.7	99.5
OECD
High-income OECD
High human development
Medium human development	70.6	79.4	83.2	87.5
Low human development	45.1	57.5	63.7	70.1
High income
Middle income	81.2	89.6	93.6	96.8
Low income	50.2	60.8	64.4	73.0
World

NOTES

- a** Data for 1990 refer to estimates produced by United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) Institute for Statistics based on data prior to 1990; data for 2003 refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 2000 and 2004, unless otherwise noted. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see www.uis.unesco.org/ev.php?ID=4930_201&ID2=DO_TOPIC.
- b** The net enrolment ratio is the ratio of enrolled children of the official age for the education level indicated to the total population of that age. Net enrolment ratios exceeding 100% reflect discrepancies between these two data sets.
- c** Enrolment ratios are based on the new International Standard Classification of Education, adopted in 1997 (UNESCO 1997), and so may not be strictly comparable with those for earlier years.

- d** Data on net enrolment ratios refer to the 2002/03 school year, and data on children reaching grade 5 to the 2001/02 school year, unless otherwise specified. Data for some countries may refer to national or UNESCO Institute for Statistics estimates. For details, see www.uis.unesco.org. Because data are from different sources, comparisons across countries should be made with caution.
- e** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- f** Preliminary UNESCO Institute for Statistics estimate, subject to further revision.
- g** Data refer to the 2000/01 school year.
- h** Figure should be treated with caution due to the fact that the reported number of enrolled pupils in "Not known or unspecified" category represents more than 10% of the total enrolment.
- i** Data refer to the 1998/99 school year.
- j** National estimates.
- k** Estimate produced by UNESCO Institute for Statistics in July 2002.
- l** Data refer to the 2003/04 school year.

- m** Data refer to a year between 1995 and 1999.
- n** Data refer to the 2002/03 school year.
- o** Data refer to the 2001/02 school year.
- p** Data refer to the 1999/2000 school year.
- q** Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.
- r** Data refer to the 2004/05 school year.

SOURCES

- Columns 1 and 3:** UNESCO Institute for Statistics 2003a.
- Columns 2 and 4:** UNESCO Institute for Statistics 2005a.
- Columns 5–10:** UNESCO Institute for Statistics 2005c.
- Column 11:** UNESCO Institute for Statistics 2005d.

TABLE 13 ... to acquire knowledge ...

Technology: diffusion and creation

HDI rank	MDG Telephone mainlines ^a (per 1,000 people)		MDG Cellular subscribers ^a (per 1,000 people)		MDG Internet users (per 1,000 people)		Patents granted to residents (per million people)	Receipts of royalties and licence fees (US\$ per person)	Research and development (R&D) expenditures (% of GDP)	Researchers in R&D (per million people)
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002	2003	1997–2002 ^b	1990–2003 ^b
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
1 Norway	502	713	46	909	7	346	0	42.9	1.7	4,442
2 Iceland	510	660	39	966	0	675	7	0.0	3.1	6,592
3 Australia	456	542	11	719	6	567	85	20.1	1.5	3,446
4 Luxembourg	481	797	2	1,194	0	377	234	267.3	1.7	3,757
5 Canada	565	651	22	419	4	..	40	81.5	1.9	3,487
6 Sweden	681	..	54	980	6	..	317	261.8	4.3	5,171
7 Switzerland	574	727	18	843	6	398	279	..	2.6	3,594
8 Ireland	281	491	7	880	0	317	110	52.4	1.1	2,315
9 Belgium	393	489	4	793	(.)	386	72	..	2.2	3,180
10 United States	547	624	21	546	8	556	302	167.2	2.7	4,526
11 Japan	441	472	7	679	(.)	483	852	96.3	3.1	5,085
12 Netherlands	464	614	5	768	3	522	186	116.8	1.9	2,826
13 Finland	534	492	52	910	4	534	35	96.5	3.5	7,431
14 Denmark	567	669	29	883	1	541	90	..	2.5	4,822
15 United Kingdom	441	..	19	912	1	..	88	173.0	1.9	2,691
16 France	495	566	5	696	1	366	183	66.3	2.3	3,134
17 Austria	418	481	10	879	1	462	196	19.2	2.2	2,346
18 Italy	388	484	5	1,018	(.)	337	22	9.1	1.1	1,156
19 New Zealand	434	448	16	648	0	526	70	30.0	1.2	2,593
20 Germany	441	657	4	785	1	473	274	51.7	2.5	3,222
21 Spain	316	429	1	916	(.)	239	29	13.2	1.0	2,036
22 Hong Kong, China (SAR)	450	559	24	1,079	0	472	3	..	0.6	1,568
23 Israel	343	458	3	961	1	..	35	64.7	5.1	1,570
24 Greece	389	454	0	902	0	150	30	1.7	0.6	1,357
25 Singapore	346	450	17	852	0	509	58	47.3	2.2	4,352
26 Slovenia	211	407	0	871	0	401	123	5.4	1.5	2,364
27 Portugal	243	411	1	898	0	..	3	3.5	0.9	1,745
28 Korea, Rep. of	306	538	2	701	(.)	610	633	27.8	2.5	2,979
29 Cyprus	419	572	5	744	0	337	1	19.9	0.3	569
30 Barbados	281	497	0	519	0	371	0	3.2
31 Czech Republic	158	360	0	965	0	308	24	4.9	1.2	1,467
32 Malta	360	521	0	725	0	..	45	(.)
33 Brunei Darussalam	136	..	7	..	0	282
34 Argentina	93	..	(.)	..	0	0.9	0.4	715
35 Hungary	96	349	(.)	769	0	232	21	30.8	1.0	1,473
36 Poland	86	307	0	451	0	232	22	0.7	0.6	1,469
37 Chile	66	221	1	511	0	272	..	2.9	0.5	419
38 Estonia	204	341	0	777	0	444	8	3.5	0.7	2,253
39 Lithuania	212	239	0	630	0	202	15	0.1	0.7	1,824
40 Qatar	220	261	9	533	0	199
41 United Arab Emirates	224	281	19	736	0	275	0
42 Slovakia	135	241	0	684	0	256	13	9.2	0.6	1,707
43 Bahrain	191	268	10	638	0	216
44 Kuwait	188	196	12	572	0	228	..	0.0 ^c	0.2	73
45 Croatia	172	..	(.)	584	0	232	20	7.8	1.1	1,920
46 Uruguay	134	..	0	..	0	..	1	0.0 ^c	0.2	370
47 Costa Rica	101	278	0	181	0	288	0	0.1	0.4	533
48 Latvia	234	285	0	526	0	404	0	1.9	0.4	1,476
49 Saint Kitts and Nevis	237	..	0	..	0	0.0 ^c
50 Bahamas	274	415	8	367	0	265	..	0.0
51 Seychelles	124	256	0	595	0	..	0	..	0.1	452
52 Cuba	31	64	0	3	0	9	0	..	0.5	538
53 Mexico	65	160	1	295	0	120	1	0.8	0.4	259

HDI rank	MDG Telephone mainlines ^a (per 1,000 people)		MDG Cellular subscribers ^a (per 1,000 people)		MDG Internet users (per 1,000 people)		Patents granted to residents (per million people)	Receipts of royalties and licence fees (US\$ per person)	Research and development (R&D) expenditures (% of GDP)	Researchers in R&D (per million people)
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002	2003	1997–2002 ^b	1990–2003 ^b
54 Tonga	46	..	0	..	0
55 Bulgaria	242	380	0	466	0	206	16	0.6	0.5	1,158
56 Panama	93	122	0	268	0	62	..	0.0 ^c	0.4	95
57 Trinidad and Tobago	141	..	0	399	0	..	0	..	0.1	347
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
58 Libyan Arab Jamahiriya	48	136	0	23	0	29	361
59 Macedonia, TFYR	148	252	0	372	0	60	13	1.1	0.3	500
60 Antigua and Barbuda	253	..	0	..	0	..	0	0.0 ^c
61 Malaysia	89	182	5	442	0	344	..	0.8	0.7	294
62 Russian Federation	140	253	0	249	0	..	105	1.2	1.2	3,415
63 Brazil	65	223	(.)	264	0	..	4	0.6	1.0	324
64 Romania	102	199	0	324	0	184	26	0.1 ^c	0.4	910
65 Mauritius	52	285	2	267	0	123	..	0.0 ^c	0.3	..
66 Grenada	177	290	2	376	0	169	0	0.0 ^c
67 Belarus	154	311	0	113	0	141	54	0.1	0.6	1,870
68 Bosnia and Herzegovina	..	245	0	274	0	..	0
69 Colombia	69	179	0	141	0	53	(.)	0.1	0.1	81
70 Dominica	164	..	0	..	0	..	0	0.0 ^c
71 Oman	60	88	2	228	0	..	0
72 Albania	13	83	0	358	0	10	0	1.7
73 Thailand	24	105	1	394	0	111	..	0.1	0.2	289
74 Samoa (Western)	26	73	0	58	0
75 Venezuela	76	111	(.)	273	0	60	..	0.0 ^c	0.4	222
76 Saint Lucia	129	..	0	..	0	..	0	481
77 Saudi Arabia	77	155	1	321	0	67	(.)	0.0 ^c
78 Ukraine	136	233	0	136	0	..	0	0.3	1.2	1,749
79 Peru	26	67	(.)	106	0	104	..	0.1	0.1	225
80 Kazakhstan	80	141	0	..	0	..	0	(.)	0.3	744
81 Lebanon	155	200	0	234	0	143
82 Ecuador	48	122	0	189	0	46	(.)	0.0 ^c	0.1	84
83 Armenia	157	148	0	30	0	37	42	..	0.3	1,606
84 Philippines	10	41	0	270	0	..	0	(.)
85 China	6	209	(.)	215	0	63	5	0.1	1.2	633
86 Suriname	92	152	0	320	0	44
87 Saint Vincent and the Grenadines	124	273	0	529	0	..	0	0.0 ^c	0.2	179
88 Paraguay	27	46	0	299	0	20	..	35.1	0.1	83
89 Tunisia	37	118	(.)	197	0	64	0	1.8	0.6	1,013
90 Jordan	72	114	(.)	242	0	81	1,977
91 Belize	92	113	0	205	0	..	0	0.0 ^c
92 Fiji	58	124	0	133	0	67
93 Sri Lanka	7	49	(.)	73	0	13	0	197
94 Turkey	121	268	1	394	0	85	1	0.0 ^c	0.7	345
95 Dominican Republic	48	115	(.)	272	0	102	..	0.0 ^c
96 Maldives	29	..	0	..	0	20.7
97 Turkmenistan	60	77	0	..	0	..	0
98 Jamaica	45	..	0	680	0	..	1	4.6
99 Iran, Islamic Rep. of	40	220	0	51	0	72	484
100 Georgia	99	134	0	145	0	24	27	1.2	0.3	2,317
101 Azerbaijan	86	114	0	128	0	..	0	..	0.3	1,248
102 Occupied Palestinian Territories	..	87	0	133	0	40
103 Algeria	32	69	(.)	45	0	..	(.)
104 El Salvador	24	113	0	173	0	83	..	(.)	(.)	47
105 Cape Verde	24	156	0	116	0	44	..	0.2	(.)	131
106 Syrian Arab Republic	41	..	0	68	0	35	0	..	0.2	29

TABLE 13

Technology: diffusion and creation

HDI rank	MDG Telephone mainlines ^a (per 1,000 people)		MDG Cellular subscribers ^a (per 1,000 people)		MDG Internet users (per 1,000 people)		Patents granted to residents (per million people)	Receipts of royalties and licence fees (US\$ per person)	Research and development (R&D) (% of GDP)	Researchers in R&D (per million people)
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002	2003	1997–2002 ^b	1990–2003 ^b
107 Guyana	20	..	0	..	0	41.9
108 Viet Nam	1	54	0	34	0	43	0
109 Kyrgyzstan	72	76	0	27	0	38	10	0.4	0.2	413
110 Indonesia	6	39	(.)	87	0	38	0
111 Uzbekistan	69	67	0	13	0	19	17
112 Nicaragua	13	37	0	85	0	..	0	0.0 ^c	0.1	73
113 Bolivia	28	72	0	152	0	0.2	0.3	118
114 Mongolia	32	56	0	130	0	58	31	..	0.3	710
115 Moldova, Rep. of	106	219	0	132	0	80	48	0.3	..	171
116 Honduras	17	49	0	55	0	40	1	0.0 ^c	0.1	74
117 Guatemala	21	77	(.)	165	0	0.0 ^c
118 Vanuatu	18	31	0	38	0	36
119 Egypt	30	127	(.)	84	0	44	2	1.8	0.2	..
120 South Africa	93	..	(.)	364	0	..	0	1.1	0.7	192
121 Equatorial Guinea	4	18	0	76	0
122 Tajikistan	45	37	0	7	0	1	3	0.1
123 Gabon	22	29	0	224	0	26
124 Morocco	16	40	(.)	244	0	33	0	0.9
125 Namibia	39	66	0	116	0	34	..	0.0
126 São Tomé and Príncipe	19	46	0	32	0	99
127 India	6	46	0	25	0	17	0	(.) ^c	0.8	120
128 Solomon Islands	15	13	0	3	0	5
129 Myanmar	2	7	0	1	0	1	..	0.0 ^c
130 Cambodia	(.)	3	0	35	0	2
131 Botswana	21	75	0	297	0	..	0	0.3 ^c
132 Comoros	8	17	0	3	0	6
133 Lao People's Dem. Rep.	2	12	0	20	0	3
134 Bhutan	4	34	0	11	0	20
135 Pakistan	8	27	(.)	18	0	0.1	0.2	88
136 Nepal	3	16	0	2	0	0.7	62
137 Papua New Guinea	8	..	0	..	0	..	0
138 Ghana	3	13	0	36	0	..	0	0.0 ^c
139 Bangladesh	2	5	0	10	0	2	..	(.)
140 Timor-Leste	0	..	0
141 Sudan	3	27	0	20	0	9	0
142 Congo	7	2	0	94	0	4	29
143 Togo	3	12	0	44	0	42	..	0.0 ^c
144 Uganda	2	2	0	30	0	5	0	0.2	0.8	25
145 Zimbabwe	13	..	0	..	0	..	0
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
146 Madagascar	3	4	0	17	0	4	(.)	0.1	0.1	15
147 Swaziland	17	44	0	84	0	26	0	0.1 ^c
148 Cameroon	3	..	0	66	0
149 Lesotho	7	16	0	47	0	14	0	5.9 ^c	..	42
150 Djibouti	11	15	0	34	0	10
151 Yemen	11	..	0	35	0
152 Mauritania	3	14	0	127	0	4
153 Haiti	7	17	0	38	0	18	..	0.0 ^c
154 Kenya	8	10	0	50	0	..	0	0.4
155 Gambia	7	..	0	..	0	..	0
156 Guinea	2	3	0	14	0	5	..	(.)	..	286
157 Senegal	6	22	0	56	0	22	..	(.) ^c
158 Nigeria	3	7	0	26	0	6
159 Rwanda	2	..	0	16	0	0.0 ^c

HDI rank	MDG Telephone mainlines ^a (per 1,000 people)		MDG Cellular subscribers ^a (per 1,000 people)		MDG Internet users (per 1,000 people)		Patents granted to residents (per million people)	Receipts of royalties and licence fees (US\$ per person)	Research and development (R&D) (% of GDP)	Researchers in R&D (per million people)
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002	2003	1997–2002 ^b	1990–2003 ^b
160 Angola	8	7	0	..	0
161 Eritrea	..	9	0	0	0	7
162 Benin	3	9	0	34	0	10
163 Côte d'Ivoire	6	14	0	77	0	14	..	0.0 ^c
164 Tanzania, U. Rep. of	3	4	0	25	0	7	0	0.0 ^c
165 Malawi	3	8	0	13	0	3	0	0.0 ^c
166 Zambia	8	8	0	22	0	6	0	..	(.)	47
167 Congo, Dem. Rep. of the	1	..	0	19	0
168 Mozambique	3	..	0	23	0	..	0	0.8
169 Burundi	1	3	0	9	0	2	..	0.0 ^c
170 Ethiopia	3	6	0	1	0	1	..	0.0 ^c
171 Central African Republic	2	..	0	10	0	1	47
172 Guinea-Bissau	6	8	0	1	0	15
173 Chad	1	..	0	8	0
174 Mali	1	..	0	23	0	(.) ^c
175 Burkina Faso	2	5	0	19	0	4	0.2	17
176 Sierra Leone	3	..	0	..	0	..	0	(.)
177 Niger	1	..	0	6	0
Developing countries	29	113	(.)	134	(.)	53	..	0.6	0.9	400
Least developed countries	3	8	0	16	0	4
Arab States	79	94	4	118	0	49
East Asia and the Pacific	18	172	(.)	212	(.)	80	1.5	706
Latin America and the Caribbean	89	165	(.)	239	0	..	2	1.0	0.6	293
South Asia	7	47	(.)	24	0	18	0.7	135
Sub-Saharan Africa	5	9	(.)	54	0
Central and Eastern Europe and the CIS	120	232	(.)	287	0	..	48	2.0	1.0	2,213
OECD	365	494	7	644	3	403	248	80.6	2.5	3,046
High-income OECD	439	567	9	705	3	480	310	101.3	2.6	3,676
High human development	289	495	6	652	2	414	250	79.2	2.5	3,004
Medium human development	22	123	(.)	138	0	46	7	0.3	0.8	521
Low human development	3	8	0	25	0
High income	420	562	9	710	3	477	302	100.1	2.5	3,630
Middle income	46	180	(.)	224	0	77	10	0.6	0.7	760
Low income	6	32	(.)	24	0	14
World	81	184	1	226	1	120	62	17.9	2.4	1,146

NOTES

- a** Telephone mainlines and cellular subscribers combined form an indicator for Millennium Development Goal 8; see *Index to Millennium Development Goal Indicators in the indicator tables*.
- b** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- c** Data refer to 2002.

SOURCES

Columns 1–6: ITU 2005.

Column 7: calculated on the basis of data on patents granted to residents from WIPO 2004 and data on population from UN 2005h.

Column 8: calculated on the basis of data on receipts of royalties and licence fees from World Bank 2005c, based on data from the International Monetary Fund, and data on population from UN 2005h.

Columns 9 and 10: World Bank 2005c, based on data from the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the World Bank.

TABLE 14

... to have access to the resources needed for a decent standard of living ...

Economic performance

HDI rank	GDP		GDP per capita		Annual growth rate (%)		Highest value during 1975–2003 (PPP US\$)	Year of highest value	Average annual change in consumer price index (%)	
	US\$ billions	PPP US\$ billions	US\$ 2003	PPP US\$ 2003	1975–2003	1990–2003			1990–2003	2002–03
							GDP per capita			
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
1 Norway	220.9	171.9	48,412	37,670	2.8	2.9	37,911	2001	2.3	2.5
2 Iceland	10.5	9.0	36,377	31,243	1.7	2.1	31,243	2003	3.2	2.1
3 Australia	522.4	589.1	26,275	29,632	1.9	2.6	29,632	2003	2.4	2.8
4 Luxembourg	26.5	27.9	59,143	62,298	3.9	3.6	62,298	2003	2.0	2.0
5 Canada	856.5	970.3	27,079	30,677	1.6	2.3	30,677	2003	1.8	2.8
6 Sweden	301.6	239.6	33,676	26,750	1.6	2.0	26,750	2003	1.7	1.9
7 Switzerland	320.1	224.6	43,553	30,552	1.0	0.5	31,098	2001	1.3	0.6
8 Ireland	153.7	150.7	38,487	37,738	4.5	6.7	37,738	2003	2.7	3.5
9 Belgium	301.9	294.0	29,096	28,335	1.9	1.8	28,335	2003	1.9	1.6
10 United States	10,948.5	10,923.4 ^a	37,648	37,562	2.0	2.1	37,562	2003	2.6	2.3
11 Japan	4,300.9	3,567.8	33,713	27,967	2.4	1.0	27,967	2003	0.4	-0.3
12 Netherlands	511.5	476.5	31,532	29,371	1.8	2.1	29,568	2002	2.6	2.1
13 Finland	161.9	144.0	31,058	27,619	2.0	2.5	27,619	2003	1.6	0.9
14 Denmark	211.9	169.5	39,332	31,465	1.6	1.9	31,471	2002	2.2	2.1
15 United Kingdom	1,794.9	1,610.6	30,253	27,147	2.1	2.5	27,147	2003	2.7	2.9
16 France	1,757.6	1,654.0	29,410	27,677	1.7	1.6	27,677	2003	1.6	2.1
17 Austria	253.1	243.5	31,289	30,094	2.1	1.8	30,094	2003	2.1	1.4
18 Italy	1,468.3	1,563.3	25,471	27,119	2.0	1.5	27,119	2003	3.3	2.7
19 New Zealand	79.6	90.5	19,847	22,582	1.0	2.1	22,582	2003	1.9	1.8
20 Germany	2,403.2	2,291.0	29,115	27,756	2.0	1.3	27,769	2001	1.8	1.0
21 Spain	838.7	920.3	20,404	22,391	2.2	2.4	22,391	2003	3.5	3.0
22 Hong Kong, China (SAR)	156.7	185.3	22,987	27,179	4.3	2.1	27,294	2000	3.5	-2.6
23 Israel	110.2	134.0	16,481	20,033	1.9	1.6	21,822	2000	7.7	0.7
24 Greece	172.2	220.2	15,608	19,954	1.0	2.1	19,954	2003	7.2	3.5
25 Singapore	91.3	104.0	21,492	24,481	4.9	3.5	24,870	2000	1.3	0.5
26 Slovenia	27.7	38.2	13,909	19,150	..	3.1	19,150 ^b	2003	10.3	5.6
27 Portugal	147.9	189.3	14,161	18,126	2.8	2.2	18,597	2001	4.0	3.3
28 Korea, Rep. of	605.3	861.0	12,634	17,971	6.1	4.6	17,971	2003	4.5	3.6
29 Cyprus	11.4	14.3 ^c	14,786	18,776 ^c	4.6	3.2	18,776 ^b	2001	3.4	4.1
30 Barbados	2.6	4.3	9,708	15,720	1.2	1.4	16,220	2000	2.3	1.6
31 Czech Republic	89.7	166.9	8,794	16,357	..	1.5	16,357 ^b	2003	6.1	0.1
32 Malta	4.9	7.0	12,157	17,633	4.3	3.3	18,908	2000	2.8	0.5
33 Brunei Darussalam
34 Argentina	129.6	445.2	3,524	12,106	0.4	1.3	13,757	1998	7.2	13.4
35 Hungary	82.7	147.7	8,169	14,584	1.1	2.6	14,584	2003	16.9	4.6
36 Poland	209.6	434.6	5,487	11,379	..	4.2	11,379 ^b	2003	19.1	0.7
37 Chile	72.4	162.1	4,591	10,274	4.0	4.1	10,274	2003	7.2	2.8
38 Estonia	9.1	18.3	6,713	13,539	0.4 ^b	3.3	13,539 ^b	2003	14.8	1.3
39 Lithuania	18.2	40.4	5,274	11,702	..	0.5	12,075 ^b	1990	19.3	-1.2
40 Qatar	.. ^d ^d	2.5	2.3
41 United Arab Emirates	.. ^d ^d	..	-3.3 ^b	-2.1 ^b	49,432 ^{b,e}	1975
42 Slovakia	32.5	72.7	6,033	13,494	0.5 ^b	2.4	13,494 ^b	2003	8.1	8.6
43 Bahrain	.. ^d	12.2 ^d	.. ^d	17,479 ^d	1.1 ^b	1.5 ^b	17,479 ^b	2002	0.7	..
44 Kuwait	41.7	43.2 ^e	17,421	18,047 ^e	-1.2 ^b	-2.3 ^b	29,760 ^{b,e}	1975	1.9	1.0
45 Croatia	28.8	49.2	6,479	11,080	..	2.1	11,080 ^b	2003	52.8	0.1
46 Uruguay	11.2	28.0	3,308	8,280	1.2	0.9	9,858	1998	25.5	19.4
47 Costa Rica	17.4	38.5 ^e	4,352	9,606 ^e	1.3	2.6	9,836 ^e	1999	14.1	9.4
48 Latvia	11.1	23.8	4,771	10,270	(.)	2.2	10,482 ^b	1989	19.0	2.9
49 Saint Kitts and Nevis	0.3	0.6	7,397	12,404	5.1 ^b	3.1	12,413 ^b	2002	3.2	2.2
50 Bahamas	5.3	5.4 ^d	16,571	17,159 ^d	1.3 ^b	0.3 ^b	18,260 ^b	1989	2.0	3.0
51 Seychelles	0.7	..	8,610	..	2.9	2.2	2.4	3.3
52 Cuba	3.5 ^b
53 Mexico	626.1	937.8	6,121	9,168	0.9	1.4	9,442	2000	16.7	4.5

HDI rank	GDP		GDP per capita		Annual growth rate (%)		Highest value during 1975–2003 (PPP US\$)	Year of highest value	Average annual change in consumer price index (%)		
	US\$ billions	PPP US\$ billions	US\$	PPP US\$	1975–2003	1990–2003			1990–2003	2002–03	
	2003	2003	2003	2003	1975–2003	1990–2003	1990–2003	2002–03			
54	Tonga	0.2	0.7 ^e	1,603	6,992 ^e	1.8 ^b	2.0	6,992 ^{b, e}	2003	4.3	11.6
55	Bulgaria	19.9	60.5	2,539	7,731	0.3 ^b	0.6	7,968 ^b	1988	83.8	2.2
56	Panama	12.9	20.5	4,319	6,854	1.0	2.4	6,854	2003	1.1	1.4
57	Trinidad and Tobago	10.5	14.1	8,007	10,766	(.)	3.2	10,766	2003	5.2	3.8
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT											
58	Libyan Arab Jamahiriya	.. ^d ^d	3.5	..
59	Macedonia, TFYR	4.7	13.9	2,277	6,794	..	-0.7	8,115 ^b	1990	7.1	1.1
60	Antigua and Barbuda	0.8	0.8	9,629	10,294	3.8 ^b	1.6	10,469 ^b	1999
61	Malaysia	103.7	235.7	4,187	9,512	3.9	3.4	9,512	2003	3.1	1.1
62	Russian Federation	432.9	1,323.8	3,018	9,230	-2.1 ^b	-1.5	11,269 ^b	1989	66.6	13.7
63	Brazil	492.3	1,375.7	2,788	7,790	0.8	1.2	7,918	2002	114.0	14.7
64	Romania	57.0	158.2	2,619	7,277	-0.8 ^b	0.6	7,277 ^b	2003	78.7	15.3
65	Mauritius	5.2	13.8	4,274	11,287	4.6 ^b	4.0	11,287 ^b	2003	6.5	3.9
66	Grenada	0.4	0.8	4,199	7,959	3.2 ^b	2.4	7,977 ^b	2000	2.0	..
67	Belarus	17.5	59.8	1,770	6,052	..	0.9	6,052 ^b	2003	185.8	28.4
68	Bosnia and Herzegovina	7.0	24.7	1,684	5,967	..	11.9 ^b	.. ^b
69	Colombia	78.7	298.8 ^e	1,764	6,702 ^e	1.4	0.4	6,852 ^e	1997	17.0	7.1
70	Dominica	0.3	0.4	3,639	5,448	3.2 ^b	1.2	6,278 ^b	2000	1.6	1.6
71	Oman	.. ^d	34.5 ^d	.. ^d	13,584 ^d	2.2 ^b	0.9 ^b	13,965 ^b	2001	0.2	-0.4
72	Albania	6.1	14.5	1,933	4,584	0.3 ^b	5.1	4,584 ^b	2003	19.2	0.5
73	Thailand	143.0	471.0	2,305	7,595	5.1	2.8	7,595	2003	4.1	1.8
74	Samoa (Western)	0.3	1.0 ^e	1,505	5,854 ^e	0.8 ^b	2.4	5,978 ^{b, e}	1986	3.6	0.1
75	Venezuela	85.4	126.3	3,326	4,919	-1.1	-1.5	8,038	1977	41.1	31.1
76	Saint Lucia	0.7	0.9	4,314	5,709	3.6 ^b	0.3	5,996 ^b	1999	2.5	0.9
77	Saudi Arabia	214.7	298.0 ^e	9,532	13,226 ^e	-2.4	-0.6	24,461 ^e	1977	0.5	0.6
78	Ukraine	49.5	265.5	1,024	5,491	-5.7 ^b	-4.7	9,755 ^b	1989	85.8	5.2
79	Peru	60.6	142.8	2,231	5,260	-0.5	2.1	5,845	1981	18.5	2.3
80	Kazakhstan	29.7	99.3	2,000	6,671	..	0.4	6,671 ^b	2003	38.8	6.4
81	Lebanon	19.0	22.8	4,224	5,074	3.4 ^b	2.9	5,074 ^b	2003
82	Ecuador	27.2	47.4	2,091	3,641	0.1	0.1	3,763	1988	37.7	7.9
83	Armenia	2.8	11.2	918	3,671	..	2.8	3,671 ^b	2003	36.9	4.8
84	Philippines	80.6	352.2	989	4,321	0.3	1.2	4,539	1982	7.3	3.0
85	China	1,417.0	6,445.9 ^f	1,100	5,003 ^f	8.2	8.5	5,003 ^f	2003	6.0	1.2
86	Suriname	1.2	..	2,635	..	-0.6	0.9	67.7	23.0
87	Saint Vincent and the Grenadines	0.4	0.7	3,403	6,123	3.4	1.8	6,123	2003	1.9	0.3
88	Paraguay	6.0	26.4 ^e	1,069	4,684 ^e	0.6	-0.6	5,380 ^e	1981	11.8	14.2
89	Tunisia	25.0	70.9	2,530	7,161	2.1	3.1	7,161	2003	3.9	2.7
90	Jordan	9.9	22.9	1,858	4,320	0.3	0.9	5,195	1987	3.0	2.3
91	Belize	1.0	1.9	3,612	6,950	3.1	2.2	6,950	2003	1.7	2.6
92	Fiji	2.0	4.9	2,438	5,880	0.7	1.8	5,880	2003	3.1	4.2
93	Sri Lanka	18.2	72.7	948	3,778	3.4	3.3	3,778	2003	9.7	6.3
94	Turkey	240.4	478.9	3,399	6,772	1.8	1.3	6,772	2003	72.4	25.3
95	Dominican Republic	16.5	59.6 ^e	1,893	6,823 ^e	2.0	4.0	6,823 ^e	2003	8.7	27.4
96	Maldives	0.7	..	2,441	4.7 ^b	5.0	-2.9
97	Turkmenistan	6.2	28.9	1,275	5,938	-3.0 ^b	-1.3	6,589 ^b	1988
98	Jamaica	8.1	10.8	3,083	4,104	0.4	(.)	4,125	1991	18.3	10.3
99	Iran, Islamic Rep. of	137.1	464.4	2,066	6,995	-0.3	2.1	8,443	1976	22.8	16.5
100	Georgia	4.0	13.3	778	2,588	-4.9	-2.7	7,065 ^b	1985	17.7	..
101	Azerbaijan	7.1	29.8	867	3,617	..	-2.6	3,617 ^b	2003	109.1	..
102	Occupied Palestinian Territories	3.5	..	1,026	-6.0 ^b
103	Algeria	66.5	194.4 ^e	2,090	6,107 ^e	-0.1	0.6	6,319 ^e	1985	12.7	2.6
104	El Salvador	14.9	31.2 ^e	2,277	4,781 ^e	0.2	2.1	5,456 ^e	1978	6.6	2.1
105	Cape Verde	0.8	2.4 ^e	1,698	5,214 ^e	3.0 ^b	3.3	5,214 ^{b, e}	2003	4.8	..
106	Syrian Arab Republic	21.5	62.2	1,237	3,576	0.9	1.4	3,696	1998	4.9	..

TABLE 14

Economic performance

HDI rank	GDP		GDP per capita		Annual growth rate (%)		Highest value during 1975–2003 (PPP US\$)	Year of highest value	Average annual change in consumer price index (%)		
	US\$ billions	PPP US\$ billions	US\$	PPP US\$	1975–2003	1990–2003			1990–2003	2002–03	
	2003	2003	2003	2003							
107	Guyana	0.7	3.3 ^e	965	4,230 ^e	0.7	3.6	4,482 ^e	1997	5.8	..
108	Viet Nam	39.2	202.5	482	2,490	5.0 ^b	5.9	2,490 ^b	2003	2.8	3.1
109	Kyrgyzstan	1.9	8.8	378	1,751	-3.1 ^b	-2.4	2,586 ^b	1990	16.5	3.5
110	Indonesia	208.3	721.5	970	3,361	4.1	2.0	3,493	1997	13.9	6.6
111	Uzbekistan	9.9	44.6	389	1,744	-1.2 ^b	-0.5	1,744 ^b	2003
112	Nicaragua	4.1	17.9 ^e	745	3,262 ^e	-2.8	0.9	7,602 ^e	1977	22.3	5.1
113	Bolivia	7.9	22.8	892	2,587	-0.3	1.3	2,690	1977	7.0	3.3
114	Mongolia	1.3	4.6	514	1,850	-2.0 ^b	-2.5	2,888 ^b	1988	29.5	5.1
115	Moldova, Rep. of	2.0	6.4	463	1,510	-5.1 ^b	-5.7	3,974 ^b	1990	17.8	11.7
116	Honduras	7.0	18.6 ^e	1,001	2,665 ^e	0.1	0.2	2,876 ^e	1979	16.4	7.7
117	Guatemala	24.7	51.0 ^e	2,009	4,148 ^e	0.2	1.1	4,255 ^e	1980	9.1	5.5
118	Vanuatu	0.3	0.6 ^e	1,348	2,944 ^e	0.2 ^b	-0.3	3,935 ^{b,e}	1984	2.7	3.0
119	Egypt	82.4	266.9	1,220	3,950	2.7	2.5	3,950	2003	7.0	4.5
120	South Africa	159.9	474.1 ^e	3,489	10,346 ^e	-0.6	0.1	12,663 ^e	1981	8.0	5.9
121	Equatorial Guinea	2.9	9.3 ^c	5,900	19,780 ^{c,e}	11.2 ^b	16.8	19,780 ^{b,e}	2001
122	Tajikistan	1.6	7.0	246	1,106	-8.1 ^b	-6.5	2,790 ^b	1988
123	Gabon	6.1	8.6	4,505	6,397	-1.5	-0.4	11,767	1976	4.6	..
124	Morocco	43.7	120.6	1,452	4,004	1.3	1.0	4,004	2003	3.1	1.2
125	Namibia	4.3	12.4 ^e	2,120	6,180 ^e	-0.1 ^b	0.9	8,462 ^{b,e}	1980	9.4	7.2
126	São Tomé and Príncipe	0.1	..	378	..	-0.5 ^b	-0.2
127	India	600.6	3,078.2 ^e	564	2,892 ^e	3.3	4.0	2,892 ^e	2003	7.9	3.8
128	Solomon Islands	0.3	0.8 ^e	553	1,753 ^e	1.4	-2.5	2,713 ^e	1996	9.9	10.0
129	Myanmar	1.8 ^b	5.7 ^b	25.9	36.6
130	Cambodia	4.2	27.9 ^e	315	2,078 ^e	..	4.0 ^b	2,078 ^{b,e}	2003	4.3	1.2
131	Botswana	7.5	15.0	4,372	8,714	5.1	2.7	9,182	2002	9.6	9.2
132	Comoros	0.3	1.0 ^e	538	1,714 ^e	-1.0 ^b	-1.3	2,177 ^{b,e}	1985
133	Lao People's Dem. Rep.	2.1	10.0	375	1,759	3.3 ^b	3.7	1,759 ^b	2003	29.7	15.5
134	Bhutan	0.7	..	797	..	4.0 ^b	3.6	7.7	1.6
135	Pakistan	82.3	311.3	555	2,097	2.5	1.1	2,097	2003	8.1	2.9
136	Nepal	5.9	35.0	237	1,420	2.1	2.2	1,444	2001	7.4	5.7
137	Papua New Guinea	3.2	14.4 ^e	578	2,619 ^e	0.4	0.2	2,900 ^e	1994	10.3	14.7
138	Ghana	7.6	46.3 ^e	369	2,238 ^e	0.4	1.8	2,238 ^e	2003	27.0	26.7
139	Bangladesh	51.9	244.4	376	1,770	1.9	3.1	1,770	2003	5.0	5.7
140	Timor-Leste	0.3	..	389
141	Sudan	17.8	64.1 ^e	530	1,910 ^e	1.1	3.3	1,910 ^e	2003	63.6	..
142	Congo	3.6	3.6	949	965	-0.1	-1.4	1,318	1996	7.3	-0.8
143	Togo	1.8	8.2 ^e	362	1,696 ^e	-0.8	0.4	2,227 ^e	1980	6.6	-1.0
144	Uganda	6.3	36.8 ^e	249	1,457 ^e	2.6 ^b	3.9	1,457 ^{b,e}	2003	7.9	7.8
145	Zimbabwe	.. ^d	31.4 ^c	.. ^d	2,443 ^c	(.) ^b	-0.8 ^b	3,112 ^b	1998	36.1	..
LOW HUMAN DEVELOPMENT											
146	Madagascar	5.5	13.7	324	809	-1.6	-0.9	1,274	1975	15.8	-1.2
147	Swaziland	1.8	5.2	1,669	4,726	1.8	0.2	4,777	1998	9.2	7.3
148	Cameroon	12.5	34.1	776	2,118	-0.5	0.2	2,865	1986	5.5	..
149	Lesotho	1.1	4.6 ^e	635	2,561 ^e	3.1	2.3	2,561 ^e	2003	9.0	6.7
150	Djibouti	0.6	1.5 ^e	886	2,086 ^e	-4.2 ^b	-3.3	.. ^{b,e}
151	Yemen	10.8	17.0	565	889	..	2.4	889 ^b	2003	20.8	10.8
152	Mauritania	1.1	5.0 ^e	384	1,766 ^e	0.4	1.6	1,827 ^e	1976	5.6	5.2
153	Haiti	2.9	14.7 ^e	346	1,742 ^e	-2.3	-2.8	3,309 ^e	1980	19.7	39.3
154	Kenya	14.4	33.1	450	1,037	0.2	-0.6	1,204	1990	12.6	9.8
155	Gambia	0.4	2.6 ^e	278	1,859 ^e	-0.2	-0.1	2,108 ^e	1986	4.0	..
156	Guinea	3.6	16.6	459	2,097	1.4 ^b	1.6	2,122 ^b	2002
157	Senegal	6.5	16.9	634	1,648	(.)	1.3	1,669	1976	4.3	(.)
158	Nigeria	58.4	143.3	428	1,050	-0.5	(.)	1,086	1977	26.0	14.0
159	Rwanda	1.6	10.6 ^e	195	1,268 ^e	-0.5	0.7	1,446 ^e	1983	12.3	6.9

HDI rank	GDP per capita									
	GDP		GDP per capita		Annual growth rate		Highest value during 1975–2003 (PPP US\$)	Year of highest value	Average annual change in consumer price index	
	US\$ billions	PPP US\$ billions	US\$	PPP US\$	(%)				1990–2003	2002–03
2003	2003	2003	2003	1975–2003	1990–2003					
160 Angola	13.2	31.7 ^e	975	2,344 ^e	-1.1 ^b	0.4	2,910 ^{b,e}	1992	500.8	98.2
161 Eritrea	0.8	3.7 ^e	171	849 ^e	..	1.0 ^b	999 ^{b,e}	1998
162 Benin	3.5	7.5	517	1,115	0.7	2.2	1,115	2003	6.5	1.5
163 Côte d'Ivoire	13.7	24.8	816	1,476	-1.9	-0.4	2,726	1978	6.0	3.3
164 Tanzania, U. Rep. of	10.3	22.3	287	621	0.8 ^b	1.0	621 ^b	2003	16.2	3.5
165 Malawi	1.7	6.6	156	605	0.2	0.9	653	1979	31.0	9.6
166 Zambia	4.3	9.1	417	877	-1.9	-0.9	1,496	1976	48.4	..
167 Congo, Dem. Rep. of the	5.7	..	107	..	-4.9	-6.3	2,452	1975	0.0	..
168 Mozambique	4.3	21.0 ^e	230	1,117 ^e	2.3 ^b	4.6	1,117 ^{b,e}	2003	24.8	13.4
169 Burundi	0.6	4.7 ^e	83	648 ^e	-0.9	-3.5	952 ^e	1991	14.6	16.0
170 Ethiopia	6.7	48.8 ^e	97	711 ^e	0.1 ^b	2.0	752 ^{b,e}	2002	4.0	17.8
171 Central African Republic	1.2	4.2 ^e	309	1,089 ^e	-1.5	-0.4	1,707 ^e	1977	4.4	3.1
172 Guinea-Bissau	0.2	1.1 ^e	160	711 ^e	-0.4	-2.4	1,091 ^e	1997	24.6	-3.5
173 Chad	2.6	10.4 ^e	304	1,210 ^e	0.1	(.)	1,210 ^e	2003	7.2	-1.9
174 Mali	4.3	11.6	371	994	(.)	2.4	995 ^b	2002	4.3	-1.3
175 Burkina Faso	4.2	14.2 ^e	345	1,174 ^e	1.2	1.7	1,174 ^e	2003	4.6	2.0
176 Sierra Leone	0.8	2.9	149	548	-3.3	-5.3	1,139	1982	22.4	7.6
177 Niger	2.7	9.8 ^e	232	835 ^e	-1.8	-0.6	1,383 ^e	1979	5.0	-1.6
Developing countries	6,981.9 T	21,525.4 T	1,414	4,359	2.3	2.9
Least developed countries	221.4 T	895.1 T	329	1,328	0.7	2.0
Arab States	773.4 T	1,683.6 T	2,611	5,685	0.2	1.0
East Asia and the Pacific	2,893.6 T	9,762.2 T	1,512	5,100	6.0	5.6
Latin America and the Caribbean	1,745.9 T	3,947.0 T	3,275	7,404	0.6	1.1
South Asia	902.2 T	4,235.9 T	617	2,897	2.6	3.5
Sub-Saharan Africa	418.5 T	1,227.4 T	633	1,856	-0.7	0.1
Central and Eastern Europe and the CIS	1,189.9 T	3,203.5 T	2,949	7,939	..	0.3
OECD	29,650.5 T	29,840.6 T	25,750	25,915	2.0	1.8
High-income OECD	28,369.5 T	27,601.9 T	31,020	30,181	2.2	1.9
High human development	30,341.0 T	30,941.3 T	25,167	25,665	2.2	1.8
Medium human development	5,414.8 T	19,581.1 T	1,237	4,474	1.7	2.4
Low human development	202.2 T	590.4 T	358	1,046	2.0 ^g	2.8 ^g
High income	29,052.4 T	28,396.0 T	30,589	29,898	2.0	1.8
Middle income	6,021.9 T	18,244.6 T	2,015	6,104	2.0	2.5
Low income	1,103.0 T	4,948.9 T	483	2,168	-0.8 ^g	0.1 ^g
World	36,058.3 T	51,150.6 T	5,801	8,229	1.4	1.4

NOTES

- a** In theory, for the United States the value of GDP in purchasing power parity (PPP) US dollars should be the same as that in US dollars, but practical issues arising in the calculation of the PPP US dollar GDP prevent this.
- b** Data refer to a period shorter than that specified.
- c** Data refer to 2001.
- d** Data refer to 2002.
- e** Estimates are based on regression.
- f** Estimate based on a bilateral comparison between China and the United States (Ruoan and Kai 1995).
- g** India's growth rate accounts for most of the difference in average annual growth rates of low-income and low human development countries.

SOURCES

- Columns 1 and 2:** World Bank 2005c; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the World Bank.
- Columns 3 and 4:** calculated on the basis of GDP and population data from World Bank 2005c; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the World Bank.
- Columns 5 and 6:** World Bank 2005a; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the World Bank using least squares method.
- Columns 7 and 8:** based on GDP per capita PPP US\$ time series from World Bank 2005c.
- Columns 9 and 10:** calculated on the basis of data on the consumer price index from World Bank 2005c.

TABLE 15

... to have access to the resources needed for a decent standard of living ...

Inequality in income or consumption

HDI rank	Survey year	MDG Share of income or consumption (%)				Inequality measures			
		Poorest 10%	Poorest 20%	Richest 20%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^a	Richest 20% to poorest 20% ^a	Gini index ^b	
HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
1	Norway	2000 ^c	3.9	9.6	37.2	23.4	6.1	3.9	25.8
2	Iceland
3	Australia	1994 ^c	2.0	5.9	41.3	25.4	12.5	7.0	35.2
4	Luxembourg
5	Canada	1998 ^c	2.5	7.0	40.4	25.0	10.1	5.8	33.1
6	Sweden	2000 ^c	3.6	9.1	36.6	22.2	6.2	4.0	25.0
7	Switzerland	1992 ^c	2.6	6.9	40.3	25.2	9.9	5.8	33.1
8	Ireland	1996 ^c	2.8	7.1	43.3	27.6	9.7	6.1	35.9
9	Belgium	1996 ^c	2.9	8.3	37.3	22.6	7.8	4.5	25.0
10	United States	2000 ^c	1.9	5.4	45.8	29.9	15.9	8.4	40.8
11	Japan	1993 ^c	4.8	10.6	35.7	21.7	4.5	3.4	24.9
12	Netherlands	1999 ^c	2.5	7.6	38.7	22.9	9.2	5.1	30.9
13	Finland	2000 ^c	4.0	9.6	36.7	22.6	5.6	3.8	26.9
14	Denmark	1997 ^c	2.6	8.3	35.8	21.3	8.1	4.3	24.7
15	United Kingdom	1999 ^c	2.1	6.1	44.0	28.5	13.8	7.2	36.0
16	France	1995 ^c	2.8	7.2	40.2	25.1	9.1	5.6	32.7
17	Austria	1997 ^c	3.1	8.1	38.5	23.5	7.6	4.7	30.0
18	Italy	2000 ^c	2.3	6.5	42.0	26.8	11.6	6.5	36.0
19	New Zealand	1997 ^c	2.2	6.4	43.8	27.8	12.5	6.8	36.2
20	Germany	2000 ^c	3.2	8.5	36.9	22.1	6.9	4.3	28.3
21	Spain	1990 ^c	2.8	7.5	40.3	25.2	9.0	5.4	32.5
22	Hong Kong, China (SAR)	1996 ^c	2.0	5.3	50.7	34.9	17.8	9.7	43.4
23	Israel	1997 ^c	2.4	6.9	44.3	28.2	11.7	6.4	35.5
24	Greece	1998 ^c	2.9	7.1	43.6	28.5	10.0	6.2	35.4
25	Singapore	1998 ^c	1.9	5.0	49.0	32.8	17.7	9.7	42.5
26	Slovenia	1998 ^c	3.6	9.1	35.7	21.4	5.9	3.9	28.4
27	Portugal	1997 ^c	2.0	5.8	45.9	29.8	15.0	8.0	38.5
28	Korea, Rep. of	1998 ^c	2.9	7.9	37.5	22.5	7.8	4.7	31.6
29	Cyprus
30	Barbados
31	Czech Republic	1996 ^c	4.3	10.3	35.9	22.4	5.2	3.5	25.4
32	Malta
33	Brunei Darussalam
34	Argentina ^d	2001	1.0	3.1	56.4	38.9	39.1	18.1	52.2
35	Hungary	2002 ^e	4.0	9.5	36.5	22.2	5.5	3.8	26.9
36	Poland	2002 ^e	3.1	7.6	41.9	26.7	8.6	5.5	34.1
37	Chile	2000 ^c	1.2	3.3	62.2	47.0	40.6	18.7	57.1
38	Estonia	2000 ^c	1.9	6.1	44.0	28.5	14.9	7.2	37.2
39	Lithuania	2000 ^e	3.2	7.9	40.0	24.9	7.9	5.1	31.9
40	Qatar
41	United Arab Emirates
42	Slovakia	1996 ^c	3.1	8.8	34.8	20.9	6.7	4.0	25.8
43	Bahrain
44	Kuwait
45	Croatia	2001 ^e	3.4	8.3	39.6	24.5	7.3	4.8	29.0
46	Uruguay ^d	2000	1.8	4.8	50.1	33.5	18.9	10.4	44.6
47	Costa Rica	2000 ^c	1.4	4.2	51.5	34.8	25.1	12.3	46.5
48	Latvia	1998 ^c	2.8	7.3	41.1	26.1	9.2	5.6	33.6
49	Saint Kitts and Nevis
50	Bahamas
51	Seychelles
52	Cuba
53	Mexico	2000 ^e	1.0	3.1	59.1	43.1	45.0	19.3	54.6

HDI rank	Survey year	MDG Share of income or consumption (%)				Inequality measures			
		Poorest 10%	Poorest 20%	Richest 20%	Richest 10%	Richest 10% to poorest	Richest 20% to poorest	Gini index ^b	
						10% ^a	20% ^a		
54	Tonga	
55	Bulgaria	2001 ^c	2.4	6.7	38.9	23.7	9.9	5.8	31.9
56	Panama	2000 ^c	0.7	2.4	60.3	43.3	62.3	24.7	56.4
57	Trinidad and Tobago	1992 ^c	2.1	5.5	45.9	29.9	14.4	8.3	40.3
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT									
58	Libyan Arab Jamahiriya
59	Macedonia, TFYR	1998 ^e	3.3	8.4	36.7	22.1	6.8	4.4	28.2
60	Antigua and Barbuda
61	Malaysia	1997 ^c	1.7	4.4	54.3	38.4	22.1	12.4	49.2
62	Russian Federation	2002 ^e	3.3	8.2	39.3	23.8	7.1	4.8	31.0
63	Brazil	2001 ^c	0.7	2.4	63.2	46.9	68.0	26.4	59.3
64	Romania	2002 ^e	3.2	7.9	41.0	26.1	8.1	5.2	30.3
65	Mauritius
66	Grenada
67	Belarus	2000 ^e	3.5	8.4	39.1	24.1	6.9	4.6	30.4
68	Bosnia and Herzegovina	2001 ^e	3.9	9.5	35.8	21.4	5.4	3.8	26.2
69	Colombia	1999 ^c	0.8	2.7	61.8	46.5	57.8	22.9	57.6
70	Dominica
71	Oman
72	Albania	2002 ^e	3.8	9.1	37.4	22.4	5.9	4.1	28.2
73	Thailand	2000 ^e	2.5	6.1	50.0	33.8	13.4	8.3	43.2
74	Samoa (Western)
75	Venezuela	1998 ^c	0.6	3.0	53.4	36.3	62.9	17.9	49.1
76	Saint Lucia
77	Saudi Arabia
78	Ukraine	1999 ^e	3.7	8.8	37.8	23.2	6.4	4.3	29.0
79	Peru	2000 ^c	0.7	2.9	53.2	37.2	49.9	18.4	49.8
80	Kazakhstan	2003 ^e	3.2	7.8	40.0	24.4	7.5	5.1	32.3
81	Lebanon
82	Ecuador	1998 ^e	0.9	3.3	58.0	41.6	44.9	17.3	43.7
83	Armenia	1998 ^e	2.6	6.7	45.1	29.7	11.5	6.8	37.9
84	Philippines	2000 ^e	2.2	5.4	52.3	36.3	16.5	9.7	46.1
85	China	2001 ^e	1.8	4.7	50.0	33.1	18.4	10.7	44.7
86	Suriname
87	Saint Vincent and the Grenadines
88	Paraguay	2002 ^c	0.6	2.2	61.3	45.4	73.4	27.8	57.8
89	Tunisia	2000 ^e	2.3	6.0	47.3	31.5	13.4	7.9	39.8
90	Jordan	1997 ^e	3.3	7.6	44.4	29.8	9.1	5.9	36.4
91	Belize
92	Fiji
93	Sri Lanka	1999 ^e	3.4	8.3	42.2	27.8	8.1	5.1	33.2
94	Turkey	2000 ^e	2.3	6.1	46.7	30.7	13.3	7.7	40.0
95	Dominican Republic	1998 ^c	2.1	5.1	53.3	37.9	17.7	10.5	47.4
96	Maldives
97	Turkmenistan	1998 ^e	2.6	6.1	47.5	31.7	12.3	7.7	40.8
98	Jamaica	2000 ^e	2.7	6.7	46.0	30.3	11.4	6.9	37.9
99	Iran, Islamic Rep. of	1998 ^e	2.0	5.1	49.9	33.7	17.2	9.7	43.0
100	Georgia	2001 ^e	2.3	6.4	43.6	27.9	12.0	6.8	36.9
101	Azerbaijan	2001 ^e	3.1	7.4	44.5	29.5	9.7	6.0	36.5
102	Occupied Palestinian Territories
103	Algeria	1995 ^e	2.8	7.0	42.6	26.8	9.6	6.1	35.3
104	El Salvador	2000 ^c	0.9	2.9	57.1	40.6	47.4	19.8	53.2
105	Cape Verde
106	Syrian Arab Republic

TABLE 15

Inequality in income or consumption

HDI rank	Survey year	MDG Share of income or consumption (%)				Inequality measures			
		Poorest 10%	Poorest 20%	Richest 20%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^a	Richest 20% to poorest 20% ^a	Gini index ^b	
107	Guyana	
108	Viet Nam	2002 ^e	3.2	7.5	45.4	29.9	9.4	6.0	37.0
109	Kyrgyzstan	2002 ^e	3.2	7.7	43.0	27.9	8.6	5.5	34.8
110	Indonesia	2002 ^e	3.6	8.4	43.3	28.5	7.8	5.2	34.3
111	Uzbekistan	2000 ^e	3.6	9.2	36.3	22.0	6.1	4.0	26.8
112	Nicaragua	2001 ^e	2.2	5.6	49.3	33.8	15.5	8.8	43.1
113	Bolivia	1999 ^e	1.3	4.0	49.1	32.0	24.6	12.3	44.7
114	Mongolia	1998 ^e	2.1	5.6	51.2	37.0	17.8	9.1	30.3
115	Moldova, Rep. of	2002 ^e	2.7	6.8	44.1	28.4	10.3	6.5	36.9
116	Honduras	1999 ^c	0.9	2.7	58.9	42.2	49.1	21.5	55.0
117	Guatemala	2000 ^c	0.9	2.6	64.1	48.3	55.1	24.4	59.9
118	Vanuatu
119	Egypt	1999 ^e	3.7	8.6	43.6	29.5	8.0	5.1	34.4
120	South Africa	2000 ^e	1.4	3.5	62.2	44.7	33.1	17.9	57.8
121	Equatorial Guinea
122	Tajikistan	2003 ^e	3.3	7.9	40.8	25.6	7.8	5.2	32.6
123	Gabon
124	Morocco	1998 ^e	2.6	6.5	46.6	30.9	11.7	7.2	39.5
125	Namibia	1993 ^c	0.5	1.4	78.7	64.5	128.8	56.1	70.7
126	São Tomé and Príncipe
127	India	1999 ^e	3.9	8.9	43.3	28.5	7.3	4.9	32.5
128	Solomon Islands
129	Myanmar
130	Cambodia	1997 ^e	2.9	6.9	47.6	33.8	11.6	6.9	40.4
131	Botswana	1993 ^e	0.7	2.2	70.3	56.6	77.6	31.5	63.0
132	Comoros
133	Lao People's Dem. Rep.	1997 ^e	3.2	7.6	45.0	30.6	9.7	6.0	37.0
134	Bhutan
135	Pakistan	1998 ^e	3.7	8.8	42.3	28.3	7.6	4.8	33.0
136	Nepal	1995 ^e	3.2	7.6	44.8	29.8	9.3	5.9	36.7
137	Papua New Guinea	1996 ^e	1.7	4.5	56.5	40.5	23.8	12.6	50.9
138	Ghana	1998 ^e	2.1	5.6	46.6	30.0	14.1	8.4	40.8
139	Bangladesh	2000 ^e	3.9	9.0	41.3	26.7	6.8	4.6	31.8
140	Timor-Leste
141	Sudan
142	Congo
143	Togo
144	Uganda	1999 ^e	2.3	5.9	49.7	34.9	14.9	8.4	43.0
145	Zimbabwe	1995 ^e	1.8	4.6	55.7	40.3	22.0	12.0	56.8
LOW HUMAN DEVELOPMENT									
146	Madagascar	2001 ^e	1.9	4.9	53.5	36.6	19.2	11.0	47.5
147	Swaziland	1994 ^c	1.0	2.7	64.4	50.2	49.7	23.8	60.9
148	Cameroon	2001 ^e	2.3	5.6	50.9	35.4	15.7	9.1	44.6
149	Lesotho	1995 ^e	0.5	1.5	66.5	48.3	105.0	44.2	63.2
150	Djibouti
151	Yemen	1998 ^e	3.0	7.4	41.2	25.9	8.6	5.6	33.4
152	Mauritania	2000 ^e	2.5	6.2	45.7	29.5	12.0	7.4	39.0
153	Haiti
154	Kenya	1997 ^e	2.5	6.0	49.1	33.9	13.6	8.2	42.5
155	Gambia	1998 ^e	1.8	4.8	53.4	37.0	20.2	11.2	47.5
156	Guinea	1994 ^e	2.6	6.4	47.2	32.0	12.3	7.3	40.3
157	Senegal	1995 ^e	2.6	6.4	48.2	33.5	12.8	7.5	41.3
158	Nigeria	1996 ^e	1.6	4.4	55.7	40.8	24.9	12.8	50.6
159	Rwanda	1983 ^e	4.2	9.7	39.1	24.2	5.8	4.0	28.9

HDI rank	Survey year	MDG Share of income or consumption (%)				Inequality measures			
		Poorest 10%	Poorest 20%	Richest 20%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^a	Richest 20% to poorest 20% ^a	Gini index ^b	
160	Angola	
161	Eritrea	
162	Benin	
163	Côte d'Ivoire	2002 ^e	2.0	5.2	50.7	34.0	16.6	9.7	44.6
164	Tanzania, U. Rep. of	1993 ^e	2.8	6.8	45.5	30.1	10.8	6.7	38.2
165	Malawi	1997 ^e	1.9	4.9	56.1	42.2	22.7	11.6	50.3
166	Zambia	1998 ^e	1.0	3.3	56.6	41.0	41.8	17.2	52.6
167	Congo, Dem. Rep. of the
168	Mozambique	1996 ^e	2.5	6.5	46.5	31.7	12.5	7.2	39.6
169	Burundi	1998 ^e	1.7	5.1	48.0	32.8	19.3	9.5	33.3
170	Ethiopia	1999 ^e	3.9	9.1	39.4	25.5	6.6	4.3	30.0
171	Central African Republic	1993 ^e	0.7	2.0	65.0	47.7	69.2	32.7	61.3
172	Guinea-Bissau	1993 ^e	2.1	5.2	53.4	39.3	19.0	10.3	47.0
173	Chad
174	Mali	1994 ^e	1.8	4.6	56.2	40.4	23.1	12.2	50.5
175	Burkina Faso	1998 ^e	1.8	4.5	60.7	46.3	26.2	13.6	48.2
176	Sierra Leone	1989 ^e	0.5	1.1	63.4	43.6	87.2	57.6	62.9
177	Niger	1995 ^e	0.8	2.6	53.3	35.4	46.0	20.7	50.5

NOTES

Because the underlying household surveys differ in method and in the type of data collected, the distribution data are not strictly comparable across countries.

a Data show the ratio of the income or consumption share of the richest group to that of the poorest. Because of rounding, results may differ from ratios calculated using the income or consumption shares in columns 2–5.

b A value of 0 represents perfect equality, and a value of 100 perfect inequality.

c Survey based on income.

d Data refer to urban areas only.

e Survey based on consumption.

SOURCES

Columns 1–5 and 8: World Bank 2005b.

Column 6: calculated on the basis of data in columns 2 and 5.

Column 7: calculated on the basis of data in columns 3 and 4.

TABLE 16

... to have access to the resources needed for a decent standard of living ...

The structure of trade

HDI rank	Imports of goods and services (% of GDP)		Exports of goods and services (% of GDP)		Primary exports (% of merchandise exports)		Manufactured exports (% of merchandise exports)		High-technology exports (% of manufactured exports)		Terms of trade (1980=100) ^a	
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002	
HIGH HUMAN DEVELOPMENT												
1	Norway	34	28	40	41	67	74	33	21	12	19	71
2	Iceland	33	39	34	35	91	85	8	15	10	6	..
3	Australia	17	22 ^b	17	20 ^b	73	61	24	30	8	14	87
4	Luxembourg	100	123	104	140	..	13	..	84	..	12	..
5	Canada	26	37 ^b	26	42 ^b	36	33	59	61	14	14	88
6	Sweden	29	37	30	44	16	13	83	81	13	15	110
7	Switzerland	34	37 ^b	36	44 ^b	6	7	94	93	12	22	..
8	Ireland	52	75 ^b	57	94 ^b	26	9	70	86	41	34	99
9	Belgium	69	80	71	82	..	17	..	80	..	8	105
10	United States	11	14 ^b	10	10 ^b	22	16	74	80	33	31	119
11	Japan	9	10	10	12	3	3	96	93	24	24	145
12	Netherlands	51	58 ^b	54	63 ^b	37	29	59	71	16	31	103
13	Finland	24	30	23	37	17	15	83	84	8	24	117
14	Denmark	31	37	36	43	35	30	60	66	15	20	110
15	United Kingdom	27	28	24	25	19	16	79	78	24	26	99
16	France	22	25	21	26	23	17	77	81	16	19	..
17	Austria	38	50	40	52	12	13	88	78	8	13	..
18	Italy	20	25	20	25	11	11	88	87	8	8	126
19	New Zealand	27	31 ^b	27	32 ^b	75	67	23	29	4	10	111
20	Germany	25	32	25	36	10	9	89	84	11	16	117
21	Spain	20	30	16	28	24	21	75	77	6	7	132
22	Hong Kong, China (SAR)	124	161	132	170	4	6	95	93	..	13	100
23	Israel	45	44	35	37	13	7	87	93	10	18	112
24	Greece	28	28	18	20	46	40	54	58	2	12	71
25	Singapore	27	12	72	85	40	59	77
26	Slovenia	..	60	..	60	..	10	..	90	..	6	..
27	Portugal	39	38 ^b	33	30 ^b	19	14	80	86	4	9	..
28	Korea, Rep. of	29	36	28	38	6	7	94	93	18	32	116
29	Cyprus	57	..	52	..	45	51	55	49	6	5	..
30	Barbados	52	55 ^b	49	52 ^b	55	46	43	52	..	14	..
31	Czech Republic	43	65	45	63	..	10	..	90	..	13	..
32	Malta	99	89 ^b	85	88 ^b	4	4 ^c	96	96 ^c	45	62 ^c	..
33	Brunei Darussalam	100	94	(.)	6	..	(.)	..
34	Argentina	5	14	10	25	71	72	29	27	..	9	74
35	Hungary	29	68 ^b	31	65 ^b	35	11	63	87	..	26	89
36	Poland	22	26	29	21	36	17	59	81	..	3	317
37	Chile	31	33	35	36	87	81	11	16	5	3	52
38	Estonia	..	83	..	75	..	26	..	74	..	13	..
39	Lithuania	61	60	52	54	..	37	..	63	..	5	..
40	Qatar	84	89 ^b	16	10 ^b	..	(.) ^b	..
41	United Arab Emirates	40	..	65	..	54	96 ^c	46	4 ^c	..	2 ^c	..
42	Slovakia	36	80	27	78	..	12	..	88	..	4	..
43	Bahrain	95	65 ^b	116	81 ^b	91	91	9	9	..	(.)	..
44	Kuwait	58	40 ^b	45	48 ^b	94	93 ^c	6	7 ^c	3	1 ^c	..
45	Croatia	..	57	..	47	..	28	..	72	..	12	..
46	Uruguay	18	23	24	26	61	66	39	34	..	2	118
47	Costa Rica	41	49	35	47	66	34	27	66	..	45	124
48	Latvia	49	57	48	47	..	40	..	60	..	4	..
49	Saint Kitts and Nevis	83	56	52	37	..	27 ^c	..	73 ^c	..	(.) ^c	..
50	Bahamas	37 ^c	..	1 ^c	..
51	Seychelles	67	77	62	77	(.)	5 ^b
52	Cuba	90 ^c	..	10 ^c	..	29 ^c	..
53	Mexico	20	30	19	28	56	18	43	81	8	21	30

HDI rank	Imports of goods and services (% of GDP)		Exports of goods and services (% of GDP)		Primary exports (% of merchandise exports)		Manufactured exports (% of merchandise exports)		High-technology exports (% of manufactured exports)		Terms of trade (1980=100) ^a	
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002	
54	Tonga	65	58 ^c	34	13 ^c	21
55	Bulgaria	37	63	33	53	..	29	..	66	..	4	..
56	Panama	79	58	87	59	78	89	21	11	..	1	85
57	Trinidad and Tobago	29	41	45	50	73	67 ^b	27	33 ^b	..	2 ^b	..
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT												
58	Libyan Arab Jamahiriya	31	36 ^b	40	48 ^b	95	..	5
59	Macedonia, TFYR	36	53	26	35	..	28	..	72	..	1	..
60	Antigua and Barbuda	87	68 ^b	89	60 ^b
61	Malaysia	72	93	75	114	46	22	54	77	38	58	..
62	Russian Federation	18	21	18	32	..	65	..	21	..	19	..
63	Brazil	7	13	8	17	47	47	52	52	7	12	145
64	Romania	26	39	17	33	26	17	73	83	2	4	..
65	Mauritius	71	57	64	60	34	26	66	74	1	5	94
66	Grenada	63	57 ^b	42	47 ^b	..	82	20	18	..	1	..
67	Belarus	44	70	46	66	..	35	..	62	..	4	..
68	Bosnia and Herzegovina	..	59	..	25
69	Colombia	15	22	21	21	74	64	25	36	..	7	71
70	Dominica	81	62	55	54	32	60	..	7	..
71	Oman	31	35 ^b	53	57 ^b	94	85	5	14	2	2	..
72	Albania	23	42	15	19	..	16	..	84	..	1	..
73	Thailand	42	59	34	66	36	22	63	75	21	30	69
74	Samoa (Western)	19	4	81	..	(.)	..
75	Venezuela	20	15	39	31	90	87	10	13	4	4	37
76	Saint Lucia	84	69	73	56	..	76 ^b	28	26	..	8	..
77	Saudi Arabia	32	24	41	47	93	90 ^b	7	10 ^b	..	(.) ^b	..
78	Ukraine	29	48	28	53	..	32 ^b	..	67 ^b	..	5 ^b	..
79	Peru	14	18	16	18	82	78	18	22	..	2	50
80	Kazakhstan	..	44	..	50	..	82	..	18	..	9	..
81	Lebanon	100	39	18	13	..	31	..	68	..	2	..
82	Ecuador	32	29	33	24	98	88	2	12	(.)	6	36
83	Armenia	46	50	35	32	..	38	..	62	..	1	..
84	Philippines	33	51	28	48	31	10	38	90	..	74	85
85	China	14	32	18	34	27	9	72	91	..	27	..
86	Suriname	44	45 ^b	42	21 ^b	26	..	74	7 ^b	..	(.) ^c	..
87	Saint Vincent and the Grenadines	77	65	66	47	..	91 ^b	..	10	..	(.) ^b	..
88	Paraguay	39	47	33	32	..	86	10	14	(.)	6	175
89	Tunisia	51	47	44	43	31	19	69	81	2	4	85
90	Jordan	93	70	62	45	..	31	51	69	1	2	129
91	Belize	60	67	62	54	15	1 ^b	..	(.) ^b	..
92	Fiji	67	66 ^c	62	73 ^c	63	55	36	44	12	1	..
93	Sri Lanka	38	42	29	36	42	25 ^b	54	74 ^b	1	1 ^b	..
94	Turkey	18	31	13	28	32	15	68	84	1	2	94
95	Dominican Republic	44	54	34	52	..	60 ^c	..	34 ^c	..	1 ^c	57
96	Maldives	64	66	24	85	32
97	Turkmenistan	..	42 ^c	..	41 ^c
98	Jamaica	52	59	48	41	31	36 ^b	69	64 ^b	..	(.) ^b	..
99	Iran, Islamic Rep. of	24	23	22	25	..	92	..	8	..	2	..
100	Georgia	46	46	40	32	..	69	..	31	..	24	..
101	Azerbaijan	39	67	44	43	..	93	..	6	..	5	..
102	Occupied Palestinian Territories	..	49	..	10
103	Algeria	25	24	23	39	97	98	3	2	..	2	31
104	El Salvador	31	43	19	27	62	43	38	57	..	5	123
105	Cape Verde	44	68	13	32	96 ^c	..	1 ^c	100
106	Syrian Arab Republic	28	33	28	40	64	89	36	11	..	1	..

TABLE 16

The structure of trade

HDI rank	Imports of goods and services (% of GDP)		Exports of goods and services (% of GDP)		Primary exports (% of merchandise exports)		Manufactured exports (% of merchandise exports)		High-technology exports (% of manufactured exports)		Terms of trade (1980=100) ^a
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002
107 Guyana	80	106 ^b	63	93 ^b	..	75	..	24	..	1	..
108 Viet Nam	45	68	36	60	..	49 ^b	..	50 ^b	..	2 ^b	..
109 Kyrgyzstan	50	42	29	38	..	60	..	39	..	2	..
110 Indonesia	24	26	25	31	65	48	35	52	1	14	..
111 Uzbekistan	48	30	29	37
112 Nicaragua	46	51	25	24	92	87	8	13	..	4	71
113 Bolivia	24	25	23	24	95	83	5	17	..	8	47
114 Mongolia	53	80	24	68	..	62	..	38	..	(.)	..
115 Moldova, Rep. of	51	88	49	54	..	68	..	32	..	3	..
116 Honduras	40	54	36	36	91	79 ^b	9	21 ^b	..	(.) ^b	81
117 Guatemala	25	28	21	16	76	60	24	40	..	7	86
118 Vanuatu	77	..	49	13	..	20
119 Egypt	33	24	20	22	57	63	42	31	..	(.)	53
120 South Africa	19	26	24	28	..	42	..	58	..	5	86
121 Equatorial Guinea	70	..	32
122 Tajikistan	35	79	28	60
123 Gabon	31	41	46	62	58
124 Morocco	32	36	26	32	48	31	52	69	..	11	106
125 Namibia	67	47	52	39	..	58	..	41	..	3	..
126 São Tomé and Príncipe	72	83	14	38
127 India	9	16	7	14	28	22	71	77	2	5	131
128 Solomon Islands	73	33 ^b	47	31 ^b
129 Myanmar	5	..	3
130 Cambodia	13	71	6	62	..	99	..	1
131 Botswana	50	34	55	44	..	9 ^c	..	91 ^c	..	(.) ^c	106
132 Comoros	35	25	14	13	109
133 Lao People's Dem. Rep.	25	25	11	25
134 Bhutan	32	43 ^b	28	22 ^b
135 Pakistan	23	20	16	20	21	15	79	85	(.)	1	88
136 Nepal	22	29	11	17	83
137 Papua New Guinea	49	..	41	..	89	94	10	6	..	39	..
138 Ghana	26	52	17	40	..	84 ^c	..	16 ^c	..	3 ^c	58
139 Bangladesh	14	20	6	14	..	10	77	89	(.)	(.)	..
140 Timor-Leste
141 Sudan	..	12	..	16	..	97 ^b	..	3 ^b	..	7 ^b	91
142 Congo	46	53	54	78	51
143 Togo	45	47	33	34	89	42	9	58	..	1	87
144 Uganda	19	26	7	12	..	91	..	9	..	8	..
145 Zimbabwe	23	22 ^b	23	24 ^b	68	62 ^b	31	38 ^b	2	3 ^b	115
LOW HUMAN DEVELOPMENT											
146 Madagascar	28	32	17	21	85	61	14	38	8	(.)	108
147 Swaziland	76	94	77	84	..	23 ^b	..	76 ^b	..	1 ^b	100
148 Cameroon	17	25	20	26	91	93	9	7	3	2	108
149 Lesotho	122	95	17	41	76
150 Djibouti	44	..	8
151 Yemen	20	36	14	31
152 Mauritania	61	75	46	34	..	79	..	21	124
153 Haiti	20	37 ^b	18	13 ^b	15	..	85	..	14	..	50
154 Kenya	31	29	26	25	71	76	29	24	4	4	101
155 Gambia	72	45	60	41	55
156 Guinea	31	25	31	22	..	75 ^b	..	25 ^b	..	(.) ^b	..
157 Senegal	30	40	25	28	77	64	23	34	..	9	96
158 Nigeria	29	41	43	50	28
159 Rwanda	14	28	6	9	..	90	..	10	..	25	133

HDI rank	Imports of goods and services (% of GDP)		Exports of goods and services (% of GDP)		Primary exports (% of merchandise exports)		Manufactured exports (% of merchandise exports)		High-technology exports (% of manufactured exports)		Terms of trade (1980=100) ^a
	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	2002
160 Angola	21	67	39	71	100	..	(.)
161 Eritrea	..	99	..	14
162 Benin	26	27	14	14	..	92 ^b	..	8 ^b	..	2 ^b	126
163 Côte d'Ivoire	27	34	32	47	..	78	..	20	..	8	103
164 Tanzania, U. Rep. of	37	27	13	18	..	82	..	18	..	2	..
165 Malawi	33	41	24	27	95	88	5	12	(.)	1	64
166 Zambia	37	28	36	21	..	86 ^b	..	14 ^b	..	2 ^b	79
167 Congo, Dem. Rep. of the	29	22 ^b	30	19 ^b	10	104
168 Mozambique	36	39	8	23	..	91 ^c	..	8 ^c	..	3 ^c	..
169 Burundi	28	18	8	7	2 ^b	..	22 ^b	58
170 Ethiopia	12	37	8	17	..	89	..	11	..	(.)	..
171 Central African Republic	28	31	15	24	..	51 ^b	..	37	..	(.)	78
172 Guinea-Bissau	37	44	10	30	86
173 Chad	28	53	13	21	141
174 Mali	34	31	17	26	..	59 ^c	2	40 ^c	..	8 ^c	95
175 Burkina Faso	24	23	11	9	..	82 ^b	..	17 ^b	..	2 ^b	220
176 Sierra Leone	24	49	22	22	7 ^b	..	31 ^b	225
177 Niger	22	25	15	16	..	91	..	8	..	3	..
Developing countries	24	33	25	35	..	29	58	73	..	21	..
Least developed countries	22	30	13	22
Arab States	38	30 ^b	38	36 ^b	81	86 ^b	16	20 ^b	..	2	..
East Asia and the Pacific	32	48	33	52	..	13	75	86	..	29	..
Latin America and the Caribbean	15	21	17	24	65	44	36	55	7	14	..
South Asia	13	18	11	17	..	43	71	61	..	3	..
Sub-Saharan Africa	26	33	27	33
Central and Eastern Europe and the CIS	26	37	27	37	..	36	..	58	..	13	..
OECD	18	22 ^b	17	21 ^b	20	16	76	79	18	18	..
High-income OECD	18	21 ^b	17	21 ^b	19	16	78	79	18	18	..
High human development	19	23 ^b	18	22 ^b	21	18	76	79	18	17	..
Medium human development	20	28	20	31	..	36	51	63	..	21	..
Low human development	29	37	27	34
High income	19	22 ^b	18	22 ^b	20	17	78	80	18	18	..
Middle income	21	30	22	33	..	34	48	65	..	21	..
Low income	17	24	13	21	..	40 ^b	..	60 ^b	..	4	..
World	19	24 ^b	19	24 ^b	..	22	72	77	18	18	..

NOTES

^a The ratio of the export price index to the import price index measured relative to the base year 1980. A value of more than 100 means that the price of exports has risen relative to the price of imports.

^b Data refer to 2002.

^c Data refer to 2001.

SOURCES

Columns 1–10: World Bank 2005c, based on data from United Nations Conference on Trade and Development.

Column 11: calculated on the basis of data on terms of trade from World Bank 2005c.

TABLE 17

... to have access to the resources needed for a decent standard of living ...

Rich country responsibilities: aid

HDI rank	MDG Net official development assistance (ODA) disbursed			ODA per capita of donor country (2002 US\$)		MDG ODA to least developed countries ^b (% of total)		MDG ODA to basic social services ^c (% of total allocable by sector)		MDG Untied bilateral ODA (% of total)	
	Total ^a (US\$ millions)	As % of GNI		1990	2003	1990	2003	1996/97 ^e	2002/03 ^e	1990	2003
	2003	1990 ^d	2003								
1 Norway	2,042	1.17	0.92	314	388	44	39	12.9	20.2	61	100
3 Australia	1,219	0.34	0.25	49	50	18	21	7.5	18.1	33	67
4 Luxembourg	194	0.21	0.81	73	354	39	34
5 Canada	2,031	0.44	0.24	80	55	30	31	5.7	27.8	47	53
6 Sweden	2,400	0.91	0.79	184	218	39	34	10.5	17.0	87	94
7 Switzerland	1,299	0.32	0.39	119	154	43	31	8.6	14.3	78	96
8 Ireland	504	0.16	0.39	19	103	37	53	0.5	30.6	..	100
9 Belgium	1,853	0.46	0.60	88	145	41	59	11.3	19.4	..	99
10 United States	16,254	0.21	0.15	58	55	19	28	22.7	23.4
11 Japan	8,880	0.31	0.20	83	66	19	22	3.0	5.0	89	96
12 Netherlands	3,981	0.92	0.80	179	199	33	32	12.4	19.9	56	..
13 Finland	558	0.65	0.35	131	89	38	33	6.5	13.4	32	86
14 Denmark	1,748	0.94	0.84	227	265	39	38	9.6	14.3	..	71
15 United Kingdom	6,282	0.27	0.34	55	95	32	36	23.5	28.9	..	100
16 France	7,253	0.60	0.41	119	100	32	41	..	10.3	64	93
17 Austria	505	0.11	0.20	21	51	63	33	5.0	7.1	32	51
18 Italy	2,433	0.31	0.17	54	34	41	45	7.2	20.0	22	..
19 New Zealand	165	0.23	0.23	27	32	19	27	..	14.8	100	81
20 Germany	6,784	0.42	0.28	96	68	28	37	9.8	11.5	62	95
21 Spain	1,961	0.20	0.23	23	37	20	17	13.9	12.4	..	56
24 Greece	362	..	0.21	..	26	..	15	16.9	18.4	..	94
27 Portugal	320	0.24	0.22	18	25	70	64	6.4	2.9	..	94
DAC	69,029 T	0.33	0.25	72	70	29	33	9	17	73	92

NOTES

This table presents data for members of the Development Assistance Committee (DAC) of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD).

- a** Some non-DAC countries and areas also provide ODA. According to OECD 2005e, net ODA disbursed in 2003 by Czech Republic, Hungary, Iceland, Israel, Republic of Korea, Kuwait, Poland, Saudi Arabia, Slovak Republic, Turkey, United Arab Emirates and other small donors, including Estonia, Latvia and Lithuania, totalled \$3,278 million. China also provides aid but does not disclose the amount.
- b** Includes imputed multilateral flows that make allowance for contributions through multilateral organizations. These are calculated using the geographic distribution of disbursements for the year specified.
- c** Data refer to the share of sector-allocable ODA; they exclude technical cooperation and administrative costs.
- d** Data for individual countries (but not the DAC average) include forgiveness of non-ODA claims.
- e** Data refer to the average for the years specified.

SOURCE

All columns: OECD 2005c; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the OECD.

TABLE 18

Rich country responsibilities: debt relief and trade

HDI rank	Debt relief		Trade			
	Bilateral pledges to the HIPC trust fund ^a (US\$ millions)	Gross bilateral debt forgiveness (US\$ millions)	Goods imports			
			From developing countries		From least developed countries	
			Total (US\$ millions)	Share of total imports (%)	Total (US\$ millions)	Share of total imports (%)
2004	1990–2003	2003	2003	2003	2003	
1 Norway	127	237	5,260	13	81	0.2
3 Australia	14	83	34,143	40	148	0.2
4 Luxembourg	4	..	298	2	6	..
5 Canada	165	1,567	46,012	19	770	0.3
6 Sweden	109	286	7,556	9	169	0.2
7 Switzerland	93	340	8,142	8	118	0.1
8 Ireland	25	..	8,833	16	136	0.3
9 Belgium	64	1,468	29,066	12	2,181	0.9
10 United States	750	10,882	641,803	49	11,525	0.9
11 Japan	256	4,331	237,583	62	1,584	0.4
12 Netherlands	242	2,170	50,887	24	657	0.3
13 Finland	51	156	4,899	12	157	0.4
14 Denmark	80	377	6,815	12	168	0.3
15 United Kingdom	436	2,574	79,488	20	1,587	0.4
16 France	258	15,878	64,258	18	2,598	0.7
17 Austria	50	709	7,997	9	179	0.2
18 Italy	217	2,334	55,504	19	1,400	0.5
19 New Zealand	2	..	5,675	31	29	0.2
20 Germany	350	7,371	98,247	16	2,761	0.5
21 Spain	165	1,208	45,009	21	1,647	0.8
24 Greece	17	..	9,835	22	180	0.4
27 Portugal	24	476	5,943	13	234	0.5

Table 18b OECD country support to domestic agriculture

% of GDP

	MDG	
	1990	2003 ^a
Australia	0.8	0.3
Canada	1.7	0.9
Czech Republic	..	1.5
European Union ^b	2.2	1.3
Hungary	..	2.4
Iceland	4.6	1.9
Japan	1.7	1.3
Korea	8.7	3.9
Mexico	2.9	1.1
New Zealand	0.5	0.4
Norway	3.2	1.5
Poland	..	0.7
Slovak Republic	..	1.5
Switzerland	3.3	2.0
Turkey	4.3	4.4
United States	1.2	0.9
OECD	1.8	1.2

a. Provisional data.

b. No data are available for individual member countries of the European Union. The member countries in 2003 were Austria, Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Ireland, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Portugal, Spain, Sweden and the United Kingdom. Austria, Finland and Sweden joined in 1995 and thus are not included in the data for 1990.

Source: OECD 2005a; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the Organisation for Economic Co-operation and Development.

NOTES

This table presents data for members of the Development Assistance Committee of the Organisation for Economic Co-operation and Development.

a. The Debt Initiative for Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) is a mechanism for debt relief, jointly overseen by the International Monetary Fund and the World Bank. Bilateral and multilateral creditors have provided debt relief through this framework since 1996. Includes pledges through the European Union.

SOURCES

Column 1: IMF and IDA 2004.

Column 2: calculated on the basis of data on debt cancellation from OECD 2005f.

Columns 3–6: calculated on the basis of data from UN 2005a.

TABLE 19

... to have access to the resources needed for a decent standard of living ...

Flows of aid, private capital and debt

HDI rank	Official development assistance (ODA) received ^a (net disbursements)						MDG Total debt service					
	Total (US\$ millions)	Per capita (US\$)	As % of GDP		Net foreign direct investment inflows ^b (% of GDP)		Other private flows ^{b, c} (% of GDP)		As % of GDP		As % of exports of goods, services and net income from abroad	
			1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003
HIGH HUMAN DEVELOPMENT												
22 Hong Kong, China (SAR)	5.0	0.7	0.1	(.)	..	8.6
23 Israel	440.0	65.8	2.6	0.4	0.3	3.3
25 Singapore	7.1	1.7	(.)	(.)	15.1	12.5
26 Slovenia	65.9	33.6	..	0.2	..	1.2
28 Korea, Rep. of	-457.7	-9.6	(.)	-0.1	0.3	0.5
29 Cyprus	18.7	24.2	0.7	0.2	2.3	9.0
30 Barbados	19.9	73.4	0.2	0.8	6.5	2.2	-0.8	3.1	8.2	3.2	14.6	5.6
31 Czech Republic	263.3	25.8	(.)	0.3	0.0	2.8	..	3.2	..	6.1	..	3.0
32 Malta	10.1	25.3	0.2	0.2
33 Brunei Darussalam	0.5	1.3
34 Argentina	109.4	2.9	0.1	0.1	1.3	0.8	-1.5	0.1	4.4	10.8	34.7	34.7
35 Hungary	248.4	24.5	0.2	0.3	0.9	3.0	-1.4	3.2	12.8	18.3	33.4	6.8
36 Poland	1,191.5	31.2	2.2	0.6	0.2	2.0	(.)	1.4	1.6	9.1	4.4	6.5
37 Chile	75.6	4.8	0.3	0.1	2.2	4.1	5.1	1.2	9.1	11.7	18.1	5.5
38 Estonia	84.5	62.6	..	0.9	0.0	9.8	..	14.1	..	13.4	..	0.9
39 Lithuania	372.0	107.7	..	2.0	0.0	1.0	..	-1.8	..	36.4	..	11.3
40 Qatar	2.0	3.2	(.)
41 United Arab Emirates	5.2	1.3	(.)
42 Slovakia	159.9	29.7	(.)	0.5	0.0	1.8	..	2.9	..	10.7	..	6.9
43 Bahrain	37.5	52.7	3.2
44 Kuwait	4.4	1.9	(.)	(.)	0.0	-0.2
45 Croatia	120.6	27.1	..	0.4	0.0	6.9	..	20.9	..	11.8	..	7.9
46 Uruguay	16.8	5.0	0.6	0.1	0.0	2.5	-2.1	-2.1	10.6	7.8	35.2	23.1
47 Costa Rica	28.3	7.1	4.0	0.2	2.8	3.3	-2.5	1.5	8.8	4.8	22.0	8.9
48 Latvia	113.7	49.0	..	1.0	0.0	2.7	..	2.4	..	8.4	..	4.0
49 Saint Kitts and Nevis	(.)	-0.2	5.1	(.)	30.7	15.2	-0.3	12.0	1.9	12.6	3.4	34.9
50 Bahamas	3.9	12.3	0.1	0.1	-0.6	2.8
51 Seychelles	9.2	110.1	9.8	1.3	5.5	8.1	-1.7	-5.1	5.9	11.0	7.8	13.6
52 Cuba	70.0	6.2
53 Mexico	103.2	1.0	0.1	(.)	1.0	1.7	2.7	-0.2	4.3	6.5	18.3	11.3
54 Tonga	27.5	269.2	26.3	16.9	0.2	1.7	-0.1	0.0	1.7	2.3	3.5	5.8 ^d
55 Bulgaria	414.4	53.0	0.1	2.1	0.0	7.1	..	1.2	..	5.8	18.6	7.6
56 Panama	30.5	10.2	1.9	0.2	2.6	6.1	-0.1	2.2	6.5	7.4	4.1	9.2
57 Trinidad and Tobago	-2.3	-1.8	0.4	(.)	2.2	5.9	-3.5	0.0	8.9	2.4	15.6	3.6
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT												
58 Libyan Arab Jamahiriya	10.0	1.8	0.1
59 Macedonia, TFYR	233.5	114.0	..	5.0	0.0	2.0	..	-0.1	..	5.2	..	8.7
60 Antigua and Barbuda	5.0	64.1	1.2	0.7
61 Malaysia	109.1	4.4	1.1	0.1	5.3	2.4	-4.2	-0.3	9.8	9.1	10.6	4.7
62 Russian Federation	1,254.8	8.8	(.)	0.3	0.0	1.8	..	1.8	..	4.4	..	8.3
63 Brazil	296.0	1.7	(.)	0.1	0.2	2.1	-0.1	0.7	1.8	11.5	18.5	38.6
64 Romania	601.2	27.1	0.6	1.1	0.0	3.2	(.)	3.6	(.)	6.4	0.0	10.4
65 Mauritius	-15.1	-12.4	3.7	-0.3	1.7	1.2	1.9	0.5	6.5	4.5	7.3	4.7
66 Grenada	11.7	111.9	6.3	2.7	5.8	0.0	0.1	0.9	1.5	7.0	3.1	17.5
67 Belarus	31.9	3.2	..	0.2	0.0	1.0	..	-0.3	..	1.4	..	1.7
68 Bosnia and Herzegovina	538.8	130.1	..	7.7	..	5.5	..	0.3	..	2.6	..	6.4
69 Colombia	802.1	18.1	0.2	1.0	1.2	2.2	-0.4	-3.7	9.7	10.7	34.5	34.6
70 Dominica	10.9	153.8	11.9	4.2	7.7	0.0	-0.3	-0.3	3.5	6.5	6.0	13.4
71 Oman	44.5	17.1	0.6	..	1.4	..	-3.8	-5.5	7.0	8.6 ^d	12.0	5.3
72 Albania	342.3	108.0	0.5	5.6	0.0	2.9	..	(.)	..	0.9	0.9	3.6
73 Thailand	-966.3	-15.6	0.9	-0.7	2.9	1.4	2.3	-0.6	6.2	10.5	11.4	8.0
74 Samoa (Western)	33.0	185.6	23.7	12.3	3.3	-0.1	0.0	0.0	2.7	4.9	10.6	..
75 Venezuela	82.2	3.2	0.2	0.1	0.9	3.0	-1.2	1.2	10.3	10.4

HDI rank	Official development assistance (ODA) received ^a (net disbursements)								MDG Total debt service			
	Total (US\$ millions)	Per capita (US\$)	As % of GDP		Net foreign direct investment inflows ^b (% of GDP)		Other private flows ^{b, c} (% of GDP)		As % of GDP		As % of exports of goods, services and net income from abroad	
			1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003
	2003	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003
76 Saint Lucia	14.8	92.3	3.1	2.1	11.3	4.6	-0.2	1.3	1.6	4.7	2.1	7.4
77 Saudi Arabia	21.9	1.0	(.)	(.)
78 Ukraine	322.9	6.7	0.4	0.7	0.0	2.9	..	0.3	..	7.4	..	5.5
79 Peru	500.2	18.4	1.5	0.8	0.2	2.3	0.1	2.0	1.8	4.2	7.3	20.8
80 Kazakhstan	268.4	18.0	..	0.9	0.0	7.0	..	12.1	..	17.8	..	3.0
81 Lebanon	228.3	50.8	8.9	1.2	0.2	1.9	0.2	0.2	3.5	17.1	3.2	81.5
82 Ecuador	176.2	13.5	1.6	0.6	1.2	5.7	0.6	2.2	10.5	8.9	31.0	19.7
83 Armenia	247.4	81.0	..	8.8	0.0	4.3	..	-0.2	..	3.4	..	8.7
84 Philippines	737.2	9.1	2.9	0.9	1.2	0.4	0.2	1.3	8.1	12.8	25.6	13.8
85 China	1,324.6	1.0	0.6	0.1	1.0	3.8	1.3	0.4	2.0	2.6	10.6	2.8
86 Suriname	10.9	24.9	15.5	0.9
87 Saint Vincent and the Grenadines	6.3	58.0	7.8	1.7	3.9	10.1	0.0	5.5	2.2	3.9	3.1	6.7 ^d
88 Paraguay	50.7	9.0	1.1	0.8	1.5	1.5	-0.2	0.5	6.2	5.1	11.5	6.6
89 Tunisia	305.5	30.9	3.2	1.2	0.6	2.2	-1.6	3.1	11.6	6.4	25.6	13.7
90 Jordan	1,234.3	232.5	22.1	12.5	0.9	3.8	5.3	-5.4	15.6	11.7	22.1	22.6
91 Belize	12.1	46.5	7.4	1.2	4.2	4.0	1.4	18.0	4.9	13.6	7.0	24.9
92 Fiji	51.1	61.2	3.7	2.5	6.8	1.0	-1.2	-0.1	7.8	1.4	9.0	..
93 Sri Lanka	671.9	35.0	9.1	3.7	0.5	1.3	0.1	(.)	4.8	3.3	14.8	7.8
94 Turkey	165.8	2.4	0.8	0.1	0.5	0.6	0.8	0.5	4.9	11.7	29.9	20.3
95 Dominican Republic	69.0	7.9	1.4	0.4	1.9	1.9	(.)	4.9	3.3	5.6	10.7	7.4
96 Maldives	18.0	61.3	9.8	2.5	2.6	1.9	0.5	1.4	4.1	3.0	4.0	3.5
97 Turkmenistan	27.2	5.6	..	0.4	0.0	1.6	5.7
98 Jamaica	3.4	1.3	5.9	(.)	3.0	8.8	-1.0	-2.6	14.4	10.1	27.0	21.4
99 Iran, Islamic Rep. of	133.1	2.0	0.1	0.1	-0.3	0.1	(.)	0.8	0.5	1.2	1.3	3.6
100 Georgia	219.8	42.9	..	5.5	0.0	8.5	..	-0.4	..	4.5	..	10.0
101 Azerbaijan	296.7	36.0	..	4.2	0.0	46.0	..	-0.7	..	3.4	..	6.0
102 Occupied Palestinian Territories	971.6	288.6	..	28.1
103 Algeria	232.2	7.3	0.2	0.3	(.)	1.0	-0.7	-0.1	14.2	6.5	63.7	..
104 El Salvador	191.8	29.4	7.2	1.3	(.)	0.6	0.1	2.1	4.3	3.7	18.2	11.7
105 Cape Verde	143.7	305.7	31.8	18.0	0.1	1.9	(.)	0.2	1.7	2.7	8.9	7.2
106 Syrian Arab Republic	160.3	9.2	5.6	0.7	0.6	0.7	-0.1	(.)	9.7	1.6	20.3	3.0
107 Guyana	86.6	112.6	42.6	11.7	2.0	3.5	-4.1	-0.2	74.5	7.8	..	9.5 ^{e, f}
108 Viet Nam	1,768.6	21.8	2.9	4.5	2.8	3.7	0.0	-0.7	2.7	2.1	..	3.3
109 Kyrgyzstan	197.7	39.1	..	10.4	0.0	2.4	..	-3.0	..	7.1	..	7.7
110 Indonesia	1,743.5	8.1	1.5	0.8	1.0	-0.3	1.6	-1.5	8.7	8.9	25.6	12.8
111 Uzbekistan	194.4	7.6	..	2.0	0.0	0.7	..	0.1	..	8.2	..	19.6
112 Nicaragua	833.2	152.1	32.9	20.4	0.0	4.9	2.0	0.7	1.6	5.0	2.4	11.7 ^{e, f}
113 Bolivia	929.7	103.5	11.2	11.8	0.6	2.1	-0.5	1.6	7.9	5.4	33.5	20.1 ^{e, f}
114 Mongolia	247.1	99.7	..	19.4	..	10.3	..	(.)	..	22.6	0.3	4.4
115 Moldova, Rep. of	116.6	27.5	..	5.9	0.0	3.0	..	1.3	..	8.1	..	6.6
116 Honduras	389.0	55.8	14.7	5.6	1.4	2.8	1.0	-0.8	12.8	5.9	33.0	9.5 ^{e, g}
117 Guatemala	247.0	20.1	2.6	1.0	0.6	0.5	-0.1	-0.2	2.8	1.9	11.6	9.8
118 Vanuatu	32.4	154.4	33.0	11.4	8.7	6.7	-0.1	0.0	1.6	0.7	1.6	1.2
119 Egypt	893.8	13.2	12.6	1.1	1.7	0.3	-0.2	-0.7	7.1	3.4
120 South Africa	624.9	13.8	..	0.4	-0.1	0.5	..	2.1	..	2.7	0.0	4.3
121 Equatorial Guinea	21.3	43.1	46.0	0.7	8.4	49.1	0.0	0.0	3.9	0.3	11.5	..
122 Tajikistan	144.1	22.9	..	9.3	0.0	2.0	..	-1.6	..	5.7	..	7.7
123 Gabon	-10.7	-8.0	2.2	-0.2	1.2	0.9	0.5	-1.2	3.0	6.2	4.8	..
124 Morocco	522.8	17.4	4.1	1.2	0.6	5.2	1.2	0.3	6.9	9.8	27.9	25.7
125 Namibia	146.1	72.5	5.2	3.4
126 São Tomé and Príncipe	37.7	239.9	95.0	63.3	0.0	16.8	-0.2	0.0	4.9	11.1	28.7	24.6 ^{e, g}
127 India	942.2	0.9	0.4	0.2	0.1	0.7	0.5	1.1	2.6	3.4	29.3	18.1
128 Solomon Islands	60.2	131.8	21.7	23.8	4.9	-0.8	-1.5	-1.0	5.5	3.7	11.3	..
129 Myanmar	125.8	2.6	18.3	3.8 ^{e, h}

TABLE 19

Flows of aid, private capital and debt

HDI rank	Official development assistance (ODA) received ^a (net disbursements)								MDG			
	Total (US\$ millions)	Per capita (US\$)	As % of GDP		Net foreign direct investment inflows ^b (% of GDP)		Other private flows ^{b, c} (% of GDP)		Total debt service		As % of exports of goods, services and net income from abroad	
			1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003
130 Cambodia	508.0	37.9	3.7	12.0	0.0	2.1	0.0	0.0	2.7	0.6	..	0.9
131 Botswana	30.1	17.5	3.9	0.4	2.5	1.1	-0.5	(.)	2.8	0.7	4.3	1.3
132 Comoros	24.5	40.8	17.3	7.6	0.2	0.3	0.0	0.0	0.4	0.8	2.5	.. ^{e, h}
133 Lao People's Dem. Rep.	298.6	52.8	17.4	14.1	0.7	0.9	0.0	0.0	1.1	2.3	8.6	10.3 ^{e, h}
134 Bhutan	77.0	88.1	16.5	11.1	0.6	(.)	-0.9	0.0	1.8	1.0	5.3	4.7 ^d
135 Pakistan	1,068.4	7.2	2.8	1.3	0.6	0.6	-0.2	-0.5	4.8	3.7	22.9	16.8
136 Nepal	466.7	18.9	11.7	8.0	0.0	0.3	-0.4	(.)	1.9	1.9	15.2	10.0
137 Papua New Guinea	220.8	40.1	12.8	6.9	4.8	3.2	1.5	-3.1	17.2	9.3	18.4	7.3
138 Ghana	906.7	44.4	9.6	11.9	0.3	1.8	-0.3	-4.0	6.2	6.3	36.3	5.2 ^{e, f}
139 Bangladesh	1,393.4	10.1	7.0	2.7	(.)	0.2	0.2	(.)	2.5	1.3	34.8	8.3
140 Timor-Leste	150.8	186.1	..	44.2
141 Sudan	621.3	18.5	6.2	3.5	0.0	7.6	0.0	0.0	0.4	0.2	4.8	1.3 ^{e, h}
142 Congo	69.8	18.6	7.8	2.0	0.8	5.6	-3.6	0.0	19.0	1.7	32.2	3.8 ^{e, h}
143 Togo	44.8	9.2	16.0	2.5	1.1	1.1	0.3	0.0	5.3	0.9	11.5	1.9 ^{e, h}
144 Uganda	959.4	38.0	15.5	15.2	0.0	3.1	0.4	0.1	3.4	1.3	78.6	7.8 ^{e, f}
145 Zimbabwe	186.4	14.2	3.9	..	-0.1	..	1.1	-0.3	5.4	0.6 ^d	19.4	..
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
146 Madagascar	539.5	31.9	12.9	9.9	0.7	0.2	-0.5	(.)	7.2	1.3	44.4	4.7 ^{e, f}
147 Swaziland	27.1	24.5	6.3	1.5	3.5	2.4	-0.5	0.0	5.4	1.5	5.6	1.6
148 Cameroon	883.9	55.0	4.0	7.1	-1.0	1.7	-0.1	-0.5	4.6	3.6	13.1	8.7 ^{e, g}
149 Lesotho	79.0	44.1	23.0	6.9	2.8	3.7	(.)	-0.5	3.8	5.9	4.2	8.9
150 Djibouti	77.8	110.4	46.4	12.5	(.)	1.8	-0.1	0.0	3.6	2.5
151 Yemen	243.1	12.7	8.4	2.2	-2.7	-0.8	3.3	0.0	3.5	1.6	7.1	4.0
152 Mauritania	242.7	90.1	23.3	22.2	0.7	19.6	-0.1	0.3	14.3	5.0	28.8	15.7 ^{e, f}
153 Haiti	199.8	23.7	5.9	6.8	0.0	0.3	0.0	0.0	1.2	1.8	9.0	10.8
154 Kenya	483.5	15.2	13.9	3.4	0.7	0.6	0.8	0.8	9.2	4.0	28.6	14.5
155 Gambia	59.8	42.1	31.3	15.1	0.0	15.2	-2.4	0.0	11.9	5.0	21.8	14.0 ^{e, g}
156 Guinea	237.5	30.0	10.4	6.5	0.6	2.2	-0.7	0.0	6.0	3.6	19.6	10.7 ^{e, g}
157 Senegal	449.6	44.7	14.4	6.9	1.0	1.2	-0.2	(.)	5.7	3.8	18.3	23.4 ^{e, f}
158 Nigeria	317.6	2.3	0.9	0.5	2.1	2.1	-0.4	-0.4	11.7	2.8	22.3	..
159 Rwanda	331.6	40.2	11.3	20.3	0.3	0.3	-0.1	0.0	0.8	1.3	10.7	10.0 ^{e, g}
160 Angola	498.7	36.9	2.6	3.8	-3.3	10.7	5.6	3.7	3.2	10.1	7.1	14.8
161 Eritrea	307.3	70.0	..	40.9	..	2.9	..	0.0	..	1.6	..	13.0
162 Benin	293.7	43.7	14.5	8.5	3.4	1.5	(.)	0.0	2.1	1.7	9.2	6.3 ^{e, f}
163 Côte d'Ivoire	252.1	15.0	6.4	1.8	0.4	1.3	0.1	-0.8	11.7	4.2 ^{e, g}
164 Tanzania, U. Rep. of	1,669.3	46.5	27.5	16.2	0.0	2.4	0.1	0.2	4.2	0.9	31.3	5.8 ^{e, f}
165 Malawi	497.9	45.4	26.8	29.1	1.2	1.3	0.1	0.0	7.1	2.1	28.0	23.1 ^{e, g}
166 Zambia	560.1	53.8	14.6	12.9	6.2	2.3	-0.3	-0.2	6.2	9.0	14.6	14.1 ^{e, g}
167 Congo, Dem. Rep. of the	5,381.0	101.2	9.6	94.9	-0.2	2.8	-0.1	0.5	3.7	2.6	..	8.9 ^{e, g}
168 Mozambique	1,032.8	55.0	40.7	23.9	0.4	7.8	1.0	-0.5	3.2	2.0	17.3	3.9 ^{e, f}
169 Burundi	224.2	31.1	23.3	37.6	0.1	(.)	-0.5	1.3	3.7	4.9	41.7	63.6 ^{e, h}
170 Ethiopia	1,504.4	21.9	11.8	22.6	0.1	0.9	-0.7	-0.1	2.7	1.4	37.6	7.3 ^{e, f}
171 Central African Republic	49.9	12.9	16.8	4.2	(.)	0.3	(.)	0.0	2.0	0.1	12.5	.. ^{e, h}
172 Guinea-Bissau	145.2	97.5	52.7	60.8	0.8	0.9	(.)	0.0	3.4	6.4	22.1	9.4 ^{e, g}
173 Chad	246.9	28.8	18.0	9.5	0.5	32.1	(.)	0.0	0.7	1.8	3.8	5.4 ^{e, g}
174 Mali	527.6	45.3	19.9	12.2	0.2	3.0	(.)	0.0	2.8	1.8	14.7	5.8 ^{d, e, f}
175 Burkina Faso	451.1	37.3	10.6	10.8	(.)	0.3	(.)	(.)	1.1	1.2	7.8	12.5 ^{e, f}
176 Sierra Leone	297.4	55.7	9.4	37.5	5.0	0.4	0.6	-0.1	3.3	3.2	10.1	10.9 ^{e, g}
177 Niger	453.3	38.5	16.0	16.6	1.6	1.1	0.4	-0.3	4.0	1.2	6.6	6.4 ^{e, f}

HDI rank	Official development assistance (ODA) received ^a (net disbursements)								MDG Total debt service			
	Total (US\$ millions)	Per capita (US\$)	As % of GDP		Net foreign direct investment inflows ^b (% of GDP)		Other private flows ^{b, c} (% of GDP)		As % of GDP		As % of exports of goods, services and net income from abroad	
			1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003	1990	2003
Developing countries	65,401.3 T	9.7	2.7	3.0	0.9	2.3	0.4	0.3	3.5	4.7	21.9	17.6
Least developed countries	23,457.4 T	33.4	13.0	18.7	0.1	3.6	0.4	0.2	2.8	2.1	16.2	7.5
Arab States	8,320.3 T	27.5	6.8	1.6	0.5	1.7	-0.1	-0.1	4.1	2.5	..	15.5
East Asia and the Pacific	7,231.9 T	3.4	1.0	0.5	1.7	3.1	0.6	0.1	3.0	3.2	17.9	10.5
Latin America and the Caribbean	6,090.4 T	9.9	1.3	0.8	0.8	2.1	0.5	0.3	4.0	8.6	23.7	30.7
South Asia	6,623.8 T	4.3	1.6	0.7	(.)	0.6	0.3	0.8	2.6	2.9	19.5	13.5
Sub-Saharan Africa	22,691.8 T	32.9	12.0	18.6	0.4	2.2	0.3	0.7	3.8	2.9	..	9.6
Central and Eastern Europe and the CIS	4,885.9 T	24.0	(.)	2.9	(.)	2.6	0.5	7.7	13.5	17.3
OECD	269.0 T	1.0	1.4
High-income OECD	.. T	1.0	1.4
High human development	646.1 T	1.0	1.5
Medium human development	27,342.9 T	6.5	1.6	0.9	0.5	2.2	0.3	0.6	2.9	5.3	21.3	16.2
Low human development	18,565.3 T	27.9	11.7	18.7	0.5	2.8	0.4	0.1	6.4	3.3	20.6	10.2
High income	37.5 T	1.0	1.5
Middle income	18,969.6 T	8.4	1.2	0.4	0.6	2.4	0.4	0.7	3.1	6.4	20.8	17.9
Low income	32,128.3 T	13.7	4.6	6.1	0.3	1.5	0.4	0.5	3.6	3.1	24.9	13.5
World	69,783.7 T	10.9	0.9	1.6

NOTES

This table presents data for countries included in Parts I and II of the Development Assistance Committee's (DAC) list of aid recipients (OECD 2005e). The denominator conventionally used when comparing official development assistance and total debt service to the size of the economy is GNI, not GDP (see *Definitions of statistical terms*). GDP is used here, however, to allow comparability throughout the table. With few exceptions the denominators produce similar results.

a ODA receipts are total net ODA flows from DAC countries as well as Czech Republic, Hungary, Iceland, Israel, Republic of Korea, Kuwait, Poland, Saudi Arabia, Slovak Republic, Turkey, United Arab Emirates, other small donors, including Estonia, Israel, Latvia and Lithuania, and concessional lending from multilateral organizations.

b A negative value indicates that the capital flowing out of the country exceeds that flowing in.

c Other private flows combine non-debt-creating portfolio equity investment flows, portfolio debt flows and bank and trade-related lending.

d Data refer to 2002.

e Country included in the Debt Initiative for Heavily Indebted Poor Countries (HIPC).

f Completion point reached under the HIPC Initiative.

g Decision point reached under the HIPC Initiative.

h Decision and completion points not yet reached under the HIPC Initiative.

SOURCES

Column 1: OECD 2005f; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the Organisation for Economic Co-operation and Development.

Columns 2-4: OECD 2005f.

Columns 5 and 6: World Bank 2005c; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the World Bank.

Columns 7 and 8: calculated on the basis of data on portfolio investment (bonds and equity), bank and trade-related lending and GDP data from World Bank 2005c.

Columns 9 and 10: calculated on the basis of data on total debt service and GDP from World Bank 2005c.

Columns 11 and 12: UN 2005f, based on a joint effort by the International Monetary Fund and the World Bank.

TABLE 20

. . . to have access to the resources needed for a decent standard of living . . .

Priorities in public spending

HDI rank	Public expenditure on education (% of GDP)		Public expenditure on health (% of GDP)		Military expenditure ^a (% of GDP)		Total debt service ^b (% of GDP)	
	1990 ^c	2000–02 ^d	1990	2002	1990	2003	1990	2003
HIGH HUMAN DEVELOPMENT								
1 Norway	7.0	7.6	8.0	8.0	2.9	2.0
2 Iceland	5.4	6.0 ^e	8.3	8.3	0.0	0.0
3 Australia	4.9	4.9	6.5	6.5	2.1	1.9
4 Luxembourg	3.1	..	5.3	5.3	0.9	0.9
5 Canada	6.5	5.2	6.7	6.7	2.0	1.2
6 Sweden	7.1	7.7	7.8	7.8	2.6	1.8
7 Switzerland	4.9	5.8 ^e	6.5	6.5	1.8	1.0
8 Ireland	4.8	5.5	5.5	5.5	1.2	0.7
9 Belgium	5.0	6.3	6.5	6.5	2.4	1.3
10 United States	5.1	5.7	6.6	6.6	5.3	3.8
11 Japan	..	3.6	6.5	6.5	0.9	1.0
12 Netherlands	5.7	5.1	5.8	5.8	2.5	1.6
13 Finland	5.5	6.4	5.5	5.5	1.6	1.2
14 Denmark	..	8.5	7.3	7.3	2.0	1.5
15 United Kingdom	4.8	5.3	6.4	6.4	4.0	2.8
16 France	5.3	5.6	7.4	7.4	3.5	2.6
17 Austria	5.3	5.7	5.4	5.4	1.0	0.8
18 Italy	3.1	4.7	6.4	6.4	2.1	1.9
19 New Zealand	6.1	6.7	6.6	6.6	1.9	1.1
20 Germany	..	4.6	8.6	8.6	2.8 ^f	1.4
21 Spain	4.2	4.5	5.4	5.4	1.8	1.2
22 Hong Kong, China (SAR)	2.8	4.4
23 Israel	6.3	7.5	6.0	6.0	12.4	9.1
24 Greece	2.4	4.0	5.0	5.0	4.7	4.1
25 Singapore	3.1	..	1.3	1.3	4.9	5.2
26 Slovenia	..	6.1	6.2	6.2	..	1.5
27 Portugal	4.0	5.8	6.6	6.6	2.7	2.1
28 Korea, Rep. of	3.3	4.2	2.6	2.6	3.7	2.5
29 Cyprus	3.5	6.3	2.9	2.9	5.0	1.5
30 Barbados	7.8	7.6	4.7	4.7	8.2	3.2
31 Czech Republic	..	4.4	6.4	6.4	..	2.2	..	6.1
32 Malta	4.3	..	7.0	7.0	0.9	0.8
33 Brunei Darussalam	3.9	..	2.7	2.7
34 Argentina	..	4.0	4.5	4.5	1.2	1.2	4.4	10.8
35 Hungary	5.8	5.5	5.5	5.5	2.8	1.8	12.8	18.3
36 Poland	..	5.6	4.4	4.4	2.7	2.0	1.6	9.1
37 Chile	2.5	4.2	2.6	2.6	4.3	3.5	9.1	11.7
38 Estonia	..	5.7	3.9	3.9	..	1.9	..	13.4
39 Lithuania	4.6	5.9	4.3	4.3	..	1.6	..	36.4
40 Qatar	3.5	..	2.4	2.4
41 United Arab Emirates	1.8	1.6 ^e	2.3	2.3	6.2	3.1
42 Slovakia	5.1	4.4	5.3	5.3	..	1.9	..	10.7
43 Bahrain	4.1	..	3.2	3.2	5.1	5.1
44 Kuwait	4.8	..	2.9	2.9	48.5	9.0
45 Croatia	7.2	4.5	5.9	5.9	..	2.1	..	11.8
46 Uruguay	2.7	2.6	2.9	2.9	2.5	1.6	10.6	7.8
47 Costa Rica	4.4	5.1	6.1	6.1	0.0	0.0	8.8	4.8
48 Latvia	3.8	5.8	3.3	3.3	..	1.7	..	8.4
49 Saint Kitts and Nevis	2.6	7.6	3.4	3.4	1.9	12.6
50 Bahamas	4.0	..	3.4	3.4
51 Seychelles	7.8	5.2	3.9	3.9	4.0	1.7	5.9	11.0
52 Cuba	8.9	9.0	6.5	6.5
53 Mexico	3.6	5.3	2.7	2.7	0.5	0.5	4.3	6.5

HDI rank	Public expenditure on education (% of GDP)		Public expenditure on health (% of GDP)		Military expenditure ^a (% of GDP)		Total debt service ^b (% of GDP)	
	1990 ^c	2000–02 ^d	1990	2002	1990	2003	1990	2003
54 Tonga	..	4.9 ^e	5.1	5.1	1.7	2.3
55 Bulgaria	5.2	3.5	4.4	4.4	3.5	2.6	..	5.8
56 Panama	4.7	4.5	6.4	6.4	1.3	..	6.5	7.4
57 Trinidad and Tobago	3.7	4.3 ^e	1.4	1.4	8.9	2.4
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT								
58 Libyan Arab Jamahiriya	1.6	1.6	..	2.0
59 Macedonia, TFYR	..	3.5	5.8	5.8	..	2.5	..	5.2
60 Antigua and Barbuda	..	3.8	3.3	3.3
61 Malaysia	5.1	8.1	2.0	2.0	2.6	2.8	9.8	9.1
62 Russian Federation	3.5	3.8	3.5	3.5	12.3	4.3	..	4.4
63 Brazil	..	4.2	3.6	3.6	2.5	1.6	1.8	11.5
64 Romania	2.8	3.5	4.2	4.2	4.6	2.4	(.)	6.4
65 Mauritius	3.8	4.7	2.2	2.2	0.3	0.2	6.5	4.5
66 Grenada	5.1	5.1	4.0	4.0	1.5	7.0
67 Belarus	4.8	6.0 ^e	4.7	4.7	..	1.3	..	1.4
68 Bosnia and Herzegovina	4.6	4.6	..	2.9	..	2.6
69 Colombia	2.4	5.2	6.7	6.7	2.2	4.4	9.7	10.7
70 Dominica	4.6	4.6	3.5	6.5
71 Oman	3.1	4.6 ^e	2.8	2.8	16.5	12.2	7.0	0.0
72 Albania	5.9	..	2.4	2.4	5.9	1.2	..	0.9
73 Thailand	3.5	5.2	3.1	3.1	2.6	1.3	6.2	10.5
74 Samoa (Western)	3.2	4.8 ^e	4.7	4.7	2.7	4.9
75 Venezuela	3.0	..	2.3	2.3	..	1.3	10.3	10.4
76 Saint Lucia	..	7.7 ^e	3.4	3.4	1.6	4.7
77 Saudi Arabia	5.8	..	3.3	3.3	12.8	8.7
78 Ukraine	5.1	5.4	3.3	3.3	..	2.9	..	7.4
79 Peru	2.8	3.0	2.2	2.2	0.1	1.3	1.8	4.2
80 Kazakhstan	3.2	3.0	1.9	1.9	..	1.1	..	17.8
81 Lebanon	..	2.7	3.5	3.5	7.6	4.3	3.5	17.1
82 Ecuador	4.3	1.0 ^e	1.7	1.7	1.9	2.4	10.5	8.9
83 Armenia	7.0	3.2 ^e	1.3	1.3	..	2.7	..	3.4
84 Philippines	2.9	3.1	1.1	1.1	1.4	0.9	8.1	12.8
85 China	2.3	..	2.0	2.0	2.7	2.3	2.0	2.6
86 Suriname	6.4	..	5.2	5.2
87 Saint Vincent and the Grenadines	..	10.0	3.9	3.9	2.2	3.9
88 Paraguay	1.1	4.4	3.2	3.2	1.0	0.9	6.2	5.1
89 Tunisia	6.0	6.4	2.9	2.9	2.0	1.6	11.6	6.4
90 Jordan	8.1	..	4.3	4.3	9.9	8.9	15.6	11.7
91 Belize	4.6	5.2	2.5	2.5	1.2	..	4.9	13.6
92 Fiji	4.7	5.6 ^e	2.7	2.7	2.3	1.6	7.8	1.4
93 Sri Lanka	2.7	..	1.8	1.8	2.1	2.7	4.8	3.3
94 Turkey	2.2	3.7	4.3	4.3	3.5	4.9	4.9	11.7
95 Dominican Republic	..	2.3	2.2	2.2	3.3	5.6
96 Maldives	3.8	..	4.0	4.0 ^e	4.1	3.0
97 Turkmenistan	4.3	..	3.0	3.0
98 Jamaica	4.5	6.1	3.4	3.4	14.4	10.1
99 Iran, Islamic Rep. of	4.1	4.9	2.9	2.9	2.9	3.8	0.5	1.2
100 Georgia	..	2.2	1.0	1.0	..	1.1	..	4.5
101 Azerbaijan	7.7	3.2	0.8	0.8	..	1.9	..	3.4
102 Occupied Palestinian Territories
103 Algeria	5.3	..	3.2	3.2	1.5	3.3	14.2	6.5
104 El Salvador	1.9	2.9	3.6	3.6	2.7	0.7	4.3	3.7
105 Cape Verde	..	7.9	3.8	3.8	..	0.7	1.7	2.7
106 Syrian Arab Republic	4.0	..	2.3	2.3	6.9	7.1	9.7	1.6

TABLE 20

Priorities in public spending

HDI rank	Public expenditure on education (% of GDP)		Public expenditure on health (% of GDP)		Military expenditure ^a (% of GDP)		Total debt service ^b (% of GDP)	
	1990 ^c	2000–02 ^d	1990	2002	1990	2003	1990	2003
107 Guyana	3.4	8.4	4.3	4.3	0.9	..	74.5	7.8
108 Viet Nam	2.0	..	1.5	1.5	7.9	..	2.7	2.1
109 Kyrgyzstan	8.4	3.1 ^e	2.2	2.2	..	2.9	..	7.1
110 Indonesia	1.0	1.2	1.2	1.2	1.8	1.5	8.7	8.9
111 Uzbekistan	9.5	..	2.5	2.5	..	0.5	..	8.2
112 Nicaragua	3.4	3.1	3.9	3.9	10.6	0.9	1.6	5.0
113 Bolivia	2.3	6.3	4.2	4.2	2.4	1.7	7.9	5.4
114 Mongolia	12.3	9.0	4.6	4.6	5.7	22.6
115 Moldova, Rep. of	5.6	4.9	4.1	4.1	..	0.4	..	8.1
116 Honduras	3.2	3.2	..	0.4	12.8	5.9
117 Guatemala	1.4	..	2.3	2.3	1.5	0.5	2.8	1.9
118 Vanuatu	4.7	11.0 ^e	2.8	2.8	1.6	0.7
119 Egypt	3.9	..	1.8	1.8	3.9	2.6	7.1	3.4
120 South Africa	5.9	5.3 ^e	3.5	3.5	3.8	1.6	..	2.7
121 Equatorial Guinea	..	0.6	1.3	1.3	3.9	0.3
122 Tajikistan	..	2.8	0.9	0.9	..	2.2	..	5.7
123 Gabon	..	3.9 ^e	1.8	1.8	3.0	6.2
124 Morocco	5.3	6.5	1.5	1.5	4.1	4.2	6.9	9.8
125 Namibia	7.9	7.2	4.7	4.7	..	2.8
126 São Tomé and Príncipe	9.7	9.7	4.9	11.1
127 India	3.7	4.1	1.3	1.3	2.7	2.1	2.6	3.4
128 Solomon Islands	..	3.4 ^e	4.5	4.5	5.5	3.7
129 Myanmar	0.4	0.4	3.4	..	0.0	0.0
130 Cambodia	..	1.8	2.1	2.1	3.1	2.5	2.7	0.6
131 Botswana	6.2	2.2	3.7	3.7	4.1	4.1	2.8	0.7
132 Comoros	..	3.9	1.7	1.7	0.4	0.8
133 Lao People's Dem. Rep.	..	2.8 ^e	1.5	1.5	1.1	2.3
134 Bhutan	..	5.2	4.1	4.1	1.8	1.0
135 Pakistan	2.6	1.8 ^e	1.1	1.1	5.8	4.4	4.8	3.7
136 Nepal	2.0	3.4	1.4	1.4	0.9	1.6	1.9	1.9
137 Papua New Guinea	..	2.3 ^e	3.8	3.8	2.1	0.6	17.2	9.3
138 Ghana	3.2	..	2.3	2.3	0.4	0.7	6.2	6.3
139 Bangladesh	1.5	2.4	0.8	0.8	1.0	1.2	2.5	1.3
140 Timor-Leste	6.2	6.2
141 Sudan	6.0	..	1.0	1.0	3.6	2.4	0.4	0.2
142 Congo	5.0	3.2 ^e	1.5	1.5	..	1.4	19.0	1.7
143 Togo	5.5	2.6	5.1	5.1	3.1	1.6	5.3	0.9
144 Uganda	1.5	..	2.1	2.1	3.0	2.3	3.4	1.3
145 Zimbabwe	7.7	4.7 ^e	4.4	4.4	4.5	2.1	5.4	0.0
LOW HUMAN DEVELOPMENT								
146 Madagascar	2.1	2.9 ^e	1.2	1.2	1.2	..	7.2	1.3
147 Swaziland	5.8	7.1	3.6	3.6	2.1	..	5.4	1.5
148 Cameroon	3.2	3.8	1.2	1.2	1.5	1.5	4.6	3.6
149 Lesotho	6.2	10.4 ^e	5.3	5.3	4.5	2.6	3.8	5.9
150 Djibouti	3.5	..	3.3	3.3	6.3	..	3.6	2.5
151 Yemen	..	9.5 ^e	1.0	1.0	7.9	7.1	3.5	1.6
152 Mauritania	2.9	2.9	3.8	1.6	14.3	5.0
153 Haiti	1.5	..	3.0	3.0	1.2	1.8
154 Kenya	6.7	7.0	2.2	2.2	2.9	1.7	9.2	4.0
155 Gambia	3.8	2.8	3.3	3.3	1.1	0.5	11.9	5.0
156 Guinea	..	1.8 ^e	0.9	0.9	6.0	3.6
157 Senegal	3.9	3.6	2.3	2.3	2.0	1.5	5.7	3.8
158 Nigeria	0.9	..	1.2	1.2	0.9	1.2	11.7	2.8
159 Rwanda	..	2.8 ^e	3.1	3.1	3.7	2.8	0.8	1.3

HDI rank	Public expenditure on education (% of GDP)		Public expenditure on health (% of GDP)		Military expenditure ^a (% of GDP)		Total debt service ^b (% of GDP)	
	1990 ^c	2000–02 ^d	1990	2002	1990	2003	1990	2003
160 Angola	3.9	2.8 ^e	2.1	2.1	5.8	4.7	3.2	10.1
161 Eritrea	..	4.1	3.2	3.2	..	19.4	..	1.6
162 Benin	..	3.3 ^e	2.1	2.1	1.8	..	2.1	1.7
163 Côte d'Ivoire	..	4.6 ^e	1.4	1.4	1.3	1.5	11.7	4.2
164 Tanzania, U. Rep. of	2.8	..	2.7	2.7	..	2.1	4.2	0.9
165 Malawi	3.2	6.0	4.0	4.0	1.3	..	7.1	2.1
166 Zambia	2.4	2.0 ^e	3.1	3.1	3.7	..	6.2	9.0
167 Congo, Dem. Rep. of the	1.1	1.1 ^g	3.7	2.6
168 Mozambique	3.1	..	4.1	4.1	5.9	1.3	3.2	2.0
169 Burundi	3.4	3.9	0.6	0.6	3.4	5.9	3.7	4.9
170 Ethiopia	3.4	4.6 ^e	2.6	2.6	8.5	4.3	2.7	1.4
171 Central African Republic	2.2	..	1.6	1.6	..	1.3	2.0	0.1
172 Guinea-Bissau	3.0	3.0	3.4	6.4
173 Chad	2.7	2.7	..	1.5	0.7	1.8
174 Mali	2.3	2.3	2.1	1.9	2.8	1.8
175 Burkina Faso	2.4	..	2.0	2.0	3.0	1.3	1.1	1.2
176 Sierra Leone	..	3.7	1.7	1.7	1.4	1.7	3.3	3.2
177 Niger	3.2	2.3 ^e	2.0	2.0	4.0	1.2

NOTES

- a** As a result of a number of limitations in the data, comparisons of military expenditure data over time and across countries should be made with caution. For detailed notes on the data see SIPRI 2004.
- b** For aggregates, see table 19.
- c** Data may not be comparable across countries as a result of differences in methods of data collection.
- d** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- e** Data refer to United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Institute for Statistics estimate when national estimate is not available.
- f** Data refer to the Federal Republic of Germany before reunification.
- g** Data differ slightly from data presented in table 6 from WHO 2005a.

SOURCES

- Column 1:** calculated on the basis of GDP and public expenditure data from UNESCO Institute for Statistics 2005b.
- Column 2:** UNESCO Institute for Statistics 2005b.
- Columns 3 and 4:** World Bank 2005c.
- Columns 5 and 6:** SIPRI 2005a.
- Columns 7 and 8:** calculated on the basis of data on GDP and total debt service from World Bank 2005c.

TABLE 21

... to have access to the resources needed for a decent standard of living ...

Unemployment in OECD countries

HDI rank	Unemployed people (thousands)	MDG							
		Unemployment rate			Youth unemployment rate		Long-term unemployment (% of total unemployment)		
		Total (% of labour force)	Average annual (% of labour force)	Female (% of male rate)	Total (% of labour force ages 15–24) ^a	Female (% of male rate)	Women	Men	
2003	2003	1993–2003	2003	2003	2003	2003	2003		
HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
1	Norway	106.7	4.5	4.3	81	11.7	84	5.4	7.1
2	Iceland	5.5	3.4	3.5	82 ^b	7.2 ^b	46 ^b	13.3 ^b	9.5 ^b
3	Australia	607.4	6.0	7.7	104	11.6	92	17.0	27.1
4	Luxembourg	7.6	3.8	3.0	188 ^b	7.0 ^b	168	26.5 ^{b, c}	28.6 ^{b, c}
5	Canada	1,302.2	7.6	8.6	91	13.8	76	8.4	11.4
6	Sweden	217.0	4.9	6.3	83	13.8	86	15.3	19.6
7	Switzerland	174.9	4.0	3.4	117	8.6	104	32.6	21.6
8	Ireland	88.0	4.6	8.5	81	7.6	75	26.0	40.9
9	Belgium	361.7	7.9	8.5	107	19.0	87	48.2	44.8
10	United States	8,776.6	6.0	5.3	90	12.4	86	11.0	12.5
11	Japan	3,504.0	5.3	4.0	89	10.1	75	24.6	38.9
12	Netherlands	353.8	4.1	4.8	105	7.8	98	28.1	30.1
13	Finland	234.4	9.1	12.2	97	21.6	99	21.4	27.7
14	Denmark	161.6	5.6	5.8	113	9.8	84	17.9	21.8
15	United Kingdom	1,485.5	5.0	7.0	75	11.5	72	17.1	26.5
16	France	2,648.2	9.7	10.7	126	20.8	110	42.8	43.1
17	Austria	244.9	5.7	5.4	96	6.5	97	23.9	25.0
18	Italy	2,096.5	8.8	10.7	172	26.3	134	58.9	57.5
19	New Zealand	94.8	4.6	6.5	113	10.2	103	11.0	15.5
20	Germany	3,838.0	9.1	8.1	92	10.6	69	52.3	48.3
21	Spain	2,127.4	11.3	14.5	195	22.7	140	43.9	34.3
24	Greece	417.1	9.5	10.2	238	25.1	191	61.0	49.2
27	Portugal	342.3	6.3	5.7	132	14.6	134	32.7	31.2
28	Korea, Rep. of	776.7	3.4	3.6	86	9.6	75	0.3	0.7
31	Czech Republic	399.1	7.8	6.3	162	17.6	113	51.9	47.4
35	Hungary	244.5	5.9	8.3	91	13.4	94	42.2	42.2
36	Poland	3,328.5	19.6	14.9	108	43.0	105	50.8	48.6
42	Slovakia	459.3	17.5	15.3 ^d	102	33.1	92	62.1	60.2
53	Mexico	1,033.6	2.5	3.1	106	5.3	126	0.8	1.1
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT									
94	Turkey	2,494.0	10.3	7.9	94	20.5	88	30.9	22.1
OECD ^e		37,931.6 T	6.9	6.8	105	13.6	94	31.9	30.2

NOTES

- a** The age range for the youth labour force may be 16–24 for some countries.
b Data refer to 2002.
c Data are based on a small sample and must be treated with caution.
d Data refer to the average annual rate in 1994–2003.
e Aggregates for the Organisation for Economic Co-operation and Development are from OECD 2005b, d.

SOURCES

Columns 1, 2 and 5: OECD 2005b.
Columns 3, 4 and 6: calculated on the basis of data on male and female unemployment rates from OECD 2005b.
Columns 7 and 8: OECD 2005d.

TABLE 22

... while preserving it for future generations ...

Energy and the environment

HDI rank	Traditional fuel consumption		MDG		MDG			Ratification of environmental treaties ^a				
	(% of total energy requirements)	Electricity consumption per capita (kilowatt-hours)	GDP per unit of energy use (2000 PPP US\$ per kg of oil equivalent)		Carbon dioxide emissions		Share of world total (%)	Cartagena Protocol on Biosafety	Framework Convention on Climate Change	Kyoto Protocol to the Convention on Climate Change	Convention on Biological Diversity	
			1980	2002	1980	2002						Per capita (metric tons)
HIGH HUMAN DEVELOPMENT												
1 Norway	..	22,400 ^b	26,640 ^b	4.6	6.1	10.6	12.2	0.2	●	●	●	●
2 Iceland	0.0	13,838	29,247	3.1	2.4	8.2	7.7	(.)	○	●	●	●
3 Australia	9.5	6,599	11,299	3.7	4.8	13.9	18.3	1.5	●	●	○	●
4 Luxembourg	..	10,879	10,547	2.3	6.3	29.1	21.1	(.)	●	●	●	●
5 Canada	4.6	14,243	18,541	2.5	3.6	17.2	16.5	1.9	○	●	●	●
6 Sweden	19.4	11,700	16,996	3.6	4.4	8.6	5.8	0.2	●	●	●	●
7 Switzerland	7.7 ^c	5,878 ^c	8,483 ^c	7.6	7.8	6.5	5.7	0.2	●	●	●	●
8 Ireland	1.1	3,106	6,560	4.1	9.1	7.7	11.0	0.2	●	●	●	●
9 Belgium	1.0	5,177	8,749	4.0	4.8	13.3	6.8	0.4	●	●	●	●
10 United States	3.6	10,336	13,456	2.8	4.4	20.0	20.1	24.4	●	●	○	○
11 Japan	0.2	4,944	8,612	5.7	6.4	7.9	9.4	5.2	●	●	●	●
12 Netherlands	..	4,560	6,958	4.0	5.8	10.9	9.4	0.6	●	●	●	●
13 Finland	6.2	8,372	16,694	3.2	3.7	11.9	12.0	0.2	●	●	●	●
14 Denmark	12.7	5,059	6,925	5.3	8.1	12.3	8.9	0.2	●	●	●	●
15 United Kingdom	0.5	5,022	6,614	4.5	6.6	10.5	9.2	2.5	●	●	●	●
16 France	4.7 ^d	4,633 ^d	8,123 ^d	5.0	5.8	9.0	6.2	1.6 ^d	●	●	●	●
17 Austria	3.7	4,988	7,845	6.0	7.5	6.9	7.8	0.3	●	●	●	●
18 Italy	1.7 ^e	3,364 ^e	5,840 ^e	7.0	8.5	6.6	7.5	1.9 ^e	●	●	●	●
19 New Zealand	2.2	7,270	10,301	5.1	4.6	5.6	8.7	0.1	●	●	●	●
20 Germany	6,989	3.9	6.2	..	9.8	3.4	●	●	●	●
21 Spain	0.6	2,906	6,154	6.8	6.5	5.3	7.3	1.2	●	●	●	●
22 Hong Kong, China (SAR)	..	2,449	6,237	11.1	10.6	3.2	5.2	0.1	●	●	●	●
23 Israel	0.0	3,187	6,698	6.1	6.0	5.6	11.0	0.3	●	●	●	●
24 Greece	4.1	2,413	5,247	8.4	6.8	5.4	8.5	0.4	●	●	●	●
25 Singapore	0.2	2,836	7,961	3.9	3.8	12.5	13.8	0.3	●	●	●	●
26 Slovenia	7.3	...	6,791	..	5.1	..	7.8	0.1	●	●	●	●
27 Portugal	..	1,750	4,647	9.6	6.9	2.8	6.0	0.3	●	●	●	●
28 Korea, Rep. of	..	1,051	7,058	4.2	3.9	3.3	9.4	1.9	○	●	●	●
29 Cyprus	0.0	1,692	5,323	4.9	..	5.2	8.3	(.)	●	●	●	●
30 Barbados	6.3	1,333	3,193	2.7	4.6	(.)	●	●	●	●
31 Czech Republic	2.4	...	6,368	..	3.7	..	11.2	0.5	●	●	●	●
32 Malta	..	1,627	4,939	6.5	7.6	3.1	7.5	(.)	●	●	●	●
33 Brunei Darussalam	0.0	2,430	8,903	35.6	17.7	(.)	●	●	●	●
34 Argentina	3.2	1,413	2,383	7.7	6.9	3.8	3.5	0.6	○	●	●	●
35 Hungary	3.2	2,920	3,972	3.5	5.3	7.7	5.6	0.2	●	●	●	●
36 Poland	5.5	3,419	3,549	..	4.4	12.8	7.7	1.3	●	●	●	●
37 Chile	12.5	1,054	2,918	5.3	6.0	2.5	3.6	0.3	○	●	●	●
38 Estonia	17.7	...	5,767	..	3.6	..	11.8	0.1	●	●	●	●
39 Lithuania	13.9	...	3,239	..	4.0	..	3.6	0.1	●	●	●	●
40 Qatar	0.0	10,616	17,489	56.3	53.1	0.2	●	●	●	●
41 United Arab Emirates	..	6,204	14,215	7.5	..	35.8	25.1	0.3	●	●	●	●
42 Slovakia	1.6	...	5,256	..	3.6	..	6.8	0.2	●	●	●	●
43 Bahrain	..	4,784	10,830	1.6	1.7	22.6	30.6	0.1	●	●	●	●
44 Kuwait	0.0	6,849	16,544	1.8	1.7	19.7	24.6	0.2	●	●	●	●
45 Croatia	5.4	...	3,558	..	5.3	..	4.7	0.1	●	●	○	●
46 Uruguay	35.4	1,163	2,456	8.5	10.0	2.0	1.2	(.)	○	●	●	●
47 Costa Rica	24.9	964	1,765	10.2	9.4	1.1	1.4	(.)	○	●	●	●
48 Latvia	47.4	...	2,703	33.3	4.9	..	2.7	(.)	●	●	●	●
49 Saint Kitts and Nevis	2,619	1.2	2.8	(.)	●	●	●	●
50 Bahamas	..	4,062	6,084	38.1	6.7	(.)	●	●	●	●
51 Seychelles	..	794	2,704	1.5	6.8	(.)	●	●	●	●
52 Cuba	33.8	1,029	1,395	3.2	2.1	0.1	●	●	●	●
53 Mexico	8.0	999	2,280	5.4	5.6	4.2	3.7	1.8	●	●	●	●

TABLE 22

Energy and the environment

HDI rank	Traditional fuel consumption		Electricity consumption		MDG GDP per unit of energy use		MDG Carbon dioxide emissions		Ratification of environmental treaties ^a					
	(% of total energy requirements)		(kilowatt-hours)		(2000 PPP US\$ per kg of oil equivalent)		Per capita (metric tons)		Share of world total (%)		Cartagena Protocol on Biosafety	Framework Convention on Climate Change	Kyoto Protocol to the Framework Convention on Climate Change	Convention on Biological Diversity
	2002	1980	2002	1980	2002	1980	2002	1980	2002	2000				
54	Tonga	..	109	340	0.4	1.1	(.)
55	Bulgaria	6.2	4,371	4,624	1.6	2.9	8.5	5.3	0.2
56	Panama	17.8	930	1,654	7.2	5.9	1.8	2.0	(.)
57	Trinidad and Tobago	0.4	1,900	4,422	2.7	1.3	15.4	31.9	0.1
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT														
58	Libyan Arab Jamahiriya	0.9	1,588	3,915	8.9	9.1	0.2
59	Macedonia, TFYR	8.9	...	3,363	5.1	(.)
60	Antigua and Barbuda	..	984	1,438	2.2	4.7	(.)
61	Malaysia	1.5	740	3,234	4.6	4.1	2.0	6.3	0.6
62	Russian Federation	2.9	...	6,062	..	1.9	..	9.9	6.2
63	Brazil	26.7	1,145	2,183	7.4	6.8	1.5	1.8	1.3
64	Romania	11.8	3,061	2,385	..	3.8	8.7	4.0	0.4
65	Mauritius	..	482	1,631	0.6	2.6	(.)
66	Grenada	0.0	281	1,913	0.5	2.3	(.)
67	Belarus	5.5	...	3,326	..	2.1	..	6.0	0.3
68	Bosnia and Herzegovina	7.7	...	2,527	..	5.3	..	4.8	0.1
69	Colombia	16.0	726	1,019	7.2	9.8	1.4	1.3	0.3
70	Dominica	..	149	1,197	0.5	1.5	(.)
71	Oman	0.0	847	5,219	8.2	3.0	5.0	12.1	0.1
72	Albania	5.1	1,204	1,844	..	6.7	1.8	0.8	(.)
73	Thailand	13.6	340	1,860	5.1	5.0	0.9	3.7	0.9
74	Samoa (Western)	..	252	597	0.6	0.8	(.)
75	Venezuela	2.8	2,379	3,484	2.9	2.4	5.8	4.3	0.7
76	Saint Lucia	..	504	1,698	0.9	2.4	(.)
77	Saudi Arabia	..	1,969	6,620	6.8	2.1	14.9	15.0	1.6
78	Ukraine	1.0	...	3,525	..	1.8	..	6.4	1.5
79	Peru	20.6	579	907	8.0	10.7	1.4	1.0	0.1
80	Kazakhstan	0.2	...	4,030	..	1.8	..	9.9	0.5
81	Lebanon	0.5	1,056	2,834	..	3.8	2.3	4.7	0.1
82	Ecuador	17.5	423	943	5.2	4.8	1.7	2.0	0.1
83	Armenia	0.0	...	1,554	..	4.8	..	1.0	(.)
84	Philippines	12.8	373	610	9.8	7.6	0.8	0.9	0.3
85	China	5.3	307	1,484	1.2	4.6	1.5	2.7	12.1
86	Suriname	3.3	4,442	4,447	6.7	5.1	(.)
87	Saint Vincent and the Grenadines	..	276	1,000	0.4	1.6	(.)
88	Paraguay	45.7	233	1,129	7.2	6.3	0.5	0.7	(.)
89	Tunisia	7.8	434	1,205	6.9	7.7	1.5	2.3	0.1
90	Jordan	1.4	366	1,585	5.5	3.9	2.1	3.2	0.1
91	Belize	..	370	713	1.3	3.1	(.)
92	Fiji	..	489	625	1.2	1.6	(.)
93	Sri Lanka	41.6	113	366	5.5	8.0	0.2	0.5	(.)
94	Turkey	10.5	554	1,904	5.6	5.7	1.7	3.0	1.0
95	Dominican Republic	7.2	582	1,326	6.3	6.8	1.1	2.5	0.1
96	Maldives	0.0	25	448	0.3	3.4	(.)
97	Turkmenistan	2,126	..	1.4	..	9.1	0.2
98	Jamaica	6.5	834	2,640	3.0	2.5	4.0	4.1	(.)
99	Iran, Islamic Rep. of	0.1	570	2,075	4.9	3.1	3.0	5.3	1.4
100	Georgia	25.2	...	1,508	6.4	4.4	..	0.7	(.)
101	Azerbaijan	0.0	...	2,579	..	2.2	..	3.4	0.1
102	Occupied Palestinian Territories
103	Algeria	6.0	381	881	8.5	5.6	3.5	2.9	0.4
104	El Salvador	32.8	336	665	7.7	7.1	0.5	1.0	(.)
105	Cape Verde	..	55	99	0.4	0.3	(.)
106	Syrian Arab Republic	0.0	433	1,570	4.5	3.2	2.2	2.8	0.2

HDI rank	Traditional fuel consumption (% of total energy requirements)	Electricity consumption per capita (kilowatt-hours)		MDG GDP per unit of energy use (2000 PPP US\$ per kg of oil equivalent)		MDG Carbon dioxide emissions			Ratification of environmental treaties ^a				
		1980	2002	1980	2002	1980	2002	Share of world total (%)	Cartagena Protocol on Biosafety	Framework Convention on Climate Change	Kyoto Protocol to the Framework Convention on Climate Change	Convention on Biological Diversity	
													Per capita (metric tons)
107	Guyana	42.5	545	1,195	2.3	2.2	(.)		●	●	●
108	Viet Nam	25.3	78	392	..	4.2	0.3	0.8	0.3	●	●	●	●
109	Kyrgyzstan	0.0	...	2,252	..	3.1	..	1.0	(.)		●	●	●
110	Indonesia	17.6	94	463	3.9	4.1	0.6	1.4	1.2	●	●	●	●
111	Uzbekistan	0.0	...	2,008	..	0.8	..	4.8	0.5		●	●	●
112	Nicaragua	47.9	363	496	8.7	5.7	0.7	0.7	(.)	●	●	●	●
113	Bolivia	..	292	485	5.4	4.8	0.8	1.2	(.)	●	●	●	●
114	Mongolia	2.1	1,119	1,318	4.1	3.3	(.)	●	●	●	●
115	Moldova, Rep. of	2.2	...	1,314	..	2.0	..	1.6	(.)	●	●	●	●
116	Honduras	52.8	259	696	5.0	5.0	0.6	0.9	(.)	○	●	●	●
117	Guatemala	58.6	245	660	7.1	6.4	0.6	0.9	(.)	●	●	●	●
118	Vanuatu	..	171	208	0.5	0.4	(.)		●	●	●
119	Egypt	9.2	433	1,287	5.9	4.6	1.0	2.1	0.6	●	●	●	●
120	South Africa	11.8 ^f	3,181 ^f	4,715 ^f	4.8	3.9	7.2	7.4	1.4	●	●	●	●
121	Equatorial Guinea	57.1	83	54	0.3	0.4	(.)		●	●	●
122	Tajikistan	2,559	..	1.8	..	0.7	(.)	●	●	●	●
123	Gabon	..	766	1,226	3.5	5.1	8.9	2.6	(.)		●	●	●
124	Morocco	2.2	254	560	11.4	10.1	0.8	1.4	0.2	○	●	●	●
125	Namibia	.. ^g	.. ^g	.. ^g	..	10.2	..	1.1	(.)	●	●	●	●
126	São Tomé and Príncipe	..	96	115	0.4	0.6	(.)		●	●	●
127	India	20.0	173	569	3.3	5.0	0.5	1.2	4.7	●	●	●	●
128	Solomon Islands	..	93	69	0.4	0.4	(.)	●	●	●	●
129	Myanmar	74.1	44	135	0.1	0.2	(.)	○	●	●	●
130	Cambodia	92.3	15	10	(.)	(.)	(.)	●	●	●	●
131	Botswana	.. ^g	.. ^g	.. ^g	0.9	2.3	(.)	●	●	●	●
132	Comoros	..	26	25	0.1	0.1	(.)		●	●	●
133	Lao People's Dem. Rep.	77.3	68	133	0.1	0.2	(.)	●	●	●	●
134	Bhutan	87.8	17	236	(.)	0.2	(.)	●	●	●	●
135	Pakistan	..	176	469	3.5	4.3	0.4	0.7	0.5	○	●	●	●
136	Nepal	..	17	62	2.6	3.8	(.)	0.2	(.)	○	●	●	●
137	Papua New Guinea	61.9	406	249	0.6	0.4	(.)		●	●	●
138	Ghana	82.5	450	416	4.9	5.0	0.2	0.4	(.)	●	●	●	●
139	Bangladesh	61.6	30	119	11.1	10.5	0.1	0.3	0.1	●	●	●	●
140	Timor-Leste				
141	Sudan	73.7	47	89	2.5	3.6	0.2	0.3	(.)		●	●	●
142	Congo	72.2	98	210	1.6	3.7	0.2	0.6	(.)	○	●	●	●
143	Togo	83.3	74	120	7.4	4.9	0.2	0.3	(.)	●	●	●	●
144	Uganda	93.4	28	61	0.1	0.1	(.)	●	●	●	●
145	Zimbabwe	66.2	1,020	981	2.7	..	1.3	1.0	0.1	●	●	●	●
LOW HUMAN DEVELOPMENT													
146	Madagascar	81.5	49	42	0.2	0.1	(.)	●	●	●	●
147	Swaziland	.. ^g	.. ^g	.. ^g	0.8	0.9	(.)		●	●	●
148	Cameroon	66.9	168	207	5.4	4.7	0.4	0.2	(.)	●	●	●	●
149	Lesotho	.. ^g	.. ^g	.. ^g	●	●	●	●
150	Djibouti	..	416	296	0.9	0.5	(.)	●	●	●	●
151	Yemen	2.3	...	159	..	3.8	..	0.7	(.)		●	●	●
152	Mauritania	..	60	58	0.4	1.1	(.)		●	●	●
153	Haiti	45.5	58	73	8.0	6.6	0.1	0.2	(.)	○	●	●	●
154	Kenya	64.9	109	155	1.8	2.0	0.4	0.2	(.)	●	●	●	●
155	Gambia	63.6	70	96	0.2	0.2	(.)	●	●	●	●
156	Guinea	87.8	85	95	0.2	0.1	(.)	○	●	●	●
157	Senegal	72.1	115	141	3.9	4.8	0.6	0.4	(.)	●	●	●	●
158	Nigeria	46.4	108	148	1.4	1.3	1.0	0.4	0.2	●	●	●	●
159	Rwanda	90.4	32	23	0.1	0.1	(.)	●	●	●	●

TABLE 22

Energy and the environment

HDI rank	Traditional fuel consumption		MDG			MDG			Ratification of environmental treaties ^a			
	(% of total energy requirements)	Electricity consumption per capita (kilowatt-hours)	MDG		Carbon dioxide emissions			Share of world total (%)	Cartagena Protocol on Biosafety	Framework Convention on Climate Change	Kyoto Protocol to the Framework Convention on Climate Change	Convention on Biological Diversity
			GDP per unit of energy use (2000 PPP US\$ per kg of oil equivalent)	Per capita (metric tons)	1980	2002	1980					
160 Angola	32.0	214	135	..	3.2	0.7	0.5	(.)		●		●
161 Eritrea	75.0	...	66	0.2	(.)	●	●		●
162 Benin	72.7	37	92	2.1	3.0	0.1	0.3	(.)	●	●	●	●
163 Côte d'Ivoire	72.7	220	197	4.9	3.7	0.7	0.4	(.)		●		●
164 Tanzania, U. Rep. of	82.6	41	83	..	1.4	0.1	0.1	(.)	●	●	●	●
165 Malawi	85.0	66	80	0.1	0.1	(.)	○	●	●	●
166 Zambia	87.3	1,125	603	1.4	1.3	0.6	0.2	(.)	●	●	○	●
167 Congo, Dem. Rep. of the	94.9	161	91	6.1	2.2	0.1	(.)	(.)	●	●	●	●
168 Mozambique	80.3	364	378	1.0	2.3	0.3	0.1	(.)	●	●	●	●
169 Burundi	95.6	12	25	(.)	(.)	(.)		●	●	●
170 Ethiopia	93.3	...	32	..	2.4	(.)	0.1	(.)	●	●	●	●
171 Central African Republic	83.3	29	28	(.)	0.1	(.)	○	●		●
172 Guinea-Bissau	50.0	18	41	0.2	0.2	(.)		●		●
173 Chad	97.2	10	12	(.)	(.)	(.)	○	●		●
174 Mali	85.0	15	33	0.1	(.)	(.)	●	●	●	●
175 Burkina Faso	89.4	16	32	0.1	0.1	(.)	●	●	●	●
176 Sierra Leone	91.2	62	54	0.2	0.1	(.)		●		●
177 Niger	85.3	39	40	0.1	0.1	(.)	●	●	●	●
Developing countries	24.5	388	1,155	3.7	4.6	1.3	2.0	36.9
Least developed countries	75.9	83	106	..	4.0	0.1	0.2	0.4
Arab States	18.0	626	1,946	5.8	3.5	3.1	4.1	4.5
East Asia and the Pacific	11.0	329	1,439	2.1	4.6	1.4	2.6	17.6
Latin America and the Caribbean	19.8	1,019	1,927	6.3	6.1	2.4	2.4	5.6
South Asia	24.5	171	566	3.8	4.8	0.5	1.2	6.3
Sub-Saharan Africa	70.6	434	536	3.3	2.7	1.0	0.8	1.9
Central and Eastern Europe and the CIS	4.1	3,284	3,328	..	2.4	10.1	5.9	12.2
OECD	4.1	5,761	8,615	3.9	5.1	11.0	11.2	51.0
High-income OECD	3.0	6,698	10,262	3.8	5.2	12.2	13.0	46.2
High human development	4.5	5,676	8,586	3.8	5.2	10.9	11.2	53.0
Medium human development	17.0	368	1,121	3.5	4.1	1.2	2.0	39.0
Low human development	71.1	135	133	3.3	4.1	0.4	0.2	0.5
High income	2.9	6,616	10,198	3.9	5.1	12.1	13.0	47.8
Middle income	9.2	623	1,653	3.7	4.1	2.1	2.9	38.9
Low income	42.2	174	399	2.3	2.0	0.5	0.8	7.3
World	7.6 ^h	1,573	2,465	3.8	4.6	3.4	3.6	100.0 ⁱ

● Ratification, acceptance, approval, accession or succession.
○ Signature.

NOTES

- a** Information is as of 15 April 2005. The Cartagena Protocol on Biosafety was signed in Cartagena in 2000, the United Nations Framework Convention on Climate Change in New York in 1992, the Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change in Kyoto in 1997 and the Convention on Biological Diversity in Rio de Janeiro in 1992.
- b** Includes Svalbard and Jan Mayen Islands.
c Includes Liechtenstein.
d Includes Monaco.
e Includes San Marino.

- f** Data refer to the South African Customs Union, which includes Botswana, Lesotho, Namibia and Swaziland.
g Included in data for South Africa.
h Data refer to the world aggregate from UN 2005d.
i Data refer to the world aggregate from CDIAC 2005. Data refer to total carbon dioxide emissions, including those of countries not shown in the main indicator tables as well as emissions not included in national totals, such as those from bunker fuels and oxidation of non-fuel hydrocarbon products.

SOURCES

- Column 1:** calculated on the basis of data on traditional fuel consumption and total energy requirements from UN 2005d.
Columns 2 and 3: UN 2005b.
Columns 4 and 5: World Bank 2005c, based on data from the International Energy Agency; aggregates calculated for the Human Development Report Office by the World Bank.
Columns 6 and 7: UN 2005f, based on data from the Carbon Dioxide Information Analysis Center.
Column 8: CDIAC 2005.
Columns 9–12: UN 2005g.

TABLE 23

... protecting personal security ...

Refugees and armaments

HDI rank	Internally displaced people ^a (thousands) 2004 ^e	Refugees		Conventional arms transfers ^b (1990 prices)				Total armed forces		
		By country of asylum (thousands) 2004 ^e	By country of origin ^c (thousands) 2004 ^e	Imports (US\$ millions)		Exports		Thousands 2003	Index (1985=100) 2003	
				1994	2004	US\$ millions 2004	Share ^d (%) 2000-04			
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
1	Norway	..	46	(.)	99	1	51	(.)	27	72
2	Iceland	..	(.)	(.)	0	(.)
3	Australia	..	56	(.)	263	334	52	(.)	52	74
4	Luxembourg	..	1	..	0	0	1	129
5	Canada	..	133	(.)	333	340	543	2	52	63
6	Sweden	..	112	(.)	258	13	260	2	28	42
7	Switzerland	..	50	(.)	113	125	154	(.)	27	137
8	Ireland	..	6	(.)	48	25	10	76
9	Belgium	..	13	(.)	52	12	0	(.)	41	45
10	United States	..	453	(.)	625	533	5,453	31	1,434	67
11	Japan	..	2	(.)	585	195	0	(.)	240	99
12	Netherlands	..	141	(.)	143	183	211	1	53	50
13	Finland	..	11	(.)	174	57	17	(.)	27	74
14	Denmark	..	70	(.)	66	194	6	(.)	21	72
15	United Kingdom	..	277	(.)	538	171	985	5	208	62
16	France	..	131	(.)	6	89	2,122	8	259	56
17	Austria	..	16	(.)	36	46	1	(.)	35	64
18	Italy	..	12	(.)	146	317	261	1	194	50
19	New Zealand	..	6	(.)	16	42	1	(.)	9	69
20	Germany	..	960	1	285	60
21	Spain	..	6	(.)	636	261	75	1	151	47
22	Hong Kong, China (SAR)	..	2	(.)
23	Israel	150-300 ^f	4	1	793	724	283	1	168	118
24	Greece	..	3	(.)	1,215	1,434	0	(.)	171	85
25	Singapore	..	(.)	(.)	117	456	70	(.)	73	132
26	Slovenia	..	2	1	11	14	7	..
27	Portugal	..	(.)	(.)	433	59	0	(.)	45	62
28	Korea, Rep. of	..	(.)	(.)	668	737	50	(.)	688	115
29	Cyprus	210	(.)	(.)	46	0	0	(.)	10	100
30	Barbados	(.)	1	60
31	Czech Republic	..	2	7	0	18	0	(.)	45	22
32	Malta	..	(.)	(.)	0	0	10	(.)	2	263
33	Brunei Darussalam	(.)	0	0	7	171
34	Argentina	..	3	1	177	129	0	(.)	71	66
35	Hungary	..	7	3	4	15	0	(.)	32	30
36	Poland	..	2	15	8	256	86	(.)	142	44
37	Chile	..	(.)	2	113	43	0	(.)	78	77
38	Estonia	..	(.)	1	15	5	0	(.)	5	..
39	Lithuania	..	(.)	2	0	31	0	(.)	14	..
40	Qatar	..	(.)	(.)	10	0	0	(.)	12	207
41	United Arab Emirates	..	(.)	(.)	554	1,246	3	(.)	51	117
42	Slovakia	..	(.)	1	30	0	0	(.)	20	..
43	Bahrain	..	0	(.)	7	10	0	(.)	11	400
44	Kuwait	..	2	1	37	0	0	(.)	16	129
45	Croatia	10	4	230	57	8	0	(.)	21	..
46	Uruguay	..	(.)	(.)	8	0	0	(.)	24	75
47	Costa Rica	..	14	(.)	0	0
48	Latvia	..	(.)	3	12	14	0	(.)	5	..
49	Saint Kitts and Nevis	(.)
50	Bahamas	(.)	0	0	1	180
51	Seychelles	(.)	0	0	1	42
52	Cuba	..	1	16	0	0	49	30
53	Mexico	10-12	6	2	120	265	193	149

TABLE 23

Refugees and armaments

HDI rank	Internally displaced people ^a (thousands) 2004 ^e	Refugees		Conventional arms transfers ^b (1990 prices)				Total armed forces		
		By country of asylum (thousands) 2004 ^e	By country of origin ^c (thousands) 2004 ^e	Imports (US\$ millions)		Exports		Thousands 2003	Index (1985=100) 2003	
				1994	2004	US\$ millions 2004	Share ^d (%) 2000-04			
		2004 ^e	2004 ^e	2004 ^e	1994	2004	US\$ millions 2004	Share ^d (%) 2000-04	Thousands 2003	Index (1985=100) 2003
54	Tonga	(.)	0	0
55	Bulgaria	..	4	3	0	12	0	(.)	51	34
56	Panama	..	1	(.)	0	0
57	Trinidad and Tobago	(.)	0	0	3	129
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
58	Libyan Arab Jamahiriya	..	12	2	0	74	0	(.)	76	104
59	Macedonia, TFYR	2	(.)	(.)	27	0	29	(.)	11	..
60	Antigua and Barbuda	(.)	(.)	200
61	Malaysia	..	(.)	(.)	375	277	0	(.)	110	100
62	Russian Federation	339 ^f	10	96	40	0	6,197	32	1,212	23
63	Brazil	..	3	(.)	226	38	100	(.)	303	110
64	Romania	..	2	8	25	276	0	(.)	97	51
65	Mauritius	..	0	(.)	0	0
66	Grenada	(.)
67	Belarus	..	1	8	0	0	50	1	73	..
68	Bosnia and Herzegovina	309	23	300	3	0	0	(.)	25	..
69	Colombia	1,575-3,410 ^g	(.)	(.)	39	17	207	313
70	Dominica	(.)
71	Oman	(.)	168	123	0	(.)	42	143
72	Albania	..	(.)	(.)	10	6	22	53
73	Thailand	..	119	(.)	627	105	5	(.)	307	130
74	Samoa (Western)	0
75	Venezuela	..	(.)	(.)	1	12	1	(.)	82	168
76	Saint Lucia	(.)
77	Saudi Arabia	..	241	(.)	982	838	0	(.)	200	319
78	Ukraine	..	3	94	0	29	452	3	273	..
79	Peru	60	1	6	133	14	5	(.)	80	63
80	Kazakhstan	..	16	7	0	27	5	(.)	66	..
81	Lebanon	50-600	3	25	12	0	0	(.)	72	414
82	Ecuador	..	6	1	0	22	47	109
83	Armenia	8	239	13	310	68	45	..
84	Philippines	60	(.)	(.)	71	59	106	92
85	China	..	299	132	142	2,238	125	2	2,255	58
86	Suriname	..	0	(.)	0	0	2	90
87	Saint Vincent and the Grenadines	(.)
88	Paraguay	..	(.)	(.)	0	4	10	70
89	Tunisia	..	(.)	(.)	32	0	35	100
90	Jordan	..	1	1	5	132	72	(.)	101	143
91	Belize	..	1	(.)	0	0	1	183
92	Fiji	1	4	0	4	130
93	Sri Lanka	352	(.)	(.)	53	6	151	699
94	Turkey	230-1,000+	2	186	1,215	418	18	(.)	515	82
95	Dominican Republic	(.)	0	21	25	110
96	Maldives	(.)	0	0
97	Turkmenistan	..	14	1	0	20	26	..
98	Jamaica	(.)	0	0	3	133
99	Iran, Islamic Rep. of	..	985	132	389	283	1	(.)	540	89
100	Georgia	240	4	12	0	0	20	(.)	18	..
101	Azerbaijan	575	(.)	(.)	25	0	67	..
102	Occupied Palestinian Territories	21-50 ^h	0	428	5	0
103	Algeria	1,000 ⁱ	169	12	156	282	128	75
104	El Salvador	..	(.)	(.)	6	0	0	(.)	16	37
105	Cape Verde	(.)	0	0	1	16
106	Syrian Arab Republic	305	4	20	44	0	0	(.)	297	74

HDI rank	Conventional arms transfers ^b (1990 prices)									
	Internally displaced people ^a (thousands) 2004 ^e	Refugees		Exports				Total armed forces		
		By country of asylum (thousands) 2004 ^e	By country of origin ^c (thousands) 2004 ^e	Imports (US\$ millions)		US\$ millions 2004	Share ^d (%) 2000–04	Thousands 2003	Index (1985=100) 2003	
				1994	2004					
107	Guyana	(.)	0	0	2	24
108	Viet Nam	..	15	363	0	247	484	47
109	Kyrgyzstan	..	6	3	0	5	0	(.)	13	..
110	Indonesia	600	(.)	13	559	85	50	(.)	302	109
111	Uzbekistan	3	45	7	0	0	170	1	52	..
112	Nicaragua	..	(.)	4	0	0	0	(.)	14	22
113	Bolivia	..	1	(.)	7	1	32	114
114	Mongolia	..	0	(.)	9	26
115	Moldova, Rep. of	..	(.)	11	2	0	0	(.)	7	..
116	Honduras	..	(.)	1	0	0	12	72
117	Guatemala	242	1	7	3	0	29	92
118	Vanuatu
119	Egypt	..	89	6	1,944	398	0	(.)	450	101
120	South Africa	..	27	(.)	19	8	35	(.)	56	52
121	Equatorial Guinea	1	0	0	1	59
122	Tajikistan	..	3	59	24	0	8	..
123	Gabon	..	14	(.)	0	0	5	196
124	Morocco	..	2	1	131	0	196	132
125	Namibia	..	20	1	3	53	9	..
126	São Tomé and Príncipe	..	0	(.)
127	India	600	165	14	565	2,375	22	(.)	1,325	105
128	Solomon Islands	(.)	0	0
129	Myanmar	526 ^f	0	147	3	65	378	203
130	Cambodia	..	(.)	31	71	0	0	(.)	124	355
131	Botswana	..	3	(.)	0	10	9	225
132	Comoros	..	0	(.)
133	Lao People's Dem. Rep.	..	0	10	0	0	29	54
134	Bhutan	104	0	0
135	Pakistan	30 ^f	1,124	24	755	344	10	(.)	619	128
136	Nepal	100–150	124	1	0	32	72	288
137	Papua New Guinea	..	7	(.)	1	0
138	Ghana	..	44	16	10	27	7	46
139	Bangladesh	500	20	6	50	26	126	137
140	Timor-Leste	..	(.)	(.)
141	Sudan	6,000	138	606	0	270	105	185
142	Congo	100	91	29	0	0	10	115
143	Togo	..	12	11	3	0	9	236
144	Uganda	1,400 ^f	231	35	0	19	50	250
145	Zimbabwe	150	13	7	0	0	29	71
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
146	Madagascar	..	0	(.)	0	0	14	64
147	Swaziland	..	1	(.)	0	0
148	Cameroon	..	59	6	0	0	23	316
149	Lesotho	..	0	(.)	0	1	2	100
150	Djibouti	..	27	1	0	0	10	327
151	Yemen	..	62	2	4	309	67	104
152	Mauritania	..	(.)	31	27	0	16	185
153	Haiti	8
154	Kenya	360	238	3	12	0	24	176
155	Gambia	..	7	1	0	0	1	160
156	Guinea	82	184	4	0	0	10	98
157	Senegal	64	21	8	1	0	14	135
158	Nigeria	200	9	24	73	10	0	(.)	79	84
159	Rwanda	..	37	75	0	0	51	981

TABLE 23

Refugees and armaments

HDI rank	Internally displaced people ^a (thousands) 2004 ^e	Refugees		Conventional arms transfers ^b (1990 prices)				Total armed forces		
		By country of asylum (thousands) 2004 ^e	By country of origin ^c (thousands) 2004 ^e	Imports (US\$ millions)		Exports		Thousands 2003	Index (1985=100) 2003	
				1994	2004	US\$ millions 2004	Share ^d (%) 2000–04			
160	Angola	40–340 ^f	13	324	96	5	0	(.)	108	219
161	Eritrea	59	4	124	16	382	0	(.)	202	..
162	Benin	..	5	(.)	0	0	5	102
163	Côte d'Ivoire	500	76	34	0	14	17	129
164	Tanzania, U. Rep. of	..	650	1	2	0	27	67
165	Malawi	..	3	(.)	1	0	0	(.)	5	100
166	Zambia	..	227	(.)	0	0	0	(.)	18	112
167	Congo, Dem. Rep. of the	2,330	234	453	0	0	65	135
168	Mozambique	..	(.)	(.)	0	0	10	65
169	Burundi	170	41	532	0	0	51	971
170	Ethiopia	132	130	63	0	162	183	84
171	Central African Republic	..	45	35	0	0	3	113
172	Guinea-Bissau	..	8	1	0	0	7	84
173	Chad	..	146	52	8	0	30	248
174	Mali	..	10	(.)	0	0	7	151
175	Burkina Faso	..	(.)	1	0	0	11	270
176	Sierra Leone	..	61	71	1	0	13	419
177	Niger	..	(.)	1	0	0	5	241
	Developing countries	..	6,484 T	12,670 T	81
	Least developed countries	..	2,476 T	1,933 T	165
	Arab States	..	883 T	1,866 T	69
	East Asia and the Pacific	..	444 T	4,874 T	65
	Latin America and the Caribbean	..	38 T	1,282 T	95
	South Asia	..	2,417 T	2,923 T	115
	Sub-Saharan Africa	..	2,698 T	1,200 T	142
	Central and Eastern Europe and the CIS	..	678 T	2,352 T	36
	OECD	..	2,524 T	5,002 T	69
	High-income OECD	..	2,505 T	4,055 T	69
	High human development	..	2,560 T	5,165 T	69
	Medium human development	..	4,353 T	12,215 T	71
	Low human development	..	2,299 T	1,076 T	154
	High income	..	2,516 T	4,412 T	72
	Middle income	..	2,812 T	10,614 T	65
	Low income	..	4,344 T	4,640 T	92
	World	25,300 ^j	9,672 T	..	19,501 T ^k	19,162 T ^k	19,156 T ^k	..	18,560 T	67

NOTES

- a** Refers to estimates maintained by the Global IDP Project based on various sources. Estimates are associated with high levels of uncertainty.
- b** Data are as of 16 February 2005 and are trend indicator values, which are an indicator only of the volume of international arm transfers, not of the actual financial value of such transfers. Published reports of arms transfers provide partial information, as not all transfers are fully reported. The estimates presented are conservative and may understate actual transfers of conventional weapons.
- c** The country of origin for many refugees is unavailable or unreported. These data may therefore be underestimates.
- d** Calculated using the 2000–04 totals for all countries and non-state actors with exports of major conventional weapons as defined in SIPRI 2005b.
- e** Data refer to the end of 2004 unless otherwise specified.

- f** Estimate excludes certain parts of the country or some groups of internally displaced persons.
- g** Lower estimate accumulated since 1994. Higher figure accumulated since 1985.
- h** Lower estimate only includes internally displaced persons evicted mainly by house demolitions since 2000. Higher figure cumulative since 1967.
- i** Figures accumulated since 1992.
- j** Aggregate provided by the Global IDP Project.
- k** Data refer to the world aggregate from SIPRI 2005c and include all countries and non-state actors with transfers of major conventional weapons as defined therein.

SOURCES

- Column 1:** Global IDP Project 2005.
- Columns 2 and 3:** UNHCR 2005.
- Columns 4–6:** SIPRI 2005c.
- Column 7:** calculated on the basis of data on weapons transfers from SIPRI 2005c.
- Column 8:** IISS 2004.
- Column 9:** calculated on the basis of data on armed forces from IISS 2004.

TABLE **24** . . . protecting personal security . . .

Victims of crime

	Year ^b	Population victimized by crime ^a (% of total)					
		Total crime ^c	Property crime ^d	Robbery	Sexual assault ^e	Assault	Bribery (corruption) ^f
NATIONAL							
Australia	1999	30.1	13.9	1.2	1.0	2.4	0.3
Austria	1995	18.8	3.1	0.2	1.2	0.8	0.7
Belgium	1999	21.4	7.7	1.0	0.3	1.2	0.3
Canada	1999	23.8	10.4	0.9	0.8	2.3	0.4
Denmark	1999	23.0	7.6	0.7	0.4	1.4	0.3
England and Wales	1999	26.4	12.2	1.2	0.9	2.8	0.1
Finland	1999	19.1	4.4	0.6	1.1	2.1	0.2
France	1999	21.4	8.7	1.1	0.7	1.4	1.3
Italy	1991	24.6	12.7	1.3	0.6	0.2	..
Japan	1999	15.2	3.4	0.1	0.1	0.1	(.)
Malta	1996	23.1	10.9	0.4	0.1	1.1	4.0
Netherlands	1999	25.2	7.4	0.8	0.8	1.0	0.4
New Zealand	1991	29.4	14.8	0.7	1.3	2.4	..
Northern Ireland	1999	15.0	6.2	0.1	0.1	2.1	0.2
Poland	1999	22.7	9.0	1.8	0.2	1.1	5.1
Portugal	1999	15.5	7.5	1.1	0.2	0.4	1.4
Scotland	1999	23.2	7.6	0.7	0.3	3.0	..
Slovenia	2000	21.2	7.7	1.1	0.8	1.1	2.1
Sweden	1999	24.7	8.4	0.9	1.1	1.2	0.1
Switzerland	1999	18.2	4.5	0.7	0.6	1.0	0.2 ^g
United States	1999	21.1	10.0	0.6	0.4	1.2	0.2
MAJOR CITY							
Asunción (Paraguay)	1995	34.4	16.7	6.3	1.7	0.9	13.3
Baku (Azerbaijan)	1999	8.3	2.4	1.6	0.0	0.4	20.8
Beijing (China)	1991	19.0	2.2	0.5	0.6	0.6	..
Bishkek (Kyrgyzstan)	1995	27.8	11.3	1.6	2.2	2.1	19.3
Bogotá (Colombia)	1996	54.6	27.0	11.5	4.8	2.5	19.5
Bratislava (Slovakia)	1996	36.0	20.8	1.2	0.4	0.5	13.5
Bucharest (Romania)	1999	25.4	10.8	1.8	0.4	0.6	19.2
Budapest (Hungary)	1999	32.1	15.6	1.8	0.9	0.8	9.8
Buenos Aires (Argentina)	1995	61.1	30.8	6.4	6.4	2.3	30.2
Cairo (Egypt)	1991	28.7	12.1	2.2	1.8	1.1	..
Dar es Salaam (Tanzania, U. Rep. of)	1991	..	23.1	8.2	6.1	1.7	..
Gaborone (Botswana)	1996	31.7	19.7	2.0	0.7	3.2	2.8
Jakarta (Indonesia)	1995	20.9	9.4	0.7	1.3	0.5	29.9
Johannesburg (South Africa)	1995	38.0	18.3	4.7	2.7	4.6	6.9
Kampala (Uganda)	1995	40.9	20.6	2.3	5.1	1.7	19.5
Kiev (Ukraine)	1999	29.1	8.9	2.5	1.2	1.5	16.2
La Paz (Bolivia)	1995	39.8	18.1	5.8	1.5	2.0	24.4
Manila (Philippines)	1995	10.6	3.3	1.5	0.1	0.1	4.3
Maputo (Mozambique)	2001	40.6	29.3	7.6	2.2	3.2	30.5
Minsk (Belarus)	1999	23.6	11.1	1.4	1.4	1.3	20.6
Moscow (Russian Federation)	1999	26.3	10.9	2.4	1.2	1.1	16.6
Mumbai (India)	1995	31.8	6.7	1.3	3.5	0.8	22.9
New Delhi (India)	1995	30.5	6.1	1.0	1.7	0.8	21.0
Prague (Czech Republic)	1999	34.1	21.6	0.5	0.9	1.1	5.7
Riga (Latvia)	1999	26.5	9.4	2.8	0.5	1.9	14.3
Rio de Janeiro (Brazil)	1995	44.0	14.7	12.2	7.5	3.4	17.1
San José (Costa Rica)	1995	40.4	21.7	8.9	3.5	1.7	9.2
Skopje (Macedonia, TFYR)	1995	21.1	9.4	1.1	0.3	0.7	7.4
Sofia (Bulgaria)	1999	27.2	16.1	1.5	0.1	0.6	16.4
Tallinn (Estonia)	1999	41.2	22.5	6.3	3.3	3.7	9.3
Tbilisi (Georgia)	1999	23.6	11.1	1.8	0.4	0.9	16.6

TABLE 24 Victims of crime

Population victimized by crime^a (% of total)

	Year ^b	Total crime ^c	Property crime ^d	Robbery	Sexual assault ^e	Assault	Bribery (corruption) ^f
Tirana (Albania)	1999	31.7	11.2	2.9	1.2	0.7	59.1
Tunis (Tunisia)	1991	37.5	20.1	5.4	1.5	0.4	..
Ulaanbaatar (Mongolia)	1999	41.8	20.0	4.5	1.4	2.1	21.3
Vilnius (Lithuania)	1999	31.0	17.8	3.2	2.0	1.4	22.9
Zagreb (Croatia)	1999	14.3	4.4	0.5	0.8	0.5	9.5

NOTES

- a** Data refer to victimization as reported in the International Crime Victims Survey.
- b** Surveys were conducted in 1992, 1995, 1996–97 and 2000–01. Data refer to the year preceding the survey.
- c** Data refer to people victimized by 1 or more of 11 crimes recorded in the survey: robbery, burglary, attempted burglary, car theft, car vandalism, bicycle theft, sexual assault, theft from car, theft of personal property, assault and threats, and theft of motorcycle or moped.
- d** Includes car theft, theft from car, burglary with entry and attempted burglary.
- e** Data refer to women only.
- f** Data refer to people who have been asked or expected to pay a bribe by a government official.
- g** Data refer to 1995.

SOURCE

All columns: UNODC 2004.

Gender-related development index

HDI rank	Gender-related development index (GDI)		Life expectancy at birth (years)		Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools ^b (%)		Estimated earned income ^c (PPP US\$)		HDI rank minus GDI rank ^d	
	Rank	Value	Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male		
HIGH HUMAN DEVELOPMENT												
1	Norway	1	0.960	81.9	76.8	.. ^e	.. ^e	106	97	32,272	43,148	0
2	Iceland	3	0.953	82.6	78.7	.. ^e	.. ^e	102	91	25,411	36,908	-1
3	Australia	2	0.954	82.8	77.7	.. ^e	.. ^e	117	114	24,827	34,446	1
4	Luxembourg	7	0.944	81.5	75.2	.. ^e	.. ^e	89 ^f	88 ^f	34,890	89,883 ^g	-3
5	Canada	5	0.946	82.4	77.4	.. ^e	.. ^e	96 ^{h,i}	92 ^{h,i}	23,922	37,572	0
6	Sweden	4	0.947	82.4	77.9	.. ^e	.. ^e	124	105	21,842	31,722	2
7	Switzerland	6	0.946	83.2	77.6	.. ^e	.. ^e	88	92	28,972	32,149	1
8	Ireland	11	0.939	80.3	75.1	.. ^e	.. ^e	97	89	22,125	53,549	-3
9	Belgium	9	0.941	82.0	75.7	.. ^e	.. ^e	119	110	19,951	37,019	0
10	United States	8	0.942	80.0	74.6	.. ^e	.. ^e	97	89	29,017	46,456	2
11	Japan	14	0.937	85.4	78.4	.. ^e	.. ^e	83	85	17,795	38,612	-3
12	Netherlands	12	0.939	81.1	75.7	.. ^e	.. ^e	99	99	20,512	38,389	0
13	Finland	10	0.940	81.7	75.1	.. ^e	.. ^e	112	103	23,211	32,250	3
14	Denmark	13	0.938	79.4	74.8	.. ^e	.. ^e	106	97	26,587	36,430	1
15	United Kingdom	15	0.937	80.6	76.0	.. ^e	.. ^e	133 ^h	113 ^h	20,790	33,713	0
16	France	16	0.935	83.0	75.9	.. ^e	.. ^e	94	90	20,642	35,123	0
17	Austria	19	0.926	81.8	76.0	.. ^e	.. ^e	90	88	15,878	45,174	-2
18	Italy	18	0.928	83.1	76.9	.. ^e	.. ^e	89	85	17,176	37,670	0
19	New Zealand	17	0.929	81.3	76.8	.. ^e	.. ^e	104	94	18,379	26,960	2
20	Germany	20	0.926	81.5	75.7	.. ^e	.. ^e	88	90	19,534	36,258	0
21	Spain	21	0.922	83.2	75.9	.. ^e	.. ^e	96	91	13,854	31,322	0
22	Hong Kong, China (SAR)	22	0.912	84.6	78.7	89.6	96.9	73	74	19,593	35,037	0
23	Israel	23	0.911	81.7	77.6	95.6	98.3	93	89	14,159	25,969	0
24	Greece	24	0.907	80.9	75.6	88.3 ^e	94.0 ^e	93	91	12,531	27,591	0
25	Singapore	80.6	76.7	88.6	96.6	16,489	32,089	..
26	Slovenia	25	0.901	80.0	72.7	99.6 ^e	99.7 ^e	99	92	14,751	23,779	0
27	Portugal	26	0.900	80.6	73.9	.. ^e	.. ^e	97	90	12,853	23,829	0
28	Korea, Rep. of	27	0.896	80.6	73.3	.. ^e	.. ^e	87	100	11,698	24,167	0
29	Cyprus	28	0.884	81.1	76.1	95.1	98.6	79	78	11,864	25,260	0
30	Barbados	29	0.876	78.5	71.4	99.7 ^e	99.7 ^e	94 ⁱ	84 ⁱ	11,976	19,687	0
31	Czech Republic	30	0.872	78.7	72.3	81	80	12,843	20,051	0
32	Malta	32	0.858	80.8	75.9	89.2 ^j	86.4 ^j	80	78	9,893	25,525	-1
33	Brunei Darussalam	79.0	74.3	90.2	95.2	75	72
34	Argentina	34	0.854	78.2	70.7	97.2	97.2	99	91	6,635	17,800	-2
35	Hungary	31	0.860	76.8	68.6	99.3 ^e	99.4 ^e	92	87	11,287	18,183	2
36	Poland	33	0.856	78.4	70.3	99.7 ^e	99.8 ^e	93	88	8,769	14,147	1
37	Chile	38	0.846	80.9	74.8	95.6	95.8	81	82	5,753	14,872	-3
38	Estonia	35	0.852	77.0	65.6	99.8 ^e	99.8 ^e	99	87	10,745	16,750	1
39	Lithuania	36	0.851	77.8	66.6	99.6 ^e	99.6 ^e	98	90	9,595	14,064	1
40	Qatar	76.0	71.2	..	0.0	84	80
41	United Arab Emirates	80.8	76.4	80.7 ^k	75.6 ^k	79 ^h	69 ^h
42	Slovakia	37	0.847	77.9	70.1	99.6 ^e	99.7 ^e	76	74	10,681	16,463	1
43	Bahrain	41	0.837	75.9	73.1	83.0	92.5	85	77	7,685	24,909	-2
44	Kuwait	39	0.843	79.5	75.2	81.0 ^k	84.7 ^k	85 ^h	75 ^h	8,448	24,204	1
45	Croatia	40	0.837	78.4	71.4	97.1	99.3 ^e	76	74	8,047	14,351	1
46	Uruguay	42	0.836	79.0	71.7	98.1 ^k	97.3 ^k	93 ^h	83 ^h	5,763	10,950	0
47	Costa Rica	44	0.829	80.6	75.9	95.9 ^k	95.7 ^k	69	67	5,236	14,000	-1
48	Latvia	43	0.834	77.0	65.8	99.7 ^e	99.8 ^e	95	84	8,050	12,886	1
49	Saint Kitts and Nevis	94 ^h	83 ^h
50	Bahamas	73.0	66.5	96.3	94.6	13,357	20,723	..
51	Seychelles	92.3	91.4	85	85
52	Cuba	79.2	75.5	96.8 ^k	97.0 ^k	81	79
53	Mexico	46	0.804	77.5	72.6	88.7	92.0	76	74	5,068	13,506	-1

TABLE 25

Gender-related development index

HDI rank	Gender-related development index (GDI)		Life expectancy at birth (years)		Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools ^b (%)		Estimated earned income ^c (PPP US\$)		HDI rank minus GDI rank ^d
	Rank	Value	Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male	
54	73.5	71.0	99.0 ^l	98.8 ^l	84 ^h	82 ^h
55	45	0.807	75.6	68.9	97.7	98.7	78	77	6,212	9,334	1
56	47	0.800	77.4	72.3	91.2	92.5	82	76	4,597	9,069	0
57	48	0.796	73.0	66.9	97.9 ^k	99.0 ^k	67 ^h	64 ^h	6,792	14,807	0
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT											
58	76.2	71.6	70.7 ^k	91.8 ^k	100 ^h	93 ^h
59	49	0.794	76.3	71.3	94.1	98.2	71	69	4,861	8,725	0
60
61	50	0.791	75.6	70.9	85.4	92.0	73	68	6,075	12,869	0
62	72.1	59.0	99.2 ^e	99.7 ^e	7,302	11,429	..
63	52	0.786	74.6	66.6	88.6	88.3	93	89	4,704	10,963	-1
64	51	0.789	75.0	67.8	96.3	98.4	73	70	5,391	9,261	1
65	54	0.781	75.7	68.8	80.5	88.2	71 ^h	71 ^h	6,084	16,606	-1
66	96	96
67	53	0.785	74.0	62.4	99.4 ^{e,j}	99.8 ^{e,j}	91	86	4,842	7,418	1
68	76.8	71.4	91.1	98.4	3,759	8,229	..
69	55	0.780	75.4	69.3	94.6	93.7	72	69	4,557	8,892	0
70	78	73
71	60	0.759	75.7	72.8	65.4 ^k	82.0 ^k	63 ^h	63 ^h	4,013	21,614	-4
72	56	0.776	76.7	71.0	98.3	99.2 ^e	70	68	3,266	5,836	1
73	57	0.774	73.8	66.3	90.5	94.9	72 ^h	72 ^h	5,784	9,452	1
74	73.7	67.2	98.4 ^k	98.9 ^k	72 ^h	70 ^h
75	58	0.765	75.9	70.0	92.7	93.3	76 ^h	73 ^h	2,890	6,929	1
76	73.9	70.9	90.6	89.5	78 ^h	72 ^h
77	65	0.749	73.9	70.1	69.3	87.1	57 ^h	58 ^h	4,440	20,717	-5
78	59	0.763	72.5	60.1	99.2 ^e	99.7 ^e	87	84	3,891	7,329	2
79	67	0.745	72.6	67.5	82.1	93.5	88 ^h	87 ^h	2,231	8,256	-5
80	61	0.759	69.0	57.8	99.3 ^{e,j}	99.8 ^{e,j}	87	83	5,221	8,217	2
81	68	0.745	74.2	69.8	81.0	92.4	80 ^h	77 ^h	2,430	7,789	-4
82	77.3	71.4	89.7	92.3	1,696	5,569	..
83	62	0.756	74.7	68.0	99.2 ^e	99.7 ^e	74	69	3,026	4,352	3
84	63	0.755	72.5	68.3	92.7	92.5	83	80	3,213	5,409	3
85	64	0.754	73.5	69.9	86.5	95.1	68	70	3,961	5,976	3
86	72.6	65.9	84.1	92.3	78 ^h	69 ^h
87	73.9	68.3	68	65
88	72	0.742	73.2	68.7	90.2	93.1	74 ^h	73 ^h	2,316	7,000	-4
89	69	0.743	75.4	71.2	65.3	83.4	76	73	3,840	10,420	0
90	73	0.740	72.9	69.9	84.7	95.1	79	77	2,004	6,491	-3
91	76	0.734	74.5	69.5	77.1	76.7	78 ^h	76 ^h	2,695	11,143	-5
92	71	0.742	70.1	65.7	91.4 ^l	94.5 ^l	73 ^{h,i}	73 ^{h,i}	3,146	8,525	1
93	66	0.747	76.8	71.5	88.6 ^l	92.2 ^l	69 ^h	67 ^h	2,579	5,009	7
94	70	0.742	71.1	66.5	81.1	95.7	62 ^h	74 ^h	4,276	9,286	4
95	74	0.739	71.0	63.9	87.3	88.0	81 ^h	71 ^h	3,608	9,949	1
96	66.1	67.1	97.2 ^k	97.3 ^k	75 ^h	74 ^h
97	66.8	58.3	98.3 ^l	99.3 ^{e,i}	4,603	7,305	..
98	75	0.736	72.5	69.0	91.4 ^k	83.8 ^k	77 ^h	71 ^h	3,279	4,944	1
99	78	0.719	71.9	69.0	70.4	83.5	65 ^h	72 ^h	3,094	10,856	-1
100	74.3	66.6	71	70	1,566	3,715	..
101	77	0.725	70.5	63.2	98.2 ^l	99.5 ^{e,i}	68	71	2,683	4,591	1
102	74.0	70.9	87.4	96.3	81 ^h	78 ^h
103	82	0.706	72.4	69.8	60.1	79.5	72 ^h	76 ^h	2,896	9,244	-3
104	80	0.715	73.9	67.8	77.1 ^k	82.4 ^k	67	68	2,939	6,689	0
105	81	0.714	73.2	67.0	68.0 ^k	85.4 ^k	73	73	3,392	7,136	0
106	84	0.702	75.1	71.6	74.2	91.0	60 ^h	65 ^h	1,584	5,534	-2

HDI rank	Gender-related development index (GDI)		Life expectancy at birth (years)		Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools ^b (%)		Estimated earned income ^c (PPP US\$)		HDI rank minus GDI rank ^d	
	Rank	Value	2003		2003		2002/03		2003			
			Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male		
107	Guyana	79	0.716	66.1	60.0	98.2	99.0	78 ^h	77 ^h	2,426	6,152	4
108	Viet Nam	83	0.702	72.6	68.6	86.9 ^l	93.9 ^j	61 ^h	67 ^h	2,026	2,964	1
109	Kyrgyzstan	85	0.700	71.1	62.7	98.1 ⁱ	99.3 ^{e,j}	83	81	1,388	2,128	0
110	Indonesia	87	0.691	68.8	64.9	83.4 ^k	92.5 ^k	65	67	2,289	4,434	-1
111	Uzbekistan	86	0.692	69.8	63.4	98.9 ^k	99.6 ^k	74	77	1,385	2,099	1
112	Nicaragua	88	0.683	72.1	67.3	76.6	76.8	71	68	2,018	4,512	0
113	Bolivia	89	0.679	66.2	62.0	80.4	92.9	84 ^h	90 ^h	1,615	3,573	0
114	Mongolia	90	0.677	66.1	62.1	97.5	98.0	80	69	1,478	2,227	0
115	Moldova, Rep. of	91	0.668	71.3	63.9	95.0	97.5	64	60	1,200	1,850	0
116	Honduras	69.9	65.8	80.2	79.8	1,447	3,877	..
117	Guatemala	94	0.649	71.0	63.6	63.3	75.4	59	63	2,073	6,197	-2
118	Vanuatu	70.6	66.9	58	59
119	Egypt	72.1	67.7	43.6 ^l	67.2 ^j	1,614	6,203	..
120	South Africa	92	0.652	50.2	46.8	80.9 ^l	84.1 ⁱ	78 ^h	78 ^h	6,505	14,326	1
121	Equatorial Guinea	95	0.641	43.9	42.6	76.4	92.1	60 ^h	71 ^h	10,771	27,053	-1
122	Tajikistan	93	0.650	66.3	61.0	99.3 ^e	99.7 ^e	69	82	854	1,367	2
123	Gabon	55.2	53.7	70 ^{h,i}	74 ^{h,i}	4,765	8,054	..
124	Morocco	97	0.616	71.9	67.5	38.3 ^k	63.3 ^k	54	62	2,299	5,699	-1
125	Namibia	96	0.621	49.0	47.6	83.5	86.8	72 ^h	70 ^h	4,201	8,234	1
126	São Tomé and Príncipe	64.0	62.0	59 ^{h,i}	64 ^{h,i}
127	India	98	0.586	65.0	61.8	47.8	73.4	56	64	1,569	4,130	0
128	Solomon Islands	63.0	61.6	1,391	2,107	..
129	Myanmar	63.1	57.5	86.2	93.7	49 ^h	48 ^h
130	Cambodia	99	0.567	59.8	52.4	64.1	84.7	54	64	1,807	2,368	0
131	Botswana	100	0.559	36.7	35.9	81.5 ^k	76.1 ^k	71 ^h	70 ^h	6,617	10,816	0
132	Comoros	101	0.541	65.4	61.1	49.1 ^k	63.5 ^k	42 ^h	51 ^h	1,216	2,206	0
133	Lao People's Dem. Rep.	102	0.540	55.9	53.4	60.9	77.0	55	67	1,391	2,129	0
134	Bhutan	64.2	61.7	14	16
135	Pakistan	107	0.508	63.2	62.8	35.2	61.7	31	43	1,050	3,082	-4
136	Nepal	106	0.511	62.0	61.2	34.9	62.7	55	66	949	1,868	-2
137	Papua New Guinea	103	0.518	56.0	54.9	50.9	63.4	37 ^h	44 ^h	1,896	3,305	2
138	Ghana	104	0.517	57.3	56.3	45.7	62.9	43 ^h	48 ^h	1,915	2,567	2
139	Bangladesh	105	0.514	63.7	62.1	31.4 ^k	50.3 ^k	54	52	1,245	2,289	2
140	Timor-Leste	56.6	54.5
141	Sudan	110	0.495	57.9	54.9	49.9 ^l	69.2 ^l	35 ^h	41 ^h	918	2,890	-2
142	Congo	108	0.507	53.2	50.7	77.1 ^k	88.9 ^k	44	52	689	1,238	1
143	Togo	112	0.491	56.3	52.4	38.3	68.5	52	76	1,092	2,318	-2
144	Uganda	109	0.502	47.6	46.9	59.2 ^k	78.8 ^k	72 ^h	75 ^h	1,169	1,751	2
145	Zimbabwe	111	0.493	36.5	37.3	86.3 ^k	93.8 ^k	51 ^h	54 ^h	1,751	3,042	1
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
146	Madagascar	116	0.483	56.8	54.1	65.2	76.4	40	41	603	1,017	-3
147	Swaziland	115	0.485	32.9	32.1	78.1	80.4	58 ^h	61 ^h	2,669	6,927	-1
148	Cameroon	113	0.487	46.5	45.1	59.8	77.0	50 ^h	60 ^h	1,310	2,940	2
149	Lesotho	114	0.487	37.7	34.6	90.3	73.7	67 ^h	65 ^h	1,480	3,759	2
150	Djibouti	54.0	51.6	23 ^h	31 ^h
151	Yemen	121	0.448	61.9	59.3	28.5 ^k	69.5 ^k	41 ^h	69 ^h	413	1,349	-4
152	Mauritania	118	0.471	54.3	51.1	43.4	59.5	43 ^h	47 ^h	1,269	2,284	0
153	Haiti	52.4	50.8	50.0 ^k	53.8 ^k	1,250	2,247	..
154	Kenya	117	0.472	46.3	48.1	70.2	77.7	50 ^h	53 ^h	1,001	1,078	2
155	Gambia	119	0.464	57.1	54.3	30.9	45.0	45 ^h	50 ^h	1,391	2,339	1
156	Guinea	54.1	53.4	34 ^h	49 ^h	1,692	2,503	..
157	Senegal	120	0.449	56.9	54.5	29.2	51.1	37 ^h	43 ^h	1,175	2,131	1
158	Nigeria	123	0.439	43.6	43.1	59.4 ^k	74.4 ^k	57 ^h	71 ^h	614	1,495	-1
159	Rwanda	122	0.447	45.6	42.1	58.8	70.5	53	58	985	1,583	1

TABLE 25

Gender-related development index

HDI rank	Gender-related development index (GDI)		Life expectancy at birth (years)		Adult literacy rate ^a (% ages 15 and above)		Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools ^b (%)		Estimated earned income ^c (PPP US\$)		HDI rank minus GDI rank ^d	
	Rank	Value	Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male		
160	Angola	124	0.438	42.3	39.3	53.8	82.1	27 ^{h,i}	32 ^{h,i}	1,797	2,897	0
161	Eritrea	125	0.431	55.7	51.8	45.6	68.2	30 ^h	40 ^h	579	1,125	0
162	Benin	126	0.419	54.7	53.2	22.6	46.4	43 ^h	66 ^h	910	1,316	0
163	Côte d'Ivoire	128	0.403	46.7	45.2	38.2	60.1	34 ^{h,i}	50 ^{h,i}	792	2,142	-1
164	Tanzania, U. Rep. of	127	0.414	46.3	45.5	62.2	77.5	40 ^h	42 ^h	516	725	1
165	Malawi	129	0.396	39.6	39.8	54.0 ⁱ	74.9 ⁱ	69 ^h	75 ^h	486	717	0
166	Zambia	130	0.383	36.9	37.9	59.7 ^j	76.1 ^j	45 ^h	50 ^h	629	1,130	0
167	Congo, Dem. Rep. of the	131	0.373	44.1	42.1	51.9	79.8	24 ^{h,i}	31 ^{h,i}	500	903	0
168	Mozambique	133	0.365	42.7	41.1	31.4 ^k	62.3 ^k	38 ^h	48 ^h	910	1,341	-1
169	Burundi	132	0.373	44.5	42.6	51.9	66.8	31 ^h	40 ^h	545	758	1
170	Ethiopia	134	0.355	48.7	46.6	33.8 ^k	49.2 ^k	29 ^h	42 ^h	487	931	0
171	Central African Republic	40.1	38.4	33.5	64.8	829	1,366	..
172	Guinea-Bissau	135	0.326	46.2	43.2	24.7	55.2	29 ^{h,i}	45 ^{h,i}	466	960	0
173	Chad	137	0.322	44.7	42.5	12.7	40.6	28 ^h	48 ^h	902	1,525	-1
174	Mali	136	0.323	48.5	47.2	11.9 ^j	26.7 ^j	27 ^h	38 ^h	742	1,247	1
175	Burkina Faso	138	0.311	48.2	46.8	8.1 ^j	18.5 ^j	20 ^h	27 ^h	986	1,357	0
176	Sierra Leone	139	0.279	42.1	39.4	20.5	39.8	38 ^j	52 ^j	325	783	0
177	Niger	140	0.271	44.4	44.3	9.4	19.6	17 ^h	25 ^h	601	1,056	0

NOTES

- a** Data refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 2000 and 2004, unless otherwise noted. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see www.uis.unesco.org/ev.php?ID=4930_201&ID2=DO_TOPIC.
- b** Data refer to the 2002/03 school year. Data for some countries may refer to national or United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) Institute for Statistics estimates. For details, see www.uis.unesco.org. Because data are from different sources, comparisons across countries should be made with caution.

- c** Because of the lack of gender-disaggregated income data, female and male earned income are crudely estimated on the basis of data on the ratio of the female non-agricultural wage to the male non-agricultural wage, the female and male shares of the economically active population, the total female and male population and GDP per capita (PPP US\$) (see *Technical note 1*). Estimates are based on data for the most recent year available during 1991–2003, unless otherwise specified.
- d** The HDI ranks used in this column are those recalculated for the 140 countries with a GDI value. A positive figure indicates that the GDI rank is higher than the HDI rank, a negative the opposite.
- e** For purposes of calculating the GDI, a value of 99.0% was applied.

- f** Stated 2005.
- g** For purposes of calculating the GDI, a value of \$40,000 (PPP US\$) was applied.
- h** Preliminary UNESCO Institute for Statistics estimate, subject to further revision.
- i** Data refer to year other than that specified.
- j** Data refer to a year between 1995 and 1999.
- k** Estimate produced by UNESCO Institute for Statistics in July 2002.
- l** Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.

SOURCES

- Column 1:** determined on the basis of the GDI values in column 2.
- Column 2:** calculated on the basis of data in columns 3–10; see *Technical note 1* for details.
- Columns 3 and 4:** UN 2005c, unless otherwise noted.
- Columns 5 and 6:** UNESCO Institute for Statistics 2005a, unless otherwise noted.
- Columns 7 and 8:** UNESCO Institute for Statistics 2005c.
- Columns 9 and 10:** calculated on the basis of data on GDP per capita (PPP US\$) and population from World Bank 2005c, data on wages from ILO 2005b; data on the economically active population from ILO 2002, unless otherwise noted.
- Column 11:** calculated on the basis the recalculated HDI ranks on the GDI ranks in column 1.

GDI ranks for 140 countries and areas

1 Norway	29 Barbados	57 Thailand	85 Kyrgyzstan	113 Cameroon
2 Australia	30 Czech Republic	58 Venezuela	86 Uzbekistan	114 Lesotho
3 Iceland	31 Hungary	59 Ukraine	87 Indonesia	115 Swaziland
4 Sweden	32 Malta	60 Oman	88 Nicaragua	116 Madagascar
5 Canada	33 Poland	61 Kazakhstan	89 Bolivia	117 Kenya
6 Switzerland	34 Argentina	62 Armenia	90 Mongolia	118 Mauritania
7 Luxembourg	35 Estonia	63 Philippines	91 Moldova, Rep. of	119 Gambia
8 United States	36 Lithuania	64 China	92 South Africa	120 Senegal
9 Belgium	37 Slovakia	65 Saudi Arabia	93 Tajikistan	121 Yemen
10 Finland	38 Chile	66 Sri Lanka	94 Guatemala	122 Rwanda
11 Ireland	39 Kuwait	67 Peru	95 Equatorial Guinea	123 Nigeria
12 Netherlands	40 Croatia	68 Lebanon	96 Namibia	124 Angola
13 Denmark	41 Bahrain	69 Tunisia	97 Morocco	125 Eritrea
14 Japan	42 Uruguay	70 Turkey	98 India	126 Benin
15 United Kingdom	43 Latvia	71 Fiji	99 Cambodia	127 Tanzania, U. Rep. of
16 France	44 Costa Rica	72 Paraguay	100 Botswana	128 Côte d'Ivoire
17 New Zealand	45 Bulgaria	73 Jordan	101 Comoros	129 Malawi
18 Italy	46 Mexico	74 Dominican Republic	102 Lao People's Dem. Rep.	130 Zambia
19 Austria	47 Panama	75 Jamaica	103 Papua New Guinea	131 Congo, Dem. Rep. of the
20 Germany	48 Trinidad and Tobago	76 Belize	104 Ghana	132 Burundi
21 Spain	49 Macedonia, TFYR	77 Azerbaijan	105 Bangladesh	133 Mozambique
22 Hong Kong, China (SAR)	50 Malaysia	78 Iran, Islamic Rep. of	106 Nepal	134 Ethiopia
23 Israel	51 Romania	79 Guyana	107 Pakistan	135 Guinea-Bissau
24 Greece	52 Brazil	80 El Salvador	108 Congo	136 Mali
25 Slovenia	53 Belarus	81 Cape Verde	109 Uganda	137 Chad
26 Portugal	54 Mauritius	82 Algeria	110 Sudan	138 Burkina Faso
27 Korea, Rep. of	55 Colombia	83 Viet Nam	111 Zimbabwe	139 Sierra Leone
28 Cyprus	56 Albania	84 Syrian Arab Republic	112 Togo	140 Niger

TABLE 26

... and achieving equality for all women and men

Gender empowerment measure

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c
	Rank	Value				
HIGH HUMAN DEVELOPMENT						
1 Norway	1	0.928	38.2	30	50	0.75
2 Iceland	4	0.834	30.2	29	55	0.69
3 Australia	7	0.826	28.3 ^d	36	55	0.72
4 Luxembourg	23.3	0.39
5 Canada	10	0.807	24.7	35	54	0.64
6 Sweden	3	0.852	45.3	30	51	0.69
7 Switzerland	11	0.795	24.8	28	45	0.90
8 Ireland	16	0.724	14.2	29	50	0.41
9 Belgium	6	0.828	35.7	31	48	0.54
10 United States	12	0.793	14.8	46	55	0.62
11 Japan	43	0.534	9.3	10	46	0.46
12 Netherlands	8	0.814	34.2	26	48	0.53
13 Finland	5	0.833	37.5	28	53	0.72
14 Denmark	2	0.860	36.9	26	51	0.73
15 United Kingdom	18	0.716	17.9	33	45	0.62
16 France	13.9	0.59
17 Austria	13	0.779	32.2	27	49	0.35
18 Italy	37	0.589	10.4	21	45	0.46
19 New Zealand	14	0.769	28.3	36	52	0.68
20 Germany	9	0.813	31.3	36	50	0.54
21 Spain	15	0.745	30.5	30	47	0.44
22 Hong Kong, China (SAR)	26	39	0.56
23 Israel	24	0.622	15.0	29	54	0.55
24 Greece	36	0.594	14.0	26	48	0.45
25 Singapore	22	0.654	16.0	26	45	0.51
26 Slovenia	30	0.603	12.2	33	56	0.62
27 Portugal	21	0.656	20.0	32	52	0.54
28 Korea, Rep. of	59	0.479	13.0	6	39	0.48
29 Cyprus	39	0.571	16.1	18	47	0.47
30 Barbados	25	0.615	17.6	45	71	0.61
31 Czech Republic	34	0.595	15.7	26	52	0.64
32 Malta	58	0.486	9.2	18	39	0.39
33 Brunei Darussalam	— ^e
34 Argentina	20	0.665	33.6	25	55	0.37
35 Hungary	44	0.528	9.1	34	61	0.62
36 Poland	27	0.612	20.7	34	61	0.62
37 Chile	61	0.475	10.1	24	52	0.39
38 Estonia	35	0.595	18.8	35	69	0.64
39 Lithuania	26	0.614	22.0	39	70	0.68
40 Qatar	— ^e
41 United Arab Emirates	0.0	8	25	..
42 Slovakia	33	0.597	16.7	35	61	0.65
43 Bahrain	68	0.393	7.5 ^f	10	19	0.31
44 Kuwait	0.0 ^g	0.35
45 Croatia	32	0.599	21.7	26	52	0.56
46 Uruguay	50	0.504	10.8	35	53	0.53
47 Costa Rica	19	0.668	35.1	29	40	0.37
48 Latvia	28	0.606	21.0	40	64	0.62
49 Saint Kitts and Nevis	0.0
50 Bahamas	17	0.719	26.8	40	51	0.64
51 Seychelles	29.4
52 Cuba	36.0
53 Mexico	38	0.583	23.7	25	40	0.38

TABLE 26
Gender empowerment measure

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c	
	Rank	Value					
54	Tonga	0.0	
55	Bulgaria	29	0.604	26.3	30	34	0.67
56	Panama	40	0.563	16.7	40	50	0.51
57	Trinidad and Tobago	23	0.650	25.4	38	54	0.46
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT							
58	Libyan Arab Jamahiriya	
59	Macedonia, TFYR	41	0.555	19.2	27	51	0.56
60	Antigua and Barbuda	13.9	
61	Malaysia	51	0.502	13.1	23	40	0.47
62	Russian Federation	60	0.477	8.0	39	64	0.64
63	Brazil	9.1	..	62	0.43
64	Romania	56	0.488	10.9	31	57	0.58
65	Mauritius	5.7	0.37
66	Grenada	32.1
67	Belarus	30.1	0.65
68	Bosnia and Herzegovina	12.3	0.46
69	Colombia	52	0.500	10.8	38	50	0.51
70	Dominica	19.4
71	Oman	7.8	0.19
72	Albania	6.4	0.56
73	Thailand	63	0.452	8.1	26	52	0.61
74	Samoa (Western)	6.1
75	Venezuela	64	0.441	9.7	27	61	0.42
76	Saint Lucia	20.7
77	Saudi Arabia	78	0.253	0.0	31	6	0.21
78	Ukraine	66	0.417	5.3	39	63	0.53
79	Peru	48	0.511	18.3	23	47	0.27
80	Kazakhstan	9.5	0.64
81	Lebanon	2.3	0.31
82	Ecuador	55	0.490	16.0	26	40	0.30
83	Armenia	5.3	0.70
84	Philippines	46	0.526	15.4	58	62	0.59
85	China	20.2	0.66
86	Suriname	19.6	28	51	..
87	Saint Vincent and the Grenadines	22.7
88	Paraguay	65	0.427	9.6	23	54	0.33
89	Tunisia	22.8	0.37
90	Jordan	7.9	0.31
91	Belize	57	0.486	11.9	31	52	0.24
92	Fiji	70	0.381	9.7	51	9	0.37
93	Sri Lanka	72	0.370	4.9	21	46	0.51
94	Turkey	76	0.285	4.4	6	30	0.46
95	Dominican Republic	45	0.527	15.4	31	49	0.36
96	Maldives	4.8	15	40	..
97	Turkmenistan	16.0	0.63
98	Jamaica	13.6	0.66
99	Iran, Islamic Rep. of	75	0.316	4.1	13	33	0.28
100	Georgia	67	0.416	9.4	28	63	0.42
101	Azerbaijan	10.5	0.58
102	Occupied Palestinian Territories	12	34	..
103	Algeria	5.3	0.31
104	El Salvador	62	0.467	10.7	32	44	0.44
105	Cape Verde	11.1	0.48
106	Syrian Arab Republic	12.0	0.29

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c	
	Rank	Value					
107	Guyana	30.8	0.39
108	Viet Nam	27.3	0.68
109	Kyrgyzstan	0.65
110	Indonesia	11.3	0.52
111	Uzbekistan	16.4	0.66
112	Nicaragua	20.7	0.45
113	Bolivia	47	0.525	17.8	36	40	0.45
114	Mongolia	69	0.388	6.7	30	66	0.66
115	Moldova, Rep. of	53	0.494	15.8	40	66	0.65
116	Honduras	74	0.356	5.5	22	36	0.37
117	Guatemala	8.2	0.33
118	Vanuatu	3.8
119	Egypt	77	0.274	4.3	9	31	0.26
120	South Africa	32.8 ^h	0.45
121	Equatorial Guinea	18.0	0.40
122	Tajikistan	0.62
123	Gabon	11.9	0.59
124	Morocco	6.4	0.40
125	Namibia	31	0.603	25.5	30	55	0.51
126	São Tomé and Príncipe	9.1
127	India	9.3	0.38
128	Solomon Islands	0.0	0.66
129	Myanmar ⁱ
130	Cambodia	73	0.364	10.9	14	33	0.76
131	Botswana	49	0.505	11.1	31	53	0.61
132	Comoros	3.0	0.55
133	Lao People's Dem. Rep.	22.9	0.65
134	Bhutan	8.7
135	Pakistan	71	0.379	20.6	2	26	0.34
136	Nepal	6.4	0.51
137	Papua New Guinea	0.9	0.57
138	Ghana	10.9	0.75
139	Bangladesh	79	0.218	2.0	8	25	0.54
140	Timor-Leste	25.3 ^j
141	Sudan	9.7	0.32
142	Congo	10.6	0.56
143	Togo	6.2	0.47
144	Uganda	23.9	0.67
145	Zimbabwe	10.0	0.58
LOW HUMAN DEVELOPMENT							
146	Madagascar	8.4	0.59
147	Swaziland	54	0.492	16.8	24	61	0.39
148	Cameroon	8.9	0.45
149	Lesotho	17.0	0.39
150	Djibouti	10.8
151	Yemen	80	0.123	0.3	4	15	0.31
152	Mauritania	4.4	0.56
153	Haiti	9.1	0.56
154	Kenya	7.1	0.93
155	Gambia	13.2	0.59
156	Guinea	19.3	0.68
157	Senegal	19.2	0.55
158	Nigeria	5.8	0.41
159	Rwanda	45.3	0.62

TABLE 26

Gender empowerment measure

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c	
	Rank	Value					
160	Angola	..	15.0	0.62	
161	Eritrea	..	22.0	0.51	
162	Benin	..	7.2	0.69	
163	Côte d'Ivoire	..	8.5	0.37	
164	Tanzania, U. Rep. of	42	0.538	21.4	49	32	0.71
165	Malawi	..	14.0	0.68	
166	Zambia	..	12.7	0.56	
167	Congo, Dem. Rep. of the	..	10.2	0.55	
168	Mozambique	..	34.8	0.68	
169	Burundi	..	18.5	0.72	
170	Ethiopia	..	7.8	0.52	
171	Central African Republic	..	— ^k	0.61	
172	Guinea-Bissau	..	14.0	0.49	
173	Chad	..	6.5	0.59	
174	Mali	..	10.2	0.60	
175	Burkina Faso	..	11.7	0.73	
176	Sierra Leone	..	14.5	0.42	
177	Niger	..	12.4	0.57	

NOTES

- a** Data are as of 1 March 2005. Where there are lower and upper houses, data refer to the weighted average of women's shares of seats in both houses.
- b** Data refer to the most recent year available during 1992–2003. Estimates for countries that have implemented the recent International Standard Classification of Occupations (ISCO-88) are not strictly comparable with those for countries using the previous classification (ISCO-68).
- c** Calculated on the basis of data in columns 9 and 10 in table 25. Estimates are based on data for the most recent year available during 1991–2003.
- d** The figure reflects the Senate composition until 1 July 2005.
- e** Brunei Darussalam and Qatar do not currently have a parliament. Elections for a new parliament

in Qatar, according to the 2004 constitution, are scheduled to take place in late 2005 or early 2006.

- f** Women were allowed to vote in the referendum of 14–15 February 2001, which approved the National Action Charter. Subsequently, women exercised their full political rights as both voters and candidates in the 2002 national elections.
- g** On 16 May 2005 parliament passed a law granting women the right to vote and stand for election.
- h** Does not include the 36 upper house special rotation delegates appointed on an ad hoc basis. The shares given are therefore calculated on the basis of lower house seats and the 54 permanent seats in the upper house.
- i** The parliament elected in 1990 has never been convened nor authorized to sit, and many of its members were detained or forced into exile.

j The purpose of elections held on 30 August 2001 was to elect members of the Constituent Assembly of Timor-Leste. This body became the National Parliament on 20 May 2002, the date on which the country became independent, without any new elections.

k Parliament was suspended on 15 March 2003. May 2005 election results are not yet available.

SOURCES

- Column 1:** determined on the basis of GEM values in column 2.
- Column 2:** calculated on the basis of data in columns 3–6; see *Technical note 1* for details.
- Column 3:** calculated on the basis of data on parliamentary seats from IPU 2005a, d.
- Column 4 and 5:** calculated on the basis of occupational data from ILO 2005b.
- Column 6:** calculated on the basis of data in columns 9 and 10 of table 25.

GEM ranks for 80 countries

1 Norway	17 Bahamas	33 Slovakia	49 Botswana	65 Paraguay
2 Denmark	18 United Kingdom	34 Czech Republic	50 Uruguay	66 Ukraine
3 Sweden	19 Costa Rica	35 Estonia	51 Malaysia	67 Georgia
4 Iceland	20 Argentina	36 Greece	52 Colombia	68 Bahrain
5 Finland	21 Portugal	37 Italy	53 Moldova, Rep. of	69 Mongolia
6 Belgium	22 Singapore	38 Mexico	54 Swaziland	70 Fiji
7 Australia	23 Trinidad and Tobago	39 Cyprus	55 Ecuador	71 Pakistan
8 Netherlands	24 Israel	40 Panama	56 Romania	72 Sri Lanka
9 Germany	25 Barbados	41 Macedonia, TFYR	57 Belize	73 Cambodia
10 Canada	26 Lithuania	42 Tanzania, U. Rep. of	58 Malta	74 Honduras
11 Switzerland	27 Poland	43 Japan	59 Korea, Rep. of	75 Iran, Islamic Rep. of
12 United States	28 Latvia	44 Hungary	60 Russian Federation	76 Turkey
13 Austria	29 Bulgaria	45 Dominican Republic	61 Chile	77 Egypt
14 New Zealand	30 Slovenia	46 Philippines	62 El Salvador	78 Saudi Arabia
15 Spain	31 Namibia	47 Bolivia	63 Thailand	79 Bangladesh
16 Ireland	32 Croatia	48 Peru	64 Venezuela	80 Yemen

TABLE 27

... and achieving equality for all women and men

Gender inequality in education

HDI rank	Adult literacy ^a		MDG Youth literacy ^a		MDG Net primary enrolment ^{b,c}		MDG Net secondary enrolment ^{b,c}		MDG Gross tertiary enrolment ^{c,d}	
	Female rate (% ages 15 and above)	Female rate as % of male rate	Female rate (% ages 15–24)	Female rate as % of male rate	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e
	2003	2003	2003	2003	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
1 Norway	100	1.00	97	1.01	99	1.55
2 Iceland	99	0.99	88	1.05	81	1.81
3 Australia	97	1.01	89 ^f	1.02 ^f	82	1.23
4 Luxembourg	91	1.01	83	1.07	13	1.17
5 Canada	100 ^{f,g}	1.00 ^{f,g}	98 ^{f,g}	1.00 ^{f,g}	66 ^{f,h}	1.34 ^{f,h}
6 Sweden	99	0.99	100	1.01	102	1.55
7 Switzerland	99	0.99	84	0.95	44	0.83
8 Ireland	97	1.02	87	1.08	59	1.32
9 Belgium	100	1.00	98	1.01	66	1.19
10 United States	93	1.01	89	1.01	96	1.37
11 Japan	100	1.00	101 ^{f,i}	1.01 ^{f,i}	47	0.88
12 Netherlands	99	0.99	89	1.01	61	1.09
13 Finland	100	1.00	95	1.01	96	1.20
14 Denmark	100	1.00	98	1.04	79	1.43
15 United Kingdom	100	1.00	97	1.03	72	1.27
16 France	99	1.00	95	1.02	63	1.28
17 Austria	91	1.02	89	0.99	53	1.20
18 Italy	99	0.99	92	1.01	65	1.34
19 New Zealand	99 ^f	0.99 ^f	94	1.03	90	1.53
20 Germany	84	1.02	88	1.00	51	1.00
21 Spain	99	0.99	98	1.04	67	1.19
22 Hong Kong, China (SAR)	97 ^j	0.99 ^j	75 ^f	1.04 ^f	31	0.99
23 Israel	95.6	97	99.4	100	99	1.00	89	1.00	66	1.33
24 Greece	88.3	94	99.5	100	99	1.00	87	1.02	78	1.10
25 Singapore	88.6	92	99.6	100
26 Slovenia	99.6 ^k	100 ^k	99.8 ^k	100 ^k	93	0.99	94	1.01	79	1.35
27 Portugal	99	0.99	89	1.11	64	1.35
28 Korea, Rep. of	100 ^l	1.00 ^l	88 ^l	1.00 ^l	64 ^l	0.61 ^l
29 Cyprus	95.1	96	99.8	100	96	1.00	94	1.03	33	1.03
30 Barbados	99.7 ^k	100 ^k	99.8 ^k	100 ^k	100	1.00	90	1.00	55 ^g	2.47 ^g
31 Czech Republic	87	1.00	92	1.03	37	1.07
32 Malta	89.2 ^m	103 ^m	97.8 ^m	104 ^m	96	0.99	88	1.02	35	1.40
33 Brunei Darussalam	90.2	95	98.9	100	17	1.76
34 Argentina	97.2	100	99.1	100	84	1.06	72	1.49
35 Hungary	99.3	100	99.6	100	90	0.99	94	1.00	59	1.37
36 Poland	98	1.00	83	0.99	71	1.42
37 Chile	95.6	100	99.2	100	84 ^l	0.99 ^l	81 ^l	1.01 ^l	44 ^l	0.94 ^l
38 Estonia	99.8	100	99.8	100	94	0.99	90	1.04	83	1.66
39 Lithuania	99.6	100	99.7	100	91	1.00	94	1.01	88	1.56
40 Qatar	94	1.00	85 ^f	1.06 ^f	32	2.71
41 United Arab Emirates	80.7 ^k	107 ^k	95.0 ^k	108 ^k	82	0.98	72	1.03	53 ^l	2.55 ^l
42 Slovakia	99.6	100	99.7	100	86	1.01	88	1.01	36	1.17
43 Bahrain	83.0	90	99.3	100	91	1.02	90	1.08	44	1.89
44 Kuwait	81.0 ^k	96 ^k	93.9 ^k	102 ^k	84	1.02	79 ^{f,h}	1.05 ^{f,h}	32 ^{l,n}	2.58 ^{l,n}
45 Croatia	97.1	98	99.7	100	89	0.99	87	1.02	43	1.18
46 Uruguay	98.1 ^k	101 ^k	99.4 ^k	101 ^k	91	1.00	77	1.10	50 ^f	1.95 ^f
47 Costa Rica	95.9 ^k	100 ^k	98.7 ^k	101 ^k	91	1.02	55	1.09	21	1.16
48 Latvia	99.7	100	99.8	100	85	0.99	88	1.01	91	1.66
49 Saint Kitts and Nevis	100 ^h	1.06 ^h
50 Bahamas	88 ^f	1.03 ^f	77 ^f	1.04 ^f
51 Seychelles	92.3	101	99.4	101	99	0.99	100	1.00
52 Cuba	96.8 ^k	100 ^k	99.8 ^k	100 ^k	93	0.99	86	1.00	39	1.34
53 Mexico	88.7	96	97.3	99	100	1.01	64	1.04	22	0.97

Human development indicators

TABLE 27

Gender inequality in education

HDI rank	Adult literacy ^a		MDG Youth literacy ^a		MDG Net primary enrolment ^{b,c}		MDG Net secondary enrolment ^{b,c}		MDG Gross tertiary enrolment ^{c,d}	
	Female rate (% ages 15 and above)	Female rate as % of male rate	Female rate (% ages 15–24)	Female rate as % of male rate	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e
	2003	2003	2003	2003	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03
54 Tonga	99.0 ^m	100 ^m	99.4 ^m	100 ^m	100 ^h	1.00 ^h	77 ^{i,h}	1.14 ^{f,h}	4 ^{f,h}	1.40 ^{f,h}
55 Bulgaria	97.7	99	98.1	100	90	0.99	86	0.98	42	1.18
56 Panama	91.2	99	95.6	99	99	0.99	66 ^f	1.11 ^f	55	1.69
57 Trinidad and Tobago	97.9 ^k	99 ^k	99.8 ^k	100 ^k	90	0.99	75 ^f	1.08 ^f	11	1.59
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
58 Libyan Arab Jamahiriya	70.7 ^k	77 ^k	94.0 ^k	94 ^k	61 ^f	1.09 ^f
59 Macedonia, TFYR	94.1	96	98.5	99	91	1.00	80 ^{f,h}	0.97 ^{f,h}	32	1.34
60 Antigua and Barbuda
61 Malaysia	85.4	93	97.3	100	93	1.00	74	1.11	33	1.28
62 Russian Federation	99.2	100	99.8	100	90 ^f	1.02 ^f	79 ^f	1.31 ^f
63 Brazil	88.6	100	97.7	102	91 ^g	0.93 ^g	78	1.08	23	1.32
64 Romania	96.3	98	97.8	100	88	0.99	82	1.03	39	1.24
65 Mauritius	80.5	91	95.4	102	98	1.02	74 ^f	1.00 ^f	18	1.41
66 Grenada	80 ^{f,g}	0.90 ^{f,g}
67 Belarus	99.4 ^m	100 ^m	99.8 ^m	100 ^m	94 ^f	0.99 ^f	86 ^f	1.04 ^f	72	1.39
68 Bosnia and Herzegovina	91.1	93	99.7	100
69 Colombia	94.6	101	98.4	102	87 ^f	0.99 ^f	58 ^f	1.10 ^f	25	1.09
70 Dominica	79	0.95	98 ^f	1.14 ^f
71 Oman	65.4 ^k	80 ^k	97.3 ^k	98 ^k	72	1.01	70	1.01	10 ^{f,h}	1.67 ^{f,h}
72 Albania	98.3	99	99.5	100	94	0.98	78	1.02	21	1.78
73 Thailand	90.5	95	97.8	100	84 ^l	0.97 ^l	42 ^l	1.17 ^l
74 Samoa (Western)	98.4 ^k	99 ^k	99.5 ^k	100 ^k	96 ^f	0.98 ^f	65 ^f	1.11 ^f	6 ^{f,h}	0.90 ^{f,h}
75 Venezuela	92.7	99	98.1	102	91	1.01	64	1.16	42 ^f	1.08 ^f
76 Saint Lucia	90.6	101	95.9	101	100	1.01	85 ^f	1.25 ^f
77 Saudi Arabia	69.3	80	93.7	96	54	0.99	52 ^f	0.96 ^f	30	1.47
78 Ukraine	99.2	99	99.8	100	84 ^f	1.00 ^f	85 ^f	1.01 ^f	67 ^l	1.19 ^l
79 Peru	82.1	88	95.7	98	100	1.00	68	0.97	33 ^f	1.07 ^f
80 Kazakhstan	99.3 ^m	100 ^m	99.9 ^m	100 ^m	91	0.99	87	1.00	51	1.31
81 Lebanon	90	0.99	48	1.19
82 Ecuador	89.7	97	96.5	100	100	1.01	51	1.03
83 Armenia	99.2	99	99.9	100	93	0.98	85	1.03	31	1.26
84 Philippines	92.7	100	95.7	101	95	1.02	65	1.19	34	1.28
85 China	86.5	91	98.5	99	14	0.84
86 Suriname	84.1	91	92.1	97	98 ^f	1.02 ^f	74 ^f	1.38 ^f	15 ^h	1.69 ^h
87 Saint Vincent and the Grenadines	90	0.99	61	1.09
88 Paraguay	90.2	97	96.5	100	89	1.00	53	1.06	31 ^f	1.39 ^f
89 Tunisia	65.3	78	92.2	96	97	1.00	68	1.11	30	1.28
90 Jordan	84.7	89	98.9	100	93	1.02	81	1.03	37	1.10
91 Belize	77.1	101	84.5	101	100	1.02	71 ^f	1.05 ^f	3 ^l	1.91 ^l
92 Fiji	91.4 ^m	97 ^m	99.4 ^m	100 ^m	100 ^{f,h}	1.00 ^{f,h}	79 ^{f,h}	1.07 ^{f,h}
93 Sri Lanka	88.6 ^o	96 ^o	96.0 ^o	101 ^o
94 Turkey	81.1	85	94.8	96	84	0.94	24	0.76
95 Dominican Republic	87.3	99	95.0	102	94 ^f	0.95 ^f	41 ^f	1.34 ^f	43	1.67
96 Maldives	97.2 ^k	100 ^k	99.2 ^k	100 ^k	93	1.00	55 ^f	1.15 ^f
97 Turkmenistan	98.3 ^m	99 ^m	99.8 ^m	100 ^m
98 Jamaica	91.4 ^k	109 ^k	97.8 ^k	107 ^k	95	1.00	77 ^f	1.04 ^f	25 ^f	2.36 ^f
99 Iran, Islamic Rep. of	70.4	84	85	0.97	22	1.07
100 Georgia	88	0.98	61	0.98	38	0.98
101 Azerbaijan	98.2 ^m	99 ^m	99.9 ^m	100 ^m	79	0.97	75	0.98	14	0.78
102 Occupied Palestinian Territories	87.4	91	98.6	100	91	1.00	86	1.05	35	1.04
103 Algeria	60.1	76	86.1	92	94	0.97	69 ^f	1.05 ^f
104 El Salvador	77.1 ^k	94 ^k	88.1 ^k	98 ^k	90	1.00	49 ^f	1.02 ^f	19	1.21
105 Cape Verde	68.0 ^k	80 ^k	86.3 ^k	94 ^k	98	0.98	61	1.11	5	1.09
106 Syrian Arab Republic	74.2	82	93.0	96	96	0.96	41	0.93

HDI rank	Adult literacy ^a		MDG Youth literacy ^a		MDG Net primary enrolment ^{b,c}		MDG Net secondary enrolment ^{b,c}		MDG Gross tertiary enrolment ^{c,d}		
	Female rate (% ages 15 and above)	Female rate as % of male rate	Female rate (% ages 15–24)	Female rate as % of male rate	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	
	2003	2003	2003	2003	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	
107	Guyana	98 ^f	0.98 ^f	78 ^{f,g}	1.04 ^{f,g}	7 ^f	1.58 ^f
108	Viet Nam	86.9 ^m	93 ^m	92 ^{f,g}	0.94 ^{f,g}	9 ^f	0.76 ^f
109	Kyrgyzstan	98.1 ^m	99 ^m	99.7 ^m	100 ^m	88	0.96	46	1.19
110	Indonesia	83.4 ^k	90 ^k	97.6 ^k	99 ^k	92	0.98	54	0.99	15	0.80
111	Uzbekistan	98.9 ^k	99 ^k	99.6 ^k	100 ^k	14	0.80
112	Nicaragua	76.6	100	88.8	106	85	1.00	42	1.18	19	1.10
113	Bolivia	80.4	87	96.1	98	95	1.00	71 ^f	0.98 ^f	22 ^{f,n}	1.55 ^{f,n}
114	Mongolia	97.5	100	98.4	101	80	1.03	83	1.16	47	1.69
115	Moldova, Rep. of	95.0	98	99.1	101	79	0.99	70	1.04	34	1.32
116	Honduras	80.2	101	90.9	105	88 ^{f,h}	1.02 ^{f,h}	17 ^{f,h}	1.31 ^{f,h}
117	Guatemala	63.3	84	78.4	91	86	0.97	29	0.95	8	0.78
118	Vanuatu	95 ^f	1.02 ^f	28 ^h	1.01 ^h
119	Egypt	43.6 ^m	65 ^m	66.9 ^m	85 ^m	90 ^f	0.96 ^f	79 ^{f,h}	0.95 ^{f,h}
120	South Africa	80.9 ^m	96 ^m	94.3 ^m	101 ^m	89	1.01	68 ^f	1.09 ^f	16	1.15
121	Equatorial Guinea	76.4	83	93.7	100	78 ^h	0.85 ^h	19 ^{f,i}	0.58 ^{f,i}	2 ⁱ	0.43 ⁱ
122	Tajikistan	99.3	100	99.8	100	91 ⁿ	0.94 ⁿ	76 ^f	0.85 ^f	8	0.34
123	Gabon	78 ^{f,g}	0.99 ^{f,g}	5 ⁿ	0.54 ⁿ
124	Morocco	38.3 ^k	61 ^k	61.3 ^k	79 ^k	87	0.94	33 ^f	0.86 ^f	10	0.84
125	Namibia	83.5	96	93.5	103	81	1.07	50	1.29	7	0.89
126	São Tomé and Príncipe	94 ^{f,h}	0.94 ^{f,h}	26 ^{f,h}	0.83 ^{f,h}	1 ^{f,h}	0.56 ^{f,h}
127	India	47.8	65	67.7	80	85	0.94	10	0.68
128	Solomon Islands
129	Myanmar	86.2	92	93.2	98	85	1.01	34	0.94	15 ^{f,g}	1.75 ^{f,g}
130	Cambodia	64.1	76	78.9	90	91	0.95	19 ^f	0.64 ^f	2 ^f	0.40 ^f
131	Botswana	81.5 ^k	107 ^k	92.8 ^k	109 ^k	83 ^f	1.04 ^f	57 ^f	1.15 ^f	4 ^f	0.75 ^f
132	Comoros	49.1 ^k	77 ^k	52.2 ^k	79 ^k	50 ^{f,i}	0.84 ^{f,i}	2	0.77
133	Lao People's Dem. Rep.	60.9	79	74.7	90	82	0.93	32	0.83	4	0.57
134	Bhutan
135	Pakistan	35.2	57	53.9	72	50 ^{f,g}	0.74 ^{f,g}	2	0.81
136	Nepal	34.9	56	60.1	75	66 ^{f,g}	0.88 ^{f,g}	3	0.34
137	Papua New Guinea	50.9	80	64.1	93	69 ^{f,h}	0.90 ^{f,h}	21 ^{f,h}	0.79 ^{f,h}	1 ⁿ	0.54 ⁿ
138	Ghana	45.7	73	53 ⁱ	0.81 ⁱ	33 ^{f,i}	0.85 ^{f,i}	2 ⁱ	0.46 ⁱ
139	Bangladesh	31.4 ^k	62 ^k	41.1 ^k	71 ^k	86	1.04	47	1.11	4	0.50
140	Timor-Leste	15 ^{h,j}	1.58 ^{h,j}
141	Sudan	49.9 ^o	72 ^o	69.2 ^o	85 ^o	42 ^{f,i}	0.83 ^{f,i}	6 ^{f,i}	0.92 ^{f,i}
142	Congo	77.1 ^k	87 ^k	97.3 ^k	99 ^k	53	0.96	1 ^f	0.14 ^f
143	Togo	38.3	56	63.3	76	83	0.84	17 ^{f,i}	0.48 ^{f,i}	1 ⁱ	0.20 ⁱ
144	Uganda	59.2 ^k	75 ^k	74.0 ^k	86 ^k	16 ^f	0.90 ^f	2 ^f	0.52 ^f
145	Zimbabwe	86.3 ^k	92 ^k	96.2 ^k	97 ^k	80 ⁱ	1.02 ⁱ	33 ⁱ	0.93 ⁱ	3 ^{f,i}	0.63 ^{f,i}
LOW HUMAN DEVELOPMENT											
146	Madagascar	65.2	85	68.1	94	79	1.00	12 ^{f,n}	1.03 ^{f,n}	2	0.83
147	Swaziland	78.1	97	89.4	103	75	1.00	36 ^f	1.21 ^f	5 ^f	1.16 ^f
148	Cameroon	59.8	78	4 ^f	0.63 ^f
149	Lesotho	90.3	123	89	1.07	27 ^f	1.53 ^f	4	1.48
150	Djibouti	32 ⁱ	0.80 ⁱ	17 ^{f,i}	0.69 ^{f,i}	2 ⁱ	0.81 ⁱ
151	Yemen	28.5 ^k	41 ^k	50.9 ^k	60 ^k	59	0.71	21 ^{f,i}	0.46 ^{f,i}	5 ⁱ	0.28 ^{f,i}
152	Mauritania	43.4	73	55.5	82	67	0.97	14 ^f	0.77 ^f	2 ^f	0.27 ^f
153	Haiti	50.0 ^k	93 ^k	66.5 ^k	101 ^k
154	Kenya	70.2	90	80.7	101	66	1.00	24 ^f	0.98 ^f	2 ^{f,h}	0.53 ^{f,h}
155	Gambia	78 ^f	0.99 ^f	27 ^f	0.68 ^f	1 ⁿ	0.29 ⁿ
156	Guinea	58	0.80	13 ^f	0.48 ^f
157	Senegal	29.2	57	41.0	70	54 ^f	0.89 ^f
158	Nigeria	59.4 ^k	80 ^k	86.5 ^k	95 ^k	60 ^f	0.82 ^f	26	0.80	7 ^f	0.69 ^f
159	Rwanda	58.8	84	75.9	98	88	1.04	2	0.46

TABLE 27

Gender inequality in education

HDI rank	Adult literacy ^a		MDG Youth literacy ^a		MDG Net primary enrolment ^{b,c}		MDG Net secondary enrolment ^{b,c}		MDG Gross tertiary enrolment ^{c,d}	
	Female rate (% ages 15 and above)	Female rate as % of male rate	Female rate (% ages 15–24)	Female rate as % of male rate	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e	Female ratio (%)	Ratio of female to male ^e
	2003	2003	2003	2003	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03	2002/03
160 Angola	53.8	66	62.6	76	57 ^{f,n}	0.86 ^{f,n}	1 ^j	0.65 ^j
161 Eritrea	42	0.86	18	0.74	(.) ^f	0.15 ^f
162 Benin	22.6	49	32.5	56	47 ^{f,i}	0.69 ^{f,i}	13 ^{f,g}	0.48 ^{f,g}	1 ⁱ	0.24 ⁱ
163 Côte d'Ivoire	38.2	64	51.5	74	54 ⁱ	0.81 ^j	15 ^{f,h}	0.57 ^{f,h}	4 ⁿ	0.36 ⁿ
164 Tanzania, U. Rep. of	62.2	80	76.2	94	81 ^p	0.98 ^p	1	0.44
165 Malawi	54.0 ^m	72 ^m	70.7 ^m	86 ^m	26 ^f	0.81 ^f	(.)	0.41
166 Zambia	59.7 ^m	78 ^m	66.1 ^m	91 ^m	68	0.98	21 ^f	0.83 ^f	2 ^{f,g}	0.46 ^{f,g}
167 Congo, Dem. Rep. of the	51.9	65	61.1	80
168 Mozambique	31.4 ^k	50 ^k	49.2 ^k	64 ^k	53	0.91	10	0.70	(.) ^{f,i}	0.73 ^{f,i}
169 Burundi	51.9	78	69.5	92	52	0.84	8 ^f	0.78 ^f	1 ^f	0.45 ^f
170 Ethiopia	33.8 ^k	69 ^k	51.8 ^k	82 ^k	47 ⁱ	0.85 ⁱ	13 ^{f,i}	0.57 ^{f,i}	1 ⁱ	0.33 ⁱ
171 Central African Republic	33.5	52	46.8	67	1 ⁱ	0.19 ⁱ
172 Guinea-Bissau	38 ^j	0.71 ⁱ	6 ^{f,i}	0.55 ^{f,i}	(.) ⁱ	0.18 ⁱ
173 Chad	12.7	31	23.1	42	51 ^f	0.68 ^f	4 ^{f,g}	0.31 ^{f,g}	(.) ⁱ	0.17 ⁱ
174 Mali	11.9 ^m	44 ^m	16.9 ^m	52 ^m	39	0.77
175 Burkina Faso	8.1 ^m	44 ^m	14.0 ^m	55 ^m	31	0.73	7	0.67	1 ^f	0.34 ^f
176 Sierra Leone	20.5	52	29.9	64	1 ^{f,h}	0.40 ^{f,h}
177 Niger	9.4	48	14.2	54	31	0.69	5	0.67	1 ^{f,h}	0.34 ^{f,h}
Developing countries	69.6	84	81.2	92
Least developed countries	44.6	70	56.8	81
Arab States	53.1	71	75.8	87
East Asia and the Pacific	86.2	91	97.5	99
Latin America and the Caribbean	88.9	98	96.3	101
South Asia	46.6	66	63.3	79
Sub-Saharan Africa	52.6	76	67.9	88
Central and Eastern Europe and the CIS	98.6	99	99.6	100
OECD
High-income OECD
High human development
Medium human development	73.3	86	84.1	93
Low human development	47.9	73	63.6	86
High income
Middle income	86.2	93	96.3	99
Low income	49.9	70	65.4	82
World

NOTES

- a** Data refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 2000 and 2004, unless otherwise noted. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see www.uis.unesco.org/ev.php?ID=4930_201&ID2=DO_TOPIC.
- b** The net enrolment ratio is the ratio of enrolled children of the official age for the education level indicated to the total population at that age. Net enrolment ratios exceeding 100% reflect discrepancies between these two data sets.
- c** Data for some countries may refer to national or United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) Institute for Statistics estimates. For details, see www.uis.unesco.org. Because data are from different sources, comparisons across countries should be made with caution.

- d** Tertiary enrolment is generally calculated as a gross ratio.
- e** Calculated as the ratio of the female enrolment ratio to the male enrolment ratio.
- f** Preliminary UNESCO Institute for Statistics estimate, subject to further revision.
- g** Data refer to the 2000/01 school year.
- h** Data refer to the 2001/02 school year.
- i** Data refer to the 1999/2000 school year.
- j** National estimate.
- k** Estimate produced by UNESCO Institute for Statistics in July 2002.
- l** Data refer to the 2003/04 school year.
- m** Data refer to a year between 1995 and 1999.
- n** Data refer to the 1998/99 school year.
- o** Data refer to a year or period other than that specified, differ from the standard definition or refer to only part of a country.
- p** Data refer to the 2004/05 school year.

SOURCES

- Columns 1 and 3:** UNESCO Institute for Statistics 2005a.
- Columns 2 and 4:** calculated on the basis of data on adult literacy rates from UNESCO Institute for Statistics 2005a.
- Columns 5, 7 and 9:** UNESCO Institute for Statistics 2005c.
- Columns 6, 8 and 10:** calculated on the basis of data on net enrolment rates from UNESCO Institute for Statistics 2005c.

TABLE **28**

... and achieving equality for all women and men

Gender inequality in economic activity

HDI rank	Female economic activity (ages 15 and above)			Employment by economic activity (%)						Contributing family workers (%)	
	Rate (%) 2003	Index (1990=100) 2003	As % of male rate 2003	Agriculture		Industry		Services		Women 1995– 2003 ^a	Men 1995– 2003 ^a
				Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a		
HIGH HUMAN DEVELOPMENT											
1 Norway	60.3	111	86	2	6	9	33	88	58	63	38
2 Iceland	66.7	101	83	3	12	10	33	85	54	50	50
3 Australia	56.7	109	79	3	6	10	30	87	64	58	42
4 Luxembourg	38.3	104	58
5 Canada	60.7	105	83	2	4	11	33	87	64	65	35
6 Sweden	62.8	102	90	1	3	11	36	88	61	50	50
7 Switzerland	51.1	104	67	3	5	13	36	84	59	59	41
8 Ireland	38.3	119	54	2	11	14	39	83	50	53	47
9 Belgium	40.3	107	67	1	3	10	36	82	58	85	15
10 United States	59.6	107	83	1	3	12	32	87	65	63	37
11 Japan	51.2	104	68	5	5	21	37	73	57	81	19
12 Netherlands	46.0	107	68	2	4	9	31	86	64	80	20
13 Finland	56.8	98	87	4	7	14	40	82	53	42	58
14 Denmark	61.8	100	85	2	5	14	36	85	59
15 United Kingdom	53.5	106	76	1	2	11	36	88	62	68	32
16 France	49.3	108	78	1	2	13	34	86	64
17 Austria	44.2	103	66	6	5	14	43	80	52	67	33
18 Italy	39.0	108	60	5	6	20	39	75	55	54	46
19 New Zealand	58.4	111	81	6	12	12	32	82	56	61	39
20 Germany	48.0	101	71	2	3	18	44	80	52	78	22
21 Spain	38.5	114	58	5	8	15	42	81	51	63	37
22 Hong Kong, China (SAR)	51.2	105	66	(.)	(.)	10	27	90	73	87	13
23 Israel	49.5	116	69	1	3	12	34	86	62	76	24
24 Greece	38.7	109	60	18	15	12	30	70	56	69	31
25 Singapore	50.0	99	64	(.)	(.)	18	31	81	69	76	24
26 Slovenia	54.3	97	81	10	10	29	46	61	43	62	38
27 Portugal	51.8	105	72	14	12	23	44	63	44	70	30
28 Korea, Rep. of	54.4	113	71	12	9	19	34	70	57	88	12
29 Cyprus	49.3	103	63	4	5	13	31	83	58	84	16
30 Barbados	62.6	108	80	4	5	10	29	63	49
31 Czech Republic	61.3	100	83	3	6	28	50	68	44	86	14
32 Malta	26.5	114	38	1	3	21	36	78	61
33 Brunei Darussalam	51.0	113	64
34 Argentina	37.2	127	48	(.)	1	12	30	87	69	59	41
35 Hungary	48.7	102	72	4	9	26	42	71	49	70	30
36 Poland	57.0	99	81	19	19	18	40	63	40	58	42
37 Chile	39.0	122	50	5	18	13	29	83	53
38 Estonia	60.1	94	82	4	10	23	42	73	48	50	50
39 Lithuania	57.3	96	80	12	20	21	34	67	45	59	41
40 Qatar	42.6	129	47
41 United Arab Emirates	32.1	110	38	(.)	9	14	36	86	55
42 Slovakia	62.6	99	84	4	8	26	48	71	44	75	25
43 Bahrain	34.5	121	40
44 Kuwait	36.2	96	49
45 Croatia	49.0	102	74	15	16	21	37	63	47	73	27
46 Uruguay	48.9	110	68	2	6	14	32	85	62	74	25
47 Costa Rica	37.9	114	47	4	22	15	27	80	51	43	57
48 Latvia	59.0	94	80	12	18	16	35	72	47	50	50
49 Saint Kitts and Nevis
50 Bahamas	67.1	104	84	1	6	5	24	93	69
51 Seychelles
52 Cuba	51.5	122	67
53 Mexico	40.6	120	49	6	24	22	28	72	48	49	51

TABLE 28

Gender inequality in economic activity

HDI rank	Female economic activity (ages 15 and above)			Employment by economic activity (%)						Contributing family workers (%)		
	Rate (%) 2003	Index (1990=100) 2003	As % of male rate 2003	Agriculture		Industry		Services		Women 1995– 2003 ^a	Men 1995– 2003 ^a	
				Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a			
54	Tonga	
55	Bulgaria	55.8	93	85	
56	Panama	44.3	114	56	6	29	10	20	85	51	36	64
57	Trinidad and Tobago	45.3	116	60	3	11	13	36	84	53	75	25
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT												
58	Libyan Arab Jamahiriya	25.9	126	35
59	Macedonia, TFYR	50.1	104	73	61	39
60	Antigua and Barbuda
61	Malaysia	49.2	110	62	14	21	29	34	57	45
62	Russian Federation	59.1	98	83	8	15	23	36	69	49	42	58
63	Brazil	43.7	98	52	16	24	10	27	74	49
64	Romania	50.3	97	76	45	40	22	30	33	30	71	29
65	Mauritius	38.7	112	49	13	15	43	39	45	46
66	Grenada	10	17	12	32	77	46
67	Belarus	59.0	97	82
68	Bosnia and Herzegovina	43.1	99	60
69	Colombia	49.3	116	62	7	33	17	19	76	48	58	42
70	Dominica	14	31	10	24	72	40
71	Oman	20.3	160	27
72	Albania	60.2	104	74
73	Thailand	72.9	97	85	48	50	17	20	35	30	66	34
74	Samoa (Western)
75	Venezuela	44.2	117	55	2	15	12	28	86	57
76	Saint Lucia	16	27	14	24	71	49
77	Saudi Arabia	22.4	150	29
78	Ukraine	55.3	98	80	17	22	22	39	55	33	60	40
79	Peru	35.6	121	45	6	11	10	24	84	65	66	34
80	Kazakhstan	61.2	101	82
81	Lebanon	30.7	126	40
82	Ecuador	33.7	121	40	4	10	16	30	79	60	64	36
83	Armenia	62.3	99	89
84	Philippines	50.1	107	62	25	45	12	18	63	37
85	China	72.4	98	86
86	Suriname	37.6	126	50	2	8	1	22	97	64
87	Saint Vincent and the Grenadines
88	Paraguay	37.5	111	44	20	39	10	21	69	40
89	Tunisia	37.7	115	48
90	Jordan	28.1	165	36
91	Belize	27.7	116	33	6	37	12	19	81	44	32	68
92	Fiji	39.5	149	49
93	Sri Lanka	43.5	108	56	49	38	22	23	27	37	56	44
94	Turkey	51.2	117	63	56	24	15	28	29	48	68	32
95	Dominican Republic	41.2	121	49	2	21	17	26	81	53	23	77
96	Maldives	65.4	101	80	5	18	24	16	39	55	57	43
97	Turkmenistan	62.7	105	82
98	Jamaica	67.3	101	86	10	30	9	26	81	45	66	34
99	Iran, Islamic Rep. of	30.5	141	39	46	54
100	Georgia	55.7	100	79	53	53	6	12	41	35	57	43
101	Azerbaijan	55.2	107	76	43	37	7	14	50	49
102	Occupied Palestinian Territories	9.6	153	14	26	9	11	32	62	58	46	54
103	Algeria	31.6	165	41
104	El Salvador	47.6	128	56	4	34	22	25	74	42	39	61
105	Cape Verde	46.9	110	54
106	Syrian Arab Republic	29.5	125	38

HDI rank	Female economic activity (ages 15 and above)			Employment by economic activity (%)						Contributing family workers (%)		
	Rate (%) 2003	Index (1990=100) 2003	As % of male rate 2003	Agriculture		Industry		Services		Women 1995– 2003 ^a	Men 1995– 2003 ^a	
				Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a			
107	Guyana	41.9	117	51
108	Viet Nam	73.3	96	91
109	Kyrgyzstan	61.4	105	85	53	52	8	14	38	34
110	Indonesia	56.3	112	69	43	43	16	19	41	38
111	Uzbekistan	63.0	107	86
112	Nicaragua	48.5	120	58
113	Bolivia	48.6	107	58	3	6	14	39	82	55	63	37
114	Mongolia	73.9	103	88	70	30
115	Moldova, Rep. of	60.2	98	84	50	52	10	18	40	31	70	30
116	Honduras	41.6	123	49	9	50	25	21	67	30	40	60
117	Guatemala	37.7	134	44	18	50	23	18	56	27
118	Vanuatu
119	Egypt	36.0	119	46	39	27	7	25	54	48	33	67
120	South Africa	47.3	102	59	9	12	14	33	75	50
121	Equatorial Guinea	45.8	101	52
122	Tajikistan	58.9	113	81
123	Gabon	63.2	101	77
124	Morocco	41.9	108	53	6	6	40	32	54	63	19	81
125	Namibia	53.7	101	68	29	33	7	17	63	49
126	São Tomé and Príncipe
127	India	42.5	105	50
128	Solomon Islands	80.8	97	92
129	Myanmar	65.8	99	75
130	Cambodia	80.1	98	97	64	36
131	Botswana	62.4	95	76	17	22	14	26	67	51	45	55
132	Comoros	62.3	99	73
133	Lao People's Dem. Rep.	74.6	101	85
134	Bhutan	57.1	100	65
135	Pakistan	36.7	129	44	73	44	9	20	18	36	33	67
136	Nepal	56.9	101	67
137	Papua New Guinea	67.6	100	79
138	Ghana	79.8	98	98
139	Bangladesh	66.5	101	76	77	53	9	11	12	30	81	19
140	Timor-Leste	73.1	96	86
141	Sudan	35.7	116	42
142	Congo	58.4	100	71
143	Togo	53.5	101	62
144	Uganda	79.1	98	88
145	Zimbabwe	64.9	97	78
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
146	Madagascar	68.9	99	78
147	Swaziland	42.1	107	52
148	Cameroon	49.7	105	59
149	Lesotho	47.7	103	56
150	Djibouti
151	Yemen	30.9	110	37	88	43	3	14	9	43	26	74
152	Mauritania	63.1	97	74
153	Haiti	55.6	97	70	37	63	6	15	57	23
154	Kenya	74.7	100	85	16	20	10	23	75	57
155	Gambia	69.8	101	78
156	Guinea	77.0	97	89
157	Senegal	61.8	101	72
158	Nigeria	47.8	102	56	2	4	11	30	87	67
159	Rwanda	82.3	98	88

TABLE 28

Gender inequality in economic activity

HDI rank	Female economic activity (ages 15 and above)			Employment by economic activity (%)						Contributing family workers (%)	
	Rate (%)	Index (1990=100)	As % of male rate	Agriculture		Industry		Services		Women	Men
				Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a	Women 1995– 2002 ^a	Men 1995– 2002 ^a		
160 Angola	72.5	98	82
161 Eritrea	74.5	98	87
162 Benin	73.1	96	90
163 Côte d'Ivoire	44.0	102	51
164 Tanzania, U. Rep. of	81.4	97	93
165 Malawi	77.5	97	90
166 Zambia	63.9	98	74
167 Congo, Dem. Rep. of the	60.3	97	72
168 Mozambique	82.6	99	92
169 Burundi	81.7	98	89
170 Ethiopia	57.2	98	67
171 Central African Republic	67.1	96	78
172 Guinea-Bissau	57.0	100	63
173 Chad	67.4	102	77
174 Mali	69.6	97	79
175 Burkina Faso	74.6	97	85
176 Sierra Leone	45.2	107	55
177 Niger	69.3	99	75
Developing countries	56.0	102	67
Least developed countries	64.3	100	74
Arab States	33.3	119	42
East Asia and the Pacific	68.9	100	83
Latin America and the Caribbean	42.7	110	52
South Asia	44.1	107	52
Sub-Saharan Africa	62.3	99	73
Central and Eastern Europe and the CIS	57.5	99	81
OECD	51.8	107	72
High-income OECD	52.8	107	75
High human development	51.1	106	71
Medium human development	56.4	101	68
Low human development	61.3	99	71
High income	52.5	107	74
Middle income	59.5	102	73
Low income	51.2	103	61
World	55.6	103	69

NOTES

As a result of limitations in the data, comparisons of labour statistics over time and across countries should be made with caution. For detailed notes on the data, see ILO 2002, 2003, 2005b. The percentage shares of employment by economic activity may not sum to 100 because of rounding or the omission of activities not classified.

^a Data refer to the most recent year available during the period specified.

SOURCES

Columns 1–3: calculated on the basis of data on the economically active population and total population from ILO 2002.

Columns 4–9: ILO 2003.

Columns 10 and 11: calculated on the basis of data on contributing family workers from ILO 2005b.

TABLE 29

... and achieving equality for all women and men

Gender, work and time allocation

HDI rank	Year	Total work time (minutes per day)		Female work time (% of male)	Time allocation (%)					
		Women	Men		Total work time		Time spent by women		Time spent by men	
					Market activities	Non-market activities	Market activities	Non-market activities	Market activities	Non-market activities
SELECTED DEVELOPING COUNTRIES										
URBAN AREAS										
Colombia	1983	399	356	112	49	51	24	76	77	23
Indonesia	1992	398	366	109	60	40	35	65	86	14
Kenya	1986	590	572	103	46	54	41	59	79	21
Nepal	1978	579	554	105	58	42	25	75	67	33
Venezuela	1983	440	416	106	59	41	30	70	87	13
Average^a		481	453	107	54	46	31	69	79	21
RURAL AREAS										
Bangladesh	1990	545	496	110	52	48	35	65	70	30
Guatemala	1977	678	579	117	59	41	37	63	84	16
Kenya	1988	676	500	135	56	44	42	58	76	24
Nepal	1978	641	547	117	56	44	46	54	67	33
Highlands	1978	692	586	118	59	41	52	48	66	34
Mountains	1978	649	534	122	56	44	48	52	65	35
Rural Hills	1978	583	520	112	52	48	37	63	70	30
Philippines	1975–77	546	452	121	73	27	29	71	84	16
Average^a		617	515	120	59	41	38	62	76	24
NATIONAL^b										
India	2000	457	391	117	61	39	35	65	92	8
Mongolia	2000	545	501	109	61	39	49	51	75	25
South Africa	2000	332	273	122	51	49	35	65	70	30
Average^a		445	388	116	58	42	40	60	79	21
SELECTED OECD COUNTRIES^c										
Australia	1997	435	418	104	46	54	30	70	62	38
Austria ^d	1992	438	393	111	49	51	31	69	71	29
Canada	1998	420	429	98	53	47	41	59	65	35
Denmark ^d	1987	449	458	98	68	32	58	42	79	21
Finland ^d	1987–88	430	410	105	51	49	39	61	64	36
France	1999	391	363	108	46	54	33	67	60	40
Germany ^d	1991–92	440	441	100	44	56	30	70	61	39
Hungary	1999	432	445	97	51	49	41	59	60	40
Israel ^d	1991–92	375	377	99	51	49	29	71	74	26
Italy ^d	1988–89	470	367	128	45	55	22	78	77	23
Japan	1996	393	363	108	66	34	43	57	93	7
Korea, Rep. of	1999	431	373	116	64	36	45	55	88	12
Latvia	1996	535	481	111	46	54	35	65	58	42
Netherlands	1995	308	315	98	48	52	27	73	69	31
New Zealand	1999	420	417	101	46	54	32	68	60	40
Norway ^d	1990–91	445	412	108	50	50	38	62	64	36
United Kingdom ^d	1985	413	411	100	51	49	37	63	68	32
United States ^d	1985	453	428	106	50	50	37	63	63	37
Average^e		423	403	105	52	48	37	64	69	31

NOTES

Data are estimates based on time use surveys available in time for publication. Time use data have also been collected in other countries, including Benin, Chad, Cuba, the Dominican Republic, Ecuador, Guatemala, the Lao People's Democratic Republic, Mali, Mexico, Morocco, Nepal, Nicaragua, Nigeria, Oman, the Philippines, Thailand and Viet Nam. Market activities refer to market-oriented production activities as defined by the 1993 revised

UN System of National Accounts; surveys before 1993 are not strictly comparable with those for later years.

- a** Refers to the unweighted average for countries or areas shown above.
b Classifications of market and non-market activities are not strictly based on the 1993 revised UN System of National Accounts, so comparisons between countries and areas must be made with caution.

c Includes Israel and Latvia although they are not Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) countries.

d Goldschmidt-Clermont and Aligisakis 1995.

e Refers to the unweighted average for the selected OECD countries above (excluding Israel and Latvia).

SOURCES

Columns 1–10: For urban and rural areas in selected developing countries, Harvey 1995; for national studies in selected developing countries, UN 2002; for OECD countries and Latvia, Harvey 2001, unless otherwise noted.

TABLE 30

... and achieving equality for all women and men

Women's political participation

HDI rank	Year women received right ^a		Year first woman elected (E) or appointed (A) to parliament	Women in government at ministerial level (% of total) ^b	MDG Seats in parliament held by women (% of total) ^c		
	To vote	To stand for election			Lower or single house		Upper house or senate
					1990	2005	2005
HIGH HUMAN DEVELOPMENT							
1	1907	1907, 1913	1911 A	44.4	36	38.2	..
2	1915, 1920	1915, 1920	1922 E	27.3	21	30.2	..
3	1902, 1962	1902, 1962	1943 E	20.0	6	24.7	35.5
4	1919	1919	1919 E	14.3	13	23.3	..
5	1917, 1960	1920, 1960	1921 E	23.1	13	21.1	37.1
6	1862, 1921	1907, 1921	1921 E	52.4	38	45.3	..
7	1971	1971	1971 E	14.3	14	25.0	23.9
8	1918, 1928	1918, 1928	1918 E	21.4	8	13.3	16.7
9	1919, 1948	1921, 1948	1921 A	21.4	9	34.7	38.0
10	1920, 1965	1788 ^d	1917 E	14.3	7	15.0	14.0
11	1945, 1947	1945, 1947	1946 E	12.5	1	7.1	13.6
12	1919	1917	1918 E	36.0	21	36.7	29.3
13	1906	1906	1907 E	47.1	32	37.5	..
14	1915	1915	1918 E	33.3	31	36.9	..
15	1918, 1928	1918, 1928	1918 E	28.6	6	18.1	17.8
16	1944	1944	1945 E	17.6	7	12.2	16.9
17	1918	1918	1919 E	35.3	12	33.9	27.4
18	1945	1945	1946 E	8.3	13	11.5	8.1
19	1893	1919	1933 E	23.1	14	28.3	..
20	1918	1918	1919 E	46.2	0	32.8	18.8
21	1931	1931	1931 E	50.0	15	36.0	23.2
22
23	1948	1948	1949 E	16.7	7	15.0	..
24	1949, 1952	1949, 1952	1952 E	5.6	7	14.0	..
25	1947	1947	1963 E	0	5	16.0	..
26	1945	1945	1992 E ^e	6.3	0	12.2	..
27	1931, 1976	1931, 1976	1934 E	16.7	8	19.1	..
28	1948	1948	1948 E	5.6	2	13.0	..
29	1960	1960	1963 E	0	2	16.1	..
30	1950	1950	1966 A	29.4	4	13.3	23.8
31	1920	1920	1992 E ^e	11.1	0	17.0	12.3
32	1947	1947	1966 E	15.4	3	9.2	..
33	—	—	—	9.1 ^f	.. ^f
34	1947	1947	1951 E	8.3	6	33.7	33.3
35	1918	1918	1920 E	11.8	21	9.1	..
36	1918	1918	1919 E	5.9	14	20.2	23.0
37	1931, 1949	1931, 1949	1951 E	16.7	0	12.5	4.2
38	1918	1918	1919 E	15.4	0	18.8	..
39	1921	1921	1920 A	15.4	0	22.0	..
40	—	—	—	7.7 ^f	.. ^f
41	—	—	—	5.6	0	0.0	..
42	1920	1920	1992 E ^e	0	0	16.7	..
43	1973 ^g	1973 ^g	2002 A	8.7	0	0.0	15.0
44	—	—	—	0	0	0.0 ^h	.. ^h
45	1945	1945	1992 E ^e	33.3	0	21.7	..
46	1932	1932	1942 E	0	6	12.1	9.7
47	1949	1949	1953 E	25.0	11	35.1	..
48	1918	1918	..	23.5	0	21.0	..
49	1951	1951	1984 E	0	7	0.0	..
50	1961, 1964	1961, 1964	1977 A	26.7	4	20.0	43.8
51	1948	1948	1976 E+A	12.5	16	29.4	..
52	1934	1934	1940 E	16.2	34	36.0	..
53	1947	1953	1952 A	9.4	12	24.2	21.9

HDI rank	Year women received right ^a		Year first woman elected (E) or appointed (A) to parliament	Women in government at ministerial level (% of total) ^b	MDG Seats in parliament held by women (% of total) ^c		
	To vote	To stand for election			Lower or single house		Upper house or senate
					1990	2005	2005
54	0	0.0	..
55	1944	1944	1945 E	23.8	21	26.3	..
56	1941, 1946	1941, 1946	1946 E	14.3	8	16.7	..
57	1946	1946	1962 E+A	18.2	17	19.4	32.3
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT							
58	1964	1964
59	1946	1946	1990 E ^e	16.7	0	19.2	..
60	1951	1951	1984 A	15.4	0	10.5	17.6
61	1957	1957	1959 E	9.1	5	9.1	25.7
62	1918	1918	1993 E ^e	0	0	9.8	3.4
63	1934	1934	1933 E	11.4	5	8.6	12.3
64	1929, 1946	1929, 1946	1946 E	12.5	34	11.1	9.5
65	1956	1956	1976 E	8.0	7	5.7	..
66	1951	1951	1976 E+A	40.0	0	26.7	38.5
67	1919	1919	1990 E ^e	10.0	0	29.4	31.6
68	1946	1946	1990 E ^e	11.1	0	16.7	0.0
69	1954	1954	1954 A	35.7	5	12.0	8.8
70	1951	1951	1980 E	0	10	19.4	..
71	1994, 2003	1994, 2003	..	10.0	0	2.4	15.5
72	1920	1920	1945 E	5.3	29	6.4	..
73	1932	1932	1948 A	7.7	3	10.6	10.5
74	1948, 1990	1948, 1990	1976 A	7.7	0	6.1	..
75	1946	1946	1948 E	13.6	10	9.7	..
76	1951	1951	1979 A	8.3	0	11.1	36.4
77	—	—	—	0	0	0.0	..
78	1919	1919	1990 E ^e	5.6	0	5.3	..
79	1955	1955	1956 E	11.8	6	18.3	..
80	1924	1924	1990 E ^e	17.6	0	10.4	7.7
81	1952	1952	1991 A	6.9	0	2.3	..
82	1929, 1967	1929, 1967	1956 E	14.3	5	16.0	..
83	1921	1921	1990 E ^e	0	36	5.3	..
84	1937	1937	1941 E	25.0	9	15.3	16.7
85	1949	1949	1954 E	6.3	21	20.2	..
86	1948	1948	1975 E	11.8	8	19.6	..
87	1951	1951	1979 E	20.0	10	22.7	..
88	1961	1961	1963 E	30.8	6	10.0	8.9
89	1957, 1959	1957, 1959	1959 E	7.1	4	22.8	..
90	1974	1974	1989 A	10.7	0	5.5	12.7
91	1954	1954	1984 E+A	6.3	0	6.7	25.0
92	1963	1963	1970 A	9.1	0	8.5	12.5
93	1931	1931	1947 E	10.3	5	4.9	..
94	1930, 1934	1930, 1934	1935 A	4.3	1	4.4	..
95	1942	1942	1942 E	14.3	8	17.3	6.3
96	1932	1932	1979 E	11.8	6	12.0	..
97	1927	1927	1990 E ^e	9.5	26
98	1944	1944	1944 E	17.6	5	11.7	19.0
99	1963	1963	1963 E+A	6.7	2	4.1	..
100	1918, 1921	1918, 1921	1992 E ^e	22.2	0	9.4	..
101	1921	1921	1990 E ^e	15.0	0	10.5	..
102
103	1962	1962	1962 A	10.5	2	6.2	2.8
104	1939	1961	1961 E	35.3	12	10.7	..
105	1975	1975	1975 E	18.8	12	11.1	..
106	1949, 1953	1953	1973 E	6.3	9	12.0	..

TABLE 30

Women's political participation

HDI rank	Year women received right ^a		Year first woman elected (E) or appointed (A) to parliament	Women in government at ministerial level (% of total) ^b	MDG Seats in parliament held by women (% of total) ^c			
	To vote	To stand for election			Lower or single house		Upper house or senate	
					1990	2005	2005	
107	Guyana	1953	1945	1968 E	22.2	37	30.8	..
108	Viet Nam	1946	1946	1976 E	11.5	18	27.3	..
109	Kyrgyzstan	1918	1918	1990 E ^e	12.5	0	3.2	..
110	Indonesia	1945	1945	1950 A	10.8	12	11.3	..
111	Uzbekistan	1938	1938	1990 E ^e	3.6	0	17.5	15.0
112	Nicaragua	1955	1955	1972 E	14.3	15	20.7	..
113	Bolivia	1938, 1952	1938, 1952	1966 E	6.7	9	19.2	11.1
114	Mongolia	1924	1924	1951 E	5.9	25	6.7	..
115	Moldova, Rep. of	1978	1978	1990 E	11.1	0	15.8	..
116	Honduras	1955	1955	1957 E	14.3	10	5.5	..
117	Guatemala	1946, 1985	1946, 1965	1956 E	25.0	7	8.2	..
118	Vanuatu	1975, 1980	1975, 1980	1987 E	8.3	4	3.8	..
119	Egypt	1956	1956	1957 E	5.9	4	2.9	6.8
120	South Africa	1930, 1994	1930, 1994	1933 E	41.4	3	32.8	33.3 ^l
121	Equatorial Guinea	1963	1963	1968 E	4.5	13	18.0	..
122	Tajikistan	1924	1924	1990 E ^e	3.1	0	..	11.8
123	Gabon	1956	1956	1961 E	11.8	13	9.2	15.4
124	Morocco	1963	1963	1993 E	5.9	0	10.8	1.1
125	Namibia	1989	1989	1989 E	19.0	7	25.0	26.9
126	São Tomé and Príncipe	1975	1975	1975 E	14.3	12	9.1	..
127	India	1950	1950	1952 E	3.4	5	8.3	11.6
128	Solomon Islands	1974	1974	1993 E	0	0	0.0	..
129	Myanmar	1935	1946	1947 E ^j	.. ^j
130	Cambodia	1955	1955	1958 E	7.1	0	9.8	13.1
131	Botswana	1965	1965	1979 E	26.7	5	11.1	..
132	Comoros	1956	1956	1993 E	..	0	3.0	..
133	Lao People's Dem. Rep.	1958	1958	1958 E	0	6	22.9	..
134	Bhutan	1953	1953	1975 E	0	2	8.7	..
135	Pakistan	1947	1947	1973 E ^e	5.6	10	21.3	18.0
136	Nepal	1951	1951	1952 A	7.4	6	5.9	8.3
137	Papua New Guinea	1964	1963	1977 E	..	0	0.9	..
138	Ghana	1954	1954	1960	11.8	0	10.9	..
139	Bangladesh	1972	1972	1973 E	8.3	10	2.0	..
140	Timor-Leste	22.2	0	25.3 ^k	..
141	Sudan	1964	1964	1964 E	2.6	0	9.7	..
142	Congo	1961	1961	1963 E	14.7	14	8.5	15.0
143	Togo	1945	1945	1961 E	20.0	5	6.2	..
144	Uganda	1962	1962	1962 A	23.4	12	23.9	..
145	Zimbabwe	1919, 1957	1919, 1978	1980 E+A	14.7	11	10.0	..
LOW HUMAN DEVELOPMENT								
146	Madagascar	1959	1959	1965 E	5.9	7	6.9	11.1
147	Swaziland	1968	1968	1972 E+A	13.3	4	10.8	30.0
148	Cameroon	1946	1946	1960 E	11.1	14	8.9	..
149	Lesotho	1965	1965	1965 A	27.8	0	11.7	36.4
150	Djibouti	1946	1986	2003 E	5.3	0	10.8	..
151	Yemen	1967, 1970	1967, 1970	1990 E ^e	2.9	4	0.3	..
152	Mauritania	1961	1961	1975 E	9.1	0	3.7	5.4
153	Haiti	1950	1957	1961 E	25.0	0	3.6	25.9
154	Kenya	1919, 1963	1919, 1963	1969 E+A	10.3	1	7.1	..
155	Gambia	1960	1960	1982 E	20.0	8	13.2	..
156	Guinea	1958	1958	1963 E	15.4	0	19.3	..
157	Senegal	1945	1945	1963 E	20.6	13	19.2	..
158	Nigeria	1958	1958	..	10.0	0	6.4	3.7
159	Rwanda	1961	1961	1981	35.7	17	48.8	34.6

HDI rank	MDG							
	Year women received right ^a		Year first woman elected (E) or appointed (A) to parliament	Women in government at ministerial level (% of total) ^b	Seats in parliament held by women (% of total) ^c			
	To vote	To stand for election			Lower or single house		Upper house or senate	
				1990	2005	2005		
160	Angola	1975	1975	1980 E	5.7	15	15.0	..
161	Eritrea	1955	1955	1994 E	17.6	0	22.0	..
162	Benin	1956	1956	1979 E	19.0	3	7.2	..
163	Côte d'Ivoire	1952	1952	1965 E	17.1	6	8.5	..
164	Tanzania, U. Rep. of	1959	1959	..	15.4	0	21.4	..
165	Malawi	1961	1961	1964 E	14.3	10	14.0	..
166	Zambia	1962	1962	1964 E+A	25.0	7	12.7	..
167	Congo, Dem. Rep. of the	1967	1970	1970 E	12.5	5	12.0	2.5
168	Mozambique	1975	1975	1977 E	13.0	16	34.8	..
169	Burundi	1961	1961	1982 E	10.7	0	18.4	18.9
170	Ethiopia	1955	1955	1957 E	5.9	0	7.7	8.3
171	Central African Republic	1986	1986	1987 E	10.0	4	.. ⁱ	.. ⁱ
172	Guinea-Bissau	1977	1977	1972 A	37.5	20	14.0	..
173	Chad	1958	1958	1962 E	11.5	0	6.5	..
174	Mali	1956	1956	1959 E	18.5	0	10.2	..
175	Burkina Faso	1958	1958	1978 E	14.8	0	11.7	..
176	Sierra Leone	1961	1961	..	13.0	0	14.5	..
177	Niger	1948	1948	1989 E	23.1	5	12.4	..

NOTES

- a** Data refer to the year in which right to vote or stand for election on a universal and equal basis was recognized. Where two years are shown, the first refers to the first partial recognition of the right to vote or stand for election.
- b** Data are as of 1 January 2005. The total includes deputy prime ministers and ministers. Prime ministers were also included when they held ministerial portfolios. Vice-presidents and heads of ministerial-level departments or agencies were also included when exercising a ministerial function in the government structure.
- c** Data are as of 1 March 2005 unless otherwise specified. The percentage was calculated using as a reference the number of total seats filled in parliament at that time.
- d** No information is available on the year all women received the right to stand for election. However, the constitution does not mention gender with regard to this right.

- e** Refers to the year women were elected to the current parliamentary system.
- f** Brunei Darussalam and Qatar do not currently have a parliament. Elections for a new parliament in Qatar, according to the 2004 constitution, are scheduled to take place in late 2005 or early 2006.
- g** According to the constitution in force (1973), all citizens are equal before the law; however, women were not able to exercise electoral rights in the first legislative elections held in 1973. The first legislature was dissolved by decree of the Emir on 26 August 1975. Women were allowed to vote in the referendum of 14–15 February 2001, which approved the National Action Charter. Subsequently, women exercised their full political rights as both voters and candidates in the 2002 national elections.
- h** On 16 May 2005 Parliament voted a law granting women the right to vote and stand for election.
- i** Data on the distribution of seats do not include the 36 special rotating delegates appointed on an ad hoc

basis, and the percentages given are therefore calculated on the basis of the 54 permanent seats.

- j** The parliament elected in 1990 has never been convened nor authorized to sit, and many of its members were detained or forced into exile.
- k** The purpose of elections held on 30 August 2001 was to elect members of the Constituent Assembly of Timor-Leste. This body became the National Parliament on 20 May 2002, the date on which the country became independent, without any new elections.
- l** Parliament was suspended on 15 March 2003. May 2005 election results are yet to become available.

SOURCES

Columns 1–3: IPU 1995.
Column 4: IPU 2005a.
Column 5: UN 2005f.
Columns 6 and 7: IPU 2005d.

TABLE **31** Human and labour rights instruments

Status of major international human rights instruments

HDI rank	International Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide 1948	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination 1965	International Covenant on Civil and Political Rights 1966	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights 1966	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 1979	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment 1984	Convention on the Rights of the Child 1989
HIGH HUMAN DEVELOPMENT							
1 Norway	●	●	●	●	●	●	●
2 Iceland	●	●	●	●	●	●	●
3 Australia	●	●	●	●	●	●	●
4 Luxembourg	●	●	●	●	●	●	●
5 Canada	●	●	●	●	●	●	●
6 Sweden	●	●	●	●	●	●	●
7 Switzerland	●	●	●	●	●	●	●
8 Ireland	●	●	●	●	●	●	●
9 Belgium	●	●	●	●	●	●	●
10 United States	●	●	●	○	○	●	○
11 Japan		●	●	●	●	●	●
12 Netherlands	●	●	●				
13 Finland	●	●	●	●	●	●	●
14 Denmark	●	●	●	●	●	●	●
15 United Kingdom	●	●	●	●	●	●	●
16 France	●	●	●	●	●	●	●
17 Austria	●	●	●	●	●	●	●
18 Italy	●	●	●	●	●	●	●
19 New Zealand	●	●	●	●	●	●	●
20 Germany	●	●	●	●	●	●	●
21 Spain	●	●	●	●	●	●	●
23 Israel	●	●	●	●	●	●	●
24 Greece	●	●	●	●	●	●	●
25 Singapore	●				●		●
26 Slovenia	●	●	●	●	●	●	●
27 Portugal	●	●	●	●	●	●	●
28 Korea, Rep. of	●	●	●	●	●	●	●
29 Cyprus	●	●	●	●	●	●	●
30 Barbados	●	●	●	●	●	●	●
31 Czech Republic	●	●	●	●	●	●	●
32 Malta		●	●	●	●	●	●
33 Brunei Darussalam							●
34 Argentina	●	●	●	●	●	●	●
35 Hungary	●	●	●	●	●	●	●
36 Poland	●	●	●	●	●	●	●
37 Chile	●	●	●	●	●	●	●
38 Estonia	●	●	●	●	●	●	●
39 Lithuania	●	●	●	●	●	●	●
40 Qatar		●	●			●	●
41 United Arab Emirates		●	●		●		●
42 Slovakia	●	●	●	●	●	●	●
43 Bahrain	●	●	●		●	●	●
44 Kuwait	●	●	●	●	●	●	●
45 Croatia	●	●	●	●	●	●	●
46 Uruguay	●	●	●	●	●	●	●
47 Costa Rica	●	●	●	●	●	●	●
48 Latvia	●	●	●	●	●	●	●
49 Saint Kitts and Nevis					●		●
50 Bahamas	●	●	●		●		●
51 Seychelles	●	●	●	●	●	●	●
52 Cuba	●	●	●		●	●	●
53 Mexico	●	●	●	●	●	●	●
54 Tonga	●	●	●				●

Human development indicators

HDI rank	International Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide 1948	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination 1965	International Covenant on Civil and Political Rights 1966	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights 1966	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 1979	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment 1984	Convention on the Rights of the Child 1989
55 Bulgaria	●	●	●	●	●	●	●
56 Panama	●	●	●	●	●	●	●
57 Trinidad and Tobago	●	●	●	●	●		●
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT							
58 Libyan Arab Jamahiriya	●	●	●	●	●	●	●
59 Macedonia, TFYR	●	●	●	●	●	●	●
60 Antigua and Barbuda	●	●	●		●	●	●
61 Malaysia	●				●		●
62 Russian Federation	●	●	●	●	●	●	●
63 Brazil	●	●	●	●	●	●	●
64 Romania	●	●	●	●	●	●	●
65 Mauritius		●	●	●	●	●	●
66 Grenada		○	○	●	●		●
67 Belarus	●	●	●	●	●	●	●
68 Bosnia and Herzegovina	●	●	●	●	●	●	●
69 Colombia	●	●	●	●	●	●	●
70 Dominica				●	●		●
71 Oman		●	●				●
72 Albania	●	●	●	●	●	●	●
73 Thailand		●	●	●	●		●
74 Samoa (Western)					●		●
75 Venezuela	●	●	●	●	●	●	●
76 Saint Lucia		●	●		●		●
77 Saudi Arabia	●	●	●		●	●	●
78 Ukraine	●	●	●	●	●	●	●
79 Peru	●	●	●	●	●	●	●
80 Kazakhstan	●	●	●	○	●	●	●
81 Lebanon	●	●	●	●	●	●	●
82 Ecuador	●	●	●	●	●	●	●
83 Armenia	●	●	●	●	●	●	●
84 Philippines	●	●	●	●	●	●	●
85 China	●	●	●	●	●	●	●
86 Suriname		●	●	●	●		●
87 Saint Vincent and the Grenadines	●	●	●	●	●	●	●
88 Paraguay	●	●	●	●	●	●	●
89 Tunisia	●	●	●	●	●	●	●
90 Jordan	●	●	●	●	●	●	●
91 Belize	●	●	●	○	●	●	●
92 Fiji	●	●	●		●		●
93 Sri Lanka	●	●	●	●	●	●	●
94 Turkey	●	●	●	●	●	●	●
95 Dominican Republic	○	●	●	●	●	●	●
96 Maldives	●	●	●		●	●	●
97 Turkmenistan		●	●	●	●	●	●
98 Jamaica	●	●	●	●	●		●
99 Iran, Islamic Rep. of	●	●	●	●			●
100 Georgia	●	●	●	●	●	●	●
101 Azerbaijan	●	●	●	●	●	●	●
103 Algeria	●	●	●	●	●	●	●
104 El Salvador	●	●	●	●	●	●	●
105 Cape Verde		●	●	●	●	●	●
106 Syrian Arab Republic	●	●	●	●	●	●	●
107 Guyana		●	●	●	●	●	●
108 Viet Nam	●	●	●	●	●		●

TABLE 31

Status of major international human rights instruments

HDI rank	International Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide 1948	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination 1965	International Covenant on Civil and Political Rights 1966	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights 1966	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 1979	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment 1984	Convention on the Rights of the Child 1989
109 Kyrgyzstan	●	●	●	●	●	●	●
110 Indonesia		●	●		●	●	●
111 Uzbekistan	●	●	●	●	●	●	●
112 Nicaragua	●	●	●	●	●	●	●
113 Bolivia	○	●	●	●	●	●	●
114 Mongolia	●	●	●	●	●	●	●
115 Moldova, Rep. of	●	●	●	●	●	●	●
116 Honduras	●	●	●	●	●	●	●
117 Guatemala	●	●	●	●	●	●	●
118 Vanuatu					●		●
119 Egypt	●	●	●	●	●	●	●
120 South Africa	●	●	●	○	●	●	●
121 Equatorial Guinea		●	●	●	●	●	●
122 Tajikistan		●	●	●	●	●	●
123 Gabon	●	●	●	●	●	●	●
124 Morocco	●	●	●	●	●	●	●
125 Namibia	●	●	●	●	●	●	●
126 São Tomé and Príncipe		○	○	○	●	○	●
127 India	●	●	●	●	●	●	●
128 Solomon Islands		●	●	●	●		●
129 Myanmar	●				●		●
130 Cambodia	●			●	●	●	●
131 Botswana		●	●		●	●	●
132 Comoros	●	●	●		●	●	●
133 Lao People's Dem. Rep.	●	●	●	○	●		●
134 Bhutan		○	○		●		●
135 Pakistan	●	●	●	○	●		●
136 Nepal	●	●	●	●	●	●	●
137 Papua New Guinea	●	●	●		●		●
138 Ghana	●	●	●	●	●	●	●
139 Bangladesh	●	●	●	●	●	●	●
140 Timor-Leste		●	●	●	●	●	●
141 Sudan	●	●	●	●		●	●
142 Congo		●	●	●	●	●	●
143 Togo	●	●	●	●	●	●	●
144 Uganda	●	●	●	●	●	●	●
145 Zimbabwe	●	●	●	●	●		●
LOW HUMAN DEVELOPMENT							
146 Madagascar		●	●	●	●	○	●
147 Swaziland		●	●	●	●	●	●
148 Cameroon		●	●	●	●	●	●
149 Lesotho	●	●	●	●	●	●	●
150 Djibouti				●	●	●	●
151 Yemen	●	●	●	●	●	●	●
152 Mauritania		●	●	●	●	●	●
153 Haiti	●	●	●		●		●
154 Kenya		●	●	●	●	●	●
155 Gambia	●	●	●	●	●	●	●
156 Guinea	●	●	●	●	●	●	●
157 Senegal	●	●	●	●	●	●	●
158 Nigeria		●	●	●	●	●	●
159 Rwanda	●	●	●	●	●		●
160 Angola				●	●		●
161 Eritrea		●	●	●	●		●

HDI rank	International Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide 1948	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination 1965	International Covenant on Civil and Political Rights 1966	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights 1966	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 1979	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment 1984	Convention on the Rights of the Child 1989
162 Benin		●	●	●	●	●	●
163 Côte d'Ivoire	●	●	●	●	●	●	●
164 Tanzania, U. Rep. of	●	●	●	●	●		●
165 Malawi		●	●	●	●	●	●
166 Zambia		●	●	●	●	●	●
167 Congo, Dem. Rep. of the	●	●	●	●	●	●	●
168 Mozambique	●	●	●	●	●	●	●
169 Burundi	●	●	●	●	●	●	●
170 Ethiopia	●	●	●	●	●	●	●
171 Central African Republic		●	●	●	●		●
172 Guinea-Bissau		○	○	●	●	●	●
173 Chad		●	●	●	●	●	●
174 Mali	●	●	●	●	●	●	●
175 Burkina Faso	●	●	●	●	●	●	●
176 Sierra Leone		●	●	●	●	●	●
177 Niger		●	●	●	●	●	●
OTHERS^a							
Afghanistan	●	●	●	●	●	●	●
Andorra		○	○		●	○	●
Iraq	●	●	●	●	●		●
Kiribati					●		●
Korea, Dem. Rep.	●			●	●		●
Liberia	●	●	●	●	●	●	●
Liechtenstein	●	●	●	●	●	●	●
Marshall Islands							●
Micronesia, Fed. Sts.					●		●
Monaco	●	●	●	●	●	●	●
Nauru		○	○			○	●
Palau							●
San Marino		●	●	●	●	○	●
Somalia		●	●	●		●	○
Tuvalu					●		●
Serbia and Montenegro	●	●	●	●	●	●	●
Total states parties^b	136	170	170	151	180	146	192
Signatures not yet followed by ratification	2	6	6	7	1	5	2

- Ratification, accession or succession.
- Signature not yet followed by ratification.

NOTES

The table includes states that have signed or ratified at least one of the seven human rights instruments. Information is as of 1 May 2005.

- a** These are the countries or areas, in addition to the 177 countries or areas included in the main indicator tables, that have signed or ratified at least one of the seven human rights instruments.
- b** Refers to ratification, accession or succession.

SOURCE

All columns: UN 2005g.

TABLE **32**

Human and labour rights instruments

Status of fundamental labour rights conventions

HDI rank	Freedom of association and collective bargaining		Elimination of forced and compulsory labour		Elimination of discrimination in respect of employment and occupation		Abolition of child labor	
	Convention 87 ^a	Convention 98 ^b	Convention 29 ^c	Convention 105 ^d	Convention 100 ^e	Convention 111 ^f	Convention 138 ^g	Convention 182 ^h
HIGH HUMAN DEVELOPMENT								
1	•	•	•	•	•	•	•	•
2	•	•	•	•	•	•	•	•
3	•	•	•	•	•	•	•	•
4	•	•	•	•	•	•	•	•
5	•	•	•	•	•	•	•	•
6	•	•	•	•	•	•	•	•
7	•	•	•	•	•	•	•	•
8	•	•	•	•	•	•	•	•
9	•	•	•	•	•	•	•	•
10				•				•
11	•	•	•		•		•	•
12	•	•	•	•	•	•	•	•
13	•	•	•	•	•	•	•	•
14	•	•	•	•	•	•	•	•
15	•	•	•	•	•	•	•	•
16	•	•	•	•	•	•	•	•
17	•	•	•	•	•	•	•	•
18	•	•	•	•	•	•	•	•
19		•	•	•	•	•		•
20	•	•	•	•	•	•	•	•
21	•	•	•	•	•	•	•	•
23	•	•	•	•	•	•	•	•
24	•	•	•	•	•	•	•	•
25		•	•	▼	•			•
26	•	•	•	•	•	•	•	•
27	•	•	•	•	•	•	•	•
28					•	•	•	•
29	•	•	•	•	•	•	•	•
30	•	•	•	•	•	•	•	•
31	•	•	•	•	•	•	•	•
32	•	•	•	•	•	•	•	•
33								
34	•	•	•	•	•	•	•	•
35	•	•	•	•	•	•	•	•
36	•	•	•	•	•	•	•	•
37	•	•	•	•	•	•	•	•
38	•	•	•	•	•	•	•	•
39	•	•	•	•	•	•	•	•
40			•			•		•
41			•	•	•	•	•	•
42	•	•	•	•	•	•	•	•
43			•	•		•		•
44	•		•	•		•	•	•
45	•	•	•	•	•	•	•	•
46	•	•	•	•	•	•	•	•
47	•	•	•	•	•	•	•	•
48	•	•		•	•	•		•
49	•	•	•	•	•	•		•
50	•	•	•	•	•	•	•	•
51	•	•	•	•	•	•	•	•
52	•	•	•	•	•	•	•	•
53	•		•	•	•	•		•
54								

HDI rank	Freedom of association and collective bargaining		Elimination of forced and compulsory labour		Elimination of discrimination in respect of employment and occupation		Abolition of child labor	
	Convention 87 ^a	Convention 98 ^b	Convention 29 ^c	Convention 105 ^d	Convention 100 ^e	Convention 111 ^f	Convention 138 ^g	Convention 182 ^h
55 Bulgaria	●	●	●	●	●	●	●	●
56 Panama	●	●	●	●	●	●	●	●
57 Trinidad and Tobago	●	●	●	●	●	●	●	●
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT								
58 Libyan Arab Jamahiriya	●	●	●	●	●	●	●	●
59 Macedonia, TFYR	●	●	●	●	●	●	●	●
60 Antigua and Barbuda	●	●	●	●	●	●	●	●
61 Malaysia		●	●	◆	●		●	●
62 Russian Federation	●	●	●	●	●	●	●	●
63 Brazil		●	●	●	●	●	●	●
64 Romania	●	●	●	●	●	●	●	●
65 Mauritius		●	●	●	●	●	●	●
66 Grenada	●	●	●	●	●	●	●	●
67 Belarus	●	●	●	●	●	●	●	●
68 Bosnia and Herzegovina	●	●	●	●	●	●	●	●
69 Colombia	●	●	●	●	●	●	●	●
70 Dominica	●	●	●	●	●	●	●	●
71 Oman			●					●
72 Albania	●	●	●	●	●	●	●	●
73 Thailand			●	●	●		●	●
74 Samoa (Western)								
75 Venezuela	●	●	●	●	●	●	●	
76 Saint Lucia	●	●	●	●	●	●		●
77 Saudi Arabia			●	●	●	●		●
78 Ukraine	●	●	●	●	●	●	●	●
79 Peru	●	●	●	●	●	●	●	●
80 Kazakhstan	●	●	●	●	●	●	●	●
81 Lebanon		●	●	●	●	●	●	●
82 Ecuador	●	●	●	●	●	●	●	●
83 Armenia		●	●	●	●	●		●
84 Philippines	●	●		●	●	●	●	●
85 China					●		●	●
86 Suriname	●	●	●	●				
87 Saint Vincent and the Grenadines	●	●	●	●	●	●		●
88 Paraguay	●	●	●	●	●	●	●	●
89 Tunisia	●	●	●	●	●	●	●	●
90 Jordan		●	●	●	●	●	●	●
91 Belize	●	●	●	●	●	●	●	●
92 Fiji	●	●	●	●	●	●	●	●
93 Sri Lanka	●	●	●	●	●	●	●	●
94 Turkey	●	●	●	●	●	●	●	●
95 Dominican Republic	●	●	●	●	●	●	●	●
96 Maldives								
97 Turkmenistan	●	●	●	●	●	●		
98 Jamaica	●	●	●	●	●	●	●	●
99 Iran, Islamic Rep. of			●	●	●	●		●
100 Georgia	●	●	●	●	●	●	●	●
101 Azerbaijan	●	●	●	●	●	●	●	●
103 Algeria	●	●	●	●	●	●	●	●
104 El Salvador			●	●	●	●	●	●
105 Cape Verde	●	●	●	●	●	●		●
106 Syrian Arab Republic	●	●	●	●	●	●	●	●
107 Guyana	●	●	●	●	●	●	●	●
108 Viet Nam					●	●	●	●

TABLE 32

Status of fundamental labour rights conventions

HDI rank	Freedom of association and collective bargaining		Elimination of forced and compulsory labour		Elimination of discrimination in respect of employment and occupation		Abolition of child labor	
	Convention 87 ^a	Convention 98 ^b	Convention 29 ^c	Convention 105 ^d	Convention 100 ^e	Convention 111 ^f	Convention 138 ^g	Convention 182 ^h
109	●	●	●	●	●	●	●	●
110	●	●	●	●	●	●	●	●
111		●	●	●	●	●		
112	●	●	●	●	●	●	●	●
113	●	●		●	●	●	●	●
114	●	●			●	●	●	●
115	●	●	●	●	●	●	●	●
116	●	●	●	●	●	●	●	●
117	●	●	●	●	●	●	●	●
118								
119	●	●	●	●	●	●	●	●
120	●	●	●	●	●	●	●	●
121	●	●	●	●	●	●	●	●
122	●	●	●	●	●	●	●	
123	●	●	●	●	●	●		●
124		●	●	●	●	●	●	●
125	●	●	●	●		●	●	●
126	●	●			●	●		
127			●	●	●	●		
128			●					
129	●		●					
130	●	●	●	●	●	●	●	
131	●	●	●	●	●	●	●	●
132	●	●	●	●	●	●	●	●
133			●					
134								
135	●	●	●	●	●	●		●
136		●	●		●	●	●	●
137	●	●	●	●	●	●	●	●
138	●	●	●	●	●	●		●
139	●	●	●	●	●	●		●
140								
141		●	●	●	●	●	●	●
142	●	●	●	●	●	●	●	●
143	●	●	●	●	●	●	●	●
144		●	●	●			●	●
145	●	●	●	●	●	●	●	●
LOW HUMAN DEVELOPMENT								
146	●	●	●		●	●	●	●
147	●	●	●	●	●	●	●	●
148	●	●	●	●	●	●	●	●
149	●	●	●	●	●	●	●	●
150	●	●	●	●	●	●		●
151	●	●	●	●	●	●	●	●
152	●	●	●	●	●	●	●	●
153	●	●	●	●	●	●		●
154	●	●	●	●	●	●	●	●
155	●	●	●	●	●	●	●	●
156	●	●	●	●	●	●	●	●
157	●	●	●	●	●	●	●	●
158	●	●	●	●	●	●	●	●
159	●	●	●	●	●	●	●	●
160	●	●	●	●	●	●	●	●
161	●	●	●	●	●	●	●	

HDI rank	Freedom of association and collective bargaining		Elimination of forced and compulsory labour		Elimination of discrimination in respect of employment and occupation		Abolition of child labor	
	Convention 87 ^a	Convention 98 ^b	Convention 29 ^c	Convention 105 ^d	Convention 100 ^e	Convention 111 ^f	Convention 138 ^g	Convention 182 ^h
162 Benin	●	●	●	●	●	●	●	●
163 Côte d'Ivoire	●	●	●	●	●	●	●	●
164 Tanzania, U. Rep. of	●	●	●	●	●	●	●	●
165 Malawi	●	●	●	●	●	●	●	●
166 Zambia	●	●	●	●	●	●	●	●
167 Congo, Dem. Rep. of the	●	●	●	●	●	●	●	●
168 Mozambique	●	●	●	●	●	●	●	●
169 Burundi	●	●	●	●	●	●	●	●
170 Ethiopia	●	●	●	●	●	●	●	●
171 Central African Republic	●	●	●	●	●	●	●	●
172 Guinea-Bissau		●	●	●	●	●		
173 Chad	●	●	●	●	●	●		●
174 Mali	●	●	●	●	●	●	●	●
175 Burkina Faso	●	●	●	●	●	●	●	●
176 Sierra Leone	●	●	●	●	●	●		
177 Niger	●	●	●	●	●	●	●	●
OTHERSⁱ								
Afghanistan				●	●	●		
Iraq		●	●	●	●	●	●	●
Kiribati	●	●	●	●				
Liberia	●	●	●	●		●		●
San Marino	●	●	●	●	●	●	●	●
Serbia and Montenegro	●	●	●	●	●	●	●	●
Somalia			●	●		●		
Total ratifications	142	154	164	160	161	161	135	152

- Convention ratified.
- ▼ Convention denounced.

NOTES

Table includes UN member states. Information is as of 1 May 2005.

- a** Freedom of Association and Protection of the Right to Organize Convention (1948).
- b** Right to Organize and Collective Bargaining Convention (1949).
- c** Forced Labour Convention (1930).
- d** Abolition of Forced Labour Convention (1957).
- e** Equal Remuneration Convention (1951).
- f** Discrimination (Employment and Occupation) Convention (1958).
- g** Minimum Age Convention (1973).
- h** Worst Forms of Child Labour Convention (1999).
- i** States not included in the human development index that have ratified at least one labour rights convention.

SOURCE

All columns: ILO 2005a.

TABLE 33

Basic indicators for other UN member countries

	Human development index components										
	Life expectancy at birth (years) 2000–05 ^b	Adult literacy rate (% ages 15 and above) 2003 ^c	Combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools (%) 2002/03 ^d	GDP per capita (PPP US\$) 2003	Total population (thousands) 2003	Total fertility rate (births per woman) 2000–05 ^b	MDG Under-five mortality rate (per 1,000 live births) 2003	MDG Net primary enrolment ratio (%) 2002/03 ^e	HIV prevalence ^a (% ages 15–49) 2003	MDG Population under-nourished (% of total) 2000/02 ^g	MDG Population with sustainable access to an improved water source (%) 2002
	Afghanistan	46.0	..	39.4	..	27	7.5	257
Andorra	65.9	..	(.)	..	7	89	100
Iraq	58.8	..	63.0	..	27	4.8	125	91 ^{f,g}	<0.1 [<0.2]	..	81
Kiribati	84.9	..	(.)	..	66	64
Korea, Dem. Rep.	63.0	22	2.0	55	36	100
Liberia	42.5	55.9	61.2	..	3	6.8	235	70 ^h	5.9 [2.7–12.4]	46	62
Liechtenstein	(.)	..	11
Marshall Islands	74.3	..	(.)	..	61	84 ⁱ	85
Micronesia, Fed. Sts.	67.6	(.)	4.4	23	94
Monaco	(.)	..	4
Nauru	55.1	..	(.)	..	30	81 ^{g,j}
Palau	90.1	..	(.)	..	28	97 ^{g,i}	84
San Marino	(.)	..	5
Serbia and Montenegro	73.2	96.4	74.4	..	11	1.7	11	96 ^f	0.2 [0.1–0.4]	11	..
Somalia	46.2	8	6.4	225	29
Tuvalu	68.7	..	(.)	..	51	93

NOTES

This table presents data for UN member countries not included in the main indicator tables.

a Data refer to point and range estimates based on new estimation models developed by the Joint United Nations Programme on HIV/AIDS. Regional aggregates refer to 2004. Range estimates are presented in square brackets.

b Data refer to estimates for the period specified.

c Data refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 2000 and 2004. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across

countries and over time should be made with caution.

d Data on net enrolment ratios refer to the 2002/03 school year, unless otherwise specified. For details, see www.uis.unesco.org.

e Data refer to the average for the years specified.

f Data refer to the 2000/01 school year.

g Preliminary United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Institute for Statistics estimate, subject to further revision.

h Data refer to the 1999/2000 school year.

i Data refer to the 2001/02 school year.

j Data refer to the 1998/99 school year.

SOURCES

Column 1: UN 2005c.

Column 2: UNESCO Institute for Statistics 2005a.

Columns 3 and 8: UNESCO Institute for Statistics 2005b.

Column 4: World Bank 2005c.

Columns 5 and 6: UN 2005h.

Column 7: UNICEF 2004.

Column 9: UNAIDS 2005.

Column 10: FAO 2004.

Column 11: UN 2005f.

Note on statistics in the Human Development Report

The *Human Development Report* usually presents two types of statistical information: statistics in the human development indicator tables, which provide a global assessment of country achievements in different areas of human development, and statistical evidence on the thematic analysis in the chapters. This note outlines the principles that guide the selection, use and presentation of these statistics, and the efforts of the Human Development Report Office to achieve high standard of statistical rigour in the Report and to promote innovative use and development of better human development statistics.

Human Development Report Office as a user of statistics

The Human Development Report Office is primarily a user, not a producer, of statistics. It relies on international and national data agencies with the resources and expertise to collect and compile data on specific statistical indicators.

Human development indicator tables and human development index

To allow comparisons across countries and over time, the Human Development Report Office, to the extent possible, uses international data series produced by international data agencies or other specialized institutions in preparing the human development indicator tables (box 1).

Despite significant progress over recent years, many gaps still exist in the data, even in some very basic areas of human development. While advocating for improvements in human development data, as a principle—and for practical reasons—the Human Development Report Office does not collect data directly from countries or make estimates to fill these data gaps.

The one exception is the human development index (HDI). The Human Development Report Office strives to include as many UN member countries as possible in the HDI. For a country to be included, data ideally should be available from the relevant international data agencies for all four components of the index (see *Note to table 1: About this year's human development index*). But for a significant number of countries data are missing for one or more of these components. In response to the desire of countries to be included in the HDI, the Human Development Report Office makes every effort in these cases to identify other reasonable estimates, working with international data agencies, the UN Regional Commissions, national statistical offices and United Nations Development Programme (UNDP) country offices. In a few cases the Human Development Report Office has estimated missing components in consultation with regional and national statistical offices or other experts.

Millennium Development Goal indicators

The United Nations Statistics Division maintains the global Millennium Indicators Database (<http://millenniumindicators.un.org>) compiled from international data series provided by the responsible international data agencies. The database forms the statistical basis for the UN Secretary-General's annual report to the UN General Assembly on global and regional progress towards the Millennium Development Goals (MDGs) and their targets. It also feeds into other international reports presenting data on the MDG indicators across countries, such as this Report and the World Bank's annual World Development Indicators.

This year's Report incorporates many of the MDG indicators in the human development

By generously sharing data, the following organizations made it possible for the *Human Development Report* to publish the important human development statistics appearing in the indicator tables.

Carbon Dioxide Information Analysis Center (CDIAC) The CDIAC, a data and analysis centre of the US Department of Energy, focuses on the greenhouse effect and global climate change. It is the source of data on carbon dioxide emissions.

Food and Agriculture Organization (FAO) The FAO collects, analyses and disseminates data and information on food and agriculture. It is the source of data on food insecurity indicators.

Global IDP Project The Norwegian Refugee Council's Global IDP Project maintains an online database of information and analysis on conflict-induced internal displacement worldwide. The database is designated as the authoritative source of information on internally displaced persons by the United Nations and is presented in this year's Report for the first time.

International Institute for Strategic Studies (IISS) An independent centre for research, information and debate on the problems of conflicts, the IISS maintains an extensive military database. The data on armed forces are from its publication *The Military Balance*.

International Labour Organization (ILO) The ILO maintains an extensive statistical publication programme, with the *Yearbook of Labour Statistics* and the *Key Indicators of the Labour Market* its most comprehensive collection of labour market data. The ILO is the source of data on wages, employment and occupations and information on the ratification status of labour rights conventions.

International Monetary Fund (IMF) The IMF has an extensive programme for developing and compiling statistics on international financial transactions and balance of payments. Much of the financial data provided to the Human Development Report Office by other agencies originates from the IMF.

International Telecommunication Union (ITU) This specialized UN agency maintains an extensive collection of statistics on information and communications. The data on trends in telecommunications come from its *World Telecommunication Indicators* database.

Inter-Parliamentary Union (IPU) This organization provides data on trends in political participation and structures of democracy. The Human Development Report Office relies on the IPU for data relating to elections and information on women's political representation.

Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS) This joint UN programme monitors the spread of HIV/AIDS and provides

regular updates. The *Report on the Global HIV/AIDS Epidemic*, a joint publication of UNAIDS and the World Health Organization, is the primary source of data on HIV/AIDS.

Luxembourg Income Study (LIS) A cooperative research project with 25 member countries, the LIS focuses on poverty and policy issues. It is the source of income poverty estimates for many OECD countries.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) The OECD publishes data on a variety of social and economic trends in its member countries as well as on flows of aid. This year's Report presents data from the OECD on aid, energy, employment and education.

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) SIPRI conducts research on international peace and security. The *SIPRI Yearbook: Armaments, Disarmament and International Security* is the published source of data on military expenditure and arms transfers.

United Nations Children's Fund (UNICEF) UNICEF monitors the well-being of children and provides a wide array of data. Its *State of the World's Children* is an important source of data for the Report.

United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) UNCTAD provides trade and economic statistics through a number of publications, including the *World Investment Report*. It is the original source of data on investment flows that the Human Development Report Office receives from other agencies.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) The Institute for Statistics of this specialized UN agency is the source of data relating to education. The Human Development Report Office relies on data in UNESCO's statistical publications as well as data received directly from its Institute for Statistics.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) This UN organization provides data on refugees through its *Statistical Yearbook* or other on-line statistical publications.

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) This UN organization carries out international comparative research to support the fight against illicit drugs and international crime. It provides data on crime victims from the International Crime Victims Surveys.

United Nations Multilateral Treaties Deposited with the Secretary General (UN Treaty Section) The Human Development Report Office compiles information on the status of major international

human rights instruments and environmental treaties based on the database maintained by this UN office.

United Nations Population Division (UNPOP) This specialized UN office produces international data on population trends. The Human Development Report Office relies on *World Population Prospects* and *World Urbanization Prospects*, two of the main publications of UNPOP, and its other publications and databases, for demographic estimates and projections.

United Nations Statistics Division (UNSD) The UNSD provides a wide range of statistical outputs and services. Much of the national accounts data provided to the Human Development Report Office by other agencies originates from the UNSD. This year's Report also presents UNSD data on trade and energy and draws on the global Millennium Indicators Database, maintained by the

UNSD, as the source of data for the Millennium Development Goal indicators.

World Bank The World Bank produces and compiles data on economic trends as well as a broad array of other indicators. Its *World Development Indicators* is the primary source for many indicators in the Report.

World Health Organization (WHO) This specialized agency maintains a large array of data series on health issues, the source for the health-related indicators in the Report.

World Intellectual Property Organization (WIPO) As a specialized UN agency, WIPO promotes the protection of intellectual property rights throughout the world through different kinds of cooperative efforts. It is the source of data relating to patents.

indicator tables (see *Index to the Millennium Development Goal indicators in the indicator tables*). Data for these indicators provide the statistical basis for assessments of progress and prospects in each country towards achieving the MDGs and their targets, as well as the potential benefits of achieving the MDGs by 2015 (see chapter 1).

Data for thematic analysis

The statistical evidence used in the thematic analysis in the Report is often drawn from the indicator tables. But a wide range of other sources are also used, including commissioned papers, government documents, national human development reports, reports of non-governmental organizations, and journal articles and other scholarly publications. Official statistics usually receive priority. Because of the cutting-edge nature of the issues discussed, relevant official statistics may not exist, so that non-official sources of information must be used. Nevertheless, the Human Development Report Office is committed to relying on data compiled through scholarly and scientific research and to ensuring impartiality in the sources of information and in its use in the analysis.

This year's Report draws on a wide range of international and national sources of data to address the issues of inequality in income

and non-income dimensions of human development, on aid, trade and conflicts, and their relationships to both the broad goals of human development and the specific objectives of the MDGs.

Where information from sources other than the Report's indicator tables is used in boxes or tables in the text, the source is shown and the full citation is given in the bibliography. In addition, a summary note for each chapter outlines the major sources for the chapter, and endnotes specify the sources of statistical information not drawn from the indicator tables.

Achieving high standards of statistical quality

Even though its direct role in international data production is limited, the Human Development Report Office fully acknowledges its distinct accountability in disseminating the international statistics produced by other data agencies through the Report. In particular, it recognizes that the Report's high profile imposes a special burden to be informed and responsible in the selection, use and presentation of statistics.

To achieve the highest standard of rigour and professionalism in the statistical work of the Report, the Human Development Report Office has sought to establish and strengthen

a number of quality assurance procedures over the past few years. In addition to building stronger internal statistical capacity and establishing a streamlined production system, these procedures include a Statistical Advisory Panel, a statistical peer review process and continuing close collaboration and networking with other regional and international data agencies.

Since 2000 the Report has benefited greatly from the intellectual and technical advice and guidance of the Statistical Advisory Panel, comprising leading national and international statisticians and development economists. The panel usually meets twice a year, at the beginning and the final stages of Report production, to discuss issues related to the guiding principles of the Report's statistical work and to specific technical issues about data sources, methods of analysis or data presentation related to the Report's thematic content. Occasionally a small working group is formed to help tackle a particular issue and provide advice to the Report's team. The panel members usually serve a two-year term.

Annual production of the Report includes a statistical peer review, with contributors from leading international, regional and national statistical offices. These peer reviewers are responsible for reviewing an advance draft of the Report for statistical relevance, consistency and proper interpretation. This review takes place separately but concurrently with the peer reviews for the substantive content of the Report. The statistical peer reviews have contributed significantly to the continuing improvement in the Report's statistical quality over the years. Responsibility for the final content of the Report, however, rests with the *Human Development Report* team.

Through close collaborations with specialized regional and international data agencies and by participating actively in regional and international statistical forums, including the United Nations Statistical Commission, the Coordination Committee for Statistical Activities and other regional statistical conferences and interagency measurement task forces, the *Human Development Report* team strives continually to remain informed and

responsible in its selection and use of statistics in the Report.

Other mechanisms have also been used to guide and monitor the Report's statistical work. For example, the Human Development Report Office regularly consults with member states through informal consultation sessions with the United Nations Development Programme/United Nations Population Fund Executive Board. These consultations focus on the Report's statistical principles and practices, as well as proposed strategies to deal with specific statistical issues, such as inconsistencies between national and international data, that have wide implications for the Report's credibility and policy impact. Frequent feedback from national governments and other users of the Report has been another important means of quality assurance.

Promoting innovative use of statistics

Since its introduction the Report has been at the forefront of promoting the innovative use and development of human development statistics to assess achievements across countries and to facilitate policy debates on critical issues of human development. One of its important contributions is the HDI and other composite human development indices. Since the HDI was first published, it has gained wide recognition as a powerful tool for advocating for and monitoring human development. It has been explored and expanded, both in the Report itself and in other national and regional human development reports. This year, the Report explores two distinct new ways of using the HDI: to look at the relative contributions of its different components to HDI progress and to incorporate inequality by focusing on the difference between the poorest and the population as a whole in a country (box 2).

However, to be innovative and effective in using statistics to assess progress and enhance policy discussions, both the *Human Development Report* team and the readers of the Report need to understand and interpret the statistics properly. Unless the usefulness and limitations of the chosen measures and statistics are

The human development index (HDI) is a summary measure of three dimensions of human development: leading a long and healthy life, measured by life expectancy at birth; being knowledgeable, measured by literacy and school enrolment; and having a decent standard of living, measured by GDP per capita (PPP US\$). This year, the Report explores two new ways of using the HDI. The first looks at relative contributions of the different HDI components to HDI progress. The second attempts to incorporate inequality by focusing on the difference between the poorest and the population as a whole in HDI scores.

Health, education and income—not always moving together.

While the HDI provides a summary picture, taking a closer look at its components also reveals striking differences between countries. Consider Bangladesh, China and Uganda, three countries that have achieved considerable gains in human development since 1990, but from different starting points. All three have increased their HDI scores by about 20% since 1990. Looking at improvements in the variables behind the HDI shows the divergent paths these countries have taken to get there.

Table 1 shows improvements in life expectancy, literacy, enrolment and income in the three countries, expressed relative to their 1990 levels. China's income has increased by almost 200% over the whole period—while income gains in Bangladesh and Uganda were much lower. Bangladesh improved its life expectancy by about 10%, while Uganda's remained stagnant and China's improved by less than 10%. Bangladesh and Uganda both improved their school enrolment and literacy rates dramatically, contributing greatly to their rise in the HDI ranks, while China's rise was more modest.

These comparisons give an indication of the magnitude of different drivers of HDI progress in different countries, but they do not give a complete picture. Because of different starting points in HDI components, progress in them will have different impacts in

different countries. Additionally, most of the indicators in the HDI have an upper bound of attainable values—the literacy rate cannot exceed 100%. For this reason, countries at low levels of human development are more likely to show large percentage gains.

Inequality and the HDI. By design the HDI looks at average achievements—by itself it says nothing about the distribution of human development within a country. Trying to incorporate an element of distribution in the HDI is challenging because of difficult methodological issues and a lack of data, particularly related to the health and education indicators in the HDI.

A simpler approach, explored in this year's Report, is to consider the situation of people living at the bottom of the distribution ladder. Household income and consumption surveys show staggering gaps between the poorest 20% of the population and the population average. Adjusting the HDI solely with regard to income and discounting inequalities in life expectancy and education does not capture the full scale of inequality. Even so, the results are staggering.

Consider Brazil, which ranks 63 in the global HDI ranking. The poorest 20% of the population in Brazil, even under the highly optimistic assumption that their health and education achievements reflect the global average, would rank 115—52 places lower than the average for the country (table 2). Indeed, the situation of the poorest 20% in Brazil is comparable to that in countries such as Guatemala, Honduras and Mongolia. Among other countries with the largest differences in HDI ranks for the poorest are Mexico, Chile and Argentina—highly unequal countries. But even for more nearly equal, highly developed countries such as Sweden the difference is large—there the poorest 20% would rank 25, compared with 6 for the average population.

Table 1 Improvements in HDI components for Bangladesh, China and Uganda from 1990 to 2003

Index (1990 = 100)

Country	Year	Life expectancy	Adult literacy	Combined primary, secondary and tertiary school enrolment	GDP per capita (PPP US\$)
Bangladesh	2003	115	120	153	143
China	2003	106	116	129	296
Uganda	2003	102	123	193	157

Source: Human Development Report Office 2005.

Table 2 Difference between poorest 20% and national average in HDI rank for selected countries

Country	HDI rank		
	Whole population	Poorest 20%	Difference
Mexico	53	108	55
Brazil	63	115	52
Chile	36	85	49
Argentina	34	78	44
Thailand	72	108	36
Russian Federation	62	95	33
Belarus	66	98	32
China	85	115	30
United States	10	31	21
Sweden	6	25	19

adequately recognized, the perceived messages associated with the statistics presented in the Report could be misleading.

For example, relative poverty measures, such as the proportion of people with disposable income less than 50% of the adjusted national disposable income (a component of the human poverty index for selected high-income countries), are usually used to assess poverty in high-income countries. These measures are the most informative approach for point in time comparisons across these countries. But when countries experience rapid economic growth—as Ireland did during the late 1990s—relative poverty measures on their own can be misleading (box 3).

While promoting the innovative use of statistics, the Human Development Report

Office makes continuing efforts to enhance the public's understanding and to encourage proper interpretations of statistics presented in the Report. In addition to other outreach activities, the Human Development Report Office offers discussions on a wide range of measurement issues and provides extensive links to the technical information of all major international data agencies' databases through its statistics website (<http://hdr.undp.org/statistics/understanding/resources.cfm>).

Through policy discussions on critical, emerging human development issues, the Report often reveals, and advocates for, the need to develop innovative measures and collect new data in specific areas. As this year marks the International Year of Microfinance

Box 3

Two tales of Irish poverty

To ensure comparability across high-income countries, most comparative databases, such as the Luxembourg Income Study (www.lisproject.org), measure poverty on a relative basis. Instead of an absolute poverty line (for example, the \$1 a day international poverty line for developing countries), relative poverty measures define the poverty rate as the proportion of people with disposal income less than 50% or 60% of adjusted average national disposable income. For point in time comparisons across countries, this is the most informative approach. But when countries experience rapid economic growth—as in the case of Ireland in the late 1990s—relative poverty measures on their own can sometimes be misleading.

Based on the 50% and 60% of median income measures, the table presents two different time series of poverty estimates for Ireland—relative and anchored—for 1994–2000. A relative poverty line shifts yearly according to the annual median income of a country. An anchored poverty line maintains the initial year poverty line, adjusting it to each subsequent year only according to changes in consumer prices.

According to the relative poverty line of 60% of annual median income, the preferred measure of the European Union, poverty rose 11.3% between 1994 and 2000 in Ireland (see table). But if we set the poverty line at 60% of the 1994 median income and adjust the poverty line only by the change in consumer prices for subsequent years—the anchored poverty line approach—Irish poverty falls by 55.9% during the same period. Similar patterns are evident for the 50% of median income line—a measure favoured by most international analysts of poverty and used in the human poverty index in this Report. According to the table, a poverty rate of 11.9% in

1994 increases to 16.5% in 2000 on a relative basis, while falling by more than over three-quarters to only 3.5% using the anchored approach. The two different sets of poverty lines—relative and anchored—tell two different stories of Irish poverty trends.

It is clear that when economic conditions change rapidly, relative poverty trends do not always present a complete picture of the ways that economic change affects people's lives. The relative poverty trends suggest that not all incomes in Ireland grew at the same rate and that low incomes grew at a slower rate than higher incomes (or relative poverty would also have fallen). But even so, lower incomes grew enough to reduce the anchored poverty by almost half. In particular, social transfers rose substantially in real terms, so pensioners, for example, saw their living standards improve markedly though they still lagged behind rapidly rising incomes resulting from employment and profits. Whether this represents “pro-poor economic growth” remains debatable. But both sides of the poverty story must be recognized.

Differences between relative and anchored poverty lines for Ireland

Year	50% of median income		60% of median income	
	Relative poverty line	Anchored poverty line	Relative poverty line	Anchored poverty line
1994	11.9	11.9	20.4	20.4
1995	12.9	11.1	20.8	19.2
1996	12.3	8.5	21.8	16.6
2000	16.5	3.5	22.7	9.0
Percentage change, 1994–2000	38.7	–70.6	11.3	–55.9

Source: Nolan, Munzi and Smeeding 2005.

2005, the Report highlights the importance of access to adequate financial services by the poor to help lift their families and communities out of poverty and draws attention to the pressing need to collect better data for assessing the needs for and the impact of microfinance (box 4).

Advocating for better human development statistics

While this year's Report presents the best data currently available for measuring human development, many gaps and problems remain.

Data gaps

Gaps throughout the indicator tables demonstrate the pressing need for improvements in the availability of relevant, reliable and timely human development statistics. A stark example of data gaps is the large number of countries excluded from the HDI. The intent is to include all UN member countries, along with Hong Kong, China (SAR), and the Occupied Palestinian Territories in this Report. But because of a lack of reliable data, 16 UN member countries are excluded from the HDI and therefore from the main indicator tables (what key indicators are available for these

Box 4

Measuring financial access

Economic research supports the broad view that access to deep and efficient financial sector services contributes importantly to economic growth. Poor people can particularly benefit from these services, such as loans, savings deposits, insurance and payment systems. Anecdotal evidence suggests that financial services are reaching more poor people and that, as a result, wealth increases not only for the recipients, but their communities as well. Hard data, however, on who receive what types of services and how effective these services are, and the funding sources of these services, remain scarce and at times even unhelpful: estimates of worldwide microfinance clients range from 70 million to 750 million. We need better data to understand how microfinance can reach its potential and effectively contribute to human development.

Private sector providers of microfinance need this information to channel their investments. Policy-makers and regulators, both at the national level and in bilateral and multilateral donor agencies, need to know whether and to what extent the poor have access financial services in order to measure the effectiveness of their own activities, and understand what changes, in regulation or structural reform, are needed.

The convergence of information needs between public and private interests has motivated a number of institutions to consider how best to move forward. The World Bank and the International Monetary Fund (IMF) has increased their attention to microfinance in their Financial Sector Assessment processes. The UK Department for International Development (DFID) has made progress in collecting data on access to finance in South Africa. In October 2004, the United Nations Capital Development Fund (UNCDF), the World Bank and the IMF brought together top economists and statisticians to figure out how to get better data.

West Africa shows what can be achieved in this way. Since 1993 the Central Bank of West Africa has collected detailed statistics on institutions that offer microfinance in seven West African countries. As a result, it knows that the number of institutions that provided microfinance from 1994 to 2004 increased sixfold and that the number of service points increased from 1,000 to 3,000 outlets. Furthermore, it knows that these services reach more than 12% of the economically active population of West Africa and that a 13-fold increase occurred in the value of deposits since 1994. There is also some evidence that the areas where microfinance has grown have seen particularly strong economic growth—an encouraging sign, though the impact of microfinance will clearly need to be further analyzed.

The International Year of Microcredit 2005 provides a unique opportunity to understand and address the dearth of critical information on the access of poor and low-income people to inclusive financial services, and to determine how these services can be effectively provided in the future.

Source: Fischer, Banny and Barrineau 2005.

countries are presented in table 33). Similarly, the human poverty index covers only 103 developing countries and 18 high-income OECD countries, the gender-related development index 140 countries and the gender empowerment measure 80 countries. For a significant number of countries data for the components of these indices are unreliable and out of date and in some cases need to be estimated (for the definition and methodology of the indices, see *Technical note 1*).

Data gaps in the Millennium Indicators Database (<http://millenniumindicators.un.org>), which is based on national statistics compiled or estimated by international data agencies, are also revealing. Despite considerable improvements in recent years, for most of the MDG indicators many countries still have no data for 1990–2003, and few have data on trends over that time (table 1). Data for some of the indicators, such as maternal mortality ratios (box 5), are particularly difficult to obtain.

Table 1 Large data gaps remain even in basic human development indicators: countries lacking data, 1990–2003

Indicator	Countries lacking trend data	Countries lacking any data
Children under weight for age	115	35
Net primary enrolment ratio	40	9
Children reaching grade 5	114	53
Youth literacy	57	29
Births attended by skilled health personnel	162	9
Female share of non-agricultural wage employment	68	15
HIV prevalence among pregnant women ages 15–24 in major urban areas	162	139
Population with sustainable access to an improved water source, rural	59	15
Population living on less than \$1 a day	93	67

Note: Data refer to developing countries and countries in Central and Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States. A country is defined as having trend data if at least two data points are available—one in 1990–96 and one in 1997–2003—and the two points are at least three years apart.
Source: Human Development Report Office, based on UN 2005f.

Inconsistencies between national and international estimates

Inconsistencies between national and international data have often been brought to light through the Report, most visibly through the HDI. Sometimes the data gap in an international data series is contested and a national estimate is claimed to be available, but more frequently the accuracy of the international estimate is questioned and a different national estimate is proposed. Such inconsistencies frequently dispute the accuracy and reliability of data presented in the Report, challenging its statistical credibility and policy impact.

Some of the differences between national and international data are inevitable. They can result from the process of international harmonization, in which national data—inconsistent with the international standards and definitions or of poor quality for other reasons—need to be adjusted. When data for a country are missing, international agencies may produce an estimate if other relevant information can be used. In some cases, the international indicator, such as GDP per capita in purchasing power parity US\$, is produced mainly for international comparisons and is not directly comparable to other related national statistics.

In other cases, however, data inconsistencies may occur as a result of lack of coordination—either between national and international data agencies or among various government agencies in a national statistical system—and can be avoided. Sometimes, the most recent national statistics are not made available to the relevant international data agency in time, despite its earnest data collection efforts. Other times, when multiple sources for a given indicator exist in a country, the data submitted by a government agency are not coordinated through the central national statistical office and could be contested by the government once published in the international series. Occasionally, errors creep into the compilation of international data series.

While the primary responsibility to deal with these inconsistency issues lies with international data producers and their national and regional counterparts, all international data users should support their efforts. The Human

Maternal mortality claims around half a million lives each year and many millions more women suffer ill health as a result of complications in pregnancy. The world is off track for the Millennium Development Goal of reducing maternal deaths by two-thirds, but it is hard to tell exactly how far off because maternal mortality ratios are notoriously difficult to measure accurately.

Nationally reported data on maternal deaths often suffer from underreporting and misclassification. Only one-third of the world's population lives in countries that maintain comprehensive statistics about human lives and deaths—vital registration—the most effective way of measuring adult (including maternal) mortality. Even in countries with good vital registration, maternal deaths, including deaths due to direct obstetric causes and to conditions aggravated by pregnancy and delivery, can be hard to identify precisely and are frequently underrecorded. Moreover, many maternal deaths in developing countries, especially those with high maternal mortality ratios, occur outside of health facilities and go completely unrecorded.

In the absence of strong vital registration systems, measuring maternal mortality—because it is relatively rare—requires large, costly household surveys or regular censuses. Even when indirect estimation techniques (such as the sisterhood method) are used in surveys (such as the Demographic and Health Surveys), the resulting estimates of maternal mortality ratios are inevitably associated with large standard errors, typically refer to an earlier period and are not suitable for assessing short-term policy impact.

In an effort to address the gaps and poor comparability of national data, the World Health Organization (WHO), the United Nations Children's Fund (UNICEF) and the United Nations Population Fund (UNFPA) have developed international estimates using a methodology that adjusts nationally reported data to account for misclassifications and underreporting, while developing model-based estimates for countries with no recent data of acceptable quality. These modelled estimates—used in this Report and in other major global monitoring reports—rely on more widely available data on fertility and coverage of skilled attendant at delivery to predict maternal mortality.

So far, three sets of international estimates have been produced separately for 1990, 1995 and 2000. Because of large ranges of uncertainty and lack of comparability due to changes in methodology, these estimates can be used only to indicate the scope of the problem and offer little insight about the trends over time.

The majority of maternal deaths—about three-quarters—are due to obstetric complications that can be successfully treated with available technology. Accordingly, process indicators—such as the proportion of births attended by skilled health personnel and coverage of emergency obstetric care—are increasingly used as proxies for assessing trends in maternal mortality and for directing public health policies and programmes to improve maternal health.

Source: Based on Abou-Zahr 2005; UN Millennium Project 2005; UNICEF, WHO and UNFPA 1997; WHO 2005.

Development Report Office has an especially important role given the Report's high profile. It has in recent years strived to be more proactive in identifying potential problems in advance, defusing potential conflicts through timely interventions with governments and international agencies and engaging in more visible public discussions about the problem and possible solutions.

In particular, the Human Development Report Office recognizes the unique role of the Report in

- Advocating for improvements in human development measurements and data through

the Report, including the need for countries to adopt internationally agreed standards and definitions in basic areas of statistics and for international agencies to be more transparent and accessible with their methodologies and processes.

- Identifying potential problems and coordinating between national and international data agencies to resolve the differences.
- Improving its statistical outreach to increase the public understanding of the statistical principles and processes and to enhance the awareness of governments' own responsibilities.

Box 6

Dealing with data inconsistencies—the Qatar experience

The government of Qatar noticed that certain data presented in recent *Human Development Reports* were inconsistent with official data published by Qatar, leading to disparities in a number of indices. Some of the statistics employed in the *Human Development Reports* were out of date, and others reported as unavailable did in fact exist. Human development indicator tables prepared by the Planning Council were, in some instances, at odds with those appearing in the Report.

The Planning Council of Qatar called on the advice of the Human Development Report Office, and active communication and cooperation has since been maintained, including an advisory visit by a senior member of the Human Development Report Office to Qatar in December 2004.

Since the Human Development Report relies on the statistical series published by other international data agencies, the Planning Council initiated direct contact with 22 international agencies to ensure that statistics for Qatar are accurately and comprehensively reported. This has in turn led to more active cooperation between the statistical organization of Qatar and the main statistics organizations of the United Nations.

Qatar initiated an active process of cooperation between the users and producers of statistics, aimed at a smoother and more accurate flow of information. It held a symposium in May 2004, in which representatives of the statistical organizations of a number of UN agencies took part. A strategy for more active cooperation between users and producers and more timely and accurate reporting was formulated. The strategy has since been rigorously implemented, and substantial improvements have been achieved. A follow-up symposium was held in May 2005.

Source: Aboona 2005.

Box 7

National strategies for the development of statistics

Increased use of quality statistics leads to improvements in policy decisions and development outcomes. This transition to evidence-based policy-making can be achieved through implementing a statistical capacity building strategy that is fully integrated into national policy processes such as poverty reduction strategies and monitoring progress towards the Millennium Development Goals. A National Strategy for the Development of Statistics (NSDS) helps achieve this objective. An NSDS converts statistical priorities into a detailed, flexible work programme, building on the existing statistical system and ongoing improvement processes, such as the International Monetary Fund's General Data Dissemination System and the UN's Fundamental Principles for Official Statistics.

A good strategy—backed with political commitment and adequate funding—can increase the contribution of a national statistical system. It can help countries break free from a vicious circle of underfunding and underperformance. Support from the international development community, however, is crucial. Those countries most in need of better statistics are those least able to afford them. The World Bank's Trust Fund for Statistical Capacity Building is one important source of grant funding to help countries to design an NSDS. The World Bank has also launched a new programme—STATCAP—to help countries access loans and credits to support implementation of an NSDS.

The 2004 Marrakech Action Plan for Statistics (MAPS) recommends that all low-income countries prepare an NSDS by 2006 and begin to implement it by the following year in order to have high quality, locally produced data for the next major review of the Millennium Development Goals in 2010. This is an ambitious but achievable goal. Partnership in Statistics for Development in the 21st Century (PARIS21) works through advocacy, developing methodological guidelines and documentation and facilitating regional programmes with regional partner organisations. Helping countries to achieve this target is the main objective of the PARIS21 in its work programme for 2004–06. NSDS guidelines and the PARIS21 work plan can be viewed on the PARIS21 website at www.paris21.org.

Source: William 2005.

It acknowledges explicitly the role of UNDP country offices—as partners in both disseminating the Report and coordinating with governments. Through them we can improve the national capacity in managing statistical information, particularly through better communication and coordination between national and international data agencies to reduce data discrepancies.

Since last year the Human Development Report Office has taken important steps to develop better launch materials, establish a new statistical Web site and provide training to UNDP country offices and national experts. While continuing to work closely with international data agencies, the Human Development Report Office has also initiated more direct contact with national statistical offices and other government agencies. Meanwhile, many governments have increasingly recognized the implications of data inconsistencies for national policy debates and discussions and acknowledged their own role in reducing such data inconsistencies. More and more country governments, such as Qatar (box 6), are working to improve coordination with relevant international data agencies and among government agencies within the national statistical system.

Towards stronger statistical capacity

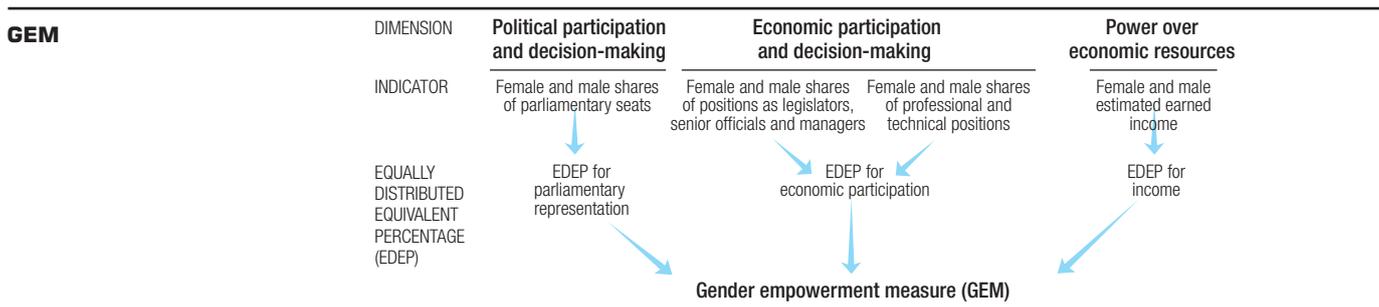
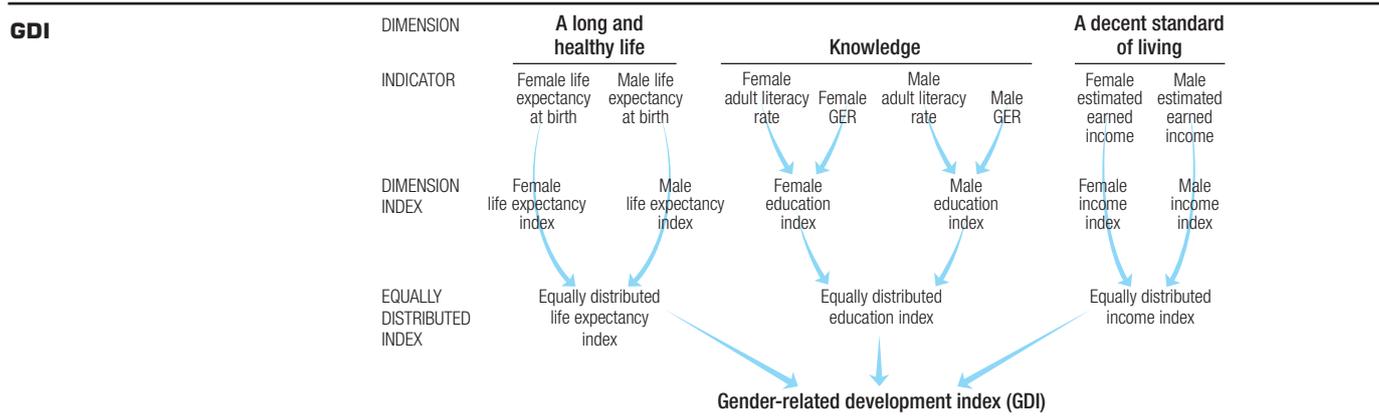
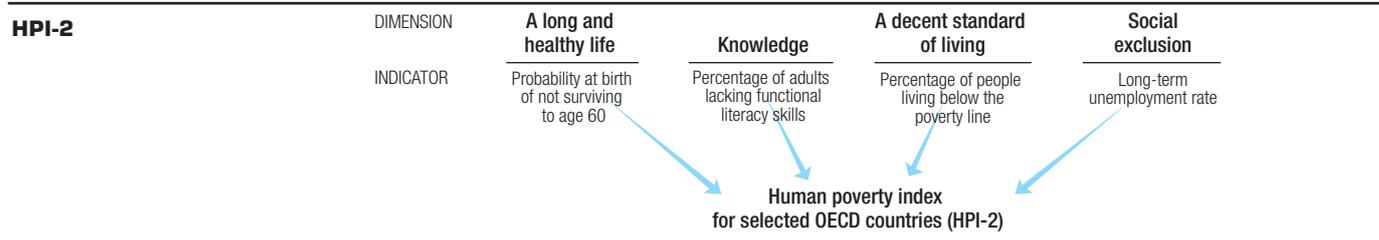
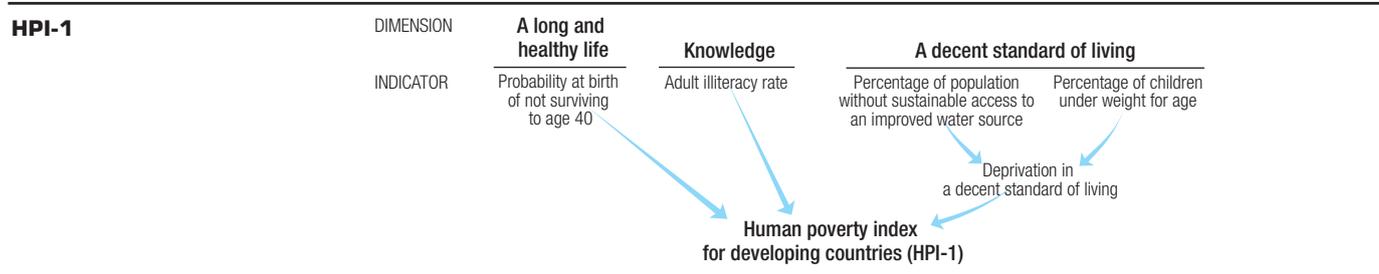
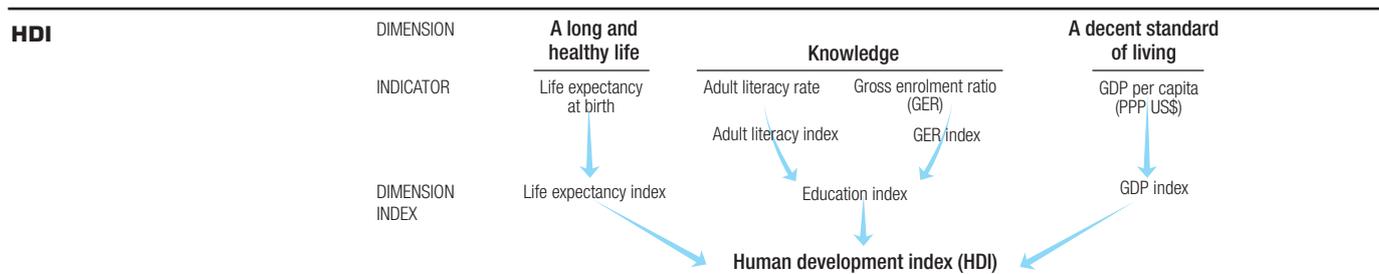
A vital part of the solution to the enormous gaps and deficiencies in statistical information is building sustainable statistical capacity in countries, an effort requiring financial and political commitment at both the national and international levels. The momentum generated by the MDG process has mobilized the entire international statistical community, and many initiatives are under way, including the development of national strategies for the development of statistics recommended by the Marrakech Action Plan for Statistics (<http://unstats.un.org/unsd/statcom/doc04/marrakech.pdf>) and supported by the Partnership in Statistics for Development in the 21st Century (box 7).

International statistical agencies should continue to play an active part in statistical development by improving, promoting and implementing internationally agreed standards, methods and frameworks for statistical activities, while strengthening their own statistical capacity to meet the increasing demand for better international statistics for monitoring human development.

TECHNICAL NOTE 1

Calculating the human development indices

The diagrams here summarize how the five human development indices used in the *Human Development Report* are constructed, highlighting both their similarities and their differences. The text on the following pages provides a detailed explanation.

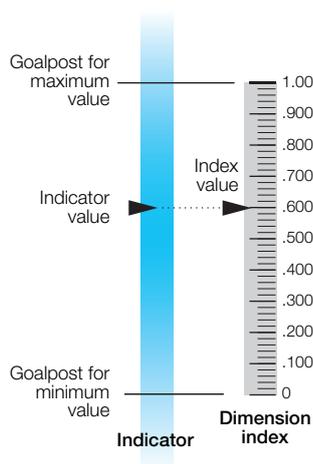


The human development index (HDI)

The HDI is a summary measure of human development. It measures the average achievements in a country in three basic dimensions of human development:

- A long and healthy life, as measured by life expectancy at birth.
- Knowledge, as measured by the adult literacy rate (with two-thirds weight) and the combined primary, secondary and tertiary gross enrolment ratio (with one-third weight).
- A decent standard of living, as measured by GDP per capita (PPP US\$).

Before the HDI itself is calculated, an index needs to be created for each of these dimensions. To calculate these dimension indices—the life expectancy, education and GDP indices—minimum and maximum values (goalposts) are chosen for each underlying indicator.



Performance in each dimension is expressed as a value between 0 and 1 by applying the following general formula:

$$\text{Dimension index} = \frac{\text{actual value} - \text{minimum value}}{\text{maximum value} - \text{minimum value}}$$

The HDI is then calculated as a simple average of the dimension indices. The box at right illustrates the calculation of the HDI for a sample country.

Goalposts for calculating the HDI

Indicator	Maximum value	Minimum value
Life expectancy at birth (years)	85	25
Adult literacy rate (%)	100	0
Combined gross enrolment ratio (%)	100	0
GDP per capita (PPP US\$)	40,000	100

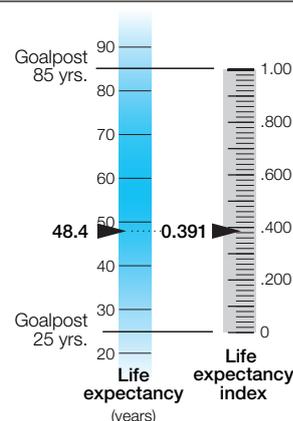
Calculating the HDI

This illustration of the calculation of the HDI uses data for South Africa.

1. Calculating the life expectancy index

The life expectancy index measures the relative achievement of a country in life expectancy at birth. For South Africa, with a life expectancy of 48.4 years in 2003, the life expectancy index is 0.391.

$$\text{Life expectancy index} = \frac{48.4 - 25}{85 - 25} = 0.391$$



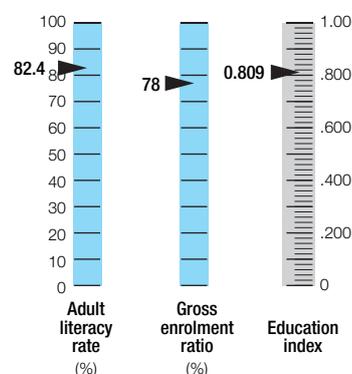
2. Calculating the education index

The education index measures a country's relative achievement in both adult literacy and combined primary, secondary and tertiary gross enrolment. First, an index for adult literacy and one for combined gross enrolment are calculated. Then these two indices are combined to create the education index, with two-thirds weight given to adult literacy and one-third weight to combined gross enrolment. For South Africa, with an adult literacy rate of 82.4% in 2003 and a combined gross enrolment ratio of 78% in the school year 2002/03, the education index is 0.809.

$$\text{Adult literacy index} = \frac{82.4 - 0}{100 - 0} = 0.824$$

$$\text{Gross enrolment index} = \frac{78 - 0}{100 - 0} = 0.780$$

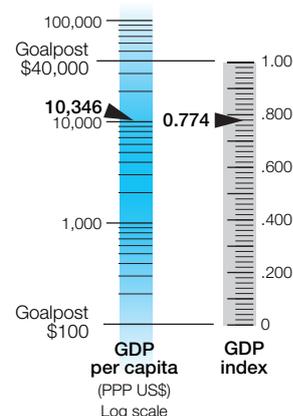
$$\begin{aligned} \text{Education index} &= 2/3 (\text{adult literacy index}) + 1/3 (\text{gross enrolment index}) \\ &= 2/3 (0.824) + 1/3 (0.780) = 0.809 \end{aligned}$$



3. Calculating the GDP index

The GDP index is calculated using adjusted GDP per capita (PPP US\$). In the HDI income serves as a surrogate for all the dimensions of human development not reflected in a long and healthy life and in knowledge. Income is adjusted because achieving a respectable level of human development does not require unlimited income. Accordingly, the logarithm of income is used. For South Africa, with a GDP per capita of \$10,346 (PPP US\$) in 2003, the GDP index is 0.774.

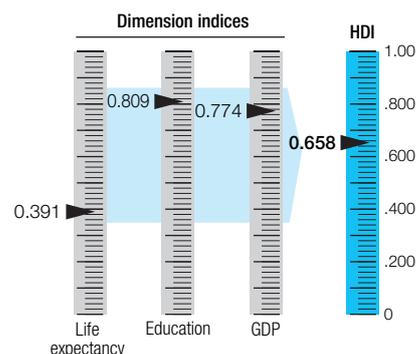
$$\text{GDP index} = \frac{\log(10,346) - \log(100)}{\log(40,000) - \log(100)} = 0.774$$



4. Calculating the HDI

Once the dimension indices have been calculated, determining the HDI is straightforward. It is a simple average of the three dimension indices.

$$\begin{aligned} \text{HDI} &= 1/3 (\text{life expectancy index}) + 1/3 (\text{education index}) \\ &\quad + 1/3 (\text{GDP index}) \\ &= 1/3 (0.391) + 1/3 (0.809) + 1/3 (0.774) = 0.658 \end{aligned}$$



The human poverty index for developing countries (HPI-1)

While the HDI measures average achievement, the HPI-1 measures *deprivations* in the three basic dimensions of human development captured in the HDI:

- A long and healthy life—vulnerability to death at a relatively early age, as measured by the probability at birth of not surviving to age 40.
- Knowledge—exclusion from the world of reading and communications, as measured by the adult illiteracy rate.
- A decent standard of living—lack of access to overall economic provisioning, as measured by the unweighted average of two indicators, the percentage of the population without sustainable access to an improved water source and the percentage of children under weight for age.

Calculating the HPI-1 is more straightforward than calculating the HDI. The indicators used to measure the deprivations are already normalized between 0 and 100 (because they are expressed as percentages), so there is no need to create dimension indices as for the HDI.

Originally, the measure of deprivation in a decent standard of living also included an indicator of access to health services. But because reliable data on access to health services are lacking for recent years, in this year's Report deprivation in a decent standard of living is measured by two rather than three indicators—the percentage of the population without sustainable access to an improved water source and the percentage of children under weight for age.

The human poverty index for selected OECD countries (HPI-2)

The HPI-2 measures deprivations in the same dimensions as the HPI-1 and also captures social exclusion. Thus it reflects deprivations in four dimensions:

- A long and healthy life—vulnerability to death at a relatively early age, as measured by the probability at birth of not surviving to age 60.
- Knowledge—exclusion from the world of reading and communications, as measured by the percentage of adults (aged 16–65) lacking functional literacy skills.
- A decent standard of living—as measured by the percentage of people living below the income poverty line (50% of the median adjusted household disposable income).
- Social exclusion—as measured by the rate of long-term unemployment (12 months or more).

Calculating the HPI-1

1. Measuring deprivation in a decent standard of living

An unweighted average of two indicators is used to measure deprivation in a decent standard of living.

$$\text{Unweighted average} = 1/2 (\text{population without sustainable access to an improved water source}) + 1/2 (\text{children under weight for age})$$

A sample calculation: Angola

Population without sustainable access to an improved water source = 50%
Children under weight for age = 31%

$$\text{Unweighted average} = 1/2 (50) + 1/2 (31) = 40.5\%$$

2. Calculating the HPI-1

The formula for calculating the HPI-1 is as follows:

$$\text{HPI-1} = [1/3 (P_1^\alpha + P_2^\alpha + P_3^\alpha)]^{1/\alpha}$$

Where:

P_1 = Probability at birth of not surviving to age 40 (times 100)

P_2 = Adult illiteracy rate

P_3 = Unweighted average of population without sustainable access to an improved water source and children under weight for age

$\alpha = 3$

A sample calculation: Angola

$P_1 = 48.1\%$

$P_2 = 33.2\%$

$P_3 = 40.5\%$

$$\text{HPI-1} = [1/3 (48.1^3 + 33.2^3 + 40.5^3)]^{1/3} = 41.5$$

Calculating the HPI-2

The formula for calculating the HPI-2 is as follows:

$$\text{HPI-2} = [1/4 (P_1^\alpha + P_2^\alpha + P_3^\alpha + P_4^\alpha)]^{1/\alpha}$$

Where:

P_1 = Probability at birth of not surviving to age 60 (times 100)

P_2 = Adults lacking functional literacy skills

P_3 = Population below income poverty line (50% of median adjusted household disposable income)

P_4 = Rate of long-term unemployment (lasting 12 months or more)

$\alpha = 3$

A sample calculation: United States

$P_1 = 11.8\%$

$P_2 = 20.0\%$

$P_3 = 17.0\%$

$P_4 = 0.7\%$

$$\text{HPI-2} = [1/4 (11.8^3 + 20.0^3 + 17.0^3 + 0.7^3)]^{1/3} = 15.4$$

Why $\alpha = 3$ in calculating the HPI-1 and HPI-2

The value of α has an important impact on the value of the HPI. If $\alpha = 1$, the HPI is the average of its dimensions. As α rises, greater weight is given to the dimension in which there is the most deprivation. Thus as α increases towards infinity, the HPI will tend towards the value of the dimension in which deprivation is greatest (for Angola, the example used for calculating the HPI-1, it would be 48, equal to the probability at birth of not surviving to age 40).

In this Report the value 3 is used to give additional but not overwhelming weight to areas of more acute deprivation. For a detailed analysis of the HPI's mathematical formulation, see Sudhir Anand and Amartya Sen's "Concepts of Human Development and Poverty: A Multidimensional Perspective" and the technical note in *Human Development Report 1997* (see the list of selected readings at the end of this technical note).

The gender-related development index (GDI)

While the HDI measures average achievement, the GDI adjusts the average achievement to reflect the *inequalities* between men and women in the following dimensions:

- A long and healthy life, as measured by life expectancy at birth.
- Knowledge, as measured by the adult literacy rate and the combined primary, secondary and tertiary gross enrolment ratio.
- A decent standard of living, as measured by estimated earned income (PPP US\$).

The calculation of the GDI involves three steps. First, female and male indices in each dimension are calculated according to this general formula:

$$\text{Dimension index} = \frac{\text{actual value} - \text{minimum value}}{\text{maximum value} - \text{minimum value}}$$

Second, the female and male indices in each dimension are combined in a way that penalizes differences in achievement between men and women. The resulting index, referred to as the equally distributed index, is calculated according to this general formula:

$$\begin{aligned} &\text{Equally distributed index} \\ &= \{[\text{female population share} (\text{female index}^{1-\epsilon})] \\ &+ [\text{male population share} (\text{male index}^{1-\epsilon})]\}^{1/(1-\epsilon)} \end{aligned}$$

ϵ measures the aversion to inequality. In the GDI $\epsilon = 2$. Thus the general equation becomes:

$$\begin{aligned} &\text{Equally distributed index} \\ &= \{[\text{female population share} (\text{female index}^{-1})] \\ &+ [\text{male population share} (\text{male index}^{-1})]\}^{-1} \end{aligned}$$

which gives the harmonic mean of the female and male indices.

Third, the GDI is calculated by combining the three equally distributed indices in an unweighted average.

Goalposts for calculating the GDI

Indicator	Maximum value	Minimum value
Female life expectancy at birth (years)	87.5	27.5
Male life expectancy at birth (years)	82.5	22.5
Adult literacy rate (%)	100	0
Combined gross enrolment ratio (%)	100	0
Estimated earned income (PPP US\$)	40,000	100

Note: The maximum and minimum values (goalposts) for life expectancy are five years higher for women to take into account their longer life expectancy.

Calculating the GDI

This illustration of the calculation of the GDI uses data for Brazil.

1. Calculating the equally distributed life expectancy index

The first step is to calculate separate indices for female and male achievements in life expectancy, using the general formula for dimension indices.

FEMALE	MALE
Life expectancy: 74.6 years	Life expectancy: 66.6 years
Life expectancy index = $\frac{74.6 - 27.5}{87.5 - 27.5} = 0.785$	Life expectancy index = $\frac{66.6 - 22.5}{82.5 - 22.5} = 0.735$

Next, the female and male indices are combined to create the equally distributed life expectancy index, using the general formula for equally distributed indices.

FEMALE	MALE
Population share: 0.507	Population share: 0.493
Life expectancy index: 0.785	Life expectancy index: 0.735
Equally distributed life expectancy index = $\{[(0.507 (0.785^{-1})) + (0.493 (0.735^{-1}))]\}^{-1} = 0.760$	

2. Calculating the equally distributed education index

First, indices for the adult literacy rate and the combined primary, secondary and tertiary gross enrolment ratio are calculated separately for females and males. Calculating these indices is straightforward, since the indicators used are already normalized between 0 and 100.

FEMALE	MALE
Adult literacy rate: 88.6%	Adult literacy rate: 88.3%
Adult literacy index: 0.886	Adult literacy index: 0.883
Gross enrolment ratio: 92.7%	Gross enrolment ratio: 88.5%
Gross enrolment index: 0.927	Gross enrolment index: 0.885

Second, the education index, which gives two-thirds weight to the adult literacy index and one-third weight to the gross enrolment index, is computed separately for females and males.

$$\begin{aligned} \text{Education index} &= 2/3 (\text{adult literacy index}) + 1/3 (\text{gross enrolment index}) \\ \text{Female education index} &= 2/3 (0.886) + 1/3 (0.927) = 0.899 \\ \text{Male education index} &= 2/3 (0.883) + 1/3 (0.885) = 0.884 \end{aligned}$$

Finally, the female and male education indices are combined to create the equally distributed education index.

FEMALE	MALE
Population share: 0.507	Population share: 0.493
Education index: 0.899	Education index: 0.884
Equally distributed education index = $\{[(0.507 (0.899^{-1})) + (0.493 (0.884^{-1}))]\}^{-1} = 0.892$	

3. Calculating the equally distributed income index

First, female and male earned income (PPP US\$) are estimated (for details on this calculation, see the addendum to this technical note). Then the income index is calculated for each gender. As for the HDI, income is adjusted by taking the logarithm of estimated earned income (PPP US\$):

Income index = $\frac{\log(\text{actual value}) - \log(\text{minimum value})}{\log(\text{maximum value}) - \log(\text{minimum value})}$	
FEMALE	MALE
Estimated earned income (PPP US\$): 4,704	Estimated earned income (PPP US\$): 10,963
Income index = $\frac{\log(4,704) - \log(100)}{\log(40,000) - \log(100)} = 0.643$	Income index = $\frac{\log(10,963) - \log(100)}{\log(40,000) - \log(100)} = 0.784$

Calculating the GDI continues on next page

Calculating the GDI (continued)

Second, the female and male income indices are combined to create the equally distributed income index:

FEMALE	MALE
Population share: 0.507	Population share: 0.493
Income index: 0.643	Income index: 0.784

$$\text{Equally distributed income index} = \{[0.507 (0.643^{-1})] + [0.493 (0.784^{-1})]\}^{-1} = \mathbf{0.706}$$

4. Calculating the GDI

Calculating the GDI is straightforward. It is simply the unweighted average of the three component indices—the equally distributed life expectancy index, the equally distributed education index and the equally distributed income index.

$$\begin{aligned} \text{GDI} &= 1/3 (\text{life expectancy index}) + 1/3 (\text{education index}) + 1/3 (\text{income index}) \\ &= 1/3 (0.760) + 1/3 (0.892) + 1/3 (0.706) = \mathbf{0.786} \end{aligned}$$

Why $\epsilon = 2$ in calculating the GDI

The value of ϵ is the size of the penalty for gender inequality. The larger the value, the more heavily a society is penalized for having inequalities.

If $\epsilon = 0$, gender inequality is not penalized (in this case the GDI would have the same value as the HDI). As ϵ increases towards infinity, more and more weight is given to the lesser achieving group.

The value 2 is used in calculating the GDI (as well as the GEM). This value places a moderate penalty on gender inequality in achievement.

For a detailed analysis of the GDI's mathematical formulation, see Sudhir Anand and Amartya Sen's "Gender Inequality in Human Development: Theories and Measurement," Kalpana Bardhan and Stephan Klasen's "UNDP's Gender-Related Indices: A Critical Review" and the technical notes in *Human Development Report 1995* and *Human Development Report 1999* (see the list of selected readings at the end of this technical note).

The gender empowerment measure (GEM)

Focusing on women's opportunities rather than their capabilities, the GEM captures gender inequality in three key areas:

- Political participation and decision-making power, as measured by women's and men's percentage shares of parliamentary seats.
- Economic participation and decision-making power, as measured by two indicators—women's and men's percentage shares of positions as legislators, senior officials and managers and women's and men's percentage shares of professional and technical positions.
- Power over economic resources, as measured by women's and men's estimated earned income (PPP US\$).

For each of these three dimensions, an equally distributed equivalent percentage (EDEP) is calculated, as a population-weighted average, according to the following general formula:

$$\text{EDEP} = \left\{ \left[\text{female population share (female index}^{1-\epsilon}) \right] + \left[\text{male population share (male index}^{1-\epsilon}) \right] \right\}^{1/\epsilon}$$

ϵ measures the aversion to inequality. In the GEM (as in the GDI) $\epsilon = 2$, which places a moderate penalty on inequality. The formula is thus:

$$\text{EDEP} = \left\{ \left[\text{female population share (female index}^{-1}) \right] + \left[\text{male population share (male index}^{-1}) \right] \right\}^{-1}$$

For political and economic participation and decision-making, the EDEP is then indexed by dividing it by 50. The rationale for this indexation: in an ideal society, with equal empowerment of the sexes, the GEM variables would equal 50%—that is, women's share would equal men's share for each variable.

Where a male or female index value is zero, the EDEP according to the above formula is not defined. However, the limit of EDEP, when the index tends towards zero, is zero. Accordingly, in these cases the value of the EDEP is set to zero.

Finally, the GEM is calculated as a simple average of the three indexed EDEPs.

Calculating the GEM

This illustration of the calculation of the GEM uses data for Denmark.

1. Calculating the EDEP for parliamentary representation

The EDEP for parliamentary representation measures the relative empowerment of women in terms of their political participation. The EDEP is calculated using the female and male shares of the population and female and male percentage shares of parliamentary seats according to the general formula.

FEMALE	MALE
Population share: 0.505	Population share: 0.495
Parliamentary share: 36.9%	Parliamentary share: 63.1%

$$\text{EDEP for parliamentary representation} = \left\{ \left[0.505 (36.9^{-1}) \right] + \left[0.495 (63.1^{-1}) \right] \right\}^{-1} = 46.42$$

Then this initial EDEP is indexed to an ideal value of 50%.

$$\text{Indexed EDEP for parliamentary representation} = \frac{46.42}{50} = 0.928$$

2. Calculating the EDEP for economic participation

Using the general formula, an EDEP is calculated for women's and men's percentage shares of positions as legislators, senior officials and managers, and another for women's and men's percentage shares of professional and technical positions. The simple average of the two measures gives the EDEP for economic participation.

FEMALE	MALE
Population share: 0.505	Population share: 0.495
Percentage share of positions as legislators, senior officials and managers: 26.2%	Percentage share of positions as legislators, senior officials and managers: 73.8%
Percentage share of professional and technical positions: 51.0%	Percentage share of professional and technical positions: 49.0%

$$\text{EDEP for positions as legislators, senior officials and managers} = \left\{ \left[0.505 (26.2^{-1}) \right] + \left[0.495 (73.8^{-1}) \right] \right\}^{-1} = 38.48$$

$$\text{Indexed EDEP for positions as legislators, senior officials and managers} = \frac{38.48}{50} = 0.770$$

$$\text{EDEP for professional and technical positions} = \left\{ \left[0.505 (51.0^{-1}) \right] + \left[0.495 (49.0^{-1}) \right] \right\}^{-1} = 49.99$$

$$\text{Indexed EDEP for professional and technical positions} = \frac{49.99}{50} = 1.00$$

The two indexed EDEPs are averaged to create the EDEP for economic participation:

$$\text{EDEP for economic participation} = \frac{0.770 + 1.00}{2} = 0.885$$

3. Calculating the EDEP for income

Earned income (PPP US\$) is estimated for women and men separately and then indexed to goalposts as for the HDI and the GDI. For the GEM, however, the income index is based on unadjusted values, not the logarithm of estimated earned income. (For details on the estimation of earned income for men and women, see the addendum to this technical note.)

FEMALE	MALE
Population share: 0.505	Population share: 0.495
Estimated earned income (PPP US\$): 26,587	Estimated earned income (PPP US\$): 36,430
Income index = $\frac{26,519 - 100}{40,000 - 100} = 0.663$	Income index = $\frac{36,390 - 100}{40,000 - 100} = 0.910$

The female and male indices are then combined to create the equally distributed index:

$$\text{EDEP for income} = \left\{ \left[0.505 (0.663^{-1}) \right] + \left[0.495 (0.910^{-1}) \right] \right\}^{-1} = 0.766$$

4. Calculating the GEM

Once the EDEP has been calculated for the three dimensions of the GEM, determining the GEM is straightforward. It is a simple average of the three EDEP indices.

$$\text{GEM} = \frac{0.928 + 0.885 + 0.766}{3} = 0.859$$

TECHNICAL NOTE 1 ADDENDUM

Female and male earned income

Despite the importance of having gender-disaggregated data on income, direct measures are unavailable. For this Report crude estimates of female and male earned income have therefore been derived.

Income can be seen in two ways: as a resource for consumption and as earnings by individuals. The use measure is difficult to disaggregate between men and women because they share resources within a family unit. By contrast, earnings are separable because different members of a family tend to have separate earned incomes.

The income measure used in the GDI and the GEM indicates a person's capacity to earn income. It is used in the GDI to capture the disparities between men and women in command over resources and in the GEM to capture women's economic independence. (For conceptual and methodological issues relating to this approach, see Sudhir Anand and Amartya Sen's "Gender Inequality in Human Development" and, in *Human Development Report 1995*, chapter 3 and technical notes 1 and 2; see the list of selected readings at the end of this technical note.)

Female and male earned income (PPP US\$) are estimated using the following data:

- Ratio of the female non-agricultural wage to the male non-agricultural wage.
- Male and female shares of the economically active population.
- Total female and male population.
- GDP per capita (PPP US\$).

Key

W_f/W_m = ratio of female non-agricultural wage to male non-agricultural wage
 EA_f = female share of economically active population
 EA_m = male share of economically active population
 S_f = female share of wage bill
 Y = total GDP (PPP US\$)
 N_f = total female population
 N_m = total male population
 Y_f = estimated female earned income (PPP US\$)
 Y_m = estimated male earned income (PPP US\$)

Note

Calculations based on data in the technical note may yield results that differ from those in the indicator tables because of rounding.

Estimating female and male earned income

This illustration of the estimation of female and male earned income uses 2003 data for Switzerland.

1. Calculating total GDP (PPP US\$)

Total GDP (PPP US\$) is calculated by multiplying the total population by GDP per capita (PPP US\$).

Total population: 7,350 (thousand)
 GDP per capita (PPP US\$): 30,550
 Total GDP (PPP US\$) = 7,350 (30,550) = 224,542,500 (thousand)

2. Calculating the female share of the wage bill

Because data on wages in rural areas and in the informal sector are rare, the Report has used non-agricultural wages and assumed that the ratio of female wages to male wages in the non-agricultural sector applies to the rest of the economy. The female share of the wage bill is calculated using the ratio of the female non-agricultural wage to the male non-agricultural wage and the female and male percentage shares of the economically active population. Where data on the wage ratio are not available, a value of 75% is used.

Ratio of female to male non-agricultural wage (W_f/W_m) = 1.324
 Female percentage share of economically active population (EA_f) = 40.8%
 Male percentage share of economically active population (EA_m) = 59.2%

$$\text{Female share of wage bill } (S_f) = \frac{W_f/W_m (EA_f)}{[W_f/W_m (EA_f)] + EA_m} = \frac{1.324 (40.8)}{[1.324 (40.8)] + 59.2} = 0.477$$

3. Calculating female and male earned income (PPP US\$)

An assumption has to be made that the female share of the wage bill is equal to the female share of GDP.

Female share of wage bill (S_f) = 0.477
 Total GDP (PPP US\$) (Y) = 224,542,500 (thousand)
 Female population (N_f) = 3,699 (thousand)

$$\text{Estimated female earned income (PPP US$)} (Y_f) = \frac{S_f (Y)}{N_f} = \frac{0.477 (224,542,500)}{3,699} = 28,972$$

Male population (N_m) = 3,651 (thousand)

$$\text{Estimated male earned income (PPP US$)} (Y_m) = \frac{Y - S_f (Y)}{N_m} = \frac{224,542,500 - [0.477 (224,542,500)]}{3,651} = 32,149$$

Selected readings

- Anand, Sudhir, and Amartya Sen. 1994. "Human Development Index: Methodology and Measurement." Occasional Paper 12. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York. (*HDI*)
- . 1995. "Gender Inequality in Human Development: Theories and Measurement." Occasional Paper 19. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York. (*GDI, GEM*)
- . 1997. "Concepts of Human Development and Poverty: A Multi-dimensional Perspective." In United Nations Development Programme, *Human Development Report 1997 Papers: Poverty and Human Development*. New York. (*HPI-1, HPI-2*)
- Bardhan, Kalpana, and Stephan Klasen. 1999. "UNDP's Gender-Related Indices: A Critical Review." *World Development* 27 (6): 985–1010. (*GDI, GEM*)
- United Nations Development Programme. 1995. *Human Development Report 1995*. New York: Oxford University Press. Technical notes 1 and 2 and chapter 3. (*GDI, GEM*)
- . 1997. *Human Development Report 1997*. New York: Oxford University Press. Technical note 1 and chapter 1. (*HPI-1, HPI-2*)
- . 1999. *Human Development Report 1999*. New York: Oxford University Press. Technical note. (*HDI, GDI*)

TECHNICAL NOTE 2

Two sides of the poverty reduction coin— why growth and distribution matter

This year the *Human Development Report* presents new data and simulations on income, exploring the relationship between economic growth, redistribution and income poverty. Chapter 1 focuses on the international level, looking at global distribution and exploring the implications of different growth patterns for poverty reduction. The chapter draws on a global income distribution model prepared for *Human Development Report 2005* (Dikhanov 2005). The model is used to explore how different growth and distribution scenarios to 2015 might have a bearing on poverty. Trend growth projections and the \$1 a day poverty line are used to determine how many fewer people would be living in poverty with a pro-poor growth pattern with the income of poor people growing at twice the average rate. Chapter 2 shifts from the global to the national level. Household expenditure surveys are used to plot income distribution patterns for three countries. Starting from the prevailing distribution, a forward-looking projection is developed to consider the impact on poverty of pro-poor growth patterns, with the income of the poor—defined as the population living below the national poverty line—rising at twice the national average.

The scenario exercises illustrate the potentially large scale benefits for poverty reduction of small changes in distribution in favour of the poor. However, the simulations used are stylized exercises. They cast some light on how the interaction of economic growth with different distribution patterns can influence prospects for poverty reduction. By definition, simulations do not help identify the specific strategies that might achieve the optimal growth distribution patterns for maximizing the speed of poverty reduction. That does not mean that the simulations in chapters 1 and 2 have no implications

for policy. As the global modeling exercise in chapter 1 demonstrates, creating conditions under which the world's poor people capture a larger share of future growth would create an enabling environment for accelerated poverty reduction. The same applies at a national level. As the pro-poor growth simulations here demonstrate, modest gains in the income share of the poor can shorten the time horizon for halving poverty. One of the central messages that emerges for policy-makers is that distribution matters both for the Millennium Development Goals and for wider poverty reduction efforts.

World income distribution

The global income distribution model used in chapter 1 provides an estimate of global income distribution for 1970–2000. These estimates are supplemented with two forward-looking scenarios for 2015. The first scenario looks at poverty in 2015 on a distribution-neutral growth projection—that is, with national income distribution held constant over time. The second scenario assumes that the income of the poor grows at twice the average rate until 2015. The scenarios are based on 1990–2002 trends in GDP growth and UN population projections for 2015. The simulations highlight the impact of different growth patterns on income inequality and income poverty. Additionally, the model looks at the dimensions of the income transfer that would be required to eliminate \$1 a day poverty.

Data and methodological issues

Dikhanov (2005) is a model of world inequality accounting. It provides an approximation for global income inequality, which is narrower than a model of wealth accounting because it

does not take into account ownership of productive assets, which might be seen as a primary source of economic power and a determinant of income inequality. Nor does it take into account the notional value of non-market goods and services delivered by governments.

In effect, world inequality accounting attempts to capture income inequality among all individuals in the world. The exercise involves combining income distribution within countries and comparing incomes across countries. Global income is taken to be the sum of the reported, as well as estimated and imputed, personal consumption expenditure from national accounts data of all countries in the World Bank database. Thus national accounts data, rather than data from household surveys, are used to determine average incomes in each country. National accounts data are more suitable for comparison over time. However, such data are incomplete because they do not include the informal economy and certain categories of income. This makes it possible to scale up national accounting exercises to arrive at a global income using consistent methodology across countries. Personal consumption expenditure differs from standard GDP or GNI measurement in that it excludes some national accounting items, such as savings by firms and governments. The current exercise uses a polynomial interpolation to approximate a continuous distribution from the information provided by the underlying data.

Applying distributional information from the income and consumption surveys to average incomes yields an approximation, in national currencies, of each individual's income. For international comparisons these incomes must be converted into the same currency. Because exchange rates do not take into account price differential between countries, international comparison requires adjustments. The model converts personal consumption expenditure values in local currency into international dollars using 1999 purchasing power parities (PPPs). The PPP methodology collects information on prices through the International Comparison Program, which surveys the price for a basket of goods across more than 100 countries. An important debate has developed in recent years

over the use of PPP adjustments, specifically in relation to the \$1 a day poverty line. This debate is not revisited here. Interested readers should see the list of readings at the end of this note.

Some countries lack the national accounts information needed to scale up from the national level to the global level. To obtain global totals, gap-filling procedures involving imputation were used. The techniques are detailed in notes to *World Development Indicators 2001* (World Bank 2001). Imputation procedures are applied to a relatively small group of countries, with standard national accounting providing data for over 80 percent of the global personal consumption expenditure and population.

World inequality accounting makes it possible to derive various regional subaggregates of global distribution, as well as the share of global income accounted for at each percentile level, regardless of the country in which individuals live. That is, the model creates a hypothetical world in which all people can be lined up in a single distribution, regardless of where they live. The shape and regional decomposition of the distribution is set out in chapter 1.

Simulations and results

Much heat has been generated by the debate on globalization and inequality. Polarized conclusions have been reached with regard to both trend and attribution. Studies employing different techniques and data sources have reached divergent conclusions on whether global income inequality is increasing or decreasing and on the precise role played by globalization. World inequality accounting does not resolve the global inequality debate, though it does call into question claims that globalization has been accompanied by income convergence (as claimed by some supporters of global integration) or by rapid divergence (as claimed by others). The model used in chapter 1 finds that overall inequality, as measured by the Gini coefficient, has changed little, from 67 in 1970 to 68 in 2000. This shift is probably smaller than the margin of error introduced by the data, and is thus insignificant.

As indicated earlier, the 2015 simulation compares two different growth paths for 2002–15. Both simulations use a similar growth

projection. For countries with positive growth, trends for 1990–2002 are projected forward to 2015. For countries and regions with negative growth, positive future growth is assumed based on regional averages for the period 2000–06 as set out in *Global Economic Prospects 2005* (World Bank 2005).

In the first simulation the model assumes that within-country distribution stays constant—that is, increments to growth are shared to reflect the current distribution. The second assumes that the income of people below an annual income of \$700 (2000 PPP US\$), an amount roughly equivalent to the \$1 a day poverty line, would grow at twice the rate of the population as a whole. The income growth rate of the rest of the population would be adjusted downward to keep the average income growth rate the same as in the first simulation. This pro-poor growth simulation results in 253 million fewer people living in poverty in 2015. However, much of the reduction is concentrated in East Asia and South Asia, rather than Sub-Saharan Africa, reflecting the higher average growth trends for the first two regions. The conclusion: growth and distribution matter a great deal in defining poverty reduction prospects.

National income distribution and poverty reduction

In any country the rate at which poverty declines is primarily a function of two variables: the economic growth rate and poor people's share of growth. There are complex variations within this interaction in, for example, the depth of poverty or the distance measured in income terms from the poverty line. The overall effect of growth on poverty incidence will be determined by distribution below the poverty line, as well as distribution between poor people and non-poor people. If there is a large concentration of poverty just below the line, increases in income for this group will have a large impact on poverty incidence. However, large relative increases in income for groups that are further from the poverty line produce only small reductions in the incidence of poverty. It also has to be borne in mind that any poverty threshold

is, to some degree, an artificial construct that provides a partial indicator for measuring the dynamic processes associated with poverty.

Exercises and results

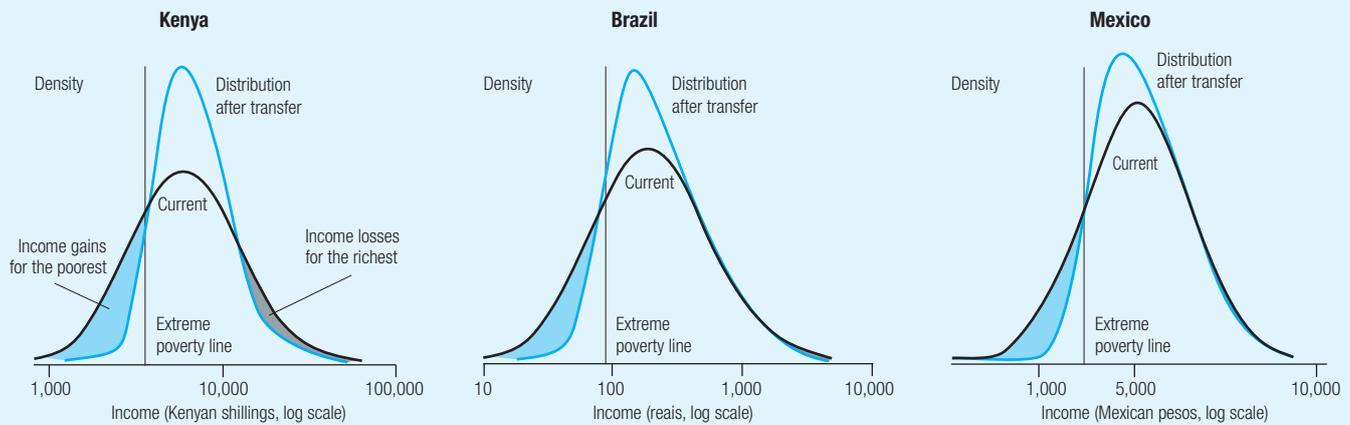
In chapter 2 kernel density curves are constructed for income distribution in Brazil, Kenya and Mexico. These distribution data are used in two exercises. The first considers the effect of a hypothetical transfer from top to bottom of the distribution. This is a stylized exercise, but it draws attention to a central characteristic of countries with large concentrations of poverty at one end of the distribution and wealth at the other: small transfers would substantially reduce poverty. The second exercise builds on a global income distribution simulation. It uses the national income distribution data as the basis for a simulation that examines the effect of two different growth scenarios on poverty reduction. Projecting forward trend growth rates, it simulates the impact on poverty incidence of distribution neutral growth (holding current distribution patterns constant) and pro-poor growth (in which the income of the population below the poverty line grows at twice the national rate).

Static redistribution

In a simple exercise the effect of doubling the total income share of all the people below the poverty line is considered, with an adjustment among the top 20 percent of the distribution. For practical purposes, this can be thought of as a hypothetical lump-sum transfer. Specifically, the size of the transfer received is inversely proportional to the income of the recipient. Figure 1 illustrates the impact. The black line shows the pre-redistribution pattern and the green line the post-redistribution pattern. Redistribution pushes the bottom end of the distribution up and to the right. For Kenya and, less spectacularly, Brazil and Mexico, the median poor household is taken above the poverty line. The figure shows that a doubling of poor people's income would have a large effect on the number of people in poverty and a relatively small impact on the income of the richest.

Figure 1 Doubling the income of the poor would take a small transfer from the rich

Income distribution before and after hypothetical wealth transfer



Note: The area under each curve represents 100% of people. The simulated distribution reflects a transfer proportionate to income from the richest 20% large enough to double the income of those below the poverty line. The size of the transfer received is inversely proportionate to income below the poverty line. Source: Fuentes 2005.

Table 1 Pro-poor growth provides greater results

	Kenya 1997	Brazil 2002	Mexico 2002
<i>Doubling the income share of poor people: static transfer from the richest quintile</i>			
Poverty rate decline	23% to 4%	22% to 7%	16% to 4%
People out of poverty (millions)	5	26	12
Transfer as share of total household income (%)	7.00	2.91	2.57
Transfer as share of richest quintile's income (%)	14.2	4.6	4.7
<i>Year median household is out of poverty under different growth patterns</i>			
Simulation 1 (no change in distribution)	2030	2041	2032
Simulation 2 (pro-poor growth)	2013	2022	2017

Note: The data for the national simulations are computed from household surveys that are the basis for the government's own poverty estimated and also underpin the World Bank's assessment of \$1 a day poverty. Source: Fuentes 2005.

Dynamic pro-poor growth

In a dynamic model the distribution pattern changes over time. The simulation here compares the time horizon for the median poor household crossing the poverty line under distribution-neutral growth and under the pro-poor growth scenario. Under both scenarios average per capita growth rates are assumed to follow the observed trend between 1990 and 2002—a period chosen to reflect two full economic cycles.

Table 1 summarizes the main results from both simulations. For both Brazil and Mexico the static transfer required to double income below the poverty line is equivalent to less than 5% of the income of the richest population quintile. Poverty incidence falls sharply in both

countries: from 22% to 7% in Brazil and from 16% to 4% in Mexico. In Kenya less extreme disparities of wealth and a higher incidence of poverty mean that the incomes of the richest quintile would have to fall far more to finance the transfer, but the overall incidence of poverty still falls from 23% to 4%. For all three countries the pro-poor growth scenario reduces the time horizon for lifting the median household above the poverty line. For Brazil the time horizon falls by 19 years, for Mexico by 15 years and for Kenya by 17 years.

Calculations for the two scenarios are based on the following formulation. In the distribution-neutral simulation, the observed growth rate is imputed to each percentile so that:

$$Y_{it+1} = Y_{it} * e^{g_i} \text{ for every percentile } i.$$

The pro-poor growth simulation assumes a growth rate for the number of poor people twice the average growth rate observed in 1990–2002, with growth rate remaining constant so that:¹

$$Y_{jt+1} = Y_{jt} * e^{g_j} \text{ for every percentile } j.$$

Percentile j is defined as those below the poverty line at the initial time t_0 .

$$Y_{it+1} = Y_{it} * e^{g_i} \text{ for every percentile } i.$$

Percentile i is defined as those above the poverty line at the initial time t_0 .

The growth rate g_j is double the observed growth rate in 1990–2002. The growth rate g_i is such that the overall growth rate of the economy remains constant over time. Given that the relative weights of each percentile change every year, g_i in time t is slightly higher than g_i in time $t + 1$.

The data are for average per capita income of households in 100 percentiles. The welfare indicator is after-tax per capita income for the household. International poverty estimates were used for Brazil and Kenya and national computations of poverty incidence for Mexico. The simulations used the 1990–2002 per capita growth rates as reported in *Human Development Report 2004* to capture two full economic cycles for Brazil and Mexico.² For Kenya, since observed growth rates are negative, an optimistic yet plausible per capita growth rate of 1 percent was assumed.

Notes

¹ These assumptions have two implications. First, inequality will fall every year. Second, for the overall growth rate to remain constant, the growth rate for those above the poverty line will be smaller every year, as the share of income of poor people increases.

² Despite the presence of financial crises in both Brazil and Mexico during that period, the growth rates used are representative of long-term growth. Growth rates for 1970–2002 are lower in both countries. The difference in time horizon between growth patterns does not change significantly when using different growth rates.

Sources and selected readings

- Chen, Shaohua, and Martin Ravallion. 2004.** "How Have the World's Poorest Fared since the Early 1980s?" Policy Research Paper 3341. Washington, DC: World Bank.
- Cornia, Giovanni Andrea, ed. 2004.** *Inequality, Growth, and Poverty in an Era of Liberalization and Globalization*. Oxford: Oxford University Press.
- Deaton, Angus. 2003a.** "How to Monitor Poverty for the Millennium Development Goals." *Journal of Human Development* 4(3): 353–78.
- . **2003b.** *Measuring Poverty in a Growing World*. NBER Working Paper: 9822. Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research.
- Dikhanov, Yuri. 2005.** "Trends in Global Income Distribution 1970–2015." Background note for *Human Development Report 2005*. New York.
- Fuentes, Ricardo. 2005.** "Poverty, Pro-Poor Growth and Simulated Inequality Reduction." Background note for *Human Development Report 2005*. New York.
- Kakwani, Nanak. 2004.** "Poverty Measurement Matters: An Indian Story." Brasilia: United Nations Development Programme, International Poverty Centre, Brasilia.
- Reddy, Sanjay G., and Thomas W. Pogge. 2003.** "How Not to Count the Poor." Columbia University, New York. [<http://www.columbia.edu/~sr793/count.pdf>]. May 2005.
- World Bank. 2001.** *World Development Indicators 2001*. Washington, DC: World Bank.
- . **2005.** *Global Economic Prospects 2005*. Washington, DC: World Bank.

TECHNICAL NOTE 3

Assessing progress towards the Millennium Development Goals

Assessing progress towards the Millennium Development Goals

This year's *Human Development Report* assesses progress towards the Millennium Development Goals (MDGs) and attempts to quantify the potential benefits of achieving the MDGs by 2015. For each country the exercise attempts to answer two distinct questions for each MDG:

- If the MDG were achieved by 2015, how many fewer people would suffer human deprivation than if progress continued along the trends of the 1990s?
- If progress continued along the trends of the 1990s, when would the MDG be achieved?

The Report makes these assessments for five MDG indicators that have reasonably reliable trend data available on a country-by-country basis (table 1).

Calculating progress towards each MDG

Progress towards each MDG is assessed by comparing average annual progress if current trends prevailed with the annual progress needed to meet the indicator, under the assumption of linear progress.

The average annual rate of progress is calculated using the general formula:

$$\alpha_0 = \frac{(x_{t_1} - x_{t_0}) / x_{t_0}}{t_1 - t_0},$$

where x_{t_1} and x_{t_0} are the values of the indicator for 1990 or the year closest to 1990 for which data are available; t_1 is the most recent year for which data are available, generally 2003; and

t_0 is 1990 or the year closest to 1990 for which data are available. For hunger and under-five mortality rates, for which the most desirable value is 0, the formula is applied without modification.

For the net primary enrolment ratio, gender equality in education (ratio of girls to boys) and share of population with access to safe water and sanitation, for which the most desirable value is 100%, progress is expressed as "shortfall reduction" according to the following formula:

$$\alpha_1 = \frac{(x_{t_1} - x_{t_0}) / (100 - x_{t_0})}{t_1 - t_0}.$$

Calculating the human cost of not meeting the MDGs

The average annual rate of progress is then used to calculate the value of the indicator on current trends in 2015:

$$x_{t_{MDG}} = x_{t_0} + [\alpha_i(t_{MDG} - t_0)],$$

where t_{MDG} denotes 2015, the target year for achieving the MDGs and i can take the value 0 or 1 depending on the indicator.

The indicator is then multiplied by the value of its denominator, w , listed in table 1, as projected by the UN Population Division, to arrive at the total number of deprived people, $p_{t_{MDG}}$, in 2015:

$$p_{t_{MDG}} = x_{t_{MDG}} w_{t_{MDG}}.$$

The number of people deprived if the MDG is met, $\hat{p}_{t_{MDG}}$, is also calculated for each country as the value of the indicator needed to achieve

the MDG, determined by the MDG indicator (x^*), multiplied by its denominator:

$$\hat{p}_{tMDG} = x^* w_{tMDG}.$$

The shortfall, the difference between achieving the MDG and progress along current trends, is calculated by adding the differences between these two values for all countries not on track to achieve the MDG:

$$\text{Shortfall} = \sum (p_{tMDG} - \hat{p}_{tMDG}) [p_{tMDG} > \hat{p}_{tMDG}]$$

where $[p_{tMDG} > \hat{p}_{tMDG}]$ is equal to 1 if true and 0 if false.

Calculating the year in which MDGs are achieved on current trends

The necessary level to achieve each MDG is determined by the MDG itself. For example, the target for MDG 4 calls for reducing the under-five mortality rate by two-thirds. The level at which the MDG is achieved is thus set to the initial level multiplied by a coefficient β . For child mortality, this coefficient is set to $\frac{1}{3}$. For hunger, it is set to $\frac{1}{2}$, as determined by the MDG target. The year in which a country will achieve the MDG, \tilde{t} , is then determined by the formula:

$$\tilde{t} = t_0 + \frac{\beta x_{t_0}}{\alpha}.$$

Table 1 Millennium Development Goals assessed

Target	Variable (indicator)	Source agency	Reference year		Denominator used for calculating counts (w)
			t_0	t_1	
Goal 1. Eradicate extreme poverty and hunger					
Target 1. Halve the proportion of people whose income is less than \$1 a day	People living on less than \$1 a day (1993 PPP US\$) (%) ^a	World Bank	1990	2000	Total population
Target 2. Halve the proportion of people who suffer from hunger	Undernourished people (%)	FAO	1990–92	1999–2001	Total population
Goal 2. Achieve universal primary education					
Target 3. Ensure that children everywhere will be able to complete a full course of primary schooling	Net primary enrolment ratio (%)	UNESCO Institute for Statistics	1990/91	2002/03	Children of primary school age
Goal 3. Promote gender equality and empower women					
Target 4. Eliminate gender disparity in all levels of education	Female net primary enrolment ratio (%)	UNESCO Institute for Statistics	1990/91	2002/03	Girls of primary school age
Goal 4. Reduce child mortality					
Target 5. Reduce by two-thirds the under-five mortality rate	Under-five mortality rate (per 1,000 live births)	UNICEF and WHO	1990	2003	Births
Goal 7. Ensure environmental sustainability					
Target 10. Halve the proportion of people without sustainable access to safe drinking water and sanitation	People with sustainable access to an improved water source (%)	UNICEF and WHO	1990	2003	Total population
	People with access to improved sanitation (%)	UNICEF and WHO	1990	2003	Total population

a. Assessment of human costs only, not timeline.

Definitions of statistical terms

Agriculture, domestic support Annual monetary value of all gross transfers from taxpayers and consumers arising from policy measures that support agriculture, minus the associated budgetary receipts, regardless of their objectives and impacts on farm production and income or on consumption of farm products.

Armed forces, total Strategic, land, naval, air, command, administrative and support forces. Includes paramilitary forces such as the gendarmerie, customs service and border guard, if these are trained in military tactics.

Arms transfers, conventional Refers to the voluntary transfer by the supplier (and thus excludes captured weapons and weapons obtained through defectors) of weapons with a military purpose destined for the armed forces, paramilitary forces or intelligence agencies of another country. These include major conventional weapons or systems in six categories: ships, aircraft, missiles, artillery, armoured vehicles and guidance and radar systems (excluded are trucks, services, ammunition, small arms, support items, components and component technology and towed or naval artillery under 100-millimetre calibre).

Births attended by skilled health personnel The percentage of deliveries attended by personnel (including doctors, nurses and midwives) trained to give the necessary care, supervision and advice to women during pregnancy, labour and the postpartum period, to conduct deliveries on their own and to care for newborns.

Birthweight, infants with low The percentage of infants with a birthweight of less than 2,500 grams.

Carbon dioxide emissions Human-originated carbon dioxide emissions stemming from the burning of fossil fuels, gas flaring and the production of cement. Emissions are calculated from data on the consumption of solid, liquid and gaseous fuels, gas flaring and the production of cement.

Cellular subscribers (also referred to as cellular mobile subscribers) Subscribers to an automatic public mobile telephone service that provides access to the public switched telephone network using cellular technology. Systems can be analogue or digital.

Children reaching grade 5 The percentage of children starting primary school who eventually attain grade 5 (grade 4 if the duration of primary school is four years). The estimates are based on the reconstructed cohort

method, which uses data on enrolment and repeaters for two consecutive years.

Children with diarrhoea receiving oral rehydration and continued feeding Percentage of children (ages 0–4) with diarrhoea in the last two weeks preceding the survey who received either oral rehydration therapy (oral rehydration solutions or recommended homemade fluids) or increased fluids and continued feeding.

Consumer price index, average annual change in Reflects changes in the cost to the average consumer of acquiring a basket of goods and services that may be fixed or may change at specified intervals.

Condom use at last high-risk sex Men and women who say they used a condom the last time they had sex with a non-marital, non-cohabiting partner, of those who have had sex with such a partner in the last 12 months.

Contraceptive prevalence rate The percentage of married women (including women in union) ages 15–49 who are using, or whose partners are using, any form of contraception, whether modern or traditional.

Contributing family worker Defined according to the 1993 International Classification by Status in Employment (ICSE) as a person who works without pay in an economic enterprise operated by a related person living in the same household.

Crime, population victimized by The percentage of the population who perceive that they have been victimized by certain types of crime in the preceding year, based on responses to the International Crime Victims Survey.

Debt forgiveness, gross bilateral Forgiveness of bilateral debts of developing countries with the support of official funds of donor countries, whether owed to public or private creditors. Offsetting entries for official development assistance (ODA) principal are not subtracted. See *official development assistance (ODA) disbursed, net*.

Debt relief committed under HIPC initiative Forgiveness of loans as a component of official development assistance under the Debt Initiative for Heavily Indebted Poor Countries (HIPC). The initiative is a mechanism for debt relief, jointly overseen by the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank. Bilateral and multilateral creditors have provided debt

relief through this framework to the 42 poorest, most heavily indebted countries since 1996.

Debt service, total The sum of principal repayments and interest actually paid in foreign currency, goods or services on long-term debt (having a maturity of more than one year), interest paid on short-term debt and repayments to the International Monetary Fund.

Earned income (PPP US\$), estimated Roughly derived on the basis of the ratio of the female non-agricultural wage to the male non-agricultural wage, the female and male shares of the economically active population, total female and male population and GDP per capita (PPP US\$). For details on this estimation, see *Technical note 1*.

Earned income, ratio of estimated female to male The ratio of estimated female earned income to estimated male earned income. See *earned income (PPP US\$), estimated (female and male)*.

Economic activity rate, female The share of the female population ages 15 and above who supply, or are available to supply, labour for the production of goods and services.

Education expenditure, public Includes both capital expenditures (spending on construction, renovation, major repairs and purchase of heavy equipment or vehicles) and current expenditures (spending on goods and services that are consumed within the current year and would need to be renewed the following year). It covers such expenditures as staff salaries and benefits, contracted or purchased services, books and teaching materials, welfare services, furniture and equipment, minor repairs, fuel, insurance, rents, telecommunications and travel. See *education levels*.

Education index One of the three indices on which the human development index is built. It is based on the adult literacy rate and the combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools. For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

Education levels Categorized as pre-primary, primary, secondary or tertiary in accordance with the International Standard Classification of Education (ISCED). *Pre-primary education* (ISCED level 0) is provided at such schools as kindergartens and nursery and infant schools and is intended for children not old enough to enter school at the primary level. *Primary education* (ISCED level 1) provides the basic elements of education at such establishments as primary and elementary schools. *Secondary education* (ISCED levels 2 and 3) is based on at least four years of previous instruction at the first level and provides general or specialized instruction, or both, at such institutions as middle schools, secondary schools, high schools, teacher training schools at this level and vocational or technical schools. *Tertiary education* (ISCED levels 5–7) refers to education at such institutions as universities, teachers colleges and higher level professional schools—requiring as a minimum condition of

admission the successful completion of education at the second level or evidence of the attainment of an equivalent level of knowledge.

Electricity consumption per capita Refers to gross production, in per capita terms, which includes consumption by station auxiliaries and any losses in the transformers that are considered integral parts of the station. Also includes total electric energy produced by pumping installations without deduction of electric energy absorbed by pumping.

Employment by economic activity, women Female employment in industry, agriculture or services as defined according to the International Standard Industrial Classification (ISIC) system (revisions 2 and 3). *Industry* refers to mining and quarrying, manufacturing, construction and public utilities (gas, water and electricity). *Agriculture* refers to activities in agriculture, hunting, forestry and fishing. *Services* refer to wholesale and retail trade; restaurants and hotels; transport, storage and communications; finance, insurance, real estate and business services; and community, social and personal services.

Energy use, GDP per unit of The ratio of GDP (in 2000 PPP US\$) to commercial energy use, measured in kilograms of oil equivalent. Provides a measure of energy efficiency by showing comparable and consistent estimates of real GDP across countries relative to physical inputs (units of energy use). See *GDP (gross domestic product)* and *PPP (purchasing power parity)*.

Enrolment ratio, gross The number of students enrolled in a level of education, regardless of age, as a percentage of the population of official school age for that level. The gross enrolment ratio can be greater than 100% as a result of grade repetition and entry at ages younger or older than the typical age at that grade level. See *education levels*.

Enrolment ratio, gross, combined for primary, secondary and tertiary schools The number of students enrolled in primary, secondary and tertiary levels of education, regardless of age, as a percentage of the population of official school age for the three levels. See *education levels* and *enrolment ratio, gross*.

Enrolment ratio, net The number of students enrolled in a level of education who are of official school age for that level, as a percentage of the population of official school age for that level. See *education levels*.

Environmental treaties, ratification of After signing a treaty, a country must ratify it, often with the approval of its legislature. Such process implies not only an expression of interest as indicated by the signature, but also the transformation of the treaty's principles and obligations into national law.

Exports, high-technology Exports of products with a high intensity of research and development. Includes high-technology products such as in aerospace, computers, pharmaceuticals, scientific instruments and electrical machinery.

Exports, manufactured Defined according to the Standard International Trade Classification to include exports of chemicals, basic manufactures, machinery and transport equipment and other miscellaneous manufactured goods.

Exports of goods and services The value of all goods and other market services provided to the rest of the world. Includes the value of merchandise, freight, insurance, transport, travel, royalties, licence fees and other services, such as communication, construction, financial, information, business, personal and government services. Excludes labour and property income and transfer payments.

Exports, primary Defined according to the Standard International Trade Classification to include exports of food, agricultural raw materials, fuels and ores and metals.

Fertility rate, total The number of children that would be born to each woman if she were to live to the end of her child-bearing years and bear children at each age in accordance with prevailing age-specific fertility rates.

Foreign direct investment, net inflows of Net inflows of investment to acquire a lasting management interest (10% or more of voting stock) in an enterprise operating in an economy other than that of the investor. It is the sum of equity capital, reinvestment of earnings, other long-term capital and short-term capital.

Fuel consumption, traditional Estimated consumption of fuel wood, charcoal, bagasse (sugar cane waste) and animal and vegetable wastes.

GDP (gross domestic product) The sum of value added by all resident producers in the economy plus any product taxes (less subsidies) not included in the valuation of output. It is calculated without making deductions for depreciation of fabricated capital assets or for depletion and degradation of natural resources. Value added is the net output of an industry after adding up all outputs and subtracting intermediate inputs.

GDP (US\$) GDP converted to US dollars using the average official exchange rate reported by the International Monetary Fund. An alternative conversion factor is applied if the official exchange rate is judged to diverge by an exceptionally large margin from the rate effectively applied to transactions in foreign currencies and traded products. See *GDP (gross domestic product)*.

GDP index One of the three indices on which the human development index is built. It is based on GDP per capita (PPP US\$). For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

GDP per capita (PPP US\$) See *GDP (gross domestic product)* and *PPP (purchasing power parity)*.

GDP per capita (US\$) GDP (US\$) divided by midyear population. See *GDP (US\$)*.

GDP per capita annual growth rate Least squares annual growth rate, calculated from constant price GDP per capita in local currency units.

Gender empowerment measure (GEM) A composite index measuring gender inequality in three basic dimensions of empowerment—economic participation and decision-making, political participation and decision-making and power over economic resources. For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

Gender-related development index (GDI) A composite index measuring average achievement in the three basic dimensions captured in the human development index—a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living—adjusted to account for inequalities between men and women. For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

Gini index Measures the extent to which the distribution of income (or consumption) among individuals or households within a country deviates from a perfectly equal distribution. A Lorenz curve plots the cumulative percentages of total income received against the cumulative number of recipients, starting with the poorest individual or household. The Gini index measures the area between the Lorenz curve and a hypothetical line of absolute equality, expressed as a percentage of the maximum area under the line. A value of 0 represents perfect equality, a value of 100 perfect inequality.

GNI (gross national income) The sum of value added by all resident producers in the economy plus any product taxes (less subsidies) not included in the valuation of output plus net receipts of primary income (compensation of employees and property income) from abroad. Value added is the net output of an industry after adding up all outputs and subtracting intermediate inputs. Data are in current US dollars converted using the *World Bank Atlas* method.

Health expenditure per capita (PPP US\$) The sum of public and private expenditure (in PPP US\$), divided by the population. Health expenditure includes the provision of health services (preventive and curative), family planning activities, nutrition activities and emergency aid designated for health, but excludes the provision of water and sanitation. See *health expenditure, private*; *health expenditure, public*; and *PPP (purchasing power parity)*.

Health expenditure, private Direct household (out of pocket) spending, private insurance, spending by non-profit institutions serving households and direct service payments by private corporations. Together with public health expenditure, it makes up total health expenditure. See *health expenditure per capita (PPP US\$)* and *health expenditure, public*.

Health expenditure, public Current and capital spending from government (central and local) budgets, external borrowings and grants (including donations from international agencies and non-governmental organizations) and social (or compulsory)

health insurance funds. Together with private health expenditure, it makes up total health expenditure. See *health expenditure per capita (PPP US\$)* and *health expenditure, private*.

HIPC completion point The date at which a country included in the Debt Initiative for Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) successfully completes the key structural reforms agreed on at the HIPC decision point, including developing and implementing a poverty reduction strategy. The country then receives the bulk of its debt relief under the HIPC Initiative without further policy conditions.

HIPC decision point The date at which a heavily indebted poor country with an established track record of good performance under adjustment programmes supported by the International Monetary Fund and the World Bank commits, under the Debt Initiative for Heavily Indebted Poor Countries (HIPC), to undertake additional reforms and to develop and implement a poverty reduction strategy.

HIPC trust fund, bilateral pledges to the A firm obligation undertaken by an official donor to provide specified assistance to the HIPC trust fund. Bilateral commitments are recorded in the full amount of expected transfer, irrespective of the time required for the completion of disbursements.

HIV prevalence The percentage of people ages 15–49 who are infected with HIV.

HIV/AIDS prevalence, pregnant women ages 15–24 attending antenatal care in clinics in capital city Percentage of blood samples taken from women that test positive for HIV during routine sentinel surveillance at selected antenatal clinics. Data are median values of all antenatal clinics in the cities specified and are from national surveillance reports and database of census bureau.

Human development index (HDI) A composite index measuring average achievement in three basic dimensions of human development—a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living. For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

Human poverty index (HPI-1) for developing countries A composite index measuring deprivations in the three basic dimensions captured in the human development index—a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living. For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

Human poverty index (HPI-2) for selected high-income OECD countries A composite index measuring deprivations in the three basic dimensions captured in the human development index—a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living—and also capturing social exclusion. For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

Illiteracy rate, adult Calculated as 100 minus the adult literacy rate. See *literacy rate, adult*.

Immunization, one-year-olds fully immunized against measles or tuberculosis One-year-olds injected with an antigen or a serum containing specific antibodies against measles or tuberculosis.

Imports of goods and services The value of all goods and other market services received from the rest of the world. Includes the value of merchandise, freight, insurance, transport, travel, royalties, licence fees and other services, such as communication, construction, financial, information, business, personal and government services. Excludes labour and property income and transfer payments.

Income poverty line, population below The percentage of the population living below the specified poverty line:

- \$1 a day—at 1985 international prices (equivalent to \$1.08 at 1993 international prices), adjusted for purchasing power parity.
- \$2 a day—at 1985 international prices (equivalent to \$2.15 at 1993 international prices), adjusted for purchasing power parity.
- \$4 a day—at 1990 international prices, adjusted for purchasing power parity.
- \$11 a day (per person for a family of three)—at 1994 international prices, adjusted for purchasing power parity.
- National poverty line—the poverty line deemed appropriate for a country by its authorities. National estimates are based on population weighted subgroup estimates from household surveys.
- 50% of median income—50% of the median adjusted disposable household income. See *PPP (purchasing power parity)*.

Income or consumption, shares of The shares of income or consumption accruing to subgroups of population indicated by deciles or quintiles, based on national household surveys covering various years. Consumption surveys produce results showing lower levels of inequality between poor and rich than do income surveys, as poor people generally consume a greater share of their income. Because data come from surveys covering different years and using different methodologies, comparisons between countries must be made with caution.

Infant mortality rate The probability of dying between birth and exactly one year of age, expressed per 1,000 live births.

Internally displaced people People or groups of people who have been forced or obliged to flee or to leave their homes or places of habitual residence, in particular as a result of or in order to avoid the effects of armed conflict, situations of generalized violence, violations of human rights or natural or human-made disasters, and who have not crossed an internationally recognized state border.

Internet users People with access to the worldwide network.

Labour force All those employed (including people above a specified age who, during the reference period, were in paid employment, at work, self-employed or

with a job but not at work) and unemployed (including people above a specified age who, during the reference period, were without work, currently available for work and seeking work).

Legislators, senior officials and managers, female Women's share of positions defined according to the International Standard Classification of Occupations (ISCO-88) to include legislators, senior government officials, traditional chiefs and heads of villages, senior officials of special interest organizations, corporate managers, directors and chief executives, production and operations department managers and other department and general managers.

Life expectancy at birth The number of years a newborn infant would live if prevailing patterns of age-specific mortality rates at the time of birth were to stay the same throughout the child's life.

Life expectancy index One of the three indices on which the human development index is built. For details on how the index is calculated, see *Technical note 1*.

Literacy rate, adult The percentage of people ages 15 and above who can, with understanding, both read and write a short, simple statement related to their everyday life.

Literacy rate, youth The percentage of people ages 15–24 who can, with understanding, both read and write a short, simple statement related to their everyday life.

Literacy skills, functional, population lacking The share of the population ages 16–65 scoring at level 1 on the prose literacy scale of the International Adult Literacy Survey. Most tasks at this level require the reader to locate a piece of information in the text that is identical to or synonymous with the information given in the directive.

Malaria cases The total number of malaria cases reported to the World Health Organization by countries in which malaria is endemic. Many countries report only laboratory-confirmed cases, but many in Sub-Saharan Africa report clinically diagnosed cases as well.

Malaria prevention, children under age 5 The percentage of children under age 5 sleeping under insecticide-treated bednets.

Malaria treatment, children under age 5 with fever The percentage of children under age 5 who were ill with fever in the two weeks before the survey and received antimalarial drugs.

Market activities Defined according to the 1993 revised UN System of National Accounts to include employment in establishments, primary production not in establishments, services for income and other production of goods not in establishments. See *non-market activities* and *work time, total*.

Maternal mortality ratio The annual number of deaths of women from pregnancy-related causes per 100,000 live births.

Maternal mortality ratio, adjusted Maternal mortality ratio adjusted to account for well documented problems of underreporting and misclassification of maternal deaths, as well as estimates for countries with no data. See *maternal mortality ratio*.

Maternal mortality ratio, reported Maternal mortality ratio as reported by national authorities. See *maternal mortality ratio*.

Medium-variant projection Population projections by the United Nations Population Division assuming medium-fertility path, normal mortality and normal international migration. Each assumption implies projected trends in fertility, mortality and net migration levels, depending on the specific demographic characteristics and relevant policies of each country or group of countries. In addition, for the countries highly affected by the HIV/AIDS epidemic, the impact of HIV/AIDS is included in the projection. The UN Population Division also publishes low- and high-variant projections. For more information, see <http://esa.un.org/unpp/assumptions.html>.

Military expenditure All expenditures of the defence ministry and other ministries on recruiting and training military personnel as well as on construction and purchase of military supplies and equipment. Military assistance is included in the expenditures of the donor country.

Non-market activities Defined according to the 1993 revised UN System of National Accounts to include household maintenance (cleaning, laundry and meal preparation and cleanup), management and shopping for own household; care for children, the sick, the elderly and the disabled in own household; and community services. See *market activities* and *work time, total*.

Official aid Grants or loans that meet the same standards as for official development assistance (ODA) except that recipient countries do not qualify as recipients of ODA. These countries are identified in part II of the Development Assistance Committee (DAC) list of recipient countries, which includes more advanced countries of Central and Eastern Europe, the countries of the former Soviet Union and certain advanced developing countries and territories.

Official development assistance (ODA) disbursed, net Disbursements of loans made on concessional terms (net of repayments of principal) and grants by official agencies of the members of the Development Assistance Committee (DAC), by multilateral institutions and by non-DAC countries to promote economic development and welfare in countries and territories in part I of the DAC list of aid recipients. Includes loans with a grant element of at least 25% (calculated at a rate of discount of 10%).

Official development assistance (ODA), per capita of donor country Official development assistance granted by a specific country divided by this country's total population. See *official development assistance (ODA) disbursed, net*.

Official development assistance (ODA) to basic social services ODA directed to basic social services, which include basic education (primary education, early childhood education and basic life skills for youth and adults), basic health (including basic health care, basic health infrastructure, basic nutrition, infectious disease control, health education and health personnel development) and population policies and programmes and reproductive health (population policy and administrative management, reproductive health care, family planning, control of sexually transmitted diseases, including HIV/AIDS, and personnel development for population and reproductive health). Aid to water supply and sanitation is included only if it has a poverty focus.

Official development assistance (ODA) to least developed countries See *official development assistance (ODA) disbursed, net* and country classifications for least developed countries.

Official development assistance (ODA), untied Bilateral ODA for which the associated goods and services may be fully and freely procured in substantially all countries and that is given by one country to another.

Patents granted to residents Refers to documents issued by a government office that describe an invention and create a legal situation in which the patented invention can normally be exploited (made, used, sold, imported) only by or with the authorization of the patentee. The protection of inventions is generally limited to 20 years from the filing date of the application for the grant of a patent.

Physicians Includes graduates of a faculty or school of medicine who are working in any medical field (including teaching, research and practice).

Population growth rate, annual Refers to the average annual exponential growth rate for the period indicated. See *population, total*.

Population, total Refers to the de facto population, which includes all people actually present in a given area at a given time.

Population, urban The midyear population of areas classified as urban according to the criteria used by each country, as reported to the United Nations. See *population, total*.

PPP (purchasing power parity) A rate of exchange that accounts for price differences across countries, allowing international comparisons of real output and incomes. At the PPP US\$ rate (as used in this Report), PPP US\$1 has the same purchasing power in the domestic economy as \$1 has in the United States.

Private flows, other A category combining non-debt-creating portfolio equity investment flows (the sum of country funds, depository receipts and direct purchases of shares by foreign investors), portfolio debt flows (bond issues purchased by foreign investors) and bank and trade-related lending (commercial bank lending and other commercial credits).

Probability at birth of not surviving to a specified age Calculated as 1 minus the probability of surviving to a specified age for a given cohort. See *probability at birth of surviving to a specified age*.

Probability at birth of surviving to a specified age The probability of a newborn infant surviving to a specified age if subject to prevailing patterns of age specific mortality rates.

Professional and technical workers, female Women's share of positions defined according to the International Standard Classification of Occupations (ISCO-88) to include physical, mathematical and engineering science professionals (and associate professionals), life science and health professionals (and associate professionals), teaching professionals (and associate professionals) and other professionals and associate professionals.

Refugees People who have fled their country because of a well founded fear of persecution for reasons of their race, religion, nationality, political opinion or membership in a particular social group and who cannot or do not want to return. *Country of asylum* is the country in which a refugee has filed a claim of asylum but has not yet received a decision or is otherwise registered as an asylum seeker. *Country of origin* refers to the claimant's nationality or country of citizenship.

Research and development expenditures Current and capital expenditures (including overhead) on creative, systematic activity intended to increase the stock of knowledge. Includes fundamental and applied research and experimental development work leading to new devices, products or processes.

Researchers in R&D People trained to work in any field of science who are engaged in professional research and development (R&D) activity. Most such jobs require the completion of tertiary education.

Royalties and licence fees, receipts of Receipts by residents from non-residents for the authorized use of intangible, non-produced, non-financial assets and proprietary rights (such as patents, trademarks, copyrights, franchises and industrial processes) and for the use, through licensing agreements, of produced originals of prototypes (such as films and manuscripts). Data are based on the balance of payments.

Sanitation, improved, population with sustainable access to The percentage of the population with access to adequate excreta disposal facilities, such as a connection to a sewer or septic tank system, a pour-flush latrine, a simple pit latrine or a ventilated improved pit latrine. An excreta disposal system is considered adequate if it is private or shared (but not public) and if it can effectively prevent human, animal and insect contact with excreta.

Science, math and engineering, tertiary students in The share of tertiary students enrolled in natural sciences; engineering; mathematics and computer sciences; architecture and town planning; transport and communications; trade, craft and industrial programmes; and agriculture, forestry and fisheries. See *education levels*.

Seats in parliament held by women Refers to seats held by women in a lower or single house or an upper house or senate, where relevant.

Smoking, prevalence The percentage of men and women who smoke cigarettes.

Telephone mainlines Telephone lines connecting a customer's equipment to the public switched telephone network.

Terms of trade The ratio of the export price index to the import price index measured relative to a base year. A value of more than 100 means that the price of exports has risen relative to the price of imports.

Tuberculosis cases The total number of tuberculosis cases reported to the World Health Organization. A tuberculosis case is defined as a patient in whom tuberculosis has been bacteriologically confirmed or diagnosed by a clinician.

Tuberculosis cases cured under DOTS The percentage of estimated new infectious tuberculosis cases cured under the directly observed treatment, short course (DOTS) case detection and treatment strategy.

Tuberculosis cases detected under DOTS The percentage of estimated new infectious tuberculosis cases detected (diagnosed in a given period) under the directly observed treatment, short course (DOTS) case detection and treatment strategy.

Under-five mortality rate The probability of dying between birth and exactly five years of age, expressed per 1,000 live births.

Under height for age, children under age five Includes moderate and severe stunting, defined as more than two standard deviations below the median height for age of the reference population.

Under weight for age, children under age five Includes moderate underweight, defined as more than two standard deviations below the median weight for age of the reference population, and severe underweight, defined as more than three standard deviations below the median weight.

Undernourished population People whose food intake is chronically insufficient to meet their minimum energy requirements.

Unemployment Refers to all people above a specified age who are not in paid employment or self-employed, but are available for work and have taken specific steps to seek paid employment or self-employment.

Unemployment, long-term Unemployment lasting 12 months or longer. See *unemployment*.

Unemployment rate The unemployed divided by the labour force (those employed plus the unemployed).

Unemployment rate, youth Refers to unemployment between the ages of 15 or 16 and 24, depending on the national definition. See *unemployment*.

Wage employment in non-agricultural sector, percentage of total non-agricultural employees, female Women's share in paid non-agricultural employment. People in paid non-agricultural employment are those who during a specified reference period (for example, one week) performed some work for wage or salary in cash or in kind, as well as persons who, having already worked in their present job, were temporarily not at work during the reference period for reasons such as illness or injury, holiday or vacation, strike or lockout, educational or training leave, maternity or parental leave, reduction in economic activity, temporary disorganization or suspension of work (bad weather, mechanical or electrical breakdown, shortage of raw materials or fuels) and the like and who had a formal attachment to their job as evidenced by one or more of the following criteria: the continued receipt of a wage or salary; an assurance of return to work following the end of the contingency or an agreement as to the date of return; or a short duration of absence from the job. Non-agricultural employment refers to employment in industry or services as defined according to the International Standard Industrial Classification system (revisions 2 and 3). *Industry* refers to mining and quarrying, manufacturing, construction and public utilities (gas, water and electricity). *Services* refer to wholesale and retail trade; restaurants and hotels; transport, storage and communications; finance, insurance, real estate and business services; and community, social and personal services.

Water source, improved, population without sustainable access to Calculated as 100 minus the percentage of the population with sustainable access to an improved water source. Unimproved sources include vendors, bottled water, tanker trucks and unprotected wells and springs. See *water source, improved, population with sustainable access to*.

Water source, improved, population with sustainable access to The share of the population with reasonable access to any of the following types of water supply for drinking: household connections, public standpipes, boreholes, protected dug wells, protected springs and rainwater collection. Reasonable access is defined as the availability of at least 20 litres a person per day from a source within 1 kilometre of the user's dwelling.

Women in government at ministerial level Includes deputy prime ministers and ministers. Prime ministers were also included when they held ministerial portfolios. Vice presidents and heads of ministerial-level departments or agencies were also included when exercising a ministerial function in the government structure.

Work time, total Time spent on market and non-market activities as defined according to the 1993 revised UN System of National Accounts. See market activities and non-market activities.

Statistical references

- Aten, Bettina, Alan Heston, and Robert Summers. 2001.** Correspondence on data from the Penn World Table 6.0. March. Philadelphia, Penn.
- . **2002.** "Penn World Tables 6.1." University of Pennsylvania, Center for International Comparisons, Philadelphia. [<http://pwt.econ.upenn.edu/>]. Accessed March 2005.
- Aboona, Yuhanna. 2005.** "Qatar's Approach towards Data Inconsistencies." Background note prepared for *Human Development Report 2005*. March. Doha.
- Abou-Zahr, Carla. 2005.** "Measuring Maternal Mortality." Background note prepared for *Human Development Report 2005*. April. Geneva.
- CDIAC (Carbon Dioxide Information Analysis Center). 2005.** Data on carbon dioxide emissions. [http://cdiac.esd.ornl.gov/trends/emis/em_cont.htm]. Accessed April 2005.
- FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations). 2005.** *The State of Food Insecurity in the World 2004*. Rome.
- Fischer, Stanley, Charles Konan Banny, and Christina Barrineau. 2005.** "Measuring Financial Access." Background note prepared for *Human Development Report 2005*. April. New York.
- Global IDP Project. 2005.** Internally displaced people estimates. [www.idpproject.org/statistics.htm]. Accessed March 2005.
- Goldshmidt-Clermont, Luisella, and Elisabetta Pagnossin Aligisakis. 1995.** "Measures of Unrecorded Economic Activities in Fourteen Countries." Background paper for *Human Development Report 1995*. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Gwatkin, Davidson, Shea Rutstein, Kiersten Johnson, Eldaw Abdalla Suliman, Adam Wagstaff, and Agbessi Amouzou. Forthcoming.** *Socioeconomic Differences in Health, Nutrition, and Population*. Second edition. Washington, D.C.: World Bank.
- Harvey, Andrew S. 1995.** "Market and Non-Market Productive Activity in Less Developed and Developing Countries: Lessons from Time Use." Background Paper for *Human Development Report 1995*. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- . **2001.** "National Time Use Data on Market and Non-Market Work by Both Women and Men." Background Paper for *Human Development Report 2001*. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Human Development Report Office. 2005.** "New Applications of the Human Development Index." Background note prepared for *Human Development Report 2005*. May. New York.
- IISS (International Institute for Strategic Studies). 2004.** *The Military Balance 2004–2005*. Oxford, U.K.: Oxford University Press.
- ILO (International Labour Organization). 2002.** *Estimates and Projections of the Economically Active Population, 1950–2010*, 4th ed., rev. 2. Database. Geneva.
- . **2003.** *Key Indicators of the Labour Market*. Third edition. Geneva. [<http://kilm.ilo.org/kilm/>]. Accessed March 2005.
- . **2005a.** *Database on International Labour Standards (ILOLEX)*. Geneva. [www.ilo.org/ilolex/english/docs/declworld.htm]. Accessed May 2005.
- . **2005b.** *Laboursta Database*. Geneva. [<http://laborsta.ilo.org/>]. Accessed March 2005.
- IMF (International Monetary Fund) and IDA (International Development Association). 2004.** "Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative—Status of Implementation." August. Washington, D.C.
- IPU (Inter-Parliamentary Union). 1995.** *Women in Parliaments 1945–1995: A World Statistical Survey*. Geneva.
- . **2005a.** Correspondence on women in government at ministerial level. March. Geneva.
- . **2005b.** Correspondence on women in national parliaments. March. Geneva.
- . **2005c.** Correspondence on year women received the right to vote and to stand for election and year first woman was elected or appointed to parliament. March. Geneva.
- . **2005d.** *Parline Database and World Classification of Women in National Parliaments*. Geneva. [www.ipu.org/]. Accessed March 2005.
- ITU (International Telecommunication Union). 2005.** *World Telecommunication Indicators Database*. 8th edition. [www.itu.int/ITU-D/ict/publications/world/world.html]. Accessed March 2005.
- LIS (Luxembourg Income Study). 2005.** "Relative Poverty Rates for the Total Population, Children and the Elderly." Luxembourg. [www.lisproject.org/keyfigures/povertytable.htm]. Accessed March 2005.
- Milanovic, Branko. 2002.** Correspondence on income, inequality and poverty during the transition from planned to market economy. March. World Bank, Washington, D.C.
- Nolan, Brian, Teresa Munzi, and Timothy M. Smeeding. 2005.** "Two Views of Irish Poverty Trends." Background note prepared for *Human Development Report 2005*. March. Dublin.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development), Development Assistance Committee. 2005a.** Correspondence on agricultural support estimates. March. Paris.
- . **2005b.** Correspondence on employment rates. March. Geneva.
- . **2005c.** Correspondence on official development assistance disbursed. March. Paris.
- . **2005d.** Correspondence on youth and long-term unemployment rates. March. Geneva.
- . **2005e.** *DAC Journal: Development Cooperation 2004 Report* 6(1). Paris.
- . **2005f.** *DAC Online*. Database. Paris.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) and Statistics Canada. 2000.** *Literacy in the Information Age: Final Report on the International Adult Literacy Survey*. Paris.
- . **2005.** *Learning a Living by Earning Skills: First Results of the Adult Literacy and Life Skills Survey*. Paris.
- Ruoan, Ren, and Chen Kai. 1995.** "China's GDP in U.S. Dollars Based on Purchasing Power Parity." Policy Research Working Paper 1415. World Bank, Washington, D.C.
- SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute). 2004.** *SIPRI Yearbook: Armaments, Disarmaments and International Security*. Oxford, U.K.: Oxford University Press.
- . **2005a.** Correspondence on military expenditure data. March. Stockholm.
- . **2005b.** Correspondence on weapons transfers data. March. Stockholm.

- . **2005c.** *SIPRI Arms Transfers. Database.* March. Stockholm.
- Smeeding, Timothy M. 1997.** "Financial Poverty in Developed Countries: The Evidence from the Luxembourg Income Study." In Sheldon H. Danziger and Robert H. Haveman, eds., *Understanding Poverty.* New York: Russell Sage Foundation; and Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Smeeding, Timothy M., Lee Rainwater, and Gary Burtless. 2000.** "United States Poverty in a Cross-National Context." In Sheldon H. Danziger and Robert H. Haveman, eds., *Understanding Poverty.* New York: Russell Sage Foundation; and Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Statec. 2005.** Correspondence on gross enrolment ratio for Luxembourg. May. Luxembourg.
- UN (United Nations). 2002.** Correspondence on time use surveys. Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division. February. New York.
- . **2003.** *World Population Prospects 1950–2050: The 2002 Revision.* Database. Department of Economic and Social Affairs, Population Division. New York.
- . **2004.** *World Urbanization Prospects: The 2003 Revision.* Department of Economic and Social Affairs, Population Division. New York.
- . **2005a.** *Comtrade.* Database. Department of Social and Economic Affairs, Statistics Division. New York.
- . **2005b.** Correspondence on energy consumption. Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division. March. New York.
- . **2005c.** Correspondence on life expectancy at birth. Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division. March. New York.
- . **2005d.** Correspondence on traditional fuel use. Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division. March. New York.
- . **2005e.** *Database on Contraceptive Use.* Department of Economic and Social Affairs, Population Division. New York.
- . **2005f.** Millennium Indicators Database. Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division. New York. [<http://millenniumindicators.un.org>]. Accessed April 2005.
- . **2005g.** "Multilateral Treaties Deposited with the Secretary-General." New York. [<http://untreaty.un.org>]. Accessed April 2005.
- . **2005h.** *World Population Prospects 1950–2050: The 2004 Revision.* Database. Department of Economic and Social Affairs, Population Division. New York.
- UNAIDS (Joint United Nations Programme on HIV/AIDS). 2005.** Correspondence on HIV prevalence. March. Geneva.
- UNDP (United Nations Development Programme). 2003.** *Bosnia and Herzegovina Human Development Report 2003.* Sarajevo.
- UNESCO (United National Educational, Scientific and Cultural Organization). 1997.** "International Standard Classification of Education 1997." Paris. [www.uis.unesco.org/ev_en.php?ID=3813_201&ID2=DO_TOPIC]. Accessed March 2005.
- UNESCO (United National Educational, Scientific and Cultural Organization) Institute for Statistics. 1999.** *Statistical Yearbook.* Montreal.
- . **2003a.** Correspondence on adult and youth literacy rates. March. Montreal.
- . **2003b.** Correspondence on gross and net enrolment ratios and children reaching grade 5. March. Montreal.
- . **2005a.** Correspondence on adult and youth literacy rates. March. Montreal.
- . **2005b.** Correspondence on education expenditure. March. Montreal.
- . **2005c.** Correspondence on gross and net enrolment ratios and children reaching grade 5. March. Montreal.
- . **2005d.** Correspondence on students in math science and engineering. April. Montreal.
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees). 2005.** Correspondence on refugees by country of asylum and by country of origin. April. Geneva.
- UNICEF (United Nations Children's Fund). 2004.** *State of the World's Children 2005.* New York: Oxford University Press.
- UNICEF (United Nations Children's Fund), WHO (World Health Organization), and UNFPA (United Nations Population Fund). 1997.** *Guidelines for Monitoring the Availability and Use of Obstetric Services.* New York.
- UN Millennium Project. 2005.** *Who's Got the Power? Transforming Health Systems for Women and Children.* Task Force on Child Health and Maternal Health. London: Earthscan.
- UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime). 2004.** Correspondence on data on crime victims. March. Vienna.
- UN-OHRLS (United Nations Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States). 2005.** "List of Least Developed Countries." New York. [www.un.org/special-rep/ohrls/ldc/list.htm]. Accessed May 2005.
- WHO (World Health Organization). 2003.** *Global Tuberculosis Control: WHO Report 2003.* Geneva. [www.who.int/gtb/publications/globrep/]. Accessed March 2005.
- . **2005a.** Correspondence on health expenditure. March. Geneva.
- . **2005b.** Correspondence on human resources for health. March. Geneva.
- . **2005c.** *World Health Report 2005: Make Every Mother and Child Count.* Geneva.
- William, Tony. 2005.** "National Strategies for the Development of Statistics." Background note prepared for *Human Development Report 2005.* March. Paris.
- WIPO (World Intellectual Property Organization). 2004.** *Intellectual Property Statistics.* Publication B. Geneva.
- World Bank. 2003.** *World Development Indicators 2003.* CD-ROM. Washington, D.C.
- . **2005a.** Correspondence on GDP per capita annual growth rates. March. Washington, D.C.
- . **2005b.** Correspondence on income distribution data. April. Washington, D.C.
- . **2005c.** *World Development Indicators 2005.* CD-ROM. Washington, D.C.

Classification of countries

Countries in the human development aggregates ^a

High human development (HDI 0.800 and above)	Medium human development (HDI 0.500–0.799)	Low human development (HDI below 0.500)
Argentina	Albania	Angola
Australia	Algeria	Benin
Austria	Antigua and Barbuda	Burkina Faso
Bahamas	Armenia	Burundi
Bahrain	Azerbaijan	Cameroon
Barbados	Bangladesh	Central African Republic
Belgium	Belarus	Chad
Brunei Darussalam	Belize	Congo, Dem. Rep. of the
Bulgaria	Bhutan	Côte d'Ivoire
Canada	Bolivia	Djibouti
Chile	Bosnia and Herzegovina	Eritrea
Costa Rica	Botswana	Ethiopia
Croatia	Brazil	Gambia
Cuba	Cambodia	Guinea
Cyprus	Cape Verde	Guinea-Bissau
Czech Republic	China	Haiti
Denmark	Colombia	Kenya
Estonia	Comoros	Lesotho
Finland	Congo	Madagascar
France	Dominica	Malawi
Germany	Dominican Republic	Mali
Greece	Ecuador	Mauritania
Hong Kong, China (SAR)	Egypt	Mozambique
Hungary	El Salvador	Niger
Iceland	Equatorial Guinea	Nigeria
Ireland	Fiji	Rwanda
Israel	Gabon	Senegal
Italy	Georgia	Sierra Leone
Japan	Ghana	Swaziland
Korea, Rep. of	Grenada	Tanzania, U. Rep. of
Kuwait	Guatemala	Yemen
Latvia	Guyana	Zambia
Lithuania	Honduras	(32 countries or areas)
Luxembourg	India	
Malta	Indonesia	
Mexico	Iran, Islamic Rep. of	
Netherlands	Jamaica	
New Zealand	Jordan	
Norway	Kazakhstan	
Panama	Kyrgyzstan	
Poland	Lao People's Dem. Rep.	
Portugal	Lebanon	
Qatar	Libyan Arab Jamahiriya	
Saint Kitts and Nevis	Macedonia, TFYR	
Seychelles	Malaysia	
Singapore	Maldives	
Slovakia	Mauritius	
Slovenia	Moldova, Rep. of	
Spain	Mongolia	
Sweden	Morocco	
	Myanmar	
	Namibia	
	Nepal	
	Nicaragua	
	Occupied Palestinian Territories	
	Oman	
	Pakistan	
	Papua New Guinea	
	Paraguay	
	Peru	
	Philippines	
	Romania	
	Russian Federation	
	Saint Lucia	
	Saint Vincent and the Grenadines	
	Samoa (Western)	
	São Tomé and Príncipe	
	Saudi Arabia	
	Solomon Islands	
	South Africa	
	Sri Lanka	
	Sudan	
	Suriname	
	Syrian Arab Republic	
	Tajikistan	
	Thailand	
	Timor-Leste	
	Togo	
	Tunisia	
	Turkey	
	Turkmenistan	
	Uganda	
	Ukraine	
	Uzbekistan	
	Vanuatu	
	Venezuela	
	Viet Nam	
	Zimbabwe	
	(88 countries or areas)	

^a Excludes the following UN member countries for which the human development index cannot be computed: Afghanistan, Andorra, Iraq, Kiribati, the Democratic Republic of Korea, Liberia, Liechtenstein, Marshall Islands, the Federated States of Micronesia, Monaco, Nauru, Palau, San Marino, Serbia and Montenegro, Somalia and Tuvalu.

Countries in the income aggregates ^a

High income (GNI per capita of \$9,386 or more in 2003)	Middle income (GNI per capita of \$766–9,385 in 2003)	Low income (GNI per capita of \$765 or less in 2003)
Andorra	Albania	Afghanistan
Australia	Algeria	Angola
Austria	Antigua and Barbuda	Bangladesh
Bahamas	Argentina	Benin
Bahrain	Armenia	Bhutan
Belgium	Azerbaijan	Burkina Faso
Brunei Darussalam	Barbados	Burundi
Canada	Belarus	Cambodia
Cyprus	Belize	Cameroon
Denmark	Bolivia	Central African Republic
Finland	Bosnia and Herzegovina	Chad
France	Botswana	Comoros
Germany	Brazil	Congo
Greece	Bulgaria	Congo, Dem. Rep. of the
Hong Kong, China (SAR)	Cape Verde	Côte d'Ivoire
Iceland	Chile	Equatorial Guinea
Ireland	China	Eritrea
Israel	Colombia	Ethiopia
Italy	Costa Rica	Gambia
Japan	Croatia	Ghana
Korea, Rep. of	Cuba	Guinea
Kuwait	Czech Republic	Guinea-Bissau
Luxembourg	Djibouti	Haiti
Malta	Dominica	India
Monaco	Dominican Republic	Kenya
Netherlands	Ecuador	Korea, Dem. Rep.
New Zealand	Egypt	Kyrgyzstan
Norway	El Salvador	Lao People's Dem. Rep.
Portugal	Estonia	Lesotho
Qatar	Fiji	Liberia
San Marino	Gabon	Madagascar
Singapore	Georgia	Malawi
Slovenia	Grenada	Mali
Spain	Guatemala	Mauritania
Sweden	Guyana	Moldova, Rep. of
Switzerland	Honduras	Mongolia
United Arab Emirates	Hungary	Mozambique
United Kingdom	Indonesia	Myanmar
United States	Iran, Islamic Rep. of	Nepal
(39 countries or areas)	Iraq	Nicaragua
	Jamaica	Niger
	Jordan	Nigeria
	Kazakhstan	Pakistan
	Kiribati	Papua New Guinea
	Latvia	Rwanda
	Lebanon	São Tomé and Príncipe
	Libyan Arab Jamahiriya	Senegal
	Lithuania	Sierra Leone
	Macedonia, TFYR	Solomon Islands
	Malaysia	Somalia
		(61 countries or areas)
	Maldives	
	Marshall Islands	
	Mauritius	
	Mexico	
	Micronesia, Fed. Sts.	
	Morocco	
	Namibia	
	Northern Mariana Islands	
	Occupied Palestinian Territories	
	Oman	
	Palau	
	Panama	
	Paraguay	
	Peru	
	Philippines	
	Poland	
	Romania	
	Russian Federation	
	Saint Kitts and Nevis	
	Saint Lucia	
	Saint Vincent and the Grenadines	
	Samoa (Western)	
	Saudi Arabia	
	Serbia and Montenegro	
	Seychelles	
	Slovakia	
	South Africa	
	Sri Lanka	
	Suriname	
	Swaziland	
	Syrian Arab Republic	
	Thailand	
	Tonga	
	Trinidad and Tobago	
	Tunisia	
	Turkey	
	Turkmenistan	
	Ukraine	
	Uruguay	
	Vanuatu	
	Venezuela	
	(91 countries or areas)	

^a World Bank classification (effective 1 July 2004) based on gross national income (GNI) per capita. Excludes Nauru and Tuvalu because of lack of data.

Countries in the major world aggregates

Developing countries

Afghanistan	Guyana	Qatar
Algeria	Haiti	Rwanda
Angola	Honduras	Saint Kitts and Nevis
Antigua and Barbuda	Hong Kong, China (SAR)	Saint Lucia
Argentina	India	Saint Vincent and the Grenadines
Bahamas	Indonesia	Samoa (Western)
Bahrain	Iran, Islamic Rep. of	São Tomé and Príncipe
Bangladesh	Iraq	Saudi Arabia
Barbados	Jamaica	Senegal
Belize	Jordan	Seychelles
Benin	Kenya	Sierra Leone
Bhutan	Kiribati	Singapore
Bolivia	Korea, Dem. Rep.	Solomon Islands
Botswana	Korea, Rep. of	Somalia
Brazil	Kuwait	South Africa
Brunei Darussalam	Lao People's Dem. Rep.	Sri Lanka
Burkina Faso	Lebanon	Sudan
Burundi	Lesotho	Suriname
Cambodia	Liberia	Swaziland
Cameroon	Libyan Arab Jamahiriya	Syrian Arab Republic
Cape Verde	Madagascar	Tanzania, U. Rep. of
Central African Republic	Malawi	Thailand
Chad	Malaysia	Timor-Leste
Chile	Maldives	Togo
China	Mali	Tonga
Colombia	Marshall Islands	Trinidad and Tobago
Comoros	Mauritania	Tunisia
Congo	Mauritius	Turkey
Congo, Dem. Rep. of the	Mexico	Tuvalu
Costa Rica	Micronesia, Fed. Sts.	Uganda
Côte d'Ivoire	Mongolia	United Arab Emirates
Cuba	Morocco	Uruguay
Cyprus	Mozambique	Vanuatu
Djibouti	Myanmar	Venezuela
Dominica	Namibia	Viet Nam
Dominican Republic	Nauru	Yemen
Ecuador	Nepal	Zambia
Egypt	Nicaragua	Zimbabwe
El Salvador	Niger	(137 countries or areas)
Equatorial Guinea	Nigeria	
Eritrea	Occupied Palestinian Territories	Least developed countries^a
Ethiopia	Oman	Afghanistan
Fiji	Pakistan	Angola
Gabon	Palau	Bangladesh
Gambia	Panama	Benin
Ghana	Papua New Guinea	Bhutan
Grenada	Paraguay	Burkina Faso
Guatemala	Peru	Burundi
Guinea	Philippines	
Guinea-Bissau		

Central and Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States (CIS)

Cambodia
Cape Verde
Central African Republic
Chad
Comoros
Congo, Dem. Rep. of the
Djibouti
Equatorial Guinea
Eritrea
Ethiopia
Gambia
Guinea
Guinea-Bissau
Haiti
Kiribati
Lao People's Dem. Rep.
Lesotho
Liberia
Madagascar
Malawi
Maldives
Mali
Mauritania
Mozambique
Myanmar
Nepal
Niger
Rwanda
Samoa (Western)
São Tomé and Príncipe
Senegal
Sierra Leone
Solomon Islands
Somalia
Sudan
Tanzania, U. Rep. of
Timor-Leste
Togo
Tuvalu
Uganda
Vanuatu
Yemen
Zambia
(50 countries or areas)

OECD

Australia
Austria
Belgium
Canada
Czech Republic
Denmark
Finland
France
Germany
Greece
Hungary
Iceland
Ireland
Italy
Japan
Korea, Rep. of

Luxembourg
Mexico
Netherlands
New Zealand
Norway
Poland
Portugal
Slovakia
Spain
Sweden
Switzerland
Turkey
United Kingdom
United States
(30 countries or areas)

High-income OECD countries^b

Australia
Austria
Belgium
Canada
Denmark
Finland
France
Germany
Greece
Iceland
Ireland
Italy
Japan
Korea, Rep. of
Luxembourg
Netherlands
New Zealand
Norway
Portugal
Spain
Sweden
Switzerland
United Kingdom
United States
(24 countries or areas)

^a United Nations classification based on UN-OHRLLS 2005.

^b Excludes the Czech Republic, Hungary, Mexico, Poland, Slovakia and Turkey.

Developing countries in the regional aggregates

Arab States

Algeria
Bahrain
Djibouti
Egypt
Iraq
Jordan
Kuwait
Lebanon
Libyan Arab Jamahiriya
Morocco
Occupied Palestinian Territories
Oman
Qatar
Saudi Arabia
Somalia
Sudan
Syrian Arab Republic
Tunisia
United Arab Emirates
Yemen

(20 countries or areas)

East Asia and the Pacific

Brunei Darussalam
Cambodia
China
Fiji
Hong Kong, China (SAR)
Indonesia
Kiribati
Korea, Dem. Rep.
Korea, Rep. of
Lao People's Dem. Rep.
Malaysia
Marshall Islands
Micronesia, Fed. Sts.
Mongolia
Myanmar
Nauru
Palau
Papua New Guinea
Philippines
Samoa (Western)
Singapore
Solomon Islands
Thailand
Timor-Leste
Tonga
Tuvalu
Vanuatu
Viet Nam

(28 countries or areas)

South Asia

Afghanistan
Bangladesh
Bhutan
India
Iran, Islamic Rep. of
Maldives
Nepal
Pakistan
Sri Lanka

(9 countries or areas)

Latin America and the Caribbean

Antigua and Barbuda
Argentina
Bahamas
Barbados
Belize
Bolivia
Brazil
Chile
Colombia
Costa Rica
Cuba
Dominica
Dominican Republic
Ecuador
El Salvador
Grenada
Guatemala
Guyana
Haiti
Honduras
Jamaica
Mexico
Nicaragua
Panama
Paraguay
Peru
Saint Kitts and Nevis
Saint Lucia
Saint Vincent and the Grenadines
Suriname
Trinidad and Tobago
Uruguay
Venezuela

(33 countries or areas)

Southern Europe

Cyprus
Turkey
(2 countries or areas)

Sub-Saharan Africa

Angola
Benin
Botswana
Burkina Faso
Burundi
Cameroon
Cape Verde
Central African Republic
Chad
Comoros
Congo
Congo, Dem. Rep. of the
Côte d'Ivoire
Equatorial Guinea
Eritrea
Ethiopia
Gabon
Gambia
Ghana
Guinea
Guinea-Bissau
Kenya
Lesotho
Liberia
Madagascar
Malawi
Mali
Mauritania
Mauritius
Mozambique
Namibia
Niger
Nigeria
Rwanda
São Tomé and Príncipe
Senegal
Seychelles
Sierra Leone
South Africa
Swaziland
Tanzania, U. Rep. of
Togo
Uganda
Zambia
Zimbabwe
(45 countries or areas)

Index to indicators

Indicator table	Indicator	Indicator table	Indicator
	A		
18	Agriculture, OECD country support to domestic	18	gross bilateral debt forgiveness
	Armed forces		Debt service, total
23	index	19	as % of exports of goods and services and net income from abroad
23	total	19, 20	as % of GDP
	Arms transfers, conventional		
	exports		E
23	share	28	Economic activity rate, female
23	total	28	as % of male rate
23	imports, total	28	index
			Education expenditure, public
		11, 20	as % of GDP
		11	as % of total government expenditure
		11	pre-primary and primary
		11	secondary
		11	tertiary
		1	Education index
		30	Elected or appointed to parliament, year first woman
		30	Election, year women received right to stand for
		22	Electricity consumption per capita
			Employment, by economic activity
			agriculture
		28	men
		28	women
			industry
		28	men
		28	women
			services
		28	men
		28	women
		22	Energy use, GDP per unit of
			Enrolment ratio, gross
		1, 33	combined primary, secondary and tertiary
		25	female
		25	male
			tertiary
		27	female ratio
		27	ratio of female to male
			Enrolment ratio, net
		12, 33	primary
	B		
6, 8	Births attended by skilled health personnel		
7	Birthweight, infants with low		
	C		
	Carbon dioxide emissions		
22	per capita		
22	share of world total		
13	Cellular subscribers		
12	Children reaching grade 5		
	Condom use rate, at last high-risk sex		
9	men		
9	women		
14	Consumer price index, average annual change in		
6	Contraceptive prevalence		
	Contributing family workers		
28	men		
28	women		
	Crime, population victimized by		
24	assault		
24	bribery (corruption)		
24	property crime		
24	robbery		
24	sexual assault		
24	total		
	D		
	Debt relief,		
18	bilateral pledges to the HIPC trust fund		

Indicator table	Indicator
27	female ratio
27	ratio of female to male
12	secondary
27	female ratio
27	ratio of female to male
22	Environmental treaties, ratification of
	Exports
16	high technology
16	of goods and services
16	manufactured
16	primary

F

5, 33	Fertility rate, total
19	Foreign direct investment, net inflows of
22	Fuel consumption, traditional

G

1	GDP index
	GDP per capita
14	annual growth rate
14	in US\$
1, 14, 33	in PPP US\$
14	highest value during 1975–2003
14	year of highest value
	GDP, total
14	in PPP US\$ billions
14	in US\$ billions
26	Gender empowerment measure (GEM)
25	Gender-related development index (GDI)

H

	Health expenditure
6	per capita
6	private
6, 20	public
9, 33	HIV prevalence
1	Human development index (HDI)
2	trends in
3	Human poverty index (HPI-1) for developing countries
4	Human poverty index (HPI-2) for selected OECD countries
31	Human rights instruments, status of major international

I

3	Illiteracy rate, adult
8	Immunized, one-year olds fully
6	against measles
6	against tuberculosis

Indicator table	Indicator
16	Imports of goods and services
	Income, estimated earned
25	female
25	male
26	ratio of female to male
	Income inequality measures
15	Gini index
15	income ratio, richest 10% to poorest 10%
15	income ratio, richest 20% to poorest 20%
	Income or consumption, share of
15	poorest 10%
15	poorest 20%
15	richest 10%
15	richest 20%
8, 10	Infant mortality rate
23	Internally displaced people
13	Internet users

L

32	Labour rights conventions, status of fundamental
26	Legislators, senior officials and managers, female
1, 10, 33	Life expectancy at birth
25	female
25	male
1	Life expectancy index
1, 12, 33	Literacy rate, adult
25, 27	female
27	female as % of male
25	male
12	Literacy rate, youth
27	female
27	female as % of male
4	Literacy skills, functional, people lacking

M

	Malaria
9	cases
9	prevention, children under age five with insecticide-treated bed nets
9	treatment, children under age five with fever treated with antimalarial drugs
	Maternal mortality ratio
10	adjusted
10	reported
20	Military expenditure
30	Ministerial level, women in government at

Indicator table **Indicator**

O

	Official development assistance (ODA) disbursed, net
17	as % of GNI
17	per capita of donor country
17	to basic social services
17	to least developed countries
17	total
17	untied bilateral
	Official development assistance (ODA) received (net disbursements)
19	as % of GDP
19	per capita
19	total
6	Oral rehydration and continued feeding, children with diarrhea receiving

P

13	Patents, granted to residents
6	Physicians
	Population
5	ages 65 and above
5	annual growth rate
5, 33	total
5	under age 15
5	urban
	Poverty, income
3	population living below \$1 a day
3	population living below \$2 a day
4	population living below \$4 a day
4	population living below \$11 a day
4	population living below 50% of median income
3	population living below national poverty line
19	Private flows, other
26	Professional and technical workers, female

R

	Refugees
23	by country of asylum
23	by country of origin
	Research and development (R&D)
13	expenditures
13	researchers in
13	Royalties and licence fees, receipts of

S

7	Sanitation, population with access to improved
12	Science, math and engineering, tertiary students in
26	Seats in parliament held by women

Indicator table **Indicator**

30	lower or single house
30	upper house or senate
	Smoking, prevalence of
9	men
9	women
	Survival
3	probability at birth of not surviving to age 40
4	probability at birth of not surviving to age 60
	probability at birth of surviving to age 65
10	female
10	male

T

13	Telephone mainlines
	Trade,
	goods imports by developed countries,
	from developing countries,
18	share of total imports
18	total
	from least developed countries
18	share of total imports
18	total
16	terms of
	Tuberculosis cases
9	cured under DOTS
9	detected under DOTS
9	total

U

8, 10, 33	Under-five mortality rate
7, 8	Under height for age, children under age five
7, 33	Undernourished population
3, 7	Under weight for age, children under age five
21	Unemployed people
4	Unemployment, long-term
21	men
21	women
	Unemployment rate
21	total
21	average annual
21	female % of male
	youth
21	total
21	female % of male

V

30	Vote, year women received right to
----	------------------------------------

Indicator table **Indicator**

W

	Water source, improved
3	population without sustainable access to
7, 33	population with sustainable access to
	Women's economic and political participation
26	female legislators, senior officials and managers
26	female professional and technical workers
26	seats in parliament held by women
30	lower or single house
30	upper house or senate
30	women in government at ministerial level
30	year first woman elected or appointed to parliament
30	year women received right to stand for election
30	year women received right to vote

Indicator table **Indicator**

Work time

	men
29	market activities
29	non-market activities
29	total
	total
29	market activities
29	non-market activities
	women
29	as % of male
29	market activities
29	non-market activities
29	total

Index to Millennium Development Goal indicators in the indicator tables

Goals and targets from the Millennium Declaration	Indicators for measuring progress	Indicator table
Goal 1 Eradicate extreme poverty and hunger		
Target 1 Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people whose income is less than \$1 a day	1. Proportion of population below \$1 (PPP) a day 2. Poverty gap ratio (incidence × depth of poverty) 3. Share of poorest quintile in national consumption	3 15
Target 2 Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people who suffer from hunger	4. Prevalence of underweight children under five years of age 5. Proportion of population below minimum level of dietary energy consumption	3, 7 7 ^a , 33 ^a
Goal 2 Achieve universal primary education		
Target 3 Ensure that, by 2015, children everywhere, boys and girls alike, will be able to complete a full course of primary schooling	6. Net enrolment ratio in primary education 7. Proportion of pupils starting grade 1 who reach grade 5 8. Literacy rate of 15- to 24-year-olds	12, 33 12 12
Goal 3 Promote gender equality and empower women		
Target 4 Eliminate gender disparity in primary and secondary education, preferably by 2005, and to all levels of education no later than 2015	9. Ratio of girls to boys in primary, secondary and tertiary education 10. Ratio of literate women to men ages 15–24 11. Share of women in wage employment in the non-agricultural sector ^b 12. Proportion of seats held by women in national parliaments	27 ^c 27 ^d 30
Goal 4 Reduce child mortality		
Target 5 Reduce by two-thirds, between 1990 and 2015, the under-five mortality rate	13. Under-five mortality rate 14. Infant mortality rate 15. Proportion of one-year-old children fully immunized against measles	10, 33 10 6
Goal 5 Improve maternal health		
Target 6. Reduce by three-quarters, between 1990 and 2015, the maternal mortality ratio	16. Maternal mortality ratio 17. Proportion of births attended by skilled health personnel	10 6
Goal 6 Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases		
Target 7 Have halted by 2015 and begun to reverse the spread of HIV/AIDS	18. HIV prevalence among pregnant women 15–24 ^e 19. Condom use rate of the contraceptive prevalence rate 19a. Condom use at last high-risk sex 19b. Percentage of 15- to 24-year-olds with comprehensive correct knowledge of HIV/AIDS 20. Ratio of school attendance of orphans to school attendance of non-orphans ages 10–14	9
Target 8 Have halted by 2015 and begun to reverse the incidence of malaria and other major diseases	21. Prevalence and death rates associated with malaria 22. Proportion of population in malaria-risk areas using effective malaria prevention and treatment measures 23. Prevalence and death rates associated with tuberculosis 24. Proportion of tuberculosis cases detected and cured under directly observed treatment, short course (DOTS)	9 ^f 9 ^g 9 ^h 9
Goal 7 Ensure environmental sustainability		
Target 9 Integrate the principles of sustainable development into country policies and programmes and reverse the loss of environmental resources	25. Proportion of land area covered by forest 26. Ratio of area protected to maintain biological diversity to surface area 27. Energy use (kilograms of oil equivalent) per \$1 GDP (PPP) 28. Carbon dioxide emissions per capita and consumption of ozone-depleting chlorofluorocarbons (ODP tons) 29. Proportion of population using solid fuels	22 ⁱ 22 ⁱ
Target 10 Halve by 2015 the proportion of people without sustainable access to safe drinking water and sanitation	30. Proportion of population with sustainable access to an improved water source, urban and rural 31. Proportion of population with access to improved sanitation, urban and rural	7 ^k , 33 ^k 7 ^l

Index to Millennium Development Goal indicators in the indicator tables (continued)

Goals and targets from the Millennium Declaration	Indicators for measuring progress	Indicator table
Target 11 By 2020 to have achieved a significant improvement in the lives of at least 100 million slum dwellers	32. Proportion of households with access to secure tenure	
Goal 8 Develop a global partnership for development		
Target 12 Develop further an open, rule-based, predictable, non-discriminatory trading and financial system. Includes a commitment to good governance, development, and poverty reduction—both nationally and internationally	<i>Official development assistance</i> 33. Net ODA, total and to least developed countries, as a percentage of OECD/DAC donors' gross national income GNI 34. Proportion of total bilateral, sector-allocable ODA of OECD/DAC donors to basic social services (basic education, primary health care, nutrition, safe water and sanitation) 35. Proportion of bilateral ODA of OECD/DAC donors that is untied 36. ODA received in landlocked countries as proportion of their gross national incomes 37. ODA received in small island developing States as proportion of their gross national incomes	17 ⁿ 17 17
Target 13 Address the special needs of the least developed countries. Includes: tariff- and quota-free access for least-developed countries' exports; enhanced programme of debt relief for HIPC and cancellation of official bilateral debt; and more generous ODA for countries committed to poverty reduction	<i>Market access</i> 38. Proportion of total developed country imports (by value and excluding arms) from developing countries and from the least developed countries, admitted free of duties 39. Average tariffs imposed by developed countries on agricultural products and textiles and clothing from developing countries 40. Agricultural support estimate for OECD countries as a percentage of their gross domestic product 41. Proportion of ODA provided to help build trade capacity	18
Target 14 Address the special needs of landlocked countries and small island developing states	<i>Debt sustainability</i> 42. Total number of countries that have reached their HIPC decision points and number that have reached their HIPC completion points (cumulative) 43. Debt relief committed under HIPC Debt Initiative ^m 44. Debt service as a percentage of exports of goods and services	19
Target 15 Deal comprehensively with the debt problems of developing countries through national and international measures in order to make debt sustainable in the long term		
Target 16 In cooperation with developing countries, develop and implement strategies for decent and productive work for youth	45. Unemployment rate of 15- to 24-year-olds, male and female and total	21 ^o
Target 17 In cooperation with pharmaceutical companies, provide access to affordable essential drugs in developing countries	46. Proportion of population with access to affordable essential drugs on a sustainable basis	
Target 18 In cooperation with the private sector, make available the benefits of new technologies, especially information and communications	47. Telephone lines and cellular subscribers per 100 people 48a. Personal computers in use per 100 people 48b. Internet users per 100 people	13 ^p 13

a Tables 7 and 33 present this indicator as undernourished people as percent of total population.

b Table 28 includes data on female employment by economic activity.

c Table presents female (net or growth) enrolment ratio as percent of male ratio for primary, secondary and tertiary education levels separately.

d Table presents data on female youth literacy data as percent of male rate.

e Tables 9 and 33 present HIV prevalence among people ages 15–49.

f Table includes data on malaria cases per 100,000 people.

g Table includes data on children under age five with insecticide-treated bed nets, and children under age five with fever treated with anti-malarial drugs.

h Table includes data on tuberculosis cases per 100,000 people.

i Table presents this indicator as GDP per unit of energy use (2000 PPP US\$ per kilogram of oil equivalent).

j Table includes data on carbon dioxide emissions per capita.

k Tables 7 and 33 include data on population with sustainable access to an improved water source for urban and rural combined.

l Table includes data on population with sustainable access to improved sanitation for urban and rural combined.

m Table 18 includes data on bilateral debt relief pledges to the HIPC trust fund, and gross bilateral debt forgiveness.

n Table includes data on official development assistance (ODA) to least developed countries as percent of total ODA.

o Table includes data on unemployment rate of 15- to 24-year-olds as total and female rate as percent of male rate for OECD countries only.

p Table presents telephone lines and cellular subscribers separately.

Länderschlüssel

HDI rank

72	Albania	104	El Salvador	174	Mali	147	Swaziland
103	Algeria	121	Equatorial Guinea	32	Malta	6	Sweden
160	Angola	161	Eritrea	152	Mauritania	7	Switzerland
60	Antigua and Barbuda	38	Estonia	65	Mauritius	106	Syrian Arab Republic
34	Argentina	170	Ethiopia	53	Mexico	122	Tajikistan
83	Armenia	92	Fiji	115	Moldova, Rep. of	164	Tanzania, U. Rep. of
3	Australia	13	Finland	114	Mongolia	73	Thailand
17	Austria	16	France	124	Morocco	140	Timor-Leste
101	Azerbaijan	123	Gabon	168	Mozambique	143	Togo
50	Bahamas	155	Gambia	129	Myanmar	54	Tonga
43	Bahrain	100	Georgia	125	Namibia	57	Trinidad and Tobago
139	Bangladesh	20	Germany	136	Nepal	89	Tunisia
30	Barbados	138	Ghana	12	Netherlands	94	Turkey
67	Belarus	24	Greece	19	New Zealand	97	Turkmenistan
9	Belgium	66	Grenada	112	Nicaragua	144	Uganda
91	Belize	117	Guatemala	177	Niger	78	Ukraine
162	Benin	156	Guinea	158	Nigeria	41	United Arab Emirates
134	Bhutan	172	Guinea-Bissau	1	Norway	15	United Kingdom
113	Bolivia	107	Guyana	102	Occupied Palestinian Territories	10	United States
68	Bosnia and Herzegovina	153	Haiti	71	Oman	46	Uruguay
131	Botswana	116	Honduras	135	Pakistan	111	Uzbekistan
63	Brazil	22	Hong Kong, China (SAR)	56	Panama	118	Vanuatu
33	Brunei Darussalam	35	Hungary	137	Papua New Guinea	75	Venezuela
55	Bulgaria	2	Iceland	88	Paraguay	108	Viet Nam
175	Burkina Faso	127	India	79	Peru	151	Yemen
169	Burundi	110	Indonesia	84	Philippines	166	Zambia
130	Cambodia	99	Iran, Islamic Rep. of	36	Poland	145	Zimbabwe
148	Cameroon	8	Ireland	27	Portugal		
5	Canada	23	Israel	40	Qatar		
105	Cape Verde	18	Italy	64	Romania		
171	Central African Republic	98	Jamaica	62	Russian Federation		
173	Chad	11	Japan	159	Rwanda		
37	Chile	90	Jordan	49	Saint Kitts and Nevis		
85	China	80	Kazakhstan	76	Saint Lucia		
69	Colombia	154	Kenya	87	Saint Vincent and the Grenadines		
132	Comoros	28	Korea, Rep. of	74	Samoa (Western)		
142	Congo	44	Kuwait	126	São Tomé and Príncipe		
167	Congo, Dem. Rep. of the	109	Kyrgyzstan	77	Saudi Arabia		
47	Costa Rica	133	Lao People's Dem. Rep.	157	Senegal		
163	Côte d'Ivoire	48	Latvia	51	Seychelles		
45	Croatia	81	Lebanon	176	Sierra Leone		
52	Cuba	149	Lesotho	25	Singapore		
29	Cyprus	58	Libyan Arab Jamahiriya	42	Slovakia		
31	Czech Republic	39	Lithuania	26	Slovenia		
14	Denmark	4	Luxembourg	128	Solomon Islands		
150	Djibouti	59	Macedonia, TFYR	120	South Africa		
70	Dominica	146	Madagascar	21	Spain		
95	Dominican Republic	165	Malawi	93	Sri Lanka		
82	Ecuador	61	Malaysia	141	Sudan		
119	Egypt	96	Maldives	86	Suriname		